Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/2118

23. 11. 82

Sachgebiet 700

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1982/83 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat sein neunzehntes Jahresgutachten vor [2]).

2. Am 8. September 1982 hat die Bundesregierung den Sachverständigenrat gemäß § 6 Abs. 2 Satz 2 des Sachverständigenratsgesetzes mit der Erstellung eines Sondergutachtens beauftragt. Dieses Sondergutachten „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982" legte der Sachverständigenrat am 9. Oktober 1982 der Bundesregierung vor. Er hat in diesem Gutachten untersucht, welche Ursachen die schwerwiegende Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik und weltweit hat, welche Gefahren die Möglichkeit einer baldigen wirtschaftlichen Erholung weiterhin bedrohen und welche Wirtschaftspolitik die verletzten und weiterhin gefährdeten Ziele erfordern. Alsbald nach der Zuleitung an die Bundesregierung hat der Sachverständigenrat das Sondergutachten im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft veröffentlicht [3]).

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

[3]) Das Sondergutachten vom 9. Oktober 1982 ist als Anhang IV abgedruckt.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 14(42) — 60006 — Gu 19/82 — vom 23. November 1982 gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

3. Dieses Jahresgutachten nimmt in wichtigen Teilen die Fragen des Sondergutachtens wieder auf. Dort wie hier steht das derzeit mit Abstand am stärksten verletzte und gefährdete Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes im Vordergrund. In schwieriger Zeit hat es die Besinnung auf Möglichkeiten einer baldigen Besserung der Lage nicht leicht. Zu den Grundlagen dieses Gutachtens gehört jedoch das Urteil, daß gegenwärtig die Zeichen der Krise die Chancen auf längere Sicht allzu sehr verdunkeln. Obwohl die stabilitätspolitische Konstitution der Bundesrepublik eher die bessere ist, erscheinen die wirtschaftlichen Erwartungen hier noch schlechter als in anderen Ländern. Die weltweit schlechte wirtschaftliche Lage lastet auch auf unserem Land und begrenzt seine Möglichkeiten, sich selbst zu helfen. Aber solche Möglichkeiten gibt es doch auch. Unser Gutachten durchzieht wie ein roter Faden der Versuch aufzuzeigen, wieviel darauf ankommt, den Handlungsspielraum nicht von vornherein zu unterschätzen. So berechtigt die Warnung vor Illusionen ist, ohne Selbstvertrauen geht es nicht. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Erwartungen könnte sich selbst antreiben. In einer Marktwirtschaft geht es in erster Linie um den Handlungsspielraum der Privaten. Wichtig ist jedoch auch, mit welcher Einstellung der Staat und die autonomen Gruppen an die Lösung der anstehenden Aufgaben herangehen. Auch sie müssen sich von der Überzeugung leiten lassen, daß die Aufgaben gelöst werden können. Anders sollte es letztlich auch nicht verstanden werden, wenn wir der Wirtschaft raten, sich zuzutrauen, daß das hohe Einkommensniveau der Bundesrepublik verteidigt werden kann. Dies muß durch Anstrengungen gelingen, die eine Lücke schließen zwischen dem, was an Produktionsergebnis je Erwerbstätigen zu erwarten ist, wenn die Arbeitslosen wieder Beschäftigung finden sollen, und dem, was schon heute denen, die Arbeit haben, an Einkommen zu zahlen ist. Der gleiche Rat geht auch an den Staat. Die zentrale Aufgabe einer Fortsetzung der Konsolidierung der Staatsfinanzen betrifft Aufräumungsarbeiten der Vergangenheit. Der einzelne hat gelegentlich Anlaß, sich auf solche Aufgaben zu konzentrieren. Der Staat kann dies weniger. Er muß sich immer auch rechtzeitig und kraftvoll den Aufgaben widmen, die von der Zukunft gestellt sind. Gerade wenn die einzelnen sich etwas vornehmen sollen und mehr Spielraum dafür haben sollen, muß auch der Staat sich vornehmen, das Seine zu tun, damit alle eine gute Chance haben, es erfolgreich zu tun.

4. Dieses Gutachten wird in seinen diagnostischen Aussagen wie in den dargelegten wirtschaftspolitischen Vorstellungen im wesentlichen von allen Mitgliedern des Rates gemeinsam getragen. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Hans-Jürgen Krupp, vertritt jedoch zu einigen wichtigen Fragen der Beurteilung der früheren und der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik sowie — im Zusammenhang damit — zur Frage der künftig anzustrebenden Politikmischung teilweise eine andere Auffassung als die Mehrheit des Rates. Er hat seine abweichende Meinung im Gutachten zum Ausdruck gebracht.

5. Der gesetzlichen Regelung entsprechend schied Professor Dr. Gerhard Fels, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, am 28. Februar 1982 aus dem Sachverständigenrat aus. Herr Fels hatte dem Sachverständigenrat seit dem 23. Juni 1976 angehört. Als sein Nachfolger wurde am 10. Juli 1982 Professor Dr. Hans Karl Schneider, Universität zu Köln, durch den Bundespräsidenten für fünf Jahre in den Sachverständigenrat berufen.

Als Nachfolger von Professor Dr. Werner Glastetter, der Mitte August 1981 gemäß § 7 Abs. 3 des Sachverständigenratsgesetzes gegenüber dem Bundespräsidenten sein Amt als Mitglied des Sachverständigenrates niedergelegt hatte, berief der Bundespräsident am 1. März 1982 Professor Dr. Hans-Jürgen Krupp, Berlin, für die Zeit bis zum 29. Februar 1984 in den Sachverständigenrat.

6. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, den Bundesministern der Finanzen, sowie mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern.

Die Urteilsbildung des Rates erleichterten Berichte des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit.

Wie in früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Mit Dr. Manfred Wegener von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften führte der Rat ein ausführliches Gespräch über die wirtschaftlichen Probleme der Gemeinschaft.

7. Mit den Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und Forschungsinstituten hat der Rat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Hinweise vermittelt haben. Professor Dr. Knut Borchardt, München, stand dem Rat zu einer Aussprache über die Ursachen der gegenwärtig weltweit bestehenden wirtschaftlichen Probleme und über die Frage möglicher Parallelen zur Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre zur Verfügung.

Der Rat hatte ein ausführliches Gespräch über Fragen der weltwirtschaftlichen Entwicklung mit den Mitgliedern des PROJECT LINK.

8. Wiederum hat der Deutsche Industrie- und Handelstag durch kurzfristige Umfragen bei den Kammern dem Sachverständigenrat besonders aktuelle Informationen zukommen lassen.

9. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten haben uns Professor Dr. Hermann Albeck, Saarbrücken, Dr. Hans J. Barth, Basel, Professor Dr. Jürgen Kromphardt, Berlin,

Dr. Hermann Naust, Saarbrücken, und Professor Dr. Carsten Thoroe, Göttingen, geholfen. Wir fanden ferner wiederum wertvolle Unterstützung durch Dr. Hans-Hagen Härtel, Hamburg, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt der Dank des Rates.

10. Die volkswirtschaftliche und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben wie immer den Sachverständigenrat bei seinen statistischen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und ihm bei der Materialbeschaffung wertvolle Hilfe geleistet.

Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen und statistischem Material hat der Sachverständigenrat auch durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaft, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gefunden.

11. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Wie wenn dies selbstverständlich wäre, haben sich viele Mitarbeiter des Amtes in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates eingesetzt. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Außer derem Leiter Herrn Ltd. Regierungsdirektor Ulrich Maurer und dessen Stellvertreter Herrn Oberregierungsrat Wolfgang Glöckler haben als ständige Mitarbeiter Frau Edith Schnürer, Frau Ursula Wildeman, Herr Friedrich Egli, Herr Peter Leonhardt und Herr Karl Seewald den Rat mit unerschöpflicher Geduld unterstützt. Allen Beteiligten zu danken ist dem Rat ein besonderes Anliegen.

12. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem wissenschaftlichen Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an: Diplom-Volkswirt Roswitha Beck, Dr. Ute Geipel, Dr. Hans Jäckel, Dr. Jürgen Pfister, Diplom-Volkswirt Rolf Schneider und Diplom-Volkswirt Gerhard Ziebarth.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Ernst-Moritz Lipp, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 21. November 1982

Horst Albach **Hans-Jürgen Krupp** **Kurt Schmidt** **Hans Karl Schneider** **Olaf Sievert**

Inhalt

Anhang

Verzeichnis der Schaubilder

Verzeichnis der Tabellen im Text

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG = Arbeitsförderungsgesetz

BA = Bundesanstalt für Arbeit

BMA = Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

BMBW = Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

BMF = Bundesministerium der Finanzen

BML = Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

BMWi = Bundesministerium für Wirtschaft

DIW = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

EG = Europäische Gemeinschaften

ERP = Marshallplan

ESVG = Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

HWWA = HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

IAB = Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit

Ifo = Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

IFW = Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

IAO/ILO = Internationale Arbeitsorganisation, Genf

IWF/IMF = Internationaler Währungsfonds, Washington

JG = Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

JWB = Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung

OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris

Öffa = Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG

OPEC = Organisation erdölexportierender Länder, Wien

RWI = Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

SAEG = Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg/Brüssel

SG = Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

SZR = Sonderziehungsrechte

UN = Vereinte Nationen, New York

WSI = Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

–	=	nichts
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
— oder |	=	der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×	=	Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Der Internationale Rahmen

Überschuldungsprobleme in der Welt

1*. Den westlichen Industrieländern gelang es auch in diesem Jahr nicht, die nun schon seit nahezu drei Jahren andauernde Stagnation zu überwinden. Was an Waren produziert und an Dienstleistungen erbracht wurde, erreichte gerade den Vorjahresstand. Die Investitionen gingen abermals zurück. Über 30 Millionen Menschen waren zuletzt arbeitslos, 8 Millionen mehr als vor einem Jahr. Fortschritte gab es bei der Inflationsbekämpfung; auch die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte wurden kleiner.

2*. Die langanhaltende Stockung ist Ausdruck der über Jahre hinweg geschwächten Konstitution einer großen Anzahl von Ländern. Die Aufgaben der siebziger Jahre, teures Öl zu ersetzen, mehr Arbeitsplätze für mehr Menschen zu schaffen, die Produktionsanlagen dabei zu erneuern und den auch sonst veränderten Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung anzupassen, wurden nur unzureichend bewältigt. Die Antriebskräfte und die Flexibilität, deren es bedurft hätte, waren in der vorangegangenen Zeit wirtschaftlicher Prosperität und einer nachgiebigen Politik beeinträchtigt worden, als Wachstum und Vollbeschäftigung noch als leicht erreichbar galten und immer mehr Ansprüche an das Verteilbare, an die soziale Sicherheit und an staatliche Dienstleistungen durchgesetzt wurden. Der Druck der aufgestauten Anpassungsprobleme lähmte die Weltwirtschaft im ganzen. Die Neigung der einzelnen Länder, sich zu Lasten anderer zu helfen, nahm zu. Die weltweiten Schwierigkeiten wurden dadurch nur um so größer.

3*. Nahezu überall ist inzwischen der Spielraum der Wirtschaftspolitik ausgeschöpft, auf herkömmlichem Wege zu mehr Dynamik beizutragen. Die Finanzpolitik tut sich schwer, der überaus hohen und weiter steigenden öffentlichen Defizite Herr zu werden. Die Geldpolitik muß vielerorts weiter gegen die Inflationsgewöhnung angehen, die den Weg zu kräftigen Zinssenkungen versperrt, und wo sie Erfolge zu verzeichnen hat, behindert die Gefahr einer inflationstreibenden Abwertung Zinssenkungen, die sich gegen die internationale Markttendenz richten.

4*. Hohe Zinsen, verglichen mit den Investitionserträgen sogar höher als im vergangenen Jahr, belasteten 1982 Investoren und Konsumenten bis weit in das Jahr hinein. Ursache hierfür war nicht zuletzt, daß die Vereinigten Staaten den internationalen Kapitalanlegern auch in diesem Jahr eine sehr hohe Verzinsung boten, die nur zu einem Teil unvermeidliche Folge der Abkehr vom früheren inflatorischen Kurs der amerikanischen Wirtschaftspolitik war. Vielmehr hat auch die Spannung zwischen der restriktiven Geldpolitik, die die Inflationsgewöhnung brechen sollte, und der Finanzpolitik, die hohe Defizite in Kauf nahm und Erwartungen auf noch höhere nährte, das Zinsniveau nach oben getrieben. Dies hat die Kosten der Stabilisierung nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern auch für die Weltwirtschaft im ganzen äußerst hoch werden lassen.

Anhaltende Stagnation in den westlichen Industrieländern

5*. In den Vereinigten Staaten ist es zu einem wirtschaftlichen Einbruch gekommen. Die belebenden Wirkungen, die man von den Entlastungen bei der Einkommensteuer und den Erleichterungen bei den Abschreibungen hinsichtlich Ersparnisbildung und Investitionen erwartet hatte, haben sich auch 1982 gegen die dämpfende Wirkung der Zinsen, die aus dem Gegeneinander von knapper Geldversorgung und stark ansteigenden Staatsdefiziten resultierten und im Verhältnis zur Inflationsrate spektakulär hoch waren, nicht durchsetzen können. In Japan, wie auch in anderen exportorientierten Ländern Asiens, hat angesichts der geringen Impulse vom Welthandel und des erschwerten Marktzutritts in vielen Abnehmerländern die wirtschaftliche Dynamik, wie sie in den vergangenen Jahren zu beobachten war, deutlich nachgelassen.

6*. In den europäischen Ländern kamen zu den dämpfenden weltwirtschaftlichen Einflüssen die ungelösten eigenen Probleme hinzu. Von der Binnennachfrage gingen kaum belebende Wirkungen aus. Viele Länder hatten mit den Folgen einer über Jahre hinweg expansiven Ausgabenpolitik zu kämpfen. Immense Sparanstrengungen waren gefordert, den Haushaltsfehlbeträgen, die mit der lang anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase weiter stiegen, auch nur Grenzen zu setzen. In Großbritannien ist die gesamtwirtschaftliche Produktion 1982 höher ausgefallen als im Jahr davor. Zu einer Wende ist es damit aber noch nicht gekommen. Der schwachen Aufwärtsentwicklung, die auch dort im Herbst 1981 eingesetzt hatte, folgte im Frühsommer wieder ein Rückschlag. In Frankreich mußte sich die Regierung 1982 zu Kurskorrekturen entschließen. Im vergangenen Jahr war sie zu einer expansiven Finanz- und Sozialpolitik übergegangen. Auch die Geldpolitik folgte anfangs dieser Linie; sie sollte die Zinsen zum Sinken bringen. Über die Verstaatlichung von Industrieunternehmen und Banken wollte die Regierung zudem ihre Möglichkeiten erweitern, in den Wirtschaftsablauf einzugreifen. In der Lohnpolitik setzte man auf Konsens und hoffte auf moderate Ab-

schlüsse. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Italiens Wirtschaft zeigte bis zum Frühsommer dieses Jahres eine erstaunliche Widerstandskraft, obwohl es an Belastungen des Wirtschaftsklimas nicht fehlte. In der zweiten Jahreshälfte kam es auch in Italien zu einem Rückschlag, von dem sich die Wirtschaft bis zuletzt noch nicht erholt hat.

7*. Die Schwäche der Weltwirtschaft und die anhaltend hohen Zinsen brachten mehr und mehr Länder, die schon vorher über viele Jahre hinweg hohe Schulden auf sich geladen hatten, an Grenzen ihrer Kreditfähigkeit, und für manche wurde offenbar, daß sie diese bereits überschritten hatten. Die Fälle, daß Länder Zins und Tilgung nicht mehr zahlen konnten, häuften sich. Umschuldungen, die auch im übrigen im großen Umfang anstanden, weil der Anteil kurzfristiger Kredite angesichts des Zinsanstiegs in den letzten Jahren kräftig zugenommen hatte, waren nicht mehr gesichert. Niemand wollte Geld verlieren, niemand zeigen, wieviel er schon verloren hat.

8*. Der nun schon seit längerem anhaltenden Stagnation ist in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein vergleichsweise kräftiges wirtschaftliches Wachstum vorausgegangen. So gesehen ist das derzeitige Produktionsniveau keineswegs niedrig zu nennen. Ein Vergleich mit dem Produktionseinbruch in den dreißiger Jahren liegt nicht nahe. Besorgniserregend ist allerdings der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit, zumal sich eine deutliche Besserung der Arbeitsmarktlage in naher Zukunft nicht abzeichnet.

Störungen an den Finanzmärkten

9*. Gravierende Störungen an den Finanzmärkten spiegelten die ungelösten Anpassungsprobleme. Zu der Neigung, die Ausgaben für Investitionen und für Konsum eher einzuschränken als auszuweiten und stattdessen Geldvermögen zu bilden, hätte ein kräftiger Rückgang der Zinsen gepaßt. Bis über die Jahresmitte hinaus sind diese jedoch nur sehr zögernd gesunken. Die Defizite in den öffentlichen Haushalten wirkten dabei nicht nur ihres schieren Ausmaßes wegen belastend; die Sorge, daß am Ende schließlich doch mehr Inflation die Folge sein könnte, hielt auch die Risikoprämie, die Anleger verlangten, hoch, höher jedenfalls anscheinend, als die tatsächlich rückläufigen Preissteigerungsraten noch rechtfertigen mochten. Je länger wiederum die Zinsen bei schwacher Weltkonjunktur hoch blieben, um so drückender wurde die Last für die hochverschuldeten Länder und Unternehmen. Deren Finanzierungsprobleme vergrößerten die bestehende Unsicherheit an den Finanzmärkten; die Risikoprämie im Zins erhöhte sich dadurch weiter.

10*. Die meisten Länder hatten in den letzten beiden Jahren kaum eine andere Wahl, als der geldpolitischen Linie der Vereinigten Staaten zu folgen. Um eine Abwertung ihrer Währung und der damit verbundenen Gefahr für den Geldwert entgegenzuwirken, verfolgten sie einen restriktiveren Kurs, als sie ihn aus freien Stücken wohl gewählt hätten, obwohl viele von ihnen durchaus Anlaß hatten, auch aus eigenem Interesse Inflationsbekämpfung zu treiben. Nur wenige Länder konnten zeitweise von dieser Linie Abstand halten. Auch 1982 war das nicht anders.

Gegen die Marktbedingungen hatte die neue französische Regierung im vergangenen Jahr versucht, die Zinsen über eine reichlichere Geldversorgung zu senken. Doch schon im letzten Herbst wurde der Druck auf den Franken so groß, daß dieser Kurs nicht aufrechterhalten werden konnte. Zu den wenigen Ländern, die aufgrund ihrer Konstitution über längere Zeit eine größere Zinsdifferenz zum Ausland aufrechtzuerhalten vermochten, gehörten Japan und die Schweiz. Doch die Abkopplung war selbst hier nur begrenzt möglich. Als der Yen Anfang 1982 rapide an Wert verlor, mußte auch Japan eine Verringerung der Zinsdifferenzen zum Ausland hinnehmen. In der Schweiz konnte bis zum Frühjahr 1982 ein erheblicher Abstand zum internationalen Zinsniveau aufrechterhalten werden. Als im Zuge steigender Inflationsraten der geldpolitische Kurs verschärft wurde, zogen auch dort die Zinsen an, im wesentlichen aber nur die kurzfristigen Zinsen; bei den langfristigen Zinsen konnte eine deutliche Differenz zum Ausland gewahrt werden.

11*. Die Aufwärtsbewegung des Dollar, die Ende 1980 begonnen hatte, setzte sich 1982 fort, nachdem diese Tendenz gegen Ende des letzten Jahres für einige Monate von einem Kursrückgang abgelöst worden war. Der gewogene Außenwert des Dollar lag in den ersten neun Monaten dieses Jahres um knapp 12 vH höher als vor Jahresfrist. Das Pfund Sterling hat gegenüber dem Vorjahr nominal knapp 6 vH an Wert verloren. Im Verlauf dieses Jahres hat es sich allerdings wieder befestigt. Der Außenwert des Yen lag im Durchschnitt der Monate Januar bis September 1982 um annähernd 3 vH unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Im Vorjahresabstand des Yen-Kurses kommt der Kursrückgang im Verlauf dieses Jahres indessen nur unvollkommen zum Ausdruck. Über die vergangenen zehn Jahre gesehen hat der Yen, wenn man die relative Preisentwicklung berücksichtigt, im ganzen eine Abwertung erfahren.

Protektionismus: Gefahren für den Welthandel

12*. Protektionistische Tendenzen haben in der Einschätzung der weltwirtschaftlichen Lage eine immer größere Bedeutung gewonnen. Diejenigen Kräfte, die sich, auch im eigenen Interesse, für einen freien Welthandel einsetzen und von denen man sich wirksamen Widerstand gegen die Einführung neuer oder die Verfestigung alter protektionistischer Praktiken erhoffen könnte, sind gegenwärtig weit schwächer als während der Liberalisierungsphase der fünfziger und sechziger Jahre.

Auch in Europa greift der Protektionismus um sich. Der Stahlmarkt bietet im Jahre 1982 wie schon im

Herbst des vergangenen Jahres keinen Anlaß zu Hoffnungen auf einen Abbau des Dirigismus und auf Lockerung der Beschränkungen für Importe aus Drittländern. Ähnlich entmutigend ist die Entwicklung auf dem Weltmarkt für Textilien, wo fast ausschließlich diejenigen Teile des geltenden Multifaserabkommens genutzt werden, die unter Hinweis auf die Gefahren einer sogenannten Marktzerrüttung eine Handhabe für Einfuhrrestriktionen bieten. Nichttarifäre Handelshemmnisse behindern in zunehmendem Maße den Warenverkehr auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Diese Form des Protektionismus ist nicht zuletzt deshalb so gefährlich, weil sie schwer nachzuweisen ist. Protektionismus breitet sich aus nicht nur in der Abwehr von Importen aus dem Ausland, sondern auch in der Begünstigung des Exports. Manche Länder verschaffen ihren Unternehmen erhebliche Wettbewerbsvorteile durch günstige Bedingungen bei der Exportfinanzierung, durch subventionierte Zinsen, Tilgungsstreckung, tilgungsfreie Jahre, durch Finanzierung eines Teils der Kosten aus der staatlichen Entwicklungshilfe.

Eine gemeinsame Grundtendenz der vielen gegenwärtig zu beobachtenden Formen eines verschärften Protektionismus ist die zunehmende Verbundenheit von wirtschaftspolitischen Aktionen und Reaktionen. Aus einem in normalen Zeiten für das Funktionieren des Welthandelssystems durchaus nützlichen Argwohn in handelspolitischen Fragen ist unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Probleme in einzelnen Ländern eine fatale Neigung zur Überreaktion geworden. Mit dieser Tendenz geht ein Ausbau des protektionistischen Instrumentariums einher.

13*. In der Europäischen Gemeinschaft gab es auch in diesem Jahr keine neuen Initiativen, die die gemeinschaftliche Politik aus der in vieler Hinsicht verfahrenen Situation hätten herausführen können. Die an sich erfreuliche Tatsache, daß die Agrarausgaben der Gemeinschaft nur vergleichsweise langsam stiegen, verringerte den Druck, die EG-Agrarpolitik grundlegend zu ändern, und führte dazu, daß die Reform erneut vertagt wurde. Für die Aufgabe, das Finanzierungssystem der Gemeinschaft so zu ändern, daß nicht von Jahr zu Jahr neue Spannungen zwischen den Mitgliedsländern entstehen, wurde keine Lösung gefunden. Die ursprünglichen Planungen für eine Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems wurden in dieser für den Fortgang der europäischen Integration insgesamt schwierigen Phase und angesichts wachsender währungspolitischer Spannungen in Europa nicht weiterverfolgt.

Die Binnenkonjunktur 1982

14*. In der Bundesrepublik hat sich die Wirtschaft auch 1982 nicht aus der hartnäckigen Stockung lösen können, in der sie sich seit 1980 befindet. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Lage stellt sich gegen Ende des Jahres schlechter dar als zu Jahresbeginn. Statt zu der erwarteten allmählichen Erholung ist es vom Frühjahr an zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität gekommen. Dabei wirkte zusammen, daß der zuvor starke Anstieg der Auslandsaufträge umschlug und die Binnennachfrage schwach blieb. Auftragspolster, die es erlaubt hätten, den bisherigen Produktionsumfang beizubehalten, waren nur in begrenztem Maße vorhanden. Produktionskürzungen und ein weiterer Personalabbau waren daher von der Jahresmitte an die Folge. Die Anzahl der Arbeitslosen ist damit wieder verstärkt gestiegen; am Jahresende wird sie voraussichtlich mehr als 2 Millionen betragen, über 500 000 mehr als Ende 1981. Obwohl das Jahr in anderer Hinsicht auch Fortschritte brachte — abnehmende Preissteigerungen und eine weitgehend ausgeglichene Bilanz im Waren- und Leistungsverkehr mit dem Ausland — überwiegt derzeit Enttäuschung, was die zurückliegende, und Sorge, was die weitere Entwicklung betrifft.

15*. Offenbar hatte die deutsche Wirtschaft dem Sog der weltwirtschaftlichen Probleme nicht genug entgegenzusetzen.

Der Abbau des außenwirtschaftlichen Defizits, der verglichen mit anderen Ländern beachtlich schnell vorankam, selbst wenn man die binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche und die gedrückten Weltmarktpreise der meisten Rohstoffe dabei in Rechnung stellt, hat für eine Verbesserung der monetären Rahmenbedingungen zwar Spielraum geschaffen, aber keinen großen.

Das aus ihrer Sicht an geldpolitischer Lockerung Mögliche hat die Bundesbank getan. In mehreren Schritten hat sie den Zugang zum Notenbankkredit erleichtert und diesen verbilligt. Die Zentralbankgeldmenge, für die die Bundesbank — ausgehend freilich von einer niedrigen Basis der Geldversorgung — zwischen dem vierten Quartal 1981 und dem vierten Quartal 1982 einen Expansionsspielraum von 4 vH bis 7 vH vorgegeben hatte, bewegte sich das Jahr über am oberen Rand dieses Zielkorridors. Ein expansiver Impuls, der über das hinausgeht, was sich aus einer Abkehr von einer restriktiven Linie ergibt, ist in der Geldpolitik des Jahres 1982 nicht angelegt. Die Beschleunigung in der Expansion der Zentralbankgeldmenge muß man aber deutlich sehen. Eine noch stärkere Beschleunigung hätte den Prozeß der Stabilisierung des Preisniveaus wohl erneut gefährdet. Hohe Kapitalabflüsse ins Ausland und eine bis zuletzt anhaltende Schwäche der D-Mark gegenüber dem Dollar haben gezeigt, wie eng begrenzt der geldpolitische Handlungsspielraum geblieben ist. Der zögerliche Rückgang der Kapitalmarktzinsen hat verdeutlicht, daß durch die Hergabe von einigen Milliarden Mark Zentralbankgeld allein kein niedriger Zins auf Dauer gesichert werden kann (Ziffern 143 ff.).

16*. Für eine Belebung der wirtschaftlichen Aktivität, vor allem der Investitionstätigkeit, hätte die Aussicht auf bessere Erträge hinzukommen müssen. Die Lohnrunde, die angesichts der zunehmenden Beschäftigungsprobleme und der vorangegangenen Verschlechterung der Ertragslage mit durchschnitt-

lich 4 vH etwas geringere Tarifanhebungen als im Jahr davor brachte, bot für eine allmähliche Erholung der Unternehmensgewinne auch Raum (Ziffern 40 ff.). Die unerwartete Abschwächung der Nachfrage hat diesen jedoch geschmälert, weniger von den Preisen als vielmehr von den Mengen her, und die Gewinne in der Summe nicht wie die Gewinnmargen steigen lassen (Ziffern 109 ff.). Unsicherheiten im Exportgeschäft und drängende Konsolidierungsprobleme zahlreicher Unternehmen haben zudem der Verbesserung der Ertragslage viel von ihrer Wirkung genommen.

17*. Die Finanzpolitik sah sich vor die Aufgabe gestellt, Maßnahmen einzuleiten, die einen Abbau der hohen staatlichen Defizite auf mittlere Sicht gewährleisten, die Ausgabenstruktur zugunsten der öffentlichen Investitionen ändern und darüber hinaus die private Investitionstätigkeit verstärkt fördern sollten (Ziffern 165 ff.). Ein erster Schritt war Ende 1981 mit der sogenannten Operation '82 getan worden. Die Verschlechterung der Beschäftigungslage veranlaßte die Bundesregierung im Frühjahr 1982, zusätzlich eine befristete Investitionszulage in Höhe von 10 vH der Anschaffungskosten von Ausrüstungsgütern und Betriebsgebäuden zu beschließen, soweit sie die durchschnittlichen Investitionsausgaben während der vergangenen drei Jahre übersteigen. Die Auseinandersetzungen um den angemessenen Kurs der Finanzpolitik hatten damit jedoch kein Ende, zumal bald offenkundig wurde, wie hoch das Haushaltsdefizit weiterhin sein würde. Der langanhaltende Streit um Art und Umfang zusätzlicher Maßnahmen verunsicherte Investoren und Konsumenten weiter. Die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen, die von der neuen Regierung vorgenommen oder ins Auge gefaßt worden sind — Ausgabenkürzungen und Umstrukturierung des Haushalts zugunsten investitionsfördernder Maßnahmen —, sind für die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr von Bedeutung. Das Jahr 1982 berühren sie nicht mehr.

18*. Die Auslandsnachfrage, die im vergangenen Jahr kräftig gestiegen und damit zur wichtigsten Stütze der binnenwirtschaftlichen Entwicklung geworden war, ist 1982 unerwartet stark zurückgegangen. Von der Jahresmitte an schlug sich dies mehr und mehr auch im Exportvolumen nieder. Bei den unmittelbaren Wirkungen, die das auf Produktion und Beschäftigung im Inland hatte, blieb es nicht. In ihren Absatzerwartungen verunsichert, schoben die Unternehmen Investitionsvorhaben weiter auf und fuhren fort, den Personalbestand zu verringern. Einkommenseinbußen und steigende Arbeitsplatzrisiken dämpften zudem den privaten Verbrauch. Kurz, die Schwäche der Binnennachfrage verschärfte sich. Daß dies alles nicht nur auf die Produktion im Inland, sondern auch auf die Einfuhr zurückwirkte, die vom Frühjahr an ebenfalls rückläufig war, minderte zwar den von außen kommenden rezessiven Einfluß, wog ihn aber nicht auf.

19*. Was an Verbesserungen der Angebotsbedingungen — von den Kosten für Kapital und Arbeit bis hin zu den finanzpolitischen Rahmenbedingungen — zu verzeichnen war, reichte offenbar nicht aus, die Widerstandskraft der Wirtschaft, insbesondere die Investitionsneigung der Unternehmen hinreichend zu stärken (Ziffern 40 ff.). Die hohen Zinsen haben sich zunächst nur langsam und stockend zurückgebildet. In der zweiten Jahreshälfte ist es aber zu weiteren deutlichen Zinssenkungsschritten gekommen. Die Entlastung bei den Fremdkapitalkosten hielt sich das Jahr über deshalb in engen Grenzen, weil viele Unternehmen sich noch gezwungen sahen, auslaufende Kredite zu Zinsen umzuschulden, die über den früheren lagen. Deutlicher als bei den Kapitalkosten war die Entlastung 1982 bei den Kosten für importierte Vorleistungen, die in den vorangegangenen drei Jahren außerordentlich stark gestiegen waren, zunächst durch den Preissprung beim Erdöl und die Hausse der Weltmarktpreise für zahlreiche Rohstoffe, dann durch den Kursrückgang der D-Mark bedingt. Der Anstieg der Lohnkosten hat sich erheblich verlangsamt.

20*. Die akuten nachfrageseitigen Belastungen überwogen offenbar derart, daß die Investitionstätigkeit 1982 noch stärker zur Schwäche neigte als zuvor. Am frühesten und am deutlichsten wurde das bei den Lagerinvestitionen sichtbar. Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern ist bis in den Herbst hinein zurückgegangen. Ihre Auftragsvergabe an die Bauwirtschaft haben die Unternehmen das Jahr über dagegen nicht weiter gekürzt. Im Wohnungsbau hat die Nachfrage sogar, wie es scheint, etwas angezogen; der Anstieg, der im Verlauf des Jahres zu verzeichnen war, reichte indes bei weitem nicht, auch nur den scharfen Rückgang vom vergangenen Jahr wettzumachen. Alles in allem wurde im laufenden Jahr, soweit sich das derzeit abschätzen läßt, real gerechnet 5 vH weniger in Ausrüstungen und Bauten investiert als 1981. Anders als im vergangenen Jahr sind in diesem Jahr selbst unter Einschluß der Preissteigerungen die Investitionen gesunken.

21*. Abnehmende Bestellungen aus dem Ausland wie aus dem Inland und zunehmende Lagerbestände bewogen mehr und mehr Unternehmen von der Jahresmitte an, ihre ohnehin nicht hohe Produktion einzuschränken, zumal die meisten eine baldige Erholung nicht sahen. So wurden in der zweiten Jahreshälfte nicht mehr, sondern weniger Güter hergestellt und Dienstleistungen erbracht als ein Jahr zuvor. Im ganzen dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion 1982 um etwa 1 vH hinter der des Jahres 1981 zurückbleiben (Ziffern 59 ff.). Besonders stark leidet weiterhin die Bauwirtschaft unter der Rezession. Ein Produktionsniveau, das noch erheblich niedriger war als im Vorjahr, wenn es auch im Jahresverlauf nicht weiter absank, Firmenzusammenbrüche in bisher nicht gekanntem Ausmaß und ein drastischer Abbau des Personalbestands kennzeichneten die schlechte Lage. Der Kapazitätsabbau im Baugewerbe hat sich fortgesetzt, und die Befürchtung, daß er über das hinausgeht, was auf mittlere Sicht als zuträglich gelten kann, erscheint nicht unbegründet. Es wäre nicht das erste Mal, daß in einer Baurezession bereits die Probleme eines folgenden Aufschwungs angelegt sind.

In der Volkswirtschaft im ganzen hat der Bestand an Produktionsanlagen weiter zugenommen; mit der rückläufigen Investitionstätigkeit hat sich die Zunahme allerdings verlangsamt. Der Angebotsspielraum, das heißt das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, ist unseren Rechnungen zufolge 1982 um 1 1/2 vH gewachsen. Genutzt wurde der Spielraum freilich nicht. Im verarbeitenden Gewerbe, das besonders starke Produktionsschwankungen aufweist, sank die Auslastung der industriellen Anlagen Befragungen zufolge bis zum Herbst auf 74 vH der betriebsüblichen Vollauslastung. Sogar im Tiefpunkt der Rezession von 1974/75 hatten die Firmen ihre Kapazitäten noch etwas mehr nutzen können.

22*. Die Lage am Arbeitsmarkt ist unter diesen Bedingungen 1982 noch ungünstiger geworden, als zu Anfang des Jahres erwartet wurde (Ziffern 68 ff.). Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist erheblich zurückgegangen, abzulesen an dem deutlichen Beschäftigungsabbau und an der immer kleiner werdenden Zahl an angebotenen offenen Stellen. Der Beschäftigungsrückgang hat sich das ganze Jahr über nicht abgeschwächt. Von Vierteljahr zu Vierteljahr betrug er jeweils rund 100 000. In den meisten Branchen entließen die Unternehmen trotz vermehrter Kurzarbeit bis zuletzt Arbeitskräfte. Im Vergleich zum Vorjahr hatten im Durchschnitt des Jahres 1982 etwa 410 000 weniger Personen einen Arbeitsplatz. Bei abermals zunehmender Anzahl derer, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, stieg die Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat ständig an. Im Oktober waren über 1,9 Millionen Arbeitslose gemeldet, von jahreszeitlichen Einflüssen bereinigt, entspricht dies mehr als 2 Millionen. Auch die Anzahl der Jugendlichen, die nach Abschluß ihrer Ausbildung keinen Arbeitsplatz finden, hat stärker zugenommen. Wie ungünstig die Beschäftigungschancen 1982 waren, zeigt sich nicht zuletzt auch daran, daß es noch länger dauerte als im Vorjahr, bis arbeitslos gewordene Arbeitnehmer wieder in Beschäftigung kamen. Nur noch jeder Sechste hatte innerhalb eines Monats einen neuen Arbeitsplatz.

23*. Die Bedingungen für eine Preisberuhigung waren in diesem Jahr ungleich günstiger als 1981 (Ziffern 98 ff.). Anders als im Vorjahr war nämlich die Preisentwicklung 1982 nicht von massiven Importverteuerungen gekennzeichnet, und anders als damals gab es keinen zunehmenden Kostendruck im Innern. Im vergangenen Jahr waren bei auch schon abgeschwächten Lohnsteigerungen die Lohnstückkosten noch stark gestiegen, weil kapazitätsauslastungsbedingt — der Personalabbau in den Unternehmen war noch nicht sehr stark — die Produktivität nur wenig zunahm. In diesem Jahr brachten ein abnehmender Kostenanstieg im Personalbereich, günstigere Finanzierungsbedingungen sowie sinkende Rohstoffpreise spürbare Entlastung. In den Absatzpreisen der Unternehmen findet sich dies nicht in vollem Umfang wieder. Trotz des Nachfragerückgangs haben die Unternehmen offenbar ihre Preise auch deshalb angehoben, weil sie hofften, so am ehesten ihre Ertragslage und ihre angeschlagene Finanzkraft wieder zu verbessern. Das scheint, bei aller Verschiedenheit der Ertragsentwicklung im einzelnen, im Durchschnitt auch tatsächlich gelungen zu sein.

24*. Nach zwei Jahren hoher Leistungsbilanzdefizite ist es der Bundesrepublik in diesem Jahr gelungen, wieder zu einem annähernden Ausgleich der Leistungsbilanz zu kommen (Ziffern 123 ff.). Dies ist im wesentlichen die Folge einer kräftigen Verbesserung der Handelsbilanz, die bis in die Jahresmitte 1982 anhielt. Seither sind die Exporte wieder zurückgegangen, vor allem wegen der schwachen Weltkonjunktur. Auch die Importentwicklung war im bisherigen Jahresverlauf sehr verhalten. Der Exportüberschuß, der in diesem Jahr schätzungsweise 50 Mrd DM erreichen könnte, dürfte indessen nur gerade ausgleichen, was die Bundesrepublik für Dienste und Übertragungen an das Ausland mehr zu zahlen hatte als sie für Dienste und Übertragungen erhielt.

Anlaß, die außenwirtschaftliche Situation im ganzen nicht schon für entspannt zu halten, gibt der Kapitalverkehr. Im Bereich der langfristigen Anlagen überwogen die Abflüsse die Zugänge weitaus mehr als im vergangenen Jahr, und dies nicht nur, weil der Staat seine Kreditaufnahme im Ausland verringerte.

An den Devisenmärkten kam es nicht zu der erwarteten Stärkung der D-Mark gegenüber dem Dollar. Gegenüber fast allen anderen Währungen gewann die D-Mark jedoch an Wert. Faßt man die Wechselkursentwicklung gegenüber den Haupthandelspartnern zusammen, so stellte sich übers Jahr hinweg eine Höherbewertung ein.

Die voraussichtliche Entwicklung

25*. Über die wirtschaftlichen Aussichten für das Jahr 1983 haben wir uns bereits in unserem Sondergutachten vom 9. Oktober 1982 geäußert (Anhang IV). Wir haben geprüft, was zwischenzeitlich an Prognosen vorgelegt wurde. Die wirtschaftliche Entwicklung im dritten Vierteljahr ist mittlerweile klar erkennbar geworden. Abgesehen von kleineren Korrekturen ist es bei der Grundlinie der Prognose vom Oktober geblieben (Ziffern 186 ff.).

26*. In den westlichen Industrieländern ist eine wirtschaftliche Belebung bislang ausgeblieben. Kapazitätsauslastung und Beschäftigung sind im Gegenteil im Verlauf des Jahres 1982 weiter gesunken. Der Welthandel ist kräftig zurückgegangen. Wichtigen Industrieländern ist es, trotz einiger hoffnungsvoller Ansätze, bislang nicht gelungen, den Weg aus der Stagnation zu finden. Damit ist auch die Gefahr nicht gebannt, daß die Weltwirtschaft doch noch in einen kumulativen Abschwungsprozeß gerät.

Eine Vorausschau auf das Jahr 1983 sollte allerdings nicht aus dem Blick verlieren, daß es auch positive Zeichen gibt. Eine Reihe von Ländern, darunter die Vereinigten Staaten, hat beachtliche Stabilisierungserfolge aufzuweisen. Dies dürfte den Rückgang der Zinsen in der Welt voranbringen, wenn

auch voraussichtlich nicht mehr in dem Tempo wie bisher. Die Lohnpolitik scheint zunehmend bereit, der schwierigen Arbeitsmarktlage durch maßvolle Tarifabschlüsse Rechnung zu tragen. Schließlich ist die Finanzpolitik fast überall dabei, die Vertrauensschäden zu mindern, die durch die Defizitpolitik vorangegangener Jahre entstanden sind. Freilich beschränkt sie sich häufig auf kräftige Haushaltskürzungen und läßt es dabei an flankierenden wachstumspolitischen Maßnahmen fehlen, die geeignet sind, einen Nachfrageausfall abzufangen.

Aufgrund unserer Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in den wichtigsten Industrieländern sehen wir Raum für eine Ausweitung des Welthandels, wenn auch keinen sehr großen. Wir gehen von einem Zuwachs des Welthandelsvolumens aus, der im Durchschnitt des Jahres 1983 bei 2 vH liegt. Das von uns veranschlagte Expansionstempo ist deutlich geringer als früher in den Jahren wirtschaftlicher Erholung. Unsere Schätzung liegt auch unter den Schätzungen internationaler Organisationen, die derzeit eine höhere Rate annehmen. Das Risiko, daß es angesichts der vielen Unwägbarkeiten auch schlechter kommen kann, ist sicherlich nicht klein. Wir halten allerdings die hier skizzierte Entwicklung für den wahrscheinlicheren Fall (SG 82 Ziffern 35 ff.).

27*. In unserem Sondergutachten haben wir keine pessimistische Vorausschau auf das Jahr 1983 gegeben. Die Grundaussage der Prognose war, daß es wieder aufwärts geht, freilich eher später als früher und eher schleppend als zügig. Wir haben gleichwohl auf Risiken hingewiesen, die wir für die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr sehen. Dazu gehört, wie erwähnt, vor allem die Gefahr, daß andere wichtige Länder sich nicht aus der Stagnation lösen können und über kurz oder lang in eine sich selbst verstärkende Rezession geraten.

28*. Die Argumente, die unseres Erachtens für eine allmähliche wirtschaftliche Erholung im Verlauf des nächsten Jahres sprechen, lauteten zusammengefaßt wie folgt:

— Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen ist nach allem, was wir darüber wissen, derzeit nicht groß. Der starke Rückgang der Nachfrage, insbesondere aus dem Ausland, hat die mittelfristigen Erwartungen gedrückt. Es widerspräche jedoch allen Erfahrungen, wenn das, was an Verbesserungen auf der Angebotsseite eingetreten und zu erwarten ist — die Verlangsamung im Anstieg der Lohnstückkosten, die höheren Gewinnmargen, die niedrigeren Zinsen und nicht zuletzt die Maßnahmen des Staates zur Investitionsförderung —, nichts bewirkte. Wir gehen davon aus, daß die Investitionsbereitschaft schon bald wieder zunimmt, zumal viele Investoren wegen des Fristenablaufs bei der Investitionszulage vor der Jahreswende 1982/83 Aufträge vergeben werden, und zwar auch für Güter, die sie sonst erst im nächsten Jahr bestellt hätten.

— Bei den Bauinvestitionen läßt sich die wachsende Investitionsbereitschaft bereits an der Entwicklung von Auftragsvergabe und Produktion ablesen. Um die Bauwirtschaft aus der Talsohle herauszuführen, bedarf es freilich eines Auftragsschubs. Wir rechnen damit, daß es bald dazu kommt, insbesondere im Wohnungsbau. Die Fördermaßnahmen und die niedrigeren Zinsen haben den Erwerb von Wohnungseigentum wieder attraktiver gemacht.

— Wenig Unterstützung kommt 1983 voraussichtlich vom Export. Für diese Einschätzung braucht man kein sonderlich pessimistisches Szenario über die Weltkonjunktur zu zeichnen. Auch bei einer wirtschaftlichen Erholung in wichtigen Industrieländern, allen voran in den Vereinigten Staaten und in Japan, ist fürs erste wohl keine allzu starke Belebung des Welthandels zu erwarten. Was sich dabei den deutschen Unternehmen an Absatzchancen bietet, werden diese voraussichtlich nutzen können, denn sowohl vom Exportsortiment als auch von den Preisen her bestehen gute Aussichten, die derzeitig hohen Marktanteile zu halten.

— Die schwache Stelle in diesem Bild ist und bleibt 1983 der private Verbrauch. Die verfügbaren Einkommen werden nur wenig steigen, und der Preisanstieg, mit dem wir rechnen, wird voraussichtlich etwas darüber hinausgehen. Die Realeinkommen werden somit abermals schrumpfen. Mit den Einbußen an Kaufkraft ist freilich nicht notwendigerweise ein ebenso starker Rückgang des privaten Verbrauchs vorgezeichnet. Bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, und dazu gehört auch ein weiterer Rückgang der Zinsen, dürfte die derzeit ausgeprägte Neigung, auf kostspielige Anschaffungen zu verzichten und stattdessen etwas mehr zu sparen, nachlassen.

Wir hatten uns keine Illusionen darüber gemacht, daß es nur geringe Aussichten gibt, die Wachstumsschwäche schon im Jahre 1983 zu überwinden. Bei realistischer Betrachtung war es bereits als Erfolg zu werten, daß es wieder aufwärts geht.

29*. Es ist freilich auch zu prüfen, ob die wirtschaftliche Entwicklung seit der Erstattung unseres Sondergutachtens im Einklang mit unserer Prognose steht. Prognosen und Projektionen von anderer Seite, die später erarbeitet wurden, kommen teilweise zu einer ungünstigeren Einschätzung. Unterschiede zu unserer Prognose gibt es in bezug auf den Beginn und das Tempo der Erholung; ernste Zweifel an einer Umkehr der Entwicklung gibt es dagegen auch dort nicht.

Es ist derzeit sicherlich nicht leicht, eine verläßliche Prognose für 1983 zu geben, vor allem wegen der außenwirtschaftlichen Risiken, die andere Prognosen noch stärker gewichten. Es muß jedoch dabei bleiben, der Prognose eine Entwicklung zugrunde zu legen, die man für am wahrscheinlichsten hält, auch wenn man andere für möglich hält. Wir haben auch, ergänzend zu unserer Status quo-Prognose, eine Variante durchgerechnet, die für 1983 eine anhaltende Stagnation beim Welthandel unterstellt.

Es mag freilich auch sein, daß sich manche Prognosen derzeit allzusehr von Vorsicht leiten lassen, weil

man, falls die tatsächliche Entwicklung anders verläuft, lieber nach oben korrigiert als nach unten. Das ist nach den Enttäuschungen der letzten Jahre, in denen die Prognosen meistens zu günstig ausfielen, zwar verständlich, aber es ist nicht unproblematisch. Dabei ist insbesondere an die negativen Rückwirkungen zu denken, die auf die Vorausschätzungen von privaten Unternehmen, staatlichen Stellen und internationalen Organisationen ausgehen. Fallen die Prognosen für ein Land zu vorsichtig aus, werden möglicherweise auch andere Länder, die im engen Verbund mit diesem Land stehen, ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung unterschätzen, was wiederum Folgekorrekturen beim ersten Land nach sich zieht. Es entsteht dann, und die gegenseitige Abstimmung der Prognosen bei den internationalen Organisationen zeigt das immer wieder, eine Art von Anpassungswettlauf, der zu sehr fragwürdigen Ergebnissen führen kann.

30*. Die Konjunkturdaten, die seit der Erstellung des Sondergutachtens bekanntgeworden sind, waren alles in allem nicht günstig, aber das war vorauszusehen und ist auch in unserer Prognose vom Oktober 1982 berücksichtigt worden. Man hätte sich wegen der zunehmenden Unsicherheit unter den Investoren auch noch eine ungünstigere Entwicklung vorstellen können. So gesehen gibt es für uns keinen Korrekturbedarf, jedenfalls nicht für die Prognose im ganzen. Die Ergebnisse unserer Durchrechnung stellen wir in Tabelle 31 vor.

Es ist in diesem Zusammenhang einmal mehr darauf hinzuweisen, welche Rolle der Prognose im Entscheidungsprozeß zukommt. Die Prognose soll die Grundlinien der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung herausarbeiten, soweit das beim jeweiligen Stand des Wissens möglich ist. Für die staatlichen und privaten Stellen ist sie somit eine Orientierungshilfe. Freilich, die Prognose kann diese Aufgabe nur erfüllen, wenn sie nicht ständig Änderungen unterliegt. Die Grundaussagen einer Prognose müssen sich im Gegenteil gegenüber wechselnden Stimmungslagen als genügend robust erweisen, normalerweise werden sie auch nicht durch ein Monatsergebnis der Konjunkturstatistik verändert.

31*. Ein gewisser Korrekturbedarf ergibt sich daraus, daß inzwischen mehr Klarheit über die finanzpolitischen Vorhaben der neuen Bundesregierung besteht als Anfang Oktober 1982. Bei der Überprüfung unserer Prognose haben wir die nach diesem Zeitpunkt neu beschlossenen Maßnahmen eingearbeitet und einige Maßnahmen, die bereits berücksichtigt waren, entsprechend der neuen Beschlußlage modifiziert (Ziffer 198). Die Veränderungen gegenüber der Prognose im Sondergutachten sind im ganzen nicht gravierend. Unsere derzeitige Einschätzung der Haushaltslage von Bund, Ländern und Gemeinden deckt sich somit im wesentlichen mit der damaligen. Im einzelnen bedeutet das: Den Anstieg der Ausgaben veranschlagen wir wie bisher auf rund 3 vH, den der Einnahmen auf rund 4 1/2 vH. Bei unseren Ansätzen über die Ausgaben und Einnahmen, die wohlgemerkt auch von unseren Annahmen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung abhängen, errechnet sich für Bund, Länder und Gemeinden in finanzstatistischer Rechnung ein Defizit in Höhe von 70 1/2 Mrd DM, also 5 Mrd DM weniger als im Jahre 1982. Absehbar ist freilich, daß die Haushaltsentwürfe von Bund, Ländern und Gemeinden für 1983 in der Summe ein höheres Defizit ausweisen werden. Die Gebietskörperschaften werden die Ausgaben, soweit sie konjunkturreagibel sind, vermutlich höher ansetzen, und sie werden ein geringeres Steueraufkommen veranschlagen, weil sie von einer etwas ungünstigeren wirtschaftlichen Entwicklung ausgehen als wir. Mittlerweile besteht mehr Klarheit über die Eingriffe in die Finanzen der Sozialversicherungen. Im gemeinsamen Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen ergibt sich gegenüber dem Vorjahr kaum ein Rückgang der Fehlbeträge. Dies ist ein etwas ungünstigeres Bild als dem Sondergutachten zugrunde lag.

32*. Zu den Annahmen unserer Prognose gehört die Erwartung, daß die Lohnpolitik die Konsolidierungsanstrengungen der neuen Bundesregierung nicht unterläuft. Ob die Gewerkschaften tatsächlich nicht doch versuchen werden, über höhere Löhne teilweise das hereinzuholen, was sich aus neuen staatlichen Regelungen an Belastungen für die Arbeitnehmer ergibt, ist freilich noch unsicher. Zu den Annahmen gehört nicht, daß man im nächsten Jahr auf Lohnerhöhungen ganz verzichtet, oder daß es zu Lohnkürzungen kommt, von Einzelfällen einmal abgesehen. Für die Zwecke der Prognose sind wir von Tarifabschlüssen ausgegangen, bei denen die Steigerungsraten nur etwas unter denen von 1982 liegen.

33*. Hält die Finanzpolitik ihren Konsolidierungskurs und trägt die Lohnpolitik das Ihre zur Sicherung der Arbeitsplätze bei, dann hat auch die Geldpolitik Spielraum für weitere Zinssenkungen. Dabei haben wir unterstellt, daß die Bundesbank ihren potentialorientierten Kurs hält, indem sie die Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1983 (Jahresende 1983 gegen Jahresende 1982 gerechnet) um 5 vH ausweitet und daß sie daran nicht durch außenwirtschaftliche Störungen gehindert wird.

34*. Die Ergebnisse des Ifo-Investitionstests vom August/September 1982 stützen den verbreiteten Pessimismus nicht, geben aber auch keinen Anlaß zu übertriebenen Hoffnungen. Danach sind im Bergbau, im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe — auf diese Bereiche entfallen reichlich ein Drittel der Bruttoanlageinvestitionen des Unternehmenssektors — für das kommende Jahr insgesamt keine geringeren Investitionen geplant als 1982. Um das Ergebnis von 1982 zu erreichen, müssen die Investitionen im Verlauf des Jahres 1983 wieder zunehmen, wenn auch nicht ganz so stark, wie wir es angenommen haben (SG 82 Ziffern 23 f.). Was derzeit an solchen Informationen verfügbar ist, entspricht dem Stand der Planungen vom Sommer. Man hat sich zu fragen, in welchem Umfang diese noch nach oben korrigiert werden oder schon korrigiert worden sind, nicht zuletzt wegen der von der

Bundesregierung beschlossenen investitionsfördernden Maßnahmen (Ziffern 165 ff.).

Unverändert skeptisch beurteilen wir dagegen die Entwicklung beim privaten Verbrauch. Die Chancen für steigende Realeinkommen sind derzeit gering und — weil die Sorgen um den Arbeitsplatz eher noch wachsen werden — gibt es keine große Bereitschaft zur Verschuldung. Mehr als ein leichter Rückgang der Sparquote ist für 1983 nicht zu erwarten, und dazu dürfte es wohl auch erst in der zweiten Jahreshälfte kommen, wenn sich das Bild aufhellt. Günstig dürfte sich für den privaten Verbrauch die merkliche Abschwächung im Preisanstieg auswirken. Wir halten nach wie vor für wahrscheinlich, daß sich der Anstieg des Niveaus der Verbraucherpreise im Verlauf des Jahres 1983 auf etwa 3 1/2 vH beschränken wird; dabei ist die Anhebung der Mehrwertsteuer zur Jahresmitte 1983 eingeschlossen. Da die Verbraucherpreise am Jahresende 1982 schon um 2 vH über dem Durchschnitt des Jahres 1982 liegen werden (Überhang), ergibt sich für den Durchschnitt des Jahres 1983 eine etwas größere Rate; wir veranschlagen sie auf 3 3/4 vH.

Der kritische Punkt jeder Prognose ist derzeit die Exportentwicklung. Sie beruht auf Annahmen über die Entwicklung des Welthandels nach Regionen und Gütergruppen. Im Vergleich zu den Schätzungen von internationalen Organisationen ist unsere Prognose, wie erwähnt, nicht besonders optimistisch. Andere Prognosen für die Bundesrepublik liegen gleichwohl noch darunter. Sie beschreiben einen Pfad zwischen dem, was wir im Sondergutachten in unserer Status-quo-Prognose für am wahrscheinlichsten gehalten haben und dem, was wir in einer Prognosevariante als auch möglich, aber weniger wahrscheinlich gekennzeichnet hatten.

35*. Was wir in unserer Prognose an positiven Faktoren angelegt sehen, reicht allein für eine durchgreifende wirtschaftliche Erholung nicht aus. Man sollte allerdings die Erfahrungen aus früheren konjunkturellen Abläufen nicht aus dem Blick lassen, wonach ein Umschwung in den Erwartungen zu einer Verstärkung der Auftriebskräfte führt, etwa wenn die Unternehmen im Vorgriff auf wieder steigende Nachfrage und Produktion die Läger aufstokken oder sich nach zusätzlichen Arbeitskräften umsehen. Dies alles geschieht selbstverständlich nicht von heute auf morgen, und erst ein Teil davon wird sich im Ergebnis des Jahres 1983 niederschlagen. Ob es zu einer nachhaltigen und kräftigen Erholung reicht, wird sich voraussichtlich erst 1984 zeigen, insbesonders auf dem Arbeitsmarkt.

Wirtschaftspolitik für 1983 und danach

Grundlinien

36*. Die Abweichung vom Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes ist so groß geworden, die Hoffnung auf eine rasche Rückkehr zu einem befriedigenden Stand so gedrückt, daß derzeit niemand mehr den Vorrang des Beschäftigungsziels gegenüber den anderen Zielen der Wirtschaftspolitik in Frage stellt. Die Beschäftigungssorgen auf längere Sicht schließen freilich aus, daß eine Wirtschaftspolitik in Betracht käme, die kurzfristig allein dem Beschäftigungsziel diente, die anderen Ziele hingegen vernachlässigte. Denn zumindest auf längere Sicht gibt es keine Wirtschaftspolitik, bei der eine Vernachlässigung dieser anderen Ziele nicht zugleich eine Gefährdung auch des Beschäftigungsstandes in sich trüge. Dies gilt heute mehr noch als früher; denn die engen außenwirtschaftlichen Zusammenhänge setzen eine Störung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts heute sehr schnell in inflatorische Impulse um; so oder anderweitig bewirkte inflatorische Impulse verstärken sich rasch selbst und beeinträchtigen direkt oder über die Reaktion einer dem Schutz des Geldwerts verpflichteten Geldpolitik den Beschäftigungsstand.

37*. Bei einem wirtschaftlichen Aufschwung, der nicht von einer Belebung der Weltkonjunktur getragen wäre, könnten sich neue Probleme zeigen. So wie binnenwirtschaftlich in dem nicht nur konjunkturellen, also nicht nur vorübergehenden Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt mit Sicherheit ein Indiz gesehen werden muß, daß die Einkommensforderungen an das mögliche Produktionsergebnis noch zu hoch sind — dies jedenfalls die Ansicht der Mehrheit des Sachverständigenrates —, so ist auch außenwirtschaftlich, bedenkt man die verbliebene Unsicherheit hinsichtlich des längerfristigen Fortgangs der Leistungsbilanzentwicklung und die Labilität des langfristigen Kapitalverkehrs, noch keine volle Entwarnung gegeben. Die im Ausland besonders scharfe geldpolitische Restriktion und die bei uns besonders ausgeprägte Rezession haben über ihre Rückwirkungen auf die Wechselkurse der Bundesrepublik zu einer internationalen Wettbewerbsposition verholfen, von der man zumindest insoweit nicht sagen kann, daß sie solide begründet sei. Die außenwirtschaftlichen und inflatorischen Probleme in der Welt sind durch Restriktion und Rezession teilweise zunächst nur transformiert, nicht schon gelöst worden.

38*. Es ist schwierig abzuschätzen, wie nachhaltig der Einfluß der Krise auf die wirtschaftlichen Erwartungen ist. Auf der einen Seite erzwingt die schlimme Arbeitsmarktlage, hier wie anderswo in der Welt, nach und nach ein Verhältnis der Reallöhne zur weiter wachsenden Produktivität, das die Beschäftigungsprobleme erleichtert. Und die in Gang gekommene Konsolidierung der Staatsfinanzen kann der Furcht vor einem weiteren Steigen der Staatsquote und der Abgabenquote ein Ende setzen, der Furcht vor einer Überlastung des Marktsystems mit staatlichen und staatlich beeinflußten Ansprüchen an die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft entgegenwirken. Auf der anderen Seite lastet der Absatzmangel schwer auf jeder Neigung, an ein nahes Ende der Rezession zu glauben.

39*. Gegenwärtig verdunkeln die Erscheinungen der Krise allzusehr die Chancen auf längere Sicht. Die wirtschaftlichen Erwartungen in der Bundesre-

publik erscheinen noch schlechter als anderswo in der Welt, obwohl die stabilitätspolitische Konstitution eher die bessere ist. Daher ist es nicht immer leicht, auf der Suche nach einem Ausweg aus der Krise die längerfristigen Erfordernisse und die aktuellen Nöte in angemessenem Verhältnis zu berücksichtigen. Die Bereinigung von Strukturfehlern, die Anpassung der Umverteilungsaufgaben, die das Marktsystem überlagern und beeinträchtigen, an die geänderte Situation, die Erneuerung von Flexibilität, die Beseitigung von Anreizen zur Fehlleitung und Verschwendung von Ressourcen, die konsequente Verteidigung eines freien internationalen Handels und die daraus sich ergebende Notwendigkeit, einen entsprechend raschen Strukturwandel zu akzeptieren und zu bewerkstelligen — all dies sind Aufgaben, die unumgänglich zu erfüllen sind. Die Anpassung nun mit sicherer Hand zuzulassen oder zu bewirken, ohne die Kontrolle über die vorläufig womöglich noch andauernde Abwärtsbewegung zu verlieren, ist die Gratwanderung, die der Wirtschaftspolitik derzeit abverlangt ist. Sie erfordert im Prinzip auch den Verzicht auf Maßnahmen, die sich unter kurzfristigen Gesichtspunkten ganz besonders aufdrängen mögen, unter längerfristigen aber schädlich erscheinen. Der Sachverständigenrat hat in seinem Sondergutachten vom Oktober dieses Jahres dargelegt, daß und warum er eine massive Förderung des Wohnungsbaus hierzu zählt, ebenso die geplante Änderung der Gemeindefinanzen. Die Rücksichtnahme auf die konjunkturellen Risiken ist nach Ansicht der Mehrheit des Rates schon bei der Entscheidung über das Ausmaß der Senkung des strukturellen Defizits der öffentlichen Haushalte im Jahre 1983 nicht zu kurz gekommen, zumal zweifelhaft ist, ob ein geringeres Tempo der Konsolidierung auch nur kurzfristig bessere gesamtwirtschaftliche Wirkungen haben würde (SG 82 Ziffer 62). Einem Mitglied des Sachverständigenrates scheinen die nachfragepolitischen Risiken des Programms der neuen Regierung bei allem Respekt vor den wachstumspolitischen Intentionen zu hoch (SG 82 Ziffern 59 und 66).

Weitere Maßnahmen hingegen sind notwendig, die im Rahmen einer aktiven Wachstumspolitik auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft ansetzen.

40*. Dieses Urteil hängt mit den Ursachen der Krise zusammen — auch den weltweiten Ursachen, deren Reflex Nachfragestörungen sind, die sich nun zu verselbständigen drohen. Wir haben es nicht mit einer allgemeinen Nachfragekrise aufgrund allgemein destabilisierter Erwartungen zu tun, sondern im Kern um Anpassungsprobleme. Wie hoch man auch immer das Gewicht einer inzwischen selbständig gewordenen Nachfrageschwäche einschätzt, man kann selbst diese bei leeren öffentlichen Kassen und mangelndem Zutrauen zu einem hoch verschuldeten Staat nicht nur einfach durch Geldausgeben bekämpfen, aber auch deshalb nicht, weil der Prozeß der strukturellen Anpassung nicht aufgehalten werden darf, sondern gefördert werden muß.

In der Bundesrepublik steht keine Wirtschaftspolitik zur Diskussion, die die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft gefährdet, indem sie sie überfordert. Auch keine Kopie der Wirtschaftspolitik, zu der die britische Regierung sich genötigt sah und bei der auf angebotspolitische Hilfen des Staates, zu denen der Sachverständigenrat seit Jahren rät, weitgehend verzichtet wird. Die Finanzpolitik in der Bundesrepublik setzt auf Umstrukturierung und ein maßvolles Tempo der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Die Geldpolitik ist nicht dabei, die Wirtschaft abrupt zur Geldwertstabilität zu zwingen. Sie sorgt vielmehr für ein Geldangebot, das für eine befriedigende Produktionsausweitung auch dann ausreichen würde, wenn sich die Geldentwertung nur allmählich abschwächt. Der Vorwurf einer deflatorischen Politik trifft weder die eine noch die andere.

41*. Ein Land kann heute seinen Wohlstand nur halten, wenn es einen großen Teil seines Einkommens durch Verkauf seiner Leistungen im Ausland verdient. Die geringe Dynamik der Weltwirtschaft erschwert dies außerordentlich. Kein einzelnes Land kann diesen Belastungsfaktor aus der Welt bringen. Dies ist in der Tat ein Grund — neben dem großen Arbeitsplatzdefizit —, für die kommenden Jahre auch bei großen Anstrengungen nur einen allmählichen Abbau der Beschäftigungsprobleme zu erwarten. Wir haben in unserem jüngsten Sondergutachten dargelegt, daß eine Überwindung der Schwäche der Weltwirtschaft am ehesten zu erwarten ist, wenn möglichst bald alle Länder, die von ihrer stabilitätspolitischen Konstitution her dazu in der Lage sind, in einer parallelen Aktion über eine Verbesserung ihrer Wachstumsbedingungen den Weg nach vorn freimachen würden.

Man muß sich gleichwohl fragen, wie ein Land allein sich helfen könnte. Wenig Erfolg verspräche der Versuch, wegen der Schwäche der Weltnachfrage einseitig den binnenwirtschaftlichen Absatz zu forcieren, den privaten oder den staatlichen Verbrauch, ihnen benachbart den Wohnungsbau. Die Einfuhr würde mitsteigen, die Leistungsbilanz wieder ins Defizit geraten. Außenwirtschaftlich würden die Grenzen einer solchen Politik schnell deutlich werden, wie unsere Nachbarn es gerade erleben und die Bundesrepublik selbst es 1980/81 erfahren hat. Gegen diesen Weg spräche außerdem, daß dann für die Erhaltung und Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in der Zukunft zu wenig getan würde.

Aber auch eine einseitig auf Exportanstrengungen ausgerichtete Strategie, die trotz schwacher Weltkonjunktur, über Marktanteilsgewinne also, die Ausfuhr schneller steigen ließe als die Einfuhr, weil die Inlandsnachfrage kurz gehalten bliebe, kommt nicht in Betracht. Exportförderung verbunden mit finanzpolitischer Restriktion wäre ein solcher Weg. Dies hieße den Widerstand des Auslands gegen einen Export von Arbeitslosigkeit herausfordern.

Zu den Regeln eines fairen internationalen Wettbewerbs passen würde freilich der Weg, allgemein die Angebotsbedingungen in der Volkswirtschaft weiter zu verbessern. Daraus würden Exporterfolge erwachsen, aber auch hohe Zuwächse bei der Einfuhr, möglicherweise zeitweise sogar besonders hohe, in der Phase gesteigerter Investitionstätigkeit näm-

lich, die ein solcher Weg zunächst bedingte. Zahlungsbilanzprobleme wären deshalb gleichwohl nicht wahrscheinlich; bei einer Strategie verbesserter Angebotsbedingungen würde internationales Kapital, das an den neuen Investitionschancen beteiligt werden möchte, vermutlich nicht ausbleiben. Weniger wahrscheinlich ist leider, daß auch nur bei einer solchen fairen Strategie Abwehrmaßnahmen anderer Länder unterbleiben. Denn diese richten sich nicht in erster Linie gegen Exportüberschüsse ihrer Konkurrenten, sondern gegen deren Exporterfolge schlechthin sowie gegen Einfuhrhemmnisse.

42*. Wirtschaftspolitik und Lohnpolitik müssen für 1983 als ihre Hauptaufgabe erkennen, die wirtschaftlichen Erwartungen auf längere Sicht zu verbessern, neue, bessere Perspektiven zu eröffnen, um auf diesem Weg zugleich das wirtschaftliche Verhalten auf kurze Sicht zu stabilisieren. Auch die Entscheidungen außerhalb der Wirtschaftspolitik im engeren Sinne, etwa in der Telekommunikation und in der Einstellung zur Kernenergie, spielen hier eine wichtige Rolle.

— Was die Lohnpolitik angeht, so ist derzeit nicht umstritten, daß es keinen Sinn macht, durch hohe an Verteilungszielen orientierte Lohnsteigerungen für einen großen Teil der Unternehmen Rentabilitätsprobleme in Kauf zu nehmen, die der Staat dann durch Steuervergünstigungen und Subventionen oder durch eine im ganzen inflatorische Geld- und Finanzpolitik zu heilen hätte, oder, was nicht weniger schlimm wäre, solche Erleichterungen zum Anlaß zu nehmen, den Spielraum für Lohnerhöhungen größer einzuschätzen und so investiv gedachte öffentliche Mittel schließlich doch dem Konsum zuzuleiten. Umgekehrt ist auch nicht streitig, daß der Staat derzeit, soweit er irgend kann, helfen muß, die Beschäftigungsprobleme zu verringern. Der große Streit über die Rollenverteilung im Hinblick auf das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes, der Streit um die beschäftigungspolitische Mitverantwortung der Tarifparteien — als Korrelat der Tarifautonomie — ist in Anbetracht des überaus hohen Problemdrucks nicht sehr akut. Die Diskussion geht gegenwärtig um die Frage, inwieweit in der Lohnpolitik längerfristige Erfordernisse mit kurzfristigen im Konflikt liegen. Möglichkeiten einer mittelfristigen Orientierung der Lohnpolitik rücken damit in den Vordergrund des Interesses. Wir raten, das Thema nicht nur als Frage nach der dauerhaft nötigen Korrektur der Reallöhne, sondern auch als Frage nach der beschäftigungspolitisch günstigsten Verteilung von Einkommensrisiken auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu diskutieren (Ziffern 219 ff.). Selbst die Frage, ob Reallohnsicherung Leitmotiv einer mittelfristigen Orientierung sein dürfte, ist nicht zuletzt eine Frage der Risikoeinschätzung, außerdem eine Frage nach dem Zeitbedarf für die angestrebte Normalisierung des Beschäftigungsstandes.

— Was die Arbeitsmarktpolitik angeht, so hat der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Sondergutachten dargelegt, welches Gewicht in der gegenwärtigen Situation und auf längere Sicht Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz zukommt (SG 82 Ziffern 87 ff.). Arbeitsmarktpolitik spielt eine die eigentliche Beschäftigungspolitik flankierende Rolle, soweit es vor allem um ihre sozialen Aufgaben geht. Sie ist aber auch Teil der Beschäftigungspolitik, soweit sie dazu beitragen kann, strukturelle Faktoren des Arbeitsmarktungleichgewichts abzubauen.

— Was die Finanzpolitik angeht, so ist eine Lösung ihrer mittelfristigen Probleme, die Vertrauen in die Staatsfinanzen schafft und zugleich in jedem Falle Sicherheit gegen eine kurzfristige weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage verspricht, nicht möglich. Bei dem Zusammenwirken aller müßte es aber gelingen, solche Risiken zu vermindern. Dies sollte dem Staat auch erlauben, aus einer noch vorwiegend defensiven Strategie bald herauszutreten. Bei der gegenwärtig erkennbaren Strategie spielt der Respekt vor den nicht guten Erfahrungen der Vereinigten Staaten mit einer Politik des überzogenen Vertrauens auf eine Autokonsolidierung hoher Staatsdefizite als Folge wachstumspolitisch motivierter Steuersenkungen eine wichtige Rolle. Solche Vorsicht ist im Prinzip wohl begründet. Auch der Sachverständigenrat hat in seinem letzten Jahresgutachten davor gewarnt, das Experiment der amerikanischen Regierung zu kopieren (JG 81 Ziffern 307 ff.). Aus dem energischen Anpacken der konkreten Aufgaben der Finanzpolitik für die kommenden Jahre müssen sich die neuen Perspektiven für die Wirtschaft ergeben. Wir haben diese Aufgaben in unserem jüngsten Sondergutachten beschrieben (SG 82 Ziffer 63).

— Was die Geldpolitik angeht, so ist die Rückkehr zu einem mittelfristig orientierten Kurs vollzogen. Er wird auch zur Verbesserung der Lage beitragen. Die Bundesbank sollte ihn fortsetzen.

Lohnpolitik

43*. Auch die Lohndiskussion des Jahres 1983 wird im Zeichen der hohen und weiter steigenden Arbeitslosigkeit stehen. Zwischen den Tarifparteien dürfte es kaum umstritten sein, daß sie einen Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme leisten müssen. Der Streit wird erneut um die Höhe des Beitrags gehen. Welche Lohnsteigerungen mit dem Ziel vereinbar sind, die Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbessern, müssen die Tarifparteien letztlich selbst am Markt herausfinden. Die Entwicklung des Jahres 1982 wird von den Tarifpartnern unterschiedlich gesehen werden. Trotz aller Unterschiede der Standpunkte könnte die Diskussion über die Bewertung dieser Entwicklung aber durchaus die Basis für eine sachbezogene Lohnauseinandersetzung mit einem insgesamt akzeptablen Ergebnis sein (Ziffern 219 f.).

44*. Grundlinie der Lohnpolitik sollte sein, zu Vereinbarungen zu kommen, bei denen die Reallohnentwicklung hinter der Produktivitätssteigerung zu-

rückbleibt, solange die Arbeitslosigkeit hoch ist. Offen ist freilich, wie groß der Abstand sein sollte. Je weiter die Lohnzurückhaltung geht, desto mehr Produktion und Beschäftigung bleibt und wird von den Kosten her rentabel; allerdings kann es auch zu einem Nachfrageausfall kommen mit der Folge, daß es an Absatz fehlt. Die Abwägung dieser Gesichtspunkte ist eine schwierige Frage. Zur Diskussion gestellt ist damit, wie rasch man bei der Korrektur des Kostenniveaus vorankommen kann, nicht die Korrektur als solche.

Unumstritten ist auch, daß Problemen der Lohnstruktur mehr Aufmerksamkeit gebührt, als es in den letzten Jahren der Fall war. Das gilt für die qualifikationsbedingte und für die sektorale Lohnstruktur ebenso wie für die Lohndifferenzierung zwischen den Lohnsteigerungen in der privaten Wirtschaft und den Einkommensverbesserungen im öffentlichen Dienst.

45*. Wieviel produziert und investiert wird, ist nicht nur von der aktuellen Rentabilität abhängig. Entscheidend sind letztlich die Erwartungen der Unternehmen über deren künftige Entwicklung. Gerade Investitionsentscheidungen werden nicht auf der Grundlage kurzfristiger Einschätzungen vorgenommen. Für die Lohnpolitik heißt dies, daß von ihr auch ein Beitrag zur Stabilisierung dieser Erwartungen gefordert ist. Selbst eine sehr weitgehende Lohnzurückhaltung in einem Jahr kann wertlos bleiben, wenn die Unternehmen damit rechnen, daß sie im nächsten Jahr wieder rückgängig gemacht oder gar mehr als ausgeglichen wird. Stetigkeit und Verläßlichkeit müssen daher auch von der Lohnpolitik gefordert werden. Dies ist aber nur erreichbar, wenn hierüber zwischen den Tarifparteien ein Konsens erzielt wird. Gelänge es, Einvernehmen darüber zu erzielen, daß bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit dem Ziel der Reallohnsicherung für mehrere Jahre Vorrang gebührt, wäre dies ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Erwartungen.

Eine größere Verstetigung der Lohnpolitik heißt nicht, daß ein vom Konjunkturzyklus gänzlich unabhängiger Lohnsteigerungspfad gewählt werden sollte. Ein derartiger Pfad wäre wahrscheinlich ohnehin kaum durchzuhalten, da in Zeiten der Hochkonjunktur zusätzliche Lohnforderungen kaum zu vermeiden sind und auch ihre Berechtigung haben. Umgekehrt bedeutet dies, daß es auch nicht sinnvoll wäre, den Unternehmen einseitig die Einkommenseinbußen in der Rezession zuzuweisen.

46*. In der öffentlichen Diskussion spielt der Vorschlag einer Lohnpause, also eines Hinausschiebens von Lohnerhöhungen, immer wieder eine wichtige Rolle. Dahinter steht, daß auf diesem Wege ein größerer Schritt zur Korrektur des Reallohnniveaus im Verhältnis zur Produktivität getan werden könnte. Je weniger die Preise auf die Entlastung bei den nominalen Lohnkosten reagieren, desto stärker würden sich die Stückgewinne der Unternehmen verbessern. Die Risiken, daß lohnabhängige Nachfrage ausfällt, ohne daß andere hinzugewonnen würde, wären dann aber auch um so größer. Bei geringeren Preissteigerungen wäre das wegen der dann höheren Kaufkraft der nichtlohnabhängigen Einkommen und der verbesserten Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland anders. Für mehr Beschäftigung und mehr Investitionen wäre dann möglicherweise nicht wenig gewonnen. Es bleibt freilich die Frage, ob die durch eine Lohnpause bewirkte Kostenentlastung als dauerhaft betrachtet werden könnte. Vieles spricht dafür, daß eine Lohnpause, sofern sie nicht einem breiten Konsens entspräche, die Verteilungskonflikte im darauffolgenden Jahr wieder verschärfen könnte. Vor diesem Hintergrund ist erklärlich, daß auch von den Unternehmen Vorschläge für eine Lohnpause sehr zurückhaltend beurteilt werden. Im ganzen wäre es auch sowohl für die Entwicklung der Kaufkraft als auch der allgemeinen Einkommenserwartungen besser, wenn der Weg stärker differenzierter Lohnabschlüsse gegangen würde. Jedenfalls wären zeitliche Verzögerungen beim Inkrafttreten der Tarifverträge einzelner Branchen oder Regionen günstiger zu beurteilen als eine allgemeine Lohnpause.

47*. Zu den offenen Fragen, die einen Konsens zwischen den Tarifparteien über eine mittelfristige Strategie der Reallohnsicherung erschweren, zählt auch, wie man das Problem lösen kann, daß es zu unerwartet hohen Gewinnsteigerungen und damit zu einem ungewollten Zurückbleiben der Arbeitnehmer in der Einkommensverteilung kommen könnte. Einen wesentlichen Beitrag könnte eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer leisten. Der Sachverständigenrat erneuert an dieser Stelle seinen Vorschlag, einen Teil des Risikos, das in der Unsicherheit über die weitere Gewinnentwicklung liegt, dadurch aufzufangen, daß eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer in Tarifverträgen vereinbart wird (JG 75 Ziffern 370ff.).

Finanzpolitik

48*. Groß sind die Lasten, mit denen die Finanzpolitik in das Jahr 1983 geht (Ziffern 235ff.).

Als Defizit im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften ergibt sich nach unseren Rechnungen für das nächste Jahr ein Betrag von $70^1/_2$ Mrd DM. Das strukturelle Defizit dürfte um 7 Mrd DM auf 25 Mrd DM zurückgehen, nicht zuletzt infolge der Ausgabenkürzungen und Abgabenerhöhungen, die die neue Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf für 1983 beschlossen hat. Eine ungünstigere Entwicklung zeichnet sich im Gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen ab. Hier dürften die Fehlbeträge nur wenig zurückgehen.

49*. Außer der Konsolidierung im quantitativen Sinne stehen in der Finanzpolitik drei weitere große Aufgaben zur Lösung an:

— die Umstrukturierung der steuerlichen Regelungen und der öffentlichen Ausgaben,

— die Gemeindefinanzreform und

— die Ordnung der Sozialversicherungshaushalte.

Was die Haushalte der Sozialversicherungen angeht, so ist in der Rentenversicherung schon bald über die Reform 1984 zu entscheiden. Zu der großen Reform, die ursprünglich angestrebt worden war, wird es möglicherweise nicht kommen. In der Arbeitslosenversicherung geht es, abgesehen von den aktuellen Finanzierungsproblemen, um die beiden Grundfragen, ob die Maßnahmen der Arbeitsförderung als allgemeine Staatsaufgabe angesehen und ob die unbeschränkte Defizithaftung des Bundes gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit aufrecht erhalten werden sollen. In der gesetzlichen Krankenversicherung will die neue Bundesregierung die Versicherten mehr als bisher unmittelbar zur Finanzierung von Krankheitskosten heranziehen. Ein Problem besonderer Art sind die Verlagerungen von Zahllasten zwischen den Haushalten des Bundes, der Bundesanstalt für Arbeit sowie den Krankenversicherungen und der Rentenversicherung. In den letzten Jahren hat diese Praxis bedenklich zugenommen.

50*. Zur Gemeindefinanzreform und hier besonders zum Abbau der Gewerbesteuer haben wir zuletzt in unserem Sondergutachten vom Oktober 1982 Stellung genommen. Was gegen die auch von uns vertretene Ansicht, die Gewerbesteuer durch eine breit angelegte Wertschöpfungsteuer zu ersetzen, vorgetragen worden ist, kann nicht recht überzeugen. Die Ziele einer Gemeindefinanzreform und die eigentlichen Interessen der gewerblichen Wirtschaft müssen umfassender diskutiert werden.

51*. Bei der Umstrukturierung der steuerlichen Regelungen und der öffentlichen Ausgaben geht es im wesentlichen wiederum um drei Aufgaben:

— um die steuerliche Entlastung und Förderung gewerblicher Investitionen,

— um eine Verlagerung der öffentlichen Ausgaben in wachstumsfreundlichere Richtung und hierbei nicht zuletzt um ein Anheben und Verstetigen der öffentlichen Investitionen sowie

— um den Abbau von Subventionen, die die öffentlichen Haushalte belasten und die den nötigen Strukturwandel in Unternehmen und Branchen hemmen oder gar verhindern.

Geld- und Währungspolitik

52*. Die Geldpolitik der Bundesbank war schon 1982 trotz der Rezession wenig umstritten, von kritischen Randerscheinungen abgesehen. Hierin zeigt sich möglicherweise die friedenstiftende Wirkung einer potentialorientierten Geldpolitik. Die Bundesbank sollte auch für 1983 wieder ein Geldmengenziel verkünden und sich vornehmen, bei dem Kurs des Jahres 1982 zu bleiben. Dies heißt nicht, daß ohne neue Sondergründe weiterhin ein Pfad im oberen Bereich eines Zielkorridors in Betracht kommen sollte, der hinsichtlich der mittleren Linie nach den Grundsätzen für eine potentialorientierte Geldpolitik festgelegt wird. Eine zu starke monetäre Expansion im Jahre 1983 könnte schon bald danach einen neuen Restriktionsbedarf nach sich ziehen (Ziffern 244 ff.).

53*. Zu erörtern ist, was dies konkret heißen könnte.

Das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials ist weiter zurückgegangen. Wir schätzen es auf nur noch 1 1/2 vH. Dies wäre die Basisgröße einer potentialorientierten Geldmengensteuerung. Nach unserer Prognose würde das gesamtwirtschaftliche Preisniveau im Verlauf des Jahres 1983 wegen der Nachfrageschwäche nur noch mit einer Rate von 3 vH steigen (einschließlich Mehrwertsteuererhöhung), nach fast 5 vH 1982. Auch einen solchen reduzierten Anstieg des Preisniveaus wird man nicht in vollem Umfang unvermeidlich nennen können. Doch eine Senkung der Verlaufsrate auf 2 1/2 vH, höchstens 3 vH, könnte man wohl als ein ausreichendes Etappenziel ansehen. Für eine mittelfristige Senkung der Umlaufsgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge sollte es einen zweiten Zuschlag geben. Nicht für eine konjunkturelle Änderung der Umlaufsgeschwindigkeit. Faßt man das Potentialwachstum und die Zuschläge zusammen, so erscheint eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1983 um etwa 5 vH ausreichend, aber auch angemessen.

54*. Man mag sich fragen, ob bei einer solchermaßen gedämpften monetären Expansion Spielraum bleiben würde für die erhoffte weitere Zinssenkung. Hierzu ist daran zu erinnern, daß eine Senkung der Zinsen, namentlich der Zinsen für längerfristiges Kapital, in erster Linie von einem Sinken der Inflationsrate sowie einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Erwartungen, einer Verminderung der derzeit noch vorherrschenden Unsicherheit, kommen soll, nicht von einem Angebot an Geld, das über das am Wachstum des Produktionspotentials orientierte Maß hinausginge. Auch eine mit beginnender wirtschaftlicher Erholung wieder reger werdende Kreditnachfrage könnte unter solchen Umständen befriedigt werden, ohne daß alsbald die Zinsen wieder steigen. Kommt neues Vertrauen ausländischer Anleger hinzu oder fließt Kapital aus Auslandsanlagen zurück und sinken schließlich auch die öffentlichen Defizite, so wären noch für eine längere Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs niedrigere Zinsen möglich. Eine Vorhersage der Zinsen wäre freilich nicht seriös.

55*. Das gleiche gilt für Wechselkursvorhersagen. Gewiß ist, daß der fortbestehende Unterschied im Inflationstempo in Europa weitere Änderungen der Leitkurse im Europäischen Währungssystem erforderlich machen wird. Weniger schon gilt dies für den Dollarkurs der Mark. Hier ist es das hohe Niveau, das, berücksichtigt man die zurückliegende Entwicklung des Preisniveaus in beiden Ländern, die Erwartung eines deutlichen Sinkens nach wie vor wohlbegründet erscheinen läßt. Auch die sich rasch verschlechternde Leistungsbilanz der Vereinigten Staaten kann bald den Umschwung bringen, bei weiter sinkenden Zinsen und entsprechenden Kursgewinnen an Wertpapieren in den Vereinigten Staaten

möglicherweise noch rascher der Rückfluß von Dollaranlagen, die nicht dauerhaft gemeint, sondern eher spekulativer Art sind. Solange es nicht eine unerwartete neue kräftige Abwertung der D-Mark gibt, wäre der Dollarkurs kein wichtiger Orientierungspunkt der Geldpolitik.

Steuerungsfehler im Marktprozeß

56*. Die anhaltende Wachstumsschwäche und die Krisensymptome in vielen Wirtschaftszweigen veranlassen zu überdenken, was den Fehlentwicklungen Vorschub geleistet hat und was deren Überwindung entgegenstehen könnte. Zu prüfen ist nicht nur, ob die Entscheidungen in der Finanzpolitik, in der Geldpolitik und in der Lohnpolitik zueinander passen, sondern auch, ob nicht die Vielzahl von Marktinterventionen in Form von Subventionen, Regulierungen sowie der Umfang und die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme zu einer allzu hohen Belastung geworden ist. Am Beispiel der Wohnungswirtschaft haben wir früher schon solche Probleme aufgezeigt, die Energiewirtschaft und die Stahlwirtschaft bieten weitere Anschauung. Aus Furcht, die ohnehin schon schwierige Lage am Arbeitsmarkt könnte sich weiter verschärfen, schreckt die Wirtschaftspolitik häufig vor dem Abbau von Subventionen zurück; ihr Widerstand gegenüber den Subventionsforderungen von bisher nicht subventionierten Branchen und Unternehmen scheint schwächer zu werden. Man darf sich keine Illusionen machen, was an Belastungen auf den Staatshaushalt zukommen könnte, wenn solchen Forderungen nachgegeben würde. Weniger eingehend haben wir uns in diesem Gutachten mit den Problemen der Systeme der sozialen Sicherung auseinandergesetzt. Dies besagt nichts über das große Gewicht dieser Probleme, auch was die wachstumspolitische Perspektive angeht. Wer langfristig denkt und in entsprechender Weise die Zukunft vor allzu hohen Belastungen bewahren will, die dann nicht mehr ohne Härte und ohne Vertrauenseinbußen beseitigt werden könnten, muß die Aufgabe, hier neu auszutarieren, was langfristig tragbar ist und was nicht, sogar für noch weit größer halten als die hier behandelten Probleme (Ziffern 252 ff.).

Auch ein Bauherren-Modell

57*. Der Sachverständigenrat hat in seinem Sondergutachten vom Oktober dieses Jahres bei der Frage nach den Gründen für die Wachstumsschwäche in der Welt im besonderen die Aufgabe herausgestellt, daß allenthalben die Ansprüche an die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaften, die individuellen wie die staatlichen Ansprüche — den gewandelten Wachstumsbedingungen angepaßt werden müssen, zu hohe Ansprüche möglicherweise die Wachstumsschwäche auch überhaupt erst hervorgerufen haben. Über diese Positionen — zu hohe Forderungen an das Verteilbare verhindern, daß das Verteilbare überhaupt entsteht — konnte jedoch Einigkeit im Sachverständigenrat nicht erzielt werden. Dies hat auch Konsequenzen für die Frage der Politikmischung, die die Mitglieder des Sachverständigenrates in der gegenwärtigen Situation für angemessen halten. Wir setzen hier wie angekündigt die Diskussion über Grundfragen der Stabilitäts- und Wachstumspolitik fort. Sie ist damit nicht abgeschlossen.

Jede Wirtschaftspolitik, Angebotspolitik wie Nachfragepolitik, das ist unumstritten, wirkt in Marktprozesse hinein, die von einzelwirtschaftlichen Entscheidungen gesteuert werden und im Prinzip nicht zu ihrer Disposition stehen. Die eine wie die andere ist daher um so besser, je besser sie hinsichtlich der Wahl der Ansatzpunkte in das Marktgeschehen, das sie nutzen muß, eingepaßt ist. Die eine wie die andere hat sich zu prüfen, inwieweit die einzelwirtschaftlichen Wirkungsketten, auf die sie baut, auch im Gesamtzusammenhang der Volkswirtschaft ein gleichgerichtetes Ergebnis erwarten lassen. Umgekehrt steht eine gesamtwirtschaftliche Analyse auf tönernen Füßen, wenn ihr die einzelwirtschaftliche Fundierung fehlt. Mögen auch hinsichtlich Diagnose und Therapie der aktuellen wirtschaftlichen Probleme unterschiedliche Schätzurteile bestehen, so läßt sich doch das Grundmuster der Zusammenhänge, auf die es vor allem ankommt, weitgehend gemeinsam beschreiben. Dies wird an einem Beispiel versucht (Ziffern 284 ff.).

Investitionen für mehr Beschäftigung

58*. Mangelnde Investitionsdynamik ist ein Problem nicht erst der jüngsten Stagnationsphase. Sinkende Erträge und enger werdende Finanzierungsspielräume kennzeichnen die siebziger Jahre. Sinkende Gewinne bedeuten auch weniger Selbstfinanzierungskraft. Mit der Verschlechterung der Kapitalstruktur sank die Fähigkeit der Unternehmen, Risiken zu übernehmen. Die Investitionsquote ging zurück, und bei dem, was investiert wurde, sank der Anteil der riskanten und längerlebigen Investitionen. Dadurch wurde nun die Rentabilitätslücke, die sich in den siebziger Jahren weiter aufgetan hatte, vollends offenbar. Geldvermögen zu halten wurde bei steigenden Zinsen nun vielfach lohnender als zu investieren. Die Ertragskraft reichte nicht mehr aus, zugleich für weiteres Wachstum zu investieren und die Kapitalstruktur zu konsolidieren. Dies ist der Hintergrund des Werbens für eine Wirtschaftspolitik, die die Angebotsbedingungen in der deutschen Volkswirtschaft weiter verbessert. Dazu gehört, mehr Investitionen und eine bessere Versorgung mit risikotragendem Kapital möglich zu machen. Die Finanzpolitik kann hierzu nicht den Hauptbeitrag leisten. Man muß von ihr jedoch erwarten, daß sie mit ihren Regelungen das Investieren nicht behindert (Ziffer 234).

59*. Da öffentliches Geld gegenwärtig besonders knapp ist, sollten die Kosten von investitionsbele-

benden Maßnahmen begrenzt bleiben. Das gilt auf kurze Sicht ganz besonders bei hohen Haushaltsdefiziten, denn die entlastenden Folgen über Beschäftigung, Wachstum und Steuermehreinnahmen auf längere Sicht stellen zunächst nur ein — wenn auch wohlbegründetes — Versprechen dar. Die Maßnahmen sollten daher öffentliches Geld nicht massiert bei ihrer Einführung kosten. Immerhin, allmählich eingeführt, so könnte man sich vorstellen, müßten für eine Neuordnung der Steuern, die Investitionen belasten, wohl Mittel in einer Größenordnung zwischen 10 und 15 Mrd DM jährlich bereitgestellt werden. So könnte das Aufkommen aus der Mehrwertsteuererhöhung, die die Bundesregierung für Mitte nächsten Jahres plant, dafür verwendet werden. Später ließen sich wohl auch zusätzliche Einnahmen aus einer Anhebung bei den Verbrauchsteuern beschaffen. Außerdem sind Mittel durch Einsparen an anderer Stelle zu gewinnen.

In der Hauptsache dienen unsere Anregungen der Präsentation von Varianten der steuerlichen Entlastung und der Förderung von Investitionen; die Vorstellung, diese Maßnahmen sollten kumuliert verwirklicht werden, ginge an der Absicht vorbei und ist schon wegen der Knappheit öffentlicher Mittel ausgeschlossen (Ziffern 301 ff.).

60*. Finanzpolitik im Hinblick auf die wachstumspolitischen Erfordernisse könnte sich nach folgenden Leitlinien richten:

— Vermeidung der Scheingewinnbesteuerung, zumindest deren Minderung.

— Erleichterungen bei den Ertragsteuern, die nicht von dem Ziel einer Vermeidung der Scheingewinnbesteuerung bestimmt sind, sondern von dem Ziel, die Steuern, die auf Investitionen lasten, allgemein zu reduzieren.

— Abbau von Diskriminierungen, die das geltende Steuerrecht enthält, insbesondere zwischen verschiedenen Formen der Kapitalanlage und verschiedenen Investitionsgütern.

— Finanzpolitische Maßnahmen, flankiert von gesellschaftsrechtlichen Änderungen, durch die der Fiskus bewußt darauf hinwirkt, die Kosten oder das Risiko für Investitionen teilweise zu mindern und die Finanzierung riskanter Kapitalanlagen zu erleichtern.

ERSTES KAPITEL

Die wirtschaftliche Lage

TEIL A

Der internationale Rahmen

I. Überschuldung in der Welt

1. Den westlichen Industrieländern gelang es auch in diesem Jahr nicht, die nun schon seit nahezu drei Jahren andauernde Stagnation zu überwinden. Was an Waren produziert und an Dienstleistungen erbracht wurde, erreichte gerade den Vorjahresstand. Die Investitionen gingen abermals zurück. Über 30 Millionen Menschen waren zuletzt arbeitslos, 8 Millionen mehr als vor einem Jahr. Fortschritte gab es bei der Inflationsbekämpfung; auch die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte wurden kleiner.

2. Die langanhaltende Stockung ist Ausdruck der über Jahre hinweg geschwächten Konstitution einer großen Anzahl von Ländern. Die Aufgaben der siebziger Jahre, teures Öl zu ersetzen, mehr Arbeitsplätze für mehr Menschen zu schaffen, die Produktionsanlagen dabei zu erneuern und den auch sonst veränderten Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung anzupassen, wurden nur unzureichend bewältigt. Die Antriebskräfte und die Flexibilität, deren es bedurft hätte, waren in der vorangegangenen Zeit wirtschaftlicher Prosperität und einer nachgiebigen Politik beeinträchtigt worden, als Wachstum und Vollbeschäftigung noch als leicht erreichbar galten und immer mehr Ansprüche an das Verteilbare, an die soziale Sicherheit und an staatliche Dienstleistungen durchgesetzt wurden. Der Druck der aufgestauten Anpassungsprobleme lähmte die Weltwirtschaft im ganzen. Die Neigung der einzelnen Länder, sich zu Lasten anderer zu helfen, nahm zu. Die weltweiten Schwierigkeiten wurden dadurch nur um so größer.

3. Nahezu überall ist inzwischen der Spielraum der Wirtschaftspolitik ausgeschöpft, auf herkömmlichem Wege zu mehr Dynamik beizutragen. Die Finanzpolitik tut sich schwer, der überaus hohen und weiter steigenden öffentlichen Defizite Herr zu werden. Die Geldpolitik muß vielerorts weiter gegen die Inflationsgewöhnung angehen, die den Weg zu kräftigen Zinssenkungen versperrt, und wo sie Erfolge zu verzeichnen hat, behindert die Gefahr einer inflationstreibenden Abwertung Zinssenkungen, die sich gegen die internationale Markttendenz richten.

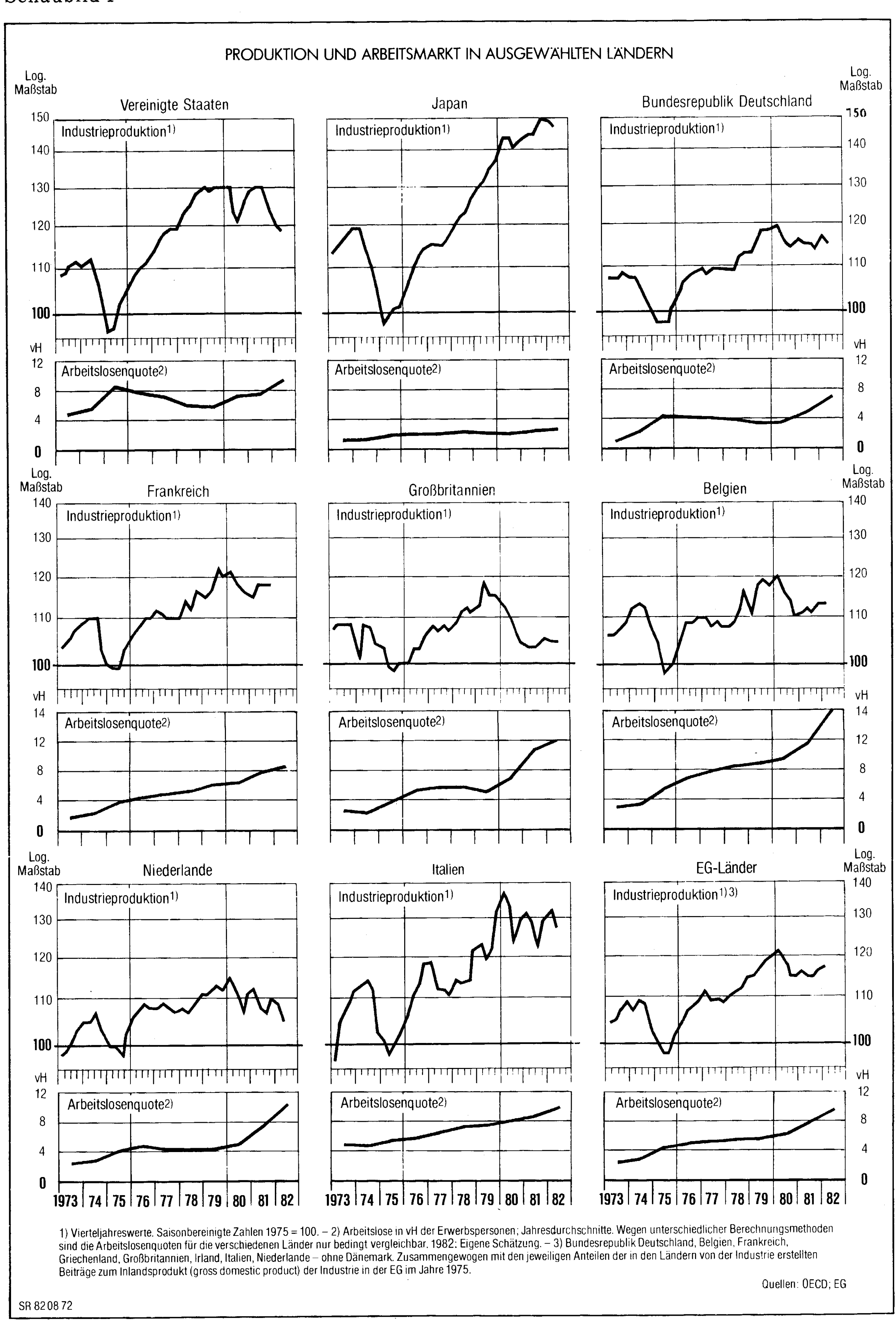
4. Hohe Zinsen, verglichen mit den Investitionserträgen sogar höher als im vergangenen Jahr, belasteten 1982 Investoren und Konsumenten bis weit in das Jahr hinein. Ursache hierfür war nicht zuletzt, daß die Vereinigten Staaten den internationalen Kapitalanlegern auch in diesem Jahr eine sehr hohe Verzinsung boten, die nur zu einem Teil unvermeidliche Folge der Abkehr vom früheren inflatorischen Kurs der amerikanischen Wirtschaftspolitik war. Vielmehr hat auch die Spannung zwischen der restriktiven Geldpolitik, die die Inflationsgewöhnung brechen sollte, und der Finanzpolitik, die hohe Defizite in Kauf nahm und Erwartungen auf noch höhere nährte, das Zinsniveau nach oben getrieben. Dies hat die Kosten der Stabilisierung nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern auch für die Weltwirtschaft im ganzen äußerst hoch werden lassen.

Die meisten Länder sahen keine andere Wahl, als sich dem in den Vereinigten Staaten eingeschlagenen Restriktionskurs anzuschließen. Länder, die über eine reichlichere Geldversorgung die Zinsen hatten senken wollen, wie beispielsweise Frankreich, konnten diesen Kurs infolge der Auswirkungen auf die Leistungsbilanz und des Drucks auf ihre Währung nicht durchhalten. Höhere Zinsen als zuvor waren dort die Folge. Nur wenigen Ländern, wie Japan und der Schweiz, gelang es zeitweise, sich abzukoppeln.

Angesichts der immer engeren wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtung hätten sich die einzelnen Länder allenfalls dann von den Wirkungen der hohen amerikanischen Zinsen freihalten können, wenn sie eigene wirtschaftspolitische Erfolge vorzuweisen gehabt hätten. Selbst für Länder mit vergleichsweise guter Konstitution wurden die Chancen dafür jedoch um so geringer, je länger die Weltwirtschaft in lähmender Stagnation verharrte.

5. Die Schwäche der Weltwirtschaft und die anhaltend hohen Zinsen brachten mehr und mehr Länder, die schon vorher über viele Jahre hinweg hohe Schulden auf sich geladen hatten, an Grenzen ihrer Kreditfähigkeit, und für manche wurde offenbar, daß sie diese bereits überschritten hatten. Die Fälle, daß Länder Zins und Tilgung nicht mehr zahlen konnten, häuften sich. Umschuldungen, die auch im übrigen in großem Umfang anstanden, weil der Anteil kurzfristiger Kredite angesichts des Zinsan-

Schaubild 1



1) Vierteljahreswerte. Saisonbereinigte Zahlen 1975 = 100. – 2) Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen; Jahresdurchschnitte. Wegen unterschiedlicher Berechnungsmethoden sind die Arbeitslosenquoten für die verschiedenen Länder nur bedingt vergleichbar. 1982: Eigene Schätzung. – 3) Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande – ohne Dänemark. Zusammengewogen mit den jeweiligen Anteilen der in den Ländern von der Industrie erstellten Beiträge zum Inlandsprodukt (gross domestic product) der Industrie in der EG im Jahre 1975.

Quellen: OECD; EG

SR 82 08 72

stiegs in den letzten Jahren kräftig zugenommen hatte, waren nicht mehr gesichert. Niemand wollte Geld verlieren, niemand zeigen, wieviel er schon verloren hat.

Zum Vertrauensschwund an den internationalen Kapitalmärkten kam in vielen Ländern zunehmendes Mißtrauen gegenüber den augenscheinlich unaufhaltsam steigenden Defiziten in den öffentlichen Haushalten. An der Fähigkeit des Staates, Schulden zurückzuzahlen, wurde zwar im allgemeinen nicht gezweifelt, zumindest in den Industrieländern nicht, um so mehr aber an seinen Möglichkeiten, der Wirtschaft mit immer weiterer Verschuldung aufzuhelfen. Die Sorge wuchs, daß am Ende doch wieder mehr Inflation oder eine höhere Steuerlast stehen könnte.

6. Der nun schon seit längerem anhaltenden Stagnation ist in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein vergleichsweise kräftiges wirtschaftliches Wachstum vorausgegangen. So gesehen ist das derzeitige Produktionsniveau keineswegs niedrig zu nennen (Schaubild 1). Ein Vergleich mit dem Produktionseinbruch in den dreißiger Jahren liegt nicht nahe. Besorgniserregend ist allerdings der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit, zumal sich eine deutliche Besserung der Arbeitsmarktlage für die nahe Zukunft nicht abzeichnet.

II. Anhaltende Stagnation in den westlichen Industrieländern

Noch Rezession in den Vereinigten Staaten

7. Die amerikanische Regierung hatte im Zuge des 1981 eingeleiteten wirtschaftspolitischen Kurswechsels angekündigt, durch Steuersenkungen die Wirtschaft zu stimulieren und gleichzeitig den Kurs der entschiedenen Inflationsbekämpfung fortzuführen, den die Geldpolitik steuerte. Zu dieser Ankündigung gehörte auch die Absicht, binnen der nächsten vier Jahre das Defizit des Staatshaushalts schrittweise abzubauen und 1985 ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Die belebenden Wirkungen, die man von den Entlastungen bei der Einkommensteuer und den Erleichterungen bei den Abschreibungen hinsichtlich Ersparnisbildung und Investitionen erwartet hatte, haben sich auch 1982 gegen die dämpfende Wirkung der Zinsen, die aus dem Gegeneinander von knapper Geldversorgung und steil ansteigender Staatsdefizite resultierten und im Verhältnis zur Inflationsrate spektakulär hoch waren, nicht durchsetzen können. Vielmehr ist es zu einem schweren wirtschaftlichen Einbruch gekommen.

Das Sozialprodukt, das bereits in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres kräftig gesunken war, ging im ersten Vierteljahr 1982 nochmals stark zurück und nahm danach vorerst nur zögernd zu. Die Vorteile, die für die Investoren durch moderate Tarifabschlüsse, die in einzelnen Bereichen für mehrere Jahre nur geringe Lohnsteigerungen vorsehen, und durch die Steuervergünstigungen entstanden sind, wurden durch die direkten und indirekten Auswirkungen der hohen Zinsen offenbar aufgewogen. Die Investitionstätigkeit ließ in der ersten Jahreshälfte deutlich nach, und sie blieb in der Folgezeit verhalten. Die Arbeitslosigkeit hat erheblich zugenommen (Tabelle 1). Stützend wirkte die leichte Zunahme des privaten Verbrauchs, der nicht zuletzt durch die Senkung der Einkommensteuer um 5 vH im letzten Herbst und um weitere 10 vH im Juli dieses Jahres angeregt wurde. Die Hoffnung, daß die Steuererleichterungen die Sparneigung fördern, den Kapitalmarkt entlasten und zu einem Nachgeben der hohen Zinsen führen würden, hat sich allerdings bislang nicht erfüllt.

Die Spannungen, die zwischen der Finanzpolitik und der Geldpolitik entstanden waren, veranlaßten die Regierung im Juni, Maßnahmen gegen das enorm angewachsene Defizit der öffentlichen Haushalte zu ergreifen. Im wesentlichen geschah dies auf der Einnahmenseite; Verbrauchsteuern wurden erhöht, und einige Steuervergünstigungen für Investoren wurden zurückgenommen.

Selbst unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen, die im Haushaltsjahr 1982/83 knapp 18 Mrd Dollar mehr einbringen sollen, wird der Fehlbetrag für das Jahr 1982/83 mittlerweile auf etwa 150 Mrd Dollar geschätzt, nach gut 110 Mrd Dollar im Haushaltsjahr 1981/82. Die Kreditaufnahme dürfte so im kommenden Jahr nochmals höher sein als in den vergangenen Jahren, obgleich die konjunkturbedingten Haushaltsbelastungen wohl geringer ausfallen werden.

Ende Juli kam es unter dem Eindruck, daß die Steuererhöhungen vor allem für die Jahre nach 1983 eine erhebliche Reduzierung der Defizite erwarten lassen, und aufgrund der Tatsache, daß sich die Inflationsrate gegenüber dem Vorjahr nahezu halbiert und die Geldpolitik deutliche Zinssenkungssignale gesetzt hatte, zu einem spürbaren Zinsrückgang. Dies, die bemerkenswerten Erfolge bei der Inflationsbekämpfung, die maßvolle Lohnpolitik und die bestehenden Steuervergünstigungen gehören zu den Rahmenbedingungen, die eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung in naher Zukunft wahrscheinlich machen.

Stockung auch in Japan

8. In Japan, wie auch in anderen exportorientierten Ländern Asiens, hat angesichts der geringen Impulse vom Welthandel und des erschwerten Marktzutritts in vielen Abnehmerländern die wirtschaftliche Dynamik, wie sie in den vergangenen Jahren zu beobachten war, deutlich nachgelassen. Schon im Herbst 1981 war die japanische Ausfuhr spürbar zurückgegangen. Im laufenden Jahr ist sie vergleichsweise schwach geblieben, und dies trotz der Abwertungstendenz des Yen. Die Verschlechterung der Exportaussichten blieb auf die Investitionstätigkeit nicht ohne Wirkung. Die für japanische Verhältnisse hohen Zinsen, hoch, wenn man sie mit den geringen Preissteigerungen vergleicht, tragen ein übriges

dazu bei, daß die Unternehmen ihre Investitionen auf dem Stand des Vorjahres hielten und sie nicht weiter erhöhten.

Wie sich zeigte, hatte auch für Japan die Abkopplung vom Zinstrend in der Welt Grenzen. Im Jahre 1981 war es der Bank von Japan gelungen, die Inflationsrate merklich zu verringern und die Zinsen zu senken, obwohl die Zinsbewegung im Ausland eher nach oben wies. Der Preis dafür waren allerdings erhebliche Kapitalabflüsse gewesen. Diese setzten sich in den ersten Monaten dieses Jahres verstärkt fort. Die Anfang 1982 einsetzende Abwertungstendenz des Yen ließ weitere Zinssenkungen nicht zu, wollte die Regierung nicht die beachtlichen Erfolge bei der Preisstabilisierung aufs Spiel setzen oder die erst in diesem Jahr vorgenommenen Erleichterungen im Kapitalverkehr wieder rückgängig machen. So wurden die Zinsen in diesem Jahr, bedenkt man das Sinken der Inflationsrate, recht hoch (Tabelle 2).

Finanzpolitisch hatte sich die Regierung für das Jahr 1982 vorgenommen, die öffentliche Verschuldung zu vermindern, die seit Mitte der siebziger Jahre auch in Japan stark angestiegen war. Die weit

Tabelle 1

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

vH

Land	Bruttosozialprodukt [1]) [2])				Arbeitslosigkeit [3])				Beschäftigte Arbeitnehmer [2])		
	1973–1979 [4])	1980	1981	1982 [5])	1973–1979 [6])	1980	1981	1982 [5])	1973–1979 [4])	1980	1981
Bundesrepublik Deutschland	+ 2,5	+ 1,8	− 0,2	− ½	3,3	3,4	4,8	7	− 0,4	+ 1,5	− 0,4
Belgien	+ 2,1	+ 2,5	− 1,7	− ½	6,2	9,4	11,6	14	+ 0,2	+ 0,3	− 2,5
Frankreich	+ 3,1	+ 1,1	+ 0,3	+ 1½	4,0	6,4	7,8	8½	+ 0,6	+ 0,3	− 1,2
Großbritannien	+ 1,3	− 2,0	− 2,2	+ ½	4,4	6,9	10,5	12	+ 0,1	− 2,3	− 4,0
Italien	+ 2,6	+ 3,9	− 0,2	+ ½	6,0	8,0	8,8	10	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,5
Niederlande	+ 3,3	+ 0,6	− 1,2	− 1	3,7	4,8	7,4	10½	+ 0,5	+ 0,4	− 1,5
Schweiz	− 0,4	+ 4,4	+ 1,9	− 1	0,3	0,2	0,2	½	− 1,3 [a])	+ 1,7 [a])	+ 0,3 [a])
Vereinigte Staaten	+ 2,8	− 0,4	+ 1,9	− 1½	6,5	7,1	7,6	9½	+ 2,4	+ 0,6	+ 1,2
Japan	+ 3,1	+ 4,2	+ 3,0	+ 2½	1,8	2,0	2,2	2½	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,7

Land	Verbraucherpreise [2])				Staatsdefizit [7])				Leistungsbilanz [8])		
	1973–1979 [4])	1980	1981	1982 [5])	1973–1979 [6])	1980	1981	1982 [5])	1973–1979 [6])	1980	1981
Bundesrepublik Deutschland	+ 4,6	+ 5,5	+ 5,9	+ 5	− 2,5	− 3,1	− 4,0	− 4	+ 1,0	− 2,0	− 1,1
Belgien	+ 8,4	+ 6,7	+ 7,6	+ 9½	− 4,9	− 9,3	−13,4	−12½	− 0,1	− 4,4	− 5,5
Frankreich	+10,7	+13,6	+13,4	+11½	− 0,6	+ 0,3	− 1,6	− 3	− 0,3	− 0,6	− 0,8
Großbritannien	+15,6	+18,0	+11,9	+ 9	− 3,7	− 3,2	− 2,1	− 2	− 1,1	+ 1,3	+ 2,4
Italien	+16,3	+21,2	+19,5	+16½	− 9,2	− 8,3	−11,9	−12	− 0,4	− 2,4	− 2,3
Niederlande	+ 7,2	+ 6,5	+ 6,7	+ 6	− 1,6	− 4,0	− 4,8	− 5½	+ 1,4	− 1,5	+ 2,2
Schweiz	+ 4,0	+ 4,0	+ 6,5	+ 5½	.	− 0,6	− 0,1	− ½	+ 3,7	− 0,5	+ 2,8
Vereinigte Staaten	+ 8,5	+13,5	+10,2	+ 6	− 1,0	− 1,3	− 1,0	− 4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Japan	+ 9,9	+ 8,0	+ 4,9	+ 2½	− 2,8	− 4,2	− 3,9	− 3½	+ 0,3	− 1,0	+ 0,4

1) In konstanten Preisen. Bruttoinlandsprodukt für Frankreich, Großbritannien, Italien und Niederlande.
2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
3) Für die EG-Länder: Anteil der durch die Arbeitsverwaltung als arbeitslos registrierten Personen an den gesamten zivilen Erwerbspersonen (für den EG-Gebrauch standardisierte nationale Angaben). Für die Schweiz: Anteil der als arbeitslos registrierten Personen an den gesamten Erwerbspersonen. Für die Vereinigten Staaten und Japan: Anteil der durch regelmäßige Haushaltsbefragungen (Stichprobe) ermittelten Arbeitslosen an den geschätzten gesamten Erwerbspersonen.
4) Durchschnittlich jährliche Veränderung (geometrisches Mittel).
5) Eigene Schätzung.
6) Durchschnittlich jährliches Verhältnis (arithmetisches Mittel).
7) Finanzierungssaldo (Überschuß: +, Defizit: −) der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt bzw. Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.
8) Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt bzw. Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.
a) Erwerbstätige.

Quelle: OECD; EG; für Bundesrepublik: Nationale Quellen

Tabelle 2

Zur internationalen Zinsentwicklung

Zeitraum [1])		Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Schweiz	Vereinigte Staaten	Japan
						kurzfristig [2])				
1975		4,88	6,99	7,66	10,52	10,28	5,22	.	6,26	10,54
1976		4,21	10,10	8,84	11,61	17,08	7,11	.	5,30	7,02
1977		4,27	7,33	9,14	7,94	14,21	4,59	.	5,75	5,66
1978		3,69	7,30	8,02	9,36	11,51	7,05	0,96	8,27	4,41
1979		6,88	10,94	9,73	13,84	12,26	9,65	2,23	11,26	6,04
1980		9,54	14,21	12,20	16,55	17,49	10,57	6,08	13,17	10,77
1981		12,24	15,31	15,58	13,99	19,88	11,75	9,64	15,68	7,30
1981	1. Vj.	12,42	13,12	12,50	12,73	18,21	10,37	7,96	15,47	8,01
	2. Vj.	13,03	16,37	16,62	12,46	20,08	11,79	10,29	16,94	7,16
	3. Vj.	12,62	16,17	17,83	15,15	20,54	13,41	10,08	17,30	7,19
	4. Vj.	10,88	15,58	15,37	15,62	20,71	11,43	10,25	13,00	6,86
1982	Jan	10,30	15,25	15,12	14,44	21,00	10,13	8,75	14,11	6,29
	Feb	10,20	14,50	14,12	14,00	20,62	9,75	8,25	13,96	6,35
	Mär	9,50	14,25	15,87	13,56	20,62	8,25	6,00	14,24	6,42
	Apr	9,15	15,00	16,63	13,62	20,50	8,25	4,75	14,24	6,67
	Mai	9,15	14,75	16,13	13,44	20,50	8,75	4,38	13,58	7,08
	Jun	9,40	15,75	14,87	13,00	20,38	8,87	5,12	15,19	7,19
	Jul	9,30	14,75	14,87	11,94	20,00	9,12	4,37	11,98	7,02
	Aug	8,30	13,90	14,38	10,75	18,75	8,13	4,00	9,61	7,22
	Sep	8,00	13,00	13,81	10,56	18,50	8,00	4,62	10,26	7,05
						langfristig [3])				
1975		8,79	8,51	10,30	13,55	10,04	8,78	6,44	8,22	9,41
1976		7,89	9,05	10,51	13,55	12,66	8,95	4,99	7,83	8,70
1977		6,10	8,76	10,99	12,06	14,71	8,10	4,03	7,72	7,14
1978		5,92	8,45	10,61	12,14	13,05	7,74	3,34	8,56	5,63
1979		7,61	9,70	10,86	12,46	13,02	8,78	3,47	9,35	7,92
1980		8,52	12,19	13,78	13,14	15,25	10,24	4,78	11,40	8,98
1981		10,14	13,78	16,29	14,08	19,36	11,55	5,59	13,90	8,95
1981	1. Vj.	9,81	13,40	14,87	13,16	16,58	10,92	5,13	13,04	8,80
	2. Vj.	10,37	13,85	16,51	13,55	18,92	11,54	5,74	13,70	9,09
	3. Vj.	10,51	14,00	17,07	14,77	20,71	12,00	5,83	14,79	9,33
	4. Vj.	9,88	13,89	16,71	14,86	21,21	11,75	5,67	14,09	8,58
1982	Jan	9,79	14,25	16,42	14,20	20,94	11,23	5,44	14,17	8,20
	Feb	9,72	13,83	16,29	13,64	20,73	10,75	5,46	14,04	8,17
	Mär	9,31	13,93	16,35	13,06	20,08	10,38	5,15	13,81	7,94
	Apr	8,79	13,66	16,29	13,35	20,22	10,08	5,01	13,50	7,98
	Mai	8,83	13,56	16,13	13,07	20,82	10,29	4,98	13,57	8,31
	Jun	9,33	13,59	15,98	13,08	20,90	10,53	5,19	14,14	8,64
	Jul	9,14	13,13	15,96	13,05	...	10,50	4,90	13,68	8,49
	Aug	8,79	13,13	15,78	11,20	...	10,24	4,64	12,46	8,41
	Sep	8,00	13,20	15,76	10,74	...	10,00	4,43	11,50	8,46

[1]) Jahres- und Vierteljahresdurchschnitte errechnet aus Monatsendständen.
[2]) Ausgewählte Geldmarktsätze für 3 bis 4 Monate.
[3]) Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens 4 Jahren; für Italien: Quelle IWF.

Quelle: Morgan Guaranty Trust Company

hinter ihren Erwartungen zurückbleibende Wirtschaftsentwicklung durchkreuzte dieses Vorhaben. Es kam zu erheblichen Steuerausfällen, und entgegen den angestrebten Einsparungen wurde im Herbst ein Programm zur Stimulierung der Wirtschaft verabschiedet, das vor allem zusätzliche öffentliche Bauaufträge vorsieht. Zuvor waren geplante Aufträge bereits beschleunigt vergeben worden.

Neben den Bauinvestitionen des Staates war es noch der private Verbrauch, von dem positive Impulse ausgingen, nicht zuletzt, weil die Einkommen der Kaufkraft nach merklich stiegen. Beides ermöglichte auch 1982 eine Zunahme des Sozialprodukts, die sich noch immer von der anderer Industrieländer abhob, soweit es dort überhaupt zu einer Zunahme kam.

Konsolidierungsanstrengungen in Europa

9. Zu den dämpfenden weltwirtschaftlichen Einflüssen kamen in den europäischen Ländern die ungelösten eigenen Probleme hinzu. Von der Binnennachfrage gingen kaum belebende Wirkungen aus. Viele Länder hatten mit den Folgen einer über Jahre hinweg expansiven Ausgabenpolitik zu kämpfen. Immense Sparanstrengungen waren gefordert, den Haushaltsfehlbeträgen, die mit der lang anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase weiter stiegen, auch nur Grenzen zu setzen. Die fortdauernde Stärke des Dollar ließ der Geldpolitik überdies wenig Spielraum, auf niedrigere Zinsen hinzuwirken, solange die amerikanischen Zinsen nicht stärker nachgaben, wenn sie Abwertungen nicht riskieren, das heißt weitere Stabilisierungserfolge erreichen oder erreichte nicht aufs Spiel setzen wollte.

10. Die Wirtschaftspolitik mußte so im Jahre 1982 vielerorts, statt Impulse geben zu können, schmerzhafte Sanierungsmaßnahmen einleiten. In nicht wenigen Ländern sind Regierungen daran gescheitert. In Italien wurde gegen Jahresmitte ein Maßnahmenpaket im Parlament eingebracht, das vor allem Kürzungen bei den Sozialleistungen und beim nationalen Gesundheitsdienst sowie Erhöhungen bei den direkten und indirekten Steuern vorsah. Die Regierung ist darüber auseinandergebrochen, wurde in gleicher Zusammensetzung wieder eingesetzt und fand nur kurzzeitig für ein neues, insgesamt nicht weniger schmerzhaftes Sparprogramm mehr Unterstützung. Im November kam es erneut zu einer Regierungskrise. In den Niederlanden führten geplante Einsparungen bei den Sozialleistungen und bei den Beamtengehältern zum Rücktritt der Regierung. Es kam zu Neuwahlen. Die neue Regierung entschied sich für kräftige Sparmaßnahmen. In Dänemark mußte die Regierung zurücktreten, nachdem sie sich mit durchgreifenden Einsparungen bei den Staatsausgaben und mit erheblichen Steuererhöhungen nicht hatte durchsetzen können. Die neue Regierung konnte schließlich unter großen Anstrengungen Ausgabenkürzungen, eine Beschränkung der Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst und die Aufhebung der Lohnindexierung erreichen; das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte wird Schätzungen zufolge in diesem Jahr im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt dennoch auf 12 vH anwachsen. Auch in Frankreich wurden im Jahresverlauf mehr und mehr Sparmaßnahmen ergriffen (Ziffer 12). Die schlimmste Ausgangslage hatte Belgien. Kräftige Kürzungen bei den Sozialausgaben waren nötig. Das Staatsdefizit wurde von fast 13¹/₂ vH immerhin auf etwa 12¹/₂ vH des Bruttosozialprodukts gesenkt.

Nur in wenigen Ländern, wie der Schweiz und Österreich, aber auch in Großbritannien, waren Sanierungsmaßnahmen dieses Ausmaßes nicht nötig. Der Spielraum, Anstöße zu geben, war hier größer; er wurde auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maße genutzt. Österreich unternahm kräftige Anstrengungen; die Regierung legte im Jahresverlauf zwei Beschäftigungsprogramme vor. Großbritannien und die Schweiz gingen weniger weit. Die Schweizer Notenbank nahm 1982 immerhin eine leichte Lockerung ihres seit Mitte 1979 restriktiv geführten Kurses vor. In Großbritannien wurde der monetäre Rahmen ebenfalls weiter als zuvor gesteckt; über eine gewisse Senkung der Abgabenbelastung mochte die Regierung in der Finanzpolitik allerdings nicht hinausgehen.

11. In Großbritannien ist die gesamtwirtschaftliche Produktion 1982 höher ausgefallen als im Jahr davor. Zu einer Wende ist es damit aber noch nicht gekommen. In der Industrie blieb die Lage nach wie vor äußerst unbefriedigend. Der schwachen Aufwärtsentwicklung, die auch dort im Herbst 1981 eingesetzt hatte, folgte im Frühsommer wieder ein Rückschlag, und die Produktion fiel noch unter den Tiefstand vom Frühjahr 1981 zurück. Wesentlich zugenommen hat sie bis zuletzt nicht.

Die Rahmenbedingungen für eine Erholung begannen im Jahresverlauf allerdings günstiger zu werden. Die Lohnabschlüsse waren mit einem Anstieg von durchschnittlich 7 vH deutlich niedriger als im vergangenen Jahr. Da das Produktionsergebnis je Beschäftigten in der ersten Jahreshälfte um über 8 vH höher war als vor Jahresfrist, kam es zu einer spürbaren Kostenentlastung für die Unternehmen (Tabelle 3).

Erleichterung kam in diesem Jahr auch von der Geldpolitik, zumindest, wenn man dies an der von der Bank von England gewählten Zwischenzielgröße mißt. Die Geldmenge (Sterling M3) nahm bis zum September mit einer Rate von 11¹/₂ vH zu; sie lag damit am oberen Rand des ohnehin großzügig bemessenen Zielkorridors. Beachtliche Erfolge bei der Eindämmung des Preisanstiegs gaben dazu Spielraum. Das brachte den Zinssenkungsprozeß voran. Sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Zinsen gaben seit dem Frühjahr deutlich nach. Sie blieben jedoch verglichen mit der Inflationsrate immer noch hoch.

Von seiten der Finanzpolitik mußten 1982 nicht noch weitere Sparanstrengungen unternommen werden, nachdem die Regierung im vergangenen Jahr über erhebliche Abstriche bei den Ausgaben das Finan-

zierungsdefizit der öffentlichen Haushalte hatte vermindern können. Wachstumspolitische Hilfen zu geben, war damit leichter möglich. Allzu weit wollte die Regierung freilich nicht gehen. Mit dem Haushaltsplan 1982/83 wurden bei der Einkommensteuer erhöhte Freibeträge und eine Abschwächung der Progression beschlossen. Die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung wurden reduziert und verschiedene Steuererleichterungen für Unternehmen gewährt.

Daß dennoch nicht mehr investiert wurde, dürfte nicht zuletzt an der anhaltenden Schwäche der Weltkonjunktur und an den zumindest in der ersten Jahreshälfte immer noch hohen Zinsen gelegen haben. Selbst in der Ölindustrie fehlt es an Schwung, wofür weniger günstige Erwartungen bezüglich der Ölpreise und des Ölabsatzes maßgeblich sein dürften. Auch die Konsumneigung blieb übers Jahr gesehen schwach. Die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit nahm noch weiter zu.

Tabelle 3

Zur Entwicklung der Lohnstückkosten und der Reallohnposition in wichtigen Industrieländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Land	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
	Lohnkosten je Produkteinheit [1])							
Bundesrepublik Deutschland	+ 6,0	+ 1,9	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,4	+ 6,3	+ 4,7	+ 3,5
Belgien	+17,0	+ 8,6	+ 8,2	+ 4,3	+ 5,1	+ 6,6	+ 5,6	+ 6,0
Dänemark	+13,7	+ 7,4	+ 8,4	+ 9,0	+ 8,1	+ 9,3	+ 8,5	+ 9,0
Frankreich	+17,5	+10,6	+10,6	+ 9,3	+ 9,4	+13,5	+13,7	+12,5
Großbritannien	+29,4	+ 9,4	+10,3	+10,1	+15,2	+21,2	+11,3	+ 6,5
Irland	+24,6	+16,9	+ 9,1	+11,1	+18,4	+19,9	+15,2	+15,5
Italien	+26,0	+15,3	+20,2	+13,7	+14,2	+18,7	+22,6	+17,0
Niederlande	+13,9	+ 5,5	+ 6,6	+ 5,4	+ 5,5	+ 5,1	+ 1,2	+ 5,5
Vereinigte Staaten	+ 7,5	+ 5,6	+ 5,4	+ 7,5	+ 9,0	+10,0	+ 8,5	+ 7,0
Kanada	+15,1	+ 9,5	+ 7,9	+ 5,2	+ 8,6	+12,2	+10,5	+11,5
Japan	+14,5	+ 7,8	+ 6,1	+ 2,6	+ 2,7	+ 4,5	+ 4,9	+ 5,5
Österreich	+13,4	+ 5,3	+ 6,2	+ 8,9	+ 1,9	+ 4,8	+ 7,8	+ 4,5
Schweden	+16,9	+16,3	+15,6	+ 9,7	+ 5,5	+11,1	+10,5	+ 8,5
Schweiz	+10,6	+ 1,8	− 0,3	+ 4,5	+ 2,4	+ 3,3	+ 5,6	+ 7,5
	Reallohnposition [2])							
Bundesrepublik Deutschland	− 1,1	− 2,3	− 0,5	− 0,5	− 0,6	+ 1,2	− 0,1	− 2,5
Belgien	+ 4,7	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,5	+ 2,3	− 3,0
Dänemark	+ 2,6	− 2,5	− 0,8	− 3,3	− 1,8	− 0,8	− 2,0	+ 0,0
Frankreich	+ 4,3	+ 0,2	+ 1,3	− 0,6	− 1,5	+ 1,4	+ 2,0	− 1,5
Großbritannien	+ 4,6	− 4,7	− 5,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 3,4	− 1,5	− 2,5
Irland	+ 3,0	− 5,1	− 1,3	+ 0,3	+ 5,3	+ 7,1	− 3,0	− 6,5
Italien	+ 4,8	− 2,2	+ 0,5	+ 0,2	− 1,4	− 0,1	+ 4,9	+ 0,5
Niederlande	+ 2,0	− 3,7	− 0,4	+ 1,0	+ 1,6	− 0,7	− 2,5	− 0,5
Vereinigte Staaten	− 0,7	+ 0,0	− 0,2	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,3	− 0,5	+ 1,5
Kanada	+ 4,7	+ 1,5	+ 1,3	− 1,0	− 2,1	+ 0,6	+ 0,3	+ 2,5
Japan	+ 2,3	− 1,3	− 1,2	− 2,8	+ 0,4	− 1,0	+ 0,3	+ 1,5
Österreich	+ 5,5	− 0,8	+ 0,1	+ 1,2	− 4,6	− 1,0	+ 2,3	− 1,5
Schweden	+ 2,5	+ 4,9	+ 5,2	− 0,3	− 1,9	− 0,4	− 0,4	− 2,5
Schweiz	+ 1,8	− 1,6	+ 0,0	+ 1,6	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,5

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts, aus Angaben in Landeswährung; 1982 geschätzt. Quelle: DIW.

[2]) Veränderung der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs abzüglich der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen, einschließlich des Einkommenseffekts aus der Veränderung des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel der Gesamtwirtschaft (Terms of Trade). Quelle: OECD.

12. In Frankreich mußte sich die Regierung 1982 zu Kurskorrekturen entschließen. Im vergangenen Jahr war sie zu einer expansiven Finanz- und Sozialpolitik übergegangen. Auch die Geldpolitik folgte anfangs dieser Linie; sie sollte die Zinsen zum Sinken bringen. Über die Verstaatlichung von Industrieunternehmen und Banken wollte die Regierung zudem ihre Möglichkeiten erweitern, in den Wirtschaftsablauf einzugreifen. In der Lohnpolitik setzte man auf Konsens und hoffte auf moderate Abschlüsse.

Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Eine Mäßigung in der Lohnpolitik hat es nicht gegeben. Es kamen im Gegenteil Verkürzungen der Arbeitszeit hinzu. Trotz der Abwertung im vergangenen Jahr büßte die französische Industrie deutlich an Wettbewerbsfähigkeit ein. Die Exporte gingen zurück. Die Importe nahmen infolge der stimulierten Konsumnachfrage kräftig zu. Der Fehlbetrag in der Handelsbilanz lag in den ersten acht Monaten dieses Jahres weit über dem des gleichen Zeitraums im vergangenen Jahr, und schon damals war das Defizit hoch gewesen. Es kam zu erheblichen Kapitalabflüssen. Immer wieder geriet der Franken unter Druck. Die Regierung versuchte zunächst, den Schwierigkeiten mit Devisenkontrollen und einer weiteren Abwertung zu begegnen. Es kam jedoch zu keiner durchgreifenden Besserung. Auch die Zinsen konnten nicht niedrig gehalten werden; sie sind vielmehr beträchtlich angestiegen. Steigende Löhne, hohe Zinsen und mehr Konkurrenz aus dem Ausland drückten auf die Gewinnmargen. Die Investitionen, die schon 1981 nur schwach zugenommen hatten, gingen im Verlauf des Jahres weiter zurück.

Die Regierung sah sich gezwungen, Schritt für Schritt Kurskorrekturen vorzunehmen. Im April beschloß sie unter anderem für 1982 und 1983 Steuererleichterungen für das Gewerbe und Zinssubventionen für bestimmte Investitionen; außerdem legte sie fest, daß die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung bis zum 1. Juli 1983 nicht erhöht werden. Im Mai stellte sie zusätzliche Mittel zur Förderung von Investitionen in der privaten und der verstaatlichten Industrie bereit. Im Juni verordnete sie einen viermonatigen Preis- und Lohnstopp, von dem nur wenige Bereiche ausgenommen waren. Im Juli nahm sie nicht nur die im Frühjahr dieses Jahres beschlossenen Verbesserungen bei den Sozialleistungen zurück, sondern verfügte dort sogar zusätzlich Einsparungen; außerdem behielt sie die beim Kauf von Aktien gewährten Steuerbegünstigungen bei, die in diesem Jahr auslaufen sollten. Im August hat sie eine Kommission unter Vorsitz des Außenhandelsministers eingesetzt, die den Import beobachten und unter Umständen auch kontrollieren soll. Im Oktober traf sie Einfuhrregelungen, die kaum einem anderen Zweck dienen können als den Import administrativ zu beschränken. Sie kürzte im Haushaltsvollzug Ausgaben in einem bislang nicht gekannten Maße. Und schließlich setzte sie durch, daß die Lohnindexierung nicht mehr praktiziert wird.

13. Italiens Wirtschaft zeigte bis zum Frühsommer dieses Jahres eine erstaunliche Widerstandskraft, obwohl es an Belastungen des Wirtschaftsklimas nicht fehlte, angefangen von den Staatsdefiziten, für die sich schon früh im Jahr abzeichnete, daß sie die für 1982 gesetzte Grenze um mehr als ein Drittel überschreiten würden, bis hin zum Streit um die Aufgabe oder Modifikation der Lohnindexierung. Im Sommer kam es auch in Italien zu einem Rückschlag, von dem sich die Wirtschaft bis zuletzt noch nicht erholt hat. Es gab erhebliche Spannungen zwischen dem seit Frühjahr 1981 verschärften geldpolitischen Kurs der Zentralbank und der expansiven Haushaltspolitik. Dieser ist es vor allem anzulasten, daß sich die Erfolge bei der Eindämmung des Geldwertschwunds, die 1981 zu verzeichnen waren, im laufenden Jahr nicht weiter fortsetzen. Die inzwischen eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen änderten daran vorerst wenig.

14. Für die Niederlande schien mit der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die sich im vergangenen Jahr ergeben hatte, eine wirtschaftliche Belebung vorgezeichnet (Schaubild 2). Die weltweite Nachfrageschwäche wirkte dem jedoch entgegen. Die Leistungsbilanz zeigte 1982 zwar eine weitere Besserung; Produktion und Beschäftigung sind indes unbefriedigend geblieben. Die Konsumnachfrage ging in der Folge sinkender Realeinkommen abermals zurück. Die Arbeitslosigkeit nahm ebenso stark zu wie in der Bundesrepublik.

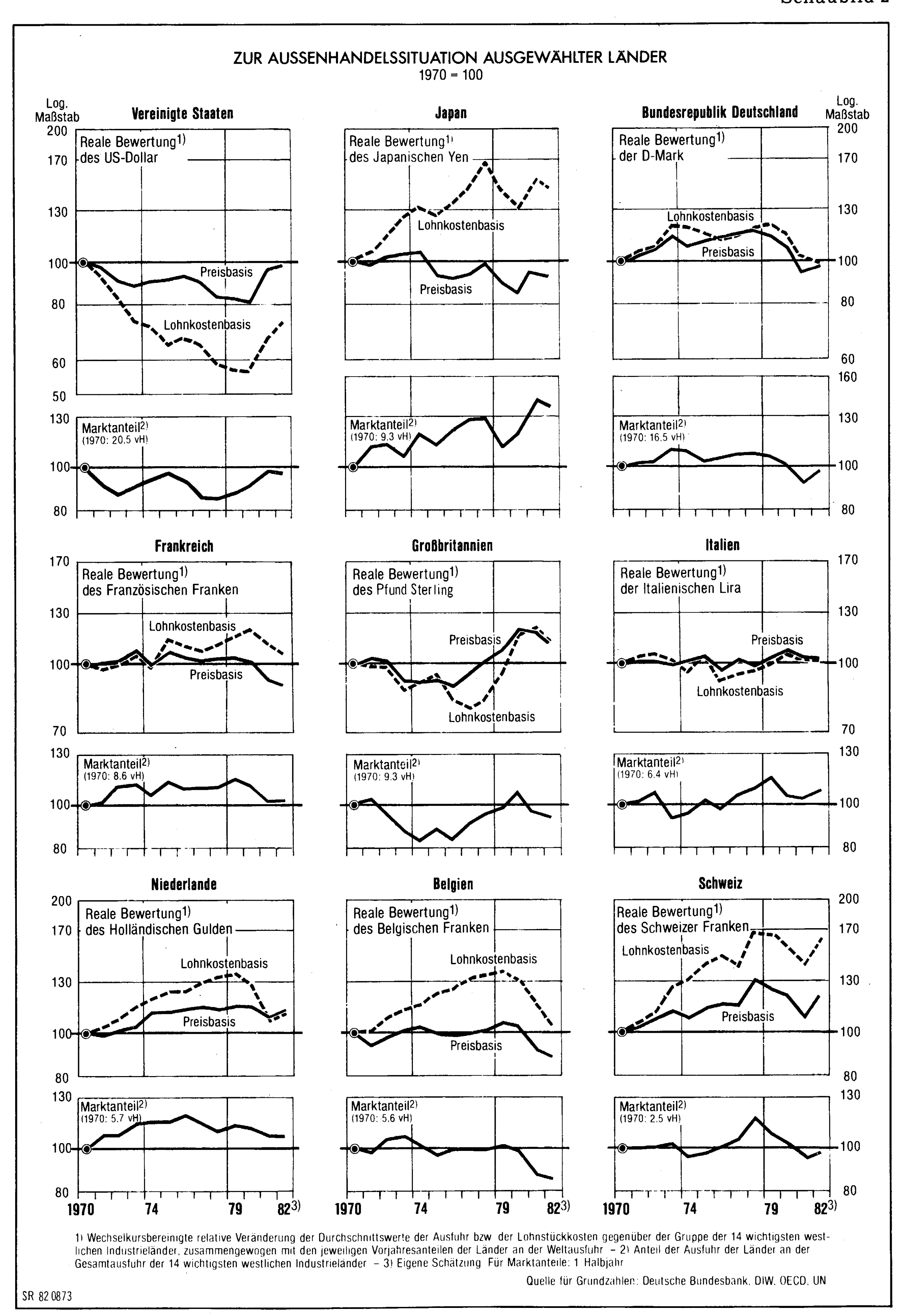
In Belgien, wo die Arbeitslosigkeit schon seit längerem besonders hoch ist, war schon die Ausgangslage schlechter. Die Regierung mußte vor allem auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zielen, die sich wegen der hohen Reallohnsteigerungen und des lange Zeit überbewerteten Franken in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert hatte. Die Lohnindexierung wurde außer Kraft gesetzt, vorläufig bis zum Jahresende. Eine Abwertung des Franken im Europäischen Währungssystem und steuerliche Erleichterungen für die Unternehmen bei gleichzeitigen Abstrichen an den öffentlichen Ausgaben kennzeichneten die wirtschaftspolitische Grundlinie.

In Dänemark bewirkte lediglich ein Investitionsschub im Energiebereich einen Produktionsanstieg; die Haushaltsprobleme ließen auch hier keinen Optimismus aufkommen.

15. Anders als in den meisten Ländern ist die Arbeitslosigkeit in Schweden, in Österreich und in der Schweiz, ähnlich wie Mitte der siebziger Jahre, auch in der seit 1980 andauernden Stagnationsphase vergleichsweise wenig gestiegen.

Die schwedische Regierung verfolgt seit Anfang der siebziger Jahre eine selektive Arbeitsmarktpolitik. In gezielte Maßnahmen, wie Lohnzuschüsse für die Aufrechterhaltung bedrohter Beschäftigungsverhältnisse, konzentrierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitsintensive Projekte, die Förderung der inner- und außerbetrieblichen Ausbildung und die Schaffung von Arbeitsplätzen für Behinderte, waren im vergangenen Jahr Schätzungen zufolge knapp 3 vH der Erwerbspersonen einbezogen. Freilich hatte der Versuch, den Stand der Beschäftigung trotz ungünstiger struktureller und konjunktureller Einflüsse hoch zu halten, einen hohen Preis. Die grö-

Schaubild 2



1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Durchschnittswerte der Ausfuhr bzw. der Lohnstückkosten gegenüber der Gruppe der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer, zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr – 2) Anteil der Ausfuhr der Länder an der Gesamtausfuhr der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer – 3) Eigene Schätzung. Für Marktanteile: 1. Halbjahr

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank, DIW, OECD, UN

SR 82 0873

ßere Arbeitsplatzsicherheit und der höhere Beschäftigtenstand führten in den vergangenen Jahren zu vergleichsweise kräftigen Lohnsteigerungen und trugen so zur Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der schwedischen Industrie bei.

In Österreich ist es die besondere Beziehung der Sozialpartner, die zur Linderung der Arbeitsmarktprobleme beigetragen hat. Die Arbeitnehmer sind bereit gewesen, ihre Lohnansprüche zu mäßigen. Die Unternehmen haben versucht, trotz Auftragsschwankungen die Beschäftigung hoch zu halten. Darüber hinaus ist der verstaatlichten Industrie aufgetragen, den Beschäftigtenstand weitgehend zu halten. Dies hat sich allerdings — wie die Ausgabenentwicklung der öffentlichen Haushalte zeigt — als sehr teuer erwiesen. In der privaten Industrie hat seit Mitte 1981 ein deutlicher Beschäftigungsabbau stattgefunden, der zunächst vornehmlich die ausländischen Arbeitnehmer traf.

In der Schweiz ist die Arbeitslosigkeit wegen der Pufferfunktion, welche die Ausländerbeschäftigung dort hat, bislang zu keinem drängenden Problem geworden.

III. Störungen an den Finanzmärkten

16. Gravierende Störungen an den Finanzmärkten spiegelten die ungelösten Anpassungsprobleme. Zu der Neigung, die Ausgaben für Investitionen und für Konsum eher einzuschränken als auszuweiten und statt dessen Geldvermögen zu bilden, hätte ein kräftiger Rückgang der Zinsen gepaßt. Bis über die Jahresmitte hinaus sind diese jedoch nur sehr zögernd gesunken. Die Defizite in den öffentlichen Haushalten wirkten dabei nicht nur ihres schieren Ausmaßes wegen belastend; die Sorge, daß am Ende schließlich doch mehr Inflation die Folge sein könnte, hielt auch die Risikoprämie, die Anleger verlangten, hoch, höher jedenfalls anscheinend, als die tatsächlich rückläufigen Preissteigerungsraten noch rechtfertigen mochten. Je länger wiederum die Zinsen bei schwacher Weltkonjunktur hoch blieben, um so drückender wurde die Last für die hochverschuldeten Länder und Unternehmen. Deren Finanzierungsprobleme vergrößerten die bestehende Unsicherheit an den Finanzmärkten; die Risikoprämie im Zins erhöhte sich dadurch weiter.

17. Nach der ersten Ölkrise hatten sich nur einige Länder in Zahlungsverzug befunden. Der Gesamtbetrag, um den es damals ging, hatte etwa 1 Mrd Dollar betragen. Dreißigmal so hoch dürfte 1982 die entsprechende Summe sein. Dies ist vor allem die Folge einer in den vergangenen Jahren weltweit verstärkt betriebenen Schuldenpolitik, die nun, da das wirtschaftliche Wachstum stockt, zum Problem geworden ist. Einige Länder sind so stark verschuldet, daß sie nur noch durch Stillhalteabkommen mit den Gläubigerbanken oder durch spektakuläre und langwierige Umschuldungsaktionen vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt werden konnten (SG 82 Ziffer 40).

Die Banken legten in diesem Jahr wesentlich strengere Maßstäbe im internationalen Kreditgeschäft an. Der Anteil der offenen Kreditzusagen an der gesamten Verschuldung ist seit Mitte 1981 nochmals deutlich zurückgegangen, besonders stark für einige Länder des Ostblocks und für viele Entwicklungsländer. Die Unterschiede in den Zinsaufschlägen haben sich je nach Bonität der Schuldner stark erhöht. Das Maß der Zinsaufschläge dürfte die tatsächliche Einschätzung der Kreditwürdigkeit einzelner Schuldner sogar noch in einem zu günstigen Licht erscheinen lassen, da manche Länder darum bemüht sind, über die Vereinbarung eines höheren Basiszinssatzes oder über einmalige Vorabzahlungen die öffentlich bekannt werdenden Zinsaufschläge möglichst niedrig zu halten.

Erschwert wurde die Situation an den internationalen Finanzmärkten auch dadurch, daß während der Hochzinsphase immer mehr kurzfristige Kredite genommen wurden, so daß deren Anteil am gesamten Kreditvolumen beträchtlich zunahm. Ein großes Volumen zur Tilgung anstehender Kredite kam so zur laufenden Neuverschuldung hinzu. Für die Schuldner hieß dies in vielen Fällen schärfere Anforderungen an die Kreditwürdigkeit und nicht selten sogar höhere Zinsen als vorher. Viele Projekte, für die kurzfristige Kredite in der Erwartung einer zinsgünstigen Anschlußfinanzierung aufgenommen worden waren, erwiesen sich nun als unrentabel.

18. Der Finanzierungsbedarf aufgrund von Leistungsbilanzungleichgewichten war 1982 weniger groß als in den vorangegangenen Jahren. Die Leistungsbilanzdefizite der westlichen Industrieländer zusammen konnten abermals abgebaut werden, die der Entwicklungsländer nahmen nicht weiter zu, und die Überschüsse der OPEC-Staaten bildeten sich weiter zurück (Tabelle 4). Der Abbau der Leistungsbilanzdefizite hat für Länder wie Japan, die Bundesrepublik, die Niederlande und die Schweiz den außenwirtschaftlich begründeten Bedarf an Restriktionspolitik verringert und so Bedingungen geschaffen, die zu einer Verbesserung des Investitionsklimas beitragen können. Je mehr freilich von der Rückbildung der außenwirtschaftlichen Defizite der Konjunkturschwäche zuzuschreiben ist, desto größere Abschläge sind in dieser Hinsicht mit Blick auf die Zukunft zu machen.

19. Trotz der Verringerung der Leistungsbilanzungleichgewichte kam es 1982 zu einer starken Ausdehnung des internationalen Kreditvolumens. Auffallend war, daß sich bei den Kreditnehmern eine Verschiebung von den Entwicklungsländern auf die Industrieländer ergab. Darin kam wohl auch die Vorsicht der Banken bei der Kreditvergabe an verschiedene Entwicklungsländer zum Ausdruck. Letztere mußten sich verstärkt bei internationalen Organisationen verschulden, was sie in den vergangenen Jahren wegen der damit verbundenen Auflagen eher zu vermeiden gesucht hatten. Längerfristig wird der Finanzbedarf dieser Länder weiter ansteigen, weil die binnenwirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Anpassungsaufgaben so groß sind, daß sie ohne zusätzliches Geld kaum bewältigt werden

Tabelle 4

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz ausgewählter Länder

Mio US-Dollar

Land	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982[1]
				Salden der Handelsbilanz				
Bundesrepublik Deutschland	+17 612	+16 663	+19 789	+25 490	+ 17 463	+ 10 477	+ 17 853	+26 000
Belgien-Luxemburg	+ 71	− 666	− 1 364	− 1 282	− 2 480	− 3 900	− 3 867	− 2 600
Dänemark	− 1 326	− 2 886	− 2 706	− 2 349	− 3 064	− 2 008	− 900	− 900
Frankreich	+ 1 449	− 4 671	− 2 835	+ 748	− 2 097	− 13 028	− 10 123	−14 000
Griechenland	− 2 535	− 2 777	− 3 261	− 3 608	− 5 167	− 5 719	− 5 500	− 5 000
Großbritannien	− 7 379	− 7 059	− 3 984	− 2 958	− 7 307	+ 2 755	+ 6 054	+ 400
Irland	− 486	− 608	− 820	− 1 067	− 2 283	− 1 800	− 1 900	− 600
Italien	− 1 167	− 4 238	− 134	+ 2 898	− 952	− 16 336	− 10 560	− 7 000
Niederlande	+ 898	+ 1 344	− 244	− 1 471	− 1 365	− 1 152	+ 4 182	+ 5 000
EG-Länder	− 7 137	− 4 898	+ 4 441	+16 401	− 7 252	− 30 711	− 4 761	+ 1 300
Vereinigte Staaten	+ 9 047	− 9 306	−30 873	−33 759	− 27 346	− 25 338	− 27 889	−26 000
Kanada	− 730	+ 1 703	+ 2 949	+ 3 913	+ 3 923	+ 7 780	+ 6 611	+14 000
Japan	+ 5 028	+ 9 887	+17 311	+24 596	+ 1 845	+ 2 125	+ 19 967	+18 000
Österreich	− 1 455	− 2 557	− 3 857	− 2 964	− 3 746	− 5 983	− 4 224	− 3 500
Schweden	+ 1 061	+ 169	+ 310	+ 2 569	+ 818	− 399	+ 1 600	+ 1 800
Schweiz	+ 433	+ 801	+ 254	+ 721	− 1 536	− 4 795	− 2 600	− 500
OECD-Länder	+ 5 000	−19 000	−24 000	+ 5 000	− 40 000	− 74 000	− 28 200	−14 000
OPEC-Länder[2]	+49 000	+65 000	+61 000	+42 000	+107 000	+173 000	+122 000	+56 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder)[3]	−28 000	−15 000	−12 000	−21 000	− 33 000	− 56 000	− 60 000	−54 000
				Salden der Leistungsbilanz				
Bundesrepublik Deutschland	+ 4 037	+ 3 937	+ 4 090	+ 9 017	− 5 981	− 16 254	− 7 338	0
Belgien-Luxemburg	+ 250	− 41	− 725	− 978	− 3 012	− 5 235	− 5 300	− 3 800
Dänemark	− 552	− 1 991	− 1 782	− 1 493	− 2 911	− 2 453	− 1 820	− 2 700
Frankreich	+ 2 671	− 3 423	− 431	+ 6 999	+ 5 187	− 4 169	− 4 742	−10 500
Griechenland	− 953	− 930	− 1 078	− 954	− 1 882	− 2 216	− 2 400	− 2 000
Großbritannien	− 3 367	− 1 572	− 38	+ 1 953	− 1 807	+ 6 660	+ 12 127	+ 5 000
Irland	− 56	− 340	− 375	− 514	− 1 679	− 1 651	− 1 970	− 1 500
Italien	− 581	− 2 816	+ 2 465	+ 6 198	+ 5 479	− 9 681	− 8 117	− 6 000
Niederlande	+ 1 987	+ 2 708	+ 613	− 1 474	− 2 010	− 2 571	+ 3 070	+ 5 500
EG-Länder	+ 3 436	− 4 468	+ 2 739	+18 754	− 8 616	− 37 570	− 16 490	−16 000
Vereinigte Staaten	+18 280	+ 4 384	−14 068	−14 773	− 466	+ 1 520	+ 4 471	+ 3 500
Kanada	− 4 677	− 3 897	− 4 043	− 4 327	− 4 237	− 937	− 4 459	+ 1 500
Japan	− 682	+ 3 680	+10 918	+16 534	− 8 754	− 10 746	+ 4 770	+ 6 000
Österreich	− 192	− 1 257	− 2 550	− 1 079	− 1 054	− 1 652	− 1 402	− 500
Schweden	− 354	− 1 630	− 2 124	− 253	− 2 306	− 4 456	− 2 980	− 3 000
Schweiz	+ 2 587	+ 3 497	+ 3 441	+ 4 401	+ 2 444	− 540	+ 2 590	+ 4 000
OECD-Länder	+ 0	−15 000	−22 000	+13 000	− 28 000	− 68 000	− 30 600	−21 000
OPEC-Länder[2]	+27 000	+37 000	+29 000	+ 4 000	+ 61 000	+116 000	+ 67 000	+ 4 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder)[3]	−30 000	−18 000	−13 000	−23 000	− 38 000	− 62 000	− 73 000	−69 000

[1]) Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.

[2]) Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Oman, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

[3]) Afrika ohne Republik Südafrika, Mittel- und Südamerika, Asien ohne Japan und Staatshandelsländer, Ozeanien.

Quelle: OECD

können. Dies könnte eine verstärkte Inanspruchnahme der internationalen Organisationen unumgänglich machen. Deren Kapitalbasis hat jedoch in der Vergangenheit nicht mit der Entwicklung des Welthandels Schritt gehalten, weil die Mitgliedsländer wegen ihrer ungünstigen wirtschaftlichen Situation weder in der Lage noch willens waren, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Angeregt wurde daher, daß der Internationale Währungsfonds selbst verstärkt als Kreditnehmer auf den internationalen Finanzmärkten auftritt und die aufgenommenen Mittel mit strengen Auflagen an die Entwicklungsländer weiterreicht.

Handlungsspielraum der Geldpolitik begrenzt

20. Die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten hat die internationale Zinsentwicklung auch 1982 stark mitgeprägt. Hohe Zinsen hatten das Bild der amerikanischen Finanzmärkte von Ende 1979 an bestimmt, als die Notenbank die Inflation mit Nachdruck zu bekämpfen begann und mit diesem Ziel die monetäre Expansion zunehmend einengte. Im Jahre 1981 nahm die Geldmenge in der engeren Abgrenzung (M1), sieht man von der Umschichtung von Spareinlagen in zinstragende Sichteinlagen ab, lediglich um etwas über 2 vH zu; die Zentralbankgeldmenge stieg um knapp 4 vH an. Das waren über 5 beziehungsweise 3 Prozentpunkte weniger, als dem Wachstum der Produktion bei Vollbeschäftigung und der aktuellen Inflationsrate abzüglich des trendbestimmten Anstiegs der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes entsprochen hätte. Hinzu kam 1981 der Konflikt mit der Finanzpolitik. Knappes Geld und hohe Haushaltsdefizite trieben die Zinsen weiter nach oben. Trotz des niedrigen Ausgangsniveaus der Geldversorgung hielt die Notenbank für 1982 an dem Zielkorridor für die Ausweitung der Geldmenge von 2,5 vH bis 5,5 vH fest, den sie Mitte vergangenen Jahres angekündigt hatte. Im Sommer beschloß sie dann allerdings, kurzfristigen Abweichungen von der Zielvorgabe nach oben nicht sofort entgegenzuwirken; sie senkte den Diskontsatz schrittweise und setzte zudem deutliche Zinssignale. Ende Juli gaben die kurzfristigen, aber auch die langfristigen Zinsen spürbar nach, und inzwischen sind sie weiter gesunken. Die Geldmenge bewegte sich zuletzt etwas über dem oberen Korridorrand.

21. Die meisten Länder hatten in den letzten beiden Jahren kaum eine andere Wahl, als der geldpolitischen Linie der Vereinigten Staaten zu folgen. Um einer Abwertung ihrer Währung und der damit verbundenen Gefahr für den Geldwert entgegenzuwirken, verfolgten sie einen restriktiveren Kurs, als sie ihn aus freien Stücken wohl gewählt hätten, obwohl viele von ihnen durchaus Anlaß hatten, auch aus eigenem Interesse Inflationsbekämpfung zu treiben. Nur wenige Länder konnten zeitweise von dieser Linie Abstand halten. Auch 1982 war das nicht anders.

Gegen die Marktbedingungen hatte die neue französische Regierung im vergangenen Jahr versucht, die Zinsen über eine reichlichere Geldversorgung zu senken. Doch schon im letzten Herbst wurde der Druck auf den Franken so groß, daß dieser Kurs nicht aufrechterhalten werden konnte (Ziffer 12). So mußte die Bank von Frankreich bereits im letzten Vierteljahr 1981 die Ausdehnung der Geldmenge einschränken und auch in diesem Jahr konnte ein expansiver Kurs nicht geführt werden.

Zu den wenigen Ländern, die aufgrund ihrer Konstitution über längere Zeit eine größere Zinsdifferenz zum Ausland aufrechtzuerhalten vermochten, gehörten Japan und die Schweiz. Der Bank von Japan war es, nachdem sie von 1979 bis Mitte 1980 einen deutlich restriktiven Kurs verfolgt hatte, im vergangenen Jahr gelungen, die Inflationsrate spürbar zu senken und die Zinsen niedrig zu halten. Doch die Abkopplung war selbst hier nur begrenzt möglich. Als der Yen Anfang 1982 rapide an Wert verlor, mußte auch Japan eine Verringerung der Zinsdifferenzen zum Ausland hinnehmen (Ziffer 8).

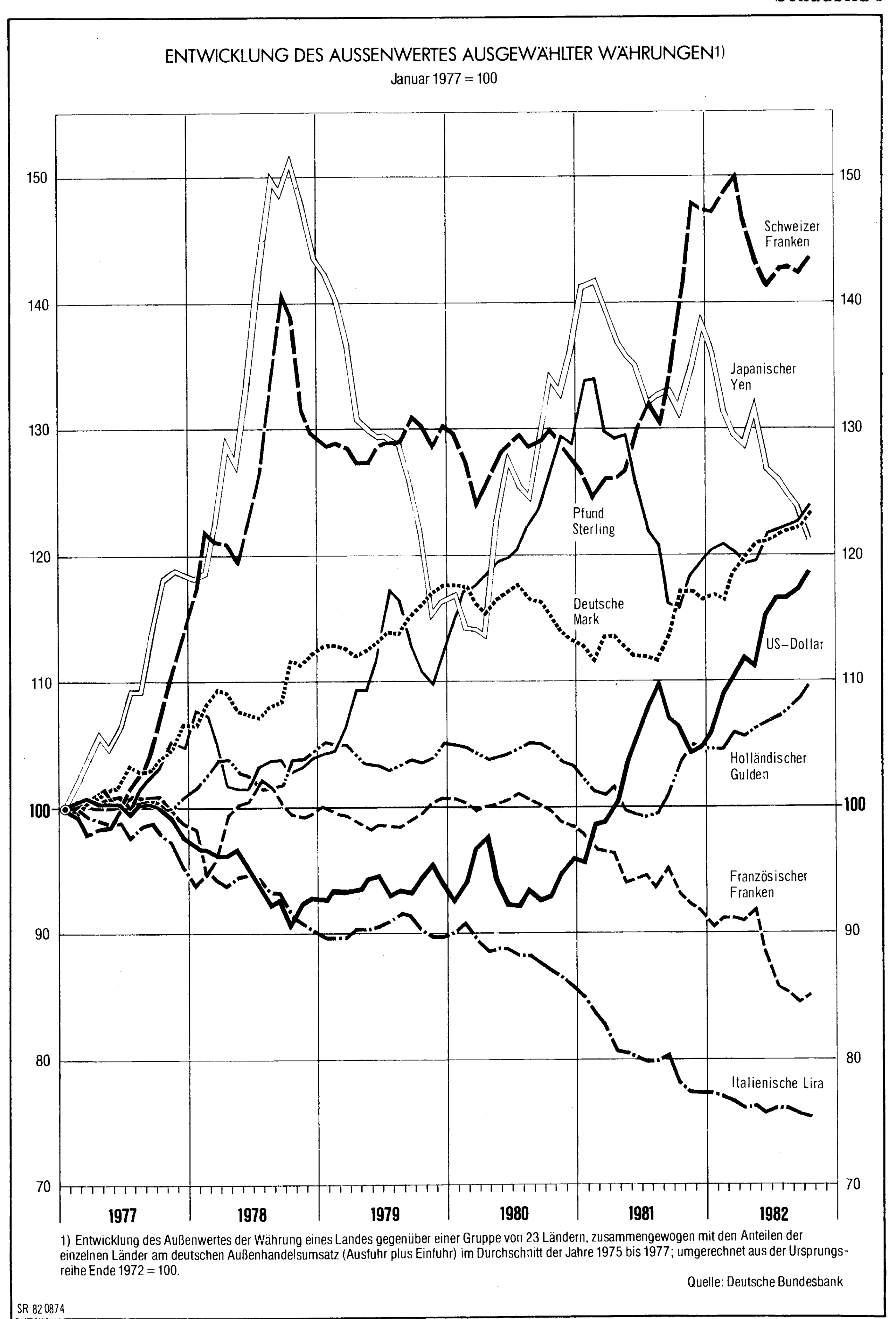
In der Schweiz konnte bis zum Frühjahr 1981 ein erheblicher Abstand zum internationalen Zinsniveau aufrechterhalten werden. Als dann im Zuge steigender Inflationsraten der geldpolitische Kurs verschärft wurde, zogen auch dort die Zinsen an, im wesentlichen aber nur die kurzfristigen Zinsen; bei den langfristigen Zinsen konnte eine deutliche Differenz zum Ausland gewahrt werden.

Insgesamt gesehen wären die Chancen für eine Abkopplung von dem hohen amerikanischen Zinsniveau für die einzelnen Länder größer gewesen, wenn ihre Konstitution nicht schon geschwächt gewesen wäre.

Dollarstärke dominiert Devisenmärkte

22. Die Aufwärtsbewegung des Dollar, die Ende 1980 begonnen hatte, setzte sich 1982 fort, nachdem diese Tendenz gegen Ende des letzten Jahres für einige Monate von einem Kursrückgang abgelöst worden war (Schaubild 3). Der gewogene Außenwert des Dollar lag in den ersten neun Monaten dieses Jahres um knapp 12 vH höher als vor Jahresfrist. Auch wenn man in Abzug bringt, daß die Preise in den Vereinigten Staaten weniger stiegen als im Durchschnitt der übrigen Länder, also real rechnet, bleibt eine beträchtliche Aufwertung; die reale Bewertung des Dollar ist inzwischen sogar etwas höher als zu Beginn der siebziger Jahre. Das Pfund Sterling hat gegenüber dem Vorjahr nominal knapp 6 vH an Wert verloren. Im Verlauf dieses Jahres konnte es sich allerdings wieder leicht befestigen. Bei einer Preisentwicklung, die der in den Partnerländern im Durchschnitt entsprach, fiel die reale Abwertung mit der nominalen dem Umfang nach zusammen. Der Außenwert des Yen lag im Durchschnitt der Monate Januar bis September 1982 um annähernd 3 vH unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums; die reale Bewertung ist stärker gesunken, da die Preissteigerungen in Japan deutlich hinter denen im Ausland zurückblieben. Im Vorjahresabstand des Yen-Kurses kommt der Kursrückgang im Verlauf dieses Jahres überdies nur unvollkommen zum Ausdruck. Über die vergangenen zehn

Schaubild 3



1) Entwicklung des Außenwertes der Währung eines Landes gegenüber einer Gruppe von 23 Ländern, zusammengewogen mit den Anteilen der einzelnen Länder am deutschen Außenhandelsumsatz (Ausfuhr plus Einfuhr) im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1977; umgerechnet aus der Ursprungsreihe Ende 1972 = 100.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 82 0874

Jahre gesehen hat der Yen, wenn man die relative Preisentwicklung berücksichtigt, im ganzen eine Abwertung erfahren.

23. Vielfach hatten die Wechselkursbewegungen der vergangenen Jahre wenig Kontakt zu der Entwicklung der Kaufkraftparitäten und der Leistungsbilanzen. Immerhin haben sie wohl die Anpassungsaufgaben erleichtert, vor allem die von Land zu Land unterschiedlichen Anpassungsaufgaben im Zusammenhang mit der Ölverteuerung; an stabilitätspolitischer Unabhängigkeit haben die meisten Länder freilich nicht so viel gewonnen, wie viele erwartet hatten. Eine positive Folge der amerikanischen Stabilisierungsanstrengungen könnte sein, daß die Stabilisierung des Binnenwertes der amerikanischen Währung eine Stabilisierung der Wechselkurse wahrscheinlicher macht.

IV. Protektionismus: Gefahren für den Welthandel

24. Protektionistische Tendenzen haben in der Einschätzung der weltwirtschaftlichen Lage eine immer größere Bedeutung gewonnen. Diejenigen Kräfte, die sich, auch im eigenen Interesse, für einen freien Welthandel einsetzen und von denen man sich wirksamen Widerstand gegen die Einführung neuer oder die Verfestigung alter protektionistischer Praktiken erhoffen könnte, sind gegenwärtig weit schwächer als während der Liberalisierungsphase der fünfziger und sechziger Jahre.

25. Auch in Europa greift der Protektionismus um sich. Der Stahlmarkt bietet im Jahre 1982 wie schon im Herbst des vergangenen Jahres keinen Anlaß zu Hoffnungen auf einen Abbau des Dirigismus und auf Lockerung der Beschränkungen für Importe aus Drittländern (JG 81 Ziffern 430 f.). Das Quotensystem für die europäischen Stahlhersteller ist erneut verlängert worden, die Regulierungen im Rahmen des Eurofer-Kartells wurden erweitert und perfektioniert.

Die europäische Stahlpolitik ist seit Inkrafttreten des sogenannten Stahlkrisenplans Gegenstand handelspolitischer Spannungen zwischen der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten gewesen. Im Juni 1982 tat das amerikanische Handelsministerium einen seit geraumer Zeit erwarteten Schritt: Es bestätigte die Vorwürfe heimischer Stahlproduzenten, wonach Stahlimporte aus Europa durch Subventionen wettbewerbswidrig verbilligt seien. Unter Berufung auf den Subventionskodex des GATT wurden daraufhin differenzierte Einfuhrabgaben in Höhe der jeweils ermittelten Subventionsmarge erhoben. Anfängliche Versuche von europäischer Seite, unter Hinweis auf den vorübergehenden Charakter der Stahlsubventionen die Berechtigung der amerikanischen Maßnahmen zu bestreiten, waren kaum geeignet, die Gegenseite zu überzeugen, schon deshalb nicht, weil die Strukturverbesserung in der europäischen Stahlindustrie eingestandenermaßen nur wenig vorangekommen ist.

Ende Oktober wurde der Streit durch ein Selbstbeschränkungsabkommen beigelegt, das für die Jahre 1982 bis 1985 eine Senkung des Anteils europäischer Importe am amerikanischen Stahlmarkt auf 5,7 vH festlegt; das ist eine Kürzung um rund ein Zehntel. Für die Exporte von elf Stahlsorten in die Vereinigten Staaten wurden entsprechende Vereinbarungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der amerikanischen Regierung geschlossen. Die Bundesregierung und die Stahlhersteller in der Bundesrepublik, die dem europäischen Stahlkrisenplan stets ablehnend gegenübergestanden hatten und denen in der amerikanischen Untersuchung nur geringfügige Wettbewerbsverstöße attestiert worden waren, konnten dabei Zugeständnisse hinsichtlich der Verteilung der Lasten aus der Selbstbeschränkung durchsetzen. Die Einigung stellt einen erneuten Rückschritt auf dem Weg zu einer marktwirtschaftlichen Lösung der Stahlprobleme dar. Allerdings scheint der „Frieden an der Stahlfront bis Ende 1985", der am 21. Oktober in Brüssel verkündet wurde, trügerisch. Einige amerikanische Unternehmen, darunter auch eine Tochtergesellschaft eines europäischen Stahlunternehmens, haben ihre Klagen auf Erhebung von Ausgleichszöllen für Walzdrahtlieferungen aus Frankreich nicht zurückgezogen. Daß der Rechtfertigungsgrund für die Klagen der amerikanischen Stahlindustrie, die massive Subventionierung der Unternehmen dieses Wirtschaftszweiges in Europa, bald beseitigt werden könnte, ist nicht zu erhoffen. Handelspolitisch wurde eine Gelegenheit vertan: Durch eine multilateral verbindliche Konkretisierung der Bestimmungen des GATT-Subventionskodex hätten die im Stahlkonflikt offenbar gewordenen handelspolitischen Grundfragen einer dauerhaften Lösung nähergebracht werden können. Die Folge der europäischen Subventionspolitik ist ein weiterer Verlust an Freiheit im Welthandel. Unmittelbar nach Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten begannen beide Seiten mit Vorbereitungen, Stahlimporte aus Drittländern weiter zu begrenzen.

26. Ähnlich entmutigend ist die Entwicklung auf dem Weltmarkt für Textilien, wo fast ausschließlich diejenigen Teile des geltenden Multifaserabkommens genutzt werden, die unter Hinweis auf die Gefahren einer sogenannten Marktzerrüttung eine Handhabe für Einfuhrrestriktionen bieten. Bereits 1980 hatten es die Industrieländer insgesamt durchgesetzt, daß der Marktanteil der Textil- und Bekleidungsimporte aus Entwicklungsländern auf etwa 28 vH begrenzt wurde. In diesem Jahr verfolgte die Europäische Gemeinschaft, ähnlich wie die Vereinigten Staaten, in den Neuverhandlungen mit den Textillieferländern noch restriktivere Ziele. So sollte in den bilateralen Verträgen durch sogenannte Springflutklauseln eine abrupte Einfuhrerhöhung selbst unterhalb der vereinbarten Kontingente ausgeschlossen werden. Unter der Führung der wichtigsten Lieferländer Hongkong, Südkorea und Macao, gegenüber denen Einfuhrquotenkürzungen um bis zu 12 vH vorgesehen waren, setzte eine Gruppe von Ländern, die zusammen zwei Drittel der europäischen Textilimporte liefern, den Verhandlungszie-

len der Gemeinschaft energischen Widerstand entgegen. Die EG-Kommission drohte daraufhin an, im Widerspruch zum Welttextilabkommen noch strengere einseitige Importbeschränkungen zu verhängen.

27. Nichttarifäre Handelshemmnisse behindern in zunehmendem Maße den Warenverkehr auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Diese Form des Protektionismus ist nicht zuletzt deshalb so gefährlich, weil sie schwer nachzuweisen ist. Regelungen auf nationaler und internationaler Ebene erlauben im einzelnen sehr differenzierte und im ganzen keineswegs unbedeutende Eingriffe in den Handel. Je komplizierter und uneinheitlicher die Vorschriften und administrativen Prozeduren im grenzüberschreitenden Warenverkehr sind, desto mehr Möglichkeiten zur Protektion bieten sie. Daß solche Regelungen mit sicherheitstechnischen oder gesundheitspolitischen Erwägungen begründet werden, ändert nichts daran, daß unter diesem Deckmantel nicht zuletzt die Neigung zur Protektion gedeiht.

28. Protektionismus breitet sich aus nicht nur in der Abwehr von Importen aus dem Ausland, sondern auch in der Begünstigung des Exports. Manche Länder verschaffen ihren Unternehmen erhebliche Wettbewerbsvorteile durch günstige Bedingungen bei der Exportfinanzierung, durch subventionierte Zinsen, Tilgungsstreckung, tilgungsfreie Jahre, durch Finanzierung eines Teils der Kosten aus der staatlichen Entwicklungshilfe. Mit der Exportfinanzierung sind vielfach Auflagen an die begünstigten Firmen verbunden, die die protektionistische Wirkung sichern sollen, sie oftmals aber noch verstärken. Eine Vergabe von Unteraufträgen an Firmen im Ausland wird durch die Bedingung erschwert oder ausgeschlossen, daß neunzig Prozent oder mehr des Auftrages im Inland gefertigt werden müssen. Auch bei der Exportversicherung gewähren andere Länder zum Teil erheblich bessere Konditionen, als sie in der Bundesrepublik erhältlich sind. Die Klagen der benachteiligten Unternehmen vor allem des Anlagenbaus über die Nachteile im internationalen Wettbewerb, die sie durch diese Form des Protektionismus erleiden, werden lauter, weil die Möglichkeiten, derartige Wettbewerbsnachteile im internationalen Firmenverbund auszugleichen, administrativ immer mehr beschnitten werden. Der OECD-Konsensus über öffentlich unterstützte Exportkredite hat in der Vergangenheit kaum Schutz vor solchem Protektionismus geboten. Eine neue Regelung trat am 6. Juli 1982 in Kraft. Danach verpflichten sich die Länder in der OECD, bei Mindestzinsen und Laufzeiten keine Abweichungen von den Regeln mehr vorzunehmen. Bei der Mischfinanzierung von Projekten soll mehr Disziplin erzwungen werden.

29. Eine gemeinsame Grundtendenz der vielen gegenwärtig zu beobachtenden Formen eines verschärften Protektionismus ist die zunehmende Verbundenheit von wirtschaftspolitischen Aktionen und Reaktionen. Vielfach ist bereits die bloße Befürchtung, im internationalen Wettbewerb einen Nachteil hinnehmen zu müssen, ein hinreichender Anlaß, protektionistische Maßnahmen zu ergreifen. Ist der Wettlauf des Protektionismus einmal im Gange, so fällt es nicht schwer, das eigene Vorgehen als Ausgleich für eine vorausgegangene Verschärfung der Protektion von seiten anderer Länder darzustellen. Auf diese Weise bieten selbst Maßnahmen, die mit Protektion wenig zu tun haben — wie etwa Maßnahmen auf dem Gebiet der Forschungsförderung — einen Vorwand für Gegenmaßnahmen. Auf die tatsächliche Protektionswirkung kommt es dabei kaum an, noch weniger auf die Motive.

All dies trifft in der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage in besonderem Maße zu: Aus einem in normalen Zeiten für das Funktionieren des Welthandelssystems durchaus nützlichen Argwohn in handelspolitischen Fragen ist unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Probleme in den einzelnen Ländern eine fatale Neigung zur Überreaktion geworden.

Mit dieser Tendenz geht ein Ausbau des protektionistischen Instrumentariums einher. Die traditionellen Schutzzölle — von manchen heute aufgrund ihrer Kompatibilität mit dem Preismechanismus und wegen der in der Regel besseren politischen Kontrolle als das kleinere Übel angesehen — haben ihre Bedeutung weitgehend verloren. Quantitative und andere nichttarifäre Handelsbeschränkungen ermöglichen eine gezieltere Steuerung — um den Preis einer weiteren Außerkraftsetzung des Marktmechanismus.

30. Mögen protektionistische Maßnahmen und Gegenmaßnahmen auch wechselseitig bedingt sein, so sind doch die Ursachen des zunehmenden Protektionismus letztlich auf der Ebene der einzelnen Staaten zu suchen. Stellt man bei der Erklärung die Anpassungslasten in den Vordergrund, die die Ölpreisentwicklung den Industrieländern — und nicht nur ihnen — aufgebürdet hat, so könnte mittelfristig mit einem Abbau von Protektionismus gerechnet werden. Wahrscheinlicher ist freilich, daß auch andere, dauerhaftere Faktoren eine Rolle spielen: Die Ölpreisschocks trafen die Industrieländer in einer Phase, in der ohnehin die unbewältigten Strukturanpassungen zu einem Problem geworden waren. Die Zukunft des freien Welthandels hängt also auch davon ab, daß die einzelnen Länder schon aus wohlverstandenem Eigeninteresse wirtschaftspolitische Regelungen, die ihre Flexibilität mindern, als nicht mehr tragbar ansehen und abbauen, und daß sie darauf verzichten, mit Hilfe von mehr Protektionismus die notwendigen Anpassungen weiter aufzuschieben.

31. Im Gefüge der internationalen Arbeitsteilung sind gegenwärtig größere Verschiebungen angelegt, da die sogenannten Schwellenländer in nächster Zeit verstärkt als Anbieter industrieller Fertigerzeugnisse an den Weltmärkten auftreten werden. Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung geraten in einer solchen Situation, in der das Angebot aus den Schwellenländern noch auf vergleichbare Angebote aus den Industrieländern trifft, leicht aus

dem Blick. Erschwerend kommt hinzu, daß zunehmende weltpolitische Spannungen die Nutzung dieser Vorteile aus der Sicht der einzelnen Volkswirtschaften riskanter erscheinen lassen und Ängste vor übermäßiger Abhängigkeit vom Ausland wiederbeleben können. Die vom Protektionismus Begünstigten werden diese Ängste zu nutzen wissen. Die weltweite Wachstumsschwäche hat dazu beigetragen, daß sich die Neigung zum Protektionismus allenthalben verstärkte. Ein Fortbestehen dieser Neigung würde sich jedoch bald selbst als wesentlicher Faktor für ein Andauern der Wachstumsschwäche erweisen. Wenn das wirtschaftliche Wachstum langfristig gesichert und die weltwirtschaftlichen Anpassungslasten dauerhaft bewältigt werden sollen, gibt es keine Alternative zum Freihandel. Es kommt darauf an zu verhindern, daß einzelstaatliches Streben nach kurzfristigen Vorteilen und nach Wahrung von Besitzständen die Weltwirtschaft schließlich in ein Gestrüpp von Protektionismus führt und darin gefangenhält.

V. Europäische Gemeinschaft: Keine neuen Perspektiven

32. In der Europäischen Gemeinschaft gab es auch in diesem Jahr keine neuen Initiativen, die die gemeinschaftliche Politik aus der in vieler Hinsicht verfahrenen Situation hätten herausführen können. Die an sich erfreuliche Tatsache, daß die Agrarausgaben der Gemeinschaft nur vergleichsweise langsam stiegen, verringerte den Druck, die EG-Agrarpolitik grundlegend zu ändern, und führte dazu, daß die Reform erneut vertagt wurde. Für die Aufgabe, das Finanzierungssystem der Gemeinschaft so zu ändern, daß nicht von Jahr zu Jahr neue Spannungen zwischen den Mitgliedsländern entstehen, wurde keine Lösung gefunden. Die ursprünglichen Planungen für eine Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems wurden in dieser für den Fortgang der europäischen Integration insgesamt schwierigen Phase und angesichts wachsender währungspolitischer Spannungen in Europa nicht weiterverfolgt.

Haushalt: Umstrittene Prioritäten

33. Der Gesamthaushaltsplan der Gemeinschaften sieht für das Jahr 1982 ein Volumen von 22 Mrd ECU (54 Mrd DM) vor, das sind rund 19 vH mehr als die Ausgaben im Haushalt 1981. Hohe Steigerungsraten weisen die Ausgaben für die Regionalpolitik (+ 51 vH), über die ein Großteil der Großbritannien zugestandenen Entlastungen aus dem Haushalt 1981 abgewickelt wurden, und für die Sozialpolitik (+ 41 vH) auf. Diese beiden Bereiche beanspruchen inzwischen 18 vH der Ausgaben des EG-Haushalts. Die Ausgabenansätze für die gemeinsame Agrarpolitik, die mit einem Ausgabenanteil von 66 vH nach wie vor den EG-Haushalt dominiert, übersteigen die Vorjahresausgaben um 19 vH. Allerdings hat sich im Haushaltsvollzug abgezeichnet, daß trotz zusätzlicher Belastungen durch die Agrarpreisbeschlüsse des Ministerrats für das Wirtschaftsjahr 1982/83 die Ansätze für die Marktordnungsausgaben — vorwiegend aufgrund geringerer Exporterstattungen, die durch die Entwicklung der Weltmarktpreise und die anhaltende Aufwertung des Dollar bedingt waren — nicht ausgeschöpft werden. Eine Einigung darüber, wie diese Einsparungen in einem Nachtragshaushalt berücksichtigt werden sollen, ist bisher nicht erzielt worden.

Anders als im letzten Jahr, als solche Minderausgaben über Kürzungen des Haushaltsvolumens und Erstattungen an die Mitgliedstaaten zur Entlastung der nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten beigetragen hatten, schlug die Kommission diesmal vor, diese Mittel in andere Aufgabenbereiche umzuleiten, vornehmlich in den Sozialfonds. Damit kam sie den Vorstellungen des Europäischen Parlaments entgegen; im Ministerrat wurde diesem Vorschlag aber mehrheitlich widersprochen. Zum einen stand der Vorschlag im Gegensatz zu den Bestrebungen um eine Haushaltskonsolidierung, zum anderen hätte ein solches Verfahren den Handlungsspielraum des Europäischen Parlaments erweitert, um den seit Jahren zwischen Ministerrat und Parlament, die nach den EG-Vertragsbestimmungen das Haushaltsbewilligungsrecht gemeinsam ausüben, heftig gestritten wird. Der Ministerrat nutzte die Chance, diese Ausgabeneinsparungen für die Beilegung des immer noch schwelenden Streites zu verwenden, der um die Beitragsentlastung Großbritanniens für das Jahr 1982 geführt wurde.

34. Zwar hatte der Ministerrat sich nach langwierigen, zähen Verhandlungen bereits im Mai 1982 darauf geeinigt, Großbritannien eine Entlastung seiner Nettofinanzierungsbeiträge zum EG-Haushalt 1982 um 850 Mio ECU zuzugestehen. Diese Entlastung sollte von den anderen Partnerländern aufgebracht werden, wobei die Bundesrepublik angesichts ihrer ausgeprägten Nettozahlerposition nur unterproportional beteiligt werden sollte. Um die konkrete Aufteilung der Entlastung auf die einzelnen Länder wurde bis in den Herbst hinein gestritten, und erst mit der vorzeitigen Abwicklung der Erstattung an Großbritannien bereits 1982 konnte eine Einigung über diesen Punkt erzielt werden. Eine längerfristige Lösung des britischen Beitragsproblems, die noch vor Ende dieses Jahres ausgehandelt werden sollte, ist noch nicht in Sicht.

35. Anders als noch vor wenigen Jahren von der EG-Kommission in den mittelfristigen Perspektiven zum gemeinsamen Haushalt aufgezeigt, konnte das Haushaltsvolumen 1982 finanziert werden, ohne daß die der Gemeinschaft vertraglich zugesicherten Eigenmittel — Zölle, Abschöpfungen, Produktionsabgaben und Mehrwertsteuereinnahmen bis zu maximal 1 vH einer einheitlichen Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer in den einzelnen Ländern —

voll ausgeschöpft werden mußten. Nach dem vom Ministerrat vorgelegten Entwurf des EG-Haushaltsplans 1983 wird der Rahmen für die Mehrwertsteuereinnahmen sogar nur zu 74 vH — im Jahre 1982 waren es 92 vH — ausgeschöpft. Mit einem Volumen von 21,1 Mrd ECU liegen die Mittelansätze für das Jahr 1983 unter denen des laufenden Jahres. Allerdings hat das Europäische Parlament in erster Lesung ein etwas höheres und — wie jedes Jahr — ein in der Struktur von dem Ratsentwurf stark abweichendes EG-Budget für 1983 verabschiedet; es zeichnet sich aber auch nach den Beratungen im Parlament eine deutliche Abschwächung im Ausgabenanstieg ab. Dies gilt auch dann, wenn man berücksichtigt, daß in den Ansätzen für 1983 noch keine Budgetentlastung für Großbritannien enthalten ist, während in diesem Jahr Entlastungszahlungen sowohl für 1981 als auch für 1982 vorgenommen werden. Man muß aber sehen, daß der Haushaltsplan 1983 beträchtliche Risiken bezüglich der Agrarausgaben enthält. Die überdurchschnittlich gute Ernte in den Ländern der Gemeinschaft und Preissenkungstendenzen auf den Weltagrarmärkten können dazu führen, daß die Haushaltsansätze für die Marktordnungsausgaben schon bald beträchtlich überschritten werden.

36. Die Verringerung des Anstiegs bei den EG-Marktordnungsausgaben hat den Druck auf eine grundlegende Reform der EG-Agrarpolitik deutlich vermindert. Zwar zogen sich in diesem Jahr die Agrarpreisverhandlungen lange hin, weil Großbritannien seine Zustimmung zu den Preisbeschlüssen davon abhängig machte, daß zuvor eine befriedigende Regelung bezüglich der britischen Beitragsentlastung gefunden werden würde, doch dann einigte man sich im Ministerrat auf Preisanhebungen in Höhe von durchschnittlich 10,4 vH, die kaum in Einklang mit der von der EG-Kommission selbst geforderten stärkeren Marktorientierung der Agrarpreispolitik zu bringen sind. Durch eine gleichzeitige Neufestsetzung der sogenannten Grünen Paritäten und der nationalen Währungsausgleichsbeträge ergaben sich für die aufwertenden Länder Bundesrepublik (– 2,9 vH) und die Niederlande (– 2,0 vH) niedrigere Preisanhebungen in nationaler Währung, für die abwertenden Länder Frankreich (+ 1,8 vH), Belgien/Luxemburg (+ 5,6 vH), Dänemark (weitere + 1,5 vH nach + 1,8 vH Anfang April) und Griechenland (+ 3,8 vH) ein höherer Preisanstieg. In Landeswährungen gemessen wird die durchschnittliche Anhebung der EG-Agrarpreise von der Kommission mit 12,2 vH beziffert. Gleichzeitig wurde die sogenannte Erzeugermitverantwortung ausgebaut, bei der letztlich doch der Verbraucher die Kosten der Überschußverwertung trägt (JG 80 Ziffern 457 f.). Über die Märkte für Zucker und Milch hinaus sind nun auch Getreide, Raps und Tomatenerzeugnisse in das System der Erzeugermitverantwortung einbezogen. Bei Überschreiten von genau festgesetzten Produktionsschwellen sollen bei Getreide und Raps die Interventionspreise für das folgende Jahr um einen nach der Überschußproduktion gestaffelten Prozentsatz gesenkt werden; bei Tomatenerzeugnissen sollen „geeignete Maßnahmen" ergriffen werden.

Europäisches Währungssystem im Zeichen häufigerer Leitkursänderungen

37. Die Währungssituation in Europa hat im Jahre 1982 wiederholt Leitkursanpassungen notwendig gemacht. Die mit den Leistungsbilanzdefiziten der Bundesrepublik einhergehende Phase der D-Mark-Schwäche, die wesentlich zu dem zeitweise spannungsarmen Funktionieren des Europäischen Währungssystems beigetragen hatte, ging im Frühjahr 1981 zu Ende. Nach der umfassenden Neufestsetzung der Leitkurse vom Oktober 1981 wurden im Februar dieses Jahres die Dänische Krone um 3 vH und der Belgische Franken um 8 vH abgewertet. Die belgische Währung fiel dennoch binnen weniger Wochen wieder in eine Position der Schwäche zurück. Zugleich gewann die D-Mark nun schnell an Stärke. Auch umfängliche Interventionen der Länder mit schwachen Währungen konnten nicht verhindern, daß sich mehr und mehr die Erwartung einer weiteren Paritätenänderung, insbesondere einer Abwertung des Französischen Franken herausbildete. Am 14. Juni 1982 beschlossen die Regierungen der Teilnehmerländer eine erneute Leitkursänderung. Deutsche Mark und Holländischer Gulden wurden gemeinsam gegenüber dem Französischen Franken um 10 vH, gegenüber der Lira um 7 vH und gegenüber den übrigen Währungen um 4 1/4 vH aufgewertet (Tabelle 6). Wie schon zuvor bei der Abwertung des Belgischen Franken war die Abwertung des Französischen Franken mit der Zusage verstärkter interner Stabilisierungsbemühungen verknüpft. Nach diesen kräftigen Verschiebungen lösten sich die beiden aufgewerteten Währungen zunächst langsam, ab September dann beschleunigt vom unteren Rand ihres jeweiligen Kursbandes. Mitte September brachten ein Regierungswechsel in Dänemark und in den Niederlanden sowie neuerliche Abwertungserwartungen bezüglich des Französischen Franken abermals Unruhe in das Kursgefüge.

38. Die Unterschiede im Inflationstempo in den Teilnehmerländern blieben eine beständige Quelle neuen Anpassungsbedarfs. Seit dem Jahre 1979 hat sich die durchschnittliche Inflationsrate der EWS-Länder um gut 2 Prozentpunkte erhöht, die Streuung der Inflationsraten blieb nahezu gleich. Gemessen an den Leitkursen gegenüber dem ECU ist die D-Mark heute fast 8 vH mehr wert als zur Zeit der Gründung des Systems, während die Währungen Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs, Italiens und Dänemarks zwischen 12 vH und 15 vH ihres ursprünglichen Wertes verloren haben (Tabelle 5). Der überwiegende Teil dieser Verschiebungen ist eine Folge der Leitkursänderungen in der kurzen Zeit seit Oktober 1981, in der nicht mehr die D-Mark, sondern die stärker inflationierenden Währungen durch Leistungsbilanzdefizite und Haushaltsprobleme zusätzlich geschwächt wurden. Die Stellung des Französischen Franken im EWS ist derart belastet, daß trotz der inzwischen vorgenommenen Korrekturen am Kurs der Wirtschaftspolitik die Zweifel darüber nicht verstummen wollen, ob Frankreich weiterhin am Währungsverbund teilnehmen wird.

39. Die bisherige Erfahrung wird diejenigen enttäuschen, die sich vom Währungsverbund eine An-

Tabelle 5

Zum Europäischen Währungssystem

Währung / Zeitpunkt	Deutsche Mark	Französischer Franken	Holländischer Gulden	Belgischer und Luxemburgischer Franken	Italienische Lira	Dänische Krone	Irisches Pfund	Pfund Sterling[1])
Fester Betrag im ECU-Korb (Währungseinheiten)	0,828	1,15	0,286	3,66 0,14	109,00	0,217	0,00759	0,0885
ECU-Leitkurs ab 14. Juni 1982 (1 ECU = ... Währungseinheiten)	2,33379	6,61387	2,57971	44,9704	1 350,27	8,23400	0,691011	0,560453
Gewicht im ECU-Korb[2]) in vH	35,5	17,4	11,1	8,5	8,1	2,6	1,1	15,8
Abweichungsschwelle (= 75 vH der maximalen Abweichung) in vH	±1,9	±1,39	±1,50	±1,54	±4,14[a])	±1,64	±1,67	(±1,42)
Änderungen der ECU-Leitkurse[3])								
1979 24. September	+1,01	− 0,97	−0,97	− 0,97	− 0,97	− 3,80	−0,97	+ 2,07
30. November	+0,14	+ 0,14	+0,14	+ 0,14	+ 0,14	− 4,63	+0,14	+ 0,14
1981 23. März	−2,47	− 2,47	−2,47	− 2,57	− 8,32	− 2,47	−2,47	+19,70
5. Oktober	+5,61	− 2,90	+5,61	+ 0,10	− 2,90	+ 0,10	+0,10	− 9,80
1982 22. Februar	−0,34	− 0,34	−0,34	− 8,81	− 0,34	− 3,33	−0,34	+ 7,90
14. Juni	+3,61	− 6,32	+3,61	− 0,61	− 3,34	− 0,61	−0,61	− 0,61
Insgesamt seit 13. März 1979[4])	+7,58	−12,33	+5,47	−12,26	−14,97	−13,94	−4,11	+18,34
Abweichungsindikator[5])								
1979 13. März[4])	−14	+ 8	+ 8	−46	+ 6	+32	+14	+ 20
31. Dezember	−23	+51	+ 5	−65	+ 1	+ 4	−16	+ 16
1980 31. Dezember	−45	+62	+48	−59	−49	+26	−27	+793
1981 30. Oktober	−65	+51	−33	− 3	+ 1	+40	−22	+126
30. November	−59	+35	+ 8	−18	−19	+52	− 2	+308
31. Dezember	−32	+28	+11	−72	− 3	+26	+27	+299
1982 29. Januar	−24	+17	+15	−59	−10	−14	−27	+338
26. Februar	−20	+13	+21	+22	+ 3	+42	− 2	− 22
31. März	+48	−17	+18	−66	−14	− 4	−36	− 12
30. April	+78	−37	+34	−52	−26	+17	−34	−126
28. Mai	+75	−35	+48	−55	−25	+20	−28	−106
30. Juni	−74	+57	−55	+ 3	+31	+39	+41	+ 79
30. Juli	−70	+44	−47	+ 1	+37	+26	+33	+ 68
31. August	−62	− 1	+ 4	−16	+30	+ 8	+41	+104
30. September	−39	− 8	+27	−58	+36	+15	+16	+101
29. Oktober	−42	−17	+58	−47	+ 3	− 8	+10	+120

[1]) Nimmt am Wechselkursverbund des EWS nicht teil.
[2]) Berechnet aufgrund des jeweiligen ECU-Leitkurses.
[3]) Aufwertung (+), Abwertung (−) in vH. Für das Pfund Sterling läßt sich ein fiktiver ECU-Leitkurs berechnen.
[4]) Beginn des EWS.
[5]) Abweichung des ECU-Tageswertes vom ECU-Leitkurs der jeweiligen Währung in vH der maximalen Abweichung.
Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach oben: +.
Abweichung der Landeswährung gegenüber dem ECU nach unten: −.
Falls die italienische Lira oder das Pfund Sterling um mehr als 2,25 vH von mindestens einer der anderen Währungen abweichen, wird der bereinigte Indikatorwert ausgewiesen. Eine Korrektur des Indikators für die italienische Lira erfolgt nur, wenn das Pfund Sterling um mehr als 6 vH (erweiterte Bandbreite der italienischen Lira) von der Lira abweicht. Der Indikatorwert für das Pfund Sterling hat nur nachrichtliche Bedeutung.
a) Auf Grundlage einer Bandbreite von 6 vH.

Quelle: Deutsche Bundesbank

näherung an ein System fester Wechselkurse erhofft hatten. Eine Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung bei niedrigeren Inflationsraten in den Teilnehmerländern, die Voraussetzungen für stabile Wechselkurse wäre, wenn daraus nicht ein Inflationsverbund werden soll, ist nicht abzusehen. Weit entfernt ist man von Bedingungen, die den Eintritt in die zweite Phase des Systems erlauben würden, der nach der ursprünglichen Planung längst überfällig wäre.

Der Währungsverbund hat gleichwohl vorteilhafte Wirkungen gehabt, die nicht unter dem Eindruck der Enttäuschung höhergespannter Erwartungen geringgeschätzt werden sollten. So waren die Wechselkursschwankungen innerhalb des Verbundes weitaus geringer als gegenüber wichtigen Drittwährungen. Von Kursschwankungen der Größenordnung, wie sie die Dollarkurse in den letzten Jahren bestimmten, sind die Währungen des EWS weit entfernt, und spekulative Kursbewegungen hielten sich in unerwartet engen Grenzen. Allerdings haben einige Teilnehmerländer zur Verteidigung der Währungsparitäten immer wieder auch Zuflucht zu Beschränkungen des Devisenverkehrs genommen und so die internationalen Kapitalbewegungen behindert. Umstritten ist, ob die Bindung an die schwachen EWS-Währungen mit verhindert hat, daß die D-Mark sich gegenüber dem Dollar erholte, und damit dazu beigetragen hat, daß der geldpolitische Spielraum der Deutschen Bundesbank eng blieb.

Tabelle 6

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1981	
29. Oktober	Die OPEC-Staaten beschließen, daß bei der Preisfestsetzung für die Vertrags-Rohöle ein Basispreis von 34 US-$ je barrel zugrunde gelegt wird. Qualitätsunterschiede dürfen sich nurmehr bis zu einem Maximum von 40 US-$ je barrel auswirken. Gleichzeitig wurde beschlossen, vor Ende 1982 keine weiteren Preisanpassungen mehr vorzunehmen.
1982	
21. März	Die Mitglieder der OPEC beschließen, die Produktionsbeschränkung bei 18 Millionen barrel je Tag und den Preis für schweres Rohöl bei 34 US-$ je barrel zu belassen. Später wird die Produktionsbeschränkung auf 17,5 Millionen barrel je Tag festgesetzt.
6. Juni	Am Rande des Gipfeltreffens von Versailles beschließen die Finanzminister der Vereinigten Staaten, Kanadas, Japans, der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, welche die Möglichkeiten einer abgestimmten Politik hinsichtlich Devisenmarktinterventionen prüfen soll.
6. Juli	Die Mitgliedsländer der OECD beschließen, die Vereinbarung über Exportkredite bis 1. Mai 1983 zu verlängern. Dabei wird unter anderem der Mindestzins für die „relativ reichen" Länder von 11,25 % auf 12,4 %, für die „mittleren" Länder von 11 % auf 11,35 % angehoben; für die „relativ armen" Länder bleibt er unverändert bei 10 %.
	Europäische Gemeinschaften
1981	
5. Oktober	Im Zuge einer allgemeinen Leitkursanpassung werden die D-Mark und der Gulden um 5,5 vH aufgewertet und der französische Franken und die Lira um 3 vH abgewertet.
1982	
21. Februar	Im Rahmen einer allgemeinen Leitkursanpassung werden der belgische Franken um $8^1/_2$ vH und die dänische Krone um 3 vH gegenüber allen anderen am EWS beteiligten Währungen abgewertet.
12. Juni	Die Finanzminister und Zentralbankgouverneure der Europäischen Gemeinschaft kommen überein, eine weitere Leitkursanpassung vorzunehmen. Gegenüber der D-Mark und dem Gulden werden der französische Franken um 10 vH, die Lira um 7 vH sowie die dänische Krone, der belgische Franken und das irische Pfund um 4,25 vH abgewertet.

noch Tabelle 6

Datum	
	Belgien
1982	
7. Januar	Die belgische Nationalbank senkt den Diskontsatz von 15% auf 14%.
3. Februar	Die Regierung beschließt, die Mehrwertsteuer im Wohnungsbau vom 1. März 1982 bis Ende 1983 von 17 vH auf 6 vH zu senken sowie Steuererleichterungen für den Kauf von Grundstükken zu gewähren.
21. Februar	Die Regierung sieht Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie vor. Neben einer 8,5prozentigen Abwertung des belgischen Franken gegenüber den Währungen im EWS werden eine vierteljährliche Preiskontrolle, die vorübergehende Aufhebung der Lohnindexierung (mit Ausnahme des Mindestlohns) sowie eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 48 vH auf 45 vH und Steuererleichterungen für Investoren beschlossen.
4. März	Die belgische Nationalbank senkt den Diskontsatz auf 13%.
19. März	Die Regierung beschließt Maßnahmen zur Verringerung des Defizits der Sozialversicherungen. Vorgesehen sind für 1982 Beitragserhöhungen, Ausgabenkürzungen um 20,5 Mrd Franken sowie eine Auflösung bestehender Reserven um 10 Mrd Franken und eine Staatsanleihe in Höhe von 2 Mrd Franken.
1. April	Die neue Regierung legt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1982 vor. Danach sollen die laufenden Ausgaben um 9,5 vH steigen. Das Finanzierungsdefizit wird auf 10,5 vH (1981: 13 vH) des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
8. April	Die belgische Nationalbank erhöht den Diskontsatz auf 14%.
28. Mai	Die am 21. Februar beschlossenen Preiskontrollen werden modifiziert und bis zum Jahresende verlängert.
29. Juli	Die belgische Nationalbank senkt den Diskontsatz auf 13,5%.
2. August	Die Regierung billigt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1983. Danach sollen die Ausgaben um 7,5 vH zunehmen. Das Finanzierungsdefizit wird auf 10,5 vH (1982: etwa 11,5 vH) des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
	Dänemark
1981	
8. Oktober	Die Regierung legt den revidierten Budgetentwurf für 1982 vor. Danach sind Ausgabenzuwächse von 13,9 vH gegenüber 1981 vorgesehen. Für die Steuereinnahmen wird ein Anstieg von 10,7 vH angesetzt. Die staatliche Kreditaufnahme soll 10 vH des Bruttosozialprodukts betragen.
1982	
21. Februar	Die Leitkurs der Krone wird gegenüber dem ECU um 3,3 vH abgewertet.
4. Juni	Das Parlament billigt das von der Regierung im März eingebrachte Beschäftigungsprogramm, das Ausgaben in Höhe von 2,3 Mrd Kronen vorsieht. Zur Finanzierung werden verschiedene Verbrauchsteuern angehoben.
12. Juni	Im Zuge der allgemeinen Leitkursanpassung wird die Krone um 0,6 vH abgewertet.
16. August	Die Regierung legt den Budgetentwurf für 1983 vor. Danach sind Ausgabensteigerungen von 17,9 vH vorgesehen. Das Finanzierungsdefizit wird auf 14 vH (1982: etwa 12 vH) des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
1. September	Die Regierung legt dem Parlament ein Sparprogramm vor, das für 1983 Ausgabenkürzungen von 6 Mrd Kronen vorsieht. Sie erhält keine Mehrheit für dieses Programm und tritt am 3. September zurück.
15. Oktober	Die neue Regierung beschließt einen allgemeinen Lohnstopp bis zum 1. März 1983 und die Aufhebung der automatischen Lohnindexierung. Darüber hinaus sollen die Gehälter im öffentlichen Dienst im Jahre 1983 lediglich um 4 vH erhöht werden.

noch Tabelle 6

Datum	
	Frankreich
1981	
30. September	Das französische Kabinett billigt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1982. Er sieht eine Zunahme der Ausgaben um 27,6 vH und einen Anstieg der Einnahmen um 19 vH vor. Das gesamte Defizit soll 95,4 Mrd Franken betragen. Dem Entwurf wird eine Zunahme des Bruttosozialprodukts um 3,3 vH und eine Preissteigerungsrate von 12,9 vH zugrunde gelegt.
5. Oktober	Der Leitkurs des Franken wird gegenüber dem ECU um 2,9 vH abgewertet.
27. Oktober	Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf, der die Verstaatlichung von fünf Industriegruppen und 36 Banken vorsieht, ist von der Abgeordnetenkammer verabschiedet worden.
1982	
13. Januar	Die Regierung nimmt die erste Sozialverordnung an. Mit Wirkung vom 1. Februar 1982 soll die wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden auf 39 Stunden bei vollem Lohnausgleich gekürzt und die bezahlten Urlaubstage von 4 auf 5 Wochen ausgedehnt werden.
13. Februar	Das Verstaatlichungsgesetz tritt in Kraft, nachdem die vom Verfassungsrat auferlegten Änderungen, die sich vor allem auf die Bewertung der Bankenaktien bezogen, vorgenommen worden sind.
25. März	Die Regierung verschärft die Devisenkontrollen. Exporteure werden verpflichtet, ihre Deviseneinnahmen binnen zweier Wochen an ihre französischen Banken abzuführen. Investitionen im Ausland, die mehr als 1 Mio Franken betragen, müssen künftig voll (bisher zu drei Vierteln) in der jeweiligen Währung finanziert werden.
	Die Regierung billigt einen Entwurf, der vorsieht, mit Wirkung vom 1. April 1983 das Rentenalter für diejenigen Arbeitnehmer, die mindestens 37,5 Jahre Sozialversicherungsbeiträge geleistet haben, von 65 auf 60 Jahre herabzusetzen. Darüber hinaus sollen im öffentlichen Dienst Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit (Halbzeitarbeit oder Viertagewoche) angeboten werden.
21. April	Die Regierung nimmt einen Gesetzentwurf über Familienpolitik an. Danach sollen Familienzulagen erhöht, die Einkommensobergrenze für den Familieneinkommensausgleich angehoben und einige Renten aufgebessert werden. Die Kosten werden für 1982 auf 4 Mrd Franken veranschlagt.
12. Mai	Die Regierung nimmt den Entwurf eines Nachtragshaushalts für 1982 an. Er umfaßt Ausgaben von 11,9 Mrd Franken, die vor allem den privaten Unternehmen zugute kommen sollen. Die Einnahmen setzen sich überwiegend aus der Anhebung des Standardsatzes der Mehrwertsteuer von 17,6 vH auf 18,6 vH und einer Steuererhöhung für Finanzinstitute zusammen.
12. Juni	Der Leitkurs des Franken wird gegenüber dem ECU um 4,75 vH abgewertet.
26. Oktober	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1983 vor. Danach sollen die Ausgaben um 11,8 vH zunehmen. Das Defizit wird auf 3 vH des Bruttoinlandsprodukts veranschlagt.
	Griechenland
1982	
9. März	Die Regierung legt dem Parlament den Haushaltsentwurf für das Jahr 1982 vor. Danach sollen die Ausgaben um 35 vH und die Einnahmen um 58,5 vH steigen. Das Defizit soll auf 9 vH des Bruttoinlandsprodukts zurückgeführt werden.
	Großbritannien
1982	
9. März	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 1982/83 vor. Die Ausgaben sollen gegenüber den revidierten Schätzungen für das Haushaltsjahr 1981/82 um 9,5 vH angehoben werden. Der Finanzierungsbedarf wird auf 3,5 vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt, gegenüber 4,25 vH im Haushaltsjahr 1981/82.
9. Juni	Die Regierung beschließt Steuererleichterungen für die Ölförderungsindustrie in Höhe von 55 Mio Pfund für die Haushaltsjahre 1982 und 1983.
21. Juni	Die Regierung erweitert das im Haushaltsjahr 1981/82 beschlossene Programm zur Arbeitsplatzbeschaffung für arbeitslose Jugendliche.
28. Oktober	Die Regierung billigt den Entwurf für ein zweites Gewerkschaftsgesetz.

noch Tabelle 6

Datum	
	Italien
1982	
19. April	Die Regierung verschärft die Devisenkontrollen. Unter anderem dürfen Importeure künftig die Devisen nurmehr 15 Tage im voraus kaufen.
1. Juni	Die Arbeitgeberverbände kündigen einseitig mit Wirkung vom Januar 1983 den 1975 mit den Gewerkschaften geschlossenen Vertrag über die Lohnindexierung.
12. Juni	Der Leitkurs der Lira wird gegenüber den ECU um 2,75 vH abgewertet.
31. Juli	Die Regierung bringt ein Programm ein, das das Defizit der öffentlichen Haushalte 1982 auf 60 000 Mrd Lire beschränken soll. Vorgesehen sind eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei bis drei Prozentpunkte, eine Anhebung des Steuersatzes auf Unternehmensgewinne und höhere Benzinsteuern. Der für 1983 vorgelegte Haushaltsentwurf sieht keine realen Ausgabenerhöhungen vor. Das Defizit der öffentlichen Haushalte soll auf 11 vH des Bruttosozialprodukts beschränkt werden. Am 7. August tritt die Regierung zurück, nachdem das Parlament das Sparprogramm für 1982 und den Haushaltsentwurf für 1983 nicht gebilligt hat.
10. November	Die Regierung verschärft die Devisenkontrollen. Unter anderem müssen Exporteure, die Waren im Wert von über 5 Mio Lire ausführen, jetzt 70 vH der voraussichtlichen Bezahlung in ausländischer Valuta bei italienischen Banken halten.
	Japan
1982	
30. Januar	Die Regierung beschließt Erleichterungen bei 67 nichttarifären Handelshemmnissen.
31. März	Das Parlament billigt ein Gesetz, das eine Senkung der Einfuhrzölle von durchschnittlich 8 vH auf durchschnittlich 6,75 vH vorsieht.
9. April	Die Regierung kündigt an, mehr als drei Viertel der für das Haushaltsjahr 1982/83 (Beginn April) vorgesehenen öffentlichen Bauaufträge auf die erste Jahreshälfte vorzuziehen.
28. Mai	Die Regierung beschließt weitere Importerleichterungen, vor allem bei technologisch hochwertigen Gütern.
16. Oktober	Die Regierung verabschiedet ein Konjunkturprogramm mit einem Volumen von umgerechnet knapp 20 Mrd DM, die noch im Haushaltsjahr 1982/83 ausgegeben werden sollen.
30. Oktober	Die Regierung billigt den Entwurf über einen Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 1982/83, in dem sowohl Ausgabensenkungen als auch eine zusätzliche Verschuldung vorgesehen sind.
	Niederlande
1982	
2. März	Die Regierung legt dem Parlament ein Zwei-Jahres-Programm zur Förderung der Beschäftigung vor, das ein Volumen von jeweils 1,5 Mrd Gulden haben soll.
19. März	Die Bank der Niederlande senkt den Diskontsatz von $8^1/_2$% auf 8%.
13. April	Die Regierung legt ein Sparprogramm zur Reduzierung der für 1982 und 1983 erwarteten Defizite der öffentlichen Haushalte vor. Danach sollen Ausgaben bei den Sozialleistungen gekürzt und die Sozialversicherungsbeiträge für Angestellte im öffentlichen Dienst angehoben werden. Am 12. Mai tritt die Regierung zurück, nachdem keine Einigung über die Ausgabenkürzungen zustandegekommen ist.
27. August	Die Bank der Niederlande senkt den Diskontsatz auf 7%.
21. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1983 vor. Danach sollen die Ausgaben um 4,7 vH zunehmen. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird auf $9^3/_4$ vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
	Österreich
1981	
12. Oktober	Die Regierung legt dem Nationalrat ihren Budgetentwurf für das Jahr 1982 vor. Danach sind Ausgaben von 368,3 Mrd Schilling und Einnahmen von 309,1 Mrd Schilling vorgesehen. Die Neuverschuldung soll 31,6 Mrd Schilling betragen, das sind 2,8 vH des Bruttoinlandsprodukts.

noch Tabelle 6

Datum	
1982	
11. Januar	Die Regierung beschließt ein Konjunkturprogramm mit einem Ausgabenvolumen von rund 5 Mrd Schilling, das vor allem die Förderung des Wohnungsbaus und steuerliche Erleichterungen für kleinere und mittlere Unternehmen vorsieht.
18. Februar	Die Regierung beschließt, mit Wirkung vom 1. März 1982 die Bildung von Risikokapital steuerlich zu begünstigen.
16. September	Die Regierung beschließt ein zweites Beschäftigungsprogramm, das vor allem die Förderung öffentlicher und privater Investitionen vorsieht.
19. Oktober	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für das Jahr 1983 vor. Danach sollen die Ausgaben um 8,4 vH zunehmen. Das Finanzierungsdefizit des Bundes wird auf 3,9 vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
	Schweden
1982	
11. Januar	Die Regierung legt ihren Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 1982/83 vor. Danach sollen die Ausgaben gegenüber der revidierten Schätzung für das Haushaltsjahr 1981/82 um 5,9 vH zunehmen. Das Defizit wird auf etwa 13 vH des Bruttosozialprodukts veranschlagt.
12. März	Die schwedische Reichsbank senkt den Diskontsatz von 11% auf 10%.
9. Juni	Das Parlament billigt den Gesetzentwurf zur Steuerreform, der Anfang 1983 rechtskräftig werden soll. Es ist vor allem eine Abflachung der Progression im Steuertarif vorgesehen.
8. Oktober	Die neue Regierung wertet die schwedische Krone um 16 vH ab.
	Schweiz
1981	
2. September	Die Nationalbank hebt den Diskontsatz auf 6 % und den Lombardsatz auf $7^1/_2$% an.
1982	
19. März	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz auf 5,5%.
27. August	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz auf 5%.
	Vereinigte Staaten
1981	
24. September	Der Präsident stellt den Nachtragshaushalt für 1982 vor. Danach sind zusätzliche Einsparungen bei den Ausgaben in Höhe von 13 Mrd Dollar vorgesehen. Sie bestehen vor allem in einer 12prozentigen Haushaltskürzung für alle Kabinettsressorts. Zudem sind Einnahmenerhöhungen von 3 Mrd Dollar in Form von Gebührenerhöhungen, Schließung von steuerlichen Lücken und eine schärfere Steuereintreibung geplant.
30. Oktober	Die Federal Reserve Banken senkten den Diskontsatz von 14% auf 13%. Der Aufschlag für größere Banken ist bereits vorher von 4% auf 2% herabgesetzt worden.
4. Dezember	Die Federal Reserve Banken senken den Diskontsatz auf 12%.
1982	
8. Februar	Der Präsident stellt den Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 1982/83 vor. Danach sollen die Ausgaben um 4,5 vH zunehmen. Das Defizit wird auf 91,5 Mrd Dollar veranschlagt, das sind 2,6 vH des Bruttosozialprodukts.
23. Juni	Der Kongreß beschließt Steuererhöhungen und Einschränkungen bei den Ausgaben. Die Erhöhung verschiedener Verbrauchsteuern und der Wegfall von Abschreibungserleichterungen für Unternehmen sollen im Haushaltsjahr 1982/83 20,9 Mrd Dollar Mehreinnahmen erbringen. Ausgabenbeschränkungen werden vor allem im Sozialbereich (6,4 Mrd Dollar) und im Verteidigungssektor (7,6 Mrd Dollar) vorgenommen.
20. Juli	Die Federal Reserve Banken senken den Diskontsatz von 12% auf $11^1/_2$%.
2./16./27. August	Die Federal Reserve Banken senken den Diskontsatz auf 11%, danach auf 10,5% und Ende des Monats auf 10%.
10. September	Der Kongreß billigt für 1982 gegen das Veto des Präsidenten einen Nachtragshaushalt mit einem Volumen von 14,1 Mrd Dollar.
8. Oktober	Die Federal Reserve Banken senken den Diskontsatz auf $9^1/_2$%.

TEIL B

Die Binnenkonjunktur 1982

I. Im Zeichen rezessiver Einflüsse von außen

40. In der Bundesrepublik hat sich die Wirtschaft auch 1982 nicht aus der hartnäckigen Stockung lösen können, in der sie sich seit 1980 befindet. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Lage stellt sich gegen Ende des Jahres schlechter dar als zu Jahresbeginn. Statt zu der erwarteten allmählichen Erholung ist es vom Frühjahr an zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität gekommen. Dabei wirkte zusammen, daß der zuvor starke Anstieg der Auslandsaufträge umschlug und die Binnennachfrage schwach blieb. Auftragspolster, die es erlaubt hätten, den bisherigen Produktionsumfang beizubehalten, waren nur in begrenztem Maße vorhanden. Produktionskürzungen und ein weiterer Personalabbau waren daher von der Jahresmitte an die Folge. Die Anzahl der Arbeitslosen ist damit wieder verstärkt gestiegen; am Jahresende wird sie voraussichtlich mehr als 2 Millionen betragen, über 500 000 mehr als Ende 1981. Obwohl das Jahr in anderer Hinsicht auch Fortschritte brachte — abnehmende Preissteigerungen und eine weitgehend ausgeglichene Bilanz im Waren- und Leistungsverkehr mit dem Ausland — überwiegt derzeit Enttäuschung, was die zurückliegende, und Sorge, was die weitere Entwicklung betrifft.

41. Offenbar hatte die deutsche Wirtschaft dem Sog der weltwirtschaftlichen Probleme nicht genug entgegenzusetzen.

Der Abbau des außenwirtschaftlichen Defizits, der verglichen mit anderen Ländern beachtlich schnell vorankam, selbst wenn man die binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche und die gedrückten Weltmarktpreise der meisten Rohstoffe dabei in Rechnung stellt, hat für eine Verbesserung der monetären Rahmenbedinungen zwar Spielraum geschaffen, aber keinen großen. Die Stärke der D-Mark im Europäischen Währungssystem wurde überdeckt durch die fortgesetzte Schwäche gegenüber dem Dollar, der die bevorzugte Währung der internationalen Kapitalanleger blieb. Von dem für eine Rezession bis zum Herbst 1982 noch immer weltweit hohen Zinsniveau konnte sich die Bundesrepublik so nicht stark genug abhängen.

Das aus ihrer Sicht an geldpolitischer Lockerung Mögliche hat die Bundesbank getan. In mehreren Schritten hat sie den Zugang zum Notenbankkredit erleichtert und diesen verbilligt. Die Zentralbankgeldmenge, für die die Bundesbank — ausgehend freilich von einer niedrigen Basis der Geldversorgung — zwischen dem vierten Quartal 1981 und dem vierten Quartal 1982 einen Expansionsspielraum von 4 vH bis 7 vH vorgegeben hatte, bewegte sich das Jahr über am oberen Rand dieses Zielkorridors. Dennoch gaben die Kreditzinsen nur zögernd nach (Ziffern 143 ff.).

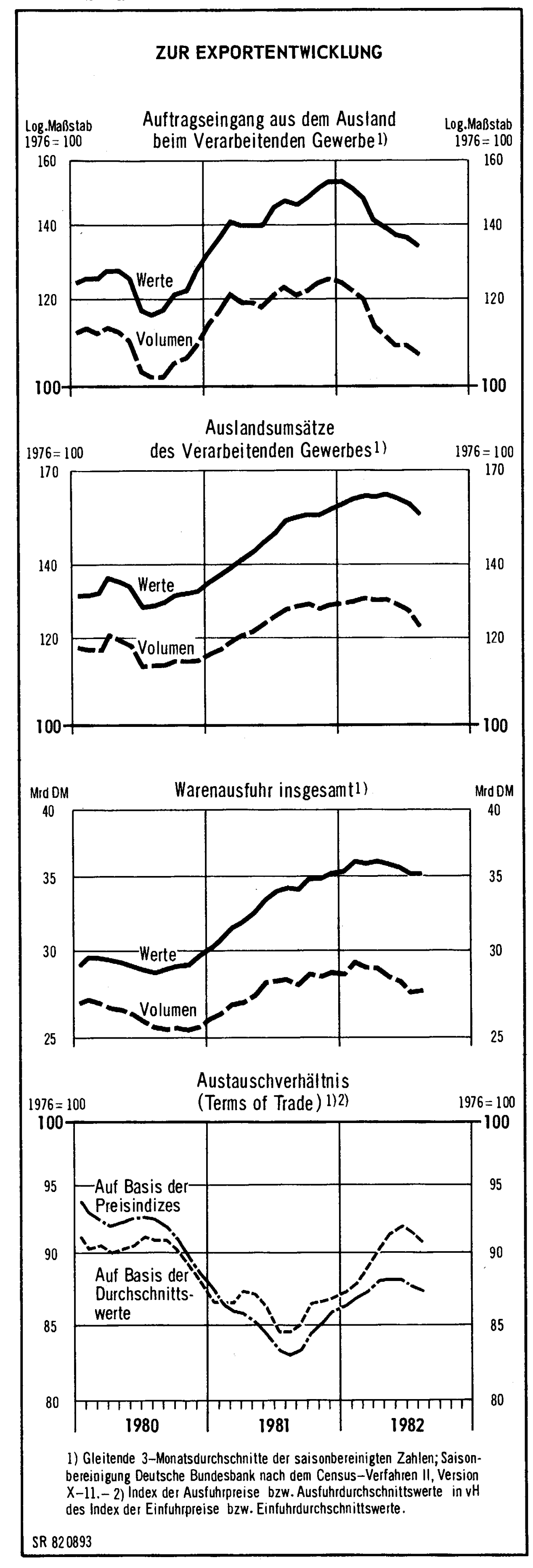
42. Für eine Belebung der wirtschaftlichen Aktivität, vor allem der Investitionstätigkeit, hätte die Aussicht auf bessere Erträge hinzukommen müssen. Die Lohnrunde, die angesichts der zunehmenden Beschäftigungsprobleme und der vorangegangenen Verschlechterung der Ertragslage mit durchschnittlich 4 vH etwas geringere Tarifanhebungen als im Jahr davor brachte, bot auch Raum für eine allmähliche Erholung der Unternehmensgewinne. Die unerwartete Abschwächung der Nachfrage hat diesen jedoch geschmälert, weniger von den Preisen als vielmehr von den Mengen her, und die Gewinne in der Summe nicht wie die Gewinnmargen steigen lassen (Ziffern 111 ff.). Unsicherheiten im Exportgeschäft und drängende Konsolidierungsprobleme zahlreicher Unternehmen haben zudem der Verbesserung der Ertragslage viel von ihrer Wirkung genommen.

43. Die Finanzpolitik sah sich vor die Aufgabe gestellt, Maßnahmen einzuleiten, die einen Abbau der hohen staatlichen Defizite auf mittlere Sicht gewährleisten, die Ausgabenstruktur zugunsten der öffentlichen Investitionen ändern und darüber hinaus die private Investitionstätigkeit verstärkt fördern sollten (Ziffern 165 ff.). Ein erster Schritt war Ende 1981 mit der sogenannten Operation '82 getan worden. Die Verschlechterung der Beschäftigungslage veranlaßte die Bundesregierung im Frühjahr 1982, zusätzlich eine befristete Investitionszulage in Höhe von 10 vH der Anschaffungskosten von Ausrüstungsgütern und Betriebsgebäuden zu beschließen, soweit sie die durchschnittlichen Investitionsausgaben während der vergangenen drei Jahre übersteigen. Die Auseinandersetzungen um den angemessenen Kurs der Finanzpolitik hatten damit jedoch kein Ende, zumal bald offenkundig wurde, wie hoch das Haushaltsdefizit weiterhin sein würde. Der langanhaltende Streit um Art und Umfang zusätzlicher Maßnahmen verunsicherte Investoren und Konsumenten weiter. Die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen, die von der neuen Regierung vorgenommen oder ins Auge gefaßt worden sind, haben die Entwicklung im Jahre 1982 kaum mehr beeinflußt.

Mangelnde Widerstandskraft gegen rezessive Auslandseinflüsse

44. Die Auslandsnachfrage, die im vergangenen Jahr kräftig gestiegen und damit zur wichtigsten Stütze der binnenwirtschaftlichen Entwicklung ge-

Schaubild 4



1) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der saisonbereinigten Zahlen; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 2) Index der Ausfuhrpreise bzw. Ausfuhrdurchschnittswerte in vH des Index der Einfuhrpreise bzw. Einfuhrdurchschnittswerte.

worden war, ist 1982 unerwartet stark zurückgegangen (Schaubild 4). Das Volumen der Bestellungen aus dem Ausland lag in den ersten neun Monaten um knapp 6 vH unter dem im Vorjahr. Die Abwärtsbewegung setzte schon bald nach der Jahreswende ein. Im Herbst erhielt das verarbeitende Gewerbe rund 12 vH weniger Auslandsaufträge als vor Jahresfrist. Der Maschinenbau und viele Zweige der Elektroindustrie haben das rauhere Exportklima besonders zu spüren bekommen. In der Stahlindustrie machte sich zudem bemerkbar, daß ausländische wie inländische Abnehmer mit Blick auf die beschlossenen Preiserhöhungen für Stahlerzeugnisse Ende 1981 in beträchtlichem Umfang Aufträge vorgezogen hatten und deshalb 1982 entsprechend weniger bestellten. Hier und da mag es auch an neuen Aufträgen gefehlt haben, weil Auslandskunden im vergangenen Jahr den niedrigen Wechselkurs der D-Mark möglicherweise zu Bestellungen über den aktuellen Bedarf hinaus genutzt hatten.

Im ganzen spiegelt sich im Ausmaß des Nachfragerückgangs aus dem Ausland die Wirkung einer Reihe von Einflüssen, die je für sich nur einen Teil der Erklärung liefern. Eine wesentliche Rolle spielte indes zweifellos, daß die weltweit noch immer hohen Zinsen besonders die Nachfrage nach Investitionsgütern dämpften, die im deutschen Exportsortiment obenan stehen. Verschärfte Finanzierungsprobleme erschwerten zudem die Ausfuhr in die Entwicklungsländer beträchtlich, und rasch abnehmende Öleinnahmen veranlaßten auch die OPEC-Staaten, bei ihren Bestellungen erheblich kürzer zu treten. Gewichtige Indizien dafür, daß die heimischen Anbieter außerdem auch Marktanteile verloren hätten, gibt es nicht. Ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit, die sich mit der realen Abwertung der D-Mark in den beiden vorangegangenen Jahren deutlich verbessert hatte, blieb 1982 von der Preis- und Wechselkursentwicklung her weitgehend unverändert. Das heißt freilich auch, daß neue Chancen, trotz der weltweiten Nachfrageschwäche, zusätzliche Nachfrage zu gewinnen, über Marktanteilsgewinne also, nicht ins Spiel kamen.

45. Da viele Unternehmen aus dem vergangenen Jahr noch unerledigte Auftragsbestände hatten, sind die Lieferungen an das Ausland nicht im Gleichschritt mit den Bestellungen zurückgegangen; so übertraf die Warenausfuhr in der ersten Jahreshälfte dem Volumen nach den entsprechenden Vorjahresstand noch um $9^1/_2$ vH. Von der Jahresmitte an schlug sich die Abnahme des Auftragseingangs aus dem Ausland jedoch mehr und mehr auch im Exportvolumen nieder mit der Folge, daß in der zweiten Hälfte des Jahres kein Zuwachs mehr im Vergleich zum Vorjahr, sondern ein Rückgang um schätzungsweise $3^1/_2$ vH zu verzeichnen sein dürfte.

46. Bei den unmittelbaren Wirkungen, die das auf Produktion und Beschäftigung im Inland hatte, blieb es nicht. In ihren Absatzerwartungen verunsichert, schoben die Unternehmen Investitionsvorhaben weiter auf und fuhren fort, den Personalbestand zu verringern. Einkommenseinbußen und steigende

Arbeitsplatzrisiken dämpften zudem den privaten Verbrauch. Kurz, die Schwäche der Binnennachfrage nahm zu. Daß dies alles nicht nur auf die Produktion im Inland, sondern auch auf die Einfuhr zurückwirkte, die vom Frühjahr an ebenfalls rückläufig war (Ziffer 128), minderte zwar den von außen kommenden rezessiven Einfluß, wog ihn aber nicht auf.

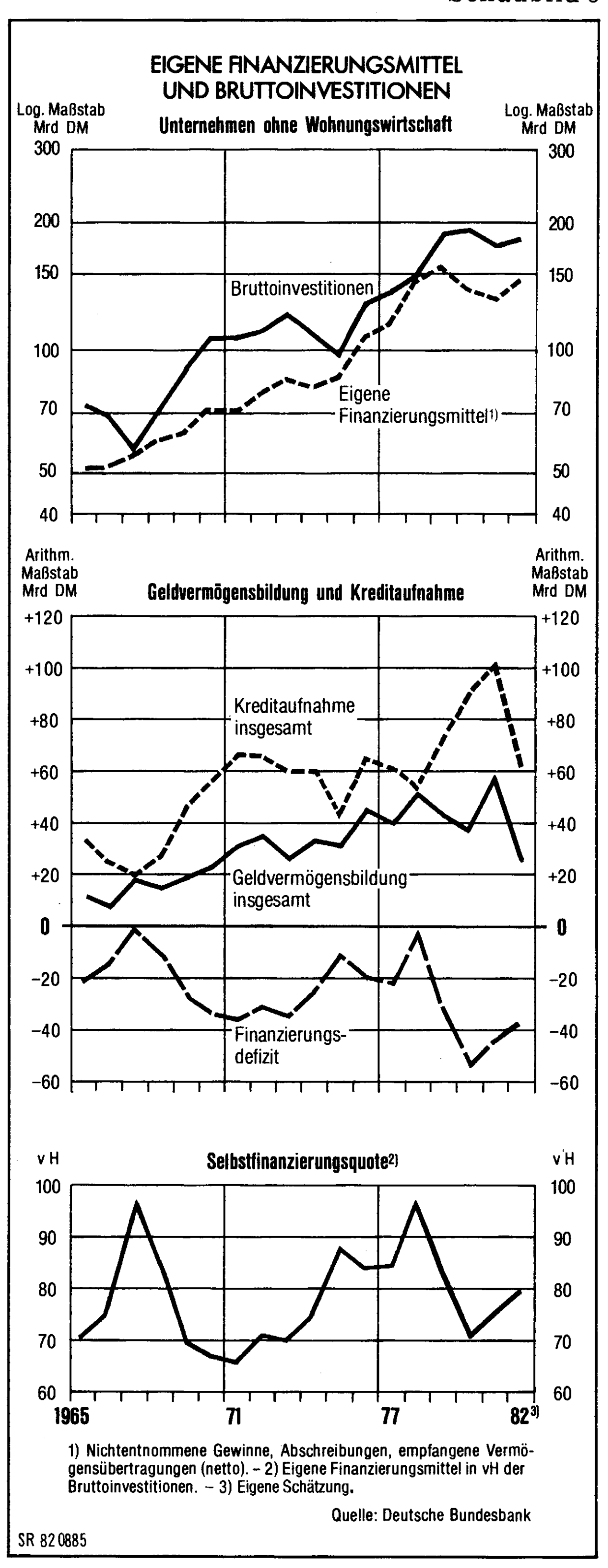
47. Was an Verbesserung der Angebotsbedingungen — von den Kosten für Kapital und Arbeit bis hin zu den finanzpolitischen Rahmenbedingungen — zu verzeichnen war, reichte offenbar nicht aus, die Widerstandskraft der Wirtschaft, insbesondere die Investitionsneigung der Unternehmen, hinreichend zu stärken.

48. Die hohen Zinsen haben sich zunächst nur langsam und stockend zurückgebildet. Die internationale Zinsentwicklung ist dafür eine wesentliche, aber nicht die einzige Erklärung. Die unvermindert hohe Neuverschuldung des Staates, die Unsicherheit über den künftigen Kurs der Finanzpolitik, der hohe Umschuldungsbedarf von Unternehmen und staatlichen Stellen sowie die Irritationen, die von Zahlungsschwierigkeiten bis dahin zweifelsfreier Schuldner ausgingen, belasteten die Kreditmärkte ebenfalls erheblich. In der zweiten Jahreshälfte ist es aber zu weiteren deutlichen Zinssenkungsschritten gekommen.

Die Entlastung bei den Fremdkapitalkosten hielt sich das Jahr über auch deshalb in engen Grenzen, weil viele Unternehmen sich noch gezwungen sahen, auslaufende Kredite zu Zinsen umzuschulden, die über den früheren lagen. Je länger das Warten auf deutliche Zinssenkungen währte, desto härter kamen, zumal bei den nach Ausmaß und Dauer nicht vorhergesehenen Ertragseinbußen, auch Unternehmen in Bedrängnis, die zu Beginn der Hochzinsphase kurzfristige Verbindlichkeiten im Vertrauen darauf eingegangen waren, diese alsbald durch zinsgünstigere langfristige Kredite ablösen zu können. Nicht wenige Unternehmen gerieten an die Grenze ihrer Belastungsfähigkeit und auch an Kreditwürdigkeitsgrenzen.

49. Die Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für das erste Halbjahr 1982 zeigen, daß die Unternehmen — die Wohnungswirtschaft und die finanziellen Institutionen nicht mitgerechnet — ihre Kreditaufnahme im Vergleich zum Vorjahr um mehr als ein Drittel vermindert haben (Schaubild 5). Besonders stark, nämlich um rund zwei Drittel, ist die Kreditaufnahme im Inland zurückgegangen, aber auch im Ausland wurden weniger Mittel beschafft. Diese Rückführung der Kreditaufnahme lag nur zu einem geringen Teil daran, daß die eigenen Mittel der Unternehmen stärker zunahmen als ihre Bruttoinvestitionen, ihr Finanzierungsdefizit also abnahm. Gleichzeitig ist in einem wesentlich geringeren Maße Geldvermögen gebildet worden als vor einem Jahr, vielfach ist Geldvermögen zur Deckung des Finanzierungsbedarfs aufgelöst worden. Viele Unternehmen scheinen bei der Einräumung von Lieferantenkrediten zurückhaltender geworden zu sein mit der Konsequenz, daß die bisherigen Schuldner Geldanlagen auflösen mußten.





1) Nichtentnommene Gewinne, Abschreibungen, empfangene Vermögensübertragungen (netto). – 2) Eigene Finanzierungsmittel in vH der Bruttoinvestitionen. – 3) Eigene Schätzung.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 82 0885

50. Deutlicher als bei den Kapitalkosten war die Entlastung 1982 bei den Kosten für importierte Vorleistungen, die in den vorangegangenen drei Jahren außerordentlich stark gestiegen waren, zunächst

durch den Preissprung beim Erdöl und die Hausse der Weltmarktpreise für zahlreiche Rohstoffe, dann durch den Kursrückgang der D-Mark bedingt. Rohstoffe, deren Preise Mitte 1981 ihren Höchststand erreicht hatten, verbilligten sich 1982, wenngleich der Preisrückgang an den Weltmärkten im Inland nicht voll wirksam wurde, weil die D-Mark gegenüber dem Dollar noch an Wert verlor. Die Preise für eingeführte Halbwaren gaben bis weit ins Jahr hinein ebenfalls nach. Investitionsgüter, die aus dem Ausland bezogen wurden, waren 1982 nicht nennenswert teurer als im Jahr davor; denn die Preissteigerungen in den Herstellerländern, namentlich den europäischen Partnerländern, wurden durch die Aufwertung der D-Mark gegenüber deren Währungen weitgehend wettgemacht.

51. Der Anstieg der Lohnkosten hat sich erheblich verlangsamt. Angesichts der gravierenden Beschäftigungsprobleme war in der lohnpolitischen Diskussion dieses Jahres von vornherein nicht umstritten, daß der Spielraum für Lohnsteigerungen eng sein würde.

Der erste Tarifabschluß in der diesjährigen Lohnrunde wurde in der nordrhein-westfälischen Metallindustrie erzielt. Gewerkschaften und Arbeitgeber einigten sich auf eine lineare Steigerung der Tarifverdienste um 4,2 vH ab März und auf eine Pauschalzahlung für den Februar von 120 DM. Damit war eine Richtschnur für die anderen Tarifgebiete und für die meisten anderen Wirtschaftsbereiche gezogen (Tabelle 7). Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ergab sich eine lineare Steigerung von 4 vH nach gut $4^1/_2$ vH im Jahre 1981. Tarifliche Nebenabreden wie Verlängerungen des Jahresurlaubs und Anhebungen des Urlaubsgeldes spielten in diesem Jahr nur eine unbedeutende Rolle. Pauschalzahlungen für ein oder zwei Monate, die zumeist nicht die daran geknüpfte Verzögerung der linearen Anhebung ausglichen, fielen stärker ins Gewicht, so daß die diesjährige Lohnrunde im Ergebnis auf eine Steigerung der durchschnittlichen Stundenverdienste um 4 vH hinauslief. Hinter dieser Rate blieben die Abschlüsse im öffentlichen Dienst, im Textilbereich und in der Eisen- und Stahlindustrie zurück. Mehr erhielten die Beschäftigten im Handel und im Kreditgewerbe. Die Vorschläge einzelner Gewerkschaften, zusammen mit den Lohnforderungen eine Tarifrente oder einen Investivlohn zu vereinbaren, fanden bei den Arbeitgebern aus Kostengründen oder wegen ordnungspolitischer Bedenken keine Zustimmung (Ziffern 226ff.).

Zu den neu ausgehandelten tariflichen Leistungen kamen 1982 weniger Vorbelastungen aus früheren Vereinbarungen hinzu als in den vergangenen Jahren. Eine Ausnahme bildete allerdings die Bauindustrie, in der die Tarifparteien im Vorjahr eine Aufstockung des Weihnachtsgeldes auf ein volles drei-

Tabelle 7

Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse

Monat		
1982		
Januar	Soziale Sicherung	Am 1. Januar 1982 werden die Sozialversicherungsrenten, die Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz und die Altershilfe für Landwirte um 5,76 vH erhöht. Die Unfallrenten steigen um 6,5 vH. In der Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte beträgt der Beitragssatz 18 vH (bisher 18,5 vH), in der Arbeitslosenversicherung 4 vH (bisher 3 vH) des versicherungspflichtigen Entgelts. Die Beitragsbemessungsgrenzen werden in der Renten- und Arbeitslosenversicherung von 4 400 DM auf 4 700 DM angehoben, in der gesetzlichen Krankenversicherung von 3 300 DM auf 3 525 DM.
Februar	Eisen- und Stahlindustrie Begünstigte: 265 000	Anhebung der Tarifverdienste um 4,2 vH ab 1. Februar 1982 (im Saarland ab 1. April 1982) für die Laufzeit von 14 Monaten. Ab 1. Februar 1983 werden die Ecklöhne je Stunde um 0,06 DM angehoben, anrechenbar auf die Effektivlöhne.
	Industrie der Papier-, Pappe- und Kunststoffverarbeitung Begünstigte: 110 000	Die Löhne und Gehälter werden ab 1. Februar 1982 um 4,2 vH angehoben. Durch Vorweganhebungen in 1982, 1984 und 1986 sollen die Ecklöhne der einzelnen Tarifgebiete einander angeglichen werden.
März	Metallindustrie Begünstigte: 3 935 000	Erhöhung der Tarifverdienste um 4,2 vH ab 1. März 1982. Für Februar wird eine Einmalzahlung von 120 DM vereinbart.
	Großhandel Begünstigte: 1 090 000	Anhebung der Löhne und Gehälter überwiegend um 4,2 vH (in Hessen und in Berlin um 4,35 vH). Die Verträge treten zwischen dem 1. März und dem 1. Juni 1982 in Kraft.

noch Tabelle 7

Monat		
1982	Einzelhandel Begünstigte: 1 455 000	Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4,35 vH ab 1. März 1982 in Hessen, ab 1. April 1982 in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und ab 1. Mai 1982 in Hamburg, Rheinland-Pfalz und Bayern. In Bremen werden die Tarifverdienste um 4,4 vH ab 1. Mai 1982 angehoben. In Niedersachen treten die Lohn- und Gehaltserhöhungen um 4,35 vH mit einer Verzögerung von 3 Monaten am 1. August 1982 in Kraft.
	Bankgewerbe Begünstigte: 315 000	Die Tarifgehälter werden um 4,2 vH am 1. März 1982 erhöht. Zusätzlich werden mehr Freischichten vereinbart. Alle Angestellten, die noch nicht 31 Jahre alt sind, erhalten einen Tag mehr Urlaub.
April	Baugewerbe Begünstigte: 1 090 000	Anhebung der Löhne und Gehälter ab 1. April 1982 um 3,5 vH. Am 1. Oktober 1982 soll eine weitere Erhöhung um 0,7 vH erfolgen.
	Privates Versicherungsgewerbe Begünstigte: 200 000	Die Gehälter werden ab 1. April 1982 um 4,2 vH erhöht. Es werden zusätzlich Freischichten und 30 Tage Urlaub für alle vereinbart.
	Druckindustrie Begünstigte: 170 000	Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 1. April 1982 um 4,2 vH.
Mai	Bekleidungsindustrie Begünstigte: 250 000	Anhebung der Löhne und Gehälter zumeist am 1. Mai 1982 um 3,9 vH (in Rheinland-Rheinhessen um 4,2 vH, in der Pfalz um 3,5 vH).
	Chemische Industrie Begünstigte: 510 000	Die Löhne und Gehälter werden am 1. Mai 1982 beziehungsweise am 1. Juni 1982 um 4,2 vH erhöht. Zusätzliche Verbesserungen der Verdienstsicherungsklauseln wurden vereinbart.
	Öffentlicher Dienst — Gebietskörperschaften, Bundesbahn, Bundespost Begünstigte: 2 400 000	Arbeiter und Angestellte erhalten ab 1. Mai 1982 3,6 vH mehr Lohn und Gehalt. Für März und April 1982 zusammen wird eine Pauschalzahlung von 40 DM vereinbart. Alle Arbeitnehmer, deren Urlaubsanspruch bisher weniger als 30 Arbeitstage betrug, erhalten 1 Urlaubstag mehr.
	Textilindustrie Begünstigte: 290 000	Anhebung der Löhne und Gehälter um 3,9 vH beziehungsweise 4 vH ab 1. Mai 1982 beziehungsweise um 4,2 vH ab 1. Juni 1982 mit einer Pauschale von 20 DM für den Monat Mai 1982.
Juni	Steinkohlenbergbau Begünstigte: 190 000	Die Löhne und Gehälter werden am 1. Juni 1982 um 4,2 vH erhöht. Für Mai 1982 wird eine Pauschale von 75 DM gezahlt. Außerdem werden Vereinbarungen über höhere Sonderzahlungen und Strukturverbesserungen getroffen.
August	Öffentlicher Dienst Begünstigte: 1 700 000	Mit einer dreimonatigen Verzögerung werden die Beamtenbezüge am 1. August 1982 um 3,6 vH erhöht, für die Monate Juni und Juli 1982 zusammen wird eine Pauschale von 40 DM gezahlt. Die neue Regierung plant, die höheren Bezüge schon nachträglich ab 1. Juli 1982 zu zahlen.

zehntes Monatsgehalt verabredet hatten, so daß sich die tariflichen Verdienste dort im laufenden Jahr um rund 5 vH erhöhten. Gesamtwirtschaftlich gesehen deckte sich der Anstieg der Tarifverdienste im Jahresdurchschnitt diesmal nahezu mit der tariflichen Abschlußrate.

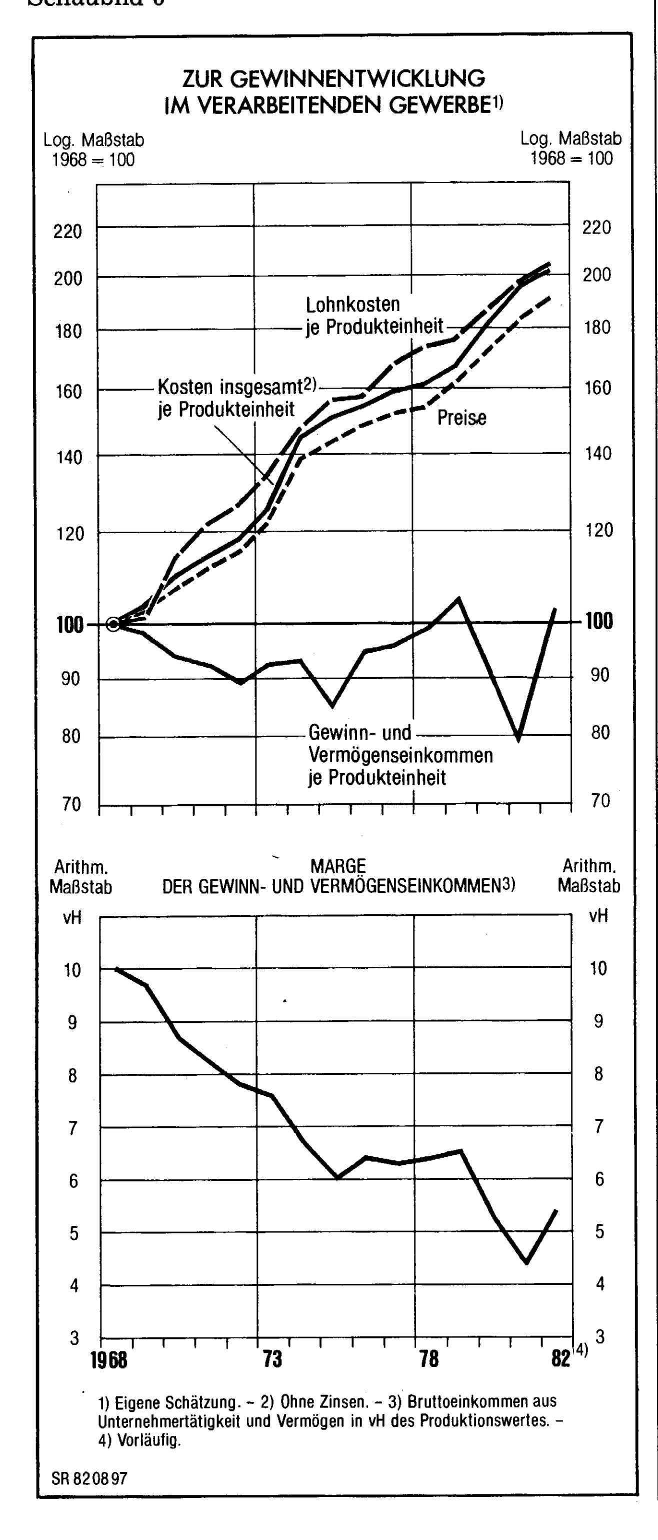
52. Die Steigerung der effektiv gezahlten Entgelte je Stunde ist 1982 mit rund $4^1/_2$ vH nur wenig höher als die der tariflichen Stundenverdienste ausgefallen. Daß der Abstand, die Lohndrift, überhaupt noch positiv war, hing wohl vor allem damit zusammen, daß im Zuge des Beschäftigungsabbaus Arbeitnehmer mit unterdurchschnittlichen Einkommen ihren Arbeitsplatz eher als höher bezahlte Arbeitnehmer verloren.

Je beschäftigten Arbeitnehmer gerechnet, sind die Arbeitskosten um gut 4 vH gestiegen, wobei die geringere Zahl von Überstunden und die vermehrte Kurzarbeit kostendämpfend, die höheren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung dagegen kostensteigernd wirkten. Ein Jahr zuvor hatte die entsprechende Rate noch 5,3 vH betragen. Das Produktionsergebnis je Beschäftigten, das 1981 nur um 0,8 vH zugenommen hatte, ist im laufenden Jahr um knapp $1^1/_2$ vH gestiegen, freilich nicht weil im ganzen mehr

produziert wurde, sondern weil die Unternehmen verstärkt Personal freisetzten. All dies zusammen führte dazu, daß die Lohnstückkosten 1982 nurmehr um etwa 3 vH zunahmen, verglichen mit 4,4 vH im Jahre 1981.

53. Von staatlicher Seite hat es ebenfalls Verbesserungen der Angebotsbedingungen gegeben. Zur Förderung der Investitionstätigkeit sind Ende vergangenen Jahres die degressive Abschreibung für bewegliche Güter des Anlagevermögens und die Abschreibungsmöglichkeiten für Gebäude verbessert worden; außerdem ist der Verlustrücktrag erweitert worden. Auf der Gegenseite steht allerdings, daß der Staat unter dem Zwang, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, die Sozialabgaben erhöht und die öffentlichen Investitionen, die zum Teil Vorleistungen für private Investitionen sind, drastisch verringert hat. Hinzu kam die verwirrende Diskussion über die Solidität der öffentlichen Finanzen und über die Wirksamkeit der bisher ergriffenen Maßnahmen. Das hat den wachstumspolitischen Hilfen viel von ihrer Wirkung genommen und, was die eingeleitete Konsolidierung betrifft, neues Vertrauen kaum aufkommen lassen (Ziffern 165 ff.).

Schaubild 6



1) Eigene Schätzung. – 2) Ohne Zinsen. – 3) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in vH des Produktionswertes. – 4) Vorläufig.

SR 820897

54. Immerhin, im ganzen waren die Angebotsbedingungen nicht ungünstiger, sondern günstiger als vor einem Jahr. Auch ohne daß die Preise unvermindert kräftig stiegen, war die Aussicht auf bessere Gewinne nicht unbegründet. Die Preissteigerungen, die von den Unternehmen dann das Jahr über durchgesetzt wurden, gingen über den Kostenanstieg hinaus, so daß sich, zumindest im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes, die Gewinne je Produkteinheit wie je Umsatzeinheit gegenüber ihrem letztjährigen Tiefstand merklich erhöhten (Schaubild 6).

Zu berücksichtigen ist freilich, daß sich in unseren Rechnungen in diesem Jahr auch staatlich administrierte Preiserhöhungen niederschlagen, die zur Verminderung öffentlicher Defizite beitragen, nicht aber zur Verbesserung der Ertragslage bei den Unternehmen.

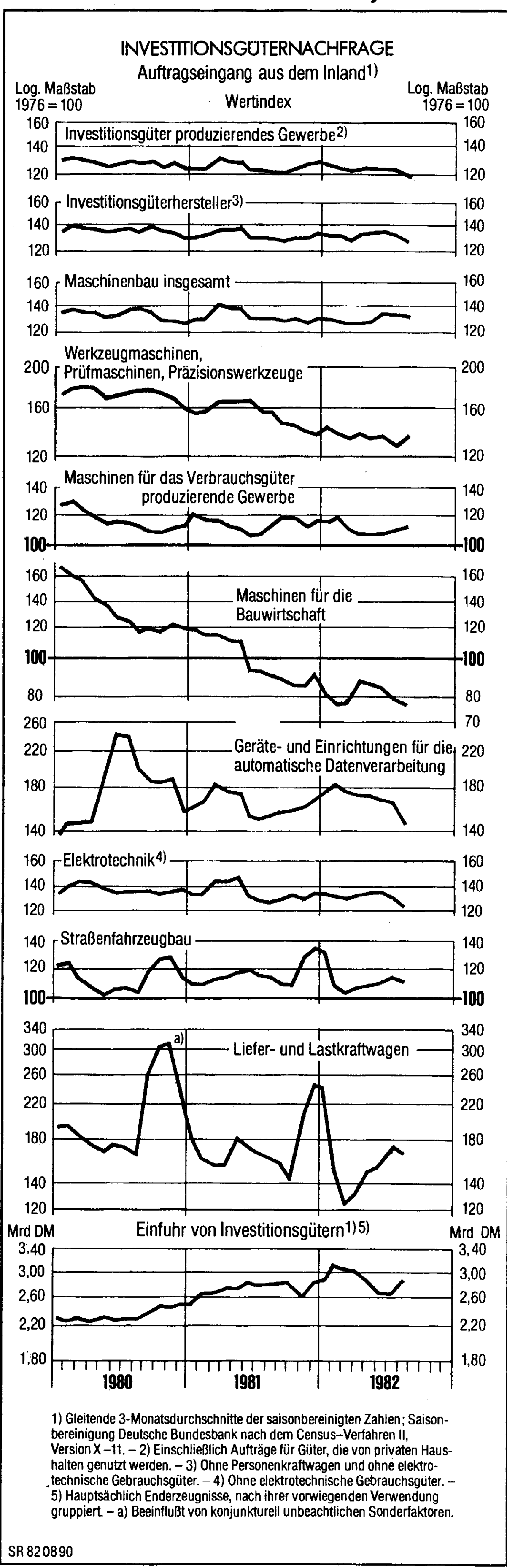
Für die beobachteten Preisanhebungen und für Absatzsteigerungen zugleich war die Nachfrage jedoch nicht ausreichend. Was am Stück mehr verdient wurde, ging an der Menge teilweise wieder verloren. In der Summe sind die Unternehmensgewinne nach dem beträchtlichen Rückgang in den beiden vergangenen Jahren 1982 wieder gestiegen.

55. Die akuten nachfrageseitigen Belastungen überwogen offenbar derart, daß die Investitionstätigkeit 1982 noch stärker zur Schwäche neigte als zuvor.

56. Am frühesten und am deutlichsten wurde das bei den Lagerinvestitionen sichtbar. Die Vorräte an Vorprodukten, die die Unternehmen zunächst als zu ihren Produktionserwartungen passend ansahen, erwiesen sich im Laufe des Jahres als zu hoch und wurden eingeschränkt. Die Fertigwarenläger, die zur Jahresmitte einen sehr hohen Stand erreichten, weil die Unternehmen in den ersten sechs Monaten nicht so viel abzusetzen vermochten, wie sie produzierten, konnten in der zweiten Jahreshälfte teilweise abgebaut werden.

Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern ist bis in den Herbst hinein zurückgegangen (Schaubild 7). Von Januar bis September 1982 haben die Unternehmen dem Volumen nach 7½ vH weniger bei inländischen Herstellern bestellt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wenn man die Einfuhr von Investi-

Schaubild 7



1) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der saisonbereinigten Zahlen; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 2) Einschließlich Aufträge für Güter, die von privaten Haushalten genutzt werden. – 3) Ohne Personenkraftwagen und ohne elektrotechnische Gebrauchsgüter. – 4) Ohne elektrotechnische Gebrauchsgüter. – 5) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. – a) Beeinflußt von konjunkturell unbeachtlichen Sonderfaktoren.

tionsgütern hinzunimmt, hellt sich das Bild nur wenig auf. Eine gewisse Korrektur könnten die letzten Monate des Jahres bringen. Denn Unternehmen, die in den Genuß der befristeten Investitionszulage kommen wollen, müssen die Aufträge bis zum Jahresende 1982 erteilen; mit dem Abruf der Lieferungen können sich sich jedoch Zeit lassen.

Ihre Auftragsvergabe an die Bauwirtschaft haben die Unternehmen das Jahr über dagegen nicht weiter gekürzt. Im ganzen war sogar eine leicht steigende Tendenz zu verzeichnen. Man muß dabei jedoch das niedrige Ausgangsniveau im Blick halten. Außerdem gibt es Anzeichen dafür, daß die zu beobachtende Entwicklung zu einem guten Teil die fortschreitende Auftragserteilung bei einigen regional konzentrierten Großprojekten widerspiegelt und nicht eine Erholung der gewerblichen Bautätigkeit in der Breite.

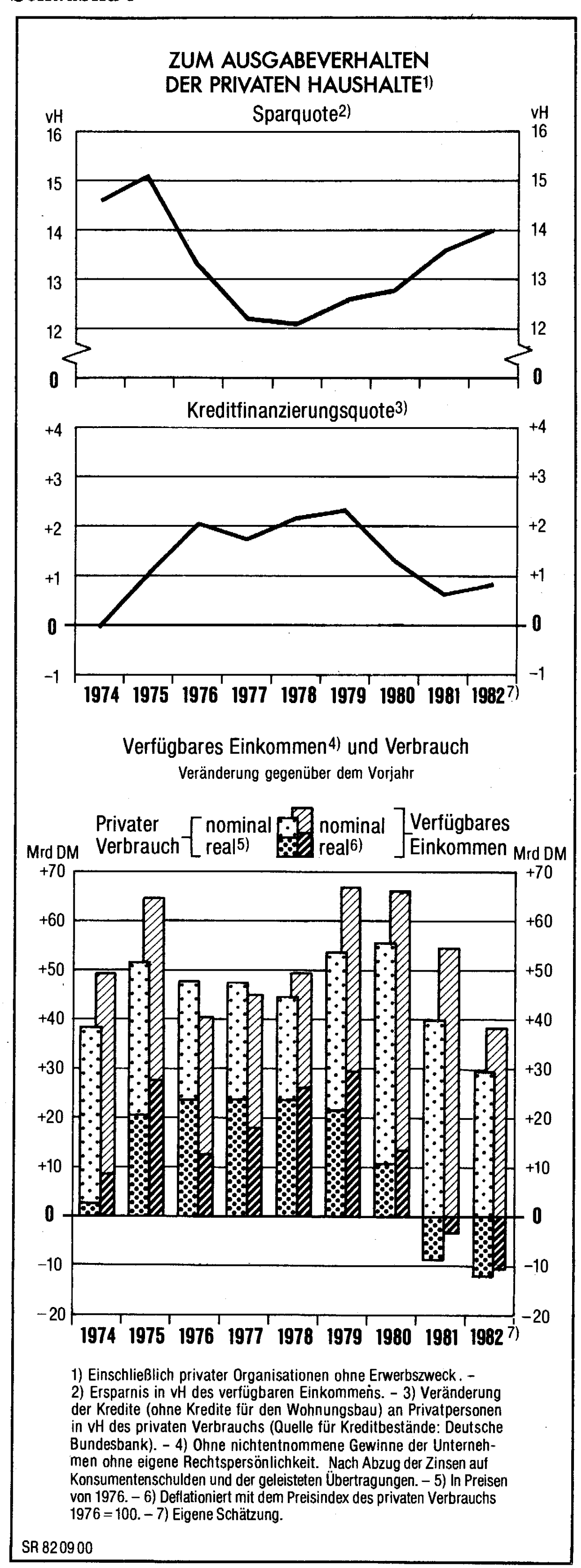
Im Wohnungsbau hat die Nachfrage zwar, wie es scheint, etwas angezogen; der Anstieg, der im Verlauf des Jahres zu verzeichnen war, reichte indes bei weitem nicht, auch nur den scharfen Rückgang vom vergangenen Jahr wettzumachen, geschweige denn die Auftragsvergabe wieder auf ein befriedigendes Niveau zu bringen. Dazu blieben nicht zuletzt die Finanzierungsbedingungen 1982 noch zu ungünstig.

57. Alles in allem wurde im laufenden Jahr, soweit sich das derzeit abschätzen läßt, real gerechnet 5 vH weniger in Ausrüstungen und in Bauten investiert als 1981. Anders als im vergangenen Jahr sind in diesem Jahr selbst unter Einschluß der Preissteigerungen die Investitionen gesunken.

58. Die neuerliche Verschlechterung der wirtschaftslage blieb auch auf den privaten Verbrauch nicht ohne Wirkung. Der verstärkte Beschäftigungsabbau hat nicht nur zu weiteren Einkommenseinbußen geführt, sondern er hat offenbar auch die Ausgabeneigung belastet, das heißt die Bereitschaft, verfügbares Einkommen auszugeben, statt zu sparen, und für größere Anschaffungen gegebenenfalls Ersparnisse aufzulösen oder sich zu verschulden. Ein kräftiger Zinsrückgang hätte dies möglicherweise überspielen können; die Zinssenkungen, zu denen es das Jahr über kam, reichten dazu jedoch nicht aus, jedenfalls bis zum Herbst nicht. So haben die Verbraucher 1982 ihre Ausgaben nicht einmal in dem Umfang ausgeweitet, wie ihre Einkommen gestiegen sind (Schaubild 8).

Groß war der Zuwachs an verfügbarem Einkommen mit 4 vH ohnehin nicht. Während die staatlichen Einkommensübertragungen an die privaten Haushalte einschließlich der Rentenzahlungen immerhin noch um knapp 6 vH zunahmen und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 7½ vH stiegen, blieb den Haushalten beim Arbeitseinkommen nur ein Zuwachs von 1 vH. Die schlechte Beschäftigungslage, die sich über die bezahlte Arbeitszeit wie über die Tarifabschlüsse auswirkte, trug dazu ebenso bei wie die höheren Abzüge für die Sozialversicherung und der progressionsbedingt steigende Steueranteil am Bruttoeinkommen.

Schaubild 8



1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. – 3) Veränderung der Kredite (ohne Kredite für den Wohnungsbau) an Privatpersonen in vH des privaten Verbrauchs (Quelle für Kreditbestände: Deutsche Bundesbank). – 4) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden und der geleisteten Übertragungen. – 5) In Preisen von 1976. – 6) Deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs 1976 = 100. – 7) Eigene Schätzung.

SR 82 09 00

Im Ergebnis sind die Ausgaben für den privaten Verbrauch aufs Jahr gesehen um etwa 3½ vH gestiegen. Das ist weniger, als dem Geldwertschwund entspricht, der sich im Jahresverlauf nach und nach zwar verringerte, im Vorjahresvergleich aber mit mehr als 5 vH immer noch recht hoch war (Ziffern 98ff.). Preisbereinigt ist der private Verbrauch also eher noch etwas mehr gesunken als 1981.

Erneuter Produktionsrückgang

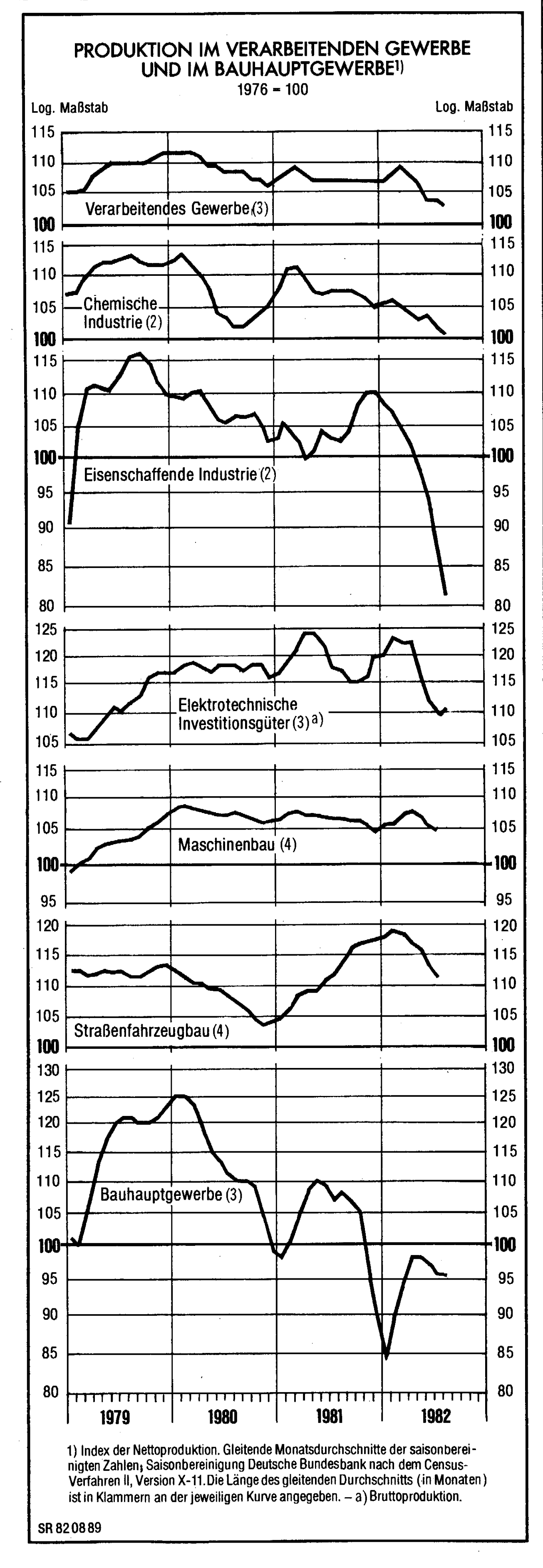
59. Abnehmende Bestellungen aus dem Ausland wie aus dem Inland und zunehmende Lagerbestände bewogen mehr und mehr Unternehmen von der Jahresmitte an, ihre ohnehin nicht hohe Produktion einzuschränken, zumal die meisten eine baldige Erholung nicht sahen. So wurden in der zweiten Jahreshälfte nicht mehr, sondern weniger Güter hergestellt und Dienstleistungen erbracht als ein Jahr zuvor. Im ganzen dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion 1982 um nahezu 1 vH hinter der des Jahres 1981 zurückbleiben.

60. Im verarbeitenden Gewerbe, das mehr als andere Wirtschaftszweige für das Ausland produziert und das auch sonst erfahrungsgemäß empfindlicher auf Veränderungen des wirtschaftlichen Klimas reagiert, zeigte sich die Abwärtsbewegung besonders deutlich (Schaubild 9). Zwar konnten die Unternehmen ihr Fertigungsvolumen bis Anfang des Sommers noch durch einen Abbau von Auftragsreserven halten. Danach sahen sie sich jedoch zu einer deutlichen Korrektur ihrer Produktionspläne gezwungen, wenn sie nicht immer mehr unverkaufte Erzeugnisse auf Lager nehmen wollten.

Im Maschinenbau stand die Fertigungstätigkeit weiterhin im Zeichen des im Ausland wie im Inland nach wie vor ungünstigen Investitionsklimas. Bei den Herstellern elektrotechnischer Investitionsgüter sank die Produktion noch deutlich unter das Niveau der beiden vergangenen Jahre. Die Automobilbauer ließen die Fertigungsbänder schon von Jahresbeginn an langsamer laufen, wobei es hier weniger eine nachlassende Aufnahmefähigkeit der Auslandsmärkte als vielmehr die Kaufzurückhaltung inländischer Kunden war, die dafür den Ausschlag gab. Den stärksten Produktionseinbruch hatte die Stahlindustrie zu verzeichnen; denn zu dem Nachfrageausfall aufgrund des vorsorglichen Lageraufbaus bei den Verarbeitern kam nun deren geringerer Bedarf als Folge der eigenen Produktionseinschränkungen. Im Sog der Baurezession gerieten auch die Hersteller von Baustoffen mehr und mehr unter Druck, und die Mineralölindustrie mußte angesichts des sparsameren Umgangs mit Heizöl und Benzin, des Vordringens anderer Energieträger sowie verstärkter Importkonkurrenz für ihre Produkte den Ausstoß ebenfalls beträchtlich drosseln. Dagegen hielt sich der Produktionsrückgang bei den Herstellern von Konsumgütern überwiegend in vergleichsweise engen Grenzen.

61. Die Produktionsschwäche blieb nicht auf das verarbeitende Gewerbe beschränkt. Auch im Verkehrsbereich und im Handel wurden 1982 weniger Leistungen als im Vorjahr erbracht. Dagegen waren bei den Kreditinstituten und bei den Vermietungs- und Beratungsunternehmen die Leistungen insgesamt deutlich höher als 1981.

Schaubild 9



1) Index der Nettoproduktion. Gleitende Monatsdurchschnitte der saisonbereinigten Zahlen; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. Die Länge des gleitenden Durchschnitts (in Monaten) ist in Klammern an der jeweiligen Kurve angegeben. – a) Bruttoproduktion.

SR 82 08 89

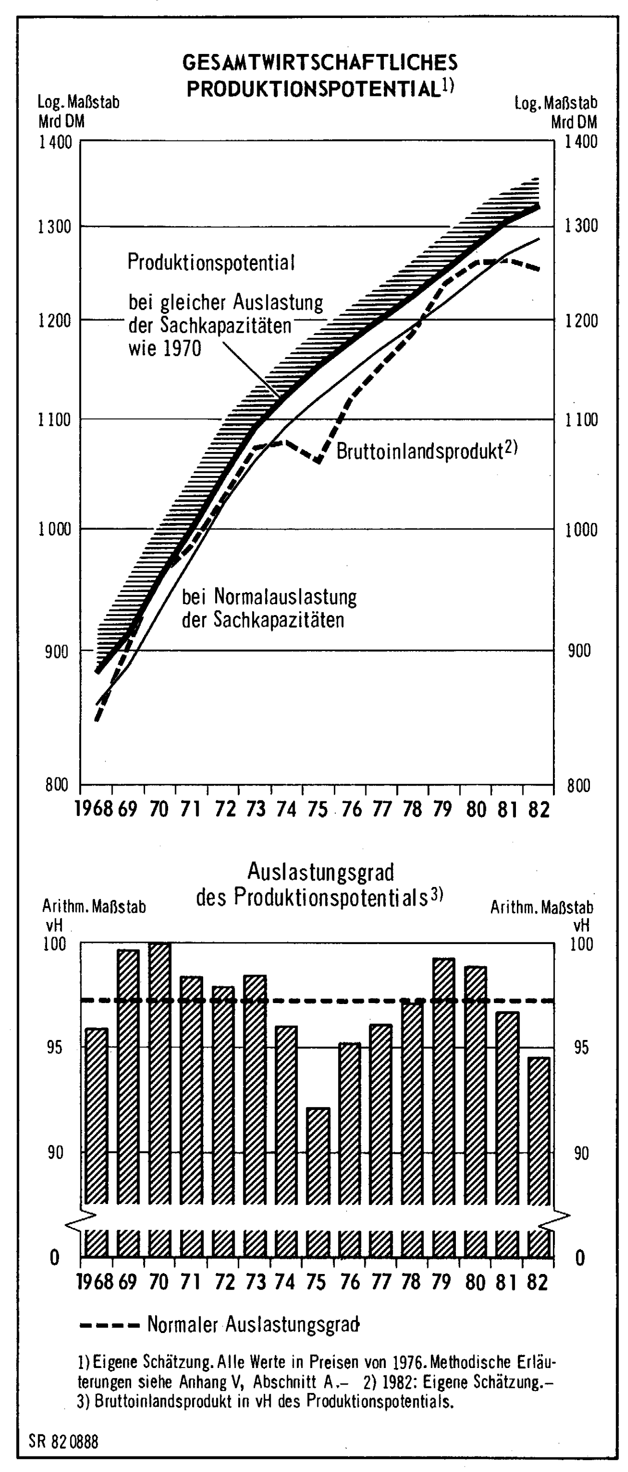
62. Besonders stark leidet weiterhin die Bauwirtschaft unter der Rezession. Ein Produktionsniveau, das noch erheblich niedriger war als im Vorjahr, wenn es auch im Jahresverlauf nicht weiter absank, Firmenzusammenbrüche in bisher nicht gekanntem Ausmaß und ein drastischer Abbau des Personalbestands kennzeichneten die schlechte Lage.

In den Frühjahrsmonaten nahm die Bautätigkeit zwar vorübergehend zu, danach stand sie aber wieder bis zuletzt unter dem Einfluß des zurückliegenden tiefen Nachfrageeinbruchs. Von den Auftragsbeständen, die bereits im Herbst 1981 auf einen außerordentlich niedrigen Umfang geschrumpft waren, gingen kaum noch produktionsstabilisierende Impulse aus, und was an zusätzlichen Aufträgen das Jahr über einging, reichte offenbar gerade, die Auftragsdecke nicht noch kürzer werden zu lassen. So haben die Unternehmen des Bauhauptgewerbes in den ersten neun Monaten 10 1/2 vH weniger Bauleistungen erbracht als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Daneben wurde nun auch das Ausbaugewerbe verstärkt von der Krise erfaßt. Bautischlern, Fußbodenlegern und Installateuren fehlte es zunehmend an Anschlußaufträgen, da sich der Nachfragerückgang im öffentlichen Hochbau nun erst voll auf die Bautätigkeit auswirkte und immer weniger Wohnungen gebaut wurden. Angesichts der außerordentlich hohen finanziellen Belastungen eines Hausbaus über viele Jahre hinweg konnten immer weniger potentielle Bauherren ihren Wunsch nach einem eigenen Haus realisieren. Demgegenüber blieb der Aufwärtstrend im Geschoßwohnungsbau aufgrund der steigenden Nachfrage nach Eigentumswohnungen ungebrochen; hierbei spielten die für den Kapitalanleger günstigen steuerlichen Regelungen eine bedeutsame Rolle. Mittlerweile ist jede zweite in einem Mehrfamiliengebäude errichtete Wohnung eine Eigentumswohnung. Dies reichte jedoch bei weitem nicht aus, die Produktionsausfälle im Eigenheimbau auszugleichen. Die Folge von all dem war, daß immer mehr Bauunternehmen in finanzielle Schwierigkeiten gerieten und aufgeben mußten. Während in den beiden Rezessionsjahren 1974 und 1975 zusammen 3 000 Unternehmen Konkurs anmelden mußten, dürften es 1981 und 1982 zusammen etwa 4 500 Unternehmen sein.

63. Der Kapazitätsabbau im Baugewerbe hat sich fortgesetzt, und die Befürchtung, daß er über das hinausgeht, was auf mittlere Sicht als zuträglich gelten kann, erscheint nicht unbegründet. Es wäre nicht das erste Mal, daß in einer Baurezession bereits die Probleme eines folgenden Aufschwungs angelegt sind, sei es weil dann wieder aufgestaute private Nachfrage und kräftig steigende staatliche Aufträge zusammentreffen, sei es weil ein Mangel an qualifizierten Fachkräften einer weiteren Produktionsausweitung entgegensteht, und sich Nachfrage und Preise dann wechselseitig treiben.

Das Ausmaß des Kapazitätsabbaus wird durch den Umfang der Insolvenzen freilich überzeichnet, weil es die Regel ist, daß noch brauchbare Maschinen und Geräte von anderen Baufirmen aufgekauft und eingesetzt werden. Die vergleichsweise kurze Nutzungsdauer vieler Bauausrüstungen sorgt überdies

Schaubild 10



1) Eigene Schätzung. Alle Werte in Preisen von 1976. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V, Abschnitt A. – 2) 1982: Eigene Schätzung. – 3) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.

SR 82 0888

für eine Flexibilität der Unternehmen, die größer als in den meisten anderen Wirtschaftsbereichen sein dürfte. Entlassene oder abgewanderte Facharbeiter bei einer Belebung der Baukonjunktur zurückzugewinnen, ist nach aller Erfahrung indessen schwer.

64. In der Volkswirtschaft im ganzen hat der Bestand an Produktionsanlagen weiter zugenommen; mit der rückläufigen Investitionstätigkeit hat sich die Zunahme allerdings verlangsamt. Zu berücksichtigen ist außerdem, daß die Kapitalproduktivität im Trend sinkt. Der Angebotsspielraum, das heißt das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, ist unseren Rechnungen zufolge 1982 um rund 1 1/2 vH gewachsen. Genutzt wurde der größere Spielraum freilich nicht. Aufs Jahr gesehen war das Produktionspotential vielmehr nur zu etwa 94 1/2 vH ausgelastet, noch weniger als im vergangenen Jahr (Schaubild 10 und Anhang V, Abschnitt A).

65. *Die vom Statistischen Bundesamt im Sommer dieses Jahres abgeschlossene Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den Zeitraum von 1960 bis 1981 machte es erforderlich, auch unsere Rechnungen zum Produktionspotential und dessen Auslastung dem Stand der aktuellen Datenlage anzupassen. Im Vergleich zu den bisherigen Rechnungen zur Investitionstätigkeit im Unternehmenssektor wird ein geringerer Anstieg ausgewiesen. Die Korrekturen waren bei den Ausrüstungen stärker als bei den Bauten.*

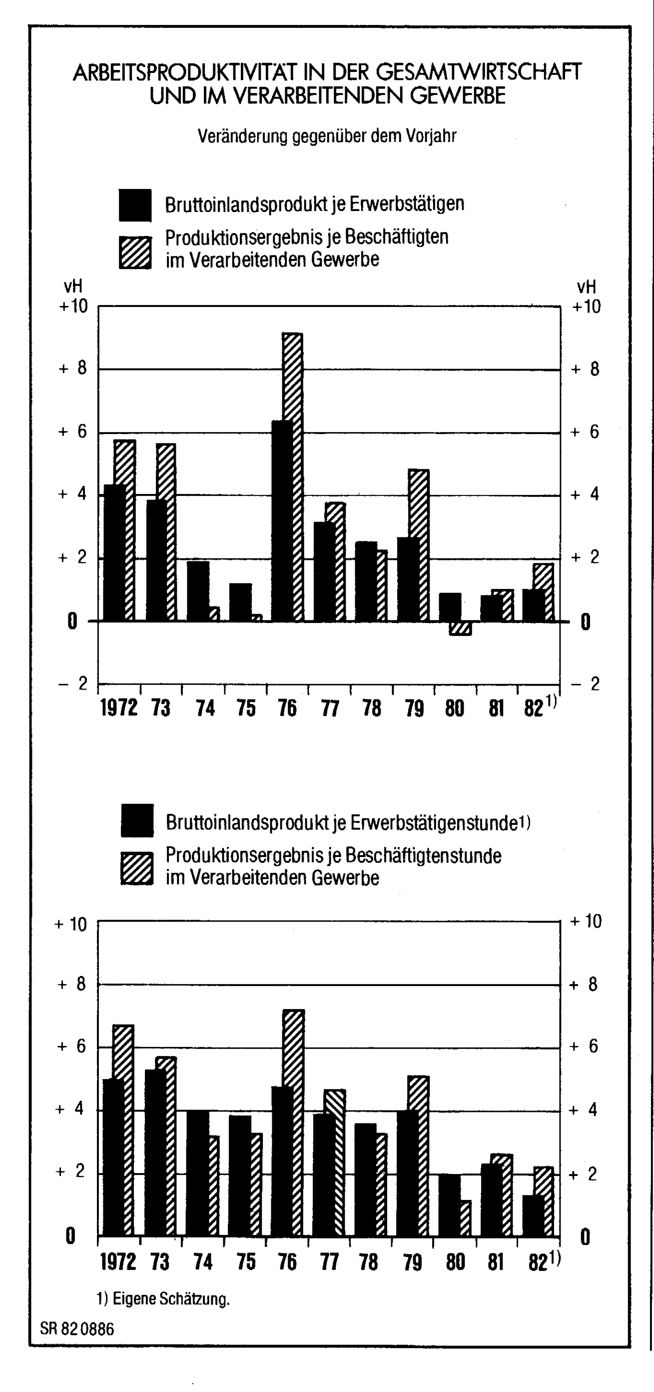
Die statistische Erfassung der Anlageinvestitionen ist grundsätzlich auf zwei Wegen möglich, entweder bei den Lieferanten dieser Güter mittels Absatz- und Einfuhrstatistiken (sogenannte Commodity Flow-Methode oder auch indirekte Methode genannt) oder unmittelbar bei den Investoren, vor allem aufgrund von Daten aus Unternehmensbilanzen und Bereichszensen (sogenannte Investorenrechnung oder auch als direkte Methode bezeichnet).

Die Investitionsrechnung des Statistischen Bundesamtes im Rahmen der laufenden Berichterstattung folgt im wesentlichen der indirekten Methode. Ausschlaggebend hierfür ist die vergleichsweise frühe Verfügbarkeit der statistischen Unterlagen. Angaben der Investoren dagegen liegen erst mit größerer, oft mehrjähriger Verzögerung vor. Die dann auftretenden Abweichungen zu den Ergebnissen der indirekten Methode, die zu nicht unerheblichen Korrekturen der bisherigen Angaben Anlaß geben können, sind auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Eine Rolle spielt dabei die unterschiedliche Abgrenzung dessen, was als Investition im Sinne aktivierungspflichtiger oder aktivierungsfähiger Aufwendungen anzusehen ist und was als laufender Aufwand und damit als Vorleistung zu buchen ist. Hinzu kommen Unterschiede in der Erfassung und Bewertung der Anlagenzugänge in der betrieblichen Buchhaltung einerseits und den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen andererseits, die ebenfalls in Differenzen zwischen den Ergebnissen der beiden Berechnungsmethoden zum Ausdruck kommen. Die im Rahmen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgenommene Abstimmung der Berechnungsergebnisse führte zu einem Korrekturbedarf bei den Ausrüstungen sowie bei den Bauten in den Jahren ab 1968. In unseren Berechnungen zum Produktionspotential schlug sich dies in einem langsameren Wachstum des Anlagevermögens und des Produktionspotentials nieder. Die Auslastung der Sachkapazitäten wird nun entsprechend dem geringeren Wachstum des Produktionspotentials etwas höher ausgewiesen als nach der alten Rechnung; das Verlaufsmuster zeigt indes in etwa das gleiche Bild wie zuvor. Die Revision der Schätzung des Produktionspotentials erlaubt es, bei der bisherigen Vorstellung hinsichtlich der Normalauslastung (97 1/4 vH) zu bleiben. Nach der alten Rechnung hatte sich die Auslastung in den vergangenen Jahren (1976 bis 1981 im Durchschnitt 95,3 vH) stark von diesem Wert entfernt.

66. Wie stark im verarbeitenden Gewerbe die Kapazitätsauslastung 1982 weiter zurückgegangen ist, zeigen die Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wie auch Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts. Den Befragungen zufolge sank die Auslastung der industriellen Anlagen

bis zum Herbst auf 74,2 vH der betriebsüblichen Vollauslastung. Sogar im Tiefpunkt der Rezession von 1974/75 hatten die Firmen ihre Kapazitäten noch etwas mehr nutzen können. Ungefähr ebenso groß, berücksichtigt man die Unterschiede in den Abgrenzungen, ist der Rückgang in der Kapazitätsauslastung nach den Berechnungen des DIW.

Schaubild 11

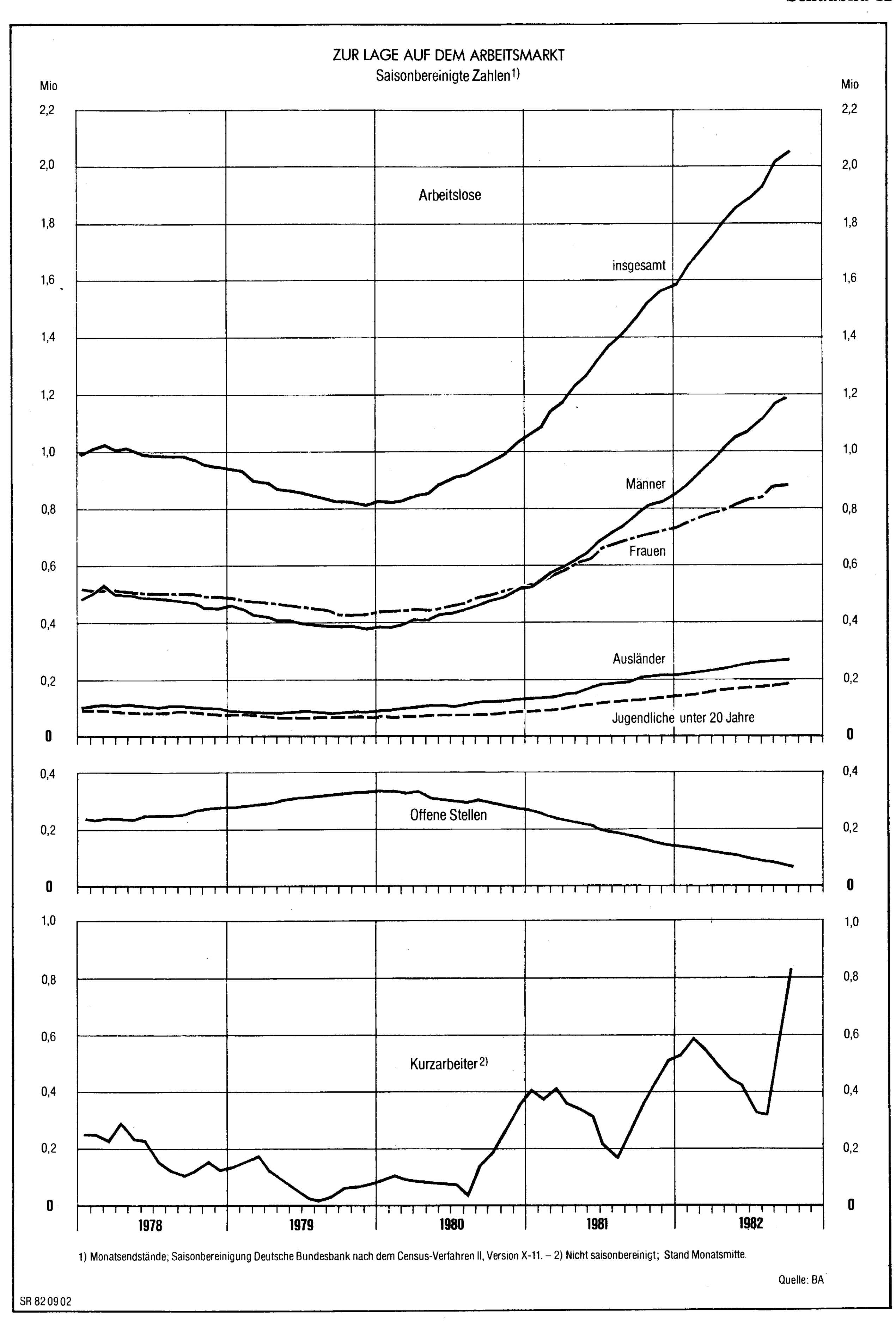


67. Die von der Statistik ausgewiesene Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität, gemessen als Produktionsergebnis je Erwerbstätigen oder je geleistete Arbeitsstunde, reichte 1982 wie in den beiden vorangegangenen Jahren nicht an die ohnehin schon niedrigen Zuwachsraten in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre heran (Schaubild 11). Bei einem weiteren leichten Rückgang der geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen betrug die Zunahme des Produktionsergebnisses je Arbeitsstunde etwa 1½ vH, verglichen mit 4 vH im Zeitraum 1975 bis 1979. Inwieweit sich in der Differenz eine weitere Abflachung im Trend der Arbeitsproduktivität spiegelt und inwieweit darin zum Ausdruck kommt, daß es an Arbeit für die Beschäftigten fehlte, ist nicht eindeutig zu bestimmen. Da sich Änderungen im Produktivitätstrend — als Folge von Veränderungen der Kapitalausstattung etwa oder einer geänderten Einstellung zur Arbeit, einer veränderten Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte oder einer veränderten Beschäftigungsstruktur zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen — in der Regel nur allmählich vollziehen, dürfte die Erklärung im wesentlichen in der mangelnden Auslastung liegen, also darin, daß die Unternehmen die Beschäftigung nur zum Teil an die rückläufige Produktion angepaßt haben.

II. Verschärfte Probleme am Arbeitsmarkt

68. Die Lage am Arbeitsmarkt ist 1982 noch ungünstiger geworden, als zu Anfang des Jahres erwartet wurde. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist erheblich zurückgegangen, abzulesen an dem deutlichen Beschäftigungsabbau und an der immer kleiner werdenden Anzahl an angebotenen offenen Stellen. Bei abermals zunehmender Anzahl derer, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, stieg die Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat ständig an (Schaubild 12). Im Oktober waren über 1,9 Millionen Arbeitslose gemeldet, von jahreszeitlichen Einflüssen bereinigt entspricht dies mehr als 2 Millionen. Auch die Anzahl der Jugendlichen, die nach Abschluß ihrer Ausbildung keinen Arbeitsplatz finden, hat stärker zugenommen. Lehrstellen sind rarer geworden. Die Gefahr langanhaltend hoher Arbeitslosigkeit hat erneut die Frage aufgeworfen, in welcher Weise die Arbeitsmarktpolitik dazu beitragen kann, die Beschäftigungsprobleme zu mindern.

Schaubild 12



Unverminderter Beschäftigungsrückgang

69. Der Beschäftigungsrückgang hat sich 1982 das ganze Jahr über nicht abgeschwächt. Von Vierteljahr zu Vierteljahr betrug er jeweils rund 100 000. In den meisten Branchen entließen die Unternehmen trotz vermehrter Kurzarbeit bis zuletzt Arbeitskräfte. Im Vergleich zum Vorjahr hatten im Durchschnitt des Jahres 1982 etwa 410 000 Personen weniger einen Arbeitsplatz (Tabelle 8).

70. Allein um 300 000 verringerten die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes ihr Personal, das war ein Rückgang um $3^1/_2$ vH (Schaubild 13). Dem Umfang nach war die Abnahme in der elektrotechnischen Industrie und im Textil- und Bekleidungsgewerbe abermals am größten, aber auch im Maschinenbau kam es nun zu erheblichem Personalabbau. Sogar der Fahrzeugbau und die chemische Industrie konnten ihren Beschäftigtenstand nicht mehr halten. Kein größerer Wirtschaftszweig war vom Be-

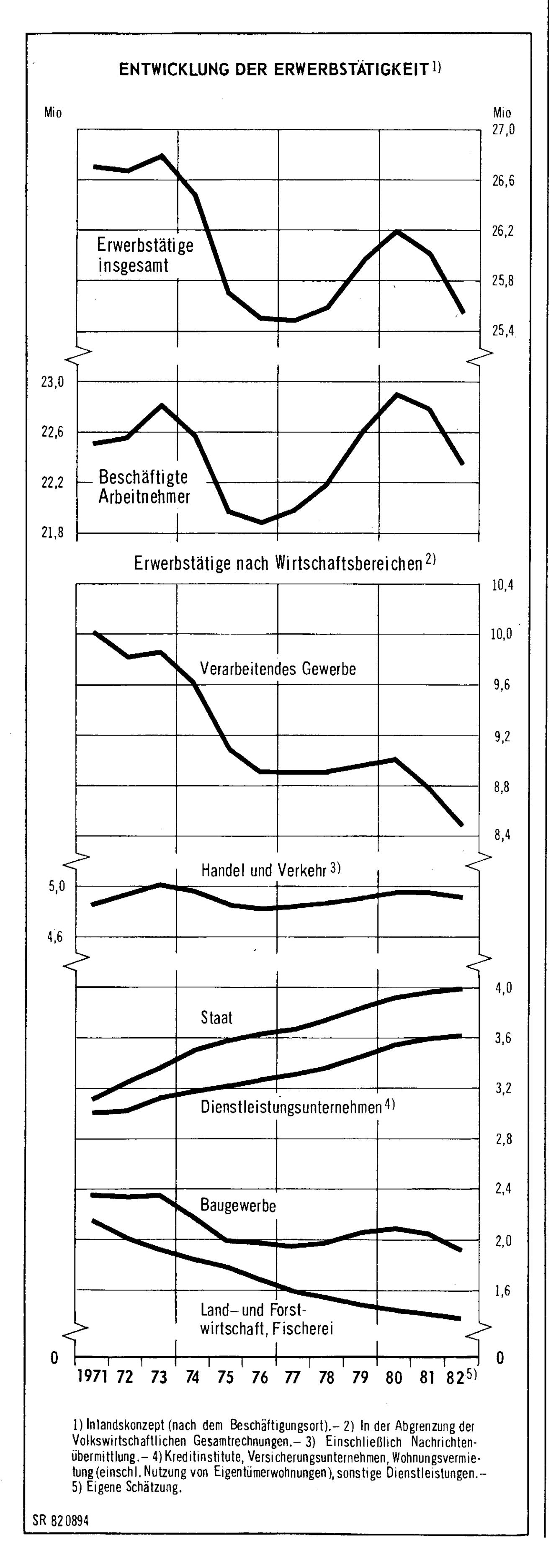
Tabelle 8

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt[1]

Jahr	Erwerbstätige[2]				Arbeitslose[5]	Kurzarbeiter[5]	Offene Stellen[5]	Arbeitslosenquote[6]
	insgesamt	beschäftigte Arbeitnehmer zusammen	beschäftigte Arbeitnehmer darunter Ausländer[3] [5]	Selbständige[4]				
	1000							vH
1960	26 063	20 073	279	5 990	271	3	465	*1,3*
1961	26 426	20 565	507	5 861	181	3	552	*0,9*
1962	26 518	20 860	629	5 658	155	4	574	*0,7*
1963	26 581	21 098	773	5 483	186	11	555	*0,9*
1964	26 604	21 335	902	5 269	169	2	609	*0,8*
1965	26 755	21 625	1 119	5 130	147	1	649	*0,7*
1966	26 673	21 637	1 244	5 036	161	16	540	*0,7*
1967	25 804	20 908	1 014	4 896	459	143	302	*2,1*
1968	25 826	21 041	1 019	4 785	323	10	488	*1,5*
1969	26 228	21 624	1 366	4 604	179	1	747	*0,8*
1970	26 560	22 138	1 807	4 422	149	10	795	*0,7*
1971	26 721	22 510	2 128	4 211	185	86	648	*0,8*
1972	26 661	22 550	2 285	4 111	246	76	546	*1,1*
1973	26 849	22 833	2 498	4 016	273	44	572	*1,2*
1974	26 497	22 572	2 381	3 925	582	292	315	*2,5*
1975	25 746	21 950	2 061	3 796	1 074	773	236	*4,7*
1976	25 530	21 878	1 925	3 652	1 060	277	235	*4,6*
1977	25 490	21 972	1 872	3 518	1 030	231	231	*4,5*
1978	25 644	22 209	1 857	3 435	993	191	246	*4,3*
1979	25 986	22 606	1 924	3 380	876	88	304	*3,7*
1980	26 225	22 909	2 018	3 316	889	137	308	*3,7*
1981	26 030	22 785	1 912	3 245	1 272	347	208	*5,3*
1982[7]	25 550	22 360	1 880	3 190	1 838	580	105	*7,6*

[1]) Die in früheren Jahresgutachten in dieser Tabelle ausgewiesenen Schätzungen des IAB zum Erwerbspersonenpotential sowie zur Stillen Reserve fehlen, da im IAB die Anpassung der Schätzungen an die revidierten Ergebnisse aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen noch nicht abgeschlossen ist.
[2]) Abgrenzung nach dem Inlandskonzept; Jahresdurchschnitte.
[3]) 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.
[4]) Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.
[5]) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Jahresdurchschnitte.
[6]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer + Arbeitslose); Berechnung nach dem Inländerkonzept.
[7]) Eigene Schätzung.

Schaubild 13



1) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort). – 2) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – 3) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. – 4) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschl. Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen. – 5) Eigene Schätzung.

SR 82 0894

schäftigungsrückgang ausgenommen. Im verarbeitenden Gewerbe sind heute insgesamt nahezu eine halbe Million Arbeitnehmer weniger beschäftigt als 1980.

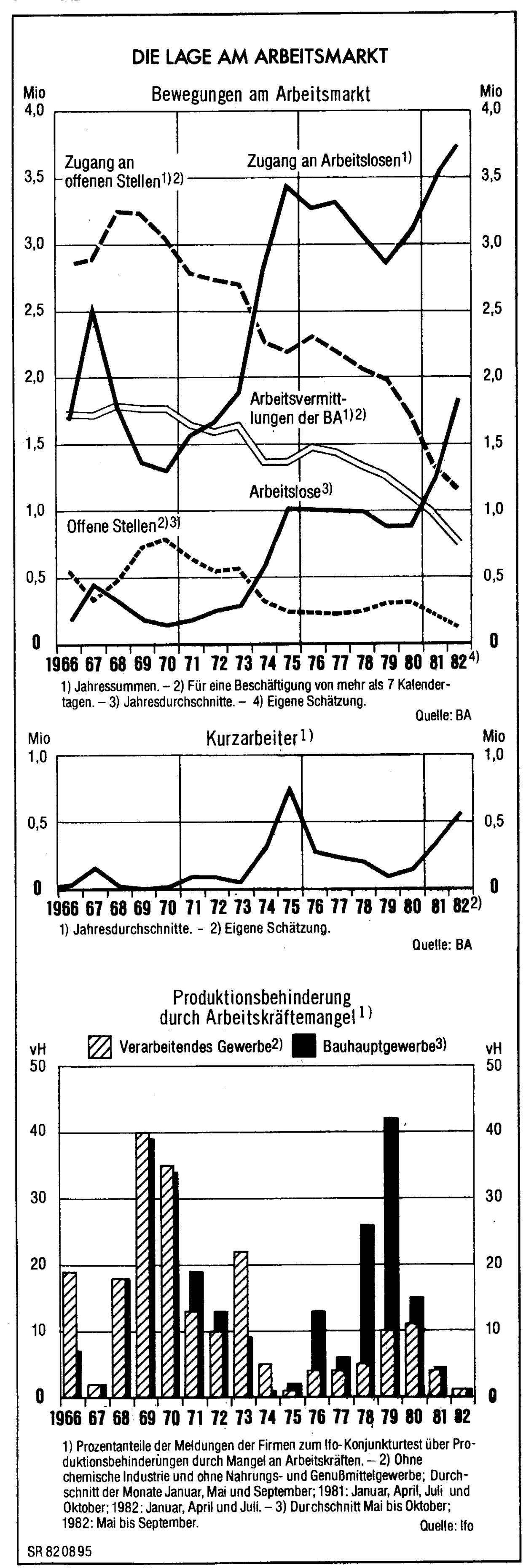
71. In der Bauwirtschaft kam es in den Monaten um die Jahreswende 1981/82 zu einem starken Beschäftigungseinbruch; erheblich mehr Bauarbeiter als witterungsbedingt üblich verloren ihre Stelle. Selbst in den Sommermonaten wurde Personal entlassen. Im Durchschnitt des Jahres 1982 dürfte sich die Anzahl der im Baugewerbe Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 7 vH verringert haben.

72. Die ungünstige Umsatzentwicklung im Handel, und hier vor allem im Einzelhandel, führte zu verstärkten Entlassungen. Die Beschäftigung verringerte sich hier um 2 vH gegenüber dem Vorjahr.

Bemerkenswert schwach ist die Nachfrage nach Arbeitskräften in den Dienstleistungsbereichen. Anders als nach 1974 konnte der Personalabbau in anderen Bereichen durch zusätzliche Einstellungen hier nicht einmal teilweise ausgeglichen werden. Seit dem Ende des letzten Jahres stagniert die Beschäftigung. Vieles spricht dafür, daß im späteren Verlauf des Jahres 1982 das Personal sogar verringert wurde. Vor allem im privaten Dienstleistungsbereich, insbesondere im Gaststätten- und Hotelgewerbe, aber auch im Friseurhandwerk ist spürbar geworden, daß die privaten Haushalte ihre Ausgaben einschränkten. Der Staat besetzte wegen seiner angespannten Finanzlage frei werdende Stellen nur verzögert oder überhaupt nicht mehr.

73. Manche Unternehmen waren allerdings nach wie vor bemüht, ihren Mitarbeiterstamm über den Zeitraum der nachlassenden Produktion hinweg zu halten. Kündigungsschutzregelungen, Betriebsvereinbarungen und die hohen Kosten für Sozialpläne, aber wohl auch noch die Sorge, nach dem Beginn eines Aufschwungs mit höheren Löhnen um qualifizierte Arbeitskräfte werben zu müssen, hielten sie davon ab, eingearbeitetes Peronal zu entlassen. Außerdem läßt auch in vielen Fällen die betriebsinterne Organisation eine Anpassung der Anzahl der Beschäftigten an die anhaltend niedrige Produktionstätigkeit nur allmählich zu. Bis zuletzt gab bei Befragungen eine gleichbleibend große Anzahl von Unternehmen an, eine weitere Verringerung ihres Personals zu planen. Trotz der zahlreichen Entlassungen wurde der Beschäftigtenstand im Verhältnis zum Produktionsniveau also immer noch als zu hoch angesehen. In vielen Unternehmen hat man versucht, durch eine Einschränkung der normalen Arbeitszeit die Beschäftigung aufrechtzuerhalten oder Kündigungen hinauszuzögern. Von Oktober 1981 bis Oktober 1982 ist die Anzahl der Kurzarbeiter um 460 000 auf 830 000 gestiegen. Im Durchschnitt des Jahres waren den Arbeitsämtern 580 000 Kurzarbeiter gemeldet, rund 230 000 mehr als 1981 (Schaubild 14). Kam es zu Anfang des Jahres 1982 vor allem im Baugewerbe und in der elektrotechnischen Industrie zu Kurzarbeit, so wurde im weiteren Verlauf des Jahres insbesondere im Fahrzeugbau und im Maschinenbau Kurzarbeit eingeführt. Zuletzt waren

Schaubild 14



in diesen Wirtschaftszweigen annähernd 8 vH der Arbeitnehmer davon betroffen, in der Stahlindustrie sogar jeder dritte Beschäftigte.

74. Nur wenige Unternehmen weiteten ihren Personalstand noch aus. Häufig wurde für frei werdende Arbeitsplätze kein Ersatz mehr gesucht. Unternehmensbefragungen bestätigen, daß Mangel an Arbeitskräften in nahezu keinem Bereich der Wirtschaft mehr als Ursache für eine Behinderung der Produktion angesehen wurde. Infolgedessen hat sich die Anzahl der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen im Jahre 1982 gegenüber dem Vorjahr nahezu halbiert. Auf dem Tiefpunkt der Rezession 1974/75 war diese Zahl dreimal höher gewesen. Vor allem Stellen für gewerbliche Berufe, die üblicherweise vorwiegend mit Hilfe der Arbeitsämter besetzt wurden, haben beträchtlich abgenommen. Beträchtlich war aber auch der Rückgang der nicht über die Arbeitsämter angebotenen Stellen; darauf deutet jedenfalls die Verringerung der Stellenanzeigen in Tageszeitungen hin.

75. Trotz der Vielzahl der Konkurse und Betriebsstillegungen hat die Anzahl der Selbständigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen in diesem Jahr weniger stark abgenommen als im letzten Jahr. Sinkende Beschäftigungschancen außerhalb des eigenen Unternehmens haben wahrscheinlich viele Selbständige bewogen, ihren Betrieb trotz schlechter Geschäftslage aufrechtzuerhalten und mehr Familienangehörige zu beschäftigen. Arbeitnehmer suchen häufiger als Selbständige Erwerbsmöglichkeiten im Handwerk oder im Kleingewerbe, und mehr Hochschulabsolventen üben eine freiberufliche Tätigkeit aus.

76. Die Anzahl aller Erwerbstätigen, also die Anzahl der abhängig Beschäftigten, der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen zusammen, war im Jahresdurchschnitt mit 25,6 Millionen Personen um knapp eine halbe Million niedriger als 1981. Dies entspricht einem Rückgang von 1,8 vH.

77. Den geringeren Beschäftigungsmöglichkeiten stand eine weiterhin anwachsende Anzahl von Arbeitsuchenden gegenüber. Die Anzahl der Erwerbspersonen deutscher Staatsangehörigkeit stieg 1982 nach den Schätzungen des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung um rund 170 000 Personen, da jüngere Arbeitskräfte verstärkt auf den Arbeitsmarkt drängten und mehr Frauen eine berufliche Tätigkeit anstrebten. Stärker als früher fiel auch ins Gewicht, daß Aussiedler aus den osteuropäischen Ländern zuwanderten sowie Ausländer vermehrt eingebürgert wurden. Die Anzahl der Erwerbspersonen mit fremder Staatsangehörigkeit nahm um 50 000 zu, das waren weniger als in den vergangenen Jahren, obgleich mehr jüngere Ausländer, die in der Bundesrepublik aufgewachsen sind, erstmals einen Arbeitsplatz suchten; weniger Familienangehörige zogen nämlich in die Bundesrepublik nach.

78. Wegen des Zusammentreffens von Beschäftigungseinbruch und weiterer Zunahme der Anzahl der Erwerbspersonen in diesem Jahr stieg die Anzahl der Arbeitslosen im Durchschnitt um 570 000 auf mehr als 1,8 Millionen an. Schon im Herbst 1981 war abzusehen gewesen, daß die Anzahl der Arbeitslosen bei schlechter Witterung im Winter an die Zwei-Millionen-Grenze heranreichen würde. Im Januar wurden dann auch tatsächlich mehr als 1,9 Millionen Arbeitslose gezählt. Die Hoffnung, daß die Arbeitslosigkeit zum Sommer hin spürbar abnehmen und im Herbst weniger stark ansteigen würde als im vergangenen Jahr, erfüllte sich nicht. Schon Ende Oktober, noch kaum unter dem Einfluß der kommenden Winterarbeitslosigkeit, waren wieder 1,9 Millionen Personen, das entspricht 7,9 vH der Arbeitnehmer, ohne Arbeit.

Etwa jeder sechste Beschäftigte war in den ersten neun Monaten dieses Jahres zumindest einmal arbeitslos geworden. Auch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit hat zugenommen. Nach der Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit vom Mai und Juni 1982 waren diejenigen, die eine Arbeit fanden, zuvor im Durchschnitt sechs Monate lang arbeitslos, ein Jahr zuvor waren es nur fünf Monate gewesen.

79. Im vergangenen Jahr hatte der Sachverständigenrat Schätzungen zum mittelfristigen Arbeitsplatzbedarf durchgeführt (JG 81 Ziffern 141 ff.). Die bei Vollauslastung der Produktionskapazitäten wahrscheinlich zu besetzenden Arbeitsplätze wurden auf rund 1/2 Million beziffert, und das für 1981 bestehende Arbeitsplatzdefizit wurde unter Berücksichtigung der vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geschätzten möglichen Nachfrage nach Arbeitsplätzen auf etwa 1 1/2 Millionen veranschlagt, wobei die sogenannte stille Reserve berücksichtigt ist. Diese Lücke hat 1982 offensichtlich weiter zugenommen. Zum einen sind zwischenzeitlich etwas mehr Arbeitsplätze weggefallen als neue geschaffen wurden, stellt man in Rechnung, daß der Kapitalbedarf pro Arbeitsplatz weiterhin deutlich gestiegen ist und daß das Wachstum des Produktionspotentials nur wenig den Anstieg des Produktionsergebnisses je Erwerbstätigen übertroffen hat. Zum anderen hat das Erwerbspersonenpotential erneut zugenommen. Die Aufgabe, für alle Arbeitssuchenden einen Arbeitsplatz zu schaffen, ist also noch größer geworden.

Manche machen geltend, daß eine Verkürzung der jährlich geleisteten Arbeitszeit — sei es über eine Ausweitung der Teilzeitarbeit, sei es über sonstige Formen der Arbeitszeitverkürzung — diese Rechnung verändern würde. Sollte die Arbeitszeit in Zukunft mehr oder weniger stark zurückgehen als in den letzten Jahren, würde dies in der Tat die Schätzungen beeinflussen. In bezug auf die Teilzeitarbeit, die in der Vergangenheit stetig ausgeweitet wurde, haben wir eine Abweichung von der bisherigen Entwicklung nicht unterstellt. Das gleiche gilt für die sonstigen Formen der Arbeitszeitverkürzung.

Wachsende Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt

80. Die regionalen Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt sind 1982 noch schärfer hervorgetreten. Die schon seit längerem bestehenden Unterschiede in der Arbeitslosigkeit zwischen dem Norden und dem Süden Deutschlands haben weiter zugenommen (Tabelle 9).

Besonders stark hat sich die Beschäftigungslage in Niedersachsen und in Bremen sowie in Schleswig-Holstein verschlechtert. Die Schwierigkeiten in der Stahlindustrie, die unsichere Situation im Schiffbau und wohl auch die Tatsache, daß sich in diesen vorwiegend ländlichen Gebieten vielfach Produktionsstätten finden, die nur wenig technologieintensiv und von daher weniger wettbewerbsfähig sind, dürften dabei eine wesentliche Rolle spielen. In den ersten neun Monaten 1982 war in dieser Region die Arbeitslosenquote lediglich in zwei Arbeitsamtsbezirken niedriger als im Durchschnitt des Bundesgebietes; in den meisten anderen war sie deutlich höher. Der Arbeitsamtsbezirk Leer in Niedersachsen weist mit zuletzt 18 vH die höchste Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik auf. In diesem Bezirk fehlt es weitgehend an Arbeitsplätzen, die Ersatz bieten könnten für die rückläufige Beschäftigung im Schiffbau, dem Industriezweig, in dem die meisten Arbeitnehmer tätig sind; die Landwirtschaft, die Fischerei und das Baugewerbe, die neben dem Schiffbau dort das Arbeitsplatzangebot bestimmen, haben selbst erhebliche Beschäftigungsprobleme. Unter diesen Bedingungen haben es Jugendliche hier besonders schwer, einen dauerhaften Arbeitsplatz zu finden. Für das Arbeitsamt sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oft die einzige Möglichkeit, Arbeitsuchenden zu helfen.

In Nordrhein-Westfalen ist die Arbeitslosigkeit zwar kaum stärker als im Durchschnitt der Bundesrepublik gestiegen; sie ist hier jedoch bereits seit längerem überdurchschnittlich hoch. Die starke Ausrichtung der Wirtschaftsstruktur auf den Montansektor hat dazu ganz wesentlich beigetragen. Schon die Belebung Ende der siebziger Jahre war am Arbeitsmarkt von Rhein und Ruhr größtenteils vorbeigegangen, so daß die Ausgangslage hier erheblich schlechter als in den meisten anderen Regionen war. Bis vor einem Jahr brachte die Abwanderung von Arbeitsuchenden, die in anderen Regionen eine Beschäftigung fanden, eine gewisse Entlastung. Das gilt inzwischen nicht mehr in gleichem Maße, und ob sich weiterhin, wie bislang immer wieder, in nicht wenigen Fällen mit staatlicher Hilfe, Entlassungen größeren Umfangs abwenden lassen, ist nicht sicher. Als Beispiel für die ungewisse künftige Entwicklung kann die Stadt Duisburg dienen. Hier arbeiten fast zwei Drittel aller Beschäftigten in der eisenschaffenden Industrie. Die lang anhaltende Krise in diesem Wirtschaftsbereich hat die Beschäftigtenzahl beträchtlich schrumpfen lassen. Schon von Mitte der siebziger Jahre an wanderten viele Arbeitnehmer ab, nicht wenige bevor sie ihren Arbeitsplatz verloren, viele auch erst danach. Ein ungewöhnlich hoher Anteil von Arbeitslosen, die den Problemgruppen zugerechnet werden, ist das Ergebnis. In Duisburg ist

Tabelle 9

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken

Arbeitslosenquoten in vH [1])

	Einheit [2])	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982 [3])
Schleswig-Holstein-Hamburg	I	1,2	2,5	4,6	4,6	4,8	4,6	4,0	3,6	5,8	9,8
	II	0,8	1,5	3,7	3,9	4,1	3,4	2,9	2,6	4,0	6,4
	III	2,4	5,1	6,4	5,9	6,2	5,6	5,5	5,7	8,9	12,9
Niedersachsen-Bremen	I	1,7	3,1	5,4	5,4	5,5	5,2	4,7	4,7	6,8	10,5
	II	0,8	2,0	4,0	3,9	4,1	3,9	3,6	3,6	5,6	7,2
	III	5,0	7,1	9,8	9,5	9,5	8,8	8,2	7,5	12,6	17,6
Nordrhein-Westfalen	I	1,3	2,9	4,8	4,9	5,0	5,0	4,6	4,6	6,4	9,0
	II	0,6	1,7	3,2	3,3	3,1	2,9	2,6	2,9	4,1	5,6
	III	2,5	4,6	6,5	6,8	7,1	7,8	7,3	6,6	8,5	11,7
Hessen	I	1,0	2,4	4,5	4,4	4,0	3,6	2,9	2,8	4,3	7,0
	II	0,5	1,4	3,1	3,1	2,9	2,3	2,2	2,3	3,5	4,8
	III	2,0	3,5	6,1	5,8	5,5	5,0	4,2	4,1	6,4	9,4
Rheinland-Pfalz-Saarland	I	1,3	3,1	5,3	5,2	5,2	5,1	4,3	4,4	6,0	8,7
	II	0,4	1,6	3,7	3,6	3,7	3,4	2,9	3,0	4,8	6,3
	III	3,4	6,0	7,6	7,7	8,4	8,6	7,6	7,5	9,3	11,4
Baden-Württemberg	I	0,5	1,4	3,5	3,4	2,9	2,6	2,1	2,3	3,3	5,0
	II	0,3	0,9	2,6	2,1	1,8	1,7	1,4	1,4	2,1	3,4
	III	0,8	2,1	5,7	4,6	3,9	4,0	3,4	3,4	4,6	6,1
Nordbayern [4])	I	1,3	2,7	5,6	5,7	5,2	4,8	4,1	4,0	6,0	9,3
	II	0,6	1,6	4,0	4,2	3,7	3,5	2,7	2,7	4,9	7,1
	III	3,7	6,0	9,7	10,1	9,6	9,5	8,0	7,4	10,4	13,4
Südbayern [4])	I	1,3	2,8	4,8	4,5	4,1	3,7	3,2	3,1	4,4	7,5
	II	0,7	1,9	3,6	3,1	3,0	2,8	2,2	2,4	3,3	4,7
	III	5,7	7,8	10,5	10,5	9,6	9,1	7,9	8,3	11,4	14,4
Berlin (West)	I	1,1	2,0	3,7	3,9	4,5	4,6	4,0	4,3	5,8	8,4
Bundesgebiet	I	1,2	2,6	4,7	4,6	4,5	4,3	3,8	3,8	5,5	7,4
Mittlere Abweichung [5])		0,61	0,88	1,00	1,08	1,19	1,25	1,21	1,16	1,53	2,00

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in vH.
Für Bundesgebiet und Landesarbeitsamtsbezirke: Berechnet mit den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Mikrozensus-Ergebnissen.
Für Arbeitsamtsbezirke: Berechnet aufgrund geschätzter Arbeitnehmeranteile an der Wohnbevölkerung.
[2]) I: Durchschnittliche Arbeitslosenquote.
II: Kleinste Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.
III: Größte Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.
[3]) Januar bis September.
[4]) Wegen Gebietsänderungen einiger Arbeitsamtsbezirke sind die Ergebnisse ab 1977 mit denen für frühere Jahre nur bedingt vergleichbar.
[5]) Mittlere Abweichung der Arbeitslosenquoten in den Arbeitsamtsbezirken vom Gesamtdurchschnitt im jeweiligen Jahr.

Quelle für Grundzahlen: BA

der Anteil Arbeitsloser, die älter als 55 Jahre oder schon über ein Jahr ohne Arbeit sind, ungewöhnlich hoch. Auch überdurchschnittlich viele haben keine berufliche Ausbildung. Zuletzt lag die Arbeitslosenquote bei 11 vH, das heißt rund 23 000 Personen waren ohne Arbeit; ebenso viele mußten kurzarbeiten.

Nicht ganz so ungünstig ist die Beschäftigungslage im Süden Deutschlands. Vor allem in Rheinland-Pfalz, einem Land, das ehedem zu den sogenannten strukturschwachen Gebieten zählte, ist die Arbeitslosenquote in den letzten drei Jahren weniger gestiegen als in den übrigen Regionen. Baden-Württemberg, Südbayern und Hessen können schon traditionell als Länder gelten, in denen die Arbeitslosigkeit weniger hoch ist als sonst in der Bundesrepublik.

81. Hohe Arbeitslosigkeit wird um so mehr zu einem sozialen Problem, je stärker sie auf einzelne

Personengruppen konzentriert ist. Das Risiko, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, wie auch das Risiko, längere Zeit arbeitslos zu bleiben, ist erfahrungsgemäß unterschiedlich verteilt. Wie die Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit vom Mai dieses Jahres zeigt, hat im Zuge des verstärkten Beschäftigungsproblems das Risiko des Arbeitsplatzverlustes allgemein zugenommen, und nicht nur bei den sogenannten Problemgruppen, also etwa bei Ungelernten, älteren Arbeitnehmern oder Arbeitnehmern, die aus gesundheitlichen Gründen keine volle Arbeitsleistung erbringen können; deren Chancen der Wiedereingliederung haben sich allerdings überdurchschnittlich verschlechtert. Schon bei gleichbleibendem Umfang der Arbeitslosigkeit haben es Arbeitskräfte, die zu den Problemgruppen zählen, schwer, einen neuen Arbeitsplatz zu finden; bei steigender Arbeitslosigkeit wie 1982 gilt dies um so mehr (Tabelle 10).

Tabelle 10

Zur Struktur der Zugänge und Abgänge an Arbeitslosen

Anteil in vH

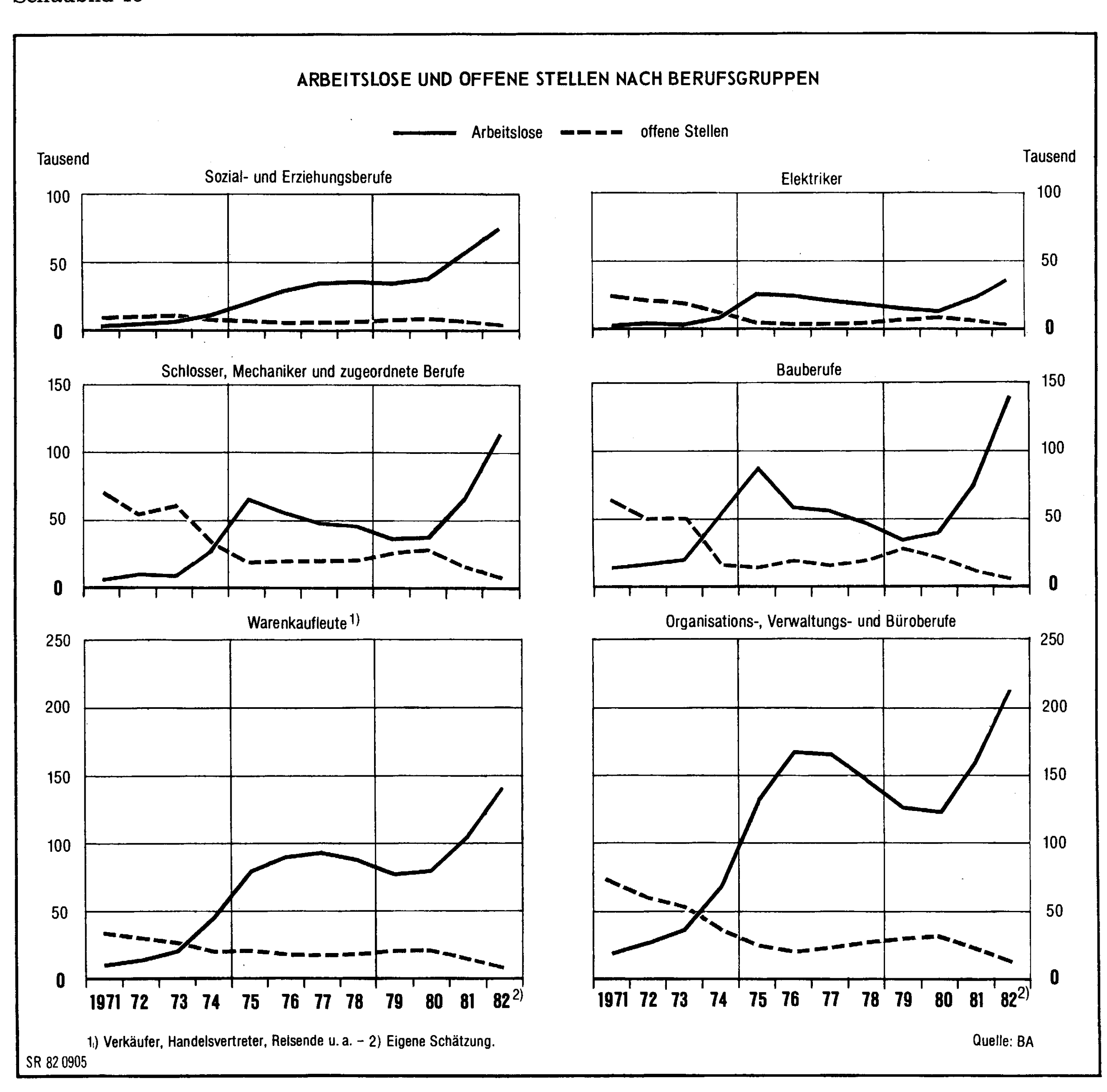
Arbeitslose	Zugänge			Abgänge			Abgänge in ein Arbeitsverhältnis	
	Mai/Juni							
	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1981	1982
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer	54,0	56,4	59,1	57,2	59,7	63,2	63,2	67,9
Frauen	46,0	43,6	40,9	42,8	40,3	36,8	36,8	32,1
Nach Nationalität								
Deutsche	82,4	85,7	86,9	82,5	85,8	86,9	86,4	88,2
Ausländer	17,6	14,3	13,1	17,5	14,2	13,1	13,6	11,8
Nach Berufsausbildung								
ohne Abschluß	56,6	54,7	49,8	57,1	55,3	48,9	52,2	44,4
mit betrieblichem Abschluß	35,8	36,8	41,1	36,0	37,3	44,2	39,6	48,5
mit sonstigem Abschluß	7,6	8,4	9,0	6,9	7,4	6,9	8,2	7,1
Mit gesundheitlichen Einschränkungen	20,8	16,3	13,8	20,3	16,3	13,4	12,9	10,1
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit								
unter 1 Monat	.	.	.	28,0	20,6	14,2	24,9	17,1
1 bis unter 3 Monate	.	.	.	28,0	29,2	23,4	30,9	26,0
3 bis unter 6 Monate	.	.	.	19,6	24,9	27,1	24,6	28,7
6 bis unter 12 Monate	.	.	.	15,3	18,2	26,0	15,6	23,2
1 bis unter 2 Jahre	.	.	.	6,7	5,6	7,8	3,2	4,4
2 Jahre und länger	.	.	.	2,5	1,4	1,5	0,7	0,6
Nach Altersgruppen								
unter 25 Jahre	36,6	37,3	37,3	34,9	35,4	35,4	37,5	37,2
25 bis unter 55 Jahre	57,5	56,8	57,5	58,8	59,4	59,4	59,8	60,1
55 Jahre und älter	6,0	5,9	5,2	6,2	5,3	5,2	2,7	2,7
Nach vorherigem Erwerbsstatus								
Arbeitsverhältnis	79,9	79,9	77,6	81,1	84,0	83,5	85,7	86,6
betriebliche Ausbildung	.	2,7	3,5	.	1,7	2,2	1,9	2,4
sonstige Erwerbstätigkeit	1,9	1,5	1,9	2,1	1,6	1,7	1,6	1,7
Unterbrechung der Erwerbstätigkeit von 6 Monaten und länger	9,7	8,6	10,1	9,6	7,7	8,4	5,7	5,7
ohne bisherige Erwerbstätigkeit	8,5	7,3	7,0	7,2	5,0	4,2	4,9	3,5

Quelle: BA

82. Die Unternehmen entlassen nach Möglichkeit zuerst Arbeitskräfte ohne Berufsausbildung und nehmen dabei in Kauf, daß deren Tätigkeiten teilweise von gelernten Kräften übernommen werden. Nach der Erhebung der Bundesanstalt für Arbeit vom Mai und Juni 1982 verloren zwar in weit größerem Maße als im vergangenen Jahr auch beruflich qualifizierte Arbeitnehmer ihre Stelle; so häufig wie bei Ungelernten waren Entlassungen gleichwohl nicht. Daß sich unter den Arbeitslosen nun zunehmend auch solche mit beruflicher Ausbildung und Erfahrung finden, trägt indes mit dazu bei, die Wiederbeschäftigungschancen für Arbeitslose mit geringerer Qualifikation beträchtlich zu vermindern. Dies wiederum schlägt sich in einer noch längeren Dauer der Arbeitslosigkeit Ungelernter nieder (6 1/2 Monate). Die Anzahl derer, die resignierend die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgegeben haben, hat gleichzeitig zugenommen.

83. Die Veränderung der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Berufsgruppen spiegelt das unterschiedliche Ausmaß des Beschäftigungsrückgangs in den einzelnen Wirtschaftszweigen. So hat die anhaltende Krise in der Bauwirtschaft die Arbeitslosigkeit in den Bauberufen besonders stark steigen lassen. Überdurchschnittlich zugenommen hat sie auch in einer Reihe von Metallberufen und Elektroberufen entsprechend dem Produktionsrückgang in den Investitionsgüterindustrien; vor allem Schlosser und Elektriker waren davon betroffen (Schaubild 15).

Schaubild 15

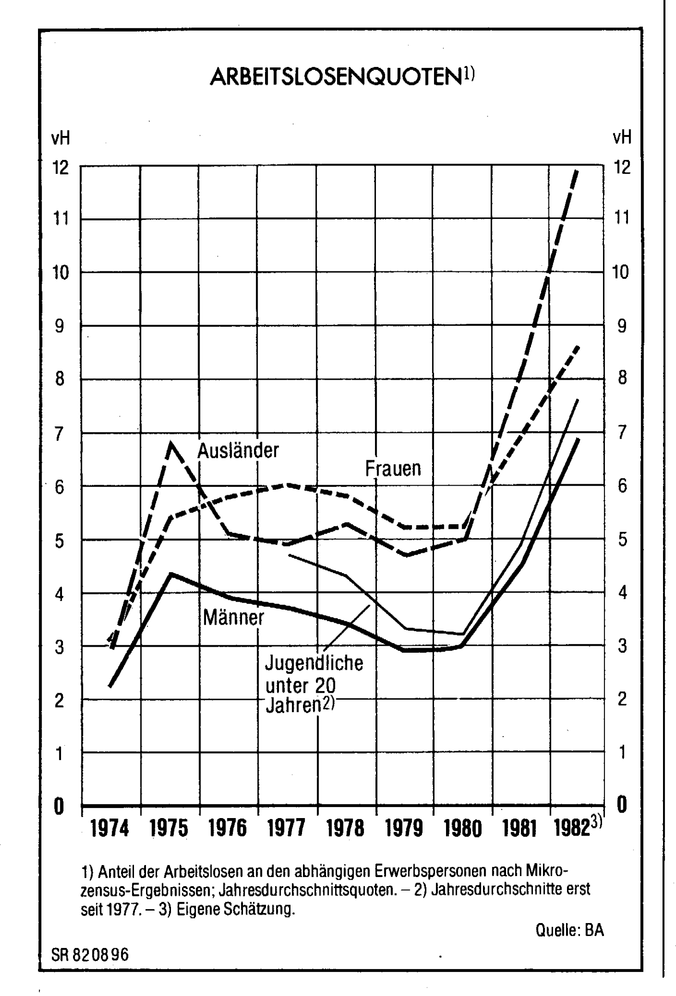


Auch bei den Angestellten ist die Arbeitslosigkeit vermehrt gestiegen, jedoch weniger stark als bei den Arbeitern, jedenfalls im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt.

Der allgemeine Beschäftigungsmangel hat für den einzelnen die Möglichkeiten verengt, seine Beschäftigungschancen durch einen beruflichen Wechsel zu erhöhen. Denn immer häufiger stehen, wenn ein Arbeitsplatz neu zu besetzen ist, genügend Arbeitslose bereit, die für diese Tätigkeit schon Kenntnisse und Erfahrungen mitbringen. Noch im Jahre 1981 hatten die Arbeitsämter etwa die Hälfte aller Arbeitslosen, denen sie zu einer neuen Beschäftigung verhelfen konnten, in einen anderen Beruf als den zuvor ausgeübten vermittelt, dieses Jahr waren es gerade noch 40 vH. Auch die Vermittlung in andere Wirtschaftszweige war im Vergleich zum Vorjahr geringer.

84. Für Frauen hat sich 1982 die Arbeitsmarktlage abermals nicht in dem Ausmaß verschlechtert wie für Männer. Im Oktober 1982 war die Anzahl arbeitsloser Frauen um 190 000 oder 28 vH höher als ein Jahr zuvor, die der arbeitslosen Männer dagegen um 360 000 oder 53 vH. Anders als in den vergangenen Jahren trugen Frauen in diesem Jahr kein größeres Risiko als Männer, arbeitslos zu werden. Die weniger ungünstige Entwicklung bei den Angestelltenberufen dürfte hierfür ausschlaggebend gewesen sein. Wegen der deutlich geringeren Wiederbeschäftigungschancen war die Arbeitslosenquote bei Frauen mit 9,3 vH im Oktober jedoch immer noch viel höher als bei Männern (Schaubild 16).

Schaubild 16



1) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen nach Mikrozensus-Ergebnissen; Jahresdurchschnittsquoten. – 2) Jahresdurchschnitte erst seit 1977. – 3) Eigene Schätzung.

Quelle: BA

SR 820896

85. Für ausländische Arbeitskräfte verminderten sich die Beschäftigungschancen insbesondere aus zwei Gründen. Zum einen sind Ausländer vor allem in den Wirtschaftsbereichen tätig, in denen der Beschäftigungsabbau besonders stark war. Zum anderen nehmen sie überwiegend Arbeitsplätze ein, die von den Betrieben vergleichsweise rasch an den Produktionsumfang angepaßt werden können, vornehmlich also solche Arbeitsplätze, die wenig Ausbildung und Einarbeitungszeit erfordern. So war der Beschäftigungsabbau schon im vergangenen Jahr in erheblichem Maße zu Lasten ausländischer Arbeitnehmer gegangen (Tabelle 11). Auch 1982 traf dies zu, wenngleich nicht mehr so ausgeprägt. Eine nicht unbedeutende Rolle spielt auch, daß es heute mehr ausländische Jugendliche gibt als früher, die erstmals einen Arbeitsplatz suchen. Zuletzt waren 260 000 Ausländer arbeitslos, mehr als 12 vH aller ausländischen Arbeitnehmer.

86. Überraschen mag auf den ersten Blick, daß die Anzahl der arbeitslosen Älteren im Verlauf des Jahres 1982 gesunken ist. Maßgebend dafür war offensichtlich die Neuregelung der Finanzierung des Arbeitslosengeldes für 59jährige und ältere Arbeitnehmer (Ziffer 96). Die Anzahl derer, die sich bei den Arbeitsämtern neu als arbeitslos meldeten, ging in dieser Altersgruppe deutlich zurück. Am Umfang der Abmeldungen, der wesentlich vom vorzeitigen Bezug des Altersruhegeldes bestimmt wird, hat sich dagegen wenig geändert.

87. Wie ungünstig die Beschäftigungschancen 1982 waren, zeigt sich nicht zuletzt auch daran, daß es noch länger dauerte als im Vorjahr, bis arbeitslos gewordene Arbeitnehmer wieder in Beschäftigung kamen. Nur noch jeder Sechste hatte innerhalb eines Monats einen neuen Arbeitsplatz. Ein Jahr zuvor galt dies noch für jeden Fünften. Auf der anderen Seite sind Arbeitsuchende, die schon länger als ein Jahr arbeitslos waren, bei der Vergabe einer Arbeitsstelle etwas häufiger zum Zuge gekommen als 1981. Dies könnte darauf hindeuten, daß nicht allein schon eine lange Dauer der Arbeitslosigkeit als chancenminderndes Merkmal bei Einstellungen angesehen wird, und daß sie bei Gruppen in unterschiedlichem Alter und mit unterschiedlicher beruflicher Qualifikation nicht in gleicher Weise einer Wiedereingliederung im Wege steht.

Die größeren Probleme, die gesundheitlich beeinträchtigte Arbeitslose haben, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, zeigen sich auch bei der Dauer der Arbeitslosigkeit; in diesem Jahr betrug sie durchschnittlich neun Monate, über einen Monat mehr als 1981. Bei den übrigen Arbeitslosen waren es 1982 rund fünfeinhalb Monate.

Tabelle 11

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

Arbeitslose	September									
	1977		1978		1979		1980		1981	
	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH
Insgesamt	911	*100*	864	*100*	737	*100*	823	*100*	1256	*100*
Männer	424	*46,6*	389	*45,0*	317	*43,0*	369	*44,8*	616	*49,1*
Frauen	487	*53,4*	476	*55,0*	420	*57,0*	454	*55,2*	640	*50,9*
Nach Nationalität										
Deutsche	827	*90,7*	774	*89,6*	659	*89,5*	722	*87,7*	1075	*85,6*
Ausländer	84	*9,3*	90	*10,4*	77	*10,5*	101	*12,3*	181	*14,4*
Nach Berufsausbildung										
mit Abschluß	426	*46,8*	394	*45,6*	344	*46,7*	379	*46,0*	568	*45,2*
ohne Abschluß	485	*53,2*	470	*54,4*	393	*53,3*	444	*54,0*	688	*54,8*
Stellung im Beruf										
Facharbeiter	117	*12,9*	114	*13,2*	94	*12,7*	109	*13,2*	182	*14,5*
Nichtfacharbeiter	413	*45,3*	406	*47,0*	340	*46,1*	392	*47,6*	632	*50,3*
Angestellte										
mit gehobener Tätigkeit	246	*27,0*	219	*25,3*	193	*26,2*	205	*24,9*	282	*22,5*
mit einfacher Tätigkeit	135	*14,8*	125	*14,5*	110	*15,0*	117	*14,2*	160	*12,8*
Nach gewünschter Arbeitszeit										
Vollzeitarbeit	732	*80,4*	686	*79,4*	581	*78,9*	660	*80,2*	1044	*83,1*
Teilzeitarbeit	179	*19,6*	178	*20,6*	155	*21,1*	163	*19,8*	212	*16,9*
Mit gesundheitlichen Einschränkungen	244	*26,8*	254	*29,4*	250	*33,9*	265	*32,2*	323	*25,7*
darunter: Schwerbehinderte	46	*5,0*	55	*6,3*	61	*8,3*	67	*8,2*	90	*7,2*
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit										
unter 1 Monat	146	*16,0*	136	*15,7*	122	*16,6*	145	*17,7*	200	*15,9*
1 bis unter 3 Monate	233	*25,6*	217	*25,1*	186	*25,2*	226	*27,5*	332	*26,4*
3 bis unter 6 Monate	165	*18,1*	154	*17,8*	135	*18,3*	153	*18,6*	245	*19,5*
6 bis unter 12 Monate	199	*21,8*	183	*21,1*	147	*20,0*	158	*19,2*	276	*21,9*
1 bis unter 2 Jahre	106	*11,7*	98	*11,3*	85	*11,6*	79	*9,6*	131	*10,4*
2 Jahre und länger	63	*6,9*	77	*9,0*	61	*8,3*	61	*7,4*	73	*5,8*
Nach Altersgruppen										
unter 20 Jahre	106	*11,6*	92	*10,6*	69	*9,3*	81	*9,9*	135	*10,8*
20 bis unter 25 Jahre	162	*17,8*	154	*17,8*	124	*16,8*	144	*17,4*	240	*19,1*
25 bis unter 35 Jahre	232	*25,4*	217	*25,2*	181	*24,5*	207	*25,1*	334	*26,6*
35 bis unter 45 Jahre	169	*18,6*	157	*18,2*	129	*17,5*	143	*17,4*	216	*17,2*
45 bis unter 55 Jahre	135	*14,8*	128	*14,9*	111	*15,1*	121	*14,7*	173	*13,8*
55 Jahre und älter	108	*11,8*	115	*13,4*	123	*16,7*	128	*15,5*	158	*12,6*
darunter 59 Jahre und älter	43	*4,7*	43	*5,0*	61	*8,3*	64	*7,8*	81	*6,4*
Mit Sozialplan	.	.	.	.	17	*2,4*	24	*2,9*	28	*2,2*
Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz										
Bezieher von Arbeitslosengeld	385	*42,3*	342	*39,6*	280	*38,0*	308	*37,4*	499	*39,7*
Bezieher von Arbeitslosenhilfe	133	*14,6*	127	*14,7*	98	*13,3*	97	*11,8*	147	*11,7*
Leistungen beantragt	232	*25,4*	214	*24,8*	189	*25,7*	242	*29,4*	342	*27,3*
keine Leistungen	161	*17,7*	181	*20,9*	170	*23,0*	176	*21,4*	268	*21,4*
Nachrichtlich: Vor der Arbeitslosigkeit in schulischer Ausbildung	50	*5,5*	43	*5,0*	32	*4,3*	37	*4,5*	63	*5,0*

Quelle: BA

Jugendarbeitslosigkeit: ein drängendes Problem

88. Binnen Jahresfrist hat sich die Anzahl arbeitsloser Jugendlicher unter 20 Jahren um 42 vH auf zuletzt 190 000 erhöht. Dies entspricht einer Arbeitslosenqote von 8,7 vH, knapp ein Prozentpunkt mehr als bei allen Arbeitnehmern. Im Gegensatz zu den vorhergehenden Jahren waren somit Jugendliche in diesem Jahr mehr als Ältere von Arbeitslosigkeit betroffen. Zieht man die Abgrenzung der Altersgruppe der Jugendlichen etwas weiter, nämlich bis zu Personen unter 25 Jahren, so dürfte der Befund noch gravierender ausfallen. Die Nachfrage der Jungen nach Arbeitsplätzen und Lehrstellen hält weiter an, zumal nun jene hinzukommen, die durch die Einführung längerer Schulzeiten zunächst dem Arbeitsmarkt ferngeblieben waren. Wegen der nachlassenden Produktionstätigkeit war die Situation für Berufsanfänger ungünstiger als in den letzten Jahren geworden. Der Einstieg ins Erwerbsleben nach der Ausbildung wurde häufiger als früher durch eine, wenn auch zumeist kurze, Phase der Arbeitslosigkeit verzögert. Auch nach einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, sei es durch schulische Weiterbildung oder durch Wehrdienst, scheint es für Jüngere zunehmend schwierig geworden zu sein, sofort wieder eine neue Stelle zu erhalten.

89. Sorge bereitete zu Anfang des Jahres vor allem das Angebot an Lehrstellen. Befragungen von Unternehmen hatten befürchten lassen, daß die Anzahl der Ausbildungsplätze 1982 deutlich zurückgehen würde, während gleichzeitig mehr Schulabgänger erwartet wurden. Bis zum Herbst gelang es jedoch, die Lage zumindest insoweit zu verbessern, daß die Anzahl der den Arbeitsämtern gemeldeten Bewerber, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten, zuletzt nicht über 36 000 lag, im Vergleich zu 22 000 vor einem Jahr (Tabelle 12). Dies dürfte auf der einen Seite der Erfolg von Bemühungen sein, Arbeitgeber zu motivieren, doch mehr Ausbildungsplätze als ursprünglich geplant bereitzustellen. Auf der anderen Seite hat wohl abermals ein zunehmender Teil der Jugendlichen den Wunsch nach einer Lehrstelle zeitweilig zurückgestellt und sich nach Ersatzlösungen umgesehen. So entschieden sich mehr Jungen und Mädchen dafür, ihre Bewerbung zurückzuziehen und berufsvorbereitende Lehrgänge oder weiterführende Schulen zu besuchen. Daß in einigen Bundesländern alle Jugendlichen, die letztlich keinen Ausbildungsvertrag erhalten haben, verpflichtet sind, an einem berufsvorbereitenden Lehrgang teilzunehmen, wird diese Entscheidung begünstigt haben. Die Erleichterung darüber, daß es nicht so schlimm wie erwartet gekommen ist, darf allerdings nicht vergessen machen, daß es in diesem Jahr zum erstenmal seit 1978 wieder eine Lücke im Angebot an Ausbildungsplätzen von 2,6 vH gab. In nahezu allen Landesarbeitsamtsbezirken waren mehr Bewerber, die noch keine Lehrstelle bekommen hatten, gemeldet als unbesetzte Ausbildungsplätze. Ausnahmen bilden Baden-Württemberg und

Tabelle 12

Angebotene und nachgefragte Ausbildungsplätze

1000

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge[1])	Unbesetzte Ausbildungsstellen	Nichtvermittelte Bewerber	Angebot an Ausbildungsplätzen (1) + (2)	Nachfrage nach Ausbildungsplätzen (1) + (3)
		30. September[2])			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1972	456[a])	182	.	638	.
1973	450	102	.	552	.
1974	450	29	21	479	471
1975	462	18	24	480	486
1976	499	18	28	517	527
1977	558	26	27	584	585
1978	602	22	26	624	629
1979	640	37	20	677	660
1980	650	45	17	695	667
1981	605	37	22	642	627
1982	590[b])	20	36	610[b])	626[b])

[1]) Für 1972 bis 1975 aufgrund der Auszubildendenstatistik zum 31. Dezember ermittelt, danach Erhebung zum 30. September.
[2]) Der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Ausbildungsstellen bzw. Bewerber.
[a]) Schätzung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft.
[b]) Eigene Schätzung.

Quelle: BMBW; BA

Südbayern, hier war über die Hälfte der insgesamt noch 20 000 unbesetzten Lehrstellen registriert. In Stuttgart und Umgebung sowie in München und in Augsburg konnte nahezu jeder Schulabgänger einen Ausbildungsplatz finden; in Flensburg dagegen blieben rund 15 vH ohne Erfolg. Im Endergebnis dürfte die Gesamtzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit 590 000 um etwa 2,5 vH niedriger sein als 1981, nach einer Abnahme von 6,9 vH im Vorjahr.

Im Vergleich zu den regionalen Ungleichgewichten waren die strukturellen Unterschiede zwischen angebotener Berufsausbildung und den Wünschen der Bewerber von nachrangiger Bedeutung. Die meisten Jugendlichen orientierten sich an den Berufsmöglichkeiten in ihrer Heimat. Verschiedene Untersuchungen zeigen, daß mangels Lehrstellen nur die Hälfte der Lehrlinge den ursprünglich angestrebten Beruf erlernten, nur jeder Dritte kam in dem Beruf unter, den er sich eigentlich gewünscht hatte. Insbesondere Mädchen hatten bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz wachsende Schwierigkeiten. Gravierend aber war vor allem die Situation bei den Problemgruppen in der Berufsbildung, wie Sonderschülern, Hauptschülern ohne Abschluß, behinderten Jugendlichen und jungen Ausländern.

90. In geringer, aber deutlich steigender Anzahl sind Jugendliche nach ihrer Lehre von Arbeitslosigkeit betroffen. Dies gilt vor allem für Berufsgruppen wie Automechaniker, Friseure oder Arzthelfer. In der Regel sind sie zwar nicht so lange arbeitslos wie Ältere, aber immer häufiger sind sie gezwungen, einen Arbeitsplatz anzunehmen, der nicht ihrer Ausbildung entspricht. Daß allerdings ausgebildete Jugendliche überhaupt keinen Arbeitsplatz fanden, blieb auch in diesem Jahr eher die Ausnahme. Denn viele Arbeitgeber gehen davon aus, daß es Arbeitskräften mit einer beruflichen Qualifikation leichter als Ungelernten fällt, sich auf andere Tätigkeiten umzustellen und Neues hinzuzulernen.

91. Viele der Jugendlichen, die im Wettbewerb um eine Lehrstelle unterlegen sind, und auch diejenigen, die von vornherein auf eine berufliche Ausbildung verzichten, versuchen, als Ungelernte einen Arbeitsplatz zu finden. Vor allem junge Ausländer haben kaum eine andere Wahl, obwohl sie sich im Hinblick auf den Wunsch nach einer Ausbildung kaum von Deutschen unterscheiden. Die Beschäftigungschancen für Jugendliche ohne berufliche Ausbildung haben sich allerdings weiter verringert. Läßt man die Jugendlichen, die sich in einer Ausbildung befinden, unberücksichtigt, so war 1982 die Arbeitslosenquote von Jüngeren ohne abgeschlossene Ausbildung etwa viermal so hoch wie die der Jugendlichen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung.

Arbeitsmarktpolitik unter dem Druck finanzieller Engpässe

92. Angesichts des hohen Defizits der Bundesanstalt für Arbeit und der finanziellen Engpässe des Staates hatte die Bundesregierung im vergangenen Jahr beschlossen, vor allem bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik spürbare Einschnitte vorzunehmen (JG 81 Ziffern 418 ff.). Das dazu erlassene Gesetz zur Konsolidierung der Arbeitsförderung ist seit nahezu einem Jahr in Kraft. In der Regel werden nur noch Arbeitslose, die zuvor längere Zeit beschäftigt wa-

Tabelle 13

Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Jahr	Arbeitslose	Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung [1]		Teilnehmer an allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	
	Anzahl in 1000		Anteil in vH der Arbeitslosen	Anzahl in 1000	Anteil in vH der Arbeitslosen
1975	1 074	127	*11,82*	16	*1,49*
1976	1 060	97	*9,15*	29	*2,74*
1977	1 030	65	*6,31*	38	*3,69*
1978	993	63	*6,34*	51	*5,14*
1979	876	73	*8,33*	51	*5,82*
1980	889	90	*10,12*	41	*4,61*
1981	1 272	108	*8,49*	38	*2,99*
1982 [2]	1 799	117 [a]	*6,50*	29	*1,61*

[1] Fortbildung und Umschulung, ohne Einarbeitung.
[2] Durchschnitt Januar bis Oktober.
[a] Eigene Schätzung.

Quelle: IAB

ren, gefördert. Außerdem ist die Möglichkeit für den Einsatz einer Reihe von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verengt worden. Die erhofften Einsparungen kamen vorerst zwar nur teilweise zustande, weil die Bundesanstalt für Arbeit noch Verpflichtungen einzuhalten hatte, die sie in der Vergangenheit eingegangen war; in Anbetracht der deutlich verschärften Beschäftigungsprobleme und des zunehmenden Ungleichgewichts am Arbeitsmarkt sind die Einschränkungen gleichwohl stark spürbar geworden. Der Anteil der Arbeitslosen, die mit Hilfe der einzelnen Maßnahmen gefördert oder in Arbeit vermittelt werden konnten, ist beträchtlich zurückgegangen (Tabelle 13). Da die Kürzungen in vielen Fällen überwiegend von dem Bestreben bestimmt waren, Mittel einzusparen, und arbeitsmarktpolitische Ziele dabei kaum berücksichtigt wurden, stießen sie zunehmend auf Kritik. Das gilt vor allem für die Kürzungen bei der Förderung der beruflichen Bildung, zum Teil aber auch für die Kürzungen bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Dagegen wurden gegen die Einschränkungen der Eingliederungsbeihilfe und gegen die Belastung der Arbeitgeber mit den Kosten des Arbeitslosengeldes für 59jährige Arbeitslose wegen der vermuteten hohen Mitnehmereffekte und des möglichen Mißbrauchs kaum Bedenken laut.

93. Bei der Förderung der beruflichen Bildung sowie der beruflichen Rehabilitation hatte man sich schon für 1982 eine beträchtliche Verringerung der Ausgaben ausgerechnet. Vor allem durch Kürzungen beim Unterhaltsgeld sollten 30 vH der Mittel eingespart werden. In den kommenden Jahren dürften die Neuregelungen die Zahlungen auch tatsächlich verringern, in diesem Jahr kam es jedoch noch nicht dazu. Lehrgänge zur beruflichen Bildung dauern in der Regel 6 bis 18 Monate, manche sogar drei Jahre und länger; daher ragen noch viele der vor 1982 begonnenen Lehrgänge in dieses Jahr hinein, und die überwiegende Zahl der Teilnehmer erhält noch die Leistungssätze, die vor der Gesetzesänderung gegolten haben. Hinzu kommt, daß man noch zu Beginn des Jahres 1981 für eine Teilnahme an der beruflichen Bildung geworben hatte, nicht ohne Erfolg. Dies dürfte dazu beigetragen haben, daß die durchschnittliche Anzahl der Teilnehmer bis zuletzt noch über dem Stand des Vorjahres lag.

Der Gesetzgeber wollte die Bereitschaft zur Weiterbildung allerdings auch nicht verringern. Denn die Einstellungschancen sind, wie die Erfahrung dieses Jahres ebenfalls zeigt, nach erfolgreichem Abschluß eines Lehrgangs erheblich besser. Ob es gelungen ist, die Bildungsbereitschaft auf dem gleichen Stand zu halten, läßt sich nicht an der bisherigen Entwicklung der Teilnehmerzahlen ablesen. Die Folgen der Kürzungen werden erst nach und nach sichtbar werden. Erkennbar ist indes schon jetzt, daß seit Anfang 1982 immer weniger Anträge auf Fortbildung und Umschulung gestellt werden. Für viele dürften die Anreize, sich weiterzubilden, infolge der niedrigeren Unterhaltszahlungen kleiner geworden sein.

Die Anzahl derer, die eine Ausbildung begannen, war in den Monaten August und September 1982 um 17 vH niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Rückgang betraf nicht nur Arbeitnehmer, die sich, ohne arbeitslos zu sein, weiterbilden wollen, sondern auch Arbeitnehmer, die zu den Zielgruppen der Förderung der beruflichen Bildung gehören. Die Anzahl der Arbeitslosen unter den Teilnehmern nahm zwar um 6 vH zu, die Anmeldungen zu beruflichen Bildungsmaßnahmen entwickelten sich aber bei arbeitslosen Männern (+ 16 vH) und arbeitslosen Frauen (− 8 vH) gegenläufig. Nicht nur die Teilnahme von Frauen, die nach längerer Unterbrechung wieder eine Erwerbstätgkeit anstreben, ist zurückgegangen, sondern auch die Teilnahme arbeitsloser Frauen, die zuvor beschäftigt waren. Negative Auswirkungen zeigten sich insbesondere bei der Gruppe der ungelernten und angelernten Arbeitnehmer, die in der Regel während eines Beschäftigungsverhältnisses nur in vergleichsweise geringem Umfang in die betriebliche Weiterbildung einbezogen werden und die deshalb in erster Linie auf die Maßnahmen der Bundesanstalt verwiesen sind; die Anzahl der Männer, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, war um etwa 8 vH, die der Frauen um mehr als ein Viertel niedriger als vor einem Jahr. Ein beträchtlicher Rückgang war ferner bei den Teilnehmern ohne Hauptschulabschluß zu verzeichnen. Die Anzahl der Arbeitslosen, die zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten in Orientierungslehrgänge eintraten, war um 18 vH niedriger als vor einem Jahr.

Der erwartete Rückgang der Teilnahme an Lehrgängen könnte viele Träger von Maßnahmen der beruflichen Bildung in finanzielle Schwierigkeiten bringen. Hinzu kommt, daß die Arbeitsverwaltung bestrebt ist, die Kosten der Lehrgänge zu senken. Es wird vermutet, daß dabei überwiegend auf die Durchschnittskosten geachtet wird, zu Lasten solcher Maßnahmen, die neben dem normalen Unterricht auch eine besondere Betreuung von Problemgruppen vorsehen.

94. Erhebliche Einschränkungen wurden auch bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschlossen. Auch hier waren die in den vorangegangenen Jahren eingegangenen Verpflichtungen noch so groß, daß die Einsparungen bislang nur zum Teil wirksam wurden. Gleichwohl ging die Anzahl der in solchen Projekten beschäftigten Arbeitnehmer beträchtlich zurück. In den vergangenen Jahren war man gerade mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zunehmend bemüht gewesen, Arbeitslose wieder zu beschäftigen, die zu den benachteiligten Personengruppen am Arbeitsmarkt gehören, etwa Ältere und Ungelernte. Vor allem für langfristig Arbeitslose wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vielfach als wirksames Mittel angesehen, um zu verhindern, daß mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit Kenntnisse veralten und Berufserfahrungen schwinden. Untersuchungen zufolge waren die Maßnahmen trotz aller immer wieder aufgezeigten Mängel vergleichsweise erfolgreich; sie erleichterten eine Wiedereingliederung dieser Personengruppen in den Arbeitsprozeß.

Insbesondere für Maßnahmen, die von öffentlichen Stellen, also in erster Linie von den Kommunen durchgeführt wurden, verschärfte man die Voraus-

setzungen. In den letzten Jahren hatten diese den größten Anteil ausgemacht. Sie dürfen seit Anfang dieses Jahres nur noch mit Mitteln bedacht werden, wenn sie in Arbeitsamtsbezirken stattfinden, in denen die Arbeitslosenquote in den davorliegenden sechs Monaten 30 vH über dem Durchschnitt des Bundesgebietes lag. Dies bedeutet im wesentlichen, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur noch in den Arbeitsamtsbezirken Schleswig-Holsteins, Niedersachsens, Bremens, des Saarlandes und in einzelnen Regionen Nordrhein-Westfalens durchgeführt werden können. Eine Ausnahmeregelung gibt es lediglich für die Beschäftigung von Arbeitslosen, die sonst nur schwer zu vermitteln wären.

Im August dieses Jahres war die Anzahl der durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Beschäftigten um ein Drittel niedriger als vor einem Jahr. Mehr noch als die Beschäftigung von Männern (30 vH) ging die von Frauen zurück (38 vH). Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit vom Mai und Juni 1982 zufolge dürften weniger langfristig Arbeitslose, weniger Ungelernte und auch weniger gesundheitlich Behinderte als 1981 über diese Maßnahmen eine Stelle erhalten haben.

Auch die Mittel von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer wurden beträchtlich gekürzt. Hier war der Haushaltsansatz für 1982 so niedrig, daß bis zur Verabschiedung des Nachtragshaushalts im Juni keine neuen Anträge mehr bewilligt werden konnten. Inwieweit sich die Einengung des Kreises der Begünstigten — die Dauer der vorherigen Arbeitslosigkeit wurde von sechs auf zwölf Monate verlängert, das Alter von 45 Jahren auf 55 Jahre heraufgesetzt — und der weitgehende Ausschluß öffentlicher Träger auf die Anwendung dieses arbeitsmarktpolitischen Instruments auswirken werden, läßt sich daher noch nicht abschätzen.

95. Ob die Begrenzung von Lohnsubventionen in Form der Eingliederungsbeihilfe auf Fälle, in denen längerfristig Arbeitslose neu eingestellt werden, und die Kürzung des Lohnzuschusses an den Arbeitgeber von in der Regel 60 vH des Bruttolohnes auf 50 vH die Vermittlung von Problemgruppen am Arbeitsmarkt beeinträchtigt hat, ist derzeit ebenfalls noch unklar. Hier waren immer hohe Mitnehmereffekte vermutet worden. Die gegenüber dem Vorjahr um 18 vH geringere Inanspruchnahme läßt über die Auswirkung der Mittelkürzung noch keinen Schluß zu, da sie vor allem mit der allgemein gesunkenen Nachfrage nach Arbeitskräften und der daher rückläufigen Zahl der offenen Stellen zusammenhängen dürfte.

96. Eingeengt wurde auch die Möglichkeit, daß Unternehmen ältere Arbeitnehmer einvernehmlich entlassen. Seit Anfang dieses Jahres ist der frühere Arbeitgeber verpflichtet, die Finanzierung des Arbeitslosengeldes für einen 59jährigen Arbeitslosen, der eigentlich Kündigungsschutz genoß, bis zum Bezug des vorgezogenen Altersruhegeldes zu übernehmen. Damit soll verhindert werden, daß Unternehmen ihre Belegschaft ohne Not zu Lasten der Arbeitslosenversicherung verjüngen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten begründen allerdings Ausnahmen. Es ist zu vermuten, daß diese gesetzliche Neuregelung das Verhalten der Arbeitgeber beeinflußt hat. Seit Anfang 1982 ist die Anzahl der Arbeitslosen im Alter von 59 Jahren und darüber, wenn auch mit leichten saisonalen Schwankungen, zurückgegangen, nachdem sie seit Mitte der siebziger Jahre nahezu ununterbrochen gestiegen war, Ende 1981 sogar noch einmal beschleunigt. Auch die Ergebnisse der Analyse der Bundesanstalt vom Mai und Juni 1982 über die Zugänge an Arbeitslosen widersprechen dem nicht. Danach hat sich der Anteil dieser Altersgruppe an dem Gesamtzugang an allen Arbeitslosen deutlich verringert. Allein schon die kräftige Zunahme von Konkursen und Betriebsstillegungen, durch die auch ältere Arbeitnehmer, die einen Kündigungsschutz genießen, in großer Zahl ihren Arbeitsplatz verlieren, hätte eine beträchtlich höhere Arbeitslosigkeit Älterer erwarten lassen. Nicht ohne Einfluß blieb dies freilich auf Beschäftigungschancen jüngerer Arbeitskräfte.

97. Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit hat die Arbeitsämter vor zunehmende Verwaltungsaufgaben gestellt. Die Registrierung der Arbeitslosen sowie die Berechnung und die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung wird vorrangig behandelt und beansprucht, sofern dies nicht rationeller erledigt wird, immer mehr Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung. Dies hat nach Angaben der Bundesanstalt bei nahezu unveränderter Stellenzahl in verschiedenen anderen Bereichen zu einer Überlastung des Personals geführt; für Vermittlungsgespräche mit Arbeitslosen und für deren Beratung ist weniger Zeit geblieben, Betriebsbesuche sind seltener geworden, die Betreuung von Problemgruppen wird weniger intensiv durchgeführt.

III. Nur wenig nachlassender Preisauftrieb

98. Die Preisentwicklung in der Bundesrepublik war auch 1982 unbefriedigend. Im Durchschnitt des Jahres dürfte der Lebensunterhalt der privaten Haushalte noch um reichlich 5 vH teurer gewesen sein als im Vorjahr; damals hatte die Teuerung 5,9 vH betragen. Im Verlauf des Jahres fiel die Dämpfung des Preisauftriebs allerdings etwas deutlicher aus; gegen Jahresende dürfte das Preisniveau $4^1/_2$ vH höher sein als zwölf Monate zuvor. Die Bedingungen für eine Preisberuhigung waren in diesem Jahr ungleich günstiger als 1981. Anders als im Vorjahr war nämlich die Preisentwicklung 1982 nicht von massiven Importverteuerungen gekennzeichnet, und anders als damals gab es keinen zunehmenden Kostendruck im Innern. Im vergangenen Jahr waren bei auch schon abgeschwächten Lohnsteigerungen die Lohnstückkosten noch stark gestiegen, weil kapazitätsauslastungsbedingt — der Personalabbau in den Unternehmen war noch nicht sehr stark — die Produktivität nur wenig zunahm. In diesem Jahr brachten ein abnehmender Kostenanstieg im Personalbereich, günstigere Finanzierungsbedingungen sowie sinkende Rohstoffpreise eine

spürbare Entlastung. In den Absatzpreisen der Unternehmen findet sich dies nicht in vollem Umfang wieder. Trotz des Nachfragerückgangs haben die Unternehmen offenbar ihre Preise auch deshalb angehoben, weil sie hofften, so am ehesten ihre Ertragslage und ihre angeschlagene Finanzkraft wieder zu verbessern. Das scheint, bei aller Verschiedenheit der Ertragsentwicklung im einzelnen, im Durchschnitt auch tatsächlich gelungen zu sein.

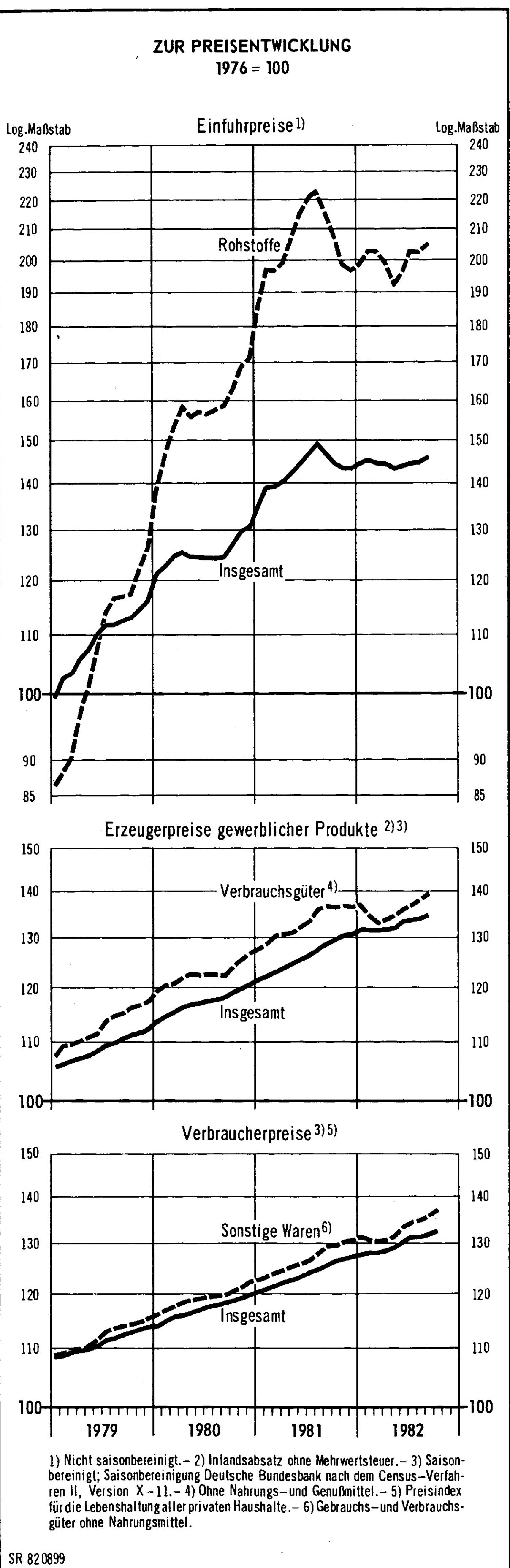
99. Von der Preisentwicklung bei den im Ausland gekauften Gütern, die in den letzten Jahren erheblich zum Anstieg des inländischen Preisniveaus beigetragen hatte, gingen in diesem Jahr nicht nur keine preistreibenden, sondern sogar preisdämpfende Einflüsse aus. Eingeführte Erzeugnisse waren im Herbst, in D-Mark gerechnet, billiger als zur gleichen Zeit des Vorjahres (Schaubild 17). Hierfür waren mehrere Gründe maßgebend. In vielen Partnerländern gab es Erfolge bei der Inflationsbekämpfung. Die durchschnittliche Inflationsrate im Ausland blieb zwar höher als in der Bundesrepublik; die D-Mark konnte aber ihre Position gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner zum Teil beträchtlich verbessern. Die Wechselkursentwicklung wirkte sich namentlich bei der Einfuhr aus den europäischen Nachbarländern, die mehr als die Hälfte der importierten Fertigprodukte liefern, günstig auf die Einkaufspreise aus.

100. Die stärkste Entlastung für das inländische Preisniveau war eigentlich auf den internationalen Märkten für Rohstoffe angelegt.

Bei den Industrierohstoffen hielten unter dem Einfluß der fortdauernden Wirtschaftsschwäche in den Industrieländern und der zinsbedingt noch schwächeren Lagerhaltung die Preissenkungen auf breiter Linie an. Noch stärker war der Preisrückgang wieder auf den Märkten für weltweit gehandelte Nahrungs- und Genußmittel. Wegen reichlicher Ernten und günstiger Ernteaussichten kam es, teilweise trotz Stützungsmaßnahmen, bei einer Reihe von Nahrungsmitteln zu erheblichen Preiseinbrüchen, zum Beispiel bei Mais, Reis und Zucker. Ebenfalls rückläufig waren die Notierungen bei den Energierohstoffen. Hier sorgten neben den anhaltenden Bemühungen der Industrieländer, Rohöl zu sparen oder durch billigere Energieträger zu ersetzen, auch der konjunkturbedingt geringe Ölverbrauch und ein zeitweilig kräftiger Lagerabbau dafür, daß die Anbieter deutliche Preisnachlässe gewährten.

Die Senkung der Rohstoffpreise kam aber für das Inland nicht voll zum Tragen, weil die D-Mark gegenüber dem Dollar, also jener Währung, in der die Rohstoffgeschäfte zum weit überwiegenden Teil abgerechnet werden, weiterhin an Wert verlor. Immerhin waren auch in inländischer Währung gerechnet die Rohstoffimporte in den ersten neun Monaten noch um 3,2 vH billiger als im Jahr zuvor. Halbwaren und Fertigwarenvorerzeugnisse haben sich noch deutlich verteuert. Insgesamt mußten die Importeure für die im Ausland gekauften Grundstoffe in diesem Jahr nicht mehr bezahlen als 1981.


Schaubild 17



1) Nicht saisonbereinigt.– 2) Inlandsabsatz ohne Mehrwertsteuer.– 3) Saisonbereinigt; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.– 4) Ohne Nahrungs- und Genußmittel.– 5) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.– 6) Gebrauchs- und Verbrauchsgüter ohne Nahrungsmittel.

SR 820899

101. Die im Inland erzeugten Grundstoffe verteuerten sich weiter. Zusammen mit der Verbilligung der eingeführten Grundstoffe ergab dies in den ersten neun Monaten des Jahres noch eine Verteuerung der Vorleistungen des verarbeitenden Gewerbes um 2,3 vH. In den Jahren 1980 und 1981 hatte die Verteuerung freilich 10,5 vH beziehungsweise mehr als 13 vH betragen. Stärker noch als die Veränderung der Preissituation bei der Einfuhr fiel die Abschwächung bei den Lohnsteigerungen ins Gewicht. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt dürfte sich die Zunahme der Lohnkosten je Produkteinheit von $4^1/_2$ vH im Vorjahr auf etwa 3 vH in diesem Jahr ermäßigt haben. Ebenfalls kostendämpfend wirkte sich der Zinsrückgang aus. Die Minderung des Kostendrucks ist von den Produzenten allerdings, wie erwähnt, nicht voll am Markt weitergegeben worden. Dies zeigt sich auch darin, daß die Verteuerung der Wertschöpfung, gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts, noch größer war als ein Jahr zuvor, nämlich $4^1/_2$ vH gegenüber 4,2 vH im Vorjahr.

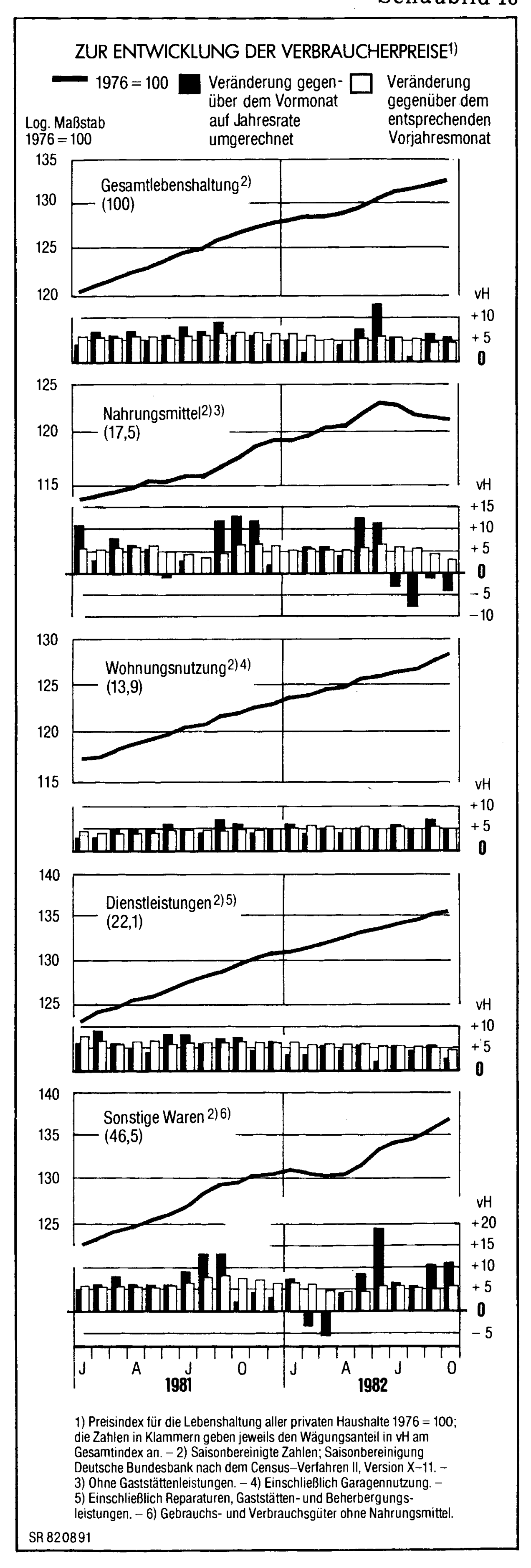
Man muß das Preisverhalten der Unternehmen freilich im Zusammenhang mit dem Bedarf an einer Normalisierung der Erlös-Kosten-Relation sehen, der in der Vergangenheit entstanden war. Bei den im Inland abgesetzten Erzeugnissen aus gewerblicher Produktion zeigt sich dies daran, daß die Verkaufspreise hier trotz verringerten Kostenauftriebs im Durchschnitt der ersten neun Monate dieses Jahres noch um 6,2 vH höher lagen als ein Jahr zuvor. Immerhin, im September betrug der Vorjahresabstand nur noch 4,8 vH.

102. Daß sich der Preisauftrieb auf der Erzeugerstufe trotz rückläufiger Nachfrage und sinkender Kapazitätsauslastung nicht deutlicher abschwächte, als vielerorts erwartet worden war, muß sicherlich auch im Zusammenhang damit gesehen werden, daß der Preiswettbewerb auf nicht wenigen Märkten selbst bei anhaltend schwacher Nachfrage nicht voll zur Geltung gekommen ist.

Zu den Märkten, die dem Preiswettbewerb weitgehend entzogen sind, gehören nicht zuletzt jene, auf denen die Preise behördlich festgesetzt beziehungsweise genehmigt werden oder auf denen Preiserhöhungen und Preisabsprachen im Einvernehmen und mit Hilfe der Vermittlung staatlicher Stellen zustande kommen. Die Preisfestsetzung orientiert sich auf diesen staatlich reglementierten Märkten vielfach an den Produktionskosten. Dort aber, wo der Wettbewerb scharf war, wie zum Beispiel auf den Märkten für Chemieprodukte, elektrotechnische Geräte oder im Maschinen- und Anlagenbau sowie bei verschiedenen Stahlerzeugnissen, die nicht dem Stahlkartell unterliegen, ließen sich Preiserhöhungen am Markt vielfach nicht durchsetzen, oder es mußten die Preise sogar gesenkt werden.

103. Ebenso wie auf den Binnenmärkten verteuerten sich deutsche Produkte, die für ausländische Märkte bestimmt sind, deutlich, wenn auch weniger stark. In den ersten neun Monaten haben ausländische Kunden für deutsche Erzeugnisse 4,6 vH mehr

Schaubild 18



1) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1976 = 100; die Zahlen in Klammern geben jeweils den Wägungsanteil in vH am Gesamtindex an. – 2) Saisonbereinigte Zahlen; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 3) Ohne Gaststättenleistungen. – 4) Einschließlich Garagennutzung. – 5) Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen. – 6) Gebrauchs- und Verbrauchsgüter ohne Nahrungsmittel.

bezahlt als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Spielraum für Preiserhöhungen, in heimischer Währung gerechnet, war auf den Weltmärkten freilich deutlich kleiner als 1981; die D-Mark stand nämlich in diesem Jahr nicht mehr unter Abwertungsdruck, und die Preise im Ausland stiegen nicht mehr so stark wie zuvor.

104. Auf der Verbraucherstufe hat der Preisauftrieb nur wenig nachgelassen (Schaubild 18). Dabei zeigten sich jedoch deutliche Unterschiede im einzelnen. Zum Teil waren die Preisbewegungen sogar gegenläufig oder kehrten sich im Laufe des Jahres wieder um, so zum Beispiel bei Kraftstoffen und Nahrungsmitteln. Kennzeichnend für die diesjährige Preisentwicklung war aber auch, daß die Preise, die der Staat festlegt oder maßgeblich mitbestimmt, weit überdurchschnittlich angehoben worden sind. Dadurch geriet die Abschwächung des Preisauftriebs ins Stocken; vorübergehend kam es sogar wieder zu einer Beschleunigung.

Von den Nahrungsmitteln gingen zunächst eher preistreibende Einflüsse aus. Hierzu trug beträchtlich die Verteuerung von saisonabhängigen Agrarprodukten bei. Außerdem schlugen nun frühere Preisaufschläge bei Schlachtvieh auf die Verbraucherstufe durch. Nach der Jahresmitte gaben die Preise für Nahrungsmittel dann nach, weil eine ausgesprochen gute Ernte auf den Markt kam und importierte Nahrungsmittel billiger wurden. Die Agrarpreisbeschlüsse der Europäischen Gemeinschaft, die für deutsche Landwirte auf eine Heraufsetzung der garantierten Mindestpreise für Marktordnungsgüter um durchschnittlich etwa 7 vH hinausliefen, haben sich erst zum Teil in den Verbraucherpreisen niedergeschlagen. Im Oktober mußten die Verbraucher 3 vH mehr für Nahrungsmittel bezahlen als zwölf Monate zuvor.

Bei den Dienstleistungen ging der Preisanstieg etwas zurück, die Wohnungsmieten dagegen stiegen stärker als im Vorjahr. Bei den Gebrauchs- und Verbrauchsgütern aus industrieller Erzeugung, auf die fast die Hälfte der gesamten Konsumausgaben entfallen, ließ der Preisauftrieb über das Jahr gesehen nur wenig nach. Spürbare Entlastung kam zeitweilig von den Preisen für Kraftstoffe und leichtes Heizöl. Nach der Preiswende an den internationalen Märkten zogen allerdings die Preise für Mineralölprodukte auch im Inland wieder deutlich an. In mehreren Preiserhöhungsrunden wurden die Kraftstoffpreise erneut kräftig heraufgesetzt, blieben aber im Oktober noch knapp unter dem Stand des Vorjahres. Für leichtes Heizöl dagegen mußten die privaten Verbraucher, bei starken Schwankungen von Monat zu Monat, zuletzt 11,2 vH mehr bezahlen als vor einem Jahr. Weitere Belastungen für die Konsumenten kamen durch die erhöhte Besteuerung von alkoholischen Getränken ab 1. April 1982 und von Tabakwaren ab 1. Juni hinzu. Außerdem wurden die Postgebühren zum 1. Juli erhöht. Das zeitliche Zusammentreffen dieser Faktoren trieb die Verbraucherpreise erneut kräftig in die Höhe; zur Jahresmitte lagen sie 5,8 vH höher als ein Jahr zuvor. Allein die Erhöhung der Verbrauchsteuersätze und der Postgebühren dürfte die Lebenshaltung der privaten Haushalte um fast einen Prozentpunkt verteuert haben.

105. *Die Erhöhung der Verbrauchsteuern sowie die Verteuerung jener Waren und Dienstleistungen, für die der Staat die Preise unmittelbar festsetzt oder maßgeblich beeinflußt, werfen erneut die Frage nach der Bedeutung staatlich administrierter Preise für den Kaufkraftverlust der privaten Haushalte auf.*

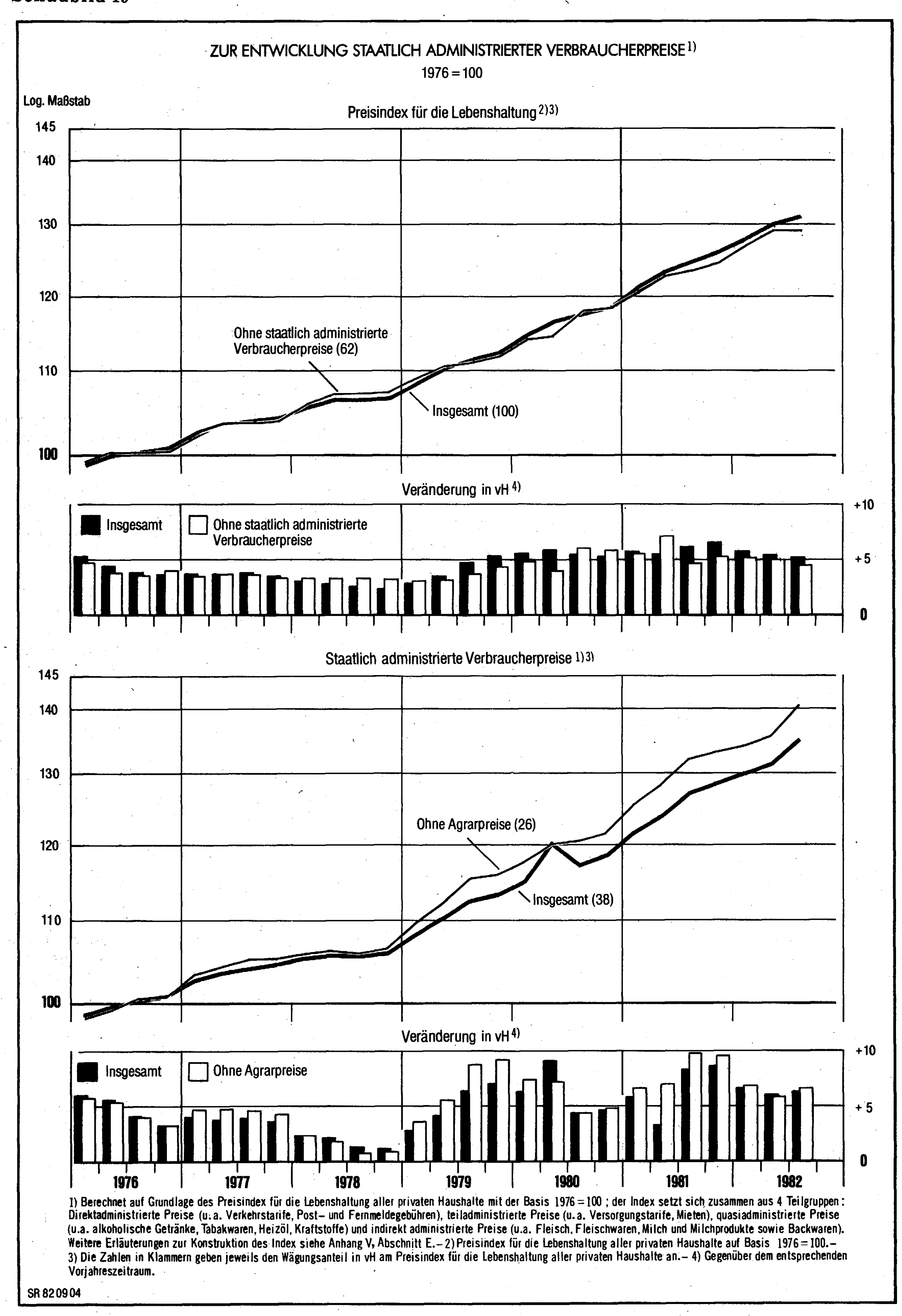
Der Einfluß staatlicher Preisregulierungen auf die Konsumentenpreise ist nicht einfach zu erfassen, und gegen die vorgetragenen Ergebnisse gibt es eine Reihe von methodischen Einwänden. Der Sachverständigenrat hat in einem früheren Gutachten die methodischen Probleme bei der Konstruktion eines entsprechenden Meßkonzepts dargelegt (JG 76 Ziffern 144 f.).

106. *Ein Problem bei der Erfassung staatlicher Preisregulation stellt sich bereits bei der Abgrenzung dessen, was unter staatlich administrierten Preisen zu verstehen ist. Einigkeit besteht lediglich darin, daß hierzu nicht nur die Preise für diejenigen Güter zählen, die der Staat in seiner Funktion als Anbieter direkt festsetzt. Anderenfalls würde nämlich eine Reihe von Waren und Dienstleistungen nicht in die Untersuchung mit einbezogen, deren Preise sowohl marktbestimmte als auch staatlich festgesetzte Elemente enthalten (Anhang V, Abschnitt E). Dabei können Art und Ausmaß des staatlichen Einflusses auf die Preisbildung recht verschieden sein. Sie reichen von Festpreisen in der Verkehrswirtschaft über Höchstpreise in der Elektrizitätswirtschaft bis hin zu Mindestpreisen in der Landwirtschaft. Daneben gibt es zahlreiche Erzeugnisse, namentlich bei den Genußmitteln, bei denen von Zeit zu Zeit die Steuern angehoben werden, was zu Preisschüben bei diesen Gütern führt. Es liegt auf der Hand, daß eine exakte Trennung von staatlichen Reglementierungen und marktbestimmten Einflüssen nicht in jedem Einzelfall möglich ist. Zu beachten ist außerdem, daß mit der gewählten Begriffsabgrenzung nicht sämtliche Formen der staatlichen Einflußnahme auf die Preise erfaßt werden. Importbeschränkungen, Subventionen oder Selbstbeschränkungsabkommen können nämlich im Ergebnis die Preisentwicklung am Markt ebenso mitbestimmen wie direkte Eingriffe des Staates in den Preisbildungsprozeß.*

107. *Für unsere Berechnungen haben wir die Jahre ab 1976 gewählt, zum einen, weil damit die seinerzeit durchgeführte Untersuchung, die den Zeitraum von 1965 bis 1976 umfaßte, fortgeführt wird, zum anderen, weil manche staatlich administrierte Preise nicht jährlich, sondern nur in größeren Zeitabständen angehoben werden.*

Stellt man für diesen Zeitraum die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate derjenigen Verbraucherpeise, die sich ohne staatliche Eingriffe und Regelungen bilden, der Veränderung der staatlich administrierten Preise gegenüber, so zeigt sich, daß letztere nur wenig stärker gestiegen sind (Schaubild 19). Dabei sind die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die im Rahmen der europäischen Agrarpolitik einer Marktordnung unterliegen, im Preis weitaus weniger angehoben worden als die meisten anderen administrierten Preise. Bezieht man die Preise für diese Ernährungsgüter nicht in die Rechnung mit ein, so haben sich die Waren und Dienste mit staatlich fixierten oder maßgeblich beeinflußten Preisen im Beobachtungszeitraum um durchschnittlich $5^1/_2$ vH verteuert, während die Preise im privaten Sektor um etwa 4 vH gestiegen sind. In der stärkeren Zunahme der administrierten Preise, die im wesentlichen von den speziell besteuerten Konsumgütern herrührt, schlägt sich insbesondere die starke Verteuerung der Kraftstoffe und des leichten Heizöls im Gefolge des zweiten großen Ölpreisschubs nieder, weniger die zusätzliche

Schaubild 19



1) Berechnet auf Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte mit der Basis 1976 = 100 ; der Index setzt sich zusammen aus 4 Teilgruppen: Direktadministrierte Preise (u. a. Verkehrstarife, Post- und Fernmeldegebühren), teiladministrierte Preise (u. a. Versorgungstarife, Mieten), quasiadministrierte Preise (u.a. alkoholische Getränke, Tabakwaren, Heizöl, Kraftstoffe) und indirekt administrierte Preise (u.a. Fleisch, Fleischwaren, Milch und Milchprodukte sowie Backwaren). Weitere Erläuterungen zur Konstruktion des Index siehe Anhang V, Abschnitt E. – 2) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf Basis 1976 = 100. – 3) Die Zahlen in Klammern geben jeweils den Wägungsanteil in vH am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte an. – 4) Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

SR 82 09 04

Belastung der Mineralölprodukte mit Steuern. Ohne Mineralölerzeugnisse gerechnet liegen die Preiserhöhungen bei den speziell besteuerten Waren sogar unter denen der übrigen Konsumgüter.

Die angespannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte hat jedoch den Staat in jüngerer Zeit dazu veranlaßt, zusätzliche Einnahmen aus diesen Steuerquellen zu ziehen. So wurde im letzten Jahr die Mineralölsteuer auf Treibstoffe heraufgesetzt, und die Branntweinabgaben wurden angehoben. Dem folgte in diesem Jahr eine weitere Erhöhung der Branntweinabgaben. Hinzu kamen steuerliche Mehrbelastungen auf Schaumwein und Tabakwaren.

Was die vom Staat und von öffentlichen Unternehmen angebotenen Güter anbelangt, so haben sich diese in den Jahren seit 1976 weit weniger verteuert als die Lebenshaltung insgesamt. Über die Entwicklung der Kosten dieser Güter sagt dies nicht notwendigerweise etwas aus. Die Preisbildung wird hier oft von politischen Überlegungen bestimmt. Kostendeckung erfolgt dann in vielen Fällen nicht über den Preis, sondern über die Gewährung von Subventionen, die die öffentlichen Haushalte belasten und damit letztlich von der Allgemeinheit zu tragen sind. In den letzten beiden Jahren hat das Bestreben, den Subventionshaushalt in engen Grenzen zu halten und das Verhältnis von Kosten und Erträgen zu verbessern, zu deutlich steigenden Gebühren und Tarifen für viele staatliche Leistungen geführt. So geht 1982 der Anstieg der Preise für die staatlichen Leistungen mit etwa 7½ vH deutlich über die Verteuerung der privaten Lebenshaltung insgesamt hinaus.

108. Auf den Preisschub bei Gütern mit staatlicher Preisregulierung folgten dann bald neue kräftige Preisanhebungen bei den Mineralölprodukten, namentlich bei leichtem Heizöl. Im Oktober lag die Teuerungsrate für Konsumgüter immer noch bei 4,9 vH. Insgesamt war dies, nimmt man die Bedingungen auf der Nachfrageseite und auf der Kostenseite während des ganzen Jahres ins Bild, die eine stärkere Beruhigung des Preisanstiegs hätten erwarten lassen, noch kein großer Schritt in Richtung auf eine Stabilisierung des Preisniveaus.

IV. Einkommensverteilung unter dem Einfluß abnehmender Beschäftigung

Verbesserte Ertragslage der Unternehmen

109. In den letzten beiden Jahren waren die Unternehmensgewinne unter starken Druck geraten. Von der schlechten Entwicklung der Umsätze und der niedrigen Auslastung der Sachkapazitäten her war für dieses Jahr noch keine Erholung der Gewinne angelegt. Es kam aber anders: Der Anstieg der Kosten verminderte sich. Die Lohnabschlüsse dieses Jahres führten dazu, daß der Personalaufwand nicht mehr so stark stieg. Importierte Güter waren nur wenig teurer als vor einem Jahr. Die Abschwächung im Anstieg der Kosten führte freilich nicht zu einem entsprechend geringeren Anstieg der Preise, die die inländischen Hersteller für die von ihnen erstellten Güter und Dienste erzielten. Die Unternehmen konnten so vor allem zu Anfang des Jahres 1982 deutlich höhere Gewinnmargen und auch in der Summe höhere Erträge verbuchen. Im späteren Verlauf des Jahres dürfte sich wegen des erneuten Produktionsrückgangs allerdings kaum noch eine weitere Verbesserung der Gewinne ergeben haben. Der vorangegangene Gewinneinbruch wurde in diesem Jahr nur teilweise wettgemacht.

110. Die Lohnverhandlungen wurden im Bewußtsein der hohen Arbeitsmarktrisiken geführt (Ziffer 51). Von den tariflich vereinbarten Anhebungen wich der Anstieg der effektiven Löhne und Gehälter je Arbeitsstunde vergleichsweise wenig ab. Mit 4½ vH blieb er etwa 2 Prozentpunkte hinter dem des Vorjahres zurück. Der Abstand zur Steigerung der Verdienste je Arbeitnehmer (4 vH) verringerte sich. Denn die Zahl der durchschnittlich von jedem Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden ist nicht mehr so stark zurückgegangen wie 1981. Einerseits mußten Unternehmen in zunehmendem Maße Teile ihrer Produktion zeitweise stillegen und für ihre Belegschaft Kurzarbeit beantragen, andererseits meldeten sich Arbeitnehmer weniger häufig krank, und es fiel weniger Arbeit durch Feiertage aus.

Deutlicher als im vergangenen Jahr verringerten die Unternehmen ihren Personalstand. Die Anzahl der Beschäftigten nahm um fast 2 vH ab. Die Summe der Einkommen aus unselbständiger Arbeit, zu denen auch die Beiträge der Arbeitgeber an die Sozialversicherung zählen, erhöhte sich daher in diesem Jahr trotz der Anhebung der Beitragssätze für die Arbeitslosenversicherung nur um 2½ vH. Im letzten Jahr hatte der Zuwachs noch 4,7 vH betragen.

111. Die Einkommen der Arbeitnehmer haben 1982 weniger zugenommen als die Gewinn- und Vermögenseinkommen. Der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, also die Lohnquote, die in den letzten zwei Jahren kräftig angestiegen war, ist 1982 wieder etwas zurückgegangen (Tabelle 14). Da sich in diesem Jahr der Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen nicht vermindert hat, gilt das gleiche auch für die bereinigte Lohnquote.

112. Zu fragen bleibt, welchen Spielraum die Entwicklung der Löhne 1982 für eine Verbesserung des Verhältnisses von Erlösen und Kosten im Unternehmensbereich gelassen hat, wenn man die Veränderung der übrigen Kosten, von situationsbedingten Einflüssen nach Möglichkeit bereinigt, einmal für gegeben nimmt. Dies versuchen wir in den Rechnungen zur Reallohnposition der Arbeitnehmer abzuschätzen. Das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen nahm stärker zu als 1981. Die Preise für die Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen stiegen schwächer, als die Ausfuhrpreise angehoben wurden. Die Kosten für den Kapitaleinsatz je Produkteinheit dürften, läßt man die konjunkturell bedingt niedrigere Kapazitätsauslastung und auch die aktuelle Überhöhung der Zinsen unberücksichtigt, annähernd gleichgeblieben sein. Die zusätzlichen Belastungen durch indirekte Steuern waren nicht höher als die Entlastungen durch vom Staat gewährte Sub-

Tabelle 14

Zur Entwicklung der Lohnquote
vH

Jahr	Lohnquote		Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen
	tatsächlich [1]	bereinigt [2]	
1960	60,1	60,1	77,2
1961	62,4	61,8	78,0
1962	63,9	62,5	78,8
1963	64,9	63,0	79,5
1964	64,5	62,0	80,3
1965	65,3	62,3	80,9
1966	66,4	63,1	81,2
1967	66,1	62,9	81,1
1968	64,7	61,2	81,6
1969	65,7	61,4	82,5
1970	68,0	62,9	83,4
1971	69,6	63,7	84,3
1972	69,8	63,6	84,6
1973	70,8	64,2	85,1
1974	72,9	66,0	85,2
1975	73,1	66,1	85,3
1976	71,8	64,6	85,7
1977	72,2	64,6	86,2
1978	71,4	63,6	86,6
1979	71,5	63,4	87,0
1980 [3]	73,3	64,7	87,4
1981 [3]	74,3	65,5	87,6
1982 [4]	73,6	64,8	87,6

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.
[2]) Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.
[4]) Eigene Schätzung.

ventionen. Die Preise für ihre an die privaten Haushalte sowie an den Staat verkauften Güter und Dienstleistungen konnten die Unternehmen gegenüber 1981 im Durchschnitt um 5,0 vH anheben; die Preissteigerungen waren, berücksichtigt man die Nachfrageschwäche, sogar überraschend hoch (Ziffer 98). Faßt man alles zusammen, so ist im Unternehmensbereich der Anstieg der Löhne unter Einbeziehung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung deutlich niedriger als die Zunahme der im Inland insgesamt verteilbaren Einkommen ausgefallen (Tabelle 15 sowie Anhang V, Abschnitt B). Schon im vergangenen Jahr war dies, wenn auch in weit geringerem Ausmaß, der Fall gewesen.

113. Die Veränderung der Verteilung kommt in der Verbesserung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zum Ausdruck. Diese sind um 6 vH gestiegen, nachdem sie 1981 um 0,7 vH zurückgegangen waren. Viel spricht dafür, daß sich die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach dem ersten Halbjahr, das einen kräftigen Zuwachs gebracht hat, im späteren Verlauf des Jahres nur noch wenig erhöht haben.

114. An dem Anstieg der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen läßt sich nicht unmittelbar die Entwicklung der Unternehmensgewinne ablesen. Um dafür einen Anhalt zu bekommen, müssen von den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, die Zinseinkommen der privaten Haushalte sowie die Vermögenseinkommen des Staates abgezogen werden; eigentlich wäre auch ein Ansatz für die Arbeitseinkommen der Selbständigen nötig.

Die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung werden sich 1982 wegen des nur unwesentlich veränderten Bestands an Wohnungen wohl kaum stärker als die Mieten (5 vH) erhöht haben. Die Einkommen der privaten Haushalte aus Geldvermögen sind nicht mehr so kräftig gestiegen wie noch im vorigen Jahr, allerdings immer noch mehr als die sonstigen Gewinn- und Vermögenseinkünfte. Zwar sind die Zinsen für Neuanlagen das Jahr über gesunken, das Geldvermögen der privaten Haushalte wurde aber weiter aufgestockt, und mehr und mehr werden Wertpapiere, die noch zu Zeiten sehr niedriger Zinsen erworben worden waren, fällig und durch neue ersetzt, die höhere Erträge bieten. Abzuziehen sind auch Vermögenseinkommen des Staates und die Gewinne öffentlicher Unternehmen, hinzuzuzählen allerdings die weitaus höheren Zinszahlungen des Staates.

Die Unternehmensgewinne im engeren Sinne, in der Industrie, im Handel, im Dienstleistungsgewerbe und im Handwerk, Bereichen also, in denen der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit liegt, dürften, nimmt man alles zusammen, kaum weniger zugenommen haben als die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen insgesamt.

115. Im verarbeitenden Gewerbe, das 1981 einen besonders ausgeprägten Ertragseinbruch zu verzeichnen hatte, war die Erholung der Gewinne in der ersten Hälfte des Jahres 1982 auch besonders deutlich, allerdings mit sichtlichen Unterschieden von Branche zu Branche und von Unternehmen zu Unternehmen.

Anhaltspunkte über die sehr uneinheitliche Lage in den einzelnen Bereichen liefern die Zwischenberichte von Industrieaktiengesellschaften über das erste Halbjahr 1982. Danach war im Fahrzeugbau und in der Energiewirtschaft ohne Mineralölindustrie sowie vorübergehend sogar in der Eisen- und Stahlindustrie eine gegenüber dem Vorjahr günstigere Ertragslage zu verzeichnen, in der chemischen Industrie, in der Elektroindustrie und mehr noch in der Mineralölverarbeitung herrschte hingegen, was die Veränderung der Gewinne angeht, ein düsteres Bild vor. Aber auch von Unternehmen zu Unternehmen im gleichen Wirtschaftszweig gab es große Unterschiede.

Tabelle 15

Zur Entwicklung der Reallohnposition [1]

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

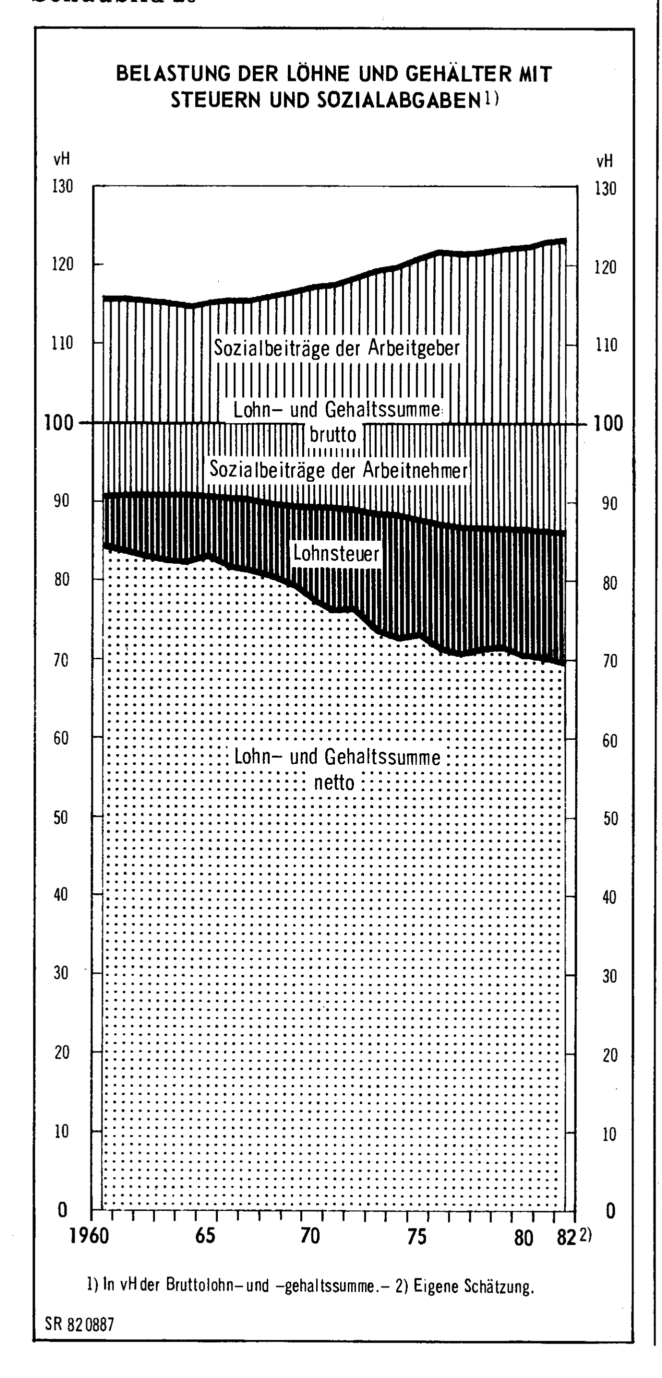
Jahr	Brutto-lohn- und -gehalts-summe je Arbeit-nehmer [2]	Lohn-kosten-effekt der Arbeit-geber-beiträge [3]	Produk-tivitäts-effekt [4]	Kapital-kosten-effekt	Terms of Trade-Effekt [5]	Kosten-effekt von in-direkten Steuern und Sub-ventionen	Preis-effekt (privater Ver-brauch und staat-liche Käufe)	Reallohn-position, neue Rechnung (1)+(2) minus (3) bis (7)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1963	+ 6,0	−0,1	+3,1	−0,0	−0,2	+0,7	+3,2	−0,9
1964	+ 9,6	−0,9	+7,5	−0,0	+0,1	−0,1	+2,1	−1,1
1965	+ 8,9	+0,4	+5,4	−0,5	−0,0	+0,8	+3,1	+0,3
1966	+ 7,0	+0,3	+3,0	−0,4	+0,1	+0,0	+3,5	+0,9
1967	+ 3,1	−0,1	+3,6	−0,6	−0,1	−0,5	+1,3	−0,7
1968	+ 6,5	+0,4	+6,3	−0,7	+0,3	+1,4	+2,0	−2,3
1969	+ 9,0	+0,2	+6,4	−0,7	+0,4	−2,5	+2,6	+3,0
1970	+15,7	+0,7	+4,1	−0,3	+1,0	+2,5	+4,9	+3,4
1971	+10,5	+0,4	+2,8	−0,3	+0,6	+0,0	+6,2	+1,2
1972	+ 9,5	+0,7	+5,0	+0,4	+0,2	+0,0	+5,5	−1,0
1973	+11,0	+0,8	+4,2	+0,5	−0,3	+0,2	+7,0	+0,0
1974	+10,4	+0,6	+2,1	−0,9	−1,8	+1,0	+8,0	+2,4
1975	+ 6,3	+0,8	+1,4	−0,1	+0,6	+1,1	+6,0	−1,8
1976	+ 7,9	+0,9	+7,4	−0,2	−0,5	−0,3	+4,0	−1,6
1977	+ 7,0	−0,3	+3,6	−0,3	−0,0	−0,0	+3,6	−0,2
1978	+ 5,6	+0,3	+2,8	+0,0	+0,9	−0,2	+3,1	−0,9
1979	+ 5,9	+0,3	+3,2	−0,6	−1,0	−0,4	+4,6	+0,4
1980 [6]	+ 6,6	+0,3	+1,0	−0,2	−1,5	+0,1	+5,9	+1,7
1981 [6]	+ 4,8	+0,4	+0,9	+0,0	−1,2	+0,1	+5,9	−0,4
1982 [7]	+ 4,4	+0,4	+1,2	−0,0	+0,5	+0,0	+5,0	−1,9

[1]) Gesamtwirtschaft ohne Staat. Berechnung der Spalte (8) durch multiplikative Verknüpfung. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang V, Abschnitt B.
[2]) Inland.
[3]) Tatsächliche und unterstellte Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.
[4]) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen.
[5]) Gesamtwirtschaft.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.
[7]) Eigene Schätzung.

Höhere Abgabenlast, höhere Renten und mehr Empfänger für Transfereinkommen

116. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wurden 1982 stärker als im letzten Jahr von staatlichen Regelungen beeinflußt. Die Abgaben bei den Arbeitnehmern sind beträchtlich angestiegen; bei den Gewinn- und Vermögenseinkommen ging die Steuerbelastung dagegen zurück. Wegen der ungünstigen Beschäftigungslage erhielten mehr Haushalte als in den Jahren zuvor staatliche Unterstützungen. Allein 14 Mrd DM wurden an Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe gezahlt. Auch andere Transferleistungen, insbesondere die Renten, wurden kräftig ausgeweitet. Die staatlichen Einkommensübertragungen nahmen insgesamt mit 7 vH deutlich zu, obwohl der Gesetzgeber in diesem Jahr Maßnahmen ergriffen hatte, sie dem Umfang nach zu begrenzen und auch den Kreis der Anspruchsberechtigten einzuschränken. Ohne diese Maßnahmen hätten sie um schätzungsweise 8 vH zugenommen.

Schaubild 20



117. Die Nettolohn- und -gehaltssumme ist erneut weniger stark gestiegen als die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Schaubild 20). Zum einen geht der Unterschied auf die höhere Steuerbelastung zurück. Mehr Arbeitnehmer sind mit ihrem Nominaleinkommen wieder in die direkte Progression des Steuertarifs hineingewachsen. Hinzu kommt, daß von dem Beschäftigungsrückgang vor allem Arbeitnehmer mit niedrigen Einkommen betroffen sind; die Einkommen der Arbeitnehmer, die ihre Arbeit behalten haben, dürften in überdurchschnittlichem Maße mit Steuern belastet sein. Zum anderen wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um einen Prozentpunkt angehoben, der Beitragssatz zur Rentenversicherung freilich — wenn auch nur vorübergehend — um einen halben Prozentpunkt zurückgenommen. Die Nettolohn- und -gehaltssumme lag um knapp 1 vH über dem Vorjahresniveau, nach einem Anstieg von 3,9 vH im Jahre 1981.

118. Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nahmen dagegen um etwa 8 vH und damit abermals stärker zu als die Bruttoeinkommen (Tabelle 16). Die Vorauszahlungen auf die Steuerschuld der Unternehmen waren wegen der schlechten Geschäftslage im letzten Jahr in vielen Fällen weiter herabgesetzt worden. Eine Anpassung an die verbesserte Ertragslage in diesem Jahr ist zumeist noch nicht vorgenommen worden. Überdies wirkten sich steuerliche Entlastungsmaßnahmen, die in früheren Jahren beschlossen worden waren, verstärkt aus. Ins Bild gehört auch, daß Zinseinkommen, die den privaten Haushalten zufließen und teilweise von Steuer frei bleiben, dem Anteil nach in den letzten Jahren zugenommen haben dürften.

119. Der überaus starke Anstieg der Einkommensübertragungen ist, was Zahlungen von den Sozialversicherungen anbelangt, vor allem auf die Rentenerhöhungen und auf die Zunahme der Arbeitslosenunterstützung zurückzuführen. Die Renten wurden 1982 kräftiger als im vergangenen Jahr angehoben. Ihr Anstieg wurde erstmals seit drei Jahren wieder nach der Entwicklung der Bruttolöhne gemäß der Rentenformel bemessen. Um die Finanzlage der Rentenversicherungen zu verbessern, hatte man im Jahre 1978 die Rentenerhöhung um ein halbes Jahr verschoben; in den Jahren von 1979 bis 1981 war die Anpassung nicht nach dem bisher üblichen Verfahren vorgenommen worden. Von Januar an haben sich für rund 13 Millionen Rentner die Einkommen um 5,8 vH erhöht. Die Renten sind deutlich stärker gestiegen als die Nettolöhne und Nettogehälter je abhängig Beschäftigten ($2^1/_2$ vH). Der Abstand zu dem Nettorentenniveau, das 1977 Anlaß zum Aussetzen der Rentenformel gegeben hatte, ist weitgehend

Tabelle 16

Verteilung des Volkseinkommens

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeitraum	Volks-einkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	
		brutto [1]	netto [2] [3]	brutto [4]	netto [3] [5]
1965 bis 1970 [6]	+ 8,2	+ 9,0	+ 7,2	+ 6,4	+ 7,3
1971 bis 1981 [6]	+ 7,3	+ 8,0	+ 6,6	+ 5,5	+ 5,5
1965 bis 1981 [6]	+ 7,8	+ 8,6	+ 7,1	+ 5,8	+ 6,0
1970	+14,6	+18,6	+15,5	+ 6,9	+11,3
1971	+10,9	+13,4	+11,2	+ 5,5	+ 4,9
1972	+ 9,7	+10,1	+ 9,6	+ 8,9	+ 9,1
1973	+11,9	+13,5	+ 9,0	+ 8,1	+ 3,9
1974	+ 7,1	+10,2	+ 8,1	− 0,5	− 0,8
1975	+ 3,9	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,0	+ 5,2
1976	+ 9,5	+ 7,5	+ 4,0	+14,8	+14,1
1977	+ 6,5	+ 7,0	+ 6,1	+ 5,0	− 0,1
1978	+ 7,8	+ 6,7	+ 7,6	+10,8	+14,8
1979	+ 7,7	+ 7,7	+ 8,0	+ 7,6	+ 9,6
1980 [7]	+ 5,6	+ 8,3	+ 6,3	− 1,2	+ 0,4
1981 [7]	+ 3,3	+ 4,7	+ 3,9	− 0,7	+ 0,7
1982 [8]	+ 3½	+ 2½	+ 1	+ 6	+ 8

[1]) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[2]) Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (einschließlich Erstattungen beim Jahreslohnsteuerausgleich; ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.
[3]) Die direkten Steuern sind unter anderem nicht bereinigt um den Saldo aus Erstattungen und Nachzahlungen von Steuern auf Einkünfte aus unselbständiger Arbeit der gemäß § 46 EStG veranlagten Lohnsteuerpflichtigen.
[4]) Im wesentlichen: Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[5]) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben (direkte Steuern und ähnliches wie zum Beispiel Pflichtbeiträge der Selbständigen zur Sozialversicherung).
[6]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[7]) Vorläufige Ergebnisse.
[8]) Eigene Schätzung.

Tabelle 17

Rentenniveau

Jahr	Monatliche Rente[1][2]	Altersruhegeld[1][3] gemessen am	
		Bruttoarbeitsentgelt[4]	Nettoarbeitsentgelt[5]
	bei 40 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren		
	DM	vH	
1960	240,60	*47,3*	*56,2*
1961	253,60	*45,3*	*54,2*
1962	266,30	*43,6*	*52,5*
1963	283,90	*43,8*	*53,0*
1964	307,10	*43,5*	*52,9*
1965	335,90	*43,7*	*52,7*
1966	363,80	*44,1*	*53,9*
1967	392,90	*46,1*	*56,6*
1968	424,50	*46,1*	*57,3*
1969	459,80	*45,7*	*57,8*
1970	489,00	*44,0*	*56,8*
1971	515,90	*41,5*	*54,5*
1972	548,40	*43,5*	*57,0*
1973	600,40	*41,6*	*56,3*
1974	668,60	*41,6*	*57,1*
1975	743,50	*43,2*	*59,1*
1976	826,00	*44,8*	*62,8*
1977	916,90	*46,3*	*65,6*
1978	1 008,10	*46,1*	*64,7*
1979	1 053,50	*45,7*	*63,8*
1980	1 095,60	*44,6*	*63,3*
1981	1 139,50	*44,2*	*63,0*
1982	1 205,00	*45,0*[a]	*64,9*[a]

[1]) Für Bestandsrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100 vH (Durchschnittsverdienst).
[2]) Rentenbetrag am 1. Januar des Jahres.
[3]) Rentenbetrag im Kalenderjahr; Abzug (1968, 1969) und Rückzahlung (1972) des Krankenversicherungsbeitrages berücksichtigt.
[4]) Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten.
[5]) Das Nettoarbeitsentgelt ist aus dem Bruttojahresarbeitsentgelt berechnet durch Abzug der durchschnittlichen Belastung aller beschäftigten Arbeitnehmer mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen entsprechend den revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[a]) Eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: BMA

beseitigt (Tabelle 17). Die Summe der Renteneinkommen stieg stärker als die einzelnen Renten, da die Anzahl der Rentenempfänger weiter zunahm; im ersten Halbjahr 1982 lag sie durchschnittlich um 1 vH höher als vor Jahresfrist.

120. Die Bundesanstalt für Arbeit mußte im Jahre 1982 mehr Arbeitslose und Kurzarbeiter unterstützen, obwohl der Kreis derjenigen, die Arbeitslosengeld beanspruchen können, durch das Gesetz zur Konsolidierung der Arbeitsförderung eingeengt worden ist. Insgesamt wurden 13 Mrd DM aufgewendet, im Jahr zuvor hatte die entsprechende Summe sich noch auf knapp 9 Mrd DM belaufen. Im Durchschnitt betrug das Arbeitslosengeld rund 950 DM im Monat. Der nach der Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes schon kurzfristig erwartete Rückgang bei den Leistungen für Umschüler blieb aus (Ziffer 93).

121. Bei höherer und länger andauernder Arbeitslosigkeit fallen außer für die Arbeitslosenversicherung auch für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden in steigendem Ausmaß finanzielle Belastungen an. Für Arbeitslose, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr haben, muß der Bund bei sozialer Bedürftigkeit Arbeitslosenhilfe zahlen; pro Kopf waren es 1982 etwa 780 DM monatlich. Im Durchschnitt des Jahres erhielten 280 000 Personen Arbeitslosenhilfe im Umfang von 2½ Mrd DM, 40 vH mehr als im Vorjahr. In dieser Summe sind noch nicht die Beiträge für die Krankenversicherung und die Rentenversicherung in Höhe von 1½ Mrd DM enthalten, die der Bund für diese Personen ebenfalls zu zahlen hat. Arbeitslose, deren Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe unter dem Niveau der Sozialhilfe liegt — meist Haushalte mit vier und mehr Personen —, erhalten die Differenz als Sozialhilfe, die vor allem von den Städten und Landkreisen, zum Teil auch von den Ländern aufgebracht wird. Sozialhilfe erhalten auch Arbeitslose, die gar keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben — dies sind vor allem Jugendliche, die nach ihrer schulischen Ausbildung keine Stellen finden, und verwitwete und geschiedene Frauen, die während ihrer Ehe längere Zeit nicht berufstätig waren und wieder arbeiten wollen. Über die Ausgaben sowie über die Anzahl der Empfänger liegen keine aktuellen Daten vor; allerdings ist zu vermuten, daß sich der überaus deutliche Anstieg, der im Jahre 1981 zu verzeichnen gewesen war, weiter beschleunigt hat. Die Zahlungen der Sozialhilfe dürften in diesem Jahr um rund 10½ vH gestiegen sein, obwohl die Anhebung der Regelsätze der Sozialhilfe, die sich in früheren Jahren an der Verteuerung der Lebenshaltung orientiert hatte, auf 3 vH begrenzt wurde.

122. Die privaten Haushalte verfügten im Jahre 1982 über Einkommen von insgesamt rund 1 050 Mrd DM. Der Anstieg von knapp 4 vH war schwächer als im Vorjahr. Das lag vor allem an der geringen Steigerung der Arbeitnehmereinkommen; die Zinseinkommen sowie die Einkommensübertragungen stiegen dagegen weiterhin überdurchschnittlich. Dies dürfte auch für die entnommenen Gewinne zutreffen.

Die von den privaten Haushalten nachgefragten Waren und Dienstleistungen waren über 5 vH teurer als im vergangenen Jahr. In realer Rechnung hat das verfügbare Einkommen also gegenüber dem vergangenen Jahr abermals abgenommen, dieses Jahr um 1½ vH (Tabelle 18). Real gerechnet sind auch die Arbeitseinkommen zurückgegangen, und zwar die Bruttoeinkommen um 1 vH und die Nettoeinkommen um 2½ vH.

Tabelle 18

Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte[1])

Jahr	Nettolohn- und -gehaltssumme[2])	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen[3])	Empfangene laufende Übertragungen[4])	Verfügbares Einkommen[5])	Nettolohn- und -gehaltssumme[2])	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen[3])	Empfangene laufende Übertragungen[4])	Verfügbares Einkommen[5]) nominal	Verfügbares Einkommen[5]) real[6])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH				
1965 bis 1970 [7])					+ 7,2	+ 9,5	+ 7,5	+ 7,8	+5,2
1971 bis 1981 [7])					+ 6,6	+ 8,4	+10,6	+ 7,9	+2,5
1965 bis 1981 [7])					+ 7,1	+ 8,8	+ 9,6	+ 8,0	+3,5
1970	238,60	111,60	77,77	427,97	+15,5	+ 9,8	+ 6,0	+12,2	+8,2
1971	265,22	122,02	86,12	473,36	+11,2	+ 9,3	+10,7	+10,6	+4,8
1972	290,66	140,02	97,51	528,19	+ 9,6	+14,8	+13,2	+11,6	+5,6
1973	316,70	149,28	109,21	575,19	+ 9,0	+ 6,6	+12,0	+ 8,9	+1,8
1974	342,40	155,36	126,99	624,75	+ 8,1	+ 4,1	+16,3	+ 8,6	+1,3
1975	355,16	174,16	160,10	689,42	+ 3,7	+12,1	+26,1	+10,4	+4,0
1976	369,52	189,43	171,39	730,34	+ 4,0	+ 8,8	+ 7,1	+ 5,9	+1,7
1977	392,15	197,60	185,62	775,37	+ 6,1	+ 4,3	+ 8,3	+ 6,2	+2,5
1978	421,76	207,97	195,06	824,79	+ 7,6	+ 5,2	+ 5,1	+ 6,4	+3,5
1979	455,43	230,28	206,03	891,74	+ 8,0	+10,7	+ 5,6	+ 8,1	+3,8
1980 [8])	484,04	253,35	220,26	957,65	+ 6,3	+10,0	+ 6,9	+ 7,4	+1,7
1981 [8])	502,86	272,70	236,41	1 011,97	+ 3,9	+ 7,6	+ 7,3	+ 5,7	−0,4
1982[9])	507	293 1/2	250	1 050 1/2	+ 1	+ 7 1/2	+ 6	+ 4	−1 1/2

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2]) Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.
[3]) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4]) Soziale Leistungen vom Staat, von Unternehmen, von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und von der übrigen Welt nach Abzug nichtzurechenbarer geleisteter laufender Übertragungen, der Lohnsteuer auf Pensionen und der Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen.
[5]) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden und der geleisteten laufenden Übertragungen. Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[6]) Deflationiert mit dem Preisindex des privaten Verbrauchs (1976 = 100).
[7]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[8]) Vorläufige Ergebnisse.
[9]) Eigene Schätzung.

V. Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts

123. Nach zwei Jahren hoher Leistungsbilanzdefizite ist es der Bundesrepublik in diesem Jahr gelungen, wieder zu einem annähernden Ausgleich der Leistungsbilanz zu kommen (Tabelle 19). Dies ist im wesentlichen die Folge einer kräftigen Verbesserung der Handelsbilanz, die bis in die Jahresmitte 1982 anhielt. Seither sind die Exporte wieder zurückgegangen, vor allem wegen der schwachen Weltkonjunktur. Auch die Importentwicklung war im bisherigen Jahresverlauf sehr verhalten. Wir rechnen für das laufende Jahr mit einem Ausfuhrüberschuß von rund 50 Mrd DM, das sind 22 Mrd DM mehr als im Jahre 1981. Der Exportüberschuß konnte indessen nur gerade ausgleichen, was die Bundesrepublik für

Tabelle 19

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd DM

Posten	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982 Jan–Sep
A. Leistungsbilanz	+26,6	+ 9,9	+ 9,9	+ 9,5	+18,1	−11,0	−29,5	−16,6	− 5,8
1. Handelsbilanz[1])	+50,8	+37,3	+34,5	+38,4	+41,2	+22,4	+ 8,9	+27,7	+36,0
– Ausfuhr	230,6	221,6	256,6	273,6	284,9	314,5	350,3	396,9	317,3
– Einfuhr	179,7	184,3	222,2	235,2	243,7	292,0	341,4	369,2	281,3
2. Dienstleistungsbilanz	− 7,0	− 8,3	− 6,6	−10,8	− 7,4	−12,7	−14,3	−17,9	−20,3
darunter:									
– Reiseverkehr	−12,4	−14,7	−14,6	−16,4	−19,0	−21,7	−25,5	−26,0	−22,1
– Kapitalerträge	+ 0,9	+ 2,4	+ 3,3	+ 0,4	+ 5,1	+ 3,1	+ 3,2	− 1,1	− 5,4
– Transportleistungen	+ 5,9	+ 6,0	+ 5,7	+ 6,0	+ 5,7	+ 6,3	+ 8,1	+ 9,2	+ 6,7
3. Übertragungsbilanz	−16,1	−17,9	−17,9	−18,2	−17,8	−20,8	−24,3	−27,2	−21,2
darunter:									
– Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte	− 7,7	− 7,4	− 6,7	− 6,1	− 6,3	− 6,6	− 7,3	− 8,3	− 6,2
– Nettobeitrag zum Haushalt der Europäischen Gemeinschaften	− 1,7	− 3,5	− 3,3	− 3,7	− 2,3	− 4,1	− 4,1	− 6,4	− 5,5
4. Ergänzungen zum Warenverkehr[2]) und Transithandel	− 1,3	− 1,2	− 0,1	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,8	− 0,2
B. Kapitalbilanz (Kapitalexport: −)	−25,3	−13,3	− 1,0	− 0,3	+ 5,4	+10,5	+ 4,9	+ 9,8	+ 5,6
1. Langfristige Kapitalbilanz	− 6,3	−18,2	− 1,5	−12,9	− 2,9	+12,1	+ 6,4	+ 9,4	−14,2
darunter:									
– Direktinvestitionen	+ 0,5	− 3,3	− 3,5	− 3,2	− 4,1	− 5,1	− 5,9	− 6,5	− 2,9
– Portfolioinvestitionen	− 3,0	− 4,2	+ 3,9	− 3,1	− 1,0	+ 2,9	− 6,8	− 5,2	− 8,5
– Kredite und Darlehen der Banken	− 2,4	−11,4	− 3,7	− 4,4	+ 6,2	+16,6	− 0,1	+ 4,8	− 2,4
– Öffentliche Kredite	− 0,9	+ 1,2	+ 2,4	− 1,6	− 3,3	− 1,5	+20,8	+18,0	+ 2,0
2. Kurzfristige Kapitalbilanz	−19,0	+ 4,9	+ 0,4	+12,6	+ 8,4	− 1,5	− 1,5	+ 0,4	+19,8
darunter:									
– Kurzfristige Nettoforderungen der Banken	− 9,7	− 2,3	+ 6,7	+ 8,1	+10,1	+ 4,1	− 8,8	−10,3	+ 9,3
– Finanzkredite	+ 3,1	+ 2,5	− 0,0	+ 8,5	+ 1,1	− 3,2	+13,3	+13,1	+ 9,2
– Handelskredite	−12,4	+ 4,1	− 5,7	− 3,9	− 3,9	− 1,7	− 5,7	− 4,8	− 1,6
C. Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen (A + B)	+ 1,3	− 3,4	+ 8,9	+ 9,2	+23,5	− 0,5	−24,6	− 6,8	− 0,2
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	− 3,2	+ 1,1	− 0,1	+ 1,2	− 3,8	− 4,5	− 3,2	+ 4,5	+ 0,4
E. Saldo aller Transaktionen im Leistungs- und Kapitalverkehr[3]) (C + D)	− 1,9	− 2,2	+ 8,8	+10,5	+19,8	− 5,0	−27,9	− 2,3	+ 0,3
F. Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank[4])	− 7,2	+ 5,5	− 7,5	− 7,9	− 7,6	− 2,3	+ 2,2	+ 3,6	+ 0,7
G. Veränderung der Nettoauslandsaktiva der Bundesbank[5]) (Zunahme: +)	− 9,1	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,6	+12,2	− 7,3	−25,7	+ 1,3	+ 0,9

[1]) Spezialhandel; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[2]) Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.
[3]) Identisch mit den Veränderungen der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank zu Transaktionswerten (ohne Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten).
[4]) Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.
[5]) Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Dienste und Übertragungen an das Ausland mehr zu zahlen hatte, als sie für Dienste und Übertragungen erhielt.

Anlaß, die außenwirtschaftliche Situation im ganzen nicht schon für entspannt zu halten, gibt der Kapitalverkehr. Im Bereich der langfristigen Anlagen überwogen die Abflüsse die Zugänge weit mehr als im vergangenen Jahr, und dies nicht nur, weil der Staat seine Kreditaufnahme im Ausland verringerte.

An den Devisenmärkten kam es nicht zu der erwarteten Stärkung der D-Mark gegenüber dem Dollar. Gegenüber fast allen anderen Währungen gewann die D-Mark jedoch an Wert. Faßt man die Wechselkursentwicklung gegenüber den Haupthandelspartnern zusammen, so stellte sich übers Jahr hinweg eine Höherbewertung ein.

Leistungsbilanz knapp ausgeglichen

124. Der Ausgleich der Leistungsbilanz hatte sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres angebahnt. Es war jedoch nicht zu erwarten, daß sich die Verbesserung mit unverminderter Geschwindigkeit fortsetzen würde. Bis einschließlich September 1982 ergab sich noch ein Fehlbetrag von 5,8 Mrd DM, der allerdings ausschließlich durch jahreszeitliche Einflüsse bestimmt ist. Auf das ganze Jahr gesehen dürfte der Leistungsbilanzsaldo nahe bei Null liegen (Schaubild 22).

125. Die Ausfuhr stieg in den ersten Monaten des Jahres noch leicht über das zu Ende des Vorjahres erreichte hohe Niveau hinaus. Erst um die Jahresmitte begann sie sich abzuschwächen und folgte darin den bereits seit dem Frühjahr stark nachlassenden Auslandsaufträgen (Ziffer 44). Zwar lag im Durchschnitt der ersten drei Quartale die Ausfuhr dem Werte nach noch um 10,5 vH, dem Volumen nach um 4,6 vH höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum; im dritten Quartal fiel sie jedoch saisonbereinigt hinter das erste Quartal zurück und war wertmäßig zwar noch höher, volumenmäßig aber deutlich niedriger als ein Jahr zuvor.

Vergleichsweise hoch blieb die Ausfuhr in die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft. Hier gab es erst nach der Jahresmitte einen leichten Rückgang. Auf günstige Absatzbedingungen innerhalb Europas trafen die Exporteure in Frankreich und in den beiden ölfördernden Ländern Großbritannien und Norwegen. Stärker gesunken ist seit dem Frühjahr der Wert der Ausfuhren in die Vereinigten Staaten wie auch in die Gruppe der übrigen westlichen Industrieländer insgesamt. Am ausgeprägtesten waren sowohl der Anstieg im vergangenen Jahr wie auch der Rückgang in diesem Jahr bei den Exporten in die OPEC-Länder und in die Gruppe der übrigen Entwicklungsländer. Die deutsche Ausfuhr in den OPEC-Raum, fast ein Zehntel des gesamten Exports der Bundesrepublik, lag im dritten Vierteljahr 1982 bereits rund 14 vH niedriger als im ersten Vierteljahr; immerhin dürfte aber im Durchschnitt des laufenden Jahres der Wert der Ausfuhr in diese Länder noch über dem bereits vergleichsweise hohen Vorjahresergebnis liegen. Bei der für den deutschen Export etwa ebenso wichtigen Gruppe der übrigen Entwicklungsländer konnte dagegen im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres 1982 der Wert des Vorjahres nicht gehalten werden.

Ein ähnliches Verlaufsmuster zeigt die Aufgliederung der Ausfuhr nach Warengruppen: Das Investitionsgütergewerbe verzeichnete nach der kräftigen Exportausweitung im letzten Jahr seit dem Frühjahr 1982 einen starken Rückgang; bereinigt um Saisoneinflüsse und um Preiserhöhungen wurden im dritten Vierteljahr etwa 7 vH weniger Investitionsgüter exportiert als im ersten Vierteljahr. Ähnlich stark war der Rückgang der Exporte des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes. Lediglich die Ausfuhr von Verbrauchsgütern hielt sich bis zuletzt auf dem im Sommer 1981 erreichten hohen Niveau.

126. Angesichts der gegenwärtig schwachen Entwicklung des Welthandels kann auch eine vergleichsweise geringe Erhöhung der Ausfuhr der Bundesrepublik einen Zugewinn von Weltmarktanteilen bedeuten. Eine der Voraussetzungen für eine im Vergleich zum Welthandel überproportionale Ausdehnung der deutschen Ausfuhr war allerdings in diesem Jahr in geringerem Maße als in den Vorjahren gegeben. Die reale Abwertung der D-Mark, die in den beiden vergangenen Jahren den deutschen Anbietern Wettbewerbsvorteile auf den Weltmärkten verschafft hatte, kam zum Stillstand, sie wirkte aber wohl noch fort (Ziffer 142).

Die Stagnation des Welthandels erwies sich als Haupthindernis für einen weiteren Exportanstieg. In fast allen Ländern wurde die Nachfrage nach ausländischen Gütern durch binnenwirtschaftliche Schwäche gehemmt. In den Industrieländern hielt die wirtschaftliche Stockungsphase länger als erwartet an. Viele Entwicklungsländer und einige Staatshandelsländer konnten weniger exportieren und gerieten in Finanzierungsschwierigkeiten; sie mußten ihre Einfuhr einschränken. Sinkende Exporterlöse und damit einhergehend nachlassende Kaufkraft der Öllander — durch die Entwicklung in den Industrieländern mitverursacht — dürften allerdings nicht auf Dauer eine hemmende Wirkung auf den deutschen Export haben. In demselben Maße nämlich, in dem sinkende Erlöse für Erdölausfuhren die Einnahmen der Lieferländer schwächen, werden die auf Öleinfuhren angewiesenen Entwicklungsländer und Industrieländer entlastet.

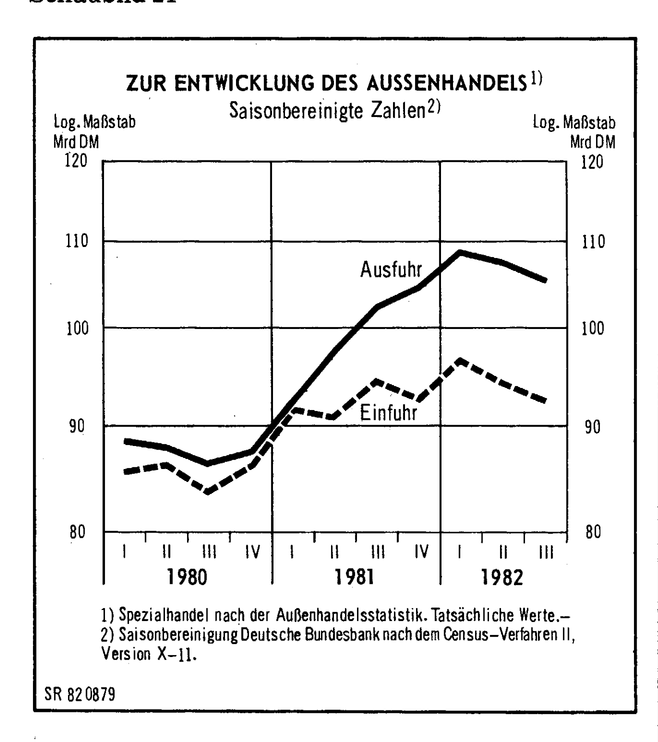
127. Der Anteil der Bundesrepublik an der Weltausfuhr dürfte sich in diesem Jahr, in Dollar gerechnet, nicht mehr so stark wie in den beiden Vorjahren ändern. Im Jahre 1981 war der Anteil der Ausfuhr an der Weltausfuhr von zuvor $9^1/_2$ vH auf knapp 9 vH gefallen. Noch stärker zurückgegangen — von knapp 15 vH auf 14 vH — war der nur auf verarbeitete Erzeugnisse bezogene Anteil. Dies war im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die D-Mark gegenüber dem Dollar weit mehr an Wert verlor als im gewogenen Durchschnitt gegenüber den Währungen der Haupthandelspartner. Der im Jahres-

durchschnitt 1981 gegenüber 1980 um rund 25 vH höhere Dollarkurs hatte rechnerisch den Dollar-Wert der deutschen Ausfuhr verringert. Die Steigerung des Ausfuhrvolumens war aufgrund der im gewogenen Durchschnitt gegenüber den Haupthandelspartnern sehr viel schwächeren D-Mark-Abwertung und aufgrund der erfahrungsgemäß verzögerten Reaktion der Warenströme auf Wechselkursänderungen nicht ausreichend, diese Umbewertung auszugleichen, so daß der Dollar-Wert der Ausfuhr um 9 vH niedriger war als 1980. Für die ersten neun Monate des Jahres 1982 ergab sich dagegen trotz nochmaliger Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar ein um rund 4 vH höherer Dollar-Wert der gesamten Ausfuhr der Bundesrepublik.

128. Die Einfuhr ist vom ersten Vierteljahr an stärker zurückgegangen, als die Exporte, ausgehend von ihrem hohen Niveau, an Boden verloren haben (Schaubild 21). Der Gesamtwert der in den ersten drei Quartalen des Jahres eingeführten Waren war nur um 2,8 vH höher als vor Jahresfrist.

Der Einfuhrwert von Rohstoffen — drei Viertel davon sind Rohöleinfuhren — lag in den ersten neun Monaten des Jahres um 9 vH niedriger als vor einem Jahr.

Schaubild 21



Erhöht hat sich allerdings die Einfuhr von Mineralölprodukten, also vor allem von Kraftstoffen und Heizöl. Die Gesamtausgaben für eingeführte Energieträger haben zwar seit dem Jahresbeginn abgenommen, sie sind aber nur geringfügig niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Auch die Verbrauchsgütereinfuhren blieben wertmäßig leicht hinter dem Vorjahreswert zurück. Stärker als die Gesamteinfuhr erhöhten sich die Ausgaben für importierte Investitionsgüter; dabei ist allerdings im Blick zu halten, daß 1982 auch wesentlich mehr solcher Güter ausgeführt werden konnten.

129. Die verhaltene Einfuhrentwicklung dürfte zum Teil Folge der von 1979 bis 1981 dauernden Verteuerung eingeführter Güter sein, die auch in diesem Jahr noch nachwirkt. Bei den Rohstoffen hat auch ein in Erwartung sinkender Preise vorgenommener Lagerabbau eine Rolle gespielt. Bei den Verbrauchsgütern stieg die Einfuhr langsamer als der gesamte inländische Verbrauch. Hierin mag man ein Nachlassen der Attraktivität ausländischer Erzeugnisse sehen.

Nicht zu verkennen ist aber, daß es durchweg vor allem konjunkturelle, also temporäre Einflüsse sind, die die Einfuhr geprägt haben; dies ist auch bei der Einschätzung der diesjährigen Außenhandelssituation insgesamt mitzubedenken.

130. In den ersten drei Quartalen des Jahres übertraf der Wert der Ausfuhr den Wert der Einfuhr um rund 36 Mrd DM; das sind 8 Mrd DM mehr als 1981 über das ganze Jahr erreicht worden war.

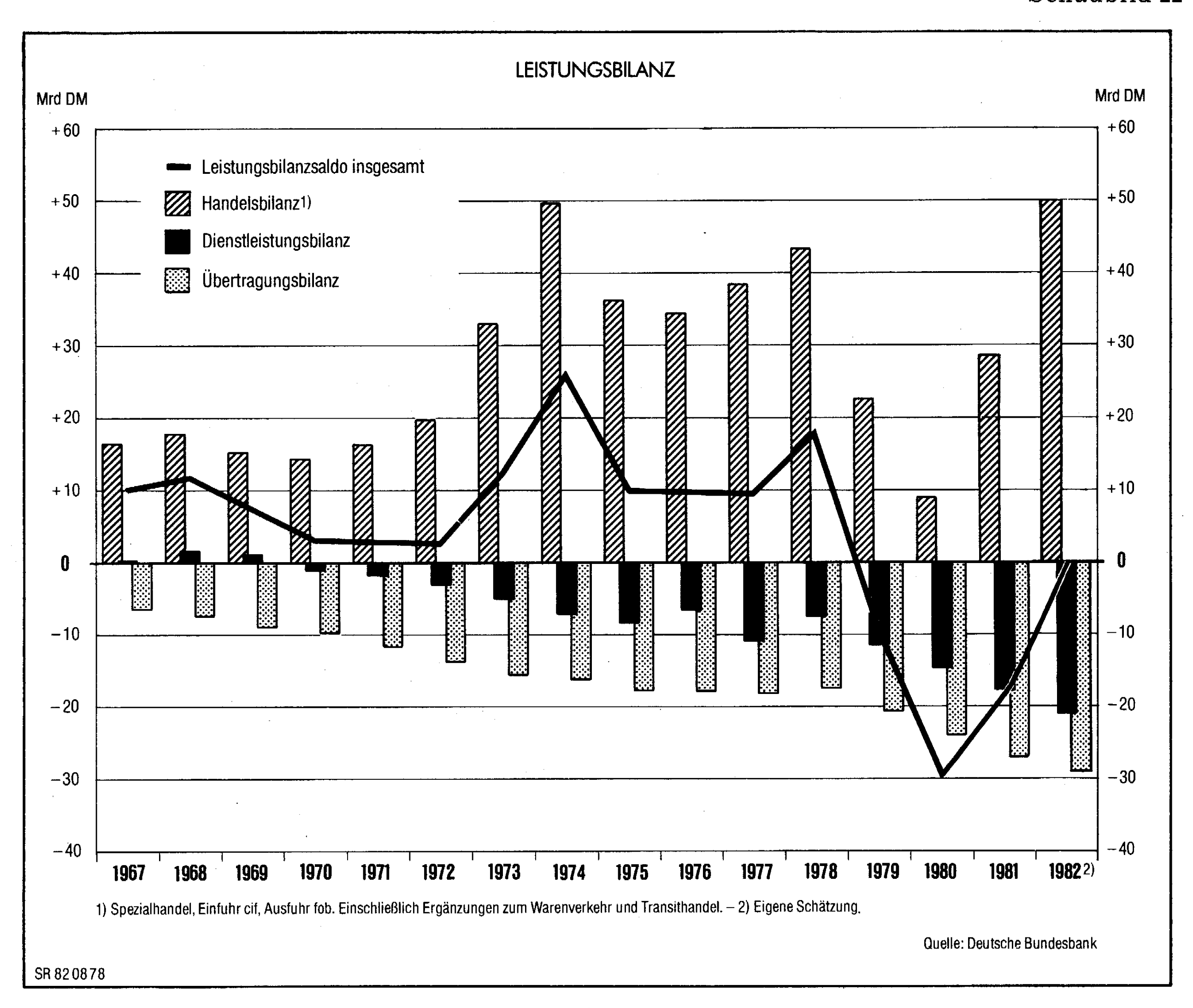
War es im Verlauf des vergangenen Jahres die kräftige Ausdehnung der Ausfuhr, die bei nur wenig zunehmender Einfuhr die Exportüberschüsse steigen ließ, so konnten in diesem Jahr die Überschüsse nur deshalb gehalten werden, weil mit dem Nachlassen der Exporte auch die Importe sanken.

Der Ausgleich der Leistungsbilanz in diesem Jahr ist, so gesehen, der Tatsache zuzuschreiben, daß die Einfuhr etwa in gleichem Maße wie die Ausfuhr konjunkturell gedrückt war. Bei einer wirtschaftlichen Belebung im Inland können die dämpfenden Einflüsse auf die Einfuhr schnell entfallen. Ein Aufschwung, der nicht von einer gleichgerichteten Bewegung in den übrigen industrialisierten Ländern begleitet ist, würde für die Bundesrepublik die Gefahr eines wiederverschärften außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts in sich bergen.

131. Der im Vergleich zum Vorjahr höhere Ausfuhrüberschuß spiegelt neben den unterschiedlichen Entwicklungen der mengenmäßigen Einfuhr und Ausfuhr die Tatsache, daß die Preise der eingeführten Güter weniger stiegen als die der ausgeführten Güter. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1982 verteuerte sich die Einfuhr, in Durchschnittswerten gerechnet, um 1,2 vH, die Durchschnittswerte der Ausfuhr waren um 5,7 vH höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das bedeutet eine Verbesserung des Austauschverhältnisses mit dem Ausland um 4,4 vH.

Zwischen 1978 und 1981 hatte sich dieses Austauschverhältnis stark verschlechtert. So haben sich seit 1978 die Durchschnittswerte von Rohstoffeinfuhren (darunter Kohle und Rohöl), aber auch von Halbwareneinfuhren (einschließlich Kraftstoffe, Erdgas und Elektrizität) ungefähr verdoppelt. Die Durchschnittswerte der gesamten Einfuhr liegen damit heute um etwa 43 vH höher als 1978, die der Ausfuhr dagegen nur um etwa 26 vH.

Schaubild 22



1) Spezialhandel, Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Einschließlich Ergänzungen zum Warenverkehr und Transithandel. – 2) Eigene Schätzung.

Quelle: Deutsche Bundesbank

132. Der hohe Handelsbilanzüberschuß wurde durch weiter zunehmende Defizite im Bereich der Dienstleistungen und Übertragungen aufgezehrt (Schaubild 22). Diese „unsichtbaren Transaktionen" schlugen in der Leistungsbilanz in den ersten neun Monaten des Jahres mit rund 42 Mrd DM zu Buche. Aufs Jahr gesehen dürften daraus annähernd 50 Mrd DM werden.

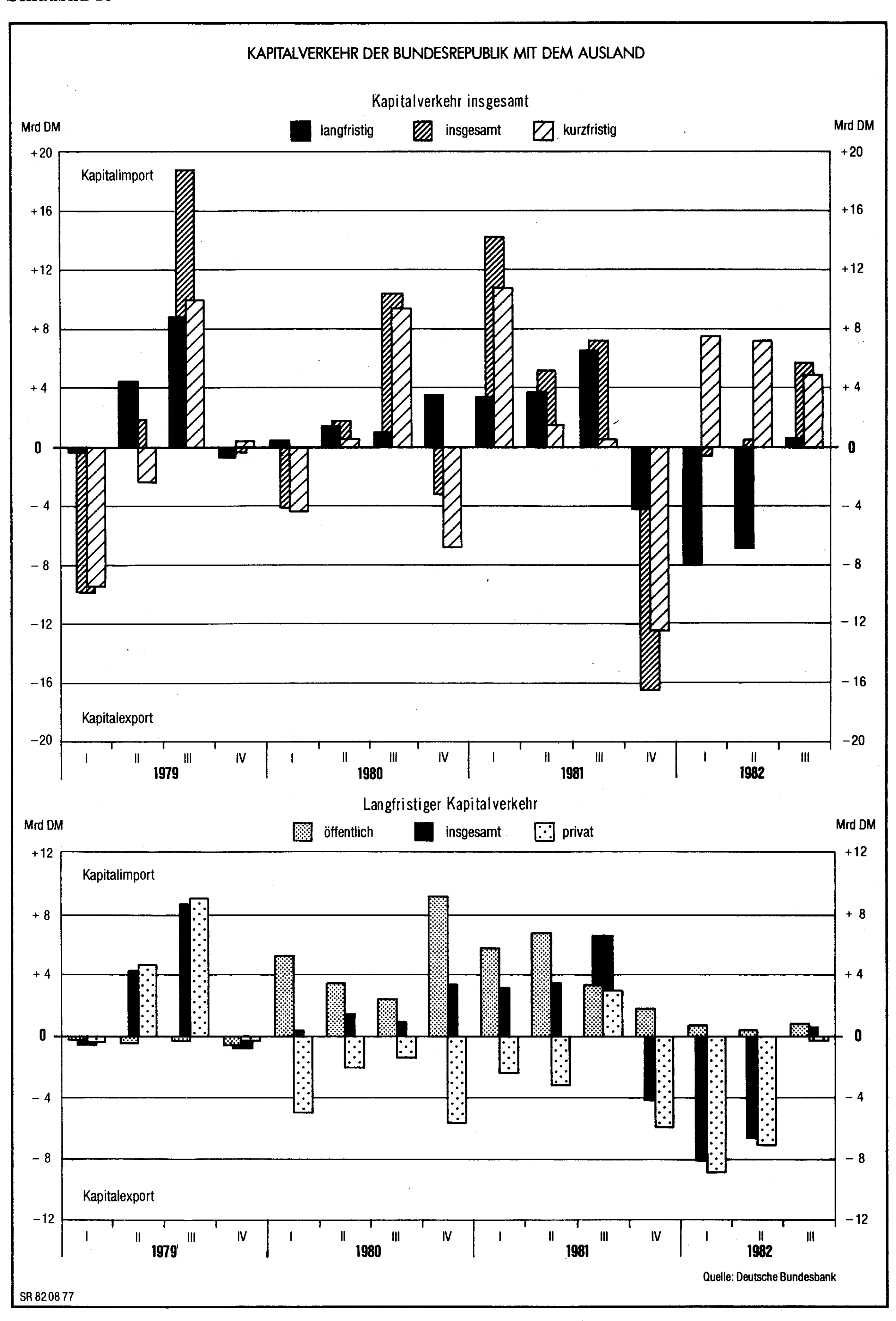
133. Im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland (einschließlich Ergänzungen zum Warenverkehr) entstand bis September ein Fehlbetrag von 20 1/2 Mrd DM, das sind rund 1 1/2 Mrd DM mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der traditionell wichtigste Posten, das Defizit im Reiseverkehr, dürfte allerdings 1982 nur wenig größer ausfallen als im vergangenen Jahr (26 Mrd DM). Prägend für den Anstieg des Gesamtdefizits war vielmehr der negative Saldo der Kapitalerträge, Folge der hohen Leistungsbilanzdefizite in den Jahren 1979 bis 1981. Im vergangenen Jahr hatten in der Kapitalertragsbilanz erstmals die Ausgaben die Einnahmen überstiegen. In diesem Jahr sind die an das Ausland zu leistenden Zinszahlungen in den ersten neun Monaten mit 28 1/2 Mrd DM um 5 Mrd DM, die Zinseinnahmen mit 23 Mrd DM nur um 2 1/2 Mrd DM höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

134. In der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen setzte sich die stetige Passivierung fort. Nettobeiträge zum EG-Haushalt (5,5 Mrd DM) und Überweisungen der ausländischen Arbeitskräfte in ihre Heimatländer (6,2 Mrd DM), die beiden wichtigsten Komponenten der unentgeltlichen Leistungen, lagen bis Ende September zusammengenommen allerdings nicht höher als ein Jahr zuvor. Der gesamte Fehlbetrag in der Übertragungsbilanz, die unter anderem noch die Zahlungen an andere internationale Organisationen und an Entwicklungsländer sowie Renten- und Wiedergutmachungsleistungen an Ausländer enthält, belief sich in dieser Zeit auf 21 Mrd DM, rund 1/2 Mrd DM mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Hohe Abflüsse im langfristigen Kapitalverkehr

135. Angesichts der nahezu ausgeglichenen Leistungsbilanz stellten sich Probleme im Zusammenhang mit der Finanzierung von Leistungsbilanzdefi-

Schaubild 23



ziten, wie sie vor zwei Jahren besonders drängend gewesen waren, in diesem Jahr nicht mehr. Anlaß zur Besorgnis gibt jedoch die Entwicklung des Kapitalverkehrs, der vor allem in der ersten Jahreshälfte durch stark gegenläufige Bewegungen gekennzeichnet war. Bis einschließlich Juni gab es im langfristigen Bereich netto große Mittelabflüsse (15 Mrd DM) und im kurzfristigen Bereich etwa ebenso große Nettozuflüsse. Letztere hielten noch einige Zeit an, nachdem der langfristige Kapitalexport zum Stillstand gekommen war. Für die ersten drei Quartale des Jahres 1982 ergab sich so insgesamt ein Nettokapitalimport in Höhe von 5 1/2 Mrd DM (Schaubild 23).

136. Das Umschlagen der langfristigen Kapitalströme — im Jahre 1981 waren noch 9 1/2 Mrd DM langfristiger Mittel netto importiert worden — geht zu einem bedeutenden Teil auf das geänderte Finanzierungsverhalten des Staates zurück. Bis einschließlich September erhöhte sich die langfristige Auslandsverschuldung öffentlicher Stellen nur um etwa 2 Mrd DM, nachdem sie 1980 um 21 Mrd DM und 1981 um 18 Mrd DM zugenommen hatte. Hierin spiegelt sich, daß der Bund einen sehr viel kleineren Teil seiner Haushaltsdefizite im Ausland finanziert hat; den inländischen Kapitalmarkt hat er entsprechend stärker in Anspruch genommen. Durch die abrupte Änderung in seiner Auslandsverschuldung hat er möglicherweise die Zinssenkungstendenz behindert, zumal die nun negative Bilanz im langfristigen Kapitalverkehr die Devisenmärkte belastete und damit den Spielraum der Bundesbank verengte, ihre geldpolitische Restriktion zu lockern.

137. Neben dem Rückgang des öffentlichen Kapitalimports waren im privaten langfristigen Kapitalverkehr hohe Abflüsse zu verzeichnen. Deutsche Banken, Unternehmen und Privatpersonen legten allein in ausländischen Wertpapieren (ohne Beteiligungserwerb) in der ersten Hälfte des Jahres netto 8 Mrd DM an, mehr als doppelt so viel wie im Jahr zuvor. In der Gegenrichtung hat das Ausland per Saldo im ersten Halbjahr in der Bundesrepublik angelegte Mittel zurückgezogen, wobei besonders Dispositionen von OPEC-Ländern und Entwicklungsländern eine Rolle gespielt haben.

Nach der Jahresmitte erhöhten sich jedoch die ausländischen Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik wieder, und zugleich schwächte sich die Kapitalausfuhr inländischer Privater ab. Die Bilanz des privaten langfristigen Kapitalverkehrs war im dritten Quartal 1982 wieder fast ausgeglichen.

138. Im nachhinein erscheint der zeitweise ungewöhnlich hohe Nettokapitalexport als ein Gemisch aus eher dauerhaften Verhaltensänderungen und kurzfristigen Sonderbewegungen. Die Dispositionen vor allem der internationalen Kapitalanleger scheinen durch eine gewisse Ernüchterung hinsichtlich der Attraktivität der D-Mark und eine Rückbesinnung auf den Dollar als Anlagewährung bestimmt. Neben den Zinsvorteilen von Anlagen in Dollar genießt die amerikanische Währung gegenwärtig offenbar besonderes Vertrauen, und sie hat dies, trotz der unbefriedigenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den Vereinigten Staaten, durch ihre anhaltend starke Stellung an den Devisenmärkten bislang auch gerechtfertigt. Unter diesen Umständen traf die Auflösung von Auslandsanlagen einiger OPEC-Länder — zum Teil wurden die Mittel zur Finanzierung von Leistungsbilanzdefiziten dieser Länder benötigt — die D-Mark stärker als andere Anlagewährungen.

Auch in dem gestiegenen Interesse deutscher Anleger an ausländischen, vor allem amerikanischen Wertpapieren spiegelt sich das Zusammenwirken mehrerer Motive. Insgesamt erscheint die Anlageneigung von Inländern in diesem Jahr verbessert, was auch eine verstärkte Nachfrage nach ausländischen Titeln mit sich bringt. Daß letztere, und darunter insbesondere Dollar-Anleihen, möglicherweise stärker zum Zuge kamen, kann angesichts der günstigen Renditeerwartungen nicht überraschen (Ziffer 164). Schließlich kann die Tatsache, daß es im ersten Halbjahr 1982 ganz überwiegend inländische Nichtbanken waren, die sich in Fremdwährungsanleihen engagierten, als Indiz dafür gelten, daß sich neue Anlegerkreise zu einer internationalen Diversifizierung ihrer Portefeuilles entschlossen.

139. Auf der kurzfristigen Seite der Kapitalverkehrsbilanz hatten Nettozuflüsse im ersten Halbjahr die Abflüsse langfristigen Kapitals vollständig aufgewogen. Nachdem der kurzfristige Kapitalimport auch nach der Jahresmitte anhielt, stellte sich in der gesamten Kapitalverkehrsbilanz (einschließlich der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen) bis einschließlich September ein Überschuß ein. Die Devisenreserven der Deutschen Bundesbank erhöhten sich im gleichen Zeitraum um knapp 1 Mrd DM.

Wertzuwachs der D-Mark trotz Schwäche gegenüber dem Dollar

140. Der durchschnittliche gewogene Wechselkurs der D-Mark gegenüber den Währungen der Haupthandelspartner, der von Anfang 1980 bis Mitte 1981, also während der Zeit der Leistungsbilanzdefizite, eine Abwertung gezeigt hatte, ist seitdem wieder gestiegen. Nimmt man die Anteile der Länder am Welthandelsvolumen als Gewichte, so lag der Außenwert der D-Mark im Durchschnitt der ersten neun Monate um 3,8 vH höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, und dies, obwohl die D-Mark gegenüber dem Dollar etwa 6 vH an Wert verlor. Der Dollarkurs zeigte irritierende Ausschläge. Im Herbst des Vorjahres war die Erwartung einer dauerhaften Stabilisierung in der Nähe von, ja gelegentlich sogar unter einem Kurs von 2,20 DM entstanden. Ende Juli 1982 erreichte der Dollar mit Werten um 2,50 DM wieder den Höchststand des Vorjahres und übertraf diesen danach noch. Fast alle anderen Währungen haben seit Sommer vergangenen Jahres gegenüber der D-Mark jedoch an Wert verloren.

Die vom Durchschnitt abweichende Entwicklung des Dollarkurses erklärt auch, warum der mit den

Anteilen der Länder am deutschen Außenhandelsumsatz gewogene Außenwert, bei dem der Dollar mit einem geringeren, seine Bedeutung auf den Weltmärkten unterzeichnenden Gewicht eingeht, mit 6,6 vH eine stärkere Zunahme aufweist als die mit Welthandelsanteilen berechnete Meßzahl.

141. Besonders stark war der Wertzuwachs der D-Mark innerhalb des Europäischen Währungssystems. Der gewogene Außenwert gegenüber den EWS-Ländern, das am Wechselkursmechanismus nicht teilnehmende Pfund Sterling ausgenommen, lag im September 1982 um 7,3 vH höher als Ende 1981. Abgesehen vom Holländischen Gulden, dessen Leitkurs gegenüber der D-Mark sich seit Ende 1979 nicht mehr geändert hat, sind die Währungen des EWS in ihrem Verhältnis zur D-Mark seit dem letzten Sommer zweimal, die Dänische Krone und der Belgische Franken dreimal abgewertet worden (Tabelle 5, Seite 32).

Auch gegenüber dem Pfund Sterling, dem Yen und dem Schweizer Franken wurde die D-Mark im Laufe des Jahres höher bewertet. Gegenüber diesen Währungen hatte sie allerdings während der Phase der Leistungsbilanzdefizite Wertverluste hinnehmen müssen, die durch die bisherige Erholung nicht ganz wettgemacht sind.

142. Im ganzen gesehen standen die Wechselkursänderungen wieder stärker als in den beiden vorangegangenen Jahren im Einklang mit der Kaufkraftentwicklung der verschiedenen Währungen. Die Steigerungsrate der Durchschnittswerte der Ausfuhr, die bei internationalen Vergleichen als Ersatz für die in vielen Ländern statistisch nicht ermittelten Exportpreise verwendet werden, dürfte in der Bundesrepublik bei 5 vH und damit um 1,8 Prozentpunkte niedriger liegen als im Durchschnitt für die vierzehn wichtigsten Handelspartnerländer. Der Wechselkurs der D-Mark gegenüber diesen Ländern ist um etwas mehr als diese Differenz gestiegen, so daß der so gemessene reale Außenwert der D-Mark 1982 um 2,1 vH höher liegt als im Vorjahr (Schaubild 2, Seite 23).

Berechnet man den gewogenen realen Außenwert statt auf der Basis von Exportpreisen auf der Basis durchschnittlicher Lohnkosten, so wirkt sich die Tatsache aus, daß auch der Lohnkostenanstieg in der Bundesrepublik geringer war als im Durchschnitt in den übrigen Ländern und daß die Differenz der Lohnkostensteigerungsraten größer war als die der Preissteigerungsraten, mit anderen Worten, daß die von den Exporteuren erzielten Preise im Durchschnitt stärker stiegen als die Lohnstückkosten. Die so berechnete Meßzahl, die eher zur Beurteilung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik herangezogen werden kann, zeigt in diesem Jahr noch eine reale Abwertung von 1,4 vH an. Weit stärker als im Durchschnitt war die reale Abwertung gegenüber dem Dollar, da zu dem nominellen Wertverlust der D-Mark stärker steigende amerikanische Lohnkosten hinzukamen. Auch in Japan stiegen die Lohnkosten schneller als in der Bundesrepublik, dies wurde jedoch durch einen Wertzuwachs der D-Mark gegenüber dem Yen mehr als ausgeglichen.

Schon in den beiden vorangegangenen Jahren hatte sich eine kräftige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter konstatieren lassen: Der reale Außenwert der D-Mark auf Lohnkostenbasis war im Jahre 1980 um 3,9 vH und im Jahre 1981 um 12,7 vH gesunken. Kostendifferenzen und Wechselkurse als Bedingungen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit hatten sich allerdings zwischen 1970 und 1979 in der für die deutschen Anbieter ungünstigen Richtung entwickelt. Nach der seit 1980 eingetretenen realen Abwertung liegt die reale Bewertung der D-Mark auf Kostenbasis in diesem Jahr wieder in einer Größenordnung, die etwa der des Jahres 1970 entspricht.

VI. Geldpolitik: Rückkehr auf einen potentialorientierten Pfad

143. Die Bundesbank hatte sich für das Jahr 1982 erneut vorgenommen, vorbehaltlich neuer unerwarteter Störungen von seiten der internationalen Geld- und Kapitalmärkte, eine konjunkturneutrale Linie der Geldpolitik einzuhalten. In diesem Jahr sah sie keinen Anlaß, unterwegs den geplanten Kurs zu verlassen. Nach dem Abbau der außenwirtschaftlichen Störungen, welche im Zusammentreffen von hohen Leistungsbilanzdefiziten und hohen Haushaltsdefiziten ihre wichtigste greifbare Ursache gehabt haben dürften und welche die Bundesbank zwei Jahre lang zu einer deutlichen Abweichung nach unten von ihrem mittelfristig orientierten Pfad der Geldmengenausweitung gedrängt hatten, entfielen auch die über die Antwort der Geldpolitik laufenden restriktiven Impulse dieser Störungen. Ein expansiver Impuls, der über das hinausgeht, was sich aus einer Abkehr von einer restriktiven Linie ergibt, ist in der Geldpolitik des Jahres 1982 nicht angelegt. Die Beschleunigung in der Expansion der Zentralbankgeldmenge muß man aber deutlich sehen. Eine noch stärkere Beschleunigung hätte den Prozeß der Stabilisierung des Preisniveaus wohl erneut gefährdet. Hohe Kapitalabflüsse ins Ausland und eine bis zuletzt anhaltende Schwäche der D-Mark gegenüber dem Dollar haben gezeigt, wie eng begrenzt der geldpolitische Handlungsspielraum geblieben ist. Der zögerliche Rückgang der Kapitalmarktzinsen und ihr Wiederanstieg für mehrere Monate im Frühsommer haben darüber hinaus verdeutlicht, daß durch die Hergabe von einigen Milliarden Mark Zentralbankgeld allein kein niedriger Zins auf Dauer gesichert werden kann.

Zentralbankgeldmenge beschleunigt ausgeweitet

144. Für 1982 hatte der Sachverständigenrat im Herbst vergangenen Jahres einen Zuwachs der bereinigten Zentralbankgeldmenge im Jahresverlauf von 5 1/2 vH für notwendig und ausreichend gehal-

ten. Dieser Zielgröße lag die Vorstellung zugrunde, daß das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials im Verlauf des Jahres 2 vH betragen wird und ein Anstieg des Preisniveaus um etwa 3 vH zu berücksichtigen war, ein Anstieg des Preisniveaus, der selbst bei stabilitätsgerechtem Verhalten aller, die gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen, kaum unterschritten werden kann und insofern als kurzfristig unvermeidlich anzusehen ist. Zusätzlich sollte die trendbestimmte Senkung der Umlaufsgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge mit einem Zuschlag von 1/2 vH in die Zielgröße eingehen (JG 81 Ziffer 402).

Von ähnlichen Vorstellungen hatte sich die Bundesbank im Dezember 1981 leiten lassen, als sie ihr Geldmengenziel für 1982 verkündete. Danach sollte die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, die der Bundesbank als Zielgröße dient, vom vierten Vierteljahr 1981 bis zum vierten Vierteljahr 1982 innerhalb einer Bandbreite von 4 vH bis 7 vH gehalten werden. Durch die Wahl eines Zielkorridors mit einer Spannweite von drei Prozentpunkten hatte die Bundesbank an ihre seit 1979 geübte Praxis angeknüpft. Anders als in den vergangenen zwei Jahren hatte sie für 1982 allerdings davon abgesehen, die obere und die untere Grenze des Zielkorridors um einen weiteren Prozentpunkt herabzusetzen. Für das Wachstum des Produktionspotentials im Jahresdurchschnitt hatte sie 1 1/2 vH bis 2 vH angesetzt und eine jahresdurchschnittliche Inflationsrate von etwa 3 1/2 vH für unvermeidlich gehalten. Auf eine Berücksichtigung von Veränderungen der Umlaufsgeschwindigkeit war für 1982 verzichtet worden. In eine Verlaufsvorstellung umgesetzt ergab sich daraus ein Zuwachs für die Zentralbankgeldmenge von etwa 5 vH. Welchen Kurs die Bundesbank innerhalb des Zielkorridors steuern wollte, hatte sie wieder durch die Angabe von Vorbehalten präzisiert. An weitere Fortschritte im inneren und äußeren Anpassungs- und Stabilisierungsprozeß und an die Unterstützung dieser Entwicklung durch die Tarifparteien und die Finanzpolitik sollte ein Zuwachs der Zentralbankgeldmenge im mittleren oder oberen Bereich des Korridors gebunden sein.

145. Für eine Beurteilung der Expansion der Zentralbankgeldmenge im Jahre 1982 ist nicht ohne Bedeutung, daß der Zuwachs im vorangegangenen Jahr deutlich niedriger war als es der ursprünglichen Zielgröße entsprochen hatte, in den letzten Monaten des Jahres 1981 sogar deutlich niedriger, als zur Abwehr der inflatorischen Impulse von außen nötig und gewollt war (Schaubild 24). Am Jahresende 1981 war die bereinigte Zentralbankgeldmenge, nach einem absoluten Rückgang im vierten Vierteljahr, nur um 1,8 vH größer als ein Jahr zuvor, und auch die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, die im letzten Vierteljahr nahezu stagnierte, nur um 3,1 vH größer. Der Durchschnittswert im vierten Vierteljahr, auf den die Zielvorgabe der Bundesbank abhebt, hatte um 3,5 vH über dem entsprechenden Wert im Vorjahr gelegen. Vom Konzept der bereinigten Zentralbankgeldmenge her stärker als vom Konzept der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen muß man die Verletzung des Verstetigungsziels im vierten Vierteljahr 1981, zu der in dieser Zeit auch keine außenwirtschaftlichen Gründe zwangen, als einen Fehler der Geldpolitik bezeichnen.

Da die Zentralbankgeldmenge in ihrer jeweiligen Abgrenzung sowohl für die Bundesbank als auch für den Sachverständigenrat zugleich Indikator und Zwischenziel der Geldpolitik ist, kann ein Unterschied in den Zuwachsraten der beiden Größen nicht ohne Bedeutung für die Beurteilung der Geldpolitik sein. Die Differenz von 1,3 Prozentpunkten im Jahre 1981 geht überwiegend, nämlich zu etwa 1 Prozentpunkt, auf die unterschiedlichen Verfahren zur Bereinigung von Mindestreservesatzänderungen zurück und nur zu einem kleinen Teil, nämlich zu etwa 0,3 Prozentpunkten, auf die unterschiedliche Abgrenzung der Zentralbankgeldmenge (Anhang V, Abschnitt C).

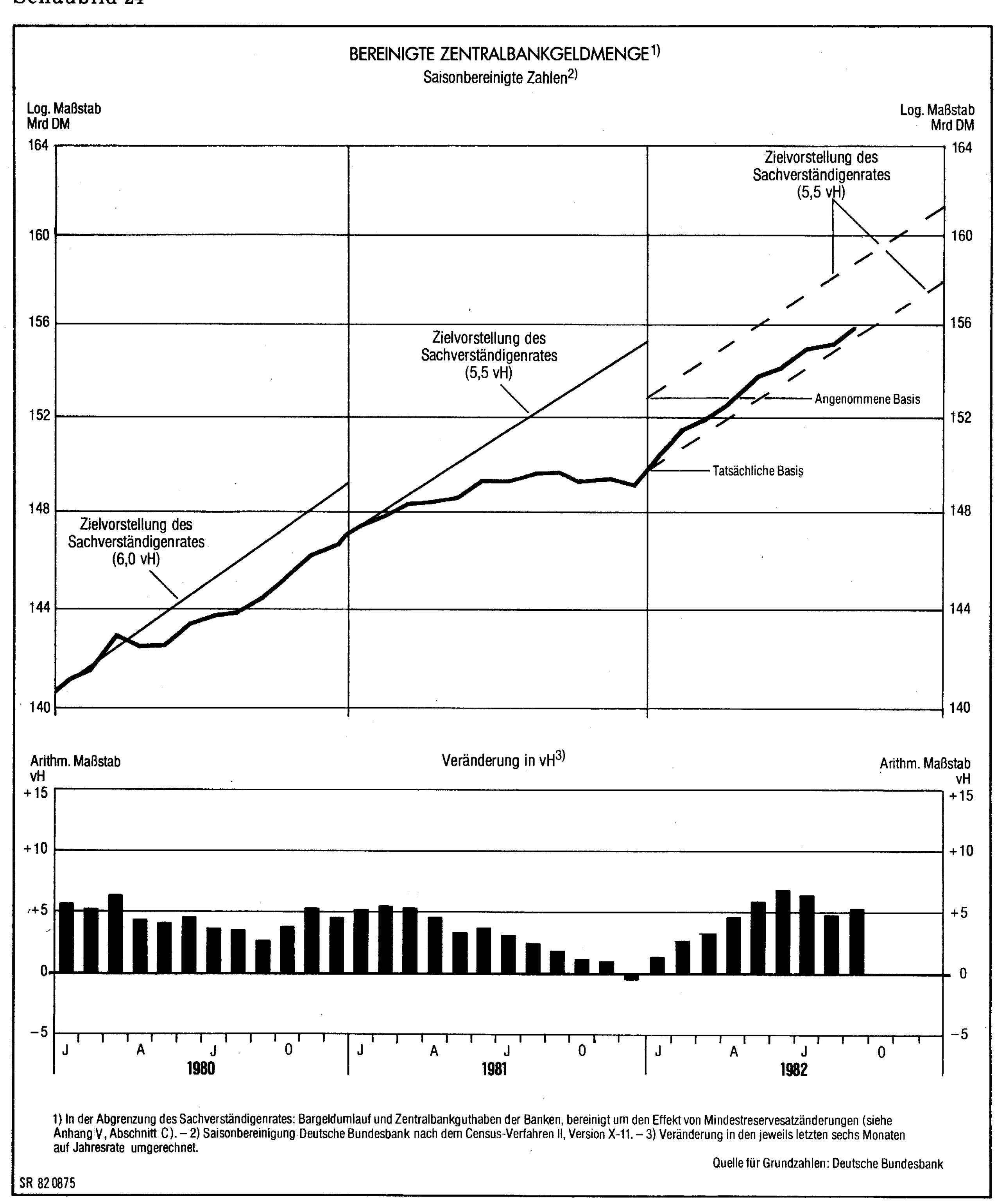
Der monetäre Impuls, den die Notenbank mit einer Veränderung des Angebots an Zentralbankgeld setzt, hängt im Konzept der Bundesbank mit von der Höhe der historischen Reservesätze vom Januar 1974 ab, mit denen das Mindestreservesoll ermittelt wird. Hierfür gibt es keinen ersichtlichen Grund.

Das Jahresergebnis beim Indikator der Bundesbank — ein Zuwachs um 3,5 vH vom vierten Vierteljahr 1980 bis zum vierten Vierteljahr 1981 bei einer Zielvorgabe von 4 vH bis 7 vH — war nach Ansicht der Bundesbank noch im Rahmen der anvisierten Zielvorstellung. Hierzu verweist sie auf Sondereinflüsse, die zu der schwachen Expansion der Zentralbankgeldmenge beigetragen haben: die Stagnation des Bargeldumlaufs und das starke Anwachsen mindestreservefreier Bankschuldverschreibungen mit sehr kurzen Laufzeiten zu Lasten mindestreservepflichtiger Bankguthaben. Der Sachverständigenrat hat solche Gründe nicht zwingend gefunden (für den Bargeldumlauf immerhin insoweit, als dem Vorgang auch eine wechselkursbedingte Auflösung von Bargeldhorten im Ausland beigemischt war). Hier ist auf den grundlegenden Unterschied zwischen dem Konzept der Zentralbankgeldmenge der Bundesbank und dem des Sachverständigenrates zu verweisen, ein Unterschied, der über Fragen der Abgrenzung und der Mindestreservesatzbereinigung weit hinausreicht. Der bereinigten Zentralbankgeldmenge des Sachverständigenrates liegt die in der Geldangebotstheorie wurzelnde Vorstellung zugrunde, daß die von der Notenbank via Veränderung der Zentralbankgeldmenge erzeugten Impulse, für die sie die Verantwortung trägt, zur Basis einer monetären Expansion werden, die, wenn auch nicht in beliebiger Weise, vom Verhalten der Banken und der Unternehmen und Haushalte mitgeprägt wird. Für die resultierende monetäre Expansion ist das Verhalten der Notenbank also nur teilweise ursächlich; Verantwortung hierfür kann und soll sie gerade für kurze Fristen nicht übernehmen, Verhaltensänderungen der Banken und Nichtbanken also nicht ausgleichen, zumal die Kosten, die mit den Verhaltensänderungen verbunden sind, auf diese regulierend wirken (JG 80 Ziffer 195). Andere Länder haben, wenn es um einen klaren Kurs der Geldpolitik geht, auch keine guten Erfahrungen gemacht mit Geldmengengrößen, die das Verhalten der Banken, Unternehmen und Haushalte ebensowohl abbilden wie das der Notenbank.

Dies ist nicht die Sicht der Bundesbank. Vielmehr soll ihre Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen ein Abbild dessen sein, was sich als Ergebnis, gleichsam ex post, des Zusammenwirkens von Angebot und Nachfrage ergibt. Ihre Zentralbankgeldmenge ist, wenn auch nicht vollständig, ein Abbild der Geldmenge M3, wenn man deren Komponenten mit ihrer Geldnähe gewichtet, die Bankeinlagen mit den Reservesätzen vom Januar 1974 als Gewichte, das Bargeld zu 100 vH. So erklärt sich auch, warum

im Konzept der Bundesbank die Mindestreserven auf Auslandsverbindlichkeiten und die Überschußreserven nicht enthalten sind. Ihnen steht keine Expansion der Geldmenge M3 gegenüber; Auslandsverbindlichkeiten sind darin nicht enthalten. Deshalb sind die von der Bundesbank angeführten Sondereinflüsse nur dann von Bedeutung, wenn man die Sicht der Bundesbank teilt. Im Konzept des Sachverständigenrates käme ihnen nur Gewicht zu, wenn sie nicht bloß Reflex situationsbedingter Faktoren wären, sondern Ausdruck dauerhafter, struktureller Änderungen auf der Nachfrageseite, die im Trend der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes zum Ausdruck kommen. Hierfür aber gibt es auch nach Ansicht der Bundesbank keinen Hinweis.

Schaubild 24



1) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen (siehe Anhang V, Abschnitt C). – 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 3) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

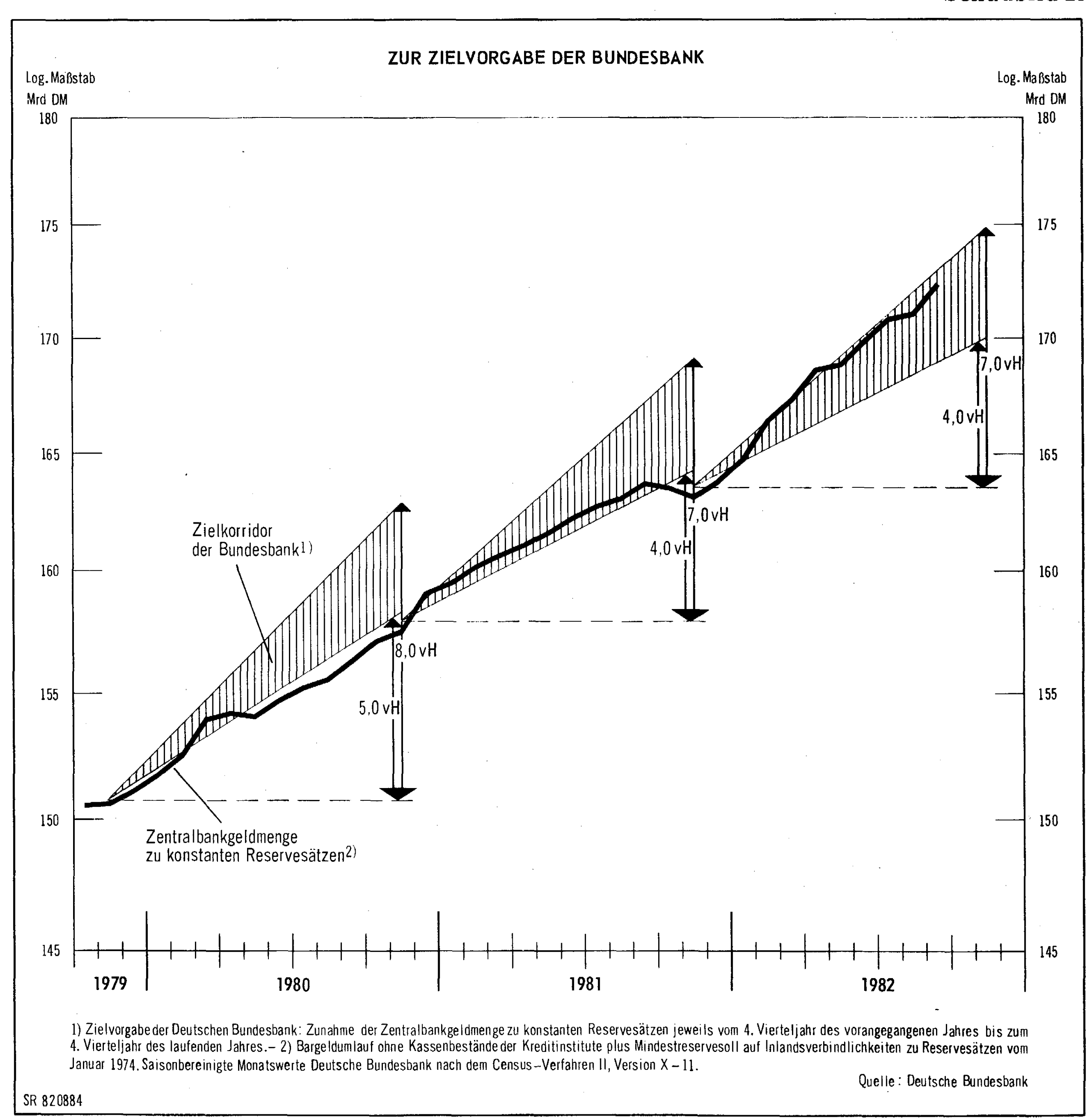
SR 82 0875

146. Im Jahresverlauf 1982 nahm die bereinigte Zentralbankgeldmenge wieder stärker zu, in den ersten neun Monaten mit einer Jahresrate von 6,2 vH. Für die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen betrug bis Oktober der entsprechende Satz 7,0 vH. Verlängert man die Entwicklung bis zum Jahresende, dürfte sie im vierten Vierteljahr um 6,6 vH über dem Durchschnittsbestand im vierten Quartal 1981 liegen, also am oberen Rand des Zielkorridors (Schaubild 25, Tabelle 20).

Auch für 1982 fallen die konzeptionellen Unterschiede ins Gewicht. Wie im vergangenen Jahr überzeichnet die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen den Expansionsgrad der Geldpolitik. Allein bis September hat die Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung der Bundesbank um fast 1 Prozentpunkt stärker zugenommen als die bereinigte Zentralbankgeldmenge. Und wieder wird die Differenz vom Effekt unterschiedlicher Verfahren zur Bereinigung von Mindestreservesatzänderungen dominiert. Allerdings spielen nach wie vor auch die Unterschiede in der Abgrenzung eine Rolle; die Ausländereinlagen hatten im dritten Vierteljahr 1982 ein um 7 1/2 vH niedrigeres Niveau als vor einem Jahr.

147. Gleichviel ob man sich an der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen oder an der bereinigten Zentralbankgeldmenge orientiert, man muß bei der Würdigung der Expansionsraten in Rechnung stellen, daß hinsichtlich der Ausgangsba-

Schaubild 25



1) Zielvorgabe der Deutschen Bundesbank: Zunahme der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen jeweils vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres bis zum 4. Vierteljahr des laufenden Jahres.– 2) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute plus Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu Reservesätzen vom Januar 1974. Saisonbereinigte Monatswerte Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 820884

Tabelle 20

Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge[1])

Zeitraum	Insgesamt	Entstehung					Verwendung		Bereinigte Zentralbankgeldmenge[7]) (Geldbasis)	
		Netto-Auslandsposition[2])	Refinanzierungskredite an Banken	Liquiditätspolitische Maßnahmen der Bundesbank[3])	Kreditgewährung an den Staat[4])	sonstige Einflüsse[5])	Bargeldumlauf[6])	Bankreserven	Ursprungswerte	saisonbereinigt[8])
	Veränderung gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum in Mio DM						Durchschnittsbestände in Mrd DM			
1978	+15 861	+20 307	+ 821	− 3 620	− 2 139	+ 492	74,3	45,3	125,7	
1979	+10 930	− 5 178	+11 864	+ 427	+ 3 853	− 36	81,5	53,7	137,0	
1980	− 4 331	−24 644	+ 1 220	+15 006	+ 299	+ 3 788	86,3	50,4	143,6	
1981	− 1 504	− 3 142	− 1 228	+ 3 897	+ 1 128	− 2 159	88,7	44,2	148,7	
1981 1. Vj.	− 9 552	− 4 279	+ 624	− 2 210	− 3 389	− 298	87,7	45,0	147,5	147,8
2. Vj.	+ 1 515	+10 990	− 2 651	− 8 966	+ 791	+ 1 351	87,8	43,6	147,5	148,8
3. Vj.	+ 204	− 3 267	+ 1 068	+ 7 038	− 1 903	− 2 732	89,4	43,9	149,5	149,5
4. Vj.	+ 6 329	− 6 586	− 269	+ 8 035	+ 5 629	− 480	89,8	44,3	150,2	149,3
1982 1. Vj.	− 4 488	− 2 250	+ 328	+ 4 106	− 2 902	− 3 770	88,9	45,9	150,9	151,2
2. Vj.	+ 2 605	+ 2 298	− 2 142	− 6 538	− 1 306	+10 293	90,2	45,9	152,3	153,5
3. Vj.	+ 1 816	+ 105	− 1 353	+ 3 006	− 1 030	+ 1 088	92,8	46,3	155,2	155,3
1981 Jan	− 3 614	− 446	− 667	+ 1 376	− 1 717	− 2 160	88,7	48,0	149,0	147,3
Feb	− 6 230	− 3 503	− 580	− 8 126	+ 3 098	+ 2 881	87,3	43,2	146,6	147,8
Mär	+ 292	− 330	+ 1 871	+ 4 540	− 4 770	− 1 019	87,1	43,7	146,9	148,3
Apr	− 207	+ 7 454	− 2 463	− 4 809	− 1	− 388	87,5	43,1	146,8	148,4
Mai	+ 499	+ 2 910	− 227	− 6 602	+ 2 245	+ 2 173	87,5	43,6	147,2	148,6
Jun	+ 1 223	+ 626	+ 39	+ 2 445	− 1 453	− 434	88,3	44,0	148,4	149,4
Jul	+ 1 614	+ 808	+ 526	+ 2 355	+ 639	− 2 714	90,1	43,8	150,1	149,3
Aug	− 448	− 2 747	+ 157	− 1 030	+ 3 434	− 262	89,8	43,7	149,6	149,5
Sep	− 962	− 1 328	+ 385	+ 5 713	+ 5 976	+ 244	88,4	44,1	148,7	149,6
Okt	− 1 001	− 1 652	+ 889	+ 2 850	− 2 832	− 256	87,8	43,7	147,7	149,3
Nov	+ 330	− 4 269	− 2 731	+ 968	+ 7 198	− 836	88,0	43,9	148,0	149,4
Dez	+ 7 000	− 665	+ 1 573	+ 4 217	+ 1 263	+ 612	93,5	45,3	155,0	149,1
1982 Jan	− 2 943	− 980	− 591	+ 215	+ 237	− 1 824	89,7	46,2	152,0	150,3
Feb	− 1 709	− 1 283	+ 1 415	− 2 715	+ 1 297	− 423	88,5	45,7	150,3	151,4
Mär	+ 164	+ 13	− 496	+ 6 606	− 4 436	− 1 523	88,7	45,7	150,5	152,0
Apr	+ 544	+ 1 104	− 2 110	− 586	− 767	+ 2 903	89,7	45,2	151,1	152,7
Mai	+ 1 616	+ 1 022	+ 2 023	− 4 888	− 3 623	+ 7 082	90,2	46,3	152,7	153,7
Jun	+ 445	+ 172	− 2 055	− 1 064	+ 3 084	+ 308	90,7	46,3	153,1	154,1
Jul	+ 2 546	+ 307	+ 1 170	− 1 680	+ 719	+ 2 030	93,2	46,3	155,7	155,0
Aug	− 671	− 359	− 1 477	+ 847	+ 1 520	− 1 202	92,7	46,1	155,0	155,1
Sep	− 59	+ 157	− 1 046	+ 3 839	− 3 269	+ 260	92,3	46,4	155,0	155,9

[1]) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken.
[2]) Währungsreserven (einschließlich Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland) abzüglich Auslandsverbindlichkeiten. Ohne Devisenswap- und -pensionsgeschäfte.
[3]) Offenmarktoperationen, Devisenswap- und -pensionsgeschäfte, Verlagerungen von Bundesguthaben in den Geldmarkt (nach § 17 BBankG).
[4]) Ohne vorübergehend zu den Kreditinstituten verlagerte öffentliche Gelder (nach § 17 BBankG).
[5]) Unter anderem Ertragsbuchungen der Bundesbank.
[6]) Einschließlich Kassenbestände der Kreditinstitute.
[7]) Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen; siehe Anhang V, Abschnitt C.
[8]) Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X – 11.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

sis dieses Jahres — viertes Vierteljahr 1981 beziehungsweise Dezember 1981/Januar 1982 — ein Korrekturbedarf ins neue Jahr vorzutragen war. Wegen der erwähnten Stagnation beziehungsweise Absenkung in den letzten Monaten des Jahres 1981 war dies keine für eine konjunkturneutrale Fortschreibung geeignete Basis. Der Sachverständigenrat ging bei seinem Ratschlag, die Zentralbankgeldmenge 1982 um 5 1/2 vH auszudehnen, von einem anderen — erwarteten — Jahresendstand aus, als er dann tatsächlich vorzufinden war, und zwar von einem um etwa 2 vH höheren (JG 81 Ziffer 402). Berücksichtigt man einen Korrekturbedarf, der dieser Differenz mehr oder weniger voll Rechnung trägt, so ist die Ausweitung des Geldangebots der Bundesbank 1982 nicht als expansiv, sondern allenfalls als konjunkturneutral zu bezeichnen. Mit anderen Worten: Die Tempoänderung war keineswegs größer, als sich aus der Abkehr von dem restriktiven Kurs der Jahre 1980 und 1981 ergab.

Man mag einer Tempoänderung eine eigenständige — und hier insgesamt expansive — Bedeutung beimessen und müßte ihr sogar die Hauptbedeutung geben, wenn die Tempoänderung groß ist und wenn ihr eine längere Phase mit einem bestimmten Tempo vorangegangen ist, so daß irreversible Wirkungen in Gang gesetzt worden sind. Ersteres gilt nicht für die Differenz zwischen dem Expansionstempo vor dem vierten Vierteljahr 1981 und nach der Korrektur des Fehlers der mehrmonatigen Sonderentwicklung. Letzteres gilt nicht für den Vergleich des neuen Expansionstempos mit dem unmittelbar vorangegangenen. Denn die Phase der Stagnation beziehungsweise der Absenkung der Zentralbankgeldmenge dauerte nur wenige Monate.

148. Einem Urteil, die Geldpolitik des Jahres 1982 sei nahezu konjunkturneutral gewesen, halten manche entgegen, daß die wirtschaftliche Situation doch im ganzen Symptome aufweise, die auf eine restriktive Geldpolitik zu deuten scheinen. Diese Symptome haben Zweifel an der Indikatorqualität der Geldmenge und überhaupt an der Vorteilhaftigkeit einer mittelfristig orientierten Politik hervorgerufen. Zu allererst sind es die immer noch hohen Zinsen bei schleppender, ja sinkender Wirtschaftsaktivität und steigender Arbeitslosigkeit, die zu den Zweifeln geführt haben. Unter Hinweis auf eine nicht nur in den letzten Monaten des Jahres 1981 niedrige Ausgangsbasis wird in Frage gestellt, ob die für 1982 gewählten Zielgrößen Konjunkturneutralität der Geldpolitik gewährleisteten. Hinzu kommt das Argument, die geldpolitische Restriktion selbst habe in den letzten Jahren das Wachstum des Produktionspotentials gedrosselt, und dieses unzureichende Wachstum diene nun als Grundlage für die Bemessung der konjunkturneutralen Expansion in der Zukunft, die solchermaßen verzerrt nicht konjunkturneutral wirke, sondern die Restriktion fortsetze.

149. Als Ergebnis einer mittelfristig orientierten, auf Geldwertstabilität bedachten Geldpolitik sind auf die Dauer nicht hohe Zinsen, sondern niedrige Zinsen zu erwarten. Hohe Zinsen können die Folge einer restriktiven Geldpolitik sein, aber auch Ausdruck im Inland wie im Ausland wurzelnder unsicherer Zukunftserwartungen, Ausdruck der Inflationsfurcht zumal und der Furcht vor den Folgen rasant steigender Staatsschulden.

Die Bundesbank hatte angesichts der im vergangenen Jahr neu aufkommenden Inflationsfurcht noch einmal deutlich gemacht, daß sie auch um den Preis einer Rezession eine Inflationsbeschleunigung auf keinen Fall zulassen würde. Verunsicherung kam also, soweit sie binnenwirtschaftlich verursacht war, vermutlich vor allem aus dem Mißtrauen gegenüber dem Verhalten der Finanzpolitik, die über Jahre hinweg die Ansprüche an das Produktionspotential ausgeweitet hatte. Für die Reaktion der Finanzmärkte scheint unerheblich zu sein, ob aus einer solchen Politik letztlich Inflation resultiert oder ob sich Störungen und Friktionen an anderer Stelle zeigen.

Hohe Zinsen im Ausland, besonders in den Vereinigten Staaten, führen dann zu hohen Zinsen auch im Inland, wenn durch Fehlentwicklungen im Inneren oder anderweitige starke Störungen von außen eine Situation entsteht, der man sich stabilitätspolitisch nicht hinreichend gewachsen zeigt. Eine solche Situation war spätestens 1981 gegeben. Die Geldpolitik sah sich genötigt, zur Abwehr inflatorischer Impulse aus einer Abwertung der D-Mark einen restriktiven Kurs einzuschlagen. Sie setzte so die Minderung des internationalen Vertrauens in die Bundesrepublik in höhere Zinsen um. Hätte sie es nicht getan, so wären vermutlich eine Zeitlang, kaum dauerhaft, etwas niedrigere Zinsen möglich, aber auch höhere Kaufkraftverluste und die Gefahr einer Fortpflanzung inflatorischer Impulse in den inländischen Einkommen zu gewärtigen gewesen. Letztlich hat das Urteil der Finanzmärkte über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Innern insgesamt eine größere Zinsdifferenz nicht zugelassen; die Aufwertungserwartung für die D-Mark war nach der Rückkehr der Vereinigten Staaten zu einer energischen Stabilisierungspolitik nicht kräftig genug. Mangel an Geld braucht man als letzte Ursache bei der Erklärung der noch immer hohen Zinsen in der Bundesrepublik nicht.

150. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Hans-Jürgen Krupp, sieht den außenwirtschaftlich begründeten Restriktionskurs der Bundesbank in dieser Zeit als keineswegs zwingend an. Die Frage, ob und in welchem Ausmaß ein Bedarf an außenwirtschaftlich bedingter geldpolitischer Restriktion erforderlich ist, läßt sich bisher weder anhand der Wechselkurstheorie noch aus den Erfahrungen der Vergangenheit eindeutig beantworten. Hätte — um einen anderen möglichen Weg zu skizzieren — die Bundesbank bereits Ende des Jahres 1980 und Anfang des Jahres 1981 eine stärkere Abwertung der D-Mark zugelassen, statt ihr zinspolitisch entgegenzuwirken, hätten sich, wenn die Abwertung erst einmal groß genug gewesen wäre, vermutlich Aufwertungserwartungen herausgebildet, die den Abwertungsprozeß schließlich zur Umkehr gebracht hätten. Die Wende zu einem Ausgleich der Leistungsbilanz wäre infolge der höheren Abwertung früher eingetreten und hätte so die Rückgewinnung des Vertrauens internationaler Kapitalanleger in die

D-Mark gefördert. Niedrigere Zinsen hätten das Beschäftigungsproblem nicht so groß werden und das Haushaltsdefizit weniger stark anschwellen lassen. Auch dies hätte eher vertrauensbildend gewirkt.

Den Ängsten, daß eine Abwertung zu einer Fortpflanzung inflatorischer Impulse im Inland führt, stehen Erfahrungen in anderen Ländern entgegen: Obwohl es in Japan nach der starken Abwertung des Yen im Jahre 1979 zu einem spürbaren Anstieg der Importpreise und einer Erhöhung der Inflationsrate gekommen war, konnte diese bereits im Jahr darauf wieder auf eine Rate eingedämmt werden, die niedriger war als in allen anderen westlichen Industrieländern.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

151. Einen Korrekturbedarf bei der Geldversorgung, der wesentlich weiter geht als die unter Ziffer 147 erörterte Basiskorrektur, etwa eine Korrektur zum vollen Ausgleich für die im ganzen Jahr 1981 und auch schon 1980 restriktive Geldpolitik, sehen wir nicht. Die Gründe haben wir schon im vergangenen Jahr dargelegt (JG 81 Ziffer 402).

Dem Konzept einer mittelfristig orientierten Geldpolitik fehlt zwar eine genaue Vorstellung davon, welche Zentralbankgeldversorgung zu einer Normalauslastung der Produktionskapazitäten paßt, die zugleich als eine Normalausstattung in dem Sinne anzusehen wäre, daß von ihr weder inflatorische noch deflatorische Impulse ausgehen. Erforderlich ist eine solche Vorstellung aber auch nur, wenn die Geldpolitik immer wieder Anlaß hat, von einem mittelfristig orientierten Pfad abzuweichen. Bei einem streng am Wachstum des Produktionspotentials orientierten Kurs, bei dem einem wechselnden Bedarf an unvermeidlichen Preissteigerungen nicht Raum gegeben würde, ist diese Vorstellung selbst dann nicht notwendig, wenn die Basis zu Beginn einer solchen Politik falsch gewählt worden ist. Die Volkswirtschaft paßt sich nämlich auf mittlere Sicht, also über einen Zeitraum von mehreren Jahren, über Veränderungen des Preisniveaus an den vorhandenen Geldbestand an. So gesehen kann es nicht selbstverständlich sein, Potentialpfade für die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge über eine Reihe von Jahren bis in die Gegenwart auszuziehen und auf diese Weise einen Fehlbetrag oder Geldüberhang zu ermitteln.

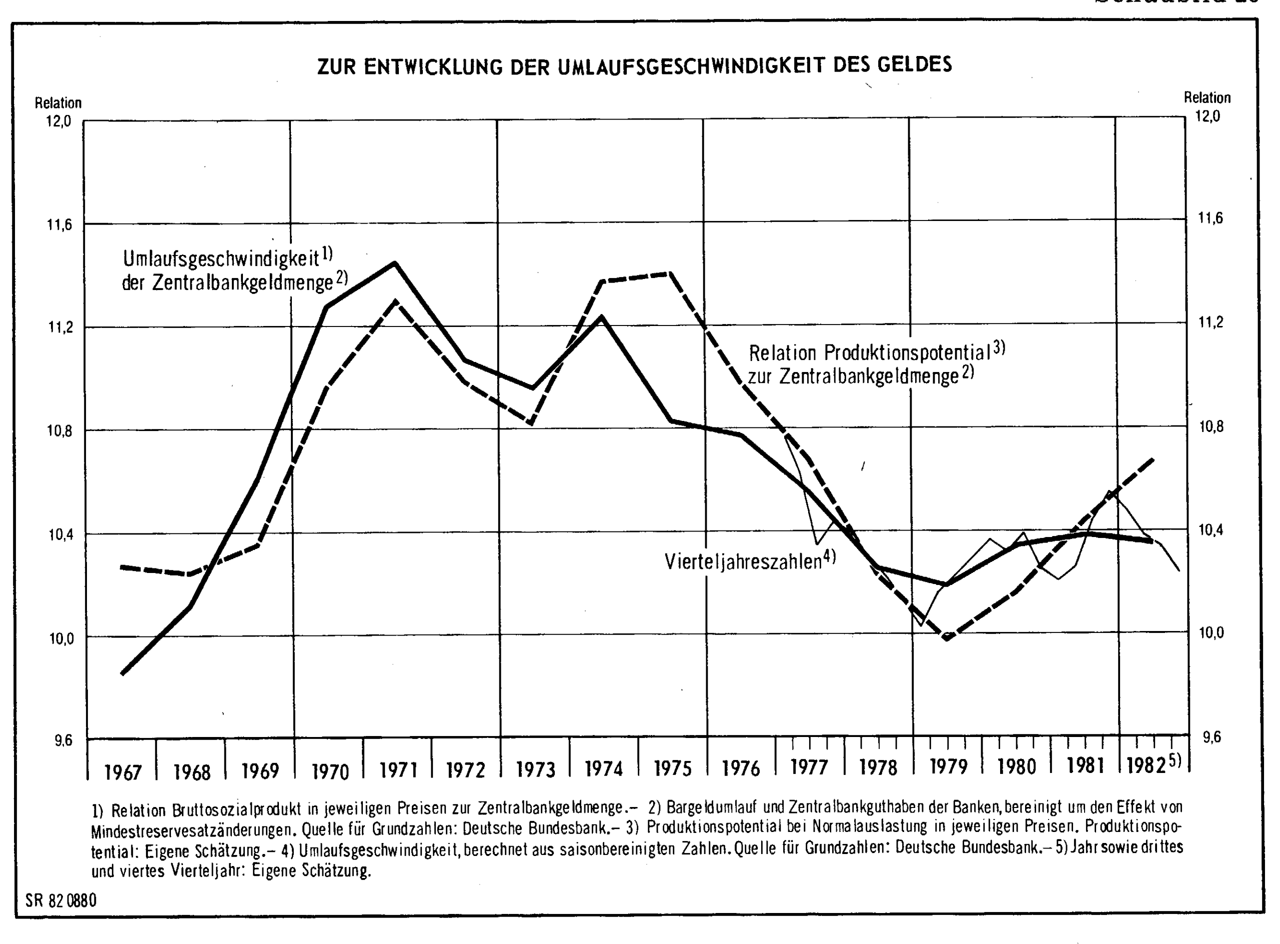
Die Frage bleibt freilich, ob die Summe der Abweichungen in den vergangenen Jahren so groß war, daß sich im nächsten wirtschaftlichen Aufschwung Geldmangel bemerkbar machen muß, jedenfalls wenn man den vorläufig noch für unvermeidlich zu haltenden Preisniveausteigerungen bei der Geldmengensteuerung ohnehin schon nur in knapper Form Rechnung trägt. Denn dann könnte füglich über noch niedrigere Preisniveausteigerungen als den für unvermeidlich gehaltenen eine Normalisierung der realen Geldversorgung nicht erwartet werden. Einen Anhaltspunkt für eine gegenwärtig zu geringe oder zu hohe Ausstattung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld gewinnt man, wenn man das vorhandene Zentralbankgeld in Beziehung zum Produktionspotential setzt. Die so gemessene Geldversorgung der Wirtschaft wird in diesem Jahr voraussichtlich einen Grad erreichen wie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (Schaubild 26). Hierbei ist allerdings ein fallender Trend in der Umlaufsgeschwindigkeit nicht berücksichtigt. Aber selbst wenn man einem solchen Trend Rechnung zu tragen versucht — mit Gewißheit läßt er sich nicht ausmachen —, wäre bei normal ausgelastetem Produktionspotential nur ein geringes Mehr an Produktion je Einheit Zentralbankgeldmenge zu finanzieren. Die Unterversorgung hat jedenfalls nicht ein Ausmaß wie nach 1974 erreicht. Zu einem Kurswechsel der Geldpolitik aus Gründen einer Unterversorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld bestand danach kein Anlaß, schon wegen der Größenordnung einer möglichen Unterversorgung und der stabilitätspolitischen Gefahr eines Kurswechsels nicht (JG 81 Ziffer 204).

Immerhin, die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes dürfte derzeit, von situationsbedingten Einflüssen abgesehen, aus Gründen einer noch eher knappen Geldversorgung etwas höher liegen als normal scheint. Man mag dies bei der Bemessung des Zuschlags für eine mittelfristige Änderung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes nach und nach berücksichtigen. Andernfalls müßte man dem Problem bei der Bemessung des Zuschlags für einen vorläufig für unvermeidlich zu haltenden weiteren Anstieg des Preisniveaus Rechnung tragen. Das ist jedoch als Regel keine befriedigende Lösung. Die Bundesbank hat wegen der Art ihrer Zielvorgabe die Möglichkeit, Niveaufehler durch Abweichungen vom mittleren Pfad in ihrem Zielkorridor aufzufangen. Das Problem der konzeptionellen Einordnung solcher Abweichungen stellt sich jedoch auch für sie.

In der Diskussion dieses Jahres über diese Frage hat die Bundesbank dem Argument, das niedrige Ausgangsniveau für die Zielvorgabe 1982 erfordere eine kräftigere Expansion der Zentralbankgeldmenge und lasse diese in der Wirkung auch konjunkturneutral sein, keine Bedeutung beigemessen.

152. Klagen darüber, daß eine am jeweiligen Wachstum des Produktionspotentials orientierte Geldmengenpolitik an der Aufgabe vorbeigehe, ein beschleunigtes Wachstum des Produktionspotentials zu ermöglichen, scheinen noch weniger berechtigt. Eine Geldversorgung, die eine volle Nutzung des vorhandenen Produktionspotentials ermöglicht, ermöglicht immer auch zugleich dessen Wachstum. Die Stärke dieses Wachstums ist eine Frage der Struktur der Ansprüche an die Produktionsmöglichkeiten. In der Tat hat eine mehrjährige Phase schwacher Investitionstätigkeit auch zu einem geringeren Wachstum des Produktionspotentials geführt. Dies einräumen heißt freilich noch nicht einen Korrekturbedarf für die Geldpolitik anerkennen. Die Verlangsamung des Wachstums ist vornehmlich Ergebnis von Anpassungsschwierigkeiten bei uns und in der Welt, und es ist nicht Aufgabe der Geldpolitik, sondern der übrigen Wirtschaftspolitik und der Lohnpolitik, für wieder mehr Wachstumsdynamik zu sorgen. Der Versuch, ein zusätzliches Wachstum des Produktionspotentials durch die Geldpolitik hervorzulocken, könnte nur zu leicht in abermals be-

Schaubild 26



1) Relation Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen zur Zentralbankgeldmenge.– 2) Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank.– 3) Produktionspotential bei Normalauslastung in jeweiligen Preisen. Produktionspotential: Eigene Schätzung.– 4) Umlaufsgeschwindigkeit, berechnet aus saisonbereinigten Zahlen. Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank.– 5) Jahr sowie drittes und viertes Vierteljahr: Eigene Schätzung.

SR 82 0880

schleunigter Inflation enden. Das Wachstum des Produktionspotentials vollzieht sich über die Nutzung vorhandener Produktionskapazitäten, durch die Nutzung für Investitionen nämlich. Deren Leistungsfähigkeit wird durch die Schätzung des Produktionspotentials angegeben, und die Geldausstattung der Wirtschaft muß hierzu passen, nicht zu einem bloß erhofften künftigen Produktionspotential.

Feinsteuerung am Geldmarkt

153. Die Bundesbank war durchweg bemüht, den Prozeß der Zinssenkung zu unterstützen und, wo sie Spielraum sah, auch voranzutreiben. Für die Wahl einer geeigneten Strategie, mit der die angestrebte Ausweitung der Zentralbankgeldmenge herbeigeführt werden sollte, war ausschlaggebend, an den Märkten nicht den Eindruck eines Kurswechsels in der Politik aufkommen zu lassen, zumal der Dollarkurs der Mark labil blieb.

Die Labilität der Erwartungen sprach für eine Politik der kleinen Schritte und für kurzfristige, reversible Maßnahmen (Tabelle 21). Erst später im Jahr gewährte die Bundesbank dauerhaft mehr Liquidität und setzte dauerhaft gemeinte Zinssignale, auch aus Enttäuschung darüber, daß die vorangegangene Verringerung der Refinanzierungskosten nur schleppend und nicht in vollem Umfang von den Banken an die Kreditnehmer weitergegeben wurde, so daß sich die Anregung zu verstärkter Kreditnachfrage in engen Grenzen hielt.

Schon Anfang Mai wurde aber mit der Wiedereinsetzung des Lombardkredits, der den im Februar 1981 eingeführten Sonderlombardkredit ablöste, dokumentiert, daß die Bedrohung des Geldwertes von außen im wesentlichen überwunden war. Zuvor hatte die Bundesbank den Sonderlombardsatz in vier Schritten von 12 vH im Oktober 1981 auf zuletzt $9^1/_2$ vH ermäßigt. Die Zinssenkung am Geldmarkt, die damit einherging, war jeweils durch Offenmarktgeschäfte mit Rückkaufsvereinbarung, vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte, zu Sätzen unterhalb des Sonderlombardsatzes eingeleitet worden.

Solche Offenmarktgeschäfte, erstmals seit einigen Jahren auch über Wechsel, sind 1982 beträchtlich ausgeweitet worden. Die Vorteile, die eine Geldmarktsteuerung auf Sicht bietet, waren dafür maßgeblich, zeitweise aber vor allem die Notwendigkeit, Vorsorge für die ungewöhnlich hohe Gewinnabführung an den Bund in Höhe von 10,5 Mrd DM zu treffen. Um es im Zusammenhang damit nicht zu einer untunlichen Erweiterung des monetären Mantels kommen zu lassen, hielt die Bundesbank durch eine befristete Bereitstellung von Zentralbankgeld vor. Als Ende April die Ausschüttung auf den Konten des

Tabelle 21

Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1981	
21. September	Der Verkauf von Bundesschatzbriefen wird vorübergehend ausgesetzt. Ab 6. Oktober werden Bundesschatzbriefe zu neuen Konditionen angeboten.
29. September	Die Bundesbank nimmt für 34 Tage Wertpapiere aus dem Besitz der Banken im Umfang von 6,2 Mrd DM zu einem Zinssatz von 11,4% in Pension. Die Ausgestaltung des Wertpapierpensionsgeschäfts deutet auf eine vorsichtige Lockerung des Restriktionskurses hin.
8. Oktober	Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank beschließt, den Zinssatz für Sonderlombardkredite mit Wirkung vom 9. Oktober auf 11% zu ermäßigen.
2. November	Noch einmal nimmt die Bundesbank für 30 Tage Wertpapiere der Kreditinstitute in Pension. Zu einem Zinssatz von 11,1% werden 7,5 Mrd DM Zentralbankgeld vorübergehend zur Verfügung gestellt.
24. November	Die Bundesbank nimmt Wertpapiere im Betrag von 3,4 Mrd DM für 49 Tage in Pension. Der Zinssatz beträgt 10,55%.
3. Dezember	Der Zentralbankrat verkündet das Geldmengenziel für 1982. Die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge zwischen dem vierten Vierteljahr 1981 und dem vierten Vierteljahr 1982 soll zwischen 4 vH und 7 vH gehalten werden. Die Bundesbank will unter Berücksichtigung der Preise, der Konjunkturlage, der Zahlungsbilanz und des Wechselkurses der D-Mark laufend überprüfen, ob die Zentralbankgeldmenge mehr in der unteren oder mehr in der oberen Hälfte des Zielkorridors zunehmen soll.
	Bei der Ableitung ihrer Zielvorgabe geht die Bundesbank von einem Wachstum des Produktionspotentials im Durchschnitt des Jahres 1982 um 1½ vH bis 2 vH und einem unvermeidlichen Anstieg des Preisniveaus von etwa 3½ v H im Jahresdurchschnitt aus.
	Mit Wirkung vom 4. Dezember wird der Sonderlombardsatz um einen halben Prozentpunkt auf 10½% gesenkt.
7. Dezember	Die Bundesbank nimmt noch einmal Wertpapiere im Betrag von 8,5 Mrd DM für 50 Tage und zu einem Zinssatz von 10,25% in Pension.
1982	
4. Januar	Die Bundesbank stellt den Kreditinstituten 4,6 Mrd DM Zentralbankgeld über Wertpapierpensionsgeschäfte für 35 Tage zu einem Zinssatz von 10,25% zur Verfügung.
14. Januar	Erstmals seit längerem bietet die Bundesbank eine Woche lang den Banken wieder Offenmarktgeschäfte mit Rückkaufsvereinbarung über Handelswechsel an. Zu einem Zinssatz von 10% bei einer Laufzeit von 10 Tagen werden den Banken Mittel in Höhe von etwa ½ Mrd DM bereitgestellt.
21. Januar	Der Zentralbankrat beschließt, mit Wirkung vom 22. Januar den Sonderlombardsatz um einen weiteren halben Prozentpunkt auf 10% herabzusetzen.
1. Februar	Den Kreditinstituten fließen über Wertpapierpensionsgeschäfte mit der Bundesbank 8,4 Mrd DM für 35 Tage zu. Der Zinssatz beträgt 10%.
1. März	Die Bundesbank nimmt noch einmal Wertpapiere im Betrag von 6,4 Mrd DM für 35 Tage und zu einem Zinssatz von 9,8% in Pension.
8. März	Über Wertpapierpensionsgeschäfte stellt die Bundesbank 8 Mrd DM zu einem Zinssatz von 9¾% für 36 Tage zur Verfügung.
11. März	Für acht Tage bietet die Bundesbank Offenmarktgeschäfte mit Rückkaufsvereinbarung über Wechsel an. Der Zinssatz beträgt 9,5% bei einer Laufzeit von zehn Tagen.
18. März	Auf Beschluß des Zentralbankrates wird der Sonderlombardsatz mit Wirkung vom 19. März von 10% auf 9½% ermäßigt.
23. März	Zu einem Zins von 9¼% erhalten die Banken gegen Hinterlegung von Wertpapieren 5½ Mrd DM für 34 Tage.
5. April	Auslaufende Pensionsgeschäfte werden nicht in vollem Umfang erneuert. Für 30 Tage erhalten Banken 5½ Mrd DM zu einem Zins von 9,3%.
22. April	Der Zentralbankrat stellt den Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1981 fest. Der Reingewinn beträgt 13,1 Mrd DM, davon werden 10,5 Mrd DM gemäß den Bestimmungen des Bundesbankgesetzes an den Bund abgeführt.

noch Tabelle 21

Datum	
1982	
6. Mai	Mit Wirkung vom 7. Mai gewährt die Bundesbank wieder Lombardkredit zum Lombardsatz von 9%.
10. Mai	Die Bundesbank nimmt Wertpapiere der Banken im Umfang von 8,6 Mrd DM für 28 Tage in Pension. Der Zinssatz beträgt 8,9%. Zu gleichen Konditionen werden am 17. Mai 4,2 Mrd DM, am 7. Juni 6,1 Mrd DM und am 9. Juli 6,4 Mrd DM vorübergehend in den Geldmarkt gegeben.
11. Juni	Der Unterausschuß für D-Mark-Auslandsanleihen des Zentralen Kapitalmarktausschusses verständigt sich auf eine Emissionspause von 14 Tagen für D-Mark-Anleihen ausländischer Emittenten.
16. Juni	Der Zentralbankrat beschließt, die Rediskont-Kontingente der Kreditinstitute mit Wirkung vom 23. Juni um 5 Mrd DM zu erhöhen. Gleichzeitig wird die Linie für die Einreichung von Privatdiskonten um 0,5 Mrd DM heraufgesetzt.
1. Juli	Die routinemäßige Überprüfung des Geldmengenziels für das laufende Jahr ergibt, daß die Bundesbank an ihrer Zielvorgabe festhalten will und in Anbetracht der gebesserten außenwirtschaftlichen Lage, der Preisentwicklung und der schwachen Inlandskonjunktur eine Entwicklung der Zentralbankgeldmenge in der oberen Hälfte des Zielkorridors für den Rest des Jahres anstrebt.
6. August	Über Wertpapierpensionsgeschäfte werden den Banken 6,9 Mrd DM Zentralbankgeld für 28 Tage zu einem Zins von 8,85% zur Verfügung gestellt.
26. August	Mit Wirkung vom 27. August wird der Diskontsatz von 7 1/2% auf 7% und der Lombardsatz von 9% auf 8% herabgesetzt.
3. September	Auslaufende Wertpapierpensionsgeschäfte werden erneuert und im Volumen auf 7,8 Mrd DM aufgestockt. Der Zinssatz beträgt 7,95% bei einer Laufzeit von 28 Tagen.
15. September	Noch einmal nimmt die Bundesbank Wertpapiere im Umfang von 5,3 Mrd DM zu einem Zinssatz von 7 3/4% für 28 Tage in Pension.
23. September	Der Zentralbankrat beschließt, zum 1. Oktober die Mindestreservesätze für Inlands- und Auslandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute linear um 10 vH herabzusetzen. Zentralbankgeld im Umfang von knapp 5 1/2 Mrd DM steht damit den Kreditinstituten zusätzlich zur Verfügung.
1. Oktober	Auslaufende Wertpapierpensionsgeschäfte werden in vollem Umfang, 7,8 Mrd DM, zu einem ermäßigten Zins von 7 1/2% für 32 Tage verlängert.
22. Oktober	Vom 23. Oktober an beträgt der Diskontsatz 6% statt bisher 7% und der Lombardsatz 7% statt bisher 8%.
8. November	Für 28 Tage nimmt die Bundesbank Wertpapiere im Umfang von 8,7 Mrd DM zu einem Zinssatz von 6,9% in Pension.

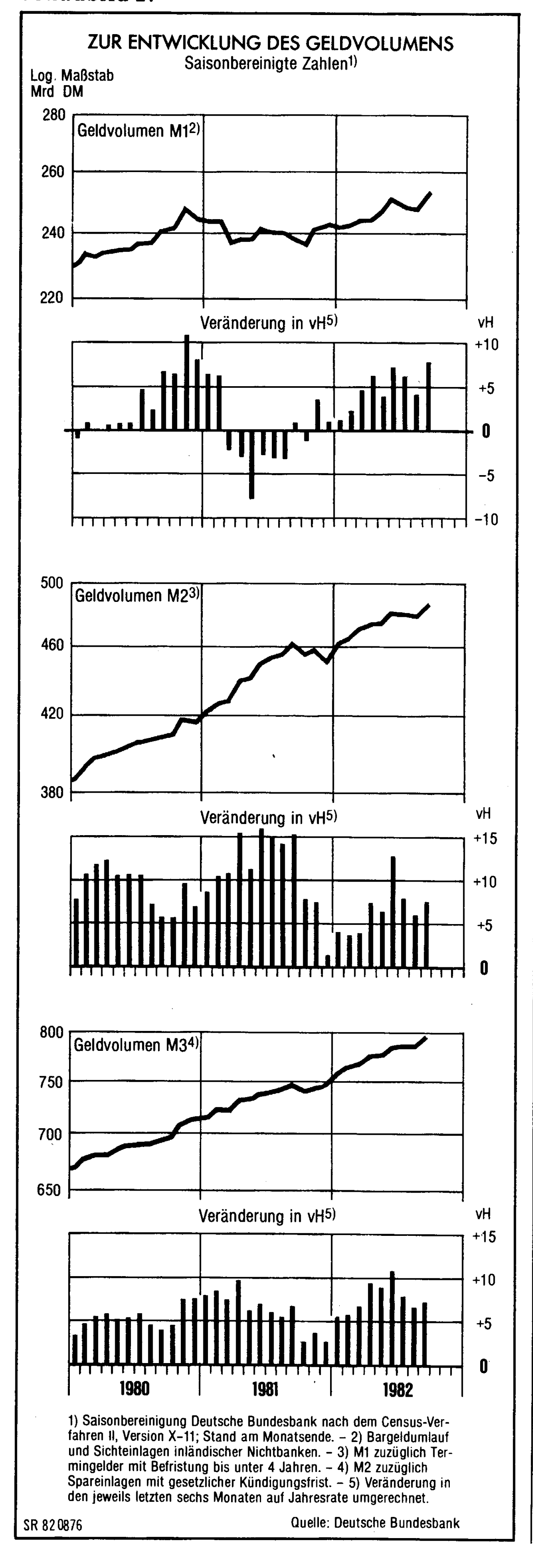
Bundes gutgeschrieben wurde, erneuerte die Bundesbank auslaufende Pensionsgeschäfte nicht in vollem Umfang. Soweit dies nicht zeitkongruent möglich war, nutzte sie das Instrument einer vorübergehenden Verlagerung von Guthaben des Bundes in den Geldmarkt. Insgesamt wurde so die Gewinnabführung, wie erwartet, reibungslos bewerkstelligt und führte auch nicht einmal temporär zu einer Beeinträchtigung in der Erfüllung des geldpolitischen Ziels.

Zu einer dauerhaften Bereitstellung von Zentralbankgeld fand sich die Bundesbank erst nach Bewältigung der Gewinnausschüttung bereit. Mitte Juni stockte sie die Rediskontingente um insgesamt 5 1/2 Mrd DM auf. Im Oktober kam eine Senkung der Mindestreservesätze in gleichem Umfang hinzu. Auch Wertpapierkäufe am offenen Markt hatten wieder ein größeres Gewicht. Als im Ausland die Zinsen wieder kräftig sanken und die Neigung zum Kapitalexport abflaute, brachte die Verbilligung der Refinanzierung vom August und Oktober die Leitzinsen auf zuletzt 6 vH für den Diskontkredit und 7 vH für den Lombardkredit. Dies entsprach einem Niveau der Leitzinsen wie im November 1979.

Uneinheitliche monetäre Expansion

154. Im Vorjahresvergleich wird die kräftige Expansion der Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1982 voraussichtlich nur einen Zuwachs gegenüber 1981 um etwa 4 vH erbringen (der Überhang am Jahresende 1981 beträgt lediglich 1/2 vH). Die Zunahme der Bargeldmenge und der täglich fäl-

Schaubild 27



1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11; Stand am Monatsende. – 2) Bargeldumlauf und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken. – 3) M1 zuzüglich Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren. – 4) M2 zuzüglich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. – 5) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

SR 820876 Quelle: Deutsche Bundesbank

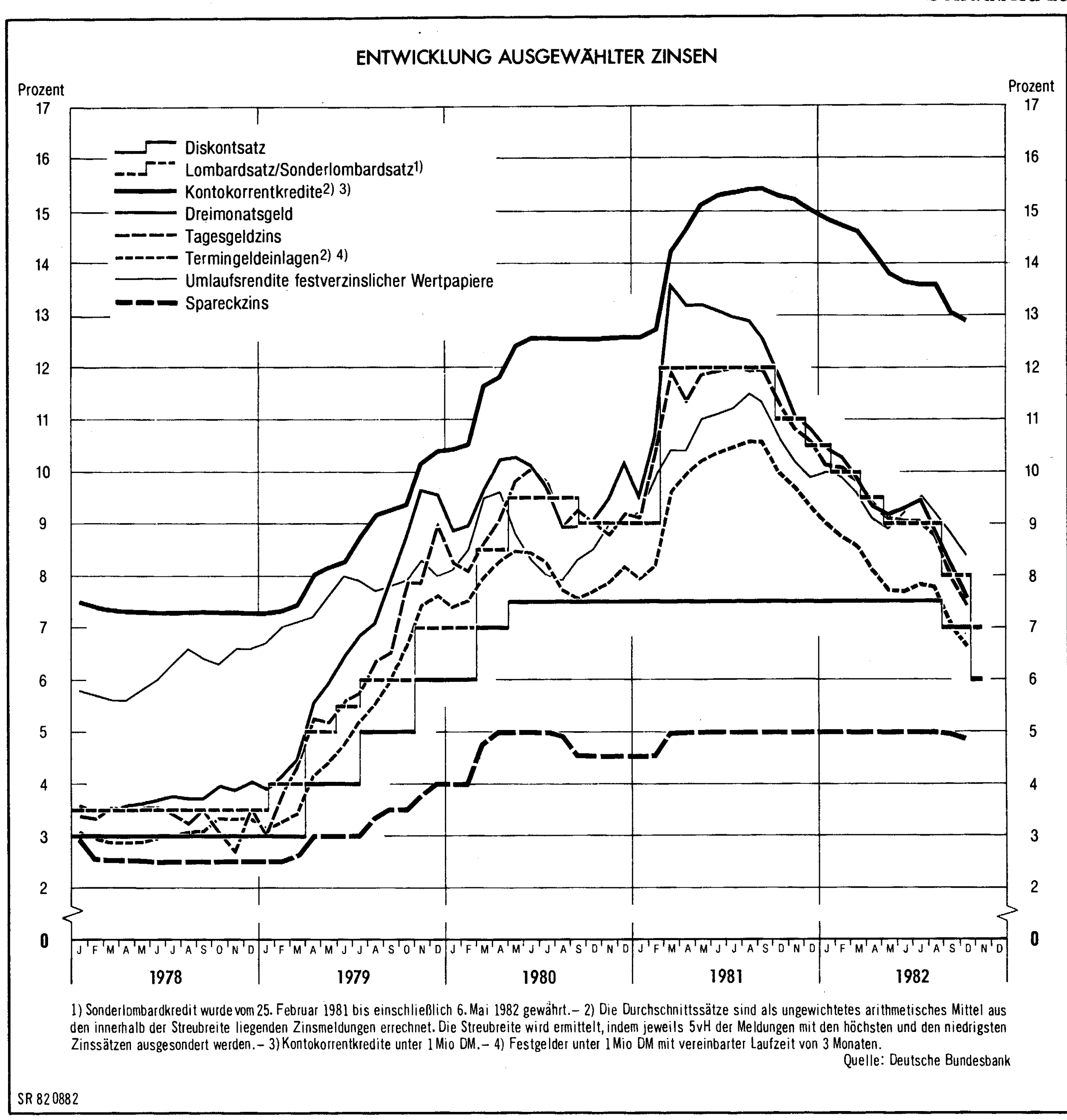
ligen Bankeinlagen, in der Summe ist das die Geldmenge M1, wird voraussichtlich noch etwas geringer sein. Und der Unterschied im Verlauf ist noch etwas größer als im Gesamtergebnis des Jahres; das liegt an dem niedrigen Ausgangsstand der Zentralbankgeldmenge zu Jahresbeginn. Auch verlief die Expansion der Geldmenge (M1) wiederum unstetig. Im ersten Halbjahr hatte sich die monetäre Expansion zwar deutlich beschleunigt, nachdem die Geldbestände im vergangenen Jahr zunächst sogar abgenommen, dann stagniert hatten. Nach der Jahresmitte gab es aber vorübergehend wieder eine Abnahme des Geldvolumens. Von Januar bis September 1982 nahm es mit einer Jahresrate von 5½ vH zu (Schaubild 27). Der Bargeldumlauf entwickelte sich eher stetig; die Unstetigkeit der Geldmenge M1 kam also von sprunghaften Veränderungen bei den Sichteinlagen. Einer Zunahme um 5½ Mrd DM im zweiten Vierteljahr stand ein Anstieg um jeweils nur etwa 1 Mrd DM im ersten und dritten Vierteljahr gegenüber.

Die Geldmenge M2, die zusätzlich zum Bargeld und zu den Sichteinlagen noch Termingelder mit einer Befristung bis unter vier Jahren enthält, hat in den ersten neun Monaten mit einer Jahresrate von 10½ vH wesentlich stärker zugenommen als die Geldmenge M1. Nach der Zinswende im Herbst 1981 hatten die Anleger vor allem Termineinlagen abgebaut, nicht zuletzt, um sich am Kapitalmarkt einen hohen Zins für längere Frist zu sichern. Daß sich diese Entwicklung in diesem Jahr zunächst wieder drehte, hing wohl nicht nur mit der erneuten Unsicherheit über die Zinsentwicklung zusammen, die im Frühjahr aufkam, sondern auch mit dem besonders hohen Tilgungsvolumen am Kapitalmarkt. In einzelnen Monaten flossen den Anlegern bis zu 18 Mrd DM zu, vor allem aus der Ablösung kurzfristiger Schuldverschreibungen. Solche Mittel werden teilweise vorübergehend als Termingeld gehalten, bis eine Entscheidung über die Wiederverwendung gefallen ist.

Für die Geldmenge M3 schließlich ergab sich in den ersten neun Monaten ein Zuwachs mit einer Jahresrate von 9 vH. Die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist, die zusätzlich zu M2 zum Geldvolumen im weiteren Sinne, der Geldmenge M3, gezählt werden, haben nach einem Rückgang im vergangenen Jahr von Januar bis September 1982 mit einer Jahresrate von knapp 7 vH ebenfalls wieder zugenommen. Die Zinsdifferenz zu längerfristigen Anlagen bei Banken und am Kapitalmarkt ist kleiner geworden. Zwar liegt der Spareckzins seit nunmehr etwa eineinhalb Jahren unverändert bei 5 vH. Andere Zinsen sind aber deutlich gesunken. Für Bankschuldverschreibungen wurden im Oktober noch 8½ vH, für Sparbriefe 7½ vH gezahlt. Das waren bis zu 3 Prozentpunkte weniger als auf dem Zinsgipfel im Sommer vergangenen Jahres. Auch kurzfristige Termingelder mit dreimonatiger Laufzeit erbrachten im Oktober nur noch 6½ vH nach 10½ vH im Sommer 1981 (Schaubild 28).

155. Der Zuwachs der bereinigten Zentralbankgeldmenge gegenüber 1981 wird voraussichtlich der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben

Schaubild 28



1) Sonderlombardkredit wurde vom 25. Februar 1981 bis einschließlich 6. Mai 1982 gewährt.– 2) Die Durchschnittssätze sind als ungewichtetes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen errechnet. Die Streubreite wird ermittelt, indem jeweils 5vH der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden.– 3) Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM.– 4) Festgelder unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von 3 Monaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

etwa entsprechen, die Umlaufsgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge wird in diesem Jahr also nicht höher sein als 1981; im Verlauf ist sie sogar deutlich gesunken. (Im vergangenen Jahr hatte die Umlaufsgeschwindigkeit der bereinigten Zentralbankgeldmenge aufs Jahr gesehen zugenommen, entgegen unserer Einschätzung im Herbst 1981; der Rückgang der Zentralbankgeldmenge im vierten Vierteljahr 1981 hatte dies bewirkt.) Da die Ausweitung der Geldmenge M1 geringfügig hinter der der Zentralbankgeldmenge zurückblieb, hat die Relation Bruttosozialprodukt zu M1 gegenüber 1981 noch einmal etwas zugenommen. Ins Gewicht fällt diese Zunahme freilich nicht mehr. Wichtiger erscheint, daß im Verlauf des Jahres auch die Umlaufsgeschwindigkeit der Geldmenge (M1) gesunken ist.

Sowohl im Vorjahresvergleich als auch im Jahresverlauf sind die Geldmenge M2 und die Geldmenge M3 stärker als das Bruttosozialprodukt gestiegen. Das gilt auch für das Kreditvolumen, obgleich dessen Zuwachs nicht mehr so hoch war wie noch 1981. Diese für Phasen unterschiedlich hoher Zinsen typischen Strukturverschiebungen, zu denen außerdem der Wechsel im Anteil der außerhalb der Banken, genauer: außerhalb der Mindestreservepflicht der Banken laufenden Kreditausweitungen gehören, geben einen Hinweis auf unterschiedliche Anreize zu einer effizienteren, zentralbankgeldsparenden Nutzung des Geldes. Bei hohen Zinsen wird zinsloses Geld, also Bargeld und Sichteinlagen, knapp gehalten und, soweit möglich, zu längerfristigen Einlagen verlagert. Die eingesparte Mindestreserve gibt

Spielraum für weitere Ausleihungen, M2 und M3 können stärker steigen als die Zentralbankgeldmenge. Dies war kennzeichnend für die Jahre 1980 und 1981 gewesen.

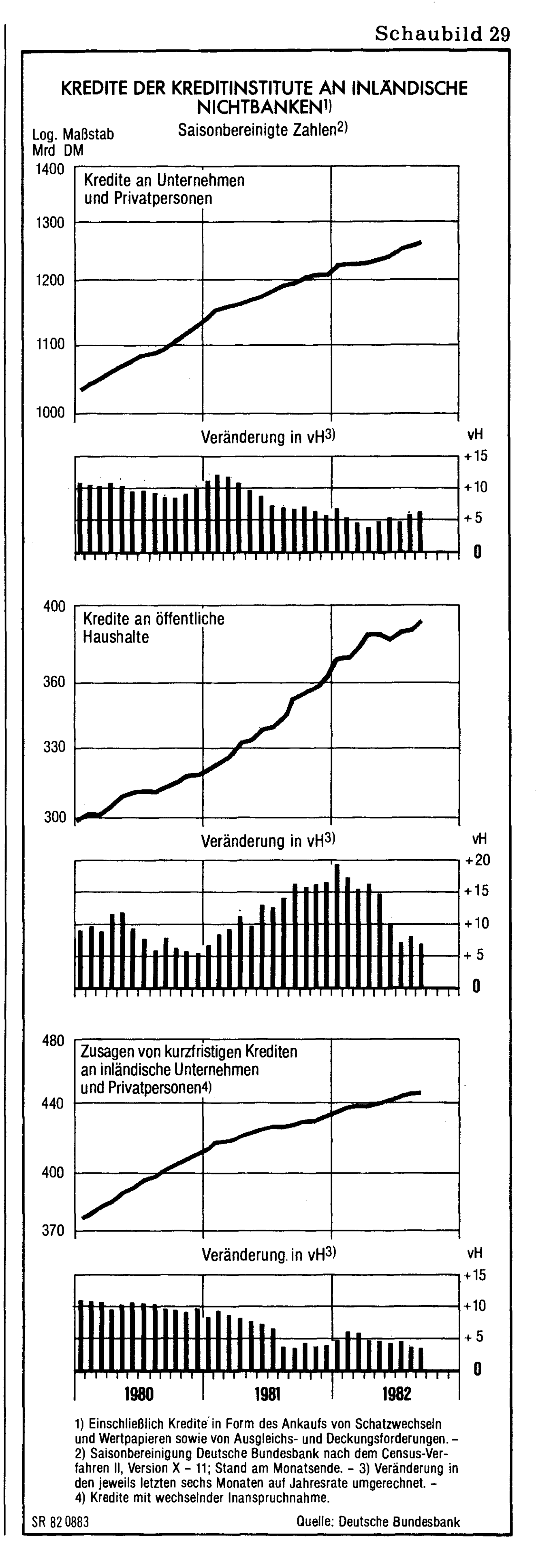
156. Die 1982 abnehmende Knappheit des Geldes zeigt sich daran, daß die an der Geldmenge M3 gemessen wieder kräftigere monetäre Expansion mit einer deutlichen Abschwächung der Geldkapitalbildung bei Banken einherging. Mit 22 1/2 Mrd DM sind von Januar bis September nur gut ein Drittel soviel zusätzliche Forderungen gegenüber Banken, die wegen ihrer längeren Bindungsfrist oder eines Kursrisikos nicht zum Geldvolumen gezählt werden, gehalten worden wie vor einem Jahr, als sehr hohe Zinsen diese Anlageformen begünstigt hatten. Freilich war nicht in so hohem Maße eine längerfristige Anlageform gewählt worden, wie es oberflächlich betrachtet den Anschein haben konnte. Die kräftige Geldkapitalbildung des Jahres 1981, die den Zuwachs des Geldvolumens (M3) gebremst hatte, war überwiegend auf die außerordentlich starke Anlage in ungewöhnlich kurzfristigen Bankschuldverschreibungen zurückzuführen gewesen. Deren Zunahme hatte insoweit die Bereitschaft, Mittel längerfristig zu binden, überzeichnet. Mit dem Zinsrückgang haben die kurzfristigen Bankschuldverschreibungen an Bedeutung verloren, und die entsprechenden Mittel werden nun bei gleicher Fristigkeit in Forderungen gehalten, die, wie Termineinlagen, zum Geldvolumen zählen. Die Neigung zur längerfristigen Anlage bei Banken ist, nimmt man die niedrigeren Zinsen ins Bild, in diesem Jahr eher größer als 1981.

Schwächere Kreditausweitung

157. Bei anhaltend schwacher Wirtschaftsaktivität hat sich die Kreditvergabe der Banken weiter abgeschwächt. Nach der Jahresmitte stellte sich zwar eine Belebung ein; mit einer Jahresrate von knapp 7 vH für die Bankkredite insgesamt und von nahezu 6 vH für die Ausleihungen an Unternehmen und Privatpersonen blieb der Zuwachs in den ersten neun Monaten aber deutlich hinter dem Zuwachs im vergangenen Jahr zurück (Schaubild 29). Die Belebung der Kreditnachfrage seit der Jahresmitte beruht auf einer stärkeren Verschuldung von Unternehmen und Privatpersonen bei Banken. Die Aufnahme von Bankkrediten durch die öffentlichen Haushalte, die bis zum Frühjahr zweistellige Zuwachsraten aufwies, wurde sogar deutlich schwächer. Der Staat ging in diesem Jahr wieder stärker an den Kapitalmarkt. Vom Jahresanfang gerechnet lag der Zuwachs der Neuverschuldung des Staates bei Banken mit knapp 10 vH in den ersten neun Monaten freilich immer noch auf einem hohen Niveau.

Im Oktober waren Bankkredite im Durchschnitt um 2 bis 3 1/2 Prozentpunkte billiger als auf dem Zinsgipfel im Herbst vergangenen Jahres, aber immer noch viel teurer als etwa 1978, dem Jahr vor Beginn der Zinssteigerungsphase. Im Oktober mußten für Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM im Durchschnitt knapp 13 vH, für Wechseldiskontkredite 8 1/2 vH und für Hypothekarkredite noch fast 10 vH bezahlt werden.

Schaubild 29



1) Einschließlich Kredite in Form des Ankaufs von Schatzwechseln und Wertpapieren sowie von Ausgleichs- und Deckungsforderungen. – 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X – 11; Stand am Monatsende. – 3) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet. – 4) Kredite mit wechselnder Inanspruchnahme.

158. Einen Hinweis auf die zu erwartende Kreditaufnahme in der Zukunft gewinnt man aus der Veränderung der Kreditzusagen. Deutlich erkennbar ist eine Belebung der Zusagen langfristiger Kredite seit dem zweiten Vierteljahr 1982; die Ausweitung der Zusagen solcher Kredite hatte sich bis zum Beginn dieses Jahres spürbar verlangsamt. Ausgeprägt ist seit dem Frühjahr auch die Belebung der Zusagen für Kredite zur Wohnungsbaufinanzierung. Bei den kurzfristigen Krediten hat sich allerdings nach einer Beschleunigung um die Jahreswende wieder ein langsameres Expansionstempo durchgesetzt. Erst im Sommer kam es hier ebenfalls zu einer kräftigeren Zunahme.

159. Die Kreditaufnahme der Unternehmen bei inländischen Banken gibt nur ein unzureichendes Bild ihrer Neuverschuldung im ganzen. Wichtig war auch in diesem Jahr das starke Engagement im Ausland. Vor allem kurzfristige Finanzkredite wurden zunehmend im Ausland, besonders am Euro-DM-Markt und bei Tochterinstituten deutscher Banken im Ausland aufgenommen. In den Jahren 1980 und 1981 betrug der Anteil der bei ausländischen Banken zusätzlich aufgenommenen kurzfristigen Kredite an der kurzfristigen Neuverschuldung der Unternehmen insgesamt knapp 40 vH. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden zusätzliche kurzfristige Kredite überwiegend bei ausländischen Banken beschafft. Der Zuwachs betrug gut 11 Mrd DM.

Da es sich weiterhin überwiegend um D-Mark-Kredite handelt, können Wechselkursüberlegungen für die Erklärung des geänderten Finanzierungsverhaltens der Unternehmen nicht unmittelbar herangezogen werden. Wechselkurserwägungen mögen Veränderungen im Anteil der (ungesicherten) Fremdwährungsdarlehen erklären. Eine (ungesicherte) Kreditaufnahme in fremder Währung erscheint vorteilhaft, und zwar selbst bei höheren Zinsen, wenn die Kreditnehmer die D-Mark gegenüber dieser Währung für unterbewertet halten und bis zur Fälligkeit mit einer Höherbewertung rechnen. Der Fremdwährungsanteil der Auslandskredite von Inländern hat schon im vergangenen Jahr zugenommen und ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf hohem Niveau geblieben. Welchen Anteil ungesicherte Kredite daran haben, ist freilich unbekannt.

Die weiterhin stark gestiegenen kurzfristigen Auslandskredite muß man, nachdem die Leistungsbilanz nahezu ausgeglichen ist, in erster Linie im Zusammenhang mit dem ebenfalls stark gestiegenen Export an längerfristigem Kapital sehen. Jene sind gleichsam der Gegenposten für diesen. Die abfließenden Mittel werden von Ausländern — auch Auslandstöchtern deutscher Banken —, die eine ausreichende Aufwertungserwartung in bezug auf die D-Mark haben oder durch einen gesunkenen D-Mark-Kurs bekommen, aufgenommen und zu vergleichsweise günstigen Zinsen am Euro-Markt angeboten. Die Banken im Inland selbst verweisen ihre Kunden in Zeiten angespannter Liquiditätslage auf ihre Auslandstöchter, die auch aus Gründen der Bankenaufsicht und weil sie nicht der Mindestreservepflicht unterliegen, leichter und billiger Kredit geben können.

160. Auch wenn man die Verschuldung im Inland und im Ausland zusammennimmt, weist die Finanzierungsrechnung der Bundesbank für das erste Halbjahr 1982 eine deutlich verringerte Kreditaufnahme der Unternehmen bei nur wenig vermindertem Finanzierungsdefizit aus. Zugleich wurde die Geldvermögensbildung der Unternehmen, hier ohne Wohnungswirtschaft und ohne finanzielle Institutionen, stark reduziert, Geldvermögen bei inländischen Banken wurde sogar in beträchtlichem Umfang aufgelöst. Nachdem 1981 noch die für Phasen schwacher Wirtschaftsaktivität typische Konstellation hoher Kreditaufnahme und zugleich hoher Geldvermögensbildung — Ausdruck einer starken Spreizung der Ausgabenüberschüsse der Unternehmen im Abschwung — vorgeherrscht hatte, scheint nunmehr eine Phase der Angleichung der Unternehmensfinanzen eingesetzt zu haben, ein Zeichen der allmählichen finanziellen Konsolidierung vieler Unternehmen, aber auch ein Zeichen der Angleichung in der Investitionsschwäche. Andererseits haben die verstärkten Insolvenzrisiken wohl zu einem Rückgang der innersektoralen Kreditbeziehungen Anlaß gegeben. Das kann, für sich genommen, zu einem erhöhten Kreditbedarf gegenüber den Banken führen. Es kann auch heißen: Ausgabenüberschüsse werden verstärkt durch Rückgriff auf Geldvermögen finanziert, Einnahmenüberschüsse werden zur Tilgung hochverzinslicher Kredite genutzt.

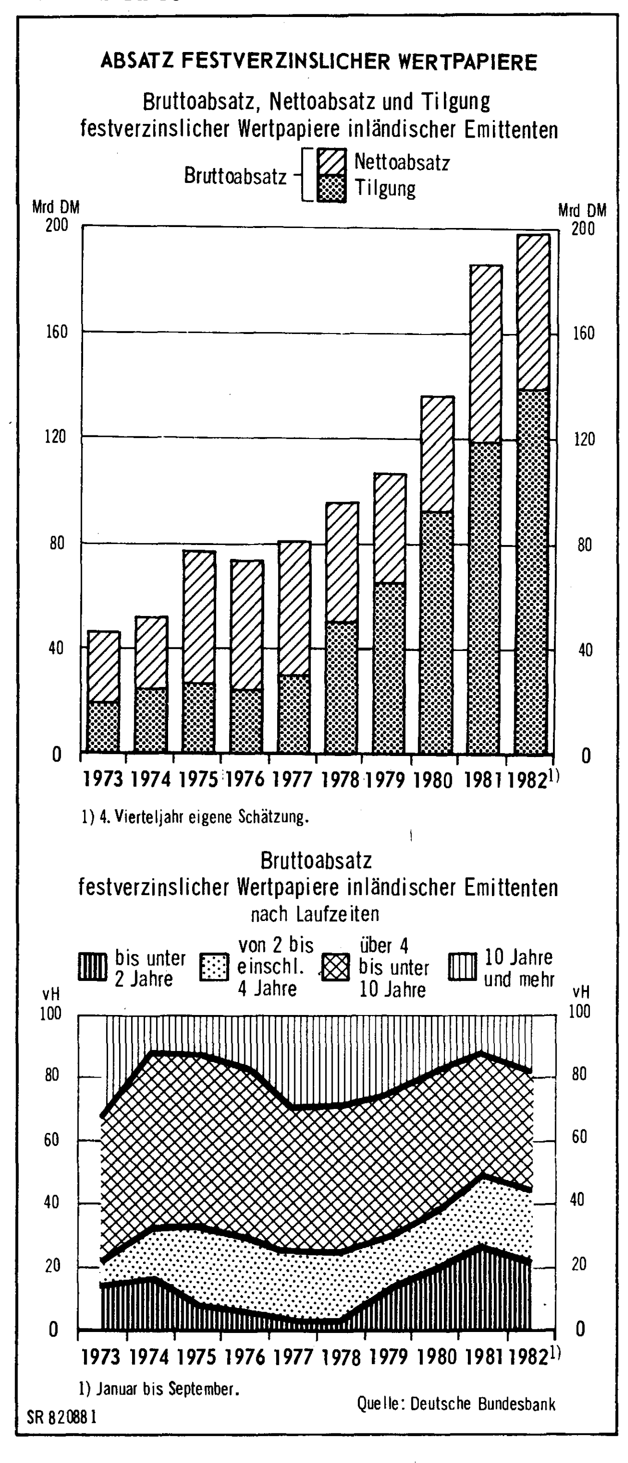
Beginnende Normalisierung am Kapitalmarkt

161. Der Kapitalmarkt stand 1982 im Zeichen der Normalisierung. Bei sinkenden Zinsen hat das Volumen langfristiger Kreditkontrakte, die den Kapitalmarkt im engeren Sinne ausmachen, stark zugenommen. Dies deutet auf eine kräftige Verbesserung der Anlageneigung hin. Im vergangenen Jahr hatte ein hohes Aufkommen an Wertpapieren mit sehr kurzen Laufzeiten die Ergiebigkeit des Marktes überzeichnet. Das auch im längerfristigen Bereich überdurchschnittliche Aufkommen konnte nur durch sehr hohe Zinsen mobilisiert werden. Ab dem Herbst 1981 sind die Zinsen für Schuldverschreibungen zunächst um fast 3 Prozentpunkte gesunken. Im Frühjahr 1982 kam dieser Prozeß im Zusammenhang mit der Zinsentwicklung in den Vereinigten Staaten und der anhaltenden Unsicherheit in der Bundesrepublik über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen für einige Monate ins Stocken, zeitweise wurden sogar wieder höhere Zinsen vereinbart. Erst im September war das Niveau vom Frühjahr wieder erreicht und von dort aus setzte sich der Zinsrückgang fort. Auch die Zinsstruktur hat sich zur Jahresmitte normalisiert: Für langfristige Kredite mußte wieder mehr gezahlt werden als für kurze Fristen, nachdem drei Jahre lang das umgekehrte Verhältnis vorgeherrscht hatte.

Neben dem Rückgang der Zinsen und der Verschiebung der Fristenstruktur zugunsten langfristiger Kontrakte gehörten eine außerordentlich hohe Beanspruchung des Kapitalmarktes durch den Staat und eine zunehmende Auslandsverflechtung zu den Kennzeichen dieses Jahres.

162. Die Anlagebereitschaft von Banken und Publikum, gemessen am Bruttoabsatz festverzinslicher Wertpapiere, lag in den ersten neun Monaten mit 154 Mrd DM nur wenig über dem entsprechenden Vorjahreswert (Schaubild 30). Bei den Fristen der emittierten Papiere hat es aber erhebliche Verschiebungen gegeben. Deutlich niedriger als im vergangenen Jahr war der Absatz von Wertpapieren mit einer Laufzeit bis einschließlich vier Jahre. Diese Papiere lösten zum weit überwiegenden Teil kurzlaufende Anleihen ab, die zur Tilgung anstanden, so daß netto, nach Abzug der Tilgungen, von Januar bis September nur noch 5 1/2 Mrd DM verblieben. Zum Teil wurden die aus Tilgungen kurzlaufender Papiere resultierenden Mittel wieder zu Bankeinlagen. Zur gleichen Zeit des Vorjahres waren Wertpapiere mit kurzen Laufzeiten im Umfang von fast 38 Mrd DM zusätzlich in Umlauf gekommen.

Schaubild 30



Die wichtigste Änderung aber ergab sich beim Absatz von länger laufenden Papieren. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden Titel mit einer Laufzeit von über vier Jahren im Wert von 84 1/2 Mrd DM untergebracht, netto waren es 45 1/2 Mrd DM und damit doppelt soviel wie vor einem Jahr. Die Aufgabe, außer dem neu hinzukommenden Finanzierungsbedarf ein stark gestiegenes Volumen an Anschlußfinanzierungen — vor allem die Tilgungen kurzlaufender Papiere sind, wie es nicht anders sein konnte, sprunghaft angestiegen — zu bedienen, ist also verhältnismäßig gut gelöst worden. Die hohen Anforderungen an den Kapitalmarkt werden aus einem Vergleich mit früheren Jahren deutlich: Im Durchschnitt stand in diesem Jahr in jedem Monat ein gleich hoher Betrag zur Tilgung an wie Anfang der siebziger Jahre in einem ganzen Jahr. Daß die Anforderungen erfüllt wurden und dies bei deutlich verlängerten Laufzeiten der neu abgesetzten Papiere, war nicht selbstverständlich. Zwar entsprechen dem gestiegenen Bedarf an Anschlußfinanzierung Tilgungserlöse in gleicher Höhe. Es versteht sich aber nicht von selbst, daß diejenigen, denen die Tilungserlöse zufließen, auch bereit sind, die Mittel wieder dem Kapitalmarkt zur Verfügung zu stellen, und zwar längerfristig. Haben Nachfrager und Anbieter unterschiedliche Fristenwünsche, so kann ein Ausgleich unter Umständen nur bei deutlich erhöhten Zinsen gefunden werden oder bei Zinsen, die weniger stark sinken, als es sonst der Fall wäre. Hier wird ersichtlich, daß Veränderungen in der Anlageneigung und deren Zinsfolgen nicht nur den verhältnismäßig schmalen Bereich der Nettofinanzierungswünsche berühren.

Die verbesserte Anlageneigung und die Lockerung am Geldmarkt haben auch zu einer Normalisierung der Zinsstruktur am Rentenmarkt geführt (Schaubild 31). Während noch im August vergangenen Jahres kurzlaufende Anleihen mit einem bis zu 2 1/2 Prozentpunkte höheren Zins ausgestattet waren als zehnjährige Papiere, erbrachten langlaufende Anleihen im Herbst 1982 wieder einen etwas höheren Zins als kurzfristige Schuldverschreibungen.

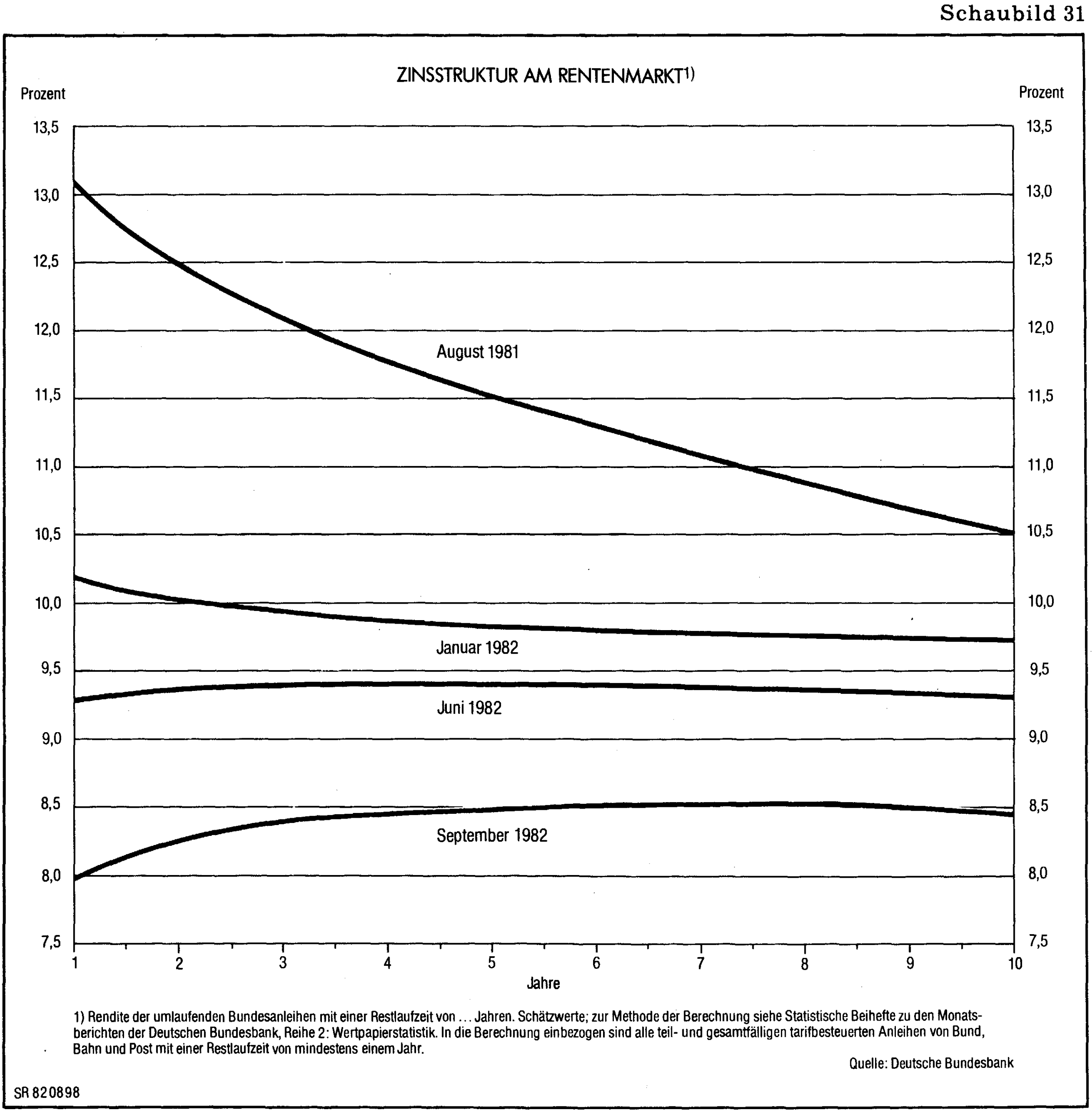
163. Vor allem der Staat hat den Kapitalmarkt in diesem Jahr noch einmal stärker beansprucht. Schon im vergangenen Jahr waren mit 31 Mrd DM brutto mehr Anleihen der öffentlichen Hand abgesetzt worden als jemals zuvor. Da aber in noch höherem Umfang Tilgungen zu leisten gewesen waren, hatte sich der Umlauf von öffentlichen Anleihen sogar um 3 Mrd DM verringert. In diesem Jahr gab der Staat allein in den ersten neun Monaten für 35 1/2 Mrd DM Anleihen aus, und zwar wiederum überwiegend Anleihen mit Laufzeiten von mehr als vier Jahren, wenn auch nicht mehr zu einem ganz so hohen Anteil wie 1981. Damals — in der Hochzinsphase — hatte dieser Anteil mit 95 vH einen außer-

ordentlich hohen Stand erreicht. Im bisherigen Verlauf dieses Jahres lag er gut zehn Prozentpunkte darunter, aber noch immer etwas höher als im langjährigen Durchschnitt. Aufgrund der schon seit 1979 stark verringerten Emission kurzfristiger Papiere, die von 1975 bis 1979 immerhin einen Anteil am Bruttoabsatz von etwa einem Drittel gehabt hatten, waren in den ersten neun Monaten 1982 nur etwa halb soviel Tilgungen zu leisten wie im vergangenen Jahr, so daß netto 20 1/2 Mrd DM als Beitrag zur Defizitfinanzierung aufkamen (Tabelle 22).

Ein Urteil über das Debt Management des Staates gewinnt man freilich aus einer Betrachtung der Verschuldung am Kapitalmarkt nicht. Die Kreditaufnahme bei Banken über Schuldscheine hat eine wachsende Bedeutung als Finanzierungsquelle. Detaillierte Angaben hierüber liegen nicht vor.

164. Zu den Kennzeichen der zunehmenden Internationalisierung der Finanzmärkte gehörte neben der verstärkten Kreditaufnahme der Unternehmen im Ausland auch ein verstärktes Engagement in ausländischen Wertpapieren, also eine Kreditgewährung an das Ausland. Während inländische private Anleger im Durchschnitt der Jahre 1977 bis 1980 Fremdwährungsanleihen für etwa 1 1/2 Mrd DM pro Jahr in ihre Portefeuilles übernommen hatten, waren es im vergangenen Jahr 4 Mrd DM und in den ersten neun Monaten dieses Jahres allein 8 1/2 Mrd DM. Gegenläufig hat sich der Erwerb von D-Mark-Auslandsanleihen durch Inländer entwikkelt. Er hatte 1980 fast 6 Mrd DM betragen, ging 1981 um zwei Drittel zurück und erreichte im bisherigen Verlauf dieses Jahres 1/2 Mrd DM. Das stark gestiegene Interesse an Fremdwährungsanleihen geht vor allem auf die hohen amerikanischen Zinsen zurück.

Schaubild 31



1) Rendite der umlaufenden Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von ... Jahren. Schätzwerte; zur Methode der Berechnung siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 2: Wertpapierstatistik. In die Berechnung einbezogen sind alle teil- und gesamtfälligen tarifbesteuerten Anleihen von Bund, Bahn und Post mit einer Restlaufzeit von mindestens einem Jahr.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 22

Mittelaufkommen und Nettoabsatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten

Mio DM Nominalwert

Zeitraum	Mittel-aufkommen [1])	Nettoabsatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten [2])						Nachrichtlich: Aktienemissionen (Kurswerte)
		insgesamt [3])	Industrieobligationen [3])	Bankschuldverschreibungen [4])		Anleihen der öffentlichen Hand [6])	Kapitalmarktbeanspruchung durch inländische öffentliche Stellen [7])	
				zusammen	darunter Kommunalobligationen [5])			
1967	13 719	15 321	892	9 338	5 384	5 094	10 478	1 905
1968	18 072	17 795	− 70	14 166	8 429	3 700	12 129	3 144
1969	12 850	13 479	− 164	13 033	7 542	610	8 152	2 797
1970	14 385	15 059	220	12 769	7 941	2 069	10 010	3 592
1971	20 565	21 267	1 463	15 341	7 335	4 464	11 799	4 734
1972	34 426	35 043	799	26 838	13 109	7 402	20 511	4 129
1973	25 038	26 825	− 525	23 005	4 563	4 365	8 928	3 581
1974	24 638	26 655	− 370	20 989	9 266	6 033	15 299	3 525
1975	40 487	48 924	− 166	35 621	23 969	13 471	37 440	6 010
1976	54 393	48 361	− 545	32 023	21 419	16 883	38 302	6 081
1977	50 503	50 474	− 417	29 699	16 651	21 191	37 842	4 368
1978	36 307	44 620	−1 023	31 404	16 307	14 239	30 546	5 550
1979	43 351	42 134	−1 116	37 956	15 927	5 294	21 221	5 513
1980	43 461	44 997	−1 263	41 323	24 641	4 938	29 579	6 948
1981	67 058	67 142	− 972	71 044	36 934	− 2 931	34 003	5 516
1981 1. Vj.	28 244	29 973	− 270	27 501	13 129	2 742	15 871	1 195
2. Vj.	13 399	13 951	− 280	19 014	7 805	− 4 783	3 022	1 573
3. Vj.	16 230	16 215	− 211	18 850	10 714	− 2 425	8 289	1 673
4. Vj.	9 185	7 003	− 211	5 679	5 286	1 535	6 821	1 075
1982 1. Vj.	26 044	26 784	− 197	20 636	13 924	6 345	20 269	1 855
2. Vj.	4 566	6 649	− 56	706	5 229	5 999	11 228	465
3. Vj.	16 093	17 367	− 216	9 643	6 914	7 941	14 855	1 625
1982 Jan	11 855	12 620	− 42	11 105	6 610	1 557	8 167	715
Feb	2 315	2 384	− 71	2 003	1 698	452	2 150	678
Mär	11 874	11 780	− 84	7 528	5 616	4 336	9 952	462
Apr	− 1 348	− 1 389	− 49	− 3 650	1 195	2 310	3 505	235
Mai	5 972	6 317	− 35	3 151	2 650	3 201	5 851	70
Jun	− 58	1 721	28	1 205	1 384	488	1 872	160
Jul	4 124	4 508	− 25	3 128	2 030	1 405	3 435	636
Aug	7 679	8 086	− 138	3 447	2 302	4 778	7 080	641
Sep	4 290	4 773	− 53	3 068	2 582	1 758	4 340	348

[1]) Nettoabsatz (zu Kurswerten) inländischer Rentenwerte plus/minus Eigenbestandsveränderungen der Emittenten abzüglich Erwerb durch die Bundesbank (zu Buchwerten).
[2]) Bruttoabsatz minus Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet Überhang der Tilgung über den im Berichtszeitraum neu abgesetzten Betrag.
[3]) Einschließlich Wandelschuldverschreibungen industrieller Emittenten.
[4]) Ab 1969 ohne Bank-Namensschuldverschreibungen.
[5]) Einschließlich Kommunalschatzanweisungen, Landesbodenbriefe und Schuldverschreibungen, wenn sie nach § 8 Abs. 2 des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten i.d.F. vom 8. Mai 1963 ausgegeben sind.
[6]) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der LAG-Bank für den LAG-Fonds begebene Schuldverschreibungen.
[7]) Kommunalobligationen und Anleihen der öffentlichen Hand.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Zinssenkungserwartungen, die einen Kursgewinn bei festverzinslichen Wertpapieren versprechen, schlugen anscheinend stärker zu Buche als die Furcht vor einer neuen Dollarschwäche. Dollar-Anleihen waren schon 1977 bis 1980 mit einem Zins ausgestattet gewesen, der zwischen $1^1/_2$ und knapp 3 Prozentpunkten höher lag als der entsprechende Zins für D-Mark-Anleihen. In dieser Zeit hatte jedoch eine kräftige Abwertungserwartung für den Dollar einem stärkeren Engagement in Dollar-Anlagen entgegengestanden. Die Umkehr in der amerikanischen Wirtschaftspolitik von Anfang 1981 führte zu einem wachsenden Vertrauen in den Dollar, zunächst aber auch zu noch höheren Zinsen in den Vereinigten Staaten. Da in der Bundesrepublik später die Zinsen stärker gesenkt wurden als in den Vereinigten Staaten, erreichte die Zinsdifferenz zwischen D-Mark-Anlagen und Dollar-Anlagen im Jahre 1982 bis zu $4^1/_2$ Prozentpunkte.

Ein kleiner Zinsvorsprung mag nicht ausreichen, um weite Anlegerkreise zu einer internationalen Diversifizierung ihrer Vermögen anzuregen. Neben dem Wechselkursrisiko kommen bei Fremdwährungsanleihen die Gefahr von Kapitalverkehrsbeschränkungen sowie höhere Informations- und Transaktionskosten hinzu. Gerade die Informationskosten haben aber zuminstest zu einem Teil einmaligen Charakter, sie stellen gleichsam Fixkosten dar. Ist diese Hürde einmal übersprungen, so wird auch bei einer wieder kleineren Zinsdifferenz der erhöhte Anteil Fremdwährungsanleihen gehalten, sofern die Wechselkursänderungserwartungen und die Einschätzung der übrigen Risiken eine Auslandsanlage vorteilhaft erscheinen lassen. Dies, die erhöhte Zinsdifferenz und das gestärkte Vertrauen in den Dollar zusammengenommen, machen es nicht schwer, die Kapitalzuflüsse in die Vereinigten Staaten zu erklären.

VII. Finanzpolitik: Rezession verdeckt Konsolidierung

165. Der Streit darüber, wie der Staat aus seinen Haushaltsproblemen herausfinden und auf welche Weise er dazu beitragen könnte, aus der Stagnation herauszukommen, beherrschte die Finanzpolitik das ganze Jahr über. Kaum Widerspruch gab es indessen zu der Absicht, daß die Defizite auf Dauer zurückgeführt werden müssen, und zwar deutlich unter das im Jahre 1979, also vor der gegenwärtigen Schwächephase, erreichte Ausmaß. Schon damals machten die Fehlbeträge in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden über 3 vH des Bruttosozialproduktes aus; es waren nicht nur konjunkturbedingte Mindereinnahmen und konjunkturbedingte Mehrausgaben, also unmittelbare Rückwirkungen der ungünstigen Wirtschaftslage, die es mit sich brachten, daß die Defizite bis zum Jahre 1981 eine Größenordnung von 5 vH des Sozialprodukts, nämlich 76,6 Mrd DM, erreichten. Über fast alle anderen Fragen bestand indessen Uneinigkeit. Umstritten war, ob ein Abbau der Defizite in einem ersten Schritt mehr über eine Kürzung von Sozialausgaben oder mehr über eine Erhöhung von Abgaben zu Wege gebracht werden sollte. Auch darüber, welches Tempo einzuschlagen sei und ob sofort mit der Konsolidierung begonnen werden könne, gab es unterschiedliche Meinungen. Und über die konkreten Maßnahmen kam es ebenfalls zu heftigen Auseinandersetzungen.

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte umstritten

166. Wie auf mittlere Sicht niedrigere Defizite erreicht werden könnten, war zeitweilig jedoch gar nicht mehr das Hauptthema in der finanzpolitischen Diskussion dieses Jahres. Vielmehr drängte sich auf allen staatlichen Ebenen immer wieder die Sorge in den Vordergrund, auf welche Weise kurzfristig eine weitere Ausweitung der Defizite verhindert werden könnte. Die mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage zunehmende Beunruhigung, daß es einige Jahre brauchen werde, bis die Volkswirtschaft wieder einen normalen Auslastungsgrad ihrer Sachkapazitäten erreicht, und noch mehr Jahre, bis die Arbeitslosigkeit nennenswert geringer ist, nährte die Befürchtung, daß der Einbruch bei den Steuereinnahmen und der Anstieg der Ausgaben in den vergangenen Jahren nicht temporär, sondern von längerer Dauer sein könnten. Dadurch wurde der Eindruck verstärkt, daß der Finanzmisere nur mit entschiedenen Sanierungsbemühungen beizukommen sei. Was im Hinblick darauf geschah, wurde durch höhere konjunkturbedingte Haushaltsdefizite überlagert. Weil dies in der Öffentlichkeit offenbar verkannt worden ist, führten die hohen Haushaltsfehlbeträge zu weiteren Einbußen an Glaubwürdigkeit der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden. Diese hatte schon seit 1978 gelitten, weil die immer wieder bekundeten Absichten, die Haushaltsfehlbeträge zu vermindern, meistens nicht verwirklicht wurden. In der labilen Verfassung, in der sich Kapitalmärkte und Devisenmärkte im Jahre 1981 befanden, hatte schon das unerwartet starke Anschwellen der staatlichen Defizite wegen konjunkturbedingter Steuerausfälle und wegen Mehrausgaben für eine immer höhere Anzahl von Arbeitslosen Irritationen ausgelöst.

167. In diesem Jahr wirkte selbst das Ausbleiben des zunächst angekündigten Rückgangs der Defizite in diese Richtung. Zinsanstieg und Ausweitung der Nettokreditaufnahme trieben die Zinsausgaben auch in ihrem Anteil an den gesamten Ausgaben der Gebietskörperschaften weiter in die Höhe. Unter dem Eindruck des damit verbundenen Verlustes an Handlungsspielraum verstärkte sich auf allen staatlichen Ebenen die Neigung, auch ganz kurzfristig und unter widrigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen einer Ausweitung der Nettokreditaufnahme entgegenzutreten. Als sich zu den großen Steuerterminen eine unerwartet schlechte Entwicklung bei den veranlagten Steuern abzeichnete, wie im Sommer dieses und auch schon des vergangenen Jahres, und als die Arbeitslosenzahl über mehrere Monate unerwartet stark anstieg, was einen höheren Zuschuß des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit

nötig machte, kam es zu Diskussionen darüber, wie diese vorwiegend konjunkturell verursachten Fehlbeträge baldmöglichst durch Ausgabekürzungen sowie durch Steuer- und Abgabenerhöhungen ausgeglichen werden könnten. Es ist also nicht unterschieden worden, was von den Haushaltsdefiziten konjunkturbedingt und nichtkonjunkturbedingt war. Dies hat die Einsicht in die Konsolidierungsproblematik erschwert. Erste Konsolidierungserfolge waren in diesem Jahr nämlich gleichwohl zu verzeichnen, wenn diese auch verdeckt blieben. Das Defizit von Bund, Ländern und Gemeinden hat sich zwar kaum zurückgebildet, wegen der stark steigenden konjunkturbedingten Lasten auf der Einnahmeseite wie auf der Ausgabeseite ist es aber trotz des nahezu gleichbleibenden Finanzierungssaldos zu einem Rückgang des strukturellen Defizits gekommen (SG 81 Ziffer 57).

168. Die jüngste Vergangenheit hat offenbar gemacht, daß es schon Anstrengungen kostet, die Ausgabendynamik an ein geringeres Wachstum der Produktionsmöglichkeiten anzupassen, also eine Ausweitung des strukturellen Defizits zu verhindern, geschweige denn, es zu vermindern. Im Spätsommer vergangenen Jahres hat die damalige Bundesregierung Sparbeschlüsse im Rahmen der sogenannten „Operation '82" gefaßt und diese unter dem Eindruck weiterer Steuerausfälle im Herbst 1981 noch erweitert. Der dadurch bewirkte Beitrag zu Verminderung der Haushaltsfehlbeträge beläuft sich in diesem Jahr auf rund 8 Mrd DM. Ausgabekürzungen machen davon knapp 5 Mrd DM aus. Sie entfallen vor allem auf die Senkung des Kindergeldes und auf die Einschränkungen des Arbeitsförderungsgesetzes; dazu kam eine Reihe kleinerer Ausgabekürzungen. Abgabenerhöhungen tragen mit rund 3 Mrd DM zur Konsolidierung bei; es handelt sich dabei im wesentlichen um Anhebungen bei den Verbrauchsteuern und die Kürzung der Arbeitnehmersparzulage (Tabelle 23).

Tabelle 23

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1981	
8./9. Dezember	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" revidiert seine Schätzung vom Juni des Jahres. Für 1981 werden 4 Mrd DM weniger Steuereinnahmen erwartet, insgesamt 371 Mrd DM. Für 1982 werden der Schätzung pessimistischere gesamtwirtschaftliche Annahmen zugrunde gelegt; außerdem sind erstmals Steuerrechtsänderungen als Folge der „Operation '82" zu berücksichtigen, die das Ergebnis von Beratungen des gleichzeitig tagenden Vermittlungsausschusses sind. Steuerausfälle und Steuererhöhungen bewirken zusammen, daß das Einnahmenergebnis für 1982 um 7 Mrd DM niedriger liegt, als im Juni geschätzt worden war.
14. Dezember	Der Finanzplanungsrat empfiehlt für 1982, die in den Haushaltsentwürfen vorgesehene Nettokreditaufnahme von 55 Mrd DM trotz der zu erwartenden Steuerausfälle nicht zu überschreiten. Damit würde die Nettokreditaufnahme des Jahres 1981 deutlich unterschritten. Der Finanzplanungsrat hielt es für wünschenswert, daß die Haushalte 1982 zügig beraten und verabschiedet werden, damit die vorgesehenen Investitionen möglichst frühzeitig in Auftrag gegeben werden können.
1982	
1. Januar	Mehrere Freibetrags- und Höchstbetragsregelungen des Steuerentlastungsgesetzes 1981 und Änderungen nach dem Subventionsabbaugesetz treten in Kraft, u. a. Erhöhung der Sonderausgaben-Grundhöchstbeträge, Haushaltsfreibetrag für Alleinstehende mit Kindern, besonderer Sonderausgaben-Höchstbetrag für Versorgungsaufwendungen, Kürzung des Wohnungsbauprämiensatzes, Abschaffung von Steuervergünstigungen für die Kreditwirtschaft. Die Änderungen im Einkommensteuerrecht, im Bewertungsrecht, im Umsatzsteuerrecht, im Gewerbesteuerrecht, im Dritten Vermögensbildungsgesetz, im Wohnungsbau-Prämiengesetz und beim Kindergeld, die im Rahmen der „Operation '82" zur Verbesserung der Haushaltsstruktur und der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft beschlossen wurden, treten in Kraft; u. a. Wegfall des Haushaltsfreibetrages von 864 DM für Alleinstehende über 49 Jahre, Absenkung der steuerrechtlich zulässigen Pensionsrückstellungen, Einschränkung der Übertragungsmöglichkeiten von Veräußerungsgewinnen nach § 6b EStG, Ausdehnung des Verlustrücktrages auf 2 Jahre, Verbesserung der degressiven Abschreibung für Gebäude und für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, Anhebung der Abschreibungsgrenzen im Rahmen des § 7b EStG, Aufhebung des ermäßigten Steuersatzes für Leistungen der freien Berufe und vergleichbare Leistungen, Anhebung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft, Reduzierung und strukturelle Änderungen beim Kindergeld. Die Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 3 vH auf 4 vH und die Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 18,5 vH auf 18 vH werden wirksam.

noch Tabelle 23

Datum	
1982	
22. Januar	Der Bundestag verabschiedet den Bundeshaushalt 1982. Die Ausgaben betragen insgesamt 240,5 Mrd DM (+ 3,2 vH), die Nettokreditaufnahme beläuft sich auf 26,8 Mrd DM.
3. Februar	Die Bundesregierung beschließt eine „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität". Darin sind als wichtigste Punkte vorgesehen: — Einführung einer zeitlich befristeten Investitionszulage in Höhe von 10 vH für bewegliche Wirtschaftsgüter des betrieblichen Anlagevermögens und für Betriebsgebäude. (Die Investitionszulage wird nur für Investitionen gewährt, die das durchschnittliche Investitionsvolumen des Unternehmens in den drei dem Begünstigungszeitraum vorangegangenen Jahren übersteigen.) — Vorgezogene Neubewertung der unbebauten, baureifen Grundstücke. — Aufstockung der Kreditprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau. — Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation. — Erhöhung der Mehrwertsteuersätze am 1. Juli 1983 von 13 vH auf 14 vH bzw. von 6,5 vH auf 7 vH. — Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer vom 1. Januar 1984 an. — Beteiligung der Rentner an den Beiträgen zur Krankenversicherung vom 1. Januar 1984 statt vom 1. Januar 1985 an. Die Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherung werden entsprechend gekürzt (um rund $1^1/_2$ Mrd DM). — Änderung des Mietrechts zur Anregung privater Investitionen im Wohnungsbau.
8.–10. März	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" überprüft die Prognosen für 1982 vom Dezember 1981 und legt Aufkommensschätzungen für die Jahre 1983 bis 1986 vor. Im Jahre 1982 werden nochmals rund 1 Mrd DM weniger Steuern erwartet, insgesamt 389,9 Mrd DM. Im Vergleich zur letzten Schätzung für den mittelfristigen Zeitraum vom Juni 1981 ergaben sich erhebliche Steuerausfälle, da die ungünstigere gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die im Herbst 1981 beschlossenen Steuerrechtsänderungen für diesen Zeitraum erstmals berücksichtigt wurden. Für 1983 werden nun Steuereinnahmen im Umfang von 413,5 Mrd DM erwartet, 6 vH mehr als im Jahr 1982.
18. März	Der Finanzplanungsrat berät über erste volkswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Annahmen für die Haushaltsentwürfe 1983 von Bund und Ländern und für die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung bis 1986. Der Ausgabenanstieg soll im Jahre 1983 und danach eng begrenzt bleiben.
31. März	Die Bundesregierung beschließt das Rentenanpassungsgesetz 1983, demzufolge die Renten um 5,6 vH erhöht werden sollen.
1. April	Die Erhöhung der Branntweinabgaben um 300 DM auf 2 550 DM je hl Alkohol und die Erhöhung der Schaumweinsteuer um $33^1/_3$ vH treten in Kraft.
12. Mai	Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat beschließt einen Kompromiß zum Gesetz über steuerliche und sonstige Maßnahmen für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität („Gemeinschaftsinitiative"). Darin werden die befristete Investitionszulage von 10 vH und verschiedene andere Maßnahmen bestätigt, die für 1983 geplante Mehrwertsteuererhöhung wird jedoch abgelehnt.
1. Juni	Die Erhöhung der Tabaksteuer tritt in Kraft.
7.–9. Juni	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" überprüft die Steuerschätzungen vom März. Danach sind die Steuereingänge für Bund, Länder und Gemeinden im Jahre 1982 um weitere 3,4 Mrd DM niedriger, als im März angenommen wurde. Die Steuerquote sinkt auf 23,6 vH. Für 1983 sind die Einnahmenerwartungen auf 407,4 Mrd DM zurückgenommen worden, nicht zuletzt wegen der Steuerausfälle infolge der beschlossenen Investitionszulage.
16. Juni	Die Bundesregierung beschließt den Entwurf eines Nachtrags zum Bundeshaushalt 1982. Danach erhöht sich das Haushaltsvolumen um 5,2 Mrd DM auf 245,7 Mrd DM, vor allem, weil ein höherer Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit notwendig geworden ist. Zusammen mit den absehbaren Steuerausfällen im Jahre 1982 in Höhe von 2,1 Mrd DM aufgrund der Steuerschätzung vom Juni führt das zu einer Ausweitung der Nettokreditaufnahme um 7,1 Mrd DM auf 33,9 Mrd DM.

noch Tabelle 23

Datum	
1982	
7. Juli	Die Bundesregierung beschließt den Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1983 zusammen mit dem Finanzplan 1982 bis 1986. Die Ausgaben steigen 1983 gegenüber dem für 1982 veranschlagten Ausgabenbetrag um 1,9 vH auf 250,5 Mrd DM. Die Nettokreditaufnahme beträgt 28,4 Mrd DM, sie soll bis 1986 auf 19,6 Mrd DM verringert werden. Um den Ausgabenanstieg im Bundeshaushalt 1983 in dieser Weise zu begrenzen, werden mehrere Maßnahmen mit einem Volumen von insgesamt über 8 Mrd DM für erforderlich gehalten: — Mehrere Finanzhilfen, Subventionen und Steuervorteile werden gekürzt; insbesondere die Vorsorgepauschale für nichtsozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, die Entlastungswirkungen des Ehegattensplitting, die Vorteile aus der privaten Nutzung eines Betriebs-Pkw. — Die Beiträge für Arbeitslose an die Rentenversicherung und Krankenversicherung werden von 1983 an nach 70 vH statt nach 100 vH des letzten Bruttoarbeitsentgelts berechnet; die Zeiten von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Ausbildung und die ersten 5 Versicherungspflichtjahre werden entsprechend bewertet. — Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird für drei Jahre von 4,0 vH auf 4,5 vH erhöht. — Stufenweise wird ein Krankenversicherungsbeitrag für die Rentner eingeführt, und zwar schon vom Jahre 1983 an statt erst von 1984 an. Der Beitrag wird auf die von den Rentenversicherungen ausgezahlten Renten erhoben, im Jahre 1983 in Höhe von 1 vH gleichmäßig ansteigend bis auf 4 vH im Jahre 1986. Entsprechend werden die Renten in der Kriegsopferversorgung vermindert. Außerdem sollen die Rentner auf ihre sonstigen Bezüge die Hälfte des normalen Krankenversicherungsbeitrages entrichten. — Die Krankenversicherungen werden durch Einführung mehrerer Maßnahmen zur Selbstbeteiligung der Versicherten entlastet (rund 1,5 Mrd DM).
18. August	Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium übergibt ein „Gutachten zur Reform der Gemeindesteuern in der Bundesrepublik Deutschland".
25. August	Das Bundeskabinett verabschiedet als steuerliches Begleitgesetz zum Bundeshaushalt 1983 den Entwurf des Einkommensteuer-Änderungsgesetzes 1983, das die Beschlüsse der Bundesregierung vom 7. Juli zum Inhalt hat, und beschließt außerdem die Anhebung des Privatanteils für Betriebs-Pkw.
11. Oktober	Der Bundestag verabschiedet in 2. und 3. Lesung den 1. Nachtragshaushalt 1982 mit einem Haushaltsvolumen von 245,99 Mrd DM und einer Nettokreditaufnahme von 33,86 Mrd DM.
25./26. Oktober	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" revidiert seine Schätzung vom Juni dieses Jahres. Weil die gesamtwirtschaftlichen Ausgangsdaten sich deutlich verschlechtert haben, wird gegenüber der Schätzung vom Juni für 1982 mit einem Gesamtsteueraufkommen von 379,1 Mrd DM gegenüber 386,5 Mrd DM gerechnet; für den Bund bedeutet dies einen Rückgang von 5,4 Mrd DM. Die Steuerquote beträgt dann 23,7 vH. Für 1983 werden unter Zugrundelegung eines Wachstums des nominalen Bruttosozialprodukts von 3,7 vH Gesamtsteuereinnahmen von 389,3 Mrd DM gegenüber 407,4 Mrd DM von Juni 1982 erwartet; die Abweichungen betragen für den Bund −10,3 Mrd DM, die Länder −5,6 Mrd DM und die Gemeinden −1,8 Mrd DM nach den geltenden Beteiligungsverhältnissen.
27. Oktober	Die neue Bundesregierung beschließt den Entwurf eines 2. Nachtragshaushalts 1982 und eine Ergänzung zum Haushaltsentwurf für 1983 sowie den Entwurf eines Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983). Nach dem 2. Nachtragshaushalt erhöhen sich die Gesamtausgaben im Bundeshaushalt 1982 um 640 Mio DM auf 246,6 Mrd DM (+ 5,9 vH gegenüber dem Ist-Ergebnis 1981). Durch die Mehrbelastungen (Wegfall der sog. „Kindergeldmilliarde" — Ausgleichszahlung der Länder für die Anfang des Jahres rückgängig gemachte Kindergelderhöhung aus dem Jahre 1981 —, Bereitstellung zusätzlicher 600 Mio DM für Reaktorlinien (Schmehausen und Kalkar), und durch die erheblichen Steuerausfälle (4,4 Mrd DM) steigt die Nettokreditaufnahme um 6,04 Mrd DM auf 39,9 Mrd DM. Im Haushaltsentwurf 1983 der neuen Bundesregierung steigen die Gesamtausgaben gegenüber dem Soll 1982 (einschließlich 2. Nachtrag) um 2,9 vH auf 253,8 Mrd DM. Die Nettokreditaufnahme wird durch das von der Bundesregierung beschlossene Sparprogramm auf 41,5 Mrd DM begrenzt. Durch die Maßnahmen der Bundesregierung nach dem Haushaltsbegleitgesetz werden 1983 allein der Bundeshaushalt um insgesamt 12 Mrd DM (ohne Aufkommen aus der Investitionshilfeabgabe), die Haushalte der Länder um 4 Mrd DM, die der Gemeinden um etwa 1,8 Mrd DM entlastet. Die bisherigen Begleitgesetze für den Bundeshaushalt 1983 sahen Entlastungen von rund 8,7 Mrd DM vor. Folgende wichtige Einzelmaßnahmen sind vorgesehen.

noch Tabelle 23

Datum	
1982	Für die Haushalte der Gebietskörperschaften: — Kappung der Vorsorgepauschale für nichtrentenversicherungspflichtige Arbeitnehmer. — Erhöhter Schuldzinsenabzug bis zur Höhe von 10 000 DM über 3 Jahre für neugebaute, selbstgenutzte Häuser und Eigentumswohnungen. — Befristete Rücklage bei Übernahme stillgelegter oder von Stillegung bedrohter Betriebe. — Einführung eines Kinderfreibetrages von 432 DM je Kind. — Wegfall der Kinderbetreuungskosten. — Wegfall von 40 vH (in 1983) und von 50 vH (ab 1984) der Hinzurechnung von Dauerschulden und von Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer. — Erhöhung der Umsatzsteuersätze zum 1. Juli 1983 von 13 vH/6,5 vH auf 14 vH/7 vH sowie Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft auf 8 vH. — Änderung der Umsatzsteuerverteilung zu Lasten des Bundes (neu: Bund 66,5 vH, Länder 33,5 vH) und Wegfall der Ausgleichszahlung aus der sog. „Kindergeldmilliarde", insgesamt beim Bund Mindereinnahmen von 2 Mrd DM. — Entlastung der öffentlichen Arbeitgeber wegen der Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in Bund, Ländern und Gemeinden um nur 2 vH ab 1. Juli 1983 (etwa 3,5 Mrd DM). — Senkung der Gewerbesteuerumlage durch Ermäßigung des Vervielfältigers von derzeit 80 vH: 1983 um 22 Prozentpunkte auf 58 vH, 1984 um weitere 6 Prozentpunkte auf 52 vH (1983: Mindereinnahmen beim Bund 0,8 Mrd DM, bei den Ländern 0,7 Mrd DM; Mehreinnahmen bei den Gemeinden 1,5 Mrd DM). — Erhebung einer unverzinslichen rückzahlbaren „Investitionshilfeabgabe" in Höhe von 5 vH der Steuerschuld für Bezieher höherer Einkommen und körperschaftsteuerpflichtiger Unternehmen; das Aufkommen soll zur Förderung des Wohnungsbaus eingesetzt werden. — Einkommensabhängige Reduzierung des Kindergeldes. — Einschränkung der Schülerförderung und Umstellung der Studentenförderung auf Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). — Verschiebung der Rentenanpassung auf den 1. Juli 1983. — Kürzung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten und zur knappschaftlichen Rentenversicherung in 1983 (1,1 Mrd DM). — Senkung der Beitragsbemessungsgrundlage für Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit. — Anhebung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung von 4 vH auf 4,6 vH ab 1. Januar 1983. Für die Sozialleistungsträger ergeben sich aus den genannten Maßnahmen und aus weiteren finanziellen Umschichtungen folgende finanzielle Auswirkungen: — Rentenversicherungen: — Verschiebung der Rentenanpassung auf 1. Juli 1983 (+ 3,8 Mrd DM) — Zahlung der Krankenversicherungsbeiträge der Rentner (1 vH) ab 1. Juli 1983 (+ 660 Mio DM) — Beitragssatzerhöhung um 0,5 Prozentpunkte ab 1. September 1983 (+ 830 Mio DM) — Kürzung der Beitragszahlung zur Krankenversicherung der Rentner (+ 1,2 Mrd DM) — Senkung der Bemessungsgrundlage für die Beiträge der Bundesanstalt für Arbeit (– 5 Mrd DM). — Bundesanstalt für Arbeit: — Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 4 vH auf 4,6 vH ab 1. Januar 1983 (3,6 Mrd DM) — Die Beiträge, die die BA für ihre Leistungsempfänger an die Rentenversicherung zu zahlen hat, sollen sich vom 1. Januar 1983 nach der Höhe der „Lohnersatzleistung" (u. a. beim Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld 68 vH, bei der Arbeitslosenhilfe 58 vH des letzten Nettoentgelts) richten (etwa 5 Mrd DM). — Krankenversicherung: — Verminderte Beitragszahlungen der Rentenversicherung (– 1,2 Mrd DM) — Ausfall von Krankenversicherungsbeiträgen der Rentner durch Verschiebung der Rentenanpassung auf 1. Juli 1983 (– 370 Mio DM) — Zuzahlung der Versicherten beim Krankenhausaufenthalt und bei Kuren (+ 300 Mio DM) — Leistungsausgrenzung von „Bagatell-Arzneimitteln" (+ 500 Mio DM) — Krankenversicherungsbeitrag aus Versorgungsbezügen der Rentner (+ 600 Mio DM) — Erhöhung der „Rezeptgebühr" (+ 300 Mio DM). Die Bundesregierung hat außerdem beschlossen, zusätzliche Mittel für Gemeinschaftsaufgaben, Gemeinschaftsfinanzierungen, für die Krankenhausfinanzierung, die Städtebauförderung und die Zonenrandförderung bereitzustellen sowie die Existenzgründungshilfen zu verbessern.
10./11. November	Der Bundestag berät in erster Lesung die Ergänzung zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1983 (Haushaltsgesetz 1983), das 2. Nachtragshaushaltsgesetz 1982 und das Haushaltsbegleitgesetz 1983.

169. Im Sommer 1982 standen in Zusammenhang mit dem Entwurf für den Bundeshaushaltsplan 1983 erneut Sparbeschlüsse an. Den Anstoß dafür gaben neue Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten, die sich aus den Unterschieden zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den der mittelfristigen Finanzplanung zugrundeliegenden Daten ergaben. Diesmal sollten Maßnahmen zur Senkung des Ausgabenanstiegs auf mittlere Sicht, vor allem bei der Sozialversicherung, ein größeres Gewicht haben. Geplant war, die Beiträge für die Arbeitslosen zur Rentenversicherung und zur Krankenversicherung aufgrund einer auf 70 vH des letzten Bruttoarbeitsentgelts abgesenkten Bemessungsgrundlage zu bestimmen, den Anstieg der Sozialversicherungsrenten durch Einführung eines stufenweise steigenden Krankenversicherungsbeitrages zu vermindern und auch andere Versorgungsleistungen der Rentner beitragspflichtig zu machen. Weiterhin war eine entsprechende Verminderung des Rentenanstiegs in der Kriegsopferversorgung vorgesehen. Außerdem sollten die Einnahmen erhöht werden. Angestrebt wurde eine weitere Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung für die Dauer von drei Jahren, die Einschränkung des Ehegattensplitting und die Begrenzung von Abzugsmöglichkeiten im Einkommensteuerrecht; so sollte die Vorsorgepauschale für nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer verringert und der das steuerpflichtige Einkommen erhöhende private Anteil bei der Nutzung von Betriebs-Pkw angehoben werden. Die Festlegungen vom Sommer dieses Jahres, die wesentlich umfangreichere Ausgabekürzungen und auch mehr Einnahmeverbesserungen vorsahen als die Haus-

Tabelle 24

Wichtige finanzpolitische Maß

Mrd

	1982	1983	1984
Ausgabenkürzungen			
1. Reduzierung und strukturelle Änderungen beim Kindergeld [3])	1,7 .	1,8 1,0	1,8 1,0
2. Einschränkungen beim Arbeitsförderungsgesetz	2,5 .	3,0 0,5	3,0 0,5
3. Senkung der Bemessungsgrundlage für die Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit	.	4,9	4,9
4. Rentenversicherungsbeiträge für Wehr- und Zivildienstleistende	0,4	0,4	0,4
5. Beteiligung der Rentner am Krankenversicherungsbeitrag ab 1. Juli 1983	.	0,7	4,5
6. Verschiebung der Anpassung von Transferleistungen um sechs Monate	.	4,2	4,2
7. Kürzung von Finanzhilfen	. .	1,0 0,5	1,0 0,5
8. Sonstige Kürzungen sozialer Leistungen [4])	0,3 .	0,9 0,3	1,4 0,8
Mehreinnahmen aus Steuern und Abgaben			
1. Erhöhung der Tabaksteuer	1,4	2,2	2,5
2. Erhöhung der Branntweinmonopolabgaben	0,4	0,5	0,5
3. Erhöhung der Schaumweinsteuer	0,1	0,2	0,2
4. Erhöhungen des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung [5])	2,8 .	3,0 3,8	3,2 4,0
5. Kürzung der Arbeitnehmersparzulage	0,8	0,9	0,9
6. Wegfall des Haushaltsfreibetrages für Alleinstehende über 49 Jahre	0,4	0,5	0,5
7. Kappung der Vorsorgepauschale für nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer	.	1,1	1,0
8. Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zum 1. Juli 1983	.	3,0	8,2
9. Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 18,0 vH auf 18,5 vH zum 1. September 1983	.	1,0	4,0
10. „Investitionshilfeabgabe" für höhere Einkommen und körperschaftsteuerpflichtige Unternehmen	.	1,0	1,5
11. Wegfall des Kinderbetreuungskostenbetrages von 1 200 DM je Kind	.	1,6	2,3

[1]) Einschließlich der bis Mitte November 1982 bekannt gewordenen Abänderungen der „Operation '83" im Haushaltsbegleitgesetz 1983. Nicht berücksichtigt sind kleinere Ausgabenkürzungen bzw. Mindereinnahmen, die für die Aufstellung einzelner Haushalte, nicht jedoch für den Finanzplanungszeitraum bedeutsam sind. Soweit Ausgabenkürzungen in zwei Schritten erfolgten, sind diese in zwei Zeilen ausgewiesen.

[2]) Angaben der Bundesregierung und eigene Schätzung.

haltsentscheidungen von 1981, gerieten jedoch zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik. Als im Herbst sowohl für 1982 als auch für 1983 nochmals höhere Fehlbeträge vorherzusehen waren, zeichnete sich neuer Streit ab. Am 1. Oktober kam es zum Regierungswechsel.

170. Die neue Bundesregierung hat die Beschlüsse vom Sommer teils zurückgenommen, teils abgewandelt. Was darin an Ausgabenminderung angelegt war, hat sie jedoch in etwa beibehalten und Ende Oktober durch weitere Entscheidungen verstärkt. Danach soll das Kindergeld noch einmal gekürzt, die jährliche Anpassung von Renten und von anderen Sozialleistungen 1983 um ein halbes Jahr verschoben werden. Außerdem ist vorgesehen, die Ausgaben für Sozialhilfe, Wohngeld und für die soziale Sicherung der Landwirte einzuschränken sowie die Leistungen nach dem Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung für Studenten (BAföG) auf Darlehen umzustellen und für Schüler zum Teil ganz zu streichen. Insgesamt dürften sich die in diesem Jahr beschlossenen Haushaltsentlastungen für 1983 im sozialen Bereich auf rund 12 Mrd DM belaufen; für die darauffolgenden Jahre ist ein Anstieg dieses Betrages angelegt.

Hinzukommen sollen weitere Abgabenerhöhungen, nämlich eine Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli 1983, eine Anhebung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung (vom 1. September 1983 an) sowie die Begrenzung von Abzugsmöglichkeiten im Einkommensteuerrecht. Insgesamt dürften sich daraus für 1983 Mehreinnahmen von rund 5 Mrd DM ergeben;

nahmen in den Jahren 1981 und 1982 [1])

DM [2])

Tabelle 24

	1982	1983	1984
Ausgabenerhöhungen			
1. Energiepolitik, Stahlbereich, Stadtsanierung, etc.	1,0	1,2	1,0
2. Wohnungsbauförderung, finanziert aus der „Investitionshilfeabgabe":			
– Im sozialen Wohnungsbau nach dem 1. Förderweg	.	0,5	
nach dem 2. Förderweg	.	1,5	
– Programm zur Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen	.	0,5	
3. Verstärkung der Gemeinschaftsaufgaben und anderer Gemeinschaftsfinanzierungen	.	0,5	
Steuerliche Mindereinnahmen			
1. Verbesserung der degressiven AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens	0,6	1,3	3,3
2. Verbesserung der beschleunigten AfA für Gebäude	0,1	0,3	0,8
3. Verbesserungen beim § 7 b EStG einschließlich Kinderkomponente	0,2	0,5	0,8
4. Befristete Investitionszulage von 10 vH	.	2,0	1,5
5. Erweiterter Schuldzinsenabzug in Höhe von 10 000 DM für neue selbstgenutzte Wohnungen (§ 21 a EStG)	.	0,4	1,2
6. Befristete Rücklage beim Erwerb von Betrieben, deren Fortbestand gefährdet ist (§ 6 d EStG)	.	0,2	0,3
7. Minderung der Hinzurechnung von Dauerschulden und Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer [6])	.	1,5	1,8
8. Allgemeiner Kinderfreibetrag von 432 DM je Kind	.	1,6	1,8
9. Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft von 7 vH auf 7,5 vH bzw. 8 vH	0,2	0,3	0,3
	.	0,2	0,3

[3]) Erste Zeile: Im wesentlichen Kürzung des Kindergeldes für Zweit- und Drittkinder um jeweils 20 DM auf 100 DM bzw. 220 DM. Zweite Zeile: Kürzung des Kindergeldes für das 2. Kind um 30 DM (auf 70 DM), 3. Kind um 80 DM und für jedes weitere Kind um 100 DM auf nunmehr 140 DM bei einem Nettoeinkommen zusammenlebender Eltern mit 2 Kindern über 42 000 DM, Erhöhung der Grenze für jedes weitere Kind um 7 800 DM.

[4]) Wohngeld, BAföG, Landwirtschaft, Sozialhilfe.

[5]) 1982 von 3 vH auf 4 vH, ab 1. Januar 1983 auf 4,6 vH; bei gleichzeitiger Verminderung des Beitrages zur Rentenversicherung um 0,5 vH für den Zeitraum 1. Januar 1982 bis 31. August 1983.

[6]) 1983 um 40 vH; 1984 um 50 vH.

einschließlich der Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung, die schon früher geplant war und nochmals geringfügig aufgestockt wurde, sind es 9 Mrd DM. Geplant ist überdies die Erhebung einer rückzahlbaren unverzinslichen „Investitionshilfeabgabe" in Höhe von 5 vH der Steuerschuld auf Einkommen ab 50 000 DM bei Alleinstehenden und ab 100 000 DM bei Verheirateten sowie auf die Gewinne körperschaftsteuerpflichtiger Unternehmen. Die Rückzahlung ist für die Jahre 1987 bis 1989 vorgesehen.

171. Mit den Einnahmen aus der Investitionshilfeabgabe in Höhe von 1 Mrd DM im Jahre 1983 und 1,2 Mrd DM im Jahre 1984 sollen, wie in Tabelle 24 zusammengestellt, wohnungsbaupolitische Maßnahmen finanziert werden, so die Förderung des Sozialen Wohnungsbaus, die Bausparzwischenfinanzierung und der Schuldzinsenabzug für neue selbstgenutzte Wohnungen, der sogar rückwirkend in Kraft tritt (SG 82 Ziffern 81 ff.). Als wachstumspolitische Hilfen sollen insbesondere die Erleichterungen bei der Gewerbesteuer sowie die Einführung einer steuerfreien Rücklage bei Übernahme insolvenzbedrohter Unternehmen dienen (Ziffer 240). Diese Förderungsmaßnahmen treten zu den im Jahre 1981 beschlossenen hinzu, die in der Hauptsache Abschreibungserleichterungen für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens sowie für Gebäude brachten.

172. Kaum vorangekommen ist bisher das Zurückdrängen von Subventionen. Der Anlauf im Jahre 1981 (Abbau der Subventionierung des Ölverbrauchs, der Steuervergünstigungen in der Kreditwirtschaft und der Sparförderung) hat nicht weit getragen. Die Konsolidierungsbeschlüsse in den vergangenen eineinhalb Jahren haben insgesamt eine Verminderung der Subventionen im Umfang von jährlich höchstens 1 bis 2 Mrd DM gebracht, abgesehen von der Kokskohlenbeihilfe, die bei gegebenen Regelungen um 1 Mrd DM zurückgegangen ist.

173. In der Not, die Ausgabenexpansion auf niedrigere Zuwachsraten einzustellen, gleichzeitig aber hohe konjunkturbedingte Belastungen tragen zu müssen, haben Bund, Länder und Gemeinden in erheblichem Umfang zu kurzfristig wirksamen Haushaltsentscheidungen gegriffen. Investitionen und Investitionszuschüsse sind rigoros gekürzt worden, Zuweisungen der Länder an ihre Gemeinden sind eingeschränkt worden, öffentliche Einrichtungen sind zeitweilig geschlossen worden, Stellen sind gestrichen worden, und bei den Stellenbesetzungen sind temporäre Sperren verfügt worden. Auch die jüngste Entscheidung der Bundesregierung, die Renten und andere soziale Leistungen statt zum 1. Januar erst zum 1. Juli 1983 anzupassen, gehört hierzu.

Hohe Haushaltsrisiken

174. *Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte haben wir uns bereits im Sondergutachten vom Oktober dieses Jahres geäußert (SG 82 Ziffern 5 und 56 ff.). Was wir seither an zusätzlichen Informationen erhalten haben, bestätigt im wesentlichen das Bild, das wir dort gezeichnet haben. Die Ausführungen im folgenden dienen der Vervollständigung dieses Bildes.*

Anfang dieses Jahres ließen die Haushaltspläne Gesamtausgaben erkennen, die die Ist-Ausgaben des Jahres 1981 um 3 vH übertrafen. Tatsächlich wurden das Jahr über schließlich $4^1/_2$ vH mehr als im Jahr zuvor ausgegeben; das sind $565^1/_2$ Mrd DM (Tabelle 25). Das Ausgabenniveau war 1981 schon um rund $2^1/_2$ Prozentpunkte höher gewesen, als es die ursprünglichen Planungen vorgesehen hatten. Nur zu ungefähr einem Viertel hatte das an der unerwarteten Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage gelegen (JG 81 Ziffer 242). Auch 1982 traten Haushaltsrisiken ein, die nur zu einem geringen Anteil durch Minderausgaben ausgeglichen werden konnten. Beim Bund kam es zu Mehrausgaben von insgesamt $5^1/_2$ Mrd DM. Ein erster Nachtragshaushalt wies als wichtigsten Posten die Erhöhung des Zuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit aus. Statt 4 Mrd DM waren Zahlungen im Umfang von $7^1/_2$ Mrd DM fällig. Von diesem unerwartet starken Anstieg des Zuschusses dürften nur etwa zwei Drittel eine Folge der Leistungen an mehr Arbeitslose sein, denn auch die Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit, die auf anderen Verpflichtungen beruhen, sind unerwartet gestiegen. Die vorgesehenen Einsparungen bei Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz konnten offenbar nicht in vollem Umfang realisiert werden. In einem zweiten Nachtrag hat der Bund seine Ausgabenpläne noch einmal aufgestockt, zum Teil wegen Mehrausgaben im Energiebereich in Höhe von 0,6 Mrd DM. Im ganzen hat der Bund fast 6 vH mehr ausgegeben als 1981 — über ein Drittel der Mehrausgaben für höhere Zinsausgaben, mehr als ein Viertel für die soziale Sicherung der Arbeitslosen.

175. Bei den Ländern, die sich vorgenommen hatten, den Ausgabenanstieg auf 2 vH herabzudrücken, dürften vor allem hohe Ausgaben für den konsumtiven Sachaufwand und unerwartet hohe Personalausgaben dazu führen, daß die Haushaltsansätze um 2 Mrd DM überschritten werden. Die Mehrausgaben fielen deshalb nicht noch höher aus, weil die Länder ihre Sachinvestitionen, vor allem ihre Bauausgaben, anders als geplant, gekürzt haben. Bei den Gemeinden belief sich der Ausgabenanstieg insgesamt auf 1 vH. Sie versuchten zwar, an vielen Stellen zu sparen, so eng wie ihr Einnahmerahmen aber war, sahen sie keine andere Möglichkeit, diesen einzuhalten als durch eine weitere drastische Einschränkung ihrer Ausgaben für Sachinvestitionen um rund 12 vH. Insgesamt dürften die Anlageinvestitionen des Staates um $9^1/_2$ vH zurückgehen (Schaubild 32).

Die Bauwirtschaft hatte das bereits im vergangenen Jahr in Form eines Einbruchs bei den Auftragseingängen aus dem öffentlichen Bereich zu spüren bekommen; der Rückgang hielt das Jahr 1982 über an und trieb nochmals eine beträchtliche Anzahl von Bauunternehmen in den Konkurs. Daß es zu einem solch massiven Rückgang der Investitionsausgaben kam, hat mehrere Gründe. Die Länder kürzten ihre Investitionszuschüsse und setzten den Anteil der

Tabelle 25

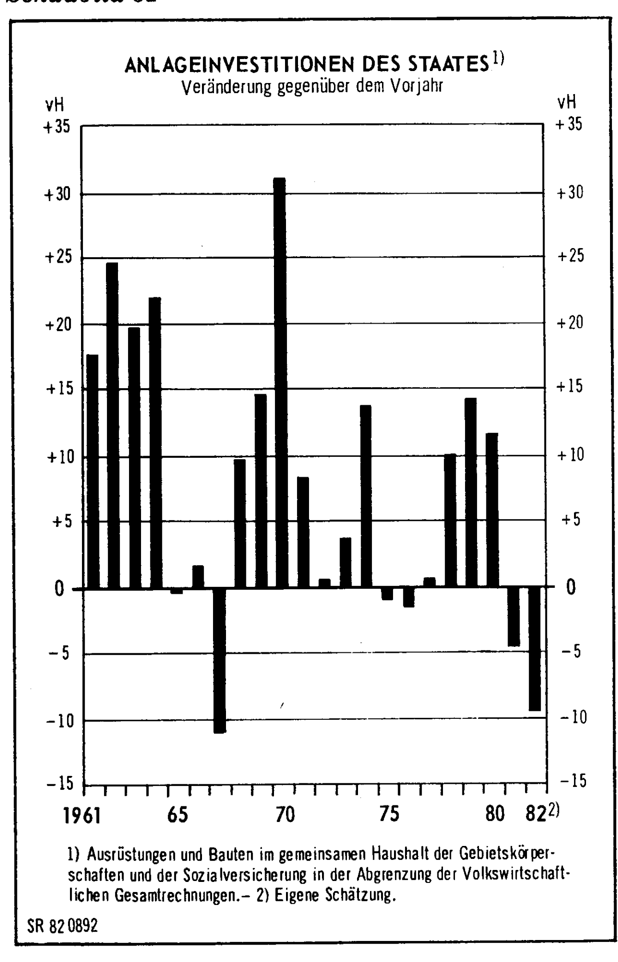
Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte [1])

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1979	1980 [2])	1981 [2])	1982 [3])	1980 [2])	1981 [2])	1982 [3])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
In der Abgrenzung der Finanzstatistik							
Ausgaben (ohne Schuldentilgung) [4]) [5])	469,9	509,3	542,2	565½	*+ 8,4*	*+ 6,5*	*+ 4½*
Laufende Rechnung	375,4	405,4	441,1	467½	*+ 8,0*	*+ 8,8*	*+ 6*
davon:							
Personalausgaben	150,5	162,6	172,6	179	*+ 8,1*	*+ 6,2*	*+ 3½*
Sachaufwand [6])	71,6	74,7	80,0	84½	*+ 4,2*	*+ 7,0*	*+ 5½*
Laufende Übertragungen [5])	128,4	139,0	152,3	159	*+ 8,2*	*+ 9,6*	*+ 4½*
Zinszahlungen	24,7	29,2	36,2	45	*+18,0*	*+24,1*	*+24½*
Kapitalrechnung	93,7	102,1	98,7	95½	*+ 9,0*	*− 3,2*	*− 3*
davon:							
Sachinvestitionen	53,3	60,4	57,5	52	*+13,3*	*− 4,8*	*− 9½*
Vermögensübertragungen	26,2	26,7	25,9	27	*+ 1,9*	*− 2,7*	*+ 4*
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	14,2	15,0	15,3	16½	*+ 5,6*	*+ 2,2*	*+ 8*
Saldo im Verrechnungsverkehr [7])	0,8	1,8	2,3	2½	x	x	x
Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel) [4])	423,5	451,9	465,6	490	*+ 6,7*	*+ 3,0*	*+ 5*
Laufende Rechnung	409,4	436,5	449,6	473½	*+ 6,6*	*+ 3,0*	*+ 5½*
darunter: Steuern	342,8	365,0	370,3	380	*+ 6,5*	*+ 1,5*	*+ 2½*
Kapitalrechnung	14,1	15,4	16,0	16½	*+ 9,0*	*+ 3,6*	*+ 3*
Saldo der durchlaufenden Mittel	− 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0	x	x	x
Finanzierungssaldo	−46,6	−57,4	−76,6	−75½	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote [8])	*33,5*	*34,0*	*34,0*	*33,3*	x	x	x
Steuerquote [9])	*24,6*	*24,6*	*24,0*	*23,7*	x	x	x
In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen							
Ausgaben	450,2	489,1	517,9	538	*+ 8,6*	*+ 5,9*	*+ 4*
Einnahmen	412,6	439,4	450,2	471	*+ 6,5*	*+ 2,5*	*+ 4½*
davon:							
Steuern	358,4	381,0	386,5	395½	*+ 6,3*	*+ 1,4*	*+ 2½*
Sonstige Einnahmen	54,2	58,3	63,8	75½	*+ 7,7*	*+ 9,3*	*+18*
Finanzierungssaldo	−37,6	−49,7	−67,6	−67	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote [10])	*32,1*	*32,6*	*32,4*	*31,7*	x	x	x
Steuerquote [11])	*25,7*	*25,7*	*25,0*	*24,7*	x	x	x

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände.
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse), einschließlich der Krankenhäuser der Länder und Gemeinden.
[5]) Einschließlich der Zahlung früher gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung; 1979 bis 1981 je 1,5 Mrd DM.
[6]) Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
[7]) Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.
[8]) Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[9]) Kassenmäßige Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte in vH des Bruttosozialprodukts.
[10]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[11]) Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

Schaubild 32



1) Ausrüstungen und Bauten im gemeinsamen Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.– 2) Eigene Schätzung.

SR 82 0892

Gemeinden an der Verbundmasse in Rahmen des Finanzausgleichs herab; die Steuereinnahmen der Gemeinden nahmen nur um 2 vH zu. Auf der Ausgabenseite mußten die Gemeinden in diesem Jahr mit hohen Mehrausgaben im sozialen Bereich fertig werden. Vor allem die Ausgaben für Sozialhilfe stiegen, weil das Einkommen einer zunehmenden Anzahl von privaten Haushalten unter das Sozialhilfeniveau fielen, teilweise deshalb, weil es zu Einschränkungen bei der Arbeitslosenhilfe und bei Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz kam (Ziffer 92). Unerwartet stark sind wohl auch die Personalausgaben gestiegen.

176. Auch auf der Einnahmenseite wurden im Verlauf des Jahres 1982 erhebliche Risiken sichtbar. Gemessen an der Steuerschätzung vom März dieses Jahres, die für die Haushaltspläne von Bund und Ländern in der Schlußphase der parlamentarischen Beratungen vielfach maßgeblich war, wies das Umsatzsteueraufkommen die ungünstigste Entwicklung auf. Die schwache Verbrauchsnachfrage und die gedrückte Einfuhr waren für Mindereinnahmen von über 3 Mrd DM ausschlaggebend. In einer ähnlichen Größenordnung bewegten sich auch die unerwarteten Steuerausfälle bei den veranlagten Steuern; deren Aufkommen wird von den Zahlungen derjenigen bestimmt, die zur Einkommensteuer, zur Körperschaftsteuer, zur Gewerbesteuer oder zur Vermögensteuer veranlagt werden. Einschließlich des auf die zunehmende Arbeitslosigkeit zurückgehenden Minderanstiegs beim Lohnsteueraufkommen ($2^1/_2$ Mrd DM) und den hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Mehreinnahmen aus den Ver-

Tabelle 26

Das Aufkommen wichtiger Einzelsteuern [1])

Steuerart	1979	1980	1981	1982 [2])	1979	1980	1981	1982 [2])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Gesamtsteueraufkommen	342,8	365,0	370,3	380	*+ 7,4*	*+ 6,5*	*+ 1,5*	*+ $2^1/_2$*
Lohnsteuer	97,1	111,6	116,6	$123^1/_2$	*+ 5,5*	*+14,9*	*+ 4,5*	*+ 6*
Veranlagte Einkommensteuer	37,6	36,8	32,9	$30^1/_2$	*+ 0,3*	*– 2,0*	*–10,5*	*– 7*
Körperschaftsteuer	22,9	21,3	20,2	$21^1/_2$	*+15,6*	*– 6,9*	*– 5,4*	*+ $6^1/_2$*
Steuern vom Umsatz	84,2	93,4	97,8	$98^1/_2$	*+14,9*	*+11,0*	*+ 4,6*	*+ 1*
Mineralölsteuer	21,1	21,4	22,2	23	*+ 3,3*	*+ 1,0*	*+ 3,9*	*+ $3^1/_2$*
Tabaksteuer	10,7	11,3	11,3	$12^1/_2$	*+ 2,3*	*+ 5,5*	*– 0,3*	*+ $9^1/_2$*
Branntweinabgaben	4,0	3,9	4,5	$4^1/_2$	*+ 2,4*	*– 3,2*	*+15,3*	*– 5*
Vermögensteuer	4,5	4,7	4,7	5	*– 0,9*	*+ 4,1*	*+ 0,5*	*+ 9*
Kraftfahrzeugsteuer	7,6	6,6	6,6	7	*+20,6*	*–13,1*	*+ 0,1*	*+ 3*
Gewerbesteuer [3])	25,1	27,1	26,0	26	*+ 4,4*	*+ 8,1*	*– 3,8*	*– 0*
Grundsteuern A und B	5,7	5,8	6,0	6	*+ 4,1*	*+ 1,7*	*+ 3,0*	*+ $3^1/_2$*
Nachrichtlich:								
Steuerquote [4])	*24,6*	*24,6*	*24,0*	*23,7*	x	x	x	x

[1]) Kassenmäßige Steuereinnahmen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Nach Ertrag und Kapital.
[4]) Kassenmäßige Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle: BMF

brauchsteuererhöhungen dürften sich die Steuerausfälle 1982 insgesamt auf rund 10 Mrd DM summiert haben. Über zwei Drittel davon entfielen auf den Bund. Das Steueraufkommen betrug im Jahre 1982 insgesamt 380 Mrd DM und war um $2^1/_2$ vH höher als 1981 (Tabelle 26). Schon 1981 hatte sich der Staat von Vierteljahr zu Vierteljahr auf niedrigere Steuereinnahmen einstellen müssen, als in den Haushaltsplänen veranschlagt war. Die Steuerausfälle waren damals im Ergebnis nahezu ebenso hoch wie in diesem Jahr. Im Jahre 1981 überwogen jedoch bei weitem die Ausfälle bei den veranlagten Steuern. Daß die Mindereinnahmen damals nicht noch höher ausgefallen waren, hatte im wesentlichen an dem trotz Steuersenkung unerwartet hohen Aufkommen der Lohnsteuer gelegen.

177. Die Haushaltslage der Gebietskörperschaften blieb in diesem Jahr sichtlich angespannt. Hauptgrund dafür war, daß eine wirtschaftliche Erholung in diesem Jahr ausgeblieben ist, der Abschwung sich vielmehr fortgesetzt hat. Die Haushaltsdefizite sind deswegen um etwa 15 Mrd DM höher, als in die Planungen zur Jahreswende eingestellt worden war.

Zinsanstieg und Ausweitung der Nettokreditaufnahme trieben die Zinsbelastung weiter in die Höhe, in diesem Jahr beim Bund auf über 9 vH, im Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden auf 8 vH der Ausgaben; im Jahre 1978 hatte der Anteil beim Bund und auch im Gesamthaushalt noch 5 vH betragen.

Die stark gestiegene Zinslast, also das Verhältnis von Zinszahlungen zu den Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts, hat den Ausgabenspielraum der Gebietskörperschaften erheblich eingeengt; jedenfalls hat der Ausgabenspielraum weit weniger zugenommen, als in der Staatsquote, also dem Verhältnis der öffentlichen Ausgaben zu dem mit aktuellen Preisen bewerteten Produktionspotential, zum Ausdruck kommt. Rechnet man die Zinsbelastung aus der Staatsquote heraus, erhält man für 1982 einen Wert von etwas über $30^1/_2$ vH, gegenüber 28 vH während der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre. Dies bedeutet, daß der Spielraum für öffentliche Ausgaben (ohne den Zinsendienst) nur um $2^1/_2$ Prozentpunkte und nicht von rund 29 vH in den sechziger und frühen siebziger Jahren auf $33^1/_3$ vH im Jahre 1982, also um $4^1/_3$ Prozentpunkte gestiegen ist. Im Jahre 1982 standen demnach rund 30 Mrd DM weniger an Mitteln für Dienste, Sachgüter und Transferausgaben zur Verfügung als bei der diesjährigen Staatsquote zur Verfügung gestanden haben würden, wenn der Staat die Zinslast der sechziger und frühen siebziger Jahre gehalten hätte.

Das Defizit im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften dürfte in diesem Jahr mit $75^1/_2$ Mrd DM kaum niedriger ausfallen als im Jahre 1981. Trotz der im vergangenen Jahr ergriffenen Maßnahmen und der um 8 Mrd DM höheren Gewinnabführung der Bundesbank ist der Fehlbetrag im Bundeshaushalt 1982 mit 40 Mrd DM um 2 Mrd DM höher als 1981. Die Defizite der Länderhaushalte gingen mit 27 Mrd DM ebenfalls noch etwas über den hohen Stand des letzten Jahres hinaus. Lediglich bei den Gemeinden ergab sich ein Rückgang ihrer Haushaltslücken um 3 Mrd DM auf 8 Mrd DM — wie erwähnt freilich um den Preis der starken Kürzungen bei ihren Investitionsausgaben.

Abnehmende Nachfrageimpulse

178. Ein Bild von den konjunkturellen Impulsen, die von den staatlichen Ausgaben und Einnahmen ausgehen, kann man unmittelbar aus den Haushaltszahlen schwerlich gewinnen. Der Sachverständigenrat versucht, sich ein solches Bild mit Hilfe des Konzepts des konjunkturneutralen Haushalts zu verschaffen, nach dem für die konjunkturellen Impulse der öffentlichen Haushalte ein Betrag steht, der als Differenz zwischen den tatsächlichen Staatsausgaben und einem als konjunkturneutral zu bezeichnenden Haushaltsvolumen gewonnen wird. Den Angaben im Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zufolge, die wir unseren Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt zugrunde legen, ergibt sich für die Gebietskörperschaften in diesem Jahr ein Defizit von 67 Mrd DM; das ist kaum weniger als im Jahre 1981. Damit ist der Ausgangspunkt unserer Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt bestimmt. Zur Ermittlung des konjunkturellen Impulses muß das Gesamtdefizit um diejenigen Posten bereinigt werden, in denen sich die Rückwirkungen der Wirtschaftslage auf die steuerlichen Einnahmen spiegeln. So geht ein Teil der hohen Defizite auf Steuerausfälle zurück, die Folge der Unterauslastung des Produktionspotentials sind; sie betragen nach unseren Rechnungen 1982 schätzungsweise 12 Mrd DM. Dann sind dem Staat in diesem Jahr schätzungsweise $6^1/_2$ Mrd DM an Mehreinnahmen zugeflossen, weil sich das Preisniveau, gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts, stärker erhöht hat als zu Jahresbeginn für unvermeidlich zu halten war und daher auch in eine konjunkturneutrale Haushaltsplanung eingegangen wäre. Daran wird deutlich, daß ein nennenswerter Teil der Impulse, die von den öffentlichen Haushalten in diesem Jahr ausgingen, durch Preissteigerungen absorbiert wurde. Außerdem konnte der Bund auf der Einnahmenseite eine um mehr als 7 Mrd DM höhere Gewinnabführung der Bundesbank über das hinaus verbuchen, was mittelfristig als normal gelten kann. Nicht als expansiver Impuls der öffentlichen Haushalte darf außerdem der Teil des Defizits genommen werden, der in mittelfristiger Sicht als normal angesehen werden kann. Um diesen Teil des Defizits zu bestimmen, knüpft der Sachverständigenrat in seinen Rechnungen an dem Verschuldungsverhalten des Staates in den Jahren 1966 bis 1977 an. Unter Berücksichtigung des inzwischen eingetretenen Wachstums der Produktionsmöglichkeiten in der Volkswirtschaft wäre danach eine Kreditaufnahme des Staates in Höhe von etwa $19^1/_2$ Mrd DM als Normalverschuldung anzusetzen. Zieht man diesen Posten von dem konjunkturbereinigten Defizit ab, so erhält man den konjunkturell bedeutsamen Teil des Defizits. Für 1982 ergibt sich ein konjunkturstützender Impuls, für den ein Betrag von 49 Mrd DM steht, ebensoviel wie im vergangenen Jahr (Tabellen 27 und 28).

Tabelle 27

Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht[1])

Mrd DM

	1975	1976	1977	1978	1979	1980[2])	1981[2])	1982[3])
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen[4])	1 114,6	1 176,4	1 245,2	1 322,8	1 404,4	1 500,0	1 596,3	1 696,7
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr[5])	1 103,7	1 183,1	1 242,8	1 301,8	1 383,1	1 486,3	1 585,9	1 668,5
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basiszeitraum[6])	302,4	328,4	349,2	369,6	392,7	422,0	450,3	473,7
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials[7])	1 073,4	1 150,5	1 208,6	1 266,0	1 345,1	1 445,5	1 542,3	1 622,6
(5) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum[6])	262,1	282,0	297,3	314,6	334,2	359,2	383,2	403,2
(6) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr[8])	265,1	292,5	320,3	328,6	345,5	371,1	386,3	401,0
(6a) Nachrichtlich: tatsächliche Steuereinnahmen[1])	254,1	285,5	317,0	334,8	358,4	381,0	386,5	395,5
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) ./. (5)	+ 2,9	+ 10,5	+ 22,9	+ 14,0	+ 11,3	+ 11,9	+ 3,1	− 2,2
(8) Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen"[9])	+ 2,5	+ 3,9	+ 5,6	+ 9,8	+ 11,8	+ 12,9	+ 15,2	+ 17,4
(9) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7) + (8)	307,8	342,8	377,7	393,4	415,8	446,8	468,6	488,9
(10) Tatsächliche Staatsausgaben[1])	343,7	359,3	381,5	413,5	449,8	489,0	517,9	538,0
(11) Konjunktureller Impuls[10]) (10) ./. (9)	+ 35,9	+ 16,5	+ 3,8	+ 20,1	+ 34,0	+ 42,2	+ 49,3	+ 49,1
(12) Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+ 21,1	− 19,4	− 12,7	+ 16,3	+ 13,9	+ 8,2	+ 7,1	− 0,2
(13) Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen...[11])	+ 33,2	+ 18,2	+ 3,1	+ 14,5	+ 28,4	+ 38,7	+ 46,7	+ 41,9

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang V, Abschnitt D. – Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

[3]) Eigene Schätzung.

[4]) Produktionspotential in Preisen von 1976, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

[5]) Produktionspotential in Preisen von 1976, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.

[6]) 1974 bis 1978 gleitender Übergang auf die ab 1978 gültige feste Basis, die durch den langjährigen Durchschnitt der Quoten von 1966 bis 1977 gebildet wird.

[7]) Normalauslastungsgrad (97,25 vH); zur Definition siehe Anhang V, Abschnitt A.

[8]) Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe dazu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturneutralen Ausgabenspielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralem" Preisanstieg ergäbe.

[9]) Ohne die Einnahmen aus der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

noch Tabelle 27

	1975	1976	1977	1978	1979	1980[2])	1981[2])	1982[3])
				vH				
Zum Vorjahresvergleich								
Steigerungsrate								
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (10) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+13,4	+ 4,5	+ 6,2	+ 8,4	+ 8,8	+ 8,6	+ 5,9	+ 3,9
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (9) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (10)	+ 1,5	− 0,3	+ 5,1	+ 3,1	+ 0,6	− 0,7	− 4,2	− 5,6
Bestimmungsfaktoren von (b)[12])								
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1976	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,5
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	+ 5,0	+ 4,0	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,0
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (14) von der des jeweiligen Vorjahres	− 2,7	+ 2,4	+ 3,6	− 1,8	− 0,9	− 0,1	− 2,0	− 1,0
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Dekkungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen" von dem des jeweiligen Vorjahres	− 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,3	0,0	+ 0,3	+ 0,3
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (18) von der konjunkturneutralen (15) im jeweiligen Vorjahr	− 3,3	−10,6	− 5,4	− 0,8	− 3,4	− 6,5	− 8,5	− 9,8
(14) Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	24,70	25,42	26,50	25,95	25,69	25,67	25,05	24,71
(15) Konjunkturneutrale Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	27,89	28,98	30,39	30,22	30,06	30,06	29,55	29,30
(16) Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(10)}{(2)} \cdot 100$	31,14	30,37	30,70	31,76	32,52	32,90	32,66	32,24
(17) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2): (16) ./. (15)	+ 3,25	+ 1,39	+ 0,30	+ 1,54	+ 2,46	+ 2,84	+ 3,11	+ 2,94
(18) Realisierte Staatsquote: $\frac{(10)}{(1)} \cdot 100$	30,84	30,54	30,64	31,26	32,03	32,60	32,44	31,71

[10]) Expansiv: +; kontraktiv: −.

[11]) Gleichbedeutend mit dem konjunkturellen Impuls auf der Basis der tatsächlichen Preissteigerungen (siehe Anhang V, Abschnitt D).

[12]) (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (g). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (g) (siehe hierzu Anhang V, Abschnitt D). In den Jahren 1974 bis 1978 weicht (b) von dem ab, was den Komponenten (c) bis (g) entspricht, weil die in diesen Jahren als Basis zugrunde gelegten Quoten jeweils von unterschiedlichen Zeiträumen bestimmt sind.

179. Die Frage drängt sich auf, warum der Umfang der Normalverschuldung so viel geringer ist als das um steuerliche Mindereinnahmen bereinigte Defizit. Tatsächlich ist dieser Abstand zum größten Teil erst in den letzten Jahren entstanden. Im Zeitraum 1978 bis 1981 sind die Ausgaben bei Bund, Ländern und Gemeinden durchschnittlich um rund 1 1/2 Prozentpunkte pro Jahr stärker gestiegen als dem Wachstum der Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft unter Berücksichtigung des jeweiligen Preisanstiegs entsprochen hätte (Tabelle 27). In dem gleichen Zeitraum hat sich die Steuerquote unter dem Einfluß von Steuersenkungen zurückgebildet. Diese Entwicklung der Steuerquote ist nur teilweise durch die überdurchschnittliche Zunahme der sonstigen staatlichen Einnahmen ausgeglichen worden. Im ganzen hat der Staat den Spielraum der Privaten für mehr Ansprüche an das Produktionspotential also vergrößert; sein eigener hat sich dadurch freilich verringert. Während dieser Zeit sind die steuerlichen und die sonstigen Einnahmen jährlich um knapp 1 vH weniger angestiegen als das Sozialprodukt bewertet zu jeweiligen Preisen. Die Expansion der öffentlichen Ausgaben in den letzten vier Jahren ist im Durchschnitt um jährlich 2 1/2 Prozentpunkte über das hinausgegangen, was konjunkturneutral gewesen wäre, das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft sowie den Rückgang der volkswirtschaftlichen Steuerquote für gegeben genommen. Das ist der Grund dafür, daß die Defizite heute so hoch sind.

Unsere Rechnungen, ebenso wie andere dieser Art, erfassen nicht die expansiven Anstöße, die von den in diesem Jahr wirksam gewordenen steuerlichen Maßnahmen auf die Investitionen ausgehen, denn die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle werden zum größten Teil erst später kassenwirksam. Zu denken ist dabei an die Verbesserung der Abschreibungsregelungen für Ausrüstungsgüter und Bauten und die Erweiterung des Verlustrücktrages. Die befristete Investitionszulage von 10 vH dürfte in nennenswertem Umfang erst im kommenden Jahr zu Produktion führen, wenngleich schon gegen Ende dieses Jahres mit einer Belebung der Bestelltätigkeit zu rechnen ist.

Tabelle 28

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte [1])

Mrd DM

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos								
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme [2])	− 8,6	−11,7	−14,7	−15,2	−16,1	−17,3	−18,5	−19,4
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen [3])	−13,5	− 5,4	− 3,9	+ 0,9	+ 7,5	+ 6,5	− 2,3	−12,1
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen [4])	+ 2,5	− 1,6	+ 0,6	+ 5,3	+ 5,4	+ 3,5	+ 2,5	+ 6,6
(d) Anomal hohe Gewinnabführung der Bundesbank	.	.	.	.	.	.	+ 0	+ 7,0
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo [5])	−19,5	−18,7	−17,9	− 8,9	− 3,2	− 7,4	−18,3	−17,9
(= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)								
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo [6])	−55,5	−39,4	−25,4	−30,2	−37,6	−49,7	−67,6	−67,0
I. ./. II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	+35,9	+16,5	+ 3,8	+20,1	+34,0	+42,2	+49,3	+49,1
(expansiv: +; kontraktiv: −)								

[1]) Öffentliche Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; methodische Erläuterungen siehe Anhang V, Abschnitt D.

[2]) Errechnet aus den Finanzierungssalden im Basiszeitraum, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen, mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben.

[3]) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (97,25 vH) zuzurechnen ist. Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote auslastungsbedingt von der „konjunkturneutralen" Vollbeschäftigungsquote abweichen kann.

[4]) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote inflationsbedingt von der „konjunkturneutralen" abweichen kann.

[5]) Abweichung in den Summen durch Runden der Zahlen.

[6]) Einschließlich der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

180. Die Berechnung des strukturellen Defizits ergibt für das Jahr 1982 wie im Sondergutachten 32 Mrd DM. Der Rückgang gegenüber dem strukturellen Defizit im Jahre 1981 beläuft sich auf 7 Mrd DM; das ist der Konsolidierungsbeitrag des Jahres 1982 (SG 82 Ziffer 61).

Gegenüber den Angaben zur Entwicklung des strukturellen Defizits von 1981 bis 1983 im Sondergutachten vom Oktober dieses Jahres haben sich wie soeben gezeigt kaum Änderungen ergeben. Im Sondergutachten ist auch im einzelnen dargelegt, wie wir das strukturelle Defizit berechnen. Die Zahlen haben sich gegenüber dem Jahresgutachten 1981 wegen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verändert. Aber auch in der Berechnungsmethode haben wir eine Korrektur vorgenommen. — Wir nehmen Maßnahmen, wie im Jahre 1981 die Absenkung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung, mit denen sich der Staat kurzfristig Haushaltsentlastung verschafft, nicht mehr als Einmaligkeiten gesondert in unsere Rechnungen auf. Solche kurzfristigen Entlastungen können immer wieder vorkommen, weil der Staat Kürzungsmöglichkeiten nutzt oder weil er geplante Ausgaben nicht vorzunehmen braucht. Es ist praktisch außerdem schwierig, diese Entlastungsaktionen im einzelnen zu erfassen. Die Unschärfe, die wir damit in Kauf nehmen, führt eher zu einer Unterzeichnung des strukturellen Defizits; denn die oben bezeichneten Haushaltsentlastungen gehen jetzt als Konsolidierungsbeitrag in unsere Rechnung ein. — Anders verfahren wir mit konjunktur- oder wachstumspolitischen Maßnahmen, die zeitlich genau begrenzt sind. Sie werden, wie die 1983 anfallende Investitionszulage, die auf die Einkommensteuer- und Körperschaftsteuerschuld angerechnet wird, einmalig (hier als Steuerausfall) wirksam; das strukturelle Defizit wird dadurch, im nächsten Jahr also, durch den zeitlich begrenzten Rückgang der Steuerquote, nicht größer. — Einer Erläuterung bedarf auch die Art und Weise, wie wir die konjunkturbedingten Mehrausgaben des Bundes für die Bundesanstalt für Arbeit abschätzen. Ausgehend vom Jahr 1980, in dem die sachlichen Produktionskapazitäten noch nahezu normal ausgelastet waren, schreiben wir die konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit in Abhängigkeit von der Unterauslastung des Produktionspotentials und unter Berücksichtigung der Zuwächse an Produktivität je beschäftigten Arbeitnehmer fort. Ausgehend von der Anzahl der konjunkturbedingt Arbeitslosen schätzen wir die Anzahl der Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, und die Ausgaben, die aus den Zahlungen an diese Leistungsempfänger und für diese Leistungsempfänger an die Renten- und an die Krankenversicherung erwachsen, stellen wir als konjunkturbedingte Mehrausgaben in unsere Rechnungen zum strukturellen Defizit ein.

Zur Frage der konjunkturellen Impulse und der Normalverschuldung des Staates

181. Seit vielen Jahren analysiert der Sachverständigenrat die konjunkturelle und stabilitätspolitische Bedeutung des öffentlichen Finanzgebarens anhand mittelfristiger — überkonjunktureller — Bezugsgrößen. Der „konjunkturneutrale Haushalt" ist dieser überkonjunkturelle Bezugsrahmen. Seit sich ein stark gestiegenes Staatsdefizit verhärtet hat, ohne daß die Volkswirtschaft wieder zu einem hohen Beschäftigungsstand zurückgekehrt ist, verwendet der Sachverständigenrat denselben Bezugsrahmen auch für die Ermittlung des sogenannten „strukturellen Defizits" der öffentlichen Haushalte.

Konjunkturschwankungen sind Schwankungen im Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials. Als konjunkturell bedeutsam gelten daher Impulse der Finanzpolitik, die, für sich genommen, im Prinzip geeignet sind, eine Abweichung von der Normalauslastung der Produktionskapazitäten zu bewirken, zu verstärken oder zu verringern. Die Analyse beschränkt sich zunächst auf die Abschätzung der Impulse, also der Anstöße. Eine Analyse der Gesamtwirkungen auf Produktion und Beschäftigung ist nicht situationsneutral möglich. Die Wirkungen können auch je nach Situation ganz oder teilweise in einer Veränderung des Preisniveaus bestehen oder in einer Kombination aus Produktions- und Preisniveauwirkungen. Ja, die Wirkungen eines Impulses auf Produktion und Beschäftigung einschließlich der Fernwirkungen müssen weder im einzelnen noch auch nur in ihrer Gesamtheit notwendigerweise dasselbe Vorzeichen haben wie der Impuls selbst.

Als konjunkturneutral gilt der Idee nach also ein Haushalt, der Ausdruck einer Finanzpolitik ist, die, wird sie stetig betrieben, eine Abweichung von der Normalauslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials nicht bewirkt oder nicht ändert. Der konjunkturelle Impuls wäre Null. Die Rücknahme eines konjunkturellen Impulses ist selbstverständlich ebenso ein konjunkturbedeutsamer Vorgang wie das Schaffen eines Impulses oder das Wiederholen eines Impulses. Ob das eine oder das andere konjunkturgerecht ist, stellt freilich eine andere Frage dar als die der Konjunkturneutralität.

Was eine Abweichung von der Normalauslastung des Produktionspotentials bewirkt oder ändert, muß danach entschieden werden, was man als „normales" Finanzgebaren ansieht, normal in dem Sinne, daß die Volkswirtschaft daran angepaßt ist. Dies gilt nicht ohne weiteres für das Ausgabenvolumen und die staatlichen Einnahmeregelungen des jeweiligen Vorjahres, die ja Ausdruck ungewöhnlicher finanzpolitischer Entscheidungen sein können und es normalerweise auch sind. Der Sachverständigenrat hat daher versucht, aus längerfristigen Entwicklungen einen Bezugsrahmen zu gewinnen, der, so schwierig dies ist, ein überkonjunkturelles, ein bei Abwesenheit anderer Störungen zum gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht passendes Finanzgebaren des Staates abbilden soll. Konjunkturneutral ist nach dem Konzept des Rates ein Haushaltsvolumen, das von einer konjunkturneutralen Basis aus mit dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials zunimmt, korrigiert um das, was durch Veränderungen der steuerlichen und der sonstigen Einnahmeregelungen an Ausgabenspielraum hinzugewonnen wird beziehungsweise verlorengeht. Die konjunkturneutrale Basis ist aus der Analyse der längerfristigen Vergangenheit gewonnen.

Die Festlegung eines solchen Bezugsrahmens impliziert zugleich die Bestimmung dessen, was — wachsend mit dem gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential — als Normalverschuldung des Staates angesehen wird, als Nettokreditaufnahme also, wie sie für den Fall eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts konjunkturneutral möglich erscheint (für

den Fall eines gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts: zuzüglich beziehungsweise abzüglich der konjunkturbedingten Mindereinnahmen oder Mehreinnahmen).

Die konjunkturellen Wirkungen finanzpolitischer Maßnahmen kann man im Prinzip durchgängig (1) als temporäre Niveauwirkung im Prozeß der strukturellen Anpassung der Volkswirtschaft an veränderte Ansprüche an die Produktionsmöglichkeiten, (2) als Ergebnis von durch die Finanzpolitik veränderten wirtschaftlichen Erwartungen oder (3) als Ergebnis veränderter Angebotsbedingungen ansehen. Bei dauerhaften Maßnahmen und rationalen Erwartungen stehen nachfrageseitig die Wirkungen der ersten Art im Vordergrund. Niveauwirkungen bei den volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben beziehungsweise bei Produktion und Beschäftigung gibt es hier — vorübergehende, erwünschte oder unerwünschte —, weil die strukturelle Anpassung, welche die Verdrängung bisheriger privater Ausgaben einschließt, unverzögert nicht zustande kommt; nur bei vorübergehenden Änderungen der Ansprüche unterbleibt sie unter Umständen auch ganz. Daß zusätzliche Staatsausgaben private lediglich verdrängen, ist jedenfalls mittelfristig sicherer als kurzfristig. All dies gilt auch nicht allein für die Wirkungen bei einer Änderung im Niveau staatlicher beziehungsweise staatlich beeinflußter Ansprüche. Bei allen Analysen zu den Gesamtgrößen der öffentlichen Haushalte muß man sich stets bewußt sein, daß nicht nur das Volumen der öffentlichen Ausgaben und die Gesamtheit der steuerlichen Einnahmenregelungen, abgebildet etwa durch die volkswirtschaftliche Steuerquote, konjunkturell und stabilitätspolitisch von Bedeutung sind, sondern auch deren Struktur (wobei hier oftmals die angebotsseitigen Wirkungen besonders wichtig sind). Freilich: „Was wir hierüber wissen, reicht ... nicht aus, dieser Bedeutung quantitativ Ausdruck zu verleihen. Die Wirkungszusammenhänge im Marktsystem sind so komplex, daß es nur ausnahmsweise möglich ist, mehr als die Wirkungsrichtung (expansiv, kontraktiv, inflatorisch, stabilisierend) von Strukturänderungen dieser Art zu kennzeichnen" (JG 74 Ziffer 412). Sehen sollte man trotz der unvermeidlichen Vernachlässigung struktureller Änderungen: Das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts ist nicht an der Kreislaufbetrachtung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge orientiert.

182. Im Sachverständigenrat gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber,

(1) ob eine Vorstellung über die „Normalverschuldung" des Staates aus einem Durchschnitt historischer konjunkturbereinigter Haushaltssalden gewonnen werden kann und, falls man diese Frage bejaht, ob der vom Rat gewählte längerfristige Bezugsrahmen den gegenwärtigen Verhältnissen noch angemessen ist;

(2) ob es sinnvoll und möglich ist, ein Konzept zur Analyse der konjunkturellen Impulse der Finanzpolitik in seinem Kern zugleich zu verwenden für die Abschätzung des strukturellen Defizits der öffentlichen Haushalte;

(3) nach welchen Gesichtspunkten die Komponenten zu bestimmen sind, die bei der Berechnung des „strukturellen" Defizits berücksichtigt werden sollen;

(4) welche Möglichkeiten zur Abschätzung nicht nur der Impulse, sondern auch der Folgewirkungen finanzpolitischer Aktivitäten bestehen;

(5) wie die Impulsgrößen zu messen sind und welches Gewicht Kreislaufströmen und Verhaltensänderungen in der Wirkungsanalyse zukommt;

(6) wie gegenwärtig die Risiken einer Konsolidierungspolitik, die auf die Rückführung des strukturellen Defizits der öffentlichen Haushalte gerichtet ist, einzuschätzen sind.

183. Die Mehrheit des Sachverständigenrates hält das bisherige Verfahren im wesentlichen für wohlbegründet.

ad (1): Das Problem des Basiszeitraums hat der Sachverständigenrat zuletzt im Jahresgutachten 1979 eingehender erörtert und eine Aktualisierung des Basiszeitraums vorgenommen.

„Auf die vielfältigste Weise — im Bereich der Finanzierungsströme, bei der Einkommensverteilung, in der Produktionsstruktur — ist die Volkswirtschaft daran angepaßt, daß der Staat ständig, also auch in konjunkturellen Normaljahren, einen Teil seiner Ausgaben durch Kredite finanziert. Aber wie groß ist dieser Teil? Der Streit darüber, ob und in welchem Maße schon wegen des Ziels von mehr Wachstum und Beschäftigung bei den öffentlichen Haushalten ein Konsolidierungsbedarf besteht (und zugleich die Möglichkeit der Konsolidierung), ist nicht zuletzt ein Streit über solche Bezugsgrößen....

Als längerfristige Bezugsbasis diente uns bisher das Verschuldungsverhalten des Staates in den sechziger Jahren, repräsentiert durch Strukturquoten des Jahres 1966, das wir als Basisjahr den Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt zugrunde legten.

Das Verschuldungsverhalten des Staates hat sich inzwischen weit von dem der sechziger Jahre entfernt. Und viele neigen heute dazu, ein Staatsdefizit in Höhe von 2 vH bis 3 vH des Sozialprodukts für ‚normal' zu halten. Der Sachverständigenrat hat mehrfach Anlaß gesehen, hier Warntafeln aufzustellen (JG 78 Ziffern 304 ff.).

Richtig ist sicher, und das haben wir auch stets eingeräumt, daß sich die Volkswirtschaft an ein verändertes Verschuldungsverhalten des Staates anpassen, gewöhnen kann. Gewöhnungsprozesse dieser Art kann man als solche nicht messen. Man sucht daher, für die empirische Analyse — und eine gewisse Willkür ist dabei unumgänglich — Strukturquoten möglichst gegenwartsnaher Perioden mit einigermaßen spannungsfreier gesamtwirtschaftlicher Entwicklung als Basis zu wählen und zur Diskussion zu stellen.

Für das Verschuldungsverhalten des Staates in den sechziger Jahren als ‚Normal'-Vorstellung spricht noch heute, daß dies die letzte Periode spannungsfreien Wirtschaftswachstums bei hohem Beschäftigungsstand und niedrigen Inflationsraten gewesen ist. Gegenwartsnah ist sie freilich nicht mehr.

Unstreitig dürfte sein, daß es nicht angeht, wegen der Gegenwartsnähe etwa einfach das mittlere Verschuldungsverhalten des Staates in den siebziger Jahren als ‚normal'

anzunehmen oder gar zu unterstellen, eine Volkswirtschaft könne sich problemlos an einen beliebigen Trend der Staatsverschuldung gewöhnen. Nichts an den siebziger Jahren war ‚normal'. In den frühen siebziger Jahren hat der Staat trotz eines sehr hohen Beschäftigungsstandes eine stark expansive Finanzpolitik getrieben und damit die Inflation angeheizt. Danach waren dann (scheinbar) ständig hohe Defizite nötig, um die Folgen einer Stabilisierungskrise zu bekämpfen.

Das Dilemma ist seit Jahren deutlich: Weithin herrscht Konsens, daß die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden müssen. Ebenso weit reicht die Übereinstimmung darüber, daß die Finanzpolitik expansiv sein soll. Es läßt sich die These nicht einfach abweisen: Letztlich erzeugte die expansive Finanzpolitik selbst den Bedarf an einer expansiven Finanzpolitik. Das mag man zwar auch Gewöhnung nennen, aber es wäre jedenfalls eine Gewöhnung an Bedingungen, die nicht zu Vollbeschäftigung passen. Denn für die Rückkehr zu einem dauerhaft hohen Beschäftigungsstand ist noch eine lange Periode hoher Investitionen nötig, die spannungsfrei zu finanzieren allemal eine starke Reduktion der öffentlichen Defizite erfordert. Man kann daher eine jährliche Zunahme der Staatsverschuldung, die unabhängig von der Konjunkturlage 2 vH bis 3 vH des Produktionspotentials durch kreditfinanzierte Ausgaben in Anspruch zu nehmen erlaubte, nicht konjunkturneutral nennen.

Das Problem ist, wie man aus diesem Zug aussteigen kann. Auch wir akzeptieren, daß eine Rückkehr zu dem Verschuldungsverhalten der sechziger Jahre, selbst wenn sie sich nicht abrupt vollzöge, wohl kein konjunkturneutraler Vorgang mehr wäre. Wahrscheinlich müßte sie von kräftigen wachstumspolitischen Impulsen flankiert werden.

Wir haben uns daher entschlossen, die Strukturquoten des Jahres 1966 als Basis der Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt aufzugeben und durch die entsprechenden Durchschnittswerte der Jahre 1966 bis 1977 (ohne 1975) als neue feste Basis zu ersetzen.

Mit der Wahl dieses Durchschnitts aus einer Periode mit niedrigen Verschuldungsquoten des Staates und einer zeitnahen Periode mit im ganzen wesentlich höherer Staatsverschuldung haben wir versucht, die längerfristige Bezugsbasis unserer Urteile über die Wirkungen der Finanzpolitik gegenwartsnäher zu machen, aber doch zugleich der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die jüngste Vergangenheit allzu sehr durch Sonderfaktoren bestimmt ist. Einen Durchschnitt aus den Strukturquoten bloß der siebziger Jahre zu wählen, hätte bedeutet, das Ungewöhnliche (auch: das Falsche) zum Normalen zu erklären. Bei der Bildung der Durchschnittswerte haben wir die Haushaltsgrößen des Jahres 1975 ausgelassen, weil sie offensichtlich untypische Extremwerte darstellen. Für die zurückliegenden Jahre haben wir einen gleitenden Übergang angenommen.

Es hätte nahegelegen, der Vorstellung, daß sich die Anpassung der Volkswirtschaft an veränderte Strukturquoten allmählich vollzieht, dadurch zu entsprechen, daß auch für die Zukunft eine gleitende Änderung der längerfristigen Bezugsgrößen vorgesehen wird. Das erscheint jedoch unmöglich, da nicht einfach unterstellt werden kann, die Volkswirtschaft gewöhne sich an jedwede denkbare Finanzpolitik und nach einer Periode der Anpassung seien dann die gesamtwirtschaftlichen Ziele wieder ebenso gut erreichbar wie vorher. Andererseits bedeutet selbstverständlich der Verzicht auf eine gleitende Veränderung der Bezugsbasis unserer Rechnungen, daß das Element der Willkür in der Festlegung für die Zukunft größer bleibt". (JG 79 Ziffern 229 f.).

Die Mehrheit des Rates ist der Auffassung, daß die Gründe, eine Gewöhnung der Volkswirtschaft an eine höhere Normalverschuldung des Staates anzunehmen, durch die Erfahrungen der letzten Jahre, in denen die internationalen Finanzmärkte den steilen Anstieg der Staatsverschuldung und das davon nicht unabhängige Leistungsbilanzdefizit der Bundesrepublik mit Mißtrauen quittierten und hohe Zinsen erzwangen, eher schwächer als stärker geworden sind (JG 81 Ziffer 247). Es war daher nicht angezeigt, die problematische Steigerung der öffentlichen Defizite in den Jahren seit 1978 in die Durchschnittsbildung zur Ermittlung der Normalverschuldung einzubeziehen, den längerfristigen Bezugszeitraum also entsprechend fortzuschreiben.

Was die Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials angeht, einer wichtigen Basisgröße der Analysen auf der Grundlage des Konzepts des konjunkturneutralen Haushalts, so hat der Sachverständigenrat zu den methodischen Problemen, die hier liegen, des öfteren Stellung genommen. Darauf ist zu verweisen (JG 79 Ziffern 106 ff.). Die Schätzung auf der Basis nur eines Produktionsfaktors, der Ausstattung mit Sachkapital nämlich und dessen Produktivität — das Potential an Arbeitskräften und deren Produktivität und anderes wird nur implicite berücksichtigt, und zwar insoweit sie die Trendfunktion der Kapitalproduktivität mitbestimmen — hat in Zeiten einer Arbeitsplatzlücke den Vorteil, daß eine Überschätzung des kurzfristig verfügbaren Produktionspotentials vermieden wird. Man hält nicht Arbeitskräfte für einsetzbar, bevor für sie investiert ist, sprich: ein Arbeitsplatz gebaut ist. Dies muß auch die Finanzpolitik berücksichtigen. Diese mag die Aufgabe haben, die Bedingungen so zu verbessern, daß mehr Arbeitsplätze gebaut werden, sie darf bei der Ausgabenplanung aber nicht davon ausgehen, als wäre dies schon geschehen. In der Geldpolitik verhält es sich genauso (Ziffer 152).

ad (2): Auch hinsichtlich der Frage nach der für die Zukunft anzustrebenden Gewöhnung der Volkswirtschaft an eine bestimmte Normalverschuldung und damit nach der Höhe des durch Konsolidierungsanstrengungen zu beseitigenden strukturellen Defizits haben die früheren Äußerungen des Rats nichts an Aktualität eingebüßt. Unter dem strukturellen Defizit der öffentlichen Haushalte versteht der Sachverständigenrat den Teil eines aktuellen Defizits, der außer einer sogenannten Normalverschuldung des Staates verbleibt und der mit dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials weiter wächst, wenn bei gegebener volkswirtschaftlicher Steuerquote die Staatsausgaben mit dem Wachstum des Produktionspotentials zunehmen. Konsolidierung des Staatshaushalts verlangt dann Minderwachstum der Staatsausgaben verglichen mit dem Wachstum des Produktionspotentials oder dauerhafte Erhöhung der volkswirtschaftlichen Steuerquote.

In jedem Fall ist die Normalverschuldung im Rahmen des Konzepts des konjunkturneutralen Haushalts eine Größe, die auf der Basis von Vorstellungen über Gewöhnungs- und Anpassungsprozesse ge-

schätzt wird, und die mit der Normalverschuldung in den Rechnungen zum strukturellen Defizit nicht notwendigerweise identisch ist. Dies hat der Sachverständigenrat immer wieder bewußt zu halten versucht; ebenso die Tatsache, daß die Rückführung eines strukturellen Defizits kein konjunkturneutraler Vorgang ist und schon gar nicht ohne weiteres ein konjunkturgerechter.

„Es sind ... nicht in erster Linie Schätzrisiken, die den Streit über die Höhe des strukturellen Defizits der öffentlichen Haushalte erklären. Eigentlich kontrovers ist die Entscheidung darüber, welche Kreditaufnahme man als Normalverschuldung des Staates ansehen will. Und dies ist zweifellos eine Frage, zu der die Orientierung am mittleren Verschuldungsverhalten des Staates in den 60er und 70er Jahren nur einen Diskussionsbeitrag darstellen kann ... Denn hier ist nicht nur zu analysieren, sondern wertbezogen zu entscheiden, zu entscheiden darüber, an welche Normalverschuldung des Staates man die Wirtschaft unter Berücksichtigung der verteilungspolitischen Aspekten und der wachstumspolitischen Risiken, die in einer solchen Entscheidung liegen, zu gewöhnen versuchen will. Wer sich für eine hohe Staatsquote und eine hohe Normalverschuldung des Staates entscheidet, geht das Risiko ein, daß es zu unerwünschten konjunkturellen Reaktionen, kostenreichen Stabilisierungsaktionen oder gar zu dauerhafter Wachstumsschwäche kommt, die dann auf andere Weise wieder bekämpft werden muß. Offensichtlich ist es nicht einfach, solche Gewöhnungsprozesse ohne unangenehme Folgen durchzusetzen. Mit dem Ausgeben von geborgtem Geld ist es nicht getan. Man kann den Eindruck gewinnen, daß der Staat in der Gewöhnungsphase durch Konjunkturprobleme und Wachstumsschwäche so viele Steuerausfälle und Ausgabenmehrbelastungen erleidet, daß der Ausgabenspielraum, den eine erhöhte Normalverschuldung schaffen soll, dadurch weitgehend aufgezehrt wird. Ist die Gewöhnung dann geschafft, sind die kumulierten Zinslasten so groß geworden, daß nun sie einen beträchtlichen Teil dieses Ausgabenspielraums beanspruchen. Dabei ist zu bedenken, daß der Staat auch bei der Bekämpfung anderweitig verursachter Probleme, seien sie konjunktureller, seien sie struktureller Art, Defizite in Kauf zu nehmen hat und nur selten die Kraft aufbringt, zum Ausgleich dafür in besseren Zeiten die Kreditaufnahme unter das normale Maß zu senken. Schon heute beansprucht die Zinslast aus der seit 1970 aufgelaufenen Staatsschuld, soweit diese über die Normalverschuldung im Sinne der potentialorientierten Kreditaufnahme hinausgeht, mehr als zwei Fünftel der Kreditaufnahme, die nötig ist, um das strukturelle Defizit zu finanzieren. Und ein Ende des überproportionalen Anstiegs der Zinslast, die auf die ‚übernormale' Verschuldung des Staates zurückgeht, ist nicht abzusehen. Wird das strukturelle Defizit der öffentlichen Haushalte nicht gemindert, ist schon in etwa vier Jahren eine Kreditaufnahme in Höhe von drei Vierteln des heutigen strukturellen Defizits nötig, um die Zinsen auf die bis dahin seit 1970 aufgelaufene ‚übernormale' Staatsschuld zahlen zu können". (JG 81 Ziffer 251)

Was vor einigen Jahren noch Befürchtung war, ist inzwischen eingetreten und früher als vorhergesagt. Im Jahre 1983 werden rund 60 vH der gesamten Nettokreditaufnahme von den Zinsverpflichtungen des Staates in Anspruch genommen werden. Und die anhaltende Wachstumsschwäche hat unausweichlich werden lassen, in energischer Weise private Ersparnisse, die derzeit vom Staat absorbiert werden, für private Investitionen, die Arbeitsplätze sichern oder schaffen, freizumachen. Daß es mit noch mehr kreditfinanzierten Staatsausgaben möglich gewesen wäre, der Wachstumsschwäche Einhalt zu gebieten — und damit auch dem ständigen Anstieg der Defizite, die sich als Folge der Wachstumsschwäche darstellen (Steuermindereinnahmen, Ausgaben für Arbeitslose) — ist zu einer schieren Annahme geworden, die keine Erfahrung mehr für sich hat, weder in der Bundesrepublik noch in irgendeinem anderen Land. Sicherlich kann man aber bei der Entscheidung darüber, auf welche Größe das konjunkturbereinigte Defizit durch Konsolidierungsmaßnahmen einmal zurückgeführt werden soll, berücksichtigen, welchen Anteil investive Ausgaben an den Staatsausgaben insgesamt künftig haben sollen und haben werden. Auch dies ist freilich kein analytisches Problem, sondern eine Frage der politischen Entscheidung und der Fähigkeit, die Wirtschaft an eine getroffene Entscheidung anzupassen. Die bloße Aufgabe, dies zu tun, reicht nicht, von einer erhöhten Normalverschuldung zu sprechen. Im übrigen: Man kann auch große Wachstumsdynamik haben ganz ohne zusätzliche Staatsverschuldung.

ad (3): Konjunkturbedingte Mehrausgaben des Bundes im Rahmen seiner Defizithaftung gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit zählt der Sachverständigenrat nicht zu den Ausgaben, die das strukturelle Defizit der öffentlichen Haushalte erhöhen, und zwar deshalb nicht, weil sie in einem konjunkturellen Aufschwung entfallen. Es gibt zweifellos noch andere Ausgaben, für die dies ebenfalls gilt. Der Zusammenhang ist hier jedoch weniger eindeutig. Und in einem Konzept wie dem zur Schätzung eines strukturellen Defizits muß Regelhaftigkeit gelten. Das schließt nicht aus, daß man in den auf ein bestimmtes Jahr bezogenen Analysen den Blick öffnet für jeweils nötige Ergänzungen. So auch in unserem Gutachten. Das strukturelle Defizit im Sinne des Konzepts des Sachverständigenrates ist insofern nur die Basisgröße.

Im konjunkturellen Impuls werden, anders als beim strukturellen Defizit, die Zahlungen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit als impulserhöhend berücksichtigt. Dies läßt sich von dem Konzept einer mittelfristig orientierten Finanzpolitik aus verstehen: Der Staat soll auch bei konjunkturbedingten Steuerausfällen seine Ausgabenpläne durchhalten, um nicht seinerseits zur Konjunkturschwäche beizutragen. Durchhalten trotz steigender Defizite hieße, sich konjunkturneutral verhalten. Anders bei den Zahlungen an die Arbeitslosen: „hier tritt der Staat — in antizyklischer Weise — für Ausgabenpläne von Privaten ein" (SG 82 Ziffer 47).

Anders gesehen: Im konjunkturellen Impuls sind konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen deshalb anders zu behandeln als konjunkturbedingte Mehrausgaben, weil Steuermindereinnahmen unmittelbarer Reflex einer abgeschwächten Ausgabenneigung der Privaten sind, bei gegebenen Regelungen über Steuersätze, Bemessungsgrundlagen und so fort. Bei gegebenen Einnahmeregelungen ist das Vermögen der Privaten, Einkommen zu erzielen, zu behalten und in bestimmter Weise zu verwenden, steuerlich unverändert, auch wenn die Steuereinnahmen des Staates schwanken mögen. Deshalb

knüpft das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts auf der Steuerseite auch nicht am Steueraufkommen an, wie es bei kreislauftheoretisch orientierten Konzepten zu sein pflegt, sondern an einer Schätzung der sogenannten Vollbeschäftigungseinnahmen. Nur bei voll über den Staatshaushalt laufenden Ansprüchen der Arbeitnehmer auf Arbeitslosengeld hätte man Anlaß, den konjunkturbedingten Teil der Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit genauso zu behandeln wie die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen. So verhält es sich jedoch nicht. Die Bundesanstalt ist als Selbstverwaltungskörperschaft im Prinzip auf eigene Beiträge verwiesen. Die Gesamtheit der Arbeitnehmer kann nicht zu ihrem „Vermögen" zählen, daß der Staat ihr im Falle steigender Arbeitslosigkeit bei unveränderten Beitragssätzen den Versicherungsanspruch gewährleistet. Tut er es doch, so verhält er sich expansiv. Tut er es nicht, läßt er also die Beitragssätze steigen, so wäre dies, dem Regelwerk der Arbeitslosenversicherung zufolge, nicht kontraktiv zu nennen, anders als eine Steuererhöhung bei konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen.

Bezweifelt wird oft, daß man die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen zuverlässig schätzen kann. Man kann es nicht (JG 81 Ziffer 250). Dies ist allerdings für die Abschätzung der konjunkturellen Impulse der öffentlichen Haushalte gravierender als für deren strukturelles Defizit, bei dem es ja um mittel- bis langfristige Probleme der Staatsfinanzen geht. Hier mit der Annahme einer konstanten volkswirtschaftlichen Steuerquote zu arbeiten, erscheint unbedenklicher als dort. Die Steuerquote ist mittelfristig eine ziemlich stabile Größe. In verhältnismäßig geringen zeitlichen Abständen kommt es meist zu Tarifkorrekturen oder anderen Steuerrechtsänderungen, welche die Progressionswirkung des Steuersystems ausgleichen. Und wenn nicht, so wird bis zum Beweis des Gegenteils angenommen, eine Änderung der Steuerquote sei als dauerhaft gewollt. Unterlassung gilt dem Handeln gleich. Bei gravierenden Abweichungen von einem mittleren Wert muß ergänzende Reflexion helfen.

ad (4): Der Sachverständigenrat hat die Auswirkungen der nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts geschätzten konjunkturellen Impulse stets nur in situationsbezogener Weise zu würdigen versucht. Eine situationsneutrale Wirkungsanalyse ist überaus schwierig, da nach unumstrittener Auffassung die über die Märkte laufenden Rückwirkungen finanzpolitischer Impulse je nach Konjunkturlage, Inflationsklima, Wachstumsdynamik der Wirtschaft, Vertrauen in die Staatsfinanzen, außenwirtschaftlicher Lage sehr unterschiedlich sind. Im allgemeinen macht der Rat keine quantitativen Aussagen über die Wirkungen finanzpolitischer Maßnahmen, denn allemal könnte man für sie keinen hohen Geltungsanspruch erheben. Wenn der Sachverständigenrat wie viele andere aus solchen Gründen bei der Impulsanalyse stehengeblieben ist, so entspricht dies dem Vorgehen bei der Wirkungsanalyse der Geldmengenpolitik, bei der die Beschränkung auf die Impulsanalyse allenthalben noch vorherrscht. Das bedeutet jedoch nicht, daß nicht auch quantitative Modelle, insbesondere ökonometrische Systeme, zur Urteilsbildung herangezogen würden. Nicht jedes der gegenwärtig verfügbaren Modelle bildet die Wirkungszusammenhänge, um die es bei der Abschätzung der Wirkung finanzpolitischer Impulse geht, gleich gut ab. Daher hat auch der Vergleich der Ergebnisse, die verschiedene Modelle liefern, für die Urteilsbildung Bedeutung. Allemal ist die situationsgebundene Einschätzung der Wirkungszusammenhänge aber auch bei Verwendung ökonometrischer Hilfsmittel unverzichtbar und gefordert, wenn es um die wirtschaftspolitische Beratung geht.

Im übrigen hat die Betrachtung finanzpolitischer Impulse, diese ermittelt als Abweichung von mittelfristigen Bezugsgrößen, auch unabhängig von der Analyse ihrer Auswirkungen eine eigenständige Bedeutung als Standortbestimmung der jeweiligen Finanzpolitik eines Jahres, die dem Grundsatz nach ja eine mittelfristig orientierte Finanzpolitik sein sollte. Diese Bedeutung hat in den vergangenen Jahren immer mehr zugenommen, die Aussagekraft der konjunkturellen Impulse hinsichtlich der Frage, was Defizitpolitik noch an Produktion und Beschäftigung bewirkt, hat hingegen ständig abgenommen. Dies ist Ausdruck der zunehmenden Ineffizienz der Finanzpolitik als Nachfragepolitik, die hervorzuheben der Sachverständigenrat seit Jahren Anlaß hatte. In seinem Sondergutachten vom Oktober 1982 ist der Rat auf diese Frage besonders ausführlich eingegangen (SG 82 Ziffern 47 f.).

ad (5): Die Frage, ob konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik nicht allein über den kurzfristigen Periodenvergleich von Haushaltsgrößen zu ermitteln sind, ist immer wieder einmal diskutiert und überwiegend negativ beantwortet worden.

— Die Ratio der Finanzpolitik als Konjunkturpolitik ist das Anstoßen von Expansionsprozessen (oder Dämpfungsprozessen) im privaten Bereich der Wirtschaft mit dem Ziel einer Stabilisierung der privaten Gesamtnachfrage, nicht in erster Linie das In-die-Lücke-treten beziehungsweise das Zurücktreten des Staates, wenn es an privater Nachfrage fehlt oder diese sich vordrängt. Solches Anstoßen wird davon erwartet, daß der Staat in der Haushaltspolitik nach oben oder nach unten von dem Pfad abweicht, an den die Wirtschaft angepaßt ist.

— Ein einmaliger Ausgabenstoß der öffentlichen Hand, etwa im Rahmen eines Konjunkturprogramms, mag ausreichen, die private Ausgabenneigung zu normalisieren. Man sollte dann die Rückkehr der Finanzpolitik zu einem mittelfristigen Pfad eine Rückkehr zu einer konjunkturneutralen Haushaltspolitik nennen und nicht eine kontraktive Haushaltspolitik.

— Eine lang anhaltende Wirtschaftsschwäche mag zu mehrjährigen Abweichungen der Haushaltspolitik vom mittelfristigen Expansionspfad der Staatsausgaben Anlaß geben, im Rahmen eines mehrjährigen Sonderprogramms etwa oder in einer Abfolge von Konjunkturprogrammen. Man sollte dann die Wiederholung solcher Abweichungen in jedem Jahr als expansiven beziehungsweise konjunkturstützenden Impuls bezeichnen und die spätere Rückkehr zum Normal-

pfad als eine Rückkehr zu konjunkturneutraler Haushaltspolitik und nicht als eine kontraktive Haushaltspolitik.

— Die Haushaltsgrößen des jeweiligen Vorjahres können grundsätzlich nicht als das angesehen werden, woran die Volkswirtschaft angepaßt ist. Die Zuwachsraten der volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben und diese zusammengewogen aus den Zuwachsraten der einzelnen Komponenten der Gesamtausgaben, bilden nur die Oberfläche des Konjunkturverlaufs ab. Kontraktiv, expansiv oder auch lediglich konjunkturstützend handelte die Finanzpolitik danach nur, wenn sie in ihren Veränderungen gegenüber den Haushaltsgrößen des Vorjahres von Trendraten abwiche, unabhängig davon, wieweit entfernt vom Trend die Haushaltsgrößen bereits sind. Wie expansiv oder kontraktiv auch immer die Finanzpolitik im jeweiligen Vorjahr gewesen sein mag, sie stellte die als konjunkturneutral angesehene Basis dar. Das ganze komplexe Marktgeschehen wäre ausgeblendet. Überdies hätte ein solches Vorgehen auch wenig sinnvolle Konsequenzen. So müßte jedem einmaligen oder mehrjährigen Ausgabenstoß des Staates eine expansive Impulswirkung zu Beginn und eine gleichgroße kontraktive bei Auslaufen des betreffenden Programms attestiert werden. Im Aggregat über die Zeit wäre es so, wie wenn es die zusätzlichen Ausgaben überhaupt nicht gegeben hätte. Oder: Ein Programm zusätzlicher Staatsausgaben, das in ein einziges Kalenderjahr fällt, würde in diesem Jahr als expansiv gezählt werden, die Rückkehr zu normalen Ausgaben im folgenden Jahr als ebenso kontraktiv. Verteilt sich das gleiche Ausgabenprogramm zufällig auf zwei Perioden, gleichmäßig etwa, so würde nur die erste Hälfte als expansiv gewertet, die zweite als konjunkturneutral, die Rückkehr zu normalen Ausgaben wiederum als kontraktiv, jetzt freilich nur als halb so kontraktiv wie im ersten Beispiel.

— Bei einem einseitigen Anknüpfen am Vorjahresvergleich wäre eine Finanzpolitik nur dann über mehrere Perioden hinweg expansiv zu nennen, wenn sie ständig die (konjunkturbereinigten) öffentlichen Defizite steigerte. Dies wäre nicht einmal aus einer vorwiegend kreislauftheoretisch orientierten Sicht heraus sinnvoll. Denn für die Wirkung auf die Gewinnsumme der Unternehmen, die man sich aus dem Kreislaufzusammenhang der Wirtschaft heraus unter bestimmten Annahmen aus staatlichen Ausgabenüberschüssen herleiten mag und die den Finanzierungsspielraum für zusätzliche Investitionen und das Verhalten der Unternehmen gegenüber Investitionen mitbestimmt, kommt es auf die Höhe der zusätzlichen Staatsausgaben an, nicht auf ein ansteigendes zeitliches Profil. Das gleiche gilt für die Vermögenswirkung der Staatsausgaben. Die bloße Wiederholung eines Ausgabenimpulses würde der Gewinnwirkung und der Vermögenswirkung des vorangegangenen Impulses allemal auch dann etwas hinzufügen, wenn der zweite Impuls nicht größer wäre als der erste. Und wiederum würde man nicht von einem kontraktiven Einfluß auf die Unternehmensgewinne sprechen, wenn das Ausgabenprogramm ausläuft — es sei denn, man hinge der Vorstellung an, die Unternehmen seien jeweils alsbald daran angepaßt und alsdann darauf angewiesen, daß ein Teil ihrer Gewinne in kreditfinanzierten Staatsausgaben wurzelt. Es wäre freilich das Ende einer wirksamen Finanzpolitik als Konjunkturpolitik, könnte sie stimulierende Wirkungen nur noch bei ständig steigenden Defiziten erwarten.

— Das Messen von Haushaltsgrößen an einem mittelfristigen Bezugsrahmen ist, wie erwähnt, immer zugleich eine Standortbestimmung der Finanzpolitik im Wirtschaftsprozeß. Die Zuwachsraten des Vorjahresvergleichs hingegen sagen hierüber erst etwas aus, wenn man sich ergänzend über die Qualität der Basis klar wird, auf die sie sich jeweils beziehen. Eine solche Standortbestimmung ist auch für die Wirkungsanalyse wichtig, dann nämlich, wenn man — situationsgebunden — zu prüfen hat, welche Gesamtwirkungen aus der Abweichung eines Ausgabenvolumens von der jeweiligen konjunkturneutralen Bezugsgröße zu erwarten sind. Über diese Frage sagt, wie erwähnt, die Impulsgröße unmittelbar nichts aus — ebenso wenig wie der Vorjahresvergleich. Aber die Standortbestimmung anhand eines überkonjunkturellen Bezugsrahmens ist doch eine Hilfe, um zu verstehen, warum etwa eine ständige Steigerung der öffentlichen Ausgaben und Defizite keine entsprechende anregende Wirkung auf die Wirtschaft mehr hat, sondern über eine Destabilisierung der allgemeinen Erwartungen — die Furcht vor Inflation, Steuererhöhungen oder einer Stabilisierungs- beziehungsweise einer Konsolidierungskrise — starke negative Rückwirkungen erzeugt, die in besonders schweren Fällen die positiven Wirkungen sogar übertreffen. Der Vorjahresvergleich hingegen verleitet dazu, statt die schädlichen Wirkungen einer fortgesetzten Defizitpolitik aufzudecken, diese zu verharmlosen.

— Selbstverständlich ist auch der Vorjahresvergleich konjunktureller Impulsgrößen nötig. Dies, wie erwähnt, immer dann, wenn es darum geht, die Verstärkung, die Rücknahme oder auch die Wiederholung eines konjunkturellen Impulses danach zu bewerten, ob sie konjunkturgerecht erscheinen, also unter Bezugnahme darauf, was die Entwicklung der Ausgabeneigung im privaten Bereich der Wirtschaft jeweils erfordert und was die Veränderung des Impulses voraussichtlich bewirken wird. Das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts hält hierzu auch durchaus an (auch dazu, dabei die Bedeutung einer ungewollten Veränderung des Preisniveaus zu berücksichtigen, einer nicht unvermeidlichen Preisniveausteigerung im Vorjahr etwa, die einen Teil der von der Haushaltspolitik gesetzten expansiven Impulse inflatorisch verpuffen ließ). Im übrigen: Die jährlichen Veränderungen der konjunkturellen Impulse, wie sie sich aus unseren Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt ergeben, sind, berücksichtigt man das Wachstum des Produktionspotentials, grundsätz-

lich unabhängig davon, welchen Basiszeitraum man den Rechnungen zugrundelegt; denn die Normalverschuldung des Staates ist bei dieser Vergleichsrechnung ein durchlaufender Posten.

ad (6): Siehe hierzu Sondergutachten vom Oktober 1982 (Ziffern 57 f. und 62 f.).

184. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Hans-Jürgen Krupp, hält eine Überprüfung der von der Mehrheit vertretenen konjunkturellen und stabilitätspolitischen Beurteilung der Finanzpolitik für nötig. Insbesondere schätzt er die Wirkung jener Größe, die die Mehrheit als konjunkturellen Impuls bezeichnet, unterschiedlich ein. Das unterschiedliche Schätzurteil gewinnt nach seiner Auffassung vor allem hinsichtlich der Beurteilung der Konsolidierungspolitik in einer Situation hoher Arbeitslosigkeit an Gewicht.

Im einzelnen sieht er seine unterschiedliche Auffassung in den folgenden Schwierigkeiten begründet, die mit dem Konzept der Mehrheit verbunden sind.

ad (2): Die Aufgabe, Maßstäbe zur Bestimmung einer Größe zu entwickeln, die man strukturelles Defizit nennen will, ist zu unterscheiden von der Analyse der vielfältigen Wirkungen finanzpolitischer Aktivitäten. Wenn man die Ermittlung des strukturellen Defizits so eng mit der Wirkungsanalyse finanzpolitischer Maßnahmen verbindet, wie dies im Konzept des konjunkturneutralen Haushalts des Rates geschieht, unterstellt man damit zugleich, daß sich die Wirkungen der Finanzpolitik allein oder doch im wesentlichen Umfang aus den Reaktionen der Privaten, aber auch der Finanzmärkte, auf das strukturelle Defizit bestimmt.

Es gibt wenig Gründe für die Vermutung, daß dies der Fall ist. Es gehört zu den berechtigten Klagen des Sachverständigenrates daß in der öffentlichen Diskussion, in Stellungnahmen von Politikern, aber auch in den Einschätzungen der Finanzmärkte nicht zwischen strukturellem und konjunkturellem Defizit unterschieden wird. Das Gesamtdefizit bestimmt nach wie vor die wirtschaftspolitische Diskussion, eine Unterscheidung zwischen Strukturellem und Konjunkturellem ist eher die Ausnahme. Man mag sich zwar darüber beklagen, daß diejenigen, die mit ihren Reaktionen über die Wirkung finanzpolitischer Maßnahmen mitzuentscheiden haben, aufgrund falscher Kriterien urteilen, man kann aber in Rechnung stellen, daß sie dies tun. Man sollte also die Bestimmung des strukturellen Defizits von der Analyse der Wirkungen finanzpolitischer Aktivitäten trennen.

Das schon in früheren Gutachten des Sachverständigenrates zu findende Argument von der Gewöhnung der Volkswirtschaft an eine bestimmte Verschuldung macht die hier liegende Problematik deutlich. Mit der Behauptung, die Reaktion der Privaten auf staatliche Kreditaufnahme orientiere sich an einer Vielzahl unterschiedlicher Gesichtspunkte, deren Bedeutung sich auch im Zeitverlauf ändere, ist nicht zugleich gesagt, die Wirtschaft habe sich inzwischen an eine hohe Staatsverschuldung gewöhnt. Eher das Gegenteil könnte der Fall sein. Eine hohe Staatsverschuldung könnte zu Überreaktionen führen, wobei nicht einmal die Normalverschuldung früherer Jahre hingenommen wird. Auch hierfür gibt es in der öffentlichen Diskussion Anzeichen. Es mag zwar sinnvoll sein, in einer derartigen Situation zu Besonnenheit zu raten, die Wirkungsanalyse kann sich aber nicht von der Vorstellung leiten lassen, daß die Betroffenen diesem Rat folgen. Insofern führte die Frage, inwieweit sich die Wirtschaft an eine bestimmte Staatsverschuldung gewöhnt habe, nicht weiter. Die Reaktionen der Privaten können sich sehr viel sprunghafter ändern, als dies dem eher an Stetigkeit orientierten Bild von Gewöhnung oder Nichtgewöhnung entspricht.

Konjunktureller Impuls und strukturelles Defizit sind im Konzept des Rates eng miteinander verbunden. Sie unterscheiden sich im wesentlichen nur durch die inflationsbedingten Mehreinnahmen und die auslastungsbedingten Mehrausgaben. Schon in der bisherigen wissenschaftlichen Diskussion ist gegen das Ratskonzept eingewandt worden, daß die unterschiedliche Behandlung auslastungsbedingter Mehrausgaben und auslastungsbedingter Mindereinnahmen schwer zu begründen sei. Schließlich sei es ein und dieselbe konjunkturelle Entwicklung, die auf der einen Seite zu Steuerausfällen führe und auf der anderen Seite höhere Zahlungen der Arbeitslosenversicherung bedinge. Eine unterschiedliche Behandlung dieser beiden Größen sei konjunkturpolitisch kaum begründbar. Würde man aber auch die auslastungsbedingten Mehrausgaben schon bei der Ermittlung des konjunkturellen Impulses berücksichtigen, lägen konjunktureller Impuls und strukturelles Defizit noch näher beieinander.

Selbst wenn man einmal der Vorstellung der Mehrheit des Rates folgt, daß der konjunkturelle Impuls eine Aussage über die Wirkungen der Finanzpolitik erlaubt, zeigt diese Überlegung das Dilemma der wirtschaftspolitischen Strategie, die der Sachverständigenrat mit dem Konzept des strukturellen Defizits verbindet, deutlich. Eine Politik, die auf eine Verminderung des strukturellen Defizits gerichtet ist, ist grundsätzlich eine Politik, die den konjunkturellen Impuls mindert. Folgt man der Empfehlung, konjunkturbedingte Defizite hinzunehmen und gleichzeitig das strukturelle Defizit abzubauen, ist dies mit einem Rückgang des konjunkturellen Impulses verbunden, was auch nach Meinung der Ratsmehrheit in Zeiten erheblicher Unterbeschäftigung nicht konjunkturgerecht ist.

Nun ist die Abgrenzung konjunkturbedingter und struktureller Defizite sicher auch dann noch eine wichtige Aufgabe, wenn man sie von der Wirkungsanalyse finanzpolitischer Aktivitäten löst. Freilich wird es zunehmend schwerer, konjunkturelle und strukturelle Phänomene voneinander zu trennen. Der Rat ist hierauf in seinem Sondergutachten vom Oktober 1982 (Ziffer 48) eingegangen. Hierbei ergibt sich sowohl die Frage, was als Normalverschuldung anzusehen sei, als auch das Problem, wie auslastungsbedingte Mehrausgaben beziehungsweise Mindereinnahmen zu bestimmen sind.

ad (1): Nach Meinung der Mehrheit, die hierfür auf das Jahresgutachten 1981 (Ziffer 251) verweist, beruht die Ermittlung einer Normalverschuldung auf einer wertbezogenen Entscheidung, bei der verteilungspolitische Aspekte und wachstumspolitische Risiken zu berücksichtigen sind. Vor diesem Hintergrund erscheint die operationalisierte Regel, ein Prozent des Produktionspotentials als Normalverschuldung anzunehmen, vergleichsweise einfach. Langatmige Begründungen über den Basiszeitraum sind angesichts dieses Sachverhalts schlechthin unangemessen. Man kann den Wert vor der Revision (1,3 vH des Produktionspotentials) genauso gut oder genauso schlecht begründen wie die Tatsache, daß man jetzt einen Basiszeitraum mit größerem Stützbereich wählt, diesen aber nicht fortschreibt. Es bedarf schon besonderer Begründung, warum die Entwicklung nach 1977 unberücksichtigt bleiben soll. Darüber hinaus wird auch innerhalb des Stützzeitraums das Jahr 1975 als untypisch nicht berücksichtigt. Wenn es schon um eine normative Vorgabe geht, sollte man sie nicht empirisch abzuleiten versuchen, sondern schlicht sagen, daß man ein Prozent des Potentials eher für angemessen hält als zwei Prozent, was angesichts der tatsächlichen Entwicklung in den siebziger und achtziger Jahren sicher besonderer Begründung bedarf.

Ein Konzept der Normalverschuldung, das auch den Ansprüchen des Sachverständigenrats in höherem Maße gerecht wird als das bisher vorliegende, müßte in zweifacher Weise erweitert werden:

Einmal ist in einer Zeit, in der nicht nur Auslastungsprobleme des Faktors Kapital, sondern auch solche des Faktors Arbeit bestehen, eine direkte Berücksichtigung dieses Faktors im Produktionspotential sinnvoll. Geht man davon aus, daß sich Normalverschuldung an den Produktionsmöglichkeiten bei Vollausschöpfung der Faktoren orientieren soll, sind auch Unterauslastungen des Faktors Arbeit zu berücksichtigen. Gerade in diesem Fall ist die Fortschreibung der Kapitalintensität nicht angemessen.

Zum zweiten ist die Frage zu stellen, ob eine Vorstellung von der Normalverschuldung davon absehen kann, für welchen Zweck mehr Kredite aufgenommen werden. In traditionellen Vorstellungen zur Begründung staatlicher Kreditaufnahme wird in der Regel davon ausgegangen, daß diese zur Finanzierung von Investitionen unbedenklich sei, da sie eine Verteilung der Lasten dieser Investition über der Zeit erlaube und insofern auch spätere Generationen an der Finanzierung einer Investition, die sie noch nutzen, beteiligt. Nun wird man sicher diese Vorstellung nicht in eine Regel umsetzen können, nach der jede Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen der Normalverschuldung zuzurechnen sei. Aber es muß auch nach den Vorstellungen der Mehrheit des Sachverständigenrats eine Rolle spielen, ob staatliche Kreditaufnahme Investitions- oder Konsumzwecken dient. Berücksichtigt man das Volumen der Investitionen bei der Festlegung der Normalverschuldung, ergibt sich in bezug auf die Definition des strukturellen Defizits ein durchaus sinnvolles Ergebnis. Diente die staatliche Kreditaufnahme in erster Linie Konsumzwecken, wird ein höheres strukturelles Defizit ausgewiesen als wenn die Kredite für Investitionen eingesetzt wurden.

Ein weiterer Gesichtspunkt, bei dem man sich darüber streiten kann, ob er in einem Konzept der Normalverschuldung zu berücksichtigen wäre, der aber gerade in einer Zeit, in der ein größerer Teil des Produktionspotentials auch aus strukturellen Gründen nicht ausgelastet ist, eine Rolle spielt, ist der Auslastungsgrad des Potentials. Berücksichtigt man die ja auch von der Ratsmehrheit für wichtig gehaltenen wachstumspolitischen Aspekte, könnte eine Wachstumsorientierung der Normalverschuldung, in der die Aufgabe berücksichtigt wird, durch geeignete finanzpolitische Maßnahmen wieder für eine Vollbeschäftigung der Faktoren Arbeit und Kapital Sorge zu tragen, eine durchaus sinnvolle Ergänzung des Konzepts darstellen. Eine derartige Bestimmung der Normalverschuldung darf man nicht mit der Ermittlung konjunkturbedingter Defizite verwechseln. Es geht vielmehr bei einem derartigen Konzept um die Frage, inwieweit aktiv vom Staat ausgeübte Wachstumspolitik bei der Ermittlung der Normalverschuldung zu berücksichtigen ist. Es ist allerdings schwierig, an dieser Stelle strukturelle und konjunkturelle Gesichtspunkte voneinander zu trennen.

Nimmt man die Anforderungen des Rates an das Konzept der Normalverschuldung ernst, ist also eine Erweiterung des Konzepts sinnvoll. Freilich muß man sich darüber im klaren sein, daß auch wohlbegründete Erweiterungen des Konzepts ein gewisses Maß an Willkür enthalten werden.

ad (3): Große Schwierigkeiten ergeben sich bei der Berechnung des strukturellen Defizits auch deswegen, weil dieses noch von einer ganzen Anzahl weiterer Größen abhängt, deren Bestimmung alles andere als sicher ist. So ist das Problem der Abgrenzung von konjunkturellem und strukturellem Defizit nur verlagert, wenn man die Mehrausgaben bei der Bundesanstalt für Arbeit, die höherer Arbeitslosigkeit zuzurechnen sind, nur teilweise in Ansatz bringt, sei es weil sie durch Beitragserhöhungen gedeckt werden und insofern nicht die Haushalte der Gebietskörperschaften belasten, sei es weil man einen Teil dieser Mehrausgaben strukturellen Gründen zuordnet.

Ähnliche Probleme ergeben sich bei der Abgrenzung der konjunkturbedingten Mindereinnahmen des Staates. Auch die Ermittlung der inflationsbedingten Steuermehreinnahmen erfordert eine Einschätzung der unvermeidlichen Inflationsrate, was sicher nur innerhalb eines größeren Schätzspielraums möglich ist. Offen muß in diesem Falle auch bleiben, welche Sondereinflüsse in welcher Art berücksichtigt werden sollen. So ist eine Entscheidung darüber zu treffen, welcher Teil des Bundesbankgewinns als anomal betrachtet wird. Zu klären ist, wie zeitlich befristete Maßnahmen, die der Konjunktursteuerung dienen sollen, einzustellen sind. Nach den Vorstellungen des Rates wären sie bei der Ermittlung des strukturellen Defizits zu berücksichtigen. Damit entsteht aber das Problem, welche Maßnahmen als

zeitlich befristete Maßnahmen zur Konjunktursteuerung angesehen werden sollen. In den Darstellungen des Rates über die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht werden nur die Maßnahmen des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 berücksichtigt.

Zu klären ist auch, ob es nicht andere Einnahmenausfälle und zusätzliche Ausgaben gibt, die der Konjunktur zuzurechnen sind. So ist gut vorstellbar, daß die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit, verbunden mit dem Verlust der Berechtigung, Arbeitslosengeld zu beziehen, zu einer stärkeren Zunahme der Sozialhilfezahlungen führt. Dieses zeichnet sich schon jetzt ab. Es ist schwer zu begründen, daß derartige Zahlungen nicht als konjunkturbedingt betrachtet werden.

Berücksichtigt man die Bandbreite, mit der die einzelnen Komponenten berechnet werden können, ergibt sich insgesamt ein relativ großer Spielraum für die Berechnung des strukturellen Defizits. So richtig es ist, auf den Unterschied zwischen strukturellem und konjunkturellem Defizit hinzuweisen, so sehr muß man sich also darüber im klaren sein, daß eine Abgrenzung dieser Größen nur tendenziell möglich ist. Eine andere Abgrenzung der Normalverschuldung, aber auch andere Annahmen bei den übrigen Komponenten des Konzepts, würden zu erheblich anderen Größenordnungen führen. Würde man die Normalverschuldung stärker an den Erfahrungen der siebziger Jahre orientieren, ergäbe sich ein kleineres strukturelles Defizit. Würde man die konjunkturabhängigen Komponenten in vollem Umfang berücksichtigen, wäre erneut eine rechnerische Reduzierung des strukturellen Defizits die Folge.

ad (4): Unstrittig dürfte sein, daß eine angemessene Beurteilung der staatlichen Kreditaufnahme nur auf der Grundlage einer Analyse ihrer gesamtwirtschaftlichen Wirkungen erfolgen kann. Strittig ist, ob dieses beim heutigen Stand des ökonomischen Wissens tatsächlich nicht differenzierter als in einem einfachen Impulskonzept möglich ist. Beim heutigen Stand der Entwicklung ökonometrischer Systeme stehen Instrumente zur Verfügung, mit denen die Auswirkungen einer bestimmten Finanzpolitik auf die dem Rat vorgegebenen gesamtwirtschaftlichen Ziele: Wachstum, Beschäftigung, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht abgeschätzt werden können. Dabei muß man wohl kaum größere Unsicherheiten in Kauf nehmen, als sie für die Berechnung des konjunkturellen Impulses erforderlich sind.

Hierbei ist es dann insbesondere möglich, nicht nur am Gesamtsaldo anzuknüpfen, sondern die Struktur der Einnahmen- und Ausgabenseite des Haushalts mitzuberücksichtigen. Schließlich ist bekannt, daß unterschiedliche Ausgabenarten und unterschiedliche Einnahmentypen ganz unterschiedliche Wirkungsmultiplikatoren haben. Angesichts dieses Sachverhalts ist es ohnehin nicht möglich, „die Wirkungsrichtung ... von Strukturänderungen dieser Art zu kennzeichnen", wenn nicht eine grobe quantitative Abschätzung vorgenommen wird. Der Gesamteffekt kann sich aus einander teilweise kompensierenden Einzeleffekten zusammensetzen. Auf diese Art und Weise wird auch die Gefahr gemildert, daß sich die Diskussion letztendlich nur um den staatlichen Finanzierungssaldo dreht, eine Größe, der höchstens mittelbar Instrumentcharakter, sicher aber nicht Zielcharakter zukommt.

Es mag sein, daß die zur Zeit in der Bundesrepublik vorhandenen ökonometrischen Systeme in unterschiedlich guter Weise für den Zweck der Wirkungsabschätzung von Finanzpolitik geeignet sind. Dies heißt aber nur, daß eine Diskussion der in diese Modelle eingegangenen Wirkungszusammenhänge notwendig ist. Im übrigen erlaubt auch der Vergleich des Ergebnisses unterschiedlicher Modelle eine grobe Abschätzung des Unsicherheitsspielraums.

ad (5): Solange der Rat für eine Wirkungsabschätzung auf derartige Instrumente verzichtet, muß die Diskussion der vom Rat behaupteten Wirkungszusammenhänge sich auf grundsätzliche Überlegungen beschränken. Dabei ist es wohl nicht strittig, daß unterschiedliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind. So kann in einer konkreten Wirtschaftslage, zum Beispiel bei Unterbeschäftigung, auch nach Meinung des Rates der Rückgang eines konjunkturellen Impulses, der, solange er positiv ist, als expansiv bezeichnet wird, nicht konjunkturgerecht sein. Dabei wird offenkundig unterstellt, daß von einer Rückbildung eines expansiven Impulses kontraktive Wirkungen ausgehen können. Schon in dieser Argumentation wird damit eingeräumt, daß mit einem bestimmten Defizit durchaus gegenläufige Wirkungen verbunden sein können.

Einmal sind die direkten Wirkungen zu berücksichtigen, die sich aus den am Kreislauf orientierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ergeben. Diese können sinnvoll nur in der Periode der Kreislaufrechnung definiert werden. Damit ist für eine derartige Betrachtung der Vorjahresvergleich die angemessene Methode. Die Änderung der Ströme, die von der staatlichen Aktivität ausgehen, bestimmt letztlich den in der jeweiligen Periode zu berücksichtigenden Kreislaufimpuls. Bei einer solchen Betrachtung wird nur im nachhinein festgestellt, wie sich die Gesamtheit ökonomischer Verhaltensweisen im Kreislauf widerspiegelt. Dies ist aber keine unwichtige Betrachtung. Erlaubt sie doch in grober Weise im nachhinein darzustellen, wie staatliche Aktivitäten die Kreislaufströme verändert haben.

Kreislaufströme sind das Ergebnis von ökonomischen Verhaltensweisen, die freilich den Kreislauf- und Budgetbedingungen genügen müssen. Da ökonomische Verhaltensweisen sich nicht nur an tatsächlichen Kreislaufströmen, sondern auch an Erwartungen orientieren, sind neben den Kreislaufwirkungen auch Verhaltensänderungen, die von staatlichen Aktivitäten ausgehen, zu berücksichtigen. Dabei kann es durchaus geschehen, daß direkte Wirkungen staatlichen Handelns durch diese indirekten Wirkungen ganz oder teilweise kompensiert werden.

Dies sei an einem einfachen Beispiel dargestellt. Es seien zunächst die direkten Effekte betrachtet, die sich bei einer Kreislaufdarstellung ergeben. Erteilt

der Staat in einem Jahr einen Auftrag an die Bauwirtschaft, erhöht sich die Beschäftigung dort, wenn sich sonst nichts ändert, entsprechend dem Betrag dieses Auftrags. Wird dieser Auftrag im nächsten Jahr erneuert, kommt es nicht zu zusätzlicher Beschäftigung. Fällt der Auftrag weg, muß die Beschäftigung wieder zurückgenommen werden. Vor diesem Hintergrund ist es also durchaus sinnvoll, die direkten Impulse staatlicher Aktivität im Vorjahresvergleich zu messen.

Neben diesen direkten Wirkungen sind aber auch die Folgewirkungen zu betrachten. Bei der durch den ursprünglichen Auftrag ausgelösten Produktion entstehen Einkommen, die zum Teil ausgegeben und zum Teil gespart werden können. Es kommt auf die Einkommenserwartung der Betroffenen an, ob und inwieweit eine zusätzliche Ausgabe erfolgt. Die Erhöhung der Beschäftigung kann aber auch dazu führen, daß die Bauunternehmer nun investieren. Hierbei werden sie insbesondere danach fragen, mit welcher Beschäftigung sie in Zukunft rechnen können. Es mag sein, daß sie die weitere Entwicklung so positiv einschätzen, daß sie Investitionen vornehmen. In diesem Falle ist denkbar, daß es im darauffolgenden Jahr aufgrund dieses Sachverhalts zu zusätzlicher Beschäftigung kommt, auch dann, wenn der Staat keine zusätzlichen Ausgaben tätigt. Auch der umgekehrte Fall ist denkbar. Befürchten Unternehmer, daß die Staatsverschuldung langfristig zu höheren Steuern und/oder zu Ausgabeneinschränkungen in späteren Jahren führt, könnten sie unter Umständen auf Investitionen verzichten, die sie ansonsten vorgenommen hätten. In diesem Falle kann im darauffolgenden Jahr die Beschäftigung zurückgehen, auch wenn der Staat seine Ausgaben nicht verändert.

Die Aufgabe besteht dann also darin, neben den direkten Effekten auch die über ökonomisches Verhalten vermittelten indirekten Effekte abzuschätzen. Dabei ist es durchaus denkbar, daß diese gegenläufig sind. Ob sich diese Effekte kumulieren oder zumindest partiell kompensieren, ist eine empirische Frage, die nur auf der Grundlage ausreichend differenzierter Verhaltenshypothesen beantwortet werden kann. Im Rahmen ökonometrischer Systeme kann dies aber erfolgen.

Ein isolierter Vorjahresvergleich hat den Vorteil, die direkten Effekte mit einiger Sicherheit zu erfassen. Er hat den Nachteil, daß er Verhaltensänderungen und ihre Folgen zumindest im vorhinein nicht berücksichtigt. Eine an einer mittelfristigen Größe orientierte Darstellung, wie sie im Konzept des Sachverständigenrats zu finden ist, vernächlässigt die direkten Effekte, man kann auch sagen, sie unterstellt, daß die von Verhaltensänderungen ausgelösten Effekte in jedem Falle dominieren. Hierfür gibt es wenig plausible Gründe. Darüber hinaus ist mit dem speziellen Konzept des Rates die Frage verbunden, ob es wirklich realistisch ist, daß mit dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts diejenigen Einflußfaktoren eingefangen sind, an denen sich die Reaktionen der Privaten orientieren. Es wurde schon oben darauf hingewiesen, daß man wohl eher davon ausgehen muß, daß, wenn die staatliche Kreditaufnahme als solche verhaltensbeeinflussend ist, das Gesamtvolumen die dominierende Rolle spielt. Dieses läßt sich an zahlreichen Beispielen der öffentlichen Diskussion dieses Themas belegen. Die Vorstellung, jemand, der seine Investitionsentscheidung am Volumen staatlicher Kreditaufnahme orientiert, werde dabei nur das strukturelle Defizit betrachten, erscheint nicht sehr realistisch.

Das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts des Sachverständigenrates stellt einen wichtigen Diskussionsbeitrag dar. Es ist die Frage, ob in einer geänderten Welt eine Weiterentwicklung dieses Konzepts erfolgen soll. Dabei sind auch die Fortschritte der empirischen Wirtschaftsforschung zu berücksichtigen. Auf lange Sicht sollte ein Weg gefunden werden, in dem mit Hilfe des Vorjahresvergleichs für die einzelnen Ausgaben- und Einnahmenelemente Impulse ermittelt werden, deren Wirkungen mit Hilfe eines ökonometrischen Modells, in dem auch eventuell vorhandene Reaktionen auf die Höhe des gesamten Defizits berücksichtigt werden, geschätzt werden.

Eine derartige Abschätzung der Wirkungen wäre nicht einfach. In der Diskussion wird man daher sicher noch auf längere Sicht mit einfacheren Impulskonzepten arbeiten müssen. Sinnvoll wäre es aber dann, neben einer Abschätzung des strukturellen Defizits, die Betrachtung der mittelfristigen Entwicklung der Staatsverschuldung und die Analyse der kurzfristigen Impulse zu setzen. Für die Abschätzung konjunktureller Wirkungen ist der Vorjahresvergleich sicher nach wie vor besonders gut geeignet.

Vor dem Hintergrund einer solch eingeschränkten Rolle, die dem Vorjahresvergleich zugewiesen wird, sind die Argumente der Mehrheit gegen den Vorjahresvergleich zu relativieren:

— Auch wenn die Ratio der Finanzpolitik das Anstoßen von Expansions- oder Dämpfungsprozessen ist, muß gefragt werden, worauf sich ein derartiger Anstoß sinnvollerweise beziehen kann. Liegt die Beschäftigung schon weit unter dem Pfad, an den die Wirtschaft angepaßt ist, wird die Wiederholung eines Impulses nicht zusätzliche Beschäftigung bewirken, sondern nur, daß das Beschäftigungsvolumen, was durch den ersten Stoß erreicht wurde, aufrechterhalten wird. Auch in diesem Falle können Verhaltensreaktionen das Ergebnis in beide Richtungen verändern.

— Ob man die Rückkehr zu einer konjunkturneutralen Haushaltspolitik kontraktiv nennt oder nicht, sollte kein Streitgegenstand sein. Auch das Wort Rückkehr beinhaltet, daß hier etwas zurückgeführt wird. Die Idealvorstellung geht nach wie vor davon aus, daß durch staatliche Kreditaufnahme ein Anstoß gegeben wird, der zu sich selbsttragenden Prozessen führt, so daß dieser Anstoß dann zurückgenommen werden kann. Diese Rücknahme ist ein kontraktiver Vorgang, der in einer derartigen Situation ja auch durchaus angemessen ist.

— Nicht einzusehen ist, warum man die Wiederholung eines Impulses als expansiv bezeichnet. Zu-

sätzliche Beschäftigung geht hiervon höchstens auf indirektem Wege aus. Daß in einer Situation lang anhaltender Beschäftigungsschwierigkeiten auch die Aufrechterhaltung eines derartigen Impulses konjunkturstützenden Charakter haben kann, sollte wohl unstrittig sein.

— Warum die zeitliche Verteilung eines Impulses nicht von Bedeutung ist, bleibt unklar. Unterstellt man einmal das Beispiel, daß ein Ausgabenprogramm über zwei Perioden verteilt wird, so ist die Summe aus expansivem und kontraktivem Impuls nach den Perioden unabhängig von der Verteilung der Impulse gleich Null.

Dauerhaft übrig bleibt ohnehin nur das, was von der Anstoßwirkung des Impulses zusätzlich ausgeht und durch die Rücknahme des Impulses nicht kompensiert wird. In dem einen Fall tritt der expansive Impuls nur im ersten Jahr auf, die ausgelösten Anstoßwirkungen stoßen schon im nächsten Jahr auf die Kontraktionseffekte, die von der Rückführung des Impulses ausgehen. Im anderen Fall ist zwar im ersten Jahr nur ein halb so großer expansiver Impuls festzustellen, dafür tritt im zweiten Jahr kein kontraktiver Impuls auf, die Anstoßeffekte können nun ihrerseits in vollem Umfang Wirkungen ausüben. Erst im dritten Jahr kommt es zu einem kontraktiven Impuls, der dafür geringer ist. Die Bewertung dieser beiden Fälle muß daher bei einer angemessenen Interpretation der Ergebnisse des Vorjahresvergleichs nicht weit auseinander liegen. Soweit man zu einer unterschiedlichen Bewertung dieser beiden Fälle kommt, kann dieses damit erklärt werden, daß der in der Kreislaufbetrachtung gemessene Sachverhalt auch wirkungsanalytisch relevant ist. Das Jahr ist nun einmal die Rechnungsperiode von Haushalten und privaten Unternehmen; die hier anfallenden Beträge sind für das Verhalten der Wirtschaftssubjekte bedeutsam. Es ist völlig unstrittig, daß ein Vorjahresvergleich nicht eine normative Standortbestimmung der Finanzpolitik abgeben kann. Die Grundthese besteht aber gerade darin, darauf zu verweisen, daß man die Messung der unterschiedlichen Wirkungen der Finanzpolitik von der normativen Standortbestimmung trennen sollte.

ad (6): Die hier dargestellten methodischen Überlegungen, die zumindest grundsätzlich an die schon in der Literatur zu findende Kritik am Budgetkonzept des Sachverständigenrates anknüpfen, haben auch konkrete wirtschaftspolitische Konsequenzen. Es sind insbesondere zwei Schätzurteile, in denen sich das Ratsmitglied Hans-Jürgen Krupp von der Mehrheit des Sachverständigenrates unterscheidet:

— Er hält die direkten Wirkungen staatlicher Ausgaben und Einnahmen für dominierend gegenüber den Verhaltensänderungen, die vom konjunkturellen Impuls oder dem strukturellen Defizit ausgehen.

— Soweit das Gesamtaggregat der staatlichen Kreditaufnahme überhaupt eine Rolle spielt, vermag er nicht einzusehen, warum sich die Wirtschaftssubjekte ausgerechnet an dem künstlichen Konstrukt konjunktureller Impulse orientieren werden. Wahrscheinlicher ist dann schon, daß die gesamte staatliche Kreditaufnahme eine Rolle spielt.

Diese Unterschiedlichkeit in den Schätzurteilen ist insbesondere für die Beurteilung der Konsolidierungspolitik bei Unterbeschäftigung wichtig. Von einer Zurückführung des staatlichen Defizits gehen in jedem Falle direkte kontraktive Impulse aus. Eine Konsolidierungspolitik wäre nur dann als konjunkturgerecht anzusehen, wenn man erwarten könnte, daß diese ganz oder teilweise durch eine Verbesserung der Erwartungen kompensiert würde, die von dieser Konsolidierung ausgehen oder sich die konjunkturelle Situation aufgrund anderer Einflüsse erheblich verbessert. Die absolute Höhe des konjunkturellen Impulses ist für diese Frage weniger bedeutsam. Ihm mag eine gewisse Konjunkturstützung zugesprochen werden, expansiv ist er in diesem Falle nicht. Eine Konsolidierungspolitik birgt daher in einer Situation massiver Beschäftigungsschwierigkeiten ein hohes nachfragepolitisches Risiko, das auch durch die vertrauensbildenden Maßnahmen einer Reduzierung des strukturellen Defizits bestenfalls teilweise kompensiert werden kann. Die Politik hat daher nur die Wahl, Konsolidierung zu Lasten weiterer Beschäftigungseinbrüche zu betreiben oder um Verständnis für die weitere Zunahme konjunkturbedingter Defizite zu werben, um zu vermeiden, daß die expansiven Impulse, die davon ausgehen können, durch gegenläufige Verhaltensreaktionen behindert werden.

Vor diesem Hintergrund bedarf es keiner besonderen Erklärung dafür, daß von hohen konjunkturellen Impulsen so wenig expansive Wirkungen ausgehen. Für die Beschäftigungswirkung kommt es in erster Linie auf die Veränderung des Impulses an. Bleibt dieser aber konstant oder nimmt er ab, sind positive Beschäftigungseffekte ohnehin nicht zu erwarten.

Es ist nicht strittig, daß eine hohe Staatsverschuldung negative Reaktionen der Wirtschaftssubjekte auslösen kann. Vor diesem Hintergrund ist eine mittelfristige Konsolidierungspolitik und die Hinnahme konjunkturbedingter Defizite nach wie vor geboten. Strittig ist, ob die nachfragepolitischen Risiken einer Konsolidierung ausgerechnet im Zeitraum einer massiven Rezession nicht zu groß sind.

185. In bezug auf die Beurteilung der Finanzpolitik der Jahre 1982 und 1983 hält dieses Mitglied des Sachverständigenrates aus den angestellten Überlegungen den nach dem Konzept der Mehrheit ausgewiesenen unveränderten konjunkturellen Impuls des Jahres 1982 bestenfalls für konjunkturneutral, den ausgewiesenen Rückgang des konjunkturellen Impulses — 14 Mrd DM in nominaler, 9 Mrd DM in realer Betrachtung — im Jahre 1983 für restriktiv. Die nachfragepolitischen Risiken des Programms der neuen Regierung scheinen ihm bei allem Respekt vor den wachstumspolitischen Intentionen zu hoch (SG 82, Ziffern 59 und 66).

ZWEITES KAPITEL

Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1983

186. Über die wirtschaftlichen Aussichten für das Jahr 1983 haben wir uns bereits in unserem Sondergutachten vom 9. Oktober 1982 geäußert (Anhang IV). Wir haben geprüft, was zwischenzeitlich an Prognosen vorgelegt wurde. Die wirtschaftliche Entwicklung im dritten Vierteljahr ist mittlerweile klarer erkennbar geworden. Die Pläne der neuen Regierung haben in einer Reihe von Einzelheiten Gestalt angenommen.

Abgesehen von kleineren Korrekturen ist es bei der Grundlinie der Prognose vom Oktober geblieben. Wir zeichnen diese im folgenden noch einmal nach.

Bevor wir die Diskussion über Aussichten der westdeutschen Wirtschaft wieder aufnehmen, gehen wir zunächst kurz auf die Situation in den wichtigsten Industrieländern ein.

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1983

187. In den westlichen Industrieländern ist eine wirtschaftliche Belebung bislang ausgeblieben. Kapazitätsauslastung und Beschäftigung sind im Gegenteil im Verlauf des Jahres 1982 weiter gesunken. Der Welthandel ist kräftig zurückgegangen. Besonders stark ist die Nachfrage der Ölexportländer, der Staaten des Ostblocks und vieler Entwicklungsländer geschrumpft — Länder, denen der wirtschaftliche Schwung verloren ging, als die Einnahmen aus Ölverkäufen sanken und die Verschuldungsprobleme sich verschärften. Den westlichen Industrieländern ist es, trotz einiger hoffnungsvoller Ansätze, bislang nicht gelungen, den Weg aus der Stagnation zu finden. Damit ist auch die Gefahr nicht gebannt, daß die Weltwirtschaft doch noch in einen kumulativen Abschwungsprozeß gerät.

188. Eine Vorschau auf das Jahr 1983 sollte allerdings nicht aus dem Blick verlieren, daß es auch positive Zeichen gibt. Eine Reihe von Ländern, darunter die Vereinigten Staaten, hat beachtliche Stabilisierungserfolge aufzuweisen. Dies dürfte den Rückgang der Zinsen in der Welt voranbringen, wenn auch voraussichtlich nicht mehr in dem Tempo wie bisher. Die Lohnpolitik scheint zunehmend bereit, der schwierigen Arbeitsmarktlage durch maßvolle Tarifabschlüsse Rechnung zu tragen. In einigen Ländern ist mittlerweile die automatische Lohnanpassung abgeschafft worden, die jahrelang ein Hindernis auf dem Weg zu niedrigeren Lohnsteigerungsraten war. Schließlich ist die Finanzpolitik fast überall dabei, die Vertrauensschäden zu mindern, die durch die Defizitpolitik vorangegangener Jahre entstanden sind. Freilich beschränkt sie sich häufig auf kräftige Haushaltskürzungen und läßt es dabei an flankierenden wachstumsfördernden Maßnahmen fehlen, die geeignet sind, den Nachfrageausfall abzufangen.

189. Es fällt nicht leicht, einzelne Länder oder eine Gruppe von Ländern zu nennen, deren Konstitution schon gut genug ist, auf dem schmalen und schwierigen Pfad aus der Krise voranzugehen, die also eine Schrittmacherrolle übernehmen können, weniger als Lokomotive in einem weltweiten Aufschwung, mehr als Beispiel dafür, wie man die Probleme lösen kann. Denn die Weltwirtschaft wird nur dann aus der Stagnation herausfinden, wenn eine genügend große Anzahl von Ländern sich selbst zu helfen weiß (SG 82 Ziffern 38 ff.).

Die Vereinigten Staaten scheinen einer wirtschaftlichen Erholung am nächsten zu sein. Wir schließen uns der Mehrheit der Konjunkturbeobachter im Inland und im Ausland an, die für 1983 ein Wachstum des Sozialprodukts von 2 1/2 vH für wahrscheinlich halten (Tabelle 29). Japan hat gute Aussichten, die Stockung zu überwinden. Wegen des Rückgangs der Exporte und wegen der für dortige Verhältnisse nach wie vor hohen Zinsen sind zwar die Wachstumserwartungen, mißt man sie an den Raten der Vergangenheit, gedämpft. Gleichwohl dürfte 1983 die Zunahme des Sozialprodukts mit 3 1/2 vH deutlich höher sein als in allen anderen Industrieländern.

190. So dicht wie die Vereinigten Staaten steht derzeit wohl kein europäisches Land vor der Erholung.

In Großbritannien hat der weltweite Nachfragerückgang erneut zu einem Rückschlag geführt, aber die Aussichten sind hier vergleichsweise gut, die Stagnation im Jahre 1983 zu überwinden. Der Rückgang der Zinsen, die Abschwächung im Anstieg der Lohnstückkosten und die Dämpfung des Preisauftriebs dürften einer Zunahme sowohl der privaten Investitionen als auch des privaten Verbrauchs den Weg ebnen. Freilich wird es bei dem derzeit geringen Niveau der Produktion ein langer Weg bis zu einer befriedigenden Auslastung des Produktionspotentials sein, zumal zunächst kein steiler Anstieg zu erwarten ist.

Frankreich steht namentlich wegen seiner Zahlungsbilanzprobleme vor der Frage, ob es weitere Kurskorrekturen vornehmen muß. Es ist derzeit schwer abzuschätzen, welche Maßnahmen nach dem Auslaufen des Preis- und Lohnstopps ergriffen

werden. Alles in allem erscheint uns aus heutiger Sicht viel mehr als ein geringer Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahresverlauf nicht wahrscheinlich.

Für Italien sind die Aussichten nicht viel besser, auch wenn einzuräumen ist, daß es hier schon häufig positive Überraschungen gegeben hat. Die wirtschaftliche Situation des Landes ist derzeit sehr schlecht, und dem Staat fehlt es an Kraft und an Möglichkeiten, dies entscheidend zu ändern. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit hat nachgelassen; das gilt ebenso für Frankreich, dessen defizitäre Leistungsbilanz sich auch während des Lohn- und Preisstopps nicht verbessert hat.

Für die kleineren europäischen Länder ist eine Voraussage schwierig. Der rezessive Einbruch in der Bundesrepublik hat dort stark verunsichert. Die Prognosen sind fast überall nach unten korrigiert worden, was wiederum bei den Prognosen für die Bundesrepublik neuerliche Anpassung hervorgerufen haben mag. Für den deutschen Export ist die Bedeutung dieser Länder insgesamt nicht gering.

Alles in allem veranschlagen wir nicht zuletzt wegen des großen Gewichts der Vereinigten Staaten die Zuwachsrate des realen Sozialprodukts in den westlichen Industrieländern für das Jahr 1983 auf 2 vH. Für die westeuropäischen Länder, bei denen die Erholung voraussichtlich später eintreten wird als bei den Vereinigten Staaten und Japan, rechnen wir mit einer Zuwachsrate, die nur halb so groß ist.

191. Aufgrund unserer Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in den wichtigsten Indu-

Tabelle 29

Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern

Land	Anteil am Bruttosozialprodukt[1]) der OECD-Länder	Anteil am Export der Bundesrepublik Deutschland	Bruttosozialprodukt (real)[2])		Verbraucherpreise[2])[3])	
	1981		1982	1983	1982	1983
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Bundesrepublik Deutschland	9,1	×	−1	+1	+ 5	+ 4
Belgien/Luxemburg	1,3	7,3	− ½	+1	+ 9½	+ 8½
Dänemark	0,8	1,9	+1½	+1	+ 9	+ 7
Frankreich	7,5	13,1	+1½	+1	+11½	+ 9
Griechenland	0,5	1,2	− ½	+ ½	+23	+21
Großbritannien	6,6	6,6	+ ½	+1½	+ 9	+ 6½
Irland	0,2	0,4	+1½	+1½	+17	+12½
Italien	4,6	7,9	+ ½	+1	+17	+15
Niederlande	1,8	8,5	−1	0	+ 6	+ 5
Europäische Gemeinschaft[4])	32,4	46,9	+ ½	+1	+10	+ 8
Vereinigte Staaten	38,1	6,5	−1½	+2½	+ 6	+ 5½
Japan	14,9	1,2	+2½	+3½	+ 2½	+ 3½
Kanada	3,7	0,7	−4	+1½	+10	+ 7½
Österreich	0,9	5,0	+ ½	+1½	+ 5½	+ 4½
Schweden	1,5	2,6	+1	+2	+10	+12
Schweiz	1,2	5,2	−1	+ ½	+ 5½	+ 4
Insgesamt[4])	92,7	68,2	+1	+2	+ 7	+ 6

[1]) In jeweiligen Preisen und Wechselkursen; für Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande: Bruttoinlandsprodukt. Quelle: OECD.
[2]) Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.
[3]) Deflator des privaten Verbrauchs. Index der Verbraucherpreise für Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich, Schweden, Schweiz und die Vereinigten Staaten.
[4]) Veränderung in vH für Bruttosozialprodukt und Preise zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttosozialprodukt der OECD-Länder des Jahres 1981.

strieländern sehen wir Raum für eine Ausweitung des Welthandels, wenn auch keinen sehr großen. Wie schon in unserem Sondergutachten gehen wir von einem Zuwachs des Welthandelsvolumens aus, der im Durchschnitt des Jahres 1983 bei 2 vH liegt; für den Jahresverlauf bedeutet das einen Anstieg um etwa 4 vH bis 5 vH. Das von uns veranschlagte Expansionstempo ist deutlich geringer als früher in Jahren wirtschaftlicher Erholung. Unsere Schätzung liegt auch unter den Schätzungen internationaler Organisationen, die derzeit eine höhere Rate annehmen. Wir gehen davon aus, daß sich die Schwerpunkte wieder stärker zu den Industrieländern verschieben, wie das typisch für eine Phase wirtschaftlicher Belebung ist. Von den Staaten der OPEC wie auch von den nicht ölproduzierenden Entwicklungsländern, die in den letzten beiden Jahren erheblich aus den Industrieländern importiert haben, wird dagegen wenig an zusätzlicher Nachfrage kommen.

Das Risiko, daß es angesichts der vielen Unwägbarkeiten auch schlechter kommen kann, ist sicherlich nicht klein. Wir halten allerdings die hier skizzierte Entwicklung für den wahrscheinlicheren Fall (SG 82 Ziffern 35ff.).

II. Die Binnenkonjunktur im Jahre 1983

Die Ausgangssituation Ende 1982

192. In der Bundesrepublik Deutschland hat sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert. Die Anzahl der Unternehmen, die wegen fehlender Aufträge oder finanzieller Schwierigkeiten Arbeitskräfte entlassen oder zu Kurzarbeit übergehen müssen, ist deutlich gestiegen. Ein rasches Ende der Talfahrt scheint nicht in Sicht.

Inzwischen hat sich die über zwei Jahre dauernde Stagnation zu einer Rezession ausgeweitet. Das reale Sozialprodukt war im dritten Quartal 1982 saisonbereinigt um fast $1^1/_2$ vH niedriger als im Vorquartal, gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ist es um 2 vH gesunken. Ausschlaggebend dafür war der Rückgang der Auslandsnachfrage, der die Unternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen verunsichert hat. Gegenwärtig sieht es zwar so aus, als habe sich die Entwicklung gefangen, aber es ist eine Stagnation auf stark ermäßigtem Niveau. Die Inlandsnachfrage flaute dagegen weiter ab, nicht nur bei Ausrüstungsgütern, sondern auch bei Gütern für den privaten Verbrauch. Allein die Baunachfrage blieb leicht aufwärts gerichtet, doch reichte das bisher nicht aus, die Kapazitäten der Bauwirtschaft wieder stärker auszulasten.

Die rezessiven Wirkungen einer auf breiter Front schrumpfenden Nachfrage sind derzeit so stark, daß sich die Verbesserung der Angebotsbedingungen bislang nicht entscheidend auswirken konnte. Fortschritte gibt es im Konsolidierungsprozeß: Die Zinsen sind kräfig gesunken, kräftiger als man dies noch vor kurzem erwartet hätte. Die Gewinnmargen der Unternehmen haben sich verbessert, die Ertragslage ist allerdings nicht zuletzt wegen der Absatzschwäche vielfach unbefriedigend. Hinzugekommen sind schließlich seit Jahresbeginn eine Reihe steuerlicher Erleichterungen mit dem Ziel, die Investitionsbereitschaft zu stärken.

193. Am Jahresende 1982 sind allenthalben die Enttäuschungen über den unerwarteten Rückschlag dominant, entsprechend skeptisch sind die Erwartungen für 1983. Von einer deutlichen Klimaverbesserung, die die neue Bundesregierung mit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik bewirken wollte, ist bislang wenig zu spüren. Der Grundgedanke, daß Kürzungen bei den konsumtiven Ausgaben flankiert durch wachstumsfördernde Maßnahmen zu mehr privaten Investitionen führen können, ist offenbar in der breiten Öffentlichkeit nicht recht angekommen. Es besteht im Gegenteil die Sorge, daß es dadurch zu weiteren Nachfrageausfällen und zum Verlust weiterer Arbeitsplätze kommt.

Die Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung und nicht zuletzt wohl auch die Ungewißheit darüber, ob es bei dem gegenwärtigen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs bleiben wird, sind derzeit Hindernisse für eine wirtschaftliche Erholung. Eine Besserung der Lage wird sich erst einstellen, wenn Investoren und Verbraucher ihre Erwartungen korrigieren. In einzelnen Fällen mag eine skeptische Einschätzung der Situation durchaus begründet sein, für die Wirtschaft im ganzen trifft das aber nicht zu.

Noch einmal: Die Grundlinie der Prognose im Sondergutachten vom Oktober 1982

194. In unserem Sondergutachten haben wir keine pessimistische Vorausschau auf das Jahr 1983 gegeben. Die Grundaussage der Prognose war, daß es wieder aufwärts geht, freilich eher später als früher und eher schleppend als zügig. Wir haben gleichwohl auf die Risiken hingewiesen, die wir für die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr sehen. Dazu gehört vor allem die Gefahr, daß andere wichtige Länder sich nicht aus der Stagnation lösen können und über kurz oder lange in eine sich selbst verstärkende Rezession geraten (SG 82 Ziffern 35ff.).

Die Argumente, die unseres Erachtens für eine allmähliche wirtschaftliche Erholung im Verlauf des nächsten Jahres sprechen, lauteten zusammengefaßt wie folgt:

— Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen ist nach allem, was wir darüber wissen, derzeit nicht groß. Der starke Rückgang der Nachfrage, insbesondere aus dem Ausland, hat die mittelfristigen Erwartungen gedrückt. Es widerspräche jedoch allen Erfahrungen, wenn das, was an Verbesserungen auf der Angebotsseite eingetreten und zu erwarten ist — die Verlangsamung im Anstieg der Lohnstückkosten, die höheren Gewinnmargen, die niedrigeren Zinsen und nicht zuletzt die Maßnahmen des Staates zur Investitionsförderung —, nichts bewirkte. Wir gehen davon aus,

daß die Investitionsbereitschaft schon bald wieder zunimmt, zumal viele Investoren wegen des Fristenablaufs bei der Investitionszulage vor der Jahreswende 1982/83 Aufträge vergeben werden, und zwar auch für Güter, die sie sonst erst im nächsten Jahr bestellt hätten.

— Bei den Bauinvestitionen läßt sich die wachsende Investitionsbereitschaft bereits an der Entwicklung von Auftragsvergabe und Produktion ablesen. Um die Bauwirtschaft aus der Talsohle herauszuführen, bedarf es freilich eines Auftragsschubs. Wir rechnen damit, daß es bald dazu kommt, insbesondere im Wohnungsbau. Die Fördermaßnahmen und die niedrigeren Zinsen haben den Erwerb von Wohnungseigentum wieder attraktiver gemacht.

— Wenig Unterstützung kommt 1983 voraussichtlich vom Export. Für diese Einschätzung braucht man kein sonderlich pessimistisches Szenario über die Weltkonjunktur zu zeichnen. Auch bei einer wirtschaftlichen Erholung in wichtigen Industrieländern, allen voran in den Vereinigten Staaten und in Japan, ist fürs erste wohl keine allzu starke Belebung des Welthandels zu erwarten. Was sich dabei den deutschen Unternehmen an Absatzchancen bietet, werden diese voraussichtlich nutzen können, denn sowohl vom Exportsortiment als von den Preisen her bestehen gute Aussichten, die derzeit hohen Marktanteile zu halten.

— Die schwache Stelle in diesem Bild ist und bleibt 1983 der private Verbrauch. Die verfügbaren Einkommen werden nur wenig steigen, und der Preisanstieg, mit dem wir rechnen, wird voraussichtlich etwas darüber hinausgehen. Die Realeinkommen werden somit abermals schrumpfen. Mit den Einbußen an Kaufkraft ist freilich nicht notwendigerweise ein ebenso starker Rückgang des privaten Verbrauchs vorgezeichnet. Bei einer Besserung der wirtschaftlichen Lage, und dazu gehört auch ein weiterer Rückgang der Zinsen, dürfte die derzeit ausgeprägte Neigung, auf kostspielige Anschaffungen zu verzichten und stattdessen etwas mehr zu sparen, nachlassen.

Wir hatten uns keine Illusionen darüber gemacht, daß es nur geringe Aussichten gibt, die Wachstumsschwäche schon im Jahre 1983 zu überwinden. Bei realistischer Betrachtung war es bereits als Erfolg zu werten, daß es wieder aufwärts geht.

195. Als wir Anfang Oktober das Sondergutachten veröffentlichten, war der Zeitpunkt für eine Prognose aus zwei Gründen nicht günstig:

— Die Konjunkturindikatoren, die unseren Überlegungen zugrunde lagen, reichten häufig nur bis zur Jahresmitte. Der starke Nachfragerückgang deutete sich zwar schon an, sein Ausmaß war aber noch nicht klar zu erkennen. Überdies zeichnen wichtige Indikatoren gerade in den Sommermonaten kein eindeutiges Bild von der konjunkturellen Entwicklung, weil sich hier Sondereinflüsse niederschlagen, die vor allem mit der Ferienzeit zusammenhängen.

— Die neue Bundesregierung war wenige Tage im Amt. Der Kurs der Finanzpolitik war zu diesem Zeitpunkt erst in Umrissen erkennbar. Inzwischen sind einige neue Maßnahmen hinzugekommen, andere wurden modifiziert und einige, die geplant waren, wurden wieder fallengelassen. Von daher stellt sich die Frage nach einem Korrekturbedarf.

196. Es ist freilich auch zu prüfen, ob die wirtschaftliche Entwicklung seit der Erstattung unseres Sondergutachtens im Einklang mit unserer Prognose steht. Prognosen und Projektionen von anderer Seite, die später erarbeitet wurden, kommen teilweise zu einer ungünstigeren Einschätzung. Unterschiede zu unserer Prognose gibt es in bezug auf den Beginn und das Tempo der Erholung; ernste Zweifel an einer Umkehr der Entwicklung gibt es dagegen auch dort nicht.

Es ist derzeit sicherlich nicht leicht, eine verläßliche Prognose für 1983 zu geben, vor allem wegen der außenwirtschaftlichen Risiken, die andere Prognosen noch stärker gewichten. Es muß jedoch dabei bleiben, der Prognose eine Entwicklung zugrunde zu legen, die man für am wahrscheinlichsten hält, auch wenn man andere für möglich hält. Wir haben auch, ergänzend zu unserer Status-quo-Prognose, eine Variante durchgerechnet, die für 1983 eine anhaltende Stagnation beim Welthandel unterstellt.

Es mag freilich auch sein, daß sich manche Prognosen derzeit allzu sehr von Vorsicht leiten lassen, weil man, falls die tatsächliche Entwicklung anders verläuft, lieber nach oben korrigiert als nach unten. Das ist nach den Enttäuschungen der letzten Jahre, in denen die Prognosen meistens zu günstig ausfielen, zwar verständlich, aber es ist nicht unproblematisch. Dabei ist insbesondere an die negativen Rückwirkungen zu denken, die auf die Vorausschätzungen von privaten Unternehmen, staatlichen Stellen und internationalen Organisationen ausgehen. Fallen die Prognosen für ein Land zu vorsichtig aus, werden möglicherweise auch andere Länder, die in engem Verbund mit diesem Land stehen, ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung unterschätzen, was wiederum Folgekorrekturen beim ersten Land nach sich zieht. Es entsteht dann, und die gegenseitige Abstimmung der Prognosen bei den internationalen Organisationen zeigt das immer wieder, eine Art von Anpassungswettlauf, der zu sehr fragwürdigen Ergebnissen führen kann.

Wenig sinnvoll ist dieses Verfahren im Fall einer Zielprojektion, die, anders als eine Status-quo-Prognose, eine Entwicklung beschreibt, in der berücksichtigt ist, was die Wirtschaftspolitik sich vorgenommen hat und sich nötigenfalls noch vornehmen kann, um eine günstigere Entwicklung wahrscheinlicher zu machen, als die Status-quo-Prognose sie anzeigt. Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft fordert die Bundesregierung zu Zielprojektionen auf, nicht zu Status-quo-Prognosen. Zielprojektionen sollen keine unrealistischen Ziele setzen — Ziele, die man bei aller Anstrengung nicht erreichen kann, zumal der Einfluß der Wirtschaftspolitik auf das im jeweils nächsten

Jahr Erreichbare sich in engen Grenzen hält. Aber sie dürfen auch nicht aus lauter Furcht vor späterem Tadel, daß man sich wieder einmal zuviel vorgenommen habe, von vornherein in unmittelbarer Nachbarschaft zu den sonst üblichen Status-quo-Prognosen angesiedelt werden.

Im ganzen kein Anlaß zur Revision der Prognose

197. Die Konjunkturdaten, die seit der Erstellung des Sondergutachtens bekannt geworden sind, waren alles in allem nicht günstig, aber das war vorauszusehen und ist auch in unserer Prognose vom Oktober 1982 berücksichtigt worden. Man hätte sich wegen der zunehmenden Unsicherheit unter den Investoren auch noch eine ungünstigere Entwicklung vorstellen können. So gesehen gibt es für uns keinen Korrekturbedarf, jedenfalls nicht für die Prognose im ganzen.

Es ist in diesem Zusammenhang einmal mehr darauf hinzuweisen, welche Rolle der Prognose im Entscheidungsprozeß zukommt. Die Prognose soll die Grundlinien der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung herausarbeiten, soweit das beim jeweiligen Stand des Wissens möglich ist. Für die staatlichen und privaten Stellen ist sie somit eine Orientierungshilfe. Freilich, die Prognose kann diese Aufgabe nur erfüllen, wenn sie nicht ständig Änderungen unterliegt. Die Grundaussagen einer Prognose müssen sich im Gegenteil gegenüber wechselnden Stimmungslagen als genügend robust erweisen, normalerweise werden sie auch nicht durch ein Monatsergebnis der Konjunkturstatistik verändert.

Allerdings ist die Entwicklung am aktuellen Rand insofern von Bedeutung, als sie die Ausgangsbasis für die Prognose beeinflußt. In den Prognosedaten für das kommende Jahr schlägt sich immer auch die Entwicklung im laufenden Jahr nieder. Ein kräftiger Produktionsrückgang am Ende eines Jahres, zum Beispiel, verschlechtert die Ausgangsbasis für das folgende Jahr, das heißt, der Rückgang muß zunächst einmal aufgeholt werden, bevor wieder positive Zuwachsraten sichtbar werden. Nicht übersehen werden darf dabei, daß die im Tableau ausgewiesenen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das laufende Jahr zum Teil noch Zukunft sind, also erst durch die wirtschaftliche Entwicklung bestätigt werden müssen. So läßt sich derzeit die Entwicklung des Sozialprodukts und seiner Komponenten für das dritte Quartal 1982 einigermaßen zuverlässig abschätzen, während es Anfang Oktober dafür noch kaum statistische Informationen gab. Korrekturen gegenüber der Prognose im Sondergutachten — sie halten sich in engen Grenzen und liegen meistens im Rundungsbereich — beruhen im wesentlichen auf einer Anpassung unserer Schätzungen für das dritte Quartal 1982 an den gegenwärtigen Informationsstand.

198. Ein gewisser Korrekturbedarf ergibt sich, wie erwähnt, auch daraus, daß inzwischen mehr Klarheit über die finanzpolitischen Vorhaben der neuen Bundesregierung besteht als Anfang Oktober 1982. Bei der Überprüfung unserer Prognose haben wir die nach diesem Zeitpunkt neu beschlossenen Maßnahmen eingearbeitet und einige Maßnahmen, die bereits berücksichtigt waren, entsprechend der neuen Beschlußlage modifiziert. Im wesentlichen liegen der Prognose für 1983 folgende, teilweise veränderte, Annahmen zugrunde:

- Die sozialen Leistungen werden um 7 Mrd DM stärker gekürzt, als von der alten Bundesregierung vorgesehen war, insgesamt also um 12 Mrd DM; darin ist die zeitliche Verzögerung der Anpassung der Renten und anderer Sozialeinkommen in Höhe von 4 Mrd DM enthalten.
- Die Finanzhilfen des Bundes an Unternehmen werden um 500 Mio DM vermindert.
- Der Gesamtrahmen für die Anhebung der Bezüge im öffentlichen Dienst wird eng gehalten; die Einkommen der Beamten werden um 2 vH erhöht, und zwar zum 1. Juli 1983.
- Der Wohnungsbau wird mit zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 3 Mrd DM gefördert, das ist 1 Mrd DM weniger, als wir zunächst angenommen hatten. Nur ein Teil davon dürfte 1983 haushaltswirksam werden. Dabei ist unterstellt, daß die Länder das Programm wie vorgesehen unterstützen, was freilich noch nicht sicher ist. Der erhöhte Schuldzinsenabzug für neue selbstgenutzte Wohnungen wird entgegen früheren Intentionen auf 3 Jahre begrenzt. Wie bisher wird angenommen, daß die Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen mit insgesamt 500 Mio DM zinsverbilligt wird.
- Es wird angestrebt, die öffentlichen Investitionen wieder etwas auszuweiten. Wir gehen davon aus, daß dies gelingt, obwohl derzeit noch nicht alle Voraussetzungen dafür geschaffen sind.
- Die gewerblichen Investitionen werden durch zusätzliche steuerliche Maßnahmen gefördert. Größter Posten sind dabei Erleichterungen bei der Gewerbesteuer (Die Hinzurechnung der Dauerschuldzinsen zum Gewerbeertrag und der Dauerschulden zum Gewerbekapital wird im Jahre 1983 um 40 vH gekürzt). Da die Gemeinden einen Ausgleich für die Steuerausfälle erhalten, haben wir unterstellt, daß sie die Hebesätze nicht oder allenfalls mäßig anheben. Dementsprechend dürfte die Entlastung bei den Unternehmen rund 1 Mrd DM betragen.
- Die Mehrwertsteuersätze werden, wie beabsichtigt, zum 1. Juli 1983 von 13 vH auf 14 vH und von 6,5 vH auf 7 vH angehoben.
- Es wird eine Investitionshilfeabgabe in Höhe von 5 vH der Steuerschuld bei den Beziehern höherer Einkommen und bei den körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen erhoben, die voraussichtlich in den Jahren von 1987 bis 1989 zurückgezahlt wird. Statt des ursprünglich für 1983 angenommenen Aufkommens von 2 Mrd DM haben wir in Anlehnung an die Ansätze der Bundesregierung die Hälfte dieses Betrages eingestellt. Anders als im Sondergutachten wird diese rückzahlbare Abgabe als Kreditaufnahme des Staates behandelt und nicht als Steuereinnahme; wir schließen uns damit der offiziellen Praxis an.

199. Die genannten Veränderungen gegenüber unserer Prognose im Sondergutachten sind im ganzen nicht gravierend. Unsere derzeitige Einschätzung der Haushaltslage von Bund, Ländern und Gemeinden deckt sich somit im wesentlichen mit der damaligen. Im einzelnen bedeutet das: Den Anstieg der Ausgaben veranschlagen wir wie bisher auf rund 3 vH, den der Einnahmen auf rund $4^1/_2$ vH. Unsere Rechnung enthält allerdings auf beiden Seiten noch Risiken. Sie liegen unter anderem darin, daß einige der geplanten Maßnahmen noch nicht endgültig mit den Ländern und Gemeinden abgestimmt sind. Unter Berücksichtigung der vorgesehenen Steuererleichterungen und Steuererhöhungen steigen die Steuereinnahmen um reichlich 4 vH; darin ist die Investitionshilfeabgabe in Höhe von 1 Mrd DM, wie erwähnt, nicht enthalten (Tabelle 30).

Bei unseren Ansätzen über die Ausgaben und Einnahmen, die wohlgemerkt auch von unseren Annahmen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung abhängen, errechnet sich für Bund, Länder und Gemeinden in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein Defizit in Höhe von 60 Mrd DM, das um 7 Mrd DM niedriger ist als im Jahre 1982. In finanzstatistischer Rechnung ergibt sich ein geringerer Rückgang, weil hier die zinsverbilligten Darlehen in vollem Umfang als Ausgaben eingehen, mit denen der Staat im kommenden Jahr den sozialen Wohnungsbau fördern will. Absehbar ist freilich, daß die Haushaltsentwürfe von Bund, Ländern und Gemeinden für 1983 in der Summe ein höheres Defizit ausweisen werden. Die Gebietskörperschaften werden die Ausgaben, soweit sie konjunkturreagibel sind, vermutlich höher ansetzen, und sie werden ein geringeres Steueraufkommen veranschlagen, weil sie von einer etwas ungünstigeren wirtschaftlichen Entwicklung ausgehen als wir.

Mittlerweile besteht mehr Klarheit über die Eingriffe in die Finanzen der Sozialversicherung. Teils waren bei der Anfertigung unseres Sondergutachtens die Maßnahmen im einzelnen noch nicht bekannt, teils konnten ihre Auswirkungen nur grob abgeschätzt werden. Gleichwohl durften sie in einer konsistenten Rechnung nicht unberücksichtigt bleiben. Nach den Korrekturen am Niveau von Einnahmen und Ausgaben zeigt sich, daß die Haushalte der Sozialversicherungen im Jahre 1983 etwas stärker ins Defizit geraten werden, als wir angenommen hatten. Im gemeinsamen Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen ergibt sich insoweit gegenüber dem Vorjahr kaum ein Rückgang der Fehlbeträge.

200. Zu den Annahmen unserer Prognose gehört die Erwartung, daß die Lohnpolitik die Konsolidierungsanstrengungen der neuen Bundesregierung nicht unterläuft. Ob die Gewerkschaften tatsächlich nicht doch versuchen werden, über höhere Löhne teilweise das hereinzuholen, was sich aus neuen staatlichen Regelungen an Belastungen für die Arbeitnehmer ergibt, ist freilich noch unsicher. Zu den Annahmen gehört nicht, daß man im nächsten Jahr auf Lohnerhöhungen ganz verzichtet oder daß es zu Lohnkürzungen kommt, von Einzelfällen einmal abgesehen. Für die Zwecke der Prognose sind wir von Tarifabschlüssen ausgegangen, bei denen die Steigerungsraten nur etwas unter denen von 1982 liegen.

201. Hält die Finanzpolitik ihren Konsolidierungskurs und trägt die Lohnpolitik das ihre zur Sicherung der Arbeitsplätze bei, dann hat auch die Geldpolitik Spielraum für weitere Zinssenkungen. Dabei haben wir unterstellt, daß die Bundesbank ihren potentialorientierten Kurs hält, indem sie die Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1983 (Jahresende 1983 gegen Jahresende 1982 gerechnet) um 5 vH ausweitet und daß sie daran nicht durch außenwirtschaftliche Störungen gehindert wird (Ziffer 249).

202. Höhere Erträge, niedrigere Zinsen und zusätzliche investitionsfördernde Maßnahmen werden das Investitionsklima sicherlich verbessern. Aber die Skepsis, ob dies allein ausreicht, den Rückgang in der Investitionstätigkeit zu stoppen oder gar umzukehren, scheint in den letzten Monaten eher gewachsen zu sein. Wegen des starken Auftragsschwunds, den die meisten Unternehmen hinnehmen mußten, ist die Kapazitätsauslastung weiter gesunken. Gegenwärtig wird mehr über Kapazitätsabbau als über Kapazitätserweiterung gesprochen. Es bleibt zu fragen, ob wir bei unserer Investitionsschätzung, vor allem bei den Ausrüstungen, die eher bescheidene Zuwachsrate nicht noch zu hoch angesetzt haben (Tabelle 31).

203. Die Ergebnisse des Ifo-Investitionstests vom August/September 1982 stützen den verbreiteten Pessimismus nicht, geben aber auch keinen Anlaß zu übertriebenen Hoffnungen. Danach sind im Bergbau, im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe — auf diese Bereiche entfallen reichlich ein Drittel der Bruttoanlageinvestitionen des Unternehmenssektors — für das kommende Jahr insgesamt keine geringeren Investitionen geplant als 1982. Um das Ergebnis von 1982 zu erreichen, müssen die Investitionen im Verlauf des Jahres 1983 wieder zunehmen, wenn auch nicht ganz so stark, wie wir es angenommen haben.

Was derzeit an solchen Informationen verfügbar ist, entspricht dem Stand der Planungen vom Sommer. Man hat sich zu fragen, in welchem Umfang diese noch nach oben korrigiert werden oder schon korrigiert worden sind, nicht zuletzt wegen der investitionsfördernden Maßnahmen. Dies ist sicherlich in der Bauwirtschaft der Fall, die mittlerweile mit deutlich höheren Aufträgen rechnen kann, nicht nur von privaten, sondern auch von öffentlichen Auftraggebern. Korrekturen gibt es möglicherweise aber auch nach unten; denn um die Jahresmitte war das ganze Ausmaß des rezessiven Einbruchs, vor allem im Exportgeschäft, noch nicht erkennbar.

Es hilft gegenwärtig kaum weiter, wenn man noch einmal alle Argumente, die für und gegen die Annahme einer baldigen Belebung der Investitionskonjunktur sprechen versammelt (SG 82 Ziffer 23 f.). Was man als Saldo daraus zieht, hängt von

Tabelle 30

Einnahmen und Ausgaben des Staates[1])

Schätzung für das Jahr 1982 und Prognose für das Jahr 1983

	1981	1982	1983	1982	1983
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung					
Einnahmen insgesamt	706,2	741	771	+ 5	+ 4
Steuern	386,5	395½	412	+ 2½	+ 4
Sozialbeiträge	267,2	282	291	+ 5½	+ 3
Sonstige laufende Einnahmen	35,2	45	48	+27½	+ 7½
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	17,3	18½	20	+ 7	+ 7
Ausgaben insgesamt	768,6	805	833½	+ 4½	+ 3½
Staatsverbrauch	319,8	333	344½	+ 4	+ 3½
Einkommensübertragungen	328,7	347	352½	+ 5½	+ 1½
Private Haushalte	272,9	292	296	+ 7	+ 1½
Unternehmen und übrige Welt	55,8	55	56½	− 1½	+ 2½
Zinsen	35,2	44	51½	+25	+17
Vermögensübertragungen	31,9	32½	35½	+ 2	+ 9
Investitionen	53,1	48	49	− 9½	+ 2½
Finanzierungssaldo[2])	−62,4	−64	−62½	x	x
	vH				
Staatsquote des Gemeinsamen Haushaltes[3])	*48,1*	*47,4*	*46,9*	x	x
Abgabenquote[4])	*42,4*	*42,3*	*42,1*	x	x
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften					
Einnahmen	450,2	471	493	+ 4½	+ 4½
Steuern	386,5	395½	412	+ 2½	+ 4
Sonstige Einnahmen	63,8	75½	81	+18	+ 7½
Ausgaben	517,9	538	553	+ 4	+ 3
Finanzierungssaldo[2])	−67,6	−67	−60	x	x
	vH				
Staatsquote[5])	*32,4*	*31,7*	*31,1*	x	x
Steuerquote[6])	*25,0*	*24,7*	*24,7*	x	x
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Nachrichtlich: Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik					
Einnahmen	465,6	490	512	+ 5	+ 4½
Steuern	370,3	380	394½	+ 2½	+ 4
Sonstige Einnahmen	95,3	110	117½	+15½	+ 7
Ausgaben	542,2	565½	582½	+ 4½	+ 3
Finanzierungssaldo[2])	−76,6	−75½	−70½	x	x
	vH				
Staatsquote[7])	*34,0*	*33,3*	*32,8*	x	x
Steuerquote[8])	*24,0*	*23,7*	*23,6*	x	x

[1]) Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Überschuß: +, Defizit: –.
[3]) Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[4]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts.
[5]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[6]) Steuern der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Bruttosozialprodukts.
[7]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Produktionspotentials.
[8]) Steuern in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Bruttosozialprodukts.

der Gewichtung der einzelnen Argumente ab. Unausgelastete Kapazitäten, um nur dies eine Argument aufzunehmen, sind nicht unbedingt ein Hindernis für zusätzliche Investitionen. Sie sind es insbesondere dann nicht, wenn die unzureichende Auslastung Ausdruck von strukturellen Anpassungsproblemen ist, was derzeit für viele Unternehmen zutrifft. Hier gehen nicht selten der Abbau unrentabler Produktionsanlagen und der Aufbau neuer Anlagen Hand in Hand.

204. Ebenso sehen wir keinen großen Korrekturbedarf bei der Prognose der Bauinvestitionen. Es gibt auch anderslautende Urteile darüber. Kritisch ist gefragt worden, ob wir bei der Umsetzung der wohnungspolitischen Beschlüsse in Nachfrage und Produktion nicht den Zeitbedarf unterschätzt haben. Wir sehen dies nicht so. Es gibt nicht wenige potentielle Bauherren mit baureifen Projekten im Wartestand, und es spricht vieles dafür, den Baubeginn möglichst früh zu legen — die Bauwirtschaft hat freie Kapazitäten, und die Konditionen sind vergleichsweise günstig. Freilich der Betrag, den Bund und Länder für wohnungsbaupolitische Maßnahmen ausgeben wollen, wird voraussichtlich statt 4 Mrd DM nur rund 3 Mrd DM betragen, wobei derzeit nur schwer abzuschätzen ist, welchen Betrag die Länder tatsächlich beisteuern werden. Etwas niedriger wird daher auch das Bauvolumen sein, das damit zusätzlich mobilisiert wird. Ein rascher Baubeginn setzt überdies voraus, daß die öffentlichen Stellen die Bewilligung von Zuschüssen und Darlehen sehr zügig handhaben, was nicht sicher scheint. Insgesamt ändert das aber nichts an unserer Überzeugung, daß 1983 von den Bauinvestitionen spürbare Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen werden (Schaubild 33).

205. Unverändert skeptisch beurteilen wir dagegen die Entwicklung beim privaten Verbrauch. Die Chancen für steigende Realeinkommen sind derzeit gering und — weil die Sorgen um den Arbeitsplatz eher noch wachsen werden — gibt es keine große Bereitschaft zur Verschuldung. Der drastische Umsatzrückgang, den der Einzelhandel seit Anfang dieses Jahres, vor allem bei langlebigen Gebrauchsgütern, wie Kraftfahrzeugen, Haushaltsgeräten, Möbeln und Heimtextilien hinnehmen mußte, zeigt, wie groß die Verunsicherung der Verbraucher ist. Mehr als ein leichter Rückgang der Sparquote ist für 1983 nicht zu erwarten, und dazu dürfte es wohl auch erst in der zweiten Jahreshälfte kommen, wenn sich das Bild aufhellt.

206. Gedrückt wurde der private Verbrauch in den letzten Monaten auch wegen des anhaltend starken Preisanstiegs, was viele Haushalte zu unerwarteten Mehrausgaben gezwungen hat, etwa bei Benzin und Heizöl, bei öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsleistungen oder für Mieten. Im ganzen ist die Entwicklung bei den Verbraucherpreisen bislang etwas weniger günstig gewesen, als wir es im Sondergutachten angenommen hatten. Zum überwiegenden Teil hängt dies freilich mit der starken Verteuerung von Mineralölprodukten zusammen, doch bahnt sich hier offensichtlich bereits wieder eine Korrektur an.

Schaubild 33

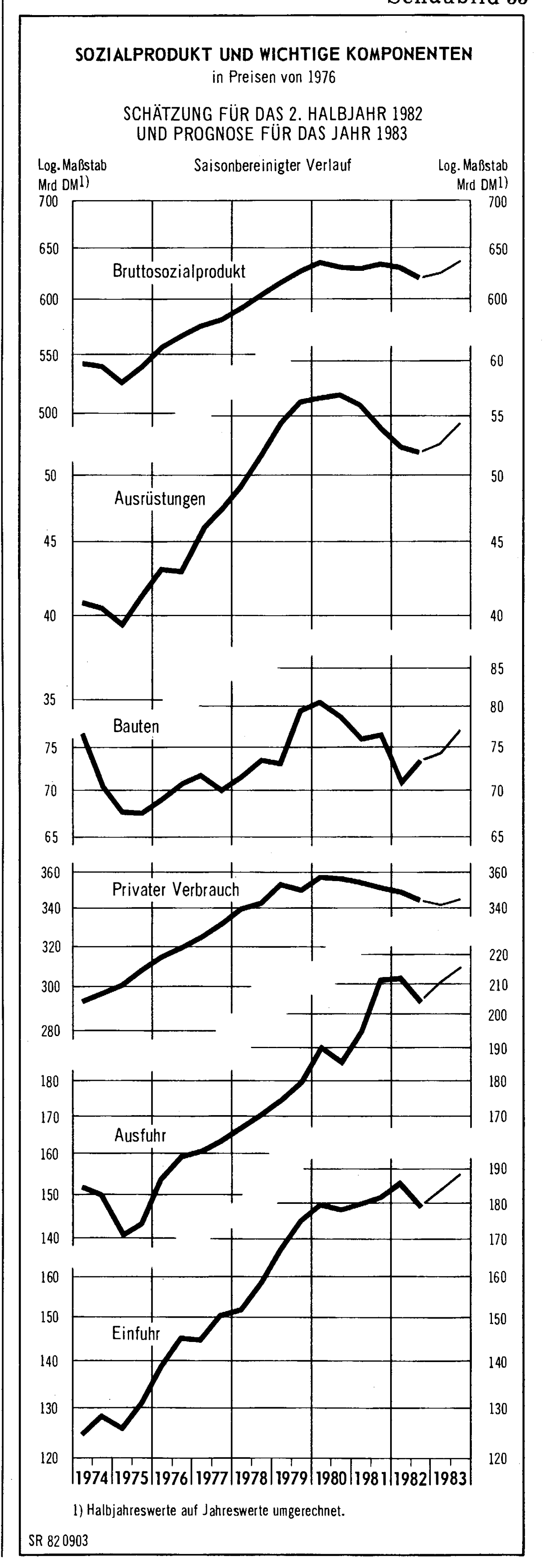


Tabelle 31

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1982

Absolute Werte

	Einheit	1981	1982	1983	1982		1983	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	874,1	903,5	930,5	435,4	468,5	446,5	484,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	319,8	333,0	344,5	154,9	178,0	160,5	184,0
Anlageinvestitionen	Mrd DM	339,3	330,0	355,5	153,1	177,0	162,0	193,5
Ausrüstungen	Mrd DM	128,8	128,0	135,5	59,7	68,5	62,0	73,5
Bauten	Mrd DM	210,5	202,0	220,0	93,4	109,0	100,5	120,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	− 1,4	+ 4,5	+ 7,5	+ 8,5	− 4,0	+ 3,0	+ 4,0
Außenbeitrag	Mrd DM	+ 11,4	+ 29,0	+ 32,0	+ 13,4	+ 15,5	+ 16,0	+ 16,0
Ausfuhr	Mrd DM	496,1	530,5	560,5	265,1	265,5	272,5	288,0
Einfuhr	Mrd DM	484,7	501,5	528,5	251,7	249,5	256,5	272,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 543,1	1 600,5	1 670,0	765,3	835,0	788,0	882,0
In Preisen von 1976:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	704,0	691,5	685,5	336,9	354,5	331,5	354,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	253,0	255,0	256,5	125,4	129,5	126,0	130,0
Anlageinvestitionen	Mrd DM	261,9	248,5	259,0	115,6	133,0	119,5	139,5
Ausrüstungen	Mrd DM	109,6	104,0	107,0	49,0	55,0	49,5	58,0
Bauten	Mrd DM	152,3	144,5	151,5	66,7	77,5	70,0	81,5
Ausfuhr	Mrd DM	405,6	415,5	426,0	209,5	206,0	208,5	217,5
Einfuhr	Mrd DM	361,5	365,0	372,5	184,4	180,5	182,5	190,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 261,9	1 249,5	1 261,5	611,2	638,0	606,0	655,5
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1976 = 100	124,2	130,5	135,5	129,3	132,0	134,5	136,5
Bruttosozialprodukt	1976 = 100	122,3	128,0	132,5	125,2	131,0	130,0	134,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1000	26 030	25 550	25 215	25 571	25 530	25 145	25 285
Arbeitszeit	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976	Mrd DM	1 262,7	1 252,0	1 264,0	614,2	638,0	609,0	655,0
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	880,8	901,0	923,5	427,5	473,5	436,0	487,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	304,7	323,5	348,0	152,8	171,0	158,5	189,5
Volkseinkommen	Mrd DM	1 185,5	1 225,0	1 271,0	580,2	644,5	594,5	676,5
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit[2]	Mrd DM	502,9	507,0	511,5	243,0	264,0	244,5	267,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	247,1	266,5	291,5	125,7	141,0	131,0	160,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[3]	Mrd DM	1 012,0	1 050,5	1 076,5	506,3	544,5	517,5	559,0

[1]) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
[2]) Nettolohn- und -gehaltssumme.

Tabelle 31

schaftlichen Gesamtrechnungen

und Vorausschau auf das Jahr 1983

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1981	1982	1983	1982		1983	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 4,7	+ 3½	+ 3	+ 3,9	+ 3	+ 2½	+ 3½
Staatsverbrauch	+ 7,2	+ 4	+ 3½	+ 3,9	+ 4½	+ 3½	+ 3½
Anlageinvestitionen	+ 0,4	− 2½	+ 7½	− 3,8	− 1½	+ 6	+ 9
Ausrüstungen	+ 0,7	− ½	+ 6	− 2,0	+ ½	+ 3½	+ 7½
Bauten	+ 0,2	− 4	+ 9	− 4,9	− 3	+ 7½	+10
Vorratsveränderung	x	x	x	x	x	x	x
Außenbeitrag	x	x	x	x	x	x	x
Ausfuhr	+15,0	+ 7	+ 5½	+14,5	+ ½	+ 3	+ 8½
Einfuhr	+11,2	+ 3½	+ 5½	+ 7,7	− ½	+ 2	+ 9
Bruttosozialprodukt	+ 4,0	+ 3½	+ 4½	+ 4,7	+ 3	+ 3	+ 5½
In Preisen von 1976:							
Privater Verbrauch	− 1,2	− 2	− 1	− 1,6	− 2	− 1½	− 0
Staatsverbrauch	+ 2,0	+ ½	+ ½	+ 0,6	+ 1	+ ½	+ ½
Anlageinvestitionen	− 3,8	− 5	+ 4	− 6,7	− 3½	+ 3½	+ 5
Ausrüstungen	− 3,4	− 5	+ 3	− 6,5	− 3½	+ ½	+ 5
Bauten	− 4,2	− 5	+ 5	− 6,8	− 4	+ 5	+ 5
Ausfuhr	+ 8,5	+ 2½	+ 2½	+ 8,9	− 3½	− ½	+ 5½
Einfuhr	+ 1,2	+ 1	+ 2	+ 3,4	− 1½	− 1	+ 5
Bruttosozialprodukt	− 0,2	− 1	+ 1	+ 0	− 2	− 1	+ 2½
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 6,0	+ 5	+ 4	+ 5,6	+ 5	+ 4	+ 3½
Bruttosozialprodukt	+ 4,2	+ 4½	+ 3½	+ 4,6	+ 5	+ 4	+ 3
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	− 0,7	− 2	− 1½	− 1,7	− 2	− 1½	− 1
Arbeitszeit[1])	− 1,5	− ½	− ½	± 0	− ½	− ½	− ½
Arbeitsvolumen	− 2,2	− 2	− 1½	− 1,7	− 2½	− 2	− 1½
Produktivität	+ 2,3	+ 1½	+ 2½	+ 2,1	+ ½	+ 1	+ 4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976	+ 0,1	− 1	+ 1	+ 0,4	− 2	− 1	+ 2½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 4,7	+ 2½	+ 2½	+ 2,7	+ 2	+ 2	+ 3
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	− 0,7	+ 6	+ 7½	+ 8,5	+ 4½	+ 3½	+11
Volkseinkommen	+ 3,3	+ 3½	+ 4	+ 4,2	+ 2½	+ 2½	+ 5
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit[2])	+ 3,9	+ 1	+ 1	+ 1,4	+ 0	+ ½	+ 1
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 0,7	+ 8	+ 9	+11,7	+ 5	+ 4½	+13½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[3])	+ 5,7	+ 4	+ 2½	+ 3,9	+ 4	+ 2	+ 2½

[3]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Wir sehen daher keinen überzeugenden Grund, unsere Prognose, die für 1983 eine merkliche Abschwächung im Preisanstieg unterstellt, zu korrigieren, das heißt wir halten nach wie vor für wahrscheinlich, daß sich der Anstieg des Niveaus der Verbraucherpreise im Verlauf des Jahres 1983 auf etwa $3^1/_2$ vH beschränken wird; dabei ist die Anhebung der Mehrwertsteuer zur Jahresmitte 1983 eingeschlossen. Da die Verbraucherpreise am Jahresende 1982 schon um 2 vH über dem Durchschnitt des Jahres 1982 liegen werden (Überhang), ergibt sich für den Durchschnitt des Jahres 1983 eine etwas größere Rate; wir veranschlagen sie auf $3^3/_4$ vH.

207. Der kritische Punkt jeder Prognose ist derzeit die Exportentwicklung. Sie beruht auf Annahmen über die Entwicklung des Welthandels nach Regionen und Gütergruppen. Im Vergleich zu den Schätzungen von internationalen Organisationen ist unsere Prognose nicht besonders optimistisch (Ziffer 191). Andere Prognosen für die Bundesrepublik liegen gleichwohl noch darunter. Sie beschreiben einen Pfad zwischen dem, was wir im Sondergutachten in unserer Status-quo-Prognose für am wahrscheinlichsten gehalten haben, und dem, was wir in einer Prognosevariante als auch möglich, aber weniger wahrscheinlich gekennzeichnet hatten. Die jüngste Entwicklung bei den Auftragseingängen aus dem Ausland und bei der Ausfuhr passen zu der Erwartung, daß unsere pessimistische Variante nicht bestätigt wird. Bemerkenswert ist, daß sich die Erwartungen, die die Unternehmen in das Exportgeschäft setzen, inzwischen wieder gefestigt haben, während sie in bezug auf das Inlandsgeschäft unverändert skeptisch geblieben sind.

208. Was wir in unserer Prognose an positiven Faktoren angelegt sehen, reicht allein für eine durchgreifende wirtschaftliche Erholung nicht aus. Man sollte allerdings die Erfahrungen aus früheren konjunkturellen Abläufen nicht aus dem Blick lassen, wonach ein Umschwung in den Erwartungen zu einer Verstärkung der Auftriebskräfte führt, etwa wenn die Unternehmen im Vorgriff auf wieder steigende Nachfrage und Produktion die Läger aufstokken oder sich nach zusätzlichen Arbeitskräften umsehen. Dies alles geschieht selbstverständlich nicht von heute auf morgen, und erst ein Teil davon wird sich im Ergebnis des Jahres 1983 niederschlagen. Ob es zu einer nachhaltigen und kräftigen Erholung reicht, wird sich voraussichtlich erst 1984 zeigen, insbesonders auf dem Arbeitsmarkt.

DRITTES KAPITEL

Aufgaben für den Markt und für den Staat

I. Wirtschaftspolitik für 1983 und danach

Grundlinien

209. Die Abweichung vom Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes ist so groß geworden, die Hoffnung auf eine rasche Rückkehr zu einem befriedigenden Stand so gedrückt, daß derzeit niemand mehr den Vorrang des Beschäftigungsziels gegenüber den anderen Zielen der Wirtschaftspolitik in Frage stellt. Die Beschäftigungssorgen auf längere Sicht schließen freilich aus, daß eine Wirtschaftspolitik in Betracht käme, die kurzfristig allein dem Beschäftigungsziel diente, die anderen Ziele hingegen vernachlässigte. Denn zumindest auf längere Sicht gibt es keine Wirtschaftspolitik, bei der eine Vernachlässigung dieser anderen Ziele nicht zugleich eine Gefährdung auch des Beschäftigungsstandes in sich trüge. Dies gilt heute mehr noch als früher; denn die engen außenwirtschaftlichen Zusammenhänge setzen eine Störung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts heute sehr schnell in inflatorische Impulse um; so oder anderweitig bewirkte inflatorische Impulse verstärken sich rasch selbst und beeinträchtigen direkt oder über die Reaktion einer dem Schutz des Geldwerts verpflichteten Geldpolitik den Beschäftigungsstand.

Das Verhältnis von Zielen und Realität gibt auch bei diesen anderen Zielen zu Selbstzufriedenheit keinen Anlaß. Das Ziel der Geldwertstabilität ist zwar nicht mehr so stark gefährdet wie in den drei vergangenen Jahren, doch der Weg zurück zu einem stabilen Preisniveau ist noch weit. Es gibt auch keinen außenwirtschaftlich getragenen Prozeß der Stabilisierung wie etwa von 1976 bis 1978, als ohne schwere Rezession, vielmehr angeführt von einem ständigen Anstieg des Außenwerts der D-Mark, die Inflationsrate Jahr für Jahr deutlich sank.

Die Befriedigung über den raschen Abbau des großen Leistungsbilanzdefizits ist berechtigt. Sehen muß man aber auch hier, daß die konjunkturellen Einflüsse, die sich dämpfend auf die Einfuhr gelegt haben, das Bild besser erscheinen lassen mögen, als es gerechtfertigt ist. Bei einem wirtschaftlichen Aufschwung, der nicht von einer Belebung der Weltkonjunktur getragen wäre, könnten sich neue Probleme zeigen. So wie binnenwirtschaftlich in dem nicht nur konjunkturellen, also nicht nur vorübergehenden Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt mit Sicherheit ein Indiz gesehen werden muß, daß die Einkommensforderungen an das mögliche Produktionsergebnis noch zu hoch sind — dies jedenfalls die Ansicht der Mehrheit des Sachverständigenrates (SG 82 Ziffer 41) —, so ist auch außenwirtschaftlich, bedenkt man die verbliebene Unsicherheit hinsichtlich des längerfristigen Fortgangs der Leistungsbilanzentwicklung und die Labilität des langfristigen Kapitalverkehrs, noch keine volle Entwarnung gegeben. Die im Ausland teilweise besonders scharfe geldpolitische Restriktion und die bei uns besonders ausgeprägte Rezession haben über ihre Rückwirkungen auf die Wechselkurse der Bundesrepublik zu einer internationalen Wettbewerbsposition verholfen, von der man zumindest insoweit nicht sagen kann, daß sie solide begründet sei. Die außenwirtschaftlichen und die inflatorischen Probleme in der Welt sind durch Restriktion und Rezession teilweise zunächst nur transformiert, nicht schon gelöst worden.

Auch die Verletzung des Ziels eines stetigen wirtschaftlichen Wachstums ist nur eine weitere Facette desselben Problems. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, das mit den vorhandenen Sachkapazitäten produzierbare Sozialprodukt also, wächst wegen der jahrelangen Investitionsschwäche nur noch mit einer Rate von etwa $1^1/_2$ vH. Das bedeutet, daß die Anzahl der Arbeitsplätze schrumpft (Ziffer 79). Gemeint ist die Summe aus besetzten und wegen Absatzmangels nicht besetzten Arbeitsplätzen. So wenig man im Produktionswachstum ein völlig verselbständigtes Ziel sehen soll, so deutlich muß man erkennen, daß die Verengung der Produktionsmöglichkeiten zugleich eine Verengung der Beschäftigungsmöglichkeiten bedeutet. Für weit mehr als eine Million Arbeitslose gäbe es derzeit auch dann keine Arbeitsplätze, wenn die Absatzmöglichkeiten der Wirtschaft wieder normal wären. Sie müssen erst gebaut werden. Schlimm ist dies nicht nur für das Beschäftigungsziel. Schlimm ist es auch für die Aufgabe einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, weil es dadurch schon schwer wird, die Expansion der öffentlichen Ausgaben auch nur im Rahmen des schwachen Wachstums des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials zu halten, schlimm für die Finanzierbarkeit der Verpflichtungen aus dem System der sozialen Sicherung, schlimm schließlich wegen des Wunsches der meisten Menschen nach Erhaltung und Steigerung ihres wirtschaftlichen Wohlstandes.

210. Für eine Gesellschaft, die weniger bevormundet werden will, aber möglicherweise nicht mehr Selbstverantwortung will und auch den Rang einer weiteren Steigerung des materiellen Wohlstands niedriger ansetzt, einen beschäftigungspolitischen Weg aus der Arbeitslosigkeit zu weisen, ist schwieriger, als es unter den Bedingungen der fünfziger und sechziger Jahre war.

Beklagen muß man, daß es zu einer so schwierigen Lage gekommen ist. Sehen muß man, daß Mangel an Flexibilität in der Vergangenheit dazu beigetragen hat. Angesichts ihrer hohen Kosten ist der Reinigungscharakter einer Krise kein Grund, sie hinzunehmen. Jeder vernünftige Sinn begehrt dagegen auf, daß diese Kosten unumgänglich gewesen sein sollen, zumal die Gefahr nicht einfach auszuschließen ist, daß zu ihnen anstelle eines Gewinns an Anpassungsfähigkeit ein weiterer Verlust gehört. Wie sich gesellschaftliche Strukturen bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit verändern, kann man nicht vorhersagen. Selbst wenn eine Krise neuen Grund schafft, auf dem sich weiterbauen läßt, zerstört sie auch Erhaltenswertes. Sie stellt keinen rationalen Vorgang der Strukturbereinigung dar.

Es ist auch schwierig abzuschätzen, wie nachhaltig ihr Einfluß auf die wirtschaftlichen Erwartungen ist. Auf der einen Seite erzwingt die schlimme Arbeitsmarktlage, hier wie anderswo in der Welt, nach und nach ein Verhältnis der Reallöhne zur weiter wachsenden Produktivität, das die Beschäftigungsprobleme erleichtert. Und die in Gang gekommene Konsolidierung der Staatsfinanzen kann der Furcht vor einem weiteren Steigen der Staatsquote und der Abgabenquote ein Ende setzen, der Furcht vor einer Überlastung des Marktsystems mit staatlichen und staatlich beeinflußten Ansprüchen an die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft entgegenwirken. Auf der anderen Seite lastet der Absatzmangel schwer auf jeder Neigung, an ein nahes Ende der Rezession zu glauben. Richtig ist ebenso: In der Rezession wird der Abbau von Kapazitäten erzwungen, die gegen den Markt unter Inkaufnahme von Kosten verteidigt wurden, die man sich nun nicht mehr leisten kann. Zumindest für Teilbereiche gilt: Desto stärker die Gegenwehr, desto länger die Krise. Die Unternehmen, die im Markt bleiben — es werden nicht immer jene sein, die sich unter normalen Bedingungen als die Tüchtigsten erwiesen hätten — werden wieder bessere Entwicklungsbedingungen haben. Aber die Verbesserung der Rentabilitätschancen der Unternehmen, die sich aus dieser Bereinigung, den korrigierten Kostenverhältnissen und staatlichen Ansprüchen ergibt, ist heute noch weithin verborgen. Es dominieren Unternehmenszusammenbrüche und Vermögensverluste. Und die allgemeine Verunsicherung drängt auch bei denjenigen Unternehmen zunächst einmal zur Konsolidierung, die standhalten und auf deren neue Investitionen man immer dringender wartet. Nur allmählich zeigen sich dahinter die neuverteilten und wieder verbesserten Chancen. Wer durchkommt, dem wird der Markt zwar früher oder später ein erhöhtes Vermögen bescheinigen — als unmittelbaren Ausdruck verbesserter Ertragserwartungen wegen gesunkener Kosten und abnehmenden Konkurrenzdrucks aus Überkapazitäten. Doch die Steigerungen der Aktienkurse gegen Ende einer Krise sind nur Vorboten dieses Endes, noch nicht der Beginn einer neuen Aufwärtsbewegung.

211. Aus der Krise wird sich wahrscheinlich auch eine sachgerechtere Einstellung zum Ziel des wirtschaftlichen Wachstums entwickeln. Die Erfahrung der fünfziger und sechziger Jahre, die ein Bewußtsein geschaffen hatten, wie wenn ein unaufhörliches wirtschaftliches Wachstum gleichsam vorgegeben sei, so daß man sich mehr mit der Verteilung der immer größer werdenden Gütermenge, genannt Sozialprodukt, beschäftigen könne statt mit den Bedingungen seiner Entstehung, diese Erfahrung ist weiter zurückgetreten. Weniger leichtfertig wird aber künftig wohl auch von der Möglichkeit eines Verzichts auf wirtschaftliches Wachstum gesprochen werden, von der Idee eines sogenannten Nullwachstums, das erschöpfliche Ressourcen schont und den Menschen freier macht für die nichtmateriellen Güter des Lebens. Das Ziel des wirtschaftlichen Wachstums ist in dieser jahrelangen Diskussion weithin zu sehr verselbständigt gesehen worden. Schon in seinem Jahresgutachten 1975 ist der Sachverständigenrat dem entgegengetreten.

> „Die marktwirtschaftliche Ordnung ... ist darauf angelegt, daß möglichst viele einzelne möglichst viel Spielraum haben, selbständig etwas zu entscheiden, und daß die arbeitsteilige Produktion von Gütern sich möglichst nach den Wünschen der einzelnen richtet, und daß die Produktion und Zuteilung der Güter möglichst effizient organisiert wird. ... Wirtschaftliches Wachstum, gemessen am Mehr an Gütern, das erzeugt werden kann, oder besser: am Mehr an Gütern, das je Kopf der Bevölkerung bereitgestellt werden kann, ist das Ergebnis der Anstrengungen der Menschen, es besser zu machen als bisher — mehr Fähigkeiten und neues technisches Wissen zu erwerben oder bis dahin ungenutztes anzuwenden, sich neue Hilfsmittel zu schaffen und das Zusammenwirken aller Faktoren besser zu organisieren. An den objektiven Bedingungen hierfür hat sich Grundlegendes in den vergangenen Jahren nicht geändert". (JG 75 Ziffern 274, 294)

Bei alledem ist die Rolle des Staates nicht zu unterschätzen. Die dafür legitimierten Instanzen geben die Prozeßregeln für den privaten Bereich vor und entscheiden für den — inzwischen sehr großen — nicht marktwirtschaftlich organisierten Bereich nach eigenen Regeln, welche öffentlichen Güter und Leistungen den Wünschen der Bevölkerung, den Interessen des Gemeinwesens dienen. Ein Teil der staatlichen Aktivität ist dabei Voraussetzung oder Hilfe erfolgreicher privater Tätigkeit, wie umgekehrt erfolgreiche private Tätigkeit Voraussetzung oder Hilfe ist für eine Mehrung des Wohlstands durch die Bereitstellung von mehr öffentlichen Gütern und Leistungen; es ist kein ergiebiges Abgabensystem vorstellbar, das nicht beides verknüpft.

Was dabei den Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung angeht, so wird immer häufiger auf den trendbestimmten Fortgang des Produktivitätszuwachses Bezug genommen und auf die Ausweitung des Arbeitspotentials — Zugang geburtenstarker Jahrgänge, Zuwanderung von Ausländern —, so daß für eine allmähliche Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand ein jährliches wirtschaftliches Wachstum von, je nach den Annahmen im einzelnen, $3^1/_2$ vH, 4 vH oder noch erheblich mehr erforderlich erscheint. Die Suggestion, daß das

doch unmöglich sei, steht meist unausgesprochen daneben. Ebenso die Vorstellung, daß es ohne eine verordnete Arbeitszeitverkürzung nicht gehen werde. Nun ist nicht zu leugnen, daß in einer solchen Überlegung wichtige Probleme der gegenwärtigen Schwäche an wirtschaftlicher Dynamik aufscheinen. Die Grundzusammenhänge, auf die es für eine längerfristige Betrachtung vor allem ankommt, werden dabei aber nicht berücksichtigt. Weder der Produktivitätsfortschritt noch der Spielraum für wirtschaftliches Wachstum sind objektiv vorgegeben. Und Produktivitätsfortschritt ist nicht etwas Gefährliches, sondern der Ertrag der Anstrengungen und Einfälle, etwas besser zu machen als bisher, und die Voraussetzung für entsprechend hohe Einkommen.

Im Prinzip und von den gegenwärtigen gravierenden Störungen einmal abgesehen, die die Produktionsmöglichkeiten kurzfristig auch objektiv begrenzen, erhalten Menschen Arbeit, wenn sie für andere etwas herstellen wollen und dafür im Austausch nicht mehr verlangen, als das, was sie herstellen, den anderen wert ist. Bei im übrigen ungestörten Rahmenbedingungen können so alle, die es wollen, arbeiten. Das Ergebnis der Anstrengungen aller nennen wir — in unvollkommener Messung — Sozialprodukt. Strengen sich einige oder alle mehr an, fällt ihnen etwas Neues ein, wächst das Sozialprodukt, das Volkseinkommen, und auch die Relation Sozialprodukt je Arbeitseinheit, die wir gesamtwirtschaftliche Produktivität nennen. Beides sind Ergebnisgrößen, nicht vorgegebene Größen. Entschließen sich die Menschen, mehr als bisher Bedacht auf den Umweltschutz zu nehmen, so verringert das, bei unveränderter Arbeit, die Möglichkeiten des Produktionswachstums — weil wir die Umweltveränderungen im Sozialprodukt nicht messen —, ebenso den Produktivitätszuwachs. Gleichwohl geht es den Menschen besser, vorausgesetzt, sie haben die Kosten des Umweltschutzes bedacht — geringeres Produktions- und Einkommenswachstum oder ein Mehr an Arbeit. Mehr für den Umweltschutz tun kann ja durchaus heißen, mehr arbeiten wollen und tatsächlich mehr arbeiten. Entsprechendes gilt für Bestrebungen, die unter dem Stichwort „Humanisierung der Arbeit" zusammengefaßt werden. Auch die freie Entscheidung für eine Ausweitung der Freizeit ist mit einem marktwirtschaftlich verstandenen Ziel des wirtschaftlichen Wachstums nicht im Konflikt, wenn die Kosten in Form verminderten Einkommenswachstums eingerechnet werden. Aus bestimmten Gründen mehr arbeiten wollen, kann daher auch heißen, auf eine sonst mögliche Arbeitszeitverkürzung verzichten. Und selbstverständlich muß mehr arbeiten nicht heißen, daß der einzelne mehr arbeitet. In einer Situation der Unterbeschäftigung heißt Mehrarbeit vor allem, daß mehr Personen beschäftigt werden, daß Arbeitslosigkeit beseitigt wird. An der Bedingung, daß die Erfüllung von Aufgaben, die man sich neu stellt oder die einem neu gestellt werden, Verzicht an irgendeiner anderen Stelle erfordert, gemessen durch das, was man sich sonst hätte vornehmen können, ändert das freilich nichts.

Manches spricht dafür, daß sich die Menschen künftig mehr für Dinge interessieren, bei denen die Anwendung technischer Neuerungen wenig zu Buche schlägt. Auch deshalb könnte vom Ergebnis her der durchschnittliche Produktivitätszuwachs in Zukunft kleiner sein als früher. Mit Gewißheit wirkt sich schon jetzt aus, daß mehr aufgewendet wird als früher, um Energie bereitzustellen oder zu sparen. Auf der anderen Seite steht die breite Einführung großer technischer Neuerungen bevor — Mikroelektronik —, die es erlauben werden, mit weniger Arbeit auszukommen, also mehr zu produzieren oder mehr Freizeit zu behalten. Jede große technische Neuerung ist freilich mit Umstellungsproblemen verbunden. Aber es gibt viele — eher zu viele — Hemmnisse, die das Tempo der Neuerung in Grenzen halten.

Es fehlt für die Zukunft nicht an neuen Aktivitätsfeldern. Wohin die Gesellschaft drängen wird, wohin die Neigungen und Fähigkeiten der Menschen gehen, läßt sich kaum zuverlässig vorhersagen. Die Aufgabe des Staates ist hier begrenzt. Seine Aufgabe ist, unter Unsicherheit selbst die neuen Vorhaben rechtzeitig und kraftvoll anzugehen, die für die Zukunft ihm zufallen. Im übrigen soll er helfen, daß die neuen Strukturen gefunden werden, Hindernisse wegräumen, die unnötig stören, andere aufrichten, wo einzelwirtschaftliches Tun die Interessen anderer oder aller unbillig beeinträchtigt. Dies heißt gegenwärtig vor allem, konsequent die Bedingungen zu verbessern, unter denen die Privaten, wo immer sich für neue oder erweiterte Beschäftigungsmöglichkeiten Chancen auftun, das Risiko übernehmen, das nun einmal mit solchen Chancen verbunden ist. Und das wiederum heißt für den Staat nicht zuletzt, sich selbst an diesen Risiken stärker als bisher zu beteiligen — oder die eigene Ertragsbeteiligung zu reduzieren —, allemal jedoch die in ihm selbst liegenden Risiken zu verringern. Denn, von späteren Wachstumsraten einmal abgesehen, derzeit produzieren wir auf einem falschen, einem zu niedrigen Niveau.

Ist das wirtschaftliche Wachstum auch keine staatliche Veranstaltung, so hat der Staat doch die Aufgabe, wirtschaftliches Wachstum zu erleichtern, und zwar weil die Menschen Wachstum wollen — sie wollen es, indem sie arbeiten wollen, ihren Wohlstand mehren oder anderen helfen wollen und sich dabei weiterhin erfolgreich anstrengen, es besser zu machen als bisher. Für den einzelnen geht es nicht um die Wachstumsrate des Sozialprodukts, für ihn geht es um Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten und um die Folgen des Erwerbsstrebens anderer. Hierfür sind die Spielregeln da und fortzuentwickeln. Nicht zuletzt die Regeln der Rücksichtnahme. Bei hohem Wohlstand bleibt mehr Raum auch für anderes als für das Notwendigste. Ein niedriges Sozialprodukt kann viel mehr Zerstörung der Umwelt bedeuten als ein hohes. Und tatsächlich verhält es sich auch so. Hier geht es um die Frage, wofür man sich anstrengt, nicht ob man es tut. Die Möglichkeit zum wirtschaftlichen Wachstum zu verweigern, zu verweigern auch den Beitrag, den der Staat selbst den Bürgern schuldet, hieße die Menschen in Arbeitslosigkeit oder Arbeitszeitverkürzung und Einkommensverzicht zwingen — mit Rückwirkungen wiederum auf die Möglichkeiten des Staates, das Seine

zu tun — und wäre kaum ein mit dessen Aufgaben zu vereinbarender Weg, und jedenfalls keiner, der zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit führte. Wenn wir wirtschaftliches Wachstum nicht wieder in Gang setzen, werden wir die Beschäftigungsprobleme nicht lösen.

212. Gegenwärtig verdunkeln die Erscheinungen der Krise allzusehr die Chancen auf längere Sicht. Die wirtschaftlichen Erwartungen in der Bundesrepublik erscheinen noch schlechter als anderswo in der Welt, obwohl die stabilitätspolitische Konstitution eher die bessere ist. Daher ist es nicht immer leicht, auf der Suche nach einem Ausweg aus der Krise die längerfristigen Erfordernisse und die aktuellen Nöte in angemessenem Verhältnis zu berücksichtigen. Die Bereinigung von Strukturfehlern, die Anpassung der Umverteilungsaufgaben, die das Marktsystem überlagern und beeinträchtigen, an die geänderte Situation, die Erneuerung von Flexibilität, die Beseitigung von Anreizen zur Fehlleitung und Verschwendung von Ressourcen, die konsequente Verteidigung eines freien internationalen Handels und die daraus sich ergebende Notwendigkeit, einen entsprechend raschen Strukturwandel zu akzeptieren und zu bewerkstelligen — all dies sind Aufgaben, die unumgänglich zu erfüllen sind. Die Anpassung nun mit sicherer Hand zuzulassen oder zu bewirken, ohne die Kontrolle über die vorläufig womöglich noch andauernde Abwärtsbewegung zu verlieren, ist die Gratwanderung, die der Wirtschaftspolitik derzeit abverlangt ist. Sie erfordert im Prinzip auch den Verzicht auf Maßnahmen, die sich unter kurzfristigen Gesichtspunkten ganz besonders aufdrängen mögen, unter längerfristigen aber schädlich erscheinen. Der Sachverständigenrat hat in seinem Sondergutachten vom Oktober dieses Jahres dargelegt, daß und warum er eine massive Förderung des Wohnungsbaus hierzu zählt, ebenso die geplante Änderung der Gemeindefinanzen. Die Rücksichtnahme auf die konjunkturellen Risiken ist nach Ansicht der Mehrheit des Rates schon bei der Entscheidung über das Ausmaß der Senkung des strukturellen Defizits der öffentlichen Haushalte im Jahre 1983 nicht zu kurz gekommen, zumal zweifelhaft ist, ob ein geringeres Tempo der Konsolidierung auch nur kurzfristig bessere gesamtwirtschaftliche Wirkungen haben würde (SG 82 Ziffer 62). Weitere Maßnahmen hingegen sind notwendig, die im Rahmen einer aktiven Wachstumspolitik auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft ansetzen.

213. Dieses Urteil hängt mit den Ursachen der Krise zusammen — auch den weltweiten Ursachen, deren Reflex Nachfragestörungen sind, die sich nun zu verselbständigen drohen. Wir haben es nicht mit einer allgemeinen Nachfragekrise aufgrund allgemein destabilisierter Erwartungen zu tun, sondern im Kern mit Anpassungsproblemen. Wie hoch man auch immer das Gewicht einer inzwischen selbständig gewordenen Nachfrageschwäche einschätzt, man kann selbst diese bei leeren öffentlichen Kassen und mangelndem Zutrauen zu einem hochverschuldeten Staat nicht nur einfach durch Geldausgeben bekämpfen, aber auch deshalb nicht, weil der Prozeß der strukturellen Anpassung nicht aufgehalten werden darf, sondern gefördert werden muß.

In der Bundesrepublik steht keine Wirtschaftspolitik zur Diskussion, die die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft gefährdet, indem sie sie überfordert. Auch keine Kopie der Wirtschaftspolitik, zu der die britische Regierung sich genötigt sah und bei der auf angebotspolitische Hilfen des Staates, zu denen der Sachverständigenrat seit Jahren rät, weitgehend verzichtet wird. Die Finanzpolitik in der Bundesrepublik setzt auf Umstrukturierung und ein maßvolles Tempo der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Die Geldpolitik ist nicht dabei, die Wirtschaft abrupt zur Geldwertstabilität zu zwingen. Sie sorgt vielmehr für ein Geldangebot, das für eine befriedigende Produktionsausweitung auch dann ausreichen würde, wenn sich die Geldentwertung nur allmählich abschwächt. Der Vorwurf einer deflatorischen Politik trifft weder die eine noch die andere.

214. Ein Land kann heute seinen Wohlstand nur halten, wenn es einen großen Teil seines Einkommens durch Verkauf seiner Leistungen im Ausland verdient. Die geringe Dynamik der Weltwirtschaft erschwert dies außerordentlich. Kein einzelnes Land kann diesen Belastungsfaktor aus der Welt bringen. Dies ist in der Tat ein Grund — neben dem großen Arbeitsplatzdefizit —, für die kommenden Jahre auch bei großen Anstrengungen nur einen allmählichen Abbau der Beschäftigungsprobleme zu erwarten.

Wir haben in unserem jüngsten Sondergutachten dargelegt, daß eine Überwindung der Schwäche der Weltwirtschaft am ehesten zu erwarten ist, wenn möglichst bald alle Länder, die von ihrer stabilitätspolitischen Konstitution her dazu in der Lage sind, in einer parallelen Aktion über eine Verbesserung ihrer Wachstumsbedingungen den Weg nach vorn freimachen würden.

Man muß sich gleichwohl fragen, wie ein Land allein sich helfen könnte. Wenig Erfolg verspräche der Versuch, wegen der Schwäche der Weltnachfrage einseitig den binnenwirtschaftlichen Absatz zu forcieren, den privaten oder den staatlichen Verbrauch, ihnen benachbart den Wohnungsbau. Die Einfuhr würde mitsteigen, die Leistungsbilanz wieder ins Defizit geraten. Außenwirtschaftlich würden die Grenzen solcher Politik schnell deutlich werden, wie unsere Nachbarn es gerade erleben und die Bundesrepublik selbst es 1980/81 erfahren hat. Gegen diesen Weg spräche außerdem, daß dann für die Erhaltung und Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in der Zukunft zu wenig getan würde.

Aber auch eine einseitig auf Exportanstrengungen ausgerichtete Strategie, die trotz schwacher Weltkonjunktur, über Marktanteilsgewinne also, die Ausfuhr schneller steigen ließe als die Einfuhr, weil die Inlandsnachfrage kurz gehalten bliebe, kommt nicht in Betracht. Exportförderung verbunden mit finanzpolitischer Restriktion wäre ein solcher Weg. Dies hieße den Widerstand des Auslands gegen einen Export von Arbeitslosigkeit herausfordern.

Zu den Regeln eines fairen internationalen Wettbewerbs passen würde freilich der Weg, allgemein die Angebotsbedingungen in der Volkswirtschaft weiter zu verbessern. Daraus würden Exporterfolge erwachsen, aber auch hohe Zuwächse bei der Einfuhr, möglicherweise zeitweise sogar besonders hohe, in der Phase gesteigerter Investitionstätigkeit nämlich, die ein solcher Weg zunächst bedingte. Zahlungsbilanzprobleme wären deshalb gleichwohl nicht wahrscheinlich; bei einer Strategie verbesserter Angebotsbedingungen würde internationales Kapital, das an den neuen Investitionschancen beteiligt werden möchte, vermutlich nicht ausbleiben. Weniger wahrscheinlich ist leider, daß auch nur bei einer solchen fairen Strategie Abwehrmaßnahmen anderer Länder unterbleiben. Denn diese richten sich nicht in erster Linie gegen Exportüberschüsse ihrer Konkurrenten, sondern gegen deren Exporterfolge schlechthin sowie gegen Einfuhrhemmnisse.

Die Bundesrepublik als ein von der Ausfuhr abhängiges Land muß gleichwohl dafür kämpfen, daß der Weg für eine solche Strategie des fairen internationalen Wettbewerbs, bei dem eben nicht nur einer auf Kosten anderer gewinnt, sondern im Prinzip alle gewinnen können — bei allen steigen Ausfuhr und Einfuhr und die Produktion für das Inland — offen bleibt. Das gilt auch für den Fall, daß sich dabei zunächst allenthalben eine Korrektur der Reallöhne im Verhältnis zur Produktivität, eine Korrektur nach unten, ergibt. Worauf es ankommt ist, daß dabei die Beschäftigung und hierüber die Summe der Reallöhne wieder steigt.

Daß ein einigermaßen freier Welthandel erhalten bleibt beziehungsweise wiederhergestellt wird, ist im wahrsten Sinne des Wortes ein vitales Interesse der Bundesrepublik, aber auch aller. Dazu gehört freilich von vornherein die Unterdrückung eigener protektionistischer Neigungen. Die Einstellung, daß es ein berechtigtes Interesse der Abwehr gegen eine rasch steigende Einfuhr aus Ländern gibt, die mit der Industrialisierung erst begonnen haben und deren natürliche Wettbewerbschancen in niedrigen Löhnen liegen, darf auch bei uns nicht um sich greifen. Jenseits der Krise gibt es genug Arbeit für alle auf der Welt. Gegenwärtig ist das zwar nicht der Fall. Doch der Weg des Protektionismus, der nun einmal keine Einbahnstraße ist, kann sie nur für alle verringern. Er ist daher auch kein geeignetes Mittel, in schwieriger Zeit „knappe" Arbeit gerecht zu rationieren. Der Wettbewerb durch Verbesserung der allgemeinen Angebotsbedingungen der einzelnen Volkswirtschaften hingegen ist ein nicht auf Konflikt und gemeinsamen Schaden angelegter Weg — jedenfalls bei offenen Märkten und Verzicht auch auf indirekte Formen des Protektionismus, wie sie etwa in gezielten Subventionen zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Bereiche zu sehen sind.

Die Bundesrepublik braucht große Anstrengungen zugunsten der Exportfähigkeit, nicht um über Exportüberschüsse ihre Beschäftigungsprobleme zu lösen, sondern um auch in Zukunft die steigenden Importe und sonstigen Leistungen bezahlen zu können, die als Korrelat einer im ganzen kräftigeren wirtschaftlichen Expansion zu erwarten wären.

215. Der Verweis darauf, daß die fünfziger und sechziger Jahre mit ihrer enormen Wachstumsdynamik in der Welt kein Vorbild sein könnten für die Strategie der kommenden Jahre, hilft nicht weiter. Welche Wachstumsraten sich ergeben werden, wenn die großen Hindernisse weggeräumt sind, die derzeit so vielen Menschen die Möglichkeit zu arbeiten verbauen, ist auch durchaus zweitrangig. Entscheidend ist, die Voraussetzung für mehr Beschäftigung zu schaffen. Richtig ist gewiß, und auch das sei wiederholt: Die Tatsache, daß viele andere Länder größere interne Probleme haben als die Bundesrepublik und voraussichtlich später mit ihnen fertig werden als sie, wird auch in unserem Land die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand verzögern. Eine vollbefriedigende Anpassung an schwach expandierende Auslandsmärkte gibt es wohl nicht, jedenfalls nicht rasch. Aber wir sehen keinen anderen Weg als die Flucht nach vorn. Keine Alternative ist es jedenfalls, gebannt durch die weltweiten Probleme, darauf zu warten, daß die anderen Länder mit ihren viel größeren Problemen fertig werden und so die Dynamik der Weltwirtschaft erneuern. Es genügt auch nicht, sich auf eine Politik der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu beschränken.

216. Daß sehr viel mehr Investitionen nötig sind, ist heute allgemein nicht mehr umstritten, nötig auf kurze Sicht um der wirtschaftlichen Erholung willen, nötig auf kurze und auf längere Sicht wegen der Notwendigkeit, nicht nur Arbeitsplätze zu besetzen, die derzeit aus Absatzmangel unbesetzt bleiben, sondern weil für sehr viele Arbeitslose und weiter hinzukommende Arbeitsuchende Arbeitsplätze erst noch gebaut werden müssen. Beschäftigungspolitisch sind nicht nur Investitonen in die Ersetzung alter und den Bau neuer Produktionskapazitäten erwünscht, sondern auch Rationalisierungsinvestitionen. Nur so können Arbeitsplätze, die wegen des hohen Lohnniveaus in der Bundesrepublik kostenseitig gefährdet sind, in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden. Wo es zu Fehlern beim Lohnniveau gekommen ist, wäre doch die Reallohnsenkung im Prinzip eine defensive Strategie, die Kostensenkung durch Rationalisierung eine offensive. Im übrigen sind Investitionen in der Praxis nur selten einigermaßen scharf nach dem Schwerpunkt der jeweiligen Investitionsmotive voneinander zu unterscheiden. Jede Investition ist Vorbereitung künftiger Produktion. Genügend Produktivkräfte, um auf breiter Front mehr zu investieren, sind da und frei. Auch an Kapital wird es nicht mangeln, wenn die Investitionsbedingungen wieder gut sind. Kapitalimport könnte helfen; an die Stelle von langfristigem Kapitalexport und kurzfristigem Kapitalimport — so die Situation 1982 — könnte das umgekehrte Bild treten. Ebenso wenig fehlt es an Investitionspotential. In vielen Bereichen sind die Produktionsanlagen älter, als sie sein sollten. Verbessert werden müssen die Investitionsbedingungen. Der Sachverständigenrat hält die Lohnpolitik für fähig, hierzu einen wichtigen Beitrag zu leisten, aber für überfordert, dies allein zu leisten. Soll der Staat helfen und lassen sich hierfür durch Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte Mittel frei machen, so erhebt sich die Frage nach dem besten Weg, die Frage im beson-

deren, ob öffentliche Förderung nicht möglichst direkt auf mehr Beschäftigung zielen, also hier und nicht bei den Investitionen ansetzen sollte. Eine Senkung der Lohnkosten durch Subventionierung des Arbeitseinsatzes mit dem Ziel, auf diese Weise von vornherein im besonderen arbeitsplatzschaffende Investitionen zu bewirken, wäre jedoch nicht anzuraten, von der flankierenden Rolle der Subventionen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik einmal abgesehen. Ein solcher Weg müßte die Verantwortung der Tarifpartner für das Lohnniveau verwischen. Mit der Förderung bei den Investitionen selbst ansetzen heißt selbstverständlich auch Rationalisierungsinvestitionen fördern. Das sollte man aber auch akzeptieren, wenn richtig ist, daß der Weg zurück zu einem vollbeschäftigungskonformen Kostenniveau durch Rationalisierung hindurch führt. Dadurch ist nicht ausgeschlossen, bei der Förderung besonders zu berücksichtigen, was Investitionen in neue und bessere Produkte sowie in neue Kapazitäten auszeichnet, ihre Riskantheit nämlich, im Gegenteil, das setzt am Spezifischen des Investierens überhaupt an.

Wunder soll man sich von einer steuerlichen Investitionsförderung freilich nicht versprechen, namentlich wenn diese durch eine Erhöhung der Steuern an anderer Stelle finanziert werden muß. Die Wirkungen eines solchen Steuertausches lassen sich auch nicht einfach an der vom Steuergesetzgeber vorgesehenen Verteilung der Steuerlast ablesen. Viel liegt an einer geschickten Auswahl der Maßnahmen. Es geht um eine möglichst große Differenz zwischen den nachteiligen Wirkungen alter und neuer steuerlicher Regelungen; denn nachteilig sind Steuern selbstverständlich allemal. Daß diese Nachteiligkeit unterschiedlich ist und nicht am Steueraufkommen gemessen werden kann, dies ist es, was man nutzen muß. Investitionsförderung ist auch keine hinreichende Bedingung für mehr Investitionen. Wichtig ist außerdem, daß sich auch im übrigen die Investitionsbedingungen verbessern, zumindest nicht verschlechtern. Andernfalls stünde man da wie etliche Länder, die sehr großzügige steuerliche Bedingungen fürs Investieren geschaffen haben und doch seit Jahren tief in einer Investitionsschwäche steckengeblieben sind.

217. Wirtschaftspolitik und Lohnpolitik müssen für 1983 als ihre Hauptaufgabe erkennen, die wirtschaftlichen Erwartungen auf längere Sicht zu verbessern, neue, bessere Perspektiven zu eröffnen, um auf diesem Umweg zugleich das wirtschaftliche Verhalten auf kurze Sicht zu stabilisieren. Auch die Entscheidungen außerhalb der Wirtschaftspolitik im engeren Sinne, etwa in der Telekommunikation und in der Einstellung zur Kernenergie spielen hier eine wichtige Rolle.

— Was die Lohnpolitik angeht, so ist derzeit nicht umstritten, daß es keinen Sinn macht, durch hohe, an Verteilungszielen orientierte Lohnsteigerungen für einen großen Teil der Unternehmen Rentabilitätsprobleme in Kauf zu nehmen, die der Staat dann durch Steuervergünstigungen und Subventionen oder durch eine im ganzen inflatorische Geld- und Finanzpolitik zu heilen hätte, oder, was nicht weniger schlimm wäre, solche Erleichterungen zum Anlaß zu nehmen, den Spielraum für Lohnerhöhungen größer einzuschätzen und so investiv gedachte öffentliche Mittel schließlich doch dem Konsum zuzuleiten. Umgekehrt ist auch nicht streitig, daß der Staat derzeit, soweit er irgend kann, helfen muß, die Beschäftigungsprobleme zu verringern. Der große Streit über die Rollenverteilung im Hinblick auf das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes, der Streit um die beschäftigungspolitische Mitverantwortung der Tarifparteien — als Korrelat der Tarifautonomie —, ist in Anbetracht des überaus hohen Problemdrucks nicht sehr akut.

Die Diskussion geht gegenwärtig um die Frage, inwieweit in der Lohnpolitik längerfristige Erfordernisse mit kurzfristigen in Konflikt liegen. Möglichkeiten einer mittelfristigen Orientierung der Lohnpolitik rücken damit in den Vordergrund des Interesses. Wir raten, das Thema nicht nur als Frage nach der dauerhaft nötigen Korrektur der Reallöhne, sondern auch als Frage nach der beschäftigungspolitisch günstigsten Verteilung von Einkommensrisiken auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu diskutieren (Ziffern 229 ff.). Selbst die Frage, ob Reallohnsicherung Leitmotiv einer mittelfristigen Orientierung sein dürfte, ist nicht zuletzt eine Frage der Risikoeinschätzung, außerdem eine Frage nach dem Zeitbedarf für die angestrebte Normalisierung des Beschäftigungsstandes. Das Tempo, mit dem die Reallohn/Produktivitäts-Relation verändert werden könnte, wäre bei festgehaltenen Reallöhnen von vornherein begrenzt. Dabei ist zugleich zu bedenken, daß eine kräftige Zunahme der Beschäftigung eine Zeitlang — nicht gleich zu Beginn — einen nur geringen durchschnittlichen Produktivitätszuwachs mit sich brächte, da vergleichsweise viele Arbeitsplätze für weniger produktive Arbeitskräfte zu schaffen wären. Mehr Flexibilität in den Lohnrelationen könnte hier helfen. Das Ausmaß eines Korrekturbedarfs bei den Reallohn/Produktivitäts-Relationen ist nicht von vornherein bekannt. Unterschätzt man ihn, so hieße dies, daß die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand sich länger hinzieht, und wenn dies schließlich deutlich geworden ist, würde jedermann es beklagen. Aber man muß sich hinsichtlich der Frage einer Sicherung der Reallöhne wohl auch etwas zutrauen. Falsche Reallöhne können durch Produktivitätsfortschritt zu richtigen werden. Das ist im Prinzip der Weg nach vorn. Den Einkommensspielraum der Zukunft unterschätzen hieße zu große Zaghaftigkeit auch anderwärts programmieren, bei den Investitionen etwa, die an den allgemeinen Einkommenserwartungen orientiert sind, und das dürften nicht wenige sein. Im übrigen bleibt es dabei: Es können in der Wirtschaft mehr Risiken, die sich mit Investitionen in der Zukunft verbinden, übernommen werden, wenn in der Frage der Beteiligung der Arbeitnehmer am unternehmerischen Risiko — und damit selbstverständlich am Gewinn — neue Wege beschritten würden.

— Was die Arbeitsmarktpolitik angeht, so hat der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Sondergutachten dargelegt, welches Gewicht in der gegenwärtigen Situation und auf längere Sicht Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz zukommen (SG 82 Ziffern 87 ff.). Arbeitsmarktpolitik spielt eine die eigentliche Beschäftigungspolitik flankierende Rolle, soweit es vor allem um ihre sozialen Aufgaben geht. Sie ist aber auch Teil der Beschäftigungspolitik, soweit sie dazu beitragen kann, strukturelle Faktoren des Arbeitsmarktungleichgewichts abzubauen. Dies gilt zuallererst für ihre Aufgaben im Bereich der Berufsausbildung, Berufsfortbildung und Umschulung.

> „In ihren auf Qualifizierung zielenden Elementen ist sie ein Beitrag zur Beseitigung struktureller Probleme des Arbeitsmarktes und damit eine der Bedingungen für eine am Wachstum orientierte, auf dauerhafte Beseitigung der Arbeitslosigkeit gerichtete Wirtschaftspolitik. Als flankierende Maßnahme kann die Arbeitsmarktpolitik außerdem dazu beitragen, vorübergehend die Arbeitslosigkeit zu vermindern und zugleich Hilfe für die am ärgsten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Personen zu bringen." (SG 82 Ziffer 87)

— Was die Finanzpolitik angeht, so ist eine Lösung ihrer mittelfristigen Probleme, die Vertrauen in die Staatsfinanzen schafft und zugleich in jedem Falle Sicherheit gegen eine kurzfristige weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage verspricht, nicht möglich. Bei einem Zusammenwirken aller müßte es aber gelingen, solche Risiken zu vermindern. Dies sollte dem Staat auch erlauben, aus seiner noch vorwiegend defensiven Strategie bald herauszutreten. Bei der gegenwärtig erkennbaren Strategie spielt der Respekt vor den nicht guten Erfahrungen der Vereinigten Staaten mit einer Politik des überzogenen Vertrauens auf eine Autokonsolidierung hoher Staatsdefizite als Folge wachstumspolitisch motivierter Steuersenkungen eine wichtige Rolle. Solche Vorsicht ist im Prinzip wohlbegründet. Auch der Sachverständigenrat hat in seinem letzten Jahresgutachten davor gewarnt, das Experiment der amerikanischen Regierung zu kopieren (JG 81 Ziffern 307 ff.).

Aber auch für den Staat gilt, daß es für die Zuversicht, bei entsprechender Entschlossenheit die anstehenden Probleme lösen zu können, keinen befriedigenden Ersatz gibt. Es wäre schlimm, wenn zu dem Pessimismus und der Verzagtheit der Bürger auch noch die Unentschlossenheit des Staates hinzukäme. Dann würden die Probleme übermächtig erscheinen und in der Tat unlösbar. Gewiß, Zuversicht des Staates, die glaubwürdig sein soll, sich in neues Vertrauen der Bürger umsetzen soll, rechtfertigt sich nur durch entsprechendes Handeln. Die öffentlichen Defizite sind das zentrale Problem. Aber sie sind nicht das Maß aller Dinge. Zupackend muß nicht nur die Art sein, mit der der Staat die Ansprüche, die an ihn gestellt werden, auf ein vertretbares Maß zurückschneidet, zupackend muß er auch an die eigenen Zukunftsaufgaben herangehen und an Maßnahmen, mit denen er die Erfolgschancen der zu mehr Selbstverantwortung aufgerufenen Bürger erweitert. Beides gehört zusammen. Und die Bereitschaft der anderen, es auch so zu sehen, ist ja da, bei den Unternehmen, bei den Arbeitnehmern, bei den Arbeitslosen — die Bereitschaft zu arbeiten, zu sparen, es fehlt an der Bereitschaft, in die Zukunft zu investieren. Die zwei Millionen Arbeitslosen bestehen nicht in erster Linie aus Sozialschnorrern, die investitionsschwachen Unternehmen nicht in erster Linie aus verkappten Rentiers auf Staatskosten. Trotz aller noch ungelösten Probleme: Die Bundesrepublik ist nicht in der Situation eines Landes, das seine Zukunftsaufgaben nicht meistern kann, weil es sich die dafür nötigen Investitionen nicht leisten kann.

Aus dem energischen Anpacken der konkreten Aufgaben der Finanzpolitik für die kommenden Jahre müssen sich die neuen Perspektiven für die Wirtschaft ergeben. Wir haben diese Aufgaben in unserem jüngsten Sondergutachten so beschrieben:

„(1) Die Konsolidierung der staatlichen und kommunalen Haushalte ist fortzusetzen und durch Entscheidungen zu sichern, die eine weitere Senkung der öffentlichen Defizite jenseits des Jahres 1983 erwarten lassen.

(2) Trotz der im Rahmen der Konsolidierung der Haushalte nötigen Eindämmung der Ausgaben sind die öffentlichen Ausgaben für produktive investive Zwecke zu erhöhen.

(3) Die Wirtschaft sollte sich darauf verlassen können, daß die volkswirtschaftliche Steuerquote nicht dauerhaft ansteigen wird.

(4) Durch Tarifrevision ist auszugleichen, was wegen der Progression inflations- und wachstumsbedingt, also mit allgemein steigendem Einkommen, an zusätzlicher Steuerlast entsteht. Dies kann jedoch wegen des Vorrangs der Konsolidierungsaufgaben nicht sehr bald geschehen.

(5) Die Steuerlast ist von den direkten Steuern stärker auf die indirekten Steuern zu verlagern — zum Ausgleich entgegengesetzter, wachstumspolitisch unerwünschter Bewegungen in der Vergangenheit.

(6) Zur Verlagerung von direkten Steuern auf indirekte Steuern gehört eine Korrektur des Progressionsverlaufs im Einkommensteuertarif, die, um die Leistungsanreize für die Steuerpflichtigen wieder zu verstärken, über den Ausgleich für die inflations- und wachstumsbedingten Progressionswirkungen hinausgeht. Dies kann jedoch wegen des Vorrangs der übrigen Aufgaben nicht sehr bald geschehen.

(7) Zur Verlagerung von direkten auf indirekte Steuern gehört eine Senkung und steuersystematisch einwandfreie, die Fehlleitung von Ressourcen nicht verstärkende, son-

dern vermeidende Neuordnung der Steuern, die auf der Investitionstätigkeit lasten. Hierzu gehört auch eine Senkung oder Abschaffung derjenigen Subventionen und Steuervergünstigungen, die — zu Lasten der übrigen Steuerzahler — nur deshalb aufrechterhalten oder mit beschäftigungspolitischer Begründung immer wieder neu gewährt werden, weil die Begünstigten sie aus Gewöhnung nicht mehr entbehren können und weil die Investitionskraft der Wirtschaft im ganzen — auch steuerbedingt — unzureichend ist; indem sie Wettbewerbsverzerrungen schaffen, gefährden sie auch den gesunden Teil der Wirtschaft und hemmen den Strukturwandel.

(8) Zur Neuordnung der Steuern, welche die Investitionstätigkeit belasten, gehört insbesondere die steuerliche Entlastung der Risikobereitschaft. Deshalb, aber auch sonst sollte bei allen Maßnahmen, die direkt an den Investitionen anknüpfen, gelten, daß das Maß der Kapitalbindung, also die Abschreibungsdauer, der Zeitraum für den Kapitalrückfluß, mit hohem Rang die Entlastungsregeln zu bestimmen hat.

(9) Bei allen Maßnahmen, welche direkt oder indirekt die Investitionstätigkeit steuerlich entlasten, ist nach Wegen zu suchen, die die fiskalische Anfangslast aus solchen Maßnahmen möglichst gering halten.

(10) Das Gemeindesteuersystem ist neu zu ordnen — zur Stärkung der Autonomie der Gemeinden, zur Sicherung einer gewerbefreundlichen Gemeindepolitik, zur Vermeidung einer wachstumsschädlichen Verteilung der Abgabenlast in den Gemeinden.“ (SG 82 Ziffer 63)

— Was die Geldpolitik angeht, so ist die Rückkehr zu einem mittelfristig orientierten Kurs vollzogen. Er wird auch zur Verbesserung der Lage beitragen. Die Bundesbank sollte ihn fortsetzen.

218. Was man sich für 1983 vornehmen kann, ist wohl nicht mehr, als eine Entwicklung, die unserer Prognose entspricht, sicherer zu machen. Erst für 1984 ist ein kräftiger wirtschaftlicher Aufschwung eine realistische Chance. Man dürfte sich jedoch selbst für den Fall einer lang anhaltenden Aufwärtsbewegung einen zufriedenstellenden Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme nur versprechen, wenn es gelingt, die Investitionsquote der Volkswirtschaft deutlich und nachhaltig zu erhöhen. Andernfalls bliebe eine zu große Arbeitsplatzlücke auch am Ende des nächsten Aufschwungs übrig. Die konsequente Förderung arbeitsplatzschaffender und arbeitsplatzsichernder Investitionen durch Lohnpolitik und Wirtschaftspolitik ist daher eine unumgänglich erscheinende Aufgabe.

Sich noch weniger vorzunehmen, etwa ein gegenüber 1982 unverändertes Sozialprodukt jetzt schon für mehr oder weniger unausweichlich zu halten, gar für einen Erfolg, erscheint nicht angemessen. Wie wir in unserem Sondergutachten dargelegt haben, ist durchaus nicht ausgeschlossen, ja möglicherweise gar nicht zu verhindern, daß es schlechter kommt. Die wirtschaftliche Entwicklung steht nicht einfach zur Disposition der Politik. Aber die Anstrengungen sollten doch auf mehr gerichtet sein, als die Regierung vorläufig ihren finanzpolitischen Planungen zugrunde gelegt hat, so schwer dies bei leeren öffentlichen Kassen auch sein mag. Es kann nur die Herausforderung verstärken, nach Maßnahmen oder auch Maßnahmebündeln zu suchen, die insgesamt kein zusätzliches Geld kosten.

Bei alledem ist auch die Mitverantwortung zu sehen, welche die Politik der Bundesrepublik für die wirtschaftlichen Erwartungen in anderen, mit ihr eng verflochtenen Ländern hat.

Lohnpolitik

219. Auch die Lohndiskussion des Jahres 1983 wird im Zeichen der hohen und weiter steigenden Arbeitslosigkeit stehen. Zwischen den Tarifparteien dürfte es kaum umstritten sein, daß sie einen Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme leisten müssen. Der Streit wird erneut um die Höhe des Beitrags gehen. Welche Lohnsteigerungen mit dem Ziel vereinbar sind, die Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbessern, müssen die Tarifparteien letztlich selbst am Markt herausfinden. Die Entwicklung des Jahres 1982 wird von den Tarifpartnern unterschiedlich gesehen werden. Trotz aller Unterschiede der Standpunkte könnte die Diskussion über die Bewertung dieser Entwicklung aber durchaus die Basis für eine sachbezogene Lohnauseinandersetzung mit einem insgesamt akzeptablen Ergebnis sein.

220. Dies kann an den Argumenten verdeutlicht werden, die in den Lohnauseinandersetzungen eine Rolle spielen dürften, denen freilich für eine sachbezogene Bewertung ein sehr unterschiedliches Gewicht zukommt. Es wird darauf verwiesen werden,

— daß es im Jahre 1982 eine ins Gewicht fallende Entlastung beim Kostenanstieg gegeben hat, die Lohnstückkosten langsamer als bisher zugenommen haben, die Zinsen gesunken sind, wenn auch nur zögernd, die Importpreise nur noch wenig gestiegen sind, und diese günstige Kostenentwicklung voraussichtlich auch 1983 anhalten dürfte,

— daß dessen ungeachtet die Gewinnentwicklung, insbesondere im zweiten Halbjahr 1982, unbefriedigend war, da Produktion und Umsätze unbefriedigend blieben, und daß für viele Unternehmen das Kostenniveau nach wie vor zu hoch ist, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können,

— daß die erwartete Entwicklung des privaten Verbrauchs Grenzen für eine zurückhaltende Lohnpolitik setzt,

— daß Investitionen in die Erneuerung und Erweiterung der Produktionskapazitäten nötig sind, damit mehr Arbeitsplätze entstehen, und daß eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung hierfür darin besteht, daß die Unter-

nehmen mit einer verläßlichen Lohnentwicklung auf mittlere Frist rechnen können,

- daß die Preissteigerungen sich nicht im Maß des Kostenanstiegs abgeschwächt haben und die Gewinnmargen deutlich gestiegen sind,
- daß die Gewinne zuvor stark geschrumpft waren und die bisherige Erhöhung der Gewinne zur Konsolidierung der Unternehmensfinanzen sowie zur Stärkung der Eigenkapitalbasis nötig war und noch keine ausreichende Investitionstätigkeit erlaubt.

221. Welche Lohnsteigerungen mit dem Ziel vereinbar sind, die Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbessern, müssen die Tarifparteien letztlich selbst am Markt herausfinden.

Grundlinie der Lohnpolitik sollte sein, zu Vereinbarungen zu kommen, bei denen die Reallohnentwicklung hinter der Produktivitätssteigerung zurückbleibt, solange die Arbeitslosigkeit hoch ist.

Offen ist freilich, wie groß der Abstand sein sollte. Je weiter die Lohnzurückhaltung geht, desto mehr Produktion und Beschäftigung bleibt und wird von den Kosten her rentabel; allerdings kann es auch zu einem Nachfrageausfall kommen mit der Folge, daß es an Absatz fehlt. Die Abwägung dieser Gesichtspunkte ist eine schwierige Frage (Ziffern 288 ff.). Zur Diskussion gestellt ist damit, wie rasch man bei der Korrektur des Kostenniveaus vorankommen kann, nicht die Korrektur als solche.

222. Unumstritten ist auch, daß Problemen der Lohnstruktur mehr Aufmerksamkeit gebührt, als es in den letzten Jahren der Fall war. Im Zuge der hartnäckigen Stagnation haben sich die Beschäftigungsprobleme zwar allgemein verschärft, doch stellen Arbeitnehmer ohne berufliche Ausbildung weiterhin einen überproportionalen Anteil an den Arbeitslosen, und es ist nicht auszuschließen, daß bei einem Abbau des konjunkturellen Beschäftigungsmangels eine Übernachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften mit einer weiterbestehenden Arbeitslosigkeit Ungelernter einhergeht. Ein zu hohes Reallohnniveau kann notfalls über die Preisentwicklung oder über den Wechselkurs korrigiert werden, wenn auch mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten, eine falsche Lohnstruktur nicht.

Man mag darüber streiten, ob und in welchem Umfang es in der Vergangenheit Nivellierungstendenzen in der Lohnpolitik gegeben hat, die nicht durch Veränderungen in den Arbeitsplatzanforderungen und durch entsprechende Veränderungen in der Qualifikation der Arbeitskräfte gedeckt waren. Nicht strittig ist, daß es zunehmend technische Entwicklungen gibt, die die Beschäftigungsmöglichkeiten für nicht oder unzureichend ausgebildete Arbeitskräfte vermindern. Eine größere Lohndifferenzierung allein kann solche Entwicklungen dauerhaft zwar nicht aufhalten, und rückgängig machen kann sie diese gar nicht. Niedrigere Löhne für die betreffenden Arbeitskräfte könnten indes dazu beitragen, Rationalisierungsprozesse und damit verbundene Freisetzungen ungelernter Arbeiter in einer Situation wie der gegenwärtigen zu verzögern. Mittelfristig versprechen Qualifizierungsmaßnahmen, die die Zahl der Ungelernten vermindern, sicher mehr beschäftigungspolitischen Erfolg (SG 82 Ziffer 91). Das eine schließt das andere jedoch nicht aus, und beides zusammen könnte in der aktuellen Situation ohne Zweifel Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt bringen.

223. Auch die sektorale Lohnstruktur ist beschäftigungspolitisch nicht ohne Bedeutung. Änderungen der internationalen Arbeitsteilung begünstigen und belasten die einzelnen Wirtschaftszweige in unterschiedlichem Maße. Unter zunehmenden Wettbewerbsdruck von außen geraten insbesondere solche Branchen, die lohnintensive Standardprodukte herstellen. Dies ist notwendige Folge der internationalen Arbeitsteilung, vor allem wenn man es ernst meint damit, den Entwicklungsländern Exportchancen nicht zu verbauen. Für die betroffenen Branchen ist das freilich kein Trost. In ihnen wird das Lohnniveau als besonders drückend empfunden. Häufig wird gefordert, daß man auf die besonderen Gegebenheiten dieser Branche Rücksicht nehmen und zur Erhaltung der Arbeitsplätze niedrigere Lohnsteigerungsraten vereinbaren müsse. Der Einwand, daß für eine dauerhafte Lösung der Beschäftigungsprobleme damit wenig gewonnen wäre, jedenfalls dann, wenn im übrigen alles beim alten bliebe, ist zweifellos richtig. Ziel muß es letztlich sein, daß an die Stelle von Arbeitsplätzen, die auf Dauer nicht mehr wettbewerbsfähig sind, genügend neue rentable Arbeitsplätze treten. In Zeiten besonders großer Anpassungsschwierigkeiten kann es gleichwohl sinnvoll sein, daß die Löhne in den unter besonderem Druck stehenden Branchen langsamer steigen als im Durchschnitt der Wirtschaft, vor allem dann, wenn dies den Unternehmen die Möglichkeit gibt, sich durch Umstellung neue Märkte zu erschließen.

224. Die Frage der Lohndifferenzierung berührt nicht zuletzt auch das Verhältnis zwischen den Lohnsteigerungen in der privaten Wirtschaft und den Einkommensverbesserungen im öffentlichen Dienst. Daß sich diese an jenen orientieren, ist nicht zwingend. Das Verhältnis der im öffentlichen Bereich gezahlten Löhne und Gehälter zu denen im privaten Bereich ist einer der Bestimmungsfaktoren, die darüber entscheiden, ob der öffentliche Bereich in ausreichendem Maße qualifiziertes Personal anziehen kann. In Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit wird die Tätigkeit im öffentlichen Dienst wegen der damit verbundenen Arbeitsplatzsicherheit besonders geschätzt. Dieser Gesichtspunkt sollte nicht nur bei der Festlegung der Lohnsteigerungsrate im öffentlichen Dienst berücksichtigt werden. Er könnte auch ein Ansatzpunkt für weitere Überlegungen zur Besoldungsstruktur sein. Zu den Möglichkeiten gehörte, daß der starke Anstieg der Anzahl von Akademikern zu einer niedrigeren Stufe der Eingangsbesoldung führen könnte. Beschäftigungspolitisch kann darüber hinaus eine Rolle spielen, daß bei gegebenem Spielraum für die Ausweitung der Personalausgaben die Möglichkeiten des Staates für Neueinstellungen dort, wo diese drin-

gend nötig sind, nicht zuletzt davon abhängig gemacht werden, welche Steigerungen bei den Löhnen und Gehältern im öffentlichen Dienst vereinbart werden.

225. Eine wichtige Rolle in der lohnpolitischen Diskussion wird über die kommende Lohnrunde hinaus die Sorge um die Beschäftigungswirkungen von Rationalisierungsinvestitionen spielen. Es ist nicht einmal auszuschließen, daß als Preis für eine zurückhaltende Lohnpolitik eine Beschäftigungsgarantie gefordert wird, die zu geben niemandem empfohlen werden kann, weil sie niemand geben kann.

Aufs neue ist hier darauf hinzuweisen, daß Rationalisierungsinvestitionen notwendig sind, um die Wettbewerbsfähigkeit einer mit dem Weltmarkt eng verflochtenen Wirtschaft zu erhalten, und daß sie damit auch über den künftigen Lebensstandard entscheiden. Das deutsche Lohnniveau kann nur verteidigt werden, wenn man auch auf Dauer mit Produktivitätsfortschritten rechnen kann, und dazu sind Rationalisierungsinvestitionen die Voraussetzung. Wahrscheinlich ist eher die Vermutung berechtigt, daß in den letzten Jahren zu wenig Rationalisierungsinvestitionen getätigt wurden, als daß es zu viele waren. Rationalisierung und Kapazitätserweiterung oder auch nur Erneuerung sind oftmals nicht zu trennen; die Anreize für letztere waren aber zu gering. Wäre im ganzen mehr investiert worden, so wären bei niedrigerem Anteil wahrscheinlich auch mehr Rationalisierungsinvestitionen durchgeführt worden, als das tatsächlich der Fall war. Einerseits treiben hohe Löhne die Rationalisierung an, andererseits verringern sie kostenseitig die Investitionschancen. Welcher der beiden Effekte dominiert, hängt davon ab, wie weit der Prozeß der Anpassung der Kapitalintensität beziehungsweise der Produktionstechnik an hohe Löhne schon fortgeschritten ist und welche Erwartungen die Unternehmen hinsichtlich der längerfristigen Reallohn/Produktivitätsrelation haben. Man wird auf Dauer gleichwohl nicht damit rechnen können, daß Rationalisierungsinvestitionen akzeptiert werden, wenn die damit erzielten Produktivitätssteigerungen mittelfristig nicht auch an die Arbeitnehmer weitergegeben werden. Sobald der Spielraum für mehr Investitionen in der Breite wieder besser zum Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes paßt, ist dies auch marktgerecht. Derzeit ist allerdings zunächst einmal zu berücksichtigen, inwieweit die Löhne der Produktivität vorausgeeilt waren.

Dies alles schließt nicht aus, daß mit Rationalisierungsinvestitionen erhebliche Übergangsprobleme verbunden sein können. Das gilt insbesondere für die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Mikroelektronik. Zu den Besonderheiten dieser Technologie gehört, daß die wesentlichen Produktionselemente nahezu vollautomatisch zu sehr geringen Kosten und in hohen Stückzahlen erzeugt werden. Nennenswerte Beschäftigungseffekte gehen deshalb von der Herstellung selbst nicht aus; zusätzliche Beschäftigung ist am ehesten im Bereich der Forschung und Entwicklung zu erwarten, in dem indes hohe Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte gestellt werden. Bei den Anwendern ermöglicht diese Technologie Produkt- und Prozeßinnovationen, die ganz erhebliche Produktivitätsfortschritte mit sich bringen. Das senkt die Kosten und verbessert die Wettbewerbsfähigkeit dort. Wie rasch mehr Produktion den geringeren Bedarf an Arbeit je Produktionseinheit ausgleicht, ist eine offene Frage. Selbst wenn es zu einer Beschäftigungslücke käme, ist deutlich zu machen, daß es sich dabei nicht um ein Dauerphänomen handelt. Allerdings stellte die Überwindung einer solchen Beschäftigungslücke ein Problem dar, das von der Lohnpolitik allein nicht bewältigt werden kann; günstigere Bedingungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze müßten auch im übrigen hinzukommen.

226. In der Vergangenheit ist ein Teil des Produktivitätszuwachses immer auch in Arbeitszeitverkürzung umgesetzt worden (Schaubild 11). Befragungsergebnisse deuten darauf hin, daß es nach wie vor erhebliche Wünsche nach Arbeitszeitverkürzung auch ohne Lohnausgleich gibt, vor allem in bestimmten Einkommensschichten und in Haushalten mit mehreren Einkommensbeziehern. Die institutionellen Gegebenheiten, so wird vorgetragen, zwängen diese Arbeitnehmer, ein höheres Volumen an Arbeit anzubieten, als sie dies bei freier Entscheidung über ihr Arbeitsangebot täten. Die Arbeitszeit flexibler zu gestalten, würde insoweit das Arbeitsangebot vermindern und damit zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen.

Sicher ist angebracht, institutionelle Hemmnisse nach Möglichkeit zu beseitigen, die eine längere Arbeitszeit bewirken, als die Betroffenen wünschen; dies gilt freilich auch in umgekehrter Richtung. Den einzelnen Arbeitnehmern mehr Möglichkeiten zu geben, ihre Arbeitszeit nach eigenem Ermessen zu wählen, ist dafür eine hinreichende Begründung. Mit beschäftigungspolitischen Argumenten sollte sie nicht vermischt werden. Man muß sich im übrigen über die begrenzten Möglichkeiten im klaren sein, auf diesem Wege zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes zu kommen. Ein Teil derartiger Arbeitszeitverkürzungen, wenn mit der Zeit wohl auch ein abnehmender Teil, würde durch Produktivitätssteigerungen kompensiert werden, und überdies würden viele der strukturellen Probleme am Arbeitsmarkt damit nicht kleiner, so daß die Arbeitslosenzahl nicht in dem Umfang vermindert wird, wie sich bei einfacher Rechnung ergibt. Dies ist wohl auch ein Grund, weswegen in den Gewerkschaften Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeitregelungen eher kritisch beurteilt werden. Die Unternehmen führen gegen derartige Vorschläge organisatorische Einwände und Kostenaspekte ins Feld; soweit sie eigene Erfahrungen sammeln konnten, ist ihr Urteil jedoch zumeist positiv.

227. Generell ist bei allen Diskussionen um Arbeitszeitverkürzungen zu klären, wer die Kosten derselben trägt. Das gilt auch für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch einen gleitenden Übergang in die Rente. Die Solidargemeinschaft sollte durch derartige Vorschläge nicht zusätzlich belastet werden. Ersparnisse der Arbeitslosenversicherung in die Überlegungen einzubeziehen, mag man prü-

fen; auch hier wäre jedoch darauf zu achten, Regelungen zu finden, die keine Dauerlasten für die Arbeitslosenversicherung mit sich bringen. Vorausgesetzt, in der Kostenfrage herrscht Klarheit, wären Vereinbarungen, die einem Interesse der älteren Arbeitnehmer dienen und die Integration der jungen Generation in den Arbeitsmarkt erleichtern könnten, durchaus diskussionswürdig.

228. Zu erwarten ist, daß Fragen der Arbeitszeitverkürzung in den 1983 anstehenden Tarifverhandlungen wegen der in vielen Fällen noch bestehenden Bindungen in den Manteltarifverträgen keine ausschlaggebende Rolle spielen werden. Es ist aber sicher sinnvoll, die Probleme wieder rechtzeitig und sachlich zu diskutieren. Über die Tatsache, daß eine Arbeitszeitverkürzung auch Kosten verursacht, sind sich auch die Gewerkschaften im klaren. Ob und in welchem Umfang ein Lohnausgleich erfolgt, wird im Rahmen der allgemeinen Tarifverhandlungen entschieden.

229. Wie viel produziert und investiert wird, ist nicht nur von der aktuellen Rentabilität abhängig. Entscheidend sind letztlich die Erwartungen der Unternehmen über deren künftige Entwicklung. Gerade Investitionsentscheidungen werden nicht auf der Grundlage kurzfristiger Einschätzungen vorgenommen.

Für die Lohnpolitik heißt dies, daß von ihr auch ein Beitrag zur Stabilisierung dieser Erwartungen gefordert ist. Selbst eine sehr weitgehende Lohnzurückhaltung in einem Jahr kann wertlos bleiben, wenn die Unternehmen damit rechnen, daß sie im nächsten Jahr wieder rückgängig gemacht oder gar mehr als ausgeglichen wird. Stetigkeit und Verläßlichkeit müssen daher auch von der Lohnpolitik gefordert werden. Dies ist aber nur erreichbar, wenn hierüber zwischen den Tarifparteien ein Konsens erzielt wird. Gelänge es, Einvernehmen darüber zu erzielen, daß bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit dem Ziel der Reallohnsicherung für mehrere Jahre Vorrang gebührt, wäre dies ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Erwartungen.

Eine größere Verstetigung der Lohnpolitik heißt nicht, daß ein vom Konjunkturzyklus gänzlich unabhängiger Lohnsteigerungspfad gewählt werden sollte. Ein derartiger Pfad wäre wahrscheinlich ohnehin kaum durchzuhalten, da in Zeiten der Hochkonjunktur zusätzliche Lohnforderungen kaum zu vermeiden sind und auch ihre Berechtigung haben. Umgekehrt bedeutet dies, daß es auch nicht sinnvoll wäre, den Unternehmen einseitig die Einkommenseinbußen in der Rezession zuzuweisen.

Solange gravierende Beschäftigungsprobleme bestehen, sollte es möglich sein, Lohnsteigerungen zu vereinbaren, die auf nicht mehr zielen, als gerade den Reallohn zu sichern. Der Zuwachs des Produktionsergebnisses je Erwerbstätigen oder je Arbeitsstunde ginge dann zugunsten der Unternehmen, zugunsten der Unternehmenserträge allerdings nur nach Maßgabe dessen, was nach Abdeckung steigender Kapitalkosten, möglicherweise steigender Kostensteuern und einer Verschlechterung des Austauschverhältnisses mit dem Ausland bleibt. Auch beim Produktivitätsanstieg selbst darf man sich nicht reich rechnen. Beschäftigungsmöglichkeiten für eine große Anzahl wenig qualifizierter Arbeitskräfte bereitzustellen, heißt zwangsläufig, beim Produktionsergebnis je Erwerbstätigen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt entsprechende Abstriche in Kauf zu nehmen.

230. In der öffentlichen Diskussion spielt der Vorschlag einer Lohnpause, also eines Hinausschiebens von Lohnerhöhungen, immer wieder eine wichtige Rolle. Dahinter steht, daß auf diesem Wege ein größerer Schritt zur Korrektur des Reallohnniveaus im Verhältnis zur Produktivität getan werden könnte. Je weniger die Preise auf die Entlastung bei den nominalen Lohnkosten reagieren, desto stärker würden sich die Stückgewinne der Unternehmen verbessern. Die Risiken, daß lohnabhängige Nachfrage ausfällt, ohne daß andere hinzugewonnen würde, wären dann aber auch um so größer. Bei geringeren Preissteigerungen wäre das wegen der dann höheren Kaufkraft der nicht lohnabhängigen Einkommen und der verbesserten Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland anders. Für mehr Beschäftigung und mehr Investitionen wäre dann möglicherweise nicht wenig gewonnen. Es bleibt freilich die Frage, ob die durch eine Lohnpause bewirkte Kostenentlastung als dauerhaft betrachtet werden könnte. Vieles spricht dafür, daß eine Lohnpause, sofern sie nicht einem breiten Konsens entspräche, die Verteilungskonflikte im darauffolgenden Jahr wieder verschärfen könnte. Investitionen, die im Vertrauen auf eine nachhaltige Kostenentlastung getätigt würden, erwiesen sich dann möglicherweise als unrentabel. Das muß nicht so sein. Gleichwohl ist vor diesem Hintergrund erklärlich, daß auch von den Unternehmen Vorschläge für eine Lohnpause sehr zurückhaltend beurteilt werden. Im ganzen wäre es auch sowohl für die Entwicklung der Kaufkraft als auch der allgemeinen Einkommenserwartungen besser, wenn der Weg stärker differenzierter Lohnabschlüsse gegangen würde. Jedenfalls wären zeitliche Verzögerungen beim Inkrafttreten der Tarifverträge einzelner Branchen oder Regionen günstiger zu beurteilen als eine allgemeine Lohnpause.

231. Zu den offenen Fragen, die einen Konsens zwischen den Tarifparteien über eine mittelfristige Strategie der Reallohnsicherung erschweren, zählt auch, wie man das Problem lösen kann, daß es zu unerwartet hohen Gewinnsteigerungen und damit zu einem ungewollten Zurückbleiben der Arbeitnehmer in der Einkommensverteilung kommen könnte.

Einen wesentlichen Beitrag könnte eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer leisten. Der Sachverständigenrat erneuert an dieser Stelle seinen Vorschlag, einen Teil des Risikos, das in der Unsicherheit über die weitere Gewinnentwicklung liegt, dadurch aufzufangen, daß eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer in Tarifverträgen vereinbart wird (JG 75 Ziffern 370 ff.). Hierdurch würden die den Verteilungskonflikt in der Regel verschärfenden Diskus-

sionen um Nachholansprüche vermieden. Wenn die Gewinne sehr viel besser ausfallen als erwartet, erhöht sich automatisch auch das Arbeitnehmereinkommen. Bleibt die Gewinnentwicklung hinter den Erwartungen zurück, kommt es zu niedrigeren Arbeitnehmereinkommen als in Aussicht stand. Ein Vorteil wäre auch darin zu sehen, daß eine gewisse Differenzierung der Arbeitnehmereinkommen zustande käme, weil in leistungsfähigen Branchen höhere Einkommen für die Arbeitnehmer anfielen als in anderen Branchen, eine Entwicklung, die auch unter dem Gesichtspunkt der Lenkungsfunktion der Markteinkommen durchaus zu begrüßen wäre. Das mit einer Gewinnbeteiligung verbundene Risiko sollten beide Tarifparteien eingehen können. An Modellen, die eine Gewinnbeteiligung für die Mitarbeiter vorsehen, fehlt es nicht. Daß noch viele Fragen im einzelnen einer Klärung bedürfen, ist sicher richtig. Unlösbar sind sie jedoch nicht.

232. Längere Laufzeiten von Tarifverträgen können ebenfalls einen Beitrag zur Stabilisierung von Erwartungen leisten. Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß längere Laufzeiten in der Regel mit höheren Abschlußraten, und das heißt, mit einer höheren Anfangsbelastung für die Unternehmen, erkauft werden müssen. Davon dürften in der heutigen Situation eher negative Signaleffekte ausgehen. Bei niedrigen Abschlußraten und längeren Laufzeiten wäre das anders. Dafür erhöhte sich dann aber das Risiko der Arbeitnehmer, bei einer günstigeren Entwicklung ins Hintertreffen zu geraten. Die Verbindung einer längeren Laufzeit mit einer tarifvertraglich vereinbarten Gewinnbeteiligung könnte hier Abhilfe schaffen.

233. Weniger ratsam wären Tarifvereinbarungen über eine Nachbesserung bei den Löhnen für den Fall, daß die Gewinne höher ausfallen, sei es weil die wirtschaftliche Entwicklung besser verläuft als erwartet, sei es weil die Preise stärker steigen. Eine im vorhinein tarifvertraglich vereinbarte Gewinnbeteiligung wäre allemal der überlegene Weg verglichen mit einem nachträglichen Streit über die Verteilung der Gewinne, ein Streit, der mehr Verläßlichkeit in der Lohnpolitik nicht aufkommen ließe (JG 76 Ziffer 369). Gerade auf mehr Verläßlichkeit aber kommt es an.

234. In diesem Zusammenhang, aber nicht notwendigerweise mit der Frage der Gewinnbeteiligung verbunden, ist auch auf die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu verweisen. Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und Erleichterung der Kapitalbildung in den Unternehmen sind hier als die wesentlichen Gesichtspunkte zu nennen. Der Sachverständigenrat hat sich hierzu in früheren Gutachten geäußert (JG 75 Ziffern 370 ff. und JG 76 Ziffern 361 ff.).

Mit dem Vorschlag, die erzielbaren Lohnsteigerungen in einen Barlohnanteil und in einen Investivlohnanteil aufzuspalten, hat die Gewerkschaft Textil und Bekleidung der Diskussion einen neuen Anstoß gegeben. Dabei ist auch vorgesehen, daß Arbeitnehmer aus ihrem Lohn Kapital an das eigene Unternehmen geben.

Ausgehend davon, daß das Arbeitsplatzrisiko des Arbeitnehmers nicht mit dem Kapitalrisiko des Unternehmens, in dem er arbeitet, verbunden werden sollte, zumal nicht in einer Zeit zahlreicher Konkurse, macht die Gewerkschaft zwar eine Risikoversicherung zur Bedingung. Damit würde das, worauf es bei der Verbreiterung der Finanzierungsbasis der Unternehmen vor allem ankommt, die kräftige Verbreiterung der Haftungsbasis nämlich, nicht erreicht. Eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis der Unternehmen wird mit dem Vorschlag der Gewerkschaft aber schon angeboten. Eine abschließende Bewertung eines derartigen Modells ist zum jetzigen Zeitpunkt schwierig. Weitere Vorstöße zur Ausweitung der Vermögensbildung hat auch die Deutsche Angestelltengewerkschaft unternommen, die seit längerem in diese Richtung drängt. Mit den Vorschlägen, die das Land Niedersachsen inzwischen in den Bundesrat eingebracht hat und die auf eine Erweiterung der Anlagemöglichkeiten im Rahmen des Dritten Vermögensbildungsgesetzes hinauslaufen, ist eine weitere Initiative hinzugekommen.

Finanzpolitik

235. Groß sind die Lasten, mit denen die Finanzpolitik in das Jahr 1983 geht. Wegen des Andauerns der Stagnation und der damit verbundenen Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben an die Bundesanstalt für Arbeit hat sich beim Bund 1982 ein weiterer Fehlbetrag von rund 5 Mrd DM ergeben, der über zusätzliche Kredite gedeckt werden muß; deshalb wird in diesem Jahr die Nettoverschuldung auf etwa 40 Mrd DM ansteigen. Für 1983 rechnet die neue Bundesregierung mit höheren konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben als die alte Bundesregierung. Trotz der Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1983 sowie weiterer Ausgabenkürzungen wird das Haushaltsdefizit des Bundes nach dem Entwurf der Regierung nochmals, wenn auch nur wenig, auf rund 41 1/2 Mrd DM ansteigen; rund 1 Mrd DM geht davon auf die Investitionshilfeabgabe zurück. Da die Zunahme des gesamten Haushaltsdefizits des Bundes sehr viel geringer ist als der Anstieg des konjunkturbedingten Defizits, wird das strukturelle Defizit gleichwohl zurückgehen. Der Konsolidierungskurs wird also unter schwieriger gewordenen Bedingungen fortgesetzt. Außerdem hat sich die Bundesregierung vorgenommen, Steuern und Ausgaben verstärkt in wachstumsfreundliche Richtung umzuschichten; vor allem sollen private Investitionen steuerlich entlastet, der Rückgang der öffentlichen Investitionen soll zumindest aufgehalten werden. Eine Revision des Finanzplans 1982 bis 1986 ist bisher nicht vorgelegt worden; erklärt ist, daß der Konsolidierungprozeß in quantitativem wie in qualitativem Sinne über das Jahr 1983 hinaus fortgesetzt werden soll.

236. Zu der voraussichtlichen Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Jahre 1983 haben wir uns be-

reits im Sondergutachten vom Oktober dieses Jahres geäußert. An den Angaben des Sondergutachtens sind nur kleinere Änderungen nötig. Quantitativ fällt auf der Einnahmenseite ins Gewicht, daß die Investitionshilfeabgabe, wie es die offizielle Praxis sein wird, nun als Kreditaufnahme behandelt wird. Erwähnenswert ist außerdem, daß wir für 1983 an Einnahmen daraus, dem Ansatz der Bundesregierung folgend, nicht mehr 2 Mrd DM, sondern nur 1 Mrd DM eingestellt haben. So wird jetzt im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften für 1983 ein geringeres Steueraufkommen ausgewiesen (394½ Mrd DM anstelle von 396½ Mrd DM in der Abgrenzung der Finanzstatistik und 412 Mrd DM anstelle von 414 Mrd DM in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen).

Bei den Ausgaben ist gegenüber den Angaben im Sondergutachten ebenfalls nur eine quantitativ ins Gewicht fallende Änderung vorgenommen worden; sie betrifft die Wohnungsbauförderung. Der Ansatz ist hier um 1 Mrd DM geringer. Inzwischen ist auch klargestellt, daß die Begünstigungen zum größten Teil nicht als Zuschüsse, sondern in Form von Darlehen gewährt werden sollen. Davon werden freilich nur die Ansätze in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berührt, weil in der Finanzstatistik die Kreditgewährung des Staates als Ausgabeposten erscheint. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind daher für das Jahr 1983 von 555 Mrd DM auf 553 Mrd DM zurückgenommen worden.

Als Defizit im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften ergibt sich deswegen und wegen einiger anderer noch kleinerer Änderungen für 1983 nun ein Betrag von 70½ Mrd. DM (anstelle von 69 Mrd DM) in der Abgrenzung der Finanzstatistik und ein Betrag von 60 Mrd DM (anstelle von 59 Mrd DM) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Im gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen für 1983 gibt es gegenüber dem Sondergutachten etwas größere Änderungen. Für die Ausgaben sind nicht mehr 839½ Mrd DM, sondern 833½ Mrd DM eingestellt, und bei den Steuern und Beiträgen haben wir den Ansatz von 712½ Mrd DM auf 703 Mrd DM zurückgenommen. Diese Korrekturen sind vor allem deswegen nötig geworden, weil im Sondergutachten die Kürzungen der Sozialbeiträge für die Empfänger von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit zur Rentenversicherung nicht in vollem Umfang erfaßt worden sind. Die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit werden insgesamt um rund 5 Mrd DM vermindert. Dieser Ausgabenminderung steht eine ebenso große Minderung der Beitragseinnahmen bei der Rentenversicherung gegenüber. Im Rest der Differenz beim Ansatz für Steuern und Beiträge spiegelt sich ein Gemisch von Änderungen in den Einnahmen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen. Das Defizit im gemeinsamen Haushalt erhöht sich von 60 Mrd DM auf 62½ Mrd DM.

Die Korrekturen, die wir, wie oben beschrieben, an den Ansätzen im Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden gegenüber dem Sondergutachten vorgenommen haben, sind, weil sie sich zusammen mit anderen, noch kleineren Änderungen zum größten Teil ausgleichen, für die Berechnung des

Tabelle 32

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1983 [1])

Mrd DM

	1982	1983
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos [2])		
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme	−19,4	−20,6
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen	−12,1	−14,6
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen	+ 6,6	+ 1,4
(d) Anomal hohe Gewinnabführung der Bundesbank	+ 7,0	+ 9,0
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	−17,9	−24,8
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo [3])	−67,0	−60,0
I. ./. II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte: (expansiv: +; kontraktiv: −)	+49,1	+35,2

[1]) Öffentliche Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Methodische Erläuterungen siehe Tabelle 27 und Anhang V, Abschnitt D. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[3]) Einschließlich der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

konjunkturellen Impulses und des Konsolidierungsbeitrags des Jahres 1983 kaum von Bedeutung. Für den konjunkturstützenden Impuls steht jetzt ein Betrag von etwas über 35 Mrd DM; das sind reichlich 14 Mrd DM weniger als 1982 (Tabellen 32 und 33). Berücksichtigt man, daß 1982 die Preissteigerungen wesentlich größer waren, als im vorhinein für unvermeidlich zu halten war, die reale Inanspruchnahme des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials durch den Staat also entsprechend geringer war, und geht man davon aus, daß dies 1983 nicht wieder der Fall sein wird, so beläuft sich der Rückgang des konjunkturstützenden Impulses nur auf rund 9 Mrd DM. Das strukturelle Defizit bleibt bei 25 Mrd DM; den Konsolidierungsbeitrag des Jahres 1983 schätzen wir also weiterhin auf 7 Mrd DM.

Tabelle 33

Die öffentlichen Haushalte 1983 in konjunktureller Sicht [1])

	Einheit	1982	1983
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basiszeitraum (3)	Mrd DM	473,7	503,2
Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum (5)	Mrd DM	403,2	428,3
Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr (6)	Mrd DM	401,0	425,2
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (7)	Mrd DM	− 2,2	− 3,1
Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ (8) [2])	Mrd DM	+17,4	+17,7
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (9)	Mrd DM	488,9	517,8
Tatsächliche Staatsausgaben (10)	Mrd DM	538,0	553,0
Konjunktureller Impuls (11)	Mrd DM	+49,1	+35,2
Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen... (13)	Mrd DM	+41,9	+33,6
Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (12)	Mrd DM	− 0,2	−13,9
Zum Vorjahresvergleich			
Steigerungsrate			
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	vH	*+ 3,9*	*+ 2,8*
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr	vH	*− 5,6*	*− 3,8*
Bestimmungsfaktoren von (b)			
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1976	vH	*+ 1,5*	*+ 1,4*
(d) „Konjunkturneutrale“ Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	*+ 3,0*	*+ 3,0*
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres	vH	*− 1,0*	*− 0,1*
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen“ von dem des jeweiligen Vorjahres	vH	*+ 0,3*	*− 0,1*
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen im jeweiligen Vorjahr	vH	*− 9,8*	*− 8,2*
Volkswirtschaftliche Steuerquote (14)	vH	*24,71*	*24,67*
Konjunkturneutrale Staatsquote (15)	vH	*29,30*	*29,22*
Beanspruchte Staatsquote (16)	vH	*32,24*	*31,20*
Konjunktureller Impuls bezogen auf das Produktionspotential (17)	vH	*+ 2,94*	*+ 1,99*
Realisierte Staatsquote (18)	vH	*31,71*	*31,09*

[1]) Eigene Schätzung. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die in Klammern eingefügten Zahlen weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 27 hin. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V, Abschnitt D. – Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

[2]) Ohne die Einnahmen aus der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

237. Außer der Konsolidierung im quantitativen Sinne stehen in der Finanzpolitik drei weitere große Aufgaben zur Lösung an:

— die Umstrukturierung der steuerlichen Regelungen und der öffentlichen Ausgaben,

— die Gemeindefinanzreform und

— die Ordnung der Sozialversicherungshaushalte.

238. Was die Haushalte der Sozialversicherungen angeht, so ist in der Rentenversicherung schon bald über die Reform 1984 zu entscheiden. Zu der großen Reform, die ursprünglich angestrebt worden war, wird es möglicherweise nicht kommen. Angesichts der auf längere Sicht zu erwartenden Finanzlage der Rentenversicherung ist kaum mehr umstritten, daß die Änderungen kostenneutral sein müssen. Eigentlich wäre es darüber hinaus sinnvoll, im Rahmen dieser Reform auch die Lösung des Problems voranzubringen, das sich wegen der ungleichmäßigen Gestalt der Bevölkerungspyramide auf längere Sicht in der Rentenversicherung einstellen wird. Schon ab Mitte der neunziger Jahre wird die Anzahl der Erwerbspersonen im Verhältnis zur Anzahl der Rentner abnehmen. Um das Jahr 2030 werden 10 Personen im Erwerbstätigenalter für 6 bis 7 ältere Menschen sorgen müssen; heute kommen auf 10 Personen im Erwerbstätigenalter nur 3 bis 4 ältere Menschen. Da diese Aufgabe in der großen Reform nicht ausgespart werden kann, muß nach Übergangsregelungen gesucht werden, die einerseits dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichstellung von Mann und Frau in der Rentenversicherung gerecht werden und andererseits künftige Regelungen, die zur Lösung des demographischen Problems nötig sind, nicht übermäßig erschweren. Hierfür käme eine Gleichstellung von Mann und Frau in dem Sinne in Betracht, daß überlebende Ehemänner wie überlebende Ehefrauen, die keine eigenen Ansprüche erworben haben, eine nach gleichen Merkmalen bestimmte abgeleitete Rente erhalten. So könnte Zeit für die Vorbereitung einer großen Reform gewonnen werden, wenn auch nicht verkannt werden sollte, daß durch diese Übergangsregelung der Zusammenhang zwischen Beitragsleistung und Rentenzahlung wohl weiter gelockert würde (JG 80 Ziffern 354 ff.). Wie die Mitversicherung der nichterwerbstätigen Ehefrau auf Dauer geregelt werden soll, müßte im Rahmen der großen Reform entschieden werden. Früher oder später ist auch darüber zu entscheiden, inwieweit Zeiten der Kindererziehung angerechnet werden sollen. Zu Beginn der neuen Legislaturperiode will die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt größerer Beitragsbezogenheit eine grundsätzliche Neuordnung der Bewertung der Ersatz-, Ausfall- und Zurechnungszeiten in die Wege leiten; schon die alte Bundesregierung hatte sich hier um eine Neuregelung bemüht, die bis zu einem Gesetzentwurf gereift war.

In der Arbeitslosenversicherung geht es, abgesehen von den aktuellen Finanzierungsproblemen, um die beiden Grundfragen, ob die Maßnahmen der Arbeitsförderung als allgemeine Staatsaufgabe angesehen und ob die unbeschränkte Defizithaftung des Bundes gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit aufrechterhalten werden sollen. Würde man — was freilich umstritten ist — die erste Frage bejahen, dann wäre eine Regelfinanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen über den Staatshaushalt zu erwägen. Wie die Mittel dafür aufzubringen wären, würde damit freilich noch nicht festgelegt sein. Es könnten Ausgaben an anderer Stelle eingespart oder auch Steuern erhöht werden; eine zweckgebundene Sonderabgabe von allen Erwerbstätigen würde den Charakter der Arbeitsmarktpolitik als einer angeblich allgemeinen Staatsaufgabe allerdings eher verdunkeln. Bei einer Sonderabgabe auf bestimmte Gruppen gäbe es neue Äquivalenzprobleme. Die unbeschränkte Defizithaftung des Bundes gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit ist keine so selbstverständliche Regelung, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Denn sie bringt die Gefahr mit sich, daß die Steuerzahler auch für die Kosten des Teils der Arbeitslosigkeit aufkommen müssen, der durch ein Fehlverhalten der Tarifparteien verursacht ist (SG 81 Ziffer 26).

In der gesetzlichen Krankenversicherung will die neue Bundesregierung die Versicherten mehr als bisher unmittelbar zur Finanzierung von Krankheitskosten heranziehen. Nach der explosiven Ausgabenentwicklung in der ersten Hälfte der siebziger Jahre hatte man mit dem Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz für 1977 versucht, im Rahmen einer breit angelegten „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen" die Entwicklung der Ausgaben auf die Entwicklung der Einnahmen bei konstanten Beitragssätzen zu begrenzen. Dieses Ziel schien auch eine Zeitlang erreicht; jedenfalls nahm der durchschnittliche Beitragssatz in den Jahren 1977 bis 1980 kaum zu. Seither weist die Entwicklung aber wieder nach oben. Schon deshalb kann man von einem durchgreifenden Erfolg kaum sprechen.

239. Ein Problem besonderer Art sind die Verlagerungen von Zahllasten zwischen den Haushalten des Bundes, der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Krankenversicherungen und der Rentenversicherungen. In den letzten Jahren hat diese Praxis bedenklich zugenommen. Fast immer war die knappe Finanzdecke Anlaß dazu. In einigen Fällen hat sich der Gesetzgeber auf das eigentlich Gewollte zurückbesonnen und Maßnahmen ergriffen, die die Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung innerhalb der Solidargemeinschaft verbessert haben. Ein Beispiel dafür ist, daß seit 1979 die Beitragszahlungen an die Rentenversicherung für Empfänger von Arbeitslosengeld und Unterhaltsgeld von der Bundesanstalt für Arbeit vorgenommen werden. Ein weiteres Beispiel ist, daß auch Rentner und Arbeitslose seit einiger Zeit für ihre Kinder vom Bund Kindergeld erhalten, statt eines höheren Kinderzuschusses oder Familienzuschusses von Sozialversicherungsträgern.

Meistens hat es sich bei dem Hin- und Herschieben von Einnahmen und Ausgaben jedoch um Aushilfen und Verlegenheitslösungen gehandelt, mit denen man Konsolidierungsmaßnahmen für einige Zeit hinauszuschieben versuchte. Immer wieder wurde der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung unverzinst gestundet oder gar gekürzt. Auch 1983 will der Bund seinen Zuschuß an die Rentenversicherung

nicht voll zahlen. Die zum 1. Januar 1984 vorgesehene Beitragserhöhung soll um vier Monate vorgezogen werden. Es ist auch vorgekommen, daß das Aufkommen, das der Erhöhung eines Beitragssatzes entsprochen hätte, in der eigentlichen Verwendung zunächst noch nicht „gebraucht" und daß der Beitragssatz daher hier für einige Zeit wieder gesenkt wurde, während man ihn dort, wo die Kasse leer war, erhöhte.

Neben den Einschränkungen der Leistungen und den Erhöhungen der Beiträge haben auch diese Verlagerungen nicht nur die mittel- und längerfristigen Planungen bei den Sozialversicherungsträgern erschwert, sondern Leistungsempfänger wie Beitragszahler beunruhigt. Eine Finanzpolitik, zu deren dringlichsten Aufgaben zählt, verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, muß auch bei der Finanzierung der Sozialversicherung klaren Kurs halten. Sie sollte insbesondere die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen rechtzeitig ankündigen und deren Folgen offen darlegen. Das hilft den Sozialversicherungsträgern in ihren Planungen, und nur auf diese Weise läßt sich die Unruhe bei Leistungsempfängern wie Beitragszahlern beseitigen.

240. Zur Gemeindefinanzreform und hier besonders zum Abbau der Gewerbesteuer haben wir zuletzt in unserem Sondergutachten vom Oktober 1982 Stellung genommen. Was gegen die auch von uns vertretene Ansicht, die Gewerbesteuer durch eine breit angelegte Wertschöpfungsteuer zu ersetzen, vorgetragen worden ist, kann nicht recht überzeugen. Die Ziele einer Gemeindefinanzreform und die eigentlichen Interessen der gewerblichen Wirtschaft müssen umfassender diskutiert werden.

So geht es bei der Gemeindefinanzreform nicht in erster Linie darum, daß die Unternehmen weniger Steuern zahlen, sondern um die finanzielle Autonomie der Kommunen, um mehr Stetigkeit bei einer ihrer wichtigsten Einnahmequellen und um die Verminderung der sachlich nicht begründeten Streuung des Steueraufkommens zwischen größengleichen und auch zwischen unterschiedlich großen Gemeinden sowie um eine sachgerechtere Verteilung der Steuerlast auf die Unternehmen.

Die Beteiligung der Gemeinden am Aufkommen der Umsatzsteuer würde deren finanzielle Autonomie einschränken, denn die Umsatzsteuerbeteiligung kommt Finanzzuweisungen sehr nahe; an Selbständigkeit würden die Gemeinden besonders wegen des Fortfalls des Hebesatzrechtes einbüßen.

Die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Umsatzsteuerschuld beseitigte keinen Nachteil der Gewerbesteuer als Gemeindesteuer — nicht ihre hohe Konjunkturreagibilität, nicht ihre starke Streuung und nicht ihre Unzulänglichkeit in bezug auf den Kreis der Besteuerten. Es käme die Gefahr hinzu, daß die Gemeinden versuchen könnten, die Gewerbesteuer zu Lasten der Umsatzsteuergläubiger zu erhöhen. Überdies würde der Interessenausgleich zwischen Gemeinden und Unternehmen, der jetzt schon sehr gelockert ist, völlig aufgehoben.

Dem Argument, daß eine Wertschöpfungsteuer mehr ertragsunabhängige Elemente enthält als die Gewerbesteuer in ihrer gegenwärtigen Form, ist entgegenzuhalten, daß ein wesentliches Ziel der Gemeindefinanzreform darin besteht, das Ausgabeverhalten der Kommunen, nicht zuletzt im Hinblick auf Investitionen, zu verstetigen, und daß es wegen ihres einnahmeorientierten Ausgabeverhaltens nötig ist, die Schwankungen in den Einnahmen zu vermindern. Die Alternative, die Unternehmenserträge noch höher zu besteuern und hier auch noch eine Diskriminierung der Eigenkapitalfinanzierung einzuführen, erscheint noch abschreckender. Die Risikobeteiligung des Staates, so gut sie wachstumspolitisch begründet sein mag, über die Beseitigung ertragsunabhängiger Elemente in den Gemeindesteuern zu erweitern, ist nicht der richtige Weg.

Es kann wohl auch nicht im längerfristigen Interesse der mittelständischen Wirtschaft liegen, von kommunalen Steuern weitgehend befreit zu bleiben; denn die Gemeinden würden dann sehr bald das Interesse an der ortsansässigen mittelständischen Wirtschaft verlieren, geschweige denn Mühe darauf verwenden, solche Unternehmen anzusiedeln.

241. Bei der Umstrukturierung der steuerlichen Regelungen und der öffentlichen Ausgaben geht es im wesentlichen wiederum um drei Aufgaben:

— um die steuerliche Entlastung und Förderung gewerblicher Investitionen,

— um eine Verlagerung der öffentlichen Ausgaben in wachstumsfreundlichere Richtung und hierbei nicht zuletzt um ein Anheben und Verstetigen der öffentlichen Investitionen sowie

— um den Abbau von Subventionen, die die öffentlichen Haushalte belasten und die den nötigen Strukturwandel in Unternehmen und Branchen hemmen oder gar verhindern.

Dem allgemeinen Drängen, die Subventionen zurückzuführen und durchzuforsten, hat der Sachverständigenrat wiederholt Überlegungen darüber an die Seite gestellt, warum Subventionen in bestimmten Bereichen oder in konkreten Fällen abgebaut werden sollten und wie dies vonstatten gehen könnte. In der Praxis ist der Subventionsabbau freilich ein schwieriges Geschäft. Im nächsten Jahr will der Bund bei einem Volumen der Finanzhilfen von 13 Mrd DM auf der Ausgabenseite Subventionen in Höhe von 500 Mio DM kürzen, und man sollte vielleicht auch für die Zukunft beim Abbau von Subventionen nicht auf große Schritte setzen. Man darf sich jedoch auch nicht entmutigen lassen. Wenn große Schritte nicht möglich sind, müssen kleine Schritte an vielen Stellen angestrebt werden. Lockerlassen kann jedenfalls nicht in Betracht kommen, weil die Aufgabe zu wichtig ist: wegen der Notwendigkeit, die öffentlichen Haushalte zu entlasten und umzustrukturieren, und wegen der schlimmen Folgen des Subventionierens auf die Antriebskräfte bei den Begünstigten und auch bei denjenigen, die sich ohne staatliche Hilfe am Markt behaupten wollen und sollen.

242. Bei den öffentlichen Ausgaben, von denen positive Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung ausgehen, handelt es sich um solche, die Vorleistungen für private Investitionen und komplementär zu diesen sind, und um Ausgaben, die private Investitionen anregen, die die Innovations- und Risikobereitschaft stärken und die dem Strukturwandel förderlich sind. Unter diesem Aspekt hat der dramatische Rückgang der öffentlichen Anlageinvestitionen besondere Bedeutung erlangt. In den Jahren 1981 und 1982 sind diese, in jeweiligen Preisen gerechnet, um nicht weniger als 13 vH zurückgegangen; in realer Rechnung ist der Einbruch noch größer, der Rückgang beläuft sich auf 17 vH. Schon im Jahresgutachten 1980 haben wir vor einem solch extremen Zurückführen der öffentlichen Investitionen gewarnt. Wie sich diese auf mittlere Sicht entwickeln sollen, muß sich nach dem Bedarf richten, und darüber wird politisch entschieden. Aber selbst wenn man zu dem Beschluß käme, daß ein Rückgang der öffentlichen Investitionen bedarfsgerecht ist, dürfte diese Rückführung nur schrittweise vonstatten gehen. In dieses Bild würde sicher ein Einbruch bei den öffentlichen Investitionen wie in den Jahren 1981 und 1982 nicht passen. Denn es kann nicht vernünftig sein, anstelle einer geordneten Rückführung exzessive Ausgabenkürzungen vorzunehmen, die unnötigerweise so große Friktionen mit sich bringen.

Die Bundesregierung will 1983 den Rückgang der öffentlichen Investitionen aufhalten und für ein leichtes Wiederansteigen sorgen. Im Bundeshaushalt sollen rund 500 Mio DM zusätzlich für investive Ausgaben im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben und für andere Aufgaben wie den Krankenhausbau, die Städtebauförderung und die Zonenrandförderung bereitgestellt werden. Außerdem will der Bund darauf hinwirken, daß die Einnahmen, die im Rahmen der Umsatzsteuerneuverteilung auf die Länder verlagert werden, teilweise für zusätzliche Investitionen bereitgestellt werden. Die Länder sollen selbst mehr investieren und zudem über die Weitergabe eines Teils dieser Mittel an die Gemeinden bei diesen für mehr Investitionen sorgen. Letzteres ist besonders wichtig, weil die Kommunen ungefähr zwei Drittel der öffentlichen Investitionen tätigen. Daß die Gemeinden im nächsten Jahr wieder etwas mehr investieren als in diesem Jahr, könnte sich daraus ergeben, daß sie in den Jahren 1983 und 1984 aufgrund der Gewerbesteuersenkung wahrscheinlich weniger an Einnahmen einbüßen, als sie infolge der Entlastung bei der Gewerbesteuerumlage gewinnen. Es handelt sich dabei immerhin um einen Betrag in der Größenordnung von 500 Mio DM.

Die bisher bekanntgewordenen Festlegungen, die einige Länder im Hinblick auf ihre Haushaltspläne für 1983 vorgenommen haben, lassen freilich noch nicht erkennen, daß sie die Gemeinden bei der Stabilisierung ihrer Investitionstätigkeit unterstützen wollen. Vielmehr zeichnet sich eine weitere Kürzung der Investitionszuweisungen ab. An anderer Stelle ist dafür kein Ausgleich vorgesehen. Noch ist Zeit, die Weichen für eine Umkehr in der kommunalen Investitionstätigkeit zu stellen.

Die Post will im nächsten Jahr rund 1 Mrd DM mehr investieren. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden Investitionen der Sondervermögen des Bundes zwar nicht zu den öffentlichen Investitionen gezählt, aber die Entscheidung über diese Investitionen wird vom Bund getroffen. Wichtiger noch als diese Investitionen selbst, die Vorleistungen zum Ausbau der Telekommunikation sein sollen, ist wahrscheinlich der Anreiz für mehr private Investitionen, der sich daraus ergibt, daß sich die Bundesregierung für den Ausbau der Telekommunikation entschieden hat.

Der Staat könnte außerdem mit dem Erlös aus dem Verkauf von Erwerbsvermögen, das zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben nicht nötig ist, Mittel für mehr öffentliche Investitionen bereitstellen. Es würde dann auch in der Struktur des öffentlichen Vermögens zu einer Umschichtung in wachstumsfreundlichere Richtung kommen. Dies wäre eine erwünschte Ergänzung zu der Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben in eben diesem Sinne.

243. Zu Fragen der steuerlichen Entlastung und der Förderung von gewerblichen Investitionen äußern wir uns ausführlich an anderer Stelle dieses Gutachtens (Ziffern 301 ff.). Hier bleibt zu erörtern, was besonders wichtig ist und welche Maßnahmen schon bald in Gang gesetzt werden können. Dabei ist der erste Gesichtspunkt vorrangig. Denn es wäre nicht gut, wenn Maßnahmen, die schnell in Kraft gesetzt werden können, nur aus diesem Grunde und ohne Rücksicht auf ihren Wirkungsgrad ergriffen würden, andere Maßnahmen mit besserem Wirkungsgrad hingegen ausschieden, weil für deren Realisierung mehr Zeit nötig ist. Außerdem ist darauf zu achten, daß Sofortmaßnahmen nicht in Widerspruch mit später zu ergreifenden Dauermaßnahmen geraten; sie sollten nach Möglichkeit vorgezogene Teile davon sein, eine Dauerlösung jedenfalls nicht im falschen Sinn präjudizieren.

Zum einen hätte die Finanzpolitik nach unserer Meinung an der Besteuerung von Scheingewinnen anzusetzen; denn es kann keinen Zweifel geben, daß die Bereitschaft, mehr zu investieren, beeinträchtigt wird, wenn dabei zusätzliche inflationsbedingte Steuern anfallen. Zum anderen, und vielleicht wichtiger noch, wäre zu bedenken, wie Wagnisbereitschaft aktiviert und mehr risikotragendes Kapital hervorgelockt werden kann. Denn die Investitionen, die notwendig sind, um den Strukturwandel zu bewältigen, sind schon ihrer Art nach risikoreich und binden überdies Kapital zum großen Teil auf längere Zeit. Dabei spielt auch die Abschaffung von diskriminierenden Steuertatbeständen eine Rolle. Denn auch diese sind in vielen Fällen Hindernisse für zukunftsgerichtetes wirtschaftliches Handeln. Beim Abbau von Diskriminierungen ist freilich darauf zu achten, Maßnahmen und Maßnahmenbündel zu finden, bei denen der Anteil der Mitnehmereffekte möglichst klein bleibt, bei den Privaten also möglichst viel zusätzliche, beschäftigungspolitisch erwünschte Aktivität ausgelöst wird.

Von den Möglichkeiten der Investitionsentlastung und der Investitionserleichterung, die wir an anderer Stelle dieses Gutachtens darstellen, kämen unter diesen Gesichtspunkten für eine Entlastung bei der

Scheingewinnbesteuerung die Inflationierung der Abschreibungen brutto (Ziffer 312) oder netto (Ziffer 313) in Betracht. In beiden Fällen müßte die Entlastung aus fiskalischen Gründen wohl auf die Neuinvestitionen beschränkt bleiben; das Nettoverfahren wäre „billiger" als das Bruttoverfahren. Bei dem Bruttoverfahren wäre zu prüfen, ob nur die Ausrüstungsinvestitionen oder auch die Wirtschaftsgebäude einbezogen werden sollen. Über das Umlaufvermögen wäre ebenfalls eine solche Entscheidung zu treffen, die wegen der hohen fiskalischen Belastungen aber wohl im Sinne eines Ausschlusses ausfallen dürfte; dies wäre freilich nicht gravierend, weil es hier bereits Regelungen gibt, durch die die inflationsbedingte Mehrbelastung gemildert wird. Bei dem Nettoverfahren würde sich die Begrenzung des Sachvermögens, das von Scheingewinnen entlastet werden darf, nach dem Eigenkapitalanteil der Unternehmen bestimmen. Bei diesem Verfahren wäre der Anreiz, Vermögen in Form von Eigenkapital zu halten, größer.

In der Hoffnung, daß eine hinreichende Annäherung an das Ziel der Geldwertstabilität eine steuerliche Dauerlösung überflüssig macht, ist zu fragen, wie bis dahin das Investieren erleichtert werden kann. Man könnte die Steuern auf Scheingewinne stunden (Ziffer 314). Zu erwägen wäre auch, pauschale Sonderabzüge für Investitionen zu gewähren, die — zum Ausgleich des zeitlichen Risikos — um so größer sein sollten, je länger die Nutzungsdauer der Investitionen ist (Ziffer 315). Wichtig bei jeder Übergangsregelung ist, dies sei nochmals betont, daß sie die angestrebte Dauerregelung nicht behindert.

Schon bald, jedenfalls viel früher als eine Dauerentlastung bei der Scheingewinnbesteuerung, könnten Maßnahmen in Kraft gesetzt werden, die die Anlage in Risikokapital fördern und auch bestehende Diskriminierungen mindern. Zu diesen Maßnahmen zählen die Erweiterung des Anlagekatalogs zum 624-Mark-Gesetz und dessen Ausdehnung auf einen Betrag von 936 DM zugunsten von risikotragenden Anlagen (Ziffer 346) sowie die Gleichstellung von Vermögensanlagen in Unternehmen mit den Beiträgen an Bausparkassen im Sinne des § 10 EStG (Ziffer 327). Naheliegen würde auch, in einem ersten Schritt die Doppelbelastung durch die Vermögensteuer abzumildern, wenn im Zusammenhang damit Regelungen in Kraft treten könnten, die kleineren Kapitalgesellschaften den Zugang zum Kapitalmarkt leichter machen (Ziffern 343 ff.). Die Steuerausfälle ließen sich anfangs in ziemlich engen Grenzen halten, wenn die Entlastung nur bei Neuemissionen vorgenommen würde. Vielleicht sollte man auch daran denken, die Gesellschaftsteuer bald abzuschaffen. Besonders wichtig und dringlich sind weitere Schritte zur Ausdehnung der Gewinnbeteiligung und der Vermögensbildung der Arbeitnehmer sowie eine in Zielorientierung und Maßnahmenkombination ausgewogene Förderung von neu gegründeten und wachsenden jungen Unternehmen.

Um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und um bedrohte Arbeitsplätze zu sichern und um neue Arbeitsplätze zu schaffen, sind mehr Investitionen nötig; Investitionsneigung und Investitionsfinanzierung sind daher geeignete Ansatzpunkte für finanzpolitische Maßnahmen zur Anregung der Investitionstätigkeit. Man darf freilich nicht übersehen, daß solche Maßnahmen auf Dauer nicht viel bewirken werden, wenn die individuelle Last der Abgaben auf Einkommenszuwächse weitere Anstrengungen beim Arbeiten, beim Sparen und beim Übernehmen von Risiken unattraktiv macht. Nur wenn den einzelnen der Ertrag ihrer zusätzlichen Mühen lohnend erscheint, werden sie auf Dauer bereit sein, mehr zu leisten, auf diese Weise für mehr Wachstum zu sorgen und über mehr Wachstum zum Entstehen von mehr hochbezahlten Arbeitsplätzen beizutragen. Anders gewendet: Der Staat muß seine Abgaben und Auflagen so bemessen, daß die individuellen Antriebskräfte nicht gelähmt werden, sondern daß für diejenigen, die sich wirtschaftlich betätigen wollen, genügend attraktive Aktionsfelder offenstehen, damit es durch deren Tun zu mehr Beschäftigung und zu mehr Wohlstand für alle kommen kann. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre, bald dafür zu sorgen, daß die staatlichen Auflagen weniger hinderlich sind; vielleicht noch wichtiger, wenn auch wohl nicht sehr bald zu verwirklichen, wäre ein Absenken der Grenzsteuersätze im Bereich der direkten Progression des Einkommensteuertarifs.

Geld- und Währungspolitik

244. Die Bundesbank hat 1982 den Spielraum für Zinssenkungen genutzt, der bei Vermeidung neuer großer Wechselkursrisiken außenwirtschaftlich gegeben war, und dabei eine Entwicklung der Zentralbankgeldmenge erreicht, die ihren Zielen entsprach und die nach unserem Urteil nahezu konjunkturneutral war. Vom Primat der Geldmengensteuerung her gesehen kann man diese Politik auch so kennzeichnen: Die Bundesbank hat 1982 eine Expansion der Zentralbankgeldmenge betrieben, die dem entsprach, was sie sich als Ziel vorgenommen hatte, und dabei Zinssenkungen bewirkt, die keine neuen großen Wechselkursrisiken schufen. Die veränderte Leistungsbilanzsituation hat dies erlaubt. Die Veränderung der Wechselkurse der D-Mark gegenüber wichtigen anderen Währungen war allerdings uneinheitlich. Der Dollar-Kurs, der zu einem sehr großen Teil die Rohstoffrechnung bestimmt, blieb sehr unbefriedigend. Nur das Sinken der Dollarpreise für Rohstoffe hat verhindert, daß sich von dieser Seite der Inflationsimport fortsetzte. Und zu dem erwünschten Sinken der D-Mark-Preise für Rohstoffe ist es nur teilweise gekommen. Versuche, die Zinsen noch rascher nach unten zu führen, waren vom Geldmengenziel her nicht geboten und von der außenwirtschaftlichen Situation her nicht risikofrei möglich. Die starke Neigung zum Kapitalexport hielt jedenfalls bis zur Mitte des Jahres den außenwirtschaftlich bestimmten Spielraum der Geldpolitik in engen Grenzen. Ein erheblicher Teil der Kapitalbildung in der Bundesrepublik ist — wenngleich zu guten Zinsen — ans Ausland gegangen; das belastete die Zahlungsbilanz und kürzte das Mittelaufkommen am inländischen Kapitalmarkt. Erst vor einigen Monaten ist dieser Abfluß abgeflaut. Die jüng-

sten Senkungen der Notenbankzinsen sind auch eine Antwort darauf.

245. Trotz der Zinssenkungen ist das Zinsniveau, bedenkt man, daß die Wirtschaft sich mitten in der Rezession befindet, bis in die jüngste Zeit hinein und auch noch gegenwärtig als hoch zu bezeichnen. Das hohe Zinsangebot der Amerikaner an die Geldvermögensbesitzer in aller Welt spielt hier eine zentrale Rolle. Die amerikanische Wirtschaft zahlt mit den hohen Zinsen einen hohen Preis für die stabilitätspolitischen Sünden der Vergangenheit. Bereits vor Jahren, als die Vereinigten Staaten mit einem lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung, bei dem allerdings die Investitionsneigung auch schon schwach blieb, aus der Rezession des Jahres 1974 hinausgingen, war vorherzusehen gewesen und ist auch vorhergesehen worden, daß die inflatorische Basis dieses Aufschwungs auf die Dauer nicht tragen würde, daß die Anpassungsaufgaben der ersten Ölkrise und die Probleme der Produktivitätsschwäche der amerikanischen Wirtschaft nicht gelöst, sondern nur vertagt wurden, das Land also trotz der rasch zunehmenden Beschäftigung keinen echten Vorsprung in der Überwindung der vorangegangenen weltweiten Krise hatte. Die Welt ist an einem stabilen Dollar sehr interessiert. Die Hoffnung auf mehr Stabilität im Weltwährungssystem hängt daran. Aber es ist bitter für alle, vor allem für die Länder, die das Ziel eines stabilen Geldwerts auch in früheren Jahren sehr ernst genommen und sich — wie die Bundesrepublik — den Ausweg aus der Weltrezession 1974/75 nicht leicht gemacht haben, daß sie nun an den Folgen der Stabilisierungskrise der Vereinigten Staaten voll teilhaben — über die hohen amerikanischen Zinsen, über die neue Weltrezession, soweit diese von den Vereinigten Staaten mitbestimmt ist. Und die Klage verstärkt sich noch wegen der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten zur Überwindung von Inflation und schwacher wirtschaftlicher Dynamik eine Politikmischung gewählt und mit Hartnäckigkeit beibehalten haben, bei der die Zinsen nicht nur deshalb stiegen, weil die überkommene Inflation bekämpft werden mußte — dies war, wie die Dinge nun einmal lagen, unvermeidlich —, sondern auch deshalb, weil das Programm wachstumspolitisch motivierter Steuersenkungen neue riesige Staatsdefizite und neue Inflationsfurcht gebar. Freilich, die meisten anderen Länder hatten nicht geringere eigene Inflationsprobleme und wurden durch die Stabilisierungsaktion der Vereinigten Staaten nur gezwungen, diese gleichfalls endlich anzupacken. Und jedes einzelne Land, auch die Bundesrepublik, muß sich sagen, daß die „mögliche“ Differenz zwischen seinen Zinsen und denen der Vereinigten Staaten nicht einfach als gering anzusehen war und jedenfalls nicht in irgendeiner Weise als objektiv vorgegeben. Das Unvermögen zu einer Politik, die genug Vertrauen geschaffen hätte, die Währung bei einem niedrigeren Dollarkurs zu stabilisieren, in der Hauptsache also das Unvermögen, die Erwartung unvermindert hoher struktureller Staatsdefizite zu beseitigen und die Grundlagen für eine erneuerte wirtschaftliche Dynamik im Inland zu legen, hat den Zinssenkungsspielraum lange Zeit so eng gehalten. Sehr hoch war durch die neue Politik der Vereinigten Staaten freilich die Meßlatte geworden, an der sich ausrichten mußte, wer von den internationalen Geld- und Kapitalmärkten als besonders tüchtig ausgewiesen und mit niedrigen Zinsen belohnt werden wollte. In der Zeit, als hohe Staatsdefizite und — davon nicht unabhängig — hohe Leistungsbilanzdefizite in der Bundesrepublik zusammen auftraten und ein massiver Druck zur realen Abwertung der D-Mark entstand, war die Bundesbank, was die rasche Gefahrenabwehr anbelangt, weitgehend auf sich allein gestellt und konnte kaum anders als ebenfalls den Weg einer restriktiven Geldpolitik gehen (vergleiche hierzu aber die abweichende Meinung unter Ziffer 150). Inzwischen hat sie Hilfe bekommen, und das Leistungsbilanzdefizit ist auch verhältnismäßig rasch abgebaut worden. So konnte in diesem Jahr eine Zinssenkung erreicht werden, die zeitweise deutlich größer war als in den Vereinigten Staaten. Aber die Zinsführerschaft der Bundesbank hat Grenzen, vom Inland wie vom Ausland her und nicht nur vom Primat der Geldmengensteuerung. Niedrige Zinsen lassen sich nicht verordnen, zumal die langfristigen Zinsen nicht, auf die es vor allem ankommt.

246. Selbstverständlich war es freilich nicht, daß bei den noch hohen Zinsen eine „normale“ Expansion der Zentralbankgeldmenge von der Wirtschaft überhaupt angenommen wurde. Es war — anders als im vergangenen Jahr — nicht ein im Verhältnis zum Sozialprodukt ungewöhnlich großer Kreditbedarf, der die Wirtschaft trotz hoher Zinsen gezwungen hätte, in entsprechendem Umfang die Banken in Anspruch zu nehmen und über die damit einhergehende Einlagenexpansion den Bedarf an Zentralbankgeld zu erhöhen. Auch eine hohe Neigung zur Kassenhaltung erklärt die Bereitschaft, hohe Zinsen für Zentralbankgeld zu zahlen, nicht; die Umlaufsgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge ist nicht gesunken. Ist also die Volkswirtschaft an hohe Zinsen schon weitgehend angepaßt? Wenn es sich so verhielte, wäre dies für die Zukunft ein gutes Zeichen. Die jüngsten und etwa noch bevorstehenden Zinssenkungen könnten eine größere Wirkung haben, als es ohne dies der Fall wäre. Denn niedrigere Zinsen brächten dann nicht mehr nur den Wegfall eines Restriktionsdrucks, sondern einen expansiven Impuls, unveränderte Zinsen stünden einer Erholung nicht im Wege. Die anhaltende Rezession mag gegen eine solche Anpassung sprechen. Ein Beweis ist dies jedoch nicht. Denn es gibt noch andere Gründe, welche die Rezession erklären. Für die Anpassung an hohe Zinsen spricht allemal auch, daß trotz der Rezession die Gewinnmargen größer geworden sind.

247. Im Jahre 1982 ist das zusätzlich zur Verfügung gestellte Zentralbankgeld überhaupt nicht für zusätzliche Produktion genutzt worden. Ja, mehr als dieser Zuwachs wurde durch Preissteigerungen absorbiert. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ging zurück. Um $1^1/_2$ Prozentpunkte liegt der Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus, gemessen am Preisindex des Buttosozialprodukts, höher als im vergangenen Herbst für unvermeidlich zu halten war. Dies ist nicht von der Bundesbank zu vertreten,

nur in geringem Maße von der Lohnpolitik, stärker vom Staat und von den Unternehmen. Muß man für 1982 beklagen, daß eine stärkere Dämpfung des Preisauftriebs unterblieb, die Kaufkraft stärker als erwartet schrumpfte und damit die Mengenreaktion der Wirtschaft entsprechend groß ausfiel, so hat es für 1983 doch auch sein Gutes. Die noch hohen Preissteigerungen haben zur Senkung der Staatsdefizite (starke Erhöhung administrierter Preise) und zur Konsolidierung der Unternehmen beigetragen und damit die Zukunft entlastet. Auch das Ziel der Geldpolitik, die Stabilisierung des Geldwerts, muß nicht dauerhaft unter der Verzögerung der Reaktion der Preise auf die Nachfrageschwäche leiden. Der Anstieg der Verbraucherpreise kann 1983 weiter zurückgehen, ohne daß eine weitere Verbesserung der Erträge der Unternehmen ausbleiben müßte; denn für die Ertragsmargen ist, was den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt angeht, schon weitgehend gesorgt. Deflationsdruck wird also nicht das Problem des Jahres 1983 sein, eine gewisse Erholung der Nachfrage und eine weitere Dämpfung des Kostenauftriebs vorausgesetzt.

248. Dies kann bei der Grundlinie für die Geldpolitik 1983 berücksichtigt werden. Zu einer expansiven Geldpolitik besteht kein Anlaß.

Die Geldpolitik der Bundesbank war schon 1982 trotz der Rezession wenig umstritten, von kritischen Randerscheinungen abgesehen. Hierin zeigt sich möglicherweise die friedenstiftende Wirkung einer potentialorientierten Geldpolitik. Die Bundesbank sollte auch für 1983 wieder ein Geldmengenziel verkünden und sich vornehmen, bei dem Kurs des Jahres 1982 zu bleiben. Dies heißt nicht, daß ohne neue Sondergründe weiterhin ein Pfad im oberen Bereich eines Zielkorridors in Betracht kommen sollte, der hinsichtlich der mittleren Linie nach den Grundsätzen für eine potentialorientierte Geldpolitik festgelegt wird. Eine zu starke monetäre Expansion im Jahre 1983 könnte schon bald danach einen neuen Restriktionsbedarf nach sich ziehen.

249. Zu erörtern ist, was dies konkret heißen könnte.

Das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials ist weiter zurückgegangen. Wir schätzen es auf nur noch $1^1/_2$ vH. Dies wäre die Basisgröße einer potentialorientierten Geldmengensteuerung.

Weiterhin muß ein Zuschlag für einen vorläufig noch unvermeidlichen abermaligen Anstieg des Preisniveaus gewährt werden. Freilich, weniger als früher sind Preissteigerungen binnenwirtschaftlichen Ursprungs schon fest programmiert. Und Inflationsimport darf die Geldpolitik nicht als unvermeidlich vorwegnehmen und beim Geldangebot berücksichtigen. Was die geplante Mehrwertsteuererhöhung angeht, so sollen ihr gleichgroße Steuersenkungen an anderer Stelle gegenüberstehen. Gewollt ist allerdings nicht, daß den Unternehmen insgesamt von dem Steuertausch kein Vorteil verbleibt. Die zusätzliche Mehrwertsteuer teilweise auf die Löhne zurückzuwälzen, also in der nächsten Lohnrunde nicht nur keinen Ausgleich für steuerbedingte Preiserhöhungen zu gewähren, sondern wegen nicht überwälzter Teile der Steuererhöhung sogar Minderlohnsteigerungen vorzusehen, den Geldwert insoweit konsequent zu schützen, haben wir schon in früheren Jahren nicht für zwingend gehalten (JG 74 Ziffer 391). Es müßte ausreichen, daß wegen der Steuererhöhung nicht zusätzliche Lohnsteigerungen durchgesetzt werden, ein für alle schädliches Gerangel über die endgültige Anlastung der Steuererhöhung also unterbleibt. Aber selbst wenn man einen Anstieg der Verbraucherpreise um etwa einen halben Prozentpunkt aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung für unvermeidlich hält, kommt man nicht zu einem inflationsbedingten Geldmengenzuschlag, der an die Größenordnung früherer Jahre heranreicht. Viel hängt davon ab, was die Bundesbank für 1983 als konjunktur- und stabilisierungsgerechte Lohnpolitik ansehen sollte, daß heißt davon, in welchem Maße weitere Preissteigerungen, in welchem Maße eine Senkung der Lohnkosten je Produkteinheit zu einer weiteren Verbesserung der Ertragssituation der Unternehmen beitragen müssen. Gute Gründe sprechen bekanntlich dafür, in einer Volkswirtschaft, die an Inflation gewöhnt ist, den Dispositionen, die auf die Erwartung eines Fortgangs der Preissteigerungen gegründet sind, nicht auf einmal in voller Breite und vollständig den Boden zu entziehen, vielmehr eine Senkung der Inflationsrate immer nur als einen allmählichen Vorgang anzustreben.

Nach unserer Prognose würde das gesamtwirtschaftliche Preisniveau im Verlauf des Jahres 1983 wegen der Nachfrageschwäche nur noch mit einer Rate von 3 vH steigen (einschließlich Mehrwertsteuererhöhung), nach fast 5 vH 1982. Auch einen solchen reduzierten Anstieg des Preisniveaus wird man nicht in vollem Umfang unvermeidlich nennen können. Doch eine Senkung der Verlaufsrate auf $2^1/_2$ vH, höchstens 3 vH, könnte man wohl als ein ausreichendes Etappenziel ansehen.

Für eine mittelfristige Senkung der Umlaufsgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge sollte es einen zweiten Zuschlag geben. Nicht für eine konjunkturelle Änderung der Umlaufsgeschwindigkeit. Konjunkturell wird die Umlaufsgeschwindigkeit steigen, wenn es zu einer wirtschaftlichen Erholung kommt, und zwar um so stärker, je kräftiger die Erholung ist. Ein Zuwachs des Sozialprodukts, der größer ausfiele, als dem Wachstum des Produktionspotentials entspräche — unwahrscheinlich, aber gleichwohl zu wünschen — würde so finanziert. Erst wenn das Produktionspotential selbst wieder schneller wächst, über eine kräftige Zunahme der Investitionen im Rahmen einer Höherauslastung der gegebenen Produktionskapazitäten, wird auch die Basisgröße einer potentialorientierten Geldpolitik wieder höher anzusetzen sein. Aber: Der Möglichkeit — nicht der Gewißheit, der empirische Befund ist nicht zwingend —, daß sich die Kassenhaltungsgewohnheiten im Trend ändern oder sich geändert haben, dies aber wegen der knappen Geldversorgung in den vergangenen Jahren durch eine temporäre Einschränkung der Kassenhaltung überspielt worden ist, müßte man wohl Rechnung tragen,

soll das Konzept der potentialorientierten Geldpolitik in sich stimmig bleiben (Ziffer 151). Wir raten dazu, hierfür 1/2 vH, höchstens 1 vH anzusetzen.

Faßt man das Potentialwachstum und die Zuschläge zusammen, so erscheint eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1983 um etwa 5 vH ausreichend, aber auch angemessen. Dabei gehen wir davon aus, daß die Basis einer solchen Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge am Jahresende 1982 um etwa 6 1/2 vH über dem ungewöhnlich niedrigen Jahresendstand von 1981 liegt. (Die Zentralbankgeldmenge wäre dann in diesem Jahr gegenüber dem weniger gedrückten Stand vom Herbst 1981 mit einer Jahresrate von etwa 5 vH gestiegen.)

250. Man mag sich fragen, ob bei einer solchermaßen gedämpften monetären Expansion Spielraum bleiben würde für die erhoffte weitere Zinssenkung. Hierzu ist daran zu erinnern, daß eine Senkung der Zinsen, namentlich der Zinsen für längerfristiges Kapital, in erster Linie von einem Sinken der Inflationsrate sowie einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Erwartungen, einer Verminderung der derzeit noch vorherrschenden Unsicherheit, kommen soll, nicht von einem Angebot an Geld, das über das am Wachstum des Produktionspotentials orientierte Maß hinausginge. Auch eine mit beginnender wirtschaftlicher Erholung wieder reger werdende Kreditnachfrage könnte unter solchen Umständen befriedigt werden, ohne daß alsbald die Zinsen wieder steigen. Kommt neues Vertrauen ausländischer Anleger hinzu oder fließt Kapital aus Auslandsanlagen zurück und sinken schließlich auch die öffentlichen Defizite, so wären noch für eine länger Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs niedrigere Zinsen möglich. Eine Vorhersage der Zinsen wäre freilich nicht seriös.

251. Das gleiche gilt für Wechselkursvorhersagen. Gewiß ist, daß der fortbestehende Unterschied im Inflationstempo in Europa weitere Änderungen der Leitkurse im Europäischen Währungssystem erforderlich machen wird. Weniger schon gilt dies für den Dollarkurs der D-Mark. Hier ist es das hohe Niveau, das, berücksichtigt man die zurückliegende Entwicklung des Preisniveaus in beiden Ländern, die Erwartung eines deutlichen Sinkens nach wie vor wohlbegründet erscheinen läßt. Auch die sich rasch verschlechternde Leistungsbilanz der Vereinigten Staaten kann bald den Umschwung bringen, bei weiter sinkenden Zinsen und entsprechenden Kursgewinnen an Wertpapieren in den Vereinigten Staaten möglicherweise noch rascher der Rückfluß von Dollaranlagen, die nicht dauerhaft gemeint, sondern eher spekulativer Art sind.

Solange es nicht eine unerwartete neue kräftige Abwertung der D-Mark gibt, wäre der Dollarkurs kein wichtiger Orientierungspunkt der Geldpolitik. Freilich, seit der Normalisierung der monetären Expansion hat deren Belebung, seit der deutlichen Absenkung der Zinsen deren weiteres Sinken auch keinen Vorrang mehr vor der stabilitätspolitisch erwünschten Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar, zumal wenn zu erwarten ist, daß die internationalen Rohstoffpreise bald wieder zu steigen beginnen. Eine Befestigung der D-Mark gegenüber dem Dollar ist kein hinreichender Anlaß mehr für eine weitere Senkung der Notenbankzinsen.

Auch eine volle Abwehr des Inflationsimports aus dem Raum der Partnerländer des Europäischen Währungssystems bleibt unsicher. Die Erfahrungen des Jahres 1982 haben solche Sorgen aber auch nicht verstärkt. Es ist durch die mehrmalige Korrektur der Leitkurse seit dem Oktober vergangenen Jahres sogar zu einem Teilausgleich der realen Abwertung der D-Mark gekommen, die sich in der unverhältnismäßig langen Zeit kaum veränderter Leitkurse des Europäischen Währungssystems eingestellt hatte. Das Europäische Währungssystem kann weiterhin eine Rolle spielen bei dem Bestreben, in Europa eine Zone ruhigerer Wechselkursentwicklung zu erhalten. Rechtzeitige Leitkursänderungen sind freilich nötig, wenn die Spannungen nicht zu groß werden sollen, die sich aus den Unterschieden im Inflationstempo in Europa — an denen auch das Europäische Währungssystem bisher nichts Durchgreifendes zu ändern vermocht hat — immer wieder aufbauen.

II. Steuerungsfehler im Marktprozeß

252. Die anhaltende Wachstumsschwäche und die Krisensymptome in vielen Wirtschaftszweigen veranlassen zu überdenken, was den Fehlentwicklungen Vorschub geleistet hat und was deren Überwindung entgegenstehen könnte. Zu prüfen ist nicht nur, ob die Entscheidungen in der Finanzpolitik, in der Geldpolitik und in der Lohnpolitik zueinander passen, sondern auch, ob nicht die Vielzahl von Marktinterventionen in Form von Subventionen, Regulierungen sowie der Umfang und die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme zu einer allzu hohen Belastung geworden ist. Was an Interventionen früher einmal gut begründet gewesen sein mag, ist es unter geänderten Bedingungen möglicherweise nicht mehr, berücksichtigt man die gesamtwirtschaftlichen Kosten in Form der Fehlleitung der knappen Produktionsmittel, die Einbußen an Produktion und Einkommen, die sich daraus ergeben. Solche Kosten gibt es, wenn der Staat marktwidrig Preise festlegt und wenn Kapazitäten in einzelnen Branchen der Volkswirtschaft auf Kosten anderer erhalten werden, und zwar mit öffentlichem Geld, das durch höhere Steuern beschafft oder an anderer Stelle eingespart werden muß. Am Beispiel der Wohnungswirtschaft haben wir früher schon solche Probleme aufgezeigt, die Energiewirtschaft und die Stahlwirtschaft bieten weitere Anschauung. Aus Furcht, die ohnehin schon schwierige Lage am Arbeitsmarkt könnte sich weiter verschärfen, schreckt die Wirtschaftspolitik häufig vor dem Abbau von Subventionen zurück; ihr Widerstand gegenüber den Subventionsforderungen von bisher nicht subventionierten Branchen und Unternehmen scheint schwächer zu werden. Man darf sich keine Illusionen machen, was an Belastungen auf den Staatshaushalt zukommen könnte, wenn solchen Forde-

rungen nachgegeben würde. Weniger eingehend haben wir uns in diesem Gutachten mit den Problemen der Systeme der sozialen Sicherung auseinandergesetzt. Dies besagt nichts über das große Gewicht dieser Probleme, auch was die wachstumspolitische Perspektive angeht. Wer langfristig denkt und in entsprechender Weise die Zukunft vor allzu hohen Belastungen bewahren will, die dann nicht mehr ohne Härte und ohne Vertrauenseinbußen beseitigt werden könnten, muß die Aufgabe, hier neu auszutarieren, was langfristig tragbar ist und was nicht, sogar für noch weit größer halten als die hier behandelten Probleme.

Staatliche Transfers

253. Einkommensdifferenzen haben in der Marktwirtschaft eine wichtige Steuerungsfunktion. Die Wünsche der Nachfrager, die technischen Möglichkeiten der Produktion, die Preise wichtiger Rohstoffe und viele andere Bedingungen des Wirtschaftens ändern sich fortwährend, und das bringt einen Bedarf an Anpassung in der Produktion und im Einsatz von Arbeit und Kapital mit sich. Dieser Anpassungsbedarf wird dadurch angezeigt, daß sich die Verdienstchancen dort verbessern, wo die Nachfrage nach bestimmten Produkten sowie nach bestimmten Arbeitsleistungen und Kapitalgütern zunimmt, und daß sie sich dort verschlechtern, wo weniger von ihnen gebraucht wird. Über diese Änderungen in den Verdienstchancen werden die Menschen angespornt, ihre Leistungen dort anzubieten, wo es vergleichsweise gute Verdienste gibt; und indem sie sich so verhalten, bringen sie die notwendige Anpassung zuwege. Im Prinzip wird es um so weniger Beschäftigungsprobleme geben, je reagibler die Preise für Güter und Faktorleistungen sind.

254. Die am Markt verdienten Einkommen werden vom Staat durch Steuern, Sozialabgaben und andere negative Transfers belastet; mit den aufkommenden Mitteln werden Sozialleistungen, die verbilligte oder kostenlose Bereitstellung von Gütern und andere Transfers finanziert. Über das Transfersystem werden so die Konsumchancen der Bürger verändert. Dafür gibt es gute Gründe. Der wichtigste ist wohl, daß nicht alle in der Lage sind, ein ausreichendes Markteinkommen zu verdienen; außerdem sollen die Verdienenden dazu veranlaßt werden, Vorsorge gegen die Risiken von Verdienstausfällen zu treffen. Soziale Sicherung und sozial motivierte Umleitungen der Markteinkommen gehören zu jeder Marktwirtschaft; dies hat im Prinzip durchaus positive Rückwirkungen auf den Marktprozeß. Sozial motivierte Umleitungen lockern freilich auch den Zusammenhang zwischen Verdiensten und Konsumchancen; sie schwächen damit im Prinzip die Leistungsanreize, die von marktbedingten Unterschieden in den Verdienstchancen ausgehen. All das ist unumstritten. Umstritten ist, ob soziale Transfers die Anreize heute allzusehr schwächen. In Rede stehen vor allem das Ausmaß und die Formen dieser Transfers.

255. Das Netz der sozialen Sicherung garantiert jedem Bürger über die Sozialhilfe eine bestimmte Mindestversorgung, soweit er oder seine Familie diese nicht sicherstellen können. Über diesen Teil des sozialen Netzes, der eine Auffangfunktion erfüllt, spannen sich weitere Sicherungsnetze, die den Bürger vor einer unzumutbaren Verschlechterung seiner Lebensbedingungen schützen sollen. Dieser Schutz ist, gemessen etwa am sonst erzielten Arbeitseinkommen, unterschiedlich hoch und mit statistischen Durchschnittswerten nicht verläßlich zu beschreiben. Regelmäßig bleibt er weit unter dem Nettoarbeitsentgelt; in manchen Fällen reicht er allerdings nahe heran. Art und Richtung von Verhaltensanreizen müssen schon deshalb differenziert gesehen werden. Ganz allgemein gilt jedoch, daß bei den Leistungsempfängern mit steigendem Sicherungsniveau die Neigung geringer wird, durch eigene Anstrengungen sich an veränderte Bedingungen des Arbeitsmarktes anzupassen oder eigene Vorsorge gegen die Wechselfälle des Lebens zu treffen. Ein überhöhtes Sicherungsniveau kann auch dazu führen, daß die Bereitschaft von Leistungsempfängern abnimmt, Erwerbsmöglichkeiten zu nutzen. Ausgeprägt sind derartige Anreizminderungen dort, wo ein Anstieg des nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verbleibenden Erwerbseinkommens durch den Wegfall monetärer oder realer Transfers weitgehend oder ganz aufgezehrt wird; das quantitative Gewicht solcher Fälle ist freilich umstritten. Ein umfassendes Urteil über die Verhaltensanreize des Transfersystems läßt sich freilich nur gewinnen, wenn man die gesamte Wirkung von positiven und negativen Transfers berücksichtigt.

256. Bei den negativen Transfers geht es vor allem um die Belastung der Einkommen. Durch Zwangsabgaben und gesetzlich geregelte Sozialleistungen liegen die Kosten der Beschäftigung eines Arbeitnehmers für den Arbeitgeber heute deutlich über dem Bruttolohn des Arbeitnehmers, und der Nettolohn des Arbeitnehmers wiederum liegt wegen Lohnsteuer und Sozialbeiträgen deutlich unter seinem Bruttolohn. Diese Belastungsspannen haben seit vielen Jahren fast ständig zugenommen, insbesondere, wenn man die zusätzlichen tariflichen, durch Betriebsvereinbarungen festgelegten und freiwilligen Sozialleistungen mit berücksichtigt. Um wieviel die gesamten Personalkosten über den Nettolöhnen liegen, ist von Branche zu Branche und von Unternehmen zu Unternehmen verschieden, da unterschiedliche gesetzliche, aber auch tarifliche und unternehmensindividuelle Regelungen vorliegen und für den einzelnen Arbeitnehmer unterschiedliche kostenwirksame Regelungen und steuerrechtliche Bedingungen gelten. In der Diskussion ist die Größe dieses Abstands, aber auch die angemessene Abgrenzung umstritten. Zur Klärung dieses Sachverhalts wären weitere, differenzierte Untersuchungen angebracht. Unbestritten ist jedenfalls: Für sich genommen schwächt dieser Abstand beim Arbeitgeber den Anreiz, mehr Arbeit nachzufragen; beim Arbeitnehmer schwächt er den Anreiz, mehr Arbeit anzubieten. Das Ausweichen in die Schattenwirtschaft zeigt, daß hier Anreizmechanismen gestört sind. Auch die Einstellung des einzelnen zu Fragen der

Arbeitszeitverkürzung dürfte davon mitbestimmt werden. All dies wiederum geht zu Lasten der Gesamtheit der Sozialversicherten und der Steuerzahler, weil die Bemessungsgrundlagen für Sozialabgaben und Steuern jetzt geringer sind, als sie es sonst wären, die nötigen positiven Transfers also nur mit höheren Abgabesätzen zu finanzieren sind. Die ursprünglichen Anreizprobleme werden so verstärkt.

257. Die Verhaltensanreize sind nicht unabhängig von den Formen, in denen Leistungen gewährt und Abgaben auferlegt werden. So sind im allgemeinen Realtransfers, zum Beispiel die Zuweisung einer Sozialwohnung, den gebundenen monetären Transfers, zum Beispiel Wohngeld, und die gebundenen Transfers den frei verwendbaren Transfers unterlegen. Dieser Standpunkt gründet in der Einsicht, daß die Bedürfnisse der Menschen verschieden sind und daß deshalb normalerweise bei den Leistungsempfängern der gleiche Nutzenzuwachs mit um so weniger öffentlichem Geld zu erzielen ist, je freier diese darüber verfügen können. So ist die Individualförderung durch Wohngeld im Prinzip auf Dauer billiger für den Staat als die Objektförderung durch Sozialwohnungen.

Auf der Abgabenseite kann man davon ausgehen, daß in bezug auf die Anreizstörungen eine Finanzierung durch Beiträge der Finanzierung durch Steuern überlegen ist; denn der Beitragszahler hat Anspruch auf eine Gegenleistung, der Steuerzahler nicht. In der Bundesrepublik werden etwa zwei Drittel der Sozialleistungen durch Beiträge finanziert; es dominiert das Prinzip der Sozialversicherung, nach dem Sicherheitsansprüche durch Beiträge erworben werden. Beiträge und Ansprüche sind allerdings nicht immer gleichwertig, vor allem deshalb nicht, weil zwischen den Versicherten ein Solidarausgleich stattfindet, etwa in der Form des Ausgleichs unterschiedlicher Familienlasten, aber auch in der Weise, daß die sozial Stärkeren mehr und die sozial Schwächeren weniger zahlen, als ihre Ansprüche wert sind. Inwieweit das von den Versicherten wahrgenommen wird und zu Ausweichreaktionen führt, ist nicht eindeutig auszumachen; dies hängt wohl nicht zuletzt von den vorhandenen Sicherungsalternativen ab. Je mehr freilich die Äquivalenz von Leistung und Gegenleistung verloren geht, um so größer ist die Gefahr, daß die Abgabenlast nicht mehr akzeptiert wird.

Von der Leistungsseite her fällt das Urteil leichter. Hier gilt die alte Erfahrung, daß nützliche Dinge, die nichts kosten, stark nachgefragt werden. Jede Versicherung kennt dieses Problem: Wird ein Versicherungsschutz eingeführt oder verbessert, dann steigt die Anzahl der (gemeldeten) Schadensfälle und möglicherweise auch die (gemeldete) Schadenshöhe, weil die Versicherten jetzt sorgloser sind oder Schäden gar fingieren. Sorgloser können auch andere sein, die am Schaden in der einen oder anderen Form beteiligt wären, wenn der Versicherungsschutz nicht bestünde. Das eine wie das andere wirkt in Richtung einer Expansion von Leistungen und Prämien. Beim Staat ist das im Prinzip nicht anders. Die Ausgaben zur Sicherung gegen die verschiedenen Lebensrisiken nehmen um so stärker zu, je leichter die Anspruchsberechtigten an die Leistungen herankommen, sei es aus Eigenem, sei es mit Hilfe anderer, die dabei auch Vorteile haben. Im Ergebnis müssen die Abgaben erhöht werden; das braucht den Drang zu Mehrnachfrage freilich nicht zu bremsen: Es kann vielmehr zu einem kumulativen Prozeß kommen. Sicher sollte bei der Beurteilung des Transfersystems die Möglichkeit seines Mißbrauchs nicht an erster Stelle stehen. Aber daß auch das staatliche Transfersystem vor Mißbrauch geschützt werden muß, ebenso wie private Versicherungen sich schützen müssen, ist keine Frage.

Interventionen und Subventionen

258. Störungen der Anreizmechanismen verursacht der Staat durch vielfältige Subventionen und Regulierungen. In einer Marktwirtschaft müssen diese Maßnahmen die Ausnahme sein, und das heißt, daß sie in jedem einzelnen Fall besonders zu begründen sind. Außerdem ist zu bedenken, daß unerwünschte Marktresultate keineswegs in jedem Fall durch staatliche Eingriffe in gesamtwirtschaftlich bessere Ergebnisse überführt werden können. Vielfältige Wirkungszusammenhänge, Rückkopplungen und Nebenwirkungen können vielmehr dazu führen, daß staatliche Steuerungsversuche fehlschlagen. Es gibt nicht nur Marktversagen, sondern auch Versagen im politisch-administrativen Prozeß. Bevor der Staat subventioniert oder reguliert, sollte daher immer geprüft werden, ob nicht durch eine Änderung des Ordnungsrahmens die Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus so verbessert werden kann, daß die Marktergebnisse staatliche Eingriffe überflüssig machen.

259. Dem Preissystem kommt in einer Marktwirtschaft die Aufgabe zu, Angebot und Nachfrage durch knappheitsgerechte Preise zu steuern. Solche Knappheitspreise mögen in vielen Fällen Vorstellungen über die Verteilungsgerechtigkeit zuwiderlaufen und politischen Druck zugunsten von staatlichen Eingriffen mobilisieren. Wenn Preise in den Dienst verteilungspolitischer Ziele gestellt werden, hat dies jedoch keineswegs immer die erwünschten Verteilungswirkungen, und zudem zieht dies meistens unerwünschte Auswirkungen auf das Güterangebot und die Güternachfrage sowie die Kombination der Produktivkräfte nach sich. Werden Preise niedriger gehalten, als es der Marktsituation entspricht, wie beispielsweise in großen Teilbereichen der Wohnungsnutzung, dann reicht das Angebot nicht aus, die Nachfrage zu befriedigen; es entsteht eine „Versorgungslücke". Werden aus verteilungspolitischen Gründen Preise höher festgesetzt, beispielsweise auf den EG-Agrarmärkten, dann sind Produktionsüberschüsse die Folge, deren Verwertung enorme Kosten verursachen kann. Die Belastung des Preissystems mit Verteilungsaufgaben verfälscht also die Marktsignale. Sie führt zu einer Desorientierung von Angebot und Nachfrage und darüber hinaus zu einem schlechteren Wirkungsgrad der Produktivkräfte der Volkswirtschaft.

260. Verbreiteter als solche direkten staatlichen Eingriffe in den Preisbildungsprozeß sind indirekte Eingriffe über Steuern und Subventionen. Es gibt Fälle, in denen solche Eingriffe den marktwirtschaftlichen Koordinationsmechanismus ergänzen. Sie können beispielsweise dazu dienen, negative oder positive Nebenwirkungen des Produktionsprozesses in das Entscheidungskalkül von Unternehmen und privaten Haushalten zu bringen. Zumeist werden Subventionen und Steuervergünstigungen aber aus anderen Gründen gewährt. Die Subventionswirtschaft ist seit langem ein Ärgernis. Ein Blick in die Subventionsberichte der Bundesregierung gibt ein anschauliches Bild von der Vielzahl der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, mit denen der Staat am Markt interveniert. Die gesetzliche Verpflichtung der Bundesregierung, regelmäßig über die Entwicklung von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen zu berichten und dabei die Möglichkeiten des Abbaus zu prüfen, entspringt dem Bestreben, die Subventionen einzuschränken. Gleichwohl sind sie bis vor wenigen Jahren ständig gestiegen, und erst für dieses Jahr ist beim Bund ein bescheidener absoluter Abbau der Finanzhilfen zu erwarten.

Legt man die Angaben des letzten Subventionsberichts zugrunde, dann beliefen sich die Subventionen an Unternehmen (einschließlich der in die Bundesrepublik fließenden EG-Finanzmittel, in erster Linie Marktordnungsausgaben für die Landwirtschaft) im Jahre 1980 auf rund 40 Mrd DM. Faßte man den Subventionsbegriff weiter als im Subventionsbericht, rechnete man also beispielsweise auch Zuschüsse an öffentliche Unternehmen und geldwerte Vergünstigungen an öffentliche und private Unternehmen ein, dann ergäben sich erheblich größere Beträge.

Trotz der ausdrücklichen Forderung im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, Subventionen nur dann zu gewähren, wenn es den gesamtwirtschaftlichen Zielen nicht widerspricht, muß man Zweifel haben, ob diese Verpflichtung in der Subventionspraxis immer eingehalten wird. Eine eingehende Prüfung dürfte für manche Finanzhilfen und Steuervergünstigungen zu einem negativen Ergebnis führen. Eine Kürzung von Subventionen könnte einhergehen mit der steuerlichen Entlastung der Investitionen, wie sie in diesem Gutachten vorgeschlagen wird. Es wäre zu prüfen, wo eine solche Entlastung einen weitgehenden Verzicht auf die vielfältigen bisher gewährten Investitionshilfen möglich macht.

261. Die Erfahrung lehrt, daß Subventionen die Tendenz haben, sich zu verfestigen. Zunächst als Hilfe im Prozeß der strukturellen Anpassung der Volkswirtschaft und damit als Unterstützung des Marktmechanismus gedacht, werden sie oftmals zu einem den Strukturwandel hemmenden Faktor. Mit der Zeit werden die Subventionen als Besitzstand betrachtet, ihrem Abbau wird massiver Widerstand entgegengesetzt. Deshalb ist es unabdingbar, daß die Zielsetzungen der einzelnen Maßnahmen noch konkreter gefaßt werden und daß höhere Ansprüche an die gesamtwirtschaftliche Begründung gestellt werden. Die erste und die letzte im jüngsten Subventionsbericht der Bundesregierung aufgeführte Subvention mögen als Beispiel dafür dienen, daß die Subventionen einer besseren Begründung bedürfen: Es handelt sich um Zuschüsse an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, als deren Begründung die Kostenentlastung der landwirtschaftlichen Betriebe angeführt wird, und um die Befreiung der Schaustellerzugmaschinen von der Kraftfahrzeugsteuer, als deren Begründung die Förderung des Schaustellergewerbes genannt wird.

Energiesparen und Fernwärmeausbau

262. Eine staatliche Steuerung gibt es seit einigen Jahren im Bereich der Energieeinsparung und des Fernwärmeausbaus. Die Verringerung des Energieverbrauchs im ganzen und des Ölverbrauchs im besonderen ist seit dem ersten Ölpreisschock von 1973/74 Ziel der Energiepolitik. Es wurde vielfach bezweifelt, ob der marktwirtschaftliche Koordinationsmechanismus allein mit dieser Aufgabe fertig werden würde. Tatsächlich hat die anhaltende Ölteuerung, die sich auf alle Energieträger ausbreitete, zu einer beträchtlichen Energieeinsparung und Steigerung der Energieproduktivität geführt. Heute herrscht weitgehend Einigkeit darüber, daß die Anreize, die von den Preissteigerungen ausgegangen sind, hierzu ganz wesentlich beigetragen haben.

Es wird mit vielfältigen Argumenten für einen Vorrang des Ziels der Energieeinsparung geworben. Angeführt wird, daß Energiesparen die Energierohstoffe schone, die Belastung der natürlichen Umwelt verringere, die Leistungsbilanz entlaste und den Entwicklungsländern mehr Energie belasse. Die Realisierung des Energiesparziels wurde und wird einerseits mit regulierenden Eingriffen wie erhöhten Anforderungen an die Wärmedämmung in neuen Gebäuden und andererseits mit Steuervergünstigungen und Subventionen zugunsten heizenergiesparender Maßnahmen sowie durch den forcierten Ausbau der Fernwärmeversorgung angestrebt. Teilprogramme, wie das Bund-Länder-Programm zur Förderung heizenergiesparender Maßnahmen (4,35 Mrd DM), laufen teilweise schon aus, andere wie die Programme für Kohle-Heizkraftwerke und für den Fernwärmeausbau sind erst vor kurzer Zeit in Kraft getreten.

263. In der energiepolitischen Diskussion wird oftmals übersehen, daß Energiesparen in der Regel nicht zum Nulltarif zu haben ist. Sieht man einmal von dem Fall offensichtlicher Verschwendung ab, kommt es dabei entweder zu Nutzeneinbußen oder zu Kostensteigerungen. Die so griffige These „Energiesparen ist unsere beste Energiequelle!" gilt nur in dem Maße, wie der Nutzen des Energiesparens dessen Kosten übersteigt. Für diesen Kosten-Nutzen-Vergleich wie für die Entscheidung der Nutzer und der Anbieter spielt der Energiepreis eine entscheidende Rolle. Er zeigt die volkswirtschaftliche Knappheit der einzelnen Energieträger freilich nur dann korrekt an, wenn er außer den Kosten der Energiebereitstellung die ökonomische Knappheit der Energieträger und die Umweltbelastung spie-

gelt, die durch die Nutzung eines Energieträgers entsteht. Um sicherzustellen, daß dies in den einzelwirtschaftlichen Entscheidungen berücksichtigt wird, bedarf es staatlichen Handelns. Nötigenfalls müssen spezielle Abgaben dafür sorgen. Dies würde auch gelten, wenn man davon auszugehen hätte, daß die langfristigen Energiepreiserwartungen der Verbraucher zu niedrig sind.

264. Für eine staatliche Förderung des Fernwärmeausbaus wird außer mit dem Argument, so lasse sich Primärenergie sparen, noch damit geworben, Fernwärme sei besonders umweltfreundlich. Diese Behauptung ist in ihrer Allgemeinheit im Sachverständigenrat umstritten. Aber auch wenn man die Fernwärme für umweltfreundlicher hält als ihre konkreten Versorgungsalternativen, gibt dies noch keine überzeugende Begründung für eine Subventionierung. Der gesamtwirtschaftlich überlegene Weg wäre nicht die Subventionierung umweltfreundlicher Energiesysteme, sondern die Belastung der Energiesysteme und Energieträger nach dem Grad ihrer Umweltbeanspruchung, sei es durch Umweltabgaben, sei es durch Umweltschutzgebote. Für eine Subventionierung des Fernwärmeausbaus wird mit dem weiteren Argument geworben, die Fernwärme verringere den Energieeinsatz und erhöhe die Sicherheit der Versorgung der Volkswirtschaft mit Energie. Soweit sich auf diese Weise Primärenergie einsparen ließe, kann hierin ein wichtiger Vorteil gesehen werden.

Schutz und Förderung der deutschen Steinkohle

265. Vielfältige Eingriffe kennzeichnen seit Jahrzehnten den Markt für Kohle. Neben den steuerlichen Belastungen (Heizölsteuer) und Marktzugangsbeschränkungen (Einfuhrkontingente) für die wichtigsten Konkurrenzenergieträger sind umfangreiche Hilfen zugunsten des deutschen Steinkohlenbergbaus eingeführt worden — wie die Verstromungshilfen (1,68 Mrd DM im Jahre 1981), die Kokskohlenbeihilfe (1,4 Mrd DM), die Investitionshilfen (0,57 Mrd DM), die Unterstützung von Kohleforschung und Innovation (0,43 Mrd DM), die Sozialmaßnahmen (0,29 Mrd DM), die Stillegungshilfen (0,36 Mrd DM), die unternehmensspezifischen Stützungsmaßnahmen (0,38 Mrd DM) sowie sonstige direkte und indirekte Hilfen (0,41 Mrd DM). Folgt man den Begründungen des Subventionsberichts, dann sollen diese Maßnahmen den Steinkohlenbergbau in erster Linie in die Lage versetzen, wirksam zur Sicherheit der deutschen Energieversorgung beizutragen. Dieser Energiesicherungsauftrag des deutschen Steinkohlenbergbaus stützt sich auf einen allgemeinen Konsens der politischen Parteien. Ein Urteil über die Kosten einer solchen Energiesicherung kann aus einem Vergleich mit Weltmarktpreisen für Steinkohle gewonnen werden. Die Bundesrepublik gehört — trotz Subventionierung — seit vielen Jahren zu den Ländern mit dem höchsten Kohlepreis. Kohle, selbst aus entfernten Regionen der Welt, ist in der Bundesrepublik billiger als heimische Kohle. Das wirft die Frage auf, welche volkswirtschaftlichen Kosten für die Sicherung der heimischen Kohleförderung in Kauf genommen werden sollen, und diese Frage läßt sich nur bei Abwägung alternativer Möglichkeiten der Energiesicherung und deren Kosten beantworten.

266. Der Sicherungsauftrag kann wohl kaum im Sinne einer garantierten Förderkapazität des deutschen Steinkohlenbergbaus interpretiert werden, und Forderungen, solche Förderkapazitäten im Energieprogramm festzuschreiben, sind von der Bundesregierung bisher auch zu Recht zurückgewiesen worden. Gegen Absatzgarantien läßt sich grundsätzlich einwenden, daß durch sie die Kostenentwicklung allzu leicht außer Kontrolle gerät; denn wenn der Druck von seiten der Absatzentwicklung fehlt, bleibt das Kostenbewußtsein der Produzenten im Zweifel unterentwickelt. Dabei ist auch zu bedenken, daß der deutsche Steinkohlenmarkt schon aufgrund des hohen Konzentrationsgrades des Angebots — rund drei Viertel des Marktes entfallen auf das größte Bergbauunternehmen — nicht als ein Markt anzusehen ist, auf dem der Anbieterwettbewerb zu Kostendisziplin zwingt. Der hohe Konzentrationsgrad wäre weniger bedeutsam, wenn die Markteintrittserschwernisse für die Importkohle stärker gelockert würden.

Die Angemessenheit der Kohlepreise und der Kosten kann keinesfalls anhand betriebswirtschaftlicher Formeln (zum Beispiel nach der sogenannten Schwantag-Formel) beurteilt werden. Die Entscheidung über die Verteilung der Förderung auf die Zechen und damit zugleich über die durchschnittliche Produktivität, über den Personalstand, über Investitionen und wichtige andere Kosten liegt zwar bei den wenigen Unternehmen, und die Entscheidung über Niveau und Struktur der Löhne und Gehälter liegt bei den Tarifparteien. Aber all diese Entscheidungen würden vermutlich von einer staatlichen Fördermengengarantie nicht unbeeinflußt bleiben.

267. Auch die Trennung in geschützte und ungeschützte Kohlemärkte schafft falsche Anreize für die Absatz- und Förderpolitik. Das Subventionieren der Verstromung deutscher Steinkohle in öffentlichen Kraftwerken mag in manchen Fällen höhere volkswirtschaftliche Kosten verursachen als der Verkauf der Steinkohle in nicht geschützten Bereichen, selbst wenn dort keine kostendeckenden Preise erzielt werden. Zudem erleichtert eine solche staatlich vorgenommene Marktsteuerung eine Preisdiskriminierung auf Teilmärkten, beispielsweise Dumpingpreise auf ausländischen Märkten; so ist deutsche Kohle im Ausland oft billiger als in den Revieren.

268. Angesichts der hohen volkswirtschaftlichen Kosten der gegenwärtigen Kohlepolitik sind alternative Wege der Energieversorgungssicherung sorgfältig zu prüfen, vor allem dann, wenn eine weitere Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Steinkohle erwartet werden müßte. Bereits eine Diversifizierung der Bezugsquellen und der Energieträger kann einen Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung leisten. Kohle kann aus zahl-

reichen Ländern importiert werden. Die Rolle der Kohle könnte zudem teilweise von anderen Energieträgern übernommen werden. Die Energiepolitik hat sich der Frage, wie hoch sie die Sicherheit dieser alternativen Versorgungsmöglichkeiten ansetzt, und wieviel Mehrkosten sie den Steuerzahlern und Stromkunden für den Verbrauch heimischer Kohle glaubt zumuten zu können, immer wieder aufs Neue zu stellen.

269. Vielfältige Schutzmaßnahmen über so lange Zeit haben den deutschen Steinkohlenbergbau in die Abhängigkeit vom Staat gebracht. Eine schnelle und radikale Umkehr zu einer Marktsteuerung ist nahezu unmöglich. Sie würde zu einem tiefen Einbruch im deutschen Steinkohlenbergbau und auch zu weitreichenden regionalwirtschaftlichen Störungen führen. Die Verstromung von Steinkohle nach dem sogenannten Jahrhundertvertrag, der erst vor wenigen Jahren zwischen den Unternehmen des Steinkohlenbergbaus und den Unternehmen der öffentlichen Stromversorgung geschlossen wurde, kann in naher Zukunft wohl kaum grundlegend revidiert werden. Der Vertrag mit den Elektrizitätsunternehmen gibt dem Steinkohlenbergbau zwar keine feste Garantie für künftigen Absatz; aber tatsächlich bringt er dem Bergbau doch — in der Marktwirtschaft ganz ungewöhnlich — einen hohen Grad der Sicherheit für den langfristigen Absatz von rund der Hälfte der heutigen Förderung.

Durchgreifende Anpassungen werden im Steinkohlenbergbau schwierig bleiben. Gerade deshalb dürfen die ohnehin eingeschränkten Möglichkeiten der Kohleeinfuhr nicht wieder verschüttet werden, auch nicht unter dem Druck anwachsender Halden.

270. Die Energiepolitik kann nicht ohne weiteres darauf setzen, daß die gegenwärtigen Preise und die für die Zukunft erwarteten Preissteigerungen die Knappheit des Faktors Energie ausreichend widerspiegeln. Soweit dies nicht der Fall ist, wären spezielle Abgaben beziehungsweise deren Erhöhung im Prinzip der richtige Weg, das Marktergebnis zu korrigieren. Dies gilt auch für Aspekte des Umweltschutzes, die in besonderem Maße mit der Erzeugung und dem Verbrauch von Energie verbunden sind. Gegen ein solches Vorgehen steht der Widerstand in der Öffentlichkeit und vieler Interessen und Vorurteile. Es gibt deshalb die Meinung, besser als das Beharren auf einer völlig reinen Strategie sei die Bereitschaft, die erwünschte Umstrukturierung im Energiebereich notfalls dann doch mit Hilfe gut angesetzter Subventionen zu betreiben. Das sei volkswirtschaftlich und vor allem für den Fiskus teurer als der ideale Weg. Auch im Sachverständigenrat gibt es unterschiedliche Auffassungen hierüber.

Anpassung mit Staatshilfe: Stahl

271. Ein anderes Beispiel für unbewältigte Anpassungen trotz staatlicher Hilfen ist der Stahlmarkt. Die Unternehmen der Stahlindustrie, die erwartet hatten, mit der Preiserhöhung vom Jahresanfang für die Kapazitätsanpassung und die Umstrukturierung benötigtes Geld, aber auch Zeit zu gewinnen, finden sich nach dem neuerlichen Produktionseinbruch in einer tiefen Liquiditätskrise. Das Quotenkartell hat versagt. Die Bundesregierung ist in Zugzwang geraten.

Angesonnen wird der Bundesregierung, den Subventionswettlauf in Europa mitzumachen, die Grenzen für Importe aus dem europäischen Ausland zu schließen oder doch durch Ausgleichsabgaben weniger leicht passierbar zu machen. Empfohlen werden kann nur, einem geordneten Rückzug den Weg zu ebnen.

272. Obwohl die Bundesregierung jahrelang auf der Seite derer stand, die für einen Abbau der Subventionierung der Stahlindustrie in Europa kämpften, hat sie mehr und mehr selbst dem Drängen nach Subventionen nachgegeben — zwar noch nicht gegenüber allen Stahlunternehmen, aber nach Grundsatz und Größenordnung doch bedenklich. Voraussetzung dafür, daß Subventionen gewährt werden, ist im konkreten Falle, daß sich auch die Eigentümer, die Banken und die Arbeitnehmer finanziell an der Fortführung des Unternehmens beteiligen. Für jeden der Betroffenen kann dies die billigere Lösung gegenüber der Produktionseinstellung sein. Sicher ist dies jedoch nicht. Es kann auch die Verlängerung des nicht zu Verlängernden sein und über die Zeit ein besonders teurer Weg. Es sind die Rücksichten auf die regionalwirtschaftlichen Probleme, die mit der Produktionseinstellung verbunden sind, welche die Entscheidung so schwer machen. Zu den Kosten des Verfahrens sollte nicht auch noch gehören, daß das Beispiel Schule machte. Die Berufung auf dieses Beispiel liegt bereits auf dem Tisch.

Das Miteinander der Staaten auf dem europäischen Stahlmarkt darf nicht einem Ruinspiel gleich werden. Es kann kein Sinn darin liegen, daß jedes Land eine hochmoderne und zugleich hochsubventionierte Stahlindustrie aufbaut. Erhaltung von Überkapazitäten auf Kosten des Steuerzahlers, Erhaltung von Arbeitsplätzen dort, wo sie auf mittlere Frist nicht gehalten werden können, ist auch unter kurzfristigen Gesichtspunkten abzulehnen. Es kostet Zeit und Geld, die für notwendige Umstrukturierungsmaßnahmen benötigt werden. Auf Dauer kommen den Staat Subventionen an die Stahlindustrie teurer zu stehen als die Hinnahme von Arbeitslosigkeit. Das ist dann der Fall, wenn die Subventionsdauer länger ist als die Dauer der Arbeitslosigkeit der Betroffenen. Unter dem Zwang der leeren Kassen wächst die Versuchung, die Subventionen dadurch zu begrenzen, daß der Verbraucher durch staatlich administrierte Preise zur Kasse gebeten wird. Der Weg der Subventionen, ein Weg zu Lasten der Staatskasse, endet so im Protektionismus, einem Weg zur Entlastung der Staatskasse. Die Abnehmer der verteuerten Erzeugnisse verlieren an Wettbewerbsfähigkeit. Um ihre Existenz zu erhalten, werden sie auf den grauen oder gar den schwarzen Markt ausweichen.

273. Der Forderung nach Subventionen sich zu widersetzen ist eine herkulische Aufgabe, wenn die Partnerländer in der Europäischen Gemeinschaft

ihre Stahlindustrie massiv subventionieren und mit subventionierten Mengen auf den deutschen Markt drängen. Dennoch ist es notwendig. Aber auch der zweite der Regierung angesonnene Weg ist nicht gangbar. Kontingente festzulegen und Ausgleichsabgaben an der Grenze zu erheben, um so die Wettbewerbsgleichheit zwischen subventionierten ausländischen und nichtsubventionierten deutschen Unternehmen herzustellen, würde das Ende des europäischen Stahlmarktes offenbar machen. Das kann letztlich auch nicht im Interesse der deutschen Stahlindustrie liegen. Die Anreize, die der Markt bietet: Lohn für denjenigen, der sich anstrengt, würden entfallen — für die Stahlindustrie, die ihre Quotenmengen verteilt, aber daran gehindert wird, zusätzliche Marktanteile zu gewinnen, für die verarbeitende Industrie, die nicht sieht, wie sie die zusätzlichen Kosten durch zusätzliche Anstrengungen ausgleichen soll, oder die erkennt, daß sie noch mehr verdienen kann, wenn sie ihre Produktionsstätten ins Ausland verlagert.

274. Für einen geordneten Rückzug sollte der Staat sich eigentlich ebenfalls nicht in Anspruch nehmen lassen. Dies ist freilich kein Rat, der in einer Zeit ernst genommen werden wird, in der schon bald mit massiven und räumlich konzentrierten Entlassungen gerechnet werden muß und in der die Probleme mancher Unternehmer so groß sind, daß sie weder über die Mittel für die Fortführung des Betriebes noch über die Mittel für die Entlassung von Mitarbeitern und die Stillegung von Kapazitäten verfügen. Staatliche Hilfe zur Finanzierung und zur zeitlichen Streckung des Rückzugs aus Bereichen, die auf mittlere Frist nicht verteidigt werden können, sind daher wohl unvermeidlich. Voraussetzung ist, daß am Ende des Umstrukturierungsweges wettbewerbsfähige Kapazitäten stehen. Der Abbau von Kapazitäten sollte so wenig staatliches Geld kosten wie möglich. Allemal ist auszuschließen, daß neue Förderprogramme geschaffen werden, in denen es an Anreizen fehlt, neue Kapazitäten nicht zu bauen. Vertretbar wären staatliche Finanzierungshilfen für eine offensive Strategie der deutschen Stahlindustrie: die Beschleunigung des Einsatzes von zukunftweisenden Technologien.

275. Der Abbau von Überkapazitäten in der Stahlindustrie und die Umstellung auf neue Technologien sind nicht nur Probleme der deutschen Stahlindustrie. Betroffen ist davon unmittelbar der deutsche Steinkohlenbergbau. Der Hüttenvertrag, der die deutsche Stahlindustrie so stellt, als ob sie billigere Weltmarktkohle einsetzte, kann von den Stahlunternehmen Ende nächsten Jahres gekündigt werden. Eine Fortsetzung des Vertrages zu den gegenwärtigen Bedingungen würde die Fortsetzung dieser staatlichen Subventionierung des Bergbaus bedeuten. Eine Beendigung oder Minderung der Subventionierung würde die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie beeinträchtigen, es sei denn, die Importkontingente würden aufgehoben. Dies würde eine Zurücknahme der Förderung im deutschen Steinkohlenbergbau erzwingen, denn zu einem Ausgleich über verstärkte Verstromung — über die Regelung im Jahrhundertvertrag hinaus — kann nicht geraten werden. Die Folgen für den Strompreis und für die davon abhängigen Industrien wären gravierend. Schon heute machen die Stromkosten in der Edelstahlerzeugung ein Drittel der Verarbeitungskosten aus und gefährden damit die Wettbewerbsfähigkeit dieses bisher erfolgreichen Bereichs der Stahlindustrie, der aber bereits heute immer mehr unter Einfuhrdruck gerät.

276. Geordneter Rückzug wird erleichtert, wenn an anderer Stelle Arbeitsplätze geschaffen werden. Verständlich erscheint daher, wenn der Staat Finanzierungshilfen zum Aufbau von Ersatzarbeitsplätzen gibt, und gegenwärtig mag es angesichts der Probleme auf regionalen Arbeitsmärkten bei Massenentlassungen in der Stahlindustrie keine Alternative geben. Gesehen werden muß aber auch, daß Hilfen, indem sie hier Probleme lösen, dort Probleme schaffen. Verständlich ist daher, daß sich Widerstand regt gegen die Subventionen, die im Rahmen des Stahlstandorteprogramms zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen gezahlt werden. Angrenzende Regionen, die wegen der allgemeinen Wachstumsschwäche ebenfalls stark von Arbeitslosigkeit und von den Auswirkungen der Stahlkrise auf die ansässige Industrie betroffen sind, spüren die Veränderung der Wettbewerbsbedingungen durch das Programm deutlich. Sie weisen darauf hin, daß der Versuch, die Probleme einer Region zu lösen, die Probleme anderer Regionen verschärfe.

277. Kein Land in Europa kann hoffen, die Probleme seiner Stahlindustrie im nationalen Alleingang zu bewältigen, und kein Land kann erwarten, daß es seine Probleme auf dem Rücken der Partnerländer in Europa lösen kann. Aber auch die europäische Kartellösung hat bisher versagt. Dringend notwendige Anpassungsmaßnahmen sind verzögert worden. Die Unternehmen haben bis zur Mitte dieses Jahres ihre Anträge auf Umstrukturierungsbeihilfen eingereicht. Die Anträge befinden sich immer noch in langwierigen Prüfungsverfahren. In der Zwischenzeit sind Investitionen aufgeschoben worden. Man wartet auf die Genehmigung der Anträge und auf öffentliches Geld. Die Zuteilung von Quoten für jeweils nur ein Vierteljahr läßt eine mittelfristige Planung kaum zu, und das Quotenmanagement im Telefonverkehr schafft zusätzliche Unruhe. Der Versuch, gegen den Markt Ruhe bei den Preisen zu schaffen, ist fehlgeschlagen. Allzu stark waren die Marktkräfte, allzu stark die nationalen Interessen und allzu schwach die Kraft der Kommission, als daß die verordnete Einheitlichkeit der Preise für Stahl in Europa über die Änderung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem hinaus hätte Bestand haben können. Es nimmt kaum wunder, daß die Stahlindustrie bei solchen Belastungen und solch großen Unsicherheiten Orientierung verliert.

278. Notwendig ist eine mittelfristige Orientierung und ein mittelfristig verstetigter Rückzug der europäischen Stahlindustrie, bis die Kapazitäten soweit abgebaut sind, daß wettbewerbsfähige Einheiten ohne staatliche Subvention und protektionistisches Abschotten übrig bleiben. Ein Weg dazu könnte ein

Handel mit Quoten sein, die nicht nur Produktions- und Lieferrechte für ein Vierteljahr gewähren, sondern Produktions- und Liefermengen auf mittlere Frist verbriefen.

Angenommen, die Stahlindustrie käme in Übereinstimmung mit den Regierungen und der Europäischen Kommission zu einer Einschätzung der Stahlnachfrage, die einen Abbau der bestehenden Kapazitäten um einen bestimmten Prozentsatz in den nächsten zehn Jahren notwendig erscheinen ließ, dann könnten die Produktions- und Lieferquoten, über die ein jedes Unternehmen verfügt, entsprechend einem mittelfristig angekündigten Pfad reduziert werden. Jedes Unternehmen wüßte von Anfang an, daß seine Produktionsquoten mittelfristig deutlich sinken, es sei denn, es könnte zusätzliche Quoten erwerben. Für einige Unternehmen könnte es vorteilhaft sein, die Kapazitäten schneller abzubauen, als dem für die Gesamtindustrie angekündigten mittelfristigen Pfad entspricht, wenn sie ihre Quoten rasch verkauften. Ein anderes Unternehmen könnte gewinnen, wenn es Quoten kaufte, um seine Kapazitäten auszulasten, und wenn es durch Zukauf von Quoten die vorgezeichnete Reduzierung der Produktionsquoten ausgliche. Der Handel mit Quoten würde sich weiter entwickeln. Der Kapazitätsabbau und die Umstrukturierung der Industrie würden beschleunigt.

Man mag befürchten, die Produktionsquoten könnten zu den verstaatlichten Unternehmen wandern, die eher in der Lage seien als privatwirtschaftliche Unternehmen, Quoten zu kaufen. Diese müßten Banken überzeugen, daß sie mittelfristig mit den zusätzlichen Quoten wieder Gewinne erwirtschaften können, um Kredite zum Erwerb von Quoten zu erhalten, jene könnten sich über eine Kapitalerhöhung, die aus dem Staatshaushalt finanziert wird, die erforderlichen Mittel zum Quotenkauf beschaffen. Man mag einwenden, Subventionen für den Kauf von Quoten seien weniger schädlich als Subventionen für die Produktion von Stahl, denn im Gegensatz zu diesen kämen jene auch denjenigen Unternehmen zugute, die ihre Quoten verkaufen und die die erhaltenen Mittel für die Finanzierung von Umstrukturierungsmaßnahmen einsetzen. Gleichwohl ist die Sorge ernst zu nehmen, zumal die Staaten außerdem die Möglichkeit haben, ihren Einfluß auf die EG-Entscheidungen in einer Weise zu nutzen, die die vorangegangenen Käufe oder Verkäufe der staatseigenen Unternehmen vorteilhaft werden läßt. Sicherzustellen ist daher, daß die getroffenen Vereinbarungen über die Rückführung der Subventionen an die Stahlunternehmen sich auch darauf erstrecken, daß keine Subventionen zum Kauf von Quoten erhältlich sind.

Am Ende des Schrumpfungsprozesses, der mit einem solchen System des Quotenhandels beschleunigt und erleichtert werden soll, müßte eine international wettbewerbsfähige Stahlindustrie stehen, ohne Subventionen des Staates. Daher müßte der Schrumpfungsprozeß der europäischen Stahlindustrie verbunden sein mit einer allmählichen Wiederöffnung des europäischen Stahlmarktes für Importe aus Drittländern. Am Ende des Gesundungsprozesses müßte dann auch der bestehende Außenschutz abgebaut sein.

279. Natürlich besteht Unsicherheit über den mittelfristig erforderlichen Pfad des Kapazitätsabbaus. Jedes Jahr müßte der Pfad wohl neu überprüft und angepaßt werden. Aber Irrtümer hätten doch weniger gravierende Folgen als bisher. Dasjenige Unternehmen, das Kapazitäten abgebaut hat (irrtümlicherweise, wie sich dann herausstellt), trägt die Folgen seines Irrtums nicht allein. Es hat einen Preis für Quoten erhalten, die aufgrund der neuen Einschätzung dem Erwerber auch gratis zur Verfügung gestellt worden wären. Das gegenwärtige System, bei dem jeder darauf wartet, daß der andere als erster in Konkurs geht, verzögert den strukturellen Anpassungsprozeß. Quotenhandel bei einem mittelfristig angekündigten Pfad des Kapazitätsabbaus würde den Anpassungsprozeß auch bei Irrtum über den mittelfristigen Pfad beschleunigen. Stellt sich im Verlauf eines Jahres heraus, daß die Nachfrage besser läuft als bei Festlegung der Quoten erwartet, dann müßte die Kommission zusätzliche Produktions- und Lieferquoten in den Quotenhandel geben. Diese Quoten wären jedoch anders als die zum mittelfristigen Pfad passenden Quoten zeitlich begrenzt, also etwa nur für das laufende Jahr gültig. Die Erlöse aus dem Verkauf dieser Quoten könnten der Europäischen Gemeinschaft für Umstrukturierungshilfen verbleiben. Auch von daher erscheint es vertretbar und nicht schädlich, wenn der mittelfristige Pfad vorsichtig, eher pessimistisch festgelegt wird.

280. Der Handel mit Quoten könnte auch so organisiert werden, daß die Europäische Kommission einen Preis für eine Quote festsetzt und sich verpflichtet, zu diesem Preis Quoten zu kaufen und zu verkaufen. Die Erstausstattung der Stahlindustrie mit solchen Quoten könnte in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes der Referenzmengen oder der zuletzt gültigen Quoten festgesetzt werden. Für sie brauchten die Unternehmen nichts zu zahlen.

Der Kapazitätsabbau in der europäischen Stahlindustrie würde bei diesem System so vor sich gehen, daß die Kommission Quoten am Markt aufkauft und vernichtet. Sie müßte über einen Bestand an Quoten verfügen, der in den Markt gegeben werden kann, wenn die Nachfrage beim festgesetzten Preis deutlich über die umlaufende Menge an Quoten hinausgeht.

Die Stahlunternehmen entscheiden bei einem solchen System, ob sie Quoten zu dem festgesetzten Preis an die Kommission verkaufen wollen oder nicht. Rechnen die Unternehmen mit einer günstigeren Absatzentwicklung, werden sie nicht bereit sein, Quoten zu dem festgesetzten Preis an die Kommission zu verkaufen. Am Markt könnte sich sogar ein höherer Preis bilden, wenn sich Unternehmen Chancen ausrechnen, durch bessere Kapazitätsauslastung höhere Gewinne machen zu können. Die Kommission würde durch Verkauf von Quoten aus ihrem Bestand verhindern, daß die Preise für Quoten steigen. Stellt sich heraus, daß die Unternehmen die

Entwicklung zu günstig eingeschätzt hatten, dann könnten sie die irrtümlich zu lange gehaltenen oder zu teuer erworbenen Quoten immer noch zu dem festgesetzten Preis an die Kommission verkaufen. Beurteilen die Unternehmen die Aussichten dauerhaft ungünstig, dann würden sie der Kommission verstärkt Quoten zum Kauf anbieten.

Der Preis der Quote gibt an, was es kostet, Kapazitäten aufrechtzuerhalten. Alles hängt daher von der Höhe des Festpreises ab, zu dem die Kommission Quoten kauft und verkauft. Er ist eine „Abwrackprämie für Unbekannt". Am Markt wird entschieden darüber, ob und wieviel stillgelegt wird, und es wird darüber entschieden, wo stillgelegt wird. Um einen zügigen Abbau der Überkapazitäten zu erreichen, könnte eine Degression des Quotenpreises vorgesehen werden.

Da der Schrumpfungsprozeß in diesem System nicht auf dem Weg über die Festlegung von Mengen, sondern über den festgesetzten Preis erfolgen soll, muß die Kommission über die zum Quotenkauf erforderlichen Mittel verfügen. Die Staaten müßten der Kommission die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen. Ökonomisch erscheint das sinnvoll, denn alle Staaten vermeiden den unvernünftigen Subventionswettlauf. Ein Staat, der eine Politik des schnelleren Schrumpfens der Stahlindustrie betreibt, würde Subventionen sparen, weil die Stahlindustrie den Erlös aus dem Verkauf von Quoten zur Umstrukturierung nutzen kann. Streng genommen müßte das System schon bald ein absolutes Verbot für direkte Subventionen an die Stahlindustrie erlauben. Die Summe der öffentlichen Mittel, die im Laufe der Jahre für den Kapazitätsabbau in der Stahlindustrie aufzuwenden sind, wäre dann durch die Festsetzung der Quotenpreise von vornherein begrenzt.

Die entscheidende Funktionsbedingung dieses Verfahrens ist, daß gleichzeitig mit der Quotenminderung der Außenschutz abgebaut wird.

281. Ohne Reduktion der Beschäftigung in der Stahlindustrie geht es bei einem mittelfristig planbaren Pfad des Kapazitätsabbaus nicht. Der Druck auf die politisch Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden, im Land und im Bund ist groß und wird zunehmen. Es gilt, den Druck abzulenken und zu mildern. Viel kommt darauf an, daß dazu auch einzelwirtschaftliche Initiative mobilisiert wird. Bei mittelfristiger Orientierung der Politik auf dem Stahlmarkt sollte dies leichter möglich sein. Die Einsicht ist gewachsen, daß Lösungen nicht durch zu hohe Belastungen der Unternehmen bei der Stillegung von Anlagen und der Entlassung von Mitarbeitern erschwert werden sollten. Teuere Sozialpläne sind in den von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Regionen nicht mehr die Regel. Nicht mehr die Regel ist, daß Versetzungen innerhalb desselben Konzerns nur mit Sozialplan möglich sind, und Schule macht auch, daß Mitarbeiter stillegungsbedrohter Unternehmen an andere Unternehmen ohne Abfindung vermittelt werden.

Anpassung ohne Staatshilfe: Mineralölverarbeitung

282. Daß selbst gravierende strukturelle Anpassungen auch ohne Staatshilfe bewältigt werden können, zeigt das Beispiel der Mineralölverarbeitung. Der starke Rückgang des Mineralölverbrauchs und die Veränderung der Nachfragestruktur zugunsten der leichten Produkte haben in den Verarbeitungs- und Vertriebssektoren der Mineralölwirtschaft weitreichende Anpassungsprozesse ausgelöst. Auf der einen Seite wurden Raffinerien stillgelegt; bei Einbeziehung der Stillegungsmaßnahmen, die im nächsten Jahr abgeschlossen werden, handelt es sich um mehr als ein Viertel der Kapazität des Jahres 1978. Auf der anderen Seite wurden neue Anlagen gebaut, mit denen sich zu einem größeren Teil leichtere Produkte (Fahrzeugbenzin, Naphta) gewinnen lassen. Obwohl die Mineralölindustrie der Bundesrepublik im Bereich der Verarbeitung seit Jahren erhebliche Verluste macht, hat sie den höchsten Anteil der teueren Konversionsanlagen an der Gesamtverarbeitungskapazität in Westeuropa erreicht. Staatliche Anpassungshilfen haben diesen Prozeß nicht begleitet. Der deutsche Markt war zu jeder Zeit für Importe von Mineralölfertigprodukten geöffnet. Der Anteil der eingeführten Produkte ist insbesondere in der jüngsten Zeit erheblich gestiegen.

Störungen der Marktsignale könnten sich dann ergeben, wenn der Druck des Marktes auch deutsche Großunternehmen zur Preisgabe ihrer Verarbeitung von Mineralöl drängt und diese dann Hilfe suchen. Dies wäre aber noch nicht als hinreichender Grund für den Staat anzusehen, in diesen Anpassungsprozeß „glättend" oder sonstwie regulierend einzugreifen. Es wäre vielmehr auch weiterhin sicherzustellen, daß der Markt für Mineralöl offenbleibt, selbst wenn verstärkt Fertigprodukte aus den neuen Großraffinerien im mittleren Osten eingeführt werden sollten.

Anreizstörungen bei Innovatoren

283. Vielfältige staatliche Regelungen erschweren den Zugang neuer Produkte zum Markt. Ist dieser Zugang einmal geschafft, haben es Wettbewerber häufig leicht, mit Imitationsprodukten auf den Markt zu kommen. Beides zusammengenommen verringert den Anreiz für Unternehmen, Mittel in die Entwicklung neuer Produkte zu investieren. Je leichter Imitatoren der Marktzutritt gemacht wird, um so schärfer ist der Wettbewerb und um so schneller kommen die Vorteile der Innovation breiten Käuferschichten zugute.

Ein Anreizsystem, das Innovatoren begünstigt, sei es durch Patente oder andere Marktzugangsbeschränkungen für Imitatoren, sei es durch die Regelung der Haftung für Produktrisiken mindert die Anreize für Imitatoren. Ein Anreizsystem, das die Imitatoren begünstigt, sei es durch erleichterten Zugang zum Markt für Nachanmelder, sei es durch ungenügenden Schutz des Innovators vor Patentverletzungen, ist mit einer Schwächung der Anreize für Innovatoren verbunden.

Es gilt, ständig zu prüfen, ob die Anreize ausgewogen gesetzt sind, so daß genügend Innovationen zustande kommen und daß der Wettbewerb scharf bleibt. Es gibt die Sorge, daß das Anreizsystem, das Unternehmer veranlaßt, Risiken der Forschung, Entwicklung und Markteinführung auf sich zu nehmen, an Funktionsfähigkeit eingebüßt hat.

III. Auch ein Bauherren-Modell

284. Der Sachverständigenrat hat in seinem Sondergutachten vom Oktober dieses Jahres bei der Frage nach den Gründen für die Wachstumsschwäche in der Welt im besonderen die Aufgabe herausgestellt, daß allenthalben die Ansprüche an die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaften, die individuellen wie die staatlichen Ansprüche — den gewandelten Wachstumsbedingungen angepaßt werden müssen, zu hohe Ansprüche möglicherweise die Wachstumsschwäche auch überhaupt erst hervorgerufen haben. Über diese Position — zu hohe Forderungen an das Verteilbare verhindern, daß das Verteilbare überhaupt entsteht — konnte jedoch Einigkeit im Sachverständigenrat nicht erzielt werden.

Unter Ziffer 41 des Sondergutachtens hieß es:

„Es ist eine alte Einsicht, daß man auf die Dauer nicht mehr verbrauchen kann, als man produziert, und daß man wenig produziert, wenn sich das Produzieren zu wenig lohnt. Sie ist im Grunde auch nicht umstritten. Es ist vielmehr die offensichtliche Tatsache, daß in unserem Land wie anderwärts die Produktion der Volkswirtschaft weit hinter deren Produktionsmöglichkeiten zurückbleibt, daß Produktionsanlagen still stehen und Menschen arbeitslos sind — in den OECD-Ländern sind es derzeit 30 Millionen —, welche vielen, auch vielen Politikern, die Einsicht schwer macht, verständlicherweise schwer macht, die Lösung der wirtschaftlichen Probleme müsse darin gesucht werden, daß sie selbst — und der Staat — ihre Ansprüche einschränken, während doch umgekehrt mehr Nachfrage und also — so der etwas vorschnelle Schluß — höhere Ansprüche erwünscht seien. In der Tat ist mehr Nachfrage erwünscht, ja notwendig, freilich nur mehr Nachfrage, die direkt oder indirekt (etwa umverteilt durch den Staat) aus Leistungseinkommen erwächst — aktuellem wie erwartetem marktgerechtem Einkommen; sie allein macht mehr Produktion dauerhaft rentabel. Nachfrage, die aus Staatskrediten erwächst, hinter denen keine zu erwartenden Steuermehreinnahmen stehen (wie es bei Ausgaben für produktive Investitionen, öffentlichen oder privaten, der Fall wäre) oder aus Lohnsteigerungen, hinter denen keine Produktivitätssteigerung steht, gleicht Wohltaten, die der solchermaßen Bedachte selbst zu bezahlen hat, jedenfalls auf die Dauer — durch höhere Abgaben, durch Inflation. Staatskredite zur Finanzierung von Konsum, staatlichem oder privatem, sind allenfalls vorübergehend unbedenklich, zur Behebung einer Vertrauensstörung etwa, in die der Staat nicht einbezogen ist. Eine solche Vertrauensstörung kann auch darin bestehen, daß die Menschen in der Breite ihre künftig erzielbaren Einkommen aus konjunkturellen Gründen, insoweit also temporär, unterschätzen. Konsum auf der Basis von dauerhaften Staatskrediten hingegen überbrückt nicht eine temporäre Rentabilitätslücke, sondern täuscht dauerhafte Rentabilität vor, die sich früher oder später als Illusion erweist. Und eben dies ist die Situation in vielen Ländern heute. Dauerhafte Staatsdefizite, hinter denen letztlich Konsum steht, machen — aus dem Kreislaufzusammenhang der Wirtschaft heraus — die gegenwärtige Produktion teilweise erst rentabel, verdecken aber im Grunde eine Rentabilitätslücke, sei diese nun entstanden durch zu hohe Löhne, zu hohe staatliche Abgaben und Auflagen, hohe Zinsen und/oder stark gestiegene Importpreise. Die Illusion hat gehalten, solange die Neigung vorherrschte, die künftige Last eines unfundierten Kapitaldienstes aus dem Bewußtsein zu verdrängen. Ein jahrelang sehr rascher Anstieg der Staatsverschuldung hat in vielen Ländern — vor allem aber an den internationalen Kapitalmärkten — diese Illusion aufgebraucht. Nüchternheit ist jetzt nötig. Es gibt kein Rezept für eine schmerzfreie (Rück-)Anpassung. Der Entzug der unfundierten Rentabilitätshilfen — kreditfinanzierten Staatsausgaben für Konsumzwecke — macht die Rentabilitätslücke zunächst einmal offenbar. Einkommensvorstellungen und Ansprüche an den Staat müssen auf das zurückgenommen werden, was der Markt unter den veränderten Bedingungen dauerhaft hergibt, um die Rentabilitätslücke zu schließen. Der Anpassungsprozeß über Zinsen, Preise und Löhne braucht Zeit. Seine Funktion ist es, die Produktion wieder auf Konsumwünsche einzustellen, die in Einkommen wurzeln, nicht in Krediten. Das alles kann heißen, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion erst einmal sinken muß, bevor sie wieder steigen kann. Es muß es freilich nicht heißen. Dies ist eine Frage der Flexibilität, vor allem eine Frage der Schnelligkeit, mit der im investiven Bereich die verbesserten echten Rentabilitätschancen — verbessert durch reale Kostensenkung via Reduktion des für Arbeitsleistung geforderten realen Entgelts und Reduktion der mit der Hoheitsgewalt des Staates geltend gemachten Ansprüche — erkannt und genutzt werden. Bei der Reduktion staatlicher Ansprüche geht es nicht in erster Linie um eine Senkung von Steuern und Abgaben, sondern, jedenfalls in den meisten Ländern, um eine Umstrukturierung des Steuersystems und einen Stopp für den Anstieg der Abgabenlast im ganzen, und nicht nur um eine Eindämmung der Staatsausgaben, sondern auch um deren Umstrukturierung. Das Kaufkraftargument in bezug auf Löhne wie auf Transfereinkommen und sonstige Staatsausgaben, das häufig in diesem Zusammenhang vorgebracht wird, krankt — in seiner einfachen Fassung — an der Vernachlässigung der Kostenseite. Was vielen zu begreifen schwerfällt: Bei reduzierten individuellen Einkommensforderungen und staatlichen Ansprüchen, bei günstigeren Kostenverhältnissen der Unternehmen also, ist im Prinzip mehr Produktion rentabel, und damit ist mehr Beschäftigung, mehr Einkommen und daraus in der Summe mehr Konsum möglich und auf die Dauer auch zu erwarten als bei höheren Forderungen, sprich Kosten. Zu hohe Forderungen an das Verteilbare verhindern, daß das Verteilbare überhaupt entsteht.

Es gibt selbstverständlich auch Probleme der Nachfrageseite, die sich verselbständigen können. Fehler der Politik und schockartige Veränderungen der Marktbedingungen sind die wichtigsten Ursachen. Es ist sicherlich nicht ein fundamentaler Mangel an Neigung zum Konsumieren, an dem die Welt leidet. (Das hindert nicht, sich gegenwärtig vielerorts durchaus mehr Mut zum Konsumieren zu wünschen.) Viele Länder sehen aber nach Jahren der vornehmlich nachfragepolitischen Reaktion auf ihre Probleme, auch auf diejenigen, die gar nicht in Nachfragestörungen, sondern in Störungen der Angebotsseite und in früheren Fehlern der eigenen Politik wurzeln, keinen Spielraum mehr für weitere nachfragepolitische Maßnahmen, häufig genug schon deshalb nicht, weil anhaltende Leistungsbilanzdefizite oder Überschuldung, Folgen der unentwegten Fehlreaktion, ihren internationalen Kredit verdorben haben.

Daß Einkommenswünsche sich als zu hoch erweisen, obwohl sie aktuell gar nicht mehr gesteigert werden und in vielen Ländern sogar eine Reduktion der Realeinkommen hingenommen worden ist, kann mehrere Ursachen haben. Ansprüche, die einmal vertretbar waren, können falsch werden, weil die Produktions- und Wachstumsbedingungen sich verschlechtert haben, die Ansprüche jedoch auf die Erwartung unverminderten Wachstums gegründet sind — dies das Problem wichtiger Regelungen im Bereich der Sozialleistungen. Das Problem kann jedoch auch darin liegen, daß die Ansprüche in der Vergangenheit übermäßig gesteigert worden sind, ohne daß sich die negativen Folgen für Produktion und Beschäftigung sofort zeigten, sei es, weil diese Folgen eine Zeitlang durch Defizitpolitik des Staates kompensiert werden konnten, sei es, weil die positiven Beschäftigungseffekte von Rationalisierungsinvestitionen, mit denen die Unternehmen den Kostendruck zu mildern suchen, eine Zeitlang dominant waren gegenüber den dauerhaft negativen Effekten der auch nach der Rationalisierung übrig gebliebenen Kostensteigerung. Früher oder später wird eine Arbeitsplatzlücke sichtbar. Eher später. Es geht hier offensichtlich um Krankheiten, deren Inkubationszeit sehr lange dauern kann."

285. Der harte Kern der Probleme, die Frage der Forderungen an das Verteilbare, wird nicht von allen in gleicher Weise gesehen. Dies hat auch Konsequenzen für die Frage der Politikmischung, die die Mitglieder des Sachverständigenrates in der gegenwärtigen Situation für angemessen halten.

Keine Diskussion gibt es darüber, daß die stabilitäts- und wachstumspolitische Aufgabe der Wirtschaftspolitik immer sowohl den Aspekt der Nachfragebedingungen als auch den Aspekt der Angebotsbedingungen umschließt. Gemeinsam ist auch die Auffassung, daß man sich für eine wirtschaftliche Situation wie die gegenwärtige eigentlich zu wünschen hätte, daß der Spielraum des Staates für Maßnahmen der Nachfragepolitik größer wäre. Unterschiedlich sind vor allem die Schätzurteile darüber, inwieweit noch Reserven für die Nachfragepolitik vorhanden sind, die man in geschickter Kombination mit Maßnahmen der Angebotspolitik zu nutzen hätte. Unterschiedlich ist ebenso das Urteil über die Größe der Nachfragerisiken, die man bei einer Politikmischung einzugehen hätte, mit der solche Risiken zwar ebenfalls nicht einfach beiseite geschoben würden, deren Akzent jedoch — wegen der Problemdiagnose und der pessimistischen Einschätzung der verbliebenen nachfrageseitigen Wirkungsmöglichkeiten — auf einer Verbesserung der Angebotsbedingungen läge. Dabei spielt eine Rolle, daß Mehrheit und Minderheit auseinandergehen bei der Frage, ob Nachfragerisiken, die kurzfristig alle sehen, eine Strategie, die stärker auf eine Verbesserung der Angebotsbedingungen setzt, nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft belasten, weil ohne zusätzliche Nachfragehilfen neue Dynamik gar nicht erst in Gang käme — so die Minderheit — oder ob eine Verbesserung der Angebotsbedingungen mittelfristig allemal zuverlässig gute Ergebnisse erwarten läßt, auch wenn dabei — etwa weil Staatsausgaben nun einmal nicht zugleich erhöht und gesenkt werden können, man muß sich hier entscheiden — kurzfristig Nachfragerisiken, die für begrenzt gehalten werden, in Kauf zu nehmen sind — so die Mehrheit. In diese Auffassungsunterschiede hinsichtlich der optimalen Politikmischung spielt schließlich hinein, daß Mehrheit und Minderheit den konjunkturstützenden Charakter der gegenwärtigen Finanzpolitik in der Bundesrepublik unterschiedlich einschätzen. Nach Auffassung der Mehrheit sind trotz der Konsolidierungsanstrengungen die verbleibenden konjunkturstützenden Impulse noch immer groß, nach Auffassung der Minderheit nicht (Ziffer 185).

Der Sachverständigenrat setzt hier wie angekündigt die Diskussion über Grundfragen der Stabilitäts- und Wachstumspolitik fort.

286. Jede Wirtschaftspolitik, Angebotspolitik wie Nachfragepolitik, das ist unumstritten, wirkt in Marktprozesse hinein, die von einzelwirtschaftlichen Entscheidungen gesteuert werden und im Prinzip nicht zu ihrer Disposition stehen. Die eine wie die andere ist daher um so besser, je besser sie hinsichtlich der Wahl der Ansatzpunkte in das Marktgeschehen, das sie nutzen muß, eingepaßt ist. Die eine wie die andere hat sich zu prüfen, inwieweit die einzelwirtschaftlichen Wirkungsketten, auf die sie baut, auch im Gesamtzusammenhang der Volkswirtschaft ein gleichgerichtetes Ergebnis erwarten lassen. Umgekehrt steht eine gesamtwirtschaftliche Analyse auf tönernen Füßen, wenn ihr die einzelwirtschaftliche Fundierung fehlt.

287. Mögen auch hinsichtlich Diagnose und Therapie der aktuellen wirtschaftlichen Probleme unterschiedliche Schätzurteile bestehen, so läßt sich doch das Grundmuster der Zusammenhänge, auf die es vor allem ankommt, weitgehend gemeinsam beschreiben. Dies sei an einem Beispiel versucht.

Das Beispiel gibt der immer noch nicht gut gelösten Aufgabe, die gesamtwirtschaftliche Bedeutung angebotsseitig und damit eher einzelwirtschaftlich ansetzender Politik zu verdeutlichen und zu würdigen, mehr Raum als der Aufgabe, dies auch für die Möglichkeiten einer gesamtwirtschaftlichen Absicherung der Wirtschaftspolitik durch Nachfragepolitik zu tun. Nachfragepolitik ist in ihrer Grundidee einfacher zu verstehen, was nicht heißt, daß ihre Wirkungsweise einfacher zu erfassen wäre, die ja im Kreislaufschema nur unvollkommen abgebildet ist. Die stärkere Betonung der einzelwirtschaftlichen Ansätze soll nicht vorab etwas darüber besagen, welche Strategie oder Strategiemischung in einer konkreten wirtschaftlichen Situation — etwa in der gegenwärtigen — überlegen erscheint. Eine solche Abwägung ist auch nicht das Hauptziel dieses Abschnitts. Hauptziel ist es, grundlegende Handlungsmöglichkeiten zu verdeutlichen und ihre — situationsgebundene — Bedeutung für die Gesamtwirtschaft in noch anschaulicher Weise aufzuzeigen. Vorerst nur zu einigen Fragen wird die Diskussion zwischen Mehrheit und Minderheit über Unterschiede in der wirtschaftspolitischen Grundposition fortgeführt. Sie ist damit nicht abgeschlossen. Die Unterschiede in den Folgerungen für die Wirtschaftspolitik in der gegenwärtigen Situation, die Mehrheit und Minderheit aus der Analyse der Lage ziehen, sind nämlich insoweit nicht tiefgreifend, als es wie erwähnt in erster Linie um Fragen der angemessenen Politikmischung geht.

Das Beispiel

288. Gedacht sei an den viel zitierten potentiellen Bauherren, der sich zwar eine neue Wohnung bauen lassen möchte, sie sich aber nicht leisten kann, so jedenfalls seine Auffassung, vergleicht er unter Berücksichtigung seiner sonstigen Ausgabenpläne und Handlungsmöglichkeiten sein Geldvermögen und sein erwartetes Einkommen mit der Baupreisforderung, die ein Bauunternehmer auf der Basis der Bauarbeiterlöhne und Personalnebenkosten, der Materialkosten, der Abgaben an den Staat und seiner Gewinnvorstellungen verlangt, sowie mit den Zinsen, die ein potentieller Kapitalgeber für das Vorstrecken eines großen Teils des Kaufpreises fordern würde. Die Wohnung wird daher nicht gebaut. Der potentielle Bauherr bleibt zur Miete wohnen, womöglich in einer preisgünstigen Sozialwohnung, in die er in früheren Jahren hat einziehen dürfen. Bauarbeiter und Arbeiter in Baustoffabriken bleiben arbeitslos. Sie erhalten Arbeitslosengeld, das andere, die ihre Beschäftigung behalten haben, durch erhöhte Beiträge aufbringen. Der Staat nimmt zu wenig Steuern ein.

(1) Eine solche Situation kann offensichtlich nicht dadurch überwunden werden, daß wir das Einkommen unseres potentiellen Bauherren erhöhen und zugleich auch das Einkommen aller am Bau Beteiligten, also deren Löhne und Gehälter, das Entgelt für die unternehmerische Leistung und das unternehmerische Risiko, den Ausgleich für den Wertverzehr an den mitwirkenden Produktionsanlagen, die von alledem abhängigen öffentlichen Abgaben und das dem Kapitalgeber zu gebende Zinsversprechen. Unser potentieller Bauherr könnte zwar einen etwas höheren Kaufpreis bieten, weil er ein nominal höheres Einkommen hätte und möglicherweise auch für die Zukunft erwartete, doch die Baupreisforderung würde ebenfalls steigen; dies wäre ja nur ein anderer Ausdruck für die erhöhten Einkommensansprüche der am Bau Beteiligten. Das Gebot unseres potentiellen Bauherren würde jedoch weniger steigen als die Baupreisforderung, weil ja dessen Geldvermögen, der Wert seiner Ersparnisse, die für einen bestimmten Teil der Bausumme einstehen sollten, bei der Erhöhung aller Einkommen nicht mitsteigt. Der Abstand zwischen Baupreisforderung und Baupreisgebot wird also nicht nur nicht kleiner, sondern sogar größer. Man kann den Fall auch ausweiten auf die realistischere Möglichkeit, daß nicht nur die hier unmittelbar Beteiligten, sondern in der Gesamtwirtschaft die Einkommen aller steigen, den Fall der Inflation also, und zwar zunächst den einer Inflation, welche die Preis- und Einkommensstruktur letztlich unberührt läßt.

Daß dieser Fall keine Lösung der Probleme aufscheinen läßt, liegt daran, daß sich hier weder die Grundlagen für gegebene reale Forderungen verbessern, die Produktionsbedingungen insbesondere, noch daß irgend jemand bei seinen realen Forderungen auf Lohn- und Vermögenserhaltung, bei seinen eigenen relativen Preisen oder Beteiligungsansprüchen oder Ansprüchen auf unentgeltliche Leistungen zurücksteckt, freiwillig oder unfreiwillig, noch daß sich aus anderen Gründen die Einkommenserwartungen nach oben wenden. Ohne irgendeine dieser Möglichkeiten geht es aber offensichtlich nicht.

Eine Inflation muß die relativen Einkommenspositionen nicht unverändert lassen. Umstritten kann daher sein, ob ein reales Zurückstekken nicht noch am ehesten bei einer — unerwarteten — Steigerung der nominalen Einkommen zu erreichen ist, die im einzelnen unterschiedlich sein könnte und in jedem Falle die Position von Gläubigern und Schuldnern gegensätzlich veränderte. Dies ist der Streit um die Vorteile oder die Nachteile einer Politik, die Inflation in Kauf nimmt. Unserem potentiellen Bauherren würde sie, wie erwähnt, auf keinen Fall helfen. Wegen der Entwertung seiner Ersparnisse säße er auf jeden Fall auf der Verliererseite. Aber auch daß irgendjemand anderer, der zunächst Gewinner wäre, bedenkt er die Folgen, zumal die Folgen auf längerer Sicht, einschließlich der Möglichkeit einer für bald zu erwartenden schmerzhaften Stabilisierungsaktion der Notenbank, sich noch auf der Gewinnerseite sieht — hierauf kommt es an — und sich daher in Erwartung einer inflatorischen Aufblähung der Einkommen verstärkt in die Zukunft hinein engagiert — durch Investition und Verschuldung —, muß nach den schlechten Erfahrungen, die alle auf diesem Weg gemacht haben, für unwahrscheinlich gehalten werden. Und wenn doch, dann muß man wegen dieser schlechten Erfahrungen jedenfalls dem Staat und denen, die für kollektive Einkommensforderungen zuständig sind, nicht zuletzt auch für die Verteidigung der Interessen der „kleinen Leute", davon abraten, es auf diesem Wege noch einmal zu versuchen. Dies ist inzwischen auch herrschende Meinung.

(2) Der Abstand zwischen Baupreisforderung und Baupreisgebot könnte kleiner werden, gegebenenfalls auch beseitigt werden, wenn es gelänge, die Einkommenserwartungen des potentiellen Bauherren zu verbessern. Das hat direkt niemand in der Hand, und auch Wirtschaftspolitiker zögern mehr und mehr, es mit Überzeugungskraft zu versuchen, seit sie selbst die mögliche künftige Wachstumsdynamik der Wirtschaft immer vorsichtiger einschätzen, wahrscheinlich inzwischen zu vorsichtig. Eine energische Wirtschaftspolitik, welche die allgemeinen Wachstumsbedingungen wirksam und glaubwürdig verbesserte oder unserem potentiellen Bauherren neue berufliche Aufstiegschancen eröffnete, könnte es jedoch bewirken.

(3) Der Abstand zwischen Baupreisforderung und Baupreisgebot könnte kleiner werden, gegebenenfalls auch beseitigt werden, wenn der potentielle Bauherr, gedrängt etwa durch eine

Erhöhung der Miete für seine preiswerte Sozialwohnung oder auch durch andere Gründe, bereit wäre, sein Gebot zu erhöhen, also gleichsam zu versprechen, das künftige Entgelt einer größeren Anzahl eigener Arbeitsstunden als bisher geplant für die Verzinsung und Abzahlung des nicht sofort zu zahlenden Teils der Baupreisforderung zu leisten. Er könnte sich vornehmen, zum Ausgleich dafür mehr zu arbeiten, vorausgesetzt er sieht eine Möglichkeit hierzu. Auch könnte er planen, künftig beim Konsum anderer Güter zu sparen. Nehmen wir an, die Wohnung würde gebaut. Arbeitslose hätten Arbeit. Die schon vorher Beschäftigten zahlten weniger Abgaben an die Arbeitslosenversicherung. Der Staat hätte höhere Einnahmen. Auch der Plan unseres Bauherren, selbst etwas mehr zu arbeiten, könnte aufgehen; denn alle, die jetzt höhere verfügbare Einkommen hätten, könnten mehr Geld ausgeben oder es zu marktgerechten Zinsen verleihen und damit andere es für sie ausgeben lassen, beim Investieren etwa; entscheiden sich viele wie unser Bauherr, so würde auch bei diesem eine Mehrnachfrage nach Arbeit ankommen; sein Angebot, mehr zu arbeiten, würde in Anspruch genommen.

Die Bedingungen für einen solchen Prozeß sind derzeit nicht gut. Nicht alle haben die Möglichkeit, den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit selbst zu bestimmen. Selbständige haben sie mehr als Unselbständige. Diese unterliegen fremdbestimmten betrieblichen Zwängen und kollektiven Regelungen, die etwa die Möglichkeit zu Überstunden begrenzen. In der gegenwärtig schlechten Wirtschaftslage kommt hinzu, daß wegen Kurzarbeit in den Betrieben oftmals nicht einmal die Möglichkeit zu normaler Arbeitszeit besteht, von Überstunden ganz zu schweigen. Für alle gilt diese Verengung jedoch nicht, und für unseren potentiellen Bauherren kommt es auch nicht in erster Linie darauf an, ob er sofort mehr arbeiten kann, sondern darauf, ob er sich mit Aussicht auf Erfolg vornehmen kann, künftig, wenn der Kapitaldienst aus seinem Bauvorhaben ihn drükken wird, und über eine lange Zeit verteilt, mehr zu arbeiten. An die Stelle, mehr zu arbeiten, kann auch der Plan treten, sich beruflich weiterzubilden und auf diese Weise die Erwerbschancen zu verbessern. Wichtig ist, daß der einzelne Aktionsmöglichkeiten hat, die Verwirklichung seiner Pläne selbst mitzubestimmen. Auf das Offenhalten solcher Chancen kommt also viel an. Daß der einzelne schon heute für die nächsten Jahre vertragliche Sicherung für solche Chancen hätte oder die Möglichkeit zur Mehrarbeit schon heute geboten bekäme, ist weniger wichtig, wichtig ist, ob er darauf setzt — und daß er baut. Tun es viele, so bewirken sie damit wie erwähnt die Erhöhung der Gesamtnachfrage nach Arbeit, die ihnen allen bestätigt, daß sie damit Recht hatten, immer vorausgesetzt selbstverständlich, der jeweilige Beruf und die Fähigkeiten und die Forderungen auf Entgelt für zusätzliche Tätigkeit passen zur Nachfrage danach oder werden örtlich, zeitlich, qualifikationsmäßig daran angepaßt. Die Aussicht auf solche Möglichkeiten, das Vertrauen auf sich selbst und ausreichend günstige allgemeine Bedingungen, darauf kommt es an.

Im übrigen: Nicht abwegig ist auch die Vorstellung, unser potentieller Bauherr würde gerade dann bauen, wenn er nicht durch starre Arbeitszeitregelungen dazu gezwungen wäre, in seinem Betrieb länger zu arbeiten, als ihm lieb ist, so daß er nicht hoffen kann, eine neue Wohnung, ein neues Haus so ausgiebig nutzen zu können, wie er es gern möchte, oder beim Bau so intensiv mitwirken zu können, wie er es tun würde, bliebe ihm mehr Zeit dazu. Dies wäre hinsichtlich der Wirkungen auf die Arbeitsmarktlage — ein anderer könnte in seinem Betrieb mehr arbeiten — ein geradezu idealer Fall.

Auch wenn der Bauherr sich vornimmt, künftig beim Kauf anderer Güter zu sparen, steht ein günstiges Gesamtergebnis hinsichtlich der aktuellen Beschäftigungssituation nicht in Frage. Der Bauherr würde in jedem Falle zunächst einmal viel mehr Geld ausgeben, als wenn er nicht baut. Zwar mag die Reduktion seines Konsums die Unternehmen enttäuschen, bei denen er zu kaufen pflegt, und auch deren Lieferanten, doch andere Unternehmen, bei denen die Bauarbeiter und die übrigen Begünstigten kaufen, und deren Lieferanten würden in der Summe weit größeren Anlaß zur Freude haben. Und der positive Saldo der Beschäftigungswirkungen hieraus käme zu dem günstigen unmittelbaren Effekt der erhöhten Bauausgaben noch hinzu. Der Saldo wird selbstverständlich auch davon mitbestimmt, daß es Abzugsposten gibt deshalb, weil sich bestimmte Waren im Zusammenhang mit der Mehrnachfrage nach ihnen verteuern, bei allgemeiner Unterbeschäftigung freilich keine großen Abzugsposten.

(4) Zu den Gründen, die den potentiellen Bauherren veranlassen möchten, sein Gebot zu erhöhen, könnte auch gehören, daß ihm ein Bauunternehmer bei unveränderter Preisforderung, aufgrund neuer Einfälle eines auftragsarmen guten Architekten etwa, eine attraktivere Gestaltung von Haus und Wohnung anbietet, so daß er nicht länger widersteht (und sich im übrigen verhält wie in Fall (3)). Ein solches Beispiel von „Produktinnovation" zählt anderwärts sogar zu den wichtigsten; zu vernachlässigen ist es hier nicht.

(5) Der Abstand zwischen Baupreisforderung und Baupreisgebot könnte kleiner werden, gegebenenfalls auch beseitigt werden, wenn der Bauunternehmer seine Gewinnvorstellungen einschränkte. Auch dies läßt ohne große Einschränkung ein günstiges Ergebnis erwarten. Die bescheidenen Risiken, die hier liegen, werden sogleich deutlicher.

Der Wettbewerb könnte die übrigen Bauunternehmer zwingen, ihre Preise ebenfalls zu senken. Begünstigt wären dann außer dem neuen Bauherren auch diejenigen, die ohnehin gebaut hätten. Sie könnten aufwendiger bauen oder andere Güter zusätzlich kaufen oder würden weniger Kapital nachfragen und damit tendenziell die Zinsen senken. Die vorherrschende Erwartung wäre, daß das zusammen mit den Bauausgaben unseres neuen Bauherren stärker zu Buche schlägt als die Möglichkeit von Minderausgaben der Bauunternehmer, die ihre Investitionen in eine Erneuerung ihrer Baumaschinen kürzen mögen, rechnen sie für längere Zeit mit Baupreisen, die ihre Gesamtkosten nicht decken.

Sicher ist das jedoch nicht. Zur ohnehin bestehenden Unterauslastung der Produktionskapazitäten käme bei den Investoren der Bauwirtschaft ein Schrumpfen der Gewinne als abschreckendes Moment hinzu. Es kann auch um größere Verluste gehen. Der Wettbewerb könnte die Preise sinken lassen, solange nur mindestens die vom zusätzlichen Bauen unmittelbar abhängigen Kosten gedeckt werden. Das kann bewirken, daß die negativen Auswirkungen auf die Investitionen in der Bauwirtschaft groß werden und gegenüber allen sonstigen Mehrausgaben dominieren, etwa dann, wenn nur wenige potentielle Bauherren auf eine kräftige Verbilligung des Bauens reagieren. Trotzdem: Im Grunde ist der verschärfte Preiswettbewerb selbstverständlich ein normaler Prozeß der Marktbereinigung. Er mobilisiert zusätzlich die Wohnungsinvestition unseres Bauherren und anderer in ähnlicher Lage. Bei Marktungleichgewichten vermindern Preisreaktionen Mengenreaktionen, hier bewirken sie stetigere Bautätigkeit.

Die Preisreaktionen können schädlich nur genannt werden, wenn es aus allgemeinem Nachfragemangel zu einem Preisverfall in der Breite, das heißt weit über die Bauwirtschaft hinaus, und im Zusammenhang damit zu einer Zerrüttung der Zukunftserwartungen von Investoren und Kapitalgebern käme, freilich kein Fall, der in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte gesamtwirtschaftlich eine Rolle gespielt hätte oder gegenwärtig droht.

(6) Der Abstand zwischen Baupreisforderung und Baupreisgebot könnte kleiner werden, gegebenenfalls auch beseitigt werden, wenn sich ein neuer Bauunternehmer fände, der das Bauen besser organisierte und unserem potentiellen Bauherren ein preisgünstigeres Angebot machte. Dabei sei zunächst angenommen, er setzte sich durch, ohne daß die anderen Bauunternehmer im Wettbewerb ihre Forderung ebenfalls alsbald herunternehmen müßten oder Aufträge verlören. Ein guter Ausgang wäre dann so sicher wie im Fall (3). Würden die anderen Bauunternehmer verzögert folgen, im Imitationswettbewerb gleichsam, so änderte dies an diesem Ergebnis nichts mehr. Bei einem rasch wirksamen Preiswettbewerb ohne sich ausbreitende Kostensenkung handelte es sich hingegen um eine Kombination von Fall (6) und Fall (5).

(7) Der Abstand zwischen Baupreisforderung und Baupreisgebot könnte kleiner werden, gegebenenfalls auch beseitigt werden, wenn mehr oder weniger allgemein die Baukosten und in (nahezu) gleichem Maße die Baupreise gesenkt würden, weil es gelingt, die Arbeiten am Bau oder bei den Lieferanten von Baumaterial rationeller zu gestalten oder wirtschaftlichere Baumaschinen einzusetzen, ohne daß die Löhne und Gehälter steigen. Das Gesamtergebnis wäre ebenfalls verläßlicher gut als im Falle (5), aber nicht so sicher wie im Falle (6). Zu einer Kürzung der Investitionsausgaben der Bauunternehmer und deren Lieferanten bestünde kein Anlaß. Das Gegenteil trifft zu. Diese werden mehr investieren. Der Bau neuer Maschinen zur Verbesserung der alten und zur Schaffung zusätzlicher Produktionsanlagen sowie die Mehrausgaben des neuen Bauherren und die realen Mehrausgaben der mitbegünstigten übrigen Bauherren beziehungsweise der Mieter von Mietwohnungen, soweit ein Sinken der Baupreise auch die Mieten sinken läßt (netto gerechnet, das heißt nach Abzug der Minderausgaben der Vermieter von schon früher gebauten Wohnungen) — die gesamten Mehrausgaben regen Investitionen auch in anderen Bereichen an —, könnten zusammen nicht nur den durch die Rationalisierung eingesparten Arbeitskräften weiterhin oder an anderer Stelle Arbeit und Einkommen geben, von gewissen Umsetzungsproblemen einmal abgesehen, sondern auch einer mehr oder weniger großen Anzahl von bisher Arbeitslosen, die dann wiederum die Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung entlasteten. Folgen tatsächlich die Preise im wesentlichen — Anreize für eine Expansion im Bausektor müssen bleiben — den sinkenden Baukosten, so braucht es einen sehr ausgeprägten Mangel an Neigung zum Geldausgeben bei den Begünstigten — Geldausgeben für Konsum und Investitionen —, bevor das Urteil anders lautet.

Sicher ist freilich nicht, daß, wie hier zunächst angenommen, die Rationalisierungsvorteile rasch genug im Preis weitergegeben werden. Unterbleibt dies, kommt es also nicht zur Lösung der Probleme unseres potentiellen Bauherren, so hängt für den kurzfristigen Gesamteffekt der Kostensenkung auf die Beschäftigung alles davon ab, ob die dann entsprechend stärker begünstigten Unternehmen genug zusätzliche Ausgaben — mehr vom Gewinn abhängige Investitions- und Konsumausgaben — tätigen. Von der Kostenseite und von der Gewinnseite her wäre mehr Bauproduktion rentabel, auch im internationalen Wettbewerb der Bauunternehmen. Das kann Investitionen zur Kapazitätserweiterung auslösen und wird es unter normalen Umständen auch. Sind aber wegen allgemeiner Nachfrageschwäche die Produktionskapazitäten unterausgelastet, so

läßt sich die Erweiterungsinvestition auch hinausschieben, bis die Absatzlage besser geworden ist.

Das ist freilich kein hinreichender Grund zu prinzipieller Skepsis hinsichtlich der wohltätigen Wirkungen kostensparender Neuerungen. Der gesamte Prozeß der Wohlstandssteigerung in den marktwirtschaftlich organisierten Ländern ist nach diesem Muster verlaufen. Und bei scharfem Wettbewerb wie gegenwärtig ist nicht zu befürchten, daß Rationalisierungsvorteile mehr als vorübergehend vor allem bei den Unternehmen hängen bleiben. Die derzeit geringe Investitionsneigung hat andere Wurzeln als die Kostensenkung durch erfolgreiche Rationalisierungsanstrengungen.

Die Wettbewerbspolitik und das Offenhalten des Wettbewerbs mit dem Ausland haben die Aufgabe, für Flexibilität der Preise zu sorgen. Für jeden Bereich werden sie diese auch in Zukunft nicht gewährleisten können. Zu bedenken ist aber auch hier: Von Marktmacht bestimmte Gewinne können bei entsprechend sinkenden Zinsen auch anderswo zu mehr Investitionen oder kreditfinanziertem Konsum führen als dort, wo sie erzielt wurden; die Vorteile eines wirksamen Wettbewerbs ersetzt dies freilich nicht voll. Eine andere Frage ist, wie stark sich die Umsetzungsprobleme bei den Bauarbeitern vorübergehend in erhöhter Gesamtarbeitslosigkeit auswirken. Freigesetzt werden Bauarbeiter überhaupt nur, insoweit die Rationalisierung stärker zu Buche schlägt als die Mehrbeschäftigung für den Bau unseres Bauherren und anderer in gleicher Lage sowie für die Bauten, die anderwärts nötig sind, weil die Produktion für eine akute oder erwartete Mehrnachfrage zu ermöglichen ist. Allemal ausweiten wird sich die Nachfrage nach Arbeitskräften in den Bereichen außerhalb der Bauwirtschaft, bei den Herstellern der in der Breite mehr nachgefragten Güter (mehr nachgefragt aus den zusätzlichen nominalen beziehungsweise realen Einkommen, die durch das zusätzliche Bauen sowie die anderwärts anfallenden Rationalisierungsvorteile entstehen) und bei deren Vorlieferanten einschließlich der Hersteller von Investitionsgütern. Bauarbeiter, die sich rasch auf die veränderte Marktsituation einstellen können, werden keine Probleme haben. Dies wird jedoch nicht für alle gelten. Die Umsetzungsprobleme können gravierend sein, wenn der technische Fortschritt stark ist und sich auf bestimmte Branchen konzentriert und wenn die Nachfrage nach deren Produkten auf Preissenkungen verhältnismäßig wenig reagiert (starker technologisch bedingter Strukturwandel). Andernfalls gleichen sich Freisetzungskräfte und Kräfte, die auf Mehrbedarf an Arbeitskräften hinwirken, in jeder einzelnen Branche eher aus.

Wegen der grundsätzlichen Vorteile von kostensenkenden Neuerungen besteht auch eigentlich weniger die Sorge, es könne davon zuviel geben, als vielmehr die Sorge, es werde zu wenig sein. Sonst wartet unser potentieller Bauherr weiter mit dem Bauen. Die Sorge, es könnte weniger sein als möglich, hängt ebenfalls mit Mangel an Wettbewerb zusammen — wie die Sorge, eine tatsächliche Kostensenkung könne ihre guten Wirkungen verfehlen. Bei Mangel an Wettbewerb kann die Neigung zu groß sein, so eine verbreitete Besorgnis, neue Produktionsanlagen erst zu schaffen, wenn die alten abgeschrieben sind, obwohl neue kostengünstiger wären. Risikofurcht in bezug auf das geforderte Engagement für neue Investitionen kann ein solches Verhalten rational erscheinen lassen. Lohnforderungen, die der Kostensenkung voraneilen, werden nicht zuletzt damit begründet, daß der Druck in Richtung Kostensenkung gerade groß genug sein muß, die Nutzung gegebener Chancen zur Kostensenkung zu bewirken, und gering genug, die Beschäftigung nicht zu gefährden. Hier kann man freilich auch die Balance verlieren. Einen ungünstigen Ablauf der Dinge zeigt der nächste Fall.

(8) Die unbefriedigende Ausgangssituation kann offensichtlich nicht dadurch überwunden werden, daß die Bauarbeiter höhere Löhne durchsetzen und so die Bauunternehmer zwingen, das Bauen in der Weise umzuorganisieren, daß sie mit weniger Arbeitskräften auskommen und stattdessen mehr Maschinen einsetzen — es sei denn, sie bewirken damit zugleich die Nutzung ausreichend großer Chancen im Sinne von Fall (7). Sehen wir also von dem Fall (7) einmal ab, obwohl in der Realität eine solche Entmischung regelmäßig nicht möglich ist. In jedem Fall würde die Baupreisforderung nicht sinken; unser potentieller Bauherr würde nicht bauen. Im Gegenteil, die Baupreisforderungen würden sogar steigen, und etliche andere, die unter den alten Bedingungen gebaut hätten, würden es nun nicht mehr tun. Die Baupreisforderung würde steigen, obwohl in der Bauwirtschaft die Bauleistung je Arbeitseinheit rationalisierungsbedingt zunähme (insoweit ähnlich wie in Fall (7)) steigen, weil die Bauunternehmer nur einen Teil der erhöhten Lohnkosten durch arbeitssparenden Mehreinsatz von Baumaschinen ausgleichen können, es sei denn, sie hätten noch ungenutzte Rationalisierungsmöglichkeiten im Sinne des Falles (7), also solche, die eigentlich unabhängig von der Höhe der Löhne Vorteile bieten, etwa weil jemandem ein besseres Produktionsverfahren eingefallen ist. Dies hatten wir ja aber hier ausgeschlossen, wohlwissend freilich, daß auch der Fall (7) mit einer Ersetzung von Arbeit durch Maschinen sehr häufig verbunden ist — dies hängt von der Art des technischen Fortschritts ab — und deshalb die Trennung von Fall (7) und Fall (8) schwierig ist. Wichtig erscheint: Das Ausweichen in das maschinenintensivere Bauen ist, wird es von einem zu starken Lohndruck der Bauarbeiter angetrieben, regelmäßig nur ein Weg, die Steigerung der Kosten, die Erhöhung der Baupreise und damit

schließlich die Minderung der Baunachfrage und des Bauens — und damit die Minderung der Beschäftigung — in Grenzen zu halten; aufgehoben wird der negative Kosteneffekt in diesem Falle nicht. Der negative Effekt wird noch größer, wenn sich die Arbeiter der Hersteller von Baumaschinen dem Vorgehen der Bauarbeiter anschlössen. Dann würden auch noch die Baumaschinen teurer. Die Hersteller von Baumaschinen mögen auf einen Mehreinsatz von Maschinen zur Herstellung von Baumaschinen ausweichen und so fort. Es wiederholte sich der gleiche Prozeß.

Man mag fragen, ob nicht die Lohnkostensteigerung, die am Anfang des ganzen stand, letztlich bei den Kapitaleinkommen aufgefangen werden kann. Das ist die Frage nach dem neben den Arbeitskräften zweiten Hauptwirkenden in diesem Stück, das zu immer längeren Produktionsumwegen — höherem Maschineneinsatz auf allen Stufen — zu drängen scheint, dem Kapitalgeber, der all dies zu finanzieren hätte. Sicher dürfte sein, daß der Kapitalgeber nicht deshalb mit einem geringeren Zinsanspruch, einem geringeren Renditeanspruch, auftreten wird, weil die Löhne gestiegen sind und dies die Unternehmen zu längeren Produktionsumwegen veranlaßt, was für sich genommen offensichtlich eine Mehrnachfrage nach Kapital hervorbringt. Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Der Kapitalzins wird steigen, und dies wird den ganzen Prozeß abbremsen. Zugleich wird es freilich eine Mindernachfrage nach Kapital geben, der Bauherren, weil weniger gebaut wird, der Bauunternehmer, weil weniger Baukapazität gebraucht wird, der Hersteller von Baumaschinen und so fort. Dies wirkt in die Gegenrichtung. Das Gesamtergebnis bei den Zinsen ist offen, offen allerdings nur, insoweit offen ist, ob die negativen Einflüsse auf die Investitionsausgaben von Anfang an überwiegen.

Es ist möglich — und dies ist durchaus in Übereinstimmung mit der Erfahrung —, daß bei einer von den Löhnen angetriebenen Welle der Rationalisierung und Kapitalintensivierung die positiven Einflüsse auf die Investitionsausgaben zunächst das Übergewicht haben. In dieser Phase kann sogar trotz der Freisetzungen der Gesamteffekt auf das Beschäftigungsniveau der Volkswirtschaft positiv sein. Nur, ein Dauereffekt wäre dies keinesfalls, immer vorausgesetzt, es gibt nicht unterwegs neue Möglichkeiten der Kostensenkung im Sinne von Fall (7) und — darauf käme jetzt alles an — diese werden nicht zu neuen Lohnsteigerungen genutzt. Diese Möglichkeit wiederum beiseite genommen: Wenn alle Anpassungen vollzogen sind und die Rationalisierungswelle abebbt, bleibt der Basisfehler, der von den Lohnsteigerungen bewirkte Ausfall an Baunachfrage und Bautätigkeit und ein entsprechender Mangel an Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft und in den vorgelagerten Bereichen übrig (im Falle der allgemeinen Ausbreitung des Lohndrucks ein Mangel an Nachfrage, Produktion und Arbeitsplätzen allenthalben). Er müßte an seinem Ursprung geheilt werden, gegebenenfalls durch Verzicht auf reale Lohnsteigerungen, die sonst aus anderen Gründen möglich würden.

Auf die in der Wirklichkeit mögliche ständige Verquickung von Fall (7) und Fall (8) kommt sehr viel an, zumal der Fall (8), tritt er in einzelnen Branchen auf und führt dort zu einem Schrumpfen von Produktion und Beschäftigung, gesamtwirtschaftlich unproblematisch ist, solange andere Branchen entsprechend große Chancen haben, Produktion und Beschäftigung auszuweiten. Dies wäre nur Teil des unablässigen Strukturwandels der Wirtschaft. Ob man sich noch innerhalb des Bereichs des Falles (7) befindet, läßt sich auch nicht daran ablesen, wie sich die Löhne im Verhältnis zur Produktivität, diese gemessen etwa an der Relation Produktionsergebnis je Beschäftigten, entwickelt haben. Im Falle (8) allemal — im Falle (7) unter Umständen — müßte ein erhöhter Anteil des Produktivitätszuwachses für den steigenden Kapitaleinsatz reserviert werden. Dies wäre der Weg, die Dinge wieder in die Reihe zu bringen. Unser potentieller Bauherr könnte hoffen, bald ans Bauen zu kommen.

(9) Der Abstand zwischen Baupreisforderung und Baupreisgebot könnte kleiner werden, gegebenenfalls auch beseitigt werden, wenn der potentielle Kapitalgeber dafür gewonnen werden könnte, sein Geld zu einem niedrigeren Zins zu verleihen. Er wird dies tun, früher oder später, falls er sonst niemanden findet, der ihm bei gleichem Kreditrisiko den alten Zins zahlt, sei es im Inland, sei es im Ausland. Senken wird er seine Zinsforderung freilich in jedem Falle nur insoweit, als auch der gesenkte Zins ihm außer einem anderwärts, etwa beim Staat, erzielbaren risikolosen Ertrag noch in ausreichendem Maße das Risiko vergilt, das in unserem Bauherren liegen mag und das er bei allgemein unsicherer Wirtschaftslage — der Bauherr könnte selbst arbeitlos werden, die Verwertung der gebauten Wohnung schwierig — höher einschätzen mag als in normalen Zeiten. (Auch hier würde mithelfen, wenn die allgemeinen wirtschaftlichen Erwartungen sich besserten und so unser Kreditgeber diesen Teil des Risikos geringer ansetzte.) Im Prinzip liegt in dieser Möglichkeit eine besonders wichtige Chance. Der größte Teil der Baupreisforderung ist normalerweise zu kreditieren, und schon eine Senkung der Zinsen um einen Prozentpunkt senkt die Gesamtbelastung um einen beträchtlichen Teil. Freilich, bei den heute üblichen verhältnismäßig kurzen Fristen für Zinsversprechen muß der potentielle Bauherr schon das Vertrauen auf eine dauerhafte Senkung der marktüblichen Zinsen haben, wenn sein Kalkül von einer aktuellen Zinssenkung entscheidend bestimmt werden soll. Anleger mit größerer Bereitschaft zur langfristigen Ka-

pitalanlage bei erträglichen Zinsen werden gesucht, mit mehr Vertrauen auf einen stabilen Geldwert, auf mehr Sicherheit im ganzen, Vertrauen, das genügend Anlegern niedrigere Zinsen akzeptabel machte. Daran fehlt es. Verlaß ist auf die Möglichkeit einer ausreichenden Zinssenkung also nicht.

(10) Der Abstand zwischen Baupreisforderung und Baupreisgebot könnte kleiner werden, gegebenenfalls auch beseitigt werden, wenn der Staat zugunsten des Bauens einen Teil der von ihm definierten Ansprüche korrigiert oder Regelungen ändert, Bauvorschriften etwa, die sich übermäßig, das heißt verglichen mit dem, was sie bewirken an zusätzlicher Sicherheit, Wärmedämmung und anderem, kostensteigernd ausgewirkt haben. Dies würde wiederum auch alle Bauherren begünstigen, die ohnehin gebaut hätten, und bei ihnen zusätzliche Ausgaben anregen, wenn auch nicht notwendigerweise im Maße ihrer Baukostenersparnisse; sie könnten weniger Kredite fürs Bauen aufnehmen und diese damit tendenziell für andere verbilligen. Im Falle einer Senkung der staatlichen Beteiligungsansprüche, der Steuern etwa, wäre ein guter Ausgang allerdings nur sicher, wenn der Staat sich andere Einnahmen beschaffen könnte, die weniger negative Auswirkungen bei den Privaten hätten als die Steuersenkung gute.

Das Beschaffen zusätzlicher Einnahmen bedeutet ja immer das Beschneiden privater Ausgabemöglichkeiten, allgemein oder an bestimmten Stellen, heute oder künftig. Die Reaktion wird sein: private Ausgabeneinschränkung oder zusätzliche Anstrengungen, um das alte Wohlstandsniveau zu halten. Der erste Fall ist der, bei dem das Überwiegen der gewünschten Wirkungen nicht ohne weiteres sicher ist. Früher galt wenigstens ein Beschaffen von zusätzlichen Einnahmen in der Form der Kreditaufnahme kurzfristig als besonders unproblematisch, weil angenommen wurde, daß zumindest im Fall unzureichender Ausgabeneigung in der Wirtschaft, also bei Unterbeschäftigung, zusätzliche Kreditnachfrage des Staates ohne zinssteigernde oder andere negative Rückwirkungen möglich ist. Aber auch dies ist fraglich geworden, zumindest streitig.

Statt für die geplante Steuersenkung zugunsten des Bauens neue Einnahmen an anderer Stelle zu beschaffen, kann der Staat auch von ihm definierte Ansprüche senken, indem er etwa seine Ausgaben senkt. Auch hier kommt es darauf an, ob die negativen Wirkungen der Maßnahmen auf die volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben stärker zu Buche schlagen als die Verbesserung der Bedingungen fürs Bauen, beides einschließlich der Anschlußwirkungen bei den direkt oder indirekt betroffenen Privaten, zu denen auch die Rückwirkungen über Preisänderungen gehören, die der Staat auslöst, indem er den Kauf bestimmter Leistungen einschränkt, den Kauf anderer anregt. Allemal geht es im Kern in jedem Falle darum, Ausgaben für Staatsleistungen zu kürzen — oder auch Steuervergünstigungen —, die nicht nur kurzfristig, sondern auch unter längerfristigen Gesichtspunkten weniger an Positivem bewirken, als sie den Steuerzahler heute oder künftig kosten.

Nur scheinbar anders verhält es sich, wenn der Staat auf der Seite seiner Ausgaben genau den entgegengesetzten Weg geht, diese also erhöht, in unserem Beispiel etwa Zuschüsse fürs Bauen gewährt oder das Bau-Umland verbessert und dafür Kredite aufnimmt oder Steuern erhebt. Auch in diesen Fällen geht es um das Gewähren zusätzlicher Ansprüche hier und das Beschneiden anderer Ansprüche dort, heutiger oder künftiger. Die Aufgabe der Abwägung der positiven und negativen Wirkungen, der kurzfristigen und längerfristigen, bleibt. Bei alledem gehört mehr und mehr ins Kalkül, daß zumindest für die dauerhaften Wirkungen auch die schiere Höhe der vom Staat über Ausgaben und Abgaben und Auflagen gesteuerten und umverteilten Ansprüche ins Gewicht fällt. Jede Erhöhung der Staatsquote und der Steuerquote, auch der staatlichen Auflagen und Transferangebote, bedeutet eine Erhöhung dessen, was sich bei den Bürgern zwischen die Anstrengung des einzelnen und den ihm daraus zustehenden Ertrag schiebt. So bevorzugt unser potentieller Bauherr möglicherweise deshalb mehr Freizeit gegenüber der Möglichkeit, mehr für sein Bauvorhaben zu arbeiten, gesetzt den Fall er hätte diese Möglichkeit, weil er mehr zu arbeiten wegen der öffentlichen Abgaben nicht lohnend genug findet (Ziffer 256). Umstritten ist daher, ob es sich wegen des Drängens auf mehr staatliche Hilfen zur Verbesserung der Wirtschaftslage gleichwohl vertreten läßt, eine Zeitlang die volkswirtschaftliche Abgabenquote noch einmal zu erhöhen, oder ob nicht vielmehr eine Senkung möglich gemacht werden muß.

Die Möglichkeit, in die Schattenwirtschaft auszuweichen, wo die Produktivität zwar viel geringer, die Rentabilität aber viel größer ist, weil sich öffentliche Abgaben sparen und staatliche Auflagen umgehen lassen, steht unserem potentiellen Bauherren, ist er gesetzestreu oder eignet sich sein Beruf nicht dafür, nicht offen.

(11) Der Abstand zwischen Baupreisforderung und Baupreisgebot könnte kleiner werden, gegebenenfalls auch beseitigt werden, wenn die arbeitslosen Bauarbeiter und die arbeitslosen Arbeiter aus Baustoffabriken, statt arbeitslos zu bleiben, ihre Leistungen zu einem niedrigeren als dem derzeit herrschenden Lohn anbieten. Dies würde so zuverlässig ein günstiges Ergebnis erwarten lassen wie die Senkung der Ansprüche des potentiellen Bauherren (Fall (3)). Eine andere Frage ist, wie bedeutsam diese Möglichkeit ist und sein kann.

Für den größten Teil derer, die keine Arbeit haben oder weniger arbeiten, als sie gern möch-

ten, ist sie nicht gegeben, da die Tarifverträge Mindestlöhne festlegen. Ist es nicht dies, so würde die Konkurrenz zwischen Altbeschäftigten und Arbeitslosen um die Arbeitsplätze beziehungsweise zwischen den Bauunternehmern um die Bauaufträge aus dem Fall möglicherweise alsbald einen Fall der allgemeinen Lohn- und Preissenkung in der Bauwirtschaft machen. So gesehen erscheint die hier behandelte Möglichkeit für einige freiberufliche Mitwirkende am Bau, den Architekten etwa, eher relevant zu sein als für die große Zahl der Unselbständigen. Sehen muß man freilich, daß es auch im Bereich der Unselbständigen nach wie vor viele selbständige Entgeltvereinbarungen gibt, die außerhalb oder oberhalb des Sicherungsnetzes liegen, das die Tarifverträge gegen die Möglichkeit der Niedriglohnkonkurrenz aufspannen.

(12) Ebenfalls noch so gut wie sicher wäre ein günstiges Ergebnis, wenn die Arbeitslosen ihre Arbeit nur im Rahmen einer allgemeinen Lohnsenkung (Minderlohnsteigerung) für Bauarbeiter und Arbeiter in den Baustoffabriken billiger anbieten würden oder anbieten dürften und es dazu auch kommt. Unser potentieller Bauherr käme zum Zuge, und wiederum würden alle Bauherren zu den Gewinnern zählen, wahrscheinlich auch die Bauunternehmer, weil die Preissenkung wohl hinter der durchschnittlichen Kostensenkung zurückbliebe. Geben diese zusammen — für Investitionen oder Konsum — mehr aus, als die altbeschäftigten Arbeiter wegen der Lohnsenkung weniger, etwa weil die Bauunternehmer zusätzliche Kapazitäten brauchen und sie sich wegen der gesunkenen Kosten auch leisten können, so käme zu den Ausgaben des Bauherren noch etwas hinzu. Andernfalls würde dieser Effekt geschmälert.

Beispielsweise stünden den Minderausgaben der verlierenden Altbeschäftigten nur die Mehrausgaben unseres Bauherren und möglicherweise geringe Mehrausgaben der sonstigen Gewinner gegenüber, wenn die Bauunternehmer ohnehin große Überkapazitäten haben und deshalb auch bei etwas besserer Absatzlage vorläufig keine zusätzlichen Investitionen vornehmen. Was die Gewinner nicht ausgeben, stünde den Kreditmärkten zur Verfügung und würde wiederum über eine Zinssenkungstendenz zusätzliche Ausgaben anregen können. Trotzdem ist es nicht eine bloße Rechenaufgabe, ob der Saldo der kurzfristigen Ausgabewirkungen positiv ist. Auf die Dauer ist die Erwartung eines günstigen Gesamtergebnisses sicher. Es wird mehr gebaut, und das Geld der Gewinner wird seinen Weg hin zu zusätzlichen Ausgaben finden.

Daß der günstigere Fall schon kurzfristig zutrifft, wäre nur sicher, wenn die Bauarbeiter mit der Bereitschaft, die Lohnsenkung hinzunehmen, die Vorstellung verbinden, die Lohnsenkung sei vorübergehend und jedenfalls ihr Arbeitsplatz sicherer, oder wenn der Plan, zum Ausgleich in Zukunft etwas mehr zu arbeiten, für aussichtsreich gehalten wird, und sie deshalb die alten Konsumpläne beibehalten; Mehrarbeit würde in diesem Falle in der Tat gebraucht wegen der Anschlußausgaben aus der zusätzlichen Bautätigkeit.

(13) Wegen der verhältnismäßig großen Starrheit der intersektoralen Lohnrelationen könnte es sein, daß Lohnsenkungen (Minderlohnsteigerungen) im Bausektor nur im Rahmen einer allgemeinen Lohnsenkung (allgemeiner Minderlohnsteigerung) möglich sind. Dies ist der schwierigste und seit Generationen streitig diskutierte Fall. Es gibt auch hier einen guten Ausgang der Dinge, aber nicht nur diesen. Zunächst der gute.

Auch unser potentieller Bauherr wäre, ist er Arbeitnehmer, von der Lohnsenkung betroffen. Aber er kann auf eine Senkung der Preise, auch der Baupreise, rechnen. Er wird in diesem Falle nur bauen, wenn die Senkung der Baupreise und die damit verbundene Aufwertung seines Geldvermögens bei ihm stark zu Buche schlägt, stärker jedenfalls als der Druck, den die Senkung seines aktuellen Einkommens auf seine Einkommenserwartungen ausübt. Denn soweit die der allgemeinen Lohnsenkung (Mindersteigerung) folgende Senkung (Mindersteigerung) des allgemeinen Preisniveaus hinter jener zurückbleibt und der potentielle Bauherr dies für dauerhaft hält, ist seine Fähigkeit, die Leistungen aus dem Bau zu tragen, verringert. Überwiegt dieser negative Einfluß auf die Einkommenserwartungen gegenüber dem Geldvermögenseffekt, so käme es gleichwohl zum Bauen nur, wenn sich bei ihm die Inkaufnahme der Lohnsenkung verbände mit einem von ihm für aussichtsreich gehaltenen Vorhaben, künftig mehr zu arbeiten (abermals Fall (3)). Eine große Hilfe für ihn wäre es außerdem, wenn wegen der aktuellen wie auch wegen der möglicherweise erwarteten weiteren Dämpfung des Preisauftriebs die Zinsen sänken.

Gesetzt, es kommt zum Bau. Gewinner in dieser Variante sind wegen der allgemeinen Preissenkung alle, die Geldvermögen besitzen oder deren Einkommen nicht aus Lohn oder Gehalt besteht, Verlierer die Altbeschäftigten sowie im Prinzip die Schuldner. Freilich, was die Unternehmen angeht, so sind diese in der Regel Schuldner, aber sie profitieren doch zugleich von der Lohnsenkung, soweit die Preissenkungen ihr nicht voll entsprechen, und dies verbessert auch ihre Gewinnerwartungen. Selbst kurzfristig können auch bei den Unternehmen hier die Vorteile dominieren, und bei nur mäßig großen Lohn- und noch geringeren Preissenkungen werden sie es auch tun. Längerfristig kommt es weniger auf die Altlasten an als auf die Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Zukunft. Sicherer Verlierer wird hingegen kurzfristig der Staat sein; er hat deflationsbedingt Mindereinnahmen, die größer sind als die Ersparnisse bei den Löhnen und Gehältern im öffentlichen Dienst und bei

den Sachausgaben; diese Differenz wird auch durch Mehreinnahmen aus erhöhter Produktion und Beschäftigung nicht sofort ausgeglichen. Erst später, wenn außer den Sachausgaben auch die Transferausgaben des Staates und die Altzinslast auf die Senkung der Inflationsrate reagieren, dominieren eindeutig die positiven Einflüsse. Wie groß die möglichen positiven Einflüsse auf Produktion und Beschäftigung, die dann über eine entsprechende Zunahme der Summe der Einkommen in der zweiten Runde auch wieder die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erweitern, sein werden, hängt davon ab, wieviel mehr zusätzliche Nachfrage die Gewinner der Aktion, die, wenn alle richtig rechneten, im Prinzip das Übergewicht haben, entfalten, verglichen mit dem, was bei den Verlierern ausfällt. Daß die potentiellen Investoren zu den Gewinnern zählen, sich zumindest bessere Gewinne erwarten, ist für ein gutes Ergebnis wichtig. Sie mögen, wie im günstigen Fall unser potentieller Bauherr, ein Vielfaches ihres Gewinns investieren. Verlaß ist vermutlich auf die Zunahme des realen Konsums derer, die nicht von Lohneinkommen abhängen, der Bezieher von Sozialeinkommen vor allem, denen etwa ein Viertel des Volkseinkommens zufließt. Angenommen ist, daß der Staat sie nicht alsbald kürzt; deshalb ist dieser ja in der ersten Runde sicherer Verlierer. Ein großes Übergewicht der positiven Faktoren gibt es — wegen der Konsumabhängigkeit eines Teils der Investitionen — aber vor allem dann, wenn die von Lohnsenkungen betroffenen Arbeitnehmer ihren Konsum nicht oder nur wenig einschränken, sei es weil sie nicht damit rechnen, daß ihre Reallohnsenkung dauerhaft ist, sei es weil sie sich vornehmen, künftig bei niedrigerem Lohn mehr zu arbeiten, ein Vorhaben, das wiederum im Prinzip die Möglichkeit, es zu realisieren — über den Abbau von Arbeitslosigkeit hinaus —, selbst in sich trägt, wenn und je mehr die Altbeschäftigten sich auch als Konsumenten von vornherein diesen Vorhaben entsprechend verhalten. Überwiegt schon bei der Konsumnachfrage die Summe der positiven Faktoren, dann wären bereits binnenwirtschaftlich und kurzfristig zusätzliche Investitionen zugleich durch Kostensenkung und durch zusätzliche Nachfrage fundiert. Hinzu könnte zusätzliche Auslandsnachfrage kommen, die die Unternehmen über niedrigere Preise auf sich ziehen. Das könnte auch weitere Investitionen auslösen. Die außenwirtschaftliche Annahme ist hier, daß der Außenwert der Währung nicht entsprechend der Lohnkostensenkung steigt. Anderenfalls gäbe es allerdings günstige Zinseffekte durch ein vergrößertes Angebot an Auslandskapital (ein Beispiel für Fall (9)). Die Importe würden sinken, weil Inlandsgüter wettbewerbsfähiger geworden wären (wiederum mit positiven Folgen für die Investitionen), steigen würden sie in Abhängigkeit von der Größe des positiven Gesamteffekts auf Produktion und Einkommen.

All dies klingt wie eine Verheißung. In der Tat ist hier alles Gute zusammengetroffen, was das Marktsystem zu bieten hat, und es ist auch keineswegs sicher, daß es so kommt. Daß alles Gute zusammentrifft, ist leider seit vielen Jahren nicht mehr die Erfahrung. Für ein noch positives Ergebnis müssen sich freilich auch nicht alle günstigen Annahmen zugleich bewähren. In einer offenen Volkswirtschaft kann schon eine verbesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit dem Marktsystem festen Halt geben.

Letzteres hängt freilich davon ab, wie weit Wechselkursänderungen dazu führen, daß Kostendifferenzen, das heißt auch Unterschiede in den Lohnkosten, international ausgeglichen werden. Umstritten ist die These, daß, auch wenn ein voller Ausgleich erst auf mittlere Sicht erreicht wird, schon eine teilweise Kompensation der Lohndifferenz durch den Wechselkurs das gute Ergebnis in Frage stellen würde (Ziffer 296).

Ein Übergewicht der negativen Reaktionen kann es auch dann geben, wenn die Investoren auf die Lohnsenkung und die damit angebotene Verbesserung der Gewinnchancen nicht deutlich positiv reagieren. Dies ist bei allen Varianten hinsichtlich der möglichen Preispolitik der Unternehmen denkbar, und bei entsprechenden ergänzenden Annahmen nicht nur denkbar, sondern auch möglich. An zwei Extremfällen sei es gezeigt.

Wenn die Preise zunächst kaum sinken und sich die Gewinne aus der Lohnzurückhaltung damit zu lange einseitig auf die Unternehmen konzentrieren, könnte es ein, daß diese trotz der Kostensenkung nicht alsbald mehr investieren, sei es weil sie von einer befriedigenden Kapazitätsauslastung ohnehin weit entfernt sind, sei es weil sie wegen des Ausfalls an lohnabhängiger Nachfrage mit einem Absatzrückgang rechnen, den sie durch ihre Preispolitik und ihre Investitionszurückhaltung dann auch selbst herbeiführen. Man müßte freilich außerdem annehmen, daß auch die nicht von der aktuellen Konsumnachfrage bestimmten Investitionen keinen Ausgleich schaffen und dies, obwohl die Zinsen wohl zurückgehen werden. Die Variante gewinnt weiterhin an Realitätsnähe, wenn man annimmt, daß die Arbeitnehmer mehr als vorübergehend keine Chance sehen, ihre Reallohnsenkung durch Mehrarbeit auszugleichen, weder in der offiziellen Wirtschaft noch in der Schattenwirtschaft, und deshalb nicht nur ihren Konsum aus laufendem Einkommen, sondern auch die durch Ersparnisse oder Kredite zu finanzierenden Käufe einschränken. Außenwirtschaftlich wäre Skepsis vor allem begründet, wenn über den Preiswettbewerb kurzfristig keine nennenswerten Absatzerfolge zu erzielen wären.

Es bleibt der Fall, daß die Kostensenkung im Wettbewerb vollständig oder nahezu vollständig weitergegeben werden muß, obwohl bei

starker Preissenkungstendenz (Minderpreissteigerung) die reale Güternachfrage wegen der Mehrnachfrage der Gewinner steigt, was diese Tendenz bremsen müßte. Die Altbeschäftigten würden nichts oder wenig verlieren, die eigentlich akzeptierte Reallohnkürzung entfiele und unser potentieller Bauherr und andere in ähnlicher Lage gewinnen genug, um zu bauen. Auch die übrigen Gewinner, zumal die übrigen Geldvermögensbesitzer, gewinnen besonders viel — außer den Unternehmen. Diese haben jetzt keinen Gegenposten für den realen Anstieg ihrer Schuldenlast. Sie könnten dies zum Anlaß nehmen, ihre Investitionen stark einzuschränken. Entschlösse sich der Staat, wegen seiner Einnahmenverluste nun auch weniger auszugeben als ursprünglich geplant, so ist es möglich, daß beides zusammen stärker zu Buche schlägt als alle Mehrausgaben der Gewinner.

Unsicher ist auch, wie groß die unmittelbaren Ausgabewirkungen sind, die von den realen Gewinnen der Geldvermögensbesitzer und der nicht von dem Lohnkontrakt Betroffenen ausgehen, falls es zu einer der Lohnsenkung entsprechenden Preissenkung kommen sollte. Auch hier hängt das Ergebnis nicht nur von der tatsächlichen Situation ab, sondern auch von den Erwartungen, die die Betroffenen damit verbinden. Es ist möglich, daß diese sich von dem allgemeinen Pessimismus, der mit dem vermuteten Nachfragerückgang verbunden ist, anstecken lassen und insofern zurückhaltender als bisher Ausgaben tätigen. Außerdem spielt die Verteilung der Geldvermögen und die Sparquote in den einzelnen Vermögensschichten eine Rolle. Es wäre denkbar, daß die Geldvermögen bei Privathaushalten mit geringer Neigung zu zusätzlichen Ausgaben konzentriert sind. Geben die Gewinner wenig zusätzlich aus, käme es darauf an, ob das zusätzliche Angebot an Sparkapital zu sinkenden Zinsen angeboten wird und Abnehmer findet.

Wie weit sich die Tatsache, daß es nicht nur Lohneinkommen in einer Volkswirtschaft gibt, auf das Ergebnis positiv auswirkt, hängt davon ab, wie eng diese mit den Löhnen verbunden sind. Selbst an Stellen, an denen institutionelle Regelungen nur eine verzögerte Anpassung an das Lohnniveau vorsehen — dies ist zum Beispiel bei den Renten der Fall — gibt es Fälle, in denen zu große Abweichungen zwischen der Lohnentwicklung und der Rentenentwicklung durch Interventionen des Gesetzesgebers beseitigt wurden. Dann ist freilich der Staat weniger auf der Verliererseite.

Streitig ist, wie erwähnt, die Wahrscheinlichkeit der unterschiedlichen möglichen Ausgänge des Falles (Ziffern 289 ff. und 299 f.).

(14) Unser potentieller Bauherr prüft bei allen diesen Varianten und etwa vorkommenden Kombinationen auch, ob es sich nicht eher lohnte, statt einer Wohnung oder eines Einfamilienhauses ein Zweifamilienhaus zu bauen und sich gegebenenfalls höher zu verschulden oder einen Miteigentümer zu gewinnen. Er würde insoweit dann als Unternehmer für den Markt tätig und hätte die Frage zu bedenken, wie sich in den kommenden Jahren wohl die Fähigkeit und Bereitschaft potentieller Mieter entwikkeln wird, eine Miete zu zahlen, bei der er auf seine Kosten käme. Er stellt fest, daß ein solches Kalkül im allgemeinen nicht anders ausgeht, als wenn er allein für sich selbst rechnet, von steuerlichen Unterschieden einmal abgesehen. Das liegt daran, daß er sich, Durchschnittsbürger, der er ist, den potentiellen Mieter als einen Menschen vorstellt wie er selbst. Alles was sein eigenes Einkommen, seine eigenen Einkommenserwartungen beeinflußt, beeinflußt in gleicher Weie auch die Situation des vorgestellten potentiellen Mieters. Auch dessen Bereitschaft und dessen Möglichkeit, sich in schlechten Zeiten zusätzlich anzustrengen, um mit den für ihn daraus entstehenden Problemen fertig zu werden, hält er für die gleiche wie bei sich selbst. Für das Risiko, daß es sich anders verhält, erwartet er wie andere Vermieter auch ein entsprechendes Entgelt in der normalen Miete. Aber wie alle Investoren, die er in den vorangegangenen Fällen kennengelernt hat, sieht er dieses Risiko doch als unterschiedlich hoch an, je nachdem wie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung einzuschätzen ist.

Von einer Inflation kann er sich auch als Bauherr einer Mietwohnung Vorteile nicht versprechen, da dann zwar die erwarteten Mieten höher wären, er aber auch einen höheren Zins zu zahlen hätte. Die Möglichkeit, daß langfristig die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ungünstig ist, muß ihn als potentiellen Mietwohnungseigentümer noch stärker abschrecken, als wenn er nur für sich plant, während mehr wirtschaftliches Wachstum und allgemein steigende Realeinkommen ihn hinsichtlich der Zahlkraft und Zahlungsbereitschaft potentieller Mieter faszinieren, zumal wenn er rechtzeitig am Markt wäre; in den letzten Jahren ist wenig gebaut worden, und es wird noch wenig gebaut; Wohnungen können noch knapper werden. Daß die Wirtschaftslage vorübergehend noch schlecht bleibt, sich sogar noch verschlechtern könnte, würde ihn weniger schrecken, solange nur auf Dauer eine Besserung dabei herauskäme; denn für sein Kalkül als Bauherr einer Mietwohnung zählen im Grunde nur die Mieterwartungen auf lange Sicht. Völlig berücksichtigt in den gegenwärtigen Mieten, so hat er gemerkt, sind schon die Steuervorteile, die der Staat seit langem fürs Bauen gewährt. Daran ist nichts mehr zu verdienen, wenn man nicht gerade ein sehr hohes Einkommen hat. So bleibt er unentschlossen.

Ergänzende Würdigung durch die Mehrheit des Sachverständigenrates

289. Die Situation unseres Bauherren betrifft nicht einen Randfall der Beschäftigungsprobleme. Kon-

sumverhalten, Investitionsverhalten und Erwerbsverhalten treffen in der Frage der Bauentscheidung unseres potentiellen Bauherren zusammen. Es gibt drei Brennpunkte:

— Das Phänomen zu hoher Forderungen an das mögliche Produktionsergebnis, verbunden mit der Frage nach Möglichkeiten einer inflationsfreien Korrektur, sei es der Forderungen selbst, sei es der Möglichkeiten, sie zu erfüllen (zum Beispiel durch technischen Fortschritt).

— Das Phänomen unaufhebbarer gesamtwirtschaftlicher Unsicherheit, das zusätzliche Flexibilität von Einkommensvorstellungen verlangt oder zumindest eine entsprechend große Fähigkeit und Bereitschaft eines Teils der Beteiligten, erhöhte Risiken zu übernehmen und dafür einzustehen, Risiken, die man nicht durch Hin- und Herschieben aus der Welt schaffen, sondern allenfalls tragbar machen kann; nur auf die Dauer kann man sie auch senken.

— Die Bedeutung des Offenhaltens beziehungsweise des Öffnens von Betätigungsmöglichkeiten, nicht zuletzt der Möglichkeit auch der Unselbständigen, stärker selbst zu bestimmen, ob sie mehr oder auch weniger arbeiten.

290. Gibt es genug Flexibilität von Einkommensforderungen und reichlich Leute, die sich etwas zutrauen, sowie Spielraum für diese, so gibt es mehr als vorübergehend gesamtwirtschaftliche Probleme nicht. Offensichtlich ist diese Bedingung nicht erfüllt.

Deutlich geworden sind Wege der Senkung von Forderungen an das Produktionsergebnis, auf denen die Erwartung, daß dadurch mehr gewinnbringende Produktion und Beschäftigung möglich wird, auch kurzfristig nicht von Nachfragerisiken belastet ist. An wichtigen und ebenfalls sonst positiven Reaktionsmöglichkeiten hat sich freilich gezeigt, daß es ohne eine positive Einstellung zur Zukunft nicht geht — beim Konsumieren wie beim Investieren.

291. Dies gilt schon für das Erwerbsverhalten, die Einstellung etwa, künftig mehr arbeiten zu wollen statt weniger, sowie das Offenhalten der Möglichkeit hierzu, die für die Verbesserung der Chancen, ein Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt zu beseitigen, große positive Bedeutung hat und nicht etwa eine negative, wie viele meinen, die die Menge der zu verteilenden Arbeit für gleichsam vorgegeben und insoweit knapp halten. Wie knapp Arbeit ist, wenn man die Anforderungen an das Produktionsergebnis senkt, ist unbekannt. Eine Ankündigung erzwungener Arbeitszeitverkürzung ist für die Neigung, sich für Ausgaben zu engagieren, deren Belastungen in die Zukunft hineinreichen, kein hilfreicher Vorgang. Das Vertrauen auf das künftige Einkommen, das Vertrauen auf den künftigen Absatz bei auskömmlichen Preisen und Kosten verknüpft Gegenwart und Zukunft — in der Investitionsentscheidung, in der Konsumentscheidung.

Den Beobachter der Arbeitslosenzahlen könnte es eher beruhigen, wenn sich jemand vom Arbeitsmarkt zurückzieht, ganz oder teilweise, weil sich das Arbeiten für ihn nicht genug lohnt. Die hohen Arbeitslosenzahlen und die verbreitete Kurzarbeit machen solche Reaktion verständlich. Eine Betonung der Bedeutung des Willens, mehr zu arbeiten, klingt leicht wirklichkeitsfremd. Freilich, wenn es am Willen fehlt, am Markt durch mehr Arbeit mehr zu verdienen, fehlt es auch an Nachfrage nach Gütern, um derentwillen man mehr zu arbeiten bereit wäre, wenn es sich denn lohnte, und die zu kaufen man sich schon entschließen könnte, bevor das Geld dafür voll beisammen ist. Gegenwärtig genügt der Wille, mehr zu arbeiten, gewiß in der Regel nicht, in vielen Millionen von Fällen nicht, weil es an Nachfrage nach Arbeit noch mehr mangelt. Doch die Aussicht, mehr arbeiten zu können, auch dort durch Reglementierung einzuschränken, wo sie noch besteht, kann eine kontraproduktive Maßnahme sein. Daß dies umgekehrt auch gilt für eine Reglementierung, die den Menschen unnötigerweise verpflichtet, mehr zu arbeiten, als er möchte, versteht sich eigentlich von selbst.

292. Im Zentrum steht das Problem der Unsicherheit auf den Vermögensmärkten. Falls letztlich kein Verlaß ist darauf, daß Zinsen so stark sinken, wie es nötig wäre, wenn darüber Gefahren von den Gütermärkten und dem Arbeitsmarkt abgewendet werden sollen, die dort nicht (allein) ihren Ursprung haben, so hängt das letztlich mit der Unsicherheit der Zukunft zusammen und mit der Vorliebe der Menschen für Sicherheit. Daß in unsicherer Zeit die Zinsen weniger stark sinken, als die erwartete Rentabilität von Investitionen zurückgeht, ist der wichtigste marktwirtschaftliche Ausdruck davon. Wir beobachten zwar, daß bei schwacher Investitionsneigung und ihr folgend schwacher Kapitalnachfrage die Zinsen zurückgehen, wir können jedoch nicht ausschließen, daß dies oftmals einen Anstieg der von den einzelnen Kapitalanbietern geforderten Zinsen nur verbirgt, einen Anstieg etwa als Folge erhöhter gesamtwirtschaftlicher Unsicherheit, die zugleich die Investitionsneigung der Unternehmen und die Anlageneigung der Geldvermögensbesitzer beeinträchtigt. Im Zusammenspiel von Nachfragerückgang und Angebotsrückgang am Kapitalmarkt ergibt sich dann, solange die Unsicherheit anhält, ein Zins, der zwar niedriger sein mag als vorher, aber nicht niedrig genug, um die Investitionstätigkeit einigermaßen zu stabilisieren. Am Markt für Risikokapital wird das besonders deutlich. Hier erweist sich der Anstieg der Ansprüche an die Investitionserträge als Folge erhöhter gesamtwirtschaftlicher Unsicherheit meist als dominant. Die Aktienkurse verfallen stärker, als es dem Sinken der von den Unternehmen zu erwartenden Gewinne entspräche.

In Fällen eines solchen Ungleichgewichts gibt es einen Ausweg aus einer Investitionsschwäche nur, wenn unter Vermeidung noch größerer Verunsicherung der Märkte und also nicht durch exzessive Korrekturen andere ihre Forderungen an das mögliche Produktionsergebnis einschränken oder dazu gezwungen werden, diese einzuschränken, oder wenn die alten Forderungen durch Rationalisierungsanstrengungen oder Produktinnovationen marktgerecht gemacht werden, in beiden Fällen also die

Wirtschaft an höhere Zinsen angepaßt, die Fähigkeit zum Investieren und zugleich die Erfolgserwartung der Investoren und Kapitalanleger verbessert wird — oder wenn von außen neues Zukunftsvertrauen ins Spiel gebracht wird. In einem wohlbegründeten Konzept der Nachfragepolitik ist letzteres die Aufgabe zusätzlicher kreditfinanzierter Staatsausgaben oder Steuervergünstigungen oder einer expansiven Geldpolitik, sei es durch ihre Kreislaufwirkung, sei es durch einen im einzelnen nicht angebbaren Prozeß der Schaffung von Vertrauen, daß es bald wieder bergauf geht. Für letzteres ist das Jahr 1967 ein besonders gutes Beispiel. Mangel an Zuversicht im Privaten wird ersetzt und schließlich behoben durch Zuversicht des Staates, der sich getraut, Wechsel auf eine bessere Zukunft zu ziehen. Diese Art Begründung galt freilich nur für eine maßvolle Nachfragepolitik, vor allem nicht für eine ständige. Sie kann auch in Zukunft wieder gelten. Es ist jedoch das Dilemma der Wirtschaftspolitik in fast allen Staaten, daß die Basis hierfür gegenwärtig verlorengegangen scheint. Nur Maßnahmen, die diese Basis neu schaffen, können sie erneut rechtfertigen.

293. Sichtbar wird dies bei den Wirkungsmöglichkeiten der Geldpolitik wie der Finanzpolitik. Der potentielle Kapitalgeber unseres Bauherren läßt sich nicht ohne weiteres verleiten, sein Geld billiger herzugeben, jedenfalls nicht langfristig, nur weil die Notenbank ihr Geld billiger abzugeben bereit ist und damit das Vertrauen bekundet und erwecken will, für die Zukunft seien niedrigere Zinsen marktgerecht. Möglicherweise tut er sogar das Gegenteil, weil er mit inflatorischen Wirkungen eines solchen Notenbankverhaltens rechnet und daher für die Zukunft eher mit wieder steigenden Zinsen statt mit sinkenden, sei es weil Inflation allemal mit hohen Zinsen verbunden ist, sei es weil erfahrungsgemäß auf eine expansive Geldpolitik früher oder später eine kontraktive folgt, mit der dann die Inflationsfolgen der vorangegangenen bekämpft werden. Hingegen wird eine stetige Geldpolitik, welche die Erwartungen stabilisiert, eher dazu beitragen, daß der Anspruch auf Entgelt für gesamtwirtschaftliche Unsicherheit als Bestandteil der geforderten Zinsen kleiner wird und bleibt und die auch bei schwacher Produktionstätigkeit stetig auszuweitende und damit reichlicher werdende Geldmenge ohne neue Inflationsfurcht aufgenommen wird, was sich daran zeigen würde, daß die Besitzer von anlagebereitem Kapital auch am langen Ende des Marktes den Zinssignalen der Notenbank bereitwilliger folgen. Grund für eine positive Veränderung der wirtschaftlichen Erwartungen und damit für niedrigere Zinsen läge auch nicht zuletzt in einer möglichst breiten Nutzung der dem potentiellen Bauherren vorgeführten Fälle, soweit diese einen guten Ausgang erwarten lassen.

Auch der Wechselkursmechanismus böte keinen Ausweg. Eine Abwertung der Währung, sei es angetrieben von spontanem Kapitalexport, sei es angetrieben von einer expansiven Geldpolitik würde (eine Zeitlang) das reale Austauschverhältnis mit dem Ausland verschlechtern, was zwar positive Leistungsbilanzwirkungen hätte, die Situation unseres Bauherren und anderer in ähnlicher Lage aber weiter verschlechterte.

294. Was den Einfluß der Finanzpolitik auf die Vermögensmärkte angeht, so darf man, solange die allgemeine Verunsicherung anhält, nicht einfach annehmen, die Aufwertung des Realvermögens der Privaten — in unserem Beispiel: der Immobilien —, die aufgrund einer Aufstockung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage durch zusätzliche Staatsausgaben erhofft wird und zur Bildung neuen Realvermögens anregen soll, etwa unseren potentiellen Bauherren zum Bauen, würde allemal dominieren gegenüber dessen Abwertung, die durch den Sog in die Geldvermögensanlage bewirkt wird, die der Staat mit der zinssteigernden Kapitalnachfrage zur Finanzierung seiner zusätzlichen Ausgaben schafft. Die Furcht vor Inflation und Steuererhöhungen als Folge erhöhter Staatsdefizite — gleichviel ob berechtigt oder nicht, es genügt die Verunsicherung darüber —, verhindert oder mindert den positiven Effekt auf die Bewertung des Realvermögens und verstärkt die negativen Wirkungen, die über die Märkte für Geldkapital laufen. Auch unser potentieller Bauherr hat gesehen, daß die Immobilienpreise sinken — trotz hoher kreditfinanzierter Staatsausgaben — und die Zinsen aus seinem Geldvermögen durch die staatliche Kapitalnachfrage hochgehalten werden; es mangelt seinem Neubauplan an Attraktivität.

295. Sorge vor den schlimmen Folgen einer Verunsicherung der Einkommenserwartungen bestimmen neben den Interessengegensätzen die Heftigkeit des Streits um die Aufgaben und die Möglichkeiten der Lohnpolitik in einer Situation hoher Arbeitslosigkeit.

Deutlich geworden sollte sein, daß die Nachfragerisiken einer Strategie der Lohnkostensenkung geringer sind und die beschäftigungspolitische Effizienz der Lohnpolitik höher ist, wenn man sich dabei auf die Bereiche hoher Arbeitslosigkeit, in denen die Rentabilität dauerhaft gestört scheint und daher, wenn es zu Kostensenkungen nicht kommt, sogar die Ersatzinvestitionen unterbleiben oder die Produktion stillgelegt werden muß, konzentriert, also vor allem die Lohnrelationen ändert (Fall (12)). In Bereichen, in denen die Aufrechterhaltung der Produktion und die Neigung zum Investieren von einer Lohnkostensenkung kurzfristig weniger abhängen, könnte man vorsichtiger vorgehen, um den Fall auszuschließen, daß zunächst einmal der Ausfall an lohnabhängiger Nachfrage stärker durchschlägt als die Anregung neuer Investitionen und die zusätzliche reale Konsumnachfrage der Begünstigten.

296. Im übrigen ist bei jeder rein binnenwirtschaftlichen Prüfung der Nachfragerisiken einer Politik der Lohnkostensenkung daran zu denken, daß eine damit etwa verbundene Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein guter Helfer wäre, solche binnenwirtschaftlichen Risiken mehr als auszugleichen und damit den Anschluß herzustellen an die im Innern verläßlicheren mittelfristigen Effekte, immer vorausgesetzt, daß die Lohnko-

stensenkung sich allmählich vollzieht. Daß eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch Kostensenkungen gar nicht zustande kommt, weil ihnen Wechselkursänderungen folgten, die sie vollständig konterkarieren, ist eine Möglichkeit. Die Erfahrung entspricht ihr allerdings nicht. Derzeit hat die Bundesrepublik keine Sorgen mit einer zu hohen Bewertung der D-Mark, sondern eher mit einer zu geringen. Und auch in der Vergangenheit waren jeweils wichtige andere Gründe mit maßgeblich, wenn es zu einer kräftigen Höherbewertung der D-Mark an den Devisenmärkten kam. Daß eine stabilisierungsgerechte Lohnpolitik auch ihren Niederschlag findet im Wechselkurs, ist freilich selbstverständlich und auch erwünscht, ja eingeplant. Andernfalls würde Inflationsimport die Lohnpolitik desavouieren. Im übrigen kann auch eine stabilitätsgerechte Geldpolitik verhindern, daß der Zusammenhang zwischen Lohnentwicklung und Wechselkursentwicklung mehr als vorübergehend enger wird als erwünscht.

297. Bei den an unserem Beispiel beschriebenen Möglichkeiten eines ungünstigen Ausgangs der Dinge im Falle einer starken allgemeinen Lohnkostensenkung (Minderlohnsteigerung) geht es nicht zuletzt um die Situationsabhängigkeit des Urteils. Die kurzfristigen Nachfragerisiken einer Politik der Lohnzurückhaltung fallen allemal weniger ins Gewicht, wenn man es in erster Linie mit Problemen der Inflationsbekämpfung zu tun hat und nicht mit einer Situation hoher Arbeitslosigkeit. Dies ist jedoch nicht der Fall, der hier zu erörtern ist, es ist auch nicht das Problem unseres potentiellen Bauherren. Die Situation hoher Arbeitslosigkeit und weithin unterausgelasteter Produktionskapazitäten ist es auch, in der die Schätzurteile darüber auseinandergehen, daß eine Politik der allgemeinen Lohnzurückhaltung gut oder schlecht ausgeht.

298. Unstreitig ist, daß binnenwirtschaftlich gesehen die Löhne sowohl eine Kostenseite als auch eine Nachfrageseite haben und daß eine Verbesserung der Gewinnmarge allein für eine Verbesserung der Ertragslage und möglicherweise auch der Gewinnerwartungen nicht ausreicht, wenn der Absatz zunächst einmal unbefriedigend bleibt.

Das Kaufkraftargument in bezug auf die Löhne hat zwei ernstzunehmende Fassungen. Es geht um die Frage,

— ob nicht eine Unterschätzung dessen, was an Einkommensansprüchen auf die Dauer mit einem hohen Beschäftigungsstand vereinbar ist, einen Pessimismus erzeugt, der die Nachfrageseite stärker belastet, als den Hoffnungen auf die wohltätigen Wirkungen von Maßnahmen, die auf der Angebotsseite ansetzen, zuträglich ist — dies der eine Teil des Kaufkraftarguments in wohlverstandener Fassung;

— ob die Risiken konjunktureller Schwankungen in etwaigen reinen Marktlöhnen nicht besser bei den Unternehmen aufgehoben sind als bei den Arbeitnehmern, damit den Unternehmen das Risiko größerer Einbrüche bei der lohnabhängigen Konsumnachfrage erspart bleibt — dies der andere Teil eines wohlverstandenen Kaufkraftarguments.

In der gegenwärtigen Situation sollte die Antwort sein,

— daß die Aufgabe einer Stabilisierung der Zukunftserwartungen, auch der Einkommenserwartungen, Aufgabe der Politik ist, und zwar nicht nur der Wirtschaftspolitik, daß hingegen Lohnerhöhungen, die nicht auch sonst beschäftigungspolitisch vertretbar scheinen, dazu nicht dienen sollten;

— daß die Kostenseite der Löhne und Staatsleistungen, die mittelfristig allemal die entscheidende Seite ist, in einer Zeit, in der die mittelfristigen Anpassungsprobleme dominieren, eindeutig den Vorrang haben muß und daß, trotz aller Unsicherheit des Urteils über das Quantum, angesichts der enormen beschäftigungspolitischen Aufgabe die meisten Argumente dafür sprechen, das Niveau des realen Kostenniveaus für deutlich zu hoch zu halten; das Kaufkraftargument darf die hier fällige Korrektur nicht verhindern;

— daß im übrigen zur Stabilisierung der Erwartungen sowohl der Unternehmen als auch der privaten Haushalte so viel Verstetigung der Lohnentwicklung angestrebt werden sollte, als in verläßlicher Weise erreichbar scheint.

Was in unserem Bauherrenmodell die Sorge angeht, auch bei sinkenden Kosten möchte Nachfragemangel keinen verschärften Preiswettbewerb auslösen, so daß die Preise unverändert stiegen, und auch die Investitionen auf die dann kräftig zunehmenden Gewinne nicht reagieren, so scheint sie durch die Erfahrungen nicht gedeckt. Entgegenstehende Vorstellungen sind in jedem Falle von so kurzfristiger Bedeutung, daß sich Probleme eines anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts damit nicht angemessen erfassen lassen. Auch das andere Extrem, nämlich das einer gemeinsamen deflatorischen Abwärtsbewegung von Löhnen und Preisen, bei der es keine Reallohnsenkung gäbe, wohl aber eine starke Zunahme der realen Schuldenlast der Unternehmen, hat keinen Kontakt zu der Situation, in der wir uns befinden.

Angesichts der Tatsache, daß wir weiterhin in einer inflatorischen Welt leben und auch keine Lohnsenkungen zur Diskussion stehen, sondern allenfalls eine „Lohnpause" oder geringe Lohnsteigerungen, handelt es sich hierbei nicht um einen realistischen Fall. Anders müßte man es nur sehen, wenn sich außer der Finanzpolitik auch die Geldpolitik an einem deflatorischen Kurs beteiligte, indem sie — was sie nicht tun soll — das Geldangebot an einer deflatorischen Preisentwicklung orientierte, statt es stetig weiter auszuweiten, um die Bereitschaft zum Geldausgeben zu stabilisieren und die Situation der Investoren zu verbessern. So wie die Dinge liegen, ist die Vorstellung eines allgemeinen Preis- und Lohnverfalls, einer Deflationsspirale, eher ein Schreckgespenst. Eine kontrollierte, vom sozialen Konsens getragene Lohnzurückhaltung wäre allemal für die Unternehmen ein Signal für ein Angebot auf verbes-

serte Ertragschancen, nicht ein Anlaß, den Rest an Zukunftsvertrauen zu verlieren und ums Überleben zu fürchten — auch wenn ein aktuell verschärfter Preiswettbewerb die im Prinzip zugestandene Wohltat nicht sofort voll effektiv werden ließe. Im übrigen: Das eine Deflationsspirale dieser Art antreibende Bewußtsein der Unternehmer, überschuldet zu sein, kann heute keine so große Bedeutung erlangen wie in Deflationskrisen früherer Zeiten. Die Unternehmen haben überwiegend Schuldverhältnisse — auch langfristige — mit variablen Zinsversprechen, so daß sie nicht für lange Zeit überhöhte Zinsen zahlen. Richtig bleibt freilich: Für die Zukunftserwartungen, die hier alles entscheiden, kommt viel auf die Wirksamkeit des sozialen Konsens an, auf das Maß der Lohnsteigerung und darauf, daß Finanzpolitik und Geldpolitik, was aber doch selbstverständlich sein sollte, kalkulierbar bleiben.

Das Bauherren-Modell: Wichtige Fragen bleiben offen

299. Ein Mitglied des Sachverständigenrates Hans-Jürgen Krupp, schließt sich dieser Würdigung des „Bauherren-Modells" nicht an. Er ist zwar mit der Mehrheit der Meinung, daß dieses Modell geeignet ist, die Grundgedanken einer Wirtschaftspolitik zu veranschaulichen, die primär an der Angebotsseite ansetzt, er bezweifelt jedoch, ob aus einem überwiegend auf der einzelwirtschaftlichen Ebene verharrenden und zudem recht speziellen Beispiel die Antwort auf diejenigen Fragen gegeben werden kann, die im Zentrum der Diskussion stehen:

— Wie sind die nachfragepolitischen Risiken einer stärker angebotsorientierten Politik gegen die damit verbundenen Chancen abzuwägen?

— Wie sind die angebotspolitischen Risiken einer stärker nachfrageorientierten Politik vor dem Hintergrund ihrer Erfolgschancen zu sehen?

Die Abwägung von Risiken und Chancen unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Instrumente, die in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit primär am Ziel der Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung orientiert sein müssen, erfordert einen theoretischen Grundansatz, der dieser Problematik angemessen ist. Der theoretische Mangel der Argumentation des Bauherrenmodells besteht seiner Meinung nach darin, daß in den einzelnen Fällen zwar plausible und denkbare Wirkungsketten dargestellt werden, die aus einer Unterbeschäftigungssituation herausführen könnten, daß diese Wirkungsaussagen jedoch zum Teil einem theoretischen Grundkonzept entstammen, das den Typ von Arbeitslosigkeit, der gegenwärtig vorherrscht, nicht erklären kann.

Wenn die Gesamtheit der in dem Bauherrenmodell beschriebenen Ausgleichsprozesse zum Zuge käme, gäbe es keine Arbeitslosigkeit. Die Unterscheidung der verschiedenen Fälle des Bauherrenmodells räumt zwar ein, daß man mit einigen der in den Fällen angesprochenen Ausgleichsprozesse nicht rechnen kann, eine Analyse, was passiert, wenn es Kombinationen der verschiedenen Fälle gibt und innerhalb dieser die Ausgleichsprozesse in unterschiedlicher Weise zum Zuge kommen, ist im Rahmen eines derart vereinfachten Modells gar nicht möglich. Nicht von ungefähr sieht es die Wirtschaftstheorie als ihre Aufgabe an, ökonomische Prozesse in ihrer vielfachen Wechselwirkung zu erklären. Zunehmend wird dabei heute untersucht, was geschieht, wenn auf die üblichen Ausgleichsprozesse des Marktes nicht gesetzt werden kann, weil auf den Güter- und Faktorenmärkten Preisstarrheiten und/oder Mengenbeschränkungen zu finden sind.

Der Versuch, ökonomische Prozesse in ihrer vielfachen Wechselwirkung über Argumentationsketten zu erfassen, die auf denkbaren Einzelfällen aufbauen, erlaubt nur begrenzte Schlüsse, insbesondere dann, wenn Aussagen über die Gesamtentwicklung von entgegengerichteten Einzeleffekten zu treffen sind. In einem wachsenden Maß ist die Wirtschaftsforschung deshalb dazu übergegangen, Wirkungsketten auch quantitativ abzuschätzen. Ökonometrische Modelle zeigen einen brauchbaren, wenn auch noch unvollkommenen Weg auf, um Aussagen über den Gesamtprozeß unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens zahlreicher wirtschaftlicher Einzelvorgänge zu machen. Zur Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Modelle steht ein Instrumentarium zur Verfügung, das es insbesondere ermöglicht, auch die zeitlichen Verzögerungen bestimmter Maßnahmen oder Verhaltensweisen abzuschätzen.

Das Bauherrenmodell erhebt nicht einen derartigen Anspruch. Zur Beantwortung vieler zentraler Streitfragen der Wirtschaftspolitik kommt es aber darauf an, Schätzurteile auch über die Gewichtung unterschiedlicher Prozeßelemente zu treffen.

Die Diskussion im Sachverständigenrat hat dazu geführt, daß in der Darstellung der Fälle des Bauherrenmodells die jeweils wichtigen Argumente vorgestellt werden, jedenfalls soweit sie im Rahmen dieses Modells berücksichtigt werden können. Allerdings teilt dieses Mitglied des Rates viele der in der Darstellung enthaltenen Schätzurteile nicht. In den meisten Fällen ist er in bezug auf die Aussagen, bei denen ein positiver Ausgang erwartet wird, sehr viel skeptischer.

Darüber hinaus ist er auch der Meinung, daß der Zeitbedarf von Anpassungsprozessen in der Darstellung des Bauherrenmodells nicht angemessen berücksichtigt worden ist. Mittelfristig mag es durchaus richtig sein, daß sich eine Reduzierung von Einkommensforderungen positiv auf die Beschäftigung auswirkt. Ist ein solcher Vorgang aber mit erheblichen Nachfragerisiken verbunden, muß zunächst gezeigt werden, wie denn das mittelfristig angestrebte Ziel überhaupt erreicht werden kann. Jede auch in weiterer Zukunft liegende Situation kann nur durch eine Abfolge von „kurzen" Zeitabschnitten erreicht werden, für die zunächst kurzfristige Gesichtspunkte gelten müssen. Eine wirtschaftspolitische Maßnahme, die in der aktuellen Situation konjunktureller Nachfrageschwäche die gesamtwirtschaftliche Nachfrage kurzfristig weiter einschränkt, kann nur dann dazu führen, daß die mittelfristig erwünschte Situation eines höheren Beschäftigungsstandes erreicht wird, wenn sich die negative Wirkung auf die Nachfrageentwicklung im Verlauf

mehrerer kurzer Perioden in ihr Gegenteil verkehrt. Ob eine solche Umkehrung erfolgt, kann nur eine dynamische Analyse, in der die einzelnen Prozeßschritte im Zeitablauf untersucht werden, zeigen. Der Vergleich mit der gewünschten Endsituation reicht dazu nicht aus.

Welches auch immer die Argumente für eine solche denkbare Umkehrung sein mögen, eines ist gewiß, ein derartiger Weg ist mit erheblichen und bei dem heutigen Stand der Arbeitslosigkeit nicht vertretbaren Beschäftigungsrisiken verbunden. Es ist daher notwendig, die kurzfristigen Gesichtspunkte, die primär die Nachfragerisiken betreffen, bei einer Politik der Verbesserung der Angebotsseite stärker zu berücksichtigen. Die nachfragepolitische Absicherung einer angebotsorientierten Politik ist die eigentliche Aufgabe.

Zu hinterfragen ist auch das Verständnis von Wirtschaftspolitik, das dem Bauherrenmodell zugrunde liegt, das aber auch schon im Sondergutachten eine Rolle spielte (SG 82 Ziffer 41). Mit Recht (so auch in Fall (2) des Modells) wird darauf verwiesen, daß keine wirtschaftspolitische Instanz unmittelbar die Einkommenserwartungen der Privaten in der Hand hat. Selbst wenn man sich einmal auf das ohnehin problematische Bild von zu hohen Einkommensforderungen und zu hohen Ansprüchen an den Staat, kurzum zu hohen Ansprüchen insgesamt, einläßt, entsteht die Frage, ob es leichter ist, „Ansprüche" zu beeinflussen als Einkommenserwartungen. Unstrittig dürfte doch sein, daß nur konfliktfrei zurückgenommene Einkommensansprüche zur Verbesserung der Einkommenserwartungen beitragen können. Konflikte um die Reduzierung von „Ansprüchen" werden eher die Einkommenserwartungen beeinträchtigen. Wirtschaftspolitik wird in einem derartigen Konzept allzu leicht zu einem Vortragen moralischer Appelle. Die Beeinflussung von Einkommenserwartungen — und dies ist sicher keine einfache Aufgabe — durch konkrete finanzpolitische, geldpolitische, aber auch ordnungspolitische Maßnahmen ist grundsätzlich eine weit aussichtsreichere Strategie.

Am Rande bemerkt: Sicher hat es in vielen Ländern der Welt in den siebziger Jahren Fehler der Geld-, Finanz- und Lohnpolitik gegeben, die zu beschönigen kein Anlaß besteht. Bewertungsunterschiede ergeben sich hier am ehesten, was die Geldpolitik anbetrifft. Diese hat nach Meinung dieses Ratsmitglieds durch Phasen überzogener Restriktionspolitik in vielen Ländern zur Vergrößerung der Beschäftigungsschwierigkeiten beigetragen.

An dieser Stelle zeigt sich eine weitere Schwäche von isolierten Betrachtungsweisen. In der Wirklichkeit hängt die insgesamt erzielbare Beschäftigung sowohl vom Verhalten der Lohnpolitik wie dem der Geld- und Finanzpolitik ab. Die Geldpolitik ist in der Regel in der Lage, darüber mitzuentscheiden, welche Reallöhne den vereinbarten Nominallöhnen entsprechen. Auch die Finanzpolitik nimmt auf das Beschäftigungsvolumen Einfluß. Weist man zu viel von der Verantwortung für die Beschäftigung den Tarifpartnern zu, ist nicht auszuschließen, daß die verschiedenen Zweige der Wirtschaftspolitik gegeneinander arbeiten und so zusätzliche Fehlentwicklungen entstehen. Die Trennung von Fällen, wie sie im Bauherrenmodell geschieht, kann zwar dazu beitragen, einzelne Wirkungsstränge zu verfolgen, ihr Zusammenspiel kann sie aber nicht im Blick behalten.

Ein ähnliches Beispiel stellt die Trennung der Fälle (7) und (8) im Bauherrenmodell dar. In der Realität gibt es keine Investition, bei der nicht zugleich mit einem veränderten Verhältnis des Einsatzes von Arbeit und Kapital eine im ganzen überlegene Produktionstechnik angewendet wird, mit der Rationalisierungsvorteile verwirklicht werden. Es ist wenig hilfreich, diese Fälle zu trennen und dann auch noch unterschiedliche Schlußfolgerungen anzuschließen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen kann es nicht Aufgabe dieser Stellungnahme sein, die einzelnen Fälle durchzugehen. Es wurde schon oben angedeutet, daß insbesondere die Stellen, an denen ein positives Ergebnis des jeweiligen Falles erwartet wird, von Optimismus getragen sind, der durch die Wortwahl unterstrichen wird. Grundsätzlich müßte an dieser Stelle stärker als dies geschieht die Ausgangslage berücksichtigt werden. Gerade in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit und düsterer Wirtschaftsaussichten ist es sehr fraglich, ob man in so hohem Umfang auf die Verbesserung von Einkommenserwartungen setzen kann. Dazu kommen zwei weitere Gründe für eine weitreichende Skepsis gegenüber den in den einzelnen Fällen zugrunde gelegten Zusammenhängen.

Die Frage, wie schnell die Güterpreise auf den verschiedenen Märkten auf geänderte Kostensituationen reagieren, spielt in vielen der angezogenen Fälle eine entscheidende Rolle. Die Erfahrung des Jahres 1982 zeigt, daß kurzfristig Kostenentlastungen keineswegs zu entsprechenden Preisreduzierungen führen müssen. Hierfür braucht man nicht nur auf die gesamtwirtschaftliche Erfahrung zu verweisen. Auf vielen Märkten der Bundesrepublik gibt es zahlreiche Wettbewerbsbeschränkungen der verschiedensten Art. Daß in dieser Situation Kostensenkungen sofort weitergegeben werden, ist eher unwahrscheinlich als wahrscheinlich.

Unterschiedlich ist auch das Schätzurteil darüber, wie weit Nachfrageausfälle, die auf Lohnsenkungen oder Minderlohnsteigerungen zurückzuführen sind, durch reale Gewinne von Geldvermögensbesitzern oder reale Einkommensvorteile bei den Nichtlohnbeziehern ausgeglichen werden. Es ist nicht zu leugnen, daß es einen gewissen Ausgleich gibt, welches quantitative Ausmaß er in einer Welt hat, in der viele Einkommen letztlich am Lohn orientiert werden, bedarf einer besonderen Abschätzung. Für die beschäftigungspolitischen Auswirkungen kommt es darüber hinaus auf das Ausgabeverhalten an.

Insgesamt besteht vor diesem Hintergrund wenig Anlaß, bei einer kurzfristigen, ins Gewicht fallenden Reallohnsenkung einen positiven Ausgang zu erwarten. Dies gilt insbesondere für Zeiten schon vorhandener Nachfrageschwäche. Hier muß mit erheblichen Nachfragerisiken gerechnet werden, die ernstgenommen werden müssen und auch von der

Mehrheit des Sachverständigenrats berücksichtigt werden. Die Diskussion zur Lohnpolitik im Jahre 1983 wird von allen Mitgliedern des Sachverständigenrats getragen.

Strittig muß vor diesem Hintergrund bleiben, ob es irgendwelche realistischen und quantitativ bedeutsamen Fälle gibt, für die gilt, daß es Wege der Senkung von Forderungen an das Produktionsergebnis gibt, „auf denen die Erwartung, daß dadurch mehr gewinnbringende Produktion und Beschäftigung möglich wird, auch kurzfristig nicht von Nachfragerisiken belastet ist". Nach Meinung dieses Ratsmitglieds gibt es derartige Wege bestenfalls in gesamtwirtschaftlich nicht bedeutsamen Ausnahmefällen.

Vor dem Hintergrund der ohnehin vorhandenen Beschäftigungsschwierigkeiten ist ein Vertrauen darauf, daß sehr viele Menschen bereit sein können, darauf zu setzen, daß sie bei einer Reallohnsenkung Einkommensausfälle durch entsprechende Mehrarbeit ausgleichen könnten und deshalb ihren Konsum aufrechterhalten, in der gegenwärtigen Situation schwer begründbar. Man wird eine gewisse Wirklichkeitsferne nicht leugnen können, wenn man einen derartigen Vorschlag jemandem macht, der von Kurzarbeit betroffen ist und der gerne seinen Arbeitseinsatz vergrößern würde, um sein Konsumniveau aufrechtzuerhalten.

300. Weitgehende Einigkeit besteht darüber, daß die Unsicherheit auf den Vermögensmärkten ein ausreichendes Sinken der Zinsen verhindern kann. Wenn die Mehrheit dies einräumt, wie es der Fall ist, und wenn sie außerdem einräumt, daß die Möglichkeit einer Verunsicherung der Erwartungen auch den möglichen Beitrag der Lohnpolitik begrenzt und schließlich aus denselben Gründen auch den möglichen Beitrag der Finanzpolitik, dann müßte die Mehrheit eigentlich zu der Folgerung kommen, die Wirtschaftspolitik, ja das Marktsystem, wäre möglicherweise am Ende der Möglichkeiten, zu einem Gleichgewicht zurückzufinden. Die Mehrheit zieht diese pessimistische Folgerung nicht, ja die Vorführung des Bauherrenmodells und seiner Möglichkeiten beweist, daß die Mehrheit sie zurückweist. Aus den schon genannten Gründen erscheint dies jedoch nicht überzeugend; die Abwehr eines pessimistischen Schlusses müßte anders lauten.

Pessimistisch braucht man deshalb nicht zu sein, weil die verbliebenen Möglichkeiten der Finanzpolitik, wird diese angemessen durch die Geldpolitik unterstützt, nicht so gering einzuschätzen sind wie von der Mehrheit. Nicht strittig ist zwar, daß sich die Finanzpolitik in einem Dilemma befindet. Dieses Dilemma ist aber im wesentlichen von den Reaktionen nicht nur der Finanzmärkte, sondern auch der Geldpolitik bestimmt. Nicht strittig ist vor diesem Hintergrund ebenso, daß eine dauerhafte Verwendung staatlicher Kreditaufnahmen für Konsumzwecke nicht vertretbar ist. Eher strittig ist, ob die Reaktion der Geldpolitik wirklich unvermeidlich war, das heißt, ob es nicht gerade das restriktive Verhalten der Geldpolitik gewesen ist, die dem Staat eine Alternative zu einem konjunkturstützenden Kurs der Finanzpolitik gar nicht ließ und ihn damit in hohe Defizite und in die kritische Situation hinsichtlich des Vertrauens in die Staatsfinanzen trieb, die heute alle beklagen (Ziffer 150). Die Möglichkeiten der Geld- und Finanzpolitik sind hier sehr unterschiedlich. Die Finanzpolitik kann eine Restriktionspolitik der Notenbank nur sehr bedingt ausgleichen. Insofern kann die Geldpolitik sich durchsetzen. Auf der anderen Seite kann die Geldpolitik immer eine Korrektur des Kurses der Finanzpolitik, werde er nun als zu expansiv oder zu restriktiv betrachtet, erreichen. Sicher ist einzuräumen, daß in der jetzigen Situation die Möglichkeiten beider weitgehend erschöpft sind. Das mußte aber nicht so sein und muß nicht so bleiben. Wenn man so will, haben sie sich gegenseitig blockiert. Das im wesentlichen auf die Geldpolitik zurückzuführende hohe Zinsniveau hat zu einer Zinsbelastung geführt, die den ohnehin knappen Handlungsspielraum der Finanzpolitik weitgehend beseitigt hat. Insofern wird man für die nähere Zukunft nur noch bedingt auf die Finanzpolitik setzen können. Um so wichtiger ist, daß der Einsatz in möglichst effizienter Weise erfolgt. Da man damit rechnen kann, daß die Effizienz sowohl angebots- wie nachfragepolitischer Instrumente mit dem Umfang ihres Einsatzes abnimmt, dürfte eine Mischstrategie, die auf Instrumente aus beiden Bereichen setzt, einen effizienteren Einsatz knapper öffentlicher Mittel darstellen als eine Strategie, die überwiegend an der Angebotsseite anknüpft.

Uneinigkeit besteht über die Frage, inwieweit Lohnkostendifferenzen über Wechselkursänderungen ausgeglichen werden. Dies ist ja eine der Fragen, die für die Beurteilung einer Politik der Lohnzurückhaltung von entscheidender Bedeutung sind. Unstrittig ist, daß unter den Rahmenbedingungen, die heute vorherrschen, keine volle Kompensation der Lohnkostendifferenz durch Wechselkursänderungen zu erwarten ist. Insofern mag eine zurückhaltende Lohnpolitik, was die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit anbetrifft, durchaus hilfreich sein. Man muß sich freilich über die Begrenztheit dieses Arguments im klaren sein. Unwahrscheinlich ist nämlich auch der Fall, daß überhaupt kein Ausgleich erfolgt. Gerade an dieser Stelle ist das Schätzurteil schwierig, wie weit man darauf rechnen kann, daß die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu zusätzlicher Nachfrage aus dem Ausland führt und damit das Nachfragerisiko einer derartigen Politik abmildert. Ob es zu diesem Nachfrageanstieg kommt, hängt freilich auch von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt ab. Zur Zeit darf man hierauf nur bedingt setzen. Allgemein ist ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt aber auch die Bewertung der Wirtschaft eines Landes durch die internationalen Finanzmärkte. Dieser führt zur Zeit freilich eher dahin, daß der Lohnpolitik eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit nicht zuzuschreiben ist. Eher das Gegenteil ist der Fall. Wie weit eine stark zurückhaltende Lohnpolitik sich an dieser Stelle positiv auswirken würde, muß daher offen bleiben.

Die Lohnpolitik darf man überdies nicht isoliert sehen, jedenfalls in der beschäftigungspolitischen Rol-

lenzuweisung weniger verselbständigt gegenüber der staatlichen Politik, namentlich der Geldpolitik, als die Mehrheit es tut. In den Erläuterungen zu unserem Bauherren-Beispiel sind gute Gründe genannt, warum die Möglichkeiten der Finanzpolitik und der Geldpolitik heute geringer einzuschätzen sind als früher. Aber die verbliebenen Möglichkeiten sind doch auch nicht so gering geworden, wie es den Anschein hat, wenn man sich allein an der in der Öffentlichkeit verbreiteten Furcht vor hohen Staatsdefiziten und höheren Steuern orientiert. Man muß freilich diese Möglichkeiten in einer der veränderten Situation angepaßten Weise nutzen und die Nachfragehilfen mit geeigneten Angebotshilfen verbinden. Die Auffassung, daß mehr Wachstumspolitik nötig ist, trennt Mehrheit und Minderheit nicht. Von reiner Nachfragepolitik spricht auch niemand mehr. Die Aufgaben des Staates im Wachstumsprozeß, den Spielraum für mehr wachstumsfördernde Staatsausgaben bei einer zeitweiligen oder auch dauerhaften Erhöhung der volkswirtschaftlichen Steuerquote kann man jedoch auch anders sehen als die Mehrheit. Die Minderheit hat hierzu schon im Sondergutachten vom Oktober 1982 Stellung genommen (SG 82 Ziffer 66).

Insgesamt schließt sich an dieser Stelle der Kreis. Offen muß bleiben, wie man Erwartungen beeinflussen kann, auch das Kaufkraftargument muß man nicht so stark psychologisch interpretieren, wie dies die Mehrheit tut. Auch wenn hier kein Streit darüber bestehen kann, daß es letztlich auf die Erwartungen ankommt, ist zu diskutieren, wie diese von der Wirtschaftspolitik beeinfluß werden können. Hier dürfte eine Wirtschaftspolitik, die stärker auf die Gestaltung der realen Vorgänge setzt, bessere Erfolgschancen haben als eine Wirtschaftspolitik, die eher anstrebt, Erwartungen durch Appelle zur Korrektur von Ansprüchen zu beeinflussen. Wirtschaftspolitik ist allemal die Kunst, Risiken gegeneinander abzuwägen. Auch in der Wirtschaftspolitik gilt, daß es nichts umsonst gibt. Die Hoffnung auf eine Angebotspolitik ohne nachfragepolitische Risiken wird eine Hoffnung bleiben. Mehrheit und Minderheit stimmen überein, daß die Aufgabe darin besteht, Wege der Wirtschaftspolitik zu finden, auf denen Nachfrageaspekte und Angebotsaspekte in ausgewogener Weise berücksichtigt sind, und die Risiken und Chancen solcher Wege deutlich zu machen.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

VIERTES KAPITEL

Finanzpolitik für mehr Investitionen

301. Mangelnde Investitionsdynamik ist ein Problem nicht erst der jüngsten Stagnationsphase. Sinkende Erträge und enger werdende Finanzierungsspielräume kennzeichnen die siebziger Jahre. Wie gefährlich diese Entwicklung ist, wurde zunächst kaum erkannt, von den Arbeitnehmern nicht, die weiterhin hohe Lohnforderungen stellten, von Kreditgebern nicht, die in Zinsforderungen auch Inflationsausgleich durchsetzten, vom Staat nicht, der dieser Entwicklung in der Besteuerung nicht genügend Rechnung getragen hat — und von den Kapitaleignern nicht, die sinkende Erträge zunächst hinnahmen oder durch Erhöhung der Verschuldung und der Ausschüttungen zu überspielen suchten.

Sinkende Gewinne bedeuten auch weniger Selbstfinanzierungskraft. Der Spielraum für die Finanzierung von Investitionen aus selbsterwirtschafteten Mitteln der Unternehmen wurde immer enger; die Selbstfinanzierungskraft der Unternehmen halbierte sich in den siebziger Jahren. Auch dies konnte zunächst noch ausgeglichen werden durch die Aufnahme von Fremdkapital. Mit der Verschlechterung der Kapitalstruktur sank die Fähigkeit der Unternehmen, Risiken zu übernehmen, eine Fähigkeit, die gerade wegen der Anpassungsaufgaben in den siebziger Jahren besonders gefordert war. Die Investitionsquote ging zurück, und bei dem, was investiert wurde, sank der Anteil der riskanten und längerlebigen Investitionen. Dadurch wurde nun die Rentabilitätslücke, die sich in den siebziger Jahren weiter aufgetan hatte, vollends offenbar. Geldvermögen zu halten wurde bei steigenden Zinsen nun vielfach lohnender als zu investieren. Die Ertragskraft reichte nicht mehr aus, zugleich für weiteres Wachstum zu investieren und die Kapitalstruktur zu konsolidieren. Die Eigenkapitaldecke ist inzwischen so dünn geworden, der Anteil der Zinszahlungen am Bruttoertrag der Unternehmen so stark gestiegen, daß Konsolidierung Vorrang hat. In immer mehr Unternehmen gelingt dies schon nur mit Mühe oder gar nicht mehr: Zur Rentabilitätskrise kommt die Liquiditätskrise.

Dies ist der Hintergrund des Werbens für eine Wirtschaftspolitik, die die Angebotsbedingungen in der deutschen Volkswirtschaft weiter verbessert. Dazu gehört, mehr Investitionen und eine bessere Versorgung mit risikotragendem Kapital möglich zu machen.

Die Finanzpolitik kann hierzu nicht den Hauptbeitrag leisten. Man muß von ihr jedoch erwarten, daß sie mit ihren Regelungen das Investieren nicht behindert.

302. Da öffentliches Geld gegenwärtig besonders knapp ist, sollten die Kosten von investitionsbelebenden Maßnahmen begrenzt bleiben. Das gilt auf kurze Sicht ganz besonders bei hohen Haushaltsdefiziten, denn die entlastenden Folgen über Beschäftigung, Wachstum und Steuermehreinnahmen auf längere Sicht stellen zunächst nur ein — wenn auch wohlbegründetes — Versprechen dar. Die Maßnahmen sollten daher öffentliches Geld nicht massiert bei ihrer Einführung kosten.

Immerhin, allmählich eingeführt, so könnte man sich vorstellen, müßten für eine Neuordnung der Steuern, die Investitionen belasten, wohl Mittel in einer Größenordnung zwischen 10 und 15 Mrd DM jährlich bereitgestellt werden. So könnte das Aufkommen aus der Mehrwertsteuererhöhung, die die Bundesregierung für Mitte nächsten Jahres plant, dafür verwendet werden. Später ließen sich wohl auch zusätzliche Einnahmen aus einer Anhebung bei den Verbrauchsteuern beschaffen. Außerdem sind Mittel durch Einsparen an anderer Stelle zu gewinnen.

In der Hauptsache dienen unsere Anregungen der Präsentation von Varianten der steuerlichen Entlastung und der Förderung von Investitionen; die Vorstellung, diese Maßnahmen sollten kumuliert verwirklicht werden, ginge an der Absicht vorbei und ist schon wegen der Knappheit öffentlicher Mittel ausgeschlossen.

303. Finanzpolitik im Hinblick auf die wachstumspolitischen Erfordernisse könnte sich nach folgenden Leitlinien richten:

- Vermeidung der Scheingewinnbesteuerung, zumindest deren Minderung.
- Erleichterungen bei den Ertragsteuern, die nicht von dem Ziel einer Vermeidung der Scheingewinnbesteuerung bestimmt sind, sondern von dem Ziel, die Steuern, die auf Investitionen lasten, allgemein zu reduzieren.
- Abbau von Diskriminierungen, die das geltende Steuerrecht enthält, insbesondere zwischen verschiedenen Formen der Kapitalanlage und verschiedenen Investitionsgütern.
- Finanzpolitische Maßnahmen, flankiert von gesellschaftsrechtlichen Änderungen, durch die der Fiskus bewußt darauf hinwirkt, die Kosten oder das Risiko für Investitionen teilweise zu mindern und die Finanzierung riskanter Kapitalanlagen zu erleichtern.

Vermeidung der Besteuerung von Scheingewinnen

304. Eine wenig begründete, aber gravierende Belastung der Investitionen ist die Besteuerung von

Scheingewinnen. Die Unternehmen werden bei Inflation real stärker belastet als bei stabilem Preisniveau. Denn weil für die Aufwandverrechnung lediglich die Abschreibungen angesetzt werden dürfen, die an den historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten orientiert sind, nicht aber Abschreibungen, die der Inflation Rechnung tragen, fallen bei Geldentwertung zusätzliche Steuern auf die inflationierten Gewinne an. Auch die Gewinne aus dem Umsatz von Umlaufvermögen sind um die Preissteigerungen in der Zeit seit Anschaffung der Vorräte, deren Verbrauch als Aufwand verrechnet wird, erhöht. Verschiedene Regelungen im Steuerrecht mildern zwar die Auswirkungen der Inflation, beseitigen sie aber in aller Regel nicht. Und das verbleibende Problem ist nicht etwa deshalb zu vernachlässigen, weil die Investitionen der Unternehmen zum Teil mit Fremdkapital finanziert sind und der Gewinn durch Fremdkapitalzinsen, die einen Geldentwertungsausgleich enthalten, geschmälert wird. Denn dies heißt nur, daß nun beim Fremdkapitalgeber der Scheingewinn, also die in den Zinsen enthaltene Inflationskomponente, belastet wird und daß daher bei diesem ein entsprechend geringes Nettoentgelt anfällt.

Die Scheingewinnbesteuerung ist zu unterscheiden von der kalten Progression, dem Anstieg des Steuersatzes bei real unverändertem, aber aufgrund der Inflation nominal steigendem Einkommen. Dieser Unterschied wird offenbar, wenn man die Wirkung der Inflation unter der Annahme einer proportionalen Steuer prüft. Die kalte Progression bei der Einkommensteuer entfiele dann; hingegen bliebe es dabei, daß Scheingewinne besteuert werden. Die kalte Progression betrifft alle Einkommensbezieher; bei Gewinnen und anderen Vermögenserträgen tritt die Scheingewinnbesteuerung hinzu.

305. Die Besteuerung von Scheingewinnen hat schädliche Wirkungen für Wachstum und Beschäftigung. Ist vorgegeben, was die Kapitalgeber an Nettoentgelt für die Kapitalüberlassung verlangen, müssen die Investitionen bei Geldentwertung wegen der Scheingewinnbesteuerung einen höheren realen Ertrag abwerfen, soll die Investition lohnen; die Höhe dieses Zusatzertrages nimmt mit der Inflationsrate, je nach Abschreibungsregelung mit der Länge der Nutzungsdauer und mit dem Vorratsvermögen zu, das in der Investition gebunden ist. Diese Notwendigkeit, besonders hohe Ansprüche an die Ergiebigkeit der Investitionen zu stellen, wird manche sonst lohnend erscheinende unternehmerische Anlage unrentabel erscheinen lassen.

In der Vergangenheit haben die Kapitalgeber zwar solche unveränderten Entgeltansprüche nicht durchsetzen können. Es deutet aber vieles darauf hin, daß die Zeiten stark reduzierter Ansprüche der Kapitalgeber aus verschiedenen Gründen vorüber sein möchten. Deshalb trägt die Sonderbelastung mit Ertragsteuern, die bei Inflation erwirtschaftet werden muß, zu der gegenwärtigen Investitionsschwäche bei.

Die Besteuerung von Scheingewinnen verzerrt außerdem die Kapitalverwendung, weil unterschiedliche Investitionen in unterschiedlichem Maße der Scheingewinnbesteuerung unterliegen. So ist zum Beispiel die Kapitalanlage im Wohnungsbau relativ wenig belastet. Denn hier werden Scheingewinne zum Teil nur verzögert steuerpflichtig, soweit sie nicht gar als Veräußerungsgewinne steuerfrei bleiben. Für andere Formen der privaten Vermögensanlage gilt ähnliches. Auch bei den gewerblichen Investitionen verändert sich die effektive Steuerbelastung, die auf verschiedenen Investitionen ruht. Je nachdem wie stark die steuerlich zulässigen Abschreibungen der ökonomischen Wertabnahme vorauseilen, vermindert sich die Belastung durch die Scheingewinnbesteuerung. Die Investoren versuchen, der Besteuerung von Scheingewinnen auszuweichen. Daher geht von der Besteuerung der Scheingewinne nicht nur eine negative Wirkung auf die Investitionstätigkeit im ganzen aus, sondern es besteht auch die Gefahr, daß Investitionen fehlgeleitet werden. Bei vorübergehender Inflation und bei mäßigen Inflationsraten mag das von geringer Bedeutung sein. Bei dauerhafter Inflation sind Sorgen angebracht, denn die Verwerfungen in der Kapitalstruktur gehen mit Produktivitätseinbußen einher.

306. Als Scheingewinne werden diejenigen Gewinne bezeichnet, die sich infolge von Inflation einstellen. Scheingewinne von der Besteuerung zu entlasten, heißt demnach, die Unternehmen so zu stellen, als ob Preisniveaustabilität bestünde, für die der Staat zu sorgen hat.

Welcher Teil der Preissteigerungen, die ein Investor beobachtet, auf Geldentwertung zurückzuführen ist und welcher auf eine Veränderung von Knappheitspreisen, die auch ohne Inflation eingetreten wäre, läßt sich nicht leicht und jedenfalls nur pragmatisch beantworten.

Einem Investor erscheinen alle Preissteigerungen, die an seinem investierten Vermögen eintreten, ohne daß sich an den Mengen etwas ändert, die er zur Fortführung seiner Produktion braucht, inflatorisch bedingt. Jede Besteuerung von Gewinnen, die auf solchen Änderungen der nominalen Wertansätze beruhen, entzieht dem Unternehmen Substanz und ist so gesehen Besteuerung von Scheingewinn. Als Scheingewinn wird daher in der bilanzpolitischen Diskussion der letzten Jahrzehnte die Differenz zwischen den aus den Anschaffungs- oder Herstellungskosten mit Hilfe der vom Statistischen Bundesamt ermittelten amtlichen Indizes errechneten Werten des eingesetzten Anlagevermögens und Umlaufvermögens und ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten definiert. Bei Verwendung dieses Indizes muß man in Kauf nehmen, daß auch solche Veränderungen der relativen Preise der im Unternehmen eingesetzten Wirschaftsgüter von der Besteuerung freigestellt werden, die bei stabilem Preisniveau zustande gekommen wären.

Als Scheingewinn kann auch derjenige Teil der Preissteigerungen bezeichnet werden, der dem allgemeinen Kaufkraftschwund entspricht. In diesem Fall ist der Preisindex für die Lebenshaltung der maßgebende Index, mit dem derjenige Teil des Gewinns ermittelt wird, der von der Besteuerung freizustellen ist. Dies hat den Vorzug, daß zur Ermitt-

lung des steuerpflichtigen Gewinns auf denselben Indikator abgestellt wird, mit dem in der Wirtschaftspolitik gemessen wird, ob das Ziel der Preisniveaustabilität erreicht worden ist. Bei Verwendung dieses Index muß in Kauf genommen werden, daß auch diejenigen Veränderungen der relativen Preise von im Unternehmen eingesetzten Gütern, die sich als Folge inflatorischer Prozesse in der Wirtschaft ergeben haben, der Besteuerung unterworfen werden.

Die Scheingewinne, die nach dem ersten Verfahren ermittelt werden, können je nach Veränderung der Kapitalgüterpreise größer oder kleiner sein als diejenigen, die sich im zweiten Verfahren, also bei Verwendung des Preisindex für die Lebenshaltung, ergeben. Sicherzustellen wäre, daß daraus keine Wettbewerbsverzerrungen, insbesondere keine Nachteile für neu gegründete Unternehmen, entstehen.

Für welchen Index man sich letztlich entscheidet, ist eine schwierige Frage. Darüber mag gestritten werden. Daran, daß die Besteuerung von inflatorisch aufgeblähten Gewinnen ein schwerwiegendes Hemmnis für die Investitionstätigkeit in der Wirtschaft ist, kann kein Zweifel bestehen. Es gilt daher, dieses Hemmnis abzubauen.

307. In der Diskussion um die Eliminierung von Scheingewinnen im Steuerrecht hat von jeher eine Rolle gespielt, das Nominalwertprinzip als durchgängigen Grundsatz der Wirtschaftsordnung beizubehalten, um mit Verweis hierauf jeglichem Versuch, privatrechtlich zu vereinbarende Leistungsentgelte ebenfalls mit Geldwertänderungsklauseln zu versehen, besser entgegentreten zu können. Der Sachverständigenrat gehört zu denen, die sich von einer durchgängigen oder auch nur Teile der Wirtschaft erfassenden Indexierung nichts Gutes versprechen. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß sich hinter dem Grundsatz des Nominalismus Verschiedenartiges verbirgt, und die Rechtsprechung hat in einigen Bereichen das Mark-gleich-Mark-Prinzip aufgeweicht, so etwa bei der Dynamisierung von Betriebsrenten oder bei der Bemessung des Zugewinnausgleichs. Bei der Abschaffung der Scheingewinnbesteuerung geht es darum, einen durch die Geldentwertung real überhöhten Anspruch des Staates an das Produktionsergebnis zu senken und nicht wie bei der Indexierung von Faktorenentgelten darum, einen durch die Inflation real gesunkenen Anspruch, etwa der Lohn- oder Zinsempfänger, wieder anzuheben. Gleichwohl ist nicht auszuschließen, daß dieser Zusammenhang in der öffentlichen Diskussion verdunkelt werden oder verloren gehen könnte und daß die Korrekturen bei der Ermittlung des steuerlichen Einkommens Anlaß für weitergehende Indexierungswünsche werden könnten. Deshalb sind auch Maßnahmen zu erwägen, mit denen dem Problem der Scheingewinnbesteuerung bei weitgehender Wahrung der Grundlagen des Nominalismus beizukommen wäre.

308. Bei der Auswahl der Vorkehrungen, mit denen die Besteuerung von Scheingewinnen vermieden werden könnte, sollte vor allem auf folgende Gesichtspunkte geachtet werden:

— Wird die inflationsbedingte Steuerlast möglichst vollständig und gleichmäßig vermieden? Wie ist das Ergebnis bei schwankenden Geldentwertungsraten?

— Welcher Effekt geht von den Regelungen auf die Struktur des Sachvermögensbestandes der Volkswirtschaft aus? Werden die Investitionen, unabhängig von ihrer Lebensdauer oder sonstigen Merkmalen, gleichmäßig von der Scheingewinnbesteuerung entlastet?

— Von welchen Maßnahmen sind am ehesten positive Wirkungen auf die Investitionstätigkeit im Inland zu erwarten?

— Halten sich die Einnahmenausfälle des Fiskus in Grenzen? Wie steht es damit insbesondere in der Einführungsphase der neuen Regelung?

— Ist die Maßnahme einfach? Welche Mühe macht es, die vorgeschlagenen Regeln administrativ zu vollziehen? Wie fällt der bürokratische Aufwand beim Steuerpflichtigen aus?

— Welche Wirkung geht — bei gegebenem Sachkapitalbestand — von der Regelung auf die Zusammensetzung der Vermögenspositionen der Haushalte aus? Ändert sich die Risikoverteilung zwischen diesen Haushalten?

— Werden alle Rechtsformen, in denen Sachvermögenstitel gehalten werden können, gleichbehandelt?

Man darf freilich nicht erwarten, daß praktische Lösungen möglich sind, die diesen Leitlinien gleichzeitig und vollständig Rechnung tragen. Immer wird man an der einen oder anderen Stelle Abstriche machen, also in bezug auf die leitenden Gesichtspunkte Kompromisse schließen müssen.

309. Nachfolgend werden drei Ansätze erörtert, mit welchen die Besteuerung von Scheingewinnen vermieden werden kann. In Frage käme eine umfassende Korrektur, die im Bereich der bilanziellen Gewinnermittlung in einer Aufwertung der Buchwerte bestünde (Ziffer 310). Soll lediglich an den Investitionen angesetzt werden, bietet sich die inflationsbereinigte Aufwandverrechnung an (Ziffer 312). Der Respekt vor dem Nominalismus im Steuerrecht veranlaßt, Varianten zu diesen beiden Ansätzen zu erörtern, die lediglich zu einer Stundung der Steuern auf Scheingewinne führen (Ziffer 314), und auch eine Methode der steuerlichen Förderung von Investitionen darzustellen, mit der das Risiko der künftigen Besteuerung von Scheingewinnen im Zeitpunkt der Investition pauschal abgegolten werden könnte (Ziffer 315).

310. Zur Ermittlung des Einkommens in Unternehmen dient der Vergleich von zwei Reinvermögenswerten, vermehrt um die Entnahmen, vermindert um die Einlagen. Hier liegt die Fehlerquelle der Einkommensbestimmung bei Inflation: Das Einkommen ist bei Geldentwertung um den inflationsbedingten Zuwachs des Anfangsvermögens (und zu einem gewissen Teil der Ersparnis, wovon hier abgesehen werden kann) zu hoch ausgewiesen. Von dieser Einsicht ausgehend würde eine streng problem-

bezogene Lösung darin bestehen, bei allen Steuerpflichtigen das Produkt aus Inflationsrate und ertragsteuerlichem Reinvermögen aus der Bemessungsgrundlage der Steuer herauszunehmen. Der Betrag, der sich aufgrund der Inflationsbereinigung ergäbe, wäre bei Steuerpflichtigen, die ihren Gewinn durch Bilanzierung ermitteln, einer Kapitalerhaltungsrücklage zuzuführen.

Technisch könnte das folgendermaßen ablaufen: In der Eröffnungsbilanz des Jahres 1 werden alle Werte der Schlußbilanz des Jahres 0 um die Geldentwertungsrate, die sich im Laufe des Jahres 1 ergeben hat, aufgewertet. In der Schlußbilanz des Jahres 1 müssen die Wirtschaftsgüter zu Werten ausgewiesen werden, die mit den Werten aus der Eröffnungsbilanz des Jahres 1 vergleichbar sind. Für nicht abnutzbare Wirtschaftsgüter ist also der Wert aus der Eröffnungsbilanz des Jahres zu übernehmen, und für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens der Ansatz des Wertes aus der Eröffnungsbilanz, vermindert um entsprechend aufgewertete Absetzungen für Abnutzung. Das Vorratsvermögen ergibt sich aus dem Wert der Eröffnungsbilanz und den Nettoveränderungen. Alle Zugänge eines Jahres, auch die des Anlagevermögens, werden, um die halbe Inflationsrate aufgewertet, in die Schlußbilanz des Jahres 1 eingestellt.

Dieses Vorgehen bringt mit sich, daß nicht nur alle Absetzungen für Abnutzung, sondern auch alle Abgänge von Gegenständen des Umlaufvermögens, die als Aufwand zu verrechnen sind, aufgewertet werden. Zugleich führt es zu einer Korrektur des Gewinns um Scheingewinne aus positivem und Scheinverluste aus negativem Geldvermögen.

Dieser Ansatz ließe sich bei den Bilanzierenden unschwer verwirklichen. Für andere Arten, den Gewinn beziehungsweise die Einkünfte zu ermitteln, sind analoge Regeln ohne allzu große Mühe zu finden. Um das Führen von Bestandsverzeichnissen in Grenzen zu halten, käme für Geldvermögenseinkünfte des Privatvermögens eine einfachere Lösung in Betracht; von den Zinseinkünften könnte der Geldentwertungsausgleich als ein vom Fiskus festgesetzter Anteil am gesamten Zinsertrag von der Steuer freigestellt werden.

311. Durch eine Reform, die diesem Grundsatz folgte, würden alle Einkunftsarten gleich behandelt. Im Bereich der Gewinnermittlung durch Vermögensvergleich könnten nicht nur die beim Anlagevermögen, sondern auch die beim Umlaufvermögen entstehenden Scheingewinne korrigiert werden. Bei der Veräußerung von Wirtschaftsgütern ergäbe sich als Veräußerungsgewinn nur noch die Differenz zwischen dem Verkaufserlös und dem aufgewerteten Buchwert. Bei allen Gewinneinkünften würde so vermieden, daß das Vermögen insgesamt oder einzelne Gegenstände desselben wegen der bei Veräußerung drohenden Scheingewinnbesteuerung unbeweglich werden. Alle Investitionen würden steuerlich so belastet, als ob es keine Inflation gäbe. Lediglich die im Steuersystem bereits angelegten Ungleichmäßigkeiten, zum Beispiel Unterschiede in der effektiven Steuerbelastung aufgrund von Sonderabschreibungen, blieben bestehen. Manche Vergünstigung, die auch als Hilfe gegen die Scheingewinnbesteuerung gedacht war, wie beispielsweise die über die betriebswirtschaftlich notwendige Aufwandverrechnung hinausgehende Degression der Absetzungen für Abnutzung, könnte abgeschafft werden.

Ein wichtiger Vorteil der Korrektur, die am Reinvermögen ansetzt, ist die Neutralität hinsichtlich der Vermögenshaltung. Anders als bei den Versuchen, dem Problem der Scheingewinnbesteuerung durch Ansetzen allein an den Investitionen zu begegnen, würde die Entscheidung der Vermögensanleger zugunsten von Eigenkapital oder Fremdkapital nicht davon beeinflußt, ob sie mit ihrem Einkommen einem hohen oder einem niedrigen Grenzsteuersatz unterliegen.

Ein solch umfassender Ausgleich von Scheingewinnen bei der Bemessungsgrundlage für die Ertragsteuern ist fiskalisch freilich recht teuer, weil sich die Entlastung auf das gesamte vorhandene Vermögen erstreckt. Der Steuerausfall bei der Einführung ließe sich allerdings begrenzen, wenn man bei dem Ausgleich der Scheingewinnbesteuerung schrittweise vorginge, beispielsweise zunächst nur einen Teil der Inflationsrate berücksichtigte. Auf Dauer würde der Ausfall an Steuereinnahmen geringer sein, wenn die Kapitalbildung als Folge einer Beseitigung der Scheingewinnbesteuerung zunimmt.

Die Minderung der Scheingewinnbesteuerung bei den Geldvermögensbesitzern würde die Investitionen nur indirekt entlasten. Aber auch eine Entlastung der Geldvermögensbesitzer ist eine Verbesserung der Angebotsbedingungen für Investitionen. Die verstärkte Bildung von Geldkapital sowie das verminderte Risiko, künftige Inflationsverluste hinnehmen zu müssen, mag eine Zinssenkung bewirken, die dann mehr Investitionen rentabel macht.

312. In der Diskussion ist auch, die Besteuerung von Scheingewinnen durch Indexierung der Abschreibungen und des verbrauchten Vorratsvermögens zu vermeiden. Der formale Unterschied zu dem vorher beschriebenen Ansatz besteht darin, daß hier nur am Aufwand Korrekturen angebracht werden. Wertänderungen am ruhenden Vermögen bleiben außer Betracht. Eine solche Korrektur, die lediglich beim Sachvermögen ansetzt, entlastet Unternehmen beziehungsweise Anteilseigner und Geldvermögensbesitzer freilich in unterschiedlicher Weise.

Der Einzelunternehmer versteuert einen nach Maßgabe der Inflation kleineren Gewinn, wenn er aufgewertete Abschreibungen und Materialaufwendungen verrechnet. Der steuerliche Gewinn ist also stets kleiner als der Nominalgewinn. Während der Unternehmer bisher die reale Kapitalbindung beziehungsweise die Substanz in seinem Unternehmen aus versteuerten Gewinnen aufrechterhalten mußte, kann er nunmehr den unbesteuerten Scheingewinn dafür verwenden. Im übrigen gilt:

— Je größer der Teil des Sachvermögens ist, der mit Fremdkapital finanziert wurde, um so größer ist die Steuerminderung bezogen auf das Eigenkapital. Diese Steuerbefreiung von Scheingewinnen schlägt um so stärker zu Buche, je höher der Grenzsteuersatz ist, der für den Unternehmer gilt.

— In gleicher Weise wie der Einzelunternehmer werden die Gesellschafter von Personengesellschaften entlastet sowie die Anteilseigner von Kapitalgesellschaften, die eine Politik der vollständigen Nominalgewinnausschüttung verfolgen. Bei vielen Aktiengesellschaften wird freilich regelmäßig ein bedeutender Teil des Jahresüberschusses einbehalten. Da diese Beträge mit dem Körperschaftsteuersatz von 56 vH belegt sind, tritt bei ihnen eine relativ starke Minderung der Steuerbelastung ein. Für die Aktionäre könnte sich die Entlastungswirkung noch erhöhen, wenn die Verminderung der Steuerlast bei der Gesellschaft zu einer Erhöhung der ausgeschütteten Beträge führen würde. Dies ist stets dann der Fall, wenn die Unternehmen nur diejenigen Gewinne einbehalten, die zur Substanzerhaltung dienen. In jedem Fall werden die Kapitalgesellschaften nach Maßgabe des Körperschaftsteuersatzes entlastet, und die Aktie wird für Vermögensanlagen attraktiver.

— Die Geldvermögensbesitzer werden bei diesem Verfahren direkt nicht entlastet. Da jedoch die Nachfrage nach Krediten zur Finanzierung des Erwerbs von Sachvermögen zunimmt, dürften die Zinsen steigen und die Eigenkapitalrendite (vor Steuern) entsprechend sinken. Entspricht die Zinssteigerung nicht vollständig der Freistellung des Sachvermögens von der Scheingewinnbesteuerung, was wegen des Zinsverbunds mit dem Ausland zu erwarten ist, fällt der investitionspolitische Impuls kräftiger aus, aber die Anteilseigner bleiben dementsprechend besser gestellt als die Fremdkapitalanleger.

— Auch wenn es zu einem deutlichen Zinsanstieg kommt, ist die Inflationierung von Abschreibungen vorteilhaft, weil die Fähigkeit der Unternehmen zur Selbstfinanzierung verbessert und ihre Ausstattung mit Eigenkapital verstärkt wird; gleichwohl ist sie nicht unproblematisch. Aus der unterschiedlichen steuerlichen Behandlung von Eigenkapitalgebern und Geldvermögensbesitzern kann sich ein unerwünschter Anreiz zur Konzentration von Eigenkapital bei Steuerpflichtigen ergeben, deren Einkommen einem hohen Grenzsteuersatz unterliegt. Für die Geldvermögensbesitzer besteht nämlich der Vorteil aus der Reform in einem für alle einheitlichen Zinsanstieg; nach Steuern ist dieser Zinsanstieg für die Geldvermögensbesitzer, deren Einkommen hoch besteuert wird, relativ wenig wert. Hingegen würden diese Einkommensbezieher von der unmittelbaren Entlastung von der Scheingewinnbesteuerung durch zusätzliche Abschreibungen vergleichsweise viel profitieren. Sie werden sich daher darum bemühen, anstelle von Geldvermögen Produktivvermögen zu halten.

— Diese Tendenz ist bei Publikumsaktiengesellschaften kaum zu befürchten, dies hängt freilich von deren Ausschüttungsverhalten ab. Die Verrechnung erhöhten Aufwands senkt zwar den Jahresüberschuß der Gesellschaften und damit den ausschüttungsfähigen Gewinn. Meist aber haben die Aktiengesellschaften bisher schon versucht, zumindest soviel an Gewinn einzubehalten, daß das Kapital real erhalten werden konnte. Dazu war notwendig, außer den Scheingewinnen auch einen der hierauf entfallenden Körperschaftsteuer entsprechenden Betrag aus dem Gewinn einzubehalten. Es würden deshalb in aller Regel auch nach Beseitigung des Scheingewinnausweises genügend große Jahresüberschüsse verbleiben, so daß die Ausschüttungsbeträge erhöht werden könnten, ohne in Konflikt mit der aktienrechtlichen Ausschüttungssperre zu geraten. Soweit die Aktiengesellschaften die ersparten Scheingewinnsteuern tatsächlich an ihre Aktionäre ausschütten, profitieren davon wie erwähnt die Anleger um so mehr, je geringer der Grenzsteuersatz ist, der für ihr Einkommen gilt. Dieser Effekt kann dominant sein. In diesem Fall würde die Aktie insbesondere für die Anleger mit geringem Einkommen attraktiver. Für die Dividendenpolitik ist auch der Anteil am Jahresüberschuß von Bedeutung, den Vorstand und Aufsichtsrat in die Rücklagen einstellen können.

— Von der Aufwertung des Aufwands wären Verlagerungen im Sachvermögensbestand zugunsten der gewerblichen Investitionen zu erwarten, wenn entsprechende Regelungen nicht auch bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung zugelassen werden.

— Das Motiv für den erwähnten möglichen Tausch der Vermögenspositionen insbesondere im Bereich der Personengesellschaften ist Steuerersparnis. Daher geht er zu Lasten des Fiskus. Sehr langfristig gerechnet könnte es insoweit fiskalisch teurer sein, die Verrechnung zusätzlichen Aufwands nach Maßgabe der Preissteigerungen zuzulassen, als eine umfassende Korrektur bei allen Vermögenseinkünften zu betreiben, da hiermit kein Anreiz zum Tausch der Vermögenspositionen verbunden wäre. Für eine größere Anzahl von Jahren wäre jedoch eher mit dem Gegenteil zu rechnen. Und in jedem Falle könnten öffentliche Mittel in erheblichem Umfang eingespart werden, wenn die Aufwertung auf die Abschreibungen begrenzt würde, die von künftigen Investitionen stammen. Nur eine solche Lösung dürfte daher realistisch sein.

313. Bei Korrekturen, die allein am Aufwand von Sachvermögen ansetzen, werden die Unternehmer um so mehr entlastet, je höher ihre Verschuldung ist, zumal wenn sie nur einen geringen Teil der steuerlichen Entlastung in Form eines gestiegenen Fremdkapitalzinses abgeben müssen. Dies ist Anlaß genug, sich nicht auf einen solchen Ansatz zu konzentrieren. Der Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer hat sich in seiner Stellungnahme 2/75 wohl aus ähnlichen Erwägungen für das Konzept der Nettokapitalerhaltung ausgesprochen. Die Aufwertung des Aufwands wird danach nur zu dem Teil gestattet, zu dem das nichtmonetäre Aktivvermögen durch Eigenkapital gedeckt ist. Diese Begrenzung der Aufwandskorrekturen läßt sich damit begründen, daß der Gewinn ja auch nicht um die Inflationsgewinne (Scheinverluste) aus dem Bestand an Nettoschulden nach oben korrigiert wird.

Eine völlig saubere Lösung wäre dies freilich nicht. Denn die Gegenüberstellung von Scheingewinnen aus den Erlösen, die die Abschreibungen decken, mit Inflationsgewinnen, die aus dem Bestand an Nettoschulden herrühren, verbindet Positionen, die sich namentlich in den ersten Jahren nach Einführung des Verfahrens dem Betrag nach nicht decken: Der Entwertung der Nettoschulden entsprechen auf der Aktivseite der Bilanz Wertsteigerungen. Diese werden aber zum großen Teil erst später gewinnwirksam, während die Inflationskomponente in den Fremdkapitalzinsen den Gewinn sogleich mindert. Das wäre hinzunehmen.

Den Umfang, in welchem es zugelassen wird, höheren Aufwand zu verrechnen, davon abhängig zu machen, in welchem Ausmaß Eigenkapital eingesetzt wird, hat über die unmittelbar investitionsfördernde Wirkung hinaus eine vorteilhafte Nebenwirkung. Es gäbe einen starken Anreiz für alle Vermögensanleger, ihr Kapital als Eigenkapital zur Verfügung zu stellen. Dieser Anreiz wäre freilich — wie beim Verfahren, das bei dem vollen Aufwand für Sachvermögen ansetzt — für Anleger mit hohem Grenzsteuersatz ausgeprägter als für Anleger mit niedrigem Grenzsteuersatz. Dort wie hier könnte der Weg sogar sein: Haushalte mit hoher Grenzsteuerbelastung würden sich privat verschulden, um Beteiligungstitel zu erwerben. Anders als dort gäbe es jedoch hier einen zusätzlichen Anreiz, Vermögen in Form von Eigenkapital zu halten. Zwar entspräche der besseren Eigenkapitalausstattung der Betriebe eine erhöhte Verschuldung von Haushalten, soweit es zu der beschriebenen Konzentration der Beteiligungstitel kommt. Da die Marktkräfte in diese Richtung drängen, würde auf lange Sicht keine wesentlich bessere Risikoverteilung auf die Haushalte erreicht als bei der vollen Entlastung des Aufwands für Sachvermögen. Für etliche Jahre würde man sich jedoch von dem Anreiz für alle, Eigenkapital zu erwerben, positive Wirkungen auf die Risikotragfähigkeit der Wirtschaft im ganzen versprechen dürfen. Das ist gegenwärtig erwünscht.

Auch bei dem Verfahren der Nettokapitalerhaltung bietet es sich an, die Inflationierung der Abschreibungen auf neue Investitionen zu beschränken, um die fiskalischen Einnahmenausfälle zu Beginn zu begrenzen.

Auf Dauer würde man freilich beim Verfahren der Nettokapitalerhaltung nicht stehen bleiben können. Soweit auch weiterhin betriebliches Vermögen mit Fremdkapital finanziert würde, käme es gesamtwirtschaftlich zur Entlastung nur eines Teils der Scheingewinne. Geldvermögensbesitzer würden benachteiligt, weil sie mit ihren Zinseinkünften voll der Besteuerung unterlägen. Wer aus den genannten Gründen ein Verfahren der Nettokapitalerhaltung nur mit ergänzenden Korrekturen beim privaten Geldvermögen für vertretbar hält, muß freilich zugleich einräumen, daß sich dann die Inflationierung der Abschreibungen kaum auf neue Investitionen beschränken läßt, denn sonst wären nun die Geldvermögensbesitzer gegenüber den Eignern des vorhandenen Sachkapitalbestandes begünstigt. Fiskalisch wäre dieser Plan zu teuer, um ihn schon in nächster Zukunft verwirklichen zu können. Allemal geht es ja bei der Entlastung der Unternehmen von Steuern auf Scheingewinne nicht um die Begünstigung bestimmter Personenkreise, sondern um die Beseitigung gravierender Hemmnisse für Investoren. Das rechtfertigt vorerst eine gewisse Robustheit gegenüber dem Argument der Gleichstellung von Geldvermögensbesitzern, die allemal davon auch gewinnen würden, daß das Investieren wieder vorteilhafter wird.

314. Der Respekt vor dem Grundsatz des Nominalismus könnte veranlassen, die Steuerpflicht für Scheingewinne nicht aufzuheben, sondern die Steuern auf Scheingewinne nur zu stunden. Die Kapitalerhaltungsrücklage könnte also nur gewinnerhöhend aufgelöst werden.

Eine Verpflichtung, die Kapitalerhaltungsrücklage aufzulösen, ist zum einen denkbar, wenn die Entnahmen über die versteuerten Gewinne hinaus gehen und sonstige Rücklagen nicht zur Verfügung stehen. Zum anderen müßte eine Auflösung für den Fall einer Gesamt- und Teilveräußerung eines Unternehmens vorgesehen werden.

Der Sorge, daß es wegen der Nachversteuerung der steuerfrei gebildeten Kapitalerhaltungsrücklage zu einer Einschränkung der Mobilität des Kapitals kommen könnte, wäre dadurch zu begegnen, daß die Kapitalerhaltungsrücklage auf andere Investitionsobjekte übertragen werden darf. Der Grundgedanke des § 6b EStG könnte hier Anwendung finden.

Alternativ wäre daran zu denken, die Stundung der Steuern von vornherein zeitlich zu begrenzen. In Anlehnung an die Preissteigerungsrücklage nach § 74 EStDV könnte vorgeschrieben werden, daß nach einer großzügig bemessenen Anzahl von Jahren die Rücklage aufgelöst werden muß. Dadurch würde der Steuerstundungscharakter der Rücklage noch deutlicher zum Ausdruck kommen. Soweit die Auflösung der Kapitalerhaltungsrücklage tarifbegünstigt ausgestaltet würde, käme zur Steuerstundung ein Steuerentlastungseffekt hinzu.

315. Ein Ausgleich für die Scheingewinnbesteuerung könnte auch darin bestehen, daß der Fiskus die künftigen Scheingewinne einer Investition bereits im Anschaffungsjahr als Betriebsausgabe anerkennt. Die Betriebsausgabe beziehungsweise der von der Bemessungsgrundlage abzugsfähige Betrag müßte dem Barwert der Differenzen zwischen den aufgewerteten und den später tatsächlich verrechneten, an den nominalen Anschaffungskosten orientierten Abschreibungen entsprechen. Es wäre also eine vorgezogene Zusatzabschreibung. Verführe man so, würde das Nominalwertprinzip bei der Einkommensermittlung gewahrt. Die zusätzliche Betriebsausgabe müßte allerdings außerhalb der Bilanz abgesetzt werden.

Sollte auf diesem Wege eine Entlastung der Investitionen von Steuern auf Scheingewinne erreicht werden, so müßte dazu eine Vorausschätzung der künftigen Inflationsraten vorgenommen werden. Der Staat müßte also offen einbekennen, daß er für die Zukunft etwas anderes als Geldwertstabilität erwar-

tet. Das geht nicht an. Als Maßnahme zur Vermeidung einer Besteuerung von Scheingewinnen scheidet die vorgezogene Zusatzabschreibung daher aus.

Gleichwohl könnten Maßnahmen zur Förderung von Investitionen so ausgestaltet werden, daß sie auch Elemente einer Abgeltung des Risikos künftiger Scheingewinnbesteuerung bei Investitionen in sich tragen. In Betracht käme ein pauschaler Sonderabzug vom steuerpflichtigen Einkommen. Die Sätze für diesen Sonderabzug müßten nach der Nutzungsdauer gestaffelt sein, wenn dieses Risiko angemessen abgegolten werden sollte. So käme etwa für Investitionsgüter mit einer zehnjährigen Nutzungsdauer neben der degressiven Absetzung für Abnutzung ein Sonderabzug außerhalb der Bilanz in Höhe von etwa 20 vH, bei Investitionsgütern mit einer Nutzungsdauer von 20 Jahren eine solche von rund 40 vH in Betracht, wenn anzunehmen wäre, daß der Investor mit einer Inflationsrate von 3 vH in der Zukunft rechnet. Bei einem Sonderabzug in dieser Höhe würde er die Last der Besteuerung von Scheingewinnen als abgegolten ansehen können. Eine solche Maßnahme der Förderung von Investitionen würde daher bei Wahrung des Nominalwertprinzips das Risiko der Scheingewinnbesteuerung senken, wenn auch in unvollständiger und methodisch nicht ganz überzeugender Weise.

Die fiskalische Belastung ist bei dem Verfahren des Sonderabzugs größer als bei Verfahren, die den Kaufkraftschwund jeweils im Jahre seines Eintritts steuerlich berücksichtigen. Insoweit ist der pauschale Sonderabzug weniger günstig zu beurteilen als die Bildung von Kapitalerhaltungsrücklagen.

Gegenüber dem vor allem in den Vereinigten Staaten diskutierten Verfahren der Barwertabschreibung, auf das der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten aufmerksam gemacht hat, weist der Sonderabzug immerhin deutliche Vorteile auf (JG 81 Ziffer 392). Die anfängliche Belastung für den Fiskus hält sich in engeren Grenzen, und die Sorge, daß mit stark sinkendem Grenzsteuersatz im Investitionsjahr die Entlastungswirkung für Unternehmer, die unstetig investieren, zum großen Teil verloren gehen könnte, ist weniger gravierend.

316. Wichtig ist, daß die Finanzpolitik deutlich macht, sie werde die Scheingewinne in Zukunft nicht mehr der Besteuerung unterwerfen. Dies allein ist für die Erwartungsbildung der Investoren schon bedeutsam. Maßnahmen, die zu Beginn wenig Geld kosten, aber von Anfang an keinen Zweifel an der Beseitigung der Scheingewinnbesteuerung lassen, verdienen daher Vorrang vor solchen Maßnahmen, die zu Beginn viel kosten.

Eine umfassende Lösung, durch die die Scheingewinne bei allen Einkünften von der Steuer freigestellt würden, ist zwar auf Dauer aus Gründen der gesamtwirtschaftlichen Wirkung und der steuerlichen Gleichbehandlung anzustreben. Doch würde eine solche Lösung, also die Indexierung des Reinvermögens (Ziffer 310), als Anfangslösung nicht in Betracht kommen können: Das jährliche Steueraufkommen würde sich nämlich sofort sehr stark verringern. Es wären jedoch Wege zu wählen, die zu dieser Lösung als Endzustand führen. Dem entspräche die Entlastung aller Investitionen (in Bauten, Ausrüstungen und Vorräte) von einem bestimmten Zeitpunkt an eher als eine Entlastung des Gesamtbestandes nur der Ausrüstungen. Die pauschale Abgeltung des Risikos der Besteuerung von Scheingewinnen in Form eines Sonderabzugs ist fiskalisch teuer, ohne daß sie in ihrer Wirkung einem Verfahren überlegen wäre, das von einer laufenden Verrechnung inflationierter Abschreibungen und der Ansammlung einer unversteuerten Kapitalerhaltungsrücklage ausgeht.

Aus beschäftigungspolitischen Erwägungen sollten die Korrekturen zunächst im gewerblichen Bereich eingeführt werden. Mit Rücksicht auf den derzeit sehr engen Spielraum der Finanzpolitik ist angezeigt, die steuerliche Entlastung auf künftige Investitionen zu beschränken. Dabei scheint vorerst eine weitere Einschränkung auf die Ausrüstungsinvestitionen und die betrieblichen Gebäude vertretbar. Das bedeutet zwar eine ungleiche Behandlung von alten und neuen Investitionen in der Übergangsphase, doch ist dies hinzunehmen, bedenkt man, welch große investitionspolitische Bedeutung es hat, wenn der Staat auf die real überhöhte Besteuerung von künftigen Gewinnen langlebiger Investitionen verzichtet.

Will man die Investitionen möglichst direkt entlasten, so haben die aufgewerteten Abschreibungen (Ziffer 312) oder, bei Wahrung des Nominalwertprinzips, die Stundung der Steuern in Form der Bildung einer steuerfreien Kapitalerhaltungsrücklage (Ziffer 314) den Vorteil der engen Bindung an die Investitionsobjekte für sich. Zu Beginn würde das geringe Steuerausfälle mit sich bringen. Im Laufe der Jahre würde der Steuerausfall freilich erheblich zunehmen, wenn es nicht gelingt, den Geldwertschwund zu beseitigen. Werden die Investitionen nur nach dem Nettokapitalerhaltungskonzept entlastet (Ziffer 313), sind die Steuerausfälle natürlich geringer.

Das Vorratsvermögen könnte von der Scheingewinnbesteuerung durch eine Bereinigung des Aufwands um Scheingewinne entlastet werden (Ziffer 312). Die Steuerausfälle, die sich dabei ergeben, sind schwer abzuschätzen, da es schon nach geltendem Recht Regelungen gibt, die die Scheingewinnbesteuerung mildern. Fiskalisch billig wäre diese Maßnahme allemal nicht. Da das Vorratsvermögen im allgemeinen fremdfinanziert sein dürfte, könnte freilich auf eine Inflationierung des Aufwandes an Vorratsvermögen, legt man das Nettokapitalerhaltungskonzept zugrunde, verzichtet werden. Die geltende Preissteigerungsrücklage trägt den Risiken großer Preiserhöhungen ohnehin in durchaus angemessener Weise Rechnung.

Steuerliche Erleichterung von Produktionsumwegen

317. Darüber, daß es eine Besteuerung von Scheingewinnen eigentlich nicht geben dürfte, besteht weitgehend Einigkeit. Weniger klar ist die Einstel-

lung zu der Frage, ob das Investieren, also das Vorsorgen für die Zukunft über längere Produktionsumwege, steuerlich belastet werden soll. Nach der traditionellen Lehre wäre diese Frage zu bejahen. Denn sie sieht im Einkommen das entscheidende Merkmal der individuellen Leistungsfähigkeit, und demnach müßten im Prinzip alle Einkünfte, die einem Steuerpflichtigen zufließen, als Einkommen versteuert werden — unabhängig von der Verwendung. Es gibt jedoch auch gute Gründe, nicht im Einkommen, sondern im Konsum den geeigneten Indikator der Leistungsfähigkeit zu sehen, und diese Ansicht hat in neuerer Zeit wohl an Boden gewonnen. Gleichwohl ist die Frage nach dem „richtigen" Indikator der Leistungsfähigkeit weiterhin umstritten. Sieht man die Sache als unentschieden an, stellt sich die Frage, ob es andere Argumente gibt, die für den einen oder den anderen Ansatz sprechen. Und hier kann kein Zweifel bestehen, daß gegenwärtig und auch für viele künftige Jahre wegen der schlechten Beschäftigungslage besonders viele Investitionen nötig sind. Denn durch diese werden alte Arbeitsplätze erhalten, bedrohte Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen. Dies spricht, über die Beseitigung der Scheingewinnbesteuerung hinaus, für eine steuerliche Erleichterung von gewerblichen Investitionen. Dabei sollte beachtet werden, daß zum Investieren auch Wagnisbereitschaft und risikobereites Vermögen gehören.

318. Eine solche steuerliche Erleichterung der Investitionen sollte tunlichst in einer steuersystematisch einwandfreien, die Fehlleitung von Ressourcen vermeidenden Weise vorgenommen werden. Die bisherigen Schritte in dieser Richtung, die Absetzung für Abnutzung stärker beschleunigt auszugestalten, haben nicht unbedingt auf den besten Weg geführt. Bei degressiven Abschreibungen wird Neutralität, das heißt eine gleichmäßige Verminderung des effektiven Steuersatzes, nur erreicht, wenn der Degressionsgrad mit zunehmender betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer des Investitionsgutes zunimmt. Bei linearer Abschreibung wird Neutralität dann gewahrt, wenn man die Abschreibungsdauer bei allen Investitionsobjekten proportional kürzt. In beiden Fällen tritt die steuerliche Erleichterung nur dann im vollen Umfang ein, wenn es durch diese Abschreibungsverrechnungen nicht zu jährlich stark schwankenden Gewinnen oder gar Verlusten kommt.

In den Vereinigten Staaten ist mit dem „Steuergesetz zur Gesundung der Wirtschaft" von 1981 sowohl eine Verkürzung der Abschreibungsdauern für alle Anlagegüter als auch eine Staffelung der Abschreibungssätze nach der Nutzungsdauer eingeführt worden. Diese Maßnahmen gingen zum Teil über das hinaus, was erforderlich gewesen wäre, um die Steuerneutralität für langlebige Investitionen herzustellen. Auch in Frankreich dürfen langlebige Wirtschaftsgüter vergleichsweise schneller abgeschrieben werden als kürzerlebige Anlagegegenstände.

319. Bei allen Formen der Entlastung von Kapitalentgelten aus Sachvermögen tritt jedoch ein, was bei Verfahren zur Vermeidung der Scheingewinnbesteuerung, die allein bei den Investitionen anknüpfen, schon herausgearbeitet wurde: Sachvermögen wandert eher in die Hände hoch besteuerter Investoren, weil für diese die Vorverlegung der Abschreibungen mehr wert ist als die korrespondierende Erhöhung des Geldzinses; für Publikumsaktiengesellschaften gilt dies freilich, wie gesagt, nicht oder doch nicht in jedem Falle. Eine Korrektur wäre im übrigen allemal vergleichsweise einfach: Ein Teil der Nettozinserträge müßte ebenfalls von der Steuer freigestellt werden.

320. Will die Wirtschaftspolitik den gegenwärtigen Mangel an Fähigkeit und Bereitschaft der Unternehmen, Risiken zu übernehmen, Rechnung tragen, so bieten sich ihr zwei Ansatzpunkte. Sie kann zum einen versuchen, mit finanzpolitischen Mitteln die Belastung bei riskant erscheinenden Investitionen zu mindern, sie kann zum anderen anstreben, die Bildung und Haltung von Risikokapital zu erleichtern.

Bei der Förderung, die an den Investitionen ansetzt, ist es nicht leicht, dem jeweiligen Investitionsrisiko Rechnung zu tragen. Unstreitig gilt aber, daß dort, wo die volkswirtschaftlichen Erträge aus den Investitionen die einzelwirtschaftlichen vermutlich übersteigen, die Hilfe der öffentlichen Hand angebracht sein kann. Deshalb ist die Unterstützung der Anstrengungen für Forschung und Entwicklung sinnvoll, wobei im Grundsatz nicht nach der Art des Faktoreinsatzes bei diesen Aktivitäten differenziert werden sollte.

Je länger die Kapitalbindung ist, die ein Investor eingeht, desto größerer Unsicherheit setzt er sich aus. Dabei ist er in zweierlei Weise betroffen. Zum einen gilt, je länger der Planungszeitraum ist, für den die Gefahr einer vorzeitigen Entwertung der Investitionen abgeschätzt werden muß, desto mehr gehen Unwägbarkeiten in die Investitionsentscheidung ein, weil die Entwicklungen zunehmend weniger verläßlich prognostiziert werden können. Zum anderen führt eine kurzfristige Kapitalbindung oft zu der Möglichkeit, bei der Reinvestition flexibel auf neue Entwicklungen zu reagieren, was dem Investor in langlebige Wirtschaftsgüter nicht in gleicher Weise möglich ist.

Für eine Politik der Wagnisförderung läßt sich daher vertreten, an der betriebsüblichen Nutzungsdauer von Wirtschaftsgütern anzusetzen, auch wenn das Risiko der Investitionen außerdem noch von vielen anderen Faktoren abhängt, wie etwa technischen Merkmalen oder der Marktstruktur. So käme in Frage, die Abschreibungssätze für langlebige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens stärker aufzustocken als ohnehin für deren steuerliche Gleichstellung mit kürzerlebigen Wirtschaftsgütern erforderlich ist (Ziffer 318). Zu bedenken wäre jedoch, daß Anlagen, die flexibel genutzt werden können, weniger stark dem Risiko wirtschaftlicher Veränderungen unterliegen als Investitionen, die nur für einen bestimmten Verwendungszweck eingesetzt werden können. Allemal mag fraglich sein, ob alle Gebäude, wenngleich langlebig, ein erhöhtes Risiko tragen.

Risikokapital bilden

321. Kapital zu bilden, zu halten und zu beschaffen, das es den Unternehmen erlaubt, mehr Wagnisse einzugehen und finanziellen Rückschlägen besser standzuhalten, ist nach wie vor in verschiedener Weise diskriminiert. Schon aus steuersystematischen Gründen gilt es, hier Gleichbehandlung anzustreben.

Zu den Tatbeständen, die eine Diskriminierung bestimmter Formen der Vermögenshaltung bedeuten, zählt die Doppelbelastung des Vermögens mit Vermögensteuer bei Kapitalgesellschaften und ihren Eignern, die Belastung der Ausgabe von Eigenkapital durch die Gesellschaftsteuer, die ungleiche Belastung von Eigenkapital und Fremdkapital mit Gewerbesteuer nach den Plänen der Bundesregierung sowie die ungleichmäßige Behandlung der verschiedenen Vermögensarten bei der Einheitsbewertung.

322. Die Körperschaftsteuerreform hat zwar die Doppelbesteuerung von Kapitalgesellschaften im Ertragsteuerrecht beseitigt und damit einen wichtigen Schritt getan, um Aktien attraktiver zu machen. Bei der Vermögensteuer ist aber die Doppelbelastung bestehen geblieben. Dies ist nicht nur ein Hemmnis für die Ausgabe neuer Anteile bei den schon bestehenden Kapitalgesellschaften. Noch schwerer wiegt, daß damit der Zugang mittlerer Unternehmen zum Markt für Eigenkapital erschwert wird.

Die volle Beseitigung der Doppelbelastung mit Vermögensteuer wäre freilich mit Steuerausfällen von knapp 3 Mrd DM jährlich verbunden, ein zu hoher Ausfall, als daß an die Beseitigung der Doppelbesteuerung anders als schrittweise und allmählich herangegangen werden könnte.

Soll mit der Beseitigung der Diskriminierung zugleich ein Anreiz dafür gegeben werden, daß mittlere Unternehmen mit guten Wachstumschancen das benötigte Eigenkapital am Kapitalmarkt beschaffen können, dann könnte die Vermögensteuer von erstmalig an den Kapitalmarkt gehenden Unternehmen nach Maßgabe des neugeschaffenen Eigenkapitals erlassen werden.

Soll ein weiterer Anreiz gegeben werden, daß Unternehmen ihre Eigenkapitalstruktur verbessern und zusätzliches Eigenkapital für Erweiterungsinvestitionen beschaffen, dann könnte die Aufnahme zusätzlichen Eigenkapitals bei allen Kapitalgesellschaften von der Vermögensteuer freigestellt werden. Dies könnte in der Weise geschehen, daß das zusätzliche Eigenkapital künftig von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden kann.

So zu verfahren hätte den Vorteil, daß die Diskriminierung der Kapitalgesellschaften wegen der Doppelbelastung mit Vermögensteuer allmählich beseitigt und zugleich ein Beitrag zur Bildung von Risikokapital geleistet wird. Allgemein kann die Diskriminierung der Kapitalgesellschaften durch die Vermögensteuer allmählich aufgehoben werden, indem der Steuersatz gesenkt oder die Bemessungsgrundlage nach und nach verringert wird.

323. Wegen der bei der Einheitsbewertung angewandten Verfahren und wegen der großen zeitlichen Abstände zwischen den Hauptfeststellungen bei der Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens sowie des Grundvermögens fällt die effektive Vermögensteuerbelastung bei den verschiedenen Vermögensarten sehr ungleich aus. Würden die Einheitswerte für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft und für das Grundvermögen aktualisiert, könnte der Vermögensteuersatz gesenkt werden, ohne daß beim Staat Einnahmenausfälle entstünden. Dadurch würde für die Anleger, die ihr Vermögen in anderer Form, zumal als Betriebsvermögen, halten, eine Benachteiligung beseitigt.

Vielfach wird gefordert, die Belastung der Unternehmen mit Vermögensteuer weiter zu reduzieren, da die Vermögensteuer wie zum Teil die Gewerbesteuer als ertragsunabhängige Steuer ein Investitionshemmnis insbesondere bei ertragsschwachen Unternehmen, bei Investitionen mit langen Anlaufzeiten und in Perioden mit schlechten Erträgen darstelle. Neue Diskriminierungstatbestände für verschiedene Arten des vermögensteuerpflichtigen Vermögens sollten jedoch nicht geschaffen werden. Eher wäre an eine entsprechende Entlastung bei den Ertragsteuern zu denken (JG 81 Ziffer 395).

324. Die von der Bundesregierung geplante Änderung des Gewerbesteuergesetzes, nach der die Dauerschuldzinsen künftig nicht mehr voll der Gewerbeertragsteuer und die Dauerschulden nicht mehr voll der Gewerbekapitalsteuer unterliegen sollen, bedeutet einen weitgehenden Abbau der ertragsunabhängigen Elemente in der Gewerbesteuer. Dies für sich genommen verbessert die Risikoposition der Unternehmen. Zugleich bedeutet die Diskriminierung zwischen Eigenkapital, das selbst und in seinen Erträgen besteuert bleibt, und Fremdkapital, das selbst und in seinen Erträgen von der Steuer weitgehend freigestellt wird, eine Einladung zur Änderung der Kapitalstruktur der Unternehmen zu Lasten des Eigenkapitalanteils. Noch weniger Anleger als bisher werden sich bereitfinden, ihr Vermögen für Beteiligungskapital zur Verfügung zu stellen. Dies gilt um so mehr, als in vielen Gemeinden die Hebesätze der Gewerbesteuer erhöht werden müssen, um den mit der Änderung verbundenen Steuerausfall aufzufangen, der nicht überall durch das geplante Absenken der Gewerbesteuerumlage ausgeglichen werden wird. Das für sich genommen verschlechtert die Risikoposition der Unternehmen. Es ist daher zweifelhaft, ob es per Saldo überhaupt zu einer Verbesserung der Investitionschancen kommen wird, die die Gewerbesteueränderung bewirken sollte, von den schädlichen Auswirkungen der Änderung auf das Gemeindefinanzsystem ganz zu schweigen (SG 82 Ziffer 79). Sicher scheint jedenfalls eine Verschlechterung der Kapitalstruktur in den ohnehin unterkapitalisierten Unternehmen.

Unternehmen, die auf eine erhebliche Finanzierung durch ihre Eigner angewiesen sind, trifft die Änderung des Gewerbesteuergesetzes besonders hart. In diesen Fällen kommt es nämlich zu mittelstandspolitisch unbilligen Wirkungen: Die Chancen zur Umwandlung von Eigenkapital in steuerlich günstiger

behandeltes Fremdkapital sind ungleich verteilt. Bei Einzelkaufleuten gibt es die Möglichkeit, von Ehegattendarlehen einmal abgesehen, nicht. Bei Personengesellschaften kann die Besteuerung im Normalfall nicht vermieden werden. Auch bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, bei denen die Gesellschafter keine neuen Fremdkapitalquellen auftun können, würden Gesellschafterdarlehen wahrscheinlich als verdecktes Stammkapital und die Zinszahlungen darauf als verdeckte Gewinnausschüttungen der Gewerbesteuer unterworfen werden. Bei Aktiengesellschaften dürfte eine Umfinanzierung dagegen leichter zu erreichen sein.

325. Die Bildung von Risikokapital wird auch durch die Gesellschaftsteuer behindert. Die Gesellschaftsteuer, deren Steuersatz 1 vH, unter bestimmten Voraussetzungen 0,5 vH beträgt, trifft ausschließlich die Eigenkapitalbeschaffung von Kapitalgesellschaften. Für die Gesellschaftsteuer gibt es keine vernünftige Begründung. Die Erhebung ist außerdem teuer. Um die Gesellschaftsteuer abschaffen zu können, müßte freilich die der Abschaffung entgegenstehende EG-Richtlinie vom 17. Juli 1969 aufgehoben werden.

326. Nach wie vor besteht die Diskriminierung von ausländischen Kapitalanlegern auf dem deutschen Aktienmarkt. Ausländische Aktionäre können die auf ihre Aktien entfallende Körperschaftsteuergutschrift weder im Inland einlösen noch in ihrem Heimatland anrechnen. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, wie dringlich es ist, dieses Problem zu lösen (JG 78 Ziffern 331 ff.).

327. Bei der Kapitalbildung sollte die Kapitalüberlassung an Unternehmen nicht gegenüber anderen Formen der Kapitalanlage benachteiligt werden. So wäre etwa daran zu denken, daß andere Formen der Altersvorsorge als Bausparleistungen und Versicherungsprämien zum begrenzten Sonderausgabenabzug nach § 10 EStG zugelassen werden könnten, da bei den Vorsorgemaßnahmen die Begünstigung nicht an den Verwendungszweck der Ersparnisse gebunden werden muß. Deshalb käme eine allgemeine Öffnung des Sonderausgabenabzugs für alle Formen der Kapitalanlage in Frage. Voraussetzung dafür müßte natürlich ein hinreichend dauerhaftes Engagement sein. Zur Sicherung dessen wären ähnliche Regelungen wie beim 624-DM-Gesetz vorzusehen.

Risikokapital in Arbeitnehmerhand

328. Die Diskussion um eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenskapital ist in letzter Zeit wieder in Bewegung geraten. Dies lassen Initiativen sowohl der Gewerkschaften als auch des Gesetzgebers erkennen.

Umstritten ist freilich, ob es überhaupt wünschenswert sei, daß Arbeitnehmer, die das Arbeitsplatzrisiko tragen, auch noch das Risiko auf sich nehmen sollten, ihr Kapital im eigenen Unternehmen zu verlieren. Problematisch erscheint vielen schon, Bestandteile des Einkommens von Arbeitnehmern einem Risiko zu unterwerfen, wie es in Gewinnbeteiligungsmodellen geschieht. Viele der praktizierten Beteiligungsmodelle sehen daher auch eine Absicherung gegen das Risiko des Kapitalverlustes vor. Nach anderen Vorschlägen soll das Kapitalrisiko durch indirekte Formen der Beteiligung, etwa über Beteiligungsfonds, oder durch tarifvertraglich geregelte Risikoversicherung, wie beim jüngsten Vorschlag der Industriegewerkschaft Textil und Bekleidung ausgeschlossen oder gemindert werden. Auch eine zeitliche Begrenzung des Kapitalrisikos ist in einigen Vorschlägen vorgesehen, so zum Beispiel in dem Modell einer tariflichen Mitarbeiterbeteiligung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft.

329. Risikokapital, das dem Unternehmen von seinen Mitarbeitern zur Verfügung gestellt werden könnte, wird vom Steuerrecht diskriminiert. Manche betriebliche und gewerkschaftliche Initiative auf dem Feld der Mitarbeiterbeteiligungen wird so vereitelt oder behindert. Es sind vor allem zwei steuerliche Probleme, die bisher einer stärkeren Verbreitung der Mitarbeiterbeteiligung entgegenstehen. Das eine betrifft die Form der Beteiligung am Unternehmen, das andere den Zeitpunkt, zu dem der Gewinn beim Arbeitnehmer der Besteuerung unterworfen wird. Unproblematisch ist die Beteiligung des Arbeitnehmers als Aktionär. Wenn die Arbeitnehmer dagegen als Kommanditisten, aber auch als atypische stille Gesellschafter an ihrem in der Form einer Personengesellschaft geführten Unternehmen beteiligt werden, entsteht steuerlich eine Mitunternehmerschaft mit der Folge, daß der gesamte Lohn gewerbesteuerpflichtig wird — ein Problem, das übrigens mit der kommunalen Wertschöpfungsteuer entfiele. Daher wurde bisher meist die Form der typischen stillen Gesellschaft gewählt. Bei dieser sind die Mitarbeiter zwar am Gewinn und Verlust, nicht jedoch an der Substanz ihres Unternehmens beteiligt. Sie tragen damit zwar nicht das Kapitalrisiko, sind aber auch nicht an dem Wertzuwachs des Unternehmens beteiligt.

Wenn die Verfügung des Mitarbeiters über sein Kapital nicht eingeschränkt ist, muß er seinen Gewinn im Jahre der Gutschrift versteuern. Kann der Arbeitnehmer dagegen wirtschaftlich über seine Beteiligung nicht verfügen, dann sind die Gewinnanteile nicht im Zeitpunkt der Gutschrift, sondern erst dann zu versteuern, wenn sie als zugeflossen gelten, das heißt, wenn die Verfügungsmacht eintritt. Die Gewinnanteile stehen dem Unternehmen so lange steuerfrei zur Verfügung. Der Bundesfinanzhof hat neuerdings die Bedingungen dafür, daß die Gutschriften bis zur Ausschüttung lohnsteuerfrei bleiben, konkretisiert; danach ist Zufluß der Gutschriften stets anzunehmen, wenn der Arbeitnehmer stiller Gesellschafter ist.

330. Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der betrieblichen Gewinn- und Kapitalbeteiligung, den das Land Niedersachsen im Bundesrat eingebracht hat, wird versucht, diese Probleme zu lösen. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, die Überlassung von GmbH-Anteilen, Kommandit-An-

teilen, stillen Beteiligungen und Genußscheinen an die Arbeitnehmer des Unternehmens lohnsteuerlich zu begünstigen. Insoweit würde also die Regelung des § 8 Kapitalerhöhungsgesetz verallgemeinert, der die Begebung von Aktien an die eigene Belegschaft zum Vorzugskurs bei der Lohnsteuer begünstigt. Ferner ist vorgesehen,

— den Anlagekatalog für vermögenswirksame Leistungen um die Geschäftsanteile an der GmbH, Beteiligungen an Konzernunternehmen, Kommanditanteilen, stillen Beteiligungen und Genußscheinen zu erweitern,

— die Aufwendungen für allgemeine Spar- und Ratensparverträge, den Erwerb von festverzinslichen Schuldverschreibungen, Rentenschuldverschreibungen und Anleiheforderungen aus dem Anlagekatalog zu streichen,

— die Arbeitnehmersparzulage in Höhe von 16 vH oder 23 vH je nach Risiko der gewählten Anlageform anzusetzen.

331. Der Gesetzentwurf des Landes Niedersachsen geht offenbar davon aus, daß die Gewinnanteile aus einer Beteiligung im Jahre der Gutschrift als zugeflossen gelten sollen. An diesem Prinzip sollte auch festgehalten werden. Damit bleibt jedoch ein wesentlicher Unterschied zu denjenigen Beteiligungsmodellen bestehen, bei denen der Zufluß erst später angenommen wird, aber auch zu den Pensionsverpflichtungen, soweit man in ihnen eine Form der Investitionsfinanzierung durch die Mitarbeiter sehen will. Solange keine Gleichstellung herbeigeführt wird, dürfte die Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmen weiterhin mehr aus Gründen unternehmerischer Personal- und Sozialpolitik vorgenommen werden und kaum nennenswerte Bedeutung für die Beschaffung von Risikokapital erlangen.

332. Ungelöst ist bisher das Problem, Arbeitnehmern eines Konzernunternehmens, denen keine Anteile am eigenen Unternehmen angeboten werden können, Aktien der Konzernmuttergesellschaft anzubieten und diese damit den Arbeitnehmern der Konzernmuttergesellschaft gleichzustellen, die Aktien ihres Unternehmens nach § 8 Kapitalerhöhungsgesetz zu einem Vorzugskurs erhalten können, ohne mit dem Unterschiedsbetrag zum Börsenkurs — soweit er unter 300 DM bleibt — lohnsteuerpflichtig zu werden.

Erwogen werden könnte, § 8 Kapitalerhöhungsgesetz in der Weise zu erweitern, daß alle Unternehmen, die ihren Arbeitnehmern eigene Aktien oder Anteile einer anderen Gesellschaft zu einem unter dem Börsenkurs beziehungsweise dem Gemeinen Wert des Anteils liegenden Preis (Vorzugskurs) gewähren, den Unterschiedsbetrag nicht zu den Einkünften des Arbeitnehmers aus nichtselbständiger Arbeit hinzuzurechnen brauchen. Dann stünde den Unternehmen frei, in welcher Form sie zur Vermögensbildung ihrer Arbeitnehmer aus vermögenspolitischen und sozialpolitischen Gründen beitragen.

Denkbar wäre auch, eine Förderung der Vermögensbildung im Rahmen des Dritten Vermögensbildungsgesetzes zu suchen und dafür gegebenenfalls § 8 Kapitalerhöhungsgesetz ganz aufzuheben. Dafür könnte das Dritte Vermögensbildungsgesetz (624-DM-Gesetz) erweitert und für alle Anlageformen geöffnet werden.

Steuerliche Förderung der Selbstfinanzierung

333. Die Eigenkapitalknappheit, in die vor allem mittlere und kleine Unternehmen nach Jahren der Gewinnerosion und der hohen Zinsen geraten sind, hat die Diskussion um die Wiederbelebung der Vorschrift des Einkommensteuergesetzes, wonach nicht entnommene Gewinne günstiger behandelt werden als entnommene, erneut entfacht. Unterstützung dafür, die einbehaltenen Gewinne steuerlich zu begünstigen, kommt von vielen Seiten. Ziel einer solchen Maßnahme soll es sein, die Selbstfinanzierungskraft der Unternehmen zu stärken, ihre Kapitalstruktur zu verbessern und ihre Fähigkeit, riskante Investitionen vorzunehmen, zu fördern.

Bedenken sind gleichwohl angebracht. Im Ergebnis wiegen sie so schwer, daß der Sachverständigenrat zu einer steuerlichen Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns nicht raten kann. Eine Prüfung der verschiedenen Gesichtspunkte erscheint gleichwohl angebracht, nicht zuletzt deshalb, weil es vor allem die längerfristigen Auswirkungen sind, die gegen eine Maßnahme sprechen, die unter eher kurzfristigem Blickwinkel schnell eine Lösung der aktuellen Probleme bei der Selbstfinanzierung zu versprechen scheint.

334. Gegen die Wiedereinführung der Steuerbefreiung des nicht entnommenen Gewinns für alle Steuerpflichtigen wird vielfach vorgebracht, es sei ein allzu großer Verwaltungsaufwand nötig, um zu verhindern, daß steuerbegünstigt einbehaltene Gewinne in späteren Perioden ohne Nachversteuerung entnommen werden. Ein solcher Einwand scheint allerdings wenig überzeugend, insbesondere dann, wenn die Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns nur solchen Steuerpflichtigen gewährt würde, die eine ordnungsmäßige Buchführung haben. Bei diesen ist die Unterscheidung verschiedener Kapitalkonten üblich. Steuerpflichtige dürften die Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie ein besonderes Eigenkapitalkonto für die nicht entnommenen Gewinne führen. Gingen die Entnahmen eines Jahres über den Gewinn hinaus, so könnte sichergestellt werden, daß der überschießende Betrag zu Lasten dieses Kontos geht und nachversteuert wird.

335. Bedenken werden ferner geäußert, weil es nicht auf die Einbehaltung von Gewinnen, sondern auf ihre Verwendung für Investitionen ankomme. Nicht jeder nicht ausgeschüttete Gewinn sei aber identisch mit einer Investition. Gewinne könnten vielmehr auch dazu verwandt werden, Geldvermögen zu bilden. In einigen Branchen und vor allem bei großen Unternehmen haben die Geldanlagen in den letzten Jahren unverhältnismäßig stark zugenommen. Dem Ziel, die Risikofähigkeit der Unternehmen zu stärken und mehr riskante Investitionen zu

bewirken, wäre schlecht gedient, wenn die Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns lediglich die Liquiditätshaltung im Unternehmen verstärken würde. Diese Überlegung gilt nicht in gleichem Maße, wenn die einbehaltenen Gewinne zur Aufstockung der Vorräte verwandt werden. Denn allemal gehört zu einem bestimmten Bestand an Maschinen und Anlagen ein bestimmter Bestand an Vorratsvermögen, der dauernd auf den Maschinen liegt oder in den Rohrleitungen fließt. Dieser Bestand muß dauernd erneuert werden. Gleichwohl, der Bezug zu den Investitionen ist bei den Rohstoffen, aber auch bei den Fertigprodukten und den Forderungen lockerer, der Bezug zum Risiko beim Umlaufvermögen praktisch nicht mehr gegeben.

336. Sollte die Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns allgemein gewährt werden, so ein drittes Bedenken, dann müßten auch die Kapitalgesellschaften einbezogen werden. Bei Kapitalgesellschaften wird aber nach dem Körperschaftsteuergesetz der einbehaltene Gewinn derzeit mit einem hohen und der ausgeschüttete Gewinn mit einem niedrigeren Steuersatz belastet. Damit soll die Schütt-aus-hol-zurück-Politik gegenüber der Einbehaltungspolitik begünstigt werden. Wollte man den einbehaltenen Gewinn auch bei den Kapitalgesellschaften steuerlich fördern, so müßte diese Grundlinie aufgegeben werden, ja an die Stelle des Anreizes zum Ausschütten träte ein Anreiz zum Einbehalten. Dagegen sprechen schwerwiegende Bedenken. Für die Attraktivität der Aktiengesellschaft für Risikokapital von außen ist es wichtig, daß Gewinne ausgeschüttet werden. Dies sollte steuerlich nicht behindert werden. Bei Kapitalgesellschaften, insbesondere denjenigen, die Zugang zum Kapitalmarkt haben oder suchen könnten, sollte eine Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns nicht in Betracht kommen.

337. Auch zu einer Begrenzung der Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns auf Einzelunternehmen und Personengesellschaften ist letztlich nicht zu raten. Zwar wird geltend gemacht, daß diese Unternehmen keinen Zugang zum Kapitalmarkt haben und daß bei ihnen der Rückgang der Eigenkapitalquote ausgeprägter war als bei den großen kapitalmarktfähigen Unternehmen. Gerade bei den mittleren und kleineren Unternehmen sei die niedrige Eigenkapitalausstattung wichtigster Grund für die rapide steigende Anzahl von Insolvenzen. Die unzureichenden Eigenfinanzierungsmöglichkeiten gerade mittlerer Unternehmen seien auch ein wichtiges Hindernis für die Vornahme von notwendigen Investitionen und Innovationen.

Gegenüber diesen Überlegungen, die sich einseitig von akuten Problemen leiten lassen, sind Bedenken angebracht. Sorge bereitet nämlich, daß die Flexibilität der Unternehmen und die Mobilität des Kapitals auf mittlere Frist gefährdet sein könnten. Gewinne, die entnommen und anschließend wieder in einem anderen Unternehmen risikotragend investiert werden, wären ja nicht begünstigt. Dadurch könnten solche Entnahmen häufig unterbleiben, obwohl die Investition an anderer Stelle einen vor Steuern höheren Ertrag erwarten ließe. Gesamtwirtschaftlich gesehen wäre dies eine Fehllenkung von Kapital. Zwar kann der einbehaltene Gewinn auch im Unternehmen selbst flexibel eingesetzt werden, sei es durch Diversifikation und internes Wachstum, sei es durch Erwerb von Beteiligungen im Rahmen des Betriebsvermögens. Gleichwohl wird die Mobilität des Kapitals behindert, wenn Entnahmen aus Sorge vor der Nachversteuerung des einbehaltenen Gewinns unterbleiben. Auch könnten wirtschaftlich notwendige gesellschaftsrechtliche Veränderungen verhindert oder verzögert werden.

338. Insgesamt erscheint es daher sinnvoll und ordnungspolitisch überzeugend, nicht am einbehaltenen Gewinn, sondern an der Hingabe von Risikokapital anzusetzen. Der Anleger von Risikokapital könnte steuerlich entlastet werden, unabhängig davon, ob er im eigenen Unternehmen reinvestiert oder woanders investiert, unabhängig auch davon, ob er Einkünfte aus Gewerbebetrieb oder Einkünfte aus selbständiger Arbeit oder Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit anlegt (Ziffer 327).

339. Diskutiert wird auch die Einführung einer Investitionsrücklage, die für mittelständische Unternehmen eine Hilfe böte, bei welchen eine diskontinuierliche Investitionstätigkeit zu stark schwankenden Abschreibungsbeträgen und entsprechend stark schwankenden Einkommen führt. Nach diesen Vorstellungen sollte jährlich eine Rücklage zu Lasten des steuerpflichtigen Gewinns gebildet werden, die nach Ablauf eines bestimmten Zeitraums aufzulösen wäre (sogenannte Ansparabschreibung). Wird dann investiert, so können für die Bilanzierung die Anschaffungskosten der neuen Wirtschaftsgüter um den Betrag der aufzulösenden Rücklage gemindert werden. In den Folgejahren werden Absetzungen für Abnutzung nur noch von den insoweit geminderten Anschaffungskosten vorgenommen.

In der Anfangsphase der Regelung wird ein zinsloser Kredit des Fiskus aufgebaut. In dem Jahr, in welchem die Rücklage aufgelöst werden muß, kann durch das Investieren eine zusätzliche Förderung erreicht werden, weil der Steuerkredit dann nicht unmittelbar gewinnerhöhend aufgelöst werden muß, sondern erst allmählich im Maße der verringerten Abschreibungen der Investitionsgüter. Hierin liegt ein investitionsfördernder Effekt. Nicht Investitionsförderung ist jedoch das Ziel derer, die die Ansparabschreibung befürworten, sondern Verstetigung der Steuerbelastung über die Zeit hinweg bei unstetiger Investitionstätigkeit und entsprechend unstetigem Verlauf der jährlichen Abschreibungen. Eine Verstetigung läßt sich jedoch auch anders erreichen. Die mehrjährige Durchschnittsbesteuerung ist zum Beispiel eine Form der Progressionsglättung.

Finanzierungshilfen für junge Unternehmen

340. Zu den wesentlichen Elementen einer Angebotspolitik gehört die Aktivierung der „Dynamik von unten", nicht zuletzt die Verstärkung des Wettbewerbs durch junge Unternehmen. Für Personen, die

sich selbständig machen wollen, und solche, die den Schritt in die Selbständigkeit erst vor kurzem gewagt haben, hat die Finanzierung große Bedeutung. Die Angebote der öffentlichen Hand zur Finanzierungshilfe sind vielfältig, wenn nicht sogar zu buntscheckig. Den zahlreichen Förderprogrammen von Lastenausgleichsbank, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Deutsche Wagnisfinanzierungsgesellschaft und den verschiedenen Länderprogrammen zur Kreditfinanzierung und Beteiligungsfinanzierung von Investitionen im mittelständischen Bereich stehen auch weiterhin Hemmnisse entgegen, zum Beispiel solche gesellschaftsrechtlicher Art, die die Versorgung der Unternehmen mit Kapital über den Markt behindern.

Eine Revision dessen, was der Staat zur Unterstützung des Mittelstandes bei der Finanzierung leistet, sollte von dem Grundgedanken geprägt sein, einerseits jungen Unternehmern die Gründung zu erleichtern, andererseits für erfolgreich wachsende Unternehmen den Zugang zum Kapitalmarkt, insbesondere für Eigenkapital, möglich zu machen.

Die Palette der Finanzierungshilfen und gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten muß besser auf die spezifischen Bedürfnisse von jungen Unternehmen in den verschiedenen Phasen ihrer Entwicklung zugeschnitten werden. Eine Förderung jeweils besonderer Art bedürfen Unternehmen

— in der Phase der Existenzgründung und

— in der Phase des ersten Wachstumsschubes nach der anfänglichen Bewährung am Markt.

In diesen kritischen Phasen bedeutet der Mangel an Eigenkapital stets auch Mangel an Fremdmitteln. Die Bemühungen sind deshalb vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, auf eine weitere Verbesserung der Chancen zu richten, Eigenkapital oder doch eigenkapitalähnliche Mittel zu beschaffen.

341. Die Finanzierungshilfen für neu gegründete Unternehmen durch das Förderungsprogramm des Bundes und die Maßnahmen der Länder insbesondere über die Bürgschaftsgesellschaften sind nach wie vor notwendig. Der Eigenkapitalcharakter der Finanzierungshilfen sollte verstärkt werden. Zu einer großzügigeren Subventionierung kann allgemein nicht geraten werden. Sinnvoll wäre eine Verstärkung der Unternehmensberatung vor und nach der Betriebsgründung. Die Erfahrungen lehren, daß hiermit Fehlschlägen wirksam vorgebeugt werden kann.

Die von verschiedener Seite des Handwerks betriebenen Bemühungen, die Vorbereitung auf die Selbständigkeit durch ein Programm zur Vermögensbildung für Junghandwerker abzusichern, verdienen Ermutigung. Diese Bestrebungen sind nicht zuletzt deshalb zu begrüßen, weil bei Betrieben, die bei ihrer Gründung zu knapp mit Eigenkapital ausgestattet sind, die Motivation des Unternehmers rasch schwinden kann, wenn er angesichts der fast regelmäßig hinzunehmenden Anlaufverluste sein ganzes Kapital verloren glaubt.

342. Je erfolgreicher ein junges Unternehmen ist, desto schlechter sieht seine Eigenkapitaldecke im Verhältnis zum Kapitalbedarf insbesondere in den Phasen aus, in denen bei hoher Ertragskraft Erweiterungsinvestitionen finanziert werden müssen. Dies begrenzt häufig das Wachstumstempo. Es wäre darauf zu sehen, daß den wachstumskräftigen und kapitalhungrigen Unternehmen alsbald nach ihrer ersten Bewährungsprobe am Markt der Zugang zu mehr haftendem Kapital erleichtert wird. Ein Ausbau der bestehenden Existenzgründungsprogramme mit der Möglichkeit, die „Existenzgründer der zweiten Phase" mit zusätzlichem Kapital auszustatten, das möglichst eigenkapitalnah sein sollte, wäre erwägenswert. Zu prüfen wäre aber auch, ob nicht bereits auf dieser frühen Stufe der Unternehmensentwicklung, auf der sich der Erfolg der Gründung schon deutlich abzeichnet, auf der aber die Risiken weiterhin groß sind, Kapitalbeteiligungsgesellschaften wirksamer als bisher eingeschaltet werden könnten. Es gibt Klagen darüber, daß auch die mit öffentlichen Geldern geförderten Kapitalbeteiligungen nur gewährt werden, wenn der Unternehmer mit seinem privaten Vermögen in einer Weise Haftung übernimmt, die als unzumutbar angesehen wird, sofern er überhaupt diese Haftung beibringen kann, was insbesondere bei jungen innovatorischen Unternehmen vielfach nicht der Fall ist. Dies, die gering ausgeprägte Gewinnabhängigkeit des Beteiligungsentgelts und die bestenfalls als nachrangiges Fremdkapital zu kennzeichnende Rolle der öffentlichen Kapitalbeteiligungen hängen eng mit der Begrenzung des Höchstentgelts für solche Beteiligungen zusammen, welche die Voraussetzung darstellt, um Refinanzierungsmittel und Haftungsfondsdarlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erlangen. Auch die privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften spielen als Partner im Risiko nur eine eher bescheidene Rolle, insbesondere wenn es um die Finanzierung von Investitionen geht, die mit zusätzlichem Risiko verbunden sind. Allzu sehr sind die Kapitalbeteiligungsgesellschaften an dem Fall der Liquiditätshilfe beim Gesellschafterwechsel und allzu wenig an der Übernahme zusätzlicher unternehmerischer Risiken orientiert. Dies zu ändern, gegebenenfalls durch Kapitalbeteiligungsgesellschaften, die sich über die Börse finanzieren und nicht über die Banken, wäre hilfreich. Eine stärkere Gewinnabhängigkeit und eine weitergehende Verlustbeteiligung in Krisensituationen würden mittlere Unternehmen in die Lage versetzen, mehr neue Investitionen mit zusätzlichem Wagnis vorzunehmen. Kapitalbeteiligungsgesellschaften, die sich stärker am Unternehmensrisiko beteiligen, könnten steuerlich gefördert werden, zumindest sollten unnötige Hemmnisse beseitigt werden. Dabei verkennt der Sachverständigenrat durchaus nicht die engen Grenzen, die einem größeren Risikoengagement der öffentlichen Hand und der Beteiligungsgesellschaften wegen des dabei notwendigen höheren Kontrollaufwands gesetzt sind.

Für einen funktionsfähigen Markt für Beteiligungskapital

343. Wachsende Unternehmen geraten nicht selten in eine Phase, in der der Kapitalbedarf die finanziel-

len Möglichkeiten der Gründer übersteigt, in der die eigene Ertragskraft nicht ausreicht, den notwendigen Wachstumsschub zu finanzieren, und in der Fremdkapitalgeber eher zu einer Konsolidierungspause als zu ungebrochener Expansion raten mögen. Dies ist häufig die Situation, in der sich Unternehmen in anderen Ländern mit anderer Kapitalmarktorganisation breit gestreutes Beteiligungskapital am Kapitalmarkt beschaffen.

Auch in der Bundesrepublik wird die Diskussion um die Verbesserung des Zugangs von Unternehmen mittlerer Größe zum Kapitalmarkt erneut intensiv geführt. Es wird verstärkt über eine Verbesserung der Bereitstellung von Risikokapital über den Kapitalmarkt nachgedacht. Anregungen dazu sind zahlreich vorhanden, doch stehen einer Realisierung offenbar gewichtige Hemmnisse im Wege. Zu fragen ist zum einen, wie der Zugang von Unternehmen zum Aktienmarkt verbessert werden kann, wozu auch gehören mag, die Aktie unter den Anlegern attraktiver zu machen, zum anderen, ob nicht auch ein Markt für andere Beteiligungstitel oder Rechtsformen eröffnet werden könnte. Die Diskussion über beide Wege ist inzwischen vorangeschritten.

344. Zu denken ist zunächst daran, die steuerlichen Hemmnisse zu beseitigen, die der Börseneinführung von Unternehmen entgegenstehen. Die Gesellschaftsteuer und die Doppelbelastung mit Vermögensteuer stellen zweifellos Hemmnisse dar. Diese könnten beseitigt werden, die Doppelbelastung mit Vermögensteuer möglicherweise nur bei Neuemissionen. Mit der in Aussicht genommenen Neuregelung der Grunderwerbsteuer dürfte eine Barriere wegfallen. Schließlich werden die Kosten der Emission von Aktien steuerlich als ein gesellschaftsrechtlicher Vorgang behandelt mit der Folge, daß sie bei der Gewinnermittlung nicht abzugsfähig sind. Dies ist ein Hemmnis, dessen Beseitigung den Zugang zum Markt für Eigenkapital erleichtern würde.

Bestritten wird gegenwärtig kaum noch, daß die Kosten des Zugangs zum Aktienmarkt auch im internationalen Vergleich hoch sind und daß von den neues Beteiligungskapital suchenden Unternehmen erhebliche „Eintrittsgelder“ in Form niedriger Ausgabenkurse bezahlt werden müssen. Bestritten wird auch nicht, daß dies viele Unternehmen vom Schritt an die Börse abhält. Die hohen Kosten der Emission werden von den Banken mit den Risiken des Emissionsgeschäftes begründet. Mit Recht ist aber gefragt worden, ob die ungünstige Kostensituation in den entsprechenden Bereichen des Bankgeschäfts und der wenig entwickelte Zustand des deutschen Aktienmarktes sich nicht wechselseitig bedingen, ob sich der Markt den Weg in die kostendegressiven Bereiche des Emissions- und Wertpapiergeschäfts in gewissem Sinne selbst blockiert, weil die Vorliebe der Bankinstitute für das rentablere Kredit- und Einlagengeschäft die Marktchancen für eine Expansion des Effektengeschäfts überdeckt. Wenn dem so ist, und viel spricht dafür, daß es so ist, dann könnte eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik darin bestehen. den Weg börsenfähiger Unternehmen an die Börse zu fördern.

Erste Schritte dazu werden gegenwärtig getan. Die Börsensachverständigenkommission prüft, durch welche Maßnahmen der Zugang mittlerer und kleinerer Unternehmen zur Börse erleichtert werden könnte. Ein Verzicht auf die Veröffentlichung des Prospekts sowie eine Pauschalierung der Börseneinführungsprovision würde die Kosten ganz erheblich senken. Es erscheint wünschenswert, daß diese Arbeiten zügig voranschreiten, damit auch in der Bundesrepublik, ähnlich wie jüngst in Großbritannien, Frankreich, Dänemark und den Niederlanden Kapitalmärkte für kleinere und mittlere Unternehmen entstehen.

345. Für die Kapitalanleger ist es nach allen Erfahrungen und bei sehr wenigen Ausnahmen sehr rentabel, junge Aktien der neu an die Börse gehenden Unternehmen zu erwerben. Dies läßt, wie immer man dies auch begründet, auf mangelnden Wettbewerb um die Börseneinführung von jungen Unternehmen schließen. Staatliche Wettbewerbspolitik für diesen Markt wäre daher auch stets eine Politik der Förderung von Risikokapital. Wichtig wäre, daß die Zahl derjenigen Institute, die Börseneinführungen durchführen, größer würde. Die Erkenntnis beginnt immer stärker an Boden zu gewinnen, daß es nicht genügt, immer neue Kreditprogramme zur Verbesserung der Finanzierung riskanter Investitionen für mittlere Unternehmen aufzulegen. Es wäre zu prüfen, ob statt dessen die Institute an der Ausgabe junger Aktien mitwirken könnten. Dies könnte das Vertrauen der Anleger in die jungen Unternehmen stärken und so bewirken, daß die Unternehmen zusätzliches Risikokapital zu günstigeren Bedingungen aufnehmen können.

346. Freilich: der Markt für Beteiligungstitel würde sich noch besser entwickeln, wenn die Titel selbst noch attraktiver wären. Letztlich hängt dies von den Erträgen ab, die das Eigenkapital abwirft. Aber die Erträge könnten durch Sondermaßnahmen, die bei den Vermögensanlegern ansetzen, verbessert werden. Im Ausland wird der Erwerb von Aktien und anderen Formen der Kapitalbeteiligung teilweise recht großzügig gefördert. Das französische Programm fördert den Aktienerwerb. In Belgien werden neben dem Aktienerwerb auch Kapitalerhöhungen von Unternehmen begünstigt und der Erwerb von Investmentzertifikaten von Fonds gefördert, die in belgischen Werten engagiert sind. Nach dem in diesem Jahr in Österreich in Kraft getretenen Beteiligungsfondsgesetz werden die Begünstigungen daran gebunden, daß den österreichischen Wirtschaftsunternehmen neue Geldmittel als Eigenkapital zugeführt werden. Gefördert wird ausschließlich der indirekte Weg der Beteiligung; zum begrenzten Sonderausgabenabzug ist der Erwerb von Genußscheinen an eigens hierfür einzurichtenden Kapitalbeteiligungsfonds zugelassen.

Zu einem Kopieren solcher Modelle besteht kein Anlaß. Eher wäre davon abzuraten. Es kann nicht um die Schaffung neuer Subventionstatbestände im Einkommensteuerrecht gehen. Gesehen werden aber muß, daß auch der Anleger, der die jungen Aktien oder andere Eigenkapitalanteile von erstmalig

an den Kapitalmarkt tretenden Unternehmen erwirbt, ein besonderes Risiko auf sich nimmt. Dies könnte Anlaß sein, den Erwerb solcher Anteile zu begünstigen. Das wäre im Rahmen des Vermögensbildungsgesetzes etwa dadurch möglich, daß der Höchstbetrag für solche Anlagen auf 936 DM angehoben wird. Dadurch ließe sich wohl der Markt für Beteiligungskapital verbreitern. Zu erwägen hätte man, ob diese Aufstockung der Förderung nicht für alle Kapitalerhöhungen in Frage kommen sollte, die von Unternehmen am Kapitalmarkt vorgenommen werden. Eine enge Bindung an die Bereitstellung von Risikokapital zur Finanzierung von Erweiterungsinvestitionen und Innovationen dürfte in jedem Fall gewährleistet sein.

347. Zieht man die Summe und fragt, welche Maßnahmen dem Ziel näher führen, mehr Investitionen zu bewirken, mehr Risikobereitschaft zu wecken und die Belastung der öffentlichen Haushalte in Grenzen zu halten — über einen bestimmten Rahmen hinaus —, dann sollte die Förderung der Bereitstellung von Risikokapital in vorderster Reihe stehen. Der Abbau von Investitionshemmnissen könnte vorangetrieben werden, und auch die Beseitigung von Diskriminierungen ist erwünscht, vor allem dort, wo dies gleichzeitig die Wirksamkeit von Maßnahmen etwa zur Beschaffung von Risikokapital erhöht.

Die Bildung von Risikokapital könnte steuerlich besser gefördert werden. Eine solche Förderung könnte sowohl beim Unternehmen als auch beim Anleger ansetzen. Besonders risikoreich ist die Finanzierung von jungen Unternehmen, die die Gründungsphase erfolgreich hinter sich gelassen haben und zusätzliches Risikokapital für das weitere Wachstum benötigen. Hier könnte ein „Existenzgründungsprogramm der zweiten Phase" besonders wirksam sein (Ziffer 342). Wenn die Unternehmen in der dritten Phase ihres Wachstums Zugang zum Kapitalmarkt suchen müssen, um von breiten Anlegerkreisen zusätzliches Eigenkapital zu beschaffen, sollte das nicht durch diskriminierende Regelungen behindert werden. Es wäre daher zu erwägen, im Rahmen eines Maßnahmenpakets zur Erleichterung des Zugangs zum Markt, für Eigenkapital diskriminierende Tatbestände wie die Gesellschaftsteuer, die Doppelbelastung mit Vermögensteuer, aber auch die Diskriminierung, die in den geplanten Änderungen zur Gewerbesteuer angelegt ist, zu beseitigen. Weitere Maßnahmen wie kostengünstigere Formen der Zulassung von neuen Aktien zum Börsenhandel und steuerliche Erleichterungen für die Kosten der Kapitalbeschaffung könnten den Zugang zum Kapitalmarkt weiter ebnen. Schließlich könnten Fördermaßnahmen bei den Anlegern ansetzen. Diese gehen mit der Anlage von Kapital in einem bisher am Kapitalmarkt nicht bekannten Unternehmen besondere Risiken ein. Hier böte sich eine Förderung im Rahmen des Vermögensbildungsgesetzes an, das entsprechend ergänzt und erweitert werden könnte (Ziffer 346).

Ein allgemeines Hemmnis für Investitionen ist die Besteuerung von Scheingewinnen. Es gibt jedoch keine Lösung des Problems der Scheingewinnbesteuerung, die zugleich systematisch richtig und fiskalisch nicht zu teuer ist. Zu einem Abbau in einem Schritt ist daher nicht zu raten. Eine Entlastung der Unternehmen von den Steuern auf Scheingewinne könnte so vorgenommen werden, daß die Scheingewinne auf den eigenfinanzierten Teil des Verbrauchs an Sachgütern von der Besteuerung ausgenommen oder zur Wahrung des Nominalwertprinzips auch nur gestundet werden. Zu dem investitionsfördernden Effekt der Entlastung von der Scheingewinnbesteuerung kommt bei Berücksichtigung nur des eigenfinanzierten Teils des Verbrauchs an Sachvermögen eine Verbesserung der Attraktivität von Eigenkapital hinzu.

Den Abbau von Diskriminierungen sollte die Vorstellung regieren, daß möglichst alle Formen der Kapitalanlage gleichbehandelt werden. Dem würde eine umfassende Regelung der Kapitalanlage als Sonderausgabenabzug dienen (Ziffer 327). Einseitige Begünstigungen gibt es auch nach § 8 Kapitalerhöhungsgesetz. Auch hier könnte eine Gleichstellung von Kapitalanlagen in Risikokapital verschiedener Rechtsformen und Unternehmen bewirken, daß mehr Eigenkapital bereitgestellt wird. Eine Diskriminierung des Eigenkapitals bestimmter Rechtsformen gegenüber anderen stellt die Doppelbelastung mit Vermögensteuer dar. Sie könnte allmählich beseitigt werden (Ziffer 322). Wichtig ist, daß die längerlebigen Investitionen steuerlich ebenso behandelt werden wie die kürzerlebigen. Dies ließe sich durch eine Staffelung der Abschreibungssätze nach der Nutzungsdauer der Investitionen erreichen (Ziffer 320).

Anhang

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

...

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: „Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973"

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise"

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung" (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975"

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren" (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung" (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung" (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978"

Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen" (am 22. November 1979)

Jahresgutachten 1980/81: „Unter Anpassungszwang" (am 25. November 1980)

Jahresgutachten 1981/82: „Investieren für mehr Beschäftigung" (am 20. November 1981); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Juli 1981: „Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981"

Das Sondergutachten vom 9. Oktober 1982: „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982" ist im Anhang dieses Jahresgutachtens enthalten.

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart — Mainz erschienen.

IV.

Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982

Sondergutachten vom 9. Oktober 1982

Der Sachverständigenrat legt hiermit gemäß § 6 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein Sondergutachten über die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik im Oktober 1982 vor, mit dem die Bundesregierung den Sachverständigenrat am 8. September 1982 beauftragt hat.

In diesem Gutachten haben wir untersucht, welche Ursachen die schwerwiegende Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik und weltweit hat, welche Gefahren die Möglichkeit einer baldigen wirtschaftlichen Erholung weiterhin bedrohen und welche Wirtschaftspolitik die verletzten und weiterhin gefährdeten Ziele erfordern. Dabei steht das derzeit mit Abstand am stärksten verletzte und gefährdete Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes im Vordergrund.

Wiesbaden, den 9. Oktober 1982

Horst Albach *Hans-Jürgen Krupp* *Kurt Schmidt* *Hans Karl Schneider* *Olaf Sievert*

I. Enttäuschungen 1982

1. Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik hat sich seit dem Frühsommer dieses Jahres unerwartet verschlechtert. Die Enttäuschung darüber ist um so größer, als die Dämpfung des Kostenauftriebs im Innern wie der Abbau des Leistungsbilanzdefizits deutliche Fortschritte machten und damit wesentliche Voraussetzungen für eine Belebung der wirtschaftlichen Aktivität gegeben schienen. Stabilisierungs- und Anpassungsprobleme in vielen Ländern, hohe Defizite in den Staatshaushalten und anhaltend hohe Zinsen, die weltweit die Nachfrage niedrig hielten und die Finanzierungsprobleme verschärften, wirkten jedoch zusammen mit der Unsicherheit über den Kurs der Wirtschaftspolitik lähmend. Absatzeinbußen im Export, Einschränkungen bei den Investitionen, sinkende Beschäftigung und sinkende Realeinkommen mit der Folge, daß auch der private Verbrauch weiter zurückging, kennzeichnen die jüngste Entwicklung. Im Ergebnis dürfte das reale Sozialprodukt im Jahre 1982 nicht, wie allgemein erhofft, etwas höher, sondern um fast 1 vH niedriger ausfallen als im letzten Jahr.

So sehr schon dies, mit Blick auf die Beschäftigungslage, zu beklagen ist — noch schwerer wiegt, daß die Entwicklungsrichtung abwärts und nicht aufwärts zeigt, daß die Wende zum Besseren also immer noch aussteht und daß die Arbeitslosigkeit mit unvermindertem Tempo steigt.

2. Die Ausfuhr, die im vergangenen Jahr außerordentlich kräftig gestiegen war, wird 1982 aufs Jahr gesehen zwar noch über den vorjährigen Umfang hinausgehen; seit dem Frühjahr ist das Exportgeschäft jedoch stark zurückgegangen. In der zweiten Jahreshälfte dürften die Lieferungen an das Ausland um 3 1/2 vH niedriger sein als vor einem Jahr. Am stärksten hat sich die Ausfuhr in die OPEC-Staaten und in die übrigen Entwicklungsländer abgeschwächt. Auch der Export in die Vereinigten Staaten ist deutlich gesunken. Einbußen waren ebenfalls in den europäischen Partnerländern zu verzeichnen, wenn auch vergleichsweise geringe.

Einen Ausgleich für die schleppende Inlandsnachfrage auf den Auslandsmärkten zu finden, wurde damit zunehmend schwerer. Unternehmen, die zuvor schon gezögert hatten, Investitionspläne auf die Exportnachfrage zu gründen, sahen sich durch diese Entwicklung bestätigt. Der dämpfende Einfluß des Exportrückgangs auf den Wirtschaftsverlauf ging damit wohl über die unmittelbare Wirkung hinaus, die er auf Produktion und Beschäftigung im Inland hatte.

3. Zu einer Belebung der Investitionstätigkeit ist es nicht gekommen; im Gegenteil, der Rückgang hat sich fortgesetzt. Die Geschäftserwartungen, die im vergangenen Jahr zeitweilig nachlassende Skepsis erkennen ließen, haben sich wieder merklich verschlechtert. Statt mehr wurden weniger Ausrüstungsgüter bestellt, und neue Bauaufträge wurden nach wie vor nur zögernd vergeben. Im Wohnungsbau scheint die Nachfrage dagegen nach einem mehr als zweijährigen ausgeprägten Rückgang den Tiefpunkt hinter sich zu haben. Dem stehen jedoch weitere Einschränkungen der staatlichen Bautätigkeit gegenüber. Nach wie vor ist die Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft besonders ungünstig.

Je weniger die Unternehmen damit rechnen konnten, daß sich die Auftragslage besserte, um so weniger waren sie bereit, den bisherigen Produktionsumfang aufrecht zu erhalten und fertige Produkte, die sie nicht gleich absetzen konnten, auf Lager zu nehmen. Produktionseinschränkungen waren vom Frühjahr an die Folge. Dies hat zu einem weiteren Abbau der Beschäftigung geführt. Aufs Jahr gesehen dürften weitere 400 000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verlieren.

4. Für eine Zunahme des privaten Verbrauchs fehlten bei all dem die Voraussetzungen. Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit dämpfte die Ausgabeneigung, und der Rückgang der Zinsen war nicht kräftig genug, dies zu überspielen. Zudem sind die verfügbaren Einkommen wegen der abermals verschlechterten Beschäftigungslage, aber auch wegen der höheren Belastung mit Abgaben, nur wenig gestiegen. Was den Haushalten an nominalen Einkommenssteigerungen blieb, reichte nicht aus, den Geldwertschwund wettzumachen; seiner Kaufkraft nach ist das verfügbare Einkommen also gesunken. Preisbereinigt war damit auch ein weiterer Rückgang des privaten Verbrauchs zu verzeichnen .

5. Von vornherein stand für dieses Jahr fest, daß die öffentlichen Ausgaben nicht viel steigen konnten, wenn die Defizite des Staates nicht noch größer werden sollten. Schon in den Haushaltsplänen war vorgesehen, die Ausgaben für Bauten einzuschränken und die Nachfrage nach sonstigen Gütern und Dienstleistungen kaum mehr auszuweiten. Dabei scheint es auch zu bleiben, wenngleich Bund, Länder und Gemeinden ihre Ausgaben mit voraussichtlich 4 vH etwas stärker ausweiten dürften, als es dem Stand der Planungen zu Jahresbeginn entsprach. Unerwartet hinzugekommen sind Zahlungen für eine größere Anzahl von Arbeitslosen, die der Bund in Form eines um 4 bis 5 Mrd DM höheren Zuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit zu leisten hat. Gleichzeitig sind beträchtliche Einnahmeausfälle zu verzeichnen. Für 1982 sind nunmehr Steuereinnahmen von 380 1/2 Mrd DM zu erwarten, also nur 2 1/2 vH mehr als im vergangenen Jahr (Tabelle 1, Seite 206). Der Unterschied zu der letzten Steuerschätzung vom Juni dieses Jahres beträgt minus 6 Mrd DM. Die größten Abweichungen dürften sich bei der Lohnsteuer (— 2 1/2 Mrd DM), bei der Einkommensteuer der Veranlagten (— 1 Mrd DM) und bei der Umsatzsteuer (— 2 Mrd DM) ergeben. Wegen der unerwarteten Rückschläge in der wirtschaftlichen Entwicklung ist die Steuerschätzung für 1982 freilich selbst zu Beginn des letzten Vierteljahres noch

mit mehr Unsicherheit behaftet als sonst. Die Gesamteinnahmen der Gebietskörperschaften nehmen insbesondere wegen der um 8 Mrd DM höheren Gewinnabführung der Bundesbank an den Bund freilich erheblich stärker zu als die Steuereinnahmen, nämlich um 5 vH. Im Ergebnis dürften die Defizite im Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden jedoch infolge der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung mit 75 Mrd DM kaum kleiner sein als im Vorjahr. Der Bund würde mit einem Fehlbetrag von 39 1/2 Mrd DM abschließen, die Länder mit 27 1/2 Mrd DM und die Gemeinden mit 8 Mrd DM.

6. Als günstig für Produktion und Beschäftigung mag man es ansehen, daß auch die Einfuhr nach einem deutlichen Anstieg zu Beginn des Jahres im weiteren Verlauf wieder gesunken ist. Allerdings spiegeln sich darin weniger Marktanteilsgewinne der heimischen Unternehmen, als vielmehr die Folgen der neuerlichen Nachfrageschwäche, die ausländische wie inländische Anbieter traf. Daß die Einfuhr nicht weiter stieg, sondern wieder sank, hatte für die Leistungsbilanz gleichwohl sein Gutes; zumal sich das Preisverhältnis von ausgeführten und eingeführten Waren weiter zugunsten des Inlands entwickelt hat. Die Leistungsbilanz dürfte nach einem geringen Defizit in der ersten Jahreshälfte 1982 trotz der nicht mehr so hohen Lieferungen an das Ausland aufs Jahr gesehen nahezu ausgeglichen sein.

7. Der Preisauftrieb hat sich das Jahr über nicht in einem Maße abgeschwächt, wie es von der Entwicklung der Nachfrage und dem nachlassenden Kostendruck her hätte erwartet werden können. Soweit das gesamtwirtschaftliche Preisniveau von inländischen Einflußfaktoren bestimmt wird, ist es sogar etwas stärker gestiegen als ein Jahr zuvor. Deutlich beruhigt hat sich hingegen die Verteuerung der Einfuhr; importierte Vorprodukte sind zum Teil sogar merklich billiger als vor einem Jahr. Davon haben auch die Verbraucher profitiert. Bis zum Ende des Jahres dürfte sich der Anstieg der Verbraucherpreise im Vorjahresvergleich auf knapp 4 1/2 vH zurückbilden; im Jahresdurchschnitt dürfte er noch 5 vH nach 6 vH im Jahre 1981 betragen.

8. Bei einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten, der aufs Jahr gesehen mit 2 1/2 vH erheblich geringer als 1981 (4 1/2 vH) ausfallen dürfte, und der Entlastung bei den Kosten für ausländische Vorleistungen hat die Preisentwicklung den Unternehmen eine spürbare Verbesserung der gedrückten Gewinnmargen gebracht. In der Gewinnsumme hat sich dies freilich fürs erste noch nicht so deutlich niedergeschlagen, denn dazu fehlte dem Umsatz die Menge, die nur ein Aufschwung bringen kann. Auch die Summe der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und mit diesen die Summe der Unternehmensgewinne dürfte sich zwar, gemessen an der Zuwachsrate dieses Jahres, deutlich erhöhen. Doch wird sich die Verbesserung der Gewinnsituation, nimmt man die gedrückte Basis ins Bild, voraussichtlich noch in vergleichsweise engen Grenzen halten. Immerhin, die Jahreszuwachsrate wird nach zwei Jahren der Gewinnschrumpfung erstmals wieder größer ausfallen als bei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit. Dabei wird der Abstand nach Abzug von Steuern und Abgaben ausgeprägter sein als in der Bruttorechnung, da die Gewinnsteuern nur verzögert angepaßt werden, während die Einkommen der Arbeitnehmer sofort durch den ungeminderten Anstieg der Lohnsteuer und durch die Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung geschmälert werden.

9. In einer Übersicht nach dem Schema der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die für das zweite Halbjahr 1982 noch Prognose ist, haben wir zusammengestellt, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung, im ganzen aus heutiger Sicht darstellt (Tabelle 2, Seite 208f.).

Zu fragen ist, warum es so viel schlechter kam, als vorausgesehen worden war, da doch die Kostenentwicklung, namentlich bei den Löhnen und bei den importierten Vorprodukten, eher auf eine Verbesserung der Lage hinwirkten, die Zinsen zwar nicht stetig und auch nicht viel stärker als die Preissteigerungen zurückgingen, aber das Jahr über doch immerhin merklich sanken und die Gewinnmargen wieder ausgeweitet werden konnten.

10. Für die anhaltend schwache Investitionsneigung ist das Ausbleiben einer besseren Mengenkonjunktur allein keine befriedigende Erklärung. Hinzu muß man wohl nehmen, daß die ungünstige Kapitalstruktur, das heißt der geringe Anteil eigener Mittel, mit der ein großer Teil der Unternehmen bereits in die Stagnationsphase hineingegangen ist, der zurückliegende scharfe Einbruch bei den Erträgen und die wider Erwarten lange Periode hoher Zinsen die Finanzierungssituation für viele Unternehmen haben so schwierig werden lassen, daß Ertragsverbesserungen ebenso wie Zinssenkungen zunächst vornehmlich zur Konsolidierung genutzt werden und nicht für mehr Investitionen. Verschärft hat sich die Situation offenbar dadurch, daß Finanzbeziehungen riskanter geworden sind. Insolvenzen und Zahlungsschwierigkeiten selbst großer Unternehmen haben die Banken zu strengeren Bonitätsanforderungen veranlaßt. Die Erfüllung vieler Lieferantenforderungen ist fraglich geworden. Im Exportgeschäft sind die Länderrisiken sprunghaft gestiegen.

Schließlich vermochte die staatliche Wirtschaftspolitik nicht, Vertrauen dahin gehend zu stiften, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte möchte auf der Grundlage eines ausgewogenen Konzepts in einem überschaubaren Zeitraum gelingen. Was der Staat mit den eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen an Spielraum für mehr private Aktivität freimachte, blieb damit weitgehend ungenutzt, so daß im Ergebnis, wie es scheint, die nachfragedämpfenden Effekte die Oberhand behielten.

Ohne wesentlichen Rest ist die ungünstige Entwicklung damit freilich noch immer nicht erklärt.

11. Einen wesentlichen Grund dafür, daß Auftriebskräfte in diesem Jahr ausgeblieben sind, sehen viele im Kurs der Geldpolitik in den zurückliegenden Jahren. Über zwei Jahre lang, nämlich 1980 und 1981, hatte die Geldpolitik den Zuwachs der Zentralbankgeldmenge unterhalb dessen gehalten, was, an

mittelfristigen Größen orientiert, konjunkturneutral gewesen wäre. Dies war nicht ohne Grund geschehen. Der Abwertungsdruck auf die D-Mark in der Zeit hoher Leistungsbilanzdefizite, die Sorge vor dem inflatorischen Impuls, der sich damit verband, und die Gefahr, daß eine weitere Verunsicherung der D-Mark-Anleger in der Welt den Abwertungsdruck weiter verstärken könnte, hatten die Bundesbank dazu veranlaßt. Dies ändere jedoch nichts daran, so das Argument, daß die Verlangsamung im Expansionstempo der Zentralbankgeldmenge mit zeitlicher Verzögerung nun ihre negativen Wirkungen auf die wirtschaftliche Aktivität voll zeige. Ob die Wirkungen nicht noch ungünstiger gewesen wären, wenn die Geldpolitik eine stärkere Abwertung und damit kräftigere inflatorische Impulse toleriert hätte, bleibt dabei allerdings eine offene Frage. Die Anpassungslast, die das hohe Leistungsbilanzdefizit und die steil ansteigenden Defizite des Staates auferlegt hatten, ließ sich nicht einfach abwerfen.

12. Augenfälliger ist der ungünstige Einfluß, der von der Weltwirtschaft ausging. Zu den Erwartungen für das Jahr 1982 gehörte zwar, daß sich die Weltkonjunktur nur zögernd beleben würde; weitere Stagnation schloß das jedoch nicht ein. Wie sich dann zeigte, erreichte die Produktion in Europa nur gerade das Vorjahresniveau, und in den Vereinigten Staaten nahm sie sogar ab. Allein Japan verzeichnete noch einen Zuwachs, der freilich aufgrund der mangelnden Dynamik des Welthandels bescheiden ausfiel. Von den Entwicklungsländern, einschließlich der größeren Schwellenländer, gingen keine Impulse mehr aus. Man steht damit vor der nächsten Frage, warum die weltwirtschaftliche Entwicklung keinen besseren Verlauf genommen hat.

Der Wirtschaftspolitik fehlt es international weitgehend an Möglichkeiten, auf herkömmlichem Wege zu mehr Dynamik beizutragen (Ziffern 39 ff.). Die Finanzpolitik kämpft in den meisten Ländern mit hohen und noch weiter steigenden Defiziten. Die Geldpolitik ist vielerorts mit der Verringerung der Inflationsraten noch nicht weit vorangekommen. Dort, wo Erfolge erzielt wurden, gelten sie oft noch nicht als dauerhaft, so daß bei einem Aufgeben des Stabilisierungskurses schnell das Erreichte wieder aufs Spiel gesetzt wäre. Begrenzt ist der Handlungsspielraum der Geldpolitik in den meisten Ländern auch in außenwirtschaftlicher Hinsicht. Die Gefahr, sich inflatorische Impulse aus einer Abwertung einzuhandeln, setzt Zinssenkungen gegen die internationalen Markttendenzen enge Grenzen. Zum Unvermögen der Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern kommen die von den Vereinigten Staaten den Kapitalanlegern in der Welt angebotenen hohen Zinsen hinzu. Sie sind nur zu einem Teil unvermeidliche Folge der Rückkehr der amerikanischen Politik zu mehr Geldwertstabilität. Die gewählte Mischung aus restriktiver Geldpolitik und einer Finanzpolitik, die hohe Defizite in Kauf nahm und noch weit höhere programmierte und so — indem sie die Erwartung hoch bleibender oder doch bald wieder hoch werdender Inflationsraten erzeugte — die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik beeinträchtigte, hat die Kosten der Stabilisierung für die Vereinigten Staaten selbst hoch getrieben und noch höher für die Weltwirtschaft im übrigen.

Viele Länder, vor allem in Lateinamerika und Osteuropa, sind in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Der Ausgangspunkt dafür war die in vielen Jahren angewachsene hohe Schuldenlast. Die international hohen Zinsen haben diese Last noch erheblich erhöht. Gleichzeitig haben sich die Exportchancen der Länder infolge der anhaltenden weltweiten Wachstumsschwäche verschlechtert. Zusammen bedeutet das, daß diese Länder einen weit höheren Teil ihres Sozialprodukts für die Bedienung ihrer Auslandsschulden reservieren müssen, als sie früher vorausgesehen hatten. In vielen Fällen dürfte dieser Teil einen größeren Betrag ausmachen als die Erträge, die aus den mit Auslandskrediten finanzierten Investitionen gezogen werden können. Die Finanzierungsprobleme vieler Schuldner haben auf den Finanzmärkten beträchtliche Verunsicherung und höhere Risikoprämien im Zins nach sich gezogen, im besonderen, aber nicht nur für Kredite an Länder mit besonderen Risiken. Weil die Banken in hohem Maße im Auslandsgeschäft engagiert sind, unmittelbar oder über ihre Auslandsfilialen, für deren Verbindlichkeiten sie einstehen müssen, wirkt die Verunsicherung auf die Industrieländer zurück. Und nicht zuletzt: Immer ist eine Phase der allgemeinen Wirtschaftsschwäche auch eine Phase allgemein erhöhter Risiken, die den Zins treiben oder jedenfalls verhindern, daß dieser ebenso stark sinkt, wie die erwartete Rentabilität von Investitionen zurückgegangen ist.

Hohe Zinsen mitten in der Rezession, das war das fatale Signum der weltwirtschaftlichen Situation auch noch im Jahre 1982. Erst die jüngste internationale Zinssenkung hat die Lage etwas entspannt, möglicherweise.

II. Reduzierte Erwartungen für 1983

13. Eine durchgreifende Besserung der wirtschaftlichen Lage ist derzeit nicht abzusehen. Nicht Zuversicht, sondern Skepsis spiegelt sich in den Erwartungen der Investoren und Verbraucher wider. Enttäuschung über das Ausbleiben des Aufschwungs spielt dabei ohne Zweifel eine wichtige Rolle. Diese Enttäuschung verdeckt, daß sich wichtige Rahmendaten, die für die künftige Entwicklung bestimmend sind, inzwischen deutlich verbessert haben. Die Lohnstückkosten und die Preise für importierte Vorleistungen sind in den letzten Monaten weitgehend stabil geblieben und die Kapitalkosten sind sogar deutlich gesunken. Die Besserung der Ertragslage, die sich zunächst abzeichnete, ist zeitweilig wieder unsicher geworden. Der neuerliche Rückschlag sollte indessen den Blick nicht dafür verstellen, daß die binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Aufschwung dennoch heute günstiger sind als vor einem Jahr. Im Gegensatz dazu scheinen die außenwirtschaftlichen Risiken größer geworden zu sein. Erst in wenigen Ländern ist es gelungen, die Anpassungsprobleme einigermaßen in den Griff zu bekommen, in anderen Ländern ist nicht einmal absehbar, wann das der Fall sein wird.

Weil es nur wenig gibt, was zuversichtlicheren Erwartungen Stützung geben könnte, werden sich die Auftriebskräfte zunächst wohl nur sehr zögernd durchsetzen. Selbst wenn sich der Aufschwung im Verlauf des Jahres 1983 kräftigt, wird der Zuwachs an Nachfrage und Produktion gegenüber dem laufenden Jahr deutlich niedriger ausfallen, als dies bis vor einigen Monaten angenommen werden konnte, und die Arbeitslosigkeit wird weiter zunehmen.

14. Zu den Unsicherheiten, die künftige Entwicklung wichtiger volkswirtschaftlicher Größen anzugeben, kommt zum Zeitpunkt der Abgabe dieses Sondergutachtens die Schwierigkeit, den Kurs der Finanzpolitik im kommenden Jahr zu beschreiben. Annahmen dazu sind derzeit nicht leicht zu treffen. Das gilt in zweifacher Hinsicht. Zum einen ist das Handlungsprogramm der neuen Bundesregierung bisher nur in groben Konturen deutlich. Zum anderen weist der bisher bekannt gewordene Maßnahmenkatalog große Umschichtungen auf der Ausgabenseite aus, die in ihrer Wirkung auf das Verhalten von Konsumenten und Investoren nur schwer einzuschätzen sind.

An Vorhaben sind in unsere Prognose eingearbeitet:

— Die sozialen Leistungen werden um rund 7 Mrd DM vermindert. Hierunter zählt die zeitliche Verzögerung in der Anpassung von Renten und anderen Übertragungen.

— Subventionen werden gekürzt.

— Der Gesamtrahmen für die Erhöhung der Bezüge im öffentlichen Dienst wird eng gehalten.

— Für die Förderung des Wohnungsbaus werden zusätzliche Haushaltsmittel und Steuererleichterungen im Umfang von mehreren Milliarden DM bereitgestellt, nach unseren Berechnungen 4 Mrd DM.

— Der Staat wird Voraussetzungen dafür schaffen, daß die öffentlichen Investitionen nicht weiter eingeschränkt, sondern sogar wieder etwas ausgeweitet werden.

— Zur Stärkung der Investitionstätigkeit außerhalb des Wohnungsbaus werden Steuererleichterungen im Umfang von rund 2 1/2 Mrd DM beschlossen.

— Die Mehrwertsteuer wird zum 1. Juli 1983 von 13 vH auf 14 vH angehoben, der ermäßigte Satz von 6,5 vH auf 7 vH.

— Weiterhin wird eine Abgabe in Höhe von 5 vH der Steuerschuld auf Einkommen oberhalb bestimmter Einkommensgrenzen erhoben, die nach drei bis fünf Jahren rückzahlbar ist. Wir haben dafür ein Aufkommen von 2 Mrd DM berücksichtigt.

Unter Einschluß der genannten Maßnahmen zeichnet sich für 1983 ein Anstieg der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in der Größenordnung von 3 vH auf 583 Mrd DM ab (Tabelle 1). An Einnahmen dürften aus heutiger Sicht 5 vH mehr zufließen. Einschließlich der in Aussicht gestellten Steuererhöhungen und Steuererleichterungen würden Bund, Ländern und Gemeinden nach den Annahmen unserer Prognose 396 1/2 Mrd DM an Steuereinnahmen zufließen, also 4 1/2 vH mehr als im Jahre 1982. Berücksichtigt wurde, daß die befristete Investitionszulage das Steueraufkommen im kommenden Jahr um 2 Mrd DM mindert. Diese quantitativen Angaben schließen nicht aus, daß die Maßnahmen, steuerliche wie ausgabenseitige, im einzelnen etwas anders aussehen können als aus den Ankündigungen zu ersehen ist. Aufgrund unserer Annahmen über die finanzpolitischen Entscheidungen und über die wirtschaftliche Entwicklung, die unsere Prognose im ganzen zeichnet, ergibt sich für Bund, Länder und Gemeinden ein Defizit, welches um etwa 6 Mrd DM niedriger ausfällt als im Jahre 1982. Dahinter steht freilich die Vorstellung, daß der Spielraum, der durch Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen gewonnen wird, nicht ganz für ausgabeerhöhende oder einnahmemindernde Maßnahmen genutzt wird. Der konjunkturelle Impuls der Gebietskörperschaften wird sich um 13 Mrd DM zurückbilden, und zwar auf einen Betrag von 36 Mrd DM (Ziffer 60). Die Finanzlage der Sozialversicherung wird sich im kommenden Jahr verschlechtern. Der Ausgabenanstieg schwächt sich durch die verzögerte Anpassung der Rentenzahlungen sowie durch die Dämpfung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen zwar ab, die Zunahme der Beitragseinnahmen dürfte er gleichwohl noch übertreffen. Außerdem zahlt die Bundesanstalt für Arbeit weniger Beiträge für die Arbeitslosen an die Rentenversicherung und erhält deswegen einen entsprechend niedrigeren Zuschuß vom Bund.

Für die Geldpolitik gehen wir davon aus, daß die Zentralbankgeldmenge mit einer Rate ausgeweitet wird, die dem Wachstum des Produktionspotentials unter Berücksichtigung des derzeit für unvermeidlich zu haltenden Anstiegs des Preisniveaus entspricht. Außenwirtschaftliche Störungen, die Anlaß geben können, von diesem Kurs abzuweichen, gehören nicht zu den Annahmen dieser Prognose. Der Außenwert der D-Mark, der im wesentlichen von den Wechselkursänderungen gegenüber den europäischen Währungen und gegenüber dem amerikanischen Dollar bestimmt wird, steigt unter einer solchen Annahme in dem Maße, wie Kosten und Preise im Ausland stärker steigen als im Inland.

15. Derzeit spricht wenig dafür, daß die westlichen Industrieländer in ihrer Gesamtheit rasch den Weg aus der Krise finden werden. Zwar haben einige von ihnen beachtliche Fortschritte im Anpassungsprozeß erzielt — die Inflationsraten konnten deutlich herabgedrückt werden, und zudem sind beträchtliche Erfolge beim Ausgleich der Leistungsbilanzen erreicht worden —, aber statt der erwarteten Belebung hat es fast nur Rückschläge gegeben. Befürchtet wird vielfach, daß sich die wirtschaftliche Lage zunächst noch weiter verschlechtert, bevor sich im späteren Teil des Jahres eine allmähliche Besserung durchsetzt.

Niemand vermag derzeit eine verläßliche Aussage darüber zu machen, wie die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigen Ländern verlaufen wird. Die Vereinigten Staaten und Japan scheinen einer wirtschaftlichen Belebung noch am nächsten zu sein.

Tabelle 1

Einnahmen und Ausgaben des Staates[1])

Schätzung für das Jahr 1982 und Prognose für das Jahr 1983

	1981	1982	1983	1982	1983
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung					
Einnahmen insgesamt	706,2	742	779½	+ 5	+ 5
Steuern	386,5	396	414	+ 2½	+ 4½
Sozialbeiträge	267,2	283	298½	+ 6	+ 5½
Sonstige laufende Einnahmen	35,2	44½	48	+27	+ 7½
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	17,3	18	19	+ 4½	+ 5½
Ausgaben insgesamt	768,6	805½	839½	+ 5	+ 4½
Staatsverbrauch	319,8	333	344½	+ 4	+ 3½
Einkommensübertragungen	328,7	348	356	+ 6	+ 2½
Private Haushalte	272,9	293	300	+ 7½	+ 2½
Unternehmen und übrige Welt	55,8	55	56	− 1½	+ 2½
Zinsen	35,2	44	51½	+24	+18
Vermögensübertragungen	31,9	32½	38½	+ 2	+17
Investitionen	53,1	48	49	− 9½	+ 2½
Finanzierungssaldo[2])	−62,4	−63½	−60	x	x
	vH				
Staatsquote des Gemeinsamen Haushaltes[3])	48,1	47,5	47,1	x	x
Abgabenquote[4])	42,4	42,4	42,5	x	x
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften					
Einnahmen	450,2	472	496	+ 5	+ 5
Steuern	386,5	396	414	+ 2½	+ 4½
Sonstige Einnahmen	63,8	76	82	+19	+ 8
Ausgaben	517,9	538	555	+ 4	+ 3
Finanzierungssaldo[2])	−67,7	−66	−59	x	x
	vH				
Staatsquote[5])	32,4	31,7	31,1	x	x
Steuerquote[6])	25,0	24,7	24,7	x	x
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Nachrichtlich: Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik					
Einnahmen	465,3	490	514	+ 5½	+ 5
Steuern	370,3	380½	396½	+ 2½	+ 4½
Sonstige Einnahmen	95,0	109½	117½	+15	+ 7½
Ausgaben	542,0	565	583	+ 4½	+ 3
Finanzierungssaldo[2])	−76,6	−75	−69	x	x
	vH				
Staatsquote[7])	34,0	33,3	32,7	x	x
Steuerquote[8])	24,0	23,7	23,6	x	x

[1]) Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Überschuß: +, Defizit: –.
[3]) Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[4]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts.
[5]) Ausgaben der Gebietskörperschaften nach der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[6]) Steuern der Gebietskörperschaften nach der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Bruttosozialprodukts.
[7]) Ausgaben der Gebietskörperschaften nach der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Produktionspotentials.
[8]) Steuern in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Bruttosozialprodukts.

Für die Vereinigten Staaten wird überwiegend ein etwas steilerer Wachstumspfad erwartet als für die übrigen Industrieländer. Für die europäischen Länder deutet sich bisher nicht mehr als eine sehr verhaltene Aufwärtsbewegung an. Der Produktionszuwachs dürfte eher gering ausfallen. Für einige Länder, namentlich für Frankreich, sind die Vorzeichen eher ungünstig. Hier, wie auch in Italien, scheinen noch Einschränkungen der Produktion bevorzustehen. Ähnliches gilt auch für Länder wie Dänemark und Schweden, die im Anpassungsprozeß nachhinken. Düster sind vielfach die Perspektiven für die Entwicklungsländer, selbst für einige, die Öl exportieren. Aber nicht alle sind in den Sog der weltweiten wirtschaftlichen Schwäche geraten oder kämpfen mit den Folgen früherer wirtschaftspolitischer Fehler.

16. Im ganzen rechnen wir für das kommende Jahr mit einer nur allmählichen Besserung der wirtschaftlichen Lage im Ausland. Daraus folgt, daß auch der Welthandel nur wenig expandieren wird. Von den bisher vorliegenden Schätzungen verschiedener internationaler Organisationen und Arbeitsgruppen müssen wohl angesichts der jüngsten Entwicklung Abschläge gemacht werden. Für den Jahresdurchschnitt 1983 gelangt man zu einer Zunahme des Welthandels um 2 vH; für den Jahresverlauf bedeutet dies zwar eine höhere Rate, das Expansionstempo bleibt dennoch deutlich hinter dem mittelfristigen Trend zurück. Dabei werden sich die regionalen Schwerpunkte verschieben, und zwar wieder stärker in Richtung auf die Industrieländer, weg von den OPEC-Ländern und weg von den nicht ölproduzierenden Entwicklungsländern, die in den letzten anderthalb Jahren die Importe deutscher Produkte besonders stark ausgedehnt hatten.

17. Das Risiko, daß sich das Rezessionstal als tiefer und länger erweisen könnte, als wir für unsere Prognose angenommen haben, ist groß. Man sollte daher nicht aus dem Bild lassen, daß es auch schlechter kommen kann, als wir aus heutiger Sicht für am wahrscheinlichsten halten. Wir haben deshalb eine Alternative zu unserer Prognose durchgerechnet, die von einer deutlich ungünstigeren Entwicklung der Weltwirtschaft im nächsten Jahr ausgeht (Ziffern 35 ff.).

18. Wie bald sich die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik bessern und wie ausgeprägt die Erholung sein wird, dürfte zu einem guten Teil vom Exportgeschäft abhängen, dessen ungünstiger Verlauf 1982 wesentlich zur Verunsicherung der Unternehmen beigetragen und so der Verbesserung im Verhältnis von Erlösen und Kosten die Wirkung genommen hat. Für viele Firmen ist es zweifellos schwieriger geworden, Auslandsaufträge zu gewinnen; nicht selten macht man sich auch Gedanken, wie es um die Zahlungsfähigkeit der Abnehmer steht.

Von der Konjunkturentwicklung in den Industrieländern sind kräftige Impulse für den Export kaum zu erwarten. Hinzu kommt, daß inzwischen einige der zur OPEC gehörenden Länder vor finanziellen Schwierigkeiten stehen. Viele Entwicklungsländer und auch einige Staatshandelsländer können ihre Wirtschaftspläne nicht mehr aufrechterhalten. All das wird die Expansion des Welthandels in engen Grenzen halten. Freilich ist der mögliche Zuwachs der deutschen Ausfuhr damit nicht schon vorgegeben. Auch auf stagnierenden Märkten läßt sich zwar, wie das vergangene Jahr gezeigt hat, über höhere Marktanteile der Absatz steigern. Aber viel dürfte so in der unmittelbaren Zukunft nicht mehr zu gewinnen sein.

Skepsis und Zuversicht mischen sich also, was die weitere Exportentwicklung anbelangt. Aus heutiger Sicht spricht indes mehr dafür, daß sich die abwärts gerichtete Entwicklung der Ausfuhr bald wieder umkehrt, als daß sie sich fortsetzt.

19. Eine quantitative Vorausschätzung des Exports ist allerdings schwierig. Das gilt nicht nur für den Verlauf im kommenden Jahr, sondern auch schon für die Ausgangsbasis. Auf Grund von Sonderfaktoren erreichte die Ausfuhr im ersten Halbjahr 1982 ein überaus hohes Niveau; inzwischen ist eine Korrektur im Gange, die möglicherweise noch einige Monate andauert.

Wir halten aber für wahrscheinlich, daß sich die Ausfuhr von dem sehr niedrigen Niveau gegen Ende des Jahres wieder löst und es im nächsten Jahr zu einem Anstieg kommt, der allmählich an Kraft gewinnt. Für den Zuwachs der realen Ausfuhr (Waren und Dienste) haben wir 2 1/2 vH eingesetzt, eine etwas geringere Rate, als sich für den Durchschnitt des Jahres 1982 ergeben dürfte (Tabelle 2). Hinter den beiden Raten steht indes eine nahezu gegenläufige Entwicklung: Im Jahresverlauf 1982 war die Ausfuhr überwiegend rückläufig. Der Zuwachs aufs Jahr gesehen resultierte also allein aus einem hohen Überhang am Jahresende 1981. Anzunehmen, daß der Rückgang sich bis in das nächste Jahr hinein fortsetzte, wäre eine sehr pessimistische Sicht der Außenhandelssituation. Wenn man eine solche Entwicklung auch nicht ganz ausschließen kann, so halten wir sie doch nicht für eine wahrscheinliche.

20. Auch wenn es so kommt, ist damit nicht ohne weiteres für eine wirtschaftliche Belebung im Inland gesorgt. Für eine nachhaltige Besserung kommt es darauf an, daß die Unternehmen wieder mehr investieren. Denn dadurch tragen sie selbst dazu bei, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigt und sich ihre Auftragsbücher füllen. Die Investitionen sind somit — von welcher Seite man es auch betrachtet — die Schlüsselgröße, die über Richtung und Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung entscheidet.

21. Die Investitionsneigung hat bis zuletzt nachgelassen; die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterherstellern gingen weiter zurück. Die Maßnahmen zur Investitionsförderung, die die Bundesregierung im Herbst letzten Jahres und in diesem Frühjahr beschloß, haben bislang offenbar wenig bewirkt. Bei den bestehenden Fristen, die für die Inanspruchnahme der Investitionszulage gesetzt sind, gab es auch keinen Grund zur Eile.

Man kann davon ausgehen, daß vor Ablauf der Begünstigungsfrist verstärkt Investitionsgüter bestellt werden, denn so wenig ist es nicht, was der Staat den Unternehmen für zusätzliche Investitionen zahlt.

Tabelle 2

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1982

Absolute Werte

	Einheit	1981	1982	1983	1982		1983	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	874,1	906,5	930,5	435,4	471,0	446,5	484,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	319,8	333,0	344,5	154,9	178,0	160,5	184,0
Anlageinvestitionen	Mrd DM	339,3	329,5	358,0	153,1	176,5	163,5	195,0
Ausrüstungen	Mrd DM	128,8	129,0	137,0	59,7	69,0	62,5	74,0
Bauten	Mrd DM	210,5	201,0	221,5	93,4	107,5	100,5	121,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	− 1,4	+ 4,5	+ 8,5	+ 8,5	− 4,0	+ 3,5	+ 4,5
Außenbeitrag	Mrd DM	+ 11,4	+ 29,0	+ 35,0	+ 13,4	+ 15,5	+ 17,5	+ 17,5
Ausfuhr	Mrd DM	496,1	532,0	562,0	265,1	267,0	272,5	289,0
Einfuhr	Mrd DM	484,7	503,0	527,0	251,7	251,0	255,5	271,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 543,1	1 602,5	1 676,5	765,3	837,5	791,0	885,5
In Preisen von 1976:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	704,0	694,5	686,5	336,9	357,5	331,5	355,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	253,0	255,0	256,5	125,4	129,5	126,0	130,0
Anlageinvestitionen	Mrd DM	261,9	247,5	258,5	115,6	132,0	119,5	139,5
Ausrüstungen	Mrd DM	109,6	104,5	108,0	49,0	55,5	49,5	58,0
Bauten	Mrd DM	152,3	143,0	151,0	66,7	76,5	69,5	81,0
Ausfuhr	Mrd DM	405,6	417,0	428,5	209,5	207,5	209,5	219,0
Einfuhr	Mrd DM	361,5	366,5	373,5	184,4	182,0	183,0	191,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 261,9	1 251,5	1 264,5	611,2	640,5	607,0	657,5
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1976 = 100	124,2	130,5	135,5	129,3	132,0	134,5	136,5
Bruttosozialprodukt	1976 = 100	122,3	128,0	132,5	125,2	130,5	130,5	134,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1 000	26 030	25 550	25 215	25 571	25 530	25 145	25 285
Arbeitszeit	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976	Mrd DM	1 262,7	1 257,0	1 271,5	614,2	643,0	610,5	661,0
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	880,8	900,5	923,0	427,5	473,0	436,0	486,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	304,7	323,5	350,0	152,8	171,0	159,5	190,5
Volkseinkommen	Mrd DM	1 185,5	1 224,0	1 272,5	580,2	644,0	595,5	677,0
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit[2]	Mrd DM	502,9	507,0	509,0	243,0	264,0	243,5	265,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	247,1	268,0	294,5	125,7	142,5	133,0	161,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[3]	Mrd DM	1 012,0	1 051,5	1 074,0	506,3	545,0	516,0	558,0

[1]) Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
[2]) Nettolohn- und -gehaltssumme.

Tabelle 2

schaftlichen Gesamtrechnungen

und Vorausschau auf das Jahr 1983

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1981	1982	1983	1982		1983	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 4,7	+ 3½	+ 2½	+ 3,9	+ 3½	+ 2½	+ 3
Staatsverbrauch	+ 7,2	+ 4	+ 3½	+ 3,9	+ 4½	+ 3½	+ 3½
Anlageinvestitionen	+ 0,4	− 3	+ 8½	− 3,8	− 2	+ 6½	+10½
Ausrüstungen	+ 0,7	+ 0	+ 6	− 2,0	+ 2	+ 5	+ 7
Bauten	+ 0,2	− 4½	+10½	− 4,9	− 4½	+ 7½	+12½
Vorratsveränderung	x	x	x	x	x	x	x
Außenbeitrag	x	x	x	x	x	x	x
Ausfuhr	+15,0	+ 7	+ 5½	+14,5	+ 1	+ 3	+ 8½
Einfuhr	+11,2	+ 3½	+ 5	+ 7,7	+ 0	+ 1½	+ 8
Bruttosozialprodukt	+ 4,0	+ 4	+ 4½	+ 4,7	+ 3	+ 3½	+ 5½
In Preisen von 1976:							
Privater Verbrauch	− 1,2	− 1½	− 1	− 1,6	− 1	− 1½	− ½
Staatsverbrauch	+ 2,0	+ ½	+ ½	+ 0,6	+ 1	+ ½	+ ½
Anlageinvestitionen	− 3,8	− 5½	+ 4½	− 6,7	− 4½	+ 3	+ 5½
Ausrüstungen	− 3,4	− 4½	+ 3	− 6,5	− 3	+ 1½	+ 4½
Bauten	− 4,2	− 6	+ 5½	− 6,8	− 5½	+ 4½	+ 6½
Ausfuhr	+ 8,5	+ 3	+ 2½	+ 8,9	− 2½	− 0	+ 5½
Einfuhr	+ 1,2	+ 1½	+ 2	+ 3,4	− ½	− 1	+ 5
Bruttosozialprodukt	− 0,2	− 1	+ 1	+ 0	− 1½	− ½	+ 2½
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 6,0	+ 5	+ 4	+ 5,6	+ 5	+ 4	+ 3½
Bruttosozialprodukt	+ 4,2	+ 4½	+ 3½	+ 4,6	+ 5	+ 4	+ 3
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	− 0,7	− 2	− 1½	− 1,7	− 2	− 1½	− 1
Arbeitszeit[1]	− 1,5	− 0	− 0	± 0	− ½	− 0	− ½
Arbeitsvolumen	− 2,2	− 2	− 1½	− 1,7	− 2½	− 2	− 1½
Produktivität	+ 2,3	+ 1½	+ 2½	+ 2,1	+ 1	+ 1	+ 4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976	+ 0,1	− ½	+ 1	+ 0,4	− 1	− ½	+ 3
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 4,7	+ 2	+ 2½	+ 2,7	+ 1½	+ 2	+ 3
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	− 0,7	+ 6	+ 8	+ 8,5	+ 4½	+ 4½	+11½
Volkseinkommen	+ 3,3	+ 3	+ 4	+ 4,2	+ 2½	+ 2½	+ 5
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit[2]	+ 3,9	+ 1	+ ½	+ 1,4	+ ½	+ 0	+ ½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 0,7	+ 8½	+10	+11,7	+ 5½	+ 5½	+13½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[3]	+ 5,7	+ 4	+ 2	+ 3,9	+ 4	+ 2	+ 2½

[3]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Zumindest dürfte es lohnend sein, Investitionen vorzuziehen, die für 1983 geplant waren. Es kann aber auch sein, daß angesichts der verbreiteten Unsicherheit über den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs viele Investoren weiter abwarten werden.

22. In den letzten Jahren haben wir immer darauf gesetzt, daß die Unternehmen auch in schlechten Zeiten investieren müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Investitionen, die dazu bestimmt sind, die Kosten zu senken oder neue Produkte auf den Markt zu bringen, lassen sich, anders als Kapazitätserweiterungen, nicht ohne Schaden hinauszögern. Der Rückgang der Investitionstätigkeit in den vergangenen anderthalb Jahren widerspricht dem nicht; er hing nämlich, wie es scheint, nicht nur damit zusammen, daß für gesunde Unternehmen eine Ausweitung ihres Produktionsapparates nicht mehr lohnend erschien, sondern auch damit, daß eine große Zahl unrentabler Unternehmen aus dem Markt ausscheiden mußte, also überhaupt nicht mehr investierte. Überdies scheinen bis in die jüngste Zeit auch Unternehmen, die das Ertragstief hinter sich haben, deren Finanzierungssituation sich aber erst allmählich entspannt, das Risiko von zusätzlichen Investitionen gering halten zu wollen, selbst solcher Investitionen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken geeignet sind.

23. Für das, was an Investitionen zu erwarten ist, mögen vorübergehende Maßnahmen der Investitionsförderung, aber auch mit den Zeitläuften schwankende Stimmungen nicht unbedeutend sein, für das Bild im ganzen treten sie jedoch zurück hinter dem, was an Investitionen aufgrund der Einschätzung der Investoren auf mittlere Frist notwendig und wünschenswert und was aufgrund der aktuellen und der zu erwartenden Finanzlage finanzierbar ist. Dies findet seinen Niederschlag in den Investitionsplänen, die längerfristig angelegt und kurzfristig nur in Grenzen veränderbar sind.

Angesichts der erneuten Verschlechterung von Lage und Erwartungen ist es schwierig, über die Investitionstätigkeit im kommenden Jahr eine einigermaßen zuverlässige Aussage zu treffen. Einerseits mag die ungünstige Entwicklung dazu beigetragen haben, die eher pessimistischen Erwartungen der Unternehmen auf mittlere Frist zu erhärten, andererseits hat sich doch auch von der Ertragslage her der Spielraum für höhere Investitionen wieder vergrößert. Zudem sind Kredite merklich billiger zu haben. Ob und wann es bei anhaltend verbesserten Rahmenbedingungen zu einem Anstieg der Investitionen kommt und wie steil er sein wird, ist gegenwärtig schwer abzuschätzen. Es gibt gewichtige Gründe, die es nahelegen, die Erwartungen nicht allzu hoch anzusetzen:

— Die Unsicherheiten im Exportgeschäft belasten die Investitionsneigung, und die Aussicht auf bessere Erträge im Inlandsgeschäft wie im Auslandsgeschäft, die in den verbesserten Gewinnmargen angelegt ist, bildet für viele keinen ausreichend großen Gegenposten.

— Die Kapazitäten sind schlecht ausgelastet und die Auftragspolster zusammengeschrumpft. Kapazitätserweiterungen scheinen in vielen Bereichen nicht dringlich zu sein.

— Die Kapitalstruktur der Unternehmen ist unbefriedigend. Bessere Gewinne werden in vielen Fällen zunächst zur Konsolidierung verwendet, statt daß sie investiert werden. Dies gilt um so mehr, als die Banken bei der Kreditvergabe offenbar nun strengere Bonitätsanforderungen stellen.

Die Unsicherheit hinsichtlich der Ausfuhr sowie die niedrige Kapazitätsauslastung sind besonders ernst zu nehmen. Nicht aus dem Bild bleiben sollte jedoch, daß unausgelastete Kapazitäten nicht selten Ausdruck von strukturellen Anpassungsproblemen sind, die nur durch verstärkte Investitionen gelöst werden können und wohl auch gelöst werden, soweit der Standort Bundesrepublik nicht überhaupt ungünstig erscheint. Im übrigen hat bisher jeder Investitionsaufschwung in einer Phase niedriger Kapazitätsauslastung begonnen. Dem dritten Argument kommt gegenwärtig große Bedeutung zu. Mit einer weiteren Verbesserung der Ertragslage könnte es, wie das erste, freilich an Gewicht verlieren.

24. Gegenwärtig verfügen wir über keine aktuellen Informationen zu den Investitionsplänen für das nächste Jahr. Viele Unternehmen haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch noch keine genauen Vorstellungen über die Höhe ihres Investitionsbudgets; soweit konkrete Investitionspläne vorliegen, ist nicht sicher, daß sie verwirklicht werden.

Bei der Prognose der Ausrüstungsinvestitionen haben wir uns von der Vorstellung leiten lassen, daß Rationalisierungsdruck und Strukturbereinigung auch im kommenden Jahr dominante Investitionsmotive sein werden. Das Bemühen, Energiekosten einzudämmen und dafür zu investieren, wird trotz niedrigerer Steigerungsraten bei den Energiekosten weitergehen.

Nicht jeder Sanierungsfall der vergangenen Jahre hatte einen endgültigen Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge. Der Erwerb langfristig rentabel erscheinender Betriebsteile zieht üblicherweise Investitionen nach sich, die die Lebensfähigkeit des Unternehmens kräftigen sollen. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, daß auch in der Rezession mit neuen Produkten Geld zu verdienen ist. Wir erwarten, daß die Investitionen in neue Produkte zunehmen, wenn sich die Gewinnerwartungen festigen und sich die Finanzlage der Unternehmen verbessert. Auch über die Gründung neuer Unternehmen, selbst in der Rezession, kommt es zu Investitionen. Schließlich ist zu bedenken, daß in vielen Bereichen notwendige Investitionen wegen der hohen Zinsbelastung aufgeschoben worden sind und nun bei günstigeren Finanzierungsbedingungen realisiert werden. Auch von daher dürften im kommenden Jahr gewisse Impulse für eine Belebung der Investitionstätigkeit kommen.

In unsere Prognose der Ausrüstungsinvestitionen des kommenden Jahres ist auch eingegangen, daß die Bundesregierung Investitionen durch Entlastungen bei der Gewerbesteuer fördern will. Wie stark diese und die anderen zur Investitionsförderung ge-

planten Maßnahmen schon 1983 zu Buche schlagen werden, läßt sich noch schwer beurteilen. Wir haben in unsere Schätzung eingesetzt, daß ein nicht unwesentlicher Teil der steuerlichen Entlastungen von den Unternehmen bald zu Investitionen genutzt wird.

All dies mag nicht ausreichen, einen steilen Anstieg der Investitionen zu bewirken, wie er für einen kräftigen Aufschwung typisch ist. Schwach werden noch die Impulse sein, die von der Weltwirtschaft ausgehen und negativ sogar die Einflüsse vom privaten Verbrauch. Wir gehen davon aus, daß die realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahre 1983 um nicht mehr als 3 vH höher sein werden als 1982 und damit immer noch niedriger als 1981.

25. Während bei den Ausrüstungsinvestitionen der Zeitpunkt der Umkehr bislang noch nicht sicher abzuschätzen ist, zeichnet sich diese bei den Bauinvestitionen schon in den Konjunkturindikatoren ab. Die Auftragsvergabe an das Bauhauptgewerbe zeigt seit Anfang des Jahres insgesamt eine steigende Tendenz, am deutlichsten beim Wohnungsbau sowie beim öffentlichen Tiefbau, weniger deutlich beim gewerblichen Hochbau; im übrigen läßt sich noch keine Besserung erkennen. Freilich ist das Niveau der Aufträge noch immer niedrig; setzt man auf eine weitere Belebung des Auftragseingangs, so dürfte das fürs erste ausreichen, die Bauwirtschaft zumindest ein Stück aus der Talsohle herauszuführen.

— Mit einer verstärkten Nachfragebelebung rechnen wir insbesondere beim Wohnungsbau. Impulse erwarten wir von den in Aussicht gestellten Fördermaßnahmen, aber auch von weiter sinkenden Hypothekenzinsen; erfahrungsgemäß zieht die stark zinsabhängige Nachfrage schon früh an und nicht erst bei Erreichen viel niedrigerer Zinsen. Ein Grund dafür ist, daß viele Bauherren die günstigen Preise und die kurzen Baufristen nutzen, die die Bauwirtschaft bei unausgelasteten Kapazitäten bietet.

— Nicht so günstig ist die Lage beim gewerblichen Bau einzuschätzen; mit einem deutlichen Anstieg wie beim Wohnungsbau rechnen wir hier zunächst noch nicht. Zwar sind auch für die gewerblichen Investoren niedrigere Zinsen ein wichtiger Faktor im Investitionskalkül, entscheidend sind aber letztlich die Umsatz- und Ertragserwartungen, vor allem auf mittlere und längere Sicht.

— Etwas Hoffnung auf Besserung gibt es bei der Baunachfrage der öffentlichen Hand. Die prekäre Lage der öffentlichen Haushalte läßt zwar nicht viel Spielraum erkennen; bisherigen Absichtserklärungen zufolge dürfte der Bund aber bemüht sein, im Zusammenwirken mit den Ländern mehr öffentliche Investitionen zu ermöglichen. Das könnte den Rückgang der staatlichen Bauinvestitionen abfangen und aufs Jahr gesehen einen Anstieg möglich machen.

Falls der Staat seine Investitionsausgaben tatsächlich nicht weiter kürzt, sondern sogar etwas ausweitet, darf man einen Produktionsanstoß erwarten, der nach fast dreijährigem Schrumpfen zusammen mit der Entwicklung im Wohnungsbau und im gewerblichen Bau immerhin eine Rückkehr auf das Produktionsniveau des Jahres 1981 ermöglichte. Damit wäre jedoch allenfalls die Hälfte des Produktionsrückgangs ausgeglichen. In unserer Rechnung haben wir angenommen, daß die realen Bauinvestitionen im Jahre 1983 um rund $5^1/_2$ vH den Vorjahresstand überschreiten, verglichen mit einem Rückgang von 6 vH in diesem Jahr.

26. Zur wirtschaftlichen Belebung gehören auch kaufbereite Verbraucher. In den ersten acht Monaten dieses Jahres haben die privaten Haushalte einen größeren Teil ihres Einkommens gespart als sonst üblich. Die Sorge um den Arbeitsplatz hat offensichtlich die Kaufbereitschaft gedämpft. Vor allem Anschaffungen, die mit größeren finanziellen Verpflichtungen verbunden sind, wurden vertagt. Nicht einmal das Angebot attraktiver Zinsen, mit denen etwa Hersteller von Automobilen potentielle Käufer aus der Reserve locken wollten, brachte den gewünschten Erfolg. In den jüngsten Umfragen deutet sich noch kein Stimmungsumschwung an; die Verbraucher sind unvermindert skeptisch.

Was die privaten Haushalte im kommenden Jahr für den Verbrauch ausgeben können und was sie ausgeben werden, läßt sich derzeit nicht sicher sagen. So, wie wir die wirtschaftliche Entwicklung einschätzen, gibt es wohl keinen großen Spielraum für Einkommenssteigerungen. Nicht zuletzt wegen der geplanten Kürzung bei den Transfereinkommen und wegen Steuererhöhungen wird das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte noch einmal langsamer zunehmen — wir veranschlagen für 1983 einen Zuwachs von 2 vH nach 4 vH im Jahre 1982.

Viel kommt darauf an, ob die privaten Haushalte ihre Verbrauchsausgaben stärker ausweiten, als ihre Einkommen steigen. In der Tat haben wir angenommen, daß es im Verlauf des Jahres 1983 zu einer Rückbildung der hohen Sparquote kommt, wenn auch nicht sofort. Die Daten vom Arbeitsmarkt werden vorerst noch düsterer ausfallen als bisher schon; wegen der Sorgen um die künftigen Einkommenschancen werden Kaufpläne eher vertagt. Später dürfte es aber zu einer gewissen Normalisierung des durchschnittlichen Sparverhaltens kommen, zum Teil deshalb, weil der geringe Anstieg der verfügbaren Einkommen die Sparfähigkeit vieler privaten Haushalte einschränkt. Des weiteren gehen wir davon aus, daß die um ein halbes Jahr verzögerte Anpassung der Rentenzahlungen und anderer sozialer Leistungen nicht unmittelbar zum Anlaß genommen wird, die Verbrauchsausgaben entsprechend anzupassen. Für einen Teil der Haushalte könnten zudem sinkende Zinsen einen Anreiz bieten, weniger zu sparen und sich stärker zu verschulden.

Nimmt man alle Einflußfaktoren zusammen, wird der private Verbrauch, in konstanten Preisen gerechnet, 1983 erneut schrumpfen; mit rund 1 vH wird der Rückgang freilich nicht ganz so stark sein wie 1982. Positiv schlägt zu Buche, daß mit einer weiteren deutlichen Minderung des Preisanstiegs auf der Verbraucherstufe gerechnet werden kann.

27. Nicht alles, was an Nachfrage auf die Unternehmen zukommt, wird unmittelbar zu Produktion, und nicht alles, was produziert wird, wird sogleich abgesetzt. Bei wirtschaftlicher Erholung steigern normalerweise lagerzyklische Einflüsse die Produktion; die Unternehmen füllen die Läger an Vorprodukten und Fertigwaren wieder auf. So weit scheinen wir noch nicht zu sein. Der Abbau der überhöhten Lagerbestände dauert noch an. Im Verlauf des Jahres 1983 wird es jedoch zu einer mäßigen Aufstockung der Läger kommen.

28. Lagereinflüsse berühren nicht nur die heimische Produktion, sondern auch die Wareneinfuhr, vor allem die Einfuhr von Rohstoffen. Auch hier gibt es keine überzeugenden Gründe, daß es 1983 zu einem größeren Lageraufbau kommt; schon gar nicht zu einem spekulativen. Damit wäre nur zu rechnen, wenn sich Erwartungen einstellen würden, daß die Preise für Industrierohstoffe alsbald kräftig anziehen. Der Anstieg der Fertigwareneinfuhr wird gleichfalls nicht über das hinausgehen, was aufgrund der zunehmenden Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung zu erwarten ist. Ausschlaggebend für die Entwicklung der Fertigwareneinfuhr ist der private Verbrauch, von ihm werden keine Impulse kommen.

Dennoch wird zumindest die rund dreijährige Phase stagnierender Einfuhr zu Ende gehen, wenn einzelne Bereiche erst einmal ihren Produktionstiefpunkt überwunden haben und nach und nach andere hinzukommen. Im Jahre 1983 dürfte die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen dem Volumen nach um 2 vH höher sein als im Jahre 1982.

29. Bei unseren Annahmen über die Entwicklung von Mengen und Preisen im Außenhandel wird sich die Leistungsbilanz weiter verbessern, wenn auch nicht im gleichen Tempo wie bisher. Wir erwarten für nächstes Jahr einen Überschuß in der Größenordnung von 5 Mrd DM, nach einer nahezu ausgeglichenen Leistungsbilanz in diesem Jahr. Die Einfuhrpreise dürften zwar nicht noch einmal schwächer ansteigen als die Ausfuhrpreise, von der außenwirtschaftlichen Seite sind aber weiterhin preisdämpfende Einflüsse angelegt.

30. Dem Ziel der Preisniveaustabilität kommt die deutsche Wirtschaft im nächsten Jahr damit ein entscheidendes Stück näher. Wir erwarten, daß die Verbraucherpreise im Jahresverlauf nur noch mit einer Rate von reichlich 3 1/2 vH steigen, und haben dabei unterstellt, daß die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer zu ihrem überwiegenden Teil auf die Verbraucher überwälzt wird. Im Jahre 1983 wird die Preissteigerungsrate immerhin nicht viel weniger als 4 vH betragen. Davon geht die Hälfte auf den Preisanstieg im zweiten Halbjahr des Jahres 1982 zurück; am Jahresende 1982 dürfte der Preisindex nämlich um fast 2 vH über dem Jahresdurchschnitt 1982 liegen. Unsicher sind die Ansätze für den Anstieg der in unterschiedlicher Weise vom Staat beeinflußten Preise. So ist beispielsweise noch nicht abzusehen, wie stark die Gemeinden angesichts ihrer Finanzierungsschwierigkeiten die Gebühren anheben werden oder welche Auswirkungen eine Lokkerung des Mietrechts hat.

Der Prognose liegt ferner die Annahme zugrunde, daß die Preise für Heizöl und Benzin im nächsten Jahr nicht oder nicht nennenswert steigen werden. Bei der schlechten wirtschaftlichen Lage in den westlichen Industrieländern sind eher weiter nachgebende Rohölpreise zu erwarten.

31. In den Tarifverhandlungen wird die erwartete Preissteigerungsrate eine wichtige Rolle spielen. Die Gewerkschaften haben erkennen lassen, daß es auch 1983 für sie vorrangig um einen Inflationsausgleich geht. Freilich ist die künftige Preissteigerungsrate nicht einfach vorgegeben. Sie wird vielmehr auch von der Höhe der Tarifabschlüsse mitbestimmt, auf die sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigen.

Wir haben die Erwartung, daß sich die Tarifparteien auf niedrige Zuwachsraten einstellen. Steht Reallohnsicherung im Vordergrund und wird die Preissteigerung nicht überschätzt, so bleibt Raum für eine weitere deutliche Korrektur des Kostenniveaus. Der Produktivitätszuwachs würde dann den Unternehmen zufallen. Aus unserer Prognose ergibt sich, daß die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Jahre 1983 eine stärkere Verbesserung aufweisen werden als 1982. Die Maßnahmen zur Investitionsförderung, die Investitionszulage ebenso wie die geplanten Steuererleichterungen, werden neben der üblichen Verzögerung in der Anpassung der Steuervorauszahlungen dazu führen, daß die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen noch kräftiger steigen. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit werden nur wenig zunehmen, in der Summe um etwa 2 1/2 vH, je Beschäftigtenstunde um etwa 4 vH. Noch geringer ist der Anstieg der Nettoeinkommen. Das liegt an der progressiven Belastung durch die Lohnsteuer und an der Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Auch die geplante obligatorische Anleihe ist hier wie eine Steuer gebucht.

Sehen muß man, daß auch die günstige Entwicklung der Gewinne und Vermögenseinkommen nicht fest programmiert ist. Sie ist nicht zuletzt Ausdruck der Anfangsphase einer wirtschaftlichen Erholung, die das zweite Halbjahr 1983 bringen könnte. Fehlen die Bedingungen hierfür, so kommt es weder zu der Produktionsentwicklung noch zu der Gewinnentwicklung, die unsere Prognose hinsichtlich des Verlaufs im Jahre 1983 kennzeichnen.

Die rechnerische Produktivitätssteigerung, die bei der niedrigen Kapazitätsauslastung derzeit möglich ist, veranschlagen wir auf etwa 2 1/2 vH. Ein größerer Zuwachs würde sich ergeben, wenn die Unternehmen verstärkt Arbeitskräfte freisetzten oder wenn es zu einer stärkeren Produktionssteigerung käme, als für 1983 zum Bild unserer Prognose gehört.

32. Sehr ungünstig sind die Aussichten für den Arbeitsmarkt. Die Produktionsbelebung, die wir erwarten, ist vorerst noch zu schwach, als daß sie Entlastung bringen könnte. Die Beschäftigung wird den größten Teil des Jahres über weiter zurückgehen. Auch 1983 werden erneut Jugendliche in großer Zahl ins Erwerbsleben eintreten. Bei dem schwachen Wirtschaftswachstum werden also noch mehr Ar-

beitsuchende ohne Beschäftigung bleiben, als es jetzt schon der Fall ist.

Es ist allerdings nicht leicht, den weiteren Rückgang der Beschäftigung zu quantifizieren. Die verbreitete Formel, Veränderung der Produktion minus Veränderung der Produktivität gleich Veränderung von Arbeitszeit und Beschäftigung, hat keinen prognostischen Wert; die Unternehmen nehmen mit ihrem Beschäftigungsverhalten selbst Einfluß auf Produktion und Produktivität, und ihre Produktionsentscheidungen schlagen sich nicht nur in veränderter Beschäftigung, sondern auch in veränderter Produktivität nieder.

33. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit gibt ein ziemlich verläßliches Bild von den großen Problemen am Arbeitsmarkt, wenngleich viele, die entlassen werden, nach einiger Zeit die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgeben, andere in den Ruhestand treten. Wir gehen davon aus, daß die von Saisoneinflüssen bereinigte Arbeitslosenzahl bis weit ins nächste Jahr hinein steigt, wenn auch nicht mehr im gleichen Tempo wie bisher. Für das Jahr 1983 rechnen wir im Durchschnitt mit 2 1/4 Millionen Arbeitslosen, das sind rund 400 000 mehr als im Jahre 1982. Die Arbeitslosenquote, gemessen an den abhängigen Erwerbspersonen, erhöht sich somit von 7 1/2 vH auf knapp 9 1/2 vH; gemessen an der Anzahl aller Erwerbspersonen ergibt sich für 1983 eine Quote von 8 vH.

In den Wintermonaten kann die Arbeitslosenzahl sogar auf 2 1/2 Millionen ansteigen, vor allem bei ungünstiger Witterung, wenn die Produktion in den Außenberufen stark beeinträchtigt wird; die saisonale Arbeitslosigkeit bildet sich jedoch im Frühjahr wieder rasch zurück.

34. Bei den derzeit erkennbaren Nachfragetendenzen gibt es vorerst keinen großen Anreiz für eine Ausweitung der Produktion. Bis in die erste Jahreshälfte 1983 hinein werden Enttäuschungen das Bild bestimmen. Beruhigen kann allenfalls, daß es voraussichtlich wieder aufwärts geht.

Die Prognosetabelle bringt allerdings unsere Vorstellung von der Entwicklung der Produktion im Verlauf des kommenden Jahres nicht angemessen zum Ausdruck. Die dort ausgewiesene Rate gibt für das reale Sozialprodukt den Zuwachs im Jahresdurchschnitt an. Wir veranschlagen diesen für das Jahr 1983 auf 1 vH; darin spiegelt sich zum Teil der Produktionsrückgang der letzten Monate, also die ungünstige Ausgangsposition am Jahresende 1982. Der Anstieg im Jahresverlauf 1983 wird damit etwas unterzeichnet.

Eine ungünstigere Alternative

35. Wegen der großen Risiken, die der Bundesrepublik von der Weltwirtschaft her drohen, haben wir eine Alternative durchgerechnet, die von dem abweicht, was derzeit unsere beste Setzung ist. Abweichend von unserer Prognose, die für das Jahr 1983 einen Anstieg des Sozialprodukts um 1 vH ausweist, haben wir angenommen:

— Die Finanzprobleme mehrerer Schuldnerländer spitzen sich zu. Protektionistische Maßnahmen greifen stärker um sich. In wichtigen Partnerländern und auch in den Vereinigten Staaten bleiben Auftriebskräfte aus. Der Welthandel stagniert das Jahr über. Die deutsche Ausfuhr löst sich nicht von dem im zweiten Halbjahr 1982 erreichten niedrigen Niveau.

— Die anhaltende Exportschwäche drückt auf die Geschäftserwartungen der Unternehmen, die ihre Investitionen das Jahr über weiter einschränken, die Käufe von Ausrüstungsgütern ebenso wie die Errichtung von Betriebsgebäuden. Auch im Wohnungsbau, für den wir in unserer Prognose eine eher zuversichtliche Einschätzung haben, dürften Projekte aufgegeben oder vertagt werden.

— Die Wirtschaftspolitik behält ihren Kurs bei, das gilt für die Geldpolitik wie auch für die Finanzpolitik. Mehrausgaben und Steuerausfälle, die sich infolge der weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage ergeben, werden mit Krediten finanziert.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte unter diesen Annahmen das Jahr über weiter sinken. Im Jahresdurchschnitt könnte sie um mehr als 1 vH niedriger sein als 1982. In einer Situation anhaltend ungünstiger Produktionserwartungen steht ein noch stärkerer Beschäftigungsabbau als in diesem Jahr zu erwarten. Dieser schwierigen Lage dürften die Lohnabschlüsse Rechnung tragen.

Unter dem Eindruck, daß sich die Bundesrepublik der weltweiten Wachstumsschwäche nicht entziehen kann, werden sich die Verbraucher, anders als in unserer Prognose vor allem für das zweite Halbjahr angenommen, wohl kaum dazu entschließen, ihre Ausgaben stärker auszuweiten, als ihr verfügbares Einkommen zunimmt. Die Sparquote sinkt also nicht. Selbst eine etwas stärkere Beruhigung der Verbraucherpreise, als sie der Prognose zugrundeliegt, könnte nicht verhindern, daß der private Verbrauch preisbereinigt ebenso stark zurückgeht wie im Jahre 1982. Unter den Annahmen, die dieser Alternativrechnung zugrunde liegen, ergibt sich für den Arbeitsmarkt ein düsteres Bild. Weil der Beschäftigungsabbau sich im Verlauf des Jahres nicht von Vierteljahr zu Vierteljahr abschwächt, sondern nahezu unvermindert anhält, steigt die Arbeitslosenzahl unaufhaltsam an, noch stärker als in diesem Jahr. Von Januar bis Dezember wären durchschnittlich fast 300 000 Arbeitslose mehr zu verzeichnen als derzeit unserer besten Setzung entspricht; dies bedeutet 2 1/2 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt.

36. Für die öffentlichen Haushalte bliebe das nicht ohne Konsequenzen. Die Arbeitslosenversicherung braucht höhere Zuschüsse. Die Steuerausfälle summieren sich auf etliche Milliarden D-Mark. Wenn es tatsächlich statt einer Zuwachsrate für das Sozialprodukt von 1 vH einen Rückgang ähnlichen Ausmaßes geben sollte, lägen die zusätzlichen Fehlbeträge in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden vermutlich in einer Größenordnung von 15 Mrd DM.

37. Aus heutiger Sicht ist das Bild, das diese Alternative zeichnet, nicht dasjenige, an dem sich die Wirtschaftspolitik und andere Akteure in der Volkswirtschaft mit ihren Erwartungen in erster Linie orientieren sollten. Obwohl wir eine solche Entwicklung nicht für die wahrscheinlichste halten — diese wird durch unsere Prognose beschrieben — ist sie angesichts der komplizierten weltwirtschaftlichen Situation auch nicht besonders unwahrscheinlich. Die Wirtschaftspolitik bei uns und anderwärts muß helfen, sie nach Möglichkeit auszuschließen.

III. Fortbestehende Probleme

38. Kein Land — auch die Bundesrepublik nicht — kann bei der Vorstellung stehenbleiben, daß seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu einem großen Teil in der tiefgreifenden Schwäche der Weltwirtschaft wurzeln. Dies schon deshalb nicht, weil es keine ausreichenden Gründe gibt, darauf zu vertrauen, die Weltwirtschaft werde sich alsbald von selbst erholen. Die Weltwirtschaft kann vom Rande einer Krise nur zurückgeholt werden, wenn eine größere Anzahl von Ländern wirksamere Anstrengungen unternimmt, sich selbst zu helfen (freilich ohne Protektionismus), und zwar ganz unabhängig davon, wie groß im einzelnen Land jeweils der Anteil der selbst zu verantwortenden Probleme ist.

39. Obwohl die Gefahr zu bedenken ist, daß die Weltwirtschaft aus der Phase einer überaus hartnäckigen Stockung noch in einen sich selbst verstärkenden Abschwungsprozeß gerät, ist doch die Einsicht nötig, daß die gegenwärtige Entwicklung nicht in erster Linie Ausdruck eines normalen zyklischen Auf und Ab der Weltwirtschaft ist, nur eben mit einer etwas verlängerten Stockungsphase, im wesentlichen zu bekämpfen mit nachfragepolitischen Mitteln, sondern daß der Kern der Probleme in konstitutionellen Schwächen einer allzu großen Anzahl von Ländern besteht.

Die Anpassung der Weltwirtschaft an die große Ölverteuerung ist nicht so weit vorangekommen, wie es scheinen mag. Die Einnahmeüberschüsse der Ölförderländer sind zwar weitgehend beseitigt, aber nicht zuletzt durch eine Kontraktion der Weltwirtschaft und die mit ihr einhergehende Minderung der Ölnachfrage. Und der Rückfluß eines großen Teils des riesigen in den vergangenen Jahren von den Ölförderländern gebildeten Kapitals hat in den Einfuhrländern nicht in erster Linie der Finanzierung produktiver Investitionen zur strukturellen Anpassung gedient, wie es wünschenswert, ja nötig gewesen wäre, sondern zu einem großen Teil der Finanzierung von Defiziten, die in zu hoch gewordenem Konsum wurzeln.

Ebensowenig gelöst sind in den meisten Ländern die Probleme der Anpassung an die auch im übrigen veränderten Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung. Die aufgestauten Anpassungsprobleme lassen in den Industrieländern die Neigung immer größer werden, sich der wachsenden Konkurrenz auf Märkten, die sie für ihre angestammten halten, durch zunehmenden Protektionismus zu erwehren, zum Schaden aller. Die Dynamik der Weltwirtschaft erlahmt auch deshalb.

Mit wachsendem Reichtum ist die Flexibilität, mit der die Industrieländer auf veränderte Bedingungen zu reagieren hätten, über die Jahre unzureichend geworden, die Flexibilität der Einkommensansprüche, die Flexibilität der Ansprüche an den Staat, die Flexibilität in den Unternehmen und am Arbeitsmarkt. Eine Wirtschaftspolitik des überzogenen Intervenierens hat dem Prozeß der Verkrustung zusätzlich Vorschub geleistet. Ihr Beiprodukt sind Inflationsprobleme, die sich so verhärtet haben, daß jetzt selbst nach der Desillusionierung über die Möglichkeiten, durch Inkaufnahme von Inflation Anpassungsaufgaben zu lösen, keine rasche Gesundung möglich ist, schon gar nicht, nachdem die Ölverteuerung gerade in den inflationsanfälligen Ländern die überkommenen Stabilisierungsprobleme erst einmal vergrößert hat.

40. Diese Ursachen der kritischen weltwirtschaftlichen Situation machen verständlich, warum alle großen internationalen Organisationen sich dafür ausgesprochen haben, daß nach wie vor die Aufgabe der strukturellen Anpassung sowie der Inflationsbekämpfung Vorrang haben muß und daß sie sich gegen die Neigung wenden, die bedrückenden Probleme der weltweiten Arbeitslosigkeit am Symptom zu bekämpfen, durch billiges Geld, durch noch mehr Staatsausgaben, finanziert durch noch mehr Staatskredite, notfalls internationale Kredite, neu geschaffene internationale Liquidität. Die Risiken gering achten, die den Pfad der unvermeidlichen Konsolidierung begleiten, bedeutet das nicht.

Etliche Länder gleichen sanierungsreifen Unternehmen. Sie erhalten keinen Kredit mehr und sollten keinen mehr erhalten ohne verläßliche Sanierungsentscheidungen. Die Tatsache, daß das Erreichen oder gar Überschreiten von Grenzen der Kreditfähigkeit nicht mehr nur einen Einzelfall darstellt, ist freilich bedrückend. Betroffen sind auch die wenigen Gesunden. Ihre Lage gleicht der einer Bank, die gern Kredite geben möchte, weil sie etwas verdienen möchte, aber nun keine kreditwürdigen Kunden mehr findet. Die Exportwirtschaft aller Länder ist ja unter anderem darauf aufgebaut, daß ihre Kunden kreditwürdig bleiben. Das Erlahmen der Weltwirtschaft im ganzen forciert überdies den Prozeß, der mehr und mehr Unternehmen und ganze Länder an die Grenzen ihres Kredits treibt. Schließlich: Die hohe Interdependenz im internationalen Finanzsystem läßt manchen an die Möglichkeit eines weltweiten Kollaps nach Art der frühen dreißiger Jahre denken. Trotz des Vorrangs der Konsolidierungsanstrengungen ist daher viel Wachsamkeit nötig, ebenso wie die Bereitschaft und Fähigkeit der Zentralbanken und der internationalen Organisationen, notfalls rechtzeitig Sicherheitsnetze aufzuspannen. Die bestehenden Formen der internationalen Kooperation zwischen Kreditbanken, Zentralbanken und in den internationalen Organisationen haben sich als belastbar erwiesen, und es ist wohl auch Vorsorge für weitere Belastungen getroffen. Doch nicht für alle denkbaren Zuspitzungen einer Finanzkrise

scheint schon ausgedacht, wie man ihrer Herr zu werden hätte.

Begründet und nötig ist umgekehrt aber auch der Appell an die international tätigen Banken, aus einer in der Vergangenheit möglicherweise zu großen Sorglosigkeit nun nicht in das andere Extrem übergroßer Vorsicht zu verfallen. Denn wo immer in der Welt nicht Mangel an rentablen Investitionsprojekten die Investitionstätigkeit limitiert, bedeutet jede vermeidbare Verweigerung von Kredit einen Beitrag zur Verlängerung oder Verschärfung der weltweiten Wirtschaftsschwäche, und zwar deshalb, weil es — anders als in normalen Zeiten — genügend andere Investitionsprojekte, denen sich furchtsames Kapital zuwenden könnte, derzeit nicht gibt.

Von den weltweiten Finanzmarktstörungen her gesehen verdient die Wirtschaftsschwäche der Welt durchaus den Namen einer Konsolidierungskrise. Daß in so großem Umfang Staatsverschuldung die Kapitalbildung in der Welt aufsaugt, ist Ausdruck dieser Schwäche und um so beunruhigender, je länger dieser Zustand dauert. Das Kapital muß wieder mehr in produktive Nutzung gelenkt werden.

41. Es ist eine alte Einsicht, daß man auf die Dauer nicht mehr verbrauchen kann, als man produziert, und daß man wenig produziert, wenn sich das Produzieren zu wenig lohnt. Sie ist im Grunde auch nicht umstritten. Es ist vielmehr die offensichtliche Tatsache, daß in unserem Land wie anderwärts die Produktion der Volkswirtschaft weit hinter deren Produktionsmöglichkeiten zurückbleibt, daß Produktionsanlagen still stehen und Menschen arbeitslos sind — in den OECD-Ländern sind es derzeit 30 Millionen —, welche vielen, auch vielen Politikern, die Einsicht schwer macht, verständlicherweise schwer macht, die Lösung der wirtschaftlichen Probleme müsse darin gesucht werden, daß sie selbst — und der Staat — ihre Ansprüche einschränken, während doch umgekehrt mehr Nachfrage und also — so der etwas vorschnelle Schluß — höhere Ansprüche erwünscht seien. In der Tat ist mehr Nachfrage erwünscht, ja notwendig, freilich nur mehr Nachfrage, die direkt oder indirekt (etwa umverteilt durch den Staat) aus Leistungseinkommen erwächst — aktuellem wie erwartetem marktgerechtem Einkommen; sie allein macht mehr Produktion dauerhaft rentabel. Nachfrage, die aus Staatskrediten erwächst, hinter denen keine zu erwartenden Steuermehreinnahmen stehen (wie es bei Ausgaben für produktive Investitionen, öffentlichen oder privaten, der Fall wäre) oder aus Lohnsteigerungen, hinter denen keine Produktivitätssteigerung steht, gleicht Wohltaten, die der solchermaßen Bedachte selbst zu bezahlen hat, jedenfalls auf die Dauer — durch höhere Abgaben, durch Inflation. Staatskredite zur Finanzierung von Konsum, staatlichem oder privatem, sind allenfalls vorübergehend unbedenklich, zur Behebung einer Vertrauensstörung etwa, in die der Staat nicht einbezogen ist. Eine solche Vertrauensstörung kann auch darin bestehen, daß die Menschen in der Breite ihre künftig erzielbaren Einkommen aus konjunkturellen Gründen, insoweit also temporär, unterschätzen. Konsum auf der Basis von dauerhaften Staatskrediten hingegen überbrückt nicht eine temporäre Rentabilitätslücke, sondern täuscht dauerhafte Rentabilität vor, die sich früher oder später als Illusion erweist. Und eben dies ist die Situation in vielen Ländern heute. Dauerhafte Staatsdefizite, hinter denen letztlich Konsum steht, machen — aus dem Kreislaufzusammenhang der Wirtschaft heraus — die gegenwärtige Produktion teilweise erst rentabel, verdecken aber im Grunde eine Rentabilitätslücke, sei diese nun entstanden durch zu hohe Löhne, zu hohe staatliche Abgaben und Auflagen, hohe Zinsen und/oder stark gestiegene Importpreise. Die Illusion hat gehalten, solange die Neigung vorherrschte, die künftige Last eines unfundierten Kapitaldienstes aus dem Bewußtsein zu verdrängen. Ein jahrelang sehr rascher Anstieg der Staatsverschuldung hat in vielen Ländern — vor allem aber an den internationalen Kapitalmärkten — diese Illusion aufgebraucht. Nüchternheit ist jetzt nötig. Es gibt kein Rezept für eine schmerzfreie (Rück-)Anpassung. Der Entzug der unfundierten Rentabilitätshilfen — kreditfinanzierten Staatsausgaben für Konsumzwecke — macht die Rentabilitätslücke zunächst einmal offenbar. Einkommensvorstellungen und Ansprüche an den Staat müssen auf das zurückgenommen werden, was der Markt unter den veränderten Bedingungen dauerhaft hergibt, um die Rentabilitätslücke zu schließen. Der Anpassungsprozeß über Zinsen, Preise und Löhne braucht Zeit. Seine Funktion ist es, die Produktion wieder auf Konsumwünsche einzustellen, die in Einkommen wurzeln, nicht in Krediten. Das alles kann heißen, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion erst einmal sinken muß, bevor sie wieder steigen kann. Es muß es freilich nicht heißen. Dies ist eine Frage der Flexibilität, vor allem eine Frage der Schnelligkeit, mit der im investiven Bereich die verbesserten echten Rentabilitätschancen — verbessert durch reale Kostensenkung via Reduktion des für Arbeitsleistung geforderten realen Entgelts und Reduktion der mit der Hoheitsgewalt des Staates geltend gemachten Ansprüche — erkannt und genutzt werden. Bei der Reduktion staatlicher Ansprüche geht es nicht in erster Linie um eine Senkung von Steuern und Abgaben, sondern, jedenfalls in den meisten Ländern, um eine Umstrukturierung des Steuersystems und einen Stopp für den Anstieg der Abgabenlast im ganzen, und nicht nur um eine Eindämmung der Staatsausgaben, sondern auch um deren Umstrukturierung.

Das Kaufkraftargument in bezug auf Löhne wie auf Transfereinkommen und sonstige Staatsausgaben, das häufig in diesem Zusammenhang vorgebracht wird, krankt — in seiner einfachen Fassung — an der Vernachlässigung der Kostenseite. Was vielen zu begreifen schwerfällt: Bei reduzierten individuellen Einkommensforderungen und staatlichen Ansprüchen, bei günstigeren Kostenverhältnissen der Unternehmen also, ist im Prinzip mehr Produktion rentabel, und damit ist mehr Beschäftigung, mehr Einkommen und daraus in der Summe mehr Konsum möglich und auf die Dauer auch zu erwarten als bei höheren Forderungen, sprich Kosten. Zu hohe Forderungen an das Verteilbare verhindern, daß das Verteilbare überhaupt entsteht.

Es gibt selbstverständlich auch Probleme der Nachfrageseite, die sich verselbständigen können. Fehler der Politik und schockartige Veränderungen der Marktbedingungen sind die wichtigsten Ursachen. Es ist sicherlich nicht ein fundamentaler Mangel an Neigung zum Konsumieren, an dem die Welt leidet. (Das hindert nicht, sich gegenwärtig vielerorts durchaus mehr Mut zum Konsumieren zu wünschen.) Viele Länder sehen aber nach Jahren der vornehmlich nachfragepolitischen Reaktion auf ihre Probleme, auch auf diejenigen, die gar nicht in Nachfragestörungen, sondern in Störungen der Angebotsseite und in früheren Fehlern der eigenen Politik wurzeln, keinen Spielraum mehr für weitere nachfragepolitische Maßnahmen, häufig genug schon deshalb nicht, weil anhaltende Leistungsbilanzdefizite oder Überschuldung, Folgen der unentwegten Fehlreaktion, ihren internationalen Kredit verdorben haben.

Daß Einkommenswünsche sich als zu hoch erweisen, obwohl sie aktuell gar nicht mehr gesteigert werden und in vielen Ländern sogar eine Reduktion der Realeinkommen hingenommen worden ist, kann mehrere Ursachen haben. Ansprüche, die einmal vertretbar waren, können falsch werden, weil die Produktions- und Wachstumsbedingungen sich verschlechtert haben, die Ansprüche jedoch auf die Erwartung unverminderten Wachstums gegründet sind — dies das Problem wichtiger Regelungen im Bereich der Sozialleistungen. Das Problem kann jedoch auch darin liegen, daß die Ansprüche in der Vergangenheit übermäßig gesteigert worden sind, ohne daß sich die negativen Folgen für Produktion und Beschäftigung sofort zeigten, sei es, weil diese Folgen eine Zeitlang durch Defizitpolitik des Staates kompensiert werden konnten, sei es, weil die positiven Beschäftigungseffekte von Rationalisierungsinvestitionen, mit denen die Unternehmen den Kostendruck zu mildern suchen, eine Zeitlang dominant waren gegenüber den dauerhaft negativen Effekten der auch nach der Rationalisierung übrig gebliebenen Kostensteigerung. Früher oder später wird eine Arbeitsplatzlücke sichtbar. Eher später. Es geht hier offensichtlich um Krankheiten, deren Inkubationszeit sehr lange dauern kann.

42. Über die in der Ziffer 41 zum Ausdruck kommende Grundposition konnte im Rat keine Einigkeit erzielt werden. Ein Mitglied des Rates, Hans-Jürgen Krupp, teilt die in dieser Ziffer vorgetragenen Argumente nur zum Teil. Auch dort, wo er ihnen zustimmt, ist er nicht der Meinung, daß sie von zentraler Bedeutung sind, wenn es darum geht, die Wachstumsschwäche der letzten Jahre zu erklären. Die unterschiedlichen Positionen zu diesem Thema werden in ausführlicher Form im Jahresgutachten behandelt werden.

43. Immerhin, nicht in allen Ländern in gleichem Maße bleibt die Flexibilität der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik hinter dem zurück, was die in der Vergangenheit aufgestauten Probleme und die Herausforderungen der letzten Jahre verlangen. Möglicherweise gibt es inzwischen auch eine Gruppe von Ländern, deren Konstitution für eine Strategie ausreicht, bei der das zeitweilige Verstärken von Rezessionsdruck nicht mehr Teil der Politik zu sein braucht, so daß eine weitere Verbesserung der Angebotsbedingungen oder auch die auf der Nachfrageseite gesetzten Impulse bald dominante Wirkungen zeitigen könnten: die Vereinigten Staaten, Japan, wo der Anteil der hausgemachten Probleme gering erscheint, die Bundesrepublik, die Schweiz und Österreich, vielleicht bald Großbritannien und auch die Niederlande. Verlaß ist auch allemal auf die Widerstandsfähigkeit und die verborgene Dynamik Italiens. Und nicht alle Länder der Dritten Welt haben solche Verschuldungsprobleme, wie sie auf den meisten Staaten Südamerikas lasten.

Für eine Wiederbelebung der Lokomotiventheorie, nun statt in nachfragepolitischer in wachstumspolitischer Wendung, reicht dies gewiß nicht aus. Aber für die Weltkonjunktur dürfte eine positive Entwicklung in diesen Ländern schon hilfreich sein. Die Hoffnung auf ein Parallelverhalten der Wirtschaftspolitik dieser Länder wird freilich noch überschattet von der bangen Frage, ob die Vereinigten Staaten die Spannung zwischen ihrer Geldpolitik und ihrer Finanzpolitik weiter vermindern können, eine Spannung, deren Zinswirkungen die Unternehmen der übrigen Länder teilweise noch stärker zu spüren bekamen als die der Vereinigten Staaten selbst (weil jene nicht von Steuersenkungen profitieren, wie sie in Amerika die restriktiven Wirkungen der hohen Zinsen mildern). Eine durchaus beträchtliche Senkung der Zinsen hat allerdings inzwischen weltweit stattgefunden. Dies gehört zu den Rahmenbedingungen, von denen man sich eine allmähliche Besserung der Lage versprechen kann.

44. Der wirtschaftlichen Konstitution der Bundesrepublik ist bei der diesjährigen Prüfung durch den Internationalen Währungsfonds wieder ein recht gutes Zeugnis ausgestellt worden, wenngleich mit deutlichen Einschränkungen in bezug auf die bekannten Schwächen, die es auch ihr erschweren, das im Zentrum stehende Problem hoher Arbeitslosigkeit unter den nun einmal gegebenen widrigen äußeren Umständen rasch zu verringern.

Immerhin: Die Geldentwertung geht zurück. Nach wie vor ist zwar der aktuelle wie der zu erwartende Anstieg des Preisniveaus zu hoch, doch die Gefahr einer binnenwirtschaftlichen Anpassungsinflation nach dem zweiten Ölpreisschock der Jahre 1979/80 und nach der außerordentlichen Schwäche der D-Mark an den Devisenmärkten im vergangenen Jahr ist überwunden. Überwunden ist auch das schwere Ungleichgewicht der Leistungsbilanz, das eine Zeitlang den wirtschaftspolitischen Bewegungsspielraum der Bundesrepublik nach innen wie nach außen stark eingeschränkt hatte. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft scheint nicht akut gefährdet, wenn auch bezweifelt wird, daß die Unternehmen für die Zukunft ausreichend Vorsorge getroffen haben. Was die Flexibilität in der Lohnpolitik angeht, so mag man sie hinsichtlich des Lohnniveaus derzeit für ausreichend halten, sicherlich nicht auch hinsichtlich der Lohnrelationen.

45. Die konstitutionellen Schwächen auch der Wirtschaft der Bundesrepublik sind, was die Hauptlinien angeht, im Grunde kaum umstritten.

Kaum umstritten ist,

— daß die Investitionskraft der deutschen Wirtschaft zu Besorgnis Anlaß gibt, die Kapitalstruktur der Unternehmen zumal, und daß die Verbesserung der Bedingungen für private Investitionen, auch erneut der steuerlichen Bedingungen, eine der zentralen Aufgaben der Wirtschaftspolitik ist,

— daß die laufende Neuverschuldung des Staates kräftig, wenn auch allmählich, reduziert werden muß,

— daß zu diesem Zweck die Expansion der konsumtiven Staatsausgaben eingeschränkt werden muß,

— daß hingegen die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und in das Humankapital, namentlich in Forschung und Entwicklung, erhöht und verstetigt werden müssen,

— daß das System der Sozialleistungen und deren Finanzierung an die neueinzuschätzende Tragfähigkeit des Erwerbssystems und die veränderte demographische Entwicklung angepaßt werden müssen und im Rahmen dessen gravierende Regelkreisstörungen beseitigt werden sollten,

— daß die Kumulation steuerlicher Abgaben, Sozialabgaben und sonstiger sozialer Lasten die frei verfügbaren Arbeitseinkünfte teilweise in einem Maße eingeengt hat, daß für die Grenzbelastung der Einkommen, so schwer das auch sein mag, nach wesentlichen Erleichterungen gesucht werden muß,

— daß ein Übermaß an Subventionen (die an die Stelle normaler Erträge treten), daß unzureichend begründete kostenwirksame Auflagen und sonstige Regulierungen sowie administrativ bestimmte Verzerrungen der Preisrelationen die Produktionsstruktur verfälschen, zu Verschwendung von Arbeit und Kapital führen, beziehungsweise Produktion und Beschäftigung schlicht verhindern.

Umstritten ist freilich,

— inwieweit das Streben nach einer Konsolidierung der Staatsfinanzen das Streben nach einem dauerhaft höheren Beschäftigungsstand zunächst einmal behindern muß und daher das Konsolidierungsziel vorerst zurücktreten sollte,

— wie weit auf längere Sicht die Einschränkung der laufenden Neuverschuldung des Staates und im Rahmen dessen die Beschränkung der öffentlichen Ausgaben oder die Erhöhung der Steuern zu gehen hat,

— wie stark verteilungspolitische und sozialpolitische Rücksichten alle beschäftigungspolitischen Entscheidungen mitzubestimmen haben,

— wie Solidarität und Subsidiarität neu auszutarieren sind und welchen Spielraum dabei eine stärkere Betonung des Subsidiaritätsprinzips und des Äquivalenzprinzips geben könnte und geben sollte, wenn es darum geht, die Dynamik der Sozialausgaben zu begrenzen.

46. Was den aktuell wichtigsten Streitpunkt angeht, die kurzfristig richtige Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, so herrscht inzwischen die Auffassung vor, daß die in den vergangenen Jahren enorm hohe Neuverschuldung des Staates und die Reaktion der Märkte hierauf den Spielraum des Staates, durch zusätzliche kreditfinanzierte Ausgaben die Beschäftigungsprobleme zu mildern, aufgezehrt haben. Allenfalls in einer Umstrukturierung der Haushalte läge danach noch Handlungsspielraum. Manche sehen ihn außerdem noch in Ausgaben, die durch Steuererhöhungen finanziert werden. Auch im Sachverständigenrat gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber (Ziffern 50 f.).

Im Jahresgutachten des vergangenen Jahres hat der Rat mit dem Konzept eines beschäftigungspolitischen Konsenses aufzuzeigen versucht, wie möglichst bald neuer Handlungsspielraum zu gewinnen wäre, ohne zunächst eine noch schwerere Rezession herbeizuführen. Durch verläßliche Festlegungen auf Konsolidierungsmaßnahmen per Termin, die mittelfristig eine Verringerung des strukturellen Defizits der öffentlichen Haushalte glaubwürdig machen, und durch mittelfristige Verabredungen in der Lohnpolitik, die eine Senkung des realen Kostenniveaus sicherer erscheinen lassen, sollte das Vertrauen an den Finanzmärkten zurückgewonnen werden, so daß die Basis gelegt wäre nicht nur für das Inkaufnehmen neuer konjunkturbedingter Defizite, sondern sogar für eine neue wachstumspolitische Initiative, mit der die öffentliche Investitionstätigkeit stabilisiert und für die privaten Investitionen eine dauerhafte steuerliche Entlastung eingeleitet werden könnte.

Die Gemeinschaftsinitiative für mehr Beschäftigung und die Operation '83 zur Sicherung des Bundeshaushalts haben offensichtlich diese Funktion nicht zu erfüllen vermocht. Der Handlungsspielraum der Finanzpolitiker ist nicht größer geworden. Im Gegenteil. Und nachdem die neuen konjunkturbedingten Defizite den Konsolidierungseffekt aus den Maßnahmen der Operation '82 fast eingeholt haben und die Gemeinschaftsinitiative wenig zu bewirken scheint, ist in diesem Herbst die Frage nach neuen Programmen, welche die Defizite zunächst noch einmal steigern würden, auch kaum noch gestellt worden (allenfalls die Frage nach Programmen, die durch Steuererhöhungen finanziert werden sollen). In der finanzpolitischen Diskussion über die Höhe der öffentlichen Defizite geht es jetzt selbst bei denen, die die Gefahr einer zu forcierten Konsolidierung besonders betonen, meist nur noch darum, ob wenigstens das Prinzip durchgehalten werden kann, daß man konjunkturbedingten Defiziten nicht mit Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen nachzulaufen hat.

47. Die Lehrbuchantwort ist hier ganz klar. Aber der Ratschlag, ihr zu folgen, fällt derzeit nicht leicht.

Nach dem Lehrbuch gilt: Wenn im Zuge einer wirtschaftlichen Abschwächung das Produktionspotential der Wirtschaft nicht mehr voll ausgelastet wird, nimmt der Staat weniger an Steuern ein und muß gegebenenfalls auch mehr an Ausgaben für Arbeitslose leisten. Eine solche konjunkturbedingte Mehrbelastung der Haushalte bedeutet aber nicht, daß sich der Staat nun nach der Decke strecken müßte und seinerseits seine Ausgaben zurückzunehmen hätte. Im Gegenteil: Wenn der Staat im Auf und Ab der konjunkturbedingten Auslastung der Produktionskapazitäten in der Wirtschaft an seinen Ausgabenplänen festhält und dafür in der Periode der Unterbeschäftigung Kredite aufnimmt, in der Periode der Vollbeschäftigung dagegen diese Schulden tilgt, trägt er zur Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung bei. Die in der Rezession zeitweise höhere staatliche Kreditaufnahme ist ohne überwiegend negative Rückwirkungen auf die privaten Ausgaben möglich. Die Zinsen würden zwar wegen der erhöhten staatlichen Kreditnachfrage weniger stark sinken, als sie es ohne dies wegen der konjunkturell verminderten privaten Kreditnachfrage täten. Das so bewirkte Abbremsen der Ausgleichskräfte des Marktsystems — weniger zusätzliche private Ausgaben, weil weniger überschüssiges Geldangebot auf den Markt drückt — würde aber weniger zu Buche schlagen, als es eine Reduktion der staatlichen Ausgaben täte, die dem Ausfall an Steuereinnahmen folgte. Als uneingeschränkt konjunkturgerecht gilt im allgemeinen auch, daß die Staatsausgaben bei einer Konjunkturschwäche nicht nur nicht eingeschränkt, sondern zumindest im Maße konjunkturell steigender Defizite der Arbeitslosenversicherung sogar erhöht werden, die Ausgabenseite der Staatshaushalte insoweit als einen expansiven Impuls setzt. Völlig unumstritten ist dies freilich schon nicht mehr; hier tritt der Staat — in antizyklischer Weise — für Ausgabenpläne von Privaten ein.

48. Skepsis, daß all dies gegenwärtig möglicherweise nicht mehr gilt, ist aus mehreren Gründen verständlich.

— Die Vorstellungen über Zinswirkungen und Verdrängungsmechanismen an den Finanzmärkten müssen die Erfahrung berücksichtigen, daß, wenngleich in empirisch schwer faßbarer Weise, Verunsicherung der Erwartungen der Kapitalanleger deren Verhalten sehr stark bestimmen kann. Dies gilt nicht zuletzt für das Verhalten ausländischer Anleger, deren Dispositionen auch auf die Entwicklung der Wechselkurse großen Einfluß haben und damit den Spielraum der Bundesbank mitbestimmen, ohne Furcht vor zu großen inflatorischen Impulsen aus dem Ausland einen neutralen Kurs der Geldmengenexpansion durchzuhalten. Auch der staatliche Kreditnehmer macht die Erfahrung, daß der Markt für D-Mark-Titel nicht beliebig auszudehnen ist, jedenfalls nicht zu einem unveränderten Zinssatz. Für die Frage einer Stabilisierung der Erwartungen — eine der zentralen Aufgaben der Wirtschaftspolitik — spielt offensichtlich eine große Rolle, ob nach Jahren ständig steigender öffentlicher Defizite den Versprechen der Regierungen, die Staatsfinanzen endlich in Ordnung zu bringen, nun auch ein Sinken der Defizite folgt oder nicht. Wenn trotz aller Konsolidierungsanstrengungen das Gesamtdefizit nicht merklich sinkt, weil dessen konjunkturbedingte Teile fast ebenso stark zunehmen, wie das strukturelle Defizit eingedämmt werden kann, so nagt dies an der Glaubwürdigkeit dieser Versprechen, gleichviel ob zu Recht oder zu Unrecht, verhindert Zinssenkungserwartungen, erzeugt Steuererhöhungserwartungen. Die Wohltat der Verstetigung der öffentlichen Ausgaben wird dann erkauft — zu teuer erkauft — mit einer Schädigung der zinsabhängigen Investitionen. Selbst wenn kurzfristig eine die Beschäftigung stützende Wirkung übrig bliebe: Die Schwächung der Investitionstätigkeit würde die Beschäftigungsprobleme auf mittlere Sicht nur verschärfen. Kurz, die negativen Rückwirkungen konjunkturbedingter öffentlicher Defizite können, wenn der Kredit des Staates weitgehend aufgebraucht ist, sehr viel größer sein, als üblicherweise angenommen wird. Veränderungen im Anlageverhalten der Geldvermögensbesitzer und im Investitionsverhalten der Unternehmen, die sich vom Verhalten des Staates und dessen tatsächlichen oder vermeintlichen Zinswirkungen bestimmen lassen, können die normalen Rückwirkungen vervielfachen (umgekehrt bei einer vertrauenerweckenden Politik auch sehr gering, ja sogar positiv werden lassen).

— Unabhängig von der Frage des Mißtrauens an den Märkten: Zum Begriff der konjunkturbedingten Defizite (und zu der Vorstellung, daß es weniger problematisch ist, sie in Kauf zu nehmen, als sie durch Reduktion der nichtkonjunkturbedingten Defizite — teilweise — zu kompensieren) gehört das Moment des Vorübergehenden, die Vorstellung, daß sie entweder von selbst oder aufgrund einer geschickten Wirtschaftspolitik bald verschwinden werden. Die langanhaltende wirtschaftliche Stockung, ohnehin nicht Teil des früher gewohnten zyklischen Auf und Ab, sondern überwiegend hartnäckigeren Ursachen zuzurechnen, läßt zögern, bei einem größeren Teil des gegenwärtigen Staatsdefizits dieses Moment des Vorübergehenden noch anzunehmen.

— Die Isolierung der konjunkturbedingten Teile eines öffentlichen Defizits von den nichtkonjunkturbedingten Teilen ist schon unter normalen Umständen nicht einfach, vor allem weil die Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials und dessen Normalauslastung nicht einfach ist. In Zeiten beschleunigter struktureller Anpassung (oder jedenfalls der Herausforderung hierzu) ist dies besonders schwer. Es gibt die Sorge, ein größerer Teil des vorhandenen Produktionsapparats, als in den üblichen Schätzungen angenommen wird, könnte in den vergangenen Jahren dauerhaft aus der normalen wirtschaftlichen Nutzung ausgeschieden, beziehungsweise technisch abgewertet sein. Dies würde bedeuten, daß mit einer bloßen Rückkehr zu einer normalen Auslastung des Produktionspotentials weniger zusätzliche Produktion, weni-

ger zusätzliche Einkommen und weniger zusätzliche Steuereinnahmen verbunden wären. Das strukturelle Defizit der öffentlichen Haushalte wäre größer als bisher geschätzt.

Aus alledem würde folgen: Dem Staate zu raten, seine konjunkturbedingten Defizite durchzufinanzieren, auch dann, wenn sich die Konjunkturflaute als hartnäckiger erweist als ursprünglich angenommen, darf nur als unbedenklich gelten, wenn nicht einerseits die konjunkturbedingten Defizite zu einem so hohen Sockel an weiterhin ungelöstem Konsolidierungsbedarf hinzukommen, daß die schiere Höhe des gesamten Finanzierungssaldos der öffentlichen Hand lähmend wirkt und die Rückkehr zur Vollauslastung der Kapazitäten behindert und wenn nicht andererseits gerade die Hartnäckigkeit der Stockungsphase Zweifel daran aufkommen läßt, ob es sich bei der Unterauslastung der Kapazitäten überhaupt noch um ein Konjunkturphänomen handelt.

49. Diese Argumente sind sehr ernst zu nehmen. Doch gegen das Risiko, sie zu gering zu schätzen, steht das Risiko, die aktuellen Defizite zum Maß aller Dinge zu machen, bei dem Streben nach einem Defizitabbau die Orientierung zu verlieren und dann tatsächlich die Rezession erst einmal weiter zu verschärfen, statt einer baldigen Erholung den Weg zu bereiten.

Ein mittelfristig vernünftiger Pfad der Ausgabenexpansion muß der Haushaltsplanung die Führung geben. Für die nächsten Jahre bedeutet dies — wegen der Konsolidierungsaufgabe — eine Expansion unterhalb des gesamtwirtschaftlichen Wachstums, wenn nicht Steuererhöhungen diese Aufgabe erledigen sollen, die aber wiederum das Wachstum weiter beeinträchtigen würden. Es ist keine gute Sache, wenn die Haushaltsplanung in den Strudel monatlich wechselnder Schätzungen über konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen gezogen wird. (Die Erfahrungen mit dem umgekehrten Fall, die Ausgabenplanung folgte in prozyklischer Weise den konjunkturbestimmten Steuermehreinnahmen, waren nicht weniger schlimm.)

Man muß daher versuchen, das derzeitige Dilemma aufzulösen, muß der wachsenden Gefährlichkeit vorläufig hoch bleibender Gesamtdefizite auf andere Weise als durch Steuererhöhungen oder kurzfristig forcierte Kürzungen der Gesamtausgaben entgegenarbeiten. Das kann wohl, wir bleiben dabei, nur durch zusätzliche Konsolidierungsentscheidungen per Termin geschehen. Zu den schon 1983 wirksam werdenden Entscheidungen müßten alsbald Festlegungen hinzukommen, die für die Zeit nach 1983 den weiteren Abbau der strukturellen Defizite verläßlich machen. Das müßte ausreichen.

Die außerdem nötigen Maßnahmen zur Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums dürften allerdings per Saldo kein weiteres öffentliches Geld kosten, zusätzliche wachstumsfördernde Ausgaben und steuerliche Erleichterungen für die Investoren wären also durch Ausgabenkürzungen an anderer Stelle und durch höhere Steuern an anderer Stelle so auszugleichen, daß insgesamt die Steuerquote und die Staatsquote unverändert bleiben. Sie könnten aber auch dann dazu beitragen, daß die Wahrscheinlichkeit einer wirtschaftlichen Erholung und damit die Wahrscheinlichkeit eines Abbaus der konjunkturbedingten Defizite größer wird, ebenso die Beschleunigung des Wachstums des Produktionspotentials, die bei wieder normaler Auslastung der Kapazitäten den Abbau des strukturellen Defizits erleichtern soll.

50. Dies ist die Ansicht der Mehrheit des Sachverständigenrates. Die Mehrheit geht davon aus, daß eine dauerhafte Erhöhung der volkswirtschaftlichen Steuerquote politisch nicht gewollt ist, gegen den wachsenden Steuerwiderstand auch nur schwer durchsetzbar wäre, die marktwirtschaftlichen Anreize weiter vermindern müßte und nicht zuletzt deshalb vermieden werden sollte, weil noch nicht abzusehen ist, ob und wie lange die Sozialabgaben, die mit den Steuern um den Spielraum für die zumutbare Abgabenlast im ganzen konkurrieren, auf ihrem derzeitigen Niveau gehalten, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auch wieder gesenkt werden können. Mit Rücksicht auf die, für sich genommen, wachstumsschädlichen Wirkungen von Steuererhöhungen sollte man versuchen, auch eine temporäre Erhöhung der Gesamtsteuerlast aus Neuregelungen zu vermeiden.

51. Nach Auffassung eines Mitglieds des Sachverständigenrates, Hans-Jürgen Krupp, gibt es keine überzeugende ökonomische Begründung dafür, daß in einer Notsituation, wie sie zur Zeit insbesondere durch die hohe Arbeitslosigkeit gegeben ist, die Staatsausgaben im Verhältnis zum Produktionspotential nicht weiter erhöht werden und/oder die volkswirtschaftliche Steuerquote nicht weiter steigen sollten. Die Steuerquote ist in den letzten beiden Jahrzehnten ohnehin praktisch konstant gewesen. Zur Zeit hat sie, wohl auch aus konjunkturellen Gründen, eine leicht sinkende Tendenz. Die Erhöhung der Abgabenquote geht im wesentlichen auf die Sozialbeiträge zurück. Die stark gestiegene Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte hat dazu geführt, daß sowohl bei den staatlichen Konsumausgaben und weit stärker bei den öffentlichen Investitionen auch solche Einsparungen vorgenommen werden mußten, die sachlich nicht begründbar waren.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, und insofern gibt es keinen Dissens, daß der Abgabewiderstand heute sehr hoch ist. Daher sind bei der Prüfung zusätzlicher Steuern und zusätzlicher staatlicher Ausgaben sehr strenge Maßstäbe anzulegen. Auf der anderen Seite ist aber auch zu berücksichtigen, und dies ist ebenfalls gemeinsame Auffassung, daß es Aufgaben gibt, die nicht zu bewältigen, schwerwiegende Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft hätte. In den achtziger Jahren zählt hierzu nicht zuletzt die Aufnahme der geburtenstarken Jahrgänge in das Berufsleben, die besondere Anstrengungen vor allem privater Unternehmer, aber auch des Staates erforderlich machen. Nach Auffassung dieses Ratsmitglieds sind die Möglichkeiten, Einsparungen vorzunehmen, aus vielerlei Gründen, auch aus solchen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, begrenzt. Hierin liegt die Gefahr, daß die not-

wendigen wachstumsfördernden Investitionen unterbleiben. In dieser Situation darf auch die Möglichkeit von Steuer- und/oder Ausgabenerhöhungen nicht ausgeschlossen werden, unabhängig davon, welche Vorstellungen man über die dauerhafte Entwicklung der Steuerquote hat. Darüber, daß im Votum der Ratsmehrheit hierzu entscheidende Gesichtspunkte angesprochen sind, besteht Einvernehmen.

Nach wie vor gibt es nach Auffassung dieses Ratsmitglieds wichtige Wachstumsfelder, in denen zusätzliche private und öffentliche Investitionen wachstumsfördernde Wirkungen haben und die auch dann mit öffentlichen Mitteln gefördert oder finanziert werden sollten, wenn es nicht gelingt, Umstrukturierungen der öffentlichen Haushalte in dem erforderlichen Maße vorzunehmen. Bereiche, für die dies gilt, sind: Energiesparmaßnahmen, Fernwärmenetze, Fernverkehr, insbesondere der Fernschnellverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Straßenbau, neue Kommunikationstechniken, mikroelektronische Technologien, Städtesanierung und Umweltverbesserung. Priorität sollten bei diesen Wachstumsfeldern alle diejenigen haben, die zu zusätzlichen privaten Investitionen führen.

52. Unter den genannten Bedingungen, nämlich

— daß in den Haushaltsplanungen für 1983 das strukturelle Defizit der Gebietskörperschaften definitiv in etwa ähnlich starkem Maße zurückgeführt wird wie 1982,

— daß Entscheidungen, die den Fortgang des Konsolidierungsprozesses nach 1983 sichern, alsbald getroffen werden,

— daß energische Anstrengungen unternommen werden, die öffentlichen Ausgaben und das Steuersystem dauerhaft in wachstumsfreundlichere Richtung umzustrukturieren,

und unter der Annahme,

— daß die Bundesbank weiterhin die Finanzierung hoher staatlicher Defizite nicht gezielt erleichtert, sondern bei ihrem Kurs einer am Wachstum des Produktionspotentials orientierten Geldmengenausweitung bleibt,

halten wir für vertretbar und auch notwendig, daß die für 1983 zu erwartenden, in ihrer vollen Höhe verläßlich aber noch nicht abzuschätzenden konjunkturbedingten Defizite neben dem — dann reduzierten — strukturellen Defizit und der Normalverschuldung des Staates in Kauf genommen werden, auch wenn sie noch höher ausfallen sollten, als es derzeit für wahrscheinlich zu halten ist. Was dies konkret bedeuten würde, wird an anderer Stelle dieses Gutachtens eingehender erörtert (Ziffer 49).

Dabei raten wir erneut dringend dazu, die Unterscheidung zwischen strukturellem Defizit, konjunkturbedingtem Defizit und Normalverschuldung stärker bewußt zu machen, damit die Vorstellungen in der Öffentlichkeit hinsichtlich der Größe der Konsolidierungsaufgabe und der Möglichkeiten, diese zu lösen, nicht noch stärker verunsichert werden, als es angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten unvermeidlich erscheint. Die quantitativ durchaus erhebliche Bedeutung der Konsolidierungsanstrengungen seit 1981 muß verborgen bleiben, wenn dies nicht gelingt. Diese Unterscheidungen müssen nicht verdeckt, sondern eingeübt werden, wenn in der Finanzpolitik ein klarer Kurs gehalten werden soll. Der konjunkturelle Vorbehalt, unter dem jede Haushaltsplanung steht, und die Vorstellung über die Normalverschuldung sollten von den Finanzministern von Bund und Ländern beim Einbringen der Entwürfe der Haushaltspläne in den Parlamenten nicht überspielt, sondern ausdrücklich hervorgehoben werden. Unzeitige Vorausfixierungen von Defizitzahlen stiften nur Unheil. Sinnvoll ist die Festlegung eines geplanten Ausgabenpfades und der Streit über ihn. Führt dieser hinsichtlich der Ausgabenexpansion und nicht zuletzt der Ausgabenstruktur zu einem vernünftigen Ergebnis, so ist der Streit über die richtige Finanzierung der Ausgaben auch minder wichtig.

Was die Probleme angeht, den konjunkturbedingten Teil der Defizite richtig zu ermitteln, so hat der Sachverständigenrat die Schätzung der wichtigsten Basisgröße hierfür, das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential, schon vor einiger Zeit an die veränderten Wachstumsbedingungen angepaßt (JG 79 Ziffern 106 ff.). Ob in heute noch ausreichendem Maße, mag umstritten sein. Allerdings ist ein möglicher Fehler an dieser Stelle für die Ermittlung der laufenden Veränderungen der konjunkturbedingten Defizite sehr viel weniger bedeutsam als für deren Niveau. Aber auch hinsichtlich des Niveaus sollte die Skepsis nicht übertrieben werden. Noch 1980 lag das Sozialprodukt im Verhältnis zu dem von uns geschätzten Produktionspotential über seinen normalen Stand. Im übrigen werden in unseren Rechnungen nicht alle Haushaltsbelastungen, die mit der ungünstigen Wirtschaftslage in Zusammenhang stehen, als konjunkturbedingte Belastungen gezählt, so etwa nicht die hohen zusätzlichen Zinskosten oder ähnliches und von den Zahlungen an die Bundesanstalt für Arbeit nur der Teil, der mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit bis zur Normalauslastung der Produktionskapazitäten entfiele — nicht bis zum Rückgang der Arbeitslosigkeit auf einen „normalen" Stand, denn ein erheblicher Teil der Arbeitslosigkeit ist struktureller Art (JG 81 Ziffern 141 ff.). Ebenso auf der Einnahmenseite: Als konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen wird nur gezählt, was bei unveränderter volkswirtschaftlicher Steuerquote, aber normaler Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials an zusätzlichen Steuereinnahmen zu erwarten wäre. Angesichts der auf längere Sicht sehr stabilen Steuerquote ist das keine riskante Annahme.

53. Es sind die zunächst ungünstigen Verteilungswirkungen der wachstumspolitisch nötigen Maßnahmen im steuerlichen Bereich sowie die sozialen Auswirkungen einer — leider zur gleichen Zeit nötigen — Beschneidung staatlicher Transferleistungen, die einen Widerstand erzeugen können, der den sozialen Frieden gefährdet, dem aber voll Rechnung zu tragen, ohne die Ziele, um die es geht, zu verraten, der Quadratur des Zirkels gleicht.

So führt nichts an dem Versuch vorbei, der Bevölkerung klarzumachen, daß, wenn die beschäftigungspolitischen Erfordernisse und das Beharren auf unveränderten Ansprüchen der sozialen Sicherung in Konflikt geraten sind, erstere den Vorrang haben müssen, weil nur eine prosperierende Wirtschaft hohe Ansprüche auf soziale Sicherheit überhaupt möglich macht, auch in der Vergangenheit erst möglich gemacht hat. Wirtschaftspolitische Ratschläge, denen zufolge der erwähnte Konflikt gar nicht besteht, wenn nur der unberechtigte Widerwille gegen noch mehr Staatsschulden aufgegeben wird, sind dabei nicht hilfreich.

Nicht weniger unangenehm ist die Notwendigkeit, im sozialen Bereich zu kürzen und zugleich den Unternehmen das Investieren steuerlich zu erleichtern. Unehrlich wäre jedoch der Versuch, der Bevölkerung die Einsicht zu ersparen, daß eine Investitionsförderung selbst sozial nicht ausgewogen sein kann. Investitionen fördern heißt immer Geld ausgeben, das in der ersten Runde vor allem den Besserverdienenden zugute kommt. Denn trotz unzureichender Ertragslage der Wirtschaft zählen selbstverständlich die potentiellen Investoren im allgemeinen zu ihnen; und Geld nur denen zu geben, die gerade Verluste machen, also im Zweifel die weniger tüchtigen Unternehmer sind, wäre schlechterdings unsinnig. Die soziale Rechtfertigung der Investitionsförderung liegt allein in der Tatsache, daß die Vorteilswirkungen sich ausbreiten. Mehr Produktion und Beschäftigung bedeuten mehr Einkommen für andere. Und der geförderte Investor kann seinen Anfangsvorteil im allgemeinen nur behalten und vergrößern, wenn er genau dies dauerhaft bewirkt, das heißt, wenn seine Investitionen zusätzliche Produktion und Beschäftigung rentabel macht oder den Wegfall bisheriger Produktion und Beschäftigung verhindert oder vermindert; dann ist seine Investition, bei der er ja eigenes Geld wagen muß, auch für ihn erfolgreich. Eine gewisse verteilungspolitische Robustheit ist freilich gefordert. Es gibt in der Wirtschaftsgeschichte keine Beispiele für Perioden allgemeiner wirtschaftlicher Prosperität, in denen die Gewinne der Unternehmen nicht gut waren. Erfolgreiche Wirtschaftspolitiker haben niemals versucht, ohne diese Robustheit auszukommen. Der sozialen Marktwirtschaft kann an diesem wunden Punkt nur eine erfolgreiche Politik der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand oder der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer helfen. Der Sachverständigenrat hat dies seit seinen Anfangsjahren immer wieder herausgestellt.

Auf der Basis der Einsicht, daß es sich so verhält, kann man durchaus versuchen, bei der Beschaffung von Mitteln, die eine Senkung der Steuern, die auf Investitionen lasten, erlauben, in besonderem Maße diejenigen heranzuziehen, die zu den Besserverdienenden zählen, ohne doch zugleich selbst Investoren zu sein. Nur, große Beträge kann man auf diese Weise nicht erzielen. Es ist also weniger eine Frage der Effizienz als eine Frage des, wenn auch begrenzten verteilungspolitischen Ausgleichs, daß dieser Weg gleichwohl beschritten werden sollte.

54. Das Problem der Staatsverschuldung und das Problem der sozialen Lasten verbindet dies: So wenig man auf die Dauer auf Kredit leben kann, so wenig kann man einen immer weiter wachsenden Anteil am Volkseinkommen einem immer weiter wachsenden Teil der Bevölkerung zuteilen, der das Volkseinkommen nicht erwirtschaftet, ohne die Anreize zu ersticken, die zur Entstehung des Volkseinkommens nötig sind. Hier geht es nicht um Fragen subjektiver Werthaltung wie etwa der Solidarität — die man ja nicht durch Mehrheitsentscheid verordnen kann —, sondern um Fragen der Rationalität kollektiver Entscheidungen in einem im übrigen marktwirtschaftlich organisierten System dezentraler Entscheidungen. Ein Marktsystem kann durchaus, jedoch nicht in beliebigem Maße von gemeinwirtschaftlichen Elementen überlagert werden. Der Spielraum hierfür ist also ein knappes Gut. Man muß ihn so wirksam wie möglich nutzen. Dies ist das ökonomische Kernproblem bei der Revision der sozialen Regelwerke ebensowohl wie bei der Frage der Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren. Für neue oder unumgänglich wachsende Aufgaben muß Raum geschaffen werden durch Rationalisierung bei allen alten. Eine überaus schwierige Aufgabe, die mit dem Wort vom Rückzug des Staates und vom Abbau des sozialen Netzes nicht gut umschrieben ist und die bei allem nötigen Streit über den richtigen Weg und die richtigen Akzente ohne ein gewisses Maß an Gemeinsamkeit im Lande kaum bewältigt werden kann.

IV. Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung

Zur Finanzpolitik

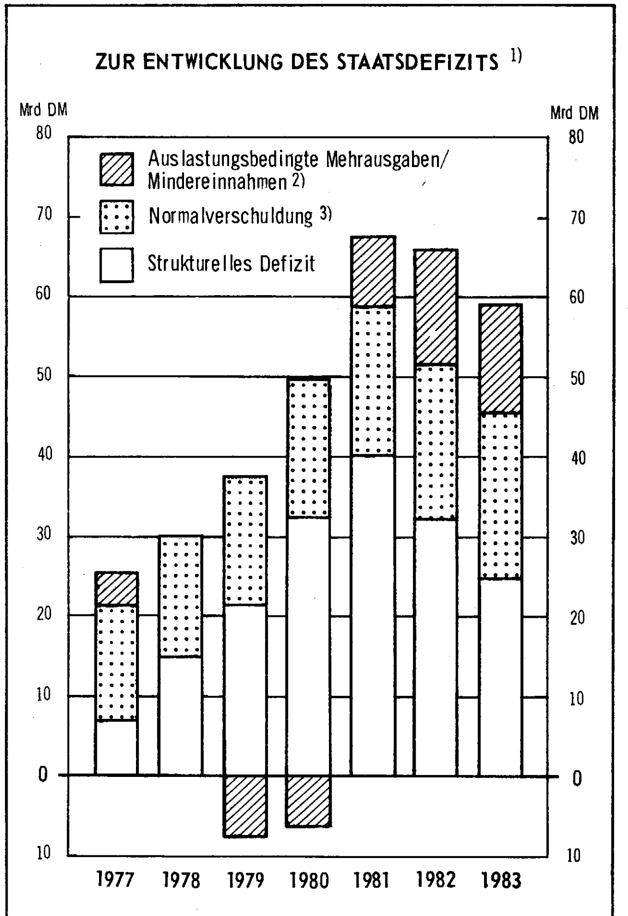
55. Zwist und Verwirrung bestimmten in diesem Jahr das Bild der Finanzpolitik. Im Strudel der lauten und oft vordergründigen Auseinandersetzungen um die Haushaltsprobleme ist auch untergegangen, was das Jahr 1982 an Konsolidierung bringt, und deshalb ist von dem Konsolidierungsbeitrag kaum eine positive Wirkung auf die Erwartungen ausgegangen. Es ist unstrittig, daß sich dies ändern muß, damit die Finanzpolitik direkt und indirekt ihren Beitrag für mehr Stabilität, Wachstum und Beschäftigung wirksam leisten kann. Insbesondere steht die Frage an, wie die Finanzpolitik helfen kann, die private und öffentliche Investitionstätigkeit anzuregen und so die Chancen für mehr Beschäftigung dauerhaft zu verbessern. Man darf freilich nicht glauben, die Finanzpolitik könnte allein des Arbeitslosenproblems Herr werden. Sicher spielt sie für das Zustandekommen von Investitionen eine wichtige Rolle; aber eine gute Finanzpolitik ist nicht die einzige und nicht einmal die dominierende Bedingung. Gleichwohl muß ausgeschöpft werden, was finanzpolitisch für mehr Beschäftigung getan werden kann.

56. Wie sich die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung dieses Jahres in den öffentlichen Haushalten niedergeschlagen hat, ist an anderer Stelle dieses Gutachtens dargelegt (Ziffer 5). Die Ausgaben sind etwas schneller, die Steuern sind erheblich

langsamer angestiegen als erwartet. Das Defizit im Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden ist gleichwohl nicht größer ausgefallen, denn dem Bund ist ein um 8 Mrd DM höherer Bundesbankgewinn zugeflossen als im vorigen Jahr. In der Abgrenzung der Finanzstatistik beläuft es sich auf 75 Mrd DM, nach 76½ Mrd DM im vergangenen Jahr. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erhält man für die Haushaltsdefizite der Gebietskörperschaften kleinere Beträge, vor allem weil dort die staatliche Darlehensgewährung nicht defizitwirksam gebucht wird.*) In dieser Abgrenzung ist für 1982 ein Defizit von rund 66 Mrd DM zu erwarten; das sind rund 1½ Mrd DM weniger als im vergangenen Jahr. Von konjunkturellen Einflüssen auf die Einnahmen bereinigt und um den anomalen Teil der Gewinnabführung der Bundesbank erhöht sowie um einen Betrag vermindert, der dem Verschuldungsverhalten des Staates im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1977, also einer Periode vor dem letzten steilen Anstieg der Staatsdefizite, entsprochen hätte und den der Sachverständigenrat als Normalverschuldung ansieht (potentialorientierte Kreditaufnahme), erhält man als Ergebnis eine Summe von gut 48 Mrd DM; dieser Betrag steht für den konjunkturstützenden Impuls des Gesamthaushalts, gesehen von einem in mittelfristiger Betrachtung als normal und insoweit konjunkturneutral vorgestellten Finanzgebaren. Im vergangenen Jahr belief sich der konjunkturstützende Impuls auf rund 49 Mrd DM. Anders als aufgrund der Daten und Vorausschätzungen im vergangenen Herbst erwartet, gibt es also fast keinen Rückgang des konjunkturstützenden Impulses. Im gemeinsamen Haushalt von Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen liegt das konjunkturbereinigte Defizit im Niveau nur wenig höher als im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften; die geringen Veränderungen von 1981 auf 1982 zeigen in die gleiche Richtung.

Sehen muß man, daß das Niveau der Beträge, die für den konjunkturellen Impuls stehen, von der für die Konjunkturbereinigung gewählten mittelfristigen Bezugsbasis mitbestimmt ist, nicht aber die Veränderung der Beträge von Jahr zu Jahr, auf die es für die Frage, ob ein konjunktureller Impuls auch konjunkturgerecht ist, besonders ankommen kann.

57. Was den strukturellen Teil des Defizits anbelangt, so haben die Konsolidierungsanstrengungen, die von den Gebietskörperschaften unternommen worden sind, zu einem ersten Erfolg geführt; das strukturelle Defizit dürfte von 1981 auf 1982 um rund 8 Mrd DM zurückgehen. Dieser Betrag ergibt sich aufgrund der folgenden Rechnung. Auszugehen ist wiederum von dem Gesamtdefizit in den Haushalten der Gebietskörperschaften, im Jahre 1982 also von rund 66 Mrd DM. Der Unterauslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials sind Steuermindereinnahmen von 11½ Mrd DM zuzurechnen; dabei ist vorausgesetzt, daß es im Falle einer Rückkehr zur normalen Auslastung der Produktionskapazitäten nicht zu einer dauerhaften Änderung der volkswirtschaftlichen Steuerquote kommt. Als konjunkturbedingte Mehrausgaben für die Bundesanstalt für Arbeit setzen wir einen Betrag von 10 Mrd DM an, der mit einer Rückkehr zur Normalauslastung der Produktionskapazitäten entfallen wird. Konjunkturbedingt von dem gesamten Defizit ist also ein Betrag von rund 21½ Mrd DM. Abzuziehen ist weiter ein Betrag von 19½ Mrd DM als potentialorientierte Kreditaufnahme. Von der Gewinnabführung der Bundesbank an den Bund muß der anomale Teil hinzugerechnet werden; er steht nicht ständig zur Verfügung und darf daher bei einer Abschätzung des Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte nicht als defizitmindernd berücksichtigt werden. Wir setzen dafür 7 Mrd DM an (SG 81 Ziffer 33, JG 81 Ziffer 378). Als strukturelles Defizit erhält man dann einen Betrag von etwas mehr als 32 Mrd DM. Das sind, wie bereits erwähnt, 8 Mrd DM weniger als der aufgrund der revidierten Daten errechnete Betrag des strukturellen Defizits von rund 40 Mrd DM im vergangenen Jahr (Schaubild).



1) Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts (Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP–Sondervermögen, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.– 2) Vermindert um den anomalen Teil des Bundesbankgewinns (1982: 7 Mrd DM; 1983: 9 Mrd DM), 1983 erhöht um die Mehrausgaben für die befristete Investitionszulage (2 Mrd DM). Für die Jahre 1979 und 1980 auslastungsbedingte Mehreinnahmen.– 3) Potentialorientierte Kreditaufnahme nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts, rund 1 vH des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials.

SR 820871

*) Die in diesem Jahr veröffentlichte Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1981 hat erhebliche Änderungen in den Zahlen mit sich gebracht. Wir legen unseren Rechnungen, auch für die zurückliegenden Jahre, die revidierten Ergebnisse zugrunde.

Zum größeren Teil ist der Konsolidierungsbeitrag des Jahres 1982 durch Ausgabenkürzungen bewirkt worden. Daß beim Bund die Ausgabenexpansion nicht höher liegt, ist allerdings zum erheblichen Teil in einer Anhebung des Beitragssatzes bei der Arbeitslosenversicherung begründet. Freilich haben sich auch schon Konsolidierungsschäden eingestellt; besonders deutlich zeigt sich das an dem spektakulären Rückgang der öffentlichen Investitionen. In der ersten Phase der Konsolidierung ist das nicht eigentlich überraschend; selbstverständlich müssen diese Schäden möglichst bald korrigiert werden. Dies gehört zu den Aufgaben der Konsolidierung im qualitativen Sinne, also zu den Problemen der Umstrukturierung von Ausgaben — und auch von Steuern — in wachstumsfreundlichere Richtung, für die wahrscheinlich mehr Zeit nötig sein wird als für die Rückführung des strukturellen Defizits, also für die Konsolidierung im quantitativen Sinne.

58. Keinen Grund sehen wir, unser vorjähriges Urteil über die Ungunst der Zeit für eine expansive Finanzpolitik zurückzunehmen. Eher ist das Gegenteil der Fall. An anderer Stelle dieses Gutachtens hatten wir uns mit gewichtigen Gründen auseinanderzusetzen, die dafür vorgebracht werden, auch die verhärteten und ständig zunehmenden konjunkturbedingten Teile des Gesamtdefizits zum Anlaß für Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen zu nehmen, einem Verlangen, dem wir uns aufs Ganze gesehen nicht angeschlossen haben (Ziffern 47 ff.). Die Stimmen für eine Ausweitung der Staatsverschuldung zugunsten stimulierender Maßnahmen sind auch weniger und leiser geworden. Vieles spricht dafür, daß die starken konjunkturstützenden Impulse der öffentlichen Haushalte, diese gemessen an einem Vergleich der konjunktur- und wachstumsbereinigten Defizite von heute mit denen im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1977, kaum noch Wirkung haben. Die Wirtschaft hat sich an sie gewöhnt, jedoch wie an ein schleichendes Gift, hat sie absorbiert, ohne mit dauerhaft erhöhter Produktion und Beschäftigung zu reagieren. Krank geworden, zeigt die Wirtschaft nun in der Verunsicherung angesichts der rasanten Erhöhung der Staatsschuld möglicherweise sogar kontraproduktive Wirkungen an. Weil der Konsolidierungsbeitrag des Jahres 1982 kaum wahrgenommen worden ist, hat bisher auch die Hoffnung getrogen, daß Fortschritte bei der Konsolidierung zu einer Verbesserung der Erwartungen und damit zu einer Verbesserung des Wirkungsgrades von konjunkturbelebenden Maßnahmen der Finanzpolitik führen würden. Da die konjunkturstützenden Impulse 1982 kaum kleiner sind als 1981, hat man freilich auch keine Anhaltspunkte für die These, die Finanzpolitik habe 1982 den Konsolidierungskurs überzogen.

59. Die Bestimmung des strukturellen Defizits, aber auch die des konjunkturellen Impulses, hängt von dem Verfahren ab, mit dem die Normalverschuldung ermittelt wird. Dieses hat der Sachverständigenrat in der Vergangenheit überprüft und den sich ändernden Bedingungen angepaßt. Gleichwohl hält ein Mitglied des Sachverständigenrates, Hans-Jürgen Krupp, es für notwendig, das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts einer Überprüfung zu unterziehen. Dabei ist zu klären, ob die Orientierung der Normalverschuldung an einem mittelfristigen Pfad, der im wesentlichen aus Strukturen der Vergangenheit abgeleitet sei, den heutigen Verhältnissen Rechnung trägt und inwieweit neben der Potentialentwicklung auch der Umfang staatlicher Investitionen berücksichtigt werden soll. Dies soll im nächsten Jahresgutachten geschehen. Schon jetzt von Bedeutung sind die unterschiedlichen Schätzurteile über die Wirkung jener Größe, die der Sachverständigenrat als konjunkturellen Impuls bezeichnet. Im Konzept des Rates kommt es sowohl auf die absolute Größe des konjunkturellen Impulses als auch auf dessen Veränderung von Jahr zu Jahr an. Solange der konjunkturelle Impuls positiv ist, wird er als konjunkturstützend betrachtet, selbst wenn er im Vergleich zum Vorjahr wesentlich reduziert ist. Nach Meinung dieses Ratsmitglieds geht von einer Reduzierung des konjunkturellen Impulses jedoch eine kontraktive Wirkung aus, so daß es zu Fehlschlüssen führe, wenn man in dieser Situation einen reduzierten, aber immer noch positiven konjunkturellen Impuls als konjunkturstützend oder gar expansiv bezeichne. Aus diesem Grunde besteht über die Aussage, daß die starken konjunkturstützenden Impulse der öffentlichen Haushalte kaum noch Wirkung haben, und die daran anschließenden Überlegungen keine Einigkeit. Im Jahre 1982 hat sich der konjunkturelle Impuls kaum verändert, er hat leicht abgenommen. Er ist daher nach dieser Auffassung bestenfalls als neutral einzustufen; eine konjunkturstützende Wirkung konnte von ihm nicht ausgehen.

60. Welchen Kurs die Finanzpolitik im nächsten Jahr steuern wird, hat sich nur in Umrissen abschätzen lassen. Wegen des Wechsels in der Bundesregierung ist noch nicht festgelegt, wie der Bund 1983 finanzpolitisch handeln wird. Wie erwähnt, sind wir, um eine Schätzgrundlage zu haben, davon ausgegangen, daß die Vereinbarungen der neuen Koalitionspartner wie geplant verwirklicht werden. Auch bei den Ländern deuten die Haushaltsplanungen auf ein Fortsetzen der Konsolidierungsanstrengungen hin. Die Gemeinden, über deren Haushaltsplanung 1983 noch wenig bekannt ist, werden vermutlich ebenfalls die Linie halten, der sie 1982 gefolgt sind.

In unserer Prognose 1983 haben wir damit gerechnet, daß die Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik im nächsten Jahr um reichlich 3 vH zunehmen; die Ausgaben würden dann einen Betrag von rund 583 Mrd DM erreichen. Bei den Steuern rechnen wir mit einer Zunahme von 4 1/2 vH; die gesamten Steuereinnahmen beliefen sich dann auf 396 1/2 Mrd DM. Im Jahre 1983 zeichnet sich danach und bei Berücksichtigung der sonstigen Einnahmen im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften ein Defizit von rund 69 Mrd DM ab.

Ein Fehlbetrag in dieser Höhe wäre um 6 Mrd DM geringer als in diesem Jahr, ginge aber noch deutlich über das hinaus, was Bund, Länder und Gemeinden in den Finanzplänen 1981 bis 1985 für das Jahr 1983 ausgewiesen haben. Abweichungen zwischen den

Ansätzen in den Finanzplänen und den Ansätzen in den Haushaltsplanungen für das jeweils kommende Jahr gibt es allerdings häufig; in bezug auf das Jahr 1983 ist dieser Unterschied aufgrund der Finanzpläne 1981 bis 1985 sogar kleiner, als er für das Jahr 1982 aufgrund der Finanzpläne 1980 bis 1984 war. Ungereimt, wenn nicht gar bedenklich, ist auch nicht dieser Unterschied selbst, sondern der Umstand, daß sowohl in diesem als auch im vergangenen Jahr die Ansätze der Finanzpläne von Bund, Ländern und Gemeinden im Finanzplanungsrat noch bekräftigt wurden, als sich längst abzeichnete, daß diese Ansätze für die Haushaltspläne des kommenden Jahres nicht zu halten sein würden.

In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erwarten wir im Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden für 1983 ein Defizit von rund 59 Mrd DM; das sind ungefähr 7 Mrd DM weniger als in diesem Jahr. Im Gesamtbetrag des Defizits mischen sich Rückwirkungen der konjunkturellen Entwicklung und konjunkturstützende Impulse. Für letztere wird nach unseren Schätzungen und Rechnungen im Jahre 1983 ein Betrag von etwa 36 Mrd DM stehen, wenn man unterstellt, daß wir mit unseren Annahmen das tatsächliche Haushaltsgebaren richtig treffen. Er würde knapp zwei Drittel des gesamten Fehlbetrages ausmachen und läge rund 13 Mrd DM unter dem entsprechenden Betrag des Jahres 1982. Im gemeinsamen Haushalt der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen ist der Rückgang des konjunkturbereinigten Defizits fast ebenso groß wie im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften.

61. Es bleibt die Frage nach dem für 1983 absehbaren strukturellen Defizit der öffentlichen Haushalte, bei dem die Gefahr der Dauerhaftigkeit im Vordergrund steht, Dauerhaftigkeit in dem Sinne, daß ein Defizit dieser Höhe bestehen bliebe, wenn bei unveränderter volkswirtschaftlicher Steuerquote das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential wieder normal ausgelastet ist und die Staatsausgaben im Gleichschritt mit dessen Wachstum zunehmen. Auszugehen ist wiederum von dem Gesamtdefizit in den Haushalten der Gebietskörperschaften, also von rund 59 Mrd DM. Davon sind die Normalverschuldung ($20\frac{1}{2}$ Mrd DM) und die der Unterauslastung des Produktionspotentials zuzurechnenden Steuermindereinnahmen (14 Mrd DM) sowie der konjunkturbedingte Teil der Zahlungen abzusetzen, die der Bund voraussichtlich im nächsten Jahr an die Bundesanstalt für Arbeit zu leisten hat. Wir setzen für letztere $6\frac{1}{2}$ Mrd DM an. Daß dieser Betrag trotz steigender Arbeitslosenzahl im nächsten Jahr um $3\frac{1}{2}$ Mrd DM kleiner ist als in diesem Jahr, rührt im wesentlichen daher, daß der Bund über eine Erhöhung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung sowie mit Hilfe von Einsparmaßnahmen seinen Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit vermindert hat; was nun von dem Zuschuß konjunkturbedingt bleibt, wird schon vor Rückkehr zur Normalauslastung der Produktionskapazitäten entfallen. Das konjunkturbedingte Defizit, also die auslastungsbedingten Steuermindereinnahmen und der konjunkturbestimmte Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit, beliefe sich demnach im nächsten Jahr auf $20\frac{1}{2}$ Mrd DM; das wäre etwas weniger als in diesem Jahr. Weiter müssen, und zwar mit umgekehrtem Vorzeichen, der anomale Teil der Gewinnabführung der Bundesbank, das sind im nächsten Jahr wahrscheinlich 9 Mrd DM, und der Betrag berücksichtigt werden, der wegen der Anrechnung der Investitionszulage auf die Einkommensteuer- und die Körperschaftsteuerschuld im nächsten Jahr einmalig als Steuerausfall haushaltswirksam wird (2 Mrd DM). Im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften würde sich dann das strukturelle Defizit auf etwa 25 Mrd DM belaufen. Das sind rund 7 Mrd DM weniger als in diesem Jahr, und das wäre der Konsolidierungsbeitrag des Jahres 1983. Würden die öffentlichen Haushalte im nächsten Jahr in dieser Weise vollzogen, wäre eine zweite Etappe der Haushaltskonsolidierung bewältigt. Von dem strukturellen Defizit, das sich bis 1981 aufgestaut hatte, blieben noch etwas über drei Fünftel übrig. Wird das Konsolidierungstempo der Jahre 1982 und 1983 beibehalten, so wären noch drei Jahre nötig, um die Konsolidierung im quantitativen Sinne zu bewerkstelligen. Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß sich bei einer wesentlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage das Konsolidierungstempo beschleunigen läßt.

62. Für die nachfrageseitige Bewertung des geplanten Kurses der Finanzpolitik ist am konjunkturstützenden Impuls der öffentlichen Haushalte anzuknüpfen. Er geht wie erwähnt von 1982 auf 1983 um nicht weniger als 13 Mrd DM zurück. (Selbst nach der im September vorgelegten Finanzplanung wäre der Rückgang sehr deutlich gewesen.) Mit 36 Mrd DM ist der Betrag, der 1983 in den Rechnungen für diesen Impuls steht, aber immer noch sehr hoch. Überdies ist der stärkere Impuls des vorausgegangenen Jahres (48 Mrd DM für 1982) zu einem erheblichen Teil durch Preissteigerungen absorbiert worden, die über das im vorhinein für unvermeidlich zu haltende Maß deutlich hinausgingen. Für 1983 sind die Chancen besser, daß es dazu nicht erneut kommt. Der Rückgang des konjunkturstützenden Impulses überzeichnet insoweit stark die real bedeutsamen Vorgänge, nämlich zu etwa 4 Mrd DM, zumal die mit den 1982 noch recht hohen Preissteigerungen einhergehende Verbesserung der Gewinnmargen in das Jahr 1983 hinein fortwirken wird. Aber auch unter Berücksichtigung dessen bleibt der Rückgang beträchtlich. Für sich genommen paßt er gewiß nicht in die konjunkturelle Landschaft. Er gehört zu den Kosten einer Politik, die unter ungünstigen äußeren und inneren Bedingungen Konsolidierung der Staatsfinanzen als ersten Punkt auf die Tagesordnung setzen mußte. Er ist auch, berücksichtigt man den Einfluß der vergleichsweise noch hohen Inflationsrate des Jahres 1982, nicht wesentlich größer als der für ausreichend zu haltende Rückgang des strukturellen Defizits. Die außerhalb der Nachfragepolitik zu suchende Verbesserung der Wachstumsbedingungen (einschließlich der Senkung des strukturellen Defizits selbst) muß helfen, die Risiken eines raschen Schrumpfens der konjunkturstützenden Rolle der nachfrageseitig orientierten Defizitpolitik abzufangen. Im übrigen: Wie groß der Wirkungsgrad des 1983 voraussichtlich ver-

bleibenden konjunkturstützenden Impulses sein wird, hängt wesentlich davon ab, ob sich die Erwartungen der Privaten allmählich verbessern. Es könnte sein, daß er, immer noch sehr groß, im nächsten Jahr mehr bewirkt als in diesem Jahr. Trotzdem bleibt die Abwägung der Nachfragerisiken insgesamt schwierig (Ziffer 66).

63. Bei der angebotsseitigen Bewertung der finanzpolitischen Pläne für 1983 und danach muß man sich auf die Grundsätze besinnen, die die Finanzpolitik in dieser schwierigen Zeit leiten müssen, wenn die Wachstumskräfte der Wirtschaft reaktiviert werden sollen — freilich auch darauf, daß die Last der Aufgabe, günstige Bedingungen für mehr wirtschaftliche Dynamik wiederherzustellen, nicht von der Finanzpolitik allein getragen werden kann.

Solche Grundsätze sind:

(1) Die Konsolidierung der staatlichen und kommunalen Haushalte ist fortzusetzen und durch Entscheidungen zu sichern, die eine weitere Senkung der öffentlichen Defizite jenseits des Jahres 1983 erwarten lassen.

(2) Trotz der im Rahmen der Konsolidierung der Haushalte nötigen Eindämmung der Ausgaben sind die öffentlichen Ausgaben für produktive investive Zwecke zu erhöhen.

(3) Die Wirtschaft sollte sich darauf verlassen können, daß die volkswirtschaftliche Steuerquote nicht dauerhaft ansteigen wird.

(4) Durch Tarifrevision ist auszugleichen, was wegen der Progression inflations- und wachstumsbedingt, also mit allgemein steigendem Einkommen, an zusätzlicher Steuerlast entsteht. Dies kann jedoch wegen des Vorrangs der Konsolidierungsaufgabe nicht sehr bald geschehen.

(5) Die Steuerlast ist von den direkten Steuern stärker auf die indirekten Steuern zu verlagern — zum Ausgleich entgegengesetzter, wachstumspolitisch unerwünschter Bewegungen in der Vergangenheit.

(6) Zur Verlagerung von direkten Steuern auf indirekte Steuern gehört eine Korrektur des Progressionsverlaufs im Einkommensteuertarif, die, um die Leistungsanreize für die Steuerpflichtigen wieder zu verstärken, über den Ausgleich für die inflations- und wachstumsbedingten Progressionswirkungen hinausgeht. Dies kann jedoch wegen des Vorrangs der übrigen Aufgaben nicht sehr bald geschehen.

(7) Zur Verlagerung von direkten auf indirekte Steuern gehört eine Senkung und steuersystematisch einwandfreie, die Fehlleitung von Ressourcen nicht verstärkende, sondern vermeidende Neuordnung der Steuern, die auf der Investitionstätigkeit lasten. Hierzu gehört auch eine Senkung oder Abschaffung derjenigen Subventionen und Steuervergünstigungen, die — zu Lasten der übrigen Steuerzahler — nur deshalb aufrechterhalten oder mit beschäftigungspolitischer Begründung immer wieder neu gewährt werden, weil die Begünstigten sie aus Gewöhnung nicht mehr entbehren können und weil die Investitionskraft der Wirtschaft im ganzen — auch steuerbedingt — unzureichend ist; indem sie Wettbewerbsverzerrungen schaffen, gefährden sie auch den gesunden Teil der Wirtschaft und hemmen den Strukturwandel.

(8) Zur Neuordnung der Steuern, welche die Investitionstätigkeit belasten, gehört insbesondere die steuerliche Entlastung der Risikobereitschaft. Deshalb, aber auch sonst sollte bei allen Maßnahmen, die direkt an den Investitionen anknüpfen, gelten, daß das Maß der Kapitalbindung, also die Abschreibungsdauer, der Zeitraum für den Kapitalrückfluß, mit hohem Rang die Entlastungsregeln zu bestimmen hat.

(9) Bei allen Maßnahmen, welche direkt oder indirekt die Investitionstätigkeit steuerlich entlasten, ist nach Wegen zu suchen, die die fiskalische Anfangslast aus solchen Maßnahmen möglichst gering halten.

(10) Das Gemeindesteuersystem ist neu zu ordnen — zur Stärkung der Autonomie der Gemeinden, zur Sicherung einer gewerbefreundlichen Gemeindepolitik, zur Vermeidung einer wachstumsschädlichen Verteilung der Abgabenlast in den Gemeinden.

Solche Grundsätze müssen die Entscheidungen auch dann leiten, wenn diese wegen der drängenden wirtschaftlichen Probleme rasch getroffen werden sollen. Sie müssen verhindern, daß Sofortmaßnahmen in Widerspruch zu dem geraten, was vom Konzept her auf Dauer angestrebt wird, von dem sie nach Möglichkeit nur vorgezogene Teile sein sollten. Einvernehmen hierüber sollte leicht fallen, da die Einsicht unumstritten ist, daß die Probleme, mit denen wir es zu tun haben, vor allem längerfristige Probleme sind.

64. Das Programm der von der neuen Koalition geplanten Maßnahmen, die wir, soweit dies möglich war, in unseren Rechnungen zu den Haushalten der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen sowie in der gesamtwirtschaftlichen Vorausschau auf das Jahr 1983 berücksichtigt haben, trägt folgende Akzente:

— Förderung der Investitionskraft der Unternehmen, im besonderen mittelständischer und neugegründeter Unternehmen, finanziert aus dem Aufkommen einer Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli 1983,

— Förderung des Wohnungsbaus an nahezu allen Fronten, teilweise finanziert aus dem Aufkommen einer obligatorischen Anleihe bei besserverdienenden Bürgern,

— Schaffung von Spielraum für mehr öffentliche Investitionen,

— Begrenzung der Personalausgaben im öffentlichen Dienst,

— Eindämmung eines sehr großen Teils der Sozialausgaben.

65. In vieler Hinsicht ist das Programm, wird es realisiert, ein Schritt zur Lösung der unter Ziffer 45 aufgeführten wirtschafts- und sozialpolitischen Hauptaufgaben, allerdings nicht ohne Einschränkung.

Das Programm läßt, wie erwähnt, im Bereich der Gebietskörperschaften für 1983 eine etwa ebenso große Senkung der strukturellen Haushaltsdefizite erwarten, wie sie 1982 erreicht worden ist, keineswegs mehr, als aus konjunkturellen Rücksichten mit dem Prinzip der Allmählichkeit des Konsolidierungsprozesses vereinbar erscheint. Im Bereich der Sozialversicherungen würden die Maßnahmen im Jahre 1983 ebenfalls eine Besserung der Haushaltssituation bewirken, die 1982 noch ausgeblieben ist. Auch das Gesamtdefizit des Haushalts der Gebietskörperschaften — weniger das des gemeinsamen Haushalts von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung — wird 1983 um etliche Milliarden geringer ausfallen als 1982. Verglichen mit den bisherigen Planungen kennzeichnet aber Umstrukturierung von Einnahmen und Ausgaben das Programm stärker als zusätzliche Einsparung. Insoweit die Umstrukturierung der Mobilisierung von Wachstumskräften dient, ist sie über den quantitativen Konsolidierungsbeitrag des Programms hinaus ein Schritt der qualitativen Konsolidierung. Die für die Zukunft verbleibende Konsolidierungsaufgabe ist freilich groß; denn nur in mäßigem Umfang nimmt die defizitmindernde Wirkung der Maßnahmen nach 1983 noch zu. Ein positives Gesamturteil hinsichtlich des Beitrags zur Lösung der Aufgabe, die laufende Neuverschuldung der Gebietskörperschaften einzudämmen, ist gleichwohl zulässig, zumal die aufgrund des Programms zu erwartenden Wachstumswirkungen die Erledigung der für die Zeit nach 1983 verbleibenden Konsolidierungsaufgaben erleichtern werden. Viel wird allerdings davon abhängen, welche Wirkungen in dieser Hinsicht auch von Maßnahmen außerhalb der Finanzpolitik ausgehen.

In unserer Prognose schlagen die direkten und indirekten positiven Wirkungen, die von den geplanten Maßnahmen zu erwarten sind, schon 1983 fast ebenso zu Buche, wie die zweifellos gravierenden Einschränkungen der verfügbaren Einkommen die Chance einer raschen wirtschaftlichen Erholung zunächst einmal belasten. Einzuräumen ist, daß zu den Unsicherheiten unserer Prognose zählt, ob dies zutrifft. Verbessert wird aber wohl allemal die Ausgangsposition für das Jahr 1984. Die Wachstumsimpulse haben dann im Jahre 1984 eine gute Chance, die Oberhand zu gewinnen.

66. Nach Meinung eines Ratsmitglieds, Hans-Jürgen Krupp, sind die nachfragepolitischen Risiken dieses Programms bei aller Anerkennung der wachstumspolitischen Intentionen zu hoch. Die Verminderung des konjunkturellen Impulses kann nach dieser Auffassung nicht als konjunkturgerecht angesehen werden. Wann und wie weit die vorgesehenen Maßnahmen zur Anregung der Bautätigkeit und zur Förderung der Investitionstätigkeit zu entsprechenden Ausgaben der Investoren führen werden, ist unsicher. Die unmittelbaren Nachfrageausfälle aufgrund der Reduzierungen von Transfereinkommen hingegen sind sicher. Blieben die expansiven Elemente des Haushalts hinter den kontraktiven — und sei es nur zeitlich — zurück, wäre eine zusätzliche Abschwächung der Entwicklung in der ersten Jahreshälfte wahrscheinlich, die auch einen Aufschwung in der zweiten Jahreshälfte erschweren wird. Die Konsequenzen einer weiteren Stagnation sind aber schwer abzuschätzen. Bleibt dann auch auf mittlere Sicht der Erfolg der getroffenen Maßnahmen aus, wird es schwierig werden, Verständnis für die kurzfristigen verteilungspolitischen Konsequenzen dieser Maßnahmen zu finden.

67. Das Programm wirft jedoch auch alte Fragen neu auf. Wir geben zu bedenken,

(1) ob es nicht richtiger wäre, im Jahre 1983 ohne Mehrwertsteuererhöhung auszukommen (Ziffer 72),

- dem Zeitbedarf für die Lösung der Aufgaben, die Steuern, die die Investitionstätigkeit belasten, dauerhaft zu senken und in steuersystematisch befriedigender Weise neu zu ordnen, etwas stärker Rechnung zu tragen und sich jetzt auf die Entscheidung über die Grundlinien einer solchen Reform zu beschränken (Ziffern 68 ff.),
- der Dringlichkeit verstärkter Investitionsförderung hingegen mit einem Interimsprogramm zu entsprechen und das Aufkommen aus der geplanten obligatorischen Anleihe, die bei Vertagung einer Erhöhung von Verbrauchsteuern einer breiteren Schicht der Bevölkerung zugemutet werden könnte, statt zur Wohnungsbauförderung zur Finanzierung eines solchen Programms zu verwenden (Ziffer 73);

(2) ob es wirklich geboten ist, den Wohnungsbau in so massiver und konzeptionell kaum vertretbarer Weise zu fördern, statt die knappen Mittel stärker auf die Mobilisierung von Investitionen zu konzentrieren, die Arbeitsplätze schaffen oder sichern (Ziffer 74);

(3) ob es einen sinnvollen Reformablauf ergäbe, eine Neuordnung der Gemeindefinanzen mit einem Reformschritt zu beginnen, der — wie die geplanten Änderungen — die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer erst einmal weiter verengte, während doch eine spätere echte Reform allemal eine, verglichen mit heute, breitere Bemessungsgrundlage bringen müßte (Ziffern 79 f.).

Zur Investitionsförderung

68. Investieren ist schwerer geworden. Die Risiken für Investoren haben zugenommen, die Erwartungen auf Gewinne, die eine entsprechende Risikoprämie enthalten, haben immer wieder einen Dämpfer erhalten. Den von der Wirtschaftspolitik immer wieder gegebenen Anreizen für mehr Investitionen stehen immer neue Hemmnisse gegenüber, die, im einzelnen oft gut begründet, von der Umweltpolitik, der Gesundheitspolitik, der Finanzpolitik, der Wettbe-

werbspolitik aufgerichtet worden sind. So macht sich allmählich die Tendenz breit, sich auf diejenigen Projekte zu beschränken, die in einem überschaubaren Zeitraum erfolgreich abgewickelt werden können. Auch die Unternehmenspolitik ist kurzatmiger geworden. Die langfristige Perspektive in der Unternehmenspolitik tritt zurück hinter der Anstrengung, das Überleben in den unmittelbar bevorstehenden Jahren zu sichern.

Hier gilt es, eine grundsätzliche Änderung herbeizuführen, denn eine Minderung des Beschäftigungsproblems auf Dauer setzt einen hohen Anteil langfristiger Investitionen voraus. Anreize für langfristige Investitionen gehen von immer neuen kurzatmigen Maßnahmen der Finanz- und Steuerpolitik kaum aus. Hierfür sind vielmehr langfristige Regelungen erforderlich.

69. Hierbei ist zu bedenken: Mehr Investitionen in mehr Arbeitsplätze werden von den Unternehmen vorgenommen,

— wenn aufnahmefähige Märkte für die Produkte und Dienstleistungen vorhanden sind oder in Aussicht stehen,

— wenn die Produkte und Dienstleistungen zu Preisen abgesetzt und zu Kosten produziert werden können, die die Investitionen lohnend erscheinen lassen, auch angesichts der Risiken, denen sich die Unternehmen im Wettbewerb auf nationalen und internationalen Märkten aussetzen,

— wenn risikobereites Kapital zur Finanzierung der Investitionen ausreichend zur Verfügung steht oder beschafft werden kann.

70. Sicherheit über volle Auftragsbücher kann es in einer Marktwirtschaft nicht geben. Jeder Unternehmer muß immer aufs neue Kunden für seine Produkte gewinnen und zu halten suchen. Aber auf stagnierenden und schrumpfenden Märkten ist das Risiko, nicht genügend Nachfrage auf sich ziehen zu können, größer als auf wachsenden Märkten. Die langanhaltende Stockungsphase hat sich daher lähmend auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen gelegt. Damit wieder mehr und längerfristig investiert wird, müssen sich auch die Aussichten auf mehr Nachfrage verbessern, muß das Vertrauen bei Konsumenten und Investoren wiederkehren, daß die Einkommen zukünftig wieder steigen werden, müssen unnötige Wachstumshemmnisse beseitigt werden.

71. Eine überzeugende Lösung dafür zu finden, wie Investitionen steuerlich dauerhaft entlastet werden sollen, ist nicht einfach und braucht seine Zeit. Dieser Zeitbedarf legt nahe, sich nach Übergangslösungen umzusehen, die rasch verwirklicht werden können, ohne eine Dauerlösung zu präjudizieren.

72. Die neue Koalition hat in Aussicht genommen, Mitte des nächsten Jahres die Mehrwertsteuer zu erhöhen und die daraus resultierenden Mehreinnahmen via Steuerentlastung zur Belebung der Investitionstätigkeit zu verwenden. Im Grunde ist das eine Maßnahme, die in eine Politik für mehr Beschäftigung durch mehr Wachstum paßt, und kombiniert mit Maßnahmen, die auf eine dauerhafte Entlastung der Investitionen zielen, mag eine Anhebung der Mehrwertsteuer per Termin, etwa im Jahre 1984, durchaus vertretbar, ja sogar besonders zweckmäßig sein. Fraglich ist hingegen, ob eine Erhöhung der Mehrwertsteuer im nächsten Jahr zur rechten Zeit käme. Nach unserer Einschätzung ist das nicht der Fall. Wegen der immer noch schlechten Wirtschaftslage wäre zu befürchten, daß die aus der Überwälzung, wenn auch der unvollständigen Überwälzung, der Mehrwertsteuererhöhung in den Preisen resultierende weitere Dämpfung des privaten Verbrauchs sowie die daraus und aus dem nicht überwälzten Teil der Mehrwertsteuererhöhung resultierende zusätzliche Belastung der Unternehmen und damit möglicherweise auch der Investitionsneigung in der Summe zunächst einmal stärker zu Buche schlagen als die mit dem zusätzlichen Steueraufkommen ermöglichten Maßnahmen der Investitionsförderung, von der Möglichkeit eines erhöhten Drucks bei den Lohnforderungen einmal ganz abgesehen. Nach Überwindung des Tiefpunkts der Rezession, wenn die konjunkturelle Komponente in der aktuellen Schwäche der Konsumnachfrage schwindet, könnte die Situation für eine solche Umschichtung der Steuerlast günstiger sein. Die auch dann sich ergebende vorläufige Verengung der Konsummöglichkeiten muß — zugunsten der zunächst einmal zu erhöhenden Investitionsquote der Volkswirtschaft — gewollt sein.

73. Wollte man aus diesen (oder anderen) Gründen auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer schon zum 1. Juli 1983 verzichten, wäre freilich eine andere Quelle zur Finanzierung der vorgesehenen Investitionsförderung zu finden. Dazu könnte für eine Übergangszeit die geplante obligatorische Anleihe dienen — allerdings in einer anderen Ausgestaltung —, über die sich das Aufkommen erhöhen, die Verwendung, eben zugunsten von Investitionen, ändern, sowie Aufkommen und Verwendung enger verbinden ließen. Nach den bekanntgewordenen Plänen soll 1983 und 1984 von Alleinstehenden mit einem Einkommen von mehr als 50 000 DM und von Verheirateten mit einem Einkommen von mehr als 100 000 DM eine unverzinsliche, obligatorische Anleihe in Höhe von 5 vH der Einkommensteuerschuld erhoben werden. Das Aufkommen daraus soll für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Ballungszentren, zur Förderung selbstgenutzten Wohnungseigentums sowie zur Zinsverbilligung der Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen verwendet werden.

74. Zu den Plänen, den Wohnungsbau massiv zu fördern, haben wir uns an anderer Stelle dieses Gutachtens geäußert (Ziffern 81 ff.). Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit wäre zu erwägen, im Hinblick auf das Sichern und Schaffen von Arbeitsplätzen die gewerblichen Investitionen stärker als den Wohnungsbau zu fördern und dafür das Aufkommen aus der obligatorischen Anleihe zu verwenden. Deren Aufkommen könnte erheblich gesteigert werden, wenn für mehrere Jahre ein unverzinslicher, aber rückzahlbarer Beschäftigungsbeitrag in Höhe von

beispielsweise 5 vH auf die Einkommensteuerschuld erhoben würde, von denen nur kleinere Einkommen, etwa bis 20 000 DM bei Alleinstehenden und bis 40 000 DM bei Verheirateten, freigestellt würden. Bei einem Verzicht auf die Mehrwertsteuererhöhung könnte man das für zumutbar halten. Den Beitragspflichtigen würden dafür handelbare Steuergutscheine mit einer Laufzeit von zum Beispiel fünf Jahren ausgestellt werden, die bei Fälligkeit gegen die Einkommensteuerschuld anzurechnen wären. Das Aufkommen aus dem Beschäftigungsbeitrag könnte aufgestockt werden, indem Bund und Länder Mittel, die aus dem Subventionsabbau frei werden, ebenfalls zur Investitionsförderung bereitstellten. Es wäre auch daran zu denken, daß Bund und Länder mit dem Erlös aus dem Verkauf von Erwerbsvermögen, das zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben nicht nötig ist, das Aufkommen erhöhten. Auf diese Weise könnten wohl rund 10 Mrd DM je Jahr aufgebracht werden; das wäre mehr als das, was man an jährlichem Aufkommen aus der vorgesehenen Mehrwertsteuererhöhung zu erwarten hätte. Um sicherzustellen und zu demonstrieren, daß die Mittel zur Investitionsförderung verwendet werden, wäre ihre Zweckbindung zu erwägen.

75. Analog zum Aufkommen könnten unverzinsliche, aber zeitlich befristete Kredite für Investitionen vergeben werden. Vor allem käme in Betracht, Kredite für Ausrüstungsinvestitionen zu gewähren. Man könnte auch daran denken, den Kreis der potentiellen Kreditnehmer auf kleinere und mittlere Unternehmen zu beschränken. Der größte Teil der öffentlichen Investitionen ließe sich einbeziehen, wenn die Gemeinden für ihre Investitionen in das Verwaltungsvermögen Kredite erhalten könnten.

Die Höhe des Kredits, der für ein Investitionsobjekt gewährt werden kann, könnte bei einem gegebenen Aufkommen größer oder kleiner sein, je nachdem wie weit der Kreis der berechtigten Unternehmen und Investitionen gezogen wird. Weil bei den Gemeinden Manipulationen, die (wie zum Beispiel Ausgründungen) allein zum Erlangen des Investitionskredits vorgenommen werden, nicht zu befürchten sind, könnten hier die zusätzlichen Investitionen als Bemessungsgrundlage dienen, also diejenigen Investitionen, die die Investitionssumme eines geeigneten Referenzzeitraums übersteigen. Um die Gemeinden nicht schlechter zu stellen, die in letzter Zeit verhältnismäßig viel investiert haben, wäre es wohl besser, nicht allein die zusätzlichen, sondern diejenigen Investitionen zu bedenken, die zum Beispiel 50 vH der Investitionssumme des Referenzzeitraums übersteigen. Dem Prinzip, daß die Investitionsförderung an die Kapitalbindung anzuknüpfen hätte, würde es entsprechen, wenn die Kredite in ihrer Laufzeit an die Abschreibungsdauer gebunden wären. Die gleiche Wirkung ließe sich erzielen, wenn bei einheitlicher Laufzeit die Dauer der Kapitalbindung in Form von ansteigenden Fördersätzen berücksichtigt würde. Investitionen, die in weniger als fünf Jahren abgeschrieben werden, könnten möglicherweise von der Kreditvergabe ausgeschlossen werden. Bei Krediten zugunsten der kommunalen Investitionen, die vorwiegend langfristig sind, wäre eine solche Differenzierung vielleicht nicht nötig.

Die Kredite könnten in gleichen Jahresraten zurückgezahlt werden. Bei Vergleichen und Konkursen von Unternehmen, die Investitionskredite haben, würde der Staat (besonders wenn, wie es zweckmäßig wäre, die Kredite als haftendes Kapital eingestuft wären) Einbußen erleiden, ohne daß seine Verpflichtungen aus den Steuergutscheinen zurückgingen. Hier wird deutlich, daß es sich bei dieser Kombination von Beitragserhebung und Kreditgewährung um eine Risikobeteiligung des Staates, nicht um eine Risikobeteiligung der Beitragspflichtigen handelte. Wenn die durchschnittliche Laufzeit der Kredite mit der Laufzeit der Steuergutscheine korrespondierte (was bei Krediten zugunsten von Ausrüstungsinvestitionen der Fall sein könnte), ließen sich die Unterschiede zwischen Rückzahlungen und Auszahlungen, im Prinzip für den Staat kostenlos, durch entsprechende zeitliche Veränderungen der staatlichen Kreditaufnahme auffangen. Soweit auch längerfristige Investitionen in das Verwaltungsvermögen der Gemeinden mit Krediten bedacht würden, entstünden dem Staat aus der Überbrückung der Zeit von der Einlösung der Steuergutscheine bis zur Rückzahlung der Kredite Zinskosten.

76. Eine vorläufig solchermaßen finanzierte Investitionsförderung würde die Konsumnachfrage weniger stark beeinträchtigen als eine Mehrwertsteuererhöhung; da der Beschäftigungsbeitrag rückzahlbar ist, hätten die Konsumenten weniger Anlaß, ihre Konsumpläne einzuschränken. Sicher wäre auch die Förderung der Investoren, nämlich bloß durch einen zinslosen Kredit, weniger intensiv. Hier müßte ergänzend die Aussicht auf dauerhaft verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen helfen, über die im einzelnen später zu beschließen wäre.

77. In den letzten Jahren sind die Erträge, die die Unternehmen mit ihren Investitionen erwirtschaften konnten, im Vergleich zu denen von Geldvermögen und anderen sicheren Anlagen immer kleiner geworden. Eine die Risiken des Marktes abdeckende Risikoprämie konnte im Gewinn vielfach nicht mehr erzielt werden. Die Ertragswerte sehr vieler Unternehmen sind unter ihre Substanzwerte gesunken, ein deutliches Zeichen dafür, daß die Investition in diese Unternehmen nicht mehr lohnend war. Solange dieser Trend nicht gebrochen ist, werden einzelne Maßnahmen der steuerlichen Entlastung von Investitionen fiskalisch teuer und ökonomisch wenig wirksam sein. Die Rentabilitätslücke bei den Investitionen läßt sich nicht mit Steuergeschenken, sondern nur am Markt schließen. Soweit allerdings steuerliche Hemmnisse dagegen stehen, wären diese zu beseitigen. Hierzu gehören zum Beispiel die Besteuerung von Scheingewinnen und die zu hohe Belastung von Investitionen mit ertragsunabhängigen Steuern. Vor allem aber kommt es darauf an, den Risiken langfristiger Investitionen steuerlich besser Rechnung zu tragen als bisher. Der Sachverständigenrat wird hierauf in seinem nächsten Jahresgutachten erneut eingehen.

Die Rentabilitätslücke läßt sich auch nicht durch Subventionen schließen, jedenfalls nicht auf Dauer. Auch sie haben im Grunde keinen investiven Charakter, wenn sie nur die notwendigen Anpassungs-

prozesse verlangsamen oder verhindern. Sie wirken zudem entmutigend auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmer, die ihre Gewinne ohne staatliche Hilfen am Markt erwirtschaften. Im Wettbewerb mit Unternehmen, die faktisch Verlustübernahmeverträge mit dem Staat haben, kann man mit Investitionen kein Geld verdienen. Subventionsabbau ist daher eine wichtige Aufgabe der staatlichen Investitionsförderung. Die Mittel, die durch den Abbau von Erhaltungssubventionen, aber auch von Subventionen, die falsche Produktionsanreize setzen, frei werden, könnten für die steuerliche Entlastung bei solchen Investitionen zur Verfügung stehen, die mit hohem Risiko belastet sind und auf die es für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer ankommt: langfristige Investitionen, Innovationen, Investitionen in Forschung und Entwicklung.

78. Nicht unberechtigt ist die Sorge, daß auch bei einer spürbaren Verbesserung der Ertragsaussichten für die Unternehmen die Investitionsbereitschaft nicht schnell in Gang kommt, weil in der langanhaltenden Stagnation die Investitionsfähigkeit der Unternehmen erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Das Eigenkapital ist vielfach allzusehr geschrumpft, und selbst wenn die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung sich wieder verbessern, werden diese Mittel in vielen Unternehmen wahrscheinlich vorrangig zur Ablösung teurer Kredite eingesetzt, ehe wieder langfristig investiert wird. Es kommt also darauf an, die Investitionsfähigkeit der Unternehmen zu stärken, und dafür ist die Zuführung von Risikokapital erforderlich.

Risikobereites Kapital ist knapp, allzu knapp. Allzu lohnend war es in den letzten Jahren, Geld außerhalb von Unternehmen anzulegen. Hier gilt es, die Weichen neu zu stellen. Die Anlage von Kapital in Unternehmen sollte eher mehr und keinesfalls weniger als der Wohnungsbau gefördert werden, wenn es um die Verbesserung der Beschäftigungssituation auf mittlere Frist geht. Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, der Ausbau des Vermögensbildungsgesetzes zugunsten der Anlage in Risikokapital, eine geringere Besteuerung des nicht entnommenen Gewinns, die Förderung der Bildung von und des Engagements in Risikokapital, der Ausbau der Existenzgründungsprogramme, aber auch die Förderprogramme zur Bildung von risikotragendem Kapital in Unternehmen, wie sie einige benachbarte Länder eingeführt haben, all dies sind Maßnahmen, die im Rahmen einer Strategie der Förderung von Risikokapital zu erwägen sind. Der Sachverständigenrat wird hierzu in seinem nächsten Jahresgutachten Stellung nehmen.

Für alle Fördermaßnahmen im einzelnen sollte dabei gelten, daß sie nicht bestimmte Personengruppen oder bestimmte Gruppen von Unternehmen besonders begünstigen, sondern vielmehr gleich behandeln in ihrer Fähigkeit, risikoreiche Investitionen zu tätigen. Eine spezielle Förderung von Investitionen in mittelständischen Unternehmen erübrigt sich dann, besonders wenn auch steuerlich gewährleistet ist, daß sich eine Benachteiligung der mittelständischen Unternehmen nicht mehr ergibt.

Zur Gemeindefinanzreform

79. Zu den wichtigen Aufgaben der Finanzpolitik für die kommenden Jahre gehört die Neuordnung des Gemeindesteuersystems. Das ist eine große Aufgabe, und zur Vorbereitung allfälliger Entscheidungen braucht es sicher geraume Zeit. Es sollte jedoch möglichst bald klargestellt werden, worin im Kern eine solche Reform bestehen wird, damit sich Gemeinden und Unternehmen darauf einstellen können. Der Stein des Anstoßes im Gemeindesteuersystem ist die Gewerbesteuer. Sie verleitet wegen ihrer hohen Konjunkturreagibilität die Gemeinden zu einem prozyklischen Ausgabeverhalten, was sich besonders bei den kommunalen Investitionen negativ niederschlägt. Sie verursacht große und unzureichend begründete Steuerkraftunterschiede zwischen den Gemeinden. Sie ist nach den Änderungen von 1979 und danach in ihrer Bemessungsgrundlage reduziert und zu einer Steuer auf mittlere und größere Unternehmen geworden. Sie kann in mittelständischen Unternehmen die Fähigkeit, Risiken zu tragen und Kapital zu bilden, in unangemessener Weise einschränken. Das sind die wichtigsten Gründe, die gegen die Gewerbesteuer sprechen. Für die Gewerbesteuer wird angeführt, daß sie fiskalisch sehr ergiebig und eine originäre Gemeindesteuer sei, daß sie ein wesentliches Bindeglied zwischen den Gemeinden und dem ortsansässigen Gewerbe darstelle und daß sie die Gemeinden zur Gewerbeansiedlung anrege.

Als Ersatz für die Gewerbesteuer ist eine ergiebige, originäre Gemeindesteuer gesucht, die das Interesse der Kommunen an dem ortsansässigen und ansiedlungswilligen Gewerbe aufrechterhält und womöglich erhöht und die nicht die gravierenden Nachteile der Gewerbesteuer hat. Die neue Bundesregierung plant, die Hinzurechnung der Dauerschuldzinsen bei der Gewerbeertragsteuer und die Hinzurechnung von Dauerschulden bei der Gewerbekapitalsteuer zu beschränken. Das brächte den Unternehmen zwar Entlastung, würde aber die Mängel der Gewerbesteuer nicht abschwächen, sondern vergrößern, weil dies (nach Abschaffung der Lohnsummensteuer) ein weiterer Schritt in die falsche Richtung wäre; die Gewerbesteuer würde dann nämlich einer Sonderabgabe auf den Unternehmensgewinn und das Eigenkapital ziemlich nahekommen. Außerdem würden die Gemeinden in ihren Einnahmen von dieser Art der Steuersenkung in kaum begründbarer Weise unterschiedlich getroffen, je nachdem, wie sich die Steuersenkung auf Gewerbeertragsteuer und Gewerbekapitalsteuer verteilt und wie groß das Gewicht der Gewerbeertragsteuer und der Gewerbekapitalsteuer am Gewerbesteueraufkommen der einzelnen Gemeinden ist. Kurz: Hier wird dem Abbau der ertragsunabhängigen Steuern Vorrang vor der Aufgabe gegeben, eine bessere Finanzverfassung für die Gemeinden zu schaffen; diese würde sogar verschlechtert.

80. Ein guter Ersatz der Gewerbesteuer könnte dagegen eine Steuer auf die Wertschöpfung sein, die breit angelegt sein müßte. In diesem Sinne hat sich jüngst der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen geäußert. Der Beirat emp-

fiehlt dringend die Aufhebung der Gewerbesteuer und schlägt an ihrer Stelle mehrheitlich die Einführung einer Wertschöpfungsteuer vor, die nicht nur die gewerblichen Unternehmen, sondern auch die freien Berufe und die Behörden in die Steuerpflicht einbezieht. Als Bemessungsgrundlage soll die Summe aus Löhnen, Mieten und Pachten, Zinsen und Gewinnen dienen, und die Gemeinden sollen wie bei der Gewerbesteuer ein Hebesatzrecht haben. Die Vorteile der Gewerbesteuer blieben bei dieser Steuer erhalten, ihre oben aufgeführten gravierenden Mängel würden weitgehend beseitigt.

Für die gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, und hier nicht zuletzt für die Tüchtigen unter den mittleren Unternehmen, bestünde der Vorteil eines Ersatzes der Gewerbesteuer durch eine breit angelegte Wertschöpfungsteuer darin, daß bei ihnen wegen der weiten Bemessungsgrundlage die Steuerlast auf die Erträge geringer und die Kapitalbildung daher leichter würde, ein Vorteil, der gegenwärtig besonders hoch zu schätzen wäre. Infolge des größeren Kreises der Steuerpflichtigen brächte dieser Steuertausch für die heute gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen überdies den Vorteil, daß sie in ihrer Gesamtheit weniger Steuern zu zahlen hätten. Daß eine Wertschöpfungsteuer ertragsunabhängiger wäre als die derzeitige Gewerbesteuer, weil zur Bemessungsgrundlage Löhne und Zinsen gehören, die kurzfristig weitgehend den Charakter von Fixkosten haben (und weil dies stärker zu Buche schlüge als der Wegfall der Gewerbekapitalsteuer), müßte als Preis ihrer Vorteile in Kauf genommen werden.

Vom Standpunkt der Gemeinden wäre eine breit angelegte Wertschöpfungsteuer wegen ihrer gleichmäßigeren Streuung zu begrüßen; aus diesem Grunde würde sich der Steueranteil in den Budgets vieler Gemeinden erhöhen und deren Abhängigkeit von Finanzzuweisungen zurückgehen. Das wäre ein Fortschritt in bezug auf die finanzielle Autonomie der Gemeinden und würde das Interesse der Gemeinden an einer gewerbefreundlichen Gemeindepolitik wieder erhöhen, vor allem das Interesse der Gemeinden am Kleingewerbe. Außerdem dürfte man erwarten, daß die Kommunalausgaben, nicht zuletzt die Ausgaben für Investitionen, wegen der geringeren Konjunkturabhängigkeit des Aufkommens aus der Wertschöpfungsteuer verstetigt würden. All dies könnte noch verstärkt werden, wenn die Gewerbesteuer zugunsten der Gemeinden brutto, also einschließlich der Gewerbesteuerumlage, durch die Wertschöpfungsteuer ersetzt und die Finanzzuweisungen an die Gemeinden entsprechend gekürzt würden.

Zur Wohnungsbauförderung

81. Neue Akzente in der Wohnungspolitik beabsichtigt die neue Regierungskoalition mit den folgenden Maßnahmen zu setzen:

— Das Aufkommen der geplanten obligatorischen Anleihe soll zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Ballungsgebieten, ferner zur Förderung des selbstgenutzten Wohnungseigentums und zur Zinsverbilligung um 3,5 Prozentpunkte für die Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen verwendet werden.

— Der Eigenheimbau soll durch den Abzug von Schuldzinsen vom steuerpflichtigen Einkommen bis zu 10 000 DM im Jahr für jeweils 10 Jahre gefördert werden.

— Im geltenden Mietrecht soll der Vertragsfreiheit größerer Raum gegeben werden.

82. Abgesehen von den geplanten Änderungen des Mietrechts verharrt die Wohnungspolitik damit bei ihrem traditionellen Verhalten, akute Versorgungsmängel und Investitionsprobleme durch das Geschenk öffentlicher Gelder zu lösen. Der hohe Sockel staatlicher Hilfen zugunsten des Wohnungsbaus, des Bausparens und der Wohnungsnutzung soll durch weitere Förderungsmittel in Höhe von 4 Mrd DM pro Jahr aufgestockt werden. Die Versuche, die Wohnungsprobleme durch Subvention zu lösen, haben dazu geführt, daß sich der Anteil der direkten und indirekten staatlichen Hilfen an der Wohnungsbauleistung trotz höheren Wohlstands nicht verringert hat, sondern in wichtigen Teilbereichen, insbesondere im sozialen Wohnungsbau, sogar noch angestiegen ist. Hierin spiegelt sich die Beeinträchtigung normaler Ausgleichsmechanismen des Marktes, die eine anhaltende und seit einem Jahrzehnt sogar noch verstärkte administrative Lenkung des Wohnungsmarktgeschehens bewirkt hat. Weil die Mobilität der Wohnungsnachfrager eingeschränkt und dadurch die ökonomisch und sozial sinnvolle Nutzung des Wohnungsbestands erschwert wurde und weil durch immer neue Interventionen die Planungssicherheit der Investoren gemindert und deren Renditeerwartungen beeinträchtigt wurden, entstanden Spannungen auf dem Wohnungsmarkt, deren Bekämpfung — wo nicht durch neue Interventionen — durch mehr öffentliches Geld angestrebt wurde. Das Rentabilitätskalkül der Investoren und der Kapitalgeber wird heute in beträchtlichem Umfange durch Subventionen und andere Interventionen beeinflußt; die wirkliche Knappheit des Gutes Wohnung ist nicht erkennbar, weil die Preissignale falsch gestellt sind. So muß befürchtet werden, daß das volkswirtschaftliche Geld- und Sachkapital in unbekanntem Umfange zugunsten des Wohnungsbaus und zu Lasten derjenigen Zweige fehlgeleitet wird, in denen mehr Investitionen die Grundlage für das künftige Wirtschaftswachstum legen müßten. Der soziale Wohnungsbau, in den Jahren des Wiederaufbaus wohlbegründet, ist sowohl im Hinblick auf den Wirkungsgrad als auch in bezug auf die Verteilungswirkungen der hier eingesetzten Mittel zu einem Exempel für wirtschaftspolitische Fehler geworden.

Nur eine marktwirtschaftliche Reform kann aus der Misere herausführen. In diese Richtung weisen die geplanten Änderungen des Mietrechts. Die Maßnahmen der Koalitionsvereinbarung, die öffentliches Geld erfordern, passen, außer der Subventionierung von Zwischenkrediten, nicht in ein Konzept hinein, das den Marktkräften in der Wohnungswirtschaft wieder mehr Raum öffnet.

83. Bei einem solchen Konzept würde der selbstgenutzte Wohnraum — im Eigenheim, im echten oder unechten Zweifamilienhaus, im Mehrfamilienhaus oder als selbstgenutzte Eigentumswohnung — immer derselben steuerlichen Regelung unterliegen, und zwar entweder nach dem „Konsumgutmodell“ oder nach dem „Investitionsgutmodell“. Das geltende Steuerrecht enthält Elemente von beiden und ist widersprüchlich. Der von der neuen Regierung vorgesehene Schuldzinsenabzug würde diesen inneren Widerspruch noch verstärken, jedenfalls dann, wenn keine weiteren Änderungen an den steuerlichen Regelungen für selbstgenutzten Wohnraum vorgenommen werden.

Nach der Konsumgutlösung wird die Wohnung steuerlich wie andere Konsumgüter behandelt. Fiktive Mieteinnahmen werden steuerlich nicht berücksichtigt, aber es gibt auch keinen Abzug von Aufwendungen. Der Konsumgutansatz wird heute — näherungsweise — für selbstgenutzten Wohnraum im eigenen Einfamilienhaus und für die selbstgenutzte Eigentumswohnung angewandt. Das geltende Steuerrecht (§ 21 a EStG) sieht für die genannten Wohnungen eine Besteuerung nach dem Nutzungswert vor, der mit 1,4 vH des Einheitswertes anzusetzen ist, und gestattet einen Schuldzinsenabzug nur bis zu dieser Höhe. Abzugsfähig sind außerdem erhöhte Absetzungen gemäß § 7 b EStG, § 82 a EStDV und § 15 BerlinFG. Der Nutzungswert gemäß § 21 a EStG liegt durchweg weit unter der um die pauschal abgegoltenen Aufwendungen verminderten Marktmiete.

Nach dem Investitionsgutmodell wird die selbstgenutzte Wohnung steuerlich als Investitionsgut behandelt. Vom Nutzungswert der selbstgenutzten Wohnung, der nach der Marktmiete bestimmt wird, werden die Werbungskosten (vor allem Abschreibungen, Schuldzinsen, Erhaltungsaufwand) abgesetzt. Der so ermittelte Überschuß gehört einkommensteuerrechtlich zu den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung. In der Phase hoher Zinsbelastungen und hoher Abschreibungen übersteigen die Werbungskosten meistens die (fiktiven) Einkünfte aus der selbstgenutzten Wohnung und mindern so die Einkommensteuerbelastung.

Der von der neuen Regierung vorgesehene Schuldzinsenabzug auch für das selbstgenutzte Einfamilienhaus und die selbstgenutzte Eigentumswohnung wäre ein für den Fiskus sehr teurer Weg der Wohnungsbauförderung. Die Kombination von Investitionsgutlösung (Schuldzinsenabzug) und Konsumgutlösung (Fortgeltung des § 21 a EStG) würde zudem den besserverdienenden Bauherren von Eigenheimen und Eigentumswohnungen eine jährliche Steuerersparnis von 5 000 DM bis 6 000 DM einbringen, und dies über zehn Jahre hinweg.

84. Das geltende Steuerrecht — näherungsweise Konsumgutlösung, aber mit Abschreibung nach § 7b EStG —, das in sehr langfristiger Rechnung für den Besteuerten vorteilhaft ist, hat gegen sich, daß wegen der inflationsbedingt hohen Zinsen die Begrenzung des Schuldzinsenabzugs in den vielen Jahren hoher Fremdkapitalbelastung so stark zu Buche schlägt, daß viele Bauwillige mit geringem Vermögen und mittlerem Einkommen den Kapitaldienst nicht aufbringen können. Die Begrenzung des Schuldzinsenabzugs korrespondiert zwar mit der Wohltat der Eigenmietenregelung des § 21a EStG. Doch darauf, daß diese Wohltat dominant wird, müsssen die meisten viele Jahre warten. Statt nun diesen zweifellos unbefriedigenden Zustand durch Gewährung eines zum geltenden System überhaupt nicht passenden und verteilungspolitisch fragwürdigen Schuldzinsenabzugs zu ändern, wäre es besser, für alle Kategorien selbstgenutzten Wohnraums die Regelung der Investitionsgutlösung anzuwenden. Die Sorge, daß viele potentielle Eigenheimbauer durch die erhöhte steuerliche Belastung, die nach Tilgung der Fremdschuld eintreten wird, abgeschreckt werden könnten, ist nicht von vornherein unbegründet. Es muß jedoch bedacht werden, daß die Finanzämter bei der Festlegung der steuerlich angesetzten Mieten für selbstgenutzten Wohnraum durchweg erheblich unter den durchschnittlichen Marktmieten bleiben; offenkundig wollen sie so gerichtliche Klagen von Steuerpflichtigen vermeiden. Man könnte ein übriges tun und die Kapitalbildung durch Hypothekentilgung im Rahmen der Altersvorsorge zum Sonderausgabenabzug zulassen. Für Personen im Rentenalter, deren steuerliche Belastung ohnehin meistens geringer ist, fällt die nach der Investitionsgutlösung bestimmte Höhe der Erträge aus selbstgenutztem Wohnraum steuerlich im allgemeinen weniger ins Gewicht.

Man könnte auch an eine vom Bauherrn oder Erwerber nur einmal auszuübende Option zwischen der Konsumgutlösung und der Investitionsgutlösung denken. Beide Modelle müßten so konstruiert sein, daß das Ergebnis für den Fiskus, über die Gesamtzeit der Nutzung gerechnet, nach der Barwertmethode in etwa gleich wäre. Für Haushalte mit einer hohen Einkommenserwartung für die Jahre nach der Schuldentilgung dürfte meist die Konsumgutlösung vorteilhafter sein, für die anderen Haushalte die Investitionsgutlösung. Die Haushalte könnten sich also für die nach ihren Einkommenserwartungen bessere Lösung entscheiden. Es dürfte aber schwierig sein, einen Mißbrauch der Option zu verhindern, der durch Besitzwechsel, insbesondere innerhalb derselben Familie, möglich wäre. Die Option kann daher nur vorgesehen werden, wenn solchem Mißbrauch mit wirksamen und zugleich sozial akzeptablen Maßnahmen begegnet werden kann.

Eine Vereinheitlichung der Besteuerung selbstgenutzten Wohnraums nach dem Investitionsgutmodell könnte wohl nur für die Wohnungen aus der Neuproduktion eingeführt werden. Den Eigentümern von Wohnungen, die bis dahin nach § 21a EStG besteuert werden, dürfte die Neuregelung aus Gründen des Vertrauensschutzes nicht aufgezwungen werden. Die Eröffnung einer Option würde für den Staat vermutlich sehr teuer werden. Für den Fall durchgreifender Modernisierungen dieser Wohnungen müßte allerdings eine Sonderregelung getroffen werden, weil befürchtet werden müßte, daß eine auf Neuinvestitionen begrenzte Steuererleichterung solche Investitionen stark beeinträchtigt.

85. Eine zusätzliche Subventionierung des sozialen Wohnungsbaus in Verdichtungsräumen kann aus ökonomischer Sicht nicht gutgeheißen werden. Die Absicht der neuen Koalition, die Wohnungsbauförderung räumlich zu konzentrieren, mag durch angespannte Wohnungsmärkte und vor allem durch hohe Wohnkosten in manchen Großstädten bestimmt worden sein. Dies ist ein Standortfaktor, der die Großstädte gegenüber den konkurrierenden Wirtschaftsregionen benachteiligt, was aber keinesfalls bedeutet, daß er durch Subventionen ausgeglichen werden sollte. Die Attraktivität der Verdichtungsräume würde sonst zu Lasten der schwach besiedelten Gebiete weiter erhöht.

Die beabsichtigte Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus nach dem sogenannten 1. Förderungsweg (Kapitalsubvention, ergänzt durch degressiv gestaffelte, befristete Förderung) vermag kaum mehr als ein Drittel des Subventionsbetrages (Barwert) an zusätzlichen Investitionsmitteln aus Fremdkapital und privaten Ersparnissen zu mobilisieren. Der Grund hierfür liegt in dem sehr großen Abstand zwischen dem für diese Wohnungen erzielbaren Mietpreis und ihren Kosten. Weil die Wohnungen des 1. Förderungswegs einkommensschwächeren Haushalten aus bestimmten Zielgruppen vorbehalten bleiben sollen, wird der diesen Haushalten abverlangte Mietpreis niedrig angesetzt. Die Bau- und Bewirtschaftungskosten der Sozialwohnungen dagegen unterscheiden sich kaum von denen der freifinanzierten Mietwohnungen aus der Neuproduktion, die durchweg nur von besserverdienenden Haushalten angemietet werden. Statt teurere Wohnungen aus der Neuproduktion für die Versorgung der einkommensschwächeren Haushalte bereitzustellen, sollten zunächst die vorhandenen Bestände an sozialen Mietwohnungen besser für die Versorgung der einkommensschwächeren Haushalte genutzt werden. Es geht hier auch um das seit mehr als zwei Jahrzehnten ungelöste Fehlbelegungsproblem, das in der Öffentlichkeit mit Recht als soziales Ärgernis angesehen wird. Eine durchgreifende Lösung dieses Problems ist zu erreichen, wenn die Mietpreise für nicht mehr subventionsberechtigte Haushalte an die Marktmiete herangeführt werden, was freilich nötig macht, daß die dem Vermieter zufließende Rente aufgrund der von ihm in Anspruch genommenen öffentlichen Förderung an den Staat fließt. Eine Angleichung dieser Mietpreise an die Marktmieten würde zur Freisetzung von sozialen Mietwohnungen führen, die dann ihrer sozialen Zweckbindung wieder zugeführt werden können.

Die von der neuen Koalition ebenfalls beabsichtigte verstärkte Subventionierung des Erwerbs von Wohneigentum in Verdichtungsräumen würde nach dem sogenannten 2. Förderungsweg vorgenommen werden (degressive Aufwendungsdarlehen). Die Einkommen der nach dieser Regelung geförderten Haushalte liegen wesentlich höher als beim 1. Förderungsweg, weshalb der durchschnittliche Förderungsbetrag hier beträchtlich niedriger angesetzt werden kann. Aber auch diese Förderung ist für den Staat keineswegs billig.

86. Die von der neuen Koalition geplante temporäre Zinsverbilligung für Zwischenkredite wäre in der gegenwärtigen Phase der Wohnungsbautätigkeit hilfreich. Die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen ist in den ersten sieben Monaten des Jahres 1982 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um etwa 10 vH zurückgegangen. Am stärksten betroffen sind der Einfamilien- und der Zweifamilienhausbau (27 vH). Sich allein darauf zu verlassen, daß sinkende Bauzinsen und die Erwartung wieder steigender Realeinkommen die Wende bei den Wohnungsbauinvestitionen rasch bewirken werden, könnte sich als trügerisch erweisen. Je länger die Schwäche im Wohnungsbau dauert, um so mehr Baukapazitäten werden abgebaut, und diese stehen später, bei Wiederanziehen der Baunachfrage, nicht wieder zur Verfügung. Ein steiler Anstieg der Baukosten wäre also gleichsam programmiert. Eine temporäre Hilfe wie die geplante Zinsverbilligung für die Zwischenkredite könnte (auch nach den Erfahrungen mit dem Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen von 1975) wesentlich dazu beitragen, den derzeitigen Investitionseinbruch im Wohnungsbau abzufangen — und damit hier keine Verzögerung eintritt, wäre zu erwägen, die Vorschrift rückwirkend in Kraft zu setzen.

Zur Arbeitsmarktpolitik

87. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich in beängstigender Weise verschärft. Für das nächste Jahr erwarten wir im Jahresdurchschnitt 2¹/₄ Millionen Arbeitslose. Es ist nicht damit zu rechnen, daß sich die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren schnell abbauen läßt. Auch mit Hilfe von wachstumsfördernden Maßnahmen werden nur allmählich Fortschritte möglich sein. In dieser Situation kommt dem Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik eine größere Bedeutung zu, als es unter normalen Umständen der Fall wäre. Die Arbeitsmarktpolitik vermag in zweierlei Hinsicht zu helfen. In ihren auf Qualifizierung zielenden Elementen ist sie ein Beitrag zur Beseitigung struktureller Probleme des Arbeitsmarktes und damit eine der Bedingungen für eine am Wachstum orientierte, auf dauerhafte Beseitigung der Arbeitslosigkeit gerichtete Wirtschaftspolitik. Als flankierende Maßnahme kann die Arbeitsmarktpolitik außerdem dazu beitragen, vorübergehend die Arbeitslosigkeit zu vermindern und zugleich Hilfe für die am ärgsten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Personen zu bringen (JG 80 Ziffern 374 ff.).

88. In der Arbeitsmarktpolitik ist Verstetigung und eine mittelfristige Orientierung sinnvoll. Änderungen in der Anspruchsberechtigung einerseits und im Umfang der verfügbaren finanziellen Mittel andererseits, die stärker durch fiskalische Nöte bestimmt als an den Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik orientiert sind, führen zu Unsicherheit. Das Engagement der Arbeitsverwaltung für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik geht zurück, mangelnde Informationen führen zu einem Rückgang der Teilnehmerzahl, den Trägern von Bildungseinrichtungen ist eine mittelfristige Planung nicht mehr möglich. Die

stärkere Belastung der Arbeitsverwaltung durch die zunehmende Anzahl der Arbeitslosen gefährdet die klassischen Aufgaben der Arbeitsverwaltung, Berufsberatung und Arbeitsvermittlung, die auch und gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit wichtig sind. In dieser Situation ist auch zu überprüfen, ob weiterhin wichtige Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik auf Problemregionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit beschränkt bleiben sollen.

89. Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung sind bei der heutigen Arbeitsmarktlage und angesichts der zu erwartenden technischen Entwicklung besonders dringend. Insofern wäre eine Korrektur des Gesetzes zur Konsolidierung der Arbeitsförderung zu erwägen; zumindest könnten wieder in einem noch zu bestimmenden Umfang für Arbeitslose, die nicht Leistungsempfänger sind, Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung angeboten werden. Außerdem sollte die Wirkung eines finanziellen Anreizes, an derartigen Maßnahmen teilzunehmen, nicht unterschätzt werden. Er kann allerdings um so kleiner sein, je besser die Vermittlungschancen im Anschluß an die Bildungsmaßnahmen sind.

90. Ein immer dringlicheres Problem stellt die Langzeitarbeitslosigkeit dar. Je länger jemand arbeitslos ist, um so mehr werden einerseits seine Qualifikation, unter Umständen auch seine Motivation und schließlich seine Leistungsfähigkeit beeinträchtigt und um so geringer ist andererseits seine Chance, wieder Arbeit zu finden. Alles, was die Chancen und die Hoffnung auf Wiedereingliederung in das Erwerbsleben verbessert, ist hier angebracht. Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung können helfen, aber auch mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ließen sich Härten der Langzeitarbeitslosigkeit mildern. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geben die Möglichkeit, im privaten und im öffentlichen Bereich nützliche Leistungen zu erbringen, die angesichts der angespannten Finanzlage sonst nicht zustande kämen. Dabei sind Mitnahmeeffekte nicht zu vermeiden. Man muß sie aber wohl hinnehmen. Für Langzeitarbeitslose sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im öffentlichen Sektor für eine nicht zu kurz bemessene Übergangszeit auch dann vertretbar, wenn angesichts der Finanzlage der öffentlichen Haushalte und der Konsolidierungsnotwendigkeit nicht mit Dauerarbeitsplätzen gerechnet werden kann. Generell helfen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, dem Arbeitslosen wieder Beschäftigung und ein Gefühl der Nützlichkeit zu vermitteln. Die Teilnahme an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dürfte auch zur besseren Vermittlung von Langzeitarbeitslosen beitragen.

91. Besondere Probleme bereiten bei Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen in vielen Fällen ungelernte Arbeitnehmer wegen zu geringer Lernbereitschaft, aber auch zu geringer Lernfähigkeit. In dieser Gruppe waren die Einkommen, an die das Unterhaltsgeld anknüpft, schon vor Eintritt der Arbeitslosigkeit relativ niedrig. Aus der Sicht der Betroffenen ergeben sich daher kaum ausreichende finanzielle Anreize für eine Teilnahme an Arbeitsförderungsmaßnahmen. Dazu kommt, daß das Angebot der Träger nach wie vor nicht in ausreichendem Maße auf die Vorkenntnisse und die besonderen Probleme der ungelernten Arbeitnehmer, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, zugeschnitten ist. Auch die ihnen angebotenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind häufig nicht geeignet. Für diese Gruppe wäre daher zu überprüfen, inwieweit innerbetriebliche Förderungsmaßnahmen helfen können. Erfahrungen zeigen, daß auf diese Weise auch Facharbeitermangel gemildert und die Beschäftigung ausgeweitet werden kann. Freilich ist bei der Förderung innerbetrieblicher Maßnahmen die Gefahr von Mitnahmeeffekten besonders groß, daher sind hier strenge Kriterien notwendig.

92. Eine vordringliche Aufgabe stellt die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit dar. Zwar dürfte das Angebot an Ausbildungsplätzen sich inzwischen als größer herausgestellt haben, als zu Beginn des Jahres angenommen wurde. Sollten noch Ausbildungsplätze fehlen, müssen wohl andere Maßnahmen ergriffen werden, möglicherweise auch eine Ausweitung der überbetrieblichen Ausbildung. Ein weiteres Problem stellt die große Anzahl jugendlicher Ausländer dar, die keine Ausbildung erhalten. Dies ist nicht nur eine Frage der Ausbildungsplätze, sondern auch eine solche der Bildungsvoraussetzungen. Hier können nur Maßnahmen Abhilfe schaffen, bei denen die Vermittlung schulischer Allgemeinbildung und beruflicher Bildung miteinander verbunden wird.

Inzwischen zeichnet sich ab, daß ein Teil der Jugendlichen, die ihre Ausbildung beendet haben, zunächst arbeitslos werden. Über die Länge dieser Arbeitslosigkeit liegen noch keine gesicherten Erfahrungen vor. In der Aufforderung an die Betriebe, mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen, als dem eigenen Bedarf entsprach, lag freilich immer die Möglichkeit derartiger Arbeitslosigkeit. Nicht nur für die Älteren, die langfristig Arbeitslosen, sondern auch für diese Jugendlichen können vorübergehende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, zum Beispiel bei sozialen Diensten, Entlastung bringen.

93. Die Änderung der Anspruchsvoraussetzungen für das Kurzarbeitergeld hat sich nach den ersten Erfahrungen nicht bewährt. Die Regelung, daß Kurzarbeitergeld nur gewährt wird, wenn ein Drittel und nicht wie bisher ein Fünftel der Belegschaft von Kurzarbeit betroffen werden, enthält einerseits einen Anreiz, die Anzahl der von Kurzarbeit Betroffenen zu vergrößern, womit weitere Mitnahmeeffekte verbunden sein dürften, andererseits engt sie die Flexibilität der Unternehmen, auf kritische Absatzsituationen zu reagieren, unangemessen ein. Wo Durchhalten des Personalbestandes wegen schlechter Finanz- und Ertragslage schwierig ist, kommt es vermehrt zu Entlassungen. Das Kurzarbeitergeld verliert damit seine Funktion, zu einer Verstetigung der Beschäftigung beizutragen.

V.

Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:

t	Zeitindex (Jahre)
K_t	durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	empirisch gemessene Kapitalproduktivität
$\hat{k}_t$	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck zur realen Bruttowertschöpfung sowie der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt aus dem jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögen und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst werden für die Jahre 1960 bis 1970 trendmäßige Kapitalproduktivitäten mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivitäten dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_o + \log \hat{k}_t, \text{ mit } a_o = \max\left[\log k_t - \log \hat{k}_t\right]$$

Als Stützbereich für die Ermittlung der Trendwerte der Jahre 1960 bis 1970 wird der Zeitraum von 1960 bis 1974 verwendet.

5. Die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die Jahre ab 1971 wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Trendfunktion durchgeführt. Es werden jedoch gleitende Zehnjahres-Stützbereiche verwendet. Für die Trendwerte der Jahre 1971, 1972, 1973 usw. werden also die Stützbereiche 1961 bis 1970, 1962 bis 1971, 1963 bis 1972, usw. genommen.

   Die potentiellen Kapitalproduktivitäten werden dadurch ermittelt, daß jeweils der Wert des vorangegangenen Jahres nach Maßgabe der Abnahmerate des Trends im zugehörigen Stützbereich fortgeschrieben wird; k_t^* ergibt sich demnach als Produkt aus k_{t-1}^* und der Abnahmerate der Trendlinie mit dem Stützbereich $\left[t-10 \text{ bis } t-1\right]$.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:
   - Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) 1982 um 4½ vH abnehmen und 1983 um 3 vH zunehmen.
   - Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

7. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 97¼ vH zugrunde gelegt.

8. Wie unter Ziffer 65 im Textteil erläutert, haben wir unsere Rechnungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential und dessen Auslastung den revidierten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angepaßt. Die dadurch bedingten Abweichungen zu unseren bisherigen Berechnungen sind in der folgenden Tabelle und im Schaubild wiedergegeben. Der in den vorstehenden Ziffern beschriebene methodische Ansatz zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials ist dagegen unverändert geblieben.

Produktionspotential, Bruttoinlandsprodukt und Auslastungsgrad [1])

Jahr	Produktionspotential				Bruttoinlandsprodukt				Auslastungsgrad des Produktionspotentials	
	alte Rechnung [2])		neue Rechnung [3])		alte Rechnung [2])		neue Rechnung [3])		alte Rechnung [2])	neue Rechnung [3])
	Mrd DM	vH [4])	Mrd DM	vH [4])	Mrd DM	vH [4])	Mrd DM	vH [4])	vH [5])	
1960	432,4	.	615,4	.	428,7	.	611,5	.	99,1	99,4
1961	456,9	+5,7	650,1	+5,6	450,6	+5,1	642,7	+5,1	98,6	98,9
1962	482,7	+5,6	685,9	+5,5	470,5	+4,4	671,2	+4,4	97,5	97,9
1963	506,5	+4,9	719,8	+4,9	484,5	+3,0	692,1	+3,1	95,7	96,1
1964	531,4	+4,9	755,1	+4,9	517,0	+6,7	738,7	+6,7	97,3	97,8
1965	558,4	+5,1	792,9	+5,0	546,1	+5,6	779,7	+5,5	97,8	98,3
1966	583,8	+4,5	828,4	+4,5	559,8	+2,5	800,1	+2,6	95,9	96,6
1967	604,7	+3,6	856,3	+3,4	558,8	−0,2	799,3	−0,1	92,4	93,3
1968	624,7	+3,3	883,0	+3,1	594,0	+6,3	846,6	+5,9	95,1	95,9
1969	648,3	+3,8	913,7	+3,5	640,5	+7,8	909,8	+7,5	98,8	99,6
1970	678,8	+4,7	956,5	+4,7	678,8	+6,0	956,6	+5,1	100,0	100,0
1971	710,5	+4,7	1 003,3	+4,9	700,7	+3,2	986,2	+3,1	98,6	98,3
1972	744,9	+4,8	1 049,8	+4,6	726,3	+3,7	1 027,1	+4,2	97,5	97,8
1973	777,4	+4,4	1 091,9	+4,0	761,8	+4,9	1 073,9	+4,6	98,0	98,4
1974	804,9	+3,5	1 124,3	+3,0	766,0	+0,5	1 079,7	+0,5	95,2	96,0
1975	827,5	+2,8	1 152,6	+2,5	751,8	−1,8	1 061,4	−1,7	90,8	92,1
1976	848,2	+2,5	1 176,4	+2,1	790,6	+5,2	1 119,7	+5,5	93,2	95,2
1977	865,8	+2,1	1 200,8	+2,1	814,6	+3,0	1 154,0	+3,1	94,1	96,1
1978	884,0	+2,1	1 224,8	+2,0	840,8	+3,2	1 189,5	+3,1	95,1	97,1
1979	902,1	+2,1	1 249,4	+2,0	878,3	+4,5	1 239,2	+4,2	97,4	99,2
1980 [6])	922,6	+2,3	1 277,7	+2,3	895,1	+1,9	1 261,8	+1,8	97,0	98,8
1981 [6])	941,1	+2,0	1 305,2	+2,2	894,8	−0,0	1 262,7	+0,1	95,1	96,7
1982 [7])	.	.	1 324,5	+1,5	.	.	1 252,1	−0,8	.	94,5

[1]) Ergebnisse vor und nach der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Jahre 1960 bis 1981. Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S. 5 „Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1981" und Wirtschaft und Statistik 8/1982, S. 551 ff.

[2]) Vor der Revision; in Preisen von 1970.

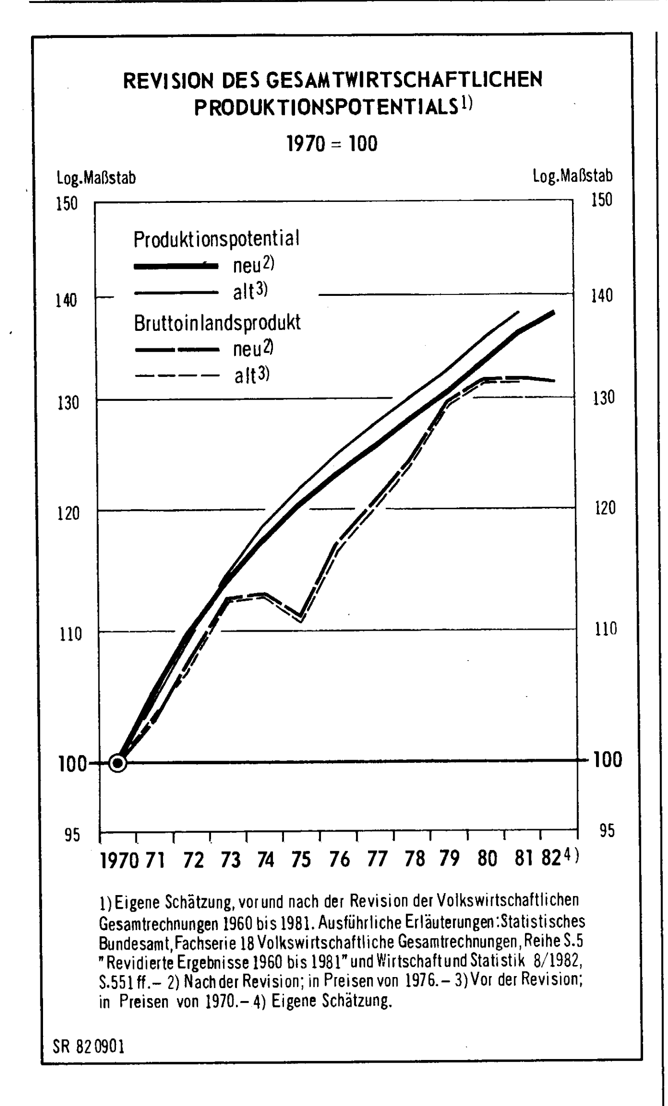
[3]) Nach der Revision; in Preisen von 1976.

[4]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

[5]) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.

[6]) Vorläufige Ergebnisse.

[7]) Eigene Schätzung.



B. Zur Berechnung der Reallohnposition der Arbeitnehmer

1. Die Rechnungen zur Reallohnposition sollen ein Urteil darüber ermöglichen, ob dem Anstieg der Nominallöhne eine Veränderung der durchschnittlichen Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen zuzurechnen ist. „Zurechnen" heißt nicht notwendigerweise auf eine aktive Rolle der Lohnpolitik, verstärkter Lohndruck etwa, abheben. Eine Änderung der Reallohnposition würde sich auch ergeben, wenn etwa wegen Nachfrageschwäche die Preise sinken, während die Lohnkosten je Produkteinheit konstant bleiben. Aufgrund der Schwierigkeiten, die Produktivitätsentwicklung im Staatssektor zu messen, und weil es für den privaten Sektor nur auf dessen Kostenniveau ankommt, bleibt der Staat als Produktionsbereich in den Rechnungen zur Reallohnposition außer Betracht. Die durchschnittliche Erlös-Kosten-Relation des Unternehmenssektors im ganzen verändert sich nach unserer Definition dann nicht, wenn die Löhne nicht stärker angehoben werden, als der Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums entspricht.

2. Einer Lohnerhöhung gleichzusetzen ist, wenn die Beiträge angehoben werden, die die Arbeitgeber für die Sozialversicherung der Arbeitnehmer zu entrichten haben.

3. Die wichtigste Einflußgröße für die Veränderung des Verteilungsspielraums ist die zusätzliche Produktion je Erwerbstätigen im privaten Sektor der Volkswirtschaft.

4. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, daß die Kapitalkosten, die die Unternehmen zu tragen haben, dauerhaften Änderungen unterliegen können, die wie Veränderungen der Arbeitsproduktivität die Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen verändern. Eine angemessene Erfassung der Kapitalkostenänderung ist eine sehr komplexe Aufgabe. Besonders schwierig ist die wertmäßige Erfassung des Kapitalstocks des Unternehmenssektors. Hinzu kommt die Notwendigkeit, den unerwünschten Einfluß konjunktureller Schwankungen auf die Kapitalkosten je Produkteinheit auszuschalten.

Zu den Kapitalkosten der Unternehmen gehören die Abschreibungen auf das Anlagevermögen sowie die Verzinsung des Kapitals. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Anlagevermögen, das Vorratsvermögen und das Geldvermögen der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an Anlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu konstanten Preisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet. Beim Geldvermögen nehmen wir die Entwicklung des Geldvermögens im Sektor Unternehmen ohne Kreditinstitute und Versicherungen als Maßstab für die Entwicklung des gesamten im Unternehmenssektor gebundenen Geldvermögens; der Geldwertschwund wird entsprechend dem Anstieg der Verbraucherpreise berücksichtigt. Für die Ermittlung der Zinskosten ist außerdem noch ein Realzins zu bestimmen. Da konjunkturelle Bewegungen der Zinsen die zu ermittelnde Reallohnposition nicht berühren sollen, müssen diese nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Ein Trend im Realzins verändert aber durchaus den Spielraum für kostenniveauneutrale Lohnsteigerungen. Wir versuchen, dem Problem dadurch gerecht zu werden, daß wir für jedes Jahr den Realzins ansetzen, der sich im Durchschnitt der jeweils zwölf vorangegangenen Jahre ergeben hat. Den Realzins selbst haben wir aus der Umlaufsrendite für festverzinsliche Wertpapiere sowie der Veränderung des Preisindex für den privaten Verbrauch abgeleitet; diese beiden Größen bilden am ehesten ab, welchen Nutzen ein Investor aus seinem Kapital hätte ziehen können, wenn er es nicht im Unternehmen eingesetzt hätte.

Nicht nur über die konjunkturellen Einflüsse auf die Zinsen, sondern auch über die konjunkturellen Bewegungen im Auslastungsgrad des Kapitalstocks kommt es zu Schwankungen in den Kapitalkosten je Produkteinheit und damit der Erlös-Kosten-Relation. Eine Lohnpolitik, die wir kostenniveauneutral nennen, würde solchermaßen begründete Schwankungen der Kapitalkosten je Produkteinheit nicht in Rechnung stellen. Wir haben uns daher entschlossen, die Kapitalkosten in jedem Jahr in der Höhe anzusetzen, wie sie bei Normalauslastung der Sachkapazitäten des Unternehmenssektors anfallen würden, nehmen also auch insofern eine Konjunkturbereinigung vor.

5. Bei der Bemessung dessen, was an zusätzlichem Sozialprodukt pro Kopf der Erwerbstätigen in einem Jahr mehr zu verteilen ist, werden außerdem Veränderungen des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel (Terms of Trade) berücksichtigt. Wenn sich beispielsweise die Terms of Trade für das Inland verschlechtern, also die Einfuhrpreise im Verhältnis zu den Ausfuhrpreisen steigen, dann ist von daher der Spielraum für Lohnerhöhungen geringer als dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätseffekt entspräche. Von diesem wäre der Einkommenseffekt der Verschlechterung der Terms of Trade abzuziehen; nur dann bliebe die durchschnittliche Erlös-Kosten-Relation unverändert.

   Den Einfluß einer Veränderung der Terms of Trade auf die Erlös-Kosten-Relation erfaßt man, indem man statt des Zuwachses des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen den Zuwachs des „Gross National Income" (Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen abzüglich Außenbeitrag in konstanten Preisen zuzüglich Außenbeitrag in konstanten Importpreisen) je Erwerbstätigen ansetzt. Der Außenbeitrag in konstanten Importpreisen wird ermittelt, indem man den Außenbeitrag in jeweiligen Preisen mit dem Preisindex der Einfuhr deflationiert (JG 66 Anhang VI, Ziffer 5.).

6. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Unternehmen die Preise für die an die privaten Haushalte und an den Staat abgesetzten Güter verändern; die Preise für ausgeführte Güter sind bereits im Terms-of-Trade-Effekt berücksichtigt. Allerdings ist zu beachten, daß ein Teil der Preisveränderungen ohne Einfluß auf die Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen ist; werden nämlich die indirekten Steuern erhöht (oder die Subventionen des Staates an die Unternehmen gesenkt) und umgekehrt, dann führen entsprechende Preisveränderungen nicht zu einer Veränderung im Kalkül der Unternehmen. Wohlgemerkt, in beiden Fällen kommt es darauf an, wie sich die Größe (Aufkommen an indirekten Steuern, gezahlte Subventionen) im Verhältnis zu den Erlösen der Unternehmen verändert haben. In den Rechnungen zur Reallohnposition wird das Kosten-Äquivalent der Veränderung von indirekten Steuern und Subventionen gesondert ausgewiesen.

7. Die Reallohnposition ist danach definiert als

$$RLP_t = \frac{\dfrac{BLGS_t^{oSt} + AGB_t^{oSt}}{A_t^{oSt}}}{\left(\dfrac{BIP_t^{r,oSt}}{E_t^{oSt}} \cdot \dfrac{GNI_t^r}{BIP_t^r} - \dfrac{KK_t^{r,oSt}}{E_t^{oSt}}\right) \cdot P^{oTS}}$$

Die Symbole bedeuten:

BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Sozialbeiträge der Arbeitgeber
A	Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer
E	Anzahl der Erwerbstätigen
BIP^r	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976
GNI^r	Gross National Income in Preisen von 1976
oSt	Gesamtwirtschaft ohne Staat
t	jeweiliges Beobachtungsjahr
P^{oTS}	Preisindex für privaten Verbrauch und staatliche Käufe ohne indirekte Steuern und Subventionen
KK^r	Kapitalkosten in Preisen von 1976. Sie sind definiert als
D	Abschreibungen des Anlagevermögens in Preisen von 1976
ALV	Anlagevermögen in Preisen von 1976 im Jahresdurchschnitt
VV	Vorratsvermögen in Preisen von 1976 im Jahresdurchschnitt
GV	Geldvermögen der Unternehmen einschließlich Wohnungsvermietung im Jahresdurchschnitt, ohne Aktien
PP^r	Produktionspotential in Preisen von 1976
i	Mittelfristiger Realzins, ermittelt als arithmetisches Mittel aus den Realzinsen in den jeweils vorhergehenden zwölf Jahren. Der Realzins wird für jedes Jahr errechnet, indem die Umlaufsrendite für festverzinsliche Wertpapiere mit dem Anstieg des Preisindex für den privaten Verbrauch deflationiert wird.
P^{PV}	Preisindex für den privaten Verbrauch (1976 = 100)

$$KK_t^{r,oSt} = \left[D_t^{r,oSt} + (ALV_t^{r,oSt} + VV_t^{r,oSt} + GV_t^{oSt} \cdot \frac{P_{1976}^{PV}}{P_t^{PV}})\, i_t \right] \frac{BIP_t^{r,oSt}}{PP_t^{r,oSt} \cdot 0{,}97}$$

8. Für die prozentuale Veränderung der Reallohnposition, wie sie in Tabelle 15 ausgewiesen ist, gilt

$$q_{RLP}-1=\frac{\dfrac{q_{BLGS^{oSt}}}{q_{A^{oSt}}}\cdot\dfrac{1+\dfrac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}{1+\dfrac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}}}{\dfrac{q_{BIP^{r,oSt}}}{q_{E^{oSt}}}\cdot\dfrac{q_{GNI^r}}{q_{BIP^r}}\cdot\dfrac{1-\dfrac{KK_t^{r,oSt}}{BIP_t^{r,oSt}\cdot\dfrac{GNI_t^r}{BIP_t^r}}}{1-\dfrac{KK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_{t-1}^{r,oSt}\cdot\dfrac{GNI_{t-1}^r}{BIP_{t-1}^r}}}\cdot q_{P^{oTS}}}-1$$

Dabei bedeutet q das Verhältnis des Wertes der jeweiligen durch das Suffix bezeichneten Größe im Jahr t zu dem Wert im Jahr t-1

$$\left(\text{z. B. } q_{BLGS^{oSt}}=\frac{BLGS_t^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}\right).$$

Die Werte in den Spalten der Tabelle 15 errechnen sich wie folgt. (Die Zahlen in Klammern entsprechen den Spaltenbezeichnungen.) Im einzelnen ist

(1) $\dfrac{q_{BLGS^{oSt}}}{q_{A^{oSt}}}-1$ die Zuwachsrate der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer

(2) $\dfrac{1+\dfrac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}{1+\dfrac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}}-1$ der Lohnkosteneffekt der Sozialbeiträge der Arbeitgeber

(3) $\dfrac{q_{BIP^{r,oSt}}}{q_{E^{oSt}}}-1$ die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion je Erwerbstätigen (Produktivitätseffekt)

(4) $\dfrac{1-\dfrac{KK_t^{r,oSt}}{BIP_t^{r,oSt}\cdot\dfrac{GNI_t^r}{BIP_t^r}}}{1-\dfrac{KK_{t-1}^{r,oSt}}{BIP_{t-1}^{r,oSt}\cdot\dfrac{GNI_{t-1}^r}{BIP_{t-1}^r}}}-1$ der Kapitalkosten-Effekt

(5) $\dfrac{q_{GNI^r}}{q_{BIP^r}}-1$ der Terms-of-Trade-Effekt

$q_{P^{oTS}}-1$ die Erhöhung der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe (ohne indirekte Steuern abzüglich Subventionen). Es gilt

$$q_{P^{oTS}}=\frac{1-\dfrac{T_t-S_t}{PV_t+SK_t}}{1-\dfrac{T_{t-1}-S_{t-1}}{PV_{t-1}+SK_{t-1}}}\cdot q_P$$

Im einzelnen ist dabei:

$$(6)\quad \frac{1-\dfrac{T_t - S_t}{PV_t + SK_t}}{1-\dfrac{T_{t-1} - S_{t-1}}{PV_{t-1} + SK_{t-1}}} - 1$$

die Veränderung der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe, soweit sie rechnerisch auf Veränderungen von indirekten Steuern und Subventionen zurückgeführt werden kann.

Die Symbole bedeuten:

- P — Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe
- T — Indirekte Steuern
- S — Subventionen
- PV — Privater Verbrauch in jeweiligen Preisen
- SK — Staatliche Käufe (Anlageinvestitionen des Staates und Staatsverbrauch abzüglich Bruttowertschöpfung des Staates)

$(7)\quad {}^{q}P - 1$ — die Erhöhung der Preise für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe

9. Wie im JG 80 Ziffer 145 erläutert, wurden die Rechnungen zur Reallohnposition im Jahre 1980 verändert. Der frühere Rechengang ist in JG 79, Anhang V, Abschnitt B dargestellt. Die Unterschiede betreffen vor allem den Ansatz von Kapitalkosten und die Verwendung eines geeigneten Preisindex. Der früher verwendete Preisindex für die Lebenshaltung, korrigiert um die Erhöhung einzelner Verbrauchsteuern, wurde ersetzt durch den Preisindex für den privaten Verbrauch und staatliche Käufe sowie durch den Kosteneffekt einer Veränderung von indirekten Steuern und Subventionen. Tabelle 23 im JG 80 zeigt die Unterschiede beider Rechnungen bei einer Analyse von Jahr zu Jahr. Kumuliert man die Veränderungsraten seit 1962, so ergeben sich die in der folgenden Tabelle dargestellten Meßziffernreihen. Bei einem langfristigen Vergleich ist aber wegen vielfältiger methodischer Probleme große Vorsicht geboten.

Zur längerfristigen Entwicklung der Reallohnposition

Jahr	Reallohnposition – alte Rechnung [1]) –		Reallohnposition – neue Rechnung [2]) –	
	1962 = 100	Veränderung in vH [3])	1962 = 100	Veränderung in vH [3])
1962	100	.	100	.
1963	99,9	*−0,1*	99,1	*−0,9*
1964	98,6	*−1,4*	98,0	*−1,1*
1965	99,0	*+0,4*	98,3	*+0,3*
1966	99,5	*+0,6*	99,2	*+0,9*
1967	97,6	*−2,0*	98,5	*−0,7*
1968	96,7	*−0,9*	96,2	*−2,3*
1969	97,4	*+0,8*	99,1	*+3,0*
1970	104,4	*+7,2*	102,4	*+3,4*
1971	106,3	*+1,8*	103,6	*+1,2*
1972	106,0	*−0,3*	102,6	*−1,0*
1973	107,1	*+1,0*	102,6	*+0,0*
1974	110,9	*+3,6*	105,1	*+2,4*
1975	109,9	*−0,9*	103,2	*−1,8*
1976	107,1	*−2,6*	101,5	*−1,6*
1977	106,9	*−0,2*	101,4	*−0,2*
1978	106,9	*−0,0*	100,5	*−0,9*
1979	107,0	*+0,1*	100,9	*+0,4*
1980 [4])	109,5	*+2,3*	102,6	*+1,7*
1981 [4])	109,6	*+0,0*	102,2	*−0,4*
1982 [5])	107,2	*−2,1*	100,2	*−1,9*

[1]) Zur Berechnungsmethode siehe JG 79 Anhang V, Abschnitt B.
[2]) Zur Berechnungsmethode siehe Tabelle 15 sowie JG 80 Anhang IV, Abschnitt B.
[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.
[5]) Eigene Schätzung.

C. Zum Konzept der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der von uns verwendeten Abgrenzung ist definiert als

$$(1)\quad Z_t = BG_{oK_t} + MRS_{I_t} + MRS_{A_t} + ÜR_t + KP_t$$

Die Symbole haben folgende Bedeutung:

- Z — bereinigte Zentralbankgeldmenge
- BG_{oK} — Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute
- MRS_I — Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten
- MRS_A — Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten
- ÜR — Überschußreserven
- KP — Korrekturposten
- t — Zeitindex

Zugleich gilt

(1') $Z_t = BG_t + BR_t + KP_t$

mit

(2) $BR_t = MRS_{It} + MRS_{At} - K_t + \ddot{U}R_t$

Dabei bedeuten:

BR Bankreserven, Zentralbankeinlagen der Kreditinstitute

K Kassenbestände der Kreditinstitute

2. Der Korrekturposten ist eine Möglichkeit zur Bereinigung der Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Die Idee ist, den expansiven oder kontraktiven Impuls, den eine Mindestreservesatzänderung darstellt, in der Zentralbankgeldmenge explizit zu machen. Senkt etwa die Bundesbank die Mindestreservesätze, so wird ein Teil des bisher in der Mindestreserve gebundenen Zentralbankgeldes frei und erhöht die Fähigkeit der Banken zur Geldschöpfung. Der freigesetzte Betrag, die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Reservesatz multipliziert mit dem Einlagevolumen zu Beginn der Periode, wird der Zentralbankgeldmenge hinzuaddiert. Um eine Bestandsgröße zu erhalten, werden die durch Mindestreservesatzänderungen freigesetzten oder gebundenen Beträge von einem beliebigen Basiszeitraum aus aufsummiert und der Zentralbankmenge hinzugefügt.

Da für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten und die Zentralbankgeldmenge nur um die reinen Effekte mindestreservepolitischer Maßnahmen bereinigt werden soll, muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Die Veränderung des Korrekturpostens ist dann ungleich Null, wenn die Bundesbank einen der Reservesätze zwischen zwei Zeitpunkten ändert. Ein von Null verschiedener Wert ergibt sich aber auch, wenn Inländer Einlagen von Banken mit großem Einlagevolumen zu solchen mit kleinem Einlagevolumen verlagern oder umgekehrt. Für Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen sind die Reservesätze nicht nur nach Einlagearten, sondern auch nach Größenklassen der Banken, den sogenannten Progressionsstufen, gestaffelt. Die durchschnittlichen Reservesätze für Sichtverbindlichkeiten, Termineinlagen und Spareinlagen, mit denen wir rechnen, können also selbst dann variieren, wenn die einzelnen Reservesätze unverändert bleiben. Für Auslandseinlagen gilt dies nicht, hier ändert sich der Korrekturposten nur dann, wenn die Bundesbank mindestens einen Reservesatz ändert.

Es ist

(3) $KP_t = \sum_{i=1}^{n} KP_{i,t} = \sum_{i=1}^{n} \sum_{\tau=t_o}^{n} \Delta KP_{i,\tau}$

mit

(4) $\Delta KP_{i,t} = (r_{i,\tau-1} - r_{i,\tau})\, E_{i,\tau-1}$

Dabei bedeuten:

i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

τ Zeitindex für die Kumulation des Korrekturpostens

t_o Zeitpunkt, zu welchem die Kumulation des Korrekturpostens begonnen wird (Januar 1960)

r Reservesatz

E reservepflichtige Einlagen

3. Die Zentralbankmenge zu konstanten Reservesätzen, wie sie die Bundesbank berechnet, ist wie folgt definiert:

(5) $Z_t^* = BG_{oKt} + \overline{MRS}_{It}$

Dabei ist:

Z^* Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen

$\overline{MRS}_I$ Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu konstanten Reservesätzen (Januar 1974)

Die Bundesbank wählt also einen anderen Weg zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Sie legt auf die mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten konstante historische Mindestreservesätze an, bislang die vom Januar 1974.

4. Die Unterschiede zwischen der bereinigten Zentralbankgeldmenge des Sachverständigenrates und der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen der Bundesbank sind zum einen Unterschiede in der Abgrenzung und zum anderen Unterschiede im Verfahren zur Bereinigung um die Wirkung von Mindestreservesatzänderungen. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen enthält, anders als die bereinigte Zentralbankmenge, nicht die Mindestreserven auf Auslandsverbindlichkeiten und die Überschußreserven der Banken, also jenen Teil der Zentralbankguthaben der Kreditinstitute, der das Mindestreservesoll nach Absetzung der anrechenbaren Kassenbestände übersteigt. Beide Größen haben ein geringes Gewicht (das Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten betrug im Jahresdurchschnitt 1981 knapp 3 Mrd DM, die Überschußreserven beliefen sich auf 0,3 Mrd DM), Veränderungen schlagen daher kaum auf die Zentralbankgeldmenge durch.

5. Im Prinzip ist die Bankeinlage eines Ausländers weder im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß der Einleger sie selbst für Zahlungen an Inländer verwendet, noch im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß die Bank die Einlage — zumal wenn sie als Termineinlage gehalten wird — weiterverleiht, anders zu beurteilen als die Einlage eines Inländers. Auch scheint uns, daß kein zwingender Grund besteht, die freiwillig erhöhte Kassenhaltung der Banken (Überschußreserven) anders zu sehen als die erhöhte Kassenhaltung von Nichtbanken (Bargeld oder Sichteinlagen bei Banken). Kassenbestände, die nicht zur Liquiditätssicherung erforderlich sind, drängen zur Anlage; das gilt für Banken und Nichtbanken.

Der Geldpolitik ist ein expansiver Impuls — bestehend in der Wirkung auf Vermögen und

Liquidität der Banken und Nichtbanken — also auch dann zu attestieren, wenn die zusätzlich bereitgestellte Zentralbankgeldmenge von Banken in der Form der Überschußreserven gehalten wird oder wenn Geld in die Hand von Ausländern kommt (kredithalber oder durch Bezahlung von Einfuhren) und von diesen als Bankeinlage gehalten wird.

6. Größere Bedeutung kommt den Unterschieden in den Verfahren zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen zu. Sie können auch zu stärkeren Abweichungen in den gemessenen Zuwachsraten und damit im Ausweis der Stärke des monetären Impulses führen.

   Schließt man sich der Vorstellung an, die der Berechnung des Korrekturpostens in der bereinigten Zentralbankgeldmenge zugrundeliegt, daß jener und nur jener Teil des in einer Periode zusätzlich zur Verfügung gestellten Zentralbankgeldes als monetärer Impuls gelten kann, der nicht zu Beginn der Periode durch eine erhöhte Mindestreserve auf den vorhandenen Einlagenbestand gebunden wird, umgekehrt aber auch jener Teil, der auf entsprechendem Wege freigesetzt wird, dann verzerrt das Verfahren der Bundesbank. Das Ausmaß dieses verzerrenden Einflusses hängt unter anderem davon ab, wie stark die konstanten Basisreservesätze von den aktuellen Reservesätzen abweichen, wie sich die Struktur der Reservesätze wandelt, wie sich im Expansionsprozeß die Relation Bargeld zu Einlagen verschiebt und wie stark sich die Einlagenstruktur selbst ändert. Zugunsten des Verfahrens der Bundesbank könnte angeführt werden, daß der Expansionswert einer bestimmten Menge zusätzlichen Zentralbankgeldes von der Höhe der Mindestreservesätze abhängt. Allerdings sind die Reservesätze hier nur ein Faktor unter mehreren, der Bargeldkoeffizient und die Einlagenkoeffizienten haben eine ähnliche Bedeutung: Sie variieren im Konjunkturverlauf und mit ihnen der Expansionswert einer bestimmten Menge zusätzlichen Zentralbankgeldes.

7. Besondere Probleme ergeben sich, wenn die zugrundegelegten Reservesätze sehr stark von den aktuellen Reservesätzen abweichen, wie es zur Zeit der Fall ist. So hatten die durchschnittlichen Mindestreservesätze für Sichteinlagen, für Termineinlagen und für Spareinlagen im Januar 1974 bei 16½ vH beziehungsweise 12½ vH und 8 vH gelegen gegenüber dem Stand vom Oktober 1982 mit etwa 9 vH für Sichteinlagen, 6½ vH für Termineinlagen und 4½ vH für Spareinlagen. Eine große positive Differenz zwischen historischen und aktuellen Reservesätzen führt dazu, daß die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen eine höhere Zunahme ausweist als die bereinigte Zentralbankgeldmenge, und dies um so mehr, je stärker die Expansion der Geldbasis von einem Einlagenzuwachs getragen wird. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen überzeichnet so gesehen den Expansionsgrad der Geldpolitik, ihre Eignung als Indikator der Geldpolitik ist insoweit beeinträchtigt.

   Eine Umstellung auf aktuelle Reservesätze hätte zweifellos zur Folge, daß sich Niveau und Struktur der Zentralbankgeldmenge verschieben. Sie hätte ein um etwa ein Fünftel (35 Mrd DM) niedrigeres Niveau, der Bargeldumlauf erhielte ein größeres Gewicht. Dies muß als ein unerwünschtes Ergebnis gelten, wenn die Zentralbankgeldmenge wie in der Interpretation der Bundesbank stellvertretend für die Geldmenge M3 steht.

   Das Element der Willkür, das in der Festlegung bestimmter Basisreservesätze liegt, gibt es im Prinzip auch beim Vorgehen des Sachverständigenrates, hier in der Wahl der Basisperiode für die Kumulation des Korrekturpostens. Das Niveau der Zentralbankgeldmenge wird davon mitbestimmt, mithin auch die ausgewiesene Zuwachsrate, die der — korrekt, also unverzerrt — gemessenen absoluten Veränderung entspricht. Diesem Nachteil kann man aber Rechnung tragen; die im Vergleich zu der von der Bundesbank für ihre Zentralbankgeldmenge errechneten deutlich niedrigere Zuwachsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge für 1981 hängt jedenfalls nicht daran.

D. Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts

1. Nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts messen wir konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem wir das tatsächliche Haushaltsvolumen mit einem konjunkturneutralen vergleichen. Ein Haushaltsvolumen ist nach diesem Konzept dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahmen) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.

2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.

3. Gerechnet wird der konjunkturelle Impuls als Abweichung der finanzwirtschaftlichen Quoten

(Staatsquote, volkswirtschaftliche Steuerquote, Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen und – davon abhängig – konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote) von ihren mittelfristigen Bezugsgrößen. Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das konjunkturneutral wäre auf der Basis einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der durchschnittlichen Staatsquote eines Basiszeitraums und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau; das konjunkturneutrale Preisniveau haben wir definiert als den mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t fortgeschriebenen Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres t – 1. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine marktwirtschaftliche Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätzgröße. Dieses Haushaltsvolumen ist zu bereinigen um das, was der Staat durch seine Einnahmenpolitik am Spielraum für seine Ausgabentätigkeit verändert hat. Für die Steuern wird diese Änderung ermittelt als Produkt aus der Abweichung der Steuerquote des Jahres t von der des Basiszeitraums und dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralem Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahr t; für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen und dergleichen) wird diese Änderung ermittelt als Produkt aus der Abweichung des Deckungsbeitrags der sonstigen Einnahmen im Jahr t von dem Deckungsbeitrag im Basiszeitraum und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau. Das so ermittelte konjunkturneutrale Haushaltsvolumen wird mit den tatsächlichen Ausgaben der Gebietskörperschaften verglichen, die Differenz ist der konjunkturelle Impuls. Genauer: Dieser Betrag steht für den konjunkturellen Impuls, den wir den öffentlichen Ausgaben eines Jahres bei den jeweils gegebenen Einnahmenregelungen beimessen.

4. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

P_t^r Produktionspotential in Preisen von 1976 im Jahr t

p_t „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus (Preisindex des Bruttosozialprodukts) im Jahr t (in vH)

P_t^n Produktionspotential, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im Vorjahr (t – 1) und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus (p_t) im Jahr t

P_t^i Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Preisindex des Bruttosozialprodukts) im Jahr t

l_v Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

G_t^i tatsächliche Staatsausgaben im Jahr t

$g_{o,t}$ Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

G_t^n Staatsausgaben im Jahr t bei gleichem Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential wie im Basiszeitraum für das Jahr t: $\frac{(g_{o,t} \cdot P_t^n)}{100}$

Y_t^i Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr t

Y_t^v Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials (P_t^n) im Jahr t

Y_t^n Bruttosozialprodukt bei „konjunkturneutralem" Preisniveau im Jahr t

$t_{o,t}$ volkswirtschaftliche Steuerquote (Verhältnis der tatsächlichen Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

t_t volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

T_t^i tatsächliche Steuereinnahmen im Jahr t

T_t^v Steuereinnahmen im Jahr t wie bei normaler Auslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr

T_t^n Steuereinnahmen im Jahr t wie bei normaler Auslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basiszeitraum für das Jahr t: $\frac{(t_{o,t} \cdot Y_t^v)}{100}$

H_t^n konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

n_t konjunkturneutrale Staatsquote im Jahr t (in vH)

b_t beanspruchte Staatsquote im Jahr t (in vH)

i_t realisierte Staatsquote im Jahr t (in vH)

s_t Verhältnis der tatsächlichen sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential (Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen) im Jahr t (in vH)

$s_{o,t}$ Verhältnis der tatsächlichen sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential (Deckungsbeitrag der sonstigen Einnahmen) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

S_t^i tatsächliche sonstige Einnahmen im Jahr t

K_t^n potentialorientierte Kreditaufnahme im Jahr t

F_t^i tatsächlicher Finanzierungssaldo im Jahr t

$k_{o,t}$ Verhältnis des auslastungsbereinigten Finanzierungssaldos zum Produktionspotential (Kreditfinanzierungsquote) im Basiszeitraum für das Jahr t (in vH)

5. Definition der finanzwirtschaftlichen Quoten im Basiszeitraum

Für die Jahre bis einschließlich 1973 werden die finanzwirtschaftlichen Quoten des Jahres 1966 als Quoten des Basiszeitraums verwendet.

Für die Jahre 1974 bis 1978 sind die Quoten des Basiszeitraums definiert als arithmetisches Mittel

der finanzwirtschaftlichen Quoten in den jeweils vorangegangenen zwölf Jahren.

Für die Jahre ab 1978 gelten die Quoten des Basiszeitraums für das Jahr 1978 als neue konstante Quoten.

$$g_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{G^i_{t-j}}{P^i_{t-j}} \cdot 100$$

$$t_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{T^i_{t-j}}{Y^i_{t-j}} \cdot 100$$

$$s_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{S^i_{t-j}}{P^i_{t-j}} \cdot 100$$

$$k_{o,t} = \frac{1}{12} \sum_{j=1}^{12} \frac{F^i_{t-j} + \frac{t_{t-j}}{100} \cdot \left(P^i_{t-j} \cdot \frac{l_v}{100} - Y^i_{t-j}\right)}{P^i_{t-j}} \cdot 100$$

6. Sonstige Definitionen

$$Y^v_t = \frac{l_v \cdot P^n_t}{100}$$

$$Y^n_t = Y^i_t \frac{P^n_t}{P^i_t}$$

$$T^v_t = \frac{t_t \cdot Y^v_t}{100}$$

$$T^n_t = \frac{t_{o,t} \cdot Y^v_t}{100}$$

$$H^n_t = \frac{g_{o,t} \cdot P^n_t}{100} + \frac{(t_t - t_{o,t})\, Y^v_t}{100} + \frac{(s_t - s_{o,t}) \cdot P^n_t}{100}$$

Die Differenz der Steuerquoten des laufenden Jahres (t_t) und des Basiszeitraums ($t_{o,t}$) – als Maß für Veränderungen in den Entzugseffekten des Steuersystems – gewichten wir mit dem Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y^v_t). Hierdurch sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen bei der Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen in den Steuerquoten vermögen wir allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau zu erfassen (siehe JG 70 Ziffer 341).

Konjunktureller Impuls:

$H^n_t > G^i_t$: kontraktiv

$H^n_t = G^i_t$: konjunkturneutral

$H^n_t < G^i_t$: expansiv

konjunkturneutrale Staatsquote: $n_t = \frac{H^n_t}{P^n_t} \cdot 100$

beanspruchte Staatsquote: $b_t = \frac{G^i_t}{P^n_t} \cdot 100$

realisierte Staatsquote: $i_t = \frac{G^i_t}{P^i_t} \cdot 100$

7. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left(\frac{H^n_{t+1}}{G^i_t} - 1\right) \cdot 100 = + \left[\frac{\frac{H^n_t}{G^i_t} \cdot \frac{P^i_t}{P^n_t} \cdot \frac{P^r_{t+1}}{P^r_t} \cdot (100 + p_{t+1})}{100} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y^v_{t+1}}{G^i_t \cdot 100} + \frac{(s_{t+1} - s_t)\, P^n_t + 1}{G^i_t \cdot 100} - 1\right] \cdot 100 =$$

$$= \left[\frac{\frac{P^r_{t+1}}{P^r_t} \cdot \frac{(100 + p_{t+1})}{100}}{\frac{i_t}{n_t}} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y^v_{t+1}}{G^i_t \cdot 100} + \frac{(s_{t+1} - s_t)\, P^n_{t+1}}{G^i_t \cdot 100} - 1\right] \cdot 100$$

Zwischen den Werten der konjunkturneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 33 und den Werten in den Zeilen (c) bis (g) besteht folgender Zusammenhang:

$$b = \left[\frac{\frac{100 + (c)}{100} \cdot \frac{100 + (d)}{100}}{\frac{100 - (g)}{100}} + \frac{(e)}{100} + \frac{(f)}{100} - 1\right] \cdot 100$$

Für die Jahre 1974 bis 1978 ergeben sich dadurch Abweichungen von dieser Rechenvorschrift, daß sich die finanzwirtschaftlichen Quoten, die wir unseren Rechnungen zugrunde legen, wegen des wechselnden Basiszeitraums von Jahr zu Jahr ändern.

8. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos

(a) potentialorientierte Kreditaufnahme:

$$K^n_t = \frac{k_{o,t}}{100} \cdot P^n_t$$

(b) auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y^n_t - Y^v_t)$$

(c) inflationsbedingte Steuermehreinnahmen:

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y^i_t - Y^n_t)$$

Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich als Summe der Komponenten (a) bis (c).

E. Zur Konstruktion eines Index staatlich administrierter Verbraucherpreise

1. Der Sachverständigenrat hat bereits im Jahresgutachten 1976/77 [a]) versucht, die Bedeutung der staatlich administrierten Preise im Preisindex für die Lebenshaltung zu quantifizieren. Die Bedenken, die gegen die Konstruktion eines speziellen Index der staatlich administrierten Verbraucherpreise angeführt werden, sind erheblich, viele halten sie sogar für unüberwindbar. Die verständliche Sorge, sich der Aussagekraft eines solchen Index anzuvertrauen, sollte jedoch gegenüber dem Interesse an einer Quantifizierung der Bedeutung staatlich administrierter Verbraucherpreise für die allgemeine Preisentwicklung abgewogen werden. Wenn der Sachverständigenrat in diesem Gutachten erneut versucht, einen derartigen Preisindex zu berechnen, so heißt dies nicht, daß er die damit verbundenen Probleme gering achtet. Die Willkür, die mit jeder Abgrenzung verbunden ist, veranlaßt ihn jedoch, die methodischen Grundlagen der hier gewählten Konstruktion noch einmal darzulegen.

2. Der hier berechnete Index für die staatlich administrierten Verbraucherpreise setzt sich aus vier Teilindizes zusammen; diese unterscheiden sich nach dem Ausmaß und der Art der staatlichen Einflußnahme auf die Preisbildung (siehe Tabelle). Der erste Teilindex enthält diejenigen Verbraucherpreise, die direkt vom Staat festgesetzt werden. Der Wägungsanteil dieser unmittelbar durch die öffentliche Hand bestimmten Preise am Gesamtindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte beträgt 5,1 vH. Die im zweiten Teilindex zusammengefaßten Verbraucherpreise, deren Anteil an der gesamten Lebenshaltung 11,4 vH ausmacht, werden nur teilweise oder nur indirekt durch den Staat bestimmt. Die dritte Gruppe von Verbraucherpreisen setzt sich aus Preisen von Waren zusammen, für die der Staat besondere Verbrauchsteuern erhebt. Daher stellt sich hier häufig das Problem, marktbedingte Preisänderungen von solchen zu unterscheiden, die steuerpolitisch begründet sind. Die laufenden Veränderungen dieser Preise sind hier jedoch in der Regel ausschließlich marktbestimmt. Der Anteil der genannten Güterpreise am gesamten Verbraucherpreisindex beläuft sich auf etwa 9,8 vH. Noch größere Probleme wirft die Konstruktion des vierten Teilindex auf. In ihm sind die Preise der Ernährungsgüter zusammengefaßt, deren Entwicklung direkt oder indirekt durch Preisbeschlüsse im Rahmen der europäischen Marktordnungen bestimmt wird. Ihr Anteil am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte beträgt 11,8 vH. Auch hier sind administrativ bedingte Preisänderungen kaum zu isolieren. Aus diesem Grunde wurde sowohl ein Index für staatlich administrierte Verbraucherpreise einschließlich der Preise für diese Ernährungsgüter als auch ohne diese berechnet.

---

[a]) „Zeit zum Investieren", Ziffer 144 f. und Anhang VII

Zur Konstruktion eines Index staatlich administrierter Verbraucherpreise[1])

Teilindex 1		Teilindex 2		Teilindex 3		Teilindex 4	
Direkt administrierte		Teiladministrierte		Quasi-administrierte		Indirekt administrierte[2])	
Verbraucherpreise							
Gütergruppe	Gewicht[1])	Gütergruppe	Gewicht[1])	Gütergruppe	Gewicht[1])	Gütergruppe	Gewicht[1])
Verkehrstarife	12,41	Versorgungstarife	33,40	Alkoholische Getränke (u. a. Bier, Branntwein, Likör, Schaumwein)	27,70	Frisches Fleisch	29,14
Örtliche Verkehrsmittel	7,33	Elektrizität	25,83	Tabakwaren (Zigaretten, Zigarillos, Zigarren, Tabak)	19,99	Fleischwaren	26,73
Eisenbahn	3,47	Gas (ohne Flüssiggas)	7,57	Bohnenkaffee	8,82	Milch, Käse, Butter	21,72
Kraftomnibus	1,61	Mieten für Neubauwohnungen (sozialer Wohnungsbau)	30,25	Echter Tee	0,50	Brot und Backwaren	23,90
Nachrichtenübermittlung	17,62	Versicherungstarife	25,51	Weinessig	0,49	Mehl, Nährmittel[4])	4,89
Fernsprechgebühren	14,30	Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge	11,58	Speisesalz	0,47	Zucker	2,24
Postgebühren	3,32	Private Krankenversicherung	13,93	Kraftstoffe	27,04	Süßwaren und Honig	9,31
Rundfunk- und Fernsehgebühren	4,44	Kosten der Gesundheitspflege	21,15	Extra leichtes Heizöl	12,54		
Gebühren für den Besuch von kulturellen Einrichtungen, von Sportanlagen, Bildungseinrichtungen	11,07	Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege[3])	4,20				
Opern- und Theaterkarten	1,41	Arztkosten und Kosten für Krankenhausaufenthalte	16,95				
Eintrittskarten für Hallenbad	1,42	Rechtsanwaltsgebühren	1,84				
Kindergartenbesuch	3,24	Flugverkehr	1,41				
Lehrgangsgebühr einer Volkshochschule	5,00	Zündhölzer	0,10				
Kfz.-Steuer	5,37						
Zusammen	50,91	Zusammen	113,66	Zusammen	97,55	Zusammen	117,93

[1]) Berechnet auf der Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, Basis 1976 = 100; Wägungsanteile in Promille.
[2]) Durch EG-Agrarpreisbeschlüsse bewirkt.
[3]) Ohne Präparate zur äußeren Anwendung.
[4]) Ohne Linsen und Speiseerbsen.

VI.

Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft, zumindest jedoch annähernd die Kosten deckt. Im einzelnen handelt es sich hierbei um Produktionsunternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Hierzu gehören aber auch Institutionen, die im allgemeinen Sprachgebrauch nicht oder nicht immer als Unternehmen bezeichnet werden wie landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die gesamte Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Zum **Staat** gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Im einzelnen: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände usw.), ferner Zweckverbände sowie Organisationen ohne Erwerbszweck, deren Mittel vorwiegend aus öffentlichen Zuschüssen stammen, und die Sozialversicherung (die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversorgungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst, die Altershilfe für Landwirte, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung). Nicht zum Sektor Staat rechnen die im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung befindlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle, wissenschaftliche sowie im Erziehungswesen tätige Organisationen, soweit überwiegend von privaten Haushalten und aus Vermögenserträgen finanziert, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Institute usw.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto" als auch „netto" (das heißt nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Sektoren bzw. Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen ab, das heißt den Wert der Güter (ohne Umsatzsteuer), den inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Die Addition der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt die gegen unterstellte Entgelte erbrachten Bankdienstleistungen ab, erhält man die bereinigte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Unter Hinzurechnung der auf den Gütern lastenden nicht abzugsfähigen Umsatzsteuer (Umsatzsteuer abzüglich Vorsteuer und abzugsfähige Vorsteuern auf Investitionen) und der Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer), die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, erhält man das **Bruttoinlandsprodukt.** Dieser Rechenschritt läßt sich nur für die Gesamtwirtschaft vollziehen, da eine Aufgliederung der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben nach einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht erfolgt.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man davon die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaf-

fungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen;** nach Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben) und nach Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen (jeweils erhöht um die — aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen — einbehaltene Umsatzsteuer) das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.** Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

	Produktionswert
–	Vorleistungen
=	Bruttowertschöpfung (unbereinigt)
–	Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
=	Bruttowertschöpfung (bereinigt)
+	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
+	Einfuhrabgaben
=	Bruttoinlandsprodukt
+	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt
=	Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
–	Abschreibungen
=	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
–	Indirekte Steuern
+	Subventionen
=	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die Vermögenseinkommen des Staates und die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf öffentliche Schulden. Dazu kommen die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.). Nach Hinzurechnung der empfangenen laufenden Übertragungen von anderen Sektoren und von der übrigen Welt (ohne Subventionen) und nach Abzug der geleisteten laufenden Übertragungen an andere Sektoren und an die übrige Welt (ohne indirekte Steuern) erhält man die Summe der verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaft, das heißt aller Sektoren.

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag.

Der **private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie zum Beispiel der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und dauerhafter Güter, die in den privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1976) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Der **Außenbeitrag** ergibt sich als Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von bzw. an die übrige Welt). Erfaßt werden also die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt sowie die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben bzw. an die übrige Welt geflossen sind.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen, das heißt, nach der in diesem Jahr veröffentlichten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1981, in Preisen von 1976 berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1976. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1976; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabellenteil

A. Internationale Tabellen

Tabelle 1*

Kaufkraftparitäten zur Umrechnung der binnenwirtschaftlichen Ströme (Bruttoinlandsprodukt)

1 Kaufkraftstandard[1]) =

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland	Griechenland
	DM	BFR	FF	100 LIT	LFR	HFL	DKR	UK£	IR£	DR
1960	4,55	58,86	6,18	5,55	51,12	3,28	7,35	0,393	0,338	32,00
1961	4,59	57,72	6,18	5,52	51,90	3,26	7,42	0,393	0,336	31,44
1962	4,57	56,19	6,20	5,59	50,52	3,22	7,57	0,390	0,337	31,49
1963	4,49	55,41	6,31	5,80	51,15	3,24	7,67	0,382	0,331	30,55
1964	4,43	55,43	6,28	5,90	50,90	3,35	7,67	0,379	0,347	30,29
1965	4,39	55,82	6,18	5,90	50,52	3,41	7,89	0,381	0,348	30,19
1966	4,39	56,11	6,14	5,82	50,53	3,48	7,89	0,384	0,350	30,54
1967	4,33	56,41	6,18	5,83	49,48	3,54	8,15	0,386	0,353	30,50
1968	4,28	56,12	6,24	5,74	49,82	3,57	8,47	0,389	0,356	30,07
1969	4,21	55,86	6,31	5,68	48,56	3,61	8,59	0,389	0,369	29,53
1970	4,23	54,80	6,24	5,68	49,26	3,57	8,69	0,391	0,379	28,72
1971	4,23	53,73	6,14	5,66	48,63	3,60	8,72	0,397	0,390	27,55
1972	4,18	63,41	6,10	5,63	47,53	3,69	8,89	0,403	0,414	27,08
1973	4,09	52,81	6,08	5,81	46,31	3,70	9,08	0,399	0,441	29,90
1974	3,88	52,66	6,01	6,12	46,39	3,59	9,11	0,408	0,416	32,15
1975	3,59	51,56	5,92	6,25	45,27	3,47	8,94	0,450	0,442	31,41
1976	3,36	50,19	5,91	6,68	45,46	3,42	8,79	0,467	0,481	32,81
1977	3,18	48,96	5,86	7,24	43,46	3,32	8,72	0,485	0,492	33,75
1978	3,05	47,04	5,94	7,62	41,76	3,22	8,88	0,497	0,502	35,20
1979	2,90	44,88	6,01	8,06	40,28	3,07	8,76	0,523	0,517	38,25
1980	2,74	42,26	6,05	8,76	39,93	2,92	8,57	0,562	0,532	40,88

[1]) Zur Methode der Berechnung der Kaufkraftparitäten und Kaufkraftstandards siehe SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ESVG 1960–1980, Heft 1982, S. 16 ff.

Quelle: SAEG

Tabelle 2*

Bevölkerung und Erwerbstätige[1]) in den EG-Ländern

1000

Jahr	Europäische Gemeinschaft	Bundesrepublik Deutschland[2])	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland	Griechenland
					Gesamtbevölkerung						
1960	240 531	55 433	9 119	45 684	50 198	315	11 483	4 581	52 559	2 832	8 327
1961	242 778	56 185	9 166	46 163	50 523	317	11 637	4 617	52 954	2 818	8 398
1962	245 357	56 837	9 218	46 998	50 843	321	11 801	4 647	53 414	2 830	8 448
1963	247 679	57 389	9 283	47 816	51 198	324	11 964	4 684	53 691	2 850	8 480
1964	249 828	57 971	9 367	48 310	51 600	328	12 125	4 720	54 033	2 864	8 510
1965	251 999	58 619	9 448	48 758	51 987	332	12 293	4 758	54 378	2 876	8 550
1966	253 887	59 148	9 508	49 164	52 332	334	12 455	4 797	54 653	2 884	8 612
1967	255 377	59 286	9 556	49 548	52 667	335	12 597	4 839	54 933	2 900	8 716
1968	256 731	59 500	9 590	49 914	52 987	336	12 726	4 867	55 157	2 913	8 741
1969	258 490	60 067	9 613	50 318	53 317	337	12 873	4 891	55 372	2 929	8 773
1970	260 286	60 651	9 637	50 772	53 661	339	13 032	4 929	55 522	2 950	8 793
1971	262 233	61 284	9 673	51 251	54 005	342	13 194	4 963	55 712	2 978	8 831
1972	263 944	61 672	9 711	51 701	54 412	347	13 330	4 992	55 869	3 024	8 889
1973	265 560	61 976	9 741	52 118	54 913	350	13 438	5 022	56 000	3 073	8 929
1974	266 739	62 054	9 772	52 460	55 413	355	13 543	5 045	56 011	3 124	8 962
1975	267 448	61 829	9 800	52 705	55 830	359	13 660	5 060	55 981	3 177	9 047
1976	267 969	61 531	9 818	52 892	56 168	361	13 773	5 073	55 959	3 228	9 167
1977	268 532	61 400	9 830	53 077	56 461	361	13 856	5 088	55 919	3 272	9 268
1978	269 138	61 327	9 839	53 277	56 714	362	13 939	5 104	55 902	3 314	9 360
1979	269 878	61 359	9 848	53 480	56 914	363	14 034	5 117	55 946	3 368	9 449
1980	270 883	61 567	9 859	53 713	57 070	364	14 148	5 125	56 010	3 428	9 599
1981	271 650	61 682	9 867	53 947	57 214	365	14 247	5 123	56 055	3 455	9 695
					Erwerbstätige						
1960	104 723	26 063	3 481	19 581	20 476	132	4 182	2 054	24 313	1 055	3 386
1961	105 580	26 426	3 510	19 594	20 515	133	4 243	2 084	24 598	1 053	3 424
1962	105 811	26 518	3 566	19 628	20 296	134	4 328	2 116	24 770	1 060	3 395
1963	105 865	26 581	3 592	19 820	19 978	133	4 387	2 142	24 800	1 066	3 366
1964	106 502	26 604	3 641	20 031	19 949	136	4 464	2 186	25 083	1 071	3 337
1965	106 621	26 755	3 648	20 105	19 550	137	4 502	2 226	25 320	1 069	3 309
1966	106 574	26 673	3 665	20 262	19 237	137	4 537	2 237	25 479	1 066	3 281
1967	105 540	25 804	3 654	20 317	19 464	136	4 523	2 223	25 106	1 060	3 253
1968	105 371	25 826	3 650	20 303	19 429	135	4 565	2 248	24 927	1 063	3 225
1969	106 368	26 228	3 711	20 644	19 513	137	4 641	2 268	24 962	1 066	3 198
1970	106 837	26 560	3 691	20 856	19 538	140	4 696	2 284	24 848	1 053	3 171
1971	106 730	26 721	3 728	20 934	19 498	144	4 724	2 298	24 485	1 055	3 143
1972	106 575	26 661	3 724	21 037	19 308	148	4 683	2 346	24 461	1 050	3 157
1973	107 862	26 849	3 773	21 303	19 458	151	4 685	2 375	25 039	1 057	3 172
1974	108 139	26 497	3 828	21 461	19 778	154	4 687	2 367	25 128	1 069	3 170
1975	106 998	25 746	3 776	21 236	19 826	157	4 656	2 338	25 000	1 073	3 190
1976	106 941	25 530	3 751	21 389	19 975	156	4 649	2 379	24 818	1 064	3 230
1977	107 281	25 490	3 745	21 563	20 082	156	4 680	2 399	24 883	1 083	3 200
1978	107 923	25 644	3 747	21 649	20 225	156	4 713	2 419	25 010	1 110	3 250
1979	108 811	25 986	3 794	21 639	20 399	158	4 767	2 457	25 166	1 145	3 300
1980	108 827	26 225	3 790	21 683	20 399	160	4 784	2 500	24 767	1 163	3 356
1981	...	26 030	...	...	...	...	...	...	...	...	...

[1]) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).
[2]) Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.

Quelle: SAEG

Tabelle 3*

Beschäftigte Arbeitnehmer [1]) und registrierte Arbeitslose in den EG-Ländern

1000

Jahr	Europäische Gemeinschaft	Bundesrepublik Deutschland [2])	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland	Griechenland
	Beschäftigte Arbeitnehmer										
1960	77 742	20 073	2 565	13 926	11 934	94	3 296	1 580	22 547	650	1 077
1961	79 192	20 565	2 609	14 086	12 265	96	3 369	1 613	22 839	650	1 100
1962	80 387	20 860	2 674	14 261	12 576	98	3 465	1 647	23 024	659	1 123
1963	81 371	21 098	2 724	14 583	12 781	99	3 536	1 668	23 067	669	1 146
1964	82 509	21 335	2 799	14 913	12 815	102	3 623	1 710	23 363	680	1 169
1965	83 081	21 625	2 828	15 095	12 503	105	3 676	1 741	23 614	702	1 192
1966	83 519	21 637	2 854	15 353	12 384	106	3 722	1 761	23 785	702	1 215
1967	82 763	20 908	2 845	15 508	12 644	106	3 718	1 756	23 335	705	1 238
1968	83 053	21 041	2 845	15 590	12 782	106	3 775	1 789	23 149	715	1 261
1969	84 588	21 624	2 911	16 051	13 090	109	3 865	1 819	23 109	726	1 284
1970	85 843	22 138	2 985	16 584	13 269	112	3 933	1 844	22 946	725	1 307
1971	86 373	22 510	3 047	16 813	13 405	117	3 972	1 865	22 576	737	1 331
1972	86 830	22 550	3 063	17 068	13 497	121	3 942	1 922	22 562	737	1 368
1973	88 409	22 833	3 122	17 450	13 720	125	3 958	1 955	23 092	749	1 405
1974	88 948	22 572	3 185	17 706	14 023	129	3 972	1 951	23 203	765	1 442
1975	88 137	21 950	3 137	17 571	14 101	132	3 956	1 926	23 114	771	1 479
1976	88 296	21 878	3 121	17 778	14 235	132	3 965	1 974	22 932	765	1 516
1977	88 929	21 972	3 117	17 987	14 344	133	4 040	1 997	22 997	789	1 553
1978	89 603	22 209	3 120	18 102	14 421	133	4 082	2 023	23 124	815	1 574
1979	90 578	22 606	3 161	18 109	14 622	135	4 140	2 068	23 280	848	1 609
1980	90 804	22 909	3 161	18 167	14 755	137	4 158	2 100	22 881	868	1 668
1981	...	22 785	...	...	...	...	...	...	...	...	...
	Registrierte Arbeitslose										
1960	2 636	271	110	131	1 546	0,1	30	31	377	53	87
1961	2 279	181	88	112	1 407	0,1	22	25	347	21	76
1962	2 148	155	71	125	1 162	0,1	23	23	467	47	75
1963	2 187	186	54	143	1 069	0,2	25	32	558	50	70
1964	1 981	169	53	113	1 087	0,0	22	19	404	49	65
1965	2 036	147	65	141	1 180	0,0	27	16	347	49	64
1966	2 026	161	74	147	1 115	0,0	37	18	361	48	65
1967	2 574	459	98	196	1 024	0,2	79	22	557	55	84
1968	2 481	323	116	254	961	0,1	72	39	583	59	74
1969	2 159	179	87	223	887	0,0	53	31	576	57	66
1970	2 176	149	81	262	888	0,0	46	24	612	65	49
1971	2 621	185	85	338	1 038	0,020	62	29	792	62	30
1972	2 886	246	105	384	1 048	0,042	108	29	876	67	24
1973	2 613	273	111	394	1 005	0,046	110	18	619	62	21
1974	3 094	582	124	498	997	0,057	135	48	615	67	27
1975	4 647	1 074	208	840	1 107	0,264	195	114	978	96	35
1976	5 268	1 060	267	934	1 182	0,456	211	118	1 359	108	29
1977	5 764	1 030	308	1 072	1 382	0,820	207	147	1 484	106	28
1978	6 004	993	333	1 167	1 529	1,166	206	170	1 475	99	31
1979	6 092	876	352	1 350	1 653	1,055	210	138	1 391	90	32
1980	6 842	889	382	1 451	1 776	1,094	248	162	1 795	102	37
1981	9 009	1 272	472	1 773	1 984	1,559	385	218	2 734	128	42

[1]) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).
[2]) Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.

Quelle: SAEG

Tabelle 4*

Bruttoinlandsprodukt in den EG-Ländern

Mrd KKS [1])

Jahr	Europäische Gemeinschaft	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland	Griechenland
	in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten [2])										
1960	254,8	66,6	9,5	48,0	41,9	0,5	12,8	5,3	65,0	1,9	3,3
1961	277,0	72,3	10,3	52,3	46,8	0,5	13,6	6,1	69,3	2,0	3,8
1962	301,8	79,0	11,3	58,3	51,9	0,5	14,8	6,8	73,1	2,1	4,0
1963	328,9	85,2	12,3	64,2	57,3	0,6	15,9	7,1	79,4	2,4	4,6
1964	363,8	94,9	13,8	71,5	61,6	0,7	18,1	8,1	87,4	2,6	5,2
1965	395,5	104,7	14,9	78,2	66,4	0,7	19,9	8,6	93,3	2,8	6,0
1966	425,1	111,2	15,9	85,3	72,9	0,8	21,2	9,8	98,7	2,9	6,6
1967	450,8	114,1	17,0	91,6	80,1	0,8	22,9	10,4	103,9	3,1	7,1
1968	489,9	125,0	18,2	98,6	88,1	0,9	25,1	11,2	111,7	3,5	7,8
1969	545,3	141,8	20,3	111,0	98,5	1,0	28,2	12,5	119,3	3,9	9,0
1970	611,4	160,5	23,0	125,4	110,8	1,1	32,1	13,7	130,3	4,3	10,4
1971	680,0	178,4	25,8	142,1	121,0	1,2	36,0	15,0	143,9	4,8	12,1
1972	755,2	197,6	29,0	160,8	133,5	1,3	39,8	17,0	157,1	5,4	14,0
1973	866,5	224,4	33,2	183,3	154,5	1,7	45,5	19,0	182,7	6,1	16,2
1974	991,5	254,2	39,1	212,8	181,0	2,0	53,0	21,3	203,5	7,2	17,6
1975	1 126,2	287,7	44,0	245,1	200,6	2,0	60,3	24,2	232,6	8,4	21,4
1976	1 305,6	333,9	51,3	284,2	234,6	2,2	70,1	28,6	266,2	9,5	25,2
1977	1 471,1	377,5	56,9	321,7	262,4	2,3	82,9	32,0	295,9	11,2	28,6
1978	1 644,8	422,2	63,5	360,5	291,9	2,7	92,2	35,1	331,0	12,9	33,0
1979	1 856,2	481,4	71,0	405,8	334,4	3,1	102,5	39,5	366,7	14,4	37,4
1980	2 084,9	544,0	80,6	455,1	385,1	3,4	114,2	43,7	400,5	16,3	42,1
	in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975 [2])										
1960	622,2	162,6	23,1	117,2	102,2	1,1	31,1	.	158,7	.	8,0
1961	654,7	170,9	24,3	123,7	110,6	1,2	32,1	.	163,8	.	8,9
1962	683,1	178,9	25,5	131,9	117,4	1,2	33,4	.	165,4	.	9,0
1963	712,4	184,6	26,6	139,0	124,0	1,2	34,5	.	171,9	.	10,0
1964	753,2	196,5	28,5	148,1	127,5	1,3	37,5	.	180,9	.	10,8
1965	784,7	207,6	29,5	155,1	131,7	1,4	39,5	.	185,2	.	11,9
1966	813,8	213,0	30,5	163,2	139,6	1,4	40,6	18,8	189,0	.	12,6
1967	841,3	213,0	31,6	170,9	149,6	1,4	42,7	19,4	193,8	.	13,2
1968	885,7	226,0	33,0	178,1	159,3	1,5	45,5	20,2	201,9	.	14,1
1969	936,4	243,5	34,9	190,6	169,1	1,6	48,4	21,5	204,9	.	15,5
1970	982,7	258,0	37,0	201,5	178,0	1,6	51,6	22,0	209,4	6,9	16,8
1971	1 016,5	266,6	38,5	212,4	181,0	1,7	53,9	22,5	215,0	7,1	18,0
1972	1 056,7	276,5	40,5	225,0	186,8	1,8	55,7	23,7	219,8	7,6	19,5
1973	1 120,7	290,2	43,0	237,0	199,9	2,0	58,9	24,7	236,3	8,0	21,0
1974	1 139,8	292,3	45,0	244,7	208,2	2,0	61,0	24,5	234,0	8,3	20,2
1975	1 126,2	287,7	44,0	245,1	200,6	2,0	60,3	24,2	232,6	8,4	21,4
1976	1 181,9	302,2	46,4	257,2	212,4	2,0	63,5	25,9	241,0	8,6	22,8
1977	1 213,1	311,3	46,9	265,2	216,4	2,0	68,4	26,4	244,0	9,2	23,6
1978	1 252,4	321,5	48,4	274,5	222,2	2,1	70,2	26,7	252,0	9,8	25,1
1979	1 293,5	335,5	49,5	282,8	233,0	2,1	71,5	27,5	255,6	10,0	26,1
1980	1 311,7	342,3	50,7	286,3	242,3	2,2	71,9	27,5	252,0	10,3	26,5

[1]) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.
[2]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970 und 1978 sowie ESVG 1960–1980, Heft 1982, S. 16 ff.).

Quelle: SAEG

Tabelle 5*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den EG-Ländern

KKS [1])

Jahr	Europäische Gemeinschaft	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland	Griechenland
	in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten [2])										
1960	2 430	2 560	2 730	2 450	2 050	3 790	3 060	2 580	2 670	1 800	980
1961	2 620	2 740	2 930	2 670	2 280	3 950	3 210	2 930	2 820	1 920	1 110
1962	2 850	2 980	3 170	2 970	2 560	4 050	3 420	3 210	2 950	2 060	1 180
1963	3 110	3 210	3 420	3 240	2 870	4 330	3 670	3 320	3 200	2 240	1 370
1964	3 420	3 670	3 790	3 570	3 090	4 820	4 060	3 710	3 490	2 420	1 560
1965	3 710	3 910	4 080	3 890	3 400	5 110	4 420	3 860	3 690	2 620	1 810
1966	3 990	4 170	4 340	4 210	3 790	5 840	4 670	4 380	3 870	2 720	2 010
1967	4 270	4 420	4 650	4 510	4 120	5 880	5 060	4 680	4 140	2 930	2 180
1968	4 650	4 840	4 690	4 860	4 530	6 670	5 500	4 980	4 480	3 290	2 420
1969	5 130	5 410	5 470	5 380	5 050	7 300	6 080	5 510	4 780	3 660	2 810
1970	5 720	6 040	6 230	6 010	5 670	7 860	6 840	6 000	5 240	4 080	3 280
1971	6 370	6 680	6 920	6 790	6 210	8 330	7 620	6 530	5 880	4 550	3 850
1972	7 090	7 410	7 790	7 640	6 910	8 780	8 500	7 250	6 420	5 140	4 440
1973	8 030	8 360	8 800	8 600	7 940	11 260	9 710	8 000	7 300	5 770	5 110
1974	9 170	9 590	10 210	9 920	9 150	12 990	11 310	9 000	8 100	6 740	5 550
1975	10 530	11 180	11 650	11 540	10 120	12 740	12 950	10 350	9 300	7 830	6 710
1976	12 210	13 080	13 680	13 290	11 750	14 100	15 080	12 020	10 730	8 930	7 800
1977	13 710	14 810	15 190	14 920	13 070	14 740	17 710	13 340	11 890	10 340	8 940
1978	15 240	16 460	16 950	16 650	14 430	17 310	19 560	14 510	13 240	11 620	10 150
1979	17 060	18 530	18 710	18 750	16 390	19 620	21 500	16 080	14 570	12 580	11 330
1980	19 160	20 740	21 270	20 990	18 880	20 940	23 870	17 460	16 170	14 000	12 550
	in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975 [2])										
1960	5 940	6 240	6 640	5 990	4 990	8 330	7 440	.	6 530	.	2 360
1961	6 200	6 470	6 920	6 310	5 390	8 830	7 570	.	6 660	.	2 600
1962	6 460	6 750	7 150	6 720	5 780	8 880	7 720	.	6 680	.	2 650
1963	6 730	6 950	7 410	7 010	6 210	9 180	7 860	.	6 930	.	2 970
1964	7 070	7 390	7 830	7 390	6 390	9 650	8 080	.	7 210	.	3 240
1965	7 360	7 760	8 090	7 710	6 740	10 220	8 770	.	7 310	.	3 600
1966	7 640	7 990	8 320	8 050	7 260	10 220	8 950	8 400	7 420	.	3 840
1967	7 970	8 260	8 650	8 410	7 690	10 290	9 440	8 730	7 720	.	4 060
1968	8 410	8 750	9 040	8 770	8 200	11 110	9 970	8 990	8 100	.	4 370
1969	8 800	9 280	9 400	9 230	8 670	11 680	10 430	9 480	8 210	.	4 850
1970	9 200	9 710	10 020	9 660	9 110	11 430	10 990	9 630	8 430	6 550	5 300
1971	9 520	9 980	10 330	10 150	9 280	11 810	11 410	9 790	8 780	6 730	5 730
1972	9 920	10 370	10 880	10 700	9 680	12 160	11 890	10 100	8 990	7 240	6 180
1973	10 390	10 810	11 400	11 130	10 270	13 250	12 570	10 400	9 440	7 570	6 620
1974	10 540	11 030	11 750	11 400	10 530	12 990	13 020	10 350	9 310	7 760	6 370
1975	10 530	11 180	11 650	11 540	10 120	12 740	12 950	10 350	9 300	7 830	6 710
1976	11 050	11 840	12 370	12 030	10 630	12 820	13 660	10 890	9 710	8 080	7 060
1977	11 310	12 210	12 520	12 300	10 780	12 820	14 620	11 010	9 810	8 500	7 380
1978	11 610	12 540	12 920	12 680	10 990	13 460	14 900	11 040	10 080	8 830	7 720
1979	11 890	12 910	13 050	13 070	11 420	13 290	15 000	11 190	10 160	8 730	7 910
1980	12 050	13 050	13 380	13 210	11 880	13 420	15 020	10 990	10 170	8 810	7 900

[1]) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.
[2]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970 und 1978 sowie ESVG 1960–1980, Heft 1982, S. 16 ff.).

Quelle für Grundzahlen: SAEG

Tabelle 6*

Verfügbares Nettovolkseinkommen [1]) und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den EG-Ländern

in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten [2])

Mrd KKS [3])

Jahr	Europäische Gemeinschaft	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland	Griechenland
	Verfügbares Nettovolkseinkommen [1])										
1960	233,5	60,7	8,6	43,0	38,9	0,5	11,7	4,9	60,0	1,9	3,3
1961	253,3	65,5	9,3	46,7	43,5	0,5	12,5	5,7	63,9	2,0	3,8
1962	276,1	71,1	10,3	52,6	48,2	0,5	13,5	6,3	67,5	2,1	4,0
1963	300,5	76,3	11,2	57,8	53,1	0,5	14,7	6,6	73,4	2,3	4,6
1964	331,9	84,8	12,5	64,5	56,9	0,6	16,7	7,6	80,7	2,5	5,2
1965	360,6	93,1	13,6	70,5	61,4	0,6	18,3	8,1	86,3	2,7	6,0
1966	386,9	98,8	14,5	76,8	67,8	0,7	19,4	9,1	90,8	2,8	6,6
1967	409,8	100,8	15,4	82,3	74,5	0,7	21,0	9,7	95,4	3,0	7,1
1968	445,7	110,9	16,6	88,7	82,0	0,8	23,1	10,3	102,3	3,4	7,8
1969	496,6	126,0	18,4	100,1	91,7	0,9	26,0	11,6	109,4	3,8	9,0
1970	554,8	142,0	20,9	112,9	102,4	1,0	29,5	12,6	119,3	4,1	10,4
1971	616,0	157,1	23,2	128,0	112,0	1,0	32,9	13,9	131,3	4,5	12,1
1972	683,0	173,7	26,2	144,7	123,6	1,2	36,3	15,6	142,7	5,1	14,1
1973	782,9	197,2	30,1	164,4	142,1	1,6	41,9	17,8	165,8	5,9	16,3
1974	887,8	222,0	35,3	189,0	164,2	2,0	48,4	19,6	183,0	7,0	17,5
1975	1 000,1	250,0	39,7	216,8	179,4	2,0	54,0	22,1	206,8	8,2	21,3
1976	1 159,7	291,5	46,6	249,7	210,3	2,4	63,4	26,2	235,8	9,1	25,0
1977	1 306,4	329,3	51,2	284,2	235,3	2,6	75,2	29,2	260,4	10,8	28,3
1978	1 460,5	370,0	57,3	318,7	261,9	3,0	83,1	32,0	290,0	12,5	32,3
1979	1 651,3	420,7	63,7	360,0	302,6	3,5	92,2	35,5	322,7	14,0	36,7
1980	1 849,5	472,4	72,0	404,8	349,1	3,8	101,8	38,5	350,7	15,6	41,1
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit										
1960	124,5	31,6	4,4	21,2	17,8	0,2	6,1	2,5	38,8	0,9	1,0
1961	137,5	35,4	4,7	23,6	19,9	0,2	6,7	3,1	41,9	1,0	1,1
1962	151,9	39,3	5,3	26,7	22,8	0,2	7,5	3,5	44,5	1,1	1,1
1963	167,8	43,0	5,9	29,8	26,7	0,3	8,3	3,6	47,8	1,2	1,3
1964	186,1	47,6	6,6	33,4	29,4	0,3	9,5	4,1	52,3	1,3	1,5
1965	203,1	53,3	7,3	36,7	31,1	0,4	10,7	4,3	56,1	1,4	1,8
1966	219,1	57,4	8,0	39,8	33,7	0,4	11,7	5,1	59,6	1,5	2,0
1967	230,5	58,1	8,5	42,7	37,2	0,4	12,6	5,5	61,9	1,6	2,2
1968	250,5	63,2	9,0	47,3	41,0	0,4	13,8	6,0	65,7	1,8	2,5
1969	279,2	72,4	10,1	53,4	45,8	0,5	15,8	6,6	70,1	2,0	2,9
1970	321,3	85,2	11,5	61,3	53,5	0,5	18,3	7,4	78,3	2,2	3,3
1971	361,7	96,2	13,4	70,4	61,4	0,6	20,7	8,3	84,5	2,5	3,8
1972	404,4	107,1	15,4	79,3	68,9	0,7	22,7	9,0	94,2	2,8	4,5
1973	470,2	124,2	18,0	91,8	81,1	0,9	26,1	10,2	110,1	3,2	4,9
1974	554,9	144,1	21,8	110,9	95,9	1,0	31,2	12,0	128,6	4,1	5,5
1975	648,9	162,0	25,5	132,3	114,0	1,2	36,5	13,8	152,0	4,9	7,0
1976	739,0	186,0	30,0	154,0	130,2	1,4	41,1	16,0	166,6	5,4	8,5
1977	829,1	210,2	33,6	176,9	147,0	1,6	47,7	18,0	177,9	6,1	10,3
1978	925,0	234,2	37,7	197,7	163,2	1,8	53,2	19,3	198,8	7,1	12,3
1979	1 039,1	265,3	42,2	220,5	184,3	2,0	60,0	21,7	220,9	8,4	14,0
1980	1 175,2	302,9	48,9	251,7	208,8	2,1	67,0	24,0	244,5	10,0	15,8

[1]) Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.
[2]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970 und 1978 sowie ESVG 1960–1980, Heft 1982, S. 16 ff.).
[3]) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.

Quelle: SAEG

Tabelle 7*

Privater Verbrauch in den EG-Ländern

Mrd KKS [1])

Jahr	Europäische Gemeinschaft	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland	Griechenland
	in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten [2])										
1960	161,0	39,9	6,5	29,5	27,0	0,3	7,4	3,3	42,9	1,5	2,7
1961	173,7	43,1	6,9	32,2	29,6	0,3	8,1	3,8	45,1	1,6	2,9
1962	189,9	47,0	7,5	36,0	33,0	0,3	8,9	4,2	48,1	1,7	3,1
1963	208,3	50,8	8,2	40,1	37,1	0,3	9,8	4,4	52,2	1,9	3,5
1964	225,8	55,6	8,8	43,9	39,5	0,4	10,7	5,0	56,2	2,0	3,9
1965	245,0	61,9	9,5	47,7	42,5	0,4	11,8	5,2	59,5	2,1	4,4
1966	264,3	66,4	10,1	52,0	47,6	0,4	12,4	5,9	62,6	2,2	4,9
1967	281,3	69,5	10,6	56,0	52,4	0,5	13,2	6,3	65,6	2,3	5,2
1968	303,2	75,0	11,6	60,3	56,6	0,5	14,2	6,6	70,3	2,6	5,7
1969	334,5	83,9	12,6	68,0	62,7	0,5	16,0	7,2	74,6	2,9	6,4
1970	370,4	92,6	13,7	75,5	70,8	0,6	18,2	7,9	80,9	3,0	7,3
1971	411,9	103,2	15,4	86,1	77,1	0,7	20,2	8,5	89,1	3,3	8,4
1972	459,3	115,1	17,3	97,2	85,3	0,7	22,3	9,1	99,3	3,6	9,5
1973	523,2	129,7	19,9	110,1	98,2	0,8	25,2	10,5	114,3	4,0	10,7
1974	604,7	148,0	23,1	130,2	115,7	1,0	29,2	11,8	128,8	5,0	12,1
1975	698,5	176,1	26,7	151,8	131,4	1,1	34,5	13,6	143,2	5,5	14,9
1976	803,5	203,7	31,2	176,4	150,4	1,2	40,0	16,4	160,9	6,1	17,3
1977	905,9	230,5	34,9	200,0	167,5	1,4	48,8	18,3	178,0	7,0	19,7
1978	1 010,3	256,2	38,7	224,6	185,2	1,6	54,4	19,7	199,4	8,1	22,6
1979	1 141,0	288,8	44,0	253,4	211,8	1,8	60,9	22,4	223,9	9,1	25,2
1980	1 287,3	327,5	50,7	289,8	244,7	2,0	67,8	24,6	241,0	10,3	29,0
	in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975 [2])										
1960	374,1	91,4	15,1	70,4	62,2	0,6	16,5	.	100,8	.	6,0
1961	392,4	96,4	15,4	74,5	66,9	0,6	17,4	.	103,0	.	6,4
1962	412,4	101,5	16,0	79,9	71,6	0,6	18,5	.	105,0	.	6,8
1963	434,7	104,9	16,7	85,6	78,0	0,7	19,8	.	109,4	.	7,0
1964	453,5	110,2	17,1	90,3	80,5	0,7	20,8	.	112,7	.	7,6
1965	472,7	117,8	17,9	94,1	83,5	0,8	22,3	.	114,4	.	8,2
1966	492,6	121,9	18,4	98,7	89,6	0,8	22,9	11,0	116,7	.	8,8
1967	511,3	123,9	18,9	103,7	95,9	0,8	24,0	11,3	119,5	.	9,3
1968	533,5	129,8	19,9	107,4	100,7	0,8	25,5	11,5	123,6	.	9,9
1969	562,2	139,6	21,0	114,4	107,3	0,8	27,2	12,2	124,5	.	10,6
1970	592,4	148,8	21,7	119,7	115,2	0,9	29,4	12,6	128,0	5,0	11,5
1971	618,1	156,6	22,7	127,2	118,6	1,0	30,4	12,6	132,0	5,1	12,2
1972	648,1	163,3	24,0	135,0	122,7	1,0	31,4	12,9	139,9	5,3	13,1
1973	678,7	167,2	25,8	142,5	129,7	1,0	32,7	13,5	146,8	5,7	14,1
1974	687,6	169,5	26,6	147,0	133,1	1,1	33,5	13,2	144,1	5,8	14,0
1975	698,5	176,1	26,7	151,8	131,4	1,1	34,5	13,6	143,2	5,5	14,9
1976	724,9	182,6	28,1	160,0	136,0	1,1	36,3	14,8	144,7	5,6	15,8
1977	743,8	188,1	28,7	164,7	139,1	1,2	40,4	14,9	144,4	5,9	16,6
1978	774,8	195,7	29,5	172,3	143,2	1,2	42,0	14,9	152,1	6,4	17,7
1979	801,9	201,5	30,8	177,5	150,8	1,3	43,0	15,2	157,4	6,5	18,2
1980	814,6	205,0	31,3	180,5	157,3	1,3	42,6	14,6	157,4	6,5	18,1

[1]) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.
[2]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970 und 1978 sowie ESVG 1960—1980, Heft 1982, S. 16ff.).

Quelle: SAEG

Tabelle 8*

Staatsverbrauch in den EG-Ländern

Mrd KKS[1])

Jahr	Europäische Gemeinschaft	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland	Griechenland
	in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten[2])										
1960	33,8	7,1	1,2	6,3	5,4	0,1	1,7	0,6	10,8	0,2	0,4
1961	37,2	8,0	1,2	6,9	5,9	0,1	1,9	0,9	11,6	0,3	0,4
1962	41,8	9,4	1,4	7,7	6,8	0,1	2,1	1,0	12,5	0,3	0,5
1963	46,8	10,7	1,5	8,6	8,0	0,1	2,4	1,1	13,5	0,3	0,5
1964	50,9	11,3	1,7	9,5	8,8	0,1	2,8	1,3	14,5	0,3	0,6
1965	56,3	12,7	1,9	10,3	10,0	0,1	3,1	1,3	15,8	0,4	0,7
1966	60,8	13,5	2,1	11,1	10,9	0,1	3,4	1,7	17,0	0,4	0,8
1967	65,8	14,3	2,3	11,9	11,6	0,1	3,8	1,9	18,8	0,4	1,0
1968	70,8	14,8	2,5	13,3	12,8	0,1	4,0	2,1	19,8	0,5	1,0
1969	77,8	17,0	2,8	14,9	14,0	0,1	4,5	2,4	20,6	0,6	1,2
1970	87,7	19,4	3,1	16,9	15,3	0,1	5,3	2,8	23,0	0,7	1,3
1971	101,8	23,0	3,7	19,1	18,8	0,1	6,0	3,2	25,9	0,8	1,5
1972	114,1	25,4	4,2	21,2	21,5	0,2	6,7	3,6	29,0	0,9	1,7
1973	130,6	29,7	4,9	24,1	24,0	0,2	7,4	4,1	33,6	1,0	1,9
1974	156,5	35,8	5,8	29,0	27,3	0,2	9,0	5,0	40,8	1,2	2,4
1975	188,6	41,7	7,3	35,3	31,0	0,3	11,0	6,0	51,3	1,6	3,3
1976	213,8	46,4	8,5	41,5	34,7	0,3	12,7	6,9	57,4	1,8	3,8
1977	238,1	51,7	9,6	47,4	40,0	0,4	14,4	7,7	60,4	2,0	4,6
1978	268,9	58,1	11,1	54,0	46,3	0,4	16,3	8,6	66,5	2,4	5,3
1979	304,1	66,5	12,6	60,3	53,8	0,5	18,6	10,0	73,2	2,8	6,1
1980	352,2	76,5	14,6	69,6	62,1	0,6	20,7	11,8	86,2	3,5	6,8
	in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975[2])										
1960	111,2	23,7	3,4	20,4	17,4	0,2	7,0	.	34,7	.	1,2
1961	116,4	25,3	3,4	21,4	18,1	0,2	7,2	.	35,9	.	1,2
1962	123,1	28,3	3,7	22,4	18,8	0,2	7,5	.	37,0	.	1,3
1963	128,3	30,2	4,2	23,1	19,6	0,2	8,0	.	37,6	.	1,4
1964	131,4	30,2	4,3	24,1	20,5	0,2	8,2	.	38,2	.	1,5
1965	136,0	31,6	4,6	24,9	21,3	0,2	8,3	.	39,2	.	1,7
1966	139,3	31,6	4,8	25,5	22,1	0,2	8,5	3,8	40,2	.	1,8
1967	145,4	32,5	5,1	26,6	23,1	0,2	8,7	4,1	42,5	.	1,9
1968	148,4	32,0	5,2	28,1	24,3	0,2	8,9	4,3	42,7	.	2,0
1969	152,4	33,7	5,6	29,2	25,0	0,2	9,2	4,6	41,9	.	2,1
1970	157,7	35,3	5,7	30,4	25,6	0,2	9,8	4,9	42,5	1,1	2,2
1971	164,4	37,2	6,0	31,5	27,1	0,2	10,1	5,1	43,8	1,2	2,3
1972	170,7	38,2	6,4	32,3	28,5	0,3	10,3	5,4	45,6	1,3	2,4
1973	177,0	39,9	6,7	33,3	29,2	0,3	10,4	5,7	47,8	1,4	2,6
1974	181,1	41,0	7,0	33,7	30,0	0,3	10,6	5,9	48,5	1,5	2,9
1975	188,6	41,7	7,3	35,3	31,0	0,3	11,0	6,0	51,3	1,6	3,3
1976	193,0	42,0	7,5	37,3	31,7	0,3	11,5	6,2	51,7	1,7	3,4
1977	195,2	42,2	7,8	37,9	32,6	0,3	11,9	6,4	51,1	1,7	3,7
1978	202,1	44,0	8,2	39,5	33,3	0,3	12,3	6,7	52,2	1,9	3,8
1979	207,0	45,7	8,4	40,1	33,8	0,3	12,6	7,0	53,1	2,0	4,0
1980	211,9	46,8	8,6	41,3	34,5	0,3	12,8	7,4	54,3	2,0	4,0

[1]) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.
[2]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970 und 1978 sowie ESVG 1960—1980, Heft 1982, S. 16 ff.).

Quelle: SAEG

Tabelle 9*

Bruttoanlageinvestitionen in den EG-Ländern

Mrd KKS[1])

Jahr	Europäische Gemeinschaft	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland	Griechenland
	in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten[2])										
1960	53,0	16,2	1,9	9,7	9,5	0,1	3,1	0,8	10,7	0,3	0,7
1961	60,1	18,2	2,1	11,1	10,9	0,1	3,4	1,4	12,0	0,3	0,7
1962	66,3	20,3	2,4	12,5	12,3	0,1	3,6	1,5	12,4	0,4	0,8
1963	72,3	21,8	2,5	14,2	13,7	0,2	3,8	1,5	13,3	0,5	0,9
1964	82,7	25,2	3,0	16,4	13,7	0,2	4,6	2,0	16,0	0,5	1,1
1965	87,9	27,3	3,3	18,2	12,8	0,2	5,0	2,1	17,1	0,6	1,3
1966	94,0	28,3	3,7	20,2	13,7	0,2	5,6	2,4	18,0	0,6	1,4
1967	98,0	26,4	3,9	21,9	15,7	0,2	6,0	2,5	19,5	0,7	1,5
1968	106,0	28,1	4,0	23,0	17,9	0,2	6,8	2,6	21,1	0,8	1,8
1969	119,6	33,2	4,3	26,0	20,7	0,2	6,9	3,1	22,1	1,0	2,2
1970	138,8	41,1	5,2	29,3	23,7	0,3	8,3	3,4	24,2	1,0	2,5
1971	155,0	47,2	5,7	33,6	24,7	0,3	9,3	3,7	26,5	1,1	3,1
1972	169,8	51,3	6,2	38,0	26,4	0,4	9,4	4,2	28,9	1,3	3,9
1973	195,3	55,1	7,1	43,6	32,1	0,5	10,5	4,7	35,7	1,6	4,6
1974	221,0	55,8	8,9	51,8	40,5	0,5	11,6	5,1	41,3	1,8	3,9
1975	237,8	59,7	10,0	57,0	41,2	0,6	12,6	5,1	45,4	2,0	4,5
1976	272,2	69,0	11,3	66,2	47,0	0,6	13,5	6,6	50,5	2,4	5,4
1977	301,2	78,3	12,3	71,7	51,4	0,6	17,5	7,0	53,1	2,9	6,6
1978	334,4	89,6	13,7	77,3	54,5	0,7	19,7	7,6	59,9	3,7	7,9
1979	383,1	108,6	14,7	86,7	63,2	0,8	21,7	8,1	65,5	4,6	9,6
1980	439,2	128,3	17,2	98,1	77,0	0,9	24,0	8,0	71,3	4,7	9,9
	in Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975[2])										
1960	132,1	39,6	5,0	22,6	26,6	0,3	6,6	.	26,5	.	1,8
1961	144,7	42,4	5,5	25,0	29,6	0,3	7,0	.	29,1	.	1,9
1962	152,9	44,3	5,9	27,1	32,5	0,4	7,3	.	29,1	.	2,0
1963	159,2	44,8	5,9	29,6	35,1	0,4	7,5	.	29,5	.	2,1
1964	173,9	49,9	6,7	32,7	33,1	0,5	8,9	.	34,4		2,6
1965	178,8	52,3	7,0	35,0	30,3	0,5	9,4	.	36,1	.	3,0
1966	185,8	53,0	7,5	37,5	31,7	0,4	10,1	4,5	37,0	.	3,0
1967	192,6	49,4	7,7	39,8	35,4	0,4	11,0	4,8	40,1	.	3,0
1968	204,4	51,3	7,6	42,0	39,2	0,4	12,2	4,9	42,0	.	3,6
1969	218,4	56,7	8,0	45,8	42,2	0,4	12,0	5,4	42,1	.	4,3
1970	230,9	62,7	8,7	47,9	43,5	0,5	13,0	5,6	43,3	1,7	4,2
1971	238,8	66,8	8,6	51,3	42,1	0,5	13,5	5,7	43,9	1,8	4,8
1972	246,7	69,1	8,9	55,0	42,5	0,6	13,1	6,1	44,1	2,0	5,6
1973	258,8	69,2	9,4	58,4	45,8	0,6	13,7	6,4	47,1	2,3	6,0
1974	250,3	62,4	10,1	59,0	47,3	0,6	13,2	5,8	45,7	2,0	4,5
1975	237,8	59,7	10,0	57,0	41,2	0,6	12,6	5,1	45,4	2,0	4,5
1976	245,5	62,5	10,2	59,0	42,2	0,5	12,2	6,0	45,9	2,2	4,8
1977	248,2	64,9	10,2	58,1	42,1	0,5	14,4	5,8	44,8	2,3	5,1
1978	254,9	68,1	10,5	58,6	42,0	0,6	14,8	6,0	46,3	2,7	5,5
1979	265,0	73,9	10,2	60,2	44,5	0,6	14,6	5,9	46,5	3,0	5,9
1980	271,0	76,6	10,8	60,7	48,9	0,6	14,2	5,0	46,2	2,8	5,4

[1]) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.
[2]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“, 1970 und 1978 sowie ESVG 1960—1980, Heft 1982, S. 16ff.).

Quelle: SAEG

Tabelle 10*

Außenhandel der EG-Länder
in jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten [1])
Mrd KKS [2])

Jahr	Europäische Gemeinschaft [3])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland	Griechenland
	Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen										
1960	49,6	12,0	3,6	6,7	5,1	0,5	6,2	1,4	13,3	0,5	0,3
1961	52,3	12,4	4,0	7,0	5,8	0,4	6,2	1,7	13,8	0,6	0,3
1962	55,3	13,1	4,6	7,1	6,4	0,4	6,7	1,8	14,3	0,6	0,3
1963	60,2	14,5	5,1	7,7	6,8	0,4	7,2	2,0	15,4	0,7	0,4
1964	67,0	16,4	5,8	8,7	7,7	0,5	7,9	2,3	16,6	0,7	0,4
1965	74,0	18,3	6,2	9,9	9,2	0,6	8,6	2,3	17,7	0,8	0,4
1966	81,0	20,6	6,9	10,8	10,4	0,6	9,0	2,6	18,7	0,9	0,6
1967	86,1	22,5	7,2	11,6	11,4	0,6	9,4	2,6	19,4	1,0	0,7
1968	98,9	25,8	8,1	12,6	13,4	0,7	10,5	2,9	23,3	1,2	0,7
1969	114,4	29,8	9,8	15,1	15,7	0,8	12,3	3,2	26,0	1,3	0,8
1970	131,8	32,7	11,7	19,2	17,6	1,0	14,7	3,5	29,4	1,4	0,9
1971	146,9	35,8	12,7	22,7	19,7	1,0	16,5	3,8	32,4	1,5	0,9
1972	162,0	39,4	14,5	26,0	22,6	1,0	18,0	4,2	33,4	1,7	1,2
1973	197,7	47,5	18,1	31,6	26,3	1,4	21,7	5,0	42,4	2,1	1,8
1974	267,2	64,9	23,5	43,6	37,4	2,0	29,0	6,2	55,5	2,9	2,3
1975	282,8	68,7	23,0	45,4	42,1	1,7	30,5	6,7	58,6	3,4	2,9
1976	347,3	84,8	28,1	54,3	53,8	1,9	36,5	7,6	73,0	4,2	3,4
1977	397,0	95,1	31,0	64,8	63,0	2,0	38,3	8,5	85,6	5,4	3,6
1978	433,3	104,0	33,2	72,0	71,0	2,1	40,2	9,0	91,4	6,3	4,1
1979	504,5	120,0	41,1	83,7	84,8	2,6	49,2	10,8	100,7	7,2	4,6
1980	574,0	142,7	49,8	96,0	88,3	2,8	59,0	13,5	107,5	8,3	6,3
	Einfuhr von Waren und Dienstleistungen										
1960	48,9	10,6	3,6	5,5	5,9	0,4	6,1	1,5	14,0	0,7	0,6
1961	51,1	10,9	4,0	5,8	6,5	0,4	6,4	1,8	13,9	0,8	0,6
1962	55,3	12,0	4,5	6,4	7,4	0,4	6,8	2,0	14,2	0,8	0,7
1963	61,7	13,2	5,2	7,4	8,9	0,4	7,5	2,0	15,5	0,9	0,8
1964	69,0	15,0	5,8	8,7	8,4	0,5	8,5	2,5	17,7	1,0	1,0
1965	74,0	17,9	6,2	9,1	8,7	0,6	8,9	2,5	18,0	1,1	1,2
1966	79,6	18,6	7,0	10,6	10,2	0,6	9,3	2,8	18,4	1,2	1,2
1967	83,7	18,3	7,0	11,2	11,7	0,5	9,7	2,9	20,1	1,2	1,2
1968	95,0	21,2	8,0	12,5	12,6	0,6	10,5	3,0	24,0	1,5	1,4
1969	111,2	25,6	9,6	15,8	15,3	0,7	12,2	3,5	25,3	1,7	1,7
1970	128,9	28,9	11,0	18,9	18,4	0,9	15,1	4,0	28,3	1,9	1,9
1971	140,9	31,6	12,0	21,4	19,9	1,0	16,5	4,2	30,4	2,0	2,1
1972	155,5	34,2	13,3	24,7	23,1	1,0	16,9	4,2	33,6	2,0	2,7
1973	198,0	39,0	17,1	30,5	31,2	1,2	20,1	5,5	46,9	2,6	4,0
1974	279,6	51,7	23,0	46,8	47,5	1,6	27,4	7,0	66,4	4,0	4,4
1975	278,4	58,1	22,5	43,8	44,6	1,7	28,1	7,1	63,2	3,9	5,6
1976	352,2	74,0	28,0	57,6	59,7	1,8	33,4	9,1	77,6	4,9	6,3
1977	390,9	82,2	31,1	65,7	64,2	1,9	36,5	9,8	86,2	6,4	7,0
1978	416,2	88,8	33,4	69,6	69,0	2,1	39,0	9,8	89,2	7,5	7,9
1979	507,4	111,3	41,8	84,5	87,1	2,6	48,3	12,0	101,3	9,5	9,1
1980	596,0	137,8	51,8	105,2	105,9	2,9	57,9	14,1	99,1	10,4	11,3

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970 und 1978 sowie ESVG 1960–1980, Heft 1982, S. 16 ff.).
[2]) Kaufkraftstandard = statistische Einheit, errechnet über Kaufkraftparitäten.
[3]) Einschließlich der entsprechenden innergemeinschaftlichen Transaktionen.

Quelle: SAEG

Tabelle 11*

Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern

1975 = 100

Zeitraum [1]	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz [2]
1950	23	41,9	29	56,8	19,8	24	38,1	27,0	5,7	34	.
1951	28	47,4	32	58,1	22,6	25	41,3	29,6	7,9	35	.
1952	29	44,4	32	56,3	23,1	25	43,0	30,8	8,6	34	.
1953	32	43,8	32	60,0	25,3	28	46,5	33,0	10,3	35	.
1954	36	45,4	36	63,0	27,6	30	44,1	33,0	11,2	37	.
1955	42	49,1	40	66,0	30,2	34	49,7	36,6	12,0	39	.
1956	45	52,3	43	66,6	32,4	35	51,9	40,4	14,8	40	.
1957	47	55,5	46	67,8	35,0	37	52,5	41,1	17,4	41	.
1958	49	50,5	48	67,3	36,0	37	49,2	40,7	17,0	42	.
1959	53	52,6	49	70,6	40,1	41	55,0	44,3	20,5	44	56
1960	59	56,6	54	75,5	45,9	45	56,2	45,3	25,5	48	62
1961	63	59,9	56	76,5	51,2	47	56,6	47,1	30,5	52	67
1962	65	63,3	59	77,2	56,1	50	61,3	51,1	33,1	55	70
1963	67	68,1	61	79,4	61,4	52	64,9	54,5	36,8	58	73
1964	73	72,8	70	86,1	62,0	57	69,4	59,8	42,7	63	75
1965	77	74,2	67	88,8	64,9	60	76,2	64,8	44,3	69	80
1966	78	75,8	70	90,1	72,4	62	83,0	68,9	50,1	71	83
1967	75	77,0	72	91,2	78,3	64	84,9	71,4	59,9	73	85
1968	82	81,2	75	97,0	83,3	70	90,2	76,4	70,1	76	89
1969	93	89,0	83	99,6	86,6	75	94,3	81,3	81,3	82	97
1970	99	92,2	87	99,7	92,2	82	91,5	82,7	92,5	87	105
1971	100	94,6	92	99,8	92,1	87	93,0	87,0	94,9	88	107
1972	104	100,6	97	102,0	96,1	91	101,6	93,6	101,8	90	110
1973	109	106,6	104	109,5	105,4	98	110,2	102,8	117,0	97	116
1974	107	110,6	107	105,1	110,1	103	109,8	106,4	112,3	102	117
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	108	108,8	108	102,0	112,4	108	110,7	105,8	111,1	99	101
1977	110	108,7	110	105,9	113,6	108	117,2	108,5	115,7	94	106
1978	113	110,9	112	110,3	115,8	109	124,0	112,4	122,9	92	107
1979	119	116,1	117	113,1	123,5	112	129,5	118,3	133,1	98	108
1980	118	114,7	117	105,9	130,4	111	124,8	116,0	142,4	98	114
1981	116	111,8	113	100,6	123,4	109	128,1	117,2	146,8	95	113
1980 1. Vj.	121	122,3	118	110,3	133,8	116	129,5	117,5	143,7	102	116
2. Vj.	118	115,7	116	108,3	134,1	113	122,7	114,6	144,0	94	115
3. Vj.	116	113,3	116	103,7	124,5	108	120,8	114,6	140,3	99	113
4. Vj.	115	108,6	113	101,1	128,9	112	126,2	117,1	142,2	97	112
1981 1. Vj.	116	112,1	112	99,8	123,6	112	128,8	117,8	144,0	96	111
2. Vj.	115	111,5	113	100,0	125,4	108	129,5	121,1	144,7	95	113
3. Vj.	116	112,1	113	100,8	119,3	107	129,9	117,5	147,8	94	115
4. Vj.	114	112,6	114	107,2	122,1	110	124,2	112,3	150,7	94	113
1982 1. Vj.	115	111,4	111	100,7	125,9	109	120,3	109,0	149,2	93	110
2. Vj.	114	116,0	112	100,9	124,2	106	118,3	106,6	146,8	93	110

[1] Vierteljahresergebnisse: Saisonbereinigte Zahlen.
[2] Verarbeitendes Gewerbe.

Quelle: IWF

Tabelle 12*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1975 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
	Verbraucherpreise										
1960	57,6	49,7	44,0	36,8	39,7	44,4	55,0	53,6	33,2	45,9	49,8
1961	58,8	50,2	45,1	37,8	40,5	44,1	55,6	54,2	35,0	46,9	50,7
1962	60,6	50,9	47,4	39,3	42,4	45,1	56,2	54,8	37,3	49,1	52,9
1963	62,4	52,0	49,9	40,1	45,6	46,6	56,9	55,7	40,2	50,5	54,7
1964	63,5	54,1	51,4	41,4	48,3	49,3	57,6	56,8	41,7	52,2	56,4
1965	65,9	56,3	52,8	43,3	50,4	52,2	58,6	58,1	44,5	54,9	58,3
1966	68,2	58,7	54,2	45,0	51,6	55,2	60,4	60,3	46,7	58,4	61,1
1967	69,3	60,4	55,7	46,2	53,5	57,1	62,0	62,5	48,6	60,9	63,5
1968	70,5	62,0	58,2	48,4	54,3	59,3	64,6	65,0	51,2	62,1	65,0
1969	71,8	64,4	61,8	51,0	55,7	63,6	68,1	67,9	53,9	63,7	66,7
1970	74,2	66,9	65,4	54,2	58,4	66,0	72,1	70,2	58,0	68,2	69,1
1971	78,1	69,8	69,0	59,3	61,3	70,9	75,2	72,2	61,6	73,3	73,6
1972	82,5	73,6	73,3	63,6	64,8	76,5	77,7	75,7	64,3	77,7	78,5
1973	88,2	78,7	78,7	69,4	71,8	82,6	82,6	81,4	71,9	82,9	85,4
1974	94,4	88,7	89,5	80,5	85,5	90,5	91,6	90,3	89,4	91,1	93,7
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	104,3	109,2	109,6	116,5	116,8	108,8	105,8	107,5	109,3	110,3	101,7
1977	108,1	116,9	119,9	135,0	136,7	115,8	112,7	116,1	118,1	122,9	103,3
1978	111,1	122,2	130,8	146,2	153,3	120,5	121,2	126,5	122,6	135,1	104,1
1979	115,6	127,6	144,8	165,8	175,9	125,6	134,9	138,1	127,0	144,9	107,8
1980	122,0	136,1	164,1	195,6	213,2	133,8	153,1	152,1	137,2	164,7	112,2
1981	129,2	146,5	186,0	218,8	251,2	142,8	169,0	171,0	143,9	184,7	119,5
1982 1. Hj.	134,6	155,7	204,3	234,8	281,1	149,8	176,9	185,3	146,7	197,0	124,1
	Erzeuger- bzw. Großhandelspreise[1]										
1960	64,8	59,8	50,6	39,0	40,2	59,0	54,3	53,5	56,1	.	62,6
1961	65,8	59,7	52,1	40,0	40,2	58,9	54,1	53,6	56,7	.	62,7
1962	66,4	60,2	52,4	40,9	41,5	59,1	54,2	54,2	55,8	.	64,8
1963	66,7	61,7	53,9	41,3	43,7	60,5	54,0	54,9	56,7	.	67,3
1964	67,4	64,6	55,8	42,6	45,0	64,2	54,1	55,4	56,9	.	68,2
1965	69,1	65,3	56,2	44,1	45,8	66,1	55,2	56,1	57,3	.	68,6
1966	70,3	66,7	57,8	45,4	46,5	69,4	57,1	57,7	58,7	.	69,9
1967	69,6	66,1	57,3	46,8	46,4	70,1	57,2	58,8	59,7	.	70,1
1968	69,1	66,2	56,3	48,7	46,7	71,4	58,6	60,1	60,3	57	70,2
1969	70,4	69,5	62,3	50,5	48,4	69,6	60,9	62,3	61,5	59	72,2
1970	73,9	72,8	67,0	54,1	52,0	72,8	63,1	63,8	63,8	63	75,2
1971	77,1	72,4	68,4	59,0	53,7	76,1	65,2	65,1	63,3	65	76,8
1972	79,0	75,3	71,6	62,1	55,9	80,0	68,1	67,9	63,8	68	79,6
1973	84,2	84,6	82,1	66,7	65,5	85,5	77,0	75,5	73,9	75	88,1
1974	95,6	98,8	106,0	81,8	92,2	93,7	91,5	89,9	97,1	94	102,4
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	103,7	107,1	107,4	117,3	123,8	107,8	104,6	105,1	105,0	109	99,3
1977	106,5	109,7	113,4	140,5	144,3	114,1	111,0	113,4	107,0	119	99,6
1978	107,8	107,6	118,3	153,3	156,4	115,6	119,7	123,9	104,3	128	96,2
1979	113,0	114,4	134,0	172,0	180,7	118,7	134,7	141,8	111,9	144	99,9
1980	121,5	121,0	145,8	200,0	217,0	128,4	153,6	160,9	131,8	164	105,0
1981	130,9	130,9	161,8	221,3	253,0	140,2	167,5	177,2	134,1	183	111,1
1982 1. Hj.	137,2	139,5	176,5	236,3	279,7	148,4	170,6	186,2	135,8	200	113,6

[1]) Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Schweden. Großhandelspreise: Belgien, Italien, Niederlande, Vereinigte Staaten, Japan, Schweiz.

noch Tabelle 12*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1975 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
	Durchschnittswerte der Ausfuhr [2])										
1970	71,0	71	63,9	50,8	49,0	68	56,4	57,3	67,2	56	77
1971	73,7	69	67,6	53,7	51,6	69	58,2	57,8	67,9	59	80
1972	75,9	71	68,3	56,8	53,2	70	60,2	59,7	66,7	61	84
1973	79,4	77	75,1	64,0	62,2	74	70,0	68,1	71,7	67	86
1974	92,1	97	94,7	81,6	88,2	95	89,4	90,3	98,3	86	98
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	104,1	105	109,1	119,7	120,4	106	103,3	102,4	98,7	108	99
1977	105,2	106	119,9	141,6	144,3	109	107,1	109,0	98,4	116	102
1978	105,2	107	126,0	155,2	154,4	107	114,5	118,6	92,4	126	98
1979	108,4	120	138,2	171,4	181,6	117	130,2	143,3	102,3	142	101
1980	116,0	134	153,3	192,6	220,1	132	147,9	168,1	114,4	163	112
1981	124,8	146	173,2	...	269,0	153	161,5	178,9	117,9	179	115
1982 1. Hj.	130,1	162	192,6	219,4	301,7	...	165,6	180,1	125,3	...	116
	Durchschnittswerte der Einfuhr [2])										
1970	70,6	68	61,8	42,8	39,0	64	46,2	62,4	47,9	58	79
1971	71,5	69	64,0	44,8	41,2	66	48,7	63,5	48,8	61	80
1972	71,4	69	64,6	46,9	42,4	66	52,1	65,0	45,2	62	82
1973	76,6	74	69,3	60,0	54,3	71	61,9	69,9	50,7	70	87
1974	98,1	97	101,8	87,7	94,2	96	91,7	86,3	93,2	95	105
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	105,4	107	110,5	122,2	125,1	106	103,1	100,1	102,8	108	95
1977	107,5	110	123,4	141,1	146,4	109	111,6	112,4	99,8	122	101
1978	103,7	111	124,6	145,0	153,0	107	120,4	127,6	81,6	135	90
1979	113,9	122	137,4	159,5	181,3	119	143,6	146,1	106,8	158	95
1980	130,2	141	162,7	182,1	236,2	137	180,1	170,1	149,6	182	115
1981	146,4	162	191,6	199,4	316,5	159	190,1	188,6	150,2	206	112
1982 1. Hj.	147,6	179	206,7	212,9	338,8	...	188,8	191,7	151,6	...	108
	Bruttostundenverdienste in der Industrie [3])										
1970	63,0	46,3	50,4	47,1	43,3	53	69,4	59,7	43,0	59,0	65,1
1971	69,9	51,9	56,0	52,4	48,4	59	73,9	64,8	49,4	63,3	71,3
1972	76,2	59,2	62,4	59,1	52,9	67	79,1	70,0	57,1	72,6	77,6
1973	84,1	68,8	71,5	67,1	65,0	76	84,7	76,3	67,8	68,9	84,5
1974	92,8	83,2	85,3	79,0	78,1	89	91,7	86,6	84,7	87,0	93,2
1975	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1976	106,4	111,1	114,1	115,5	120,9	109	108,1	113,8	112,5	115,2	101,6
1977	113,9	121,2	128,5	127,4	154,3	128	117,6	126,1	123,0	127,3	103,6
1978	120,0	129,8	145,2	146,0	179,3	123	127,7	135,2	131,7	141,5	106,7
1979	126,9	139,8	164,1	168,4	213,9	128	138,7	147,0	139,3	155,0	109,9
1980	135,3	152,8	188,8	199,9	260,7	134	150,5	161,9	147,3	171,2	116,2
1981	142,9	168,2	216,2	226,6	323,1	138	165,4	181,3	154,9	188,7	122,7
1982 1. Hj.	147,9	175,4	239,0	246,5	365,5	146	174,4	198,6	160,3	203,5	131,1
	Anteil am Warenhandel [4]) der Bundesrepublik Deutschland in vH										
1977—1981	×	*7,9*	*12,0*	*6,1*	*8,0*	*10,9*	*6,9*	*0,8*	*2,1*	*2,5*	*4,4*

[2]) Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle, umbasiert von Originalbasis 1976 = 100.
[3]) Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Japan: Bruttomonatsverdienste.
[4]) Einfuhr + Ausfuhr.

Quelle: IWF, OECD

Tabelle 13*

Amtliche Devisenkurse an

Kassa-Mittel

Telegrafische

Zeitraum	Amsterdam	Brüssel	Dublin[2])	Kopenhagen	Lissabon	London	Madrid[3])	Mailand/Rom
	100 hfl	100 bfrs	1 Ir £	100 dkr	100 Esc	1 £	100 Pts	1 000 Lit
1960	110,587	8,365	.	60,512	14,589	11,709	.	6,719
1961	110,658	8,069	.	58,266	14,053	11,271	.	6,478
1962	110,974	8,035	.	57,938	13,998	11,225	.	6,441
1963	110,712	7,995	.	57,750	13,915	11,162	6,654	6,414
1964	110,220	7,991	.	57,481	13,836	11,098	6,640	6,367
1965	110,954	8,048	.	57,772	13,928	11,167	6,669	6,394
1966	110,490	8,025	.	57,885	13,930	11,167	6,672	6,404
1967	110,651	8,025	.	57,135	13,871	10,961	6,552	6,389
1968	110,308	7,997	.	53,347	13,946	9,558	5,730	6,406
1969	108,302	7,829	.	52,197	13,784	9,381	5,619	6,257
1970	100,852	7,345	.	48,631	12,772	8,736	5,234	5,816
1971	99,678	7,170	.	47,024	12,439	8,505	5,032	5,630
1972	99,367	7,247	.	45,923	11,845	7,974	4,965	5,467
1973	95,397	6,835	.	44,046	10,929	6,514	4,567	4,569
1974	96,365	6,649	.	42,535	10,267	6,055	4,495	3,985
1975	97,301	6,692	.	42,850	9,682	5,449	4,288	3,769
1976	95,271	6,524	.	41,657	8,386	4,553	3,771	3,042
1977	94,610	6,480	.	38,696	6,112	4,051	3,085	2,632
1978	92,832	6,382	.	36,438	4,602	3,853	2,624	2,368
1979	91,373	6,253	3,760	34,872	3,759	3,888	2,732	2,207
1980	91,459	6,217	3,735	32,245	3,635	4,227	2,536	2,124
1981	90,611	6,090	3,638	31,735	3,677	4,556	2,450	1,992
1977 1. Vj.	95,737	6,519	.	40,680	6,995	4,105	3,483	2,715
2. Vj.	95,680	6,531	.	39,302	6,111	4,060	3,423	2,666
3. Vj.	94,191	6,480	.	38,132	5,876	4,005	2,778	2,615
4. Vj.	92,889	6,391	.	36,706	5,495	4,036	2,685	2,533
1978 1. Vj.	93,358	6,435	.	36,544	5,152	4,002	2,582	2,408
2. Vj.	93,461	6,401	.	36,763	4,728	3,810	2,590	2,408
3. Vj.	92,342	6,349	.	36,426	4,429	3,876	2,667	2,397
4. Vj.	92,207	6,344	.	36,020	4,103	3,720	2,654	2,254
1979 1. Vj.	92,621	6,336	3,803	35,991	3,927	3,739	2,675	2,211
2. Vj.	91,801	6,261	3,797	35,331	3,856	3,943	2,841	2,238
3. Vj.	90,938	6,240	3,765	34,686	3,711	4,056	2,749	2,224
4. Vj.	90,142	6,173	3,709	33,393	3,537	3,810	2,663	2,151
1980 1. Vj.	90,817	6,163	3,703	32,030	3,604	3,995	2,635	2,151
2. Vj.	91,046	6,233	3,729	32,091	3,665	4,135	2,555	2,128
3. Vj.	91,754	6,246	3,765	32,319	3,598	4,229	2,463	2,106
4. Vj.	92,205	6,229	3,743	32,538	3,682	4,559	2,495	2,110
1981 1. Vj.	91,398	6,176	3,698	32,262	3,751	4,817	2,485	2,084
2. Vj.	90,023	6,122	3,655	31,794	3,765	4,730	2,498	2,009
3. Vj.	90,038	6,114	3,649	31,868	3,717	4,470	2,484	2,002
4. Vj.	90,999	5,951	3,553	31,024	3,480	4,229	2,339	1,877
1982 1. Vj.	91,117	5,671	3,520	30,190	3,425	4,332	2,320	1,859
2. Vj.	90,211	5,286	3,457	29,322	3,242	4,232	2,244	1,802
3. Vj.	90,907	5,220	3,435	28,683	2,897	4,280	2,213	1,781

[1]) Jahresdurchschnitte aus den täglichen Notierungen, Vierteljahre aus den Monatsdurchschnitten errechnet. Weitere Erläuterungen siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt".

Tabelle 13*

der Frankfurter Börse

kurse in DM[1])

Auszahlung

Montreal	New York	Oslo	Paris	Stockholm	Tokyo[4])	Wien	Zürich	Zeitraum
1 kan $	1 US-$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr	
4,3026	4,1704	58,471	85,047	80,709	.	16,067	96,564	1960
3,9752	4,0221	56,318	82,001	77,848	.	15,511	93,133	1961
3,7412	3,9978	56,015	81,590	77,557	.	15,487	92,461	1962
3,6959	3,9864	55,765	81,350	76,837	.	15,437	92,249	1963
3,6852	3,9748	55,540	81,113	77,171	.	15,390	92,035	1964
3,7054	3,9943	55,868	81,503	77,442	.	15,468	92,309	1965
3,7115	3,9982	55,921	81,377	77,402	.	15,477	92,421	1966
3,6961	3,9866	55,757	81,040	77,237	.	15,431	92,111	1967
3,7054	3,9923	55,895	80,628	77,260	.	15,447	92,507	1968
3,6446	3,9244	54,934	75,815	75,911	1,0305	15,174	91,002	1969
3,4966	3,6463	51,043	65,966	70,324	1,0183	14,107	84,601	1970
3,4459	3,4795	49,588	63,163	68,192	0,9996	13,940	84,578	1971
3,2200	3,1889	48,417	63,238	67,055	1,0534	13,800	83,537	1972
2,6599	2,6590	46,263	59,736	60,959	0,9795	13,645	84,005	1973
2,6486	2,5897	46,859	53,886	58,351	0,8888	13,859	87,010	1974
2,4218	2,4631	47,104	57,411	59,282	0,8301	14,129	95,252	1975
2,5541	2,5173	46,144	52,768	57,803	0,8500	14,039	100,747	1976
2,1860	2,3217	43,634	47,256	51,997	0,8671	14,051	96,843	1977
1,7649	2,0084	38,336	44,582	44,456	0,9626	13,837	112,924	1978
1,5651	1,8330	36,206	43,079	42,766	0,8424	13,712	110,229	1979
1,5542	1,8158	36,784	43,013	42,943	0,8064	14,049	108,478	1980
1,8860	2,2610	39,377	41,640	44,747	1,0255	14,191	115,252	1981
2,3271	2,3953	45,463	48,141	56,730	0,8402	14,077	95,071	1977 1. Vj.
2,2446	2,3618	44,734	47,694	54,049	0,8586	14,064	94,077	2. Vj.
2,1579	2,3077	43,174	47,197	50,813	0,8677	14,069	96,244	3. Vj.
2,0194	2,2239	41,224	46,011	46,521	0,9014	13,995	101,882	4. Vj.
1,8663	2,0760	39,597	43,665	44,759	0,8742	13,910	107,571	1978 1. Vj.
1,8439	2,0768	38,434	45,114	44,961	0,9425	13,902	108,429	2. Vj.
1,7570	2,0070	37,963	45,790	44,937	1,0424	13,855	119,791	3. Vj.
1,5922	1,8747	37,306	43,672	43,129	0,9853	13,677	115,368	4. Vj.
1,5636	1,8546	36,472	43,474	42,555	0,9215	13,650	110,754	1979 1. Vj.
1,6362	1,8947	36,715	43,324	43,328	0,8712	13,595	110,600	2. Vj.
1,5574	1,8162	36,188	42,888	43,137	0,8307	13,712	110,806	3. Vj.
1,5041	1,7660	35,409	42,633	42,003	0,7426	13,892	108,704	4. Vj.
1,5242	1,7734	35,849	42,749	42,016	0,7290	13,945	106,629	1980 1. Vj.
1,5480	1,8105	36,637	42,986	42,610	0,7827	14,024	107,590	2. Vj.
1,5336	1,7756	36,688	43,094	42,767	0,8086	14,111	108,770	3. Vj.
1,6154	1,9112	38,030	43,223	44,438	0,9083	14,114	110,893	4. Vj.
1,7487	2,0866	39,016	42,945	45,827	1,0162	14,125	110,038	1981 1. Vj.
1,8995	2,2758	40,070	42,011	46,673	1,0358	14,144	111,842	2. Vj.
2,0091	2,4327	39,998	41,881	45,951	1,0500	14,231	116,048	3. Vj.
1,8841	2,2448	38,476	39,736	40,654	1,0013	14,260	122,879	4. Vj.
1,9416	2,3459	39,424	39,143	40,897	1,0051	14,255	125,203	1982 1. Vj.
1,9131	2,3780	39,145	37,910	40,277	0,9759	14,204	119,326	2. Vj.
1,9854	2,4812	37,421	35,734	40,312	0,9596	14,218	117,456	3. Vj.

[2]) Erstmalige Notierung am 13. März 1979.
[3]) Erstmalige Notierung am 18. Februar 1963.
[4]) Erstmalige Notierung am 1. Dezember 1969.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 14*

Energieerzeugung in ausgewählten Ländern

Petajoule[1])

Land	Insgesamt[2])		Stein- und Braunkohle		Rohöl		Naturgas		Strom	
	1970	1980	1970	1980	1970	1980	1970	1980	1970	1980
Bundesrepublik Deutschland[3])	5 085	4 688	4 218	3 642	322	197	459	632	86	216
Belgien/Luxemburg	339	220	333	169	–	–	2	2	4	49
Dänemark	1	13	1	0	–	13	–	–	0	0
Frankreich	1 778	1 471	1 154	608	126	98	271	293	228	471
Griechenland	59	140	50	127	–	–	–	–	9	13
Großbritannien	4 442	8 084	3 887	3 179	7	3 428	435	1 325	114	153
Irland	51	64	49	29	–	–	–	30	3	4
Italien	756	774	23	19	64	84	498	476	170	194
Niederlande	1 326	2 873	127	0	82	68	1 116	2 790	1	15
EG-Länder[2])	13 838	18 327	9 842	7 773	600	3 889	2 782	5 548	615	1 115
Ägypten	719	1 405	–	–	699	1 282	3	88	17	35
Algerien	2 123	3 308	0	0	2 057	2 701	64	606	2	1
Argentinien	1 093	1 501	15	10	863	1 100	209	329	6	63
Australien	1 935	3 361	1 483	2 093	363	880	56	326	33	62
Brasilien	548	1 001	57	110	344	385	3	49	144	458
Indien	1 986	2 959	1 577	2 328	290	400	19	50	100	180
Indonesien	1 872	3 934	5	9	1 816	3 309	47	607	4	9
Irak	3 289	5 731	–	–	3 258	5 666	31	63	.	2
Iran	8 652	4 050	16	26	8 179	3 361	452	652	6	11
Japan	1 606	1 255	1 165	501	34	20	103	99	304	635
Kanada	6 007	8 205	359	890	2 967	3 499	2 113	2 782	568	1 034
Katar	779	1 142	–	–	740	972	39	170	–	–
Kuwait	6 571	3 688	–	–	6 491	3 505	80	183	–	–
Libyen	6 810	4 052	–	–	6 810	3 850	0	202	–	–
Mexiko	1 577	6 006	62	155	1 010	4 576	451	1 213	54	61
Nigeria	2 321	4 486	2	5	2 310	4 440	4	30	5	11
Norwegen	219	2 459	13	9	–	1 040	–	1 109	206	301
Österreich	327	276	54	38	119	63	77	71	77	105
Saudi-Arabien	8 119	21 393	–	–	8 119	21 368	–	25	–	–
Schweden	151	301	1	1	–	0	–	–	150	300
Schweiz	115	170	–	–	–	–	–	–	115	170
Sowjetunion	35 397	56 833	13 202	15 108	15 063	25 741	6 670	15 118	462	865
Venezuela	8 748	5 641	1	1	8 350	4 971	382	616	15	53
Vereinigte Staaten	62 433	61 264	15 825	18 127	22 764	20 383	22 860	20 829	984	1 925
Welt	207 148	273 675	63 859	77 776	100 322	132 059	38 441	55 056	4 526	8 783

[1]) Petajoule = 10^{15} (Billiarde) Joule.
[2]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[3]) Die Unterschiede zwischen den Angaben der UN und nationaler Stellen beruhen auf unterschiedlichen Erfassungsmethoden.

Quelle: UN

Tabelle 15*

Energieverbrauch im internationalen Vergleich

1980

Land	Primärenergieverbrauch								Importquote	
				nach Energieträgern						
	insgesamt	je Einheit BIP[1])	je Einwohner	Feste Brennstoffe	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und Sonstige	insgesamt	von Mineralöl
	in Mio t RÖE[2])	t RÖE[2])		Anteil am Primärenergieverbrauch in vH					in vH[3])	in vH[4])
Australien	75,2	0,76	5,2	*35,6*	*42,8*	*11,7*	*0,0*	*5,3*	*– 25,3*	*34,5*
Belgien	46,7	0,66	4,7	*24,6*	*50,3*	*19,5*	*6,0*	*0,4*	*90,1*	*110,2*
Dänemark	19,7	0,46	3,9	*34,0*	*67,5*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*99,5*	*99,2*
Bundesrepublik Deutschland	273,1	0,55	4,4	*30,5*	*47,6*	*16,6*	*3,7*	*1,5*	*57,5*	*101,9*
Frankreich	198,2	0,50	3,7	*18,2*	*52,1*	*12,6*	*7,1*	*10,0*	*73,9*	*104,3*
Griechenland	16,0	0,71	1,6	*21,3*	*72,5*	*0,0*	*0,0*	*5,6*	*85,6*	*113,8*
Großbritannien	201,4	0,81	3,6	*37,8*	*40,3*	*20,2*	*4,4*	*0,5*	*5,9*	*1,4*
Irland	8,9	0,92	2,6	*21,3*	*67,4*	*8,9*	*0,0*	*2,2*	*76,4*	*100,0*
Italien	141,2	0,61	2,5	*8,7*	*66,9*	*15,7*	*0,4*	*7,4*	*84,8*	*102,2*
Japan	365,9	0,57	3,1	*16,4*	*65,6*	*5,9*	*5,6*	*6,1*	*87,3*	*104,8*
Kanada	226,4	1,19	9,5	*11,7*	*40,8*	*19,3*	*3,6*	*25,2*	*– 3,9*	*10,0*
Luxemburg	3,7	1,42	9,3	*51,4*	*29,7*	*10,8*	*0,0*	*0,0*	*64,9*	*100,0*
Neuseeland	10,4	0,73	3,4	*10,6*	*36,5*	*7,7*	*0,0*	*46,2*	*38,5*	*107,9*
Niederlande	64,4	0,68	4,6	*6,2*	*45,0*	*46,9*	*1,4*	*0,3*	*14,6*	*143,1*
Norwegen	23,6	0,66	5,8	*5,9*	*37,3*	*3,8*	*0,0*	*53,4*	*–158,1*	*–171,6*
Österreich	27,8	0,62	3,7	*16,9*	*43,9*	*15,8*	*0,0*	*24,5*	*60,4*	*91,8*
Portugal	11,3	0,66	1,2	*8,8*	*72,6*	*0,0*	*0,0*	*16,8*	*85,0*	*113,4*
Schweden	48,7	0,64	5,9	*10,1*	*50,7*	*0,0*	*12,3*	*26,9*	*56,7*	*104,9*
Schweiz	20,8	0,35	3,3	*4,8*	*59,6*	*4,8*	*17,8*	*17,3*	*68,3*	*102,4*
Spanien	73,7	0,63	2,0	*18,3*	*68,2*	*2,6*	*1,5*	*9,6*	*75,7*	*100,4*
Türkei	34,8	0,84	0,8	*44,0*	*47,4*	*0,0*	*0,0*	*7,2*	*42,0*	*85,5*
Vereinigte Staaten	1 819,0	0,99	8,0	*22,9*	*43,4*	*26,3*	*3,7*	*4,2*	*16,8*	*42,7*
Insgesamt[5])	3 710,9	0,78	4,8	*21,8*	*48,1*	*19,8*	*3,9*	*6,7*	*33,2*	*65,0*

[1]) Preis- und Wechselkursbasis 1975.
[2]) Rohöleinheiten.
[3]) Anteil der Netto-Importe am Primärenergieverbrauch in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch in vH.
[4]) Netto-Importe von Mineralöl im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH.
[5]) Alle Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur einschließlich Frankreich.

Quelle: Internationale Energieagentur

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Tabelle 16*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote[1]	Erwerbstätige[2]			Offene Stellen[4]	Arbeitslose[4]	Arbeitslosenquote[5]
				insgesamt	darunter beschäftigte Arbeitnehmer				
					zusammen	darunter Ausländer[3]			
	1 000		vH	1 000					vH
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	.	116	1 580	*10,4*
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	.	116	1 432	*9,1*
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	.	115	1 379	*8,5*
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	.	123	1 259	*7,6*
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	137	1 221	*7,1*
1955 [6]	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	200	928	*5,2*
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	219	761	*4,2*
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	217	662	*3,5*
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	216	683	*3,6*
1959	51 634	24 857	*48,1*	24 381	18 508	167	280	476	*2,5*
1960	52 183	25 027	*48,0*	24 792	19 005	.	449	235	*1,2*
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 257	279	465	271	*1,3*
1961	56 185	26 772	*47,6*	26 591	20 730	507	552	181	*0,9*
1962	56 837	26 845	*47,2*	26 690	21 032	629	574	155	*0,7*
1963	57 389	26 930	*46,9*	26 744	21 261	773	555	186	*0,9*
1964	57 971	26 922	*46,4*	26 753	21 484	902	609	169	*0,8*
1965	58 619	27 034	*46,1*	26 887	21 757	1 119	649	147	*0,7*
1966	59 148	26 962	*45,6*	26 801	21 765	1 244	540	161	*0,7*
1967	59 286	26 409	*44,5*	25 950	21 054	1 014	302	459	*2,1*
1968	59 500	26 291	*44,2*	25 968	21 183	1 019	488	323	*1,5*
1969	60 067	26 535	*44,2*	26 356	21 752	1 366	747	179	*0,8*
1970	60 651	26 817	*44,2*	26 668	22 246	1 807	795	149	*0,7*
1971	61 284	27 002	*44,1*	26 817	22 606	2 128	648	185	*0,8*
1972	61 672	26 990	*43,8*	26 744	22 633	2 285	546	246	*1,1*
1973	61 976	27 195	*43,9*	26 922	22 906	2 498	572	273	*1,2*
1974	62 054	27 147	*43,7*	26 565	22 640	2 381	315	582	*2,5*
1975	61 829	26 884	*43,5*	25 810	22 014	2 061	236	1 074	*4,7*
1976	61 531	26 651	*43,3*	25 591	21 939	1 925	235	1 060	*4,6*
1977	61 400	26 577	*43,3*	25 547	22 029	1 872	231	1 030	*4,5*
1978	61 327	26 692	*43,5*	25 699	22 264	1 857	246	993	*4,3*
1979	61 359	26 915	*43,9*	26 039	22 659	1 924	304	876	*3,7*
1980	61 567	27 165	*44,1*	26 276	22 960	2 018	308	889	*3,7*
1981	61 682	27 355	*44,3*	26 083	22 838	...	208	1 272	*5,3*
1978 1. Hj.	61 328	26 590	*43,4*	25 518	22 060	1 850	237	1 072	*4,6*
2. Hj.	61 325	26 794	*43,7*	25 880	22 468	1 865	254	914	*3,9*
1979 1. Hj.	61 322	26 804	*43,7*	25 838	22 445	1 900	290	966	*4,1*
2. Hj.	61 397	27 026	*44,0*	26 240	22 873	1 949	318	786	*3,3*
1980 1. Hj.	61 499	27 065	*44,0*	26 178	22 845	2 030	322	887	*3,7*
2. Hj.	61 634	27 265	*44,2*	26 374	23 075	2 007	295	891	*3,7*
1981 1. Hj.	61 657	27 265	*44,2*	26 066	22 809	1 925	238	1 199	*5,0*
2. Hj.	61 707	27 444	*44,5*	26 100	22 867	...	178	1 344	*5,6*
1982 1. Hj.	61 674	27 416	*44,5*	25 628	22 430	...	126	1 788	*7,4*

[1]) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2]) Erwerbstätige, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).
[3]) Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit).
[4]) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.
[5]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer + Arbeitslose).
[6]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 17*

Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen

1000

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	Staat	Private Haushalte[3]
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
					Erwerbstätige[4]					
1960	26 063	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 364	2 098	764
1961	26 426	3 449	12 805	722	9 905	2 178	4 808	2 406	2 228	730
1962	26 518	3 307	12 918	698	9 948	2 272	4 812	2 459	2 348	674
1963	26 581	3 144	12 927	665	9 883	2 379	4 845	2 541	2 444	680
1964	26 604	3 002	12 986	654	9 885	2 447	4 817	2 590	2 540	669
1965	26 755	2 876	13 158	645	10 059	2 454	4 791	2 652	2 628	650
1966	26 673	2 790	13 017	628	9 953	2 436	4 800	2 719	2 706	641
1967	25 804	2 638	12 249	582	9 418	2 249	4 709	2 774	2 777	657
1968	25 826	2 523	12 320	547	9 488	2 285	4 692	2 837	2 803	651
1969	26 228	2 395	12 727	539	9 883	2 305	4 714	2 883	2 859	650
1970	26 560	2 262	12 987	551	10 117	2 319	4 755	2 933	2 978	645
1971	26 721	2 134	12 937	550	10 033	2 354	4 869	3 013	3 105	663
1972	26 661	2 018	12 696	531	9 824	2 341	4 945	3 063	3 259	680
1973	26 849	1 924	12 723	515	9 861	2 347	5 015	3 123	3 367	697
1974	26 497	1 842	12 311	517	9 618	2 176	4 968	3 171	3 493	712
1975	25 746	1 773	11 610	514	9 106	1 990	4 857	3 210	3 576	720
1976	25 530	1 682	11 396	507	8 915	1 974	4 827	3 266	3 635	724
1977	25 490	1 589	11 362	504	8 918	1 940	4 845	3 306	3 660	728
1978	25 644	1 536	11 386	496	8 918	1 972	4 872	3 359	3 746	745
1979	25 986	1 479	11 518	497	8 965	2 056	4 911	3 462	3 847	769
1980[5]	26 225	1 436	11 599	502	9 005	2 092	4 949	3 542	3 911	788
1981[5]	26 030	1 402	11 334	505	8 787	2 042	4 947	3 592	3 956	799
					Beschäftigte Arbeitnehmer[4]					
1960	20 073	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 596	2 098	764
1961	20 565	452	11 845	721	9 164	1 960	3 673	1 637	2 228	730
1962	20 860	421	11 996	697	9 241	2 058	3 720	1 701	2 348	674
1963	21 098	406	12 019	664	9 191	2 164	3 770	1 779	2 444	680
1964	21 335	390	12 116	653	9 228	2 235	3 783	1 837	2 540	669
1965	21 625	369	12 306	644	9 420	2 242	3 775	1 897	2 628	650
1966	21 637	358	12 176	627	9 328	2 221	3 800	1 956	2 706	641
1967	20 908	324	11 423	581	8 811	2 031	3 724	2 003	2 777	657
1968	21 041	302	11 508	546	8 895	2 067	3 720	2 057	2 803	651
1969	21 624	297	11 940	538	9 316	2 086	3 772	2 106	2 859	650
1970	22 138	295	12 224	550	9 575	2 099	3 839	2 157	2 978	645
1971	22 510	282	12 201	549	9 516	2 136	4 006	2 253	3 105	663
1972	22 550	262	11 965	530	9 314	2 121	4 092	2 292	3 259	680
1973	22 833	250	12 006	514	9 366	2 126	4 167	2 346	3 367	697
1974	22 572	236	11 609	516	9 133	1 960	4 119	2 403	3 493	712
1975	21 950	230	10 939	514	8 649	1 776	4 037	2 448	3 576	720
1976	21 878	226	10 747	507	8 476	1 764	4 022	2 524	3 635	724
1977	21 972	230	10 718	504	8 478	1 736	4 063	2 573	3 660	728
1978	22 209	236	10 759	496	8 492	1 771	4 097	2 626	3 746	745
1979	22 606	243	10 891	497	8 535	1 859	4 138	2 718	3 847	769
1980[5]	22 909	243	10 980	502	8 583	1 895	4 195	2 792	3 911	788
1981[5]	22 785	247	10 729	505	8 376	1 848	4 222	2 832	3 956	799

[1]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[2]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.
[3]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[4]) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 18*

Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1976	1977	1978	1979	1980	1981
			Wohnbevölkerung[1]			
Europa	3 565 016	3 555 437	3 541 710	3 691 054	3 955 309	4 093 389
Belgien	15 234	15 368	15 328	15 725	16 600	17 320
Dänemark	10 132	10 323	10 413	10 806	11 527	12 278
Frankreich	59 917	60 613	61 243	64 509	68 620	72 304
Griechenland	353 733	328 465	305 523	296 803	297 518	299 300
Großbritannien[3])	58 405	63 120	66 955	72 653	81 090	88 879
Irland	2 659	3 010	3 524	4 464	5 677	6 249
Italien	567 984	570 825	572 522	594 424	617 895	624 503
Luxemburg	4 140	4 131	4 168	4 260	4 444	4 526
Niederlande	108 227	107 311	105 586	106 110	107 771	108 746
EG-Länder	1 180 431	1 163 166	1 145 262	1 169 754	1 211 142	1 234 105
Jugoslawien	640 380	630 027	610 184	620 649	631 842	637 307
Österreich	169 182	168 777	159 301	168 915	172 573	176 256
Polen	44 052	44 539	46 031	50 779	60 140	82 711
Portugal	113 720	110 977	109 924	109 843	112 270	109 417
Schweiz	27 428	27 943	27 846	28 805	29 423	29 866
Spanien	219 427	201 429	188 937	182 155	179 952	176 952
Tschechoslowakei	26 477	26 226	24 920	24 202	24 420	25 573
Türkei	1 079 300	1 118 041	1 165 119	1 268 307	1 462 442	1 546 280
Ungarn	18 113	18 069	17 901	18 852	20 144	21 720
Übriges Europa	46 506	46 243	46 285	48 793	50 961	53 202
Afrika	71 535	74 572	79 543	88 517	103 432	115 138
Ägypten	6 962	7 087	7 347	7 689	8 587	9 077
Marokko	25 671	27 126	28 907	31 933	35 854	39 374
Übriges Afrika	38 902	40 359	43 289	48 895	58 991	66 687
Amerika	102 700	103 328	102 703	106 782	113 354	118 052
Kanada	7 244	7 279	7 143	7 458	7 752	7 871
Vereinigte Staaten	73 185	72 969	71 557	73 956	77 436	79 543
Übriges Amerika	22 271	23 080	24 003	25 368	28 166	30 638
Asien	124 928	131 220	147 813	170 284	219 710	242 016
Indien	12 148	12 587	16 137	20 603	27 929	28 630
Iran	18 359	18 901	19 516	21 017	28 360	31 287
Israel	7 393	7 331	7 478	7 731	8 173	8 812
Japan	11 173	11 600	12 170	12 838	14 188	15 233
Jordanien	13 135	12 873	12 533	12 881	13 260	13 221
Pakistan	6 776	9 733	17 877	20 504	26 220	26 272
Übriges Asien	55 944	58 195	62 102	74 710	101 580	118 561
Australien und Ozeanien	6 442	6 197	6 089	6 292	6 654	6 687
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit	54 955	53 854	77 890	53 657	54 849	54 447
Insgesamt	3 948 337	3 948 278	3 981 061	4 143 836	4 453 308	4 629 729

[1]) Jeweils am 30. September; 1976 einschließlich 22 761, 1977 einschließlich 23 670, 1978 einschließlich 25 313 und 1979 einschließlich 27 250 Personen, die nicht nach der Staatsangehörigkeit aufgegliedert werden konnten.

Tabelle 18*

nach der Staatsangehörigkeit

zahl

1976	1977	1978	1979	1980	1981	Staatsangehörigkeit
		Beschäftigte[2])				
1 798 715	1 749 154	1 723 349	1 769 500	1 819 897	1 751 838	Europa
9 463	9 192	9 290	9 424	9 801	9 852	Belgien
3 128	3 065	3 122	3 269	3 439	3 491	Dänemark
42 395	43 631	43 972	47 290	52 428	52 145	Frankreich
178 800	162 495	146 792	140 139	132 980	123 767	Griechenland
22 778	25 247	27 856	30 898	34 828	34 479	Großbritannien[3])
941	1 170	1 321	1 649	2 299	2 148	Irland
276 367	281 224	288 648	300 442	309 226	291 066	Italien
1 239	1 228	1 278	1 338	1 418	1 391	Luxemburg
46 460	42 645	39 938	40 106	40 215	39 569	Niederlande
581 571	569 897	562 217	574 555	586 634	557 908	EG-Länder
390 079	377 206	369 506	367 301	357 427	340 573	Jugoslawien
75 997	74 985	75 245	83 698	87 212	87 441	Österreich
7 339	7 524	7 932	8 952	8 772	8 213	Polen
63 579	60 160	58 771	59 145	58 780	55 085	Portugal
6 855	6 944	7 055	7 886	8 248	8 195	Schweiz
111 006	100 311	92 586	89 992	86 547	81 845	Spanien
11 832	11 776	11 918	12 508	11 486	9 519	Tschechoslowakei
527 483	517 467	514 694	540 471	590 623	580 868	Türkei
7 985	7 990	8 098	8 547	8 060	6 967	Ungarn
14 989	14 894	15 327	16 445	16 108	15 224	Übriges Europa
34 068	33 775	34 835	38 249	41 133	39 266	Afrika
2 033	2 076	2 150	2 481	2 692	2 375	Ägypten
15 601	15 244	15 323	16 214	16 109	15 343	Marokko
16 434	16 455	17 362	19 554	22 332	21 548	Übriges Afrika
22 085	22 545	23 459	26 457	28 822	28 096	Amerika
1 939	1 889	1 916	2 230	2 269	2 163	Kanada
12 705	12 990	13 563	16 310	18 559	18 706	Vereinigte Staaten
7 441	7 666	7 980	7 917	7 994	7 227	Übriges Amerika
46 027	47 814	51 900	62 290	74 982	70 712	Asien
5 889	6 132	7 114	10 376	13 986	12 106	Indien
3 294	3 198	3 308	3 591	4 044	4 285	Iran
1 971	2 183	2 159	2 206	2 265	2 227	Israel
2 643	2 712	2 793	2 735	2 795	2 942	Japan
4 600	4 206	3 931	4 105	3 915	3 339	Jordanien
3 001[a])	4 401[a])	7 857[a])	11 366[a])	15 060[a])	12 657	Pakistan
24 629	24 982	24 738	27 911	32 917	33 156	Übriges Asien
2 458	2 459	2 467	2 504	2 488	2 365	Australien und Ozeanien
33 781	32 838	33 284	34 651	104 336[b])	37 460	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
1 937 134	1 888 585	1 869 294	1 933 651	2 071 658	1 929 737	Insgesamt

[2]) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jeweils am 30. Juni.
[3]) Einschließlich Nordirland.
[a]) Einschließlich Bangladesch.
[b]) Aus meldetechnischen Gründen überhöht.

Quelle für Beschäftigte: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 19*

Bruttowertschöpfung nach

a) Mrd

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	Staat	Private Haushalte[3]
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen									
1960	302,20	17,66	160,80	15,65	121,86	23,29	55,96	41,13	21,61	5,04
1961	331,14	17,24	177,37	15,70	135,00	26,67	60,38	46,12	24,73	5,30
1962	359,94	18,79	191,83	16,24	144,99	30,60	66,48	50,42	27,04	5,38
1963	381,52	19,50	200,11	16,81	150,58	32,72	70,77	55,34	30,00	5,80
1964 [4]	420,08	19,45	223,37	17,73	167,52	38,12	76,50	61,81	32,79	6,16
1965	459,74	20,01	243,63	18,30	184,89	40,44	82,07	70,05	37,27	6,71
1966	490,63	20,87	254,76	18,94	192,92	42,90	87,81	78,35	41,61	7,23
1967	497,06	20,41	252,20	18,79	193,58	39,83	88,37	84,30	44,12	7,66
1968	537,45	22,80	277,01	20,75	215,26	41,00	90,43	92,06	47,06	8,09
1968	509,14	22,19	257,96	19,15	200,66	38,15	84,19	89,67	47,06	8,07
1969	567,91	23,49	290,36	19,82	229,59	40,95	90,32	101,48	53,28	8,98
1970	645,91	21,78	333,72	22,72	259,45	51,55	103,47	114,39	62,56	9,99
1971	718,30	22,76	361,30	24,10	278,04	59,16	116,05	131,76	74,62	11,81
1972	789,49	24,75	387,83	26,25	296,56	65,02	129,32	150,51	83,82	13,26
1973	882,90	26,60	430,91	29,42	333,25	68,24	141,26	171,38	97,40	15,35
1974	955,23	25,92	455,95	33,63	355,62	66,70	149,05	193,80	113,04	17,47
1975	995,92	28,47	454,92	37,67	354,06	63,19	157,33	213,37	122,75	19,08
1976	1 085,52	30,54	499,92	42,51	389,70	67,71	173,13	232,05	129,67	20,21
1977	1 160,12	31,36	529,55	42,78	414,42	72,35	185,64	253,43	138,52	21,62
1978	1 241,97	31,95	562,79	45,50	439,46	77,83	200,29	276,04	147,89	23,01
1979	1 342,71	30,57	611,53	49,01	474,38	88,14	218,89	297,86	158,98	24,88
1980 [5]	1 425,82	30,52	640,46	51,26	490,17	99,03	228,20	327,53	172,12	26,99
1981 [5]	1 493,47	32,56	653,71	59,65	494,60	99,46	234,10	360,83	183,44	28,83
1974 1. Hj.	451,93	6,38	220,35	15,97	173,10	31,28	71,08	93,96	52,14	8,02
2. Hj.	503,30	19,54	235,60	17,66	182,52	35,42	77,97	99,84	60,90	9,45
1975 1. Hj.	472,03	6,54	220,38	18,30	173,12	28,96	75,19	103,95	57,14	8,83
2. Hj.	523,89	21,93	234,54	19,37	180,94	34,23	82,14	109,42	65,61	10,25
1976 1. Hj.	514,20	6,64	242,14	21,04	190,86	30,24	82,48	113,47	60,17	9,30
2. Hj.	571,32	23,90	257,78	21,47	198,84	37,47	90,65	118,58	69,50	10,91
1977 1. Hj.	551,32	7,91	257,89	21,15	204,15	32,59	88,20	123,25	64,13	9,94
2. Hj.	608,80	23,45	271,66	21,63	210,27	39,76	97,44	130,18	74,39	11,68
1978 1. Hj.	585,87	8,23	269,51	22,39	212,84	34,28	95,67	134,00	68,00	10,46
2. Hj.	656,10	23,72	293,28	23,11	226,62	43,55	104,62	142,04	79,89	12,55
1979 1. Hj.	634,50	7,01	292,39	24,64	229,34	38,41	105,50	145,44	72,93	11,23
2. Hj.	708,21	23,56	319,14	24,37	245,04	49,73	113,39	152,42	86,05	13,65
1980 1. Hj. [5]	680,79	7,88	312,73	25,17	241,84	45,72	110,74	158,47	78,80	12,17
2. Hj. [5]	745,03	22,64	327,73	26,09	248,33	53,31	117,46	169,06	93,32	14,82
1981 1. Hj. [5]	706,16	7,50	314,54	29,49	239,20	45,85	112,48	174,46	84,21	12,97
2. Hj. [5]	787,31	25,06	339,17	30,16	255,40	53,61	121,62	186,37	99,23	15,86
1982 1. Hj. [5]	747,62	7,68	332,43	...	...	...	115,79	191,32	100,40	

[1]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

[2]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

Tabelle 19*

Wirtschaftsbereichen

DM

Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [1]	Dienstleistungsunternehmen [2]	Staat	Private Haushalte [3]	Zeitraum
		insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
				in Preisen von 1976						
586,36	26,58	271,71	27,58	196,33	47,80	91,28	112,93	67,31	16,55	1960
616,66	24,18	288,37	27,74	210,03	50,60	96,62	119,74	71,57	16,18	1961
643,83	26,00	300,79	28,49	219,73	52,57	101,29	124,48	75,75	15,52	1962
664,31	26,92	308,14	29,24	224,95	53,95	104,51	129,76	79,15	15,83	1963
708,65	26,26	336,66	30,12	245,54	61,00	111,10	137,15	81,59	15,89	1964
747,68	24,89	358,43	29,71	265,20	63,52	117,78	145,19	85,50	15,89	1965
768,51	26,18	365,12	30,40	269,12	65,60	120,39	150,92	89,89	16,01	1966
770,04	28,51	355,37	29,20	263,47	62,70	120,06	157,10	92,44	16,56	1967
818,63	30,31	384,74	30,42	291,77	62,55	127,47	164,15	95,24	16,72	1968 1968
881,04	29,38	423,54	32,81	326,75	63,98	139,66	173,37	98,08	17,01	1969
923,72	30,25	445,75	35,86	343,30	66,59	147,08	179,41	103,96	17,27	1970
948,82	29,76	453,38	35,81	346,79	70,78	151,40	187,83	108,53	17,92	1971
989,56	29,09	470,20	36,58	358,22	75,40	156,82	201,12	113,80	18,53	1972
1 037,16	31,03	495,17	39,48	380,19	75,50	163,33	209,39	119,11	19,13	1973
1 047,74	32,45	490,48	41,63	379,15	69,70	164,54	215,92	124,68	19,67	1974
1 027,98	30,96	465,22	39,00	360,86	65,36	162,01	221,56	128,24	19,99	1975
1 085,52	30,54	499,92	42,51	389,70	67,71	173,13	232,05	129,67	20,21	1976
1 121,20	32,33	511,09	43,26	399,20	68,63	182,35	243,78	131,24	20,41	1977
1 158,04	33,28	519,84	45,42	404,28	70,14	190,85	257,83	135,29	20,95	1978
1 208,55	31,94	545,87	48,70	423,67	73,50	200,10	269,36	139,60	21,68	1979
1 230,37	32,35	549,65	48,30	425,91	75,44	203,50	279,79	142,83	22,25	1980 [5]
1 232,56	33,76	540,63	48,74	419,74	72,15	200,47	288,75	146,21	22,74	1981 [5]
508,02	5,58	243,86	20,75	189,98	33,13	80,32	106,67	61,90	9,69	1974 1. Hj.
539,72	26,87	246,62	20,88	189,17	36,57	84,22	109,25	62,78	9,98	2. Hj.
492,97	5,69	225,60	19,89	175,50	30,21	78,18	109,82	63,79	9,89	1975 1. Hj.
535,01	25,27	239,62	19,11	185,36	35,15	83,83	111,74	64,45	10,10	2. Hj.
521,53	6,42	242,49	21,39	190,43	30,67	83,09	114,96	64,60	9,97	1976 1. Hj.
563,99	24,12	257,43	21,12	199,27	37,04	90,04	117,09	65,07	10,24	2. Hj.
540,60	6,36	250,29	21,90	196,64	31,75	87,81	120,73	65,34	10,07	1977 1. Hj.
580,60	25,97	260,80	21,36	202,56	36,88	94,54	123,05	65,90	10,34	2. Hj.
555,67	5,94	252,57	22,86	197,92	31,79	92,11	127,50	67,24	10,31	1978 1. Hj.
602,37	27,34	267,27	22,56	206,36	38,35	98,74	130,33	68,05	10,64	2. Hj.
581,11	5,88	264,06	24,46	206,83	32,77	97,43	133,61	69,46	10,67	1979 1. Hj.
627,44	26,06	281,81	24,24	216,84	40,73	102,67	135,75	70,14	11,01	2. Hj.
600,65	6,88	273,61	24,73	213,47	35,41	99,29	138,81	71,07	10,99	1980 1. Hj. [5]
629,72	25,47	276,04	23,57	212,44	40,03	104,21	140,98	71,76	11,26	2. Hj. [5]
596,57	7,35	264,21	24,60	206,07	33,54	97,57	143,48	72,72	11,24	1981 1. Hj. [5]
635,99	26,41	276,42	24,14	213,67	38,61	102,90	145,27	73,49	11,50	2. Hj. [5]
600,35	7,24	264,92	...	...	...	96,25	146,96	84,98		1982 1. Hj. [5]

[3]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[4]) In jeweiligen Preisen Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 19*

Bruttowertschöpfung nach

b) Anteil

Zeitraum	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2]	Dienstleistungsunternehmen[3]	Staat	Private Haushalte[4]
		insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen								
1960 [5]	5,8	53,2	5,2	40,3	7,7	18,5	13,6	7,2	1,7
1961 [5]	5,2	53,6	4,7	40,8	8,1	18,2	13,9	7,5	1,6
1962 [5]	5,2	53,3	4,5	40,3	8,5	18,5	14,0	7,5	1,5
1963 [5]	5,1	52,5	4,4	39,5	8,6	18,5	14,5	7,9	1,5
1964 [5]	4,6	53,2	4,2	39,9	9,1	18,2	14,7	7,8	1,5
1965 [5]	4,4	53,0	4,0	40,2	8,8	17,9	15,2	8,1	1,5
1966 [5]	4,3	51,9	3,9	39,3	8,7	17,9	16,0	8,5	1,5
1967 [5]	4,1	50,7	3,8	38,9	8,0	17,8	17,0	8,9	1,5
1968 [5]	4,2	51,5	3,9	40,1	7,6	16,8	17,1	8,8	1,5
1968	4,4	50,7	3,8	39,4	7,5	16,5	17,6	9,2	1,6
1969	4,1	51,1	3,5	40,4	7,2	15,9	17,9	9,4	1,6
1970	3,4	51,7	3,5	40,2	8,0	16,0	17,7	9,7	1,5
1971	3,2	50,3	3,4	38,7	8,2	16,2	18,3	10,4	1,6
1972	3,1	49,1	3,3	37,6	8,2	16,4	19,1	10,6	1,7
1973	3,0	48,8	3,3	37,7	7,7	16,0	19,4	11,0	1,7
1974	2,7	47,7	3,5	37,2	7,0	15,6	20,3	11,8	1,8
1975	2,9	45,7	3,8	35,6	6,3	15,8	21,4	12,3	1,9
1976	2,8	46,1	3,9	35,9	6,2	15,9	21,4	11,9	1,9
1977	2,7	45,6	3,7	35,7	6,2	16,0	21,8	11,9	1,9
1978	2,6	45,3	3,7	35,4	6,3	16,1	22,2	11,9	1,9
1979	2,3	45,5	3,7	35,3	6,6	16,3	22,2	11,8	1,9
1980 [6]	2,1	44,9	3,6	34,4	6,9	16,0	23,0	12,1	1,9
1981 [6]	2,2	43,8	4,0	33,1	6,7	15,7	24,2	12,3	1,9
1974 1. Hj.	1,4	48,8	3,5	38,3	6,9	15,7	20,8	11,5	1,8
2. Hj.	3,9	46,8	3,5	36,3	7,0	15,5	19,8	12,1	1,9
1975 1. Hj.	1,4	46,7	3,9	36,7	6,1	15,9	22,0	12,1	1,9
2. Hj.	4,2	44,8	3,7	34,5	6,5	15,7	20,9	12,5	2,0
1976 1. Hj.	1,3	47,1	4,1	37,1	5,9	16,0	22,1	11,7	1,8
2. Hj.	4,2	45,1	3,8	34,8	6,6	15,9	20,8	12,2	1,9
1977 1. Hj.	1,4	46,8	3,8	37,0	5,9	16,0	22,4	11,6	1,8
2. Hj.	3,9	44,6	3,6	34,5	6,5	16,0	21,4	12,2	1,9
1978 1. Hj.	1,4	46,0	3,8	36,3	5,9	16,3	22,9	11,6	1,8
2. Hj.	3,6	44,7	3,5	34,5	6,6	15,9	21,6	12,2	1,9
1979 1. Hj.	1,1	46,1	3,9	36,1	6,1	16,6	22,9	11,5	1,8
2. Hj.	3,3	45,1	3,4	34,6	7,0	16,0	21,5	12,2	1,9
1980 1. Hj. [6]	1,2	45,9	3,7	35,5	6,7	16,3	23,3	11,6	1,8
2. Hj. [6]	3,0	44,0	3,5	33,3	7,2	15,8	22,7	12,5	2,0
1981 1. Hj. [6]	1,1	44,5	4,2	33,9	6,5	15,9	24,7	11,9	1,8
2. Hj. [6]	3,2	43,1	3,8	32,4	6,8	15,4	23,7	12,6	2,0
1982 1. Hj. [6]	1,0	44,5	...	...	...	15,5	25,6	13,4	

[1]) Bezogen auf die Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche.
[2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

noch Tabelle 19*

Wirtschaftsbereichen

in vH [1])

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2])	Dienstleistungsunternehmen [3])	Staat	Private Haushalte [4])	Zeitraum
	insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
				in Preisen von 1976					
4,5	46,3	4,7	33,5	8,2	15,6	19,3	11,5	2,8	1960
3,9	46,8	4,5	34,1	8,2	15,7	19,4	11,6	2,6	1961
4,0	46,7	4,4	34,1	8,2	15,7	19,3	11,8	2,4	1962
4,1	46,4	4,4	33,9	8,1	15,7	19,5	11,9	2,4	1963
3,7	47,5	4,3	34,6	8,6	15,7	19,4	11,5	2,2	1964
3,3	47,9	4,0	35,5	8,5	15,8	19,4	11,4	2,1	1965
3,4	47,5	4,0	35,0	8,5	15,7	19,6	11,7	2,1	1966
3,7	46,1	3,8	34,2	8,1	15,6	20,4	12,0	2,2	1967
3,7	47,0	3,7	35,6	7,6	15,6	20,1	11,6	2,0	1968 1968
3,3	48,1	3,7	37,1	7,3	15,9	19,7	11,1	1,9	1969
3,3	48,3	3,9	37,2	7,2	15,9	19,4	11,3	1,9	1970
3,1	47,8	3,8	36,5	7,5	16,0	19,8	11,4	1,9	1971
2,9	47,5	3,7	36,2	7,6	15,8	20,3	11,5	1,9	1972
3,0	47,7	3,8	36,7	7,3	15,7	20,2	11,5	1,8	1973
3,1	46,8	4,0	36,2	6,7	15,7	20,6	11,9	1,9	1974
3,0	45,3	3,8	35,1	6,4	15,8	21,6	12,5	1,9	1975
2,8	46,1	3,9	35,9	6,2	15,9	21,4	11,9	1,9	1976
2,9	45,6	3,9	35,6	6,1	16,3	21,7	11,7	1,8	1977
2,9	44,9	3,9	34,9	6,1	16,5	22,3	11,7	1,8	1978
2,6	45,2	4,0	35,1	6,1	16,6	22,3	11,6	1,8	1979
2,6	44,7	3,9	34,6	6,1	16,5	22,7	11,6	1,8	1980 [6])
2,7	43,9	4,0	34,1	5,9	16,3	23,4	11,9	1,8	1981 [6])
1,1	48,0	4,1	37,4	6,5	15,8	21,0	12,2	1,9	1974 1. Hj.
5,0	45,7	3,9	35,0	6,8	15,6	20,2	11,6	1,8	2. Hj.
1,2	45,8	4,0	35,6	6,1	15,9	22,3	12,9	2,0	1975 1. Hj.
4,7	44,8	3,6	34,6	6,6	15,7	20,9	12,0	1,9	2. Hj.
1,2	46,5	4,1	36,5	5,9	15,9	22,0	12,4	1,9	1976 1. Hj.
4,3	45,6	3,7	35,3	6,6	16,0	20,8	11,5	1,8	2. Hj.
1,2	46,3	4,1	36,4	5,9	16,2	22,3	12,1	1,9	1977 1. Hj.
4,5	44,9	3,7	34,9	6,4	16,3	21,2	11,4	1,8	2. Hj.
1,1	45,5	4,1	35,6	5,7	16,6	22,9	12,1	1,9	1978 1. Hj.
4,5	44,4	3,7	34,3	6,4	16,4	21,6	11,3	1,8	2. Hj.
1,0	45,4	4,2	35,6	5,6	16,8	23,0	12,0	1,8	1979 1. Hj.
4,2	44,9	3,9	34,6	6,5	16,4	21,6	11,2	1,8	2. Hj.
1,1	45,6	4,1	35,5	5,9	16,5	23,1	11,8	1,8	1980 1. Hj. [6])
4,0	43,8	3,7	33,7	6,4	16,5	22,4	11,4	1,8	2. Hj. [6])
1,2	44,3	4,1	34,5	5,6	16,4	24,1	12,2	1,9	1981 1. Hj. [6])
4,2	43,5	3,8	33,6	6,1	16,2	22,8	11,6	1,8	2. Hj. [6])
1,2	44,1	...	...	...	16,0	24,5	14,2		1982 1. Hj. [6])

[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) In jeweiligen Preisen Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20*

Bruttowertschöpfung, Brutto

Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung, bereinigt[1])	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer[2])	Einfuhrabgaben[3])	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern[4])	Subventionen	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	in jeweiligen Preisen										
1960 [5])	297,00	—	5,71	302,71	+0,29	303,00	23,63	279,37	41,78	2,52	240,11
1961 [5])	325,49	—	6,22	331,71	−0,31	331,40	27,12	304,28	46,19	2,66	260,75
1962 [5])	353,45	—	7,33	360,78	−0,28	360,50	31,23	329,27	50,06	2,90	282,11
1963 [5])	374,29	—	8,08	382,37	−0,27	382,10	34,99	347,11	52,79	3,48	297,80
1964 [5])	412,01	—	8,17	420,18	−0,58	419,60	38,96	380,64	57,48	4,09	327,25
1965 [5])	450,29	—	8,88	459,17	−0,97	458,20	43,31	414,89	62,19	5,75	358,45
1966 [5])	479,53	—	8,70	488,23	−0,83	487,40	47,77	439,63	65,50	5,65	379,78
1967 [5])	485,34	—	9,01	494,35	−0,65	493,70	50,52	443,18	67,99	5,55	380,74
1968 [5])	520,23	—	13,05	533,28	+0,42	533,70	53,65	480,05	69,63	7,67	418,09
1968	496,22	30,99	6,07	533,28	+0,42	533,70	53,65	480,05	74,94	12,98	418,09
1969	552,48	37,62	6,85	596,95	+0,85	597,80	58,20	539,60	88,28	11,62	462,94
1970	627,97	39,91	7,42	675,30	+0,40	675,70	68,03	607,67	89,05	11,78	530,40
1971	697,54	45,04	7,98	750,56	+1,24	751,80	77,53	674,27	98,69	12,61	588,19
1972	765,49	49,38	8,87	823,74	+1,36	825,10	85,36	739,74	110,18	15,78	645,34
1973	855,63	52,26	9,38	917,27	+1,63	918,90	94,59	824,31	121,07	18,65	721,89
1974	921,26	54,43	8,89	984,58	+1,02	985,60	106,46	879,14	125,04	18,86	772,96
1975	958,93	57,31	10,27	1 026,51	+2,39	1 028,90	115,94	912,96	130,28	20,38	803,06
1976	1 046,50	61,56	11,63	1 119,69	+3,31	1 123,00	123,98	999,02	141,67	21,88	879,23
1977	1 118,13	65,55	12,43	1 196,11	+0,19	1 196,30	132,45	1 063,85	152,37	24,50	935,98
1978	1 196,14	75,98	13,02	1 285,14	+4,86	1 290,00	142,80	1 147,20	167,30	29,41	1 009,31
1979	1 293,00	86,78	12,70	1 392,48	+2,82	1 395,30	156,32	1 238,98	182,92	30,89	1 086,95
1980 [6])	1 371,44	96,18	13,45	1 481,07	+3,13	1 484,20	173,35	1 310,85	193,07	29,87	1 147,65
1981 [6])	1 429,30	100,61	14,03	1 543,94	−0,84	1 543,10	188,04	1 355,06	198,09	28,51	1 185,48
1974 1. Hj.	435,61	27,54	4,27	467,42	+0,38	467,80	51,90	415,90	60,31	8,80	364,39
2. Hj.	485,65	26,89	4,62	517,16	+0,64	517,80	54,56	463,24	64,73	10,06	408,57
1975 1. Hj.	453,91	28,12	5,06	487,09	+0,31	487,40	57,18	430,22	61,97	9,83	378,08
2. Hj.	505,02	29,19	5,21	539,42	+2,08	541,50	58,76	482,74	68,31	10,55	424,98
1976 1. Hj.	495,00	31,07	5,70	531,77	+1,53	533,30	61,24	472,06	67,50	10,29	414,85
2. Hj.	551,50	30,49	5,93	587,92	+1,78	589,70	62,74	526,96	74,17	11,59	464,38
1977 1. Hj.	530,77	32,44	5,98	569,19	+0,01	569,20	65,34	503,86	72,96	11,83	442,73
2. Hj.	587,36	33,11	6,45	626,92	+0,18	627,10	67,11	559,99	79,41	12,67	493,25
1978 1. Hj.	563,36	38,43	6,40	608,19	+1,81	610,00	70,10	539,90	80,97	12,28	471,21
2. Hj.	632,78	37,55	6,62	676,95	+3,05	680,00	72,70	607,30	86,33	17,13	538,10
1979 1. Hj.	610,07	40,97	6,31	657,35	+0,55	657,90	76,24	581,66	85,92	14,17	509,91
2. Hj.	682,93	45,81	6,39	735,13	+2,27	737,40	80,08	657,32	97,00	16,72	577,04
1980 1. Hj. [6])	654,30	47,59	6,51	708,40	+0,60	709,00	84,68	624,32	93,28	14,38	545,42
2. Hj. [6])	717,14	48,59	6,94	772,67	+2,53	775,20	88,67	686,53	99,79	15,49	602,23
1981 1. Hj. [6])	675,29	50,53	6,63	732,45	−1,35	731,10	92,30	638,80	95,38	13,46	556,88
2. Hj. [6])	754,01	50,08	7,40	811,49	+0,51	812,00	95,74	716,26	102,71	15,05	628,60
1982 1. Hj. [6])	710,57	51,72	6,82	769,11	−3,81	765,30	99,08	666,22	98,11	12,11	580,22

[1]) Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.

[2]) Kassenaufkommen an Steuern vom Umsatz sowie einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund von gesetzlichen Sonderregelungen (u. a. nach dem Berlinförderungsgesetz, für Lieferungen aus der DDR [§ 26 Abs. 4 UStG], für die Landwirtschaft [§ 24 UStG von 1967], für die Besteuerung von Kleinunternehmern [§ 19 UStG von 1979] sowie 1968 einmalig für die Entlastung der Altvorräte [§ 28 UStG von 1967]).

Tabelle 20*

inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Bruttowertschöpfung, bereinigt[1])	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer[2])	Einfuhrabgaben[3])	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
				in Preisen von 1976				
574,47	33,08	3,97	611,52	+1,88	613,40	44,92	568,48	1960
603,40	35,03	4,22	642,65	+0,45	643,10	49,22	593,88	1961
629,56	36,75	4,89	671,20	+0,50	671,70	53,84	617,86	1962
648,92	38,42	4,75	692,09	+0,41	692,50	58,49	634,01	1963
691,84	41,00	5,89	738,73	−0,23	738,50	63,26	675,24	1964
729,47	43,63	6,61	779,71	−1,01	778,70	68,29	710,41	1965
748,94	44,89	6,24	800,07	−0,77	799,30	73,25	726,05	1966
748,64	44,70	5,99	799,33	−0,43	798,90	77,59	721,31	1967
794,12	46,40	6,12	846,64	+1,26	847,90	81,58	766,32	1968 1968
853,99	48,94	6,88	909,81	+1,79	911,60	86,14	825,46	1969
895,40	53,39	7,81	956,60	+0,90	957,50	91,75	865,75	1970
919,18	58,29	8,71	986,18	+1,92	988,10	98,04	890,06	1971
956,47	60,96	9,71	1 027,14	+1,86	1 029,00	104,39	924,61	1972
1 002,68	61,31	9,91	1 073,90	+2,00	1 075,90	110,51	965,39	1973
1 012,35	58,76	8,58	1 079,69	+1,11	1 080,80	115,70	965,10	1974
991,74	59,51	10,18	1 061,43	+2,47	1 063,90	119,90	944,00	1975
1 046,50	61,56	11,63	1 119,69	+3,31	1 123,00	123,98	999,02	1976
1 078,47	63,25	12,26	1 153,98	+0,12	1 154,10	128,29	1 025,81	1977
1 111,53	64,95	13,05	1 189,53	+4,47	1 194,00	132,99	1 061,01	1978
1 158,74	67,76	12,68	1 239,18	+2,42	1 241,60	138,34	1 103,26	1979
1 179,43	68,12	14,25	1 261,80	+2,50	1 264,30	144,16	1 120,14	1980[6])
1 180,11	68,40	14,21	1 262,72	−0,82	1 261,90	149,70	1 112,20	1981[6])
490,33	30,32	4,11	524,76	+0,44	525,20	57,27	467,93	1974 1. Hj.
522,02	28,44	4,47	554,93	+0,67	555,60	58,43	497,17	2. Hj.
475,20	29,30	4,95	509,45	+0,35	509,80	59,44	450,36	1975 1. Hj.
516,54	30,21	5,23	551,98	+2,12	554,10	60,46	493,64	2. Hj.
502,28	31,15	5,72	539,15	+1,55	540,70	61,47	479,23	1976 1. Hj.
544,22	30,41	5,91	580,54	+1,76	582,30	62,51	519,79	2. Hj.
519,71	31,32	5,96	556,99	+0,01	557,00	63,59	493,41	1977 1. Hj.
558,76	31,93	6,30	596,99	+0,11	597,10	64,70	532,40	2. Hj.
532,84	32,91	6,45	572,20	+1,70	573,90	65,86	508,04	1978 1. Hj.
578,69	32,04	6,60	617,33	+2,77	620,10	67,13	552,97	2. Hj.
556,24	33,77	6,42	596,43	+0,47	596,90	68,47	528,43	1979 1. Hj.
602,50	33,99	6,26	642,75	+1,95	644,70	69,87	574,83	2. Hj.
575,28	33,71	6,94	615,93	+0,47	616,40	71,32	545,08	1980 1. Hj.[6])
604,15	34,41	7,31	645,87	+2,03	647,90	72,84	575,06	2. Hj.[6])
570,39	34,69	6,96	612,04	−1,14	610,90	74,19	536,71	1981 1. Hj.[6])
609,72	33,71	7,25	650,68	+0,32	651,00	75,51	575,49	2. Hj.[6])
573,60	33,85	6,76	614,21	−3,01	611,20	76,66	534,54	1982 1. Hj.[6])

[3]) Einfuhrzölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer.
[4]) Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben.
[5]) In jeweiligen Preisen Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 21*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte[4]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne	des Staates[5]
		brutto[1]	netto[2]	brutto	netto[3]			
1960	240,11	144,39	104,89	95,72	75,44	81,05	12,60	2,07
1961	260,75	162,81	117,36	97,94	75,12	82,26	13,18	2,50
1962	282,11	180,13	129,26	101,98	77,01	87,09	12,47	2,42
1963	297,80	193,15	138,06	104,65	78,52	88,85	13,19	2,61
1964	327,25	211,17	151,16	116,08	88,14	98,70	14,74	2,64
1965	358,45	234,13	168,32	124,32	96,73	105,72	16,01	2,59
1966	379,78	252,06	178,28	127,72	99,11	110,12	15,30	2,30
1967	380,74	251,84	177,45	128,90	99,81	112,98	14,33	1,59
1968	418,09	270,38	187,05	147,71	116,11	126,89	18,75	2,07
1969	462,94	304,07	206,54	158,87	123,36	133,89	22,88	2,10
1970	530,40	360,64	238,60	169,76	137,28	151,97	15,58	2,21
1971	588,19	409,11	265,22	179,08	144,07	160,06	17,09	1,93
1972	645,34	450,26	290,66	195,08	157,20	171,77	23,06	0,25
1973	721,89	510,93	316,70	210,96	163,29	179,13	31,20	0,63
1974	772,96	563,12	342,40	209,84	161,97	186,63	24,60	− 1,39
1975	803,06	587,02	355,16	216,04	170,46	197,01	23,52	− 4,49
1976	879,23	631,24	369,52	247,99	194,43	222,65	32,51	− 7,17
1977	935,98	675,57	392,15	260,41	194,31	236,71	33,58	− 9,88
1978	1 009,31	720,89	421,76	288,42	223,16	252,70	45,05	− 9,33
1979	1 086,95	776,70	455,43	310,25	244,49	267,10	52,74	− 9,59
1980[6]	1 147,65	840,98	484,04	306,67	245,35	277,19	42,10	−12,62
1981[6]	1 185,48	880,83	502,86	304,65	247,09	320,16		−15,51
1974 1. Hj.	364,39	267,29	165,41	97,10	73,40	97,59		− 0,49
2. Hj.	408,57	295,83	176,99	112,74	88,57	113,64		− 0,90
1975 1. Hj.	378,08	280,16	173,42	97,92	76,96	99,95		− 2,03
2. Hj.	424,98	306,86	181,74	118,12	93,50	120,58		− 2,46
1976 1. Hj.	414,85	298,14	177,90	116,71	92,49	119,81		− 3,10
2. Hj.	464,38	333,10	191,62	131,28	101,94	135,35		− 4,07
1977 1. Hj.	442,73	320,36	188,47	122,37	90,79	127,68		− 5,31
2. Hj.	493,25	355,21	203,68	138,04	103,52	142,61		− 4,57
1978 1. Hj.	471,21	340,08	201,65	131,13	99,58	136,38		− 5,25
2. Hj.	538,10	380,81	220,11	157,29	123,58	161,37		− 4,08
1979 1. Hj.	509,91	364,79	216,27	145,12	113,00	150,39		− 5,27
2. Hj.	577,04	411,91	239,16	165,13	131,49	169,45		− 4,32
1980 1. Hj.[6]	545,42	397,00	230,45	148,42	118,03	154,97		− 6,55
2. Hj.[6]	602,23	443,98	253,59	158,25	127,32	164,32		− 6,07
1981 1. Hj.[6]	556,88	416,03	239,55	140,85	112,49	149,96		− 9,11
2. Hj.[6]	628,60	464,80	263,31	163,80	134,60	170,20		− 6,40
1982 1. Hj.[6]	580,22	427,46	242,98	152,76	125,66	157,21		− 4,45

[1] Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

[2] Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.

[3] Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern vor Abzug der Investitionszulage [ab 1970], Lastenausgleichsabgaben, Pflichtbeiträge der Selbständigen; rückzahlbarer Konjunkturzuschlag [1970]) zuzüglich „Sonstige Zu- und Absetzungen" (Saldo der Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der Unternehmen, der Schadenversicherungstransaktionen sowie den übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit).

[4] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

[5] Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.

[6] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 22*

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen [1])

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2])	Dienstleistungsunternehmen [3])	Staat	Private Haushalte [4])
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
					Mrd DM					
1960	143,16	2,69	81,67	6,99	62,04	12,64	23,41	10,20	20,44	4,75
1961	161,64	2,70	92,99	7,44	70,66	14,89	25,77	11,77	23,44	4,97
1962	178,84	2,85	103,47	7,85	78,58	17,04	28,40	13,53	25,59	5,00
1963	191,86	2,94	108,60	7,99	82,07	18,54	31,44	15,13	28,38	5,37
1964	209,93	3,05	119,19	8,02	89,28	21,89	34,45	16,59	30,99	5,66
1965	232,96	3,15	132,03	8,83	99,78	23,42	37,99	18,37	35,27	6,15
1966	250,83	3,30	139,87	9,00	105,78	25,09	41,52	20,15	39,39	6,60
1967	250,35	3,06	134,21	8,70	102,46	23,05	42,46	21,84	41,78	7,00
1968	268,84	2,95	145,78	8,66	112,76	24,36	44,83	23,41	44,51	7,36
1969	302,62	3,13	165,29	9,40	129,56	26,33	49,59	25,97	50,45	8,19
1970	359,29	3,53	199,40	11,27	155,61	32,52	57,65	30,47	59,20	9,04
1971	407,77	3,76	219,77	12,66	169,51	37,60	67,17	35,60	70,76	10,71
1972	449,12	3,80	238,66	13,35	182,11	43,20	75,37	39,73	79,52	12,04
1973	509,87	4,01	267,55	14,75	205,74	47,06	86,21	45,52	92,60	13,98
1974	562,05	4,35	287,56	16,93	223,79	46,84	94,28	52,26	107,66	15,94
1975	585,85	4,55	291,31	18,59	227,39	45,33	98,43	57,26	116,87	17,43
1976	630,05	4,95	314,86	19,73	247,10	48,03	105,41	63,09	123,29	18,45
1977	674,41	5,43	336,73	21,00	266,54	49,19	112,51	68,45	131,58	19,71
1978	719,71	5,87	358,34	21,95	283,55	52,84	120,55	73,71	140,30	20,94
1979	775,48	6,43	386,84	23,95	304,15	58,74	128,60	80,49	150,53	22,59
1980 [5])	839,65	6,88	417,57	26,03	327,29	64,25	140,48	87,70	162,58	24,44
1981 [5])	879,26	7,40	430,46	27,70	337,62	65,14	148,55	93,74	173,06	26,05
					Anteil in vH					
1960	*100*	*1,9*	*57,0*	*4,9*	*43,3*	*8,8*	*16,4*	*7,1*	*14,3*	*3,3*
1961	*100*	*1,7*	*57,5*	*4,6*	*43,7*	*9,2*	*15,9*	*7,3*	*14,5*	*3,1*
1962	*100*	*1,6*	*57,9*	*4,4*	*43,9*	*9,5*	*15,9*	*7,6*	*14,3*	*2,8*
1963	*100*	*1,5*	*56,6*	*4,2*	*42,8*	*9,7*	*16,4*	*7,9*	*14,8*	*2,8*
1964	*100*	*1,5*	*56,8*	*3,8*	*42,5*	*10,4*	*16,4*	*7,9*	*14,8*	*2,7*
1965	*100*	*1,4*	*56,7*	*3,8*	*42,8*	*10,1*	*16,3*	*7,9*	*15,1*	*2,6*
1966	*100*	*1,3*	*55,8*	*3,6*	*42,2*	*10,0*	*16,6*	*8,0*	*15,7*	*2,6*
1967	*100*	*1,2*	*53,6*	*3,5*	*40,9*	*9,2*	*17,0*	*8,7*	*16,7*	*2,8*
1968	*100*	*1,1*	*54,2*	*3,2*	*41,9*	*9,1*	*16,7*	*8,7*	*16,6*	*2,7*
1969	*100*	*1,0*	*54,6*	*3,1*	*42,8*	*8,7*	*16,4*	*8,6*	*16,7*	*2,7*
1970	*100*	*1,0*	*55,5*	*3,1*	*43,3*	*9,1*	*16,0*	*8,5*	*16,5*	*2,5*
1971	*100*	*0,9*	*53,9*	*3,1*	*41,6*	*9,2*	*16,5*	*8,7*	*17,4*	*2,6*
1972	*100*	*0,8*	*53,1*	*3,0*	*40,5*	*9,6*	*16,8*	*8,8*	*17,7*	*2,7*
1973	*100*	*0,8*	*52,5*	*2,9*	*40,4*	*9,2*	*16,9*	*8,9*	*18,2*	*2,7*
1974	*100*	*0,8*	*51,2*	*3,0*	*39,8*	*8,3*	*16,8*	*9,3*	*19,2*	*2,8*
1975	*100*	*0,8*	*49,7*	*3,2*	*38,8*	*7,7*	*16,8*	*9,8*	*19,9*	*3,0*
1976	*100*	*0,8*	*50,0*	*3,1*	*39,2*	*7,6*	*16,7*	*10,0*	*19,6*	*2,9*
1977	*100*	*0,8*	*49,9*	*3,1*	*39,5*	*7,3*	*16,7*	*10,1*	*19,5*	*2,9*
1978	*100*	*0,8*	*49,8*	*3,0*	*39,4*	*7,3*	*16,7*	*10,2*	*19,5*	*2,9*
1979	*100*	*0,8*	*49,9*	*3,1*	*39,2*	*7,6*	*16,6*	*10,4*	*19,4*	*2,9*
1980 [5])	*100*	*0,8*	*49,7*	*3,1*	*39,0*	*7,7*	*16,7*	*10,4*	*19,4*	*2,9*
1981 [5])	*100*	*0,8*	*49,0*	*3,2*	*38,4*	*7,4*	*16,9*	*10,7*	*19,7*	*3,0*

[1]) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort der Arbeitnehmer).
[2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23*

Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1]		Netto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1]		Produktivität[2]		Lohnkosten je Produkteinheit[3]
	DM	1976 = 100	DM	1976 = 100	DM	1976 = 100	DM	1976 = 100	1976 = 100
1960	4 332	30,3	6 148	26,0	5 178	30,7	23 463	53,5	46,3
1961	4 641	32,5	6 775	28,7	5 661	33,6	24 319	55,4	49,2
1962	4 963	34,7	7 395	31,3	6 146	36,5	25 311	57,7	51,6
1963	5 189	36,3	7 850	33,2	6 494	38,6	26 037	59,4	53,2
1964	5 645	39,5	8 556	36,2	7 036	41,8	27 768	63,3	54,0
1965	6 115	42,8	9 336	39,5	7 736	45,9	29 143	66,4	56,3
1966	6 421	44,9	10 014	42,4	8 191	48,6	29 995	68,4	58,9
1967	6 422	44,9	10 349	43,8	8 428	50,0	30 977	70,6	58,9
1968	7 027	49,2	10 988	46,5	8 830	52,4	32 782	74,7	59,4
1969	7 707	53,9	12 003	50,8	9 495	56,4	34 688	79,1	61,4
1970	8 745	61,2	13 841	58,6	10 726	63,7	36 017	82,1	68,6
1971	9 598	67,2	15 403	65,2	11 732	69,7	36 907	84,2	74,8
1972	10 464	73,2	16 821	71,2	12 842	76,2	38 526	87,8	78,7
1973	11 648	81,5	18 711	79,2	13 826	82,1	39 998	91,2	85,0
1974	12 456	87,2	20 742	87,8	15 124	89,8	40 748	92,9	93,1
1975	12 988	90,9	22 063	93,4	16 133	95,8	41 227	94,0	98,6
1976	14 289	100	23 611	100	16 843	100	43 858	100	100
1977	15 244	106,7	25 226	106,8	17 802	105,7	45 272	103,2	103,3
1978	16 458	115,2	26 577	112,6	18 944	112,5	46 386	105,8	106,4
1979	17 715	124,0	28 078	118,9	20 099	119,3	47 686	108,7	109,6
1980[4]	18 641	130,5	29 922	126,7	21 082	125,2	48 114	109,7	116,0
1981[4]	19 219	134,5	31 369	132,9	22 019	130,7	48 510	110,6	121,1
1974 1. Hj.	5 870	82,2	9 804	83,0	7 291	86,6	19 751	90,1	91,0
2. Hj.	6 586	92,2	10 940	92,7	7 833	93,0	21 000	95,8	95,1
1975 1. Hj.	6 106	85,5	10 513	89,0	7 873	93,5	19 750	90,1	98,2
2. Hj.	6 883	96,3	11 551	97,8	8 261	98,1	21 480	98,0	99,0
1976 1. Hj.	6 737	94,3	11 216	95,0	8 170	97,0	21 225	96,8	98,3
2. Hj.	7 553	105,7	12 386	104,9	8 669	102,9	22 626	103,2	101,5
1977 1. Hj.	7 208	100,9	12 024	101,9	8 613	102,3	21 950	100,1	101,7
2. Hj.	8 036	112,5	13 194	111,8	9 185	109,1	23 315	106,3	104,7
1978 1. Hj.	7 683	107,5	12 626	107,0	9 141	108,5	22 473	102,5	104,6
2. Hj.	8 775	122,8	13 938	118,1	9 797	116,3	23 903	109,0	108,1
1979 1. Hj.	8 315	116,4	13 283	112,5	9 636	114,4	23 132	105,5	107,1
2. Hj.	9 399	131,5	14 781	125,2	10 456	124,2	24 544	111,9	111,8
1980 1. Hj.[4]	8 869	124,1	14 169	120,0	10 088	119,8	23 575	107,5	112,3
2. Hj.[4]	9 771	136,8	15 746	133,4	10 990	130,5	24 535	111,9	119,5
1981 1. Hj.[4]	9 032	126,4	14 804	125,4	10 502	124,7	23 526	107,3	118,1
2. Hj.[4]	10 187	142,6	16 562	140,3	11 515	136,7	24 983	113,9	124,0
1982 1. Hj.[4]	9 408	131,7	15 435	130,7	10 833	128,6	24 020	109,5	120,9

[1]) Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).
[2]) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept, nach dem Beschäftigungsort).
[3]) Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;
berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 24*

Produktivität[1]) und Lohnkosten[2]) nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr[3])	Dienstleistungsunternehmen[4])	Staat	Private Haushalte[5])
	Produktivität[1]) (DM)									
1960	22 042	7 423	21 742	36 921	20 400	22 484	19 180	47 771	32 083	21 662
1961	22 834	7 011	22 520	38 421	21 204	23 232	20 096	49 767	32 123	22 164
1962	23 741	7 862	23 285	40 817	22 088	23 138	21 049	50 622	32 261	23 027
1963	24 413	8 562	23 837	43 970	22 761	22 678	21 571	51 066	32 385	23 279
1964	26 005	8 748	25 925	46 055	24 840	24 928	23 064	52 954	32 122	23 752
1965	27 265	8 654	27 240	46 062	26 364	25 884	24 584	54 747	32 534	24 446
1966	28 079	9 384	28 049	48 408	27 039	26 929	25 081	55 506	33 219	24 977
1967	29 013	10 807	29 012	50 172	27 975	27 879	25 496	56 633	33 288	25 205
1968	30 749	12 013	31 229	55 612	30 751	27 374	27 168	57 860	33 978	25 684
1969	32 560	12 267	33 279	60 872	33 062	27 757	29 627	60 135	34 306	26 169
1970	33 712	13 373	34 323	65 082	33 933	28 715	30 932	61 169	34 909	26 775
1971	34 399	13 946	35 045	65 109	34 565	30 068	31 095	62 340	34 953	27 029
1972	35 875	14 415	37 035	68 889	36 464	32 208	31 713	65 661	34 919	27 250
1973	37 345	16 128	38 919	76 660	38 555	32 169	32 568	67 048	35 376	27 446
1974	38 206	17 617	39 841	80 522	39 421	32 031	33 120	68 092	35 694	27 626
1975	38 520	17 462	40 071	75 875	39 629	32 844	33 356	69 022	35 861	27 764
1976	40 991	18 157	43 868	83 846	43 713	34 301	35 867	71 050	35 673	27 914
1977	42 310	20 346	44 982	85 833	44 763	35 376	37 637	73 739	35 858	28 036
1978	43 345	21 667	45 656	91 573	45 333	35 568	39 173	76 758	36 116	28 121
1979	44 591	21 596	47 393	97 988	47 258	35 749	40 745	77 805	36 288	28 192
1980[6])	44 973	22 528	47 388	96 215	47 297	36 061	41 119	78 992	36 520	28 236
1981[6])	45 337	24 080	47 700	96 515	47 768	35 333	40 524	80 387	36 959	28 461
	Lohnkosten je Produkteinheit[2]) (1976 = 100)									
1960	46,1	61,2	48,9	54,7	51,5	37,1	46,2	38,0	31,9	31,4
1961	49,0	70,6	52,2	57,9	54,5	41,2	47,8	41,1	34,4	33,6
1962	51,4	71,4	55,5	59,5	57,7	45,1	49,6	44,7	35,5	35,3
1963	53,0	70,1	56,8	59,0	58,8	47,6	52,9	47,3	37,7	37,2
1964	53,9	74,1	56,8	57,5	58,4	49,5	54,0	48,5	39,9	39,0
1965	56,2	81,8	59,0	64,1	60,2	50,8	56,0	50,3	43,4	42,4
1966	58,8	81,4	61,3	63,9	62,9	52,8	59,6	52,8	46,1	45,2
1967	58,7	72,4	60,6	64,3	62,3	51,3	61,2	54,7	47,5	46,3
1968	59,1	67,4	60,7	61,4	61,8	54,2	60,7	55,9	49,2	48,2
1969	61,2	71,2	62,3	61,8	63,1	57,3	60,7	58,3	54,1	52,7
1970	68,5	74,2	71,2	67,8	71,8	68,0	66,4	65,6	59,9	57,3
1971	75,0	79,3	77,0	76,3	77,3	73,8	73,8	72,0	68,6	65,5
1972	79,0	83,4	80,6	78,8	80,4	79,7	79,5	75,0	73,5	71,2
1973	85,1	82,4	85,7	80,7	85,4	86,7	86,9	82,3	81,8	80,1
1974	92,8	86,7	93,1	87,8	93,2	94,0	94,6	90,8	90,8	88,8
1975	98,6	93,9	99,5	102,7	99,5	97,9	100,0	96,3	95,8	95,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,3	96,2	104,6	104,6	105,3	100,9	100,7	102,5	105,4	105,8
1978	106,4	95,2	109,2	104,1	110,4	105,7	102,8	103,9	109,1	109,5
1979	109,5	101,6	112,2	106,0	113,1	111,3	104,4	108,2	113,4	114,1
1980[6])	116,0	104,2	120,2	116,1	120,9	118,4	111,5	113,0	119,7	120,3
1981[6])	121,2	103,1	125,9	122,4	126,5	125,7	118,8	117,0	124,5	125,5

[1]) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

[2]) Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;

berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttowertschöpfung in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.

[3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

[4]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

[5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 25*

Verwendung des

a) Mrd

Zeitraum	Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Aus-rüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Außen-beitrag[2]
					in jeweiligen Preisen					
1960	303,00	171,84	40,45	73,58	27,14	46,44	+ 9,20	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	45,78	83,46	31,32	52,14	+ 6,70	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	52,83	92,88	34,98	57,90	+ 5,70	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,39	97,71	35,64	62,07	+ 2,60	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,10	111,70	39,21	72,49	+ 6,40	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	69,65	119,90	43,35	76,55	+ 10,70	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	75,45	124,17	43,98	80,19	+ 5,30	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,05	114,18	41,07	73,11	− 0,50	106,41	89,07	+ 17,34
1968	533,70	300,74	82,73	119,39	43,14	76,25	+ 11,10	120,21	100,47	+ 19,74
1969	597,80	330,90	93,12	138,90	53,59	85,31	+ 17,30	137,34	119,76	+ 17,58
1970	675,70	368,85	106,47	172,05	65,88	106,17	+ 14,20	152,93	138,80	+ 14,13
1971	751,80	409,44	126,82	196,11	72,66	123,45	+ 4,50	169,75	154,82	+ 14,93
1972	825,10	452,10	141,13	209,17	72,74	136,43	+ 4,80	185,13	167,23	+ 17,90
1973	918,90	495,36	163,16	219,26	75,27	143,99	+ 12,50	217,06	188,44	+ 28,62
1974	985,60	533,74	190,21	212,71	72,36	140,35	+ 5,00	278,98	235,04	+ 43,94
1975	1 028,90	585,54	210,53	209,41	78,05	131,36	− 6,50	273,43	243,51	+ 29,92
1976	1 123,00	633,50	222,27	226,04	86,32	139,72	+ 12,20	312,60	283,61	+ 28,99
1977	1 196,30	680,94	234,67	243,01	95,69	147,32	+ 8,90	329,76	300,98	+ 28,78
1978	1 290,00	725,34	252,54	266,79	106,37	160,42	+ 7,90	349,72	312,29	+ 37,43
1979	1 395,30	778,98	273,52	304,82	119,66	185,16	+ 27,00	383,21	372,23	+ 10,98
1980[3]	1 484,20	834,65	298,39	337,98	127,87	210,11	+ 17,50	431,55	435,87	− 4,32
1981[3]	1 543,10	874,08	319,75	339,28	128,75	210,53	− 1,40	496,08	484,69	+ 11,39
1974 1. Hj.	467,80	253,20	86,12	102,45	33,80	68,65	+ 4,60	133,61	112,18	+ 21,43
2. Hj.	517,80	280,54	104,09	110,26	38,56	71,70	+ 0,40	145,37	122,86	+ 22,51
1975 1. Hj.	487,40	277,05	96,42	97,74	35,51	62,23	− 0,10	132,28	115,99	+ 16,29
2. Hj.	541,50	308,49	114,11	111,67	42,54	69,13	− 6,40	141,15	127,52	+ 13,63
1976 1. Hj.	533,30	302,79	103,08	105,42	40,70	64,72	+ 7,40	149,72	135,11	+ 14,61
2. Hj.	589,70	330,71	119,19	120,62	45,62	75,00	+ 4,80	162,88	148,50	+ 14,38
1977 1. Hj.	569,20	324,33	108,06	113,69	43,91	69,78	+ 8,90	160,56	146,34	+ 14,22
2. Hj.	627,10	356,61	126,61	129,32	51,78	77,54	—	169,20	154,64	+ 14,56
1978 1. Hj.	610,00	348,46	116,13	121,54	48,21	73,33	+ 4,90	169,49	150,52	+ 18,97
2. Hj.	680,00	376,88	136,41	145,25	58,16	87,09	+ 3,00	180,23	161,77	+ 18,46
1979 1. Hj.	657,90	374,56	125,97	136,21	54,75	81,46	+ 11,40	183,28	173,52	+ 9,76
2. Hj.	737,40	404,42	147,55	168,61	64,91	103,70	+ 15,60	199,93	198,71	+ 1,22
1980 1. Hj.[3]	709,00	400,85	137,53	157,60	59,23	98,37	+ 13,10	214,50	214,58	− 0,08
2. Hj.[3]	775,20	433,80	160,86	180,38	68,64	111,74	+ 4,40	217,05	221,29	− 4,24
1981 1. Hj.[3]	731,10	419,17	149,18	159,13	60,90	98,23	+ 5,80	231,60	233,78	− 2,18
2. Hj.[3]	812,00	454,91	170,57	180,15	67,85	112,30	− 7,20	264,48	250,91	+ 13,57
1982 1. Hj.[3]	765,30	435,41	154,94	153,07	59,66	93,41	+ 8,50	265,12	251,74	+ 13,38

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 25*

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außen-beitrag[2])	Zeitraum
			insgesamt	Aus-rüstungen	Bauten					
				in Preisen von 1976						
613,40	318,67	114,17	148,40	45,71	102,69	+ 13,30	104,58	85,72	+ 18,86	1960
643,10	337,67	121,28	158,55	51,08	107,47	+ 10,70	108,18	93,28	+ 14,90	1961
671,70	356,13	132,74	165,13	55,05	110,08	+ 8,10	112,43	102,83	+ 9,60	1962
692,50	366,07	140,78	167,33	55,27	112,06	+ 5,20	120,77	107,65	+ 13,12	1963
738,50	385,34	143,15	186,08	59,57	126,51	+ 11,30	130,29	117,66	+ 12,63	1964
778,70	411,82	150,20	195,01	64,07	130,94	+ 17,60	138,39	134,32	+ 4,07	1965
799,30	424,42	154,91	197,26	63,09	134,17	+ 8,50	152,17	137,96	+ 14,21	1966
798,90	429,10	160,50	183,63	57,92	125,71	− 1,40	163,86	136,79	+ 27,07	1967
847,90	449,39	161,20	190,35	62,01	128,34	+ 15,50	184,96	153,50	+ 31,46	1968
911,60	484,30	168,36	210,45	75,69	134,76	+ 24,30	202,73	178,54	+ 24,19	1969
957,50	521,09	175,82	231,28	88,31	142,97	+ 20,10	215,93	206,72	+ 9,21	1970
988,10	548,31	184,90	245,55	92,91	152,64	+ 6,00	229,35	226,01	+ 3,34	1971
1 029,00	573,30	192,68	251,76	91,15	160,61	+ 6,50	244,36	239,60	+ 4,76	1972
1 075,90	587,09	202,30	251,23	90,96	160,27	+ 15,50	269,17	249,39	+ 19,78	1973
1 080,80	589,68	210,57	227,18	81,12	146,06	+ 5,00	301,37	253,00	+ 48,37	1974
1 063,90	610,15	218,83	216,09	81,03	135,06	− 7,50	283,02	256,69	+ 26,33	1975
1 123,00	633,50	222,27	226,04	86,32	139,72	+ 12,20	312,60	283,61	+ 28,99	1976
1 154,10	657,21	224,38	234,72	93,27	141,45	+ 9,10	323,45	294,76	+ 28,69	1977
1 194,00	681,00	233,20	246,15	101,00	145,15	+ 7,10	336,94	310,39	+ 26,55	1978
1 241,60	702,19	241,42	264,01	110,67	153,34	+ 22,70	353,47	342,19	+ 11,28	1979
1 264,30	712,87	248,09	272,41	113,45	158,96	+ 14,20	374,00	357,27	+ 16,73	1980[3])
1 261,90	703,97	252,98	261,94	109,63	152,31	− 1,10	405,63	361,52	+ 44,11	1981[3])
525,20	283,35	100,97	110,94	38,71	72,23	+ 3,60	149,04	122,70	+ 26,34	1974 1. Hj.
555,60	306,33	109,60	116,24	42,41	73,83	+ 1,40	152,33	130,30	+ 22,03	2. Hj.
509,80	292,03	105,06	101,35	37,26	64,09	− 2,30	137,62	123,96	+ 13,66	1975 1. Hj.
554,10	318,12	113,77	114,74	43,77	70,97	− 5,20	145,40	132,73	+ 12,67	2. Hj.
540,70	304,51	108,13	106,16	40,77	65,39	+ 7,40	151,09	136,59	+ 14,50	1976 1. Hj.
582,30	328,99	114,14	119,88	45,55	74,33	+ 4,80	161,51	147,02	+ 14,49	2. Hj.
557,00	314,72	108,40	110,65	42,94	67,71	+ 7,80	158,00	142,57	+ 15,43	1977 1. Hj.
597,10	342,49	115,98	124,07	50,33	73,74	+ 1,30	165,45	152,19	+ 13,26	2. Hj.
573,90	328,18	113,13	113,54	46,03	67,51	+ 4,60	164,50	150,05	+ 14,45	1978 1. Hj.
620,10	352,82	120,07	132,61	54,97	77,64	+ 2,50	172,44	160,34	+ 12,10	2. Hj.
596,90	341,84	117,73	120,33	50,99	69,34	+ 10,60	172,07	165,67	+ 6,40	1979 1. Hj.
644,70	360,35	123,69	143,68	59,68	84,00	+ 12,10	181,40	176,52	+ 4,88	2. Hj.
616,40	346,09	121,11	128,59	53,00	75,59	+ 10,60	187,95	177,94	+ 10,01	1980 1. Hj.[3])
647,90	366,78	126,98	143,82	60,45	83,37	+ 3,60	186,05	179,33	+ 6,72	2. Hj.[3])
610,90	342,43	124,67	123,90	52,34	71,56	+ 5,80	192,44	178,34	+ 14,10	1981 1. Hj.[3])
651,00	361,54	128,31	138,04	57,29	80,75	− 6,90	213,19	183,18	+ 30,01	2. Hj.[3])
611,20	336,86	125,44	115,63	48,96	66,67	+ 8,10	209,52	184,35	+ 25,17	1982 1. Hj.[3])

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 25 *

Verwendung des

b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Außenbeitrag[2]
	in jeweiligen Preisen								
1960	56,7	13,3	24,3	9,0	15,3	+ 3,0	20,0	17,4	+ 2,6
1961	56,8	13,8	25,2	9,5	15,7	+ 2,0	19,1	16,9	+ 2,2
1962	56,8	14,7	25,8	9,7	16,1	+ 1,6	18,4	17,2	+ 1,2
1963	56,7	15,5	25,6	9,3	16,2	+ 0,7	18,9	17,4	+ 1,5
1964	55,6	14,8	26,6	9,3	17,3	+ 1,5	19,0	17,6	+ 1,4
1965	56,2	15,2	26,2	9,5	16,7	+ 2,3	19,0	19,0	+ 0,1
1966	56,4	15,5	25,5	9,0	16,5	+ 1,1	20,2	18,7	+ 1,5
1967	57,2	16,2	23,1	8,3	14,8	− 0,1	21,6	18,0	+ 3,5
1968	56,3	15,5	22,4	8,1	14,3	+ 2,1	22,5	18,8	+ 3,7
1969	55,4	15,6	23,2	9,0	14,3	+ 2,9	23,0	20,0	+ 2,9
1970	54,6	15,8	25,5	9,7	15,7	+ 2,1	22,6	20,5	+ 2,1
1971	54,5	16,9	26,1	9,7	16,4	+ 0,6	22,6	20,6	+ 2,0
1972	54,8	17,1	25,4	8,8	16,5	+ 0,6	22,4	20,3	+ 2,2
1973	53,9	17,8	23,9	8,2	15,7	+ 1,4	23,6	20,5	+ 3,1
1974	54,2	19,3	21,6	7,3	14,2	+ 0,5	28,3	23,8	+ 4,5
1975	56,9	20,5	20,4	7,6	12,8	− 0,6	26,6	23,7	+ 2,9
1976	56,4	19,8	20,1	7,7	12,4	+ 1,1	27,8	25,3	+ 2,6
1977	56,9	19,6	20,3	8,0	12,3	+ 0,7	27,6	25,2	+ 2,4
1978	56,2	19,6	20,7	8,2	12,4	+ 0,6	27,1	24,2	+ 2,9
1979	55,8	19,6	21,8	8,6	13,3	+ 1,9	27,5	26,7	+ 0,8
1980[3]	56,2	20,1	22,8	8,6	14,2	+ 1,2	29,1	29,4	− 0,3
1981[3]	56,6	20,7	22,0	8,3	13,6	− 0,1	32,1	31,4	+ 0,7
1974 1. Hj.	54,1	18,4	21,9	7,2	14,7	+ 1,0	28,6	24,0	+ 4,6
2. Hj.	54,2	20,1	21,3	7,4	13,8	+ 0,1	28,1	23,7	+ 4,3
1975 1. Hj.	56,8	19,8	20,1	7,3	12,8	− 0,0	27,1	23,8	+ 3,3
2. Hj.	57,0	21,1	20,6	7,9	12,8	− 1,2	26,1	23,5	+ 2,5
1976 1. Hj.	56,8	19,3	19,8	7,6	12,1	+ 1,4	28,1	25,3	+ 2,7
2. Hj.	56,1	20,2	20,5	7,7	12,7	+ 0,8	27,6	25,2	+ 2,4
1977 1. Hj.	57,0	19,0	20,0	7,7	12,3	+ 1,6	28,2	25,7	+ 2,5
2. Hj.	56,9	20,2	20,6	8,3	12,4	—	27,0	24,7	+ 2,3
1978 1. Hj.	57,1	19,0	19,9	7,9	12,0	+ 0,8	27,8	24,7	+ 3,1
2. Hj.	55,4	20,1	21,4	8,6	12,8	+ 0,4	26,5	23,8	+ 2,7
1979 1. Hj.	56,9	19,1	20,7	8,3	12,4	+ 1,7	27,9	26,4	+ 1,5
2. Hj.	54,8	20,0	22,9	8,8	14,1	+ 2,1	27,1	26,9	+ 0,2
1980 1. Hj.[3]	56,5	19,4	22,2	8,4	13,9	+ 1,8	30,3	30,3	− 0,0
2. Hj.[3]	56,0	20,8	23,3	8,9	14,4	+ 0,6	28,0	28,5	− 0,5
1981 1. Hj.[3]	57,3	20,4	21,8	8,3	13,4	+ 0,8	31,7	32,0	− 0,3
2. Hj.[3]	56,0	21,0	22,2	8,4	13,8	− 0,9	32,6	30,9	+ 1,7
1982 1. Hj.[3]	56,9	20,2	20,0	7,8	12,2	+ 1,1	34,6	32,9	+ 1,7

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

noch Tabelle 25 *

Sozialprodukts

in vH

Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr[1])	Einfuhr[1])	Außenbeitrag[2])	Zeitraum
				in Preisen von 1976					
52,0	18,6	24,2	7,5	16,7	+ 2,2	17,0	14,0	+ 3,1	1960
52,5	18,9	24,7	7,9	16,7	+ 1,7	16,8	14,5	+ 2,3	1961
53,0	19,8	24,6	8,2	16,4	+ 1,2	16,7	15,3	+ 1,4	1962
52,9	20,3	24,2	8,0	16,2	+ 0,8	17,4	15,5	+ 1,9	1963
52,2	19,4	25,2	8,1	17,1	+ 1,5	17,6	15,9	+ 1,7	1964
52,9	19,3	25,0	8,2	16,8	+ 2,3	17,8	17,2	+ 0,5	1965
53,1	19,4	24,7	7,9	16,8	+ 1,1	19,0	17,3	+ 1,8	1966
53,7	20,1	23,0	7,2	15,7	− 0,2	20,5	17,1	+ 3,4	1967
53,0	19,0	22,4	7,3	15,1	+ 1,8	21,8	18,1	+ 3,7	1968
53,1	18,5	23,1	8,3	14,8	+ 2,7	22,2	19,6	+ 2,7	1969
54,4	18,4	24,2	9,2	14,9	+ 2,1	22,6	21,6	+ 1,0	1970
55,5	18,7	24,9	9,4	15,4	+ 0,6	23,2	22,9	+ 0,3	1971
55,7	18,7	24,5	8,9	15,6	+ 0,6	23,7	23,3	+ 0,5	1972
54,6	18,8	23,4	8,5	14,9	+ 1,4	25,0	23,2	+ 1,8	1973
54,6	19,5	21,0	7,5	13,5	+ 0,5	27,9	23,4	+ 4,5	1974
57,4	20,6	20,3	7,6	12,7	− 0,7	26,6	24,1	+ 2,5	1975
56,4	19,8	20,1	7,7	12,4	+ 1,1	27,8	25,3	+ 2,6	1976
56,9	19,4	20,3	8,1	12,3	+ 0,8	28,0	25,5	+ 2,5	1977
57,0	19,5	20,6	8,5	12,2	+ 0,6	28,2	26,0	+ 2,2	1978
56,6	19,4	21,3	8,9	12,4	+ 1,8	28,5	27,6	+ 0,9	1979
56,4	19,6	21,5	9,0	12,6	+ 1,1	29,6	28,3	+ 1,3	1980 [3])
55,8	20,0	20,8	8,7	12,1	− 0,1	32,1	28,6	+ 3,5	1981 [3])
54,0	19,2	21,1	7,4	13,8	+ 0,7	28,4	23,4	+ 5,0	1974 1. Hj.
55,1	19,7	20,9	7,6	13,3	+ 0,3	27,4	23,5	+ 4,0	2. Hj.
57,3	20,6	19,9	7,3	12,6	− 0,5	27,0	24,3	+ 2,7	1975 1. Hj.
57,4	20,5	20,7	7,9	12,8	− 0,9	26,2	24,0	+ 2,3	2. Hj.
56,3	20,0	19,6	7,5	12,1	+ 1,4	27,9	25,3	+ 2,7	1976 1. Hj.
56,5	19,6	20,6	7,8	12,8	+ 0,8	27,7	25,2	+ 2,5	2. Hj.
56,5	19,5	19,9	7,7	12,2	+ 1,4	28,4	25,6	+ 2,8	1977 1. Hj.
57,4	19,4	20,8	8,4	12,3	+ 0,2	27,7	25,5	+ 2,2	2. Hj.
57,2	19,7	19,8	8,0	11,8	+ 0,8	28,7	26,1	+ 2,5	1978 1. Hj.
56,9	19,4	21,4	8,9	12,5	+ 0,4	27,8	25,9	+ 2,0	2. Hj.
57,3	19,7	20,2	8,5	11,6	+ 1,8	28,8	27,8	+ 1,1	1979 1. Hj.
55,9	19,2	22,3	9,3	13,0	+ 1,9	28,1	27,4	+ 0,8	2. Hj.
56,1	19,6	20,9	8,6	12,3	+ 1,7	30,5	28,9	+ 1,6	1980 1. Hj. [3])
56,6	19,6	22,2	9,3	12,9	+ 0,6	28,7	27,7	+ 1,0	2. Hj. [3])
56,1	20,4	20,3	8,6	11,7	+ 0,9	31,5	29,2	+ 2,3	1981 1. Hj. [3])
55,5	19,7	21,2	8,8	12,4	− 1,1	32,7	28,1	+ 4,6	2. Hj. [3])
55,1	20,5	18,9	8,0	10,9	+ 1,3	34,3	30,2	+ 4,1	1982 1. Hj. [3])

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 26*

Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung –

Mrd

Zeitraum	Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-veränderung	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Außen-beitrag[2]
				insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
				in jeweiligen Preisen						
1971 1. Vj.	171,50	91,60	29,01	39,68	16,67	23,01	+ 6,80	41,05	36,64	+ 4,41
2. Vj.	183,10	100,80	30,23	51,97	19,01	32,96	– 3,30	41,81	38,41	+ 3,40
3. Vj.	195,00	101,99	30,43	50,94	16,93	34,01	+ 8,40	42,86	39,62	+ 3,24
4. Vj.	202,20	115,05	37,15	53,52	20,05	33,47	– 7,40	44,03	40,15	+ 3,88
1972 1. Vj.	189,00	102,95	32,63	44,23	16,63	27,60	+ 5,20	42,44	38,45	+ 3,99
2. Vj.	199,70	109,78	33,48	54,58	18,50	36,08	– 1,70	45,15	41,59	+ 3,56
3. Vj.	211,60	113,02	33,77	53,19	17,23	35,96	+ 8,90	45,23	42,51	+ 2,72
4. Vj.	224,80	126,35	41,25	57,17	20,38	36,79	– 7,60	52,31	44,68	+ 7,63
1973 1. Vj.	213,10	114,16	36,95	48,33	17,45	30,88	+ 7,90	49,69	43,93	+ 5,76
2. Vj.	222,50	122,56	37,73	57,95	19,19	38,76	– 2,80	53,10	46,04	+ 7,06
3. Vj.	234,30	122,65	38,42	55,43	17,45	37,98	+ 11,10	54,24	47,54	+ 6,70
4. Vj.	249,00	135,99	50,06	57,55	21,18	36,37	– 3,70	60,03	50,93	+ 9,10
1974 1. Vj.	227,80	121,83	41,74	47,31	15,79	31,52	+ 5,20	64,78	53,06	+ 11,72
2. Vj.	240,00	131,37	44,38	55,14	18,01	37,13	– 0,60	68,83	59,12	+ 9,71
3. Vj.	252,80	133,81	45,33	53,89	17,67	36,22	+ 12,50	71,44	64,17	+ 7,27
4. Vj.	265,00	146,73	58,76	56,37	20,89	35,48	– 12,10	73,93	58,69	+ 15,24
1975 1. Vj.	235,90	132,20	45,85	44,52	16,15	28,37	+ 3,60	64,68	54,95	+ 9,73
2. Vj.	251,50	144,85	50,57	53,22	19,36	33,86	– 3,70	67,60	61,04	+ 6,56
3. Vj.	261,00	146,65	50,59	52,96	18,52	34,44	+ 6,70	67,07	62,97	+ 4,10
4. Vj.	280,50	161,84	63,52	58,71	24,02	34,69	– 13,10	74,08	64,55	+ 9,53
1976 1. Vj.	257,80	146,37	50,10	46,27	18,65	27,62	+ 7,30	72,81	65,05	+ 7,76
2. Vj.	275,50	156,42	52,98	59,15	22,05	37,10	+ 0,10	76,91	70,06	+ 6,85
3. Vj.	283,60	156,85	52,62	56,93	19,63	37,30	+ 12,90	78,66	74,36	+ 4,30
4. Vj.	306,10	173,86	66,57	63,69	25,99	37,70	– 8,10	84,22	74,14	+ 10,08
1977 1. Vj.	278,00	156,21	52,21	51,74	20,32	31,42	+ 10,60	78,70	71,46	+ 7,24
2. Vj.	291,20	168,12	55,85	61,95	23,59	38,36	– 1,70	81,86	74,88	+ 6,98
3. Vj.	300,30	170,06	55,92	61,43	22,97	38,46	+ 11,80	80,67	79,58	+ 1,09
4. Vj.	326,80	186,55	70,69	67,89	28,81	39,08	– 11,80	88,53	75,06	+ 13,47
1978 1. Vj.	296,00	168,39	56,64	53,57	22,22	31,35	+ 7,50	82,93	73,03	+ 9,90
2. Vj.	314,00	180,07	59,49	67,97	25,99	41,98	– 2,60	86,56	77,49	+ 9,07
3. Vj.	327,00	180,85	60,33	68,76	26,15	42,61	+ 11,50	86,78	81,22	+ 5,56
4. Vj.	353,00	196,03	76,08	76,49	32,01	44,48	– 8,50	93,45	80,55	+ 12,90
1979 1. Vj.	318,00	179,88	61,13	57,87	25,52	32,35	+ 11,70	89,82	82,40	+ 7,42
2. Vj.	339,90	194,68	64,84	78,34	29,23	49,11	– 0,30	93,46	91,12	+ 2,34
3. Vj.	355,00	192,41	65,86	79,75	29,36	50,39	+ 20,00	96,60	99,62	– 3,02
4. Vj.	382,40	212,01	81,69	88,86	35,55	53,31	– 4,40	103,33	99,09	+ 4,24
1980 1. Vj. [3]	347,00	196,71	66,12	71,51	28,09	43,42	+ 12,00	107,41	106,75	+ 0,66
2. Vj. [3]	362,00	204,14	71,41	86,09	31,14	54,95	+ 1,10	107,09	107,83	– 0,74
3. Vj. [3]	377,00	207,93	72,59	87,51	31,30	56,21	+ 15,20	105,46	111,69	– 6,23
4. Vj. [3]	398,20	225,87	88,27	92,87	37,34	55,53	– 10,80	111,59	109,60	+ 1,99
1981 1. Vj. [3]	356,10	204,72	74,19	70,26	29,27	40,99	+ 10,10	112,70	115,87	– 3,17
2. Vj. [3]	375,00	214,45	74,99	88,87	31,63	57,24	– 4,30	118,90	117,91	+ 0,99
3. Vj. [3]	393,20	218,00	77,14	89,50	31,64	57,86	+ 11,50	126,12	129,06	– 2,94
4. Vj. [3]	418,80	236,91	93,43	90,65	36,21	54,44	– 18,70	138,36	121,85	+ 16,51
1982 1. Vj. [3]	374,10	213,72	76,91	67,92	28,51	39,41	+ 10,40	131,96	126,81	+ 5,15
2. Vj. [3]	391,20	221,69	78,03	85,15	31,15	54,00	– 1,90	133,16	124,93	+ 8,23

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 26*

Verwendung des Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen ins-gesamt	Anlageinvestitionen Aus-rüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr[1]	Einfuhr[1]	Außen-beitrag[2]	Zeitraum
				in Preisen von 1976						
231,70	124,50	43,83	51,26	21,42	29,84	+ 9,80	56,05	53,74	+ 2,31	1971 1. Vj.
240,80	135,89	45,66	64,69	24,35	40,34	− 6,60	56,54	55,38	+ 1,16	2. Vj.
260,20	136,09	45,53	63,15	21,72	41,43	+ 15,70	57,80	58,07	− 0,27	3. Vj.
255,40	151,83	49,88	66,45	25,42	41,03	− 12,90	58,96	58,82	+ 0,14	4. Vj.
240,70	132,90	46,29	54,37	21,05	33,32	+ 6,70	56,77	56,33	+ 0,44	1972 1. Vj.
250,00	140,74	47,39	65,56	23,27	42,29	− 3,80	59,98	59,87	+ 0,11	2. Vj.
268,90	142,72	47,21	63,50	21,53	41,97	+ 16,60	59,78	60,91	− 1,13	3. Vj.
269,40	156,94	51,79	68,33	25,30	43,03	− 13,00	67,83	62,49	+ 5,34	4. Vj.
256,20	138,36	48,33	56,95	21,40	35,55	+ 9,00	63,36	59,80	+ 3,56	1973 1. Vj.
261,80	146,46	49,20	66,09	23,33	42,76	− 5,10	66,26	61,11	+ 5,15	2. Vj.
280,30	144,75	49,54	62,86	21,12	41,74	+ 19,20	66,92	62,97	+ 3,95	3. Vj.
277,60	157,52	55,23	65,33	25,11	40,22	− 7,60	72,63	65,51	+ 7,12	4. Vj.
260,30	137,09	49,64	52,26	18,32	33,94	+ 6,50	74,25	59,44	+ 14,81	1974 1. Vj.
264,90	146,26	51,33	58,68	20,39	38,29	− 2,90	74,79	63,26	+ 11,53	2. Vj.
281,50	147,11	52,21	56,85	19,61	37,24	+ 18,70	75,53	68,90	+ 6,63	3. Vj.
274,10	159,22	57,39	59,39	22,80	36,59	− 17,30	76,80	61,40	+ 15,40	4. Vj.
250,90	140,38	51,27	46,60	17,16	29,44	+ 3,90	67,48	58,73	+ 8,75	1975 1. Vj.
258,90	151,65	53,79	54,75	20,10	34,65	− 6,20	70,14	65,23	+ 4,91	2. Vj.
274,90	152,01	54,78	54,43	19,13	35,30	+ 10,70	69,47	66,49	+ 2,98	3. Vj.
279,20	166,11	58,99	60,31	24,64	35,67	− 15,90	75,93	66,24	+ 9,69	4. Vj.
265,50	148,05	53,71	47,17	18,88	28,29	+ 8,80	74,02	66,25	+ 7,77	1976 1. Vj.
275,20	156,46	54,42	58,99	21,89	37,10	− 1,40	77,07	70,34	+ 6,73	2. Vj.
288,80	156,66	54,62	56,69	19,65	37,04	+ 16,30	78,16	73,63	+ 4,53	3. Vj.
293,50	172,33	59,52	63,19	25,90	37,29	− 11,50	83,35	73,39	+ 9,96	4. Vj.
275,90	152,48	53,81	50,94	19,99	30,95	+ 10,90	77,91	70,14	+ 7,77	1977 1. Vj.
281,10	162,24	54,59	59,71	22,95	36,76	− 3,10	80,09	72,43	+ 7,66	2. Vj.
295,00	163,67	55,18	59,01	22,37	36,64	+ 16,30	79,08	78,24	+ 0,84	3. Vj.
302,10	178,82	60,80	65,06	27,96	37,10	− 15,00	86,37	73,95	+ 12,42	4. Vj.
282,10	159,31	56,17	50,53	21,30	29,23	+ 7,80	80,96	72,67	+ 8,29	1978 1. Vj.
291,80	168,87	56,96	63,01	24,73	38,28	− 3,20	83,54	77,38	+ 6,16	2. Vj.
306,90	169,59	57,09	62,85	24,75	38,10	+ 14,30	83,28	80,21	+ 3,07	3. Vj.
313,20	183,23	62,98	69,76	30,22	39,54	− 11,80	89,16	80,13	+ 9,03	4. Vj.
292,20	165,33	58,09	52,24	23,91	28,33	+ 11,70	85,33	80,49	+ 4,84	1979 1. Vj.
304,70	176,51	59,64	68,09	27,08	41,01	− 1,10	86,74	85,18	+ 1,56	2. Vj.
318,00	172,19	59,04	68,05	27,06	40,99	+ 19,60	88,20	89,08	− 0,88	3. Vj.
326,70	188,16	64,65	75,63	32,62	43,01	− 7,50	93,20	87,44	+ 5,76	4. Vj.
308,00	171,39	59,73	59,59	25,37	34,22	+ 11,80	94,92	89,43	+ 5,49	1980 1. Vj.[3]
308,40	174,70	61,38	69,00	27,63	41,37	− 1,20	93,03	88,51	+ 4,52	2. Vj.[3]
321,60	176,40	61,30	69,53	27,59	41,94	+ 14,80	90,97	91,40	− 0,43	3. Vj.[3]
326,30	190,38	65,68	74,29	32,86	41,43	− 11,20	95,08	87,93	+ 7,15	4. Vj.[3]
304,10	168,69	62,87	55,68	25,37	30,31	+ 11,70	94,66	89,50	+ 5,16	1981 1. Vj.[3]
306,80	173,74	61,80	68,22	26,97	41,25	− 5,90	97,78	88,84	+ 8,94	2. Vj.[3]
323,10	174,27	61,93	68,38	26,84	41,54	+ 10,90	101,99	94,37	+ 7,62	3. Vj.[3]
327,90	187,27	66,38	69,66	30,45	39,21	− 17,80	111,20	88,81	+ 22,39	4. Vj.[3]
303,70	166,42	62,37	51,83	23,62	28,21	+ 10,80	105,15	92,87	+ 12,28	1982 1. Vj.[3]
307,50	170,44	63,07	63,80	25,34	38,46	− 2,70	104,37	91,48	+ 12,89	2. Vj.[3]

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 27*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Zeitraum	Insgesamt	Ausrüstungen zusammen	Ausrüstungen Unternehmen[1])[2])	Ausrüstungen Staat[2])	Bauten zusammen	Bauten Unternehmen[1]) zusammen[3])	Bauten Unternehmen[1]) dar.: Wohnbauten[4])	Bauten Staat[3])	Vorratsveränderung
	in jeweiligen Preisen								
1960	82,78	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 9,20
1961	90,16	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,70
1962	98,58	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,70
1963	100,31	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,60
1964	118,10	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,40
1965	130,60	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+ 10,70
1966	129,47	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 5,30
1967	113,68	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	– 0,50
1968	130,49	43,14	41,63	1,51	76,25	57,08	37,07	19,17	+ 11,10
1969	156,20	53,59	51,87	1,72	85,31	63,30	39,02	22,01	+ 17,30
1970	186,25	65,88	63,69	2,19	106,17	77,27	45,44	28,90	+ 14,20
1971	200,61	72,66	69,99	2,67	123,45	92,45	55,34	31,00	+ 4,50
1972	213,97	72,74	69,85	2,89	136,43	105,47	66,19	30,96	+ 4,80
1973	231,76	75,27	72,00	3,27	143,99	112,13	71,58	31,86	+ 12,50
1974	217,71	72,36	68,63	3,73	140,35	104,05	64,88	36,30	+ 5,00
1975	202,91	78,05	74,36	3,69	131,36	95,30	59,11	36,06	– 6,50
1976	238,24	86,32	82,78	3,54	139,72	104,02	64,98	35,70	+ 12,20
1977	251,91	95,69	91,73	3,96	147,32	111,85	70,17	35,47	+ 8,90
1978	274,69	106,37	101,95	4,42	160,42	121,48	76,32	38,94	+ 7,90
1979	331,82	119,66	114,71	4,95	185,16	140,56	88,29	44,60	+ 27,00
1980[5])	355,48	127,87	122,39	5,48	210,11	160,28	100,14	49,83	+ 17,50
1981[5])	337,88	128,75	123,66	5,09	210,53	162,73	101,30	47,80	– 1,40
1974 1. Hj.	107,05	33,80	32,40	1,40	68,65	51,92	32,25	16,73	+ 4,60
2. Hj.	110,66	38,56	36,23	2,33	71,70	52,13	32,63	19,57	+ 0,40
1975 1. Hj.	97,64	35,51	34,05	1,46	62,23	45,54	28,15	16,69	– 0,10
2. Hj.	105,27	42,54	40,31	2,23	69,13	49,76	30,96	19,37	– 6,40
1976 1. Hj.	112,82	40,70	39,27	1,43	64,72	48,61	29,94	16,11	+ 7,40
2. Hj.	125,42	45,62	43,51	2,11	75,00	55,41	35,04	19,59	+ 4,80
1977 1. Hj.	122,59	43,91	42,46	1,45	69,78	53,76	33,19	16,02	+ 8,90
2. Hj.	129,32	51,78	49,27	2,51	77,54	58,09	36,98	19,45	–
1978 1. Hj.	126,44	48,21	46,52	1,69	73,33	56,12	35,07	17,21	+ 4,90
2. Hj.	148,25	58,16	55,43	2,73	87,09	65,36	41,25	21,73	+ 3,00
1979 1. Hj.	147,61	54,75	52,93	1,82	81,46	62,72	39,18	18,74	+ 11,40
2. Hj.	184,21	64,91	61,78	3,13	103,70	77,84	49,11	25,86	+ 15,60
1980 1. Hj.[5])	170,70	59,23	57,12	2,11	98,37	75,59	47,13	22,78	+ 13,10
2. Hj.[5])	184,78	68,64	65,27	3,37	111,74	84,69	53,01	27,05	+ 4,40
1981 1. Hj.[5])	164,93	60,90	58,90	2,00	98,23	76,34	47,50	21,89	+ 5,80
2. Hj.[5])	172,95	67,85	64,76	3,09	112,30	86,39	53,80	25,91	– 7,20
1982 1. Hj.[5])	161,57	59,66	57,89	1,77	93,41	73,70	45,10	19,71	+ 8,50

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

[2]) Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) sowie von gebrauchten Ausrüstungen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen (u. a. Schrott).

Tabelle 27*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Insgesamt	Ausrüstungen			Bauten				Vorratsveränderung	Zeitraum
	zusammen	Unternehmen[1][2]	Staat[2]	zusammen	Unternehmen[1] zusammen[3]	Unternehmen[1] dar.: Wohnbauten[4]	Staat[3]		
				in Preisen von 1976					
161,70	45,71	44,32	1,39	102,69	85,52	53,14	17,17	+ 13,30	1960
169,25	51,08	49,50	1,58	107,47	88,45	54,64	19,02	+ 10,70	1961
173,23	55,05	53,18	1,87	110,08	88,06	54,98	22,02	+ 8,10	1962
172,53	55,27	53,16	2,11	112,06	86,67	54,77	25,39	+ 5,20	1963
197,38	59,57	57,37	2,20	126,51	95,37	60,93	31,14	+ 11,30	1964
212,61	64,07	61,62	2,45	130,94	99,62	63,38	31,32	+ 17,60	1965
205,76	63,09	60,72	2,37	134,17	102,51	65,66	31,66	+ 8,50	1966
182,23	57,92	55,64	2,28	125,71	96,83	65,72	28,88	− 1,40	1967
205,85	62,01	59,91	2,10	128,34	97,50	65,00	30,84	+ 15,50	1968
234,75	75,69	73,37	2,32	134,76	101,30	64,30	33,46	+ 24,30	1969
251,38	88,31	85,49	2,82	142,97	105,39	63,71	37,58	+ 20,10	1970
251,55	92,91	89,64	3,27	152,64	115,32	70,39	37,32	+ 6,00	1971
258,26	91,15	87,69	3,46	160,61	124,58	79,12	36,03	+ 6,50	1972
266,73	90,96	87,18	3,78	160,27	124,83	80,07	35,44	+ 15,50	1973
232,18	81,12	77,06	4,06	146,06	108,32	68,18	37,74	+ 5,00	1974
208,59	81,03	77,24	3,79	135,06	98,18	61,06	36,88	− 7,50	1975
238,24	86,32	82,78	3,54	139,72	104,02	64,98	35,70	+ 12,20	1976
243,82	93,27	89,43	3,84	141,45	107,23	66,80	34,22	+ 9,10	1977
253,25	101,00	96,85	4,15	145,15	109,91	68,42	35,24	+ 7,10	1978
286,71	110,67	106,18	4,49	153,34	116,68	72,50	36,66	+ 22,70	1979
286,61	113,45	108,71	4,74	158,96	121,68	74,87	37,28	+ 14,20	1980 [5]
260,84	109,63	105,40	4,23	152,31	117,75	71,88	34,56	− 1,10	1981 [5]
114,54	38,71	37,16	1,55	72,23	54,64	34,31	17,59	+ 3,60	1974 1. Hj.
117,64	42,41	39,90	2,51	73,83	53,68	33,87	20,15	+ 1,40	2. Hj.
99,05	37,26	35,77	1,49	64,09	46,99	29,12	17,10	− 2,30	1975 1. Hj.
109,54	43,77	41,47	2,30	70,97	51,19	31,94	19,78	− 5,20	2. Hj.
113,56	40,77	39,33	1,44	65,39	49,14	30,29	16,25	+ 7,40	1976 1. Hj.
124,68	45,55	43,45	2,10	74,33	54,88	34,69	19,45	+ 4,80	2. Hj.
118,45	42,94	41,54	1,40	67,71	52,09	31,93	15,62	+ 7,80	1977 1. Hj.
125,37	50,33	47,89	2,44	73,74	55,14	34,87	18,60	+ 1,30	2. Hj.
118,14	46,03	44,45	1,58	67,51	51,63	31,93	15,88	+ 4,60	1978 1. Hj.
135,11	54,97	52,40	2,57	77,64	58,28	36,49	19,36	+ 2,50	2. Hj.
130,93	50,99	49,33	1,66	69,34	53,46	33,05	15,88	+ 10,60	1979 1. Hj.
155,78	59,68	56,85	2,83	84,00	63,22	39,45	20,78	+ 12,10	2. Hj.
139,19	53,00	51,15	1,85	75,59	58,29	35,78	17,30	+ 10,60	1980 1. Hj. [5]
147,42	60,45	57,56	2,89	83,37	63,39	39,09	19,98	+ 3,60	2. Hj. [5]
129,70	52,34	50,67	1,67	71,56	55,66	33,97	15,90	+ 5,80	1981 1. Hj. [5]
131,14	57,29	54,73	2,56	80,75	62,09	37,91	18,66	− 6,90	2. Hj. [5]
123,73	48,96	47,52	1,44	66,67	52,40	31,31	14,27	+ 8,10	1982 1. Hj. [5]

[3]) Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.
[4]) Nur neue Bauten.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 28*

Anlageinvestitionen

in jeweiligen Preisen
Mrd DM

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche[1])	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe insgesamt	Warenproduzierendes Gewerbe: Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Warenproduzierendes Gewerbe: Verarbeitendes Gewerbe[2])	Warenproduzierendes Gewerbe: Baugewerbe	Handel und Verkehr[3])	Dienstleistungsunternehmen[4])	Wohnungsvermietung[5])	Staat[6])
					Neue Ausrüstungen					
1960	28,01	3,10	15,91	2,64	11,43	1,84	6,22	1,59		1,19
1961	32,29	3,70	18,47	2,86	13,37	2,24	6,98	1,79		1,35
1962	35,99	3,71	20,68	3,40	14,89	2,39	8,19	1,81		1,60
1963	36,68	3,43	20,42	3,30	14,64	2,48	8,98	2,02		1,83
1964	40,40	4,06	23,09	3,73	16,72	2,64	8,96	2,35		1,94
1965	44,58	4,74	25,48	3,65	19,28	2,55	9,21	2,99		2,16
1966	45,23	4,46	25,37	3,34	19,97	2,06	9,60	3,67		2,13
1967	42,34	3,36	23,65	3,65	17,86	2,14	9,19	4,08		2,06
1968	44,48	3,10	24,69	3,11	19,20	2,38	10,03	4,63		2,03
1969	55,32	4,09	31,55	3,11	25,21	3,23	11,58	5,78		2,32
1970	67,92	4,44	39,45	4,24	31,36	3,85	13,96	7,11		2,96
1971	74,99	4,12	43,29	5,98	33,08	4,23	16,63	7,41		3,54
1972	75,39	4,37	42,34	7,02	30,98	4,34	17,50	7,37		3,81
1973	77,85	5,32	40,89	7,43	29,74	3,72	18,62	8,81		4,21
1974	75,65	4,88	40,57	8,84	29,29	2,44	17,43	8,11		4,66
1975	81,59	5,46	42,91	9,52	30,56	2,83	17,79	10,91		4,52
1976	89,76	6,23	45,80	8,57	34,05	3,18	19,45	13,85		4,43
1977	99,27	7,24	47,36	7,55	36,23	3,58	21,54	18,20		4,93
1978	110,20	7,84	50,90	8,09	38,37	4,44	23,75	22,26		5,45
1979	123,43	8,19	56,57	7,92	43,09	5,56	25,19	27,40		6,08
1980[7])	132,11	7,63	62,41	8,78	48,26	5,37	26,79	28,59		6,69
1981[7])	134,57	7,17	...	...	...	...	...	...		6,31
					Neue Bauten					
1960	46,44	1,22	8,34	2,17	5,87	0,30	4,62	2,72	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,39	2,35	6,68	0,36	4,96	3,20	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,26	2,80	6,06	0,40	5,55	3,74	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	9,28	2,80	6,01	0,47	5,27	4,23	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,07	3,21	6,28	0,58	5,78	5,31	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	10,75	3,45	6,76	0,54	6,14	5,88	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	10,88	3,37	6,99	0,52	6,23	6,41	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,22	3,61	5,09	0,52	6,30	4,33	34,00	17,78
1968	76,25	1,46	8,16	3,03	4,69	0,44	6,57	5,20	35,10	19,76
1969	85,31	1,36	10,74	3,18	7,04	0,52	7,81	5,69	37,07	22,64
1970	106,17	1,28	14,64	3,89	10,15	0,60	9,94	7,09	43,17	30,05
1971	123,45	1,16	16,88	5,02	10,99	0,87	11,69	9,03	52,62	32,07
1972	136,43	1,03	16,50	5,64	9,74	1,12	12,61	11,51	62,81	31,97
1973	143,99	1,11	16,10	5,54	9,34	1,22	13,00	13,36	67,79	32,63
1974	140,35	1,32	15,16	5,96	8,49	0,71	12,38	13,45	61,25	36,79
1975	131,36	1,42	14,68	7,27	6,84	0,57	10,97	11,95	55,74	36,60
1976	139,72	1,55	15,28	7,65	7,07	0,56	12,42	13,02	61,08	36,37
1977	147,32	1,72	16,62	7,53	8,33	0,76	13,04	13,87	65,75	36,32
1978	160,42	1,79	17,08	8,08	8,25	0,75	13,29	17,36	71,06	39,84
1979	185,16	1,82	20,18	9,18	10,09	0,91	14,64	21,20	81,75	45,57
1980[7])	210,11	1,88	24,26	10,97	12,29	1,00	15,71	24,70	92,53	51,03
1981[7])	210,53	1,78	...	...	...	...	...	...	93,60	49,55

[1]) Einschließlich selbsterstellter Anlagen.
[2]) Einschließlich produzierendes Handwerk.
[3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungen (ohne Wohnungsvermietung).

Tabelle 28*

nach Wirtschaftsbereichen

in Preisen von 1976
Mrd DM

Alle Wirtschafts-bereiche[1])	Land- und Forst-wirt-schaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[3])	Dienst-leistungs-unter-nehmen[4])	Woh-nungsver-mietung[5])	Staat[6])	Jahr
		ins-gesamt	Energie- und Wasser-ver-sorgung, Bergbau	Ver-arbei-tendes Ge-werbe[2])	Bau-gewerbe					
					Neue Ausrüstungen					
47,18	5,11	28,24	5,14	20,12	2,98	9,74	2,23		1,86	1960
52,69	5,91	31,34	5,33	22,47	3,54	10,85	2,48		2,11	1961
56,66	5,72	33,76	6,01	24,08	3,67	12,23	2,46		2,49	1962
56,91	5,28	32,83	5,78	23,28	3,77	13,31	2,69		2,80	1963
61,45	6,19	36,08	6,33	25,79	3,96	13,12	3,12		2,94	1964
65,98	7,07	38,53	5,96	28,80	3,77	13,23	3,92		3,23	1965
64,97	6,48	37,15	5,31	28,90	2,94	13,52	4,71		3,11	1966
59,88	4,83	33,84	5,71	25,12	3,01	13,00	5,20		3,01	1967
64,08	4,67	35,89	4,74	27,72	3,43	14,62	6,03		2,87	1968
78,34	6,08	45,02	4,61	35,86	4,55	16,57	7,48		3,19	1969
91,21	6,25	53,70	5,86	42,69	5,15	18,60	8,80		3,86	1970
96,03	5,48	56,35	7,81	43,13	5,41	20,89	8,93		4,38	1971
94,68	5,62	54,27	8,87	40,02	5,38	21,49	8,70		4,60	1972
94,15	6,51	50,39	9,12	36,81	4,46	22,15	10,20		4,90	1973
84,87	5,54	45,96	9,91	33,29	2,76	19,45	8,85		5,07	1974
84,66	5,66	44,58	9,84	31,80	2,94	18,47	11,31		4,64	1975
89,76	6,23	45,80	8,57	34,05	3,18	19,45	13,85		4,43	1976
96,69	6,96	46,04	7,22	35,38	3,44	20,86	18,06		4,77	1977
104,53	7,31	48,04	7,53	36,35	4,16	22,36	21,71		5,11	1978
114,01	7,42	51,28	7,17	39,08	5,03	23,17	26,65		5,49	1979
117,03	6,62	54,08	7,62	41,85	4,61	23,62	26,98		5,73	1980[7])
114,37	5,89	...	...	...	...	...	...		5,18	1981[7])
					Neue Bauten					
102,69	2,62	17,13	3,93	12,55	0,65	8,73	6,02	49,48	18,71	1960
107,47	2,54	18,01	4,00	13,28	0,73	8,78	6,65	50,99	20,50	1961
110,08	2,43	16,48	4,48	11,24	0,76	9,18	7,19	51,40	23,40	1962
112,06	2,33	15,59	4,26	10,48	0,85	8,41	7,72	51,06	26,95	1963
126,51	2,48	16,29	4,76	10,53	1,00	8,95	9,30	56,41	33,08	1964
130,94	2,49	16,83	5,07	10,86	0,90	9,43	9,97	59,14	33,08	1965
134,17	2,55	16,65	4,88	10,93	0,84	9,40	10,58	61,39	33,60	1966
125,71	2,43	14,54	5,41	8,26	0,87	9,80	7,38	61,64	29,92	1967
128,34	2,56	13,10	4,66	7,70	0,74	10,40	8,79	61,55	31,94	1968
134,76	2,25	16,22	4,63	10,78	0,81	11,65	9,00	61,08	34,56	1969
142,97	1,79	19,21	4,94	13,47	0,80	12,71	9,55	60,52	39,19	1970
152,64	1,50	20,47	5,96	13,44	1,07	13,92	11,13	66,94	38,68	1971
160,61	1,25	19,13	6,45	11,37	1,31	14,46	13,47	75,08	37,22	1972
160,27	1,25	17,83	6,10	10,38	1,35	14,32	14,79	75,83	36,25	1973
146,06	1,39	15,53	6,05	8,74	0,74	12,58	13,91	64,36	38,29	1974
135,06	1,46	15,01	7,40	7,02	0,59	11,19	12,36	57,58	37,46	1975
139,72	1,55	15,28	7,65	7,07	0,56	12,42	13,02	61,08	36,37	1976
141,45	1,63	16,16	7,38	8,05	0,73	12,73	13,33	62,59	35,01	1977
145,15	1,60	15,71	7,50	7,53	0,68	12,31	15,81	63,70	36,02	1978
153,34	1,49	17,05	7,85	8,44	0,76	12,45	17,77	67,14	37,44	1979
158,96	1,40	18,91	8,68	9,46	0,77	12,32	18,99	69,18	38,16	1980[7])
152,31	1,26	...	...	...	...	...	...	66,42	35,76	1981[7])

[5]) Einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen.
[6]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 29*

Einkommen und Einkommens

Mrd

Zeitraum	Erwerbs- und Vermögenseinkommen				Zinsen auf Konsumentenschulden	Empfangene[3])	Geleistete[4])	Verfügbares Einkommen insgesamt[2])
	insgesamt[2])	Erwerbseinkommen – Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Erwerbseinkommen – Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit[2])	Vermögenseinkommen		laufende Übertragungen	laufende Übertragungen	
1960	226,35	144,39	76,40	5,56	0,91	44,42	59,48	210,38
1961	246,16	162,81	77,30	6,05	1,09	48,64	68,91	224,80
1962	268,46	180,13	81,79	6,54	1,24	53,35	77,55	243,02
1963	283,35	193,15	82,72	7,48	1,35	57,39	84,42	254,97
1964	311,44	211,17	91,96	8,31	1,57	62,63	91,66	280,84
1965	341,56	234,13	97,63	9,80	1,71	70,38	100,20	310,03
1966	363,95	252,06	99,98	11,91	1,77	77,09	111,58	327,69
1967	366,71	251,84	102,03	12,84	1,89	85,55	114,47	335,90
1968	399,22	270,38	114,51	14,33	1,95	90,34	125,60	362,01
1969	440,38	304,07	118,89	17,42	2,42	98,12	144,11	391,97
1970	515,95	360,64	131,93	23,38	3,34	108,47	174,88	446,20
1971	573,33	409,11	138,56	25,66	4,16	122,40	205,28	486,29
1972	626,87	450,26	147,63	28,98	4,84	139,82	230,26	531,59
1973	696,35	510,93	148,35	37,07	6,29	156,48	276,45	570,09
1974	757,04	563,12	152,47	41,45	7,29	179,25	309,93	619,07
1975	791,10	587,02	161,16	42,92	7,07	218,43	325,76	676,70
1976	861,01	631,24	185,06	44,71	7,12	235,96	367,01	722,84
1977	919,96	675,57	194,83	49,56	7,68	250,70	394,69	768,29
1978	982,18	720,89	211,29	50,00	8,59	264,66	414,92	823,33
1979	1 054,34	776,70	218,79	58,85	10,54	282,48	443,43	882,85
1980 [6])	1 132,21	840,98	216,51	74,72	14,04	301,19	483,51	935,85
1981 [6])	...	880,83	...	89,82	17,65	327,22	511,09	...
1974 1. Hj.	355,47	267,29	88,18		3,61	86,09	144,53	293,42
2. Hj.	407,25	295,83	111,42		3,68	93,16	165,40	331,33
1975 1. Hj.	378,51	280,16	98,35		3,62	105,25	150,39	329,75
2. Hj.	425,31	306,86	118,45		3,45	113,18	175,37	359,67
1976 1. Hj.	406,27	298,14	108,13		3,47	115,27	170,30	347,77
2. Hj.	462,24	333,10	129,14		3,65	120,69	196,71	382,57
1977 1. Hj.	436,54	320,36	116,18		3,75	123,39	186,41	369,77
2. Hj.	490,50	355,21	135,29		3,93	127,31	208,28	405,60
1978 1. Hj.	461,33	340,08	121,25		4,17	130,94	193,68	394,42
2. Hj.	522,31	380,81	141,50		4,42	133,72	221,24	430,37
1979 1. Hj.	499,78	364,79	134,99		4,84	139,98	207,39	427,53
2. Hj.	563,45	411,91	151,54		5,70	142,50	236,04	464,21
1980 1. Hj. [6])	545,15	397,00	148,15		6,56	148,71	227,01	460,29
2. Hj. [6])	608,86	443,98	164,88		7,48	152,48	256,50	497,36
1981 1. Hj. [6])	574,43	416,03	158,40		8,37	161,60	240,30	487,36
2. Hj. [6])	639,06	464,80	174,26		9,28	165,62	270,79	524,61
1982 1. Hj. [6])	594,94	427,46	167,48		9,70	172,54	251,52	506,26

(Für die Halbjahre ist jeweils ein einziger Wert zentriert über den Spalten „Unternehmertätigkeit" und „Vermögenseinkommen" gedruckt.)

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2]) Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[3]) Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.

Tabelle 29*

verwendung der privaten Haushalte[1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Sparquote[5]) (vH)	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo	Zeitraum
171,84	38,54	22,42	16,12	*8,6*	3,01	3,02	16,11	1960
188,33	36,47	17,71	18,76	*9,1*	4,05	3,72	19,09	1961
204,79	38,23	18,92	19,31	*8,6*	4,52	4,51	19,32	1962
216,79	38,18	14,39	23,79	*9,9*	4,11	4,90	23,00	1963
233,50	47,34	17,67	29,67	*11,3*	4,58	5,86	28,39	1964
257,62	52,41	16,59	35,82	*12,2*	5,23	6,61	34,44	1965
275,06	52,63	16,56	36,07	*11,6*	5,25	7,41	33,91	1966
282,63	53,27	17,77	35,50	*11,2*	5,38	8,95	31,93	1967
300,74	61,27	18,14	43,13	*12,5*	5,75	10,24	38,64	1968
330,90	61,07	10,43	50,64	*13,3*	5,86	11,04	45,46	1969
368,85	77,35	18,23	59,12	*13,8*	8,26	12,71	54,67	1970
409,44	76,85	12,93	63,92	*13,5*	11,14	15,05	60,01	1971
452,10	79,49	3,40	76,09	*14,4*	12,58	19,07	69,60	1972
495,36	74,73	− 5,10	79,83	*13,9*	12,67	20,22	72,28	1973
533,74	85,33	− 5,68	91,01	*14,6*	15,90	23,67	83,24	1974
585,54	91,16	−12,72	103,88	*15,1*	17,70	25,36	96,22	1975
633,50	89,34	− 7,50	96,84	*13,3*	19,34	28,93	87,25	1976
680,94	87,35	− 7,08	94,43	*12,2*	19,54	30,56	83,41	1977
725,34	97,99	− 1,46	99,45	*12,1*	19,79	33,20	86,04	1978
778,98	103,87	− 8,89	112,76	*12,6*	20,06	35,09	97,73	1979
834,65	101,20	−21,80	123,00	*12,8*	21,93	36,98	107,95	1980[6])
874,08	...	...	137,89	*13,6*	22,70	38,12	122,47	1981[6])
253,20	.	.	40,22	*13,7*	7,44	11,07	36,59	1974 1. Hj.
280,54	.	.	50,79	*15,3*	8,46	12,60	46,65	2. Hj.
277,05	.	.	52,70	*16,0*	8,27	11,77	49,20	1975 1. Hj.
308,49	.	.	51,18	*14,2*	9,43	13,59	47,02	2. Hj.
302,79	.	.	44,98	*12,9*	9,05	13,79	40,24	1976 1. Hj.
330,71	.	.	51,86	*13,6*	10,29	15,14	47,01	2. Hj.
324,33	.	.	45,44	*12,3*	9,31	14,47	40,28	1977 1. Hj.
356,61	.	.	48,99	*12,1*	10,23	16,09	43,13	2. Hj.
348,46	.	.	45,96	*11,7*	9,71	15,96	39,71	1978 1. Hj.
376,88	.	.	53,49	*12,4*	10,08	17,24	46,33	2. Hj.
374,56	.	.	52,97	*12,4*	9,69	17,39	45,27	1979 1. Hj.
404,42	.	.	59,79	*12,9*	10,37	17,70	52,46	2. Hj.
400,85	.	.	59,44	*12,9*	10,56	17,74	52,26	1980 1. Hj.[6])
433,80	.	.	63,56	*12,8*	11,37	19,24	55,69	2. Hj.[6])
419,17	.	.	68,19	*14,0*	10,92	18,43	60,68	1981 1. Hj.[6])
454,91	.	.	69,70	*13,3*	11,78	19,69	61,79	2. Hj.[6])
435,41	.	.	70,85	*14,0*	10,58	18,64	62,79	1982 1. Hj.[6])

[4]) Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.
[5]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 30*

Käufe der privaten Haushalte im Inland[1])

Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Nahrungs- und Genuß-mittel[2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungs-mieten u. ä.[3])	Elektri-zität, Gas, Brenn-stoffe u. ä.	Waren und Dienstleistungen für				Persön-liche Ausstat-tung[4])
						übrige Haus-halts-führung	Verkehr, Nachrich-tenüber-mittlung	Körper- und Gesund-heits-pflege	Bildung und Unter-haltung	
					in jeweiligen Preisen					
1960	170,36	63,24	19,58	16,90	5,18	22,07	15,53	8,37	12,26	7,23
1961	186,00	67,87	20,96	19,08	5,59	24,05	18,03	8,99	13,39	8,04
1962	201,54	72,39	22,34	20,22	6,92	25,91	20,63	9,88	14,22	9,03
1963	213,71	75,50	23,29	22,33	8,50	26,72	22,68	10,13	14,91	9,65
1964	230,30	80,67	25,03	24,61	7,95	29,20	25,37	10,98	16,16	10,33
1965	253,42	87,15	28,02	27,09	8,33	31,90	29,17	12,18	18,01	11,57
1966	270,59	91,56	29,53	30,57	8,84	33,60	31,64	13,00	19,04	12,81
1967	278,51	93,51	29,86	33,87	9,29	33,69	31,61	13,26	19,94	13,48
1968	296,38	95,47	31,29	37,77	10,93	35,06	35,97	14,00	21,35	14,54
1969	325,23	101,00	34,58	41,20	12,24	38,70	42,81	14,95	23,55	16,20
1970	361,02	107,97	39,08	44,91	13,65	43,83	50,57	16,13	26,88	18,00
1971	399,31	116,39	43,19	49,85	14,25	49,41	57,16	17,64	30,17	21,25
1972	440,50	126,78	47,91	55,47	15,47	55,07	62,76	19,20	33,82	24,02
1973	480,70	137,09	50,21	61,90	19,52	59,70	66,79	20,79	37,83	26,87
1974	517,40	144,14	53,69	68,10	22,32	63,65	69,16	22,86	42,32	31,16
1975	566,90	154,31	58,28	75,20	23,96	67,34	82,20	25,30	45,73	34,58
1976	614,82	165,26	60,86	81,52	27,11	71,88	94,68	27,23	48,65	37,63
1977	659,60	173,52	65,13	87,07	27,32	78,53	105,77	28,73	52,58	40,95
1978	701,82	181,67	68,97	91,98	29,66	82,55	115,45	30,57	56,20	44,77
1979	752,28	190,46	71,77	97,17	38,45	87,79	123,31	32,90	61,11	49,32
1980[5])	803,88	204,28	77,04	104,43	40,36	94,86	129,02	35,90	64,55	53,44
1981[5])	843,38	212,34	77,70	111,42	44,88	97,15	136,44	37,70	67,74	58,01
					in Preisen von 1976					
1960	313,26	107,80	34,14	41,94	12,01	32,51	29,63	19,18	23,28	12,77
1961	330,98	113,20	35,56	43,66	12,62	34,59	33,37	20,20	24,22	13,56
1962	348,15	116,73	36,68	45,37	15,42	36,30	37,46	21,53	24,27	14,39
1963	358,63	118,11	37,25	47,51	18,42	36,60	39,80	21,25	24,66	15,03
1964	378,05	123,82	39,53	49,62	16,74	40,03	44,12	22,39	25,90	15,90
1965	403,39	129,28	43,16	51,70	17,14	43,27	50,08	23,42	27,95	17,39
1966	416,00	131,56	44,38	54,01	18,06	44,94	52,24	23,33	28,68	18,80
1967	421,30	134,27	44,63	56,08	18,60	45,23	50,76	22,98	29,38	19,37
1968	441,45	137,88	46,58	58,26	20,49	47,94	55,85	22,33	30,84	21,28
1969	474,97	141,90	50,68	59,80	22,74	53,51	65,32	22,76	33,83	24,43
1970	508,59	147,49	55,01	62,36	24,26	58,11	74,86	23,23	36,62	26,65
1971	532,88	152,87	57,33	65,18	23,98	62,44	79,29	23,46	39,14	29,19
1972	557,37	157,59	59,88	68,44	25,09	66,94	81,46	24,46	42,23	31,28
1973	566,91	157,91	58,21	72,11	28,02	68,08	80,52	24,85	44,69	32,52
1974	571,03	158,97	58,27	75,71	26,22	69,66	76,40	25,50	46,13	34,17
1975	591,54	161,81	60,38	78,80	25,66	69,64	85,96	26,44	47,20	35,65
1976	614,82	165,26	60,86	81,52	27,11	71,88	94,68	27,23	48,65	37,63
1977	636,77	165,56	62,14	84,26	27,11	76,11	103,40	27,80	51,40	38,99
1978	660,42	171,04	63,22	86,45	28,92	77,53	109,89	28,69	53,80	40,88
1979	679,83	176,24	63,09	88,53	30,20	80,07	112,47	29,82	56,10	43,31
1980[5])	689,71	181,30	64,00	90,66	29,28	81,76	110,48	30,68	58,05	43,50
1981[5])	684,22	180,17	61,71	92,77	28,95	79,39	107,10	30,70	58,37	45,06

[1]) Nach Verwendungszwecken; Hauptgruppen des Güterverzeichnisses für den privaten Verbrauch, Ausgabe 1963.
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3]) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.
[4]) Sonstige Waren und Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u. a.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 31*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft[1]) und zur übrigen Welt

Staat insgesamt (einschließlich Sozialversicherung)

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt[1])	Verkäufe von Verwaltungsleistungen[2])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten[4])
				laufende Übertragungen[3])	Vermögensübertragungen	
1960	114,88	4,72	4,26	102,10	1,39	+ 2,41
1961	129,55	5,15	4,71	115,56	1,09	+ 3,04
1962	142,32	5,75	4,83	127,22	1,31	+ 3,21
1963	154,36	6,25	5,26	135,73	1,23	+ 5,89
1964	167,38	7,02	5,54	147,30	1,60	+ 5,92
1965	181,49	7,78	5,82	158,01	1,70	+ 8,18
1966	194,67	8,76	6,42	170,51	1,64	+ 7,34
1967	208,33	9,52	6,78	175,77	1,74	+ 14,52
1968	227,11	10,02	7,45	194,99	1,85	+ 12,80
1969	249,89	10,94	7,94	227,17	2,00	+ 1,84
1970	283,14	12,33	8,76	250,98	2,47	+ 8,60
1971	327,68	14,79	9,27	287,35	2,72	+ 13,55
1972	364,76	17,42	8,68	319,74	4,04	+ 14,88
1973	429,47	20,73	10,80	377,72	4,31	+ 15,91
1974	474,28	23,77	10,76	411,16	4,92	+ 23,67
1975	536,51	27,04	9,68	428,99	5,95	+ 64,85
1976	578,04	30,65	10,27	483,20	7,39	+ 46,53
1977	615,14	32,36	10,53	529,05	6,26	+ 36,94
1978	660,14	35,39	12,19	562,20	5,89	+ 44,47
1979	704,61	38,47	14,50	602,90	6,22	+ 42,52
1980 [9])	764,49	41,84	15,97	644,13	7,34	+ 55,21
1981 [9])	817,70	45,21	19,66	669,23	7,16	+ 76,44

Jahr	Ausgaben insgesamt[1])	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen[8])
		laufende Produktionszwecke[5])	Investitionszwecke[6])			laufende Übertragungen[7])	Vermögensübertragungen	
1960	114,88	23,47	9,86	20,44	2,19	42,60	4,70	+ 11,62
1961	129,55	26,13	11,56	23,44	2,21	46,83	7,09	+ 12,29
1962	142,32	31,43	14,44	25,59	2,41	51,02	9,04	+ 8,39
1963	154,36	35,56	17,24	28,38	2,65	54,83	6,40	+ 9,30
1964	167,38	36,19	21,08	30,99	2,90	59,87	7,42	+ 8,93
1965	181,49	39,97	21,11	35,27	3,23	68,57	7,92	+ 5,42
1966	194,67	42,36	21,51	39,39	4,12	73,41	7,41	+ 6,47
1967	208,33	45,20	19,19	41,78	5,19	81,53	7,92	+ 7,52
1968	227,11	45,39	21,05	44,51	5,38	94,25	8,04	+ 8,49
1969	249,89	50,41	24,19	50,45	5,84	99,92	10,72	+ 8,36
1970	283,14	55,95	31,67	59,20	6,55	107,31	12,51	+ 9,95
1971	327,68	66,65	34,32	70,76	7,34	120,66	15,61	+ 12,34
1972	364,76	74,15	34,56	79,52	8,43	140,09	17,49	+ 10,52
1973	429,47	85,82	35,95	92,60	10,17	159,25	18,74	+ 26,94
1974	474,28	100,62	40,61	107,66	12,15	180,73	21,62	+ 10,89
1975	536,51	115,10	40,25	116,87	14,17	221,06	22,76	+ 6,30
1976	578,04	123,22	39,67	123,29	17,44	238,58	27,97	+ 7,87
1977	615,14	128,54	39,91	131,58	20,41	256,82	30,10	+ 7,78
1978	660,14	139,83	43,99	140,30	21,52	274,33	28,12	+ 12,05
1979	704,61	152,56	50,23	150,53	24,09	291,99	31,04	+ 4,17
1980 [9])	764,49	168,10	56,06	162,58	28,59	306,79	33,50	+ 8,87
1981 [9])	817,70	181,20	53,65	173,06	35,17	328,66	31,88	+ 14,08

Fußnoten siehe Seite 296 und 297.

noch Tabelle 31*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft[1]) und zur übrigen Welt

Gebietskörperschaften

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt[1])	Verkäufe von Verwaltungsleistungen[2])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten[4])
				laufende Übertragungen[3])	Vermögensübertragungen	
1960	84,74	4,71	2,95	72,87	1,39	+ 2,82
1961	98,13	5,14	3,23	83,41	1,09	+ 5,26
1962	105,50	5,73	3,30	91,52	1,31	+ 3,64
1963	114,53	6,23	3,36	97,20	1,23	+ 6,51
1964	125,36	7,00	3,47	106,31	1,60	+ 6,98
1965	135,42	7,76	3,55	112,73	1,70	+ 9,68
1966	143,20	8,75	3,73	120,27	1,64	+ 8,81
1967	154,32	9,52	3,89	123,16	1,74	+ 16,01
1968	165,70	10,02	4,60	137,01	1,85	+ 12,22
1969	180,14	10,89	5,20	160,73	2,00	+ 1,32
1970	201,49	12,28	5,59	172,06	2,47	+ 9,09
1971	234,62	14,76	5,72	195,88	2,72	+ 15,54
1972	256,78	17,37	4,72	214,79	3,08	+ 16,82
1973	302,57	20,66	5,03	253,37	3,30	+ 20,21
1974	330,12	23,76	5,39	272,08	3,74	+ 25,15
1975	376,74	27,02	4,54	274,13	4,01	+ 67,04
1976	390,16	30,64	5,50	307,66	4,83	+ 41,53
1977	420,32	32,35	6,05	342,40	4,70	+ 34,82
1978	455,41	35,37	8,24	364,24	4,75	+ 42,81
1979	484,79	38,46	10,50	388,87	5,19	+ 41,77
1980 [9])	526,66	41,81	11,30	413,16	5,79	+ 54,60
1981 [9])	561,47	45,13	14,26	419,79	6,23	+ 76,06

Jahr	Ausgaben insgesamt[1])	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen[8])
		laufende Produktionszwecke[5])	Investitionszwecke[6])			laufende Übertragungen[7])	Vermögensübertragungen	
1960	78,74	16,08	9,62	19,13	2,19	17,60	4,69	+ 9,43
1961	89,40	17,90	11,40	21,95	2,21	19,12	7,05	+ 9,77
1962	98,25	22,15	14,20	24,00	2,41	20,79	9,00	+ 5,70
1963	106,61	25,28	16,99	26,66	2,65	21,62	6,38	+ 7,03
1964	116,65	24,93	20,85	29,11	2,90	25,10	7,38	+ 6,38
1965	126,10	26,98	20,88	33,20	3,23	30,57	7,87	+ 3,37
1966	132,84	27,03	21,23	37,10	4,12	31,28	7,35	+ 4,73
1967	143,04	28,58	18,88	39,38	5,19	32,91	7,85	+ 10,25
1968	154,26	27,24	20,79	42,02	5,38	42,44	7,98	+ 8,41
1969	168,35	30,08	23,92	47,69	5,84	43,26	10,67	+ 6,89
1970	189,45	32,66	31,40	55,95	6,55	46,30	12,47	+ 4,12
1971	221,43	37,99	33,96	67,00	7,34	52,44	15,56	+ 7,14
1972	241,04	40,45	34,16	75,24	8,43	61,41	17,42	+ 3,93
1973	284,37	45,42	35,43	87,55	10,17	69,36	18,61	+ 17,83
1974	309,33	51,54	39,84	101,45	12,15	74,71	21,42	+ 8,22
1975	349,04	57,50	39,46	110,03	14,17	93,83	22,54	+ 11,51
1976	361,57	61,28	38,97	116,09	17,44	98,34	27,28	+ 2,17
1977	392,17	63,60	39,14	124,06	20,41	106,34	29,18	+ 9,44
1978	423,56	70,17	43,30	132,40	21,52	116,59	26,99	+ 12,59
1979	452,06	77,58	49,49	141,95	24,09	124,79	29,98	+ 4,18
1980 [9])	489,07	85,50	55,38	153,40	28,59	128,79	32,50	+ 4,91
1981 [9])	519,18	92,51	52,85	163,23	35,17	136,17	30,82	+ 8,43

[1]) Ohne Einnahmen von bzw. Ausgaben an andere Körperschaften des Staatssektors, jedoch einschließlich der Verkäufe bzw. Käufe von Gesundheitsleistungen an die bzw. von der Sozialversicherung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern.
[2]) Einschließlich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land.
[3]) Steuern, Sozialbeiträge, Schadenversicherungsleistungen, Strafen, Verwaltungsgebühren der privaten Haushalte, Erstattungen von Sozialleistungen, Beiträge des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds und ähnliches.
[4]) Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank; einschließlich statistischer Differenz. Ohne Kreditaufnahme von anderen Körperschaften des Staatssektors; Tilgungsausgaben sind abgezogen.

noch Tabelle 31*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft[1]) und zur übrigen Welt

Sozialversicherung

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt[1])	Verkäufe von Verwaltungsleistungen[2])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten[4])
				laufende Übertragungen[3])	Vermögensübertragungen	
1960	30,14	0,01	1,31	29,23	–	– 0,41
1961	31,42	0,01	1,48	32,15	–	– 2,22
1962	36,82	0,02	1,53	35,70	–	– 0,43
1963	39,82	0,02	1,90	38,53	–	– 0,63
1964	42,02	0,02	2,07	40,99	–	– 1,06
1965	46,07	0,02	2,27	45,28	–	– 1,50
1966	51,47	0,01	2,69	50,24	–	– 1,47
1967	54,01	0,00	2,89	52,61	–	– 1,49
1968	61,41	0,00	2,85	57,98	–	+ 0,58
1969	69,74	0,05	2,74	66,44	–	+ 0,51
1970	81,65	0,05	3,17	78,92	–	– 0,49
1971	93,07	0,03	3,55	91,47	–	– 1,98
1972	107,98	0,05	3,96	104,95	0,96	– 1,94
1973	126,90	0,07	5,77	124,35	1,01	– 4,30
1974	144,17	0,01	5,37	139,08	1,18	– 1,47
1975	159,76	0,02	5,14	154,86	1,94	– 2,20
1976	187,89	0,01	4,77	175,54	2,56	+ 5,01
1977	194,82	0,01	4,48	186,65	1,56	+ 2,12
1978	204,73	0,02	3,95	197,96	1,14	+ 1,66
1979	219,82	0,01	4,00	214,03	1,03	+ 0,75
1980[9])	237,83	0,03	4,67	230,97	1,55	+ 0,61
1981[9])	256,23	0,08	540	249,44	0,93	+ 0,38

Jahr	Ausgaben insgesamt[1])	Käufe für		Entgelte für die Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen[8])
		laufende Produktionszwecke[5])	Investitionszwecke[6])			laufende Übertragungen[7])	Vermögensübertragungen	
1960	36,14	7,39	0,24	1,31	–	25,00	0,01	+ 2,19
1961	40,15	8,23	0,16	1,49	–	27,71	0,04	+ 2,52
1962	44,07	9,28	0,24	1,59	–	30,23	0,04	+ 2,69
1963	47,74	10,28	0,25	1,72	–	33,21	0,02	+ 2,26
1964	50,73	11,26	0,23	1,88	–	34,77	0,04	+ 2,55
1965	55,39	12,99	0,23	2,07	–	38,00	0,05	+ 2,05
1966	61,83	15,33	0,28	2,29	–	42,13	0,06	+ 1,74
1967	65,29	16,62	0,31	2,40	–	48,62	0,07	– 2,73
1968	72,85	18,15	0,26	2,49	–	51,81	0,06	+ 0,08
1969	81,53	20,33	0,27	2,76	–	56,66	0,05	+ 1,46
1970	93,69	23,29	0,27	3,25	–	61,01	0,04	+ 5,83
1971	106,26	28,66	0,36	3,76	–	68,22	0,05	+ 5,21
1972	123,72	33,70	0,40	4,28	–	78,68	0,07	+ 6,59
1973	145,10	40,40	0,52	5,05	–	89,89	0,13	+ 9,11
1974	164,96	49,08	0,77	6,21	–	106,02	0,20	+ 2,68
1975	187,46	57,60	0,79	6,84	–	127,23	0,22	– 5,22
1976	216,48	61,94	0,70	7,20	–	140,24	0,69	+ 5,71
1977	222,97	64,94	0,77	7,52	–	150,48	0,92	– 1,66
1978	236,58	69,66	0,69	7,90	–	157,74	1,13	– 0,54
1979	252,55	74,98	0,74	8,58	–	167,20	1,06	– 0,01
1980[9])	275,42	82,60	0,68	9,18	–	178,00	1,00	+ 3,96
1981[9])	298,52	88,69	0,80	9,83	–	192,49	1,06	+ 5,65

[5]) Einschließlich Käufe für Investitionen in eigener Regie, Vorratsveränderung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern.
[6]) Einschließlich Käufe von gebrauchten Anlagen und Land; ohne selbsterstellte Anlagen.
[7]) Subventionen, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, Zuschüsse an die Bundesbahn u. ä. zur Deckung außergewöhnlicher Pensionslasten, Beiträge an die Europäischen Gemeinschaften und andere internationale Organisationen, Zahlungen an die Stationierungsstreitkräfte, unentgeltliche Ausfuhren im Rahmen der Entwicklungshilfe, vertragliche Zahlungen an die DDR und anderes mehr.
[8]) Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank. Ohne Darlehensvergabe an andere Körperschaften des Staatssektors.
[9]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 32*

Einnahmen und Aus

Zeitraum	Einnahmen				Aus				
	insgesamt	Steuern	Sozialbeiträge	sonstige Einnahmen [2]	insgesamt	Staatsverbrauch [3]	Einkommensübertragungen		
							zusammen	davon	
								private Haushalte [4]	Unternehmen und übrige Welt
	Mrd								
1960	108,87	69,77	31,21	7,89	99,66	40,45	42,60	37,21	5,39
1961	122,60	79,97	34,42	8,21	113,35	45,78	46,83	40,56	6,27
1962	134,76	87,89	38,12	8,75	129,58	52,83	51,02	44,30	6,72
1963	143,79	93,27	41,16	9,36	140,38	59,39	54,83	47,50	7,33
1964	156,18	101,95	43,83	10,40	153,17	62,10	59,87	51,85	8,02
1965	167,47	107,84	48,52	11,11	170,23	69,65	68,57	58,35	10,22
1966	180,72	114,89	53,82	12,01	181,59	75,45	73,41	63,67	9,74
1967	186,56	117,38	56,42	12,76	193,56	80,05	81,53	71,25	10,28
1968	206,77	129,80	62,20	14,77	211,08	82,73	94,25	74,79	19,46
1969	239,85	152,16	71,43	16,26	233,33	93,12	99,92	80,83	19,09
1970	265,48	161,89	84,94	18,65	264,13	106,47	107,31	88,12	19,19
1971	303,09	183,65	98,51	20,93	304,30	126,82	120,66	99,48	21,18
1972	336,63	201,25	112,61	22,77	340,99	141,13	140,09	113,83	26,26
1973	397,48	236,88	133,59	27,01	386,45	163,16	159,25	127,65	31,60
1974	432,06	253,42	149,68	28,96	444,84	190,21	180,73	148,21	32,52
1975	450,32	254,10	166,51	29,71	508,87	210,53	221,06	184,67	36,39
1976	507,04	285,50	187,79	33,75	545,70	222,27	238,58	199,02	39,56
1977	552,57	317,02	199,83	35,72	581,73	234,67	256,82	211,51	45,31
1978	587,65	334,79	212,08	40,78	620,07	252,54	274,33	222,20	52,13
1979	631,84	358,43	228,89	44,52	670,19	273,52	291,99	236,34	55,65
1980 [10]	676,74	381,02	247,22	48,50	723,08	298,39	306,79	251,45	55,34
1981 [10]	706,19	386,45	267,22	52,52	768,55	319,75	328,66	272,89	55,77
1976 1. Hj.	236,42	130,57	89,40	16,45	258,81	103,08	116,67	97,48	19,19
2. Hj.	270,62	154,93	98,39	17,30	286,89	119,19	121,91	101,54	20,37
1977 1. Hj.	261,84	148,07	96,52	17,25	276,88	108,06	126,69	104,43	22,26
2. Hj.	290,73	168,95	103,31	18,47	304,85	126,61	130,13	107,08	23,05
1978 1. Hj.	276,82	157,23	100,60	18,99	293,85	116,13	135,08	110,67	24,41
2. Hj.	310,83	177,56	111,48	21,79	326,22	136,41	139,25	111,53	27,72
1979 1. Hj.	296,62	166,24	108,84	21,54	315,27	125,97	144,38	117,80	26,58
2. Hj.	335,22	192,19	120,05	22,98	354,92	147,55	147,61	118,54	29,07
1980 1. Hj. [10]	321,17	180,30	117,81	23,06	343,47	137,53	152,08	124,79	27,29
2. Hj. [10]	355,57	200,72	129,41	25,44	379,61	160,86	154,71	126,66	28,05
1981 1. Hj. [10]	336,15	182,40	127,40	26,35	369,11	149,18	163,23	135,47	27,76
2. Hj. [10]	370,04	204,05	139,82	26,17	399,44	170,57	165,43	137,42	28,01
1982 1. Hj. [10]	357,38	186,92	135,07	35,39	385,26	154,94	171,20	144,63	26,57

[1] Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2] Empfangene Vermögenseinkommen, empfangene Vermögensübertragungen, Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.
[3] Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, unter anderem auch Sachleistungen der Sozialversicherung (insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung) und der Gebietskörperschaften im Rahmen der Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Tabelle 32*

gaben des Staates [1])

gaben				Nachrichtlich				
Zinsen [5])	Bruttoinvestitionen	Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo [6])	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Produktionspotential in jeweiligen Preisen [7])	Staatsquote [8])	Abgabenquote [9])	Zeitraum
DM						vH		
2,19	9,72	4,70	+ 9,21	303,00	304,0	*32,8*	*33,3*	1960
2,21	11,44	7,09	+ 9,25	331,40	334,8	*33,9*	*34,5*	1961
2,41	14,28	9,04	+ 5,18	360,50	368,3	*35,2*	*35,0*	1962
2,65	17,11	6,40	+ 3,41	382,10	397,3	*35,3*	*35,2*	1963
2,90	20,88	7,42	+ 3,01	419,60	428,9	*35,7*	*34,7*	1964
3,23	20,86	7,92	− 2,76	458,20	466,2	*36,5*	*34,1*	1965
4,12	21,20	7,41	− 0,87	487,40	505,3	*35,9*	*34,6*	1966
5,19	18,87	7,92	− 7,00	493,70	529,2	*36,6*	*35,2*	1967
5,38	20,68	8,04	− 4,31	533,70	555,4	*38,0*	*36,0*	1968
5,84	23,73	10,72	+ 6,52	597,80	599,4	*38,9*	*37,4*	1969
6,55	31,29	12,51	+ 1,35	675,70	675,3	*39,1*	*36,5*	1970
7,34	33,87	15,61	− 1,21	751,80	763,5	*39,9*	*37,5*	1971
8,43	33,85	17,49	− 4,36	825,10	842,0	*40,5*	*38,0*	1972
10,17	35,13	18,74	+ 11,03	918,90	932,5	*41,4*	*40,3*	1973
12,15	40,13	21,62	− 12,78	985,60	1 025,3	*43,4*	*40,9*	1974
14,17	40,35	22,76	− 58,55	1 028,90	1 114,6	*45,7*	*40,9*	1975
17,44	39,44	27,97	− 38,66	1 123,00	1 176,4	*46,4*	*42,1*	1976
20,41	39,73	30,10	− 29,16	1 196,30	1 245,2	*46,7*	*43,2*	1977
21,52	43,56	28,12	− 32,42	1 290,00	1 322,8	*46,9*	*42,4*	1978
24,09	49,55	31,04	− 38,35	1 395,30	1 404,4	*47,7*	*42,1*	1979
28,59	55,81	33,50	− 46,34	1 484,20	1 500,0	*48,2*	*42,3*	1980 [10])
35,17	53,09	31,88	− 62,36	1 543,10	1 596,3	*48,1*	*42,4*	1981 [10])
8,41	17,54	13,11	− 22,39	533,30				1976 1. Hj.
9,03	21,90	14,86	− 16,27	589,70				2. Hj.
10,59	17,57	13,97	− 15,04	569,20				1977 1. Hj.
9,82	22,16	16,13	− 14,12	627,10				2. Hj.
11,38	19,00	12,26	− 17,03	610,00				1978 1. Hj.
10,14	24,56	15,86	− 15,39	680,00				2. Hj.
12,49	20,56	11,87	− 18,65	657,90				1979 1. Hj.
11,60	28,99	19,17	− 19,70	737,40				2. Hj.
14,49	24,99	14,38	− 22,30	709,00				1980 1. Hj. [10])
14,10	30,82	19,12	− 24,04	775,20				2. Hj. [10])
19,25	24,09	13,36	− 32,96	731,10				1981 1. Hj. [10])
15,92	29,00	18,52	− 29,40	812,00				2. Hj. [10])
24,10	21,48	13,54	− 27,88	765,30				1982 1. Hj. [10])

[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6]) Überschuß: +, Defizit: −.
[7]) Produktionspotential in Preisen von 1976, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[8]) Ausgaben des Staates in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[9]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.
[10]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 33*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren: private Haushalte	Unternehmen: einschl.[1] Wohnungswirtschaft	Unternehmen: ohne Wohnungswirtschaft	Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften[2]	Sozialversicherung[3]	zusammen[1]	Ausland[4]	Finanzielle Sektoren zusammen[1][5]	Sektoren insgesamt[1]
				I. Ersparnis und Vermögensübertragungen						
1960	16,11	27,99	20,29	7,70	14,94	2,79	61,83	– 3,95	1,27	59,15
1961	19,09	24,32	16,49	7,83	14,32	5,10	62,83	– 2,32	2,53	63,04
1962	19,32	27,52	20,57	6,95	14,79	3,30	64,93	1,29	1,13	67,35
1963	23,00	22,10	14,78	7,32	15,92	3,07	64,09	– 0,17	1,40	65,32
1964	28,39	27,14	17,93	9,21	18,42	3,77	77,72	– 0,17	1,59	79,14
1965	34,44	28,02	18,50	9,52	12,46	3,71	78,63	6,62	2,04	87,29
1966	33,91	27,58	16,02	11,56	14,79	3,42	79,70	– 0,42	2,42	81,70
1967	31,93	29,90	16,53	13,37	10,63	– 1,00	71,46	–10,20	1,90	63,16
1968	38,64	33,53	19,51	14,02	14,32	– 0,32	86,17	–11,57	2,24	76,84
1969	45,46	29,73	19,47	10,26	26,36	1,14	102,69	– 7,81	3,12	98,00
1970	54,67	32,68	21,11	11,57	22,88	6,49	116,72	– 3,00	4,51	118,22
1971	60,01	30,95	14,32	16,63	21,51	7,44	119,91	– 1,57	4,74	123,08
1972	69,60	30,67	15,89	14,78	16,50	8,81	125,58	– 2,42	5,45	128,61
1973	72,28	27,38	16,27	11,11	27,71	13,79	141,16	–11,08	7,09	137,17
1974	83,24	20,85	3,39	17,46	17,18	4,76	126,03	–26,19	11,41	111,25
1975	96,32	14,58	1,39	13,19	–21,51	– 2,40	86,99	– 9,70	9,68	86,97
1976	87,15	30,77	17,08	13,69	– 6,64	1,21	112,49	– 8,37	10,14	114,26
1977	83,41	28,59	18,91	9,68	6,97	– 3,22	115,75	– 7,76	11,47	119,46
1978	86,04	45,02	43,30	1,72	5,50	– 1,75	134,81	–16,93	14,01	131,89
1979	97,73	43,85	45,57	– 1,72	3,23	– 0,28	144,53	13,32	17,65	175,50
1980	107,95	19,43	15,58	3,85	– 3,54	3,73	127,57	31,85	22,71	182,13
1981[6]	122,48	5,69	– 0,27	5,96	–25,20	5,74	108,71	19,01	22,12	149,84
1982 1. Hj.[6]	63,01	11,08	2,27	8,81	–10,89	– 0,72	62,48	1,84	– 1,83	62,49
				II. Nettoinvestitionen[7] (Sachvermögensbildung)						
1960	—	49,82	32,51	17,31	8,41	0,19	58,42	—	0,73	59,15
1961	—	51,92	32,94	18,98	10,06	0,14	62,12	—	0,92	63,04
1962	—	53,48	33,05	20,43	12,67	0,21	66,36	—	0,99	67,35
1963	—	48,77	27,73	21,04	15,33	0,21	64,31	—	1,01	65,32
1964	—	58,88	34,06	24,82	18,95	0,19	78,02	—	1,12	79,14
1965	—	67,02	40,36	26,66	18,72	0,20	85,94	—	1,36	87,29
1966	—	61,11	32,77	28,34	18,78	0,27	80,16	—	1,54	81,70
1967	—	45,09	17,76	27,33	16,34	0,26	61,69	—	1,47	63,16
1968	—	56,97	29,61	27,36	18,00	0,20	75,17	—	1,67	76,84
1969	—	74,94	46,80	28,14	20,78	0,21	95,93	—	2,08	98,00
1970	—	87,98	55,94	32,04	27,76	0,26	116,00	—	2,22	118,22
1971	—	90,45	50,61	39,84	29,84	0,28	120,57	—	2,51	123,08
1972	—	95,99	47,17	48,82	29,34	0,34	125,67	—	2,94	128,61
1973	—	103,59	51,56	52,03	29,86	0,62	134,07	—	3,10	137,17
1974	—	72,68	29,61	43,07	34,32	0,59	107,59	—	3,66	111,25
1975	—	48,63	12,56	36,07	34,07	0,58	83,28	—	3,69	86,97
1976	—	77,41	37,10	40,31	32,76	0,50	110,67	—	3,59	114,26
1977	—	83,28	39,98	43,30	32,49	0,51	116,28	—	3,18	119,46
1978	—	93,19	46,45	46,74	35,71	0,48	129,38	—	2,51	131,89
1979	—	131,99	77,22	54,77	41,03	0,30	173,32	—	2,19	175,50
1980	—	132,49	70,56	61,93	46,09	0,42	179,00	—	3,13	182,13
1981[6]	—	103,49	43,84	59,65	42,57	0,38	146,44	—	3,41	149,84
1982 1. Hj.[6]	—	45,07	21,77	23,30	15,97	0,18	61,22	—	1,27	62,49
				III. Geldvermögensbildung						
1960	17,60	6,75	6,25	0,81	9,50	2,67	35,96	8,35	34,80	79,11
1961	20,41	9,82	9,84	0,27	9,52	4,77	42,52	3,60	41,71	87,83
1962	21,53	5,80	6,53	– 0,42	5,70	3,04	35,72	5,02	33,02	73,76
1963	24,45	8,67	8,86	0,22	7,03	2,86	42,42	7,32	41,46	91,20
1964	29,72	10,54	10,57	0,45	6,38	3,58	49,18	8,02	42,85	100,05
1965	36,28	11,56	12,06	– 0,04	3,37	3,54	53,25	10,33	47,88	111,45
1966	34,59	8,53	8,76	0,33	4,73	3,19	49,59	7,83	46,26	103,68
1967	33,75	18,71	18,95	0,28	10,25	– 1,12	59,98	4,68	60,05	124,71
1968	42,06	17,88	17,54	0,62	8,41	– 0,61	68,44	12,99	78,54	159,97
1969	50,58	19,21	19,89	– 0,32	6,89	0,86	78,15	12,27	81,48	171,89
1970	59,02	22,76	23,54	– 0,56	4,12	6,21	91,74	33,37	102,22	227,33
1971	67,22	30,47	30,71	0,11	7,14	7,24	110,03	21,62	113,23	244,89

[1]) Bei der Summenbildung wurden intersektorale Ströme nicht mitaddiert.
[2]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.
[3]) Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen.
[4]) Einschließlich DDR.

noch Tabelle 33*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland[4])	Finanzielle Sektoren zusammen[1])[5])	Sektoren insgesamt[1])
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften[2])	Sozialversicherung[3])	zusammen[1])			
		einschl.[1]) Wohnungswirtschaft	ohne Wohnungswirtschaft	Wohnungswirtschaft						
	noch: III. Geldvermögensbildung									
1972	80,04	35,41	35,32	0,64	3,93	8,55	125,96	19,70	137,56	283,22
1973	77,56	25,21	24,99	0,75	17,83	13,04	129,72	26,65	131,44	287,81
1974	83,64	33,15	33,89	– 0,36	8,22	4,20	127,68	16,33	116,03	260,04
1975	103,97	31,59	31,92	– 0,14	13,96	–0,47	141,86	28,34	166,68	336,88
1976	101,77	45,83	45,34	0,55	2,17	0,67	155,48	36,86	157,57	349,91
1977	98,56	41,90	40,73	1,00	9,44	–3,70	148,24	30,10	167,30	345,64
1978	104,46	52,75	50,98	1,50	12,59	–2,16	169,26	40,28	225,01	434,54
1979	118,20	45,80	43,64	1,80	4,18	–0,64	168,17	41,00	185,99	395,16
1980	120,38	39,40	37,12	2,00	4,91	3,39	168,65	62,36	188,63	419,64
1981[6])	129,80	60,43	58,12	2,00	8,43	5,42	204,31	69,51	217,12	490,94
1982 1. Hj.[6])	66,81	10,63	9,48	1,00	– 3,61	–1,06	72,74	20,80	60,51	154,05
	IV. Kreditaufnahme und Aktienemission									
1960	1,49	28,58	18,47	10,42	2,97	0,07	32,55	12,30	34,26	79,11
1961	1,32	37,41	26,28	11,42	5,26	–0,19	41,80	5,92	40,11	87,83
1962	2,21	31,76	19,01	13,06	3,58	–0,05	37,15	3,73	32,88	73,76
1963	1,45	35,34	21,81	13,94	6,44	0,00	42,64	7,49	41,08	91,20
1964	1,33	42,28	26,70	16,06	6,91	0,00	49,48	8,19	42,38	100,05
1965	1,84	50,55	33,91	17,10	9,63	0,03	60,55	3,71	47,19	111,45
1966	0,68	42,06	25,51	17,11	8,72	0,04	50,05	8,25	45,38	103,68
1967	1,82	33,90	20,18	14,24	15,96	0,14	50,21	14,88	59,62	124,71
1968	3,42	41,32	27,64	13,96	12,09	–0,09	57,44	24,56	77,98	159,97
1969	5,12	64,41	47,22	17,56	1,31	–0,07	71,38	20,08	80,43	171,89
1970	4,35	78,07	58,38	19,91	9,00	–0,02	91,02	36,37	99,94	227,33
1971	7,21	89,97	67,00	23,32	15,47	0,08	110,70	23,19	111,00	244,89
1972	10,44	100,73	66,60	34,68	16,77	0,08	126,05	22,12	135,05	283,22
1973	5,28	101,43	60,28	41,67	19,98	–0,13	122,63	37,73	127,45	287,81
1974	0,40	84,98	60,11	25,25	25,36	0,02	109,25	42,52	108,27	260,04
1975	7,65	65,64	43,10	22,74	69,54	2,51	138,15	38,04	160,69	336,88
1976	14,62	92,47	65,37	27,17	41,57	–0,04	153,66	45,23	151,02	349,91
1977	15,15	96,59	61,81	34,62	34,97	0,03	148,78	37,86	159,01	345,64
1978	18,42	100,93	54,13	46,52	42,81	0,06	163,83	57,21	213,50	434,54
1979	20,47	133,93	75,28	58,29	41,97	–0,05	196,95	27,68	170,53	395,16
1980	12,43	152,46	92,10	60,08	54,54	0,09	220,08	30,51	169,04	419,64
1981[6])	7,32	158,22	102,22	55,69	76,20	0,07	242,03	50,50	198,41	490,94
1982 1. Hj.[6])	3,80	44,61	28,97	15,49	23,25	–0,16	71,48	18,96	63,62	154,05
	V. Finanzierungssaldo[8]) (= I. ./. II. oder III. ./. IV.)									
1960	16,11	– 21,84	–12,22	– 9,61	6,53	2,60	3,41	– 3,95	0,54	—
1961	19,09	– 27,60	–16,45	–11,15	4,26	4,96	0,71	– 2,32	1,61	—
1962	19,32	– 25,96	–12,48	–13,48	2,12	3,09	– 1,43	1,29	0,14	—
1963	23,00	– 26,67	–12,95	–13,72	0,59	2,86	– 0,22	– 0,17	0,39	—
1964	28,39	– 31,74	–16,13	–15,61	– 0,53	3,58	– 0,30	– 0,17	0,47	—
1965	34,44	– 39,00	–21,86	–17,14	– 6,26	3,51	– 7,31	6,62	0,69	—
1966	33,91	– 33,53	–16,75	–16,78	– 3,99	3,15	– 0,46	– 0,42	0,88	—
1967	31,93	– 15,19	– 1,23	–13,96	– 5,71	–1,26	9,77	–10,20	0,43	—
1968	38,64	– 23,44	–10,10	–13,34	– 3,68	–0,52	11,00	–11,57	0,57	—
1969	45,46	– 45,21	–27,33	–17,88	5,58	0,93	6,77	– 7,81	1,05	—
1970	54,67	– 55,31	–34,84	–20,47	– 4,88	6,23	0,71	– 3,00	2,29	—
1971	60,01	– 59,50	–36,29	–23,21	– 8,33	7,16	– 0,66	– 1,57	2,23	—
1972	69,60	– 65,32	–31,28	–34,04	–12,84	8,47	– 0,09	– 2,42	2,51	—
1973	72,28	– 76,21	–35,29	–40,92	– 2,15	13,17	7,09	–11,08	3,99	—
1974	83,24	– 51,83	–26,22	–25,61	–17,14	4,17	18,44	–26,19	7,75	—
1975	96,32	– 34,05	–11,17	–22,88	–55,58	–2,98	3,71	– 9,70	5,99	—
1976	87,15	– 46,64	–20,02	–26,62	–39,40	0,71	1,82	– 8,37	6,55	—
1977	83,41	– 54,70	–21,08	–33,62	–25,52	–3,73	– 0,54	– 7,76	8,30	—
1978	86,04	– 48,17	– 3,15	–45,02	–30,21	–2,23	5,43	–16,93	11,50	—
1979	97,73	– 88,13	–31,64	–56,49	–37,80	–0,58	–28,78	13,32	15,46	—
1980	107,95	–113,07	–54,99	–58,08	–49,63	3,31	–51,44	31,85	19,59	—
1981[6])	122,48	– 97,80	–44,11	–53,69	–67,77	5,36	–37,73	19,01	18,72	—
1982 1. Hj.[6])	63,01	– 33,98	–19,49	–14,49	–26,86	–0,90	1,27	1,84	– 3,11	—

[5]) Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen).
[6]) Vorläufige Ergebnisse.
[7]) Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen.
[8]) Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (–) oder Nettoveränderungen der Forderungen bzw. Verpflichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 34*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Öffentlicher Gesamthaushalt									
1962	106,48	27,38	23,23	2,96	16,55	104,83	86,66	.	− 1,80	2,16
1963	116,34	30,36	24,35	2,75	19,09	110,88	91,63	.	− 5,29	5,42
1964	127,15	33,13	27,86	3,05	22,44	121,45	100,05	.	− 5,56	5,40
1965	139,30	37,38	33,29	3,49	23,47	129,87	106,16	.	− 9,37	6,92
1966	145,02	41,58	35,33	4,37	23,36	137,44	112,71	.	− 7,66	5,82
1967	153,79	44,12	36,87	5,38	22,78	141,68	114,98	.	−12,11	12,96
1968	158,83	46,87	40,96	5,65	23,04	151,29	122,01	.	− 7,38	10,71
1969	174,55	52,85	43,15	6,24	26,39	176,93	145,59	.	+ 2,45	2,46
1970	196,32	61,42	46,87	6,79	32,24	188,29	154,04	.	− 8,09	6,49
1971	226,48	73,36	53,02	7,67	37,57	211,18	172,26	.	−15,61	13,93
1972	252,13	81,87	60,88	8,77	39,13	239,22	196,98	.	−13,09	15,38
1973	280,49	93,90	67,16	10,51	41,35	271,47	224,83	.	− 8,82	11,40
1974	318,26	108,71	76,03	12,44	46,13	290,88	239,59	.	−27,26	22,46
1975	360,51	118,11	99,06	14,51	46,03	296,64	242,08	.	−63,85	53,63
1976	376,76	124,24	105,04	17,81	43,63	328,70	267,51	.	−48,03	46,75
1977	395,17	132,07	109,69	20,65	43,21	364,00	299,05	.	−31,18	31,69
1978	433,40	140,94	122,20	21,74	47,56	393,74	318,96	.	−39,62	40,65
1979	469,85	150,46	128,43	24,73	53,32	423,50	342,71	.	−46,57	43,44
1980	509,32	162,58	138,96	29,18	60,43	451,87	365,15	.	−57,42	53,84
1981	542,16	172,61	152,31	36,21	57,50	465,55	370,33	.	−76,57	69,56
	Bund									
1962	49,87	6,55	14,44	0,91	2,95	49,41	45,54	1,00	− 0,61	0,30
1963	54,76	7,43	14,87	0,99	3,43	52,37	49,42	0,07	− 2,22	1,97
1964	58,15	8,18	17,97	1,12	3,68	57,75	54,55	0,15	− 0,26	0,58
1965	64,19	9,11	22,42	1,17	3,77	63,12	59,03	0,15	− 1,00	0,11
1966	66,88	10,24	23,92	1,53	3,88	65,76	62,25	0,16	− 1,19	0,22
1967	74,64	10,90	25,26	2,01	4,67	67,04	63,12	0,17	− 7,61	6,64
1968	75,77	11,42	28,11	1,92	4,15	70,69	66,18	0,16	− 4,92	5,76
1969	82,26	12,83	30,40	2,19	5,01	83,37	78,59	0,09	+ 1,18	0,00
1970	87,99	14,55	32,59	2,46	5,64	88,40	83,71	0,10	+ 0,35	1,11
1971	98,48	17,02	35,19	2,60	6,41	97,40	92,23	0,11	− 1,39	1,44
1972	111,10	18,96	39,70	2,80	6,63	106,34	101,71	0,13	− 4,79	3,98
1973	122,56	21,27	43,19	3,33	6,49	119,79	114,96	0,15	− 2,59	2,68
1974	134,04	24,03	47,33	4,23	7,10	123,57	118,66	0,16	−10,35	9,48
1975	158,80	25,45	62,18	5,21	7,81	123,79	119,21	0,19	−34,99	29,93
1976	165,20	26,25	65,80	6,88	7,01	136,63	130,90	0,21	−28,54	25,78
1977	172,39	27,47	66,62	8,54	7,21	149,76	144,00	0,24	−22,64	21,82
1978	189,66	28,77	75,30	9,56	7,66	163,15	154,09	0,26	−26,47	26,09
1979	203,41	30,17	78,62	11,26	7,98	177,52	166,14	0,27	−26,10	25,66
1980	215,72	32,14	83,29	13,97	8,21	188,09	176,18	0,61	−27,61	27,12
1981	232,99	34,08	92,68	18,00	7,28	195,03	180,45	0,38	−37,94	37,39

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Bis 1980 Rechnungsergebnisse, für die Gemeinden jedoch noch für 1980 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik, zuzüglich nicht mehr erfaßte Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; für 1981 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik einschließlich Sonderrechnungen der Länder sowie Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; mit dem Jahr 1980 nur bedingt vergleichbar.

noch Tabelle 34*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte [1])

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben insgesamt	darunter Personalausgaben	darunter laufende Zuschüsse	darunter Zinsausgaben	darunter Sachinvestitionen	Einnahmen insgesamt	darunter Steuern	darunter Zuweisungen	Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
					Länder [2])					
1962	43,51	14,03	5,06	0,66	3,09	43,67	28,89	6,54	+ 0,16	− 0,44
1963	45,96	15,43	5,27	0,64	3,57	45,13	29,77	6,93	− 0,83	− 0,05
1964	50,18	16,77	5,15	0,64	4,28	48,48	32,20	6,94	− 1,70	1,27
1965	54,55	19,02	5,45	0,77	4,68	50,48	33,66	7,02	− 4,07	2,67
1966	57,88	21,02	5,46	0,96	4,66	54,12	36,26	7,56	− 3,75	2,62
1967	60,15	22,32	5,62	1,25	4,52	56,70	37,60	7,59	− 3,44	3,89
1968	63,38	23,86	6,82	1,48	4,53	62,25	40,92	9,02	− 1,14	2,27
1969	67,78	26,88	6,41	1,61	4,94	69,45	48,35	8,37	+ 1,68	− 0,34
1970	77,65	31,65	7,28	1,68	6,40	74,59	52,16	8,28	− 3,06	2,16
1971	89,53	38,08	8,26	2,00	6,96	84,00	58,56	9,66	− 5,54	4,88
1972	100,38	42,38	9,31	2,32	6,73	98,95	69,23	11,53	− 1,44	3,55
1973	115,85	48,94	10,76	2,70	7,37	113,87	79,22	13,18	− 1,98	2,58
1974	134,05	56,82	12,91	3,15	8,66	124,95	87,35	13,89	− 9,10	7,74
1975	146,28	62,30	16,09	3,88	8,59	126,40	85,57	15,31	−19,88	17,00
1976	154,39	66,17	16,39	5,22	8,12	138,88	94,95	16,23	−15,51	15,87
1977	161,60	70,84	17,30	6,38	8,38	153,49	107,76	17,69	− 8,10	8,44
1978	176,52	75,39	19,22	6,88	8,75	164,12	115,55	18,58	−12,40	12,52
1979	191,83	80,80	20,10	7,93	9,35	177,24	125,10	20,40	−14,60	13,34
1980	208,48	87,45	22,27	8,94	10,57	186,04	130,81	21,72	−22,44	21,15
1981	216,31	92,71	23,04	10,88	10,03	190,27	131,55	23,73	−26,02	24,58
					Gemeinden und Gemeindeverbände [3])					
1962	28,04	6,80	2,15	0,79	10,51	26,93	10,12	5,97	− 1,11	2,20
1963	31,48	7,50	2,65	0,90	12,09	29,33	10,61	6,54	− 2,16	2,75
1964	35,81	8,19	3,04	1,07	14,47	32,28	11,34	7,10	− 3,53	3,50
1965	39,02	9,25	3,60	1,30	15,02	34,70	11,81	7,73	− 4,33	4,34
1966	41,03	10,32	4,17	1,59	14,81	37,66	12,66	8,45	− 3,36	3,32
1967	41,02	10,91	4,33	1,81	13,59	39,49	12,70	8,66	− 1,53	2,50
1968	43,19	11,59	4,35	1,92	14,36	41,48	13,32	8,89	− 1,71	2,40
1969	48,42	13,13	4,73	2,08	16,44	48,17	17,16	9,55	− 0,25	2,71
1970	56,49	15,22	5,38	2,40	20,20	50,83	16,60	10,51	− 5,66	3,45
1971	67,42	18,26	6,50	2,81	24,20	58,47	19,18	11,80	− 8,95	7,73
1972	74,72	20,53	8,10	3,39	25,77	67,82	23,13	13,71	− 6,90	7,99
1973	84,08	23,69	8,98	4,21	27,50	79,13	27,28	15,96	− 4,94	6,96
1974	95,85	27,86	11,09	4,85	30,37	87,55	29,54	17,14	− 8,29	5,67
1975	101,23	30,36	12,86	5,25	29,64	92,03	30,22	18,00	− 9,20	6,76
1976	104,08	31,82	14,04	5,53	28,51	100,15	33,86	18,29	− 3,93	5,03
1977	107,65	33,77	15,08	5,58	27,62	106,30	38,06	20,47	− 1,35	2,57
1978	118,19	36,78	16,15	5,28	31,16	116,58	39,68	23,25	− 1,61	2,98
1979	130,35	39,49	16,95	5,66	35,99	125,06	41,10	25,57	− 5,29	3,93
1980	145,32	42,99	20,16	6,50	41,65	139,67	47,45	28,30	− 5,65	4,42
1981	152,51	45,82	22,14	7,54	40,19	141,45	46,11	29,62	−11,06	6,13

[2]) Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen.
[3]) Einschließlich kommunaler Krankenhäuser.

Quelle: BMF

Tabelle 35*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	Darunter								
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz[2]	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Vermögensteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Gewerbesteuer[3]
1950 [4]	21 089	1 807	2 087	1 449	4 987	73	2 160	130	349	1 247
1951 [4]	27 292	2 797	2 303	2 273	7 148	463	2 404	142	409	1 963
1952 [4]	33 234	3 658	3 925	2 780	8 736	590	2 334	178	470	2 623
1953 [4]	36 537	3 740	4 870	2 990	9 104	734	2 326	405	531	3 097
1954 [4]	38 292	3 875	4 588	3 071	9 766	781	2 304	620	599	3 342
1955 [4]	42 316	4 402	4 352	3 111	11 336	1 136	2 560	534	728	3 727
1956 [4]	46 988	5 402	4 728	3 637	12 437	1 415	2 781	758	837	4 222
1957 [4]	50 275	5 289	5 879	4 506	12 882	1 642	2 933	818	967	5 047
1958 [4]	52 400	5 932	5 473	5 190	13 507	1 665	3 093	888	1 082	5 261
1959 [4]	58 880	5 855	7 323	5 118	14 943	2 145	3 265	1 116	1 216	6 468
1960	68 448	8 102	8 963	6 510	16 851	2 664	3 537	1 100	1 475	7 433
1961	78 529	10 453	10 817	7 473	18 610	3 325	3 892	1 419	1 678	8 147
1962	86 381	12 315	12 218	7 790	19 978	3 699	4 205	1 798	1 888	8 770
1963	91 082	13 844	13 451	7 688	20 733	4 139	4 311	1 673	2 134	9 273
1964	99 388	16 092	14 101	8 018	22 581	6 071	4 416	1 931	2 372	9 952
1965	105 463	16 738	14 798	8 170	24 814	7 428	4 697	1 880	2 624	10 283
1966	112 451	19 055	16 075	7 687	25 877	8 016	4 982	1 994	2 853	11 091
1967	114 631	19 558	15 782	7 061	22 500	9 423	5 801	2 421	3 059	10 991
1968	121 809	22 080	16 273	8 553	25 669	9 875	5 992	2 261	3 243	11 584
1969	145 288	27 057	16 989	10 895	34 099	10 601	6 233	2 458	3 507	15 386
1970	154 137	35 086	16 001	8 717	38 564	11 512	6 537	2 877	3 830	12 117
1971	172 409	42 803	18 340	7 167	43 365	12 417	6 863	3 123	4 156	14 118
1972	197 003	49 770	23 140	8 495	47 027	14 227	7 826	2 994	4 722	17 023
1973	224 803	61 255	26 452	10 887	49 489	16 589	8 872	3 234	4 989	20 312
1974	239 581	71 960	26 793	10 403	51 171	16 052	8 952	3 410	5 159	21 568
1975	242 068	71 191	28 001	10 054	54 083	17 121	8 886	3 339	5 303	20 897
1976	268 076	80 609	30 860	11 840	58 460	18 121	9 379	3 917	5 630	23 334
1977	299 444	90 773	35 508	16 830	62 684	19 184	9 803	4 995	5 929	26 482
1978	319 101	92 013	37 426	19 824	73 266	20 463	10 459	4 525	6 282	27 329
1979	342 823	97 067	37 551	22 912	84 206	21 140	10 701	4 482	7 576	28 384
1980	364 991	111 559	36 796	21 323	93 448	21 351	11 288	4 664	6 585	27 960
1981	370 319	116 559	32 928	20 162	97 789	22 180	11 253	4 687	6 593	26 069
1979 1. Vj.	79 522	21 360	9 831	5 623	20 347	3 273	2 059	1 177	1 750	6 859
2. Vj.	79 334	20 768	8 792	5 415	19 449	5 064	2 612	1 066	1 944	7 212
3. Vj.	88 612	25 018	9 453	5 531	21 881	5 511	2 637	1 102	2 237	7 373
4. Vj.	95 355	29 921	9 475	6 344	22 529	7 292	3 393	1 137	1 644	6 942
1980 1. Vj.	86 033	23 763	9 471	5 627	23 983	3 497	1 819	1 170	1 328	7 659
2. Vj.	85 615	24 801	8 382	5 425	22 235	5 209	2 716	1 157	1 528	6 871
3. Vj.	91 865	29 218	9 077	5 123	22 096	5 374	2 844	1 121	2 097	6 685
4. Vj.	101 478	33 776	9 866	5 147	25 135	7 270	3 909	1 216	1 632	6 746
1981 1. Vj.	87 605	25 533	9 246	5 081	25 893	3 236	1 622	1 081	1 411	6 334
2. Vj.	86 212	25 202	7 260	5 064	23 289	5 140	2 881	1 112	1 665	6 651
3. Vj.	93 301	30 946	7 651	4 619	23 185	6 048	2 765	1 170	1 944	6 432
4. Vj.	103 201	34 878	8 771	5 399	25 422	7 756	3 985	1 323	1 574	6 653
1982 1. Vj.	87 952	27 081	8 096	4 982	25 554	3 417	1 770	1 215	1 470	6 264
2. Vj.	90 337	27 569	6 436	5 330	24 005	5 721	3 178	1 254	1 813	6 694
3. Vj.[5]	...	31 882	7 607	5 416	22 887	5 841	2 722	1 227	1 850	...

[1]) Von 1957 bis 1969 ohne buchmäßige Mehreinnahmen aus Regierungskäufen im Ausland; 1970 ohne, ab 1971 einschließlich Zölle auf Regierungskäufe im Ausland; von 1969 bis 1971 ohne Vergütungen an die Importeure aufgrund des Absicherungsgesetzes; 1973 und 1974 ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer.

[2]) Bis 1967 Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968 Umsatzsteuer (MWSt) und Einfuhrumsatzsteuer, 1969 bis 1972 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer.

[3]) Einschließlich Lohnsummensteuer.

[4]) Ohne Saarland.

[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: BMF

Tabelle 36*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte[1])

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt[2])	Nach Kreditnehmern			Nach ausgewählten Schuldarten			
							Darlehen von Nichtbanken	
		Bund[3])	Länder[4])	Gemeinden[5])	Anleihen[6])	Direktausleihungen der Kreditinstitute[7])	Sozialversicherungen[8])	sonstige
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	16 726	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	17 894	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 943	17 868	15 523	4 670	2 022	3 660	2 019	1 371
1956	41 892	17 614	15 741	5 610	1 726	4 340	2 239	1 623
1957	43 614	19 723	13 963	7 010	1 780	5 410	2 433	1 835
1958	46 122	20 077	14 708	8 370	2 303	7 575	2 483	1 883
1959	49 084	20 986	14 920	9 630	3 058	9 450	2 472	1 998
1960	52 182	22 572	14 695	11 169	3 528	10 600	2 667	2 604
1961	56 564	25 941	13 903	12 805	4 810	11 693	4 687	2 811
1962	59 984	27 256	13 402	15 068	5 700	13 227	4 880	3 235
1963	66 687	30 136	13 329	17 686	7 712	15 582	5 066	4 399
1964	73 107	31 338	14 291	21 264	8 974	19 656	5 657	5 121
1965	82 981	33 017	17 401	25 844	11 195	24 749	6 591	6 339
1966	92 291	35 581	20 328	29 465	12 092	29 519	7 245	7 868
1967	107 175	43 468	24 188	31 986	14 230	34 114	8 387	8 690
1968	115 870	47 192	26 339	34 186	16 074	42 536	6 957	9 221
1969	116 141	45 360	25 771	36 663	16 266	50 051	6 101	9 884
1970	125 890	47 323	27 786	40 295	17 491	59 523	5 725	11 104
1971	140 399	48 764	33 037	47 927	20 249	70 665	6 511	12 592
1972	156 063	55 299	36 963	55 984	24 971	81 874	7 374	14 667
1973	167 754	61 356	39 462	63 003	27 379	92 077	14 392	6 222
1974	192 383	72 138	47 323	66 375	30 940	107 795	16 954	6 969
1975	256 389	108 502	67 001	74 411	40 680	150 139	18 426	7 638
1976	296 650	128 449	81 805	79 830	52 101	180 932	12 953	9 581
1977	328 484	150 150	89 583	83 345	63 498	195 219	10 342	10 925
1978	370 811	177 518	102 139	86 700	69 913	227 075	10 144	11 118
1979	413 935	202 632	115 900	90 406	81 414	262 087	10 125	12 517
1980	468 612	232 320	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1981	545 617	273 114	165 150	102 639	89 404	378 817	10 691	23 835
1981 Mär	488 494	247 681	141 115	96 200	91 068	324 083	10 768	21 719
Jun	502 784	254 756	146 561	97 500	87 700	342 023	10 911	22 468
Sep	521 964	266 300	152 120	99 300	87 612	359 207	10 785	23 030
Dez	545 617	273 114	165 150	102 639	89 404	378 817	10 691	23 835
1982 Mär	566 149	288 293	168 857	104 100	95 145	391 228	10 758	24 761
Jun	571 152	286 941	173 723	105 500	99 147	394 305	10 718	24 998

[1]) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.
[2]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung Öffa, Länder, Gemeinden. Änderungen der Berichterstattung werden in den Fußnoten 3, 4, 5, 6, 7 und 8 erläutert.
[3]) Ab Ende 1972 einschließlich „Auftragsfinanzierung Öffa" und „Krankenhausfinanzierung"; ab 1980 einschließlich Lastenausgleichsfonds.
[4]) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.
[5]) Ab 1973 einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände und der kommunalen Krankenhäuser. Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.
[6]) Einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen; ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke. Ab Dezember 1981 ohne Kassenobligationen mit einer Laufzeit über 4 Jahren.
[7]) Bis Ende 1973 Bankkredite, ab 1974 einschließlich bei ausländischen Stellen aufgenommene Darlehen.
[8]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe. Ab 1973 einschließlich Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 37*

Entwicklung der Geldbe

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland[3])			
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute[2])			insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	
			zusammen	Unternehmen und Privatpersonen	öffentliche Haushalte			zusammen	darunter mittel- und langfristig
1963	+ 26,81	+ 0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 1,25
1964	+ 30,19	− 1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 1,32
1965	+ 34,17	− 0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	− 1,31	+ 1,79	+ 1,24
1966	+ 28,20	+ 0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 1,14
1967	+ 32,89	+ 0,67	+ 32,22	+ 18,33	+ 13,89	+ 6,28	− 0,17	+ 6,45	+ 1,62
1968	+ 40,02	− 2,05	+ 42,06	+ 30,90	+ 11,17	+ 10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 6,76
1969	+ 53,48	+ 0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	− 2,45	− 10,28	+ 7,83	+ 12,00
1970	+ 50,53	− 0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+ 14,23	+ 21,60	− 7,36	− 0,29
1971	+ 69,05	− 0,63	+ 69,68	+ 59,52	+ 10,16	+ 11,52	+ 15,91	− 4,40	− 3,28
1972	+ 86,41	− 2,07	+ 88,48	+ 78,22	+ 10,26	+ 8,66	+ 15,49	− 6,83	− 6,39
1973	+ 67,55	+ 2,37	+ 65,18	+ 54,59	+ 10,59	+ 23,48	+ 26,49	− 3,01	− 7,71
1974	+ 59,77	− 1,48	+ 61,25	+ 41,18	+ 20,07	+ 13,19	− 1,90	+ 15,09	+ 5,54
1975	+ 85,51	+ 6,62	+ 78,89	+ 30,87	+ 48,02	+ 16,84	− 2,22	+ 19,06	+ 15,90
1976	+ 91,21	− 5,10	+ 96,31	+ 65,76	+ 30,55	+ 8,27	+ 8,74	− 0,48	+ 6,84
1977	+ 94,18	− 1,62	+ 95,80	+ 69,11	+ 26,69	+ 10,15	+ 10,49	− 0,34	+ 8,25
1978	+ 125,37	+ 2,78	+ 122,59	+ 87,86	+ 34,73	+ 7,09	+ 19,77	− 12,68	− 1,88
1979	+ 138,95	− 1,95	+ 140,91	+ 112,38	+ 28,53	− 21,84	− 4,85	− 16,98	− 12,14
1980	+ 126,32	+ 3,89	+ 122,43	+ 100,78	+ 21,65	− 10,58	− 27,93	+ 17,35	+ 7,35
1981	+ 132,04	+ 2,12	+ 129,92	+ 82,41	+ 47,51	+ 11,87	− 3,22	+ 15,09	+ 3,48
1979 1. Vj.	+ 17,65	− 0,50	+ 18,15	+ 14,17	+ 3,98	− 2,85	− 9,32	+ 6,47	− 1,13
2. Vj.	+ 42,44	− 0,13	+ 42,57	+ 36,07	+ 6,50	− 4,51	− 2,18	− 2,33	− 4,39
3. Vj.	+ 26,76	− 0,61	+ 27,37	+ 22,78	+ 4,59	− 5,98	+ 9,74	− 15,71	− 5,18
4. Vj.	+ 52,09	− 0,72	+ 52,81	+ 39,35	+ 13,46	− 8,50	− 3,09	− 5,41	− 1,43
1980 1. Vj.	+ 10,01	+ 0,37	+ 9,65	+ 8,91	+ 0,74	− 0,30	− 11,16	+ 10,86	+ 2,32
2. Vj.	+ 35,88	− 1,17	+ 37,05	+ 29,57	+ 7,47	− 5,06	− 4,92	− 0,14	+ 0,05
3. Vj.	+ 19,95	+ 1,32	+ 18,64	+ 15,96	+ 2,67	− 2,39	− 2,08	− 0,30	+ 2,37
4. Vj.	+ 60,48	+ 3,37	+ 57,11	+ 46,34	+ 10,76	− 2,84	− 9,77	+ 6,93	+ 2,62
1981 1. Vj.	+ 19,45	− 0,86	+ 20,31	+ 15,48	+ 4,83	− 2,56	+ 1,15	− 3,71	+ 0,31
2. Vj.	+ 32,78	− 0,68	+ 33,46	+ 23,39	+ 10,07	+ 10,03	+ 5,06	+ 4,97	+ 2,14
3. Vj.	+ 30,66	+ 0,06	+ 30,60	+ 16,65	+ 13,96	+ 1,30	− 1,70	+ 3,00	− 1,49
4. Vj.	+ 49,15	+ 3,60	+ 45,55	+ 26,90	+ 18,65	+ 3,10	− 7,73	+ 10,83	+ 2,53
1982 1. Vj.	+ 8,62	+ 0,24	+ 8,38	− 0,90	+ 9,28	− 0,23	− 0,44	+ 0,20	+ 5,48
2. Vj.	+ 21,41	− 1,88	+ 23,29	+ 20,57	+ 2,72	+ 0,87	+ 1,13	− 0,27	+ 2,71
3. Vj.	+ 25,66	− 0,53	+ 26,19	+ 17,74	+ 8,46	− 2,31	− 0,43	− 1,88	− 0,20

[1]) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.
[2]) Einschließlich Wertpapiere.
[3]) Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.
[4]) Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Tabelle 37*

stände im Bilanzzusammenhang[1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen[4])			IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse[7])	VI. Geldvolumen M 3 (Saldo I + II – III – IV – V)						Zeitraum
insgesamt[5])	darunter				insgesamt	Geldvolumen M 2				Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	
	Termingelder mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist[6])				zusammen	Geldvolumen M 1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen)[8])	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld) zusammen	darunter unter 3 Monaten		
+ 15,43	+ 4,77	+ 4,13	– 0,61	+ 1,90	+ 13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,55	+ 0,47	+ 7,42	1963
+ 17,92	+ 4,63	+ 4,82	– 0,85	+ 0,66	+ 14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964
+ 16,69	+ 3,74	+ 5,13	– 1,11	+ 1,83	+ 17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	– 0,07	+ 11,13	1965
+ 15,90	+ 3,22	+ 7,81	– 0,53	+ 1,49	+ 14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	– 0,58	+ 8,46	1966
+ 14,63	+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+ 23,35	+ 14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+ 19,74	+ 1,49	+ 11,03	+ 1,19	+ 0,88	+ 29,14	+ 18,15	+ 5,53	+ 12,62	+ 1,69	+ 10,99	1968
+ 26,29	+ 5,52	+ 13,26	+ 0,44	+ 1,42	+ 22,88	+ 14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+ 27,79	+ 4,26	+ 12,94	+ 4,09	+ 8,91	+ 23,98	+ 16,41	+ 8,69	+ 7,72	+ 13,61	+ 7,57	1970
+ 32,65	+ 7,07	+ 14,73	+ 4,20	+ 5,00	+ 38,71	+ 24,97	+ 13,24	+ 11,72	+ 8,91	+ 13,75	1971
+ 47,00	+ 8,68	+ 20,62	– 3,85	+ 4,78	+ 47,14	+ 33,51	+ 17,55	+ 15,96	+ 6,58	+ 13,64	1972
+ 45,64	+ 10,22	+ 17,52	+ 4,22	+ 7,17	+ 34,00	+ 31,94	+ 2,57	+ 29,37	+ 22,78	+ 2,05	1973
+ 34,46	+ 7,95	+ 13,35	+ 0,44	+ 2,88	+ 35,18	+ 13,68	+ 15,50	– 1,82	+ 7,30	+ 21,49	1974
+ 61,34	+ 9,41	+ 34,81	+ 1,41	+ 1,17	+ 38,43	– 0,40	+ 21,40	– 21,79	– 17,24	+ 38,82	1975
+ 59,12	+ 11,45	+ 22,65	– 10,22	+ 9,57	+ 41,01	+ 18,92	+ 6,88	+ 12,04	+ 2,71	+ 22,09	1976
+ 42,92	+ 13,65	+ 14,24	– 0,82	+ 3,28	+ 58,95	+ 33,47	+ 21,09	+ 12,38	+ 9,69	+ 25,47	1977
+ 54,80	+ 17,01	+ 17,98	+ 2,51	+ 10,36	+ 64,78	+ 43,50	+ 29,74	+ 13,75	+ 2,27	+ 21,29	1978
+ 75,77	+ 18,68	+ 18,11	– 1,69	+ 3,80	+ 39,25	+ 30,95	+ 9,86	+ 21,09	+ 18,24	+ 8,29	1979
+ 61,68	+ 14,57	+ 15,89	– 1,92	+ 13,20	+ 42,78	+ 33,96	+ 9,35	+ 24,62	+ 33,16	+ 8,81	1980
+ 86,01	+ 13,77	+ 11,94	– 0,25	+ 22,03	+ 36,13	+ 37,39	– 2,16	+ 39,54	+ 23,51	– 1,25	1981
+ 17,01	+ 4,66	+ 1,81	+ 6,18	+ 9,85	– 18,24	– 25,09	– 12,47	– 12,62	– 6,01	+ 6,84	1979 1. Vj.
+ 17,72	+ 4,53	+ 2,70	+ 0,83	+ 5,73	+ 13,65	+ 16,66	+ 7,63	+ 9,03	+ 6,95	– 3,01	2. Vj.
+ 14,95	+ 4,60	+ 1,40	+ 0,20	+ 5,14	+ 0,51	+ 2,14	– 2,92	+ 5,06	– 1,11	– 1,63	3. Vj.
+ 26,10	+ 4,89	+ 12,20	– 8,91	– 16,93	+ 43,33	+ 37,24	+ 17,62	+ 19,62	+ 18,40	+ 6,08	4. Vj.
+ 14,39	+ 2,09	– 1,32	+ 1,73	+ 13,33	– 19,73	– 16,90	– 19,19	+ 2,29	+ 9,36	– 2,83	1980 1. Vj.
+ 17,97	+ 2,60	+ 4,16	+ 3,38	+ 5,64	+ 3,83	+ 9,77	+ 8,31	+ 1,46	– 5,97	– 5,94	2. Vj.
+ 10,00	+ 5,33	+ 1,12	– 3,65	+ 7,94	+ 3,28	+ 1,83	+ 0,68	+ 1,15	+ 6,49	+ 1,45	3. Vj.
+ 19,33	+ 4,55	+ 11,94	– 3,39	– 13,71	+ 55,40	+ 39,27	+ 19,54	+ 19,72	+ 23,27	+ 16,13	4. Vj.
+ 23,18	+ 3,02	– 4,30	+ 4,61	+ 13,25	– 24,14	– 19,11	– 24,96	+ 5,85	– 0,75	– 5,04	1981 1. Vj.
+ 23,04	+ 2,95	+ 0,30	– 2,30	+ 9,32	+ 12,74	+ 22,19	+ 10,04	+ 12,15	+ 6,34	– 9,45	2. Vj.
+ 15,43	+ 3,70	– 1,44	+ 4,58	+ 9,08	+ 2,88	+ 7,89	– 8,23	+ 16,11	+ 11,31	– 5,01	3. Vj.
+ 24,36	+ 4,10	+ 17,38	– 7,14	– 9,63	+ 44,66	+ 26,42	+ 20,98	+ 5,43	+ 6,61	+ 18,24	4. Vj.
+ 13,99	+ 1,00	– 1,70	+ 1,46	+ 6,90	– 13,96	– 18,12	– 17,68	– 0,44	+ 2,77	+ 4,16	1982 1.Vj.
+ 8,08	+ 2,52	+ 3,69	– 0,08	+ 0,63	+ 13,64	+ 13,31	+ 13,09	+ 0,22	+ 1,34	+ 0,34	2.Vj.
+ 0,27	– 1,70	– 2,58	+ 4,00	+ 12,71	+ 6,39	+ 3,95	– 2,26	+ 6,20	+ 7,35	+ 2,44	3.Vj.

[5]) Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen.

[6]) Einschließlich Sparbriefe.

[7]) Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems (von 1972 bis 1976 einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot).

[8]) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 38*

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd DM

Ende des Zeitraums	Zahlungsmittelbestände: Geldvolumen M 1 insgesamt	Geldvolumen M 1 davon: Bargeldumlauf[1]	Geldvolumen M 1 davon: Sichteinlagen inländischer Nichtbanken[2]	Geldvolumen M 2[3] insgesamt	Geldvolumen M 2 darunter: Quasigeldbestände zusammen	Quasigeldbestände darunter mit Befristung bis unter 3 Monaten	Geldvolumen M 3[4] insgesamt	Geldvolumen M 3 darunter: Spareinlagen	Kredite der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen insgesamt[5]	an inländische Unternehmen und Privatpersonen darunter kurzfristig[6]	Kredite an öffentliche Haushalte
1955[7]	31,46	14,04	17,42	42,54	11,08	1,86	.	.	66,95	29,28	15,88
1956[7]	33,87	14,88	19,00	47,44	13,56	2,70	.	.	76,03	30,81	17,25
1957[7]	37,70	16,46	21,24	54,84	17,14	3,20	73,28	18,44	84,11	33,08	18,85
1958[7]	42,46	17,94	24,52	60,40	17,94	3,20	83,25	22,85	93,89	33,45	21,45
1959[7]	47,66	19,38	28,27	67,63	19,97	3,32	96,68	29,05	110,39	36,36	24,95
1960	51,07	20,82	30,25	72,69	21,62	3,61	107,18	34,49	140,43	41,84	27,24
1961	58,71	23,19	35,52	82,17	23,47	3,94	123,02	40,85	162,76	48,12	28,76
1962	63,35	24,23	39,12	88,54	25,19	4,10	135,78	47,23	184,45	51,42	30,87
1963	67,76	25,50	42,26	94,51	26,75	4,57	149,15	54,65	206,66	55,36	34,53
1964	73,04	27,88	45,16	100,81	27,78	5,23	163,17	62,36	231,79	60,65	40,50
1965	78,52	29,65	48,87	106,92	28,40	5,16	180,40	73,49	259,27	67,31	47,53
1966	79,61	30,87	48,74	113,38	33,77	4,58	195,33	81,95	280,74	72,32	53,96
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	39,65	7,80	218,68	91,11	298,88	74,29	67,89
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	48,86	9,58	244,42	102,10	334,55	81,00	74,37
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	57,45	14,82	267,31	110,43	385,95	101,56	75,71
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	65,16	28,43	291,52	118,13	430,54	113,62	82,54
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	77,07	37,34	330,74	132,14	490,57	131,73	92,63
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	93,03	43,92	378,45	146,12	569,33	155,94	102,86
1973	142,86	47,43	95,43	265,86	123,00	67,08	416,75	150,89	631,28	166,95	113,85
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	121,17	74,30	452,21	172,60	672,12	179,67	132,39
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	99,42	58,60	490,89	211,57	703,19	171,20	180,41
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	111,33	59,84	532,03	233,85	769,17	182,83	210,91
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	123,74	69,54	591,47	259,66	838,70	192,98	237,60
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	137,50	71,81	656,60	281,19	926,69	205,60	272,29
1979	247,87	79,88	167,99	406,49	158,62	90,05	696,21	289,72	1 039,51	236,50	300,54
1980	257,34	83,96	173,37	440,62	183,28	123,21	739,43	298,82	1 140,43	268,16	321,56
1981	255,28	84,19	171,08	478,13	222,86	146,72	776,03	297,90	1 223,25	291,27	368,80
1979 1.Vj.	225,46	75,11	150,36	350,34	124,88	65,80	638,41	288,07	941,10	205,45	276,10
2.Vj.	233,12	76,93	156,19	367,05	133,94	72,75	652,21	285,15	977,25	219,54	282,57
3.Vj.	230,23	77,35	152,88	369,23	139,00	71,65	652,85	283,62	1 000,14	222,92	287,16
4.Vj.	247,87	79,88	167,99	406,49	158,62	90,05	696,21	289,72	1 039,51	236,50	300,54
1980 1.Vj.	228,69	78,83	149,86	389,60	160,91	99,41	676,52	286,91	1 048,36	233,48	300,76
2.Vj.	237,06	79,90	157,16	399,45	162,39	93,45	680,58	281,13	1 077,90	247,53	308,23
3.Vj.	237,76	80,19	157,57	401,31	163,55	99,94	683,93	282,62	1 093,93	248,57	310,90
4.Vj.	257,34	83,96	173,37	440,62	183,28	123,21	739,43	298,82	1 140,43	268,16	321,56
1981 1.Vj.	232,38	80,03	152,34	421,51	189,13	122,46	715,29	293,78	1 155,88	271,81	326,14
2.Vj.	242,48	81,44	161,04	443,78	201,30	128,80	728,31	284,53	1 179,53	279,42	336,21
3.Vj.	234,28	80,83	153,45	451,71	217,42	140,11	731,33	279,62	1 196,31	281,79	350,16
4.Vj.	255,28	84,19	171,08	478,13	222,86	146,72	776,03	297,90	1 223,25	291,27	368,80
1982 1.Vj.	237,60	81,54	156,06	460,01	222,41	149,49	762,08	302,06	1 222,16	288,13	378,03
2.Vj.	250,71	83,87	166,85	473,35	222,64	150,82	775,81	302,46	1 242,80	296,82	380,74
3.Vj.	248,47	85,02	163,45	477,32	228,85	158,18	782,26	304,94	1 260,59	298,67	389,20

[1]) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.
[2]) Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[3]) Geldvolumen M 1 plus Termingelder inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren. (Quasigeldbestände).
[4]) Geldvolumen M 2 plus Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist.
[5]) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost. Ausnahme: Zentralbankeinlagen der Bundespost.
[6]) Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.
[7]) Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 39*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

a) Insgesamt (1976 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe
	Wertindex				Volumenindex			
1962	33,7	36,4	29,5	42,4	50,6	50,6	47,0	61,2
1963	35,5	37,7	31,7	43,9	53,1	52,7	50,3	62,5
1964	40,8	43,5	36,5	49,3	60,1	60,2	57,2	68,9
1965	43,4	44,6	39,5	53,4	62,5	60,1	60,3	73,3
1966	43,3	46,3	38,6	52,9	61,2	61,9	57,6	71,2
1967	43,2	46,5	38,5	52,3	61,9	63,9	57,8	71,0
1968	50,0	52,4	45,8	58,8	75,3	76,2	72,0	83,9
1969	61,6	61,3	60,4	65,7	90,1	86,5	91,4	91,8
1970	64,5	64,5	63,2	68,4	88,2	86,6	88,0	91,9
1971	65,6	64,8	62,8	75,9	85,6	85,5	81,6	98,2
1972	70,7	70,5	67,1	82,2	89,8	92,2	84,5	102,1
1973	82,8	83,3	81,4	86,3	100,9	103,9	99,0	101,7
1974	89,7	100,1	84,7	88,3	96,0	100,8	94,5	92,7
1975	88,0	88,0	88,0	87,8	91,0	90,6	91,4	90,4
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	101,3	97,1	103,0	103,1	99,4	98,6	99,3	100,3
1978	106,3	101,2	108,5	108,2	102,8	103,0	102,2	103,7
1979	117,8	115,4	119,5	116,7	109,1	110,0	109,3	106,9
1980	122,2	121,0	123,2	121,6	106,7	107,1	107,4	104,6
1981	127,7	126,5	130,5	122,1	106,3	105,7	109,1	100,2
1977 1. Vj.	102,1	98,7	104,0	102,4	100,7	99,8	101,4	100,1
2. Vj.	99,1	99,4	97,3	103,9	97,0	100,5	93,6	101,0
3. Vj.	95,1	93,5	95,7	96,2	93,1	94,8	91,9	93,3
4. Vj.	108,8	96,9	115,1	110,0	106,8	99,2	110,6	106,9
1978 1. Vj.	104,6	98,3	107,8	105,5	102,0	100,6	102,6	101,7
2. Vj.	105,8	103,5	105,8	109,3	102,3	105,3	99,6	104,9
3. Vj.	102,3	100,2	104,1	101,1	98,6	101,7	97,6	96,7
4. Vj.	112,4	102,8	116,3	116,7	108,2	104,3	108,9	111,2
1979 1. Vj.	115,5	109,2	119,9	113,4	109,6	108,7	110,9	106,9
2. Vj.	119,1	118,3	119,6	118,5	110,8	113,8	109,5	109,3
3. Vj.	113,4	116,1	113,3	109,4	104,0	108,9	103,2	99,1
4. Vj.	123,2	117,9	125,4	125,5	112,0	108,9	113,7	112,2
1980 1. Vj.	131,6	130,3	132,2	131,9	116,8	116,7	117,2	115,5
2. Vj.	121,8	125,1	120,8	119,7	106,3	110,1	105,3	103,1
3. Vj.	113,4	112,7	114,2	112,6	98,5	99,6	99,0	96,2
4. Vj.	122,0	115,7	125,7	122,0	105,6	102,0	108,5	103,5
1981 1. Vj.	128,9	126,9	130,9	126,7	109,6	109,4	111,1	106,1
2. Vj.	126,5	129,7	127,3	119,1	105,7	109,2	106,4	98,2
3. Vj.	122,8	124,7	124,1	116,3	101,5	102,7	103,3	94,7
4. Vj.	132,7	124,6	139,7	126,2	108,7	101,6	115,5	101,6
1982 1. Vj.	133,9	131,6	137,2	128,5	107,2	104,8	110,6	102,0
2. Vj.	125,0	125,7	126,1	120,8	98,7	99,1	99,6	95,1
3. Vj.	116,5	116,7	117,9	112,6	91,7	92,2	92,6	88,4

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

noch Tabelle 39*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland (1976 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe
	Wertindex				Volumenindex			
1962	40,7	42,7	36,8	46,7	60,0	59,1	57,1	67,9
1963	41,8	43,0	38,2	47,9	61,4	59,7	59,1	68,4
1964	48,2	50,6	44,1	53,7	70,1	69,7	67,8	75,5
1965	51,3	51,0	48,3	58,3	72,6	68,2	71,8	80,2
1966	49,5	51,5	44,9	57,0	68,7	68,3	65,3	76,9
1967	47,8	49,9	42,9	55,8	67,4	68,1	63,0	75,9
1968	55,0	56,5	50,9	62,3	82,6	82,5	79,5	89,4
1969	68,2	67,1	68,6	68,7	99,8	95,8	103,7	96,7
1970	72,1	69,9	73,6	71,7	98,4	94,5	101,5	96,6
1971	73,0	69,5	72,3	79,4	94,6	91,4	92,8	103,0
1972	77,8	74,4	76,2	85,8	98,0	96,2	95,1	106,8
1973	86,4	85,8	85,9	88,3	104,8	106,8	103,8	104,1
1974	89,3	97,7	84,0	89,7	95,5	100,5	93,0	94,3
1975	92,2	89,1	95,1	89,8	95,2	92,1	98,4	92,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,2	95,3	108,4	103,3	101,0	95,9	104,5	100,5
1978	108,5	98,1	115,9	107,7	104,6	98,7	109,0	103,2
1979	118,5	110,7	125,1	115,7	109,5	104,9	114,4	105,8
1980	122,0	115,1	127,5	120,1	106,2	101,0	111,2	103,0
1981	120,5	115,4	125,2	117,9	100,0	95,5	104,9	96,4
1977 1. Vj.	103,7	96,3	109,4	102,3	102,1	96,7	106,6	100,0
2. Vj.	100,2	97,6	100,2	103,4	97,9	98,0	96,3	100,5
3. Vj.	98,0	92,6	102,0	97,3	95,7	93,1	98,0	94,3
4. Vj.	110,8	94,5	122,2	110,1	108,4	95,6	117,4	107,0
1978 1. Vj.	106,8	95,1	115,5	105,3	103,8	96,1	109,9	101,5
2. Vj.	107,9	99,9	112,9	108,5	104,2	100,5	106,3	104,1
3. Vj.	104,9	97,6	111,9	101,0	100,9	98,1	104,8	96,6
4. Vj.	114,3	99,7	123,2	116,1	109,7	99,9	115,2	110,6
1979 1. Vj.	117,3	102,8	129,6	112,5	111,2	101,4	119,9	105,9
2. Vj.	118,1	113,7	121,5	117,2	109,8	108,8	111,2	108,0
3. Vj.	114,8	113,3	118,7	109,1	105,1	105,8	108,1	98,6
4. Vj.	123,7	113,1	130,5	124,1	111,9	103,6	118,2	110,7
1980 1. Vj.	131,8	121,5	139,6	130,0	116,5	108,0	123,8	113,6
2. Vj.	119,7	119,2	121,0	117,7	104,1	104,1	105,5	101,1
3. Vj.	115,3	110,0	120,4	112,2	99,7	96,2	104,2	95,6
4. Vj.	121,1	109,8	129,1	120,2	104,4	95,9	111,4	101,7
1981 1. Vj.	123,6	114,0	130,2	123,0	104,8	97,4	110,8	102,8
2. Vj.	120,3	118,4	124,4	114,8	100,2	98,6	104,3	94,3
3. Vj.	115,5	115,2	117,2	112,7	95,1	94,2	97,9	91,4
4. Vj.	122,5	114,0	128,9	120,9	99,9	92,3	106,7	97,0
1982 1. Vj.	123,3	114,3	129,9	122,3	98,4	90,6	104,8	96,6
2. Vj.	118,1	116,6	120,9	114,8	92,9	91,7	95,3	89,9
3. Vj.	111,5	108,5	115,1	108,4	87,5	85,5	90,3	84,5

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

noch Tabelle 39*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

c) Ausland (1976 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe
	Wertindex				Volumenindex			
1962	19,3	21,5	18,5	19,1	31,0	30,8	31,6	26,7
1963	22,6	25,0	21,7	22,8	36,3	36,7	36,7	31,4
1964	25,4	26,8	24,9	25,4	40,0	37,7	41,6	34,6
1965	27,3	29,5	26,3	27,3	41,9	41,3	42,8	36,9
1966	30,5	34,0	29,1	30,6	46,1	47,5	46,2	40,6
1967	33,7	38,5	31,7	33,6	51,0	54,9	50,1	45,0
1968	39,4	42,6	38,0	40,0	60,3	61,9	60,4	54,8
1969	48,1	47,9	48,0	49,2	70,0	65,0	72,7	65,4
1970	48,8	51,7	47,5	50,4	67,4	67,9	67,4	66,1
1971	50,4	53,6	48,4	56,6	67,2	71,9	64,7	72,2
1972	56,1	61,4	53,2	62,4	73,2	83,6	68,6	76,9
1973	75,2	77,2	74,4	75,3	93,0	97,2	92,0	88,5
1974	90,5	105,7	85,7	80,3	97,0	100,2	97,3	84,7
1975	79,2	85,4	77,1	76,6	82,2	86,7	80,9	78,7
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	97,2	101,7	94,8	102,1	96,0	105,6	91,5	99,6
1978	101,5	108,8	97,3	110,8	98,8	114,0	91,7	106,5
1979	116,3	126,9	111,1	122,7	108,3	123,0	101,6	113,2
1980	122,8	135,3	116,6	130,7	108,2	122,4	101,7	114,2
1981	143,4	153,8	138,5	147,6	120,4	131,3	115,3	123,6
1977 1. Vj.	98,7	104,4	95,8	102,4	97,7	107,3	93,5	100,5
2. Vj.	97,0	104,0	92,8	106,6	95,5	107,3	89,5	104,0
3. Vj.	88,9	95,6	86,0	89,6	87,5	99,4	82,7	87,2
4. Vj.	104,4	102,9	104,4	109,6	103,2	108,7	100,3	106,5
1978 1. Vj.	99,8	106,2	96,3	106,5	98,0	112,6	91,5	102,9
2. Vj.	101,3	112,3	95,1	114,3	98,5	117,6	89,6	109,9
3. Vj.	96,7	106,4	92,1	101,6	93,8	110,7	86,6	97,4
4. Vj.	108,2	110,3	105,7	121,0	104,8	115,3	99,2	115,9
1979 1. Vj.	111,5	124,9	105,0	118,8	106,3	127,3	97,1	112,3
2. Vj.	121,2	129,9	116,8	126,7	113,2	126,4	107,1	117,5
3. Vj.	110,3	123,0	104,9	111,3	101,8	116,6	95,6	101,6
4. Vj.	122,2	129,7	117,5	134,0	112,1	122,1	106,6	121,4
1980 1. Vj.	131,1	152,1	120,8	143,2	117,3	138,8	107,1	127,3
2. Vj.	126,5	139,6	120,3	131,9	111,3	125,4	104,9	115,5
3. Vj.	109,6	119,3	104,8	115,2	96,2	108,1	90,8	99,9
4. Vj.	124,1	130,2	120,4	132,7	108,5	117,6	103,8	114,6
1981 1. Vj.	140,5	158,6	131,9	148,9	120,4	140,1	111,6	126,6
2. Vj.	139,8	157,7	131,7	145,3	117,9	136,4	109,8	122,1
3. Vj.	138,5	148,2	134,6	137,7	115,2	124,3	111,5	114,8
4. Vj.	154,8	150,8	155,9	158,7	127,9	125,1	128,6	131,2
1982 1. Vj.	156,8	174,3	148,3	166,5	126,5	140,3	119,5	136,0
2. Vj.	139,8	148,2	134,1	156,7	111,4	117,9	106,2	127,9
3. Vj.	127,4	136,7	122,1	138,0	101,1	108,8	96,1	113,3

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 40*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Wertindex 1976 = 100

Zeitraum	Verarbeitendes Gewerbe			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		
	insgesamt	Inland	Ausland	zusammen	Inland	Ausland
1971	75,4	85,7	62,5	68,4	71,7	59,7
1972	69,4	79,4	57,2	75,5	77,3	70,7
1973	84,3	91,2	75,9	115,6	112,3	124,2
1974	93,3	88,0	99,8	152,6	131,7	207,9
1975	96,8	96,5	97,3	90,7	89,6	93,7
1976	100	100	100	100	100	100
1977	99,2	96,7	102,5	86,3	83,6	93,6
1978	104,8	104,4	105,3	93,5	88,4	107,1
1979	120,2	123,5	116,0	116,9	110,7	133,3
1980	127,2	128,7	125,3	117,0	112,0	130,2
1981	133,9	128,5	140,7	110,6	106,1	122,5
1974 1. Vj.	91,1	90,2	92,2	147,9	127,9	200,5
2. Vj.	95,5	92,1	99,7	166,4	145,9	220,4
3. Vj.	94,3	86,0	104,4	164,6	137,5	236,4
4. Vj.	92,4	83,9	102,9	131,6	115,4	174,5
1975 1. Vj.	91,5	82,8	102,1	103,1	96,8	119,9
2. Vj.	95,8	93,7	98,4	89,9	89,7	90,7
3. Vj.	100,6	106,0	93,8	85,3	86,5	82,0
4. Vj.	99,5	103,4	94,7	84,6	85,6	82,2
1976 1. Vj.	102,1	104,8	98,8	99,8	101,7	94,8
2. Vj.	100,9	103,9	97,1	109,1	109,0	109,3
3. Vj.	99,0	96,9	101,6	104,5	102,7	109,2
4. Vj.	98,0	94,3	102,5	86,6	86,6	86,7
1977 1. Vj.	100,4	89,4	102,9	86,2	84,3	91,3
2. Vj.	101,6	99,4	104,2	89,9	87,4	96,3
3. Vj.	97,0	93,5	101,4	86,8	83,2	96,4
4. Vj.	98,0	95,3	101,4	82,3	79,3	90,3
1978 1. Vj.	101,3	99,9	103,1	90,2	88,1	95,6
2. Vj.	103,9	103,4	104,4	93,3	87,6	108,2
3. Vj.	105,4	106,0	104,6	96,1	89,3	113,9
4. Vj.	108,6	108,3	109,0	94,5	88,5	110,6
1979 1. Vj.	115,2	117,2	112,8	109,6	102,5	128,1
2. Vj.	120,7	125,0	115,4	117,3	110,2	136,1
3. Vj.	121,0	124,2	117,1	124,8	117,5	144,2
4. Vj.	123,6	127,6	118,8	115,9	112,4	124,9
1980 1. Vj.	126,1	127,7	124,1	122,2	118,0	133,4
2. Vj.	129,8	130,9	128,4	124,1	117,1	142,6
3. Vj.	127,8	129,2	126,1	114,5	108,5	130,5
4. Vj.	125,0	127,0	122,5	107,2	104,5	114,1
1981 1. Vj.	129,2	127,2	131,7	110,4	106,6	120,5
2. Vj.	135,9	131,6	141,4	112,4	106,0	129,2
3. Vj.	135,4	128,5	143,8	113,1	107,7	127,3
4. Vj.	135,2	126,7	145,8	106,6	104,1	113,0
1982 1. Vj.	136,5	125,8	149,8	112,6	104,9	132,9
2. Vj.	137,8	127,3	150,7	110,2	105,1	123,5
3. Vj.[2])	133,2	122,5	146,5	102,2	97,8	113,8

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 40*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe [1])

Wertindex 1976 = 100

Zeitraum	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe			Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		
	zusammen	Inland	Ausland	zusammen	Inland	Ausland
1971	75,3	86,8	63,0	83,3	90,8	53,8
1972	67,3	77,7	56,3	90,4	97,6	62,0
1973	80,3	87,0	73,1	98,1	103,0	79,1
1974	87,8	81,7	94,3	89,9	91,6	83,0
1975	98,5	98,8	98,2	81,8	84,0	73,2
1976	100	100	100	100	100	100
1977	100,6	98,3	103,1	97,9	97,7	98,6
1978	106,0	106,6	105,3	104,3	105,1	101,0
1979	121,1	126,5	115,3	113,5	113,3	114,5
1980	129,1	132,7	125,2	114,7	113,2	120,7
1981	137,7	133,9	141,8	112,9	107,2	135,1
1974 1. Vj.	86,0	85,7	86,4	84,1	83,5	86,6
2. Vj.	88,1	83,5	93,2	101,4	103,7	92,4
3. Vj.	88,2	79,1	98,0	83,5	85,8	74,3
4. Vj.	88,7	78,6	99,7	90,4	93,4	78,7
1975 1. Vj.	92,0	82,3	102,4	68,9	70,6	62,6
2. Vj.	96,8	94,3	99,5	89,8	93,1	77,0
3. Vj.	103,9	111,8	95,4	74,9	77,1	66,1
4. Vj.	101,4	106,8	95,6	93,5	95,2	87,1
1976 1. Vj.	103,5	107,3	99,5	85,9	86,4	83,8
2. Vj.	99,3	102,3	96,0	111,8	112,2	109,9
3. Vj.	98,8	96,3	101,4	94,9	95,1	94,1
4. Vj.	98,4	94,1	103,1	107,5	106,3	112,1
1977 1. Vj.	102,6	101,5	103,8	88,5	87,3	93,3
2. Vj.	102,1	99,9	104,5	109,1	109,3	108,6
3. Vj.	98,6	95,4	102,1	88,5	88,8	87,2
4. Vj.	99,0	96,3	101,8	105,3	105,2	105,3
1978 1. Vj.	103,3	102,6	104,0	90,2	90,1	90,5
2. Vj.	104,3	104,4	104,1	113,4	114,8	107,8
3. Vj.	107,0	109,3	104,5	95,5	97,0	89,4
4. Vj.	109,3	110,0	108,7	118,1	118,6	116,3
1979 1. Vj.	116,9	121,1	112,4	101,4	100,7	104,4
2. Vj.	120,7	126,9	114,1	126,8	127,1	126,0
3. Vj.	121,9	127,2	116,2	106,4	106,2	107,4
4. Vj.	124,8	130,7	118,6	119,3	119,1	120,1
1980 1. Vj.	127,7	131,2	123,9	109,9	108,1	116,6
2. Vj.	130,4	133,0	127,5	130,0	128,4	136,2
3. Vj.	130,7	134,7	126,4	105,4	104,8	107,7
4. Vj.	127,5	131,8	123,0	113,6	111,4	122,4
1981 1. Vj.	133,0	133,2	132,8	101,4	97,6	115,9
2. Vj.	139,1	136,6	141,8	124,5	119,0	146,2
3. Vj.	139,7	134,5	145,2	105,6	100,1	127,5
4. Vj.	139,1	131,4	147,4	120,0	112,1	150,7
1982 1. Vj.	140,9	131,5	150,9	108,6	99,6	143,8
2. Vj.	141,1	131,1	151,7	129,6	120,2	166,3
3. Vj. [2])	138,2	128,4	148,6	106,4	98,9	135,4

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 41*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1950 [2])	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951 [2])	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952 [2])	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953 [2])	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954 [2])	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955 [2])	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956 [2])	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957 [2])	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958 [2])	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959 [2])	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 130	22 058	941 072	281 181	389 358	144 992	125 542
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 461	345 179	438 254	161 951	133 076
1980	1 196 543	29 240	1 167 303	381 258	470 800	172 936	142 309
1981	1 255 937	32 546	1 223 391	401 681	492 851	172 500	156 358
1979 1. Vj.	255 641	6 519	249 122	76 120	101 371	39 301	31 829
2. Vj.	275 812	6 514	269 298	87 264	109 844	38 719	33 471
3. Vj.	273 709	6 843	266 866	89 306	104 573	40 292	32 695
4. Vj.	300 191	7 017	293 174	92 490	121 965	43 639	35 079
1980 1. Vj.	296 870	7 231	289 639	96 612	113 605	44 761	34 662
2. Vj.	298 063	7 051	291 012	97 253	117 314	41 158	35 287
3. Vj.	288 768	6 553	282 215	92 276	112 276	42 811	34 851
4. Vj.	312 841	8 405	304 436	95 117	127 605	44 205	37 510
1981 1. Vj.	300 733	8 360	292 373	96 822	113 794	43 647	38 111
2. Vj.	306 077	7 256	298 821	99 694	119 631	40 657	38 840
3. Vj.	312 328	7 800	304 527	102 482	120 396	43 394	38 255
4. Vj.	336 799	9 130	327 669	102 683	139 030	44 803	41 153
1982 1. Vj.	316 151	8 727	307 423	99 381	123 733	44 198	40 112
2. Vj.	322 407	7 892	314 515	102 424	129 924	41 277	40 889
3. Vj.	311 376	7 288	304 088	98 103	123 983	42 357	39 645

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 41*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1953 [2])	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954 [2])	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955 [2])	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956 [2])	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957 [2])	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958 [2])	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959 [2])	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 533	18 217	717 316	217 760	256 399	125 174	117 983
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1980	906 046	24 275	881 772	294 417	307 572	147 778	132 005
1981	928 796	27 495	901 302	303 330	309 084	144 994	143 894
1979 1. Vj.	194 612	5 365	189 247	57 993	67 756	33 706	29 791
2. Vj.	210 122	5 147	204 975	67 140	73 476	33 232	31 127
3. Vj.	208 548	5 374	203 175	69 002	69 173	34 457	30 542
4. Vj.	226 435	5 715	220 720	71 480	79 016	37 522	32 702
1980 1. Vj.	225 563	5 951	219 612	73 752	75 422	38 149	32 288
2. Vj.	224 702	5 841	218 861	75 272	75 711	35 135	32 742
3. Vj.	220 309	5 484	214 825	72 019	73 932	36 570	32 304
4. Vj.	235 472	6 998	228 474	73 373	82 506	37 924	34 671
1981 1. Vj.	226 156	7 037	219 119	73 185	73 904	36 890	35 141
2. Vj.	226 774	5 997	220 777	75 035	75 809	34 218	35 716
3. Vj.	230 363	6 467	223 896	77 700	74 647	36 351	35 199
4. Vj.	245 503	7 994	237 509	77 411	84 724	37 536	37 838
1982 1. Vj.	229 829	7 682	222 146	73 065	75 678	36 534	36 869
2. Vj.	233 085	6 764	226 321	76 070	78 635	34 021	37 594
3. Vj.	229 146	6 282	222 864	74 660	76 751	35 012	36 440

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 41*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1953 [2])	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954 [2])	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955 [2])	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 [2])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957 [2])	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958 [2])	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959 [2])	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	[illegible]	[illegible]	[illegible]	104 988	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1980	290 496	4 965	285 531	86 841	163 228	25 158	10 304
1981	327 141	5 052	322 089	98 351	183 767	27 506	12 465
1979 1. Vj.	61 029	1 154	59 875	18 127	34 115	5 595	2 039
2. Vj.	65 690	1 367	64 323	20 123	36 368	5 487	2 344
3. Vj.	65 161	1 469	63 692	20 303	35 400	5 835	2 154
4. Vj.	73 756	1 303	72 453	21 010	42 949	6 117	2 377
1980 1. Vj.	71 307	1 280	70 027	22 859	38 183	6 612	2 373
2. Vj.	73 362	1 211	72 151	21 981	41 602	6 022	2 545
3. Vj.	68 458	1 068	67 390	20 257	38 345	6 242	2 547
4. Vj.	77 369	1 407	75 963	21 744	45 098	6 281	2 839
1981 1. Vj.	74 577	1 323	73 254	23 637	39 890	6 756	2 970
2. Vj.	79 303	1 259	78 044	24 660	43 822	6 439	3 123
3. Vj.	81 964	1 334	80 631	24 782	45 750	7 043	3 056
4. Vj.	91 296	1 136	90 160	25 272	54 305	7 268	3 315
1982 1. Vj.	86 322	1 045	85 277	26 316	48 055	7 664	3 243
2. Vj.	89 322	1 129	88 194	26 353	51 289	7 256	3 295
3. Vj.	82 230	1 006	81 224	23 444	47 232	7 345	3 204

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 42*

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe [1])

Zeitraum	Index der Nettoproduktion								Index der Bruttoproduktion [3])	
	insgesamt [2])	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
		zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe						
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter [4])	Verbrauchsgüter [4])
	1970 = 100									
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
	1976 = 100									
1970	92,6	93,2	119,5	92,4	92,6	92,6	93,7	88,7	95,1	93,0
1971	93,7	93,7	117,4	93,0	92,5	91,9	96,7	92,8	95,4	95,0
1972	97,5	96,9	111,3	96,4	97,0	94,4	102,4	93,7	98,3	98,2
1973	103,0	102,7	108,7	102,5	105,9	101,1	104,4	96,7	102,3	101,4
1974	100,6	100,5	107,6	100,2	104,7	98,5	99,4	97,2	100,5	93,1
1975	93,8	93,8	103,4	93,5	91,0	93,9	94,0	97,1	98,1	91,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	102,7	95,0	102,9	100,6	104,9	103,6	100,0	102,5	107,5
1978	104,9	104,2	94,2	104,5	104,1	105,3	104,0	102,9	102,6	108,4
1979	110,6	109,6	98,3	109,9	112,6	110,4	107,8	105,3	107,4	110,6
1980	110,2	109,6	98,2	109,9	108,5	112,9	106,5	107,4	111,6	105,3
1981	108,1	108,0	98,9	108,2	104,5	112,9	101,2	109,8	113,4	100,7
1979 1. Vj.	102,5	103,4	105,1	103,3	104,3	104,0	104,0	98,0	96,9	113,2
2. Vj.	116,6	115,2	97,8	115,7	119,5	116,6	112,2	109,3	112,0	117,4
3. Vj.	104,5	102,3	91,5	102,6	111,6	99,0	99,0	100,7	97,9	97,2
4. Vj.	119,3	118,0	98,9	118,6	115,3	123,3	116,7	112,0	124,0	115,4
1980 1. Vj.	109,6	109,8	103,6	109,9	112,3	111,3	108,9	102,0	105,6	112,5
2. Vj.	117,6	116,6	98,5	117,1	116,6	120,8	112,1	112,2	117,9	112,6
3. Vj.	101,3	100,1	91,6	100,4	102,0	100,7	96,2	101,5	101,6	91,8
4. Vj.	113,2	112,6	99,2	113,0	103,8	119,9	109,8	112,9	122,4	105,2
1981 1. Vj.	105,5	106,8	103,6	106,9	104,0	110,4	103,1	106,3	106,5	107,8
2. Vj.	114,7	113,8	97,4	114,3	110,3	120,0	105,9	114,5	119,9	106,6
3. Vj.	100,9	99,8	92,9	100,0	101,4	100,9	92,3	104,4	102,7	87,8
4. Vj.	111,9	112,0	102,0	112,3	102,9	121,3	104,2	112,8	125,5	101,8
1982 1. Vj.	105,2	107,3	102,7	107,5	100,9	114,9	99,7	106,8	108,4	107,4
2. Vj.	112,6	113,0	97,8	113,4	108,4	121,4	102,0	112,5	118,0	108,0
3. Vj.	95,7	95,0	90,8	95,1	93,0	97,9	87,9	99,7	98,3	85,8

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff. und 5/1981, S. 315 ff.
[2]) Einschließlich Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).
[3]) Die Zuordnung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[4]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 43*

Beschäftigte im Bergbau und

in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955 [1]	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	[illegible]	[illegible]	[illegible]	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1980	7 660	5 411	231	187	7 428	5 224
1981	7 489	5 232	235	190	7 254	5 042
1979 1. Vj.	7 549	5 346	228	184	7 321	5 162
2. Vj.	7 557	5 353	227	183	7 329	5 170
3. Vj.	7 646	5 429	230	186	7 416	5 243
4. Vj.	7 677	5 440	230	186	7 447	5 255
1980 1. Vj.	7 647	5 412	228	184	7 419	5 227
2. Vj.	7 646	5 409	229	185	7 418	5 224
3. Vj.	7 697	5 442	234	189	7 463	5 253
4. Vj.	7 647	5 381	234	190	7 413	5 191
1981 1. Vj.	7 539	5 277	234	189	7 305	5 088
2. Vj.	7 485	5 232	234	189	7 251	5 043
3. Vj.	7 501	5 243	236	191	7 265	5 052
4. Vj.	7 430	5 174	236	191	7 194	4 983
1982 1.Vj.	7 303	5 063	235	189	7 068	4 874
2. Vj.	7 245	5 018	234	188	7 011	4 829
3. Vj.	7 235	5 012	233	188	7 002	4 824

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 43*

im Verarbeitenden Gewerbe[1])

1 000

arbeitendes Gewerbe

Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		Investitionsgüter produzierendes Gewerbe		Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		Zeitraum
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950 [2])
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951 [2])
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952 [2])
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953 [2])
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954 [2])
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955 [2])
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956 [2])
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957 [2])
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958 [2])
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959 [2])
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 544	1 053	3 810	2 621	1 583	1 225	491	325	1980
1 502	1 011	3 752	2 549	1 512	1 159	488	322	1981
1 513	1 030	3 738	2 579	1 588	1 232	482	320	1979 1. Vj.
1 527	1 045	3 735	2 576	1 584	1 228	483	321	2. Vj.
1 544	1 060	3 779	2 612	1 596	1 238	497	333	3. Vj.
1 544	1 056	3 807	2 627	1 602	1 242	494	329	4. Vj.
1 540	1 050	3 803	2 623	1 591	1 234	485	321	1980 1. Vj.
1 545	1 056	3 803	2 620	1 584	1 227	485	321	2. Vj.
1 553	1 062	3 827	2 632	1 586	1 227	497	332	3. Vj.
1 538	1 043	3 807	2 606	1 573	1 213	494	328	4. Vj.
1 506	1 014	3 773	2 570	1 540	1 185	485	320	1981 1. Vj.
1 506	1 015	3 743	2 543	1 519	1 165	484	319	2. Vj.
1 509	1 018	3 756	2 552	1 506	1 154	495	329	3. Vj.
1 489	999	3 734	2 531	1 482	1 132	488	322	4. Vj.
1 454	967	3 691	2 494	1 450	1 104	473	309	1982 1. Vj.
1 454	968	3 660	2 468	1 429	1 086	469	307	2. Vj.
1 453	969	3 659	2 467	1 412	1 072	478	316	3. Vj.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 44*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1]

Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1950[2]	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951[2]	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952[2]	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953[2]	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954[2]	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955[2]	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956[2]	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957[2]	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958[2]	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959[2]	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 193	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1979	9 254	283	8 970	1 835	4 437	2 087	612
1980	9 153	286	8 867	1 818	4 402	2 042	605
1981	8 707	291	8 416	1 717	4 212	1 892	596
1979 1. Vj.	2 353	75	2 278	453	1 136	538	151
2. Vj.	2 304	69	2 236	461	1 106	518	150
3. Vj.	2 225	70	2 155	452	1 053	496	154
4. Vj.	2372	70	2 302	468	1 142	535	157
1980 1. Vj.	2 388	75	2 313	468	1 155	539	151
2. Vj.	2 265	68	2 197	454	1 093	503	147
3. Vj.	2 207	72	2 135	448	1 047	488	152
4. Vj.	2 293	71	2 221	448	1 106	512	156
1981 1. Vj.	2 228	75	2 153	431	1 080	495	147
2. Vj.	2 158	70	2 088	431	1 043	469	145
3. Vj.	2 111	72	2 039	425	1 011	453	151
4. Vj.	2 210	74	2 136	431	1 078	475	153
1982 1. Vj.	2 152	76	2 076	412	1 058	463	143
2. Vj.	2 086	70	2 016	412	1 022	442	140
3. Vj.	1 993	71	1 922	395	962	419	145

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). – Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 45*

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
				1970 = 100			
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
				1976 = 100			
1970	75,0	88,7	74,5	74,1	75,8	71,4	78,7
1971	78,0	90,2	77,6	77,4	77,9	75,9	83,0
1972	83,2	96,1	82,8	83,8	82,7	81,4	85,5
1973	87,9	100,0	87,5	90,8	86,9	85,5	88,7
1974	90,6	100,4	90,3	93,4	88,6	88,9	93,3
1975	93,4	98,1	93,3	90,8	93,4	93,4	99,5
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,6	100,4	104,7	103,8	105,2	105,9	105,9
1978	108,0	103,8	108,2	110,1	107,3	107,6	110,5
1979	113,5	108,2	113,7	119,3	111,7	112,7	114,5
1980	114,8	107,4	115,0	116,6	114,8	114,1	118,1
1981	117,6	106,3	118,1	117,2	118,9	115,6	122,3
1979 1. Vj.	107,4	111,1	107,3	111,9	105,4	108,0	110,0
2. Vj.	114,5	107,4	114,7	122,2	112,2	112,3	115,1
3. Vj.	114,2	105,7	114,5	123,2	109,7	113,6	113,7
4. Vj.	118,0	108,7	118,3	118,7	119,1	117,4	119,1
1980 1. Vj.	112,5	110,1	112,6	117,8	110,7	113,3	114,6
2. Vj.	116,1	108,1	116,2	120,4	115,4	113,8	118,5
3. Vj.	114,1	104,1	114,4	114,9	113,5	113,4	117,0
4. Vj.	116,8	108,3	117,1	112,0	120,0	116,4	121,7
1981 1. Vj.	114,0	108,2	114,1	115,8	113,7	112,8	119,7
2. Vj.	117,6	104,5	118,0	118,5	118,7	113,7	122,0
3. Vj.	117,7	104,6	118,1	119,2	116,9	116,4	121,2
4. Vj.	121,2	109,1	121,5	115,0	125,5	119,6	125,5
1982 1. Vj.	117,6	105,9	118,1	116,7	119,9	115,6	122,9
2. Vj.	121,7	105,4	122,1	121,9	123,7	117,5	125,3
3. Vj.	117,8	104,6	118,3	116,9	118,3	118,4	119,5

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff. und 5/1981, S. 315 ff.

Tabelle 46*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten							
	umbauter Raum[1]				veranschlagte reine Baukosten[2]			
	insgesamt	Wohnbau	Nichtwohnbau		insgesamt	Wohnbau	Nichtwohnbau	
			Wirtschaftsbau[3]	Öffentlicher Bau[4]			Wirtschaftsbau[3]	Öffentlicher Bau[4]
	1 000 cbm				Mio DM			
1950	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.
1952	230 108	135 652	94 456		9 694	6 216	3 478	
1953	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510	
1954	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313	
1955 [5]	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425	
1956	304 197	180 297	123 900		16 130	10 061	6 069	
1957	286 391	174 078	112 313		16 404	10 459	5 945	
1958	311 254	193 297	117 957		19 208	12 386	6 821	
1959	343 689	210 904	132 785		22 136	14 321	7 815	
1960	392 427	234 427	158 000		27 491	17 253	10 238	
1961	422 657	248 582	174 075		31 685	19 851	11 834	
1962	425 658	252 434	135 881	37 343	34 675	22 176	7 744	4 756
1963	383 726	229 774	115 015	38 936	34 189	21 836	7 006	5 348
1964	429 635	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397	9 032	6 309
1965	441 163	259 257	137 138	44 769	44 879	28 534	9 484	6 860
1966	421 309	245 143	136 995	39 171	44 680	28 555	9 840	6 285
1967	378 533	219 319	120 828	38 386	41 483	26 062	9 105	6 316
1968	400 265	226 408	132 687	41 170	43 187	27 031	9 594	6 562
1969	470 177	242 236	185 986	41 956	49 521	29 541	13 307	6 673
1970	497 264	266 573	184 841	45 850	59 058	35 529	15 299	8 230
1971	542 377	313 124	180 151	49 102	73 588	47 011	16 916	9 661
1972	567 238	343 057	178 182	45 999	87 234	57 221	19 769	10 244
1973	520 450	303 315	173 875	43 260	85 939	55 732	19 916	10 291
1974	388 207	209 250	123 953	55 004	72 217	41 964	15 472	14 781
1975	384 504	190 694	141 211	52 599	74 271	40 482	18 801	14 988
1976	374 089	210 227	128 309	35 553	72 857	46 338	16 559	9 961
1977	353 042	205 056	118 581	29 406	71 309	46 773	15 632	8 904
1978	421 216	247 614	137 520	36 083	88 531	59 182	18 395	10 954
1979	395 688	227 956	137 349	30 362	89 655	59 998	19 225	10 432
1980	389 154	215 351	141 121	32 681	96 642	61 722	22 216	12 703
1981	343 739	189 110	125 895	28 735	93 320	59 858	21 690	11 771
1980 1. Vj.	89 016	51 320	30 147	7 551	21 349	14 075	4 544	2 730
2. Vj.	103 399	58 862	36 390	8 141	25 520	16 711	5 685	3 125
3. Vj.	104 064	56 997	38 614	8 454	26 072	16 547	6 188	3 337
4. Vj.	92 754	48 223	35 995	8 542	23 723	14 406	5 808	3 510
1981 1. Vj.	78 960	44 942	28 208	5 813	20 886	13 713	4 801	2 372
2. Vj.	96 338	55 375	34 046	6 915	25 605	17 274	5 576	2 755
3. Vj.	91 376	50 139	33 626	7 609	25 241	16 182	5 763	3 296
4. Vj.	77 103	38 695	30 013	8 396	21 596	12 702	5 550	3 344
1982 1. Vj.	70 203	37 974	26 308	5 920	20 472	12 677	5 168	2 627
2. Vj.	78 013	45 238	27 871	4 908	22 755	15 197	5 011	2 546
3. Vj.	80 393	44 338	30 220	5 836	23 343	15 126	5 511	2 707

[1]) Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[2]) Alle Baumaßnahmen.
[3]) Unternehmen, freie Berufe und private Haushalte.
[4]) Öffentliche Bauherren: Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung und Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 47*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

a) Wertindex 1976 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1] Auftraggeber	öffentliche[2] Auftraggeber			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2]
1971	110,7	114,4	120,2	113,9	104,8	105,0	94,2	112,8	104,9
1972	116,1	125,4	145,9	114,7	104,7	102,0	92,4	108,8	105,7
1973	111,5	116,3	118,9	114,0	115,4	104,2	96,6	109,6	105,3
1974	99,7	98,3	90,2	90,8	127,2	101,8	98,5	104,1	104,6
1975	106,6	104,0	94,4	106,1	119,8	110,4	101,5	116,6	117,3
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	115,6	111,4	120,3	107,1	101,4	122,7	124,8	121,1	118,3
1978	142,5	138,7	158,2	123,8	124,9	148,9	145,0	151,7	153,2
1979	160,8	157,9	172,0	149,3	143,2	165,4	157,1	171,3	167,2
1980	165,2	164,3	169,8	166,4	149,0	166,6	142,9	183,4	173,4
1981	140,9	148,7	152,1	153,1	134,0	128,5	112,4	139,9	123,3
1975 1. Vj.	86,7	88,0	77,2	95,8	96,1	84,7	64,8	98,9	96,7
2. Vj.	122,3	114,6	103,7	115,1	135,5	133,9	124,6	140,5	137,2
3. Vj.	114,1	111,6	98,8	120,3	122,0	118,0	126,8	111,7	113,0
4. Vj.	103,1	101,9	97,8	93,2	125,6	104,8	89,9	115,3	122,3
1976 1. Vj.	88,5	94,8	101,2	88,1	94,0	79,0	60,4	92,2	91,8
2. Vj.	109,6	110,5	110,7	117,2	99,1	108,2	112,5	105,1	103,5
3. Vj.	106,5	98,8	100,7	97,3	98,5	118,2	134,1	107,0	109,9
4. Vj.	95,3	95,7	87,5	97,5	108,5	94,7	93,2	95,7	94,8
1977 1. Vj.	90,8	94,2	102,6	96,3	74,3	85,5	74,3	93,4	83,7
2. Vj.	126,3	119,1	129,7	111,3	111,9	138,2	152,4	128,0	124,9
3. Vj.	128,4	116,8	123,2	109,5	117,5	147,1	165,0	134,3	131,8
4. Vj.	117,0	115,4	125,8	111,5	101,8	119,9	107,5	128,7	132,9
1978 1. Vj.	113,5	116,5	139,6	103,8	91,5	108,7	90,7	121,6	118,9
2. Vj.	157,3	145,9	170,5	127,0	128,7	175,8	173,7	177,2	182,2
3. Vj.	160,5	149,8	164,6	129,0	156,4	178,0	194,3	166,3	168,6
4. Vj.	138,7	142,3	158,2	135,3	122,8	133,1	121,3	141,5	142,9
1979 1. Vj.	135,3	140,3	155,6	133,9	119,2	127,3	110,2	139,5	128,9
2. Vj.	182,6	178,2	195,7	167,4	160,0	189,6	191,4	188,2	186,9
3. Vj.	174,3	162,5	170,4	157,5	154,6	193,2	194,1	192,5	191,2
4. Vj.	150,9	150,5	166,2	138,3	138,8	151,5	132,6	164,9	161,6
1980 1. Vj.	158,0	158,3	169,6	162,5	127,4	157,7	123,0	182,2	172,7
2. Vj.	180,9	174,2	180,9	176,1	156,6	191,7	171,7	206,2	194,2
3. Vj.	173,5	170,1	168,3	168,6	176,2	178,9	167,2	187,2	173,8
4. Vj.	148,3	154,5	160,3	158,4	135,9	138,2	110,2	158,0	153,1
1981 1. Vj.	136,3	147,6	164,8	146,1	114,4	118,1	89,4	138,4	123,3
2. Vj.	158,8	168,3	178,0	169,4	146,1	143,6	133,1	151,1	131,7
3. Vj.	149,4	152,6	145,9	163,5	148,1	144,1	135,0	150,5	135,0
4. Vj.	119,3	126,2	119,6	133,5	127,3	108,2	92,0	119,6	103,3
1982 1. Vj.	119,0	128,7	137,3	134,7	100,6	103,3	79,3	120,4	101,4
2. Vj.	155,3	158,1	166,0	158,3	141,3	150,7	148,0	152,5	135,6
3. Vj.	154,9	157,3	154,4	163,7	152,7	151,0	144,4	155,7	140,9

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

noch Tabelle 47*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

b) Volumenindex 1976 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	134,0	139,4	148,5	133,1	125,3	112,1	134,8
1972	134,5	144,6	169,4	127,3	119,0	108,5	126,4
1973	123,1	127,0	130,5	124,5	116,8	109,7	122,0
1974	104,0	102,7	94,3	108,9	105,5	102,1	107,9
1975	109,6	107,5	97,3	114,9	112,2	103,0	118,9
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	110,9	106,0	114,4	100,0	119,0	121,8	117,3
1978	129,3	125,0	142,0	112,6	137,0	133,5	139,4
1979	134,2	131,4	142,6	123,0	139,0	131,9	143,9
1980	123,8	123,0	125,9	121,3	125,2	107,0	138,2
1981	100,9	105,5	106,8	105,0	93,6	81,7	102,0
1975 1. Vj.	89,9	91,7	80,2	100,3	86,8	66,3	101,3
2. Vj.	125,4	118,3	106,7	126,7	135,6	125,9	142,5
3. Vj.	117,0	114,9	101,7	124,5	119,8	128,4	114,2
4. Vj.	105,9	105,1	100,8	108,3	106,6	91,3	117,6
1976 1. Vj.	90,4	97,0	103,5	92,5	80,1	61,1	93,7
2. Vj.	110,0	111,0	111,2	110,9	108,1	112,5	105,2
3. Vj.	105,6	97,7	99,4	96,6	117,5	133,5	106,3
4. Vj.	94,2	94,2	86,0	100,1	94,1	92,9	95,0
1977 1. Vj.	89,2	91,9	100,1	86,1	84,7	73,9	92,4
2. Vj.	121,5	113,6	123,8	106,3	134,6	149,3	124,3
3. Vj.	122,1	110,0	115,8	106,1	141,9	160,1	129,3
4. Vj.	110,9	108,3	117,8	101,3	115,0	103,7	123,1
1978 1. Vj.	106,2	107,9	129,7	92,2	103,3	86,6	115,1
2. Vj.	144,4	132,6	154,6	116,2	163,8	162,9	164,7
3. Vj.	143,8	132,9	146,0	123,4	161,9	178,0	150,9
4. Vj.	123,1	125,0	139,2	114,8	120,0	110,1	127,2
1979 1. Vj.	119,0	122,7	135,6	112,8	113,2	97,9	123,8
2. Vj.	154,2	149,8	163,8	139,1	161,5	163,2	160,4
3. Vj.	142,3	132,3	138,0	128,1	158,5	159,1	158,0
4. Vj.	121,5	120,9	132,9	111,9	122,7	107,2	133,5
1980 1. Vj.	123,2	123,4	130,9	117,9	122,9	95,5	142,2
2. Vj.	135,6	130,6	134,2	128,2	144,0	128,2	155,0
3. Vj.	127,6	125,0	122,4	127,7	132,0	122,9	138,4
4. Vj.	108,9	113,1	116,1	111,3	102,1	81,2	117,0
1981 1. Vj.	99,2	107,0	118,1	98,7	86,8	65,6	101,9
2. Vj.	113,3	119,1	124,4	115,4	104,1	96,3	109,7
3. Vj.	106,0	107,2	101,3	112,5	104,3	97,7	109,1
4. Vj.	85,0	88,6	83,2	93,3	79,1	67,3	87,5
1982 1. Vj.	84,6	89,9	94,8	86,4	76,1	58,6	88,6
2. Vj.	109,9	109,5	113,8	106,8	111,4	109,8	112,6
3. Vj.[1]	110,0	109,0	105,8	112,1	112,3	107,9	115,5

[1]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 48*

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1976 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private [1]) Auftraggeber	öffentliche [2]) Auftraggeber			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau [2])
1971	111,7	118,6	131,6	108,6	111,7	100,4	99,0	101,2	94,5
1972	117,3	131,4	166,3	109,7	104,8	94,2	97,8	92,1	83,3
1973	117,0	127,6	151,6	112,2	110,2	99,7	106,9	95,6	87,5
1974	100,4	99,4	92,5	93,0	119,8	102,2	118,0	93,1	91,4
1975	99,3	98,8	85,4	99,9	119,3	100,0	108,9	94,9	95,2
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	94,6	91,0	90,0	94,2	89,8	101,4	113,3	94,6	95,0
1978	120,1	112,8	122,7	105,0	108,1	133,7	142,0	128,9	131,0
1979	151,3	144,9	159,3	133,7	134,9	162,5	172,8	156,6	157,4
1980	157,1	152,1	159,6	146,8	146,3	165,7	156,4	171,0	165,2
1981	146,8	148,5	149,9	146,2	149,3	143,9	127,2	153,5	140,2
1975 Mär	96,4	95,0	75,4	96,5	124,8	98,8	109,8	92,6	92,6
Jun	104,0	102,3	87,9	104,5	122,5	106,9	118,4	100,3	97,5
Sep	99,4	100,0	87,9	103,6	115,1	98,5	110,6	91,6	92,0
Dez	97,2	98,1	90,5	95,1	115,0	95,6	96,6	95,0	98,4
1976 Mär	105,3	104,6	98,3	104,0	115,8	106,4	99,8	110,2	111,4
Jun	105,8	106,3	111,4	105,4	99,3	105,0	104,5	105,4	102,7
Sep	99,0	99,1	100,3	99,2	96,9	98,9	103,6	96,3	96,6
Dez	89,7	89,8	89,7	91,3	88,2	89,6	92,0	88,3	89,1
1977 Mär	91,3	89,6	86,1	97,0	86,8	94,9	100,8	91,6	90,7
Jun	93,5	89,3	87,9	93,8	87,0	101,4	116,7	92,7	92,6
Sep	98,4	94,1	93,2	96,9	93,6	106,3	124,2	96,2	97,1
Dez	95,2	91,0	93,0	89,1	91,6	102,9	111,4	98,1	99,5
1978 Mär	108,6	103,0	111,3	97,8	97,3	119,0	128,5	113,6	114,5
Jun	119,3	110,8	119,1	105,8	105,3	134,7	148,2	127,0	125,1
Sep	126,8	118,3	128,8	108,7	115,1	142,4	150,1	138,0	142,0
Dez	125,8	119,0	131,4	107,6	114,6	138,5	141,1	137,1	142,3
1979 Mär	145,8	137,8	154,6	123,8	127,5	159,7	168,4	154,7	154,0
Jun	156,4	149,3	165,6	138,2	135,9	168,6	187,7	157,7	156,0
Sep	155,7	148,7	161,1	139,7	139,4	167,8	184,3	158,4	157,0
Dez	147,3	143,7	156,0	133,0	136,6	153,7	150,7	155,4	162,4
1980 Mär	159,0	152,0	165,5	142,2	141,4	171,1	165,7	174,1	168,5
Jun	160,5	152,4	160,6	149,6	141,9	174,6	168,6	178,0	172,1
Sep	157,0	153,6	158,3	150,2	150,1	162,9	154,9	167,4	160,4
Dez	151,7	150,3	153,8	144,9	151,7	154,1	136,3	164,3	159,9
1981 Mär	160,7	160,0	167,3	153,5	156,0	162,1	143,0	172,9	157,5
Jun	156,6	157,5	161,3	157,5	151,1	155,1	139,1	164,2	149,8
Sep	140,1	142,6	140,7	143,7	144,5	135,9	121,2	144,3	132,4
Dez	129,7	133,9	130,2	130,2	145,5	122,5	105,3	132,4	121,1
1982 Mär	135,3	139,2	136,8	145,8	134,5	128,5	115,6	135,9	121,1
Jun	136,0	137,7	141,1	141,4	126,5	133,3	126,2	137,3	121,7

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 49*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe [1])

Zeitraum	Umsatz [2]) insgesamt	Umsatz [2]) Wohnungsbau	Umsatz [2]) landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Umsatz [2]) öffentlicher und Verkehrsbau	Beschäftigte [3])	Geleistete Arbeitsstunden [4])	Nettoproduktionsindex [5])
	Mio DM				1000	Mio	1976 = 100 [6])
1950 [7])	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951 [7])	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952 [7])	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953 [7])	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954 [7])	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955 [7])	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956 [7])	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957 [7])	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958 [7])	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959 [7])	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	92,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	104,8
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	108,3
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	115,9
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	116,8
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	108,7
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	96,6
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	100
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	103,5
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 692	110,0
1979	92 080	34 703	22 770	34 606	1 240	1 724	117,4
1980	112 484	42 617	28 702	41 166	1 263	1 745	114,2
1981	110 929	41 713	28 937	40 279	1 226	1 614	105,3
1980 1. Vj.	18 268	7 260	5 159	5 849	1 226	375	97,1
2. Vj.	26 499	10 356	6 804	9 339	1 276	483	132,9
3. Vj.	30 347	11 344	7 707	11 296	1 287	470	116,5
4. Vj.	37 370	13 656	9 032	14 682	1 262	417	111,5
1981 1. Vj.	18 478	7 081	5 206	6 191	1 200	305	78,7
2. Vj.	27 735	10 810	7 141	9 784	1 250	468	127,5
3. Vj.	30 140	11 283	7 758	11 099	1 252	455	113,8
4. Vj.	34 576	12 539	8 833	13 204	1 202	385	102,5
1982 1. Vj.	16 888	6 325	4 933	5 631	1 091	275	71,3
2. Vj.	24 897	9 646	6 560	8 692	1 145	418	113,2
3. Vj.	27 938	10 097	7 613	10 229	1 161	417	101,7

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.
[2]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.
[3]) Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen.
[4]) Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden.
[5]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[6]) Von 1962 bis 1969 Basis 1970 = 100.
[7]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 50*

Einzelhandelsumsatz
1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt[1])	Darunter Einzelhandel mit							
		Nahrungs- und Genußmitteln	Textilwaren und Schuhen	Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf	elektrotechnischen und optischen Erzeugnissen, Uhren	Papierwaren und Druckerzeugnissen	pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen	Kohle und Mineralölerzeugnissen	Fahrzeugen, Maschinen, Büroeinrichtungen
	in jeweiligen Preisen								
1968	81,5	86,1	80,6	77,7	78,6	85,2	85,1	83,8	68,5
1969	89,8	92,5	89,7	87,4	87,5	93,8	93,6	88,1	84,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	110,4	109,7	111,2	114,9	111,9	110,8	110,3	105,2	106,0
1972	121,0	120,0	122,7	130,0	126,1	119,9	119,6	107,0	110,9
1973	129,9	130,1	127,4	138,2	134,5	129,3	130,2	148,9	110,2
1974	136,9	137,0	134,1	144,5	148,0	141,4	142,3	160,7	103,5
1975	149,2	147,1	144,6	150,9	156,3	154,5	154,4	165,4	129,4
1976	159,8	159,1	149,3	157,9	163,3	162,5	162,9	191,5	148,4
1977	171,3	170,2	159,4	176,0	176,6	172,7	169,1	183,4	169,4
1978	180,1	178,0	169,5	184,1	185,0	182,7	177,7	195,4	182,9
1979	191,5	187,3	175,3	192,9	194,0	195,4	184,1	296,7	191,0
1980	202,3	202,3	190,4	208,6	208,1	211,3	194,5	292,2	184,8
1981	207,7	209,2	191,7	211,0	217,1	215,0	201,8	312,5	190,1
1981 1. Vj.	191,2	190,7	166,9	191,1	185,8	183,3	192,4	330,0	194,5
2. Vj.	199,9	207,4	177,0	201,7	180,5	186,1	203,8	256,0	207,8
3. Vj.	196,4	207,2	170,8	196,5	189,7	216,4	196,0	327,6	169,9
4. Vj.	243,4	231,5	252,3	254,6	312,2	274,1	215,1	336,3	188,1
1982 1. Vj.	194,4	201,1	163,8	188,8	192,0	192,6	187,6	358,7	196,5
2. Vj.	201,5	222,2	172,5	192,0	186,2	187,1	198,7	286,4	210,0
3. Vj.	194,9	215,2	160,1	195,0	186,8	215,2	196,9	320,1	166,9
	in Preisen von 1970								
1968	84,9	89,1	84,3	81,4	80,3	90,5	89,1	86,7	72,7
1969	92,6	94,2	93,1	90,9	88,9	97,7	96,4	93,6	89,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,5	106,1	104,8	108,8	108,6	103,4	105,6	97,1	100,0
1972	110,4	110,4	109,2	118,5	118,5	108,9	109,9	97,8	100,5
1973	111,2	112,3	105,6	120,0	119,6	111,6	114,8	106,4	96,3
1974	109,3	112,7	103,2	115,9	120,3	113,0	118,7	93,3	84,4
1975	113,0	114,6	106,2	114,8	122,6	115,4	122,7	93,7	98,8
1976	117,3	119,5	106,1	116,9	127,3	118,4	126,7	100,6	110,4
1977	121,0	121,1	108,4	125,5	136,1	121,6	128,3	96,1	122,6
1978	124,4	125,7	110,3	126,4	141,2	125,3	132,2	100,8	128,0
1979	127,6	130,6	109,2	127,3	144,3	131,7	132,8	115,7	129,4
1980	128,0	135,9	112,1	128,3	141,4	137,2	134,1	99,8	119,5
1981	124,8	134,2	107,5	121,4	143,0	132,3	132,9	92,7	118,8
1981 1. Vj.	117,2	124,7	95,3	112,8	124,0	115,8	128,6	102,5	124,1
2. Vj.	120,2	131,9	100,0	116,8	119,3	115,5	134,5	78,2	130,4
3. Vj.	117,5	133,0	95,7	112,4	124,7	132,8	128,3	94,2	105,1
4. Vj.	144,0	147,3	139,0	143,6	203,8	165,3	140,2	95,7	115,6
1982 1. Vj.	113,2	124,5	89,3	105,0	124,6	114,6	121,7	104,1	118,5
2. Vj.	115,2	132,6	93,2	105,8	120,4	109,7	127,6	84,2	124,0
3. Vj.	110,5	127,4	85,9	106,7	120,4	124,5	125,4	91,2	97,9

[1]) Einschließlich Einzelhandel mit sonstigen Waren.

Tabelle 51*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Devisen-bilanz [1])	Leistungsbilanz					
		insgesamt	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Übertragungs-bilanz [4])
			zusammen	Handels-bilanz [2])	Dienst-leistungs-bilanz [3])	
1950	− 564	− 427	− 2 492	− 3 012	+ 520	+ 2 065
1951	+ 2 038	+ 2 301	+ 772	− 149	+ 921	+ 1 529
1952	+ 2 900	+ 2 478	+ 2 318	+ 706	+ 1 612	+ 160
1953	+ 3 646	+ 3 873	+ 4 324	+ 2 516	+ 1 808	− 451
1954	+ 2 971	+ 3 669	+ 4 143	+ 2 698	+ 1 445	− 474
1955	+ 1 851	+ 2 235	+ 3 069	+ 1 245	+ 1 824	− 834
1956	+ 5 010	+ 4 459	+ 5 680	+ 2 897	+ 2 783	− 1 221
1957	+ 5 122	+ 5 901	+ 7 783	+ 4 083	+ 3 700	− 1 882
1958	+ 3 444	+ 5 998	+ 7 998	+ 4 954	+ 3 044	− 2 000
1959	− 1 692	+ 4 152	+ 7 431	+ 5 361	+ 2 070	− 3 279
1960	+ 8 019	+ 4 783	+ 8 271	+ 5 223	+ 3 048	− 3 488
1961	− 2 297	+ 3 193	+ 7 623	+ 6 615	+ 1 008	− 4 430
1962	− 877	− 1 580	+ 3 630	+ 3 477	+ 153	− 5 210
1963	+ 2 740	+ 991	+ 6 086	+ 6 032	+ 54	− 5 095
1964	+ 435	+ 524	+ 5 835	+ 6 081	− 246	− 5 311
1965	− 1 283	− 6 223	+ 154	+ 1 203	− 1 049	− 6 377
1966	+ 1 952	+ 488	+ 6 783	+ 7 958	− 1 175	− 6 295
1967	− 140	+10 006	+16 428	+16 862	− 434	− 6 422
1968	+ 7 009	+11 856	+19 168	+18 372	+ 796	− 7 312
1969	−14 361	+ 7 498	+16 248	+15 584	+ 664	− 8 750
1970	+22 650	+ 3 183	+12 942	+15 670	− 2 728	− 9 759
1971	+10 986	+ 2 770	+14 385	+15 892	− 1 507	−11 615
1972	+15 195	+ 2 731	+16 570	+20 278	− 3 708	−13 840
1973	+16 149	+12 354	+27 881	+32 979	− 5 098	−15 527
1974	− 9 136	+26 581	+42 632	+50 846	− 8 214	−16 050
1975	+ 3 260	+ 9 932	+27 811	+37 276	− 9 465	−17 879
1976	+ 1 301	+ 9 915	+27 799	+34 469	− 6 670	−17 884
1977	+ 2 570	+ 9 498	+27 719	+38 436	−10 717	−18 221
1978	+12 185	+18 111	+35 892	+41 200	− 5 308	−17 781
1979	− 7 288	−10 962	+ 9 881	+22 429	−12 548	−20 845
1980	−25 730	−29 538	− 5 251	+ 8 947	−14 198	−24 288
1981	+ 1 278	−16 578	+10 577	+27 720	−17 143	−27 154
1980 1. Vj.	−10 652	− 5 110	+ 456	+ 2 732	− 2 276	− 5 566
2. Vj.	− 4 870	− 7 193	− 786	+ 1 665	− 2 451	− 6 407
3. Vj.	− 2 080	−12 750	− 6 615	+ 1 491	− 8 106	− 6 135
4. Vj.	− 8 127	− 4 484	+ 1 695	+ 3 061	− 1 366	− 6 179
1981 1. Vj.	+ 1 743	− 9 191	− 3 298	− 236	− 3 062	− 5 893
2. Vj.	+ 5 050	− 5 957	+ 704	+ 6 562	− 5 858	− 6 661
3. Vj.	− 1 759	−11 261	− 3 141	+ 7 091	−10 232	− 8 120
4. Vj.	− 3 756	+ 9 830	+16 310	+14 302	+ 2 008	− 6 480
1982 1. Vj.	− 387	− 1 858	+ 5 003	+11 133	− 6 130	− 6 862
2. Vj.	+ 2 382	+ 1 375	+ 8 250	+13 203	− 4 953	− 6 875
3. Vj.	− 1 046	− 5 277	+ 2 213	+11 619	− 9 406	− 7 490

[1]) Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +). Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.
[2]) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[3]) Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten; jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen (hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung).
[4]) Eigene Leistungen: −.
[5]) Kapitalexport: −.

Tabelle 51*

bilanz

DM

Kapitalbilanz[5])			Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen[6])	Alle Transaktionen[7])	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank[8])	Zeitraum
insgesamt	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr				
+ 637	+ 488	+ 149	− 774	− 564	—	1950
− 543	− 79	− 464	+ 280	+ 2 038	—	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 416	+ 2 900	—	1952
− 698	− 378	− 320	+ 471	+ 3 646	—	1953
− 106	− 438	+ 332	− 592	+ 2 971	—	1954
− 640	− 271	− 369	+ 256	+ 1 851	—	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 713	+ 5 010	—	1956
− 2 655	− 390	− 2 265	+1 876	+ 5 122	—	1957
− 2 329	− 1 437	− 892	− 225	+ 3 444	—	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	+ 554	− 1 692	—	1959
+ 1 272	− 81	+ 1 353	+1 964	+ 8 019	—	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	+ 994	− 822	− 1 475	1961
− 597	− 183	− 414	+1 300	− 877	—	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+1 129	+ 2 740	—	1963
− 1 325	− 894	− 431	+1 236	+ 435	—	1964
+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	+2 798	− 1 283	—	1965
− 599	− 342	− 257	+2 063	+ 1 952	—	1966
−11 848	− 2 930	− 8 918	+1 702	− 140	—	1967
− 6 125	−11 201	+ 5 076	+1 278	+ 7 009	—	1968
−18 679	−23 040	+ 4 361	+ 919	−10 262	− 4 099	1969
+15 113	− 934	+16 047	+3 616	+21 912	+ 738	1970
+10 884	+ 6 293	+ 4 592	+2 701	+16 355	− 5 370	1971
+11 932	+15 551	− 3 620	+1 028	+15 690	− 495	1972
+13 143	+12 950	+ 194	+ 931	+26 428	−10 279	1973
−25 298	− 6 282	−19 015	−3 189	− 1 906	− 7 231	1974
−13 282	−18 231	+ 4 949	+1 131	− 2 219	+ 5 480	1975
− 1 033	− 1 476	+ 443	− 92	+ 8 790	− 7 489	1976
− 287	−12 931	+12 644	+1 239	+10 451	− 7 880	1977
+ 5 436	− 2 946	+ 8 382	−3 776	+19 772	− 7 586	1978
+10 527	+12 066	− 1 539	−4 518	− 4 954	− 2 334	1979
+ 4 884	+ 6 366	− 1 482	−3 239	−27 894	+ 2 164	1980
+ 9 801	+ 9 438	+ 363	+4 494	− 2 283	+ 3 561	1981
− 4 045	+ 304	− 4 348	−2 005	−11 161	+ 508	1980 1. Vj.
+ 1 822	+ 1 421	+ 401	+ 501	− 4 870	—	2. Vj.
+10 340	+ 1 003	+ 9 337	+ 330	− 2 080	—	3. Vj.
− 3 234	+ 3 639	− 6 873	−2 065	− 9 783	+ 1 656	4. Vj.
+14 135	+ 3 393	+10 742	−2 817	+ 2 127	− 384	1981 1. Vj.
+ 5 135	+ 3 663	+ 1 472	+5 872	+ 5 050	—	2. Vj.
+ 7 095	+ 6 531	+ 564	+2 406	− 1 759	—	3. Vj.
−16 565	− 4 149	−12 416	− 966	− 7 701	+ 3 945	4. Vj.
− 433	− 8 013	+ 7 580	+1 868	− 423	+ 36	1982 1. Vj.
+ 439	− 6 778	+ 7 217	− 685	+ 1 128	+ 1 254	2. Vj.
+ 5 594	+ 638	+ 4 956	− 740	− 423	− 623	3. Vj.

[6]) Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).

[7]) Identisch mit den Veränderungen der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank zu Transaktionswerten (ohne Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten).

[8]) Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 52*

Kapitalverkehr

(Kapital

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalver							
	insgesamt[3])	privat[1])[2])						
		zusammen[3])	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: −)			ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
			zusammen[3])	Direktinvestitionen[4]) und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen[5]), Portfolioinvestitionen	zusammen[3])	Direktinvestitionen[4]) und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen[5]), Portfolioinvestitionen[6])
1960	− 81	+ 1 230	− 1 494	− 733	− 783	+ 2 724	+ 807	+ 2 033
1961	− 4 053	+ 1 035	− 1 268	− 1 002	− 268	+ 2 303	+1 178	+ 1 253
1962	− 183	+ 1 107	− 1 740	− 1 335	− 374	+ 2 847	+1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	+ 3 253	− 1 663	− 1 033	− 633	+ 4 916	+1 931	+ 3 009
1964	− 894	+ 421	− 2 377	− 1 372	− 1 022	+ 2 798	+2 444	+ 367
1965	+ 1 137	+ 2 428	− 2 199	− 1 448	− 741	+ 4 627	+3 557	+ 1 087
1966	− 342	+ 2 189	− 2 815	− 1 616	− 1 187	+ 5 004	+3 953	+ 1 064
1967	− 2 930	− 1 440	− 3 663	− 1 502	− 2 150	+ 2 223	+3 285	− 1 010
1968	−11 201	− 9 872	−12 223	− 2 185	−10 020	+ 2 351	+2 087	+ 323
1969	−23 040	−21 203	−22 706	− 3 142	−19 541	+ 1 503	+1 989	− 465
1970	− 934	+ 1 454	− 8 648	− 3 580	− 5 048	+10 102	+2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	+ 8 458	− 4 027	− 4 230	+ 219	+12 485	+3 827	+ 8 666
1972	+15 551	+17 029	+ 315	− 5 760	+ 6 115	+16 714	+6 054	+10 703
1973	+12 950	+15 153	− 710	− 5 186	+ 4 470	+15 863	+5 465	+10 411
1974	− 6 282	− 5 405	− 9 484	− 5 482	− 3 918	+ 4 078	+5 609	− 1 523
1975	−18 231	−19 393	−21 875	− 5 353	−16 434	+ 2 482	+1 651	+ 834
1976	− 1 476	− 3 896	−17 556	− 6 576	−10 880	+13 660	+2 628	+11 040
1977	−12 931	−11 313	−20 946	− 5 551	−15 263	+ 9 634	+1 869	+ 7 768
1978	− 2 946	+ 346	−20 859	− 7 835	−12 973	+21 205	+3 061	+18 143
1979	+12 066	+13 575	−18 413	− 8 988	− 9 422	+31 988	+3 011	+28 976
1980	+ 6 366	−14 420	−27 200	− 9 336	−17 717	+12 780	+1 978	+10 800
1981	+ 9 438	− 8 584	−24 685	−12 065	−12 275	+16 101	+4 160	+11 942
1979 1. Vj.	− 368	− 247	− 5 530	− 2 042	− 3 437	+ 5 283	+ 782	+ 4 500
2. Vj.	+ 4 310	+ 4 775	− 1 820	− 1 330	− 472	+ 6 595	+ 681	+ 5 914
3. Vj.	+ 8 833	+ 9 070	− 2 516	− 2 236	− 320	+11 587	+1 195	+10 392
4. Vj.	− 707	− 23	− 8 546	− 3 381	− 5 195	+ 8 523	+ 354	+ 8 170
1980 1. Vj.	+ 304	− 5 087	− 9 605	− 2 945	− 6 716	+ 4 517	+ 531	+ 3 987
2. Vj.	+ 1 421	− 2 056	− 6 025	− 1 992	− 4 011	+ 3 968	+ 524	+ 3 443
3. Vj.	+ 1 003	− 1 573	− 4 062	− 1 696	− 2 318	+ 2 489	+ 617	+ 1 871
4. Vj.	+ 3 639	− 5 704	− 7 509	− 2 704	− 4 672	+ 1 806	+ 306	+ 1 499
1981 1. Vj.	+ 3 393	− 2 401	− 4 730	− 2 853	− 1 760	+ 2 329	+ 869	+ 1 460
2. Vj.	+ 3 663	− 3 224	− 7 840	− 3 386	− 4 395	+ 4 616	+2 499	+ 2 117
3. Vj.	+ 6 531	+ 3 111	− 4 181	− 2 508	− 1 571	+ 7 292	+1 004	+ 6 288
4. Vj.	− 4 149	− 6 069	− 7 934	− 3 318	− 4 548	+ 1 864	− 212	+ 2 076
1982 1. Vj.	− 8 013	− 8 812	− 7 689	− 2 597	− 5 023	− 1 123	+ 833	− 1 955
2. Vj.	− 6 778	− 7 092	− 7 563	− 2 174	− 5 335	+ 472	+ 966	− 494
3. Vj.	+ 638	− 249	− 4 450	− 2 607	− 1 811	+ 4 201	+1 593	+ 2 608

[1]) Von Unternehmen (einschließlich Kreditinstitute) und Privatpersonen.
[2]) Für die Aufgliederung in „Privat" und „Öffentlich" ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die beteiligte inländische Stelle angehört.
[3]) Einschließlich „Sonstige Nettokapitalanlagen".
[4]) Soweit erkennbar. Einschließlich geschätzter reinvestierter Gewinne.

Tabelle 52*

mit dem Ausland

export: –)

DM

kehr	Kurzfristiger Kapitalverkehr						Zeitraum
		privat [1]) [2])					
öffentlich [2])	insgesamt	zusammen	Kredit-institute	Unternehmen und Privat-personen	öffentlich [2])		
– 1 311	+ 1 353	+ 2 359	+ 2 369	– 10	–1 006		1960
– 5 088	– 956	– 735	– 380	– 355	– 221		1961
– 1 290	– 414	– 254	– 259	+ 5	– 160		1962
– 1 447	– 1 186	– 1 177	+ 684	–1 861	– 9		1963
– 1 315	– 431	+ 610	+ 85	+ 525	–1 041		1964
– 1 291	+ 1 005	– 47	– 478	+ 431	+1 052		1965
– 2 531	– 257	– 594	– 574	– 20	+ 337		1966
– 1 490	– 8 918	– 8 557	– 4 823	–3 734	– 361		1967
– 1 329	+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+1 436	+1 185		1968
– 1 837	+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	– 29		1969
– 2 388	+16 047	+16 344	+ 7 927	+8 417	– 297		1970
– 2 166	+ 4 592	+ 3 179	+ 1 172	+2 007	+1 412		1971
– 1 478	– 3 620	– 4 012	– 420	–3 592	+ 391		1972
– 2 203	+ 194	+ 26	– 5 149	+5 175	+ 168		1973
– 877	–19 015	–19 020	– 9 733	–9 287	+ 4		1974
+ 1 162	+ 4 949	+ 4 263	– 2 261	+6 524	+ 685		1975
+ 2 420	+ 443	+ 1 046	+ 6 731	–5 685	– 603		1976
– 1 618	+12 644	+12 684	+ 8 120	+4 564	– 39		1977
– 3 292	+ 8 382	+ 7 230	+10 089	–2 859	+1 152		1978
– 1 509	– 1 539	– 1 230	+ 4 093	–5 323	– 310		1979
+20 786	– 1 482	– 1 124	– 8 763	+7 639	– 358		1980
+18 022	+ 363	– 2 129	–10 288	+8 159	+2 491		1981
– 121	– 9 442	–11 296	– 8 021	–3 275	+1 855		1979 1. Vj.
– 466	– 2 467	– 3 687	– 1 577	–2 110	+1 221		2. Vj.
– 238	+ 9 983	+12 429	+ 9 841	+2 588	–2 446		3. Vj.
– 684	+ 386	+ 1 324	+ 3 850	–2 526	– 939		4. Vj.
+ 5 391	– 4 348	– 4 118	– 9 313	+5 195	– 230		1980 1. Vj.
+ 3 477	+ 401	+ 150	+ 770	– 620	+ 251		2. Vj.
+ 2 576	+ 9 337	+ 9 635	+ 3 580	+6 055	– 298		3. Vj.
+ 9 343	– 6 873	– 6 791	– 3 800	–2 991	– 82		4. Vj.
+ 5 794	+10 742	+ 9 385	+ 4 994	+4 391	+1 357		1981 1. Vj.
+ 6 887	+ 1 472	+ 1 206	– 2 818	+4 024	+ 266		2. Vj.
+ 3 421	+ 564	– 3 262	– 4 723	+1 461	+3 826		3. Vj.
+ 1 920	–12 416	– 9 458	– 7 741	–1 717	–2 958		4. Vj.
+ 799	+ 7 580	+ 6 748	+ 5 100	+1 648	+ 832		1982 1. Vj.
+ 313	+ 7 217	+ 6 980	+ 3 182	+3 798	+ 237		2. Vj.
+ 887	+ 4 956	+ 3 078	+ 975	+2 103	+1 878		3. Vj.

[5]) Nur Kredite und Darlehen, für die bei Vertragsabschluß eine Laufzeit von mehr als zwölf Monaten vereinbart wurde. – Ohne Direktinvestitionen.
[6]) Einschließlich der Transaktionen in deutschen Auslandsbonds.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 53*

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen[1]		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade[2]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1976 = 100		
1950[3]	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951[3]	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952[3]	16 909	16 203	29 839	18 296	56,7	88,6	64,0
1953[3]	18 526	16 010	32 803	19 977	56,5	80,1	70,5
1954[3]	22 035	19 337	38 857	24 652	56,7	78,4	72,3
1955[3]	25 717	24 472	44 556	30 760	57,7	79,6	72,5
1956[3]	30 861	27 964	51 200	34 647	60,3	80,7	74,7
1957[3]	35 968	31 697	57 932	38 361	62,1	82,6	75,2
1958[3]	36 998	31 133	60 450	41 726	61,2	74,6	82,0
1959[3]	41 184	35 823	66 519	49 654	61,9	72,1	85,9
1960	47 946	42 723	76 300	57 910	62,8	73,8	85,1
1961	50 978	44 363	80 889	62 518	63,0	71,0	88,7
1962	52 975	49 498	83 370	72 013	63,5	68,7	92,4
1963	58 310	52 277	87 788	76 921	66,4	68,0	97,6
1964	64 920	58 839	99 429	86 667	65,3	67,9	96,2
1965	71 651	70 448	106 679	99 917	67,2	70,5	95,3
1966	80 628	72 670	117 087	102 178	68,9	71,1	96,9
1967	87 045	70 183	126 274	100 533	68,9	69,8	98,7
1968	99 551	81 179	145 056	117 278	68,6	69,2	99,1
1969	113 557	97 972	160 657	137 260	70,7	71,4	99,0
1970	125 276	109 606	183 776	163 630	68,2	67,0	101,8
1971	136 011	120 119	192 016	176 913	70,8	67,9	104,3
1972	149 023	128 744	204 547	190 001	72,9	67,8	107,5
1973	178 396	145 417	233 816	200 090	76,3	72,7	105,0
1974	230 578	179 733	260 412	192 963	88,5	93,1	95,1
1975	221 589	184 313	230 480	194 149	96,1	94,9	101,3
1976	256 642	222 173	256 650	222 158	100	100	100
1977	273 614	235 178	270 549	230 469	101,1	102,0	99,1
1978	284 907	243 707	281 739	247 791	101,1	98,4	102,7
1979	314 469	292 040	301 775	270 188	104,2	108,1	96,4
1980	350 328	341 380	314 311	276 115	111,5	123,6	90,2
1981	396 898	369 179	331 031	265 858	119,9	138,9	86,3
1979 1. Vj.	74 292	66 451	72 568	65 789	102,4	101,0	101,4
2. Vj.	78 649	71 626	76 239	67 190	103,2	106,6	96,8
3. Vj.	76 355	72 886	72 981	65 453	104,6	111,4	93,9
4. Vj.	85 173	81 076	79 987	71 756	106,5	113,0	94,2
1980 1. Vj.	88 795	86 063	81 356	70 727	109,1	121,7	89,6
2. Vj.	87 522	85 857	79 208	70 041	110,5	122,6	90,1
3. Vj.	82 912	81 421	74 053	66 137	112,0	123,1	91,0
4. Vj.	91 099	88 038	79 693	69 210	114,3	127,2	89,9
1981 1. Vj.	91 159	91 396	77 927	67 234	117,0	135,9	86,1
2. Vj.	97 141	90 579	81 743	66 228	118,8	136,8	86,8
3. Vj.	98 793	91 702	81 533	64 003	121,2	143,3	84,6
4. Vj.	109 805	95 503	89 827	68 393	122,2	139,6	87,5
1982 1. Vj.	107 613	96 479	87 047	68 147	123,6	141,6	87,3
2. Vj.	108 277	95 074	85 664	68 617	126,4	138,6	91,2
3. Vj.	101 373	89 754	79 468	63 771	127,6	140,7	90,7

[1]) Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1976.
[2]) Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[3]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 54*

Ausfuhr und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik[1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[2])	Erzeugnisse		Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser[3])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse des			Investitionsgüter[4])	Verbrauchsgüter[4])
		der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes		
					Ausfuhr					
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	27 883	58 544	25 215
1976	256 642	3 161	9 223	339	4 660	67 255	139 347	28 585	67 959	32 652
1977	273 614	3 161	11 535	256	4 588	68 148	150 142	30 493	72 254	36 523
1978	284 907	3 025	11 707	332	6 527	72 628	153 308	32 163	72 818	37 680
1979	314 469	3 309	13 496	618	6 886	85 511	162 971	36 118	74 524	40 832
1980	350 328	3 712	15 918	605	8 128	95 190	180 081	40 396	82 093	45 340
1981	396 898	4 860	19 463	681	9 438	105 681	204 987	43 332	96 583	48 992
1981 1. Vj.	91 159	1 167	4 940	282	2 224	25 161	45 390	10 232	20 264	11 378
2. Vj.	97 141	1 213	5 065	162	2 640	25 813	49 889	10 331	23 623	11 682
3. Vj.	98 793	1 187	4 700	96	2 404	27 258	49 662	11 241	23 463	11 986
4. Vj.	109 805	1 293	4 758	141	2 170	27 448	60 047	11 528	29 234	13 946
1982 1. Vj.	107 613	1 354	5 202	194	2 389	28 298	56 643	11 679	26 599	13 853
2. Vj.	108 277	1 345	4 918	194	2 239	27 686	58 757	11 198	27 999	13 545
3. Vj.	101 373	1 212	4 650	170	2 019	26 272	53 456	11 546	25 490	13 028
					Einfuhr					
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507
1976	222 173	23 852	16 339	556	32 410	60 565	48 661	33 604	16 822	38 577
1977	235 178	26 175	17 231	653	32 425	61 653	54 777	36 917	18 941	41 526
1978	243 707	24 546	17 970	639	29 920	64 354	60 784	40 055	21 118	45 474
1979	292 040	25 231	18 942	693	41 856	83 538	68 605	46 644	24 421	53 447
1980	341 380	27 267	20 759	921	60 640	93 463	78 312	52 471	27 617	58 586
1981	369 179	28 891	23 454	1 141	70 794	97 642	87 807	51 519	32 125	58 906
1981 1. Vj.	91 396	7 461	5 531	268	17 685	23 526	21 412	13 683	7 774	15 810
2. Vj.	90 579	7 520	5 727	253	17 132	23 551	22 517	11 925	8 215	13 076
3. Vj.	91 702	6 533	5 581	309	17 707	25 102	21 121	13 344	7 750	15 493
4. Vj.	95 503	7 376	6 614	311	18 270	25 464	22 757	12 568	8 386	14 526
1982 1. Vj.	96 479	7 625	5 800	303	17 785	25 968	23 440	13 535	9 077	15 249
2. Vj.	95 074	7 947	6 168	338	16 546	26 326	23 109	11 984	8 611	13 449
3. Vj.	89 754	6 606	6 040	352	15 671	24 874	21 046	12 991	7 819	14 842

[1]) Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Stand 1975).
[2]) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
[3]) Bis 1975 ohne elektrischen Strom.
[4]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 55*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	376	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955 [2]	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1978	284 907	13 790	269 301	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1979	314 469	15 698	296 637	6 555	24 796	265 286	58 688	206 598
1980	350 328	18 471	329 357	6 792	30 520	292 045	62 630	229 415
1981	396 898	23 100	371 069	7 547	33 416	330 106	69 002	261 104
1979 1. Vj.	74 292	3 928	69 899	1 551	5 590	62 757	13 422	49 335
2. Vj.	78 649	3 897	74 250	1 721	6 173	66 357	14 605	51 752
3. Vj.	76 355	3 720	72 102	1 561	6 386	64 155	15 054	49 101
4. Vj.	85 173	4 154	80 386	1 722	6 647	72 017	15 607	56 409
1980 1. Vj.	88 795	4 471	83 744	1 749	8 195	73 801	16 658	57 143
2. Vj.	87 522	4 463	82 439	1 706	7 638	73 095	16 163	56 932
3. Vj.	82 912	4 568	77 745	1 603	7 094	69 047	14 617	54 430
4. Vj.	91 099	4 970	85 428	1 733	7 593	76 103	15 192	60 911
1981 1. Vj.	91 197	5 819	84 714	1 797	7 918	74 999	16 481	58 519
2. Vj.	97 141	5 956	90 524	1 948	8 471	80 106	16 892	63 214
3. Vj.	98 793	5 581	92 529	1 969	8 607	81 954	17 539	64 415
4. Vj.	109 805	5 743	103 302	1 834	8 421	93 046	18 091	74 955
1982 1. Vj.	107 613	6 237	100 671	1 835	8 700	90 136	18 368	71 768
2. Vj.	108 277	5 931	101 672	1 832	8 632	91 209	18 223	72 986
3. Vj.	101 373	5 587	95 087	1 646	7 966	85 475	16 765	68 710

[1]) Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 56*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1])	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2])	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951 [2])	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952 [2])	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953 [2])	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954 [2])	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955 [2])	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956 [2])	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957 [2])	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958 [2])	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959 [2])	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 775	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1979	292 040	39 947	248 446	42 703	50 124	155 619	42 245	113 374
1980	341 380	43 363	293 706	58 929	59 918	174 859	45 187	129 672
1981	369 179	47 779	316 709	64 048	66 448	186 212	46 170	140 042
1979 1. Vj.	66 451	9 337	56 308	8 366	10 773	37 168	10 190	26 978
2. Vj.	71 626	10 144	60 553	10 223	12 186	38 144	10 594	27 550
3. Vj.	72 886	9 672	62 406	11 443	13 368	37 595	10 137	27 458
4. Vj.	81 076	10 793	69 178	12 671	13 796	42 711	11 324	31 388
1980 1. Vj.	86 063	10 713	74 478	14 735	15 587	44 156	11 959	32 197
2. Vj.	85 857	10 956	73 798	14 711	14 772	44 315	11 976	32 339
3. Vj.	81 421	10 176	70 180	14 017	14 513	41 649	10 346	31 303
4. Vj.	88 038	11 518	75 251	15 466	15 046	44 739	10 906	33 834
1981 1.Vj.	91 396	11 633	78 716	16 085	16 027	46 604	11 491	35 113
2. Vj.	90 579	12 008	77 320	15 943	15 212	46 165	11 602	34 563
3. Vj.	91 702	11 154	79 433	16 496	17 057	45 880	10 988	34 892
4. Vj.	95 503	12 984	81 240	15 524	18 153	47 563	12 089	35 474
1982 1. Vj.	96 479	12 162	83 092	14 564	18 823	49 706	12 363	37 343
2. Vj.	95 074	12 889	80 808	15 175	17 157	48 477	12 545	35 932
3. Vj.	89 754	11 770	76 786	14 558	16 201	46 027	11 265	34 762

[1]) Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 57*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	EG-Länder[2]	Übrige europäische Länder[3]	Staatshandelsländer[4]	Außereuropäische Industrieländer zusammen[5]	darunter Vereinigte Staaten	Außereuropäische Entwicklungsländer zusammen	darunter OPEC-Länder[6]
1950	8 362	3 973	2 045	361	714	433	1 244	198
1951	14 577	5 925	3 699	284	1 611	992	3 027	474
1952	16 909	6 580	5 045	223	1 609	1 048	3 415	527
1953	18 526	7 302	4 862	330	2 028	1 249	3 928	639
1954	22 035	8 534	5 718	435	2 167	1 237	5 048	901
1955 [7]	25 717	9 681	6 976	643	2 723	1 625	5 511	1 037
1956	30 861	11 795	7 885	1 120	3 446	2 089	6 383	1 291
1957	35 968	13 455	8 805	1 263	4 332	2 521	7 873	1 694
1958	36 998	13 232	9 177	1 889	4 603	2 699	7 895	1782
1959	41 184	15 065	9 982	1 915	5 914	3 835	8 072	1 822
1960	47 946	18 475	11 982	2 304	6 111	3 767	8 930	1 827
1961	50 978	20 643	13 137	2 124	5 875	3 497	9 051	1 818
1962	52 975	22 518	13 574	2 177	6 334	3 858	8 208	1 558
1963	58 310	26 543	14 524	1 839	6 862	4 195	8 356	1 621
1964	64 920	29 360	15 955	2 350	7 873	4 785	9 160	1 835
1965	71 651	31 335	18 005	2 740	9 070	5 741	10 267	2 302
1966	80 628	35 784	19 294	3 381	10 744	7 178	11 173	2 696
1967	87 045	39 021	19 531	4 421	12 191	7 859	11 626	2 802
1968	99 551	45 178	20 930	4 556	15 759	10 835	12 856	3 234
1969	113 557	54 040	23 941	5 145	16 201	10 633	13 973	3 493
1970	125 276	59 323	27 645	5 448	17 747	11 437	14 857	3 584
1971	136 011	64 960	28 986	5 865	19 578	13 140	16 308	4 067
1972	149 023	71 729	32 090	7 686	20 222	13 798	16 977	4 710
1973	178 396	85 958	37 562	10 836	23 174	15 089	20 509	6 007
1974	230 578	105 720	47 688	15 903	28 454	17 343	32 088	10 456
1975	221 589	99 225	45 290	17 425	22 515	13 146	36 442	16 703
1976	256 642	120 007	52 157	17 432	24 435	14 413	41 835	20 731
1977	273 614	125 614	55 308	16 704	28 385	18 199	46 777	24 926
1978	284 907	133 603	53 996	17 635	31 452	20 180	47 461	24 525
1979	314 469	155 516	61 408	18 841	32 655	20 759	45 083	19 180
1980	350 328	171 993	71 139	19 399	34 591	21 478	51 723	22 814
1981	396 898	186 034	76 185	19 545	42 698	25 976	70 558	34 883
1979 1. Vj.	74 292	37 088	14 306	4 329	7 474	4 727	10 925	4 739
2. Vj.	78 649	39 384	15 099	4 725	8 660	5 489	10 570	4 398
3. Vj.	76 355	37 023	14 944	4 854	7 901	4 946	11 355	4 867
4. Vj.	85 173	42 021	17 059	4 933	8 620	5 597	12 235	5 176
1980 1. Vj.	88 795	45 088	17 734	4 809	8 743	5 669	12 102	5 321
2. Vj.	87 522	44 055	17 427	4 586	8 879	5 591	12 212	5 536
3. Vj.	82 912	39 751	17 135	4 788	7 934	4 687	12 895	5 673
4. Vj.	91 099	43 099	18 843	5 215	9 035	5 531	14 514	6 285
1981 1. Vj.	91 159	44 445	17 857	4 778	9 002	5 455	14 703	6 412
2. Vj.	97 141	46 315	18 523	5 018	10 236	6 202	16 560	8 248
3. Vj.	98 793	45 444	18 797	4 676	10 879	6 485	18 437	9 439
4. Vj.	109 805	49 830	21 008	5 073	12 581	7 834	20 857	10 784
1982 1. Vj.	107 613	52 455	19 707	4 729	11 525	6 815	18 777	9 806
2. Vj.	108 277	52 620	20 870	5 064	11 536	7 182	17 795	9 366
3. Vj.	101 373	48 010	19 629	4 884	11 048	6 708	17 401	9 129

[1]) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2]) Gebietsstand 1. Januar 1981: Belgien-Luxemburg, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Nordirland, Irland, Italien, Niederlande.
[3]) Ohne Staatshandelsländer.
[4]) Albanien, Bulgarien, Demokratische Volksrepublik Korea, Mongolei, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam, Volksrepublik China.
[5]) Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[6]) Gebietsstand Ende 1981: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.
[7]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 58*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	EG-Länder[2]	Übrige europäische Länder[3]	Staatshandelsländer[4]	Außereuropäische Industrieländer zusammen[5]	Außereuropäische Industrieländer darunter Vereinigte Staaten	Außereuropäische Entwicklungsländer zusammen	Außereuropäische Entwicklungsländer darunter OPEC-Länder[6]
1950	11 374	4 084	1 874	352	2 372	1 811	2 677	482
1951	14 726	3 400	2 643	429	3 636	2 722	4 019	660
1952	16 203	4 823	3 324	313	3 667	2 507	4 076	870
1953	16 010	5 256	3 124	419	2 931	1 658	4 259	1 003
1954	19 337	6 238	3 602	512	3 444	2 237	5 521	1 253
1955 (1950–1959)[7]	24 472	8 114	4 308	733	4 683	3 209	6 610	1 488
1956	27 964	8 823	4 836	1 121	5 798	3 997	7 347	1 632
1957	31 697	9 752	5 255	1 235	7 789	5 671	7 633	1 896
1958	31 133	10 631	5 422	1 451	6 191	4 219	7 407	2 138
1959	35 823	13 411	6 114	1 687	6 421	4 595	8 152	2 463
1960	42 723	16 080	7 009	2 037	8 034	5 977	9 461	2 810
1961	44 363	17 227	7 393	2 074	8 241	6 100	9 335	2 856
1962	49 498	19 840	7 799	2 191	9 379	7 033	10 202	3 368
1963	52 277	21 357	7 916	2 185	10 206	7 941	10 533	3 683
1964	58 839	24 879	8 812	2 442	10 609	8 066	12 012	4 369
1965	70 448	31 815	9 871	2 943	12 296	9 196	13 425	4 709
1966	72 670	32 826	9 896	3 163	12 576	9 177	14 110	5 023
1967	70 183	32 248	9 074	3 023	12 055	8 556	13 694	5 157
1968	81 179	38 684	10 622	3 414	12 790	8 850	15 579	6 638
1969	97 972	48 549	13 243	3 976	15 115	10 253	16 992	6 725
1970	109 606	55 015	14 478	4 397	17 934	12 066	17 681	6 897
1971	120 119	62 840	14 872	4 769	18 363	12 420	19 149	8 676
1972	128 744	70 012	16 092	5 325	17 569	10 765	19 633	8 378
1973	145 417	76 724	18 219	6 619	19 801	12 223	23 937	10 425
1974	179 733	87 514	20 861	8 409	22 590	13 972	40 188	23 784
1975	184 313	92 937	21 780	8 661	23 864	14 226	36 835	20 223
1976	222 173	109 010	27 192	10 977	29 289	17 556	45 444	24 408
1977	235 178	115 250	30 253	11 370	30 010	17 020	48 055	23 477
1978	243 707	121 964	34 841	12 565	30 448	17 434	43 686	19 390
1979	292 040	143 672	41 285	16 021	36 483	20 274	54 325	26 966
1980	341 380	160 153	49 382	17 493	44 566	25 690	69 557	37 417
1981	369 179	174 784	53 700	19 287	49 480	28 388	71 647	37 449
1979 1. Vj.	66 451	33 780	9 715	3 098	8 208	4 923	11 619	5 286
2. Vj.	71 626	36 004	10 138	3 648	8 764	4 896	13 023	6 417
3. Vj.	72 886	35 170	10 102	4 387	8 733	4 659	14 431	7 211
4. Vj.	81 076	38 717	11 330	4 888	10 778	5 797	15 252	8 053
1980 1. Vj.	86 063	40 568	12 627	4 057	10 960	6 701	17 821	9 513
2. Vj.	85 857	41 186	12 096	4 317	11 173	6 663	17 032	9 219
3. Vj.	81 421	37 505	11 584	4 426	10 754	5 874	17 080	8 801
4. Vj.	88 038	40 894	13 075	4 693	11 680	6 452	17 623	9 884
1981 1. Vj.	91 396	43 218	13 041	4 233	12 221	7 055	18 647	9 739
2. Vj.	90 579	42 505	13 255	4 199	12 680	7 306	17 868	9 807
3. Vj.	91 702	42 696	12 803	5 340	12 001	6 728	18 772	9 768
4. Vj.	96 503	46 365	14 600	5 515	12 579	7 299	16 360	8 136
1982 1. Vj.	96 479	46 505	14 863	5 499	12 384	7 108	17 182	7 782
2. Vj.	95 074	46 002	14 283	5 252	12 824	7 552	16 639	7 727
3. Vj.	89 754	43 140	12 876	5 113	11 555	6 567	16 964	7 916

[1]) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".

[2]) Gebietsstand 1. Januar 1981: Belgien-Luxemburg, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Nordirland, Irland, Italien, Niederlande.

[3]) Ohne Staatshandelsländer.

[4]) Albanien, Bulgarien, Demokratische Volksrepublik Korea, Mongolei, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam, Volksrepublik China.

[5]) Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.

[6]) Gebietsstand Ende 1981: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

[7]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 59*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1976 = 100

Zeitraum	Brutto-sozial-produkt	Ein-fuhr [1]	Letzte Ver-wendung von Gütern [2]	Aus-fuhr [1]	Letzte inländische Verwendung von Gütern					
					insge-samt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen		
								zu-sammen	Ausrü-stungen	Bauten
1960	49,4	61,5	50,9	58,0	49,6	53,9	35,4	49,6	59,4	45,2
1961	51,5	60,1	52,6	58,4	51,6	55,8	37,7	52,6	61,3	48,5
1962	53,7	60,3	54,5	58,9	53,8	57,5	39,8	56,2	63,5	52,6
1963	55,2	61,7	56,1	59,6	55,4	59,2	42,2	58,4	64,5	55,4
1964	56,8	62,9	57,6	61,3	57,0	60,6	43,4	60,0	65,8	57,3
1965	58,8	64,7	59,7	63,0	59,1	62,6	46,4	61,5	67,7	58,5
1966	61,0	66,0	61,7	64,7	61,1	64,8	48,7	62,9	69,7	59,8
1967	61,8	65,1	62,3	64,9	61,7	65,9	49,9	62,2	70,9	58,2
1968	62,9	65,5	63,3	65,0	63,0	66,9	51,3	62,7	69,6	59,4
1969	65,6	67,1	65,8	67,7	65,4	68,3	55,3	66,0	70,8	63,3
1970	70,6	67,1	70,0	70,8	69,8	70,8	60,6	74,4	74,6	74,3
1971	76,1	68,5	74,7	74,0	74,8	74,7	68,6	79,9	78,2	80,9
1972	80,2	69,8	78,2	75,8	78,8	78,9	73,2	83,1	79,8	84,9
1973	85,4	75,6	83,6	80,6	84,3	84,4	80,7	87,3	82,8	89,8
1974	91,2	92,9	91,5	92,6	91,2	90,5	90,3	93,6	89,2	96,1
1975	96,7	94,9	96,4	96,6	96,3	96,0	96,2	96,9	96,3	97,3
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,7	102,1	103,3	102,0	103,7	103,6	104,6	103,5	102,6	104,1
1978	108,0	100,6	106,5	103,8	107,3	106,5	108,3	108,4	105,3	110,5
1979	112,4	108,8	111,6	108,4	112,5	110,9	113,3	115,5	108,1	120,8
1980 [3]	117,4	122,0	118,4	115,4	119,3	117,1	120,3	124,1	112,7	132,2
1981 [3]	122,3	134,1	124,9	122,3	125,8	124,2	126,4	129,5	117,4	138,2
1976 1. Vj.	97,1	98,2	97,3	98,4	97,0	98,9	93,3	98,1	98,8	97,6
2. Vj.	100,1	99,6	100,0	99,8	100,1	100,0	97,4	100,3	100,7	100,0
3. Vj.	98,2	101,0	98,8	100,6	98,3	100,1	96,3	100,4	99,9	100,7
4. Vj.	104,3	101,0	103,6	101,0	104,4	100,9	111,8	100,8	100,3	101,1
1977 1. Vj.	100,8	101,9	101,0	101,0	101,0	102,4	97,0	101,6	101,7	101,5
2. Vj.	103,6	103,4	103,5	102,2	103,9	103,6	102,3	103,8	102,8	104,4
3. Vj.	101,8	101,7	101,8	102,0	101,7	103,9	101,3	104,1	102,7	105,0
4. Vj.	108,2	101,5	106,9	102,5	108,2	104,3	116,3	104,3	103,0	105,3
1978 1. Vj.	104,9	100,5	104,0	102,4	104,5	105,7	100,8	106,0	104,3	107,3
2. Vj.	107,6	100,1	106,0	103,6	106,8	106,6	104,4	107,9	105,1	109,7
3. Vj.	106,5	101,3	105,5	104,2	105,8	106,6	105,7	109,4	105,7	111,8
4. Vj.	112,7	100,5	110,2	104,8	111,8	107,0	120,8	109,6	105,9	112,5
1979 1. Vj.	108,8	102,4	107,4	105,3	108,1	108,8	105,2	110,8	106,7	114,2
2. Vj	111,6	107,0	110,6	107,7	111,4	110,3	108,7	115,1	107,9	119,8
3. Vj.	111,6	111,8	111,7	109,5	112,3	111,7	111,6	117,2	108,5	122,9
4. Vj.	117,0	113,3	116,3	110,9	117,8	112,7	126,4	117,5	109,0	123,9
1980 1. Vj. [3]	112,7	119,4	114,2	113,2	114,5	114,8	110,7	120,0	110,7	126,9
2. Vj. [3]	117,4	121,8	118,4	115,1	119,4	116,9	116,3	124,8	112,7	132,8
3. Vj. [3]	117,2	122,2	118,3	115,9	119,0	117,9	118,4	125,9	113,4	134,0
4. Vj. [3]	122,0	124,6	122,6	117,4	124,1	118,6	134,4	125,0	113,6	134,0
1981 1. Vj. [3]	117,1	129,5	119,9	119,1	120,2	121,4	118,0	126,2	115,4	135,2
2. Vj. [3]	122,2	132,7	124,6	121,6	125,6	123,4	121,3	130,3	117,3	138,8
3. Vj. [3]	121,7	136,8	125,1	123,7	125,6	125,1	124,6	130,9	117,9	139,3
4. Vj. [3]	127,7	137,2	129,7	124,4	131,7	126,5	140,8	130,1	118,9	138,8
1982 1. Vj. [3]	123,2	136,5	126,3	125,5	126,6	128,4	123,3	131,0	120,7	139,7
2. Vj. [3]	127,2	136,6	129,4	127,6	130,0	130,1	123,7	133,5	122,9	140,4

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2]) Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) und Ausfuhr.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 60*

Index der Grundstoffpreise [1])

1976 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoffe aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei [2])	Grundstoffe aus dem Produzierenden Gewerbe [2])						Grundstoffe für das	
			zusammen	darunter						
				Erdöl und Mineralölerzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Eisen und Stahl	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug [3])	Chemische Erzeugnisse	Verarbeitende Gewerbe [4])	Baugewerbe [4])
1964	65,1	73,9	62,6	36,0	.	.	78,7	75,7	.	.
1965	66,7	75,9	64,1	34,7	.	.	90,6	76,0	.	.
1966	67,5	76,7	64,8	34,8	.	.	100,6	74,7	.	.
1967	65,1	72,5	63,0	37,4	.	.	89,3	73,9	.	.
1968	64,9	71,7	62,9	37,8	.	.	95,2	73,0	.	.
1969	66,6	74,2	64,4	35,4	.	.	102,8	73,0	.	.
1970	68,3	72,1	67,1	36,2	.	.	98,8	73,3	.	.
1971	68,9	71,5	68,1	41,6	.	.	81,1	73,7	.	.
1972	71,2	78,6	69,0	39,8	.	.	77,5	73,3	.	.
1973	78,7	86,5	76,4	46,1	.	.	96,4	77,5	.	.
1974	93,8	87,4	95,5	90,3	.	.	121,0	101,0	.	.
1975	94,0	89,5	95,1	92,9	.	.	90,6	100,3	.	.
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	100,9	107,9	99,8	100,0	101,5	95,0	98,9	98,5	100,5	101,5
1978	98,3	100,6	97,9	90,9	105,1	96,0	92,4	95,7	95,7	104,1
1979	107,1	103,2	107,7	115,2	107,7	101,9	113,8	107,6	105,2	109,2
1980	120,4	105,3	122,8	165,7	117,1	103,2	136,4	118,6	119,1	117,8
1981	133,6	112,0	137,0	218,4	136,3	105,4	135,4	129,3	131,6	125,6
1977 1. Vj.	101,8	109,2	100,7	101,3	100,9	96,3	103,2	98,8	102,0	101,0
2. Vj.	102,1	112,0	100,6	100,7	101,4	95,1	102,4	99,4	102,3	101,7
3. Vj.	100,3	106,1	99,5	99,6	101,7	95,3	96,2	98,4	99,7	101,7
4. Vj.	99,2	104,2	98,4	98,4	102,2	93,4	93,7	97,4	97,9	101,6
1978 1. Vj.	98,3	103,2	97,4	93,2	103,0	94,1	90,6	96,0	96,0	102,8
2. Vj.	98,3	100,9	98,0	91,9	105,0	95,9	91,3	95,9	95,7	104,3
3. Vj.	98,2	99,0	98,0	89,8	106,0	96,2	93,3	95,6	95,4	104,7
4. Vj.	98,4	99,3	98,3	88,6	106,4	97,6	94,5	95,3	95,6	104,5
1979 1. Vj.	101,5	100,8	101,6	95,6	107,8	99,9	104,4	98,5	98,7	106,2
2. Vj.	105,9	103,1	106,4	109,3	107,5	101,3	113,1	106,5	103,9	108,6
3. Vj.	109,4	104,2	110,2	124,3	107,7	103,2	114,6	112,1	108,0	110,2
4. Vj.	111,6	104,9	112,6	131,6	107,9	103,0	123,0	113,4	110,3	111,6
1980 1. Vj.	118,1	106,0	120,0	154,0	109,8	104,4	146,0	118,0	118,0	115,2
2. Vj.	120,2	104,5	122,6	165,6	116,3	104,2	130,4	120,3	119,0	117,6
3. Vj.	120,2	103,4	122,8	164,6	118,5	102,8	133,4	118,0	118,5	119,0
4. Vj.	123,2	107,2	125,7	178,4	123,8	101,6	135,6	117,9	121,1	119,3
1981 1. Vj.	128,7	110,1	131,6	205,8	128,1	102,5	133,8	123,5	126,9	121,6
2. Vj.	132,8	110,8	136,2	218,9	132,8	103,2	136,6	128,0	131,0	124,8
3. Vj.	137,0	112,8	140,8	232,2	139,1	106,4	140,0	132,1	135,6	127,3
4. Vj.	135,9	114,1	139,2	216,7	145,4	109,7	131,0	133,5	132,9	128,6
1982 1. Vj.	137,8	115,3	141,2	216,3	150,1	115,4	128,4	134,7	143,3	132,0
2. Vj.	137,4	114,3	141,1	210,6	150,6	118,7	123,1	134,4	133,7	132,9
3. Vj.	138,2	114,0	142,0	217,7	152,1	117,9	124,0	133,9	134,6	133,0

[1]) Inländische und importierte Grundstoffe zusammen.
[2]) Gliederung nach dem produktionswirtschaflichen Zusammenhang.
[3]) Einschließlich Edelmetalle.
[4]) Gliederung nach dem vorwiegenden Verwendungszweck; ohne Energie, Brenn-, Treib- und Betriebsstoffe.

Tabelle 61*

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

(Inlandsabsatz)[1]

1976 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse[2]	Elektrischer Strom[3], Gas, Fernwärme und Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes: zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Fertigerzeugnisse[4]: Investitionsgüter	Fertigerzeugnisse[4]: Verbrauchsgüter[5]
1962	64,0	38,7	60,1	65,2	67,7	61,7	64,3	69,3	56,2	63,3
1963	64,3	39,3	60,0	65,5	67,2	61,9	65,4	70,0	56,8	64,0
1964	65,0	39,2	60,5	66,3	67,7	62,7	66,7	70,6	57,8	64,6
1965	66,6	40,8	62,2	67,9	69,1	64,5	68,2	71,6	59,5	66,1
1966	67,7	40,7	62,9	69,1	69,9	65,7	69,9	73,2	61,1	67,6
1967	67,1	40,6	63,5	68,4	68,1	65,1	69,5	73,8	60,9	67,9
1968	66,6	40,7	63,7	67,8	67,3	65,1	69,3	72,9	61,0	67,3
1969	67,9	41,9	62,9	69,2	68,3	67,2	70,6	73,6	63,4	67,2
1970	71,2	47,5	63,1	72,7	71,3	72,5	73,2	75,2	69,1	70,2
1971	74,3	52,6	65,2	75,7	73,1	77,0	76,0	77,9	74,6	73,5
1972	76,2	55,6	69,6	77,5	73,1	79,1	78,7	81,0	77,4	76,1
1973	81,3	58,5	72,7	82,7	79,4	82,4	84,6	87,8	80,9	81,8
1974	92,1	75,1	78,5	93,8	98,0	90,1	94,5	92,8	88,3	91,4
1975	96,4	93,7	93,7	96,8	97,1	96,6	97,1	96,3	95,8	96,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	100,5	102,2	102,8	99,8	103,7	102,9	106,9	104,2	101,9
1978	103,9	107,0	105,9	103,6	99,1	106,0	104,6	106,0	107,5	104,1
1979	108,9	110,6	108,0	108,9	109,6	109,1	109,7	106,4	111,2	112,6
1980	117,1	130,2	119,0	116,6	122,2	114,4	117,9	109,0	116,9	122,6
1981	126,2	152,2	141,1	123,9	134,4	119,2	123,8	113,7	122,2	133,0
1977 1. Vj.	102,1	100,5	101,1	102,3	100,3	102,5	102,4	105,4	102,8	101,3
2. Vj.	103,0	100,4	101,9	103,2	100,4	103,9	102,9	107,5	104,3	102,0
3. Vj.	102,9	100,6	102,4	103,1	99,6	104,1	103,2	107,5	104,7	102,1
4. Vj.	102,9	100,6	103,6	102,8	99,1	104,1	103,0	107,0	105,0	102,3
1978 1. Vj.	103,3	107,3	104,5	103,1	98,7	105,0	103,8	106,6	106,1	103,1
2. Vj.	103,9	106,9	105,9	103,6	99,0	106,1	104,4	106,2	107,5	103,9
3. Vj.	104,0	106,8	106,6	103,7	98,8	106,5	104,9	105,8	108,0	104,3
4. Vj.	104,4	106,8	106,8	104,0	99,7	106,6	105,2	105,5	108,3	105,3
1979 1. Vj.	106,1	109,1	107,9	105,8	103,5	107,8	106,5	105,5	109,6	108,3
2. Vj.	108,2	108,8	107,4	108,2	108,2	109,0	108,8	106,0	111,0	111,4
3. Vj.	109,9	110,4	107,7	110,1	112,1	109,6	111,0	106,7	111,8	114,5
4. Vj.	111,3	114,0	108,8	111,5	114,5	110,2	112,7	107,3	112,4	116,2
1980 1. Vj.	114,4	119,9	110,9	114,6	120,3	112,4	115,3	107,9	114,5	120,2
2. Vj.	117,0	129,0	118,1	116,6	122,5	114,5	117,5	108,6	116,9	122,7
3. Vj.	117,6	134,0	119,9	117,0	122,0	115,2	118,9	109,3	117,7	122,7
4. Vj.	119,4	137,9	127,1	118,1	124,1	115,6	119,8	110,1	118,4	124,9
1981 1. Vj.	122,2	142,5	131,9	120,7	129,1	117,2	121,2	111,3	119,9	128,9
2. Vj.	125,2	151,0	137,2	123,3	133,2	118,9	123,2	113,4	121,8	131,6
3. Vj.	127,8	154,3	143,1	125,4	137,4	119,9	124,7	114,8	123,0	135,6
4. Vj.	129,4	161,1	152,2	126,1	137,7	120,8	125,9	115,5	124,2	135,6
1982 1. Vj.	131,6	162,9	157,2	127,9	138,6	123,7	127,2	117,0	127,2	134,9
2. Vj.	132,8	163,4	158,0	129,3	138,2	126,1	128,0	120,3	129,4	135,0
3. Vj.	134,2	152,1	159,0	130,7	139,8	126,7	128,6	123,8	130,4	138,3

[1]) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2]) Ohne Erdgas.
[3]) Im Preisindex für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt.
[4]) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
[5]) Ohne Nahrungs- und Genußmittel.

Tabelle 62*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise [1])

1976 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden [2])	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischtgenutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche Betriebsgebäude	landwirtschaftliche Betriebsgebäude			
1960 [3])	40,2	41,2	41,4	42,0	41,1	60,4	.	.
1961 [3])	43,2	44,1	44,2	44,6	43,9	63,5	.	.
1962 [3])	46,8	47,6	47,8	48,0	47,3	67,7	.	30,4
1963 [3])	49,2	50,0	50,2	50,1	49,8	70,3	.	34,7
1964 [3])	51,5	52,3	52,3	52,1	51,9	69,7	.	37,8
1965 [3])	53,7	54,4	54,3	54,2	53,8	66,0	.	44,9
1966	55,4	56,3	56,0	55,6	55,5	65,2	.	48,4
1967	54,2	54,9	54,7	52,9	54,2	62,2	.	52,7
1968	56,5	57,2	56,9	55,8	56,5	65,0	56,8	58,1
1969	59,8	60,6	60,4	60,6	59,7	67,9	59,4	61,2
1970	69,6	70,5	70,7	71,7	70,0	77,8	66,6	63,0
1971	76,8	77,6	77,9	79,5	77,4	83,9	73,7	68,8
1972	82,0	82,5	82,9	83,4	82,6	85,0	78,4	82,4
1973	88,0	88,4	88,8	88,3	88,4	87,7	84,0	83,5
1974	94,4	94,5	94,8	93,7	94,5	96,1	92,1	82,7
1975	96,7	96,7	96,8	96,2	96,5	98,4	96,5	90,3
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,9	104,7	104,6	104,3	105,1	102,7	104,8	110,6
1978	111,3	111,0	110,7	109,8	111,8	109,4	110,2	122,8
1979	121,1	120,4	119,5	118,7	121,7	120,8	117,1	141,7
1980	134,1	133,1	132,0	130,9	135,0	136,2	127,5	168,1
1981	142,0	140,9	140,0	138,9	142,9	139,8	135,9	196,9
1977 Feb	102,2	102,2	102,4	101,9	102,2	100,6	102,2	100,9
Mai	105,0	104,9	104,7	104,4	105,3	102,6	104,8	107,7
Aug	105,9	105,7	105,5	105,2	106,2	103,5	106,0	107,3
Nov	106,3	106,0	105,9	105,5	106,6	104,1	106,1	119,2
1978 Feb	108,3	108,2	108,2	107,3	108,6	106,0	107,9	112,6
Mai	110,6	110,3	110,0	109,1	111,0	108,2	109,6	117,3
Aug	112,8	112,4	111,8	111,1	113,3	111,2	111,4	122,0
Nov	113,6	113,2	112,7	111,8	114,1	112,1	111,9	129,9
1979 Feb	115,1	114,7	114,2	113,2	115,5	113,4	112,9	129,9
Mai	120,4	119,6	118,6	117,9	121,0	119,6	116,2	136,6
Aug	123,7	123,0	121,9	121,2	124,3	124,6	119,2	141,6
Nov	125,2	124,4	123,3	122,4	125,9	125,5	120,1	148,6
1980 Feb	128,8	128,1	127,3	125,9	129,7	131,0	122,8	154,3
Mai	134,5	133,5	132,1	131,2	135,6	137,0	127,3	158,9
Aug	136,1	135,0	133,6	132,8	137,0	138,7	129,6	171,0
Nov	136,9	135,9	134,8	133,5	137,7	138,0	130,2	181,1
1981 Feb	138,4	137,4	136,5	134,9	139,3	138,4	132,0	184,6
Mai	142,4	141,2	140,0	138,7	143,4	140,9	135,7	197,8
Aug	143,4	142,2	141,2	140,4	144,2	141,0	137,6	199,4
Nov	143,7	142,8	142,2	141,4	144,7	138,9	138,2	212,4
1982 Feb	144,7	144,0	143,7	143,2	145,6	137,8	139,9	216,2
Mai	146,4	145,7	145,4	144,7	147,3	137,2	141,9	219,0
Aug	146,8	146,1	146,0	145,3	147,7	136,3	143,6	...

[1]) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.
[3]) Ohne Berlin.

Tabelle 63*

Index der Ausfuhrpreise

1976 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft [1]	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen [1]	Rohstoffe [1]	Halbwaren [1]	Fertigwaren [1]	Investitionsgüter [2]	Verbrauchsgüter [2]
1962	62,2	64,7	62,0	58,2	54,3	63,0	56,1	62,1
1963	62,3	70,8	62,0	58,7	53,6	63,0	56,7	62,4
1964	63,8	71,3	63,4	61,0	55,7	64,3	58,0	63,5
1965	65,2	71,9	64,9	60,9	57,2	65,9	59,8	65,0
1966	66,6	73,6	66,2	61,0	58,7	67,3	61,5	67,3
1967	66,5	72,4	66,2	58,9	58,7	67,3	62,2	68,3
1968	65,8	71,0	65,6	57,9	58,3	66,6	61,9	68,0
1969	68,4	72,4	68,3	58,4	59,9	69,5	65,1	69,2
1970	70,5	73,3	70,4	59,3	61,7	71,7	68,5	70,4
1971	72,9	75,0	72,8	63,6	61,5	74,3	73,2	73,7
1972	74,4	78,6	74,2	66,8	59,4	76,1	76,2	76,1
1973	79,2	87,6	78,8	70,1	69,7	80,2	80,0	80,1
1974	92,7	96,7	92,4	82,0	103,2	91,7	87,1	90,3
1975	96,3	96,8	96,1	93,7	96,7	96,2	94,6	95,7
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	101,7	104,6	101,6	99,1	97,4	102,0	104,2	102,8
1978	103,3	104,1	103,3	98,0	95,7	104,1	107,2	105,4
1979	108,2	107,3	108,2	103,1	110,5	108,2	110,4	108,4
1980	115,1	113,9	115,1	109,6	125,1	114,4	115,7	115,3
1981	121,3	122,1	121,3	120,8	134,2	120,2	121,0	121,1
1977 1. Vj.	101,4	103,9	101,3	100,4	98,9	101,6	103,1	102,0
2. Vj.	102,1	106,9	101,9	99,8	98,5	102,2	104,4	102,9
3. Vj.	101,8	104,0	101,7	98,5	96,8	102,3	104,6	103,0
4. Vj.	101,6	103,7	101,5	97,7	95,3	102,1	104,8	103,4
1978 1. Vj.	102,5	103,7	102,4	98,9	94,2	103,2	106,2	104,4
2. Vj.	103,4	104,8	103,3	97,3	95,1	104,2	107,3	105,2
3. Vj.	103,7	103,8	103,7	97,3	96,4	104,5	107,6	105,9
4. Vj.	103,8	103,9	103,8	98,4	97,0	104,5	107,7	106,1
1979 1. Vj.	105,7	104,5	105,7	101,9	102,3	106,1	109,2	106,7
2. Vj.	107,8	106,5	107,8	102,9	109,3	107,8	110,1	107,8
3. Vj.	109,2	108,1	109,3	103,5	113,3	109,1	110,8	109,0
4. Vj.	110,2	110,0	110,2	104,2	117,1	109,8	111,3	110,0
1980 1. Vj.	113,7	111,1	113,8	107,4	127,8	112,8	113,9	113,8
2. Vj.	114,8	112,3	114,9	109,0	123,3	114,4	115,8	114,8
3. Vj.	115,4	113,3	115,5	109,8	123,3	115,0	116,3	115,8
4. Vj.	116,4	118,9	116,3	112,3	126,3	115,5	116,9	116,8
1981 1. Vj.	118,7	121,7	118,6	115,9	130,3	117,7	119,0	118,9
2. Vj.	120,9	124,3	120,8	118,8	133,7	119,7	120,7	120,6
3. Vj.	122,7	124,1	122,6	123,5	137,1	121,4	121,8	122,2
4. Vj.	122,9	118,4	123,1	124,9	135,7	122,0	122,3	122,7
1982 1. Vj.	125,4	120,4	125,6	127,0	136,0	124,7	125,6	124,6
2. Vj.	126,5	121,8	126,6	125,7	134,1	126,0	127,3	125,5
3. Vj.	127,0	121,0	127,2	126,1	134,9	126,6	128,3	126,0

[1]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 64*

Index der Einfuhrpreise

1976 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[1]	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[1]	Rohstoffe[1]	Halbwaren[1]	Fertigwaren[1]	Investitionsgüter[2]	Verbrauchsgüter[2]
1962	62,6	69,9	60,9	42,4	53,8	75,1	75,1	65,3
1963	63,8	73,0	61,4	42,6	54,2	76,0	76,9	66,7
1964	64,9	74,0	62,7	43,0	56,2	77,2	78,1	64,4
1965	66,6	77,4	63,6	42,7	58,7	78,0	79,6	63,3
1966	67,7	77,4	65,2	43,4	61,3	79,6	81,9	64,7
1967	66,3	74,9	64,2	42,3	60,3	78,9	80,9	66,5
1968	65,8	72,1	64,4	42,4	61,5	78,1	81,4	67,7
1969	66,9	74,5	65,2	41,6	63,8	79,2	81,7	67,0
1970	66,2	74,1	64,5	40,5	63,7	78,4	79,8	66,8
1971	66,5	72,9	65,1	44,3	59,8	79,1	81,6	69,3
1972	66,1	74,8	64,2	43,0	57,1	79,1	81,4	69,7
1973	74,6	90,1	71,2	50,6	72,9	82,1	81,8	79,9
1974	95,8	98,2	95,3	94,9	102,6	92,5	86,2	91,7
1975	94,2	92,4	94,6	91,9	93,9	96,5	94,7	95,0
1976	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	101,5	108,8	100,0	99,2	98,0	100,9	100,0	101,8
1978	97,7	98,5	97,6	88,1	94,7	101,7	101,8	102,2
1979	109,1	99,7	111,0	107,0	130,6	106,0	103,0	120,8
1980	125,3	103,7	129,7	157,1	153,4	112,7	107,9	129,0
1981	142,9	111,6	149,3	205,4	180,6	119,9	116,1	141,8
1977 1. Vj.	103,0	113,6	100,8	101,3	100,1	100,8	100,1	101,7
2. Vj.	103,3	115,7	100,8	100,7	100,1	101,0	100,0	102,2
3. Vj.	100,4	103,3	99,8	98,6	97,5	100,9	100,1	101,9
4. Vj.	99,3	102,6	98,6	96,4	94,4	100,8	99,9	101,6
1978 1. Vj.	98,0	103,1	96,9	90,6	91,3	101,0	100,8	101,1
2. Vj.	98,0	101,0	97,4	89,6	93,4	101,4	101,5	101,8
3. Vj.	97,5	94,5	98,1	87,9	95,6	102,4	102,6	102,4
4. Vj.	97,4	95,4	97,8	84,4	98,5	102,1	102,2	103,5
1979 1. Vj.	101,9	98,9	102,5	88,4	115,0	103,3	102,2	112,9
2. Vj.	107,9	100,6	109,4	101,8	128,8	105,7	102,9	120,3
3. Vj.	112,0	99,0	114,6	115,8	136,4	107,2	103,3	124,4
4. Vj.	114,5	100,0	117,4	121,8	142,3	107,9	103,6	125,8
1980 1. Vj.	122,8	104,2	126,6	146,2	154,0	111,0	105,6	128,2
2. Vj.	124,9	103,1	129,3	157,2	151,5	112,6	107,5	129,1
3. Vj.	124,4	101,6	129,1	157,4	148,7	113,0	108,3	126,9
4. Vj.	129,2	105,8	134,0	167,5	159,5	114,2	110,3	131,8
1981 1. Vj.	137,8	112,8	142,9	193,2	169,8	116,9	113,6	137,4
2. Vj.	142,4	112,6	148,5	207,3	176,2	119,3	115,6	139,8
3. Vj.	147,6	110,1	155,3	220,0	190,3	121,8	117,9	145,7
4. Vj.	143,7	110,9	150,4	200,9	186,1	121,4	117,1	144,4
1982 1. Vj.	144,8	115,3	150,9	201,4	183,6	123,0	118,2	143,3
2. Vj.	143,9	114,8	149,8	195,7	182,5	123,4	118,6	144,6
3. Vj.	145,1	109,9	152,3	203,3	186,6	123,8	119,3	147,1

[1]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 65*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[2])

1976 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Ernährung	Gesamtlebenshaltung ohne Ernährung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	46,2	47,0	46,1	82,2	28,9	34,2	65,6	54,0	48,6	39,2	41,6
1951	49,7	50,2	50,3	80,5	29,4	37,0	72,5	59,9	52,2	42,4	46,7
1952	50,8	50,1	52,6	81,9	30,0	39,8	71,9	55,8	51,8	43,5	48,7
1953	49,9	49,2	51,7	76,7	31,0	41,1	68,2	52,9	50,4	43,0	49,2
1954	50,0	48,7	52,4	71,1	31,0	43,3	67,0	52,2	50,1	42,3	49,5
1955 [3])	50,8	49,4	53,5	70,5	31,9	44,4	67,5	52,2	51,5	43,2	49,7
1956	52,1	50,5	55,0	70,4	34,0	45,2	68,9	52,7	52,5	44,3	49,3
1957	53,2	51,7	56,0	70,2	34,4	46,4	71,5	54,7	53,3	45,7	49,7
1958	54,3	52,8	57,1	70,1	35,0	48,4	71,9	56,3	54,5	47,0	53,4
1959	54,8	53,0	58,1	69,4	35,8	48,8	70,9	56,1	55,1	47,7	54,3
1960 [4])	55,6	54,1	58,5	69,3	38,1	49,4	70,9	57,1	56,0	49,0	55,0
1961	56,9	55,8	59,1	69,3	41,4	50,2	72,3	58,4	57,5	50,8	56,6
1962	58,6	57,3	61,4	70,0	42,7	51,1	73,6	60,0	59,5	53,1	57,3
1963	60,3	58,8	63,4	70,6	45,2	52,5	73,9	61,4	61,0	55,0	59,8
1964	61,8	60,2	64,9	71,1	48,0	53,2	74,4	62,6	62,0	56,9	60,3
1965	63,8	61,8	67,9	71,2	50,8	54,2	75,7	64,3	64,0	59,1	61,0
1966	66,1	64,4	69,6	74,1	55,4	54,8	76,7	66,3	66,8	61,4	63,3
1967	67,0	66,0	69,2	76,1	58,8	55,4	76,2	67,3	67,8	63,5	65,3
1968	67,9	67,9	67,8	77,4	62,6	59,2	75,2	67,2	71,3	66,6	66,6
1969	69,3	69,0	69,7	77,3	67,2	59,3	75,3	67,9	72,2	67,7	66,4
1970	71,5	71,5	71,4	79,4	69,9	61,2	77,9	70,7	74,5	70,9	68,0
1971	75,2	75,3	74,5	81,4	74,1	63,2	81,1	75,0	78,2	74,1	74,3
1972	79,2	72,8	78,7	85,8	78,4	65,6	83,9	79,6	81,7	77,2	78,9
1973	84,6	84,4	84,6	91,6	83,5	73,4	87,0	85,6	85,6	82,0	83,8
1974	90,3	90,5	89,5	93,9	88,3	83,7	93,1	92,0	91,4	89,5	91,0
1975	95,8	96,1	94,8	96,7	95,0	94,2	97,9	96,6	97,0	96,1	95,8
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,5	103,8	102,5	111,4	103,3	100,9	103,3	105,0	102,8	103,0	102,2
1978	106,1	106,7	104,3	111,9	106,2	103,4	106,2	109,7	105,8	106,3	104,9
1979	110,2	111,3	106,3	113,2	109,7	120,1	108,8	114,7	109,0	110,5	110,0
1980	116,0	117,5	111,0	116,9	115,4	131,6	114,4	121,6	114,0	115,8	116,6
1981	122,8	124,5	117,1	120,7	120,6	150,5	120,2	127,8	119,6	122,3	125,5
1979 1. Vj.	108,2	109,0	105,5	111,4	108,0	112,7	107,9	112,3	107,4	109,0	107,1
2. Vj.	109,7	110,5	107,1	111,6	108,9	119,0	108,3	113,8	108,3	109,8	109,1
3. Vj.	110,9	112,3	106,2	114,5	110,1	124,6	108,9	115,2	109,6	111,2	111,6
4. Vj.	111,8	113,4	106,6	115,3	111,9	124,0	110,0	117,3	110,5	112,0	112,3
1980 1. Vj.	113,8	115,2	109,4	116,4	113,5	128,6	112,6	119,4	112,0	113,1	113,4
2. Vj.	115,9	117,2	111,5	116,9	115,0	131,4	114,1	121,0	113,5	114,9	117,2
3. Vj.	116,6	118,1	111,7	117,2	116,1	130,6	114,6	122,2	114,7	117,1	117,7
4. Vj.	117,5	119,3	111,5	117,2	117,1	135,6	116,3	124,0	115,8	118,1	118,0
1981 1. Vj.	120,0	121,5	115,1	118,0	118,3	144,4	118,8	125,6	117,4	119,7	120,6
2. Vj.	122,3	123,7	117,9	120,4	119,8	146,3	119,9	127,1	119,0	121,4	124,8
3. Vj.	123,8	125,8	116,8	121,8	121,3	153,7	120,2	128,1	120,3	123,4	128,4
4. Vj.	125,2	127,2	118,7	122,6	122,8	157,5	122,0	130,2	121,7	124,9	128,1
1982 1. Vj.	126,9	128,5	121,5	125,1	124,4	161,0	124,5	131,7	123,1	126,5	127,1
2. Vj.	128,8	130,0	124,7	130,8	125,7	161,0	125,0	133,0	124,4	128,1	127,9
3. Vj.	130,2	132,3	123,0	138,9	127,3	163,5	124,3	133,8	125,4	129,6	132,1

[1]) Gliederung nach Bedarfsgruppen.
[2]) Haushalte mit mittlerem Einkommen.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 66*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[2])

1976 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungs- und Genußmittel[3])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
	einschl. Nahrungs- und Genußmittel[3])	ohne Nahrungs- und Genußmittel[3])									
1962	58,6	55,6	63,4	60,2	42,5	50,7	68,2	56,8	54,5	60,3	57,2
1963	60,3	57,4	65,2	61,5	44,8	52,0	69,5	59,4	56,1	61,1	59,1
1964	61,8	58,8	66,5	62,8	47,6	52,8	70,5	60,0	57,5	62,3	61,0
1965	63,8	60,6	69,1	64,4	50,3	53,7	72,4	60,6	59,5	64,1	62,8
1966	66,1	63,1	71,0	66,5	55,0	54,5	73,8	63,1	62,8	65,8	64,8
1967	67,0	64,7	71,0	67,5	58,7	55,0	73,8	64,9	64,1	67,2	67,4
1968	67,9	66,7	70,2	67,4	62,7	58,9	73,5	66,1	68,2	69,3	70,2
1969	69,3	68,0	71,6	68,0	67,3	59,0	73,6	65,7	69,2	70,1	71,4
1970	71,5	70,5	73,3	70,8	70,0	60,8	76,3	67,5	72,0	73,5	72,9
1971	75,2	74,6	76,2	75,1	74,1	62,9	79,8	71,7	76,0	76,9	80,6
1972	79,2	78,5	80,4	79,7	78,4	65,3	82,8	76,2	79,9	79,8	84,5
1973	84,6	83,6	86,3	85,6	83,5	73,2	85,9	81,4	84,5	84,0	89,2
1974	90,3	90,1	90,6	92,0	88,3	83,6	92,1	89,5	90,7	91,4	93,9
1975	95,8	96,1	95,3	96,6	95,0	94,1	97,5	95,3	96,5	97,2	97,2
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,5	103,0	104,7	104,9	103,3	100,9	103,1	101,9	103,3	101,7	105,4
1978	106,1	106,1	106,1	109,6	106,2	103,4	106,6	104,9	106,9	103,5	108,8
1979	110,2	111,1	108,0	114,6	109,7	120,6	109,9	110,0	110,8	106,1	113,8
1980	116,0	117,5	112,4	121,5	115,4	132,4	116,2	117,5	116,3	109,2	119,5
1981	122,8	125,0	118,0	127,6	120,4	151,8	123,1	127,3	122,4	113,3	126,1
1977 1. Vj.	102,5	102,0	103,6	103,2	102,2	101,0	102,4	100,4	102,1	101,3	104,2
2. Vj.	103,6	102,9	105,3	104,4	102,9	100,7	103,1	102,1	103,1	101,6	104,9
3. Vj.	103,8	103,3	105,0	105,2	103,6	100,7	102,9	102,4	103,7	101,8	106,0
4. Vj.	104,2	103,9	104,8	106,9	104,3	101,1	103,8	102,6	104,5	102,0	106,3
1978 1. Vj.	105,4	105,2	106,0	108,4	105,2	102,5	106,3	103,8	105,6	103,0	107,5
2. Vj.	106,4	106,1	107,1	109,3	106,0	103,1	106,9	105,2	106,6	103,5	108,3
3. Vj.	106,2	106,3	106,0	109,8	106,5	103,2	106,2	105,2	107,2	103,7	109,6
4. Vj.	106,5	107,0	105,4	111,1	107,1	104,8	106,9	105,4	108,1	103,9	109,9
1979 1. Vj.	108,2	108,8	106,9	112,3	108,0	113,0	108,6	106,6	109,0	105,5	112,1
2. Vj.	109,7	110,3	108,2	113,7	108,8	119,5	109,3	108,9	110,1	105,8	113,0
3. Vj.	110,9	112,1	108,2	115,1	110,0	125,3	110,1	111,8	111,5	106,3	114,7
4. Vj.	111,8	113,2	108,7	117,2	111,8	124,6	111,5	112,5	112,5	107,0	115,3
1980 1. Vj.	113,8	115,1	111,0	119,3	113,5	129,4	114,2	113,9	114,1	107,9	116,4
2. Vj.	115,9	117,2	112,8	120,9	115,0	132,3	115,8	118,2	115,7	108,9	118,4
3. Vj.	116,6	118,2	113,1	122,0	116,1	131,4	116,4	118,8	117,0	109,5	121,3
4. Vj.	117,5	119,2	112,9	123,8	117,0	136,5	118,5	119,1	118,3	110,3	121,9
1981 1. Vj.	120,0	121,9	115,8	125,4	118,2	145,6	121,4	122,0	120,0	111,5	123,4
2. Vj.	122,3	124,0	118,5	126,9	119,7	147,5	122,6	126,8	121,8	112,7	124,8
3. Vj.	123,8	126,2	118,0	128,0	121,2	155,1	123,1	130,5	123,2	113,6	127,7
4.Vj.	125,2	127,6	119,6	130,1	122,7	159,0	125,2	130,1	124,6	115,2	128,3
1982 1. Vj.	126,9	128,9	122,3	131,5	124,3	162,6	128,1	129,0	126,2	116,8	129,3
2. Vj.	128,8	129,9	126,1	132,8	125,6	162,5	128,8	129,9	127,3	118,0	130,3
3. Vj.	130,2	131,7	126,8	133,6	127,2	165,1	128,2	134,6	128,3	118,7	131,9

[1]) Gliederung nach Hauptgruppen.
[2]) Haushalte mit mittlerem Einkommen.
[3]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 67*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

Alle privaten Haushalte

1976 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel[2])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel[2])	Nahrungs- und Genußmittel[2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1962	58,1	55,4	63,2	61,4	44,3	46,6	65,9	56,2	48,0	57,9	63,0
1963	59,8	57,1	65,0	62,7	46,7	48,1	67,2	58,1	49,5	59,5	64,3
1964	61,2	58,5	66,4	63,5	49,3	48,9	67,9	58,7	51,3	61,7	65,3
1965	63,2	60,2	68,8	65,0	52,1	49,9	69,1	59,2	53,9	63,8	66,8
1966	65,4	62,6	70,9	66,7	56,3	50,5	70,6	61,6	57,4	66,0	68,5
1967	66,5	64,4	70,8	67,5	60,1	51,2	70,6	63,5	59,3	68,3	70,2
1968	67,6	66,3	70,2	67,5	64,4	54,2	70,8	65,3	62,6	70,0	72,2
1969	68,9	67,4	71,8	68,2	68,5	54,1	71,2	64,9	64,1	70,7	73,4
1970	71,2	70,1	73,5	70,9	71,5	56,5	74,1	66,8	67,6	74,2	74,9
1971	74,9	74,3	76,3	75,1	75,9	59,6	78,1	71,3	72,3	77,5	80,3
1972	79,1	78,3	80,7	79,6	80,5	62,3	81,3	76,2	76,9	80,2	83,7
1973	84,6	83,6	86,7	85,6	85,2	72,5	84,8	81,9	82,2	84,3	88,1
1974	90,5	90,3	90,8	92,0	89,5	84,7	91,3	90,2	89,1	91,5	93,1
1975	95,9	96,0	95,6	96,7	95,2	93,6	97,1	95,8	95,6	97,0	96,9
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,7	103,2	104,9	104,8	103,4	100,9	103,2	102,1	103,9	101,7	105,4
1978	106,5	106,5	106,4	109,4	106,4	103,3	106,8	105,1	108,0	103,4	109,4
1979	110,9	111,8	108,2	114,2	109,8	124,8	110,2	110,0	112,6	106,1	114,5
1980	117,0	118,5	112,7	120,8	115,4	137,6	116,7	116,8	119,1	108,9	123,2
1981	123,9	126,0	118,2	126,8	120,4	157,8	123,7	125,2	126,0	113,0	131,3
1977 1. Vj.	102,6	102,1	103,8	103,1	102,2	101,0	102,5	100,6	102,4	101,3	104,0
2. Vj.	103,7	103,0	105,6	104,3	103,0	100,7	103,2	102,3	103,6	101,6	104,8
3. Vj.	104,0	103,5	105,4	105,1	103,8	100,6	103,1	102,6	104,4	101,8	105,9
4. Vj.	104,4	104,2	105,1	106,7	104,5	101,1	104,0	102,9	105,3	102,0	106,7
1978 1. Vj.	105,7	105,5	106,3	108,2	105,4	102,4	106,5	103,9	106,6	103,0	107,9
2. Vj.	106,6	106,4	107,3	109,0	106,2	102,9	107,1	105,4	107,5	103,4	108,8
3. Vj.	106,6	106,7	106,3	109,6	106,7	103,1	106,4	105,4	108,5	103,5	110,2
4. Vj.	106,9	107,4	105,7	110,8	107,3	105,0	107,2	105,7	109,4	103,8	110,8
1979 1. Vj.	108,8	109,3	107,2	112,0	108,2	115,2	108,9	106,9	110,7	105,5	112,5
2. Vj.	110,3	111,0	108,4	113,4	109,0	123,5	109,6	109,0	111,9	105,7	113,4
3. Vj.	111,7	112,9	108,4	114,8	110,3	130,6	110,5	111,7	113,3	106,2	115,4
4. Vj.	112,6	114,0	108,9	116,7	111,9	130,0	111,9	112,3	114,5	106,9	116,6
1980 1. Vj.	114,7	116,0	111,4	118,6	113,5	135,1	114,6	113,3	116,7	107,7	119,2
2. Vj.	116,8	118,2	113,0	120,2	115,0	137,9	116,2	117,6	118,5	108,6	121,8
3. Vj.	117,7	119,2	113,3	121,3	116,1	135,9	116,9	118,0	119,8	109,2	125,4
4. Vj.	118,6	120,6	113,1	123,1	117,0	141,4	119,0	118,1	121,2	110,1	126,4
1981 1. Vj.	121,2	123,0	116,1	124,7	118,2	151,4	121,9	120,5	123,6	111,2	128,3
2. Vj.	123,3	125,0	118,7	126,2	119,8	153,0	123,2	124,6	125,4	112,5	130,0
3. Vj.	124,9	127,3	118,2	127,2	121,2	161,6	123,7	127,9	126,8	113,3	133,0
4. Vj.	126,3	128,8	119,7	129,3	122,6	165,4	125,9	127,9	128,2	115,1	134,0
1982 1. Vj.	128,2	130,2	122,5	130,8	124,1	168,4	128,7	127,7	130,0	116,8	135,1
2. Vj.	130,0	131,3	126,2	132,0	125,5	168,0	129,4	129,0	131,2	118,0	136,8
3. Vj.	131,4	133,0	126,9	132,9	127,1	170,8	128,9	133,0	132,2	118,7	138,7

[1]) Gliederung nach Hauptgruppen.
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 68*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])

1976 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[2])	Wohnungsnutzung[3])	Dienstleistungen[4])	Sonstige Waren[5])	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel[2])	Wohnungsnutzung[3])	Dienstleistungen[4])	Sonstige Waren[5])
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[6])				
1962	58,1	62,3	44,7	48,2	65,3	58,6	62,2	42,9	49,8	64,9
1963	59,8	64,2	47,1	50,6	66,1	60,3	64,3	45,3	52,3	65,7
1964	61,2	65,7	49,8	52,6	66,7	61,8	65,7	48,0	54,1	66,5
1965	63,2	68,5	52,6	54,7	67,6	63,8	68,7	50,8	56,0	67,7
1966	65,4	70,3	56,7	58,2	68,9	66,1	70,3	55,6	59,0	69,3
1967	66,5	69,7	60,5	60,2	69,6	67,0	69,7	59,1	60,7	70,2
1968	67,6	68,1	64,8	63,4	70,2	67,9	68,1	63,2	63,9	70,9
1969	68,9	70,3	68,8	64,7	70,2	69,3	70,0	67,7	65,2	70,9
1970	71,2	71,7	71,8	67,7	72,5	71,5	71,5	70,3	68,1	73,1
1971	74,9	74,5	76,1	72,9	75,8	75,2	74,5	74,3	73,6	76,3
1972	79,1	79,0	80,7	77,9	79,3	79,2	78,8	78,6	78,5	79,9
1973	84,6	85,3	85,4	83,4	84,7	84,6	84,6	83,7	84,0	85,0
1974	90,5	89,9	89,6	89,7	91,5	90,3	89,5	88,3	90,4	91,3
1975	95,9	95,4	95,3	95,6	96,5	95,8	94,9	94,9	95,8	96,6
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	103,7	102,4	103,3	104,9	103,7	103,5	102,3	103,2	104,6	103,7
1978	106,5	103,6	106,3	108,9	106,5	106,1	103,5	106,1	108,4	106,5
1979	110,9	105,4	109,6	114,0	111,8	110,2	105,2	109,5	113,5	111,4
1980	117,0	109,9	115,0	119,5	119,0	116,0	109,6	115,1	118,0	118,3
1981	123,9	115,8	120,1	127,1	126,7	122,8	115,6	120,0	124,8	126,3
1977 1. Vj.	102,6	102,0	102,1	103,2	102,6	102,5	101,8	102,1	103,1	102,7
2. Vj.	103,7	103,5	102,9	104,3	103,7	103,6	103,4	102,9	104,2	103,7
3. Vj.	104,0	102,0	103,7	105,5	104,1	103,8	102,0	103,6	105,3	104,1
4. Vj.	104,4	101,9	104,4	106,4	104,5	104,2	101,8	104,2	106,0	104,5
1978 1. Vj.	105,7	103,6	105,3	107,7	105,7	105,4	103,4	105,1	107,3	105,7
2. Vj.	106,6	105,0	106,0	108,7	106,4	106,4	104,9	105,8	108,3	106,4
3. Vj.	106,6	103,4	106,6	109,3	106,6	106,2	103,3	106,4	108,7	106,5
4. Vj.	106,9	102,5	107,2	109,9	107,1	106,5	102,5	107,0	109,1	107,1
1979 1. Vj.	108,8	104,7	108,0	112,2	109,0	108,2	104,4	107,8	111,8	108,7
2. Vj.	110,3	106,3	108,8	113,2	110,8	109,7	106,1	108,6	112,8	110,4
3. Vj.	111,7	105,0	110,0	114,8	113,2	110,9	104,9	109,8	114,4	112,7
4. Vj.	112,6	105,3	111,6	115,8	114,2	111,8	105,2	111,5	115,1	113,7
1980 1. Vj.	114,7	108,3	113,2	116,4	116,8	113,8	108,0	113,2	115,5	116,1
2. Vj.	116,8	110,5	114,6	118,7	119,1	115,9	110,2	114,6	117,4	118,3
3. Vj.	117,7	110,6	115,7	120,9	119,3	116,6	110,4	115,7	119,2	118,7
4. Vj.	118,6	110,1	116,6	121,9	120,7	117,5	110,0	116,7	120,0	120,2
1981 1. Vj.	121,2	114,1	117,8	124,1	123,5	120,0	113,7	117,8	122,0	123,0
2. Vj.	123,3	116,7	119,3	126,0	125,8	122,3	116,5	119,3	123,8	125,5
3. Vj.	124,9	115,2	120,8	128,4	128,1	123,8	115,1	120,8	126,2	127,7
4. Vj.	126,3	117,0	122,3	129,7	129,5	125,2	117,0	122,3	127,3	129,1
1982 1. Vj.	128,2	120,2	123,9	131,4	130,8	126,9	120,0	123,9	128,9	130,3
2. Vj.	130,0	123,6	125,4	133,1	132,3	128,8	123,4	125,3	130,2	131,8
3. Vj.	131,4	121,4	126,9	134,9	134,8	130,3	121,4	126,9	131,9	134,7

[1]) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.
[2]) Ohne Gaststättenleistungen.
[3]) Einschließlich Garagennutzung.
[4]) Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
[5]) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter.
[6]) Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 69*

Löhne und Gehälter

1976 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer [1])	Brutto-stunden-verdienste [2])	Brutto-wochen-verdienste [2])	Brutto-monats-verdienste [2])	Tarifliche Stunden-löhne [3])		Tarifliche Wochen-löhne [3])		Tarifliche Monatsgehälter [3])	
		Industrie [4])	Industrie [4])	Industrie [4]) und Handel [5])	Produzierendes Gewerbe [6])	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe [6])	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe [6])	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	26,0	26,2	28,6	29,1	28,1	27,6	30,8	30,4	32,1	32,8
1961	28,7	28,9	31,5	31,5	30,3	29,8	33,2	32,8	34,8	35,4
1962	31,3	32,3	34,7	34,3	33,5	32,8	35,9	35,5	37,8	38,0
1963	33,2	34,7	37,0	36,6	35,7	35,0	38,0	37,6	39,8	40,2
1964	36,2	37,6	40,0	38,9	38,1	37,3	39,9	39,4	41,6	42,1
1965	39,5	41,3	44,0	42,1	41,0	40,2	42,6	42,2	44,5	44,8
1966	42,4	44,0	46,5	45,2	43,9	43,1	45,4	45,0	47,3	47,5
1967	43,8	45,4	46,2	47,0	46,0	45,0	46,9	46,4	48,5	49,0
1968	46,5	47,4	49,4	49,2	47,9	46,9	48,6	48,1	50,1	50,6
1969	50,8	51,6	54,8	53,0	51,1	50,0	51,7	51,2	53,3	53,7
1970	58,6	59,2	63,0	59,7	57,7	56,7	58,0	57,6	59,0	59,2
1971	65,2	65,7	68,6	65,8	65,2	64,4	65,5	65,2	65,9	65,9
1972	71,2	71,6	74,0	71,5	70,9	70,6	71,2	71,2	71,4	71,6
1973	79,2	79,1	81,8	78,8	77,7	77,6	77,9	78,2	78,1	78,7
1974	87,8	87,2	88,3	86,9	86,8	86,8	87,0	87,2	87,1	87,7
1975	93,4	94,0	92,3	94,0	94,6	94,7	94,6	94,8	94,6	95,0
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	106,8	107,1	107,3	106,9	107,2	106,9	107,2	106,9	107,1	106,5
1978	112,6	112,8	113,1	113,0	112,8	112,7	112,8	112,7	112,0	111,8
1979	118,9	119,3	120,6	119,9	119,2	119,0	119,2	118,9	117,8	117,3
1980	126,7	127,2	127,5	128,3	126,9	126,7	126,9	126,6	124,6	124,2
1981	132,9	134,4	133,3	134,7	134,3	133,9	134,3	133,8	131,4	130,6
1979 Jan [7])	112,5	116,0	116,3	116,5	117,0	116,5	117,0	116,4	116,1	114,6
Apr		118,8	119,9	119,3	118,1	118,1	118,1	118,0	117,5	117,5
Jul	125,2	121,2	123,1	121,5	120,7	120,6	120,7	120,5	118,7	118,5
Okt		121,3	123,2	122,4	121,0	120,8	121,0	120,7	119,0	118,6
1980 Jan	120,0	121,7	120,4	123,4	121,7	121,4	121,7	121,3	119,5	118,9
Apr		126,7	127,8	127,8	125,8	125,9	125,8	125,8	124,5	124,7
Jul	133,4	130,1	131,1	130,7	129,9	129,6	129,9	129,5	127,1	126,6
Okt		130,3	130,6	131,2	130,2	129,9	130,2	129,8	127,4	126,7
1981 Jan	125,4	130,6	128,4	131,6	130,6	130,2	130,6	130,1	127,7	127,0
Apr		133,2	132,1	132,9	134,1	133,5	134,1	133,4	131,0	129,8
Jul	140,3	136,6	136,2	136,9	136,2	135,9	136,2	135,8	133,3	132,7
Okt		137,0	136,3	137,5	136,4	136,1	136,4	136,0	133,6	132,9
1982 Jan	130,7	137,5	134,8	138,0	136,7	136,4	136,7	136,1	133,8	133,0
Apr		140,4	137,9	141,1	140,3	139,7	140,3	139,4	137,4	136,0
Jul		142,2	140,6	142,8	141,6	141,3	141,6	141,0	138,9	138,1

[1]) Für die Gesamtwirtschaft, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Jahresergebnis errechnet als Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten.
[3]) Jahreswerte = Durchschnitt aus den 4 Monatswerten.
[4]) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
[5]) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[6]) Ohne Herstellung und Verarbeitung von Glas, Baugewerbe; einschließlich Hoch- und Tiefbau.
[7]) Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: Halbjahre.

Tabelle 70*

Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule [1])

Jahr	Insgesamt	Mineralöle	Steinkohlen	Braunkohle	Naturgase [2])	Kernenergie	Wasserkraft	Strom [3])	Sonstige Energieträger [4])
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	182		103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	176		97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	182		85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	158		82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	176		82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	179		70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	182		64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	164		64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	188		56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	161		64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	193		56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	191		47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	167		47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	155		50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	132		53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	57	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	30	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	163	6	52
1980	11 436	5 443	2 259	1 149	1 887	420	167	55	56
1981	10 964	4 909	2 293	1 167	1 760	518	175	76	66

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 kg Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.
[3]) Außenhandelssaldo Strom.
[4]) Brennholz, Brenntorf, Außenhandelssaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 71*

Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule[1])

Jahr	Ins-gesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brenn-stoffe[2])	Gase[3])	Strom	Fern-wärme
		ins-gesamt	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraft-stoffe				
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	929	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166
1980	7 529	4 023	1 748	535	1 736	796	1 432	1 115	163
1981	7 221	3 685	1 546	440	1 694	808	1 437	1 126	165

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 kg Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Brennholz und Brenntorf).
[3]) Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 72*

Energieverbrauch nach Bereichen

Petajoule [1])

Jahr	Primärenergieverbrauch	Verbrauch und Verluste im Energiesektor [2])	Nichtenergetischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				insgesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinverbraucher, militärische Dienststellen
					zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, übriger Bergbau	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes- und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549
1980	11 436	3 105	802	7 529	2 581	1 817	325	439	1 666	3 282
1981	10 964	3 018	725	7 221	2 482	1 751	313	418	1 609	3 130

[1]) Petajoule = 34 120,4 kg Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Einschließlich statistischer Differenzen.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 73*

Entwicklung im Mineralölbereich

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr[1]		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe[3]
	je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976	je Einwohner[2]	insgesamt	je Einheit Bruttosozialprodukt[2] in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis[3]	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule[4] pro 1 Mrd DM	Gigajoule[5]	Mio DM	Verhältnis in vH	Petajoule[4]	1976 = 100	Petajoule[4]	1976 = 100	Petajoule[4]	1976 = 100
1950	.	3 944	.	.	3	.	15	.	100	.
1951	.	4 387	.	.	3	.	20	.	117	.
1952	.	4 735	.	.	3	.	23	.	138	.
1953	.	5 667	.	.	6	.	23	.	167	.
1954	.	7 226	.	.	15	.	38	.	185	.
1955	.	9 227	.	.	29	.	65	.	223	.
1956	.	11 708	1 449	0,72	59	.	102	.	252	.
1957	.	12 551	1 826	0,84	79	.	123	.	270	.
1958	.	16 139	1 909	0,81	138	45,8	167	.	311	.
1959	.	20 103	2 230	0,87	185	41,3	214	.	352	.
1960	2,13	23 470	2 794	0,92	281	40,1	267	.	402	.
1961	2,45	28 015	3 035	0,92	381	40,0	337	.	460	.
1962	2,91	34 397	3 768	1,05	572	41,0	401	40,2	516	63,5
1963	3,42	41 210	4 357	1,14	744	42,9	455	40,8	563	63,4
1964	3,71	47 213	4 914	1,17	838	41,0	522	36,5	636	63,2
1965	4,06	53 993	4 994	1,09	1 011	39,2	577	35,1	692	63,1
1966	4,47	60 408	5 584	1,15	1 134	37,6	610	37,1	762	60,6
1967	4,66	62 882	6 566	1,33	1 196	40,6	604	38,4	783	65,1
1968	4,93	70 134	7 855	1,47	1 366	43,4	633	36,3	838	69,5
1969	5,17	78 263	7 914	1,32	1 641	40,6	677	36,5	903	64,3
1970	5,48	86 429	8 583	1,27	1 853	42,9	733	40,3	993	63,1
1971	5,52	88 816	11 168	1,49	1 962	47,3	742	52,9	1 080	66,3
1972	5,60	93 332	10 621	1,29	2 064	43,8	792	43,5	1 136	69,7
1973	5,70	98 780	15 009	1,63	2 217	72,4	799	46,5	1 181	78,3
1974	5,11	88 939	32 226	3,27	1 926	94,5	687	92,5	1 129	94,2
1975	5,00	85 785	28 988	2,82	1 907	90,8	622	92,1	1 216	93,5
1976	5,13	93 303	35 264	3,14	2 087	100	630	100	1 281	100
1977	4,92	92 541	34 442	2,88	2 007	99,8	592	102,9	1 361	97,2
1978	5,01	97 168	31 799	2,47	2 131	97,7	595	94,9	1 436	99,4
1979	4,89	98 796	47 791	3,43	2 121	174,1	586	121,8	1 485	109,8
1980	4,31	88 408	62 879	4,24	1 748	199,7	535	164,2	1 506	129,4
1981	3,89	79 586	70 808	4,59	1 546	234,0	440	227,1	1 448	154,2

[1]) Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse.
[2]) Einwohner und Bruttosozialprodukt bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[3]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.
[4]) Petajoule = 10^{15} (Billiarde) Joule.
[5]) Gigajoule = 10^{9} (Milliarde) Joule.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333